

Die Ortenau

78. Jahresband 1998

Einladung zur

Jahresversammlung

des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V.

am 18. Oktober 1998 in Bad Rippoldsau-Schapbach

9.00 Uhr

Geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung
im Landgasthof „Sonne“, Dorfstraße, Schapbach

10.30 Uhr

Empfang der Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach
im Landgasthof „Sonne“

11.00 Uhr

Festsitzung im Landgasthof „Sonne“ mit Vortrag
von Herrn OStD. i. R. Adolf Schmid, Freiburg:
„Reformen, ja; aber Revolution? Das obere Wolfstal war
1848/49 kein potentieller Brandherd.“

Liedvorträge des Männerchors „Freundschaft“, Schapbach

12.30 Uhr

Mittagessen im Landgasthof „Sonne“ und anderen
Gasthöfen in Schapbach

14.30 Uhr

Herr Bürgermeister Ralf Bernd Herden informiert uns im Pfarrsaal und
Therapiezentrum der Klinik Bad Rippoldsau über „Bad und Wallfahrt“.
Anschließend besichtigen wir die Wallfahrtskirche in Bad Rippoldsau.
Die dortige Votivtafel-Sammlung wird für uns eigens ausgestellt.

Der Bürgermeister
der Gemeinde
Bad Rippoldsau-Schapbach

Ralf Bernd Herden

Der Präsident
des Historischen Vereins
für Mittelbaden e. V.

Dr. Dieter Kauß

Die Ortenau

Veröffentlichungen
des Historischen Vereins für Mittelbaden

78. Jahresband 1998



Redaktion
Karl Maier

OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342-1503

Für den Druck dieses Jahrbuches haben das Regierungspräsidium Freiburg
und der Ortenaukreis Zuschüsse gewährt.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, umweltfreundlichem Papier.



Verlag Historischer Verein für Mittelbaden

Gesamtherstellung: Konkordia Druck GmbH, 77815 Bühl

Nachdruck und photomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung
des Vereins und der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Bürgermeisters Ralf Bernd Herden zur Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden 1998 in Bad Rippoldsau-Schapbach	9
Dr. Dieter Kauß, Anton Wagner zum Gedenken	12
Manfred Hildenbrand, Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelbaden 1997/98	14
Tätigkeitsberichte der Mitgliedergruppen	16
Tätigkeitsberichte der Fachgruppen	49
Landrat Günter Fehringer, Der Ortenaukreis – Rückblick 1997	63
Wolfgang M. Gall, Offenburg und die Demokratiebewegung von 1848/49	81
Rainer Schimpf, Die Offenburger Versammlung der Entschiedenen Freunde der Verfassung vom 12. September 1847 im Gasthaus „Salmen“	85
Wolfgang M. Gall, Die Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848: Ein „Rüttschwur“, doch kein Tag der Republik .	91
Wolfgang M. Gall, Der Landeskongreß der badischen Volksvereine vom 12. und 13. Mai 1849	96
Wolfgang M. Gall, Gustav Rée: Ein Bürgermeister zwischen Barrikaden und Parlament	102
Wolfgang M. Gall, „Bleischwerer Druck auf den Gemütern“? Offenburg nach der Revolution von 1848/49	115
Wolfgang Reinbold, Die 48er Revolution in Baden im Spiegel der Medien – Geschichtliche Wahrheiten und ihre Darbietung in der Gegenwart. Eine erste Bestandsaufnahme anlässlich der Berichterstattung zum Offenburger Freiheitsfest vom 12. bis 14. September 1997	133
Stefan Schipperges, Amand Goegg (1820–1897). Politiker – Sozialrevolutionär – Idealist. Versuch eines Porträts	147
Hans-Martin Pillin, Die Stadt Achern in den Revolutionsjahren 1848/49	173
Gerhard Lötsch, Der Acherner Bierbrauer Erhard Richter – ein vergessener Revolutionär	187
Karl Maier, In Appenweiler eine verordnete Revolution?	195
Walter Fuchs, Die Revolution im Spiegelbild Auenheimer Gemeindeakten	213
Reiner Haehling von Lanzener, Christoph Wolff, Baden-Badener Zivilkommissar der Revolution	225

Günther Mohr, Unruhen gegen den Amtsdespoten, Exzesse gegen Juden. Aufbrüche zur Revolution in der ländlichen Amtsstadt Bühl	245
Thomas Dees, Achaz und Maria Antonia Stehlin – ein republikanisches Ehepaar und die revolutionären Ereignisse im Amtsbezirk Ettenheim	275
Franz X. Vollmer, Stadt und Amtsbezirk Gengenbach in der Revolution 1848/49	307
Manfred Hildenbrand, „Die Revolution tobte in unserem kleinen Städtchen wie ein alles mit sich reißender Strom“. Haslach im Kinzigtal in den Revolutionsjahren 1848 und 1849	319
Kurt Klein, Genügte den Bürgern ein Heckerhut? Die Revolutions- jahre 1848/49 im Kirchspiel Hausach	349
Josef Bayer, Die Revolution 1848/49 in der Gesamtgemeinde Hohberg	362
Alfons Stadler, Hornberg während der Badischen Revolution 1848/49	367
Hartmut Stüwe, Kehl und die Badische Revolution 1848/49	387
Ludwig Uibel, Die Revolution in Lichtenau	423
Reiner Vogt, „... doch ich warte, bis Freunde endlich mir öffnen die Kellertür“. Die Erinnerungen des Oberacherer Bürgermeisters Raimund Baumann an die Badische Revolution 1849/49	447
Karl August Lehmann, Oberharmersbach und die Revolution von 1848/49	454
Hans-Martin Pillin, Die Stadt Oberkirch in den Revolutionsjahren 1848/49	457
Heinz G. Huber, „Hinneigung zur Umsturzpartei?“ Die Revolution 1848/49 in Oppenau	475
Liselotte Simon, Renate Demuth, Heinz Großholz, Ortsteile der Stadt Rheinau und die Revolution von 1848/49	497
Rolf Meyer, Die Ereignisse in Sand, aus konservativer Sicht beschrieben. Zeitgenössische Aufzeichnungen des Pfarrers Dr. Karl Ludwig Schmidt	511
Mitgliedergruppe/Redaktion, Unruhe in Schutterwald	517
Norbert Möller, Eisenbahner in der Ortenau 1848/49. Karrieremuster und Verhalten während der Revolution	520
Carl Helmut Steckner, Straßburg und die badische Revolution.....	547
Sabrina Müller, „Jetzt ist es Freiheit!“ Badische Soldaten und die Revolutionsbewegung von 1848/49	566
Susanne Asche, „Freigesinnte Schöne“ – Die Rolle der Frauen in der badischen Revolution 1848/49	579
Ruth Jansen-Degott, Amalie Hofer, geb. Weissenrieder – Auf den Spuren einer politisch engagierten Frau	592

Anne Junk, Die Freiheit der Karoline Enghauser	607
Jürgen Stude, „Freiheit, Gleichheit – aber d’Jude min umbracht si.“ Die Ortenauer Juden im Vormärz und in der Badischen Revolution 1848/49	616
Johannes Werner, Das Bild, das sie bot. Eine kleine Phänomenologie der badischen Revolution	636
Kurt Abels, „Die Freiheit hoch und Deutschland hoch“. Zu Sprache und Stil der Revolutionslyrik von 1848/49	649
Walter E. Schäfer, Georg Herwegh: die „Spritzleder“-Geschichte	695
Gerhard Lötsch, Hecker-Briefe in einem Itzstein-Nachlaß	710
 Buchbesprechungen und Hinweise	 727
 Autorenverzeichnis	 746

Grußwort des Bürgermeisters Ralf Bernd Herden zur Jahreshaupt- versammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden 1998 in Bad Rippoldsau-Schapbach



Die Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach freut sich aufrichtig über die Durchführung der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden 1998 in der „Perle der Kniebisbäder“. Wir begrüßen alle Besucher herzlichst, die anlässlich dieser Jahreshauptversammlung bei uns zu Gast sein werden, und versichern Ihnen, daß wir Sie alle mit der bekannten Schwarzwälder Gastlichkeit und Herzlichkeit nicht nur zu diesem Anlaß bei uns aufnehmen werden.

Den größten Teil des Weges ihrer Geschichte sind Bad Rippoldsau und Schapbach gemeinsam gegangen – mit Ausnahme von 150 Jahren in der Zeit zwischen 1824 und 1974, als die heutige Doppelgemeinde in zwei selbständige Gemeinden (eigentlich drei, denn der badische Kniebis war bis 1938 ebenfalls eine selbständige Gemeinde) geteilt war.

Daß unsere reiche Geschichte nicht in Vergessenheit geraten ist, verdanken wir Chronisten, die aus Liebe zur Heimat sich immer wieder dem Gedeihen, Werden und Vergehen mit großer Aufmerksamkeit, vielfältigem Engagement und herzlicher Treue angenommen haben. Aus den vergangenen Jahrzehnten sind hier vor allem die beiden Alt-Bürgermeister Hans Schmid (Ferdishof, Schapbach) und Adolf Schoch (Bergle, Bad Rippoldsau) zu nennen. Heute sind Adolf Schmid (Freiburg und Bad Rippoldsau) sowie Johannes Furtwängler (Schapbach) die aktivsten Chronisten und Bewahrer unserer Heimatgeschichte.

Eng miteinander verbunden, war die Entwicklung der beiden Ortsteile Bad Rippoldsau und Schapbach jedoch von deutlichen Unterschieden geprägt. Bad Rippoldsau war um die Jahrhundertwende das mondäne Bad mit Welt-ruf, das in einer Reihe mit Baden-Baden genannt werden durfte. Begründet wurde dieser Ruf durch die Familie Goeringer, deren Stammvater Xaver 1777 nach Bad Rippoldsau gekommen war. Bis zum Tode Otto Goeringers im Jahr 1920 sollte die Familie Goeringer die Geschehnisse des Bades mit Bravour leiten.

Bereits 1490 jedoch war jenes „Badhuß“ urkundlich erwähnt worden, das den Keimling für eine traditionsreiche Badkultur darstellen sollte. 1579 wurde Bad Rippoldsau zum „gefreyten Bad“ erhoben, eine Vergünstigung, die der Landesherr Graf Albrecht I. zu Fürstenberg mit dem Erlaß einer ersten Badordnung verband. Zwei Jahre zuvor hatte übrigens Dr. Ulrich Geiger die erste Quellenanalyse erstellt.

Groß war die Zahl berühmter Gäste, die nach Bad Rippoldsau kamen – unter ihnen auch Friedrich Daniel Bassermann, Parlamentarier der Badischen Revolution von 1848, aber auch Rilke, Lenau, Brahms, Auerbach, Hansjakob, Scheffel und Feuerbach, die badischen Großherzöge, die Fürsten zu Fürstenberg, die Herzöge von Norfolk und Calais, die Kronprinzessin Victoria von Schweden – und selbst noch in den zwanziger Jahren hat der Fürst zu Dohna-Schlobitten bei seiner Hochzeitsreise eine Stippvisite durch das Wolfstal gemacht. Gäste aus den USA und aus St. Petersburg waren um die Jahrhundertwende keine Seltenheit.

Gemeinsam ist unseren beiden Ortsteilen die Fürstenberger Tracht, deren Bestand insbesondere die Trachtentanzgruppe Bad Rippoldsau pflegt und die auch heute noch an hohen Festtagen nicht ohne berechtigten Stolz getragen wird. Sie ist Zeichen einer lebendigen Heimatverbundenheit, auf die wir ganz besonders stolz sind.

Während Bad Rippoldsau so bereits sehr früh zu einer Stätte nicht nur der nationalen Begegnung geworden ist, wird der Ortsteil Schapbach in seiner Geschichte durch die großen Bauernhöfe geprägt, die sich seit Menschengedenken in Familienbesitz befinden. Der „Wildschappenbrief“ aus dem Jahre 1562 und die „Hirschbach-Urkunde“ von 1565 zeugen von der Entstehung der Heimhöfe, die ganz wesentlich den Sozialcharakter des Ortsteils Schapbach noch weit bis in dieses Jahrhundert hinein geprägt haben. Schon früh stand bei den Höfen die Waldwirtschaft im Vordergrund, die im Gegensatz zur kargen Landwirtschaft noch erträglichere Einnahmen mit sich brachte.

Die Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach ist heute ein bedeutendes Mineral- und Moorbad, ein bekannter Luftkurort, dessen Gäste von der örtlichen Atmosphäre, von der Schwarzwälder Gastlichkeit so beeindruckt sind, daß sie ihrem Erholungsdomizil über Jahrzehnte treu bleiben. Schwer getroffen hat uns allerdings eine wenig umsichtige und qualifizierte Gesundheitspolitik, die, statt vernünftig zu sparen, Arbeitsplätze zerstört, die, statt vernünftig zu straffen, wertvolle Rehabilitationseinrichtungen zu zerstören droht.

Für die Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach war es ein Segen, daß im vergangenen Jahr an unserem 775jährigen Ortsjubiläum im Ortsteil Schapbach der I. Bauabschnitt der Ortsdurchfahrt seiner Bestimmung übergeben werden konnte. Nach langen Jahren des Bangens ist nun wenigstens ein Stück der Schapbacher Ortsdurchfahrt fertiggestellt. Mit Nachdruck werde ich weiter versuchen, die Ortsdurchfahrt Schapbach mit dem unverzichtbaren Hochwasserschutz zum Ausbau zu bringen.

Während noch 1596 die Herrschaft gegen übermäßige Ziegen- und Rinderhaltung vorging, die den Wald in seiner Entwicklung entscheidend geschädigt hat, ist es heute unsere wichtigste Zukunftsverpflichtung, bei über 90% Bewaldung des Gemeindegebietes, die Landschaft offen zu halten, auf daß es im Schwarzwald nicht wieder so dunkel und undurchdringlich werde, wie es bereits Tacitus in seiner Germania beschrieben hat.

Die reiche Geschichte unserer Gemeinde wird uns auch in Zukunft Verpflichtung sein, sich nicht dem oberflächlichen Zeitgeist zu beugen, sondern mit gesundem Geschichts- und Traditionsbewußtsein für die Zukunft zu arbeiten.

Dem Historischen Verein für Mittelbaden, unseren Gästen bei der Jahrestagung, wünsche ich einen harmonischen und interessanten Tagungsverlauf. Zugleich verleihe ich der Hoffnung Ausdruck, daß der eine oder andere unserer Gäste unsere Gemeinde kennen und lieben lernt und immer wieder bei uns Entspannung, Erholung und Gesundheit sucht.

Es grüßt Sie herzlichst Ihr

A large, dark, handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping, horizontal strokes that form a dense, scribbled line.

Ralf Bernd Herden
Bürgermeister

Anton Wagner (1917–1998) zum Gedenken



Von langer Krankheit ausgezehrt, starb am 12. Januar 1998 Anton Wagner in Achern. Er war Ehrenmitglied unseres Gesamtvereins seit 1983 und der Verfasser der beiden Registerbände zu unserer Vereinszeitschrift „Die Ortenau“.

Am 24. April 1917 in Nikolsburg/Südmähren geboren, wurde Anton Wagner dort zum Buchhändler ausgebildet. Er arbeitete in diesem Beruf bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges, den er bei der Luftwaffe in der sog. Kurierstaffel Rommel miterleben mußte. Sein Hobby der Segelfliegerei hatte ihn zur Luftwaffe gebracht.

Nach dem Kriege arbeitete Anton Wagner als Vertriebener in Heidelberg im Verlagswesen. Natürlich wollte er gerne eine Buchhandlung selbst führen, was ihm am 15. August 1950 mit der Übernahme der Buchhandlung Tobias Löffler in der Eisenbahnstraße in Achern gelang. Im Jahre 1952 heiratete er Liselotte Vogelbeer, eine der beiden Angestellten der Buchhandlung. Eine Tochter und drei Enkel beschäftigten und erfreuten ihn in der Folgezeit.

Anton Wagner führte die Buchhandlung in der Eisenbahnstraße bis zum Jahre 1960. In dieser Zeit war er schon sehr dem Historischen Verein Mitgliedergruppe Achern verbunden. Er führte dort das Rechnungswesen von 1950 bis 1960 mit viel Erfolg. Aber der Buchhandel genügte Anton Wagner nicht. Bibliothekar wollte er werden. Ab 1961 nahm er nochmals eine Ausbildungszeit in Kauf. Lehre und Anstellung an der Universitätsbibliothek in Frankfurt folgten. In der dortigen Abteilung „Bucherwerb“ führte er das Rechnungswesen, bei seinen Kolleginnen und Kollegen beliebt und geschätzt. Bis 1980 arbeitete er während der Woche in Frankfurt; am Wochenende war er in Achern.

Im Jahre 1980 wurde Anton Wagner pensioniert und damit wieder ganz in Achern ansässig. Erneut engagierte er sich als Rechner in der Mitgliedergruppe Achern von 1980 bis 1989. Ein erster Herzinfarkt 1981 konnte ihn aber nicht an seiner neuen Arbeit hindern, die ihn voll ausfüllte: an der Erstellung des ersten Registerbands für die „Ortenau“ von 1910 bis 1981. Dieser erschien 1983. Für seine unermüdliche Arbeit an diesem Werk wurde Anton Wagner am 16. Oktober 1983 zum Ehrenmitglied des Gesamtvereins ernannt. Diese Ehrung bedeutete ihm eine Verpflichtung, seine Registerarbeit fortzuführen. Im Jahre 1992 erschien der zweite Registerband zur „Ortenau“ von 1982 bis 1990. In diesen beiden Bänden hat er über 2000 Titel erfaßt und nach einem Personen-, Orts- und Sachregister verzetelt und danach in den beiden Registerbänden zusammengestellt. Mit diesen Bänden wird der Inhalt der gesamten „Ortenau“ von 1910 bis 1990 für den Benutzer und Leser aufgeschlüsselt. Das Lebenswerk von Anton Wagner in Achern bedeutet für den Historischen Verein für Mittelbaden daher Grundlegendes.

Von 1980 bis 1990 betätigte sich Anton Wagner außerdem als Sammler von Geschichtsliteratur über Südmähren und die Ortenau. In dieser Zeit nahm er auch regen Anteil am Vereinsgeschehen der Mitgliedergruppe Achern. Ab 1990 trafen ihn wiederholte Gesundheitsschläge, so daß er ab 1996 in einem Pflegeheim Aufnahme finden mußte. Nach einem weiteren Schlaganfall im Dezember 1997 starb er am 12. Januar 1998 in Achern.

Der Historische Verein für Mittelbaden weiß die Lebensarbeit von Anton Wagner zwischen 1980 und 1991 an den Registerbänden der Ortenau sehr zu schätzen. Ihm gilt dafür Dank, Anerkennung und Hochschätzung. Der Historische Verein für Mittelbaden wird daher Anton Wagner ein stets ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Dieter Kaufß

Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelbaden 1997/98

Manfred Hildenbrand

Die Jahresversammlung der 33 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins für Mittelbaden fand am 19. Oktober 1997 in Offenburg statt. Anlaß zum zwölften Mal seit 1910 in der Gründungsstadt des Vereins zu tagen, war das 150jährige Jubiläum der revolutionären Ereignisse 1847–1849 in Offenburg.

Der Präsident des Historischen Vereins für Mittelbaden, Dr. Dieter Kauß, konnte zahlreiche Gäste begrüßen, unter ihnen Landtagsabgeordneter Robert Ruder und der Vizepräsident der Gesamtvereinigung der elsässischen Geschichtsvereine, Jean Marie Holderbach. Auf eine erfolgreiche Arbeit konnte Dr. Kauß in seinem Rechenschaftsbericht bei der Mitgliederversammlung zurückblicken. Ein festes Standbein, so hob er hervor, seien die neun Fachgruppen des Vereins, die äußerst erfolgreich arbeiteten. Sehr vielversprechend entwickle sich auch die Vereinsbibliothek, für deren Einrichtung in der ehemaligen Essigfabrik in Kehl-Kork erhebliche finanzielle Mittel aufgebracht wurden. Er warb dafür, historische Werke der Bibliothek zu überlassen.

Sorge bereite dem Historischen Verein für Mittelbaden, so Dr. Kauß, die geplante Neufassung des Denkmalschutzgesetzes; denn es sei zu befürchten, daß künftig bei der Restaurierung von denkmalgeschützten Gebäuden erhebliche Schwierigkeiten entstünden. Deshalb habe sich der Verein an alle Landtagsabgeordneten in der Ortenau gewandt. Leider nehme die Mitgliederzahl des Historischen Vereins für Mittelbaden, so stellte Geschäftsführer Theo Schaufler fest, nur noch ganz wenig zu. Zwar sei der Verein mit 3616 Mitgliedern immer noch einer der größten Geschichtsvereine Deutschlands, doch hätten einige Mitgliedergruppen durch Überalterung zahlreiche Mitglieder verloren. Deshalb sei es wichtig, neue Mitglieder, vor allem bei der jüngeren Generation, zu gewinnen.

Theo Schauflers Kassenbericht zeigte, daß die Finanzen des Vereins in Ordnung sind. Der Mitgliedsbeitrag, der zugleich Preis für das Jahrbuch „Die Ortenau“ ist, konnte seit 1988 unverändert beibehalten werden. Die beiden Kassenprüfer Dr. Fritz Ebner und Werner Scheurer bescheinigten eine einwandfreie Kassenführung.

Nach den Worten des Redakteurs des Jahrbuchs „Die Ortenau“, Karl Maier, wird der Jahresband 1998 als Sonderband ganz im Zeichen der badischen Revolution 1848/49 stehen. Er sei bestrebt, in möglichst vielen Städten und Gemeinden der Ortenaulandschaft die revolutionären Ereignisse darzustellen. Karl Maier wies darauf hin, daß bis auf weiteres in den Aufsätzen des Jahrbuchs „Die Ortenau“ die Regeln der bisherigen Rechtschreibung Anwendung finden. Als Beirat zum erweiterten Vorstand wurde Horst Brombacher (Achern) gewählt.

Beim Empfang der Stadt Offenburg für die 33 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins für Mittelbaden schilderte Bürgermeister Dr. Christoph Jopen die vielfältigen Aktivitäten beim Offenburger Freiheitsfest, bei dem über 8000 Bürgerinnen und Bürger aus über 300 Vereinen mitgewirkt hatten.

Den Vortrag bei der Festsitzung hielt der Vorsitzende der Offenburger Mitgliedergruppe, Dr. Hans-Joachim Fliedner, über das Thema „Offenburg und die demokratische Bewegung von 1847–1849“. Die musikalische Ausgestaltung der Festsitzung erfolgte durch die Chorvereinigung „Concordia“ mit zeitgenössischen Liedern von Brahms und Schubert sowie Teilen der „Freiheitskantate“ ihres Dirigenten Konrad Seckinger. Das Nachmittagsprogramm umfaßte einen Besuch der Ausstellung „Des Volkes Freiheit“ im Spitalspeicher sowie eine Besichtigung der Orte der Revolution 1848/49 in Offenburg.

Am 14. März 1998 fand in Kehl-Kork die Frühjahrstagung der 33 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins für Mittelbaden statt. Nach dem ausführlichen Rechenschaftsbericht von Präsident Dr. Dieter Kauß kündigte Geschäftsführer Theo Schaufler an, daß der Mitgliedsbeitrag im Jahr 1999 wahrscheinlich um 5 Mark erhöht werden muß, da der Zuschuß des Landes Baden-Württemberg infolge der Sparmaßnahmen wegfallen soll. Die Leiter der neun Fachgruppen berichteten von ihren Aktivitäten im vergangenen Jahr.

Tätigkeitsberichte der Mitgliedergruppen

Achern

Mehrere Halb- und Ganztagesexkursionen sowie Besichtigungen unterschiedlichster Art verliehen zusammen mit interessanten Vortragsveranstaltungen dem abwechslungsreichen Jahresprogramm 1997 seine prägende Gestalt.

Neuland betrat die Ortsgruppe mit ihrer Auftaktveranstaltung, als sie am Sonntag, dem 19. Januar 1997, zu einer Matinee mit dem Thema: „Das Casino Baden-Baden und sein geschichtlicher Werdegang“ in die Kurstadt einlud. Ein aufschlußreiches Referat über die Tradition des Glücksspiels sowie ein informativer Rundgang durch die sehenswerten Räumlichkeiten unter Führung von Frau Ursula Schäfer, der ersten Vorsitzenden des Historischen Vereins Steinbach, wurden für die zahlreichen Teilnehmer zu einem wahren „Augen- und Ohrenschmaus“.

Am 12. April 1997 war es dann der erste Vorsitzende der Mitgliedergruppe Achern, Horst Brombacher, der einen geschichtlichen Rundgang durch die Hornisgründestadt anbot. Er konnte dabei eine stattliche Anzahl heimatgeschichtlich interessierter Personen zu bedeutsamen Gebäuden, Straßen, Plätzen und Denkmälern führen, um dort jeweils vor Ort wissenswerte Details aus der Stadtgeschichte zu vermitteln. Die Veranstaltung wurde des großen Interesses wegen acht Tage später wiederholt.

Einen Höhepunkt im Ablauf des Jahresprogrammes stellt jeweils die traditionelle Tagesexkursion dar. Am Samstag, dem 28. Juni 1997, machte man sich auf die Reise ins Elsaß. Mit der Besichtigung des ehemaligen Klosters Murbach und der kunsthistorisch so bedeutungsvollen Vorhalle der Kirche im benachbarten Lautenbach sowie einer instruktiven Führung durch das reizvolle Winzerstädtchen Eguisheim hatte man in diesem Jahr besonders exquisite Ziele aufgesucht.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung 1996/97, die am 30. September stattfand, hielt der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, Elmar Gschwind, ein Referat, das er mit „Goethe im Elsaß – Seine Beziehung zu Friederike Brion“ überschrieben hatte. Der Vortrag diente zugleich als Vorbereitung einer Halbtagesexkursion nach Sessenheim, die am 4. Oktober 1997 veranstaltet wurde. Hierbei führte der protestantische Geistliche, Pfarrer Kéler,

die Goethe-Enthusiasten kenntnisreich zu den Plätzen, denen bei dieser für die weitere dichterische Entwicklung Goethes entscheidenden Begegnung besondere Bedeutung zukam.

Wie schon vor Jahresfrist bot Horst Brombacher auch 1997 für die Mitglieder des Historischen Vereins eine Sonderveranstaltung im Acherner Sennen- und Heimatmuseum an. Am 13. Oktober führte der erste Vorsitzende des Ortsvereins durch die von ihm und seiner Ehefrau initiierten und organisierten Ausstellung: „Achern – Zerstörung und Wiederaufbau in den 40er- und 50er-Jahren“.

Mit einer besonderen Materie befaßte sich die letzte Veranstaltung des Jahresprogrammes. Elmar Gschwind, der den Spuren des „Lorenzoburs aus Seebach“ gefolgt war, bot einen Vortrag über das Leben und Wirken dieses Mannes, der als Bauer, Geistheiler und Original in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Achertal und weit darüber hinaus große Beachtung gefunden hatte. In das Referat wirkungsvoll integriert waren Berichte noch lebender Zeitzeugen. Auch diese Veranstaltung mußte des enormen Zuspruchs wegen einige Zeit später wiederholt werden.

Elmar Gschwind

Appenweier

Dia-Vorträge des Vorsitzenden:

- beim Katholischen Bildungswerk Appenweier über „Allerheiligen“ (Januar),
- beim Katholischen Altenwerk Nußbach über „Sachsen und Thüringen nach der Wende“ (März),
- beim Heimatverein Nesselried über „Allerheiligen“ (März),
- beim Katholischen Altenwerk Nesselried über „Einsiedler – Gammler Gottes?“ (Juli),
- beim Katholischen Altenwerk Urloffen über „Sachsen und Thüringen nach der Wende“ (Oktober).

12. September: als Referenten und Gesangsduo beteiligten sich Mitglieder des Vereins an der Verfassungsfeier der Gemeinde Appenweier, mit der eine Reihe Ortenauer Dörfer das Offenburger Freiheitsfest eröffneten (Helmut Kern, Franz Martin, Karl Maier).

Karl Maier

Bad Peterstal-Griesbach

Die Mitgliedergruppe hat sich in ihrem Jahresprogramm 1997 auf die traditionelle Studienfahrt im Herbst beschränkt. Die Fahrt vom 16. bis 23. September 1997 hatte das Weserbergland zum Ziel. In einem Hotel in Beverungen an der Weser war die Reisegruppe während des ganzen Aufenthalts untergebracht. Die täglichen Exkursionen wurden per Bus unternommen. Sie waren im Reiseprogramm festgelegt. Wo es sich als zweckdienlich erwies, wurden einheimische Stadtführer bestellt.

Am Beginn des Programms im Weserbergland stand ein Besuch von Hannoversch Münden, einer der schönsten Städte an der Oberweser am Zusammenfluß von Fulda und Werra zur Weser. Der berühmte Wanderarzt der Barockzeit, Doktor Eisenbart, wirkte und starb in dieser Fachwerkstadt.

Am folgenden Tag ging es in die Rattenfängerstadt Hameln. Die Rattenfängersage wird am sogenannten Hochzeitshaus, Wahrzeichen der Stadt und im Stil der Weserrenaissance erbaut, mit einem Glockenspiel und beweglichen Figuren zu bestimmten Tagesstunden vorgeführt. An der Route nach Bad Pyrmont, dem bekannten Staatsbad, wo vor allem der Kurpark mit seinem Palmengarten zu einem Verweilen einlud, liegt auch das Schloß Hämelschenburg, das „Juwel der Weserrenaissance“.

Einbeck, die Heimat des Bockbieres, und Bad Gandersheim, wie Einbeck mit einem mittelalterlichen Stadtkern und benannt nach der Dichterin Roswitha von Gandersheim, waren die Städte, die am nächsten Tag besucht wurden. Stadtoldendorf und Holzminden lagen ebenfalls an der Route dieser Tagesfahrt.

Die längste Tagesfahrt war die zur Porta Westfalica und zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal, von wo aus sich eine großartige Aussicht ins Wesertal bot. Das letzte Ziel an diesem Tag waren die Externsteine bei Horn-Bad Meinberg, ein Natur- und Kulturdenkmal aus vorchristlicher Zeit, bestehend aus bis zu 38 Meter hohen Sandsteinfelsen. Zuvor hatte man noch einen längeren Halt in Lemgo eingelegt zu einem Stadtrundgang, gehört doch Lemgo mit seiner Altstadt zu den schönsten mittelalterlichen Städten Deutschlands.

Nur wenige Kilometer von Beverungen entfernt, liegt die Stadt Höxter, eines der wirtschaftlichen Zentren im Oberweserraum. In ihr kommen Renaissance und Barock des Weserberglandes besonders klar zum Tragen. Eng verbunden mit der Stadt war das Kloster Corvey, das jahrhundertlang

religiös-kulturelles Zentrum des Nordens war. Corvey entstand in seiner heutigen Form nach den Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges. Das einstige Reichskloster und heutige Schloß wurde im Stil des Barock errichtet. Hoffmann von Fallersleben arbeitete hier als Bibliothekar. Ganz in der Nähe von Höxter liegt das Städtchen Fürstenberg, bekannt durch die Porzellanmanufaktur Fürstenberg. Im Schloß ist das Porzellanmuseum untergebracht. Das Schloß selbst ist wieder ein Beispiel der Weserrenaissance.

Eine Schifffahrt auf der Weser brachte der letzte Tag des Aufenthaltes im Weserbergland vor der Heimfahrt am nächsten Tag. Die Fahrt begann mit dem Schiff in Bad Karlshafen und führte weseraufwärts. Karlshafen war als Hugenottensiedlung symmetrisch angelegt worden. Der alte barocke Kern ist um das Hafenbecken gut erhalten. 1730 wurde eine Solequelle entdeckt, der die Stadt die Entwicklung als Kurbad verdankt. Auf der Rückfahrt mit dem Bus gab es noch einen Halt in der Bergstadt Trendelburg, wo in der evangelischen Stadtkirche spätgotische Wandmalereien sehenswert sind. Die Trendelburg wurde zu einem Erlebnishotel ausgebaut und ist somit frei zugänglich.

In einer Versammlung im August war das Reiseprogramm erörtert worden, und im November wurde eine Zusammenkunft anberaumt, bei der anhand von Dias Rückschau gehalten wurde.

Siegfried Spinner

Bühl

Ein reichhaltiges Vortrags- und Exkursionsprogramm konnte die Bühler Ortsgruppe 1997 anbieten. Die Themen reichten vom Mittelalter bis in die unmittelbare Vergangenheit und weiteten den Blickwinkel vor allem hin zu unsern elsässischen Nachbarn. Persönliche und offizielle Kontakte sowie die Zusammenarbeit mit andern Vereinen halfen auch in einer Zeit der „leeren“ Kassen gegenüber der vielfältigen örtlichen Konkurrenz zu bestehen, auch wenn sich die Veranstalter in einigen Fällen eine größere Resonanz erhofft hatten.

Eröffnet wurde die Veranstaltungsreihe durch einen ausgefeilten und mit ausgezeichnetem Bildmaterial bestückten Diavortrag von Johann Mühlán über die Burgen des Renchtals. Große Aufmerksamkeit fanden die Ausführungen des elsässischen Archäologen Jean Michel Rudrauf über Burg Lichtenberg. An Ort und Stelle konnten dann am folgenden Tag die restaurierte Burg unter der Führung des Experten besichtigt werden.

Die Mühlen in Altschweier waren das Ziel einer in Zusammenarbeit mit dem Heimat- und Verkehrsverein veranstalteten Wanderung. Die Führung hatte Rudi Seibicke, die geschichtlichen Erläuterungen gab der Referent.

Zusammen mit dem Schwarzwaldverein unter Leitung unserer Mitglieder Frau Dold und R. Güssregen wurde am 17. August Saverne und Umgebung (St. Michel, Heidenstadt, Teufelslöcher) und eine neu entdeckte und von den elässischen Freunden ausgegrabene Burgruine des 12. Jhs. auf dem Daubenschlagfelsen erwandert und besichtigt.

Ein Höhepunkt der Reihe war sicherlich der Abend mit Paul Güde und Ewald Hall in einem alten ehemaligen Weinkellergewölbe. Güdes zusammen mit seinem Sohn Andreas vorgetragene Geschichten, Lieder und Anekdoten rankten sich um den Weinbau, stimmten nachdenklich und gingen mit den vorgetragenen Schicksalen unter „die Haut“. E. Hall untermauerte seine sprachgeschichtlichen Ausführungen zur Rebkultur mit anschaulichen Dias und mehrere gute Tropfen der Affentaler Winzergenossenschaft ließen zeitweise die niederen Kellertemperaturen vergessen.

Eingestimmt aufs Revolutionsjahr wurden die Zuhörer durch den Vortrag von G. Mohr über „Krumme und gerade Wege zur Freiheit“, der die Zeit vor der Revolution anhand ausgewählter Biographien beleuchtete. Ausführungen über die Rheinkorrektion Tullas, veranstaltet in Zusammenarbeit mit der VHS, schloß die Veranstaltungsreihe. Die zusätzlich abgehaltenen Stammtische boten für alle Interessierten Gelegenheit, ihre Wünsche und historischen Fragen in zwangloser Atmosphäre vorzubringen.

Dr. S. Gartner

Ettenheim

Auch 1997 veranstaltete die Mitgliedergruppe Ettenheim in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule wieder Führungen für Neubürger und Einheimische. Thomas Dees übernahm die Führung durch Ettenheim, und Bernhard Uttenweiler stellte die Wallfahrtskirche St. Landelin in Ettenheimmünster vor, Werner Veith spielte die Silbermann-Orgel.

Außerdem wurden in Ettenheim und Ettenheimmünster Führungen für die „Badische Heimat“ aus Lahr (Herr Alois Obert) und die „Société d’Histoire des Quatre Cantons“ aus dem Elsaß durchgeführt. An dieser Begegnung, die von Herrn Etienne Hamm aus Benfeld organisiert war, nahmen auch Präsident Martin Allheilg und Vizepräsident Robert Muckensturm

teil. Für die Synagoge in Kippenheim und den jüdischen Friedhof in Schmieheim interessierten sich der Historische Verein Gengenbach (Herr Eugen Lang) und eine Lehrergruppe aus Lahr und Ettenheim (Herr Günter Endres).

Über Sagen aus der Umgebung hielt Ilse Kern im Ettenheimer Altenstüble im Februar einen Vortrag, wobei sich der Bogen der ausgewählten Sagen vom Mummelsee über Allerheiligen, das Brudertal, Kippenheim und Altdorf („Geisterbaum“) bis nach Ettenheim („Kreuz zum guten Rat“) spannte.

Mit der Verleihung des Ehrentitels Professor für die große Zahl von hervorragenden Beiträgen für die historische Landesforschung wurde der aus Ettenheim stammende Ministerialrat a.D. Dr. Horst Ferdinand, Sohn des 1967 verstorbenen Ettenheimer Heimatforschers Dr. Johann Baptist Ferdinand, Ende August in der badischen Landesvertretung in Bonn von Staatssekretär Christoph E. Palmer geehrt. Die Glückwünsche aus Ettenheim überbrachten Bürgermeister Bruno Metz und Bernhard Uttenweiler vom Historischen Verein.

Im Rahmen der Veranstaltungen des Ettenheimer Kulturherbstes 1997 und in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule hielt Bernhard Uttenweiler am 8. Oktober einen Vortrag über den Erzschwindler Cagliostro und den leichtgläubigen Kardinal Rohan.

Am 24. 10. 1997 wurde die Muttergottes-Statue von 1803 am Mühlenweg nach erfolgreicher Restaurierung durch den Steinbildhauer Arno Sieberts und Malermeister Martin Bildstein, beide aus Ettenheim, vom Historischen Verein unter Mitwirkung des kath. Kirchenchores und der Seniorengruppe der Stadtkapelle in Anwesenheit von Stadtpfarrer Anton Schweiß und Bürgermeister Bruno Metz der Öffentlichkeit in einer kleinen Feierstunde übergeben. Vor allem der Initiative von unserem Mitglied Stadtrat Karl Stiegeler ist die Restaurierung der Statue, in Ettenheim „Frauenbild, genannt, zu verdanken. Die Finanzierung erfolgte durch eine äußerst großzügige Spende von Frau Rektorin i. R. Annelies Jäger, durch eine Anzahl von kleineren Spenden und durch Zuschüsse der Stadt Ettenheim, auf deren Grundstück das „Frauenbild“ steht, und des Landesdenkmalamtes.

Am 17. Dezember 1997 übergab der Vorsitzende in einer Feierstunde in der Synagoge in Kippenheim die zweite Auflage des Buches „Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden Ettenheim, Altdorf, Kippenheim, Schmieheim, Rust, Orschweier“. Die zweite Auflage wurde durch die Initiative von Frau Dr. Isabella Kuhn vom Scheffel-Gymnasium Lahr

initiiert, die mit ihren Schülern für die Vorfinanzierung eine ausreichende Anzahl von Vorbestellungen für das Buch gesammelt hatte. Die erneute Herausgabe des Gedenkbuches wurde außerdem durch einen zinslosen Kredit von Herrn Thomas Wernstedt, Mitglied im Deutsch-Israelischen Arbeitskreis Ettenheim, abgesichert.

Neu in dem sonst unveränderten Nachdruck der Auflage von 1988 ist ein Bericht von Heddy Epstein, geb. Wachenheimer, die als letzte jüdische Schülerin am Gymnasium den Tag nach der Pogromnacht 1938 miterleben mußte. Weitere Ergänzungen sind eine Bilddokumentation von der Deportation der Kippenheimer Juden am 22. 10. 1940 von Gerhard Finkbeiner, ein Aufsatz über die neuesten Erkenntnisse zur Frühgeschichte des jüdischen Friedhofes in Schmieheim von Günter Boll und ein Aufsatz über die aus Kippenheim stammende deutsch-jüdische Historikerin Selma Stern-Täubler (1890–1981) von Jürgen Stude.

Bei der Feierstunde, die zusammen mit der Gemeinde Kippenheim und dem neuen Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim durchgeführt wurde, übergab Bürgermeister Günter Gorecky aus Rust den mit einer Inschrift versehenen Giebel des Thoraschreins aus der Ruster Synagoge an Bürgermeister Willi Mathis und den Vorsitzenden des Synagogenvereins Johann Türck. Angeregt wurde die Übergabe dieses einmaligen steinernen Dokumentes durch Bernhard Uttenweiler und Dr. Karl-Heinz Debacher aus Rust, der in einem zusammenfassenden Vortrag die Geschichte und das Schicksal der Ruster Synagoge darstellte. Bürgermeister Bruno Metz aus Ettenheim überreichte dem Synagogenverein als weiteren Grundstock für die geplante Dokumentation jüdischen Lebens in der Ortenau eine der farbigen Glasscheiben, wie sie in der Ettenheimer Synagoge Verwendung gefunden hatten. An der Feierstunde nahmen auch Präsident Dr. Dieter Kauß, der Redakteur der Ortenau Karl Maier und Theo Schaufler, der Geschäftsführer des Vereins, teil.

An neuen Veröffentlichungen sind zu erwähnen: Von Hubert Kewitz und Dieter Weis ein 40seitiger Kirchenführer zu St. Bartholomäus Ettenheim und von Thomas Dees ein Aufsatz zur 48er Revolution in Ettenheim in dem Sammelwerk „Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg.“ Im Geroldsecker Land 40 (1998) sind vertreten: Ernst Singrün mit der Geschichte des Kirchenchores Altdorf, Karl-Heinz Debacher mit einer Abhandlung unter dem Titel „Im Zeichen von Fisch und Pflugschar“, außerdem Gerhard Finkbeiner und Robert Kraus mit der auch im obenerwähnten Gedenkbuch abgedruckten Bilddokumentation über den Abtransport der jüdischen Mitbürger aus Kippenheim im Jahr 1940. Nachzutragen ist die von Bernd Mathias Kremer

für Hermann Brommer 1996 herausgegebene bedeutende Festschrift „Kunst und Geistliche Kultur am Oberrhein“ mit einem Beitrag von Dieter Weis zur Restaurierungsgeschichte der Stadtkirche St. Bartholomäus in Ettenheim.

Bernhard Uttenweiler

Gengenbach

Verleihung der Hermann-Maas-Medaille an den Deutsch-Israelischen Freundeskreis Ettenheim–Freiburg am 22. 02. 97 durch die Evangelische Kirchengemeinde im Hermann-Maas-Zentrum, Gengenbach.

Stammtisch am 22. 05. 1997 im Torkelkeller, Weinstube Frei: Frau Hedwig Buß liest zusammen mit ihrem Mann B. Buß aus ihrem Buch: „Was die Alten einst erzählten“, zweiter Band, und gibt gleichzeitig Einblick in die Entstehungsgeschichte des Buches. Gengenbach ist in diesem Buch durch Erzählungen vom „Moospfaff“ vertreten.

Vorsitzender Eugen Lang spricht im Anschluß noch folgende Themen an: Altstadtatzung, Neufassung derselben unter Mitarbeit des Historischen Vereins. Tag des offenen Denkmals am 14. 09. 97, Logo des Vereins „Adlersteine“ für Veröffentlichungen des Historischen Vereins im Amtsblatt wird von Rupert Lehmann gestaltet und vorgestellt und von der Versammlung am 08. 03. 1998 mit kleinen Verbesserungsvorschlägen genehmigt.

Die Ausstellung mit Gemälden und Zeichnungen von Karl Weysser im „Haus Löwenberg“ Gengenbach, ausgerichtet vom Mannheimer Kunsthistoriker und Weysserforscher Dr. Benno Lehmann, war ein großer Erfolg. Frau Juliana Bauer M.A. erarbeitet ein Museumskonzept für das Kinzigtor und ordnet dieses markante Bauwerk mit einer Baubeschreibung historisch ein! Diese verdienstvolle Arbeit wurde im Rahmen einer A.B.M.-Maßnahme durchgeführt und ausführlich dokumentiert.

Am 31. 10. 1997 fand bei A. Frei der obligatorische Stammtisch statt. Neben aktuellen Dingen wurde auch über die Renovation des Hl. Grabes auf dem Bergle gesprochen, die mit gutem Fortgang der Trockenlegung des Mauerwerkes und dem Neuverputzen bald beendet sein wird.

Am 30. 11. 1997 um 18.00 Uhr wurde das erste Fenster zum Gengenbacher Adventskalender 1997 geöffnet. Die Aktivitäten des Adventskalendervereins zum Gengenbacher Advent werden begleitet von Veranstaltungen in den Kirchen mit Konzerten, dem Museum Haus Löwenberg mit einer

Kunst- und Spielzeugausstellung, Dichterlesungen usw. Der Historische Verein erfreute im überfüllten Torkelkeller bei A. Frei die interessierten Heimatfreunde mit der „Nordracher Stubenmusik“, mit G’schichtle, Wein, Brot und Nüss. Die G’schichtle wurden von den Mitgliedern des Historischen Vereins vorgetragen.

Am 14. 09. 1997 werden zum Tag des offenen Denkmals die „Leutkirche“ St. Martin, der Löwenbergsche Park und das Kinzigtor den interessierten Besuchern mit sachkundigen Führungen nahe gebracht. An dieser Stelle sei für die Mithilfe Frau Juliane Bauer M.A., Herrn Julius Roschach, Herrn Eduard Hügel, Herrn Alexander Bächle und dem Organisten von St. Martin, Johannes Lipps, herzlich gedankt.

Am Sonntag, dem 08. 03. 1998 fand die Jahresversammlung mit Neuwahlen des Gesamtvorstandes im Torkelkeller A. Frei statt. Neben den üblichen Regularien wurde für die nächsten drei Jahre zum ersten Vorsitzenden Eugen Lang gewählt, Bruno Lehmann zum sachkundigen Bürger der unteren Denkmalbehörde bestellt und ebenfalls zum zweiten Vorsitzenden. Die bewährte Kassensführerin Ulla Riehle wurde ebenfalls bestätigt. Neu hinzugewählt wurde Herr Hans-Jochen Schuck aus Ohlsbach als Schriftführer für Herrn Alexander Bächle.

Die Spendenaktion des Historischen Vereins für das Hl. Grab auf dem Berge erbrachte den erfreulichen Betrag von 5800,00 DM.

Dank an Fabrikant G. Junk für die schönen Kalenderfotos im Volksbankkalender. Dr. Kreutz hat eine Arbeit über die Flurnamen von Gengenbach und Umgebung fertiggestellt, welche gedruckt werden soll.

Der Historische Verein beteiligt sich auf Bitte der Jugendreferentin Frau Peuckmann mit Stadtführungen am Jugendprogramm. Prof. Vollmer, Freiburg, zeichnet für das Buch verantwortlich über die „Revolution 1848 im Gerichtsbezirk Gengenbach“, welches im April 1998 erscheinen soll.

Eugen Lang

Haslach i. K.

Veranstaltungen:

20. 10. 1997: Lichtbildervortrag von Dr. Wolfgang M. Gall vom Stadtarchiv Offenburg über „Die Achtundvierziger Revolution – Eine mittelbadische Stadt feiert ihre demokratischen Wurzeln – Warum gerade Offenburg?“
24. 11. 1997: Vortrag von Dr. Dieter Kauß (Offenburg) über Wolf-, Kinzig- und Gutachtal zwischen Ost und West – Geschichtssplitter um Wechsel von Einfluß und Macht“
12. 1. 1998: Lichtbildervortrag von Alois Krafczyk (Haslach) über „Von Balari und Maschker – Fasnacht in den Bergen“
23. 3. 1998: Hauptversammlung der Mitgliedergruppe Haslach mit Lichtbildervortrag von Manfred Hildenbrand über „Straßennamen als Spiegelbild der Haslacher Geschichte“

Die Mitgliedergruppe Haslach konnte 1997 durch eine Spende dazu beitragen, daß zwei wertvolle Bilder des berühmten Haslacher Malers Carl Sandhaas (1801–1859) in den Besitz der Stadt Haslach kamen. Es handelt sich um die Portraits des Erbauers des ehemaligen Badhotels „Fürstenberger Hof“ Franz Zachmann und seiner Ehefrau Maria Barbara, geb. Kienzle.

Manfred Hildenbrand

Hausach

Die farbenprächtige Burgwache unseres Vereins, zusammen mit den Burgfrauen und Burgbläsern, eröffneten mit der „Neujahrs-Serenade den Reigen der Aktivitäten unserer Vereinigung. Wenig später tanzte die Burgwache mit den Burgfrauen beim „Alt-Husacher-Burgfrauen-Kaffee“ zur Unterhaltung der älteren Generation. Um die Tradition der Veröffentlichung des Hausacher „Heimatbriefes“ zu sichern, übernahm der Historische Verein nochmals die Herausgabe dieser Festschreibung der neuesten Stadtgeschichte. Der Vorsitzende ist Mitglied des Redaktionsausschusses und des Mitarbeiterstabes.

Im Frühjahr referierte unser Präsident Dr. Kauß über das Thema „Wolf-, Kinzig- und Gutachtal zwischen Ost und West“. Auf der Jahreshöhe leuchtete das „Johannisfeuer“ über das nächtliche Kinzigtal. Da der Vorsitzende auch Initiator und Mitbegründer der „Dorfer Erzbrüder“ ist, verfaßte er

zum 40jährigen Vereinsjubiläum die Schrift „In Schatten der Dorfkirche“ als Chronik dieser Gemeinschaft. Ebenso organisierte der Historische Verein die Ausstellungen „40 Jahre Dorfer Erzbrüder“ in der Sparkasse und in der Volksbank „Der Historische Bergbau im Kirchspiel Hausach“. Zusammen mit den Dorfer Erzbrüdern nahm eine Abordnung der Burgwache als Repräsentanten des Kinzigtäler Bergbaus am Kreistrachtenfest in Zell-Unterharmersbach teil. Wiederum lag die Ausrichtung des St. Sixt-Vereinspatroziniums in den Händen unserer Vereinigung.

Bei den Jubiläumsfeierlichkeiten des Gutacher Schwarzwaldvereins trat auch unsere Burgwache in Aktion, da sich vor 25 Jahren der Hausacher Historische Verein an den mehrmonatigen Ausgrabungsarbeiten an der Burg ruine Gutach-Turm beteiligte. Eine Gemeinschaftsveranstaltung mit dem hiesigen Schwarzwaldverein führte im August zur Ausstellung „Die Alamannen“ nach Stuttgart. Unsere „Rentnerriege“ war bei Pflegearbeiten auf dem Schloßberg anzutreffen. Später lud der Bürgermeister diese Gruppe als Dank zum Fest für die „Ehrenamtlichen“ ein. Der Leiter des von uns gegründeten Museumskreises, Helmut Spinner, bot im Rahmen des Ferien spaßes der Jugend den Besuch des Herrenhaus-Museums an. Mit der Öffnung des Historischen Kellers beteiligte sich der Verein am „Fest der Sinne“. Zu Beginn unseres Winterprogramms erfreute Prof. Dr. Konrad Kunze von der Universität Freiburg mit dem Farbdia-Vortrag „Das Freiburger Münster mit seinen Glasfenstern“.

Kurt Klein

Hohberg

Bürgermeister a.D. Hermann Löffler neuer Leiter der Fachgruppe „Heimatgeschichtliche Sammlung“.

Die turnusmäßig stattfindende Hauptversammlung der Ortsgruppe Hohberg fand im Zeichen der anstehenden Neuwahlen zum Vorstand statt. Da der bisherige Leiter, Herr Oskar Göppert, aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand, dem an dieser Stelle ein besonderer Dank für seine langjährige mit großer Treue und Umsicht geleitete Arbeit ausgesprochen wurde, war die Freude groß, daß mit Herrn Löffler ein kompetenter Nachfolger gefunden werden konnte.

Im Beisein des Präsidenten des Historischen Vereins Herrn Dr. Dieter Kauß und des Geschäftsführers Herrn Theo Schaufler wurde der gesamte Vorstand

Helmut Dorgathen	1. Vorsitzender
Gisela Stoffel	2. Vorsitzende
Franz Grathwohl	Kassier
Edmund Schimpf	Schriftführer
Hermann Löffler	Leiter „Heimatgeschichtliche Sammlung“
Freid Isen und Adelbert Baumann	Kassenprüfer

einstimmig gewählt oder wiedergewählt.

Die von uns angebotene Studienreise nach Prag, die erstmals für 5 Tage geplant war, interessierte so stark, daß wir mit zwei Bussen reisen mußten. Außer dem Hradschin mit seinen bekannten Bauten sowie der Altstadt mit ihren Sehenswürdigkeiten erlebten wir eine Moldauschiffahrt.

Wir besuchten die Burg Karlstein und hatten auf der Rückfahrt eine Führung durch den altherwürdigen Badeort Karlsbad.

In dem Berichtsjahr 1997 wurden wieder alle angebotenen Vorträge gut angenommen und alle Aktivitäten durch zahlreichen Besuch der Mitglieder belohnt.

Februar 1997	Vortrag von Rektor i. R. Schmitt „Großherzogin Stephanie 1789–1818“ (Napoleon und Baden)
März 1997	Dia-Vortrag Pfarrer i.R. Josef Hermann Maier „Die große Wallfahrt des Mittelalters“
April 1997	Dia-Vortrag Herr Gustav Heinzelmann „Böhmen u. Mähren – ein Herz in Europa“
Mai 1997	5 Tage Studienreise Karlstein – Prag – Karlsbad
September 1997	Halbtagesfahrt unter der Führung von Rektor i. R. Schmitt Bruchsal – Karlsruhe „Auf einigen Spuren der Großherzöge von Baden, besonders der Großherzogin Stephanie“
Oktober 1997	Dia-Vortrag von Herrn Gustav Heinzelmann: „Das Prag Karls IV.“ Gestaltung einer europäischen Stadt im 14. Jh.
November 1997	Dia-Vortrag mußte wegen plötzlicher Erkrankung des Referenten kurzfristig abgesagt werden

Unser Ehrenmitglied Pfarrer Dr. Bayer erfreute uns anläßlich unserer Hauptversammlung mit einem Kurzreferat „Die Herrschaft Binzberg“.

„Im Rahmen des Hohberger Ferienprogramms organisierte unsere 2. Vorsitzende Frau Gisela Stoffel die Führung einer Gruppe jugendlicher Interessenten durch die Sammlung ‚Landwirtschaftliche Geräte‘.

Die Gruppe von 17 Kindern war stark beeindruckt, unter welcher Mühsal unsere Vorfahren die Felder bestellen mußten. Dies kam insbesondere dann zum Ausdruck, als im Anschluß die Möglichkeit eines direkten Vergleiches heutiger landwirtschaftlicher Maschinen bei einem ortsansässigen Landwirt stattfand.“

Abschließend können wir dankbar feststellen:
Das Jahr 1997 war für unsere Ortsgruppe erfolgreich.

Helmut Dorgathen

Hornberg-Triberg

Auch wenn die beiden Heimatabende des Historischen Vereins Hornberg e.V. im Spieljahr 1997 mit insgesamt etwa 100 Gästen in der Stadthalle nur schwach besucht waren, so konnten die Aktiven des Vereins um ihren Vorsitzenden Wilhelm Brüstle mit dem Verlauf der Saison in und auf der Erwin-Leisinger-Freilichtbühne im Storenwald außerordentlich zufrieden sein.

Besonders erfolgreich gestalteten sich die neun Aufführungen des Märchenspiels „Der Zauberer von Oz“ in der Regie von Gebhard Kienzler, die vor allem auch wegen der optischen und akustischen Spezialeffekte und mit der hochentwickelten Bühnentechnik bei den 4900 Besuchern helle Begeisterung hervorriefen. Ebenso verlor auch das „Hornberger Schießen“, also das von Erwin Leisinger verfaßte und inzwischen schon zur Berühmtheit gelangte Heimatspiel, nichts von seiner Attraktivität, obwohl es bereits 43 Jahre alt geworden ist. Die sieben Aufführungen trafen bei den über 2600 Besuchern jedenfalls wieder einmal mehr „ins Schwarze“.

Nachdem die Stadtverwaltung Hornberg im April des vergangenen Jahres ihr vorläufiges Domizil in der Werderstraße geräumt hatte und wieder in das völlig renovierte Rathaus zurückgekehrt war, galt es nun für die Mitglieder und Freunde des Fördervereins Stadtmuseum Hornberg e.V. die Ärmel hochzukrempeln und mit der Einrichtung des Museums in den leer gewordenen Räumen des früheren Zollamts zu beginnen. Das Vorhaben verlangte den fortwährenden Einsatz aller Beteiligten, soll doch das Museum im Juni 1998 feierlich eröffnet werden. Während die Projektgruppe „Heimatgeschichte“ unter der Leitung des außerordentlich rührigen Vorsitzen-



*Überreichung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an Wolfgang Neuß (links) durch Landrat Günter Fehringer (rechts) am 11. Juni 1997 in der Stadthalle Hornberg.
Aufnahme: „Offenburger Tageblatt“*

den Wolfgang Neuß die Schautafeln mit Texten und Bildern zusammenstellte und während die Arbeitsgemeinschaften „Hornberger Keramik – Steingutgeschirr“ und „Alte Schnitzkunst“ den Erwerb von privaten Sammlungen und Einzelstücken betrieben, erarbeiteten die in einer weiteren Gruppe tätigen Land- und Forstwirte eine Fülle von Themen aus ihrem Lebensbereich und wurden nicht müde, die zugehörigen Exponate zu beschaffen und einzustellen; außerdem wurde eine umfassende Dokumentation aller Reichenbacher Bauernhöfe in Angriff genommen.

Besonderer Erwähnung bedürfen die Erkundungsgänge und Forschungsarbeiten, welche der Entdeckung und Beschreibung der Megalithkultur in der Raumschaft Hornberg–Gremmelsbach–Triberg dienten und die eine größere Zahl von Menhiren, Schalensteinen und Mauerresten, aber auch von Werkzeugen aus der Jüngerer Steinzeit zum Inhalt hatten. Hierbei erwies sich die enge Zusammenarbeit mit dem Leiter des Archäologischen Arbeitskreises des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V., Josef Naudascher, als außerordentlich fruchtbar.

Um die mannigfaltigen Arbeiten der verschiedenen Gruppen zu koordinieren und um die Mitglieder mit Informationen auf dem laufenden zu halten, fand man sich monatlich einmal zum Heimattreff zusammen, wobei hier zwei Vorträge von Alfons Stadler über die Themen „Hornberg im 19. Jahrhundert“ und „Die Revolution von 1848 in Hornberg“ und ein Diavortrag von Otto Reeb mit der Überschrift „Hornberg in alten Bildern“ besonders hervorzuheben sind.

Einen Blick über den „Tellerrand“ der heimatlichen Gemarkung gewährten jeweils die mehrfachen Gesprächs- und Besuchskontakte mit den Heimatfreunden aus dem benachbarten St. Georgen und Buchenberg; und über die Landesgrenzen hinweg beteiligte sich der Verein an der Partnerschaftsfeier mit dem elsässischen Bischwiller am 27. September, wo Gelegenheit geboten wurde, im dortigen Musée de la Laub eine kleine Ausstellung Hornberger Geschichte zu veranstalten. Der Besuch der Partnerschaft galt gleichzeitig als Jahresausflug, an dem erfreulich viele Mitglieder und Freunde teilnahmen.

Zuvor war am 10. und 11. Mai das „Rathausfest“ gefeiert worden, in dessen Rahmen der Förderverein eine gutbesuchte Ausstellung zur „Geschichte der Stadt Hornberg und ihrer Umgebung“ in den Räumen der Volksbank arrangiert hatte.

Einen weiteren Höhepunkt des Vereinsjahres bildete die Feierstunde anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande an den Vorsitzenden Wolfgang Neuß am 11. Juni in der Stadthalle Hornberg.

Landrat Günter Fehringer, der dem Geehrten die hohe Auszeichnung überreichte, hob in seiner Laudatio unter anderem die überragenden Verdienste hervor, die sich Neuß um die Erforschung und Beschreibung der Heimatgeschichte und um die langjährige Führung des Fördervereins erworben hat.

Zu einer lehrreichen Informationsfahrt wurde der Besuch der Landesausstellung „Die Alamannen“ am 12. August in Stuttgart.

Ein großer Tag, nicht nur für den Verein, sondern für die ganze Stadt Hornberg und darüber hinaus für alle literarisch und kunstgeschichtlich Interessierten war der 21. November, an dem nach wochenlanger Vorbereitung der Wilhelm-Hausenstein-Gedenkraum im künftigen Stadtmuseum feierlich eingeweiht wurde. Die Tochter des 1957 verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt, Frau Renée-Marie Parry Hausenstein, und ihr Mann, Kenneth Croose Parry, hatten es sich nicht nehmen lassen, aus Florida/USA in den Schwarzwald zu reisen, um in wochenlanger Tag- und Nachtarbeit das Stu-

dierzimmer Hausensteins mit dessen Möbeln und Memorabilien originalgetreu einzurichten. Die Festrede hielt Karl Volk, der auf eindrucksvolle Weise Persönlichkeit und Werk des großen Sohnes der Stadt würdigte und dessen tiefe Liebe zu „Hornberg im Schwarzwald“ aufzeigte. Nach den Worten von Bürgermeister Thomas Schwertel soll der Gedenkraum zu einem Mittelpunkt der Erforschung und der Pflege des Erbes von Wilhelm Hausenstein werden.

Adolf Heß

Kehl–Hanauerland

Zum Zeitpunkt der Jahresversammlung der Mitgliedergruppe am 6. 3. 97 betrug die Mitgliederzahl 366 einschließlich 18 korporativer Mitgliedschaften hauptsächlich von Schulen und Gemeindeverwaltungen. Der gegenüber dem Vorjahr eingetretene Rückgang von 20 Mitgliedschaften ist nur scheinbar; Grund dafür war eine vom Vorstand im November veranlaßte gründliche Revision der Mitgliederkartei. Tatsächlich war erfreulicherweise die Zahl realer, d. h. tatsächlich zahlender Mitglieder gleich geblieben, d. h. altersbedingtes Ausscheiden und neue Mitgliedschaften hielten sich die Waage.

Die **Vortragsreihe** über Themen aus dem Gebiet der **Geschichte der Medizin und Sozialmedizin** wurde weitergeführt und abgeschlossen mit folgenden Referaten:

- am 23. 1. 97 von Privatdozent Dr. med. K. H. Leven, Institut für Geschichte der Medizin der Universität Freiburg, über „Der Hippokratische Eid – Medizinische Ethik in Freiburg im 20. Jahrhundert“,
- am 12. 6. 97 von Frau Dr. G. Schnekenburger, Archäologisches Landesmuseum Außenstelle Konstanz, über „Antik-römisches Badewesen im südwestdeutschen Raum“,
- am 26. 6. 97 von Prof. Dr. med. et phil. H. Schipperges, emeritierter Ordinarius für Medizingeschichte der Universität Heidelberg, über das Thema „Vom Zauber der Heilquellen – eine kleine Kulturgeschichte der Badenfahrten und Badereisen“.

Auch die Vortragsreihe mit Themen über **Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte** fand ihre Fortsetzung und wurde beendet mit Referaten

- am 20. 2. 97 von Frau Prof. Dr. H. Künzl, Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, über „Jüdische Kunst am Oberrhein“,

- am 10. 4. 97 von Herrn Paul Assall, Redakteur am Südwestfunk Baden-Baden, über „Jüdische Geschichte im Elsaß – Grenzerfahrungen an Hand von 5 Porträts“: Josel von Rosheim, Ascher Levy, Daniel Stauben, Claude Vigée und Barbara Honigmann.

Die im Vorjahr begonnene Vortragsreihe über Themen der **Regionalen Musikgeschichte** wurde weitergeführt mit Referaten, jeweils ergänzt durch Musikbeispiele,

- am 20. 3. 97 von Dr. phil. Klaus Häfner, der als Musikwissenschaftler an der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe tätig gewesen ist, über „Musik am markgräflichen Hof in Karlsruhe – Johann Melchior Molter 1696–1765 und seine Zeit“,
- am 18. 9. 97 von Prof. Dr. phil. A. Feil, emeritierter Musikwissenschaftler der Universität Tübingen, über „Musik am kurpfälzischen Hof in Mannheim – Die sogenannte Mannheimer Schule“,
- am 6. 11. 97 von Frau Jutta Bergengruen, ehem. Leiterin der Musikabteilung der Stadtbibliothek Baden-Baden, über „Johannes Brahms 1833–1897 und Clara Schumann 1819–1896 in Baden-Baden“.

Des weiteren wurde in **Einzelreferaten** über folgende Themen referiert:

- am 6. 3. 97 von Herrn Chr. Kerstjens, Kunsthistoriker, Speyer, über „Max Pechstein und die Malerei des deutschen Expressionismus“ als Einführung in die nachfolgende Studienfahrt nach Tübingen in die Kunstausstellung gleichen Titels,
- am 24. 4. 97 von Prof. Dr. W. E. Schäfer, Baden-Baden, über „Eine Räuberbande im 30jährigen Krieg“ aus der Erzählung „Soldatenleben“ in den „Geschichten des Philanders von Sittewald“ von Johann Michael Moscherosch 1601–1669,
- am 17. 7. 97 von Dr. Hans-Joachim Fliedner, Kulturreferent der Stadt Offenburg und Vorsitzender der dortigen Mitgliedergruppe des Historischen Vereins, über „Demokratische Entwicklung und Revolution in Baden 1847–1849 – Warum gerade Offenburg?“ als Einführungsreferat in die nachfolgenden beiden Studienfahrten nach Offenburg (s. u.) im Zusammenhang mit den dortigen Jubiläumsveranstaltungen zur Badischen Revolution, – am 16. 10. 97 von Dr. päd. K.-H. Debacher, Rust, über „Geschichte des Historischen Vereins für Mittelbaden, insbesondere der Mitgliedergruppe Kehl–Hanauerland“.

Die Studienfahrten des Jahres 1997 führten

- am 9. 3. 97 in die Kunsthalle Tübingen zur Ausstellung über „Max Pechstein – sein malerisches Werk“, auf der Rückfahrt Besuch der benachbarten Wurmlinger Bergkapelle,
- vom 18. 5.–25. 5. 97 mit Wiederholung vom 31. 8.–7. 9. 97 nach Wien (Schwerpunktthemen „Habsburger“ und „Musikerstätten“), auf der Hin- und Rückfahrt Besuch von Passau und der Stifte St. Florian und Melk an der Donau, auf der Rückfahrt von Salzburg. Ein „Rückblick“ auf diese beiden großen einwöchigen Studienreisen fand am 14. 12. 97 statt,
- am 13. 7. 97 nach Stuttgart in die Landesausstellung über „Die Alamannen“ und zur Stadtführung durch Esslingen,
- nach Offenburg am 26. 7. 97 zur „Spurensuche“ nach „Orten der Revolution“ innerhalb der Altstadt und am 29. 11. 97 zur Ausstellung des Hauses der Geschichte, Stuttgart, über „Des Volkes Freiheit – Die Revolutionäre von Offenburg 1847–49“ im Spitalspeicher,
- vom 3. 10.–5. 10. 97 nach Wiesbaden und Mainz mit Idstein, Kloster Eberbach, Kiedrich und Eltville im Rheingau,
- am 15. 11. 97 nach Baden-Baden mit Besuch von Hohenbaden, Altstadt, Brahmshaus und Zisterzienserinnenkloster Lichtental.

Bei allen diesen Studienfahrten bildeten selbstverständlich historisch ausgerichtete Führungen den alleinigen Schwerpunkt.

Prof. Dr. med. R. Kruse

Lahr-Friesenheim

Hand in Hand arbeiten in Lahr und Friesenheim die Volkshochschule, die Badische Heimat und der Historische Verein.

Die Mitgliedergruppe Lahr-Friesenheim beteiligte sich wieder an dem von der deutschen Stiftung Denkmalschutz koordinierten Tag des offenen Denkmals am 14. Sept. 1997. Geöffnet war in Heiligenzell die Probstei, der Denkmaltag endete am Abend mit einem klassischen Konzert.

Aktive Denkmalpflege möchte die Mitgliedergruppe auch wieder im Jahre 1998 leisten. Beabsichtigt ist die Restaurierung des barocken „Kieferkreuzes“ an der B 3 in Friesenheim.

In Lahr hat sich unter der Federführung von Frau Stadtarchivarin Gabriele Bohnert ein Arbeitskreis „Badische Revolution 1848/49“ gebildet. Nach dem großen Revolutionsfest in Offenburg ist im Jahr 1998 nunmehr die Raumschaft Lahr an der Reihe mit dem Revolutionsgeburtstag.

Die Stadt Lahr hat folgende Termine festgelegt:

9. bis 15. April 1998 – Ausstellung „Der Zug der Revolution 1848/49“

19. Juni 1998 – Freilichtaufführung im Lahrer Stadtpark „Jetzt oder nie – Baden rebelliert“

25. und 26. Juli 1998 – Freiheitsfest auf dem Schutterlindenberg.

In Friesenheim ist vom 18.–20. 9. 1998 während der NOVA die Wanderausstellung des Bad. Landesmuseums „Die Revolution 1848/49 in Baden“ zu bewundern.

Die Mitgliedergruppe Lahr-Friesenheim zählt derzeit 104 Mitglieder.

Ekkehard Klem

Meißenheim

März 97: Filmabend: Eine abenteuerliche Reise auf dem Landweg nach Indien. Herr Opitz erfreute die zahlreichen Gäste mit außergewöhnlichen Erlebnissen und zauberhaften Landschaftsaufnahmen.

April 97: Vogelstimmen-Exkursion: Über 40 Personen trafen sich zu frühester Morgenstunde im Rheinwald. Das urplötzliche Erwachen der Vogelwelt – kommentiert von Frau U. Weier – war für die Teilnehmer ein großartiges Erlebnis. Im Anschluß an die Führung waren die Teilnehmer Frühstücksgäste der Ortsgruppe im Hist. Verein.

Juni 97: Halbtagesfahrt: Trotz sommerlicher Hitze war die Fahrt auf der Ill durch Straßburg ein Genuß. In sachkundigen Erklärungen wurden den Fahrgästen die Sehenswürdigkeiten buchstäblich vor Augen geführt. In Fahrtrichtung Oberkirch wurde den Fahrtteilnehmern die Wallfahrtskirche zum hl. Wendelin, auf der Anhöhe St. Wendel, Gemeinde Herztal, Pfarrei Nußbach nahegebracht.

August 97: Volksschauspiele Ötigheim: Großen Anklang fand „Das Wirtshaus im Spessart“ auf Ötigheims großer Naturbühne. Der Abschluß erfolgte in Odelshofen.

Oktober 97: Halbtagesfahrt: In Sasbach erlebten die Teilnehmer 2 Künstler bei ihrer Arbeit (Farbe und Holz). Burgenmodelle aus unserer Region konnten bestaunt werden. In Schlettstadt lockten die Sehenswürdigkeiten der Altstadt: Bibliothèque Humaniste, Kirche Sainte Foy, Münster St-Georges, Hexenturm. Der Abschluß erfolgte in Epfig; Margaretenkapelle mit Beinhaus; Elsässer Spezialitäten-Restaurant.

November 97: Theater-Abend: Die Akteure der Alemannischen Bühne Freiburg begeisterten ihre Gäste mit der Posse „s’elektrisch Herz“.

Karl Schmid

Neuried

1. Mitgliedergruppe Neuried/Arbeitskreis Altenheim

März:

Im März feierte die Mitgliedergruppe Neuried ihre 20jährige Zugehörigkeit zum Historischen Verein für Mittelbaden sowie das 10jährige Bestehen des Heimatmuseums Neuried. Aus diesem Anlaß fand in der Mehrzweckhalle in Altenheim eine Festveranstaltung unter der Mitwirkung der Trachtenkapelle, der Volkstanzgruppe und des Gesangvereins Altenheim statt. Als Gastverein trat die Trachtengruppe aus Bösinggen/Schweiz auf. Im Foyer der Halle wurde zusammen mit dem Arbeitskreis Ichenheim eine Photoausstellung über das Vereinsleben der Mitgliedergruppe Neuried in den letzten 20 Jahren gezeigt.

Die Mitgliedergruppe Neuried richtete die Jahreshauptversammlung des Bundes für „Heimat und Volksleben“ aus.

Juni:

Teilnahme an der Archäologieexkursion in Dörmlinbach zusammen mit dem Arbeitskreis Ichenheim.

Juli:

Für die Helfer beim 20jährigen Jubiläum wurde ein Grillfest am „Fritsche Baggersee“ organisiert.

Als „traditioneller Hochzeitstag“ beteiligte sich die Trachtengruppe der Mitgliedergruppe am Festumzug der Feuerwehr Neuried, Abteilung Altenheim, die ihr 75jähriges Bestehen feierte.

September:

Die Trachtengruppe nahm am Festumzug des Plobsheimer Messdi/Frankreich teil.

Ausflug zum Textilmuseum in Ventron/Elsaß und Stadtbesichtigung von Eguisheim.

Oktober:

Kameradschaftstreffen des Arbeitskreises „Museum Altenheim“.

Beim Herbstfest des TUS Altenheim stellte sich der Arbeitskreis Altenheim bei einem anderen Verein vor. Dazu wurde ein „Sportmuseum“ zusammengestellt. Neben einer Bilddokumentation zur Vereinsgeschichte des TUS wurden auch Bilder von anderen Sportvereinen, wie z. B. von dem nicht mehr bestehenden Radfahrverein gezeigt. Auch wurden verschiedene Siegernadeln aus der Vorkriegszeit, Spielerausweise, Turngeräte, ein altes Hochrad und Turnkleidung aus vergangenen Zeiten ausgestellt. Dieses „Sportmuseum“ ist seit Ende Oktober im Heimatmuseum in Altenheim zu sehen.

Michaela Karl

Arbeitskreis Ichenheim

Februar: Kegeln in der Schutterzeller Mühle

Aschermittwoch – Heringssessen im Vereinsheim

Heimatabend des Arbeitskreises Ichenheim in der Festhalle unter dem Motto „In Baden daheim“

Anlässlich des 20jährigen Vereinsjubiläums der Mitgliedergruppe Neuried stellte der Arbeitskreis Ichenheim eine Photoausstellung über das Vereinsleben in der Mehrzweckhalle Altenheim zusammen.

April/Mai: 4. April bis 2. Mai – Ausstellung in der Raiffeisenbank Ichenheim: Thema „S’Bähnle“ – eine Ausstellung über die ehemalige Mittelbadische Eisenbahngesellschaft

Juli: Exkursion bei Dörlinbach, Führung durch Herrn Naudascher

Oktober: Wiederholung der Exkursion bei Dörlinbach, Führung durch Herrn Ohnemus

Adolf Hermann

Oberharmersbach

Wie jedes Jahr gab der Historische Verein e.V. Oberharmersbach den „Jahresrückblick“ in einer Auflage von 400 Exemplaren heraus. Die Dokumentation hat sich etabliert und ist für Vereine und Einwohner gleichermaßen ein wichtiges Nachschlagewerk.

Der vor Jahren angeregte „Ortsrundgang“ mit Tafeln an wichtigen Gebäuden und einer Beschreibung nahm konkrete Formen an und wird im Laufe des Jahres 1998 verwirklicht. Der Historische Verein Oberharmersbach feierte 1997 sein 20jähriges Bestehen. In einer kleinen Feierstunde im Gasthaus „Zur Stube“, wo die Gründungsversammlung stattfand, zog der Verein eine Bilanz der bisher verwirklichten Vorhaben. Der Präsident des Historischen Vereins für Mittelbaden, Dr. Dieter Kauß, hielt einen Vortrag über „Volksglauben im Schwarzwald“.

Karl-August Lehmann

Oberkirch

25. Januar: Winterfahrt nach St. Peter im Schwarzwald, Führung im Benediktiner-Kloster mit Besichtigung der Bibliothek, nachmittags Führung im Drehorgelmuseum in Waldkirch.

12. Februar: Aschermittwoch-Rätselfahrt: Über den Löcherberg, das Harmersbachtal, zur Kaffeepause nach Gengenbach, von dort über den Schönberg nach Heiligenzell bei Lahr. Rätselziel: Das Schloß von Heiligenzell, das zum ehemaligen Kloster Schuttern gehörte. Dort Führung durch Herrn Klem. Abschluß und Gewinnauslosung in Oberweier.
15. März: Herr Ernst Stoll führte uns in einem Lichtbildvortrag nach Ägypten, „Tempel für die Ewigkeit gebaut“ von Abu Simbel ins Tal der Könige.
19. April: Tagesfahrt an den Bodensee zur Insel Reichenau: Geführte Besichtigung des Münsters sowie der Reste des Klosters in Mittelzell. Nach dem Essen Führung und Erläuterung der Fresken in der St. Georgskirche in Oberzell durch Herrn Stud. Dir. Gerber. Auf der Rückfahrt Besichtigung des Schlosses Arenenberg (Napoleon-Museum) in der Schweiz und kurzer Halt in Stein am Rhein.
- 9.–14. Juni: 6-Tagefahrt in die Lausitz und nach Dresden.
09. 06. Anfahrt: Halt in Freiberg zur Besichtigung des Domes (Tulpenkanzel, Silbermannorgel, Goldene Pforte). Führung und Orgelspiel, weiter zum Standquartier nach Berggieshübel.
10. 06. Stadtrundfahrt und im Zentrum geführte Besichtigung Dresdens. Für 4 Tage hatten wir eine Führerin. Nachmittags frei für eigene Unternehmungen.
11. 06. Besuch des Ortes und der Festung Stolpen (Gräfin Kosel). Besichtigung des Barockschlosses Rammenau mit großem Park. Nachmittags Führung in Bautzen mit Besichtigung des Domes St. Petri.
12. 06. Schifffahrt von Dresden nach Schloß Pillnitz. Führung in den Gärten. Weiter zur Bastei. Mittags Aufenthalt in Pirna mit Führung in St. Martin. Zum Abschluß Besichtigung des Schlosses Weesenstein.
13. 06. Fahrt nach Meißen. Gang durch die Porzellanmanufaktur. Danach Stadt- und Dombesichtigung. Mittags nach Schloß Moritzburg.
14. 06. Rückfahrt: Halt zur Mittagszeit in Erfurt. Nach dem Essen Zeit für Stadt- und Dombesichtigung.
13. Juli Besuch eines Konzertes im Schloß Favorite.
19. Juli Tagesfahrt nach Besancon, ehemals freie Reichsstadt. Der sehr gut erhaltene Stadtkern wird nahezu ganz vom Doubs umflossen und von der hoch darüber liegenden Zitadelle beherrscht.

14. August Abendfahrt nach Straßburg. Besuch eines Orgelkonzertes im Münster. Danach eine Schifffahrt auf der Ill durch das nächtliche Straßburg.
20. September Tagesfahrt nach Stuttgart und zum Schloß Solitude. Besuch des württembergischen Landesmuseums im alten Schloß. Nachmittags Führung im Rokoko-Schloß Solitude.
11. Oktober ³/₄-Tagesfahrt nach la Petit-Pierre. Dort Stadtführung sowie Erklärungen zur ehemaligen Festung. Besuch des Springerle- Museums.
08. November Herr Dr. H. Schneble hielt einen sehr guten, von Lichtbildern ergänzten Vortrag über „Die Krankheitspatronate der Heiligen“.
13. Dezember Jahresabschluß im Hotel Pflug. Mit einem Videofilm wurden uns nochmals viele Eindrücke der Dresdenfahrt ins Gedächtnis gerufen. Das zu Ende gehende Jahr war Anlaß für eine kurze Rückschau und zugleich Ausblick auf das Programm für das Jahr 1998.

Wie immer wurden die Damennachmittage auch 1997 wahrgenommen.

Horst Schneider

Grimmelshausen-Gesprächsrunden im „Silbernen Stern“ in Oberkirch-Gaisbach

03. Febr. 1997: Jeanne Peipers, Lautenbach: „Die Lautenbacher Kirche“ (Mit Lichtbildern).
03. März 1997: Götz Bubenhofer, Achern: „Simplicissimi Gaukeltasche“.
05. Mai 1997: Frank-Joachim Lankoff, Achern: „Papierzerfall – Kulturzerfall“.
02. Juni 1997: Franz Josef Schneider, Karlsruhe: „Barbarossa und die Nachwirkungen“.
07. Juli 1997: Frh. Dr. Karl von Schowingen, Oppenau: „Die Türken als Bedrohung zur Zeit Grimmelshausens“.
04. Aug. 1997: Prof. Dr. Barbara Molinelli-Stein, Mailand: „Grimmelshausens satyrischer Pilgram – ein Publikumsmißerfolg als Beginn einer Karriere“.
06. Okt. 1997: Prof. Dr. Siegfried Steller, Berlin: „Grimmelshausens keusche Joseph – die andere Seite des satyrischen Pilgrams“.
03. Nov. 1997: Johannes Mühlán, Sasbach: „Burgund“ (mit Lichtbildern).
01. Dez. 1997: Otto Dehmer, Ortenberg: „Die Handwerkszünfte und ihre Bräuche“.

Offenburg

Die Aktivitäten der Ortsgruppe Offenburg standen im Jahr 1997 ganz im Zeichen des Offenburger Freiheitsfestes (12.–14. 9. 1997), das den landesweiten Startschuß zu über 750 Veranstaltungen gab, die zu den 150-Jahr-Feiern der Demokratiebewegung und Revolution 1997–1999 stattfinden werden.

Im Frühjahr/Sommer wirkte unsere Ortsgruppe an der Veranstaltungsreihe mit, an der über 1000 Besucher teilnahmen. „Offenburg will Freiheit . . .“ hieß es in der Erklärung der Stadt Offenburg vom 19. April 1848, die Bürgermeister Gustav Rée unterzeichnete. In der Zeit zwischen 1830 und 1849 wurden auch heute noch aktuelle politische Freiheiten formuliert: Die „13 Forderungen des Volkes“, aufgestellt am 12. September 1847 im Offenburger Gasthaus „Salmen“, waren bahnbrechend für die Entwicklung der damaligen demokratischen Bewegung. Badener lernten bereits seit 1832 demokratisches Handeln in den Kommunen und forderten die Demokratisierung des Gesamtstaates. Die Niederschlagung der badischen Revolution beendete den „Traum von der Freiheit“ zwar für viele Jahrzehnte, doch die Erinnerung an die „Offenburger Republik“ blieb unvergessen.

Die Reihe setzte sich aus Vorträgen, Themenabenden, Sonntagsmatineen und Inszenierungen zusammen. Hier eine Zusammenstellung aller Veranstaltungen, an denen der Historische Verein mitgewirkt hat:

Vorträge:

- „Die Hoffnung der freien Republik“: Die „Achtundvierziger“ im amerikanischen Bürgerkrieg
- „Es ist eine andere Zeit. Jetzt ist es Freiheit!“ Soldaten und die Revolutionsbewegung in Offenburg und Umgebung 1848/49
- „Frohlockt dem Mann entgegen, der Eintracht Euch bescheret!“ Die erste freie Offenburger Bürgermeisterwahl vom 4. Juli 1832

Themenabende:

- Frauen in der badischen Revolution
- „Die letzte Republik Europas“: Die Schweiz – Vorbild und Exil der badischen Demokraten
- „Tretet zusammen, oder wir sind verloren!“ Lahr 1848 – Revolutionen und Menschen im Schatten der Fabriken

Inszenierungen:

„... angeklagt wegen Hochverrats“: Offenburger Demokraten vor Gericht. Eine szenische Darstellung Offenburger Lebensbilder
„Eure Exellenz, ich rufe Eure Hilfe an ...“: Offenburger Protestfieber im Winter 1845/46

Matineen:

„Wer, wo, wie, wann?“: Offenburg und seine Bewohner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts
„Er ist die Eiche, sie der Efeu . . .“: Zur Rolle der Frau im Biedermeier
„Ihr werdet für ewige Zeiten Euch ein Denkmal setzen!“ Wie Frauen in Offenburg die Revolution unterstützten.

Am 9. Oktober fand ein weiterer Höhepunkt statt. Nach 1989 war Offenburg erneut Veranstaltungsort der Jahresversammlung unseres Vereins. Das Foyer des Grimmelshausen-Gymnasiums gab einen würdigen Rahmen ab. Nach der Geschäftssitzung hieß das Thema „1848“. Neben einem Vortrag zur lokalen Rezeptionsgeschichte konnten die Teilnehmer die Ausstellung „Des Volkes Freiheit. – Die Revolutionäre von 1847–1849.“ besichtigen bzw. eine „revolutionäre“ Stadtführung unternehmen. Bei dieser Jahresversammlung teilte Dr. H.-J. Fliedner dem Verein mit, daß er seinen Vortrag auch als Abschied von der Leitung der Mitgliedergruppe Offenburg ansehe. Er sei mit dem Vorstand einig, daß man zunächst dem Beirat, dann auch den Mitgliedern die Übertragung der Leitungsfunktion an Dr. Wolfgang M. Gall vorschlagen wolle. Beirat und Ortsverein sowie der Präsident des Gesamtvereins folgten dem Vorschlag, so daß ab 1. 1. 1998 Herr Dr. Wolfgang M. Gall die Geschicke der Ortsgruppe Offenburg lenkt. Neu in den Beirat trat Herr Wolfgang Reinbold, der im Jahre 1996 bereits im Verein über die Jakobinerherrschaft in Mainz referiert hatte.

Auch an dieser Stelle möchte ich allen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Arbeit des Vereins mitgetragen und gestaltet haben, herzlich danken.

Herrn Dr. Gall wünsche ich viele Jahre erfolgreichen Wirkens.

Dr. Hans-J. Fliedner

Oppenau

- Januar: Mitgliederversammlung mit Rückblick auf die Aktivitäten im vergangenen Jahr. Vorstellung des Programms 1997. Dia-Vortrag über Zypern.
- März: Diavortrag von Herrn Bentrup aus Oberkirch: Rückblick auf die vielfältigen Aktivitäten im Renchtäler Jubiläumsjahr „800 Jahre Allerheiligen“.
- April: Studienfahrt nach Pforzheim. Führung durch die Altstadt und das Schmuckmuseum. Rückfahrt durch den Schwarzwald mit Station auf der Burg in Bad Liebenzell und Besichtigung des ehemaligen Silberbergwerks in Neubulach.
- Juni: Tagesfahrt durch den Schwarzwald zu sagenhaften Orten wie dem Blindensee unter Leitung von Redakteur Willi Keller. Autor W. Keller und Musikant K. Leopold ließen die Sagen an den Originalschauplätzen lebendig werden.
- Juli: Studienfahrt nach Worms mit Stadtrundgang, Besuch des jüdischen Friedhofes und Dombesichtigung. Am Nachmittag Führung im Museumszentrum Lorsch mit anschließender Besichtigung der Königshalle und der noch vorhandenen Teile der ehemaligen Klosteranlage.
- August: Tagesfahrt nach Stuttgart zur Ausstellung „Die Alamannen“. Nach dem Ausflug in die Vergangenheit bot sich am Nachmittag ein Blick in die Unendlichkeit des Raumes und der Zeit bei einem Besuch des Planetariums.
- September: Elsaßfahrt mit Führung durch das Ecomusée in Ungersheim. Nach einem Picknick Besichtigung eines der großartigsten romanischen Bauwerke des Elsaß, der Klosterkirche Murbach. Im nahen Ort Lautenbach wurde das romanische Westwerk mit der dreibogigen Vorhalle der Kirche der ehemaligen Benediktinerabtei bewundert. Eine Vogesenfahrt über Le Markstein führte durch das Münstertal zum Kaiserstuhl.
- Oktober: Die Studienfahrt „Auf den Spuren des Hauses Baden“ hatte Backnang und Besigheim als Ziel. Unser Mitglied, Herr Postdirektor i. R. Leis, führte uns zu den ursprünglichen Besitztürmen des Hauses Baden.
- November: Vortrag: „Krankheit rettet“. Grundlage bildete eine Propagandaschrift von 1942 in Form eines Reclambändchens, das aus einer Bombe stammte, die ein englisches Flugzeug über dem Wahlholz bei Oppenau abgeworfen hatte.

Rainer Fettig

Rastatt

Wie hier üblich, haben wir wieder Vorträge der „Badischen Heimat“ auch den Mitgliedern des „Historischen Vereins für Mittelbaden“ angeboten. Es waren dies der spannende Vortrag von Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer (Baden-Baden) über „*Das Baden-Badener Attentat auf Wilhelm I*“ (im Januar), der kenntnisreiche Vortrag von Dr. Johannes Werner (Elchesheim-Illingen) über „*Wilhelm Hausenstein – eine badische Biographie*“ und der umfang- und materialreiche Vortrag von Ludwig Uibel (Freiburg) über „*Die Stadt Lichtenau und ihre Geschichte*“ (im Dezember). Alle drei Vorträge hatten jeweils etwas über 30 Besucher.

Gerhard Hoffmann

Rheinau

Die im Jahr 1996 begonnene Arbeitsgemeinschaft „Alte deutsche Schrift lesen und schreiben“ unter Leitung von Rektor a. D. Kurt Schütt wurde am 19. Jan., 11. Febr. und 12. März weitergeführt.

Vorträge: Dia-Vortrag von Bruno Ganter, Bühlertal, „Kaukasien – Von Moskau an die Seidenstraße“ am 6. März. Hans-Peter Kapp referierte am 9. April und 18. Juni „Über die Elsaß-Geschichte, Sprache und Kultur“ und „Straßburg – Die Kreuzung Europas – aus der Stadtgeschichte“. Die Vorträge wurden durch Dias, die auf unseren Studienfahrten aufgenommen worden waren, ergänzt. Am 18. Sept. zeigte Bruno Ganter die Insel Malta in Dias. Am 6. Nov. ließ Heinz G. Huber aus Oberkirch mit alten Aufnahmen die „Ortenau“ in alter Zeit wieder lebendig werden. Prof. R. Matzen aus Straßburg machte uns am 3. Dez. in kurzweiliger Art mit dem „Elsaß und den Elsässern“ bekannt.

Studienfahrten: Am 4. Mai besuchten wir das Historische Silberbergwerk „Hella-Glücksstollen“ in Neulach und das Heimat- und Flößermuseum in Bad Wildbad-Calmbach. Es folgte am 21. Juni eine Fahrt nach Salem mit Führungen im Schloß, Münster und Feuerwehrmuseum. Am 20. Juli besuchten wir das Grab des Keltenfürsten in Hochdorf und die „Alamannen-Ausstellung“ in Stuttgart. Vom 5.–7. Sept. führte uns eine Fahrt über Augsburg (Stadtführung) nach München, wo neben Stadtführung und Übersichtsführung im Deutschen Museum auch das Schloß Nymphenburg besucht wurde. Am 18. Okt. waren wir wieder in Straßburg und erfuhren viele interessante Dinge bei einer Führung um das Rohan-Schloß herum und in seinen Gemächern. Die letzte Fahrt führte uns am 2. Dez. nach

Mannheim ins Reiss-Museum, wo wir die Ausstellung „Die verbotene Stadt – Das Leben der letzten chin. Kaiser“ besuchten.

Anlässlich der Leistungsschau „Handel, Handwerk und Industrie“ in der Stadthalle Freistett am 11. und 12. Oktober zeigte die Mitgliedergruppe Fotos von alten Gewerbe- und Handwerksbetrieben aus allen Stadtteilen der Stadt Rheinau. Diese Ausstellung war ein großer Erfolg. Im Jahr 1997 sind wieder 2 Broschüren „Aus der Stadt Rheinau“ erschienen:

- I/97 „Wissenswertes aus dem ältesten Freistetter Kirchenbuch“ von Friedrich Böniger und „Die Grafen von Hanau-Lichtenberg“ von Kurt Schütt,
- II/97 „Entstehung und Entwicklung des Rheinhafens Freistett“ von Walter Demuth †.

Renate Demuth

Rheinmünster

- 14. 1. Vortrag über die Dorfgeschichte Söllingen von Gerhard Schmitt beim Seniorenwerk Söllingen.
- 31. 1. Stammtisch.
- 22. 2. Ausstellung zur Fischereigeschichte, Stollhofen zum 25. Jubiläum des Angelsportvereins. Geschichtlicher Beitrag in der Festschrift von Ernst Gutmann.
- 2. 3. Begehung der Reste der Stollhofener Linie mit Ernst Gutmann.
- 7. 3. Stammtisch.
- 28. 3. Sondierungsdurchgang in Schwarzach mit Manfred Huber.
- 5. 4. Ortsdurchgang Schwarzach durch Mühle und Klostergebäude mit Manfred Huber.
- 18. 4. Stammtisch.
- 20. 4. Führung durch die ehem. Vauban-Festung Fort Louis zusammen mit dem Förderverein Heimatmuseum Weitenung mit Ernst Gutmann.
- 21. 5. Ganztagesfahrt des Seniorenwerks Söllingen nach Freiburg, Stadt- und Münsterführung durch Gerhard Schmitt.
- 23. 5. Stammtisch.
- 11. 6. Tagesfahrt in die Pfalz mit dem Seniorenwerk Söllingen, Vortrag über die Landesgeschichte der Pfalz von Gerhard Schmitt.
- 14. bis 15. 6. Dorffest Stollhofen, Ausstellung zur Stadtgeschichte Stollhofens und zur 550jährigen Erstnennung der St. Erhardskirche, Ernst Gutmann.
- 11. 7. Stammtisch.
- 26. 7. Führung durch die ehem. Stadt Stollhofen mit Ernst Gutmann.
- 13. 9. Stammtisch.

17. 9. Tagesfahrt nach Colmar des Seniorenwerkes Söllingen mit den Freunden aus Fort Louis. Colmar, Unterlindenmuseum, Isenheimer Altar, Führung und Vorträge durch Gerhard Schmitt.
17. 10. Stammtisch.
28. 11. Stammtisch, Vorstellung des Jahrbuches 1997.

Ernst Gutmann

Schapbach

Die Gruppe in Schapbach verlor durch Tod Herrn Bernhard Weis, der bei der Beschilderung des Flößerweges sehr hilfreich war, und Herrn Wilhelm Lehmann (Zum Schmiedsberg).

Herr Felix Weller feierte im August seinen 75. Geburtstag.

Zwei herausragende Veranstaltungen wurden durch Bürgermeister und Mitglied Ralf Bernd Herden angeregt: Das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde mit L. Mundel vom Haus der Heimat B.-W. zeigte im Kurhaus die Ausstellung „Nikolaus Lenau“. Lenau, 1802 im Banat geboren, weilte 1840 in Bad Rippoldsau. Sodann wurde im September mit einem historischen Festzug „775 Jahre Schapbach“ die Ersterwähnung des Ortes gefeiert.

Vorträge mit auf den Ort bezogenen Themen hielten in Bad Rippoldsau Adolf Schmid, Rudi Franz und Franz Schmid.

Veröffentlichungen mit Beiträgen in Zeitschriften gab es durch R. B. Herden und Adolf Schmid.

Die Frühjahrs- und Herbstversammlung waren gut besucht. In den Fachgruppen Flurnamen und Grenzsteine arbeitet J. Furtwängler mit.

Zwei Wanderungen des Schwarzwaldvereins zur Markungsgrenze wurden von unserm Zweiten Vorsitzenden Bertold Waidele geführt, der dabei sein reiches historisches Wissen einbrachte.

Die Sammlungen wurden durch Schenkungen und Ankauf weiter bestückt. Etlliches an „Papier“ stellte H.-J. Schmid (Börsighof) zur Verfügung.

Die örtliche öffentliche Bücherei wurde zur Einstellung heimatkundlicher Literatur beraten. Auch in antiquitarischen Angelegenheiten war man behilflich.

Abbruch und Neubau in der Gemeinde wurde von unserem Interesse begleitet und Bilddokumentationen erstellt.

Wie in den vergangenen Jahren kamen Anfragen zur Familiengeschichtsforschung, die oft neue Erkenntnisse vermitteln.

Die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen betragen 84,- DM.

Dank allen, die durch Mitarbeit oder Spenden ihr Interesse am Werden und Vergehen bezeugt haben.

J. G. Furtwängler

Schutterwald

- Januar: Vortragsabend: Thema: Streiflichter aus Schutterwalds kirchlicher Vergangenheit und der seiner Nachbargemeinden. Gemeinschaftsveranstaltung mit der neuen hiesigen ev. Lukasgemeinde. Referent: Herr Löffler, ev. Pfarrer, Heidelberg.
- Februar: Lichtbildervortrag: Thema: Das Simonswälder Tal, eine Perle des Schwarzwaldes. Landschaft und Menschen in 3 Jahrzehnten, mit dem Herzen gesehen und mit der Kamera eingefangen. Referent: Ernst Stoll, erzb. Oberamtsrat a.D., Appenweier.
- März: Besuch des Handwerker museums und der Vereinsbibliothek in Kork. Anschließend gemeinsamer Rundgang im historischen Ortszentrum, geführt von Herrn Schneider.
- Mai: 4tägige Studien- und Erlebnisfahrt ins Ruhrgebiet und Münsterland. Auf der Hinfahrt Stadtbesichtigungen von Idstein (Taunus), Limburg (Lahn) und Wetzlar. Weiteres Programm: Besuch des Deutschen Bergbaumuseums in Bochum, Besichtigung des Offenen Bergbaus im Muttental, Stadtbesichtigung von Arnsberg, der Perle des Sauerlands. Stadtführung in Münster (Dom und Altstadt), anschließend Fahrt zum Wasserschloß „Haus Hülshoff“, Geburtshaus vor genau 200 Jahren von Droste-Hülshoff, Besuch eines neuzeitlichen Schiffshebewerkes an der Ruhr und eine Fahrt nach Essen zum Besuch der Villa Hügel.
- Juni: Beteiligung am Dorffest durch Wiederholung einer Bilderausstellung mit dem Thema: „Unser Dorf zu alter Zeit“, ergänzt durch restaurierte Altarbilder und einem 70 Jahre alten Modell von St. Jakob.
- Juli: Halbtagsfahrt nach Straßburg mit ausführlicher Stadtführung – vermittelt durch H. Schneider, Kork, mit abschl. gemeinsamer Einkehr in Straßburg.
- September: Veröffentlichung und Aufstellung vor Ort einer histor. Schautafel von der ehemaligen Mörburg im Namen d. Vereins, Initiator: Artur Hohn.
- Oktober: Wanderung auf dem Kinzigtäler Jakobusweg, Streckenabschnitt: Zell a.H. – Gengenbach, gemeinsam mit dem örtlichen Schwarzwaldverein.
- November: Mitglieder-Jahresversammlung: Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Rückblende und Eröffnung des neuen Jahresprogramms 98, Dia-Schau von der 4-Tage-Fahrt ins Ruhrgebiet und Münsterland, gestaltet von Manfred und Christel Stock.

Artur Hohn

Seelbach–Schuttertal

7. Dezember 1997: Vorstellung des Buches „Schweighausen im Schuttertal“ – Ein Dorf in schwerer Zeit – 1938–1948 (Aufzeichnungen des Pfarrers Erich Reitinger über die Pfarrgemeinde Schweighausen), Hrsg. Gerhard Finkbeiner, Schuttertal

7.–21. Dezember 1997: Kunstausstellung im Rathaus Schweighausen „Schweighausen in Holzschnitten“ von Herbert Motz, Ringsheim

Pfingsten 1998: Ausstellungsbeitrag beim Bergdorffest Schweighausen
Thema: Die Hünersedel-, Geisberg- und Hessenberglandschaft in alten Fotos mit besonderer Berücksichtigung der Schellenmärkte auf der Biereck und dem Bäreneck.

Veröffentlichungen im Geroldseckerland Nr. 40: Der Abtransport der jüdischen Bürger von Kippenheim – Erschütternde Bilddokumente – von Gerhard Finkbeiner und Robert Kraus

Kindheitserinnerungen – Weihnachten auf dem Fehrenbacherhof in Schuttertal – von Gerhard Finkbeiner

Le complot d’amour de Geisberg – von Gerhard Finkbeiner

Veröffentlichung im Jahrbuch „Die Ortenau“ 1997: Untertanen des Klosters Ettenheimmünster fordern die Abschaffung der Leibeigenschaft, der Fronen und der Abgaben. Aus den Aufzeichnungen des Klosterarchivars Gervasius Bulffer und des Vikars Bernhard Stöber über die Orte Schweighausen und Dörllinbach – von Gerhard Finkbeiner.

Eine geistliche Apotheke aus dem Schuttertal von Stefan Fassbinder.

Gerhard Finkbeiner

Steinach

Veranstaltungen:

- a) Gemeinschaftswanderung „Auf historischen Pfaden“ in langjähriger Kooperation mit dem Verschönerungsverein Steinach zur 1. Etappenwanderung „Rund um Steinach“ entlang der östlichen Gemarkungsgrenze, bei der auch die geschichtlich informativen Erläuterungen nicht zu kurz kamen. Die gewohnt gute Resonanz dieser gemeinsamen Aktion wird für die Veranstalter Anlaß genug sein – eine weitere –, die 2. Etappenwanderung 1998 durchzuführen.
- b) Beim Ferienprogramm „Spiel und Spaß, für jeden was“ war die Mitgliedergruppe Steinach mit dem Beitrag „Einem Handwerker über die Schulter geschaut“ vertreten.

Zur Einführung in dieses interessante und historische Thema fand zuerst ein kleiner Rundgang durch das Heimat- und Kleinbrennermuseum – Bereich Handwerk/Landwirtschaft – statt. Anschließend gab es bei der Besichtigung vor Ort in der „Bühler-Schmiede“ in Steinach vieles zur Geschichte, zum Arbeitsablauf und zu den Herstellungsgegenständen des Schmiedehandwerks für die Jugendlichen zu erfahren. Viele Fragen der Teilnehmer belegten das große Interesse an dieser Veranstaltung.

Div. Arbeitseinsätze

- a) Heimat- und Kleinbrennermuseum Steinach: Sauberhaltung des Gebäudes, Reparaturen und Konservierungsarbeiten an verschiedenen Utensilien, Integration neu erhaltener Exponate, Aufbau der saisonal wechselnden Sonderausstellung zum Thema: „Steinacher Ansichten in Aquarell und Foto“ und einer zusätzlichen Sonderausstellung „Krippen im Schwarzwald“ mit alten und neuen Steinacher Krippen.
- b) Museumsdienst (Sonntag/Mittwoch/Sonderführungen)

Brauchtum

Planung, Vorbereitung und Durchführung von:

- a) „Die drei Weisen mit König Herodes“ – Altes Krippenspiel, Aufführung in der Hl. Kreuz-Kirche in Steinach am 06. Januar (vor dem Hauptgottesdienst)
- b) Mitwirkung bei der Herstellung kunstvoll gestalteter, großer Palmstangen – einem alten, christlichen, hiesigen Brauch –, aufgestellt am Palmsonntag in der Hl. Kreuz-Kirche in Steinach.
- c) „Klausenbigger“ – Umgang in Steinach mit zwei Gruppen, – Altes und urwüchsiges, über die Grenzen Steinachs hinaus, bekanntes Brauchtum.

Bernd Obert

Wolfach

Am 15. 6. 1994 konnte in einem vom Ortenaukreis zugemieteten Raum im Schloßgebäude nach vollständiger Renovierung durch die Stadt Wolfach und der Wolfacher Flößer das *neue* Flößer-Museum eröffnet werden. Konzeption und Aufbau durch Rektor i. R. Otto Schrempp und Mitglieder d. Hist. Vereins Wolfach.

Vom 16.–19. 6. 1994 fand das Europäische Flößertreffen in Wolfach statt.

In den Jahren 1995–1997 fand eine Neuordnung der Archivbestände der Stadt Wolfach statt, nachdem das Archivgut infolge des Umbaus des Rathauses ausgelagert worden war. Dabei wurde auch ein neues Archivalien-Verzeichnis erstellt. Weiter wurde ein Bild-Archiv aufgebaut, in dem Fo-

tos, Fotoalben, DIAS, Postkarten-Sammlungen, Filme, Videos und Tonträger, Plakate u. a. erfaßt wurden.

Am 17. 11. 1997 fand eine Mitgliederversammlung statt, um eine künftige Vereins-Satzung zu beraten und die Frühjahrsversammlung festzulegen. Weitere Themen waren die Betreuung des Flößer- und Heimatmuseums sowie geplante Exkursionen und Vorträge.

Am 20. März 1998 fand eine Mitgliederversammlung statt, in der insbesondere eine erstmalige Vereins-Satzung beschlossen wurde sowie ein neuer Vorstand und Vorstandschaft gewählt wurden.

1. Vorsitzender ist demnach Dr. Rolf Pfefferle, Wolfach,
2. Vorsitzender Erwin Matt, Wolfach,
3. Schriftführer Ernst Bächle, Wolfach,
4. Schatzmeister Hubert Springmann, Wolfach.

Der Verein wird künftig als e.V. auch die Nachbargemeinde Oberwolfach umfassen.

Ernst Bächle

Yburg

Der ehemalige Fernsehredakteur Karlheinz Darweger berichtete uns in einem erschütternden Vortrag mit dem Titel „Im Elsaß verschollen“ über seine eigenen Erlebnisse bei der Suche nach Soldatengräbern.

Im Mai 1997 besuchten wir mit den Freunden des Schwarzwaldvereines die Festungsanlage Lichtenberg im Elsaß.

Als Ergänzung zur 700-Jahr-Feier in Neuweier sprach Willi Daferner über: „Neuweier – zwei Schlösser – ein Dorf“.

Ursula Schäfer hielt in der Mitgliederversammlung, die im November stattfand, einen Vortrag über die römische Zeit in der Kurstadt „Als Baden-Baden noch Aquae hieß“.

Mehr als zwei Jahre lang wurde von wenigen, aber sehr fleißigen Mitgliedern in vielen freiwilligen Stunden an dem Heizungseinbau in das Reblandmuseum gearbeitet. Als die „Handwerker“ Frühjahr 1997 fertig waren, konnten dann, zu den Mittelalterlichen Winzertagen in Steinbach, für die Besucher im Obergeschoß des Museums ein neuer Ausstellungsraum eröffnet werden und neue Exponate, besonders das Modell der Varnhalter Notkirche, gezeigt werden.

Ursula Schäfer

Tätigkeitsberichte der Fachgruppen:

Fachgruppe Bergwesen

Helmut Decker

Das für 1997 vorgenommene Arbeitspensum konnte trotz der im ersten Halbjahr erschwerten Bedingungen sogar sehr gut eingehalten werden.

Der Auftakt am 12. April 1997 war eine ganztägige Exkursion im Kinzigtal. Diese Begehung fand unter der fachkundigen Führung des F. G. Mitarbeiters Günther Knausenberger statt. Besichtigt wurden verschiedene Gruben und Grubenorte um Wolfach. Der Höhepunkt der Exkursion war schließlich die Besichtigung vieler verschieden großer Pingengruben¹ auf der Barbarast, von denen man einige wirklich als mächtig bezeichnen kann.

Da die wenigsten Teilnehmer der Exkursion, Pingengrubenfelder in dieser Ausdehnung gesehen hatten, war die Begeisterung sehr groß. Die Eindrücke dieser Begehung wurden anschließend ausgiebig diskutiert. Man war sich auch einig, daß so große Pingengrubenfelder im nördlicheren Gebiet der Ortenau noch nicht gefunden wurden. Eine recht interessante Mitteilung war die Erklärung von G. Knausenberger, daß der beim Abbau von Erzen reichlich anfallende Schwerspat, in den vergangenen Jahrhunderten vor allem wegen seines Gewichtes, als Ballast für Schiffe Verwendung fand.

Eine zweite Exkursion sah schon kurz darauf am 8. Mai 1997 das elsässische Lebertal. In Saint-Marie-aux-Mines befuhr man zwei sehr ausgedehnte Bergbaustollen. Die dabei geführten Gespräche waren sehr aufschlußreich und brachten auch neue Erkenntnisse über das Alter des dortigen Bergbaues. Nach der Meinung der Montanarchäologen vor Ort, die schon seit 25 Jahren an der Geschichte des Bergwesens im Lebertal arbeiten, wurde dort die Metallgewinnung auch schon von den Kelten betrieben. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum eine solche frühgeschichtliche Bergbautätigkeit bei uns im mittleren Schwarzwald ausgeschlossen sein sollte.

Eine dritte Exkursion zu der Ausgrabungsstelle der Bergwerksstadt „Münster“ im Münstertal/Freiburg konnte wegen der Einstellung der Ausgrabungsarbeiten nicht stattfinden. Diese wurde auf einen späteren Zeitpunkt (Wiederaufnahme von Grabungsarbeiten) verschoben. Solche Exkursionen sollten auch weiterhin fortgesetzt werden, denn die Erfahrungen, die beim Meinungsaustausch vor Ort gewonnen werden, sind doch sehr wertvoll.



Geröllhalde an der Ostseite des „Treiers Schlößchens“ in Ramsbach



*Der nicht fertiggestellte Halsgraben des „Treiers Schloßles“ in Ramsbach
Aufnahmen: Helmut Decker*



Beim Lokalisieren eines verfallenen Bergstollens (Lauf: Silbergründle)



Ein lokalisierter verfallener Bergstollen (für das geschulte Auge gut sichtbar)

Im Dezember 1997 wurden durch die Herren Dr. Martin und Dr. Leiber vom Geologischen Landesamt, verschiedene Anlagen besichtigt. Ein weiterer Termin wurde für das Frühjahr 1998 vereinbart.

Durch eine Information von Herrn Ernst Haas in Ramsbach/Oppenau über Bergwerkstollen und einer dort in der Nähe liegenden abgegangenen Befestigungsanlage, im Volksmund früher Treier-Jöckels-Schlössle² genannt, wurde die Gegend begangen. Die Burgstelle befindet sich in einer ungewöhnlichen Höhe von etwa 700 Meter ü. d. M. und dürfte im späteren Mittelalter errichtet worden sein und war sicher nicht lange bewohnt³. Bei einer Begehung im Jahre 1935 wurde dort unter anderem ein Siegel gefunden⁴. In nächster Nähe befinden sich einige z.T. noch offene Stollen. Ob die Erbauung dieser Befestigung mit dem dort betriebenen Bergbau zusammenhängt, ist noch nicht nachgewiesen, aber wahrscheinlich.

In Lauf wurden von dem F. G. Mitarbeiter Hermann Zink eine größere Anzahl von vermuteten Stollenmundlöchern, die auch nicht bei „Metz“⁵ beschrieben sind, entdeckt. Obwohl der Gewannname „Silberloch“ direkt auf bergmännische Tätigkeit hinweist, ist eine ernstliche Spurensuche dort bis heute nicht bekannt.

Bei der großen Anzahl der tatsächlichen und vermuteten Bergbautätigkeiten, lassen sich montanarchäologische Erkenntnisse nur durch das Begehen und Beobachten der Fundorte kaum gewinnen. Erst durch das Aufwältigen von vorhandenen Stollen könnte man zu sicheren Erkenntnissen kommen. Solche Arbeiten können aber nur von örtlichen Gruppierungen getätigt werden. Inzwischen werden die Bemühungen, in Archiven fündig zu werden, forciert, was bei der dürftigen Urkundenlage sehr arbeitsintensiv ist.

Von großer Wichtigkeit ist die Bearbeitung von Flurnamen, die auf Bergbau hinweisen. Es ist nur natürlich, daß dort, wo Bergwerke betrieben wurden, ein großer Teil der Flurnamen bergmännisch geprägt ist. An dieser Stelle muß die Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Flurnamen greifen.

Hochinteressant ist auch, inwieweit Bergwerkspatrosinien sich bei noch bestehenden oder abgegangenen Kirchen und Kapellen finden. Diese sind in großer Menge bekannt. Die Frömmigkeit hatte bei den Bergknappen einen sehr hohen Stellenwert. Hing für sie doch nicht nur der tägliche Broterwerb, sondern was noch viel wichtiger war, die körperliche Unversehrtheit in dem sehr gefährlichen Bergbau davon ab.

So sind doch außer der Heiligen Familie und denen, die in direkter Beziehung zu ihr standen (z.B. Drei Könige), fast alle Heiligen, die als Attribute

Metall, Wasser oder Feuer und Licht tragen, als Bergwerkspatrone zu finden. Da stellt sich auch die Frage, ob die Kapelle St. Ursula⁶ beim Kloster Allerheiligen, in deren Umgebung sich starke Bergbautätigkeit findet, nicht ursprünglich als Bergheiligtum genutzt wurde.

Im Jahre 1935 wurden im Rahmen des Vierjahresplanes durch die sogenannte „Schürfkolonie Dr. Teike“⁷ alte Bergwerkstollen auf eventuelle abbauwürdige Erze untersucht. Diese Arbeiten erstreckten sich über den mittleren und südlichen Schwarzwald. In Lauf, Unterstmatt, Mösbach, Ringelbach, im Kinzigtal, bei Emmendingen und weiter im südlichen Schwarzwald suchte man in alten Stollen. Die Akten über diese Tätigkeit wurden freundlicherweise vom Landesbergamt Freiburg der Fachgruppe zur Auswertung überlassen. Leider sind diese Unterlagen nicht ganz vollständig, aber Anfragen über den Verbleib der fehlenden Teile laufen. Da auch deshalb die Bearbeitung der Akten noch nicht abgeschlossen ist, muß sich dieser Bericht jetzt noch beschränken.

Unter den Planungen für das laufende Jahr, sind neben anderen Arbeiten auch verschiedene Untersuchungen, metallische wie mineralogische, vorgesehen.

Anmerkungen

- 1 Pinge, Binge: Eine durch das Zusammenstürzen eines Schachtes auf der Erdoberfläche entstandene kesselförmige Vertiefung.
- 2 So genannt, weil auf dem Gebiet des Trayer Hofes im Ramsbach liegend.
- 3 Der Zustand des Halsgrabens zeigt, daß die Arbeiten an diesem während der Fertigstellung abgebrochen wurden.
- 4 1935 wurde eine Ortsbesichtigung vorgenommen. Vor Ort waren der Entdecker Andreas Trayer, Freifrau Berta von Schauenburg, Konsul Schabinger und Frhr. Karl von Schowingen. Dabei sind Kleingeräte, unter anderem ein Siegel derer von Staufenberg aufgefunden worden, über den weiteren Verbleib dieser Gerätschaften ist nichts bekannt.
- 5 Rudolf Metz, Mineralogisch-landeskundliche Wanderungen im Nordschwarzwald, Moritz Schauenburg Verlag, Lahr 1977.
- 6 St. Ursula, wurde als Bergbaupatronin im Schwarzwald, Elsaß, Tirol, Kärnten im sächsischen Erzgebirge und dem Harz verehrt.
Sie war nach der Legende die Tochter eines britischen Königs und wurde durch Pfeilschüsse getötet. Durch Übertragung fanden Kult und Legende weiteste Verbreitung. Ihr ständiges Attribut ist der erzhaltige Pfeil. Auch die Ampel und die Fahne sind bergwerkweisende Attribute. Nach Ernst Schneider, Rheinisches Jahrbuch für Volkskunde, Achter Jahrg. 1957.
- 7 Ursprünglicher Name, Die Bergwerksbetriebe der mineralogischen Studiengesellschaft Freiburg e.V., Akten des Landesbergamtes Freiburg.

Fachgruppe Denkmalpflege

Dr. Dieter Kauß

Die erste Sitzung der Fachgruppe Denkmalpflege am 24. Juli 1997 diente der Vorbereitung eines Briefes an die Landtagsabgeordneten aus dem Ortenaukreis, in dem die Beibehaltung der Einvernehmenregelung zwischen der Unteren Denkmalbehörde und dem Landesdenkmalamt im Denkmalschutzgesetz gefordert wurde.

Die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung enthält u. a. folgenden Satz: „Die Sonderregelung, wonach zwischen der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesdenkmalamt Einvernehmen hergestellt werden muß (nach 3 Abs. 2 des Denkmalschutzgesetzes), entfällt.“ Damit wird die Einvernehmensregelung durch eine Benehmensregelung ersetzt.

Das Kabinett hat am 24. Juni 1997 entschieden, diese Koalitionsvereinbarung bezüglich Denkmalschutzgesetz und Naturschutzgesetz umzusetzen, d. h. in einer Gesetzesänderungsvorlage „Artikelgesetz“ den heutigen Erfordernissen anzupassen. Die Änderung lautet: „Die Untere Denkmalschutzbehörde entscheidet im Benehmen mit dem Landesdenkmalamt.“

Die Fachgruppe Denkmalpflege im Historischen Verein bittet daher die Landtagsabgeordneten, das Denkmalschutzgesetz im Hinblick auf die Regelung des Erfordernisses der Herstellung des Einvernehmens zwischen der Unteren Denkmalbehörde und dem Landesdenkmalamt *nicht* zu ändern.

Der Schutz eines Kulturdenkmals darf nicht allein vom Willen des Eigentümers abhängen. Das Dissens-Verfahren hat sich im Prinzip bewährt, wenn es auch häufig zu Lasten des Kulturdenkmals ging. Dem wirtschaftlichen Druck von überregional tätigen Baugesellschaften können etwa Kommunen häufig nichts entgegensetzen. Ausreichende Mittel zur Herstellung der Zumutbarkeit bestehen nicht.

Ein Brief dieses Inhalts wurde am 2. Sept. 1997 an die Mitglieder des Landtags Baden-Württemberg aus dem Ortenaukreis abgesandt. Eine Reaktion erfolgte bisher nicht.

Am 25. September 1997 traf man sich in Gengenbach. Frau Juliane Bauer führte zunächst durch den Kinzigtor-Turm, ein bedeutendes Kulturdenkmal

in Gengenbach, dessen ältester Teil aus der Mitte des 13. Jahrhunderts stammt. Der Kinzigtor-Turm erweist sich als gut und behutsam restauriert. Er soll als Dokumentation der Aufgaben dieses Turmes in Zukunft dienen, spärlich mit Exponaten ausgestattet; wirksam sollte der Turm sein.

Anschließend wurde in der Weinstube A. Frei zunächst über den Tag des Offenen Denkmals gesprochen, der sich – je weiter von Offenburg mit dem gleichzeitigen Freiheitsfest entfernt – erfolgreich erwiesen hat (Beispiele in Gengenbach und Lahr). Es wird an dieser Einrichtung festzuhalten sein.

Danach wurde der Eindruck diskutiert, daß die Deutsche Denkmalstiftung die Neuen Bundesländer einseitig mit Zuschüssen berücksichtigt. Natürlich sehen wir – wie die Denkmalstiftung auch – die Notwendigkeit und den Nachholbedarf in dieser Region. Aber es kann doch nicht sein, daß mangels Geldes im Westen beim Bund, den Ländern und den Kreisen mittlerweile eben solche Zustände denkmalpflegerisch eintreten, wie wir sie im Osten beklagen, aber im Westen nicht bezuschussen. Es wurde vorgeschlagen, im Namen des Hist. Vereins dies gegenüber der Denkmalstiftung zum Ausdruck zu bringen, gezielt auf Beispiele in der Region aufmerksam zu machen (Dautenstein, Ottenweirerhof, Prälatenturm in Gengenbach) und die Denkmalstiftung zur Inaugenscheinnahme zu bitten.

Abschließend lud Herr E. Zittel die Fachgruppe zu einem Besuch in seine Schreinerei ein, um einen praktischen Einblick in die Restaurierung von Fenstern zu gewinnen, die mit zu den wichtigsten – aber nur wenig beachteten – Details einer Gebäuderenovierung gehören.

Sechs Mitglieder der Fachgruppe Denkmalpflege im Historischen Verein waren am 31. Okt. 1997 höchst interessierte und motivierte Teilnehmer bei einer Besichtigung der Fa. H. Renaud in Offenburg. Deren Inhaber, Herr E. Zittel, zeigte zunächst Fenster eines Schlosses, die zur Renovierung anstehen. Während die Beschläge und Metallteile abmontiert, gereinigt und neu gestrichen werden, sind die Holzteile dieser Fenster nicht mehr zu retten. Sie werden formgetreu ersetzt. Hierbei ergibt sich die Schwierigkeit, wie dies mit modernen Anforderungen des Kälteschutzes und der Wärmedämmung zu vereinbaren ist und welche Lösungen gesucht und gefunden werden müssen.

Ein Gang durch die Werkstätte konfrontierte die Interessenten mit weiteren Fensterobjekten, mit der Technik der Fertigung der Fenster und deren Bearbeitung. Zum Abschluß zeigte E. Zittel seinen Besuchern Fenster aus verschiedenen Zeiten und Orten bis vor 200 Jahren.

Eindrucksvoll mußten die Teilnehmer zur Kenntnis nehmen, daß jedes Fenster sein eigenes Gesicht, seine eigene Aufteilung besitzt. Es gilt, sehr sorgsam die Innen- von der Außenseite zu unterscheiden. Besonders die Funktion einzelner Fensterbestandteile gilt es zu beachten und adäquat bei einer Restaurierung nachzuempfinden.

Mit Recht sahen sich die Teilnehmer nach etwa zwei Stunden darin bestärkt, daß das Fenster bei einer Gebäuderenovierung eines der sensibelsten Teile des Gebäudes ist, das nicht nur in seiner Form, sondern auch in seiner Funktion von allen Seiten aufgenommen und betrachtet werden muß, um es auch effektiv zu renovieren. Dies wiederum schlägt sich natürlich auf die Kosten nieder.

Nach soviel fachlich-handwerklicher Information tat ein abschließender Hock bei Wein, Brotrad und Gugelhupf allen Teilnehmern gut, ehe man dieses sowohl handwerklich wie auch gastfreundlich gut ausgewiesene Haus verließ.

Fachgruppe Flurnamen und Mundart

Dr. Ewald M. Hall

Fachgruppe Flurnamen

Am 16. Mai 1997 fand im Rathaus in Rheinau-Freistett eine Besprechung mit Herrn Bürgermeister Oberle, dem 2. Vorsitzenden des Historischen Vereins von Rheinau, Herrn Kiefer, und dem Fachgruppenleiter über die Herausgabe und Finanzierung eines Flurnamenbuches statt. Herr Oberle betonte, daß er die Herausgabe eines Flurnamenbuches der Stadt Rheinau gerne unterstütze und die nötigen Schritte dazu einleiten werde. Er sei sehr daran interessiert, daß die Stadt Rheinau ein solches Buch erhalte und damit auch die letzte Lücke auf dem Gebiet des Hanauerlandes geschlossen werden könne. Ende Oktober 1997 erfolgte der Bescheid, daß die Mittel für die Vorarbeiten für die Jahre '98 und '99 im Haushalt der Stadt eingeplant seien. Für das Jahr 1998 kann somit die Erhebung der Flurnamen auf dem Gebiet der Stadt Rheinau in Zusammenarbeit mit dem Historischen

Verein Rheinau in Angriff genommen werden. Es sollen die Flurnamen aller 9 Gemarkungen (Diersheim, Freistett mit Neufreistett, Hausgereut, Helmlingen, Holzhausen, Honau, Linx, Memprechtshofen, Rheinbischofsheim) erfaßt und in ihrer mundartlichen Aussprache festgehalten werden. Wichtige statistische Vorarbeiten mit Stand vom 31. Oktober 1989 wurden hierzu bereits von Walter Demuth und Kurt Schütt geleistet.

Neben den beginnenden Arbeiten in Rheinau konnte das Flurnamenbuch der Stadt Lichtenau weitgehend fertiggestellt werden, das anlässlich der urkundlichen Ersterwähnung im Jahre 2000 der Bevölkerung vorgelegt werden soll.

In Zusammenhang mit der Erforschung des gallo-keltischen Substrats im Schwarzwald wurde der Fachgruppenleiter zu einer Tagung auf die Baar nach Donaueschingen eingeladen und konnte dort Kontakte zum Verein für Geschichte und Naturgeschichte der Baar knüpfen. Am 26. September 1997 hielt er einen Vortrag über die Namensstruktur auf der Baar, wobei besonders die voralemannischen Gewässer-, Siedlungs- und Flurnamen im Mittelpunkt standen.

Im Laufe des ersten Halbjahres 1997 fanden mehrere Besprechungen mit Herrn Dr. Kreuz in Offenburg statt, der an einer Flurnamensammlung der Stadt Gengenbach arbeitete.

Fachgruppe Mundart

Am 5. Dezember 1997 wagten der Weinbaumeister Paul Güde, Gutsverwalter des Aspichhofs in Altschweier, und der Fachgruppenleiter einen „Weinsinnigen Abend“ im Bachschloßkeller in Kappelwindeck bei Bühl. Die Organisation des Abends hatte der Historische Verein Bühl übernommen. Es sollte Vergnügliches und Wissenswertes rund um die Bühler Weinkultur vom Mittelalter bis in die Neuzeit geboten werden. Informatives zur regionalen Weingeschichte wechselte mit anekdotischen Liedern und besinnlichen Erzählungen in badischer Mundart. Diese wohl gelungene Mischung aus Information und Unterhaltung wurde begleitet von hochkarätigen Weinen der Affentaler Winzergenossenschaft, die ihren Keller für eine Weinprobe der Spitzenklasse geöffnet hatte.

Fachgruppe Grenzstein-Dokumentation

Dr. Gernot Kreuz

Im Jahr 1997 wurde die systematische Erfassung und Dokumentation der Marksteine für die vier Gemarkungen der Stadt Zell am Harmersbach abgeschlossen, ebenso auch für die Gemeinde Nordrach. – In anderen Bereichen läßt die planmäßige Dokumentation noch weitgehend auf sich warten. Vereinzelt wurden Hilfestellungen gegeben, wenn es um die Feststellung oder Deutung von Zeichen oder Buchstaben auf Gemarkungsgrenzsteinen oder Gütersteinen ging. – In den Sandstein, der bei uns in der Regel als Material vom Steinmetz benutzt wurde, gelangen leicht nachträglich Vertiefungen unterschiedlicher Art. Es muß daher bei der Deutung von vermeintlichen Zeichen grundsätzlich auch an zufällige oder absichtliche Veränderungen gedacht werden.

Kürzlich hat F. X. Simmerding in seinem Buch „Grenzzeichen, Grenzsteinsetzer und Grenzfrevler“ (1996) über die Erhaltung und Inventarisierung der historischen Grenzsteine geschrieben: „Keinesfalls sollten Grenzsteine nachbearbeitet oder etwa an beschädigten Stellen ergänzt werden.“ Dies sei auch den heutigen „Grenzfrevlern“ nochmals gesagt, die ihre Tätigkeiten anderweitig ausüben sollten. In einigen Fällen wäre die Anfertigung von Kopien eine verstärkende Dokumentation von besonders zu bewahrenden Marksteinen.

Im Mai 1997 wurde durch die Ortsverwaltung Rammersweier die Kopie eines gewappneten Marksteins am alten Standort auf der Gemarkungsgrenze Rammersweier/Offenburg aufgestellt. Dieser Bannstein, in den die Jahreszahl 1720 eingehauen ist, ist mit dem Offenburger Tor und dem doppelköpfigen Reichsadler für die Landvogtei Ortenau versehen. Er steht an der Durbacher Straße am Kreisel. Das Original befindet sich im Museumshof des Ritterhauses in Offenburg.

Ganz vereinzelt gibt es noch Steine vom ehemaligen rechtsrheinischen Festungsbereich von Straßburg. Herr E. Kurz aus Straßburg konnte dazu dankenswerter Weise sachdienliche Auskünfte geben.

Hingewiesen sei auf die Myriameter-Steine, die entlang des Rheins in einem Abstand von 10 Kilometern stehen. Als Entfernungsmarken sind sie den Verkehrsmalen zuzuordnen. Auf der Top. Karte (1 : 25 000) sind sie mit „My“ gekennzeichnet.

Fachgruppe jüdische Geschichte und Kulturgeschichte

Jürgen Stude

Das Jahr 1997 war geprägt durch berufliche Umbrüche der aktiven Mitglieder der Fachgruppe „Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte“, so daß nur zwei reguläre Arbeitssitzungen durchgeführt werden konnten.

Eindeutiger Schwerpunkt waren die verschiedenen im Aufbau befindlichen Judaika-Sammlungen der Ortenau, bei denen jeweils Mitglieder der Fachgruppe beteiligt sind. Die drei bekannten Vorhaben zeigen verschiedene Ansätze: Das Stadtgeschichtliche Museum Bühl und das Offenburger Museum im Ritterhaus richten ihre Sammeltätigkeit einerseits auf die deutsch-jüdische Geschichte der Region, andererseits kaufen sie auch rituelle Objekte auf, die aus Osteuropa, Frankreich oder Israel stammen. Mit den letzteren Objekten soll neben geschichtlichen Aspekten auch Wissenswertes über die jüdische Religion vermittelt werden.

Von diesem Ansatz unterscheidet sich die Sammeltätigkeit des „Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim“. Der Förderverein möchte in der in das baden-württembergische Gedenkstättenverzeichnis aufgenommenen ehemaligen Synagoge eine Sammlung zur Geschichte des Landjudentums der Ortenau integrieren. In diese Sammlung sollen nur Objekte aufgenommen werden, die einen direkten Bezug zur Region aufweisen, an einen Ankauf ist nicht gedacht. Um an geeignete Objekte zu kommen, wird die Bevölkerung immer wieder durch Presseaufrufe aufgefordert, die Sammeltätigkeit zu unterstützen. Auf diesem Wege konnten bereits einige interessante Exponate in die Sammlung aufgenommen werden.

Einen wichtigen Anstoß zur Entwicklung dieser Judaika-Sammlungen erwartet die Fachgruppe durch eine Ausstellung über die Geschichte der Juden in der Ortenau, die sie gemeinsam mit dem Ortenaukreis für das Jahr 2000 plant. Hierbei erhofft sich die Fachgruppe die Unterstützung der einzelnen Mitgliedergruppen des Historischen Vereins.

Ein weiteres 1997 festgelegtes Vorhaben der Fachgruppe ist die Erarbeitung einer jüdischen Ortsgeschichte von Diersburg. Zu diesem Zweck hat sich ein Autorenteam gegründet, das Kontakte mit der Mitgliedergruppe Hohberg aufgenommen hat.

Fortgeführt werden konnte die Zusammenarbeit mit der „Société pour

l’Histoire des Israélites d’Alsace et de Lorraine“. Im Juli 1997 beteiligten sich Mitglieder der Fachgruppe am grenzüberschreitenden Projekt: „A la decouverte du judaisme alsacien et rhenan.“

Auch 1997 war die Fachgruppe Ansprechpartner für Autoren und Studierende. Zwei in diesem Zusammenhang entstandene Arbeiten sind hier besonders zu nennen: „Mikwen – Jüdische Ritualbäder“, eine Hausarbeit an der Albert-Ludwigs-Universität von Birgit Hotz mit Bezügen zu Kippenheim und Offenburg und die Biographie der aus Kippenheim stammenden jüdischen Historikerin Selma Stern (Marina Sassenberg: apropos Selma Stern, Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main 1998).

Fachgruppe Museen

Horst Brombacher

Die Fachgruppe Museen kam im Jahr 1997 am 15. November zusammen. Tagungsort war das Sensen- und Heimatmuseum in Achern, Tagungsthema der Problemkreis „Dokumentation im Museum“. Die Vertreter von 11 Museen waren zusammengekommen, um sich zu informieren und um Erfahrungen auszutauschen. Frau Renate Andres, M. A., Volkskundlerin und Geographin, gab im Rahmen der Veranstaltung einen Überblick über den Zweck und die Aufgaben der Inventarisierung. Sie spannte dabei den Bogen vom Eingangsbuch als der unbedingt notwendigen Möglichkeit der ersten schriftlichen Fixierung eines Exponats bis zur Numerierung der Objekte. Hier standen die verschiedenen Techniken des Anbringens der Inventarnummer im Mittelpunkt. Schwerpunkt der Ausführungen aber bildete der Vergleich von Inventarkarten mit der Inventarisierung mit Hilfe des Computers. Mit Hilfe praktischer Beispiele und Vorführungen diskutierten die Teilnehmer die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Systeme. Sie stimmten überein, daß die Grunddatenerfassung und detailliertere Angaben, eventuell die Geschichte des Objekts, bei allen Arten der Inventarisierung möglich sein müssen, wobei die Bedienungsfreundlichkeit der Computerprogramme immer besser wird. Welche Methode der Inventarisierung das einzelne Museum realisiert, wird von den technischen Möglichkeiten abhängen. Einig war man sich auf jeden Fall darüber, daß eine Inventarisierung aller Objekte eines Museums eine unverzichtbare Grundaufgabe ist. Ein anschließendes Rundgespräch mit einer Informationsbörse bestätigte die Notwendigkeit von Tagungen der Fachgruppe, wobei der Wunsch nach engerer Kooperation deutlich wurde.

Fachgruppe für Neuere und Zeitgeschichte

Dr. Wolfgang M. Gall

Unsere Fachgruppe traf sich im vergangenen Jahr insgesamt zu vier Terminen. Zu den Veranstaltungen kamen bis zu 18 Personen. Am 11. März führte uns Bertold Schaaf durch die Ausstellung „Die Reise ins Uhrenland . . .“, die im Foyer des Ritterhauses stattfand. Sie behandelte das Leben eines Uhrenhändlers aus St. Märgen, der im vorigen Jahrhundert nach England auswanderte. Die Ausstellung zeigte neben Originalbriefen sehr viele Schwarzwälder Uhren und Uhrenwerke aus der Sammlung von St. Märgener Bürgern. Die Ausstellung ist mittlerweile im St. Märgener Heimatmuseum installiert worden.

Die drei anderen Sitzungen behandelten das aktuelle Thema „Badische Revolution in der Ortenau“, das ja bekanntlich das Schwerpunktthema unseres diesjährigen Jahresbandes sein wird.

Am 15. April referierten Karl-Heinz Debacher und Thomas Dees zum Thema „Ettenheim und Umgebung. Ein Werkstattbericht über ein historisches Feature.“ Am 12. Juli unternahmen wir eine Exkursion nach Freiburg zum Historischen Seminar. Dort stellte die Historikerin Irmtraud Götz von Olenhusen mit ihrem Team ein Software-Programm vor, eine „interaktive Datenbank“ zur Revolution von 1848/49. Dieses Programm wurde bei der Offenburger Ausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg „Die Offenburger Revolutionäre von 1847–1849“ dann eingesetzt. Später soll es auch in der Erinnerungsstätte in Rastatt der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Am 9. Dezember schließlich stellten sechs Referenten in Kurzreferaten ihre 1848er Projekte vor. Ziel war ein „Wissensaustausch von Lokalforschern zu diesem Themenkomplex“: Manfred Hildenbrand, das Projekt „9/10 der Haslacher sind republikanisch verrückt“. Eine szenische Darstellung zur Revolution 1848/49 in Haslach, Hartmut Stüwe „Kehl“, Thorsten Mietzner „Lahr“, Josef Naudascher „Mahlberg“, Karl Maier „Appenweier und Umgebung“ sowie Jürgen Stude und Uwe Schellinger „Juden in der Ortenau 1848/49“. Den Beiträgen schlossen sich interessante Diskussionen an.

Für März/April ist eine weitere Sitzung geplant.

Der Ortenaukreis – Rückblick 1997

Landrat Günter Fehring

Die Gründung des Ortenaukreises vor 25 Jahren war ein Glücksfall

Viele kommunalpolitische Kernprobleme übersteigen die Leistungsfähigkeit einzelner Gemeinden oder kleinerer Verwaltungsräume. Aus dieser Erkenntnis heraus ist vor 25 Jahren im Rahmen der Kreisreform am 1. Januar 1973 der Ortenaukreis ins Leben gerufen worden. Aus den ehemaligen Landkreisen Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach sowie dem südlichen Teil des ehemaligen Landkreises Bühl zusammengeschlossen, ist der Ortenaukreis seit 1973 mit rund 1860 Quadratkilometern der flächengrößte Landkreis in Baden-Württemberg. In den 51 Städten und Gemeinden des Ortenaukreises leben heute über 400 000 Menschen. Krankenhäuser, Umweltschutz, Abfallbeseitigung, berufliche Bildung und soziale Hilfen sind zentrale Schwerpunkte, aus denen dem Ortenaukreis wichtige Aufgaben erwachsen. Daß der Landkreis zugleich staatliche Verwaltungsbehörde und Organ der kommunalen Selbstverwaltung ist, bedeutet dabei kein Hindernis. Gegenüber Einwirkungsversuchen auf die Entscheidungen der Kreisverwaltung muß das Landratsamt klar und deutlich aufzeigen, wie groß die Spielräume bei Ermessensentscheidungen und wie die gesetzlichen Vorgaben zu beachten sind.

Mit seinem breiten Spektrum an Dienstleistungen hat der Ortenaukreis an der Förderung des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens wie auch an der Entwicklung der Infrastruktur maßgeblichen Anteil. Kreispolitik ist für die Bürgerinnen und Bürger in vielen Lebensbereichen unmittelbar greifbar. Diese Aufgabenvielfalt stellt jedoch zugleich auch eine Herausforderung an die Verwaltungs- und Finanzkraft des Landkreises dar. Der Ortenaukreis macht da unter den 35 Landkreisen in Baden-Württemberg keine Ausnahme. Wie andere Landkreise und öffentliche Haushalte überhaupt, befindet sich der Ortenaukreis heute in der schwierigsten Haushaltssituation seit seinem Bestehen. Drastische Ausgabensteigerungen, vorwiegend im Sozial- und Jugendbereich, engen den Finanzierungsspielraum erheblich ein. Leistete der Ortenaukreis 1973 noch rund 6 Millionen Mark Sozialhilfe, so sind es heute rund 60 Millionen Mark. Er ist damit einer der am stärksten durch Sozialausgaben belasteten Landkreise in Baden-Württemberg. Dies ist vor allem auf die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur nach dem Abzug der alliierten Streitkräfte und auf die

Umsetzung von bundes- und landesgesetzlichen Aufgaben zurückzuführen. Die von ihm steuerbaren Ausgaben hat der Ortenaukreis im Griff. Mit strikter Ausgabendisziplin hat sich der Ortenaukreis in den vergangenen Jahren auf seine Pflichtaufgaben konzentrieren müssen. Das hat sich ausgezahlt. Hatte der Ortenaukreis vor wenigen Jahren noch die Spitzenposition bei der Kreisumlage unter den Landkreisen, so ist er heute mit 31,27 Prozent von vielen Landkreisen deutlich „überholt“ worden.

Trotz der schwierigen Haushaltssituation hat der Kreis in seinen vielfältigen Aufgabenbereichen eine zukunftsweisende Politik betrieben und notwendige Investitionen leisten können. Ein Beispiel ist die Gesundheitsversorgung. Als größter Krankenhausträger im Land hat der Ortenaukreis in 25 Jahren über 100 Millionen Mark aus eigenen Mitteln investiert und damit seine Krankenhäuser zum Teil weiter ausgebaut, neue Fachabteilungen eingerichtet, Sanierungen abgeschlossen oder eingeleitet.

Neben einer guten Gesundheitsversorgung trägt auch eine gesunde Umwelt zur Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bei. Der Umweltschutz hat in den vergangenen Jahren beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Auch hier hat der Ortenaukreis die Zeichen der Zeit erkannt. Ein Beispiel ist der Luftreinhalteplan Straßburg/Ortenau, der in Zusammenarbeit mit den Städten Straßburg und Kehl entstanden ist. Damit wird es in den kommenden Jahren möglich sein, durch konkrete Maßnahmen die Luftbelastung in der Grenzregion zu verringern. Das Projekt ist auch ein Beispiel für die gelungene grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Kreisverwaltung hat viele Kontakte zu Behörden im Elsaß geknüpft. Um die Chancen unserer Region in einem vereinten Europa wahren zu können, muß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden. Ein weiteres Beispiel dafür ist auch der grenzüberschreitende Tarifverbund im öffentlichen Nahverkehr, der seit Ende 1997 zwischen der Ortenau und dem Großraum Straßburg besteht. Überall dort, wo die Menschen in unserer Region noch auf Grenzen stoßen, müssen die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung auch in den kommenden Jahren an konkreten grenzüberschreitenden Projekten arbeiten.

Die Eingliederung der in großer Zahl in den Ortenaukreis zugezogenen Aussiedler dürfte eine der schwierigsten Aufgaben für die Zukunft sein. Hier unternimmt der Ortenaukreis mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen und den Städten und Gemeinden große Anstrengungen. Ein Grund für die schwierige Integration ist dabei auch der Mangel an Arbeitsplätzen. Der Ortenaukreis bemüht sich seit 1991 vor allem darum, Langzeitarbeitslosen durch das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ wieder zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen. Das Konzept hat sich bewährt.

Allein 1997 konnte der Ortenaukreis rund 200 Sozialhilfeempfängern eine Ausbildung ermöglichen oder sie in den Arbeitsmarkt integrieren. Außerdem muß der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit auch in Zukunft einer der Schwerpunkte unserer Bemühungen sein. Als Träger der beruflichen Schulen bietet der Kreis zukunftsorientierte Ausbildungswege an und ist in ständigem Kontakt mit den Partnern im Dualen Ausbildungssystem.

Auch die Entsorgung von Abfällen muß als wichtiger Bereich des Umweltschutzes angesehen werden. Der Ortenaukreis hat mit der Maxime „Vermeiden – Verwerten – Beseitigen“ die Zielvorgabe der Abfallwirtschaft in unserer Region definiert. Der Ortenaukreis informiert die Bürgerinnen und Bürger umfassend über Möglichkeiten der Abfallvermeidung und hat 1994 das mengenabhängige Hausmüllgebührensysteem eingeführt. In den vergangenen 10 Jahren ist die vom Ortenaukreis auf Hausmülldeponien zu beseitigende Müllmenge um rund 45 Prozent zurückgegangen. Wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre in diesem Bereich wird sein, die Beseitigung der Abfälle entsprechend den gesetzlichen Vorgaben langfristig sicherzustellen.

Im Hinblick auf die Größe des Ortenaukreises war es wichtig, ein flächendeckendes Angebot der Leistungen aufrecht zu erhalten. Dies gilt für die Gesundheitsversorgung, das Berufsschulwesen, die Sozialen Dienste sowie publikumsintensive Bereiche wie etwa die Außenstellen zur Kfz-Zulassung. Der Ortenaukreis hat hier aus seiner Größe eine Tugend gemacht. Er ist mit seinem flächendeckenden Netz an Einrichtungen beispielhaft unter den Landkreisen in Baden-Württemberg. Darin wird deutlich, daß Bürgernähe und Effizienz stets ein Anliegen der Kreisverwaltung waren und sind. In diesem Bemühen sind auch die Diskussion über die Reform der öffentlichen Verwaltung aufgegriffen und der Weg zu neuen und „schlanken“ Verwaltungsstrukturen eingeschlagen worden.

Ein Beispiel ist die zum 1. Januar 1996 erfolgte Umwandlung mehrerer Kreiseinrichtungen in Eigenbetriebe mit größerer wirtschaftlicher und organisatorischer Selbständigkeit. So können etwa die Krankenhäuser heute über wirtschaftliche und organisatorische Fragen weitgehend selbst entscheiden. Dies fördert die Identifizierung aller Beteiligten mit „ihrem“ Unternehmen und bringt erhöhte Flexibilität. Die Kreisverwaltung hat in weiteren Bereichen die dezentrale Mittelverantwortung eingeführt. Die Personal-, Sach- und Fortbildungskosten sind budgetiert. Auch die kreiseigenen Schulen haben eine weitgehende Finanzverantwortung erhalten und können eigenständig wirtschaften. Dies alles sind Voraussetzungen für eine moderne, leistungsfähige und einsatzbereite Verwaltung im Dienst für den Bürger.

Der vorliegende Rückblick für das Jahr 1997 soll dies an einigen konkreten Beispielen deutlich machen. Er zeigt die Vielfalt der Aufgaben und die Fülle der Entscheidungen der Verwaltung sowie der politischen Gremien und bietet dem interessierten Leser zahlreiche Informationen über den Ortenaukreis und die Kreispolitik.

Ambulantes Gesundheitszentrum im ehemaligen Kreiskrankenhaus Zell a. H.

Die einschneidendste Maßnahme im Bereich der Krankenhäuser des Ortenaukreises war 1997 die Schließung des Kreiskrankenhauses Zell a. H. zum 31. Dezember 1997. Trotz zahlreicher begründeter Einwendungen, vielfältiger Interventionen beim Sozialministerium und bei den Krankenkassen sowie erheblicher Widerstände bei der Bevölkerung haben die Landesverbände der Krankenkassen die 1996 ausgesprochene Kündigung des Versorgungsvertrags durchgesetzt.

In enger Abstimmung mit der Stadt Zell a. H. konnte der Ortenaukreis ein neues Nutzungskonzept für das ehemalige Kreiskrankenhaus erarbeiten. Es sieht die Verlagerung von 30 gerontopsychiatrischen Pflegeplätzen vom Pflege- und Betreuungsheim Ortenau nach Zell a. H. vor. Dadurch konnte der Ortenaukreis erreichen, daß die Gebäude des Kreiskrankenhauses Zell a. H. als Pflegeheim weiterhin sinnvoll genutzt werden. Auf dem Areal des Kreiskrankenhauses Zell a. H. wird darüber hinaus die chirurgische Gemeinschaftspraxis, die dort etabliert ist, weiterhin betrieben. Ziel ist es, ein kleines ambulantes Gesundheitszentrum als Anlaufstelle für die Bevölkerung der Raumschaft um Zell a. H. einzurichten. Nach Abschluß der umfangreichen Baumaßnahmen können am dortigen Standort 20 Arbeitsplätze erhalten werden.

Neues Bettenhaus am Kreiskrankenhaus Kehl fertiggestellt

Im Rahmen der stufenweisen Gesamtanierung des Kreiskrankenhauses Kehl konnte der Ortenaukreis das neue Bettenhaus am Kreiskrankenhaus Kehl fertigstellen. Nach dem ersten Spatenstich im Juli 1995 dauerte es genau 2 Jahre bis der Neubau bezogen werden konnte. Die Baukosten betragen knapp 13 Millionen Mark. In Anwesenheit von Sozialminister Dr. Vetter wurde das neue Haus in einer Feierstunde am 23. September 1997 seiner Bestimmung übergeben.

Es enthält in 2 Stockwerken Krankenzimmer mit 58 Betten, je Stockwerk aufgeteilt in sechs Zweibettzimmer, fünf Dreibettzimmer, und zwei Ein-

bettzimmer. Die Stationen enthalten ferner die notwendigen modernen Pflegearbeitsräume, Dienstzimmer, Aufenthaltsräume und Geräteräume. Rund $\frac{1}{3}$ der Patienten sind damit in einem Gebäude untergebracht, das dem heutigen Versorgungsstandard entspricht. In Zeiten der knapper werdenden Finanzmittel bringt das neue Haus auch wirtschaftliche Vorteile mit sich, da die Arbeit unter den neuen Bedingungen einfacher und effektiver gestaltet werden kann. Minister Dr. Vetter versprach, sich für die baldmögliche Realisierung der weiteren Sanierung, deren Kosten auf 17 Millionen Mark geschätzt werden, einzusetzen.

Plastische Chirurgie neu am Klinikum Offenburg

Seit dem 1. Januar 1997 hat sich das Leistungsspektrum des Klinikums Offenburg um den Fachbereich Plastische Chirurgie und Wiederherstellungschirurgie erweitert. Die Leitung dieses Fachbereichs hat Dr. Sven von Saldern inne. Die Plastische Chirurgie beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Wiederherstellung von Form und Funktion der Körperoberfläche, unabhängig davon, ob die Defekte durch Unfall, Krankheit, Geburtsfehler oder auf andere Weise entstanden sind. Mit diesem Angebot konnte der Ortenaukreis die wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung des Ortenaukreises weiter verbessern.

Gesundheit der Jugend fördern

Zur Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger durch den Ortenaukreis zählen auch die Leistungen des Gesundheitsamtes. Die Jugendgesundheitspflege ist in diesem Zusammenhang eine besonders wichtige Aufgabe. 1997 wurden flächendeckend im Ortenaukreis 5398 einzuschulende Kinder untersucht. Zielgruppenspezifische Untersuchungen einschließlich der Beurteilung der Sinnesorgane, der körperlichen Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit fanden in den 4. und 8. Jahrgangsstufen der Förder- und Sprachschulen statt. In der 8. Jahrgangsstufe werden dabei verstärkt sozialmedizinische Aspekte unter Bezug auf die Eingliederung ins Arbeitsleben berücksichtigt. An den Förderschulen des Landkreises hielten Ärzte des Gesundheitsamtes Schulsprechstunden ab.

Damit die Kinder im Vorschulalter in Zukunft stärker die angebotenen Früherkennungsuntersuchungen in Anspruch nehmen, wurden die Eltern über die Bedeutung der Vorsorgeuntersuchungen bis zur Einschulung informiert. Bisher wird vor allem die sogenannte U 9 als letzte Untersuchung vor der Einschulung mit rund 60% aller Kinder nur wenig genutzt. Ziel des

Gesundheitsamtes ist es, eine Inanspruchnahme von über 75% zu erreichen. Ab Herbst 1997 wurde deswegen durch eine direkte Ansprache der Eltern, durch verstärkte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Information in den Kindergärten stärker auf die Bedeutung der Früherkennungsuntersuchungen aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurde den Kindergartenkindern ab dem 4^{1/2}. Lebensjahr ein Sehtest angeboten.

Eine nicht genutzte Früherkennung hat zur Folge, daß schulrelevante therapiebedürftige Störungen etwa des Seh- und Hörvermögens erst bei der Einschulungsuntersuchung kurz vor Schulbeginn und damit möglicherweise zu spät erkannt werden. Diese Kinder haben dann erheblich schlechtere Startchancen bei Schulbeginn. Die Einschulungsuntersuchung kann fehlende Früherkennungsuntersuchungen nicht ersetzen. Sie dient der Feststellung, ob aus medizinischer Sicht Bedenken an der Schulfähigkeit bestehen, und gehört landesweit zu den gesetzlich verankerten Aufgaben des schulärztlichen Dienstes beim Gesundheitsamt. Dagegen dienen die Früherkennungsuntersuchungen der rechtzeitigen Erkennung von Krankheiten, die die körperliche oder geistige Entwicklung des Kindes gefährden. Diese Untersuchungen stellen ein Programm dar, das seit 1971 zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehört. Bis zum sechsten Lebensjahr können die Eltern für ihre Kinder neun Untersuchungen (U 1 bis U 9) in Anspruch nehmen. Mit Ausnahme der ersten Untersuchung gleich nach der Geburt, werden sie von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten durchgeführt.

Sozialhilfeaufwand geht leicht zurück

Der 1996 erstmals verzeichnete leichte Rückgang der Sozialhilfeaufwendungen hat sich 1997 fortgesetzt. Dies ist im wesentlichen auf die weitere Umsetzung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung sowie die gegensteuernden Maßnahmen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit zurückzuführen. Darüber hinaus machen sich die reduzierten Leistungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz seit Juni 1997 bemerkbar. Trotz dieser positiven Ansätze in der Ausgabenentwicklung sind die Aufwendungen in der Sozialhilfe für den Haushalt des Ortenaukreises eine schwere Belastung. Die Gründe dafür sind vor allem die allgemein hohe Arbeitslosigkeit sowie die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit, die Hilfebedürftigkeit Alleinerziehender und in Scheidung lebender Personen wie auch die große Anzahl der in den Ortenaukreis zugewanderten Spätaussiedler.

Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“

Um die Belastungen des Kreishaushalts durch die Arbeitslosigkeit zu verringern, betreibt der Ortenaukreis seit Anfang der 90er Jahre das Projekt „Arbeit statt Sozialhilfe“. Mit dem Programm will der Ortenaukreis Sozialhilfeempfänger durch gezielte Beschäftigung oder Qualifizierung möglichst dauerhaft aus dem Bezug von Sozialhilfe herauszuführen.

Darüber hinaus wurde dem Ortenaukreis 1997 für Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung in das Erwerbsleben aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ein Zuschuß in Höhe von 530 000 Mark bewilligt. Mit diesen Eurofondsgeldern wurden besonders langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger ohne Berufsausbildung zu Büroassistentinnen, Fachhelfer im Garten und Landschaftsbau, Fachhelfer in der Haustechnik und Fertigungsfachkräften Metalltechnik qualifiziert. An diesen Kursen, die in Kooperation mit dem IHK-Bildungszentrum Offenburg und der Gewerbe-Akademie Appenweier/Offenburg angeboten wurden, nahmen 1997 insgesamt 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil. Mit diesen Maßnahmen konnte der Kreis die Voraussetzungen schaffen, um einem Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein dauerhaftes Verbleiben im Arbeitsmarkt zu erreichen.

Ortenaukreis federführend bei Arbeit mit Pflegefamilien

Seit April 1997 hat der Ortenaukreis das Sachgebiet „Pflegestellenkoordination – Ambulante Hilfen“ beim Amt für Soziale und Psychologische Dienste neu geschaffen. Eine Stelle in dieser Art und Kombination gibt es derzeit landesweit ausschließlich im Ortenaukreis. Der Landeswohlfahrtsverband Baden begrüßte die richtungsweisende Idee. Zur besseren regionalen Vernetzung wurde auf Initiative und unter Federführung des Ortenaukreises eine Arbeitsgruppe „Ambulante Hilfen zur Erziehung“ für den südbadischen Raum gegründet.

Gesellschaftliche Entwicklungen und Wandlungen erzeugen veränderte, oftmals problembeladene Lebensbedingungen für Familien, Kinder und Jugendliche. Die Folgen schlagen sich allorts in den Kostenentwicklungen der Jugendhilfe nieder. Im Ortenaukreis sind die Jugendhilfekosten im Gegensatz zu anderen Kreisen und Städten im vergangenen Jahr jedoch nicht gestiegen. Dies hat seine Ursache in innovativen Konzepten. Die Stelle „Pflegestellenkoordination – Ambulante Hilfen“ ist ein Teil des Gesamtkonzeptes der Jugendhilfe im Ortenaukreis. Die praktische Pflegefamilienarbeit wird wie bisher durch die Sozialen Dienste vor Ort geleistet. Ambulante Hilfen – also die Angebote zur Unterstützung der Ursprungsfamilien

– sollen weiterentwickelt werden, damit eine Fremdunterbringung nicht erforderlich wird. Sie sind im Gegensatz zu stationären Hilfen (Heimunterbringungen) wesentlich kostengünstiger. Die Koordinationsstelle arbeitet in beiden Aufgabenstellungen in enger Kooperation mit den Sozialen Diensten und Psychologischen Beratungsstellen im Ortenaukreis.

Auch im vergangenen Jahr ist es weitgehend gelungen, durch vielfältige unterstützende Hilfen für Kinder, Jugendliche und deren Familien eine Fremdunterbringung von jungen Menschen zu vermeiden. Sofern ein Verbleib in der eigenen Familie nicht möglich war, nahmen Pflegefamilien sie überwiegend auf. Derzeit werden 335 Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien in Vollzeitpflege betreut. Rund 400 Kinder überwiegend von Alleinerziehenden erhalten ihre Betreuung in Tagespflegestellen. Damit wird dem alleinstehenden Elternteil eine Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit ermöglicht. In Heimen leben derzeit 66 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige. Im Rahmen einer sonstigen betreuten Wohnform erhalten 30 junge Menschen Hilfe zur Erziehung und zur Verselbständigung. Wegen einer seelischen Behinderung sind 21 junge Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe in Heimen und stationären Einrichtungen untergebracht. Eine weitere wichtige Hilfeform ist die Tagesgruppe, in der Kinder tagsüber von Montag bis Freitag betreut werden. Gegenwärtig erhalten 64 Kinder diese Erziehungshilfe.

Psychologische Beratungsstellen mit qualifizierten Angeboten

Im Oktober 1997 legte die Verwaltung im Jugend- und Sozialausschuß erstmalig einen Vergleich der Arbeit der fünf Psychologischen Beratungsstellen im Ortenaukreis vor. Innerhalb der vergangenen zwei Jahre hatten die Psychologischen Beratungsstellen einzeln ihre Arbeit im Sozial- und Jugendhilfeausschuß dargestellt. Die Ende 1997 erstellte Synopse macht deutlich, daß im Ortenaukreis ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen mit qualifizierten, am regionalen Bedarf orientierten Angeboten besteht. Die vergleichende Darstellung trug in den Ausschüssen zur Transparenz der Arbeit bei und unterstrich, daß die Psychologischen Beratungsstellen ein unverzichtbares Element im Gesamtkonzept der Arbeit der Jugendhilfe im Ortenaukreis sind.

Schulträgerschaften: Eine wichtige Aufgabe des Landkreises

Das duale Berufsschulsystem spannt sich wie ein Netz über die gesamte Ortenau. Es wird in den Berufsschulzentren Achern, Gengenbach, Hau-

sach, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach praktiziert. Hier ist der Ortenaukreis Träger von fünf gewerblichen, fünf kaufmännischen, zwei haus- und landwirtschaftlichen Schulen sowie von acht Fachschulen. Hinzu kommen noch sechs berufliche Gymnasien. Im Schuljahr 1997/98 besuchen insgesamt 12 874 Schülerinnen und Schüler die Schulen des Ortenaukreises. Damit ist der Ortenaukreis der größte Schulträger unter den Landkreisen in Baden-Württemberg.

Der Ortenaukreis fördert behinderte Schüler

Im Schuljahr 1997/98 werden im Ortenaukreis 606 Kinder an den acht kreiseigenen Sonderschulen unterrichtet. In Abhängigkeit von den unterschiedlichen Arten der Behinderung der Kinder müssen die Sonderschulen zum Teil sehr differenzierten pädagogischen Ansprüchen genügen. Sie sind derzeit in der Ortenau nach vier Behinderungsarten gegliedert, die von der Schule für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung über körperlich und geistig Behinderte bis hin zu den Schulen für Sprachbehinderte reichen.

Der besonderen Situation der behinderten Schüler an Sonderschulen, die eine weit intensivere Betreuung und Förderung benötigen als Schüler an allgemeinen Schulen, wird auch quantitativ durch eine relativ günstige Unterrichtsstruktur Rechnung getragen. Die durchschnittliche Klassenstärke liegt bei den Sonderschulen in Baden-Württemberg derzeit bei 9 Schülern je Klasse, pro Lehrer werden im Durchschnitt 5 bis 6 Schüler unterrichtet.

Die Ausbildung eines körperlich oder geistig behinderten Kindes muß allerdings nicht zwangsläufig in einer Sonderschule erfolgen. Eine Vielzahl von Fördermaßnahmen macht es möglich, daß behinderte Schüler an allgemeinen Schulen unterrichtet werden. So wurde beispielsweise an der Grundschule in Schutterwald-Langhurst ein sogenannter „Schulversuch mit integrativen Lösungsformen“ eingerichtet. Hier werden behinderte Kinder zusammen mit nichtbehinderten Kindern unterrichtet. Auch im Kinzigtal kooperieren die Carl-Sandhaas-Schule und die Grund- und Hauptschule Haslach i. K.

Neue Schulversuche an den beruflichen Schulen

Neue Schulversuche und das Einrichten von neuen Schultypen an den beruflichen Schulen in der Ortenau hängen mit den Strukturveränderungen in der Arbeitswelt eng zusammen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

wird zunehmend von der Innovationsfähigkeit und der technologischen Kompetenz bestimmt. Deshalb ist ein attraktives, modernes Bildungsangebot notwendige Voraussetzung für einen qualifizierten Fachkräftenachwuchs. So steht die Berufsausbildung vor großen Herausforderungen: Zusätzliche Ausbildungsplätze müssen für die jährlich wachsenden Bewerberzahlen geschaffen werden, neue Ausbildungsberufe müssen kreiert und bestehende rasch aktualisiert werden. Die Berufsbildung muß flexibel, differenziert und schnell den wirtschaftlichen und technischen Wandel aufgreifen. Die im vergangenen Jahr an den beruflichen Schulen in der Ortenau neu eingerichteten Schularten belegen, daß der Landkreis als Schulträger und die Kreisschulen selbst sich diesen Aufgaben stellen und sie offensiv angehen. So wurden an den Haus- und Landwirtschaftlichen Schulen in Offenburg das einjährige Berufskolleg Gesundheit und Pflege sowie an den Beruflichen Schulen im Mauerfeld Lahr (Haus- und Landwirtschaftliche Schulen) die einjährige Berufsfachschule für Sozialpflege in Teilzeitform eingerichtet. Mit der Einrichtung von neuen Schulversuchen an den beruflichen Schulen will der Kreis auch den Wirtschaftsstandort Ortenau stärken und zugleich zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote erschließen.

Erweiterung der Berufsschulen in Achern abgeschlossen

Nach dem Umbau der denkmalgeschützten „Villa Huber“ konnte der Ortenaukreis 1997 die Erweiterung der Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen in Achern nach rund dreijähriger Bauzeit abschließen und am 17. November 1997 die Kreisschule offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Der Gesamtaufwand für die Erweiterung der Schule beträgt rund acht Millionen Mark. Mit der Erweiterung verfügt die Schule nun über ausreichend Lehrräume. Außerdem konnten neue Fachräume im Bereich der Hauswirtschaft sowie der EDV eingerichtet werden.

Kreiseigene Volkshochschulen mit interessantem Angebot

Die drei kreiseigenen Volkshochschulen Aichtal-Renchtal, Kehl-Hanauerland und Kinzigtal konnten auch 1997 den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Einzugsbereiche wieder ein interessantes und breitgefächertes Kursangebot unterbreiten. Wenn auch der Umfang der Programme in etwa dem der Vorjahre entsprach, so nahm die Nachfrage von Seiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geringfügig ab. Dabei ist festzustellen, daß die Nachfrage sich kontinuierlich immer mehr auf die Angebote beschränkt, die einen unmittelbaren Nutzen mit sich bringen. Themen allgemeiner

Weiterbildung verzeichnen einen zunehmenden Rückgang. Diese Verengung des Veranstaltungsspektrums geht einher mit den von Jahr zu Jahr sinkenden durchschnittlichen Belegungszahlen. Angesichts dieser Tatsache gilt es nun für die drei kreiseigenen Volkshochschulen, Möglichkeiten zu finden, wie sie trotz der erschwerten Rahmenbedingungen auch für die Zukunft ein vielseitiges und qualifiziertes Angebot aufrechterhalten können.

Die Volkshochschulen Achertal-Renchtal und Kinzigtal befragten ihre Kunden nach deren Zufriedenheit mit dem Service und den Leistungen der Volkshochschule sowie nach ihren Wünschen bezüglich der Gestaltung des Programmheftes und des Angebotes. Die gewonnenen Anregungen sollen nach Möglichkeit im nächsten Programm umgesetzt werden. Ein Schritt zu mehr Kundenfreundlichkeit ist auch die Präsentation des Programms der VHS Achertal-Renchtal im Internet. Seit September 1997 ist es weltweit und jederzeit abrufbar. Der Interessent kann sich über das Programm informieren, aber auch gleichzeitig per e-mail anmelden. Zahlreiche Nachfragen belegen, daß dieser Weg Zukunft hat. Erfreulich ist ebenfalls, daß im Bereich der Volkshochschule Kinzigtal die örtlichen Leitungen der Außenstellen Haslach i. K. und Zell a. H. neu besetzt werden konnten.

Preise für Europäischen Wettbewerb im Europa-Park übergeben

Erstmals richtete der Ortenaukreis die Preisverleihung im Europäischen Wettbewerb zusammen mit dem Landkreis Emmendingen im Europa-Park in Rust aus. Für über 700 Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Eltern hatte die Kreisverwaltung die Anfahrt mit Bussen nach Rust organisiert. Bei der Preisvergabe im Namen der Europa-Union und deren Kreisverbände durch die Landräte des Landkreises Emmendingen und des Ortenaukreises war das Varieté-Theater randvoll gefüllt. Zuvor ließ der elsässische Senator und ehemalige Präsident des Europarates Louis Jung mit einem Vortrag und Berichten aus seiner Jugend den Europagedanken lebendig werden. Für ein abwechslungsreiches und unterhaltsames Rahmenprogramm sorgten die Künstler und Artisten des Europa-Parks.

Der Ortenaukreis fördert den Tourismus

Zur Förderung des Fremdenverkehrs unterhält der Ortenaukreis eine Zentrale Zimmervermittlung und Tourist-Info. Ziel der Einrichtung ist es, neue, zusätzliche Gäste für die Ortenau zu gewinnen und die Städte und Gemeinden mit deren Beherbergungsbetrieben in der Tourismusförderung zu unterstützen.

Die Effizienz der Zentralen Zimmervermittlung spiegelt sich in den Umsatzzahlen wider. Für die über 30 Städte und Gemeinden aus dem Ortenaukreis konnte die Einrichtung bislang rund 70 000 zusätzliche Übernachtungen mit einem Umsatz von 2,7 Millionen Mark erzielen. Die Zahl der Buchungen über die Zentrale Zimmervermittlung im Landratsamt stieg auch in den vergangenen zwei Jahren wieder um über sechs Prozent an.

Seit 1996 ist der Ortenaukreis in Kooperation mit dem Schwarzwald-Baar-Kreis und dem Landkreis Rottweil einer zentralen Reservierungsstelle angeschlossen. Positives Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist unter anderem ein gemeinsamer Buchungskatalog, der über 650 Angebote aus 65 Ferienorten des Mittleren Schwarzwaldes und der Ortenau enthält. Die Reservierungsstelle verfügt damit über das umfangreichste und kompletteste Angebot des gesamten Schwarzwaldes.

Schwarzwälder Freilichtmuseum mit umfangreichem Veranstaltungsprogramm

Zugleich ist der Ortenaukreis Träger einer bedeutenden Tourismus-Einrichtung dieser Urlaubsregion. Das Schwarzwälder Freilichtmuseum in Gutach war mit über 300 000 Besuchern auch in der Saison 1997 eine der meistbesuchten Fremdenverkehrs-Attraktionen im Schwarzwald. Mit großem Abstand hat es sich als beliebtestes Freilichtmuseum in Baden-Württemberg behauptet. Dennoch ging die Besucherzahl um elf Prozent zurück. Ursache dafür ist vor allem der allgemeine Rückgang im Fremdenverkehr des Schwarzwaldes. Nach einer ersten Zwischenbilanz des Landes sind bis August 1997 im Mittleren Schwarzwald 15,2 Prozent weniger Übernachtungen gebucht worden. Die Verweildauer der Gäste sank mittlerweile auf 3,7 Tage.

Erfolgreich waren die Bemühungen des Museums um ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm und der planmäßig vollzogene Aufbau des Falkenhofs aus Buchenbach-Wagensteig. Beides soll in den kommenden Jahren auch den Besucherrückgang stoppen helfen.

Trotz der rückläufigen Besucherzahlen steht das Museum finanziell gut da. Die Einnahmen konnten 1997 um rund 80 000 Mark gesteigert werden. Die Eintrittspreise sind 1997 geringfügig gestiegen. Erstmals hat das Museum in der vergangenen Saison Gebühren für Gruppenführungen, Schulklassen und pädagogische Programme erhoben. Als besonderes Kennzeichen der Saison stellt sich das umfangreiche Veranstaltungsprogramm mit zahlreichen Sonderführungen und Ausstellungen dar. Es soll in den kom-

menden Jahren weiter ausgebaut werden. Auch strebt das Museum eine Kooperation mit weiteren besucherstarken Einrichtungen im Schwarzwald an. Zu Beginn der Saison 1998 hat das Freilichtmuseum in Zusammenarbeit mit acht weiteren Touristik-Attraktionen der Region, darunter die Stadt Straßburg, eine gemeinsame Broschüre herausgebracht. Alle Beteiligten wollen damit für die jeweiligen Kooperationspartner werben und so den Besuchern der Region einen schnellen Überblick über touristische Höhepunkte der Region vermitteln.

Kreisangehörige Gemeinden präsentieren sich von ihrer schönsten Seite

Nicht zuletzt ist auch die Schönheit der Städte und Gemeinden im Ortenaukreis für viele Urlauber Anlaß, ihre Ferien in dieser Region zu verbringen. Ihrer Attraktivität soll auch der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ dienen. 1997 stieß der Kreis-Wettbewerb bei den Gemeinden und Ortschaften des Ortenaukreises erneut auf große Resonanz. Wie bereits 1962, als der erste Kreiswettbewerb stattfand, galt auch diesmal, daß der Wettbewerb nicht als einmalige Angelegenheit betrachtet werden darf, sondern als Weg zu einem schöneren Dorf auf Jahre hinaus. Es zeigt sich, daß die Wettbewerbe ein großes bürgerschaftliches Engagement ausgelöst und wesentliche Impulse zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum vermittelt haben.

1997 unterwarfen sich 43 Gemeinden beziehungsweise Stadt- und Ortsteile den Wettbewerbsbedingungen, darunter 8 Orte, die zum ersten Mal teilnahmen. Bewertet wurde in vier Gruppen: Bäuerliche Orte (10), Wohnorte (19), Erholungs- und Luftkurorte (11) sowie Gemeinden mit über 3000 Einwohnern (3). Die Bewertungskommission vergab 11 erste, 22 zweite und 10 dritte Preise. Darüber hinaus gab es je 4 Sonderpreise für vorbildliche Friedhofsgestaltung und für das kinderfreundliche Dorf. Neun Erstplatzierte des Kreiswettbewerbes qualifizierten sich für die Bezirksauscheidung. Von insgesamt 8 Preisen gingen 3 in den Ortenaukreis: jeweils eine Bronzemedaille errangen Seebach, Willstätt und Bollenbach.

Weingüter fusionieren zu „Weingut Schloß Ortenberg“

Zum 1. April 1997 haben die Stadt Offenburg und der Ortenaukreis die Weingüter St. Andreas und Schloß Ortenberg, die beide bisher als Eigenbetriebe geführt wurden, in einem Zweckverband fusioniert. Erste Ge-

sprache hierzu fanden Ende 1996 zwischen dem Ortenaukreis und der Stadt Offenburg statt. Es folgte eine gut vorbereitete und zügige Beratung mit dem Ergebnis der Gründung des Zweckverbandes „Weingut Schloß Ortenberg“. Das fusionierte Weingut verfügt über eine Brutto-Rebfläche von rund 40 Hektar. Die ersten Ergebnisse zeigen, daß die Kunden den Zusammenschluß der beiden Weingüter sehr gut angenommen haben. Auch konnte das neue Weingut durch Auszeichnungen bei Prämierungen und die sehr positiven Reaktionen der Fachpresse sein Image als Spitzenbetrieb innerhalb der Ortenau und Baden festigen und weiter ausbauen.

Grenzüberschreitende Tarifregelungen Straßburg/Ortenau endlich in Kraft

Am 24. November 1997 konnte nach langen Verhandlungen der grenzüberschreitende Tarifverbund Straßburg/Ortenau ins Leben gerufen werden. TGO, Deutsche Bahn, S.N.C.F. und die Straßburger Verkehrsbetriebe (C.T.S.) geben seitdem zu attraktiven Preisen Tages- und Monatskarten aus, die sie gegenseitig anerkennen. Die Tageskarte für einen Erwachsenen, den zwei Kinder begleiten können, kostet 12 Mark (40 FF). Sie ist ab Ausgabezeitpunkt 24 Stunden gültig, und zwar im Ortenaukreis sowie im Gebiet der Straßburger Städtegemeinschaft (C.U.S.). Die Monatskarte wird für 100 Mark (330 FF) angeboten. Sie ist für eine Person gültig und nicht übertragbar. Ihr Geltungsbereich umfaßt das Gebiet der C.U.S. und im Ortenaukreis die TGO-Tarifzonen in Rheinau, Kehl, Neuried, Willstätt, Appenweier, Offenburg, Durbach, Ortenberg, Schutterwald und Hohberg. Anschlußkarten für Reisende aus den übrigen Tarifzonen des Landkreises können zum üblichen, günstigen Ortenautarif gelöst werden.

Eine weitere tarifarische Übergangsregelung auf deutscher Seite, in die der südliche Teil des Ortenaukreises mit den Städten und Gemeinden Ettenheim, Fischerbach, Gutach, Haslach i. K., Hausach, Hofstetten, Ortenberg, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Mahlberg, Mühlenbach, Ringsheim und Rust eingezogen ist, besteht seit dem 1. Juli 1997 mit dem Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF). Zusätzlich zu einer Monatskarte des jeweiligen Tarifgebietes kann eine preisgünstige Ergänzungs- oder Kombikarte mit Gültigkeit in einem genau definierten Übergangsbereich erworben werden. Auch für Punktekarteninhaber gibt es erhebliche Verbesserungen.

Gesamtentwicklungskonzept für den Ortenaukreis in Vorbereitung

In enger Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftskammern, dem DGB sowie einem externen Berater erarbeitet der

Ortenaukreis zur Zeit ein Gesamtentwicklungskonzept für die Ortenau. Anlaß ist die Aufforderung durch die Landesregierung, in übergemeindlicher Zusammenarbeit sowie unter Beteiligung von Wirtschaft und Politik auf die neue Konstellation in der Raumordnung zu antworten, die die mittelbadische Region durch die Aufstufung Offenburgs zu einem Oberzentrum landesplanerisch aufwertet. Das Gesamtentwicklungskonzept hat zum Ziel, das Gewicht und die regionale Identität der Ortenau gegenüber den Großräumen Karlsruhe, Freiburg und Straßburg zu stärken, Entwicklungspotentiale auszuloten, historisch bedingte Strukturdefizite auszugleichen und die Region für zukünftige Aufgaben vorzubereiten. Wichtig ist, daß die Raumschaft selbst ihre grundlegenden Zielvorstellungen für die Zukunft formuliert und aus ihnen mögliche Handlungsfelder ableitet.

Schwerpunktthemen des Gesamtentwicklungskonzeptes werden sein: Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, Forschung und Technologie, Verkehrswesen, Bildung und Kultur, Tourismus, Gesundheitswesen, Umwelt und – diese Bereiche überlagernd – Kooperation im Verflechtungsbereich Mittelbaden sowie Zusammenarbeit und Interessenausgleich mit den benachbarten Landkreisen und dem Raum Straßburg.

Abfallwirtschaftssatzung neuer Rechtslage angepaßt

Mit Wirkung vom 1. Januar 1997 hat der Ortenaukreis seine Abfallwirtschaftssatzung an die veränderte Rechtslage durch das im Oktober 1996 in Kraft getretene Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie das zum gleichen Zeitpunkt geänderte Landesabfallgesetz angepaßt. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die Gebührensätze für Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle unter Beibehaltung einer kostenorientierten Struktur neu festgesetzt. Dabei konnte der Ortenaukreis – in maßvollem Umfang – die Gebühr für die kleineren Abfallbehälter sogar etwas senken.

Die Auswirkungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sind im Laufe des Jahres 1997 klar erkennbar geworden. Nach der neuen Rechtslage unterliegen Abfälle zur Beseitigung dem Anschluß- und Benutzungszwang der öffentlichen Entsorgungsträger, es sei denn, diese Abfälle können in eigenen hierfür zugelassenen Anlagen entsorgt werden. Abfälle zur Verwertung, die aus dem gewerblichen Bereich stammen, sind hiervon ausgenommen. Durch Umdeklaration von Abfällen zur Beseitigung in Abfälle zur Verwertung wird nun teilweise versucht, sich dem Anschluß- und Benutzungszwang zu entziehen und die bundesweit angebotenen billigen Verbrennungs- und Deponiekontingente zu nutzen.

Statt der geplanten 46 000 Tonnen hatte der Ortenaukreis 1997 nur noch rund 39 000 Tonnen Gewerbemüll zu beseitigen. Dadurch entstanden Gebührenmindereinnahmen von rund 1,7 Millionen Mark. Dennoch unterstützt der Ortenaukreis echte Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen auch weiterhin. Dies entspricht sowohl der Abfallwirtschafts-satzung als auch dem Abfallwirtschaftskonzept des Ortenaukreises. Die durch Umdeklaration negative Entwicklung auf dem Gewerbeabfallsektor macht es jedoch notwendig, sich verstärkt der Überwachung der Abfallströme anzunehmen.

Naturschutzzentrum Ruhestein eingerichtet

Ein herausragendes Ereignis für die untere Naturschutzbehörde war die Eröffnung des neuen Naturschutzzentrums „Ruhestein im Schwarzwald“. In der ehemaligen „Villa Klumpp“ an der Schwarzwaldhochstraße hat das Land Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit den Landkreisen Ortenaukreis und Freudenstadt sowie mit den Gemeinden Seebach und Baiersbronn ein Zentrum eingerichtet, das mit Ausstellungen und der Betreuung von Schutzgebieten die Öffentlichkeit über Anliegen des Natur- und Umweltschutzes informieren und durch Führungen in der Natur Problembereiche aufzeigen soll. Das Naturschutzzentrum bietet den Besuchern interessante Informationen über die Naturlandschaft Schwarzwald sowie ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm.

Biotopkartierung kommt zügig voran

Die wachsende Bedrohung heimischer Tier- und Pflanzenarten im Laufe der vergangenen Jahre war Anlaß für den Gesetzgeber zu handeln. Deshalb wurde zur Erhaltung ihrer Lebensräume der Biotopschutz entwickelt. Mit dem seit Anfang 1992 geltenden Biotopschutzgesetz wurde eine neue Schutzkategorie, nämlich die „besonders geschützten Biotope“ (§ 24a des Naturschutzgesetzes) eingeführt.

Damit sind in Baden-Württemberg praktisch alle gefährdeten und selten gewordenen Biotoptypen durch einen Federstrich des Gesetzgebers geschützt worden. Erstmals in der Bundesrepublik wurde der Versuch unternommen, bereits im Gesetz die einzelnen Biotypen zu definieren und zu beschreiben. Für noch größere Transparenz soll die Darstellung der besonders geschützten Biotype in Karten und Listen beitragen, die allerdings nur deklaratorische Bedeutung haben. Der gesetzliche Schutz besteht grundsätzlich unabhängig von der vorgesehenen Kartierung.

Im Ortenaukreis hat die untere Naturschutzbehörde im Frühjahr 1995 mit der Biotopkartierung begonnen. Im Jahr 1997 konnten in 12 weiteren Gemeinden die Kartierungsarbeiten abgeschlossen werden. Zur Zeit liegen sie für insgesamt 23 Gemeinden im Landratsamt vor. In einigen Gemeinden ist die Biotopkartierung unter Beteiligung der Betroffenen und der Öffentlichkeit bereits vollständig abgeschlossen. Vor Übernahme der Kartierungsergebnisse in die offizielle Karte und Liste erhalten auch Eigentümer und Gemeinden Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Schließlich soll bei Streitfällen in landwirtschaftlich genutzten Biotopen, die insbesondere bei den Magerwiesen und in seggen- und binsenreichen Naßwiesen schwierig abzugrenzen sind, die Biotopschutzkommission eingeschaltet werden. In ihr sind neben den Naturschutzverbänden und der Naturschutzverwaltung auch die Bauernverbände und die Landwirtschaftsverwaltung sowie die Gemeinde vertreten. Ziel der Kommissionsbeteiligung ist es, Akzeptanz und Befriedung durch Beteiligung zu erreichen, indem vor Ort auf Wunsch mit dem Eigentümer die Sach- und Rechtslage erörtert wird.

Altlasten kreisweit ermittelt

Die „Flächendeckende Historische Erhebung“ (FHE) altlastverdächtiger Flächen im Ortenaukreis, die seit 1994 einen Arbeitsschwerpunkt beim Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz darstellte, konnte 1997 weitgehend abgeschlossen werden. Die Ergebnisse konnten inzwischen den Städten und Gemeinden als Kartenwerk und in tabellarischer Form übergeben werden. Die Kosten in Höhe von rund 6,2 Millionen Mark trägt das Land aus seinem Altlastenfonds.

Ziel der Erhebung war, bisher noch nicht bekannte altlastverdächtige Flächen zu erfassen, deren Gefährdungspotential für Mensch und Umwelt abzuschätzen und den daraus resultierenden Handlungsbedarf festlegen zu können.

Dabei wurden insgesamt etwa 3000 neue Flächen erhoben. Zusammen mit den vorliegenden Erkenntnissen über rund 1000 alte Flächen werden somit rund 4000 altlastverdächtige Flächen erfaßt sein. Durch diese Informationen verfügen die Kreisverwaltung und die Gemeinden über ein Instrument, die altlastenrelevanten Aspekte bei Baugenehmigungsverfahren und bereits bei der Bauleitplanung einfließen zu lassen. Bei den rund 3000 neuen altlastverdächtigen Flächen handelt es sich fast ausschließlich um ehemals gewerblich/industriell genutzte Grundstücke bzw. um entsprechende Ablagerungen. Der Schwerpunkt der Altlastenbearbeitung im Ortenaukreis

wird deshalb künftig bei diesen sogenannten „privaten Altlasten“ und nicht mehr bei den „kommunalen Altlasten“, die weitgehend bearbeitet sind, liegen.

Aufgaben- und Leistungsvielfalt vermitteln

Dies sind nur einige Beispiele aus der Arbeit der Kreisverwaltung im Jahr 1997. Aber sie vermitteln einen Eindruck von der Leistungsvielfalt des Ortenaukreises zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, und dies seit 25 Jahren.

Zu groß, nicht verwaltbar, nicht bürgernah, waren Attribute, die dem Ortenaukreis bei seiner Gründung 1973 mit in die Wiege gelegt worden sind. Aufgrund der ausgesprochen sachlichen Arbeit des Kreistages des Ortenaukreises gelang es jedoch überraschend schnell, die Weichen für einen Neubeginn zu stellen, unterschiedliche Standpunkte zu überwinden und eine neue einheitliche Kreispolitik zu erarbeiten. Zu dieser Integration hat ganz wesentlich die Namensgebung „Ortenaukreis“ als landschaftsbezogener und historischer Begriff beigetragen. Viele Vereine, Verbände und Vereinigungen tragen als gemeinsame Klammer heute den historischen Begriff Ortenau in ihrem Namen. Aus diesem Prozeß der Integration hat der Ortenaukreis heute seine eigene Identität im Mittelbadischen Raum gewonnen und sein Gewicht im Land Baden-Württemberg eingebracht.

Im Jubiläumsjahr 1998 präsentiert sich der Ortenaukreis mit zahlreichen Veranstaltungen. Besichtigungen von Kreiseinrichtungen, Fahrten durch das Kreisgebiet, Veranstaltungen für Jugendliche oder Senioren und ein Tag der offenen Tür im Landratsamt sollen allen Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, ihren Landkreis und die Aufgaben- und Leistungsvielfalt der Kreisverwaltung kennenzulernen. Denn auch Bürgernähe und Transparenz zeichnen eine leistungsstarke und zeitgemäße Verwaltung aus, wie sie der Ortenaukreis seit 25 Jahren darstellt.

Offenburg und die Demokratiebewegung von 1847–1849

Wolfgang M. Gall

Es gibt wohl keine Zeitepoche in der Offenburger Lokalgeschichte, die sich einer solch intensiven Erforschung erfreuen kann, als die Zeit des Vormärz und der Revolutionsjahre. Dies ermöglichten Stadtverwaltung und Gemeinderat durch eine großzügige Förderung. Betrachten wir die Geschichte „danach“, so finden wir immer wieder Spuren der Erinnerung an die Revolutionsjahre. Offenburg war für die Revolutionsgegner ein *Demagogensitz*, andere nannten die Stadt das *badische Bethlehem*.¹

150 Jahre später hat sich Offenburg auf besondere Weise an diese Zeitepoche erinnert. Die Stadt gab mit dem Offenburger Freiheitsfest vom 12. bis 14. September 1997 den Auftakt zu über 700 Veranstaltungen im Bundesland.

Dazu waren jahrelange Vorbereitungen und Aktivitäten auf vielen Ebenen notwendig. Hans-Joachim Fliedner hat in einem als Sonderdruck erschienenen Beitrag „Eine Stadt erinnert sich“² die Bedeutung der Ereignisse für die Stadt bzw. für das Land Baden-Württemberg hervorgehoben und die Aufarbeitung des Erinnerens an die Demokratiebewegung von 1847 bis 1849 dargelegt. In seinem Vorwort zitiert der Offenburger Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Bruder den ZEIT-Journalisten Benedikt Erenz: „Geschichte kann man nicht verändern. Tradition kann man wählen.“ Die Offenburger Bürgerschaft, Stadtverwaltung, Vereine, Parteien und Institutionen haben ihre Tradition gewählt und ein in der ganzen Republik beachtetes Zeichen gesetzt. Der Beitrag von Wolfgang Reinbold, der die Vorbereitungen des Freiheitsfestes und das Fest selbst mit zahlreichen Zeitungsartikeln journalistisch begleitet hat, berichtet über die Presseresonanz des Freiheitsfestes.

Die folgenden Beiträge stellen einerseits den Versuch dar, eine kleine Bilanz zu ziehen. Andererseits sollen die Offenburger Versammlungen (auch wenn sie bereits an anderer Stelle publiziert worden sind) ausreichend dokumentiert werden, da sie sich auf die ganze Ortenau auswirkten. Dazu tragen die drei Beiträge zu den Offenburger Versammlungen 1847/1848/1849 bei.

Die Bedeutung der Lokalgeschichte

Beim Offenburger Kolloquium „Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen“, das am 22./23. September 1997 stattfand, plädierte der Tübinger Historiker Dieter Langewiesche für eine moderne Lokal- und Regionalgeschichte der Revolution von 1848/49. Das Stadtarchiv Offenburg hat diese Aussage nicht nur aufmerksam vernommen, sondern auch umzusetzen versucht.³ Mit den Publikationen von Rainer Schimpf⁴ und Franz X. Vollmer⁵ liegen gleich zwei Lokalstudien vor, die das Thema 1848/49 und seine lokale Vorgeschichte intensiv behandeln.⁶ Revolution hat sehr unterschiedliches für die Menschen bedeutet und setzte sich aus einer Vielzahl einzelner „Revolutionsstränge“ zusammen. Sie war ein europäisches wie deutsches, aber insbesondere ein kommunales Ereignis. Trotz ihres Scheiterns hinterließ sie tiefgreifende Folgen: „Nichts war nach der Revolution mehr so, wieder so wie vorher“.⁷

Das Offenburger Projekt zielte auf eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung und Umsetzung. Franz X. Vollmer konzentrierte sich auf die Ereignisgeschichte der beiden Revolutionsjahre und stellte im zweiten Teil seiner Studie die Lebensbilder von über 260 Männern und Frauen dar. Der Stipendiat der Kulturstiftung Offenburg, Rainer Schimpf, verfolgte die kommunalen liberalen und demokratischen Traditionen bis in das ausgehende 18. Jahrhundert zurück. Am Ende seiner Studie steht eine genaue Bestandsaufnahme der Versammlung der „Entschiedenen Freunde der Verfassung“ vom 12. September 1847. Rainer Schimpfs Beitrag in der „Ortenau“ stellt die Bedeutung dieser Versammlung nochmals in den Vordergrund.

Sowohl Schimpf als auch Vollmer bestätigen das zu Anfang formulierte Plädoyer, kommunalpolitische Diskursfelder und Beziehungsgeflechte stärker in den Vordergrund zu stellen. Die Frage nach den verwandtschaftlichen und räumlichen Beziehungen, den Inhalten und Themen kommunalpolitischer Konflikte und wirtschaftlicher Interessen führen über die rein ereignisgeschichtlich orientierten Perspektiven hinaus. Folglich führt uns das Revolutionsthema noch unbeantwortet gebliebenen Fragen, die auch als Ansporn für die Ortenauer Lokalforscher zu verstehen sind, in ihrem Ort zu recherchieren: wie entstehen liberale und demokratische Handlungsmuster der Kommunalpolitik? Gerieten sie nach 1849 in Vergessenheit? Welche Bedeutung hatten die vormärzlichen und revolutionären Erfahrungen für die Kommunalpolitik?⁸ Der Beitrag über Offenburg nach 1849 soll letztere Fragen thematisieren. Beide Forschungsunternehmungen begleitete die Geschichtswerkstatt Vormärz mit dreijährigen biographiege-

schichtlichen Recherchen. Die Mitarbeiterinnen Ingrid Götz, Anke Keu-
zeck und Sieglinde Mehlinger erstellten eine biographische Datenbank mit
über 500 Personen, in der Zeit zwischen Vormärz und Revolution gelebt
hatten. Ihre Ergebnisse flossen auch in die Ausstellung „Des Volkes Frei-
heit, Die Revolutionäre von Offenburg 1847–1849“ des Hauses der Ge-
schichte Baden-Württemberg.

Die Rolle der Frauen bei der Revolution untersuchte die Offenburger Frau-
engeschichtswerkstatt, die mit Beiträgen über Ortenauer Frauen an diesem
Band mitwirken. Die Geschichte der Offenburger Frauen von 1848/49 ist
trotz enormer Quellendefizite erforscht und publiziert worden.⁹

Bilanz aus Offenburger Sicht

Die Wahl Offenburgs als Versammlungsort war kein Zufall und lässt sich
nicht auf geographische Ursachen reduzieren. Sie lässt sich auch nicht auf
die große Zahl an Wirtshäusern und die Anbindung an die Bahnlinie be-
schränken. Offenburg galt als stabiles oppositionelles Pflaster, wie der Bei-
trag zu Gustav Rée zeigen wird, als liberale „Modellgemeinde“. Seit
1846/47 befand sich die Stadt fest in der Hand der politischen Opposition.
Ausschlaggebend war der Wahlsieg des Demokraten Gustav Rée im Juli
1845 bei der Bürgermeisterwahl sowie der Kammerwahlsieg von Christian
Kapp im Jahr 1846, der Offenburg als geeinte Stadt des „entschiedenen
Fortschritts“ auswies.

Eine hohe Bereitschaft, sich für Liberalität und Demokratie in der eigenen
Kommune einzusetzen, zeigten weite Teile der Bevölkerung bereits zu
Beginn der 1830er Jahre. Die Bürgerschaft bediente sich immer häufiger
und erfolgreicher des politisch modernen Partizipationsinstrumentes der
Petition. Weiterhin entscheidend war die Bedeutung der ersten freien Bür-
germeisterwahl im Jahr 1831, durch die eine neue liberale Elite an die
Macht kam.¹⁰ Der Fall Offenburg zeigt außerdem die hohe Integrations-
kraft des südwestdeutschen Liberalismus.¹¹ Die Liberalen vermochten es,
die Bedenken und Ängste der breiten Bevölkerungskreise vor der Moderni-
sierung mit eigenen kommunalen Konzepten aufzufangen.

Die Teilnehmer der Revolution von 1848/49 stammten, das beweist Franz
X. Vollmers Studie, weitgehend aus der Mitte der Gesellschaft. Jeder vierte
Offenburger ab 18 Jahren zählte dazu. Die Art der Teilnahme an den Ereig-
nissen war abhängig von der Generationszugehörigkeit. So zählte vor al-
lem die jüngere Generation der 1820–1828 Geborenen zu den 150 Sympa-
thisanten Friedrich Heckers. Sie waren im April 1848 zum gewaltsamen
Umsturz bereit.

Anmerkungen

- 1 A. Grün: Briefe aus dem Elsaß, III., in: Der Leuchtturm, Leipzig, Nr. 28, 1849, S. 400.
- 2 Hans-Joachim *Fliedner*, Eine Stadt erinnert sich. Versuch einer lokalen Aufarbeitung des Erinnerns an die Demokratiebewegung 1847–1849, Offenburg 1998. Erhältlich im Stadtarchiv Offenburg.
- 3 Dieter *Langewiesche*, Die Revolution von 1848/49 im europäischen Kontext. Bemerkungen zu einer Regional- und Lokalforschung in vergleichender Absicht, in: ders. (Hrsg.), „Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849. Internationale Aspekte und europäische Verbindungen“, S. 185 ff.
- 4 Rainer *Schimpf*, Offenburg 1802–1847, Offenburg 1997.
- 5 Franz X. *Vollmer*, Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Offenburg 1997.
- 6 Ferner: Ausstellungskatalog des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg „Des Volkes Freiheit. Die Revolutionäre von Offenburg 1847–1849.“; Michael *Friedmann*, Offenburger Freiheitsheft, Offenburg 1996; *Museum im Ritterhaus* (Hrsg.), Offenburger Freiheitsblätter, Offenburg 1997; Für die Freiheit streiten. 150 Jahre Revolution im deutschen Südwesten 1848/49, Sonderheft von „In Baden-Württemberg“, Karlsruhe 1997; Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.). Revolution im Südwesten, Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997.
- 7 Thomas *Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 670.
- 8 Vgl. hierzu: Wolfgang M. *Gall*, Feste Feiern? Zur demokratischen Traditionsbildung im „Demagogensitz“ Offenburg, in: Badische Heimat, 1, 1998, S. 47 ff.
- 9 Die wichtigsten: Ruth *Degott*, ... sogar auch Weibslente ...“ Wie Frauen in Offenburg die Revolution unterstützten, in: *Museum im Ritterhaus* (Hg.), Offenburger Freiheitsblätter, 1997, S. 27 ff. Anne *Junk*, Wir rufen an die Kraft Eures Willens, die Güte Eures Herzens, den Fleiß Eurer Hände, in: *Allmende*, 56/57, 1998, S. 141. Eine zusammenfassende Publikation wird in diesem Jahr erscheinen. Vgl. auch die Beiträge von S. *Asche*, R. *Degott*, A. *Junk* und in diesem Band.
- 10 Rainer *Schimpf*, S. 184.
- 11 Ebenda, S. 183.

Die Offenburger Versammlung der Entschiedenen Freunde der Verfassung vom 12. September 1847 im Gasthaus „Salmen“

Rainer Schimpf

*Wir haben in dieser vor mir liegenden Karte, gleich einer magna carta, diejenigen Punkte aufgenommen, welche wir für eine wahre Volksfreiheit unentbehrlich halten. Wir wünschen, daß Sie dem Inhalte dieser Karte ihre Bestimmung verleihen möchten durch ein lautes Ja.*¹ Nachdem Friedrich Hecker danach die entworfenen 13 Artikel verlesen hatte, antwortete ihm ein fast einstimmiger Ja-Schrei der etwa 900 Zuhörer.

Die öffentliche Zustimmung zu den *Forderungen des Volkes* war der unbestrittene Höhepunkt der Versammlung der *entschiedenen Freunde der Verfassung* vom 12. September 1847 im Offenburger Gasthaus „Salmen“. Die Veranstaltung hatte etwa zwei Stunden zuvor, kurz nach 13.00 Uhr, im Kreis von 200 Gästen mit einem einfachen Mittagssmahl begonnen. Doch dann waren die Türen zum großen Saal des „Salmen“ geöffnet worden, und mehrere hundert Menschen *aller Klassen, Handwerksgesellen, Fuhrleute, Bauernknechte*², ja sogar auch *Weibsleute*, sowohl von gebildeten, als ungebildeten *Stände*³, hatten sich noch zusätzlich hineingedrängt, um die angekündigten Reden der bekannten Oppositionsführer Friedrich Hecker und Gustav Struve hören zu können.

Der Sonntag im „Salmen“ war bestens vorbereitet worden. Drei Komitees aus Mannheim, Heidelberg und Offenburg hatten landesweit für die Versammlung geworben, von der ausdrücklich niemand ausgeschlossen sein sollte. Die Entscheidung zugunsten Offenburgs als Veranstaltungsort war zunächst einmal aus geographischen Gründen gefallen: Die Stadt lag fast exakt in der Mitte des Großherzogtums, dank der seit drei Jahren bestehenden Eisenbahnverbindung konnten vor allem die vielen Teilnehmer aus Nordbaden bequem in wenigen Stunden anreisen. Das etwas mehr als 4000 Einwohner zählende Offenburg bot aber noch einen weiteren wichtigen Vorteil: Struve und Hecker konnten sicher sein, hier mit offenen Armen empfangen zu werden. Seit zwei Jahren galt die Stadt als eine der Hochburgen der Opposition. Im Sommer 1845 hatten die Offenburger Bürger den Liberalen Gustav Rée zum Stadtoberhaupt gewählt und ein dreiviertel Jahr darauf einen Oppositionsmann, den Heidelberger Professor Christian Kapp, in die Karlsruher Zweite Kammer entsandt – nicht zuletzt für dessen anstehende Wiederwahl sollte das Treffen werben. Von dem etwa 200

An verschiedenen Orten unsers Landes wurde bei Gelegenheit des Jahrestags unsrer Verfassung eine Feier gehalten, welche zu mannigfaltigen Erörterungen über die Art und Weise, wie dieselbe in's Leben eingedrungen sei, führte. Die Kreise, in welchen dieses geschah, waren jedoch größtentheils nicht sehr zahlreich, auch umfaßten sie gewöhnlich nur die Einwohner eines oder doch weniger Orte unsers Landes. Von größerer Wichtigkeit für gegenseitige Verständigung würde aber eine Versammlung sein, welche von Bewohnern aller Theile unsers Großherzogthums besucht würde. Die Landesunterzeichneten, von dieser Ansicht durchdrungen, laden daher alle entschiedenen Freunde unsrer Verfassung auf

**Sonntag den 12. September l. J., Mittags 1 Uhr, nach Offenburg
in das Gasthaus zum Salmen**

zu einer Besprechung über unsre Verfassungszustände ein.

Ein einfaches Mittagmahl wird diese Besprechung einleiten.

Zu derselben erlauben wir uns, auch Sie, hochgeehrter Herr, einzuladen.

Mannheim,

den 28. August 1847.

Hecker.

J. P. Grohe.

G. v. Struve.

Elser.

V. Strenber.

Winter, Vater.

Joh. Rasp.

Friedr. Mai.

C. Ch. Olinger.

Georg Kahlhagen.

Offenburg.

Rehmann.

Ker.

Stigler

Anton Armbruster.

Johann Armbruster.

Mann starken „Bürgerlichen Leseverein“, in dem seit dem Herbst 1845 die Offenburger Oppositionsfreunde organisiert waren, führte unübersehbar eine Verbindung direkt in den „Salmen“: Die sonst im Leseverein aufgehängten Porträts der bekanntesten badischen Oppositionspolitiker – die Galerie reichte von Rotteck bis hin zu Hecker – schmückten am 12. September neben dem Bildnis von Großherzog Leopold die Wände des Gasthauses in der Langen Straße.⁴

Der eigentliche Organisator war jedoch Gustav Struve. Bereits in einem Brief vom 3. Januar 1847 hatte der Mannheimer Journalist mit seinem

Die Forderungen des Volkes.

Unsere Versammlung von entschiedenen Freunden der Verfassung hat stattgefunden. Niemand kann derselben beigewohnt haben, ohne auf das Tiefste ergriffen und angeregt worden zu sein. Es war ein Fest männlicher Entschlossenheit, eine Versammlung, welche zu Resultaten führen muß. Jedes Wort, was gesprochen wurde, enthält den Vorsatz und die Aufforderung zu thatkräftigem Handeln. Wir nennen keine Namen und keine Zahlen. Diese thun wenig zur Sache. Genug, die Versammlung, welche den weiten Festsaal füllte, eignete sich einstimmig die in folgenden Worten zusammengefaßten Besprechungen des Tages an:

Die Forderungen des Volkes in Baden:

I. Wiederherstellung unserer verletzten Verfassung.

Art. 1. Wir verlangen, daß sich unsere Staatsregierung lossage von den Karlsbader Beschlüssen vom Jahr 1819, von den Frankfurter Beschlüssen von 1831 und 1832 und von den Wiener Beschlüssen von 1834. Diese Beschlüsse verletzen gleichmäßig unsere unveräußerlichen Menschenrechte wie die deutsche Bundesakte und unsere Landesverfassung.

Art. 2. Wir verlangen Pressfreiheit; das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverstümmelt mitzutheilen, darf uns nicht länger vorenthalten werden.

Art. 3. Wir verlangen Gewissens- und Lehrenfreiheit. Die Beziehungen des Menschen zu seinem Gotte gehören seinem innersten Wesen an, und keine äußere Gewalt darf sich anmaßen, sie nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Jedes Glaubensbekenntniß hat daher Anspruch auf gleiche Berechtigung im Staate.

Keine Gewalt dränge sich mehr zwischen Lehrer und Lernende. Den Unterricht scheidet keine Confession.

Art. 4. Wir verlangen Vertheidigung des Militärs auf die Verfassung.

Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand gibt, bekräftige gleich den übrigen Bürgern durch einen Eid seine Verfassungstreue.

Art. 5. Wir verlangen persönliche Freiheit.

Die Polizei höre auf, den Bürger zu bevormunden und zu quälen. Das Vereinsrecht, ein frisches Gemeindeleben, das Recht des Volkes sich zu versammeln und zu reden, das Recht des Einzelnen sich zu ernähren, sich zu bewegen und auf dem Boden des deutschen Vaterlandes frei zu verkehren — seien hinfüro ungestört.

II. Entwicklung unserer Verfassung.

Art. 6. Wir verlangen Vertretung des Volks beim deutschen Bunde.

Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als Nation.

Art. 7. Wir verlangen eine volksthümliche Wehrverfassung. Der waffengeübte und bewaffnete Bürger kann allein den Staat schützen.

Man gebe dem Volke Waffen und nehme von ihm die unerschwingliche Last, welche die stehenden Heere ihm auferlegen.

Art. 8. Wir verlangen eine gerechte Besteuerung.

Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Besteuerung trete eine progressive Einkommensteuer.

Art. 9. Wir verlangen, daß die Bildung durch Unterricht allen gleich zugänglich werde.

Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in gerechter Vertheilung aufzubringen.

Art. 10. Wir verlangen Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital.

Die Gesellschaft ist schuldig die Arbeit zu heben und zu schützen.

Art. 11. Wir verlangen Gesetze, welche freier Bürger würdig sind und deren Anwendung durch Geschwornengerichte.

Der Bürger werde von dem Bürger gerichtet. Die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes.

Art. 12. Wir verlangen eine volksthümliche Staatsverwaltung.

Das frische Leben eines Volkes bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich seine Kräfte regeln und bestimmen. An die Stelle der Vielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volkes.

Art. 13. Wir verlangen Abschaffung aller Vorrechte.

Jedem sei die Achtung freier Mitbürger einziger Vorzug und Lohn.

Offenburg, 12. September 1847.

Freund Joseph Fickler, Redakteur der Konstanzer „Seebblätter“, den exakten Plan für das Treffen abgesprochen.⁵ Um den *Halben* – den gemäßigten Liberalen – einen *Todesstoß* beizubringen, wollte Struve ein *politisches Glaubensbekenntnis* für die entschiedenen Oppositionellen entwerfen. Das im „Salmen“ vorgelegte Ergebnis löste zumindest in Baden keine allzu große Überraschung aus. Sowohl konservative als auch liberale Beobachter waren sich gleichermaßen einig darin, daß das Programm auf den ersten Blick wenig Neues beinhaltete: Lossagung von den repressiven Bundesbeschlüssen, Presse-, Gewissens- und Lehrfreiheit, persönliche Freiheitsrechte, Vertretung des Volkes beim Bund, Steuer-, Wehr- und Verwaltungsreform – fast alles war bereits zuvor schon von der Opposition in der Kammer gefordert worden. Auf die große Sensation, wie es etwa die Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht gewesen wäre, hatte Struve hingegen verzichtet. Einzig die in Artikel 10 verlangte *Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital* erregte Aufsehen, gleichwohl sich dahinter keineswegs, wie sofort argwöhnisch gemutmaßt wurde, die *essence du communisme*⁶ verbarg. Wer genauer hinsah, konnte allerdings auch deutlich genug erkennen, daß Struve die 13 Artikel von Offenburg nur als Zwischenschritt für noch viel weitergehende Absichten verstand. Einige Schlüsselbegriffe wie *volksthümliche Wehrverfassung* oder *Selbstregierung des Volkes* deuteten sehr wohl an, in welche Richtung die weitere Entwicklung gehen sollte. Wichtiger war für Struve zu diesem Zeitpunkt die Form der Präsentation: Bislang waren die Wünsche der Opposition immer nur vereinzelt vorgetragen worden, jetzt waren sie zum ersten Mal in einem Programm gebündelt, dessen einschlägige und packende Sprache sich hervorragend für die politische Werbung eignete. Der enorme öffentliche Erfolg sprach für sich: Innerhalb weniger Wochen waren durch die Presse und Flugblätter die *Forderungen des Volkes* in ganz Deutschland bekannt – das *Offenburger Programm* wurde so zum Manifest der deutschen Oppositionspartei überhaupt.

Auch die am 12. September im „Salmen“ gehaltenen Reden waren nicht so sehr durch ihren Inhalt bemerkenswert. Struve und Hecker sparten zwar nicht mit beißender Kritik an den Zuständen im Großherzogtum, drohten der Regierung indirekt auch mit den revolutionären Erfahrungen anderer Länder, stachelten aber nicht unmittelbar zum *Hochverrat* auf, wie es zwei Spitzel aus eigennützigen Motiven gehört haben wollten und die Behörden in einem monatelangen Untersuchungsverfahren nachzuweisen versuchten.⁷ Die eigentliche Gefahr für die Obrigkeit bestand vielmehr in der sozialen Offenheit der Versammlung. Vor *staatsgefährlichen Folgen* meinte der Offenburger Oberamtmann Lichtenauer seinen Innenminister im Fall weiterer Treffen warnen zu müssen, *insofern die Versammlungen nicht ausschließlich aus Mitgliedern des gebildeten Standes bestehen*.⁸ Genau

darin lag die demokratische Herausforderung des „Salmen“: Nicht mehr bloß ein paar Honoratioren, sondern das *gemeine Volk* war einbezogen worden und hatte „seine“ Forderungen beschlossen. Deswegen verbot die Regierung die in Donaueschingen, Freiburg, Tauberbischofsheim und Mannheim geplanten weiteren Versammlungen. Nicht mehr verhindern konnte sie jedoch, daß nur wenige Monate später das Volk die Verwirklichung des „Offenburger Programms“ vehement einklagte.

Anmerkungen

- 1 Badisches Generallandesarchiv (GLA) 236/8195; Bericht Berberich.
- 2 Wie Anm. 1.
- 3 GLA 213/3784, Bericht Braun.
- 4 GLA 213/3784; Bericht Rée.
- 5 Bundesarchiv FN 17/1.
- 6 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MA III 2026; Schreiben des Bayerischen Gesandten in Karlsruhe, Graf Waldkirch, an den Bayerischen König, 9. 10. 1847. München.
- 7 GLA 213/3784.
- 8 GLA 236/8195, Schreiben des Oberamts Offenburg an Ministerium des Inneren, 13. 9. 1847.

An die Männer von Offenburg!

Die Volksversammlungen, welche bereits an vielen Orten des Saarkreises und Oberrheinkreises abgehalten wurden, gehen von der Ansicht aus, daß zur Sicherstellung der Rechte jedes Einzelnen und des gesammten Volkes gegen äußere und innere Feinde vor Allem nothwendig ist, daß sich Jedermann bewaffne.

Alle diese Versammlungen haben, in Betracht, daß es den Anschein gewinne, die Großh. Bad. Regierung besitze nicht die zureichende Zahl von Feurgewehren, um die männliche Bevölkerung des Oberlandes bewaffnen zu können, beschlossen, unverzüglich selbst zur Einrichtung der Volksbewaffnung zu schreiten.

Offenburg befindet sich in der gleichen Lage wie die oben gedachten Landesgegenden. Seine örtliche Lage, sowie die allgemeine heilige Pflicht seiner Bürger und Einwohner für das Wohl des Vaterlandes fordern gleichfalls gebieterisch die schleunigste Organisation der Volksbewaffnung.

Männer von Offenburg!

zögern wir keinen Augenblick mehr, zum Werke zu schreiten. Handeln wir!

Im Einverständnisse mit der hiesigen Gemeindebehörde hat der unterzeichnete Ausschuß die Einrichtung getroffen, daß die Listen zur Einzeichnung für die Volksbewaffnung in dem Gemeindehause aufliegen.

Möge jeder wehrfähige Mann, in dessen Brust Liebe zum Vaterlande, Muth und Entschlossenheit wohnt, eilen, diesem Rufe zu folgen!

Freiheit, Ordnung, Brudersinn

einige unsere Schaaren!

Da die Bewaffnung sowohl als der Gebrauch der Waffen zur Erhaltung und zum Schutze des Eigenthums, der Ehre und der geheiligten Rechte des Vaterlandes erfolgt, so wird nur Jenem eine Waffe gegeben, und darf nur Jener eine solche tragen, dem ein unbescholtener Leumund zur Seite steht, worüber der Gemeinderath zu erkennen hat.

Offenburg, den 15. März 1848.

Der Ausschuß für die Volksbewaffnung:

Reindle.	Rehmann.	Zutt.
Schmiederer.	Merker.	Bährle.
Schweiss.	Rée.	Geck.
Brunner.	Stigler.	Waibel.

Die Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848: Ein „Rütlichswur“, doch kein Tag der Republik

Wolfgang M. Gall

(zusammengestellt aus: Franz X. Vollmer, *Offenburg 1848/49, Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution*, Offenburg 1997, S. 79–91)

Am 9. März luden die badischen Politiker des „Fortschritts“, allen voran Mannheimer und Heidelberger, von Karlsruhe aus „das badische Volk“ zur Volksversammlung auf den 19. März nach Offenburg ein.¹

Am 12. März trat in Offenburg ein „Ausschuß für die Volksversammlung am 19. März“ zusammen.

Der Ausschuß ernannte zur *Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Sicherheit und der ungestörten Freiheit der Berathung* Festordner und Führer mit Armbinden mit den deutschen Nationalfarben. Sie wurden unterstützt von 400 Bürgern und dem Turnercorps, die *in bürgerlichem Kleide und ohne Waffen*, nur durch *eine Armbinde mit den städtischen Farben weiß und roth* gekennzeichnet waren. Die Regierung jedenfalls hatte bereits ihre Zusage gegeben, *kein Militär* nach Offenburg zu beordern.² Bürgermeister Rée konnte nachträglich in seiner Verteidigungsschrift darauf hinweisen, daß am 19. März *die Gemeindebehörde von Offenburg mit ihren Mitbürgern es sich auf das eifrigste angelegen sein ließ, ihren gesetzlichen Sinn und ihre Liebe zur Ordnung zu bekunden*, aber auch, daß dann tatsächlich *nicht ein Exzeß dem Tage zur Last fiel, an welchem so viele Tausende von Fremden, Leute der verschiedensten Klassen und Meinungsfarben, sich hier bewegten . . .*³

Da Fickler im Seekreis offen die Ausrufung der Republik gefordert hatte, bestand die Gefahr, daß dessen Anhänger in Offenburg bewaffnet auftreten würden. Auch die Mannheimer Radikaldemokraten um Struve forderten immer offener die Republik. In Offenburg selbst machten die Anhänger der Republik eifrig Propaganda. Dafür zwei Beispiele: Das am 19. Mai 1848 verteilte Flugblatt trat kompromißlos für die Republik ein, d. h. für die Abschaffung der *monarchischen Regierungsform*, die das Volk mit einer unnötigen *Last der Abgaben* drücke und unfrei halte. Es richtete sich gleichzeitig gegen die *Volksführer*, die das Volk mit *schönen Reden . . .*

*noch länger vertröste und hinhalten*⁴. Das Volk solle sich von den bisherigen Führern trennen, wenn diese nicht den Mut zum Handeln haben, und auf eigene Faust handeln: Es war demnach eine eindeutige Warnung und Drohung an alle, die den entscheidenden Schritt zur Republik nicht tun wollten.

Am Samstag, den 18. März 1848, versammelten sich mehrere badische politische Führer zu einer ersten Besprechung im Gasthaus zur Post. Neben den *Entschiedenen* Karl Fickler, Friedrich Hecker, Gustav Struve und Adam von Itzstein kam auch Karl Mathy, den die Karlsruher Regierung mit einer Beschwichtigungs- und Informationsreise beauftragte. Mathy war seinerseits fest entschlossen, die Proklamation der Republik in Offenburg zu verhindern. Bei dieser ersten Vorbesprechung ging es in erster Linie um die *Frage der Republik*. Struve berichtet: *Fickler sprach sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß die Republik ungesäumt proklamirt werden solle; allein er fand sehr wenig Unterstützung. Selbst Hecker trat ihm mit Heftigkeit entgegen*⁵.

Am Morgen des 19. März versammelten sich im Rathaus die Deputationen der verschiedenen Gemeinden. Hauptprogrammpunkt war die Wahl eines Central-Ausschusses der vaterländischen Vereine. Aus jedem der vier Landkreise wurden vier Ausschußmitglieder bestimmt: für den Mittelrheinkreis zwei Offenburger: Gustav Rée, Eduard Rehmann und der Lahrer Schubert. Nach dieser Vorbesprechung hatten die Demokraten ganz Badens sich eine feste Organisation gegeben, eine Partei modernen Typs.

Am 19. März, um 11 Uhr wurde die Volksversammlung vor dem Rathaus eröffnet. Es strömten so viele Leute zusammen, daß sie *kaum das Auge überschauen konnte*.⁶ Eduard Rehmann, der Kopf der Offenburger Fortschrittlichen, begrüßte die Versammlungsteilnehmer.

Als erster Redner ergriff der badische Kammerabgeordnete Adam von Itzstein das Wort, danach Gustav Struve und Alexander von Soiron. Soiron zog in seiner Begeisterung einen Vergleich mit den auf dem Rütli versammelten Schweizern. Tausende streckten spontan ihre Hände hoch und riefen: *Wir schwören!*

Nach dem Offenburger Landtagsabgeordneten, dem Heidelberger Professor Christian Kapp, ging der eigentliche Star des Tages, Friedrich Hecker, ans Rednerpult.

Ungeheurer Beifall erschallte. Heckers langfristiges Ziel war die Herstellung einer Republik, er hielt jedoch den geeigneten Zeitpunkt für nicht ge-



Friedrich Hecker
(Stadtarchiv Offenburg)

kommen: Darüber müsse erst das *deutsche Parlament in Frankfurt* entscheiden. Beifall, aber auch Ernüchterung machten sich breit. Denn wer außer Hecker sollte an diesem Tag die Republik proklamieren? So war die Spannung bei den nachfolgenden Rednern, Dekan Fecht, Hofgerichtsadvokat Eller und Hoff sichtlich gedämpft. Danach wurde Gustav Struves Programm vorgelesen und durch Akklamation fast unverändert angenommen. Nach dem Abgeordneten Gottschalk sprachen Itzstein und Hecker die Schlußworte. Der Tag von Offenburg wurde kein Tag der Ausrufung einer Republik.

Am Schluß der Veranstaltung wurde die Nachricht von dem Sturz des verhaßten Metternich in Wien verbreitet.⁷ Mit unendlichem Jubel unterzeichnete man eine Adresse an die Wiener. Der 19. März war nicht nur „der Tag von Offenburg“, sondern auch der von Berlin. Dort gab der preußische König nach blutigen Barrikadenkämpfen den Aufständischen nach und befahl seinen Truppen, die Stadt zu verlassen. Zu spät aber trafen diese Nachrichten in Offenburg ein, als daß das friedliche Ergebnis noch hätte in Frage gestellt oder gar korrigiert werden können. Die Republikaner hatten zweifellos eine einmalige geschichtliche Chance verpaßt.



Gustav Struve
(Stadtarchiv Offenburg)

Zwei Stimmen zum Offenburger Tag:

Reaktionen eines Karlsruher Bürgers

Eine wahrhaft patriotische Begeisterung belebt die Stadt, die Straßen sind mit Menschen dicht gefüllt, sie reichen sich die Hände und sind Freude erfüllt ob der in ruhigster Haltung vollendeten ersten großen Landesgemeinde und der von Entschiedenheit und Vaterlandsliebe zeugenden muthvollen Beschlüsse. Schon um 12 Uhr langte die erste Nachricht ein, daß wohl 10 000 Männer in Offenburg versammelt seien, aber die schönste Ordnung herrsche, und die ganz wenigen Leute, die mit Waffen erschienen, solche vor dem Einzug abgelegt hätten; um 3 Uhr bestätigte der Bahnzug den ruhigen Verlauf der Verhandlungen und schon um halb 5 Uhr brachte ein eigenes Locomotiv den Abgesandten der Regierung, der die schnell verbreiteten Beschlüsse dieses großartigen Volksactes mittheilte. Die in spätern Zügen zurückgekehrten Abgeordneten von hier, Heidelberg etc. wurden mit lautem Vivat begrüßt, und jeder sieht ein, daß von heute an eine neue Aera unsers öffentlichen Lebens beginnt. Die Scheidewand zwischen Fürst und Volk ist gefallen, die Camarilla entfernt, ihre unterthänigen Aeste werden

nachfolgen und die constitutionelle Bahn ist nun eigentlich erst eröffnet. Die Entfernung einer Menge jetzt unmöglich gewordener serviler Diener, die aus der Camarilla Einfluß hervorgingen, wird selbst die Pensionslast weniger beschweren, wenn man künftig jeden noch benutzt, wo er verwendet werden kann; ein Secretär werde Registrator, ein Amtmann Secretär etc. Das hier und in der Gegend concentrirte Militär kehrt nun in seine Standquartiere zurück; der in unsern Annalen ewig merkwürdige Tag hat bewiesen, daß man ohne alle Gefahr einem wackern Volke Freiheit und Selbstständigkeit gewähren kann, daß aber auch die öffentliche Meinung strenge zu Gericht sitzt über die Großen wie die Pflanzler der Erde.⁸

Aus der Sicht des konstitutionellen Heidelberger Historikers
Ludwig Häusser:

„Selbst die bekannte Offenburger Versammlung (19. März) gab noch von diesem Schwanken Zeugniß. Zwar wurde dort eine ganz revolutionäre Organisation für's ganze Land entworfen, die Struve's Werk war und der bestehenden Regierung eine andere clubistische unter Heckers Vorsitz entgegenstellte . . . – allein Hecker war immer noch nicht entschlossen, den Weg zu betreten, den er wenige Wochen nachher einschlug. Das Volk befand sich noch in einem gewissen Zustande der politischen Naivetät: die Frage – ob Monarchie, ob Republik – hatte die Massen noch nicht berührt; die ganze Versammlung war mehr ein großes Volksfest, an dem sich die Masse in freudigster Bewegung betheiligte, ohne Haß, ohne Fanatismus, voll der freudigen Hoffnung, daß eine bessere und glücklichere Zeit kommen müsse.“ . . . „Die revolutionäre Partei hatte zu Offenburg indessen Eines erreicht: sie hatte angefangen, die gesetzlichen Organe ganz ohnmächtig zu machen, das öffentliche Leben in Clubs, Wohlfahrtsausschüsse und leicht zu leitende Volksversammlungen zu verpflanzen . . .“

Anmerkungen

- 1 Offenburger Wochenblatt 1848, S. 127.
- 2 Wbl. OG 1848, S. 143.
- 3 Adreßbuch OG 1927, S. 13 f.
- 4 Siehe Otto Kähni, Offenburg und die demokratische Volksbewegung, S. 33.
- 5 Gustav Struve, Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden, S. 15.
- 6 Wbl. OG 1848, S. 149.
- 7 Gustav Struve, wie Anm. 5, S. 19.
- 8 Wbl. OG 1848, S. 150 nach „Oberrheinischer Zeitung“.
- 9 Ludwig Häusser, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution (1851), S. 120.

Der Landeskongreß der badischen Volksvereine vom 12. und 13. Mai 1849

Wolfgang M. Gall

(zusammengestellt aus: Franz X. Vollmer, Offenburg 1848/49, Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Offenburg 1997, 160–178)

Am 12./13. Mai 1849 tagte in Offenburg die dritte und größte politische Versammlung: der Landeskongreß der badischen Volksvereine (12. Mai) und die große Landesvolksversammlung (13. Mai). Von beiden gingen Signale zur dritten Revolutionswelle, dem badischen Volks- oder Maiaufstand aus.¹

Die Initiative ging von Mannheim aus. Die dortige Führung des Landesausschusses der Volksvereine um Amand Goegg begnügte sich nicht mit einem Anschluß an eine „Reichsverfassungskampagne“. Sie wollte vielmehr die Gelegenheit zur Verwirklichung der Republik nutzen. Der aus Renchen stammende Goegg zielte nach der vom König von Preußen abgelehnten Kaiserwahl auf eine Proklamierung der Republik. Die entscheidende Volksversammlung sollte in Offenburg stattfinden.

Joseph Viktor Scheffel erinnerte sich an die Eisenbahnfahrt nach Offenburg:² *Die Revolution lag förmlich in der Luft; in den Gemüthern zuckte jene fieberische Spannung, jenes Gefühl, wie es nur am Tage bedeutender Ereignisse hervortritt; man sprach zu einander ohne sich zu kennen, man ahnte etwas und staunte über nichts mehr.*

Aus allen Winkeln und Enden des Landes zogen die Wort- und Stimmführer der badischen Demokratie ins mittelbadische Offenburg. *Unter den mitfahrenden Führern der Volksvereine war viel Blüthe der Mannheimer radikalen Bürgerschaft; da waren die rabiaten Bürgermeister aus dem Odenwald, aus dem sogenannten Buchfinkenland, aus dem Taubergrund, ein paar spärliche Lichter der Demokratie aus der loyalen Residenz Karlsruhe nicht zu vergessen, und viel anderes Volk. Jeder Bahnhof lieferte neuen Zuwachs, und zugleich, wie das zur Technik des Revolutionsmachens gehört, kam fast mit jeder Station ein neues Gerücht – je fabelhafter desto besser – in Kurs.*³

Als die Eisenbahn am Bahnhof zu Rastatt hielt, schallte den Reisenden großer Jubel entgegen. *Hecker hoch riefs von allen Ecken.*⁴ Ein *stämmiger, breitschulteriger Mann mit starkem Bart und röhlicher Nase* stieg ein und

verkündete: *Rastatt ist unser! Die Soldaten jagen ihre Offiziere weg, der angekommene Kriegsminister mußte schleunigst entfliehen – alles im besten Gang!* In Appenweier verbreiteten Elsässer die Nachricht: *In Paris – Louis Napoleon und seine Minister in Anklagestand versetzt – Volksaufstand – Ledru-Rollin bildet eine provisorische Regierung!*

In Offenburg angekommen, empfingen Scheffel und die anderen Reisenden Bürger und Festordner mit weiß-roten Armbinden. Die Vertreter der Vaterländischen Vereine wurden, entgegen ihren Hoffnungen, nicht zugelassen. Der emphatische Aufruf eines Offenburger „Konstitutionellen“ an die Volksvereine, gemeinsam die Reichsverfassung zu verteidigen, war inzwischen fehlgeschlagen.

Um 15 Uhr begann die Versammlung des Kongresses der Volksvertreter, zu welcher die als fest gestricktes Netz über das ganze Land verbreiteten Vereine ihre gewählten Vertreter geschickt hatten. Amand Goegg, der gewählte Präsident des Kongresses, setzte die Frage über die Proklamierung der Republik auf die Tagesordnung. Für die Republik erklärten sich Stay, Steinmetz, Reich und Goll, dagegen aber eine deutliche Mehrheit unter der Wortführung von Florian Mördes, von Thibauth und von Becher aus Stuttgart, des Präsidenten des Landesausschusses der württembergischen Volksvereine. Der Kongreß endete mit dem Beschluß, vorerst nur eine Deputation nach Karlsruhe zu schicken und als bestimmt, unverzüglich und unbedingt zu gewährende Forderung des badischen Volkes, dem Gesamtministerium nachstehende Punkte vorzulegen: Auflösung der Kammern, Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung, Rücktritt des Ministeriums Bekk, Freigebung der politischen-, Militär- und Civil-Gefangenen.⁵

Die Wagschale neigte sich am Abend des 12. Mai zu Gunsten der Männer des gesetzlichen Fortschrittes. Die Deputation nach Karlsruhe, welche gegen den Willen der Revolutionsmänner beschlossen ward, ging an jenem Abend dahier ab. Noch war die Bahn des Gesetzes nicht verlassen, schreibt der Offenburger Bürgermeister Gustav Rée. Doch die Lage sollte sich ändern.

Während in Offenburg der Abend ruhig verlief, wurden im Hintergrund eifrig Programme geschmiedet. Amand Goegg entwarf zusammen mit Stay, Goll, Steinmetz, Degen, Schlöffel und den beiden Offenburgern Schaible und Nerlinger das Programm, das am nächsten Tag dem Landeskongreß und danach der Landes-Volksversammlung vorgelegt werden sollte.⁶ Von Johann Philipp Becker, dem entschiedenen Exilrepublikaner aus Biel und nachmaligen Führer sämtlicher badischer Volkswehren, erfahren wir, daß die *radikale Bevölkerung von Offenburg, welche der Vorversammlung beiwohnte, die magern, inhaltlosen Beschlüsse mit Pfeifen und*



Der Volksaufstand von 1849 (Stadtarchiv Offenburg)

Zischen quittiert habe, als der Kongreß abends im Gasthof Salmen sie verkündete. Später fand eine weitere Versammlung der Radikalen statt. Sie beschloß ein Komitee, das zum Kongreß in Opposition stehen sollte. Dieses sollte am nächsten Tag entschiedenere Vorschläge vortragen.⁷

Die Offenburger Deputation, an der Spitze Karl von Rotteck, der älteste Sohn des berühmten Freiburger Professors, Apotheker Eduard Rehmann

und Wirt Philipp Adam Thibauth aus Ettlingen, wurde am frühen Morgen des 13. Mai in Karlsruhe bei Ministerpräsident Baptist Bekk vorgelassen. Dieser berichtet: *Alles, was im März 1848 die äußersten Bewegungsmänner in den Kammern verlangt haben, sei von der Regierung durch Gesetzesvorlagen bekanntlich erfüllt worden, und werde . . . soweit es noch nicht geschehen, alsbald ins Leben treten. Im Übrigen seien nicht alles Volkswünsche, was sich dafür ausbe, und die Regierung halte sich in dieser Beziehung hauptsächlich an die verfassungsmäßigen Vertreter des Volkes und nicht an unregelte Versammlungen.*

Mit fast prophetischen Worten warnte Bekk seine Gesprächspartner, daß eine *südwestdeutsche Winkelrepublik* zum Scheitern verurteilt wäre und *ohne Zuthun der Regierung . . . 60 000 Mann, und, wo nöthig, noch mehr Bundes- oder Reichstruppen einrücken, um die gewaltsam gebrochene verfassungsmäßige Staatsordnung wieder herzustellen.*⁸ Bekks Stellungnahme war eindeutig: Ablehnung der ultimativen Forderungen und weitblickende Warnung zugleich. So kehrte die Deputation mit einem negativen Bescheid nach Offenburg zurück.

In Offenburg rüstete man sich für den entscheidenden zweiten Versammlungstag. Aus der ganzen Ortenau strömten Menschen in die Stadt. Victor von Scheffel berichtet über den Morgen des 13. Mai:⁹

Von frühester Frühe an wimmelte ein buntes Leben durch die Straßen. Wie zur ersten Versammlung am 19. März 1848 zogen die Umwohner von nah und fern in der alten Reichsstadt ein. . . . Auf großen Leiterwagen, zum Theil sechsspännig mit prächtigen Pferden fahrend, kamen die Mannen aus dem sogenannten Hanauer Ländel, d. h. aus den früher Hanau-Lichtenauischen Aemtern am Rhein, – kräftige, frohe Burschen und Männer, in ihrem unvergleichlichen Kostüm, in der Sommer wie Winter gleichmäßig getragenen Pelzkappe, in rother Weste, weißer Jacke und schwarzen Hosen. Dort marschirte, in schwerem Tritt, den Knotenstock statt des Gewehrs in der Hand, mit blauer Blouse und schwarzem Hut angethan, eine Schaar Volkswehrmänner aus dem Kinzigthal. Hier kommen mit Musik und Sang Turner von Bühl und Achern. Da sah man eine Gruppe, deren abenteuerliche Strohhüte auf einen weiten Marsch schließen ließen, den sie aus dem obern Schwarzwald herunter gemacht hatten.

Unter dem Eindruck des Eintreffens einer Deputation Rastatter Soldaten, die die Kunde von der siegreichen Meuterei verbreiteten, nahm die Versammlung eine entscheidende Wende. Während bei der Versammlung vom März 1848 noch die *deutsche Trikolore*, also schwarz-rot-goldene Fahnen das Bild dominierten, beherrschten mehr und mehr rote Fahnen das Stadt-

bild. Scheffel beschreibt Hanauer Bauern, die *sogar ihren Pferden große rothe Blumensträuße auf die Häupter gesteckt und große rothe Blumengirlanden um die Wagen gebunden* hatten. Der Ausspruch *Als druff! jetzt isch Zitt!*, den er von einem Versammlungsteilnehmer vernommen hatte, zeigt, wie revolutionär die Stimmung am 13. Mai gewesen sein muß.

Lorenz Brentano war immer noch nicht in Offenburg anwesend, er lag angeblich krank in Baden-Baden. Damit besaß die republikanische Partei am 13. Mai 1849 im Landesausschuß die Oberhand. Amand Goegg erhielt die Generalvollmacht zu revolutionären Maßregeln, *zu welchen derselbe gleich nach Ankunft der Congreßdeputation und der Rastatter Soldatendeputation schritt*. Inzwischen platzte förmlich Offenburg aus allen Fugen. 35 000 bis 40 000 Menschen drängten sich vor dem Rathaus, wo eine Rednertribüne aufgebaut war. Nun verbreitete sich aus Karlsruhe die Kunde, die Regierung habe die Forderungen des Vortages abgelehnt. Vielfach der Ruf: *Zu den Waffen*.¹⁰

Amand Goegg eröffnete die Versammlung mit den Worten: *Nicht viel reden wollen wir diesmal, sondern handeln*. Zu Wort kamen Hoff, Werner, Germain Metternich aus Mainz, Stay, Goll, Savoie, Abgesandter der französischen Demokraten, und die Soldaten Cordel und Ritter. Victor von Scheffel schreibt:

Um 2 Uhr Mittags begann die Volksversammlung, die aber . . . nicht die Hauptsache, sondern nur der Schlußpunkt zu den Operationen der Volksvereine war. In dichten Reihen standen Tausende auf dem Marktplatz, wo von der festlich geschmückten Tribüne des Rathauses herab die Redner sprachen.¹¹

Das Resultat der Versammlung war, daß nach einigen Reden allgemeinen Inhalts – der frühere Gesandte der Republik Frankreich beim Bundesrat, Bürger Savoye, z. B. hatte zur Anbahnung der Verbrüderung französischer und süddeutscher Demokratie gesprochen – die vom Landeskongreß der Volksvereine gefaßten 16 Beschlüsse einzeln verlesen wurden und darüber abgestimmt wurde. Nach jedem Punkt sei *ein ungeheurer Applaus und allgemeines Handaufheben erfolgt, so daß diese Beschlüsse auch als einstimmige Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung gelten konnten*.

Der Landesausschuß der Volksvereine wurde schließlich beauftragt, *die nöthigen Anordnungen zur Durchführung der Beschlüsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu treffen* – mit anderen Worten nach der Festung Rastatt zu ziehen und von dort aus den weiteren Verlauf der Revolu-

tion zu leiten . . . Gegen 3 Uhr nachmittags war die Versammlung auf dem Marktplatz zu Ende.

Unter den Beschlüssen fanden sich folgende Punkte:¹²

- die Entlassung des Ministeriums und Beauftragung von Bürger Brentano und Bürger Peter mit der Bildung eines neuen Ministeriums, die Auflösung der Ständekammern und Berufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung,
- die sofortige Volksbewaffnung, die Entlassung der politischen Militär- und Civilgefangenen und die Rückkehr der politischen Flüchtlinge sowie die Niederschlagung aller politischen Prozesse,
- die unentgeltliche Aufhebung sämtlicher Grundlasten,
- die Einführung von Geschworenengerichten,
- die Errichtung *einer Nationalbank für Gewerbe, Handel und Ackerbau zum Schutze gegen das Übergewicht der großen Kapitalisten* sowie
- Abschaffung des alten Steuerwesens, die Einführung einer progressiven Einkommensteuer nebst Beibehaltung der Zölle.

Damit erklärte die Offenburger Landesversammlung den Zustand der Revolution und der Notwehr gegen die Fürsten. Unter dem Eindruck der Soldatenmeutereien auch in der Residenzstadt floh Großherzog Leopold aus Karlsruhe in die Festung Germersheim. Für ihn zogen am 14. Mai 1849 die Beauftragten der Landesversammlung von Offenburg in die badische Hauptstadt ein. Noch am gleichen Tag erging ein Aufruf an die Bevölkerung und an das Militär, sich dem Volksaufstand anzuschließen.

Anmerkungen

- 1 Nach dem Heckerzug (Aprilaufstand 1848) und Struve-Putsch (September 1848).
- 2 Zit. nach Franz X. Vollmer, S. 162; vgl. Victor Joseph Scheffel in: Deutsche Revue 12 IV (1887), S. 314 ff.
- 3 Vollmer, S. 162.
- 4 Ebenda, S. 163.
- 5 Zit. nach Ebenda, S. 165; vgl. Amand Goegg, Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf, Zürich 1876, S. 97 ff.
- 6 Vollmer wie Anm. 2, S. 166 f., Vgl. Adreßbuch OG 1927, S. 30.
- 7 Vgl. Joh. Phil. Becker/Chr. Esselen; Geschichte der süddeutschen Mairevolution des Jahres 1849, Genf 1849, S. 64 f.
- 8 Wbl. OG 1849, S. 489 vom 24. Juli 1849.
- 9 Vollmer wie Anm. 2, S. 173; vgl. Scheffel wie Anm. 2.
- 10 Vollmer, wie Anm. 2, S. 173 f., Vgl. Goegg, Aufschlüsse, wie Anm. 5, S. 104 f.
- 11 Vollmer, wie Anm. 2, S. 175; vgl. Scheffel, wie Anm. 2.
- 12 Becker/Esselen, wie Anm. 7, S. 66 ff., Goegg, Aufschlüsse, wie Anm. 5, S. 100 ff. Wbl. OG 1849, S. 339 f.

Gustav Rée: Ein Bürgermeister zwischen Barrikaden und Parlament

Wolfgang M. Gall

Der folgende Beitrag geht aus einem Vortrag anlässlich des Symposiums „Konservative Revolutionäre – Revolutionäre Konservative. Badische Politiker im Kreuzverhör“ hervor, das von der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein im April 1998 in Karlsruhe durchgeführt wurde.

Unserem städtischen Vater, unserem sich so sehr nach seinen Mitbürgern und seiner Vaterstadt sehnenden lieben Bürgermeister Gustav Rée ein donnerndes Hoch! frohlockte Kaiserwirt Friedrich Bährle am Abend des 26. September 1845, als er zu Ehren des frisch gewählten Bürgermeisters Rée seinen Trinkspruch vor 300 Gästen anstimmte. Zwei Dinge konnte Bährle wahrhaftig nicht wissen: welche politischen Auswirkungen diese Personalentscheidung für den Verlauf der badischen Geschichte haben würde und wie nachhaltig „Rée“ im Gedächtnis späterer Generationen als „Stadtvater“ verhaftet bleiben würde.

Der von 1845 bis 1849 amtierende Bürgermeister gilt bis heute als der bedeutendste Offenburger Kommunalpolitiker des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus. Dicht hinter ihm folgt der Arzt und zwischen 1875 und 1890 amtierende Bürgermeister Franz Volk, ein ehemaliger glühender Hecker-Sympathisant und Zivilkommissär, der Rées politisches Geschick in den Jahren 1848/49 lange begleitete.

Der folgende Beitrag soll versuchen, die verschiedenen Gesichter des Gustav Rée aus den vorliegenden Untersuchungen von Franz X. Vollmer und Rainer Schimpf herauszuarbeiten.¹ Worin lagen Gustav Rées Erfolg und Scheitern? Was war Rée wirklich? Ein Patriot? Ein Heros? Ein Politiker, der sich die Welt selbst erschaffen konnte, wie ein Anhänger Anfang April 1848 in der Offenburger Zeitung schrieb? War er schließlich ein als Reformert auftretender Revolutionär oder ein Konservativer im Gewande eines Revolutionärs? Oder gar nur ein geschickter politischer Taktierer und Opportunist?

Lassen Sie mich zu Anfang folgende Thesen formulieren:

1. Der vorrevolutionäre Gustav Rée war ein moderner Reformert mit autoritären Zügen, der sozialpolitischen Fragestellungen nicht auswich. Er trat

1845 sein Offenburger Amt nicht als zukünftiger Revolutionär an. Sein Anliegen war in erster Linie die Einigung einer zerstrittenen Bürgerschaft. Er suchte in dieser Zeit, wie zu sehen ist, immer die politische Mitte. Rée wurde unterstützt durch das kommunalpolitische Engagement seiner Frau Anna, die sich sehr selbstbewußt in die Geschicke der Stadt einmischte. Rée entwickelte Visionen, er war ein politisches Talent. Zu seiner Politik des Ausgleichs und der „Mitte“ gehörte ein gemeindeübergreifendes Agieren und das Vermögen, gleichzeitig Teile der alten Eliten nicht zu verprellen. Er wagte es, möglichst viele ungelöste Themen anzupacken und schaffte auch, sie zu lösen. Dabei legte er ein ausgeprägtes Fingerspitzengefühl an den Tag. Dazu zählte aber gleichzeitig das Vermögen, kommunalpolitisch heikle Themen aufzugreifen und eigene politische Interessen mit Konsequenz und Härte umzusetzen.

2. Drei Jahre später hatten sich die Rahmenbedingungen grundsätzlich geändert. Gustav Rée führte 1848 nun eine überwiegend (sieht man von den konservativ-ultramontanen Anhängern ab) geeinte Stadt an, die völlig hinter ihm stand und offen für revolutionäre Entwicklungen war. Rée gab, wie Vollmer bemerkt, Charakter und Verlauf der Revolution in Offenburg seine Prägung. Vom Vorabend der Ereignisse bis in die gerichtlichen Verteidigungsschriften der Nachrevolutionszeit ist er der führende Kopf der Offenburger Demokratie gewesen. Die vorrevolutionäre Politik der Mitte versuchte Rée in den Revolutionsjahren fortzuführen. Dabei legte er als geschulter Jurist sein Augenmerk auf die Einhaltung bestehender Gesetze und lehnte Gewaltlösungen ab. Die Bürgerschaft des späteren „Demagogensitzes Offenburg“ sah in Rée eine Führungsperson, die es verstand, radikale Wendungen des revolutionären Prozesses auf kommunaler Ebene auszubalancieren und dennoch den Blick für Veränderung nicht aufzugeben.

Und dennoch, Rée hatte ein zweites Gesicht. Bei seinem Versuch, eine Politik der Mitte zu verfolgen, unterlag er immer wieder der Versuchung, Partei für eine rasche Republikanisierung zu ergreifen. Der folgende Beitrag stellt einen Versuch dar, diesen Widerspruch aufzuzeigen.

Zu seiner Person

Der 34jährige Anwalt Gustav Rée war am 28. Juli 1845 mit 67 von 70 Stimmen zum Bürgermeister gewählt worden. Die Wahl war im Hintergrund von mehreren einheimischen Bürgern der Opposition und landesweit bekannten Oppositionspolitikern wie Mathy und Itzstein geschickt vorbereitet worden.² Den Juristen Gustav Rée prägte die Umgebung des politisch fortschrittlichen Seekreises, den Karl Mathy im Landtag vertrat, so-

wie Ficklers „Seeblätter“ und die benachbarte Eidgenossenschaft. Noch im Frühjahr 1848 war z. B. die Korrespondenz zwischen Bürgermeister Hüetlin, Konstanz, und Rée lebendig. Gustav Rée war in Offenburg kein Unbekannter. Seine persönlichen Anfänge sind nicht voll aufgeheilt. Zwar wird immer wieder als Geburtsdatum der 16. November 1810 angegeben. Ob Franz Bernhard Rehe sein leiblicher Vater war, wissen wir nicht. Dieser war Jurist, Scribent und Registrator bei der Großherzoglich Hessischen Regierungskommission in Mainz. 1817 kam er nach Offenburg zurück. Gustav Rée arbeitete zwischen 1827 bis 1832 als Notariatspraktikant in Offenburg, Kork und Kappelrodeck, studierte danach von 1832 bis 1836 an der Universität Freiburg Philosophie und Jura und kam damals sicherlich in Berührung mit Prof. Carl von Rotteck und dem liberalen Gedankengut der Hambacher Zeit. Nach dem Studium wurde Rée 1837–1838 Rechtspraktikant in Heiligenberg, dann 1838–1839 als Amtsverweser in Konstanz eingesetzt. Nach einigen Stationen arbeitete er von 1841 bis 1845 als Hofgerichtsadvokat in Konstanz. Zwischen 1845 und 23. Juli 1849 war Rée Bürgermeister in Offenburg. Am 18. Mai 1848 wurde er zum Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt. Im August 1848 trat er bereits zurück. Nach der Niederschlagung der Revolution verblieb er bis 23. Juli in seinem Bürgermeisteramt und zog sich aus der Politik zurück. Er wurde des Hochverrats angeklagt, aber für „klagfrei“ erklärt. Danach arbeitete er bis 1850 als Anwalt in Offenburg und verteidigte zahlreiche angeklagte Teilnehmer der Revolution, ohne selbst verurteilt zu werden. Danach folgte der Umzug nach Freiburg. Am 7. August 1869, mitten in den Vorbereitungen einer sommerlichen Erholungsreise in die Schweiz, starb Rée im Alter von 59 Jahren am „Schlagfluß“.

Die neue Politik der „Mitte“: Gustav Rées Glanzzeit 1845 bis 1847

Für das Verständnis der Réeschen Politik während der Revolutionszeit sind seine vorrevolutionären Amtsjahre von entscheidender Bedeutung. Trotz der Wichtigkeit der politischen Ereignisse von 1848/49 lag Rées Glanzzeit als Bürgermeister in den Jahren 1845 bis 1847. Hier hatte er seine größten politischen Erfolge zu verzeichnen und die Politik der „Mitte“ umzusetzen.

Am 28. Juli 1845 wählten ihn die Offenburger für sechs Jahre zum Bürgermeister. Gustav Rées Wahl war den staatlichen Behörden nicht ganz geheuer. Man beobachtete ihn mit Argusaugen. Oberamtmann Lichtenauer mußte Erhebungen über angebliche politisch-religiöse Umtriebe und seiner Beteiligung bei der „Constituierung einer bürgerlichen Lesegesellschaft“ einleiten.³



*Der Offenburger Bürgermeister
Gustav Rée
(Stadtarchiv Offenburg)*

Gustav Rée bewies in dieser Zeit ein hohes Maß an Strategiedenken. Ich will dies an fünf Punkten erläutern:

1. Durch den Einsatz moderner politischer Mittel gelang es ihm in kurzer Zeit, das konservative Lager an die Wand zu spielen. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt, im Dezember 1845, gründete Rée einen Leseverein, der von 27 Mitgliedern rasch auf über 200 anwuchs und durch wöchentliche Vorträge die „geistige Bildung“ im Sinne politischer und geistlicher *Aufklärung* und *Neuerungen* befördern wollte. Der neue Leseverein Rées stand – im Gegensatz zu der herkömmlichen Lesegesellschaft – allen Bürgern offen. Er hatte seine Räume direkt gegenüber dieser. Unter Rées Vorsitz entstand faktisch eine politische Parteiorganisation mit einer gut mobilisierten, disziplinierten Anhängerschaft, die neben politischen Lesungen und prominenten Besuchen, wie Karl Theodor Welcker oder Christian Kapp, den Wahlkampf zur Kammerwahl im September 1846 vorbereitete. Nach dem Sieg Kapps war die Stadt ganz in die Hände der Opposition gefallen. Zur gleichen Zeit gründet seine Ehefrau Anna den Offenburger Frauenverein und sammelte die Offenburger Frauen um sich.⁴

2. Durch eine aktive kommunale Sozialpolitik, verknüpft mit wirtschaftspolitischen Zugeständnissen an das gegnerische Lager, konnte er Teile der Konservativen an sich ziehen und diese schwächen.

Gustav Rée schaffte es, einen jahrelangen kommunalpolitischen Dauerstreit zu beenden und die Notwendigkeiten wirtschaftlicher Modernisierung mit seiner Sozialpolitik abzufedern. Der Konflikt hatte unter Rées Vorgänger Löffler die Offenburger Stadtpolitik lange Zeit gelähmt. Sollte Offenburg seine Zukunft in der Landwirtschaft sehen, wie dies die Offenburger Opposition forderte? Ihre Vision war das Bild einer ländlichen, asketischen und egalitär geprägten Gemeinde, die sich nach außen hin stärker abgrenzt. Die Konservativen um Bürgermeister Löffler strebten hingegen eine städtische Gesellschaft an, die sich durch Gewerbeförderung modernisieren sollte. Eine weitere Schlüsselrolle spielte die Eisenbahn. Rée schaffte einen Interessenausgleich: er setzte den von den Liberalen vor 1845 abgelehnten Straßenbau zum Bahnhof durch und unternahm gleichzeitig einen neuen Anlauf in der Waldausstockung, mit anderen Worten der Zuteilung von gerodeten landwirtschaftlichen Nutzungsflächen an die bedürftige Bevölkerung.⁵

3. In der Religionsfrage gewann Rée durch die Unterstützung eines liberalen Gegenkurses gegenüber ultramontanen Bestrebungen in Offenburg weitere gemäßigte, aber kirchlich liberal denkende Bürger für seine Politik. Hier sei an die religionspolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem konservativen Dekan Müller und dem reformkatholischen Prediger Kuhn erinnert, in die sich Rée durch Petitionen und Versammlungen direkt einmischte. Dabei scheute er vor Konflikten mit der Kirchenführung und dem extrem konservativen Lager nicht zurück.⁶

4. Während der Agrarkrise 1846/47 zeigte Rée politische Entscheidungsfreude, als er mit Zuckerbrot und Peitsche die örtliche Versorgungslage meistern konnte.⁷ Beim Bäckerstreik am 1. Oktober 1846, der nach einer Senkung der Brottaxe ausbrach, reagierte Rée mit drastischen Maßnahmen, wie z. B. der Versiegelung von Backöfen und Ausweisung von Lehrlingen. Er hatte unter Beweis gestellt, daß er sich tatkräftig für das Wohl der gesamten Gemeinde, vor allem der ärmeren Bevölkerung, einsetze, und das über die Parteigrenzen hinweg. (Zwei Bäcker kamen aus dem unterschiedlichen Lager). Rée machte der staatlichen Verwaltung vor, wie eine Gemeindeführung auf eine Krisensituation reagieren kann. Durch eine eigene Gemeindestadtbäckerei, versorgt mit importiertem amerikanischen Mehl, und einer Suppenanstalt konnte wirksam Protestunruhen in der Stadt entgegengesteuert werden.

5. Gustav Rée verstand sich als Bürgermeister aller Offenburger Bürger. So wurde er Mitglied in allen lokalen Vereinen, so z. B. in der konservativen Lesegesellschaft ebenso wie im fortschrittlichen Turn- und Kegelerverein.

Gustav Rées vorrevolutionäre Kommunalpolitik sorgte damit für eine Einigung der Offenburger Bürgerschaft über die Parteigrenzen hinweg. Trotz seiner Funktion als überparteilicher Verwaltungschef vergaß Rée jedoch zu keinem Zeitpunkt, wo seine Anhängerschaft saß, die er um sich herum organisierte. Dies zeigte sich bereits bei den Tätigkeiten des Lesevereins bei der Wahl des linksliberalen Heidelberger Professors Kapp zum Kammerabgeordneten des Offenburger Wahlkreises. Rées Strategie ging auf: Mit jedem Tag wuchs sein Ansehen, es dauerte nicht mehr lange, bis alle übriggebliebenen konservativen Vertreter abgewählt waren.

Offenburg war 1847 bereits völlig in der Hand des „entschiedenen Fortschritts“. Die breite Unterstützung der Revolution durch mindestens jeden vierten Offenburger hat sicherlich mit der Popularität von Gustav Rée zu tun.

Als Gustav Rée mit zur Versammlung der entschiedenen Verfassungsfreunde im „Salmen“ am 12. September 1847 aufrief (deren Präsident er wurde), war er sich seiner überregionalen Popularität durchaus bewußt. Offenburg war ein Modellfall einer funktionierenden liberal geführten Gemeinde.

Im folgenden möchte ich überprüfen, wie stringent Gustav Rée seine politischen Strategien während der Revolutionsjahre verfolgte. Wo gibt es Übereinstimmungen? Wo existieren Brüche und Unterschiede?

Erste Nagelprobe: Will Gustav Rée im April 1848 die sofortige Republik?

In der Nacht vom 18. zum 19. April 1848 mußten die Stadtoberen Offenburgs endgültig Farbe bekennen, wie sie zur Revolution standen: *Republik als Konsequenz der Volkssouveränität oder konstitutionelle Monarchie als Kompromiß?*⁸

Oberst Asbrand von der Großherzoglichen Garnisonskommandantschaft Kehl meldete am 19. April an den Kriegsminister General Hoffmann in Karlsruhe, daß in der Nacht zuvor der Offenburger Bahnhof besetzt, die Eisenbahnverbindung in das Oberland unterbrochen worden war. General Pfaff hatte Stellung in Appenweier genommen. Man vermutete, daß aus Straßburg über 400 Polen sowie eine *ganze Masse sogenannter deutscher Arbeiter* sich an der badischen Rheingrenze befanden. Für die badische

Erklärung der Stadt Offenburg.

In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben dringt aller Orte mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikanische Gestaltung.

Die Aufregung im Seekreise pflanzt sich fort und fort durch die Gauen unseres Vaterlandes. Die Theilnahme am Schicksale der Bestrebungen der beiden Volksmänner Hecker und v. Struve erhält sich beständig wach und ihre Ideen finden einen stets größern Kreis von Anhängern.

Dieses und der unerwartete Schritt eines größern Theils unserer hiesigen Bürgerschaft in verflorener Nacht drängt uns heute zu der offenen Erklärung:

Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden.

Offenburg will dieses hiermit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden, und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheits-Bestrebungen, welche sich durch die National-Versammlung, oder doch nur Hand in Hand mit denen der größern Schwesterstädte verwirklichen sollen.

Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes.

Gott mit uns!

Beschlossen in der allgemeinen Bürgerversammlung.

Offenburg, am 19. April 1848.

(Stadtarchiv Offenburg)

Regierung neben dem Heckerzuge im Südschwarzwald eine weitere bedrohliche Nachricht. Als Hecker und Struve vom Frankfurter Vorparlament mit dem Vorsatz, *in Baden loszuschlagen*, zurückkamen und sich durch die Verhaftung Ficklers zur Eile gedrängt sahen, rückte Offenburg infolge seiner verkehrspolitischen Lage und der dort vorhandenen Anhängerschaft schnell in den Blickpunkt.



*Hecker in Konstanz proklamiert die Republik vom Balkon
des Stadthauses 13 April 1848. Originalzeichnung v. G. Gagg.*

(Stadtarchiv Offenburg)

In Konstanz wurde der Plan entwickelt, in vier Heersäulen vom Oberlande auf Karlsruhe loszugehen. Die beiden ersten sollten sich durch das Kinzigtal auf Offenburg, die dritte durch den *Höllenzaß*, die vierte durch das Rheintal auf Freiburg *werfen*. Zwischen den Offenburger Republikanern und Hecker bestanden enge Verbindungen. Am 17. April traf Dr. Emmerich Barth mit Hecker in Lenzkirch zusammen, wohin der Heckerzug hatte ausweichen müssen, weil der Weg über Donaueschingen durch reguläre Truppen versperrt war. Dr. Barth dürfte von Hecker neue Instruktionen für Offenburg erhalten haben, wohin er rechtzeitig zum 18. April zurückkehrte. Die Offenburger Republikaner hatten also genaue Anweisungen, die Stadt als wichtigen Verkehrsknotenpunkt rechtzeitig in ihre Hand zu bringen. Daß Hecker und die verschiedenen Kolonnen in den nächsten Tagen aber nicht planmäßig vorankamen, wurde den Offenburger Republikanern zum Verhängnis. Sie schlugen am 18. April los, obwohl Hecker um diese Zeit noch im verschneiten Südschwarzwald steckte.

Bürgermeister Rée stand an diesem Tag vor einer politischen Herausforderung ersten Grades: wie sollte er dem revolutionären Tatendrang von großen Teilen der männlichen Offenburger Jugend und einigen älteren Hecker-Sympathisanten begegnen, ohne sein Image als Vertreter des Fortschritts aufs Spiel zu setzen? Die jungen bewaffneten Heckersympathisan-

ten (46 von ca. 150 sind namentlich bekannt) errichteten am Bahnhof und am nördlichen Stadteingang Barrikaden. Rée konnte nur erreichen, daß sie am gleichen Abend nicht die Republik ausriefen, sondern auf den Beschluß einer Gemeindeversammlung am 19. April warteten. Er begab sich am nächsten Tag mit einigen Gemeinderäten zu General Pfaff, um ihm den friedlichen Einzug der Truppen zu gestatten. Die anschließende Bürgerversammlung verabschiedete die sog. Offenburger Erklärung. Offenburg proklamierte jedoch die Republik nicht. Statt einer Revolution gab es also eine Resolution:

In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben dringt aller Orte mit größerer oder geringerer Kraft auf freie, republikanische Gestaltung.

...

Offenburg gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden. Offenburg will dieses hiermit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden, und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheits-Bestrebungen, welche sich durch die National-Versammlung, oder doch nur Hand in Hand mit denen der größern Schwesterstädte verwirklichen sollen.

Offenburg will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes. Gott mit uns!

Rée zog sich beachtlich aus der Affäre. Die Offenburger Erklärung war ein Meisterwerk politischer Taktik, mit dem Ziel, einer drohenden unsinnigen militärischen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, ohne das Gesicht zu verlieren.

Doch bei allem Lob: drückte sie nicht auch, wie F.X. Vollmer meint, die Ratlosigkeit der Offenburger Fortschrittspartei und Rées aus, auf welchen politischen Weg sie langfristig setzen sollten? Rée formuliert hier nochmals seine Prämissen: Er will zwar *Freiheit*, aber nur zusammen mit *Ordnung* und *Einheit*. Also eine Revolution von oben?

Gustav Rée als Abgeordneter der Nationalversammlung

Nach der Offenburger Erklärung stoßen wir auf zwei weitere politische Stellungnahmen Rées im Zusammenhang mit seiner Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung.¹⁰

Rée erhielt am 3. April 1848 einen Brief vom Konstanzer Bürgermeister Hüetlin, in dem dieser sich gegen die Wahlmännerwahl zur Nationalversammlung ausspricht. Rée antwortet, daß es zwei Alternativen gäbe: Proklamation der Republik oder Wahl zur Nationalversammlung. Rée befürwortete letzteres mit dem Argument, daß die Mehrheit im Mittelrheinkreis dafür wäre.

Aus seiner Wahlrede geht hervor, was hinter Rées politischem Programm steht: Ein starkes Nationalgefühl, das in den Wurzeln auf die Nachwirkungen von 1813 zurückzuverfolgen ist, dazu die demokratische Grundüberzeugung vom Naturrecht der Volkssouveränität, gepaart mit einem ausgesprochen bürgerlichen Sinn für Ordnung und Rechtlichkeit, bildeten Rées politische Grundüberzeugung. Die Folgen waren Verzicht auf direkte, gewaltsame Aktion und Option für den gewaltfreien Weg des Parlamentarismus. In dieser Überzeugung stellte sich Gustav Rée zur Wahl zum Paulskirchenparlament. 131 von 134 Wahlmänner im Wahlkreis Offenburg–Oberkirch–Gengenbach gaben am 18. Mai 1848 Gustav Rée ihre Stimme.

Die Form allerdings, mit der diese Ziele erreicht werden sollten – Republik oder konstitutionelle Monarchie – war für den Juristen Rée zweitrangig. Eine Antwort auf diese Frage zu finden, fiel ihm entweder schwer, oder er wollte sich alle Wege offenhalten:¹¹

Mag man über die Form sich bekämpfen, mag man mit der Mehrheit der hier versammelten Wahlmänner für die Zentralgewalt des Reichs, die republikanische Regierung, oder mit andern die Schaffung einer neuen Monarchie mit konstitutionellen Garantien für angemessener erachten – immerhin wird der Kampf mit den Waffen des Geistes ein durch die Weihe der Idee der Einheit des Vaterlandes getragener und durch sie versöhnlicher sein.

War Gustav Rée also in den revolutionären Jahren ein Opportunist? Schon seine Erklärung, die er am 19. April im Namen der Stadt Offenburg abgegeben hatte, hatte die gleiche Unentschiedenheit gezeigt: ob Deutschland eine Republik oder Monarchie werden sollte, konnte nicht in Offenburg entschieden werden, sondern war dem Willen der Mehrheit des ganzen deutschen Volkes vorbehalten.

In Frankfurt schloß sich Rée wie andere badische demokratische Abgeordnete der linken Donnersberg-Fraktion an, doch legte er schon am 6. August 1848 sein Mandat nieder, um sich wieder ganz seinem Offenburger Bürgermeisteramte zu widmen. F.X. Vollmer stellt diesbezüglich folgende Fragen: War es wirklich nur die Einsicht, daß die Parlamentsarbeit längere

Zeit beanspruchte, als ursprünglich erwartet? War er des Fraktionszwangs der Linken überdrüssig oder zweifelte er gar schon am Erfolg des ganzen Versuches, auf solche Weise die Einheit Deutschlands verwirklichen zu können? Die Republikaner verübelten Rée den Rückzug nach Offenburg jedenfalls.¹²

Schwindet Gustav Rées Machteinfluß während der Revolution?

Gustav Rées Haltung während der Revolution gibt uns einige Rätsel auf. Einerseits bekannte er sich öffentlich gegen den Einsatz militärischer Mittel zur Erlangung der Republik. Andererseits unterstützte er seit März 1848 den Aufbau der Bürgerwehr. Rée unterzeichnete den Aufruf zur Volksbewaffnung (nachträglich begründete er dies mit der Franzosenangst, obwohl die erst im April vorhanden war).

*Die Spitze des Reichs konnten wir uns nach den Eigentümlichkeiten von Deutschland und nach der Eifersucht der Fürsten unter sich nicht monarchisch erblich denken, sondern nur als eine mit bestimmten Jahren wechselnde Präsidentschaft – also als republikanisch (Aufruf vom 18. 5. 1848 vor den Wahlmännern).*¹³

Rée engagierte sich in den neuen politischen Gruppierungen. Er war Ausschußmitglied der Vaterländischen Vereine, unterstützte mit den Offenburger Gemeindegremien die Petition vom 17. November 1848 zur Auflösung des Landtages. Rée und sein Gemeinderat traten ohne Gegenstimme offen für das Prinzip der Volkssouveränität und einer neuen Verfassung ein. Nach dem Rücktritt des Abgeordneten Christian Kapp am 13. Februar 1849 boykottierten die Offenburger Wahlmänner die Neuwahl.

Im Februar 1849 wirkte Rée an der Ausarbeitung der Statuten des neugegründeten Offenburger Volksvereins maßgeblich mit. Er gehörte dessen Vorstandschaft an. So sehr er sich einerseits öffentlich von der Gewalt distanzierte, schwenkte Rée jetzt ein weiteres Stück auf die Linie der Republikaner ein.

Als 1849 heftige Auseinandersetzungen zwischen Volksverein und Vaterländischem Verein ausbrachen, bezog Rée keine Stellung.¹⁴ Auch ein Beschlichtigungsversuch eines ehemaligen Rée-Freundes brachte keine Lösung. Das Réesche Werk schien zerbrochen. Offenburg war wieder in zwei unversöhnliche Lager geteilt. Resignierte Rée? Die Frage, ob es sich um bloße Taktik oder um ein Zeichen für eine politische Kräfteverschiebung infolge der Radikalisierung der Revolutionsereignisse handelte, kann letztendlich nicht gelöst werden.

Wir finden auch die alten Züge seiner Ausgleichspolitik.¹⁵ Als 1849 der Maiaufstand ausbrach, äußerte Rée die gleichen Bedenken und Vorbehalte wie ein Jahr zuvor im Aprilaufstand. Er versuchte am 13. und 14. Mai, die junge Wehrmannschaft von einem unüberlegten Auszug nach Norden abzuhalten, bewilligte später dennoch Gelder für Waffen. War er jemand, wie Vollmer schreibt, der zuerst die geistigen und dann auch die materiellen Waffen für die Revolution bereitgestellt hatte, im Moment des Ausbruchs der Revolution aber zu klug und weitsichtig war, um naiv an das Gelingen dieses unzulänglichen Versuches glauben zu können? Oder hatte er sich die Verwirklichung von Einheit und Volkssouveränität anders – friedlicher, humaner, weniger radikal als es die jungen „roten“ Radikalen nun propagierten – vorgestellt? War es Unfähigkeit des gesetzestreuen Juristen zur befreienden revolutionären Tat, wie radikale Jungrevolutionäre ihm und seinesgleichen vorwarfen?

In seiner Verteidigungsschrift formulierte Rée seine Haltung so: *Ein wahres Glück war es zu nennen, daß der Landesausschuß die verlassenen Zügel der Regierung ergriff, – daß mit ihm Brentano an die Spitze kam. Diese Gestaltung der Dinge aber wollten die Rothen nicht . . . Mit Vertrauen blickte man auf die Person Brentanos, welche andere unlautere Elemente im Schache hielt und die Hoffnung gewährte, den aus dem Lande gewichenen Fürsten wieder zurückzurufen.*¹⁶ Rée bekannte sich – zumindest nachträglich – zu dem relativ gemäßigten Flügel der badischen Demokraten, der mit der Rückkehr des geflohenen Großherzogs liebäugelte und sich scharf gegen die *Roten*, die Gruppe des *Entschiedenen Fortschritts*, abzugrenzen versuchte. Franz Vollmer vergleicht die Tragik Rées mit der von Brentano: von rechts angefeindet als Vorbereiter der Revolution, von links bekämpft als Zögerer und Kompromißler, versuchte er, die Gratwanderung zu einem moderneren, demokratischeren Staatswesen unter Wahrung oder zumindest Schonung der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsformen Familie und Eigentum und der Staatsform der konstitutionellen Monarchie.

So blieb es nicht verwunderlich, daß der aus Revolutionsgegnern bestehende nachrevolutionäre Gemeinderat anläßlich der Untersuchung wegen Anschuldigung auf Hochverrat Rée bescheinigte: *Rée gehörte namentlich in letzter Zeit der entschieden konservativen Partei an und haben wir es blos seiner Energie zu verdanken, daß während der Revolutionszeit keine größeren Unordnungen stattgefunden haben. Nach unseren Wahrnehmungen hat er über das gesetzlose Treiben sowohl im vorigen, als auch in diesem Jahr sein offenes Misfallen zu erkennen gegeben.*¹⁷

Der Zusammenbruch der Revolution und der Einmarsch der preußischen Truppen machten auch Rées Stellung unhaltbar. In der Gemeinderatssit-

zung vom 5. Juli 1849 erklärte er seinen Rücktritt. Am 23. Juli übergab er die Amtsgeschäfte. Gustav Rée war, zusammenfassend gesehen, vor der Revolution ein Politiker der Reformen, Visionär und Realist zugleich. Daß er zum Kopf der Offenburger Revolution wurde, verdankte er mehr der Dynamik des Geschehens. Dennoch wollte er Gestalter und Lenker der Ereignisse bleiben. Er mußte jedoch am Schluß erkennen, daß sich letztendlich die Revolution selbst seinem Werk der friedlichen Einigung der Bürgerschaft entgegenstellte.

Anmerkungen

- 1 Rainer *Schimpf* behandelt Rées Rolle vor der Revolution: „Offenburg 1802–1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution, Offenburg 1997. Franz X. *Vollmers* Studie sieht Rées Position als politischer Kopf der Offenburger Revolution: Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Offenburg 1997. Der Beitrag bezieht sich auf beide Veröffentlichungen.
- 2 F. X. *Vollmer*, S. 274 ff. Die weiteren biographischen Hinweise gehen darauf zurück.
- 3 Ebenda, S. 277.
- 4 Vgl. neuere Vermutungen zu Anna Rée: Anne Junk, „Wir rufen an die Kraft Eures Willens, die Güte Eures Herzens, den Fleiß Eurer Hände“, in: *Allmende*, 56/57, 1998, S. 116 ff.
- 5 Rainer *Schimpf*, S. 232 ff.
- 6 Vgl. F. X. *Vollmer*, S. 277.
- 7 Rainer *Schimpf*, S. 209.
- 8 Zit. nach F.X. *Vollmer*, S. 79. Die folgenden Abschnitte lehnen sich an *Vollmer*, S. 95 ff.
- 9 Erklärung der Stadt Offenburg vom 19. April 1848 (Flugblatt Stadtarchiv Offenburg).
- 10 F.X. *Vollmer*, S. 108 ff. und S. 278.
- 11 Ebenda, S. 111.
- 12 Vgl. ebenda, S. 128 f.
- 13 Flugblatt des Stadtarchivs Offenburg „An das badische Volk“ vom 19. März 1848.
- 14 F.X. *Vollmer*, S. 152.
- 15 Ebenda, S. 179 ff., S. 192 ff. sowie S. 279.
- 16 Zit. nach F.X. *Vollmer*, S. 279 ff.
- 17 Zit. nach F.X. *Vollmer*, S. 280.

„Bleischwerer Druck auf den Gemütern“? Offenburg nach der Revolution von 1848/49

Wolfgang M. Gall

Die Zeitspanne nach dem Scheitern der badischen Revolution ist in der Landes- und Lokalgeschichte nahezu unerforscht. Der folgende Aufsatz will dazu einen kleinen Beitrag liefern. Er beschäftigt sich mit folgenden Fragen: Wie konnte eine Stadt und ihre Bewohner den Schock vom Juli 1849, d. h. die Niederlage und Besetzung mental und politisch verarbeiten, eine Stadt, in der sich zumindest jeder vierte an der Revolution von 1848/49 beteiligt hatte? Wie war die Stimmungslage, wie verhielt sich das neue Regime und was geschah mit den ehemaligen Teilnehmern der Revolution? Gab es nur Tränen und Verzweiflung oder Ansätze neuen politischen Aufbruchs?

Die Zeit der Abrechnung

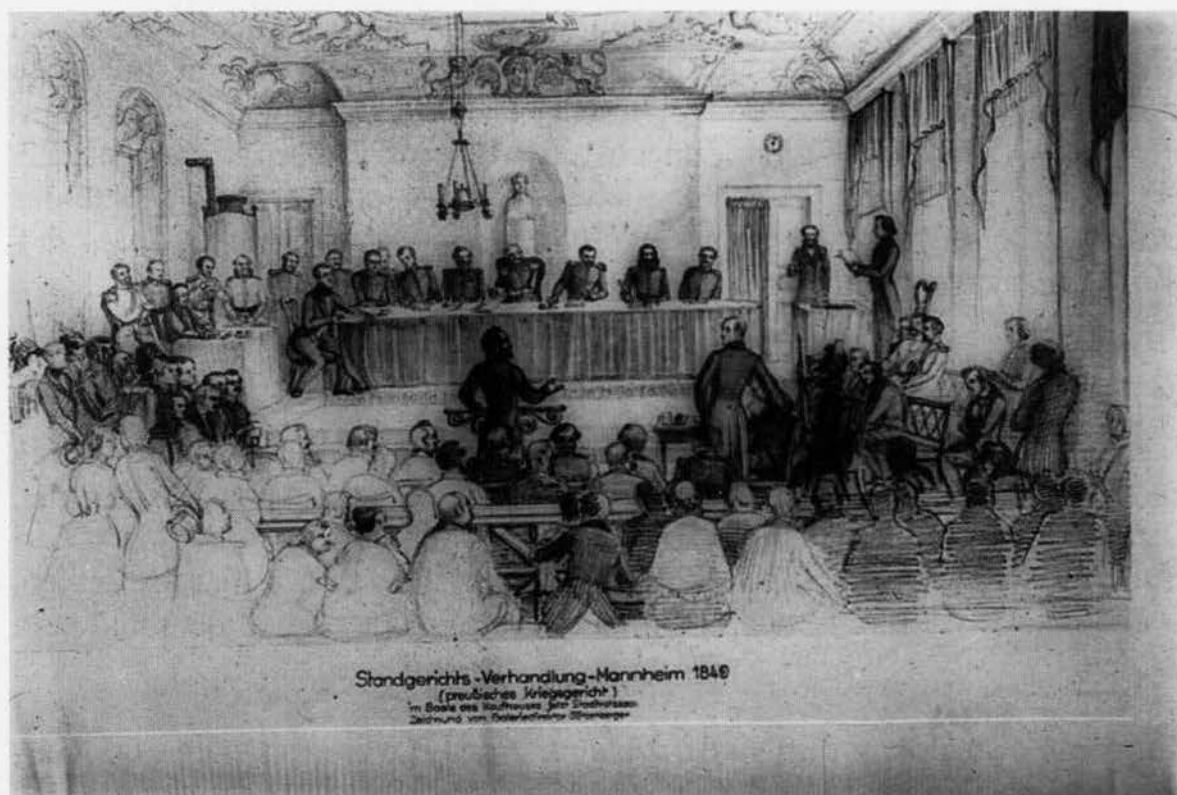
Nach dem Einmarsch der preußischen Truppen am 3. Juli 1849 vollzog sich ein radikaler Machtwechsel auf dem Offenburger Rathaus. Von dem demokratischen Gemeinderat fehlten bei der ersten postrevolutionären Sitzung der Apotheker Eduard Rehmann (flüchtig in der Schweiz) sowie der Zähringerhof-Wirt Johann Baptist Geck und Handelsmann Franz Stigler¹. Bürgermeister Gustav Réé erklärt seinen Rücktritt von allen kommunalen Ämtern. Der neue großherzogliche Zivilkommissär, Regierungsrat Kuntz, war ihm bereits zuvorgekommen und hatte das städtische Gremium samt Ratschreiber amtsenthoben. Réé blieb bis zum 12. Juli im Amt und setzte seine Unterschrift unter die Absetzung der Gemeinderäte und die provisorische Ernennung des neuen Rates, das nun aus *unbelasteten* Männern bestand. Ebenso abgesetzt wurde der kleine Ausschuß sowie die 32 Wahlmänner, die 1849 eindeutig für die Revolution Stellung bezogen hatten. Die neue kommunalpolitische Riege bestand aus Bürgern, die im Vaterländischen Verein gegen den Volksverein eingetreten waren. Darunter befanden sich insbesondere überdurchschnittlich begüterte Offenburger Bürger. Eine Wachablösung gab es auch bei den staatlichen Behörden, dem Amtsrevisorat, der Notarschaft, und auch der Oberamtmann selbst wurde ausgewechselt.

Die führenden politischen Köpfe der Offenburger Republik, wie beispielsweise Rehmann, Schaible und Volk flohen, andere blieben aus Sorge um ihre Familie in ihrer Stadt und waren schlimmsten Denunziationen ausge-

setzt. Ein Anonymus verfaßte die berüchtigte „Rebellen- und Gaunerliste“. 25 Offenburger politische Häftlinge kamen gar ins Gefängnis ihrer Heimatstadt. Einen Monat nach dem preußischen Einmarsch verfügte das Justizministerium die Beschlagnahme der Vermögen von über 15 Personen. Große und kleine Revolutionäre wurden an den Pranger gestellt. Rund um die Betroffenen spielten sich traurige und ergreifende Schicksale ab. Der Musiklehrer an der Klosterschule *Wilhelm Barth*², als *Erzschreier* bezeichnet, geriet in die Fänge der Strafjustiz. Sein Vermögen wurde beschlagnahmt. Der verarmte Pianist Barth mußte zusehen, wie die Behörden sein Piano versteigerten. Ganz unauffällig verlief das weitere Leben des katholischen Pfarrers *Johann Valois*³, der sich nach Oberhausen zurückgezogen hatte: mißtrauisch und resigniert, dem Alkohol verfallen. Belesen und ideenreich soll Valois früher gewesen sein. Sein Engagement während der badischen Revolution brach ihm das Genick: Versetzung, Beendigung seiner Laufbahn als Lehrer, Untersuchungsverfahren waren die Folge. Seine 48er Geschichte begann erst im Alter von vierzig Jahren, während seiner Zeit als Offenburger Prediger. Der König von Preußen sei ein „Schnappslump“ gewesen, habe er im Café Henninger vor Zeugen geäußert. Die preußischen Truppen nahmen dies dem Geistlichen *krumm*. Bereits einen Tag nach deren Einzug in die Mauern der Stadt entließ der neue großherzoglich badische Zivilkommissär Stadtprediger Valois aus seinem Amt. Hatte er wirklich am 22. April 1849 eine aufsehenerregende *Kommunismuspredigt* gehalten, wie seine politischen Gegner behaupteten? *Sie haben in ihrem Hause eine Guillotine aufbewahrt*, nannte ein preußischer Offizier den Verhaftungsgrund, als er in das Haus von *Johann Baptist Reindle*⁴ eindrang. Der bärtige Glasfabrikant Reindle galt als ein glühender Verehrer von Hecker und Struve, ein begeisterter Turner und zählte zum engen Führungskern der Offenburger Demokraten. Wenig später wurde er für 63 Tage inhaftiert. Der Geometer *Johann Adam Nußbaum*⁵, der das berühmte Offenburger Kartenwerk zeichnete, führte im Juni 1849 den sog. *Exekutionszug nach Lahr*, um im Bahnhof Dinglingen die Staatsgelder der sich zurückziehenden provisorischen Regierung militärisch abzusichern. Nußbaum quartierte sich bei dem Lahrer Fabrikanten Friedrich Völcker mit 40 Mann und 20 Pferden ein. Dafür klagte ihn die großherzogliche Regierung des Hochverrats und der Erpressung an. Seine geometrischen Instrumente wurden beschlagnahmt, er hatte praktisch Berufsverbot. Nußbaum überstand allerdings die düstere Zeit und wurde Inhaber der städtischen Gasfabrik.

Den beiden aktiven Revolutionärinnen *Amalie Hofer* und *Nanette Rehm*, deren Männer sich auf der Flucht befanden, erging es schrecklich. Sie waren dem Hohn und Spott ausgeliefert: ... *Ist es nicht vielfach beklagt worden, daß sogar Frauen und Jungfrauen gewählt haben, und, statt zu flechten und zu weben himmlische Anmuth in's irdische Leben, die Flamme*

der Zwietracht und Parthei-Wuth eifrig schürten; wir sprechen nicht von einer Madame Struve, Blenker oder Herwegh – wir sprechen von sonst einfachen Bürgerfrauen, die den Strickstrumpf mit dem Volksführer und sogar den Kochlöffel oder Besen mit der Flinte vertauschten ...⁶ Beide Demokratinnen stehen stellvertretend für das doppelte Leid von Frauen, die nach der Flucht ihrer Männer viel Hohn und Spott, aber auch schwere finanzielle Bürden zu tragen hatten. Neben den Strafen und Denunziationen sahen sich die Bewohner einem strengen Besatzungsregiment gegenüber. Die beiden Kommandeure von Batzko bzw. (nach dem 8. April 1850) Major von Gillern, vormals Vorsitzender des Freiburger Kriegsgerichtes, übten bis zum Abzug der Truppen am 23. November 1850 die Polizeigewalt aus. In Offenburg herrschte eine vergiftete Atmosphäre. So schreibt D'r Alt Offeburger, daß hier die siegreiche Reaktion ein strenges Gericht über alle diejenigen walten gelassen habe, welche unmittelbar oder mittelbar sich an der Revolution beteiligt hatten: *Wie ein bleischer Druck lag es auf den Gemütern in fast allen Familien dieser schönen Stadt, als ich daselbst einmarschierte.* Gemeint war der Kaiserliche Ökonomierat Fr. W. Toussaint vom 5. schlesischen Jäger-Bataillon. Er war bei den Nußbaums einquartiert: *Zunächst der Trubel der damaligen Zeit, dann für die im ersten Jahre ihrer Ehe lebende Familie, deren Haupt wie so mancher andere brave Mann von liberaler Gesinnung wegen angeblicher ‚revolutionärer Umtriebe‘ wochenlang im Gefängnis ‚verwahrt‘ wurde.* 36 Mann waren bei den Nußbaums einquartiert.⁷



Standgerichts-Verhandlung-Mannheim 1846
 (preussisches Kriegsgericht)
 im Saale des Hoftheaters (jetzt Schauspielhaus)
 Zeichnung von Peter Heinrich Schaeffer

Offenburg – das feindliche Besatzungsgebiet schlechthin: *Die Gefängnisse füllten sich mit den Opfern der preußischen ‚Justiz‘*, schreibt D'r Alt Offenburger. Monarchische Gegner seien mit *wahrer Henkerslust* bemüht gewesen, *durch offene und versteckte Angebereien recht viele Bürger als Demokraten zu kennzeichnen und dadurch verhaft zu machen*.⁸ Ein Kleinkrieg gegen die alltäglichen Widersetzlichkeiten begann. Im November 1849 wurde beispielsweise der Freiburger Bildhauer Emil Spiellauer wegen *Tragens einer der revolutionären Parthei als Abzeichen dienende Kopfbedeckung* zu einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe abgeurteilt.⁹ Das gewendete Offenburger Wochenblatt übte sich derweil in Lobhuldigungen an den zurückgekehrten Großherzog. Statt nach den Gründen von Fehlentscheidungen und Scheitern des Versuches, mehr Freiheit und Modernität in Baden zu verwirklichen, suchte das Blatt nach Sündenböcken. Die gescheiterte Revolution galt in dem Jahrzehnt nach 1849 als *Sündenfall*, als *beispiellose Treulosigkeit* gegen einen der *edelsten deutschen Fürsten*. Damit wurden nicht nur die radikalen, republikanischen Bestrebungen, sondern auch alle gemäßigt-liberalen Haltungen diskreditiert und die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des konservativ-ultramontanen Lagers aus den Jahren 1845/46 um Dekan Johann Nepomuk Müller übernommen.¹⁰ Gemeint war die entschiedene Front gegen aufklärerische und modernistische Strömungen, wie sie die Ultramontanen innerhalb der katholischen Kirche vertraten.¹¹

Das Jahr 1850 war das Jahr der Volksmissionen, die als Zeichen für den Sieg der Konservativen über die innerkirchlichen Reformbefürworter zu bewerten sind. Gleichzeitig versuchte die katholische Kirche mit modernen politisch-religiösen Mitteln das von der Volksbewegung von 1848/49 hinterlassene Vakuum zu füllen. Zunächst im März in Urloffen, danach am 22. September in Offenburg fanden solche Volksmissionen statt. So tönte das Offenburger Wochenblatt hämisch: *Aber! – eine Mission in Offenburg! – Wer hätte das voriges Jahr noch geglaubt?*¹²

Ein Übergangsjahrzehnt beginnt

Das Säkulum der Reaktion litt unter dem Joch der militärischen Besatzung und darüber hinaus des Regiments von Bürgermeister August Wiedemer. Offenburg lebte unter dem Stigma des *Demagogensitzes*¹³, wie dies Karl Huber ausdrückte. Triumph der Siegermacht, Depression der Besiegten. Und dennoch vernimmt man unterschiedliche Zeichen einer alten und neuen Zeit.

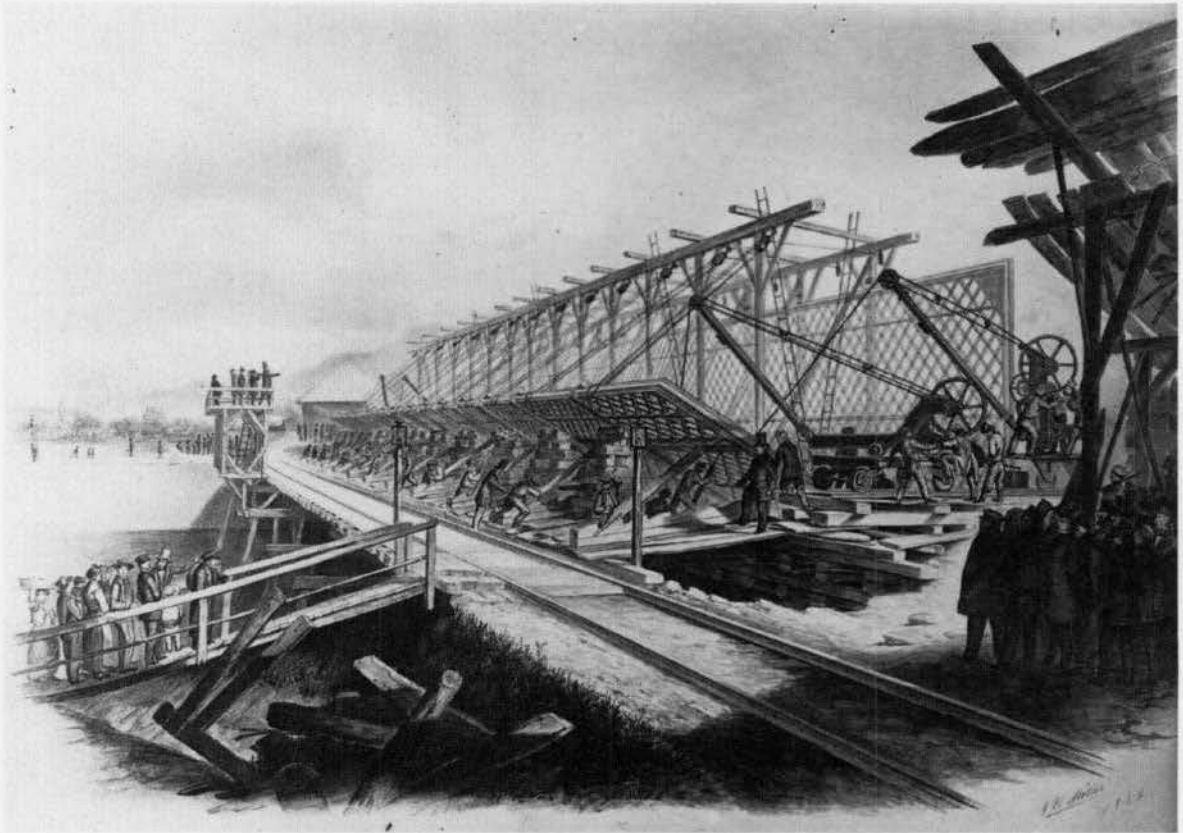
Zum ersten Jahrestag der Niederschlagung der Revolution waren die Garnisonen von Offenburg und Kehl zum 21. Juni 1850 festlich geschmückt.



*Bürgermeister August Wiedemer
(1849–1859 im Amt)*

Die Truppen hatten ein Jahr zuvor die Schlacht bei Waghäusel siegreich überstanden. Die Jäger feierten diesen Tag mit großer Heiterkeit. Am 29. August 1850 gedachte man des 60. Geburtstags Leopolds mit einem Dankgottesdienst. Schon am Vorabend fand ein Zapfenstreich statt. Beamten-schaft und Militärs nahmen mit den Gläubigen der Stadt am Hochamt teil und feierten in der Pfählerschen Gaststätte ein *prachtvolles Festmahl*.¹⁴

Ein Bericht über die politische Stimmung in der Ortenau zeigt, daß in den meisten Gemeinden die Sympathien der Ortenauer Bevölkerung nicht mehr den Revolutionären von einst galten. Allerdings wollte man in Offen-burg noch viele Anhänger der Umsturzpartei ausfindig gemacht haben. Am 13. September 1850 nahm Prinz Wilhelm von Preußen in Offenburg eine eindrucksvolle Truppenschau ab. Am 15. Februar besuchte der badische Prinz Friedrich I. an der Spitze zweier Schwadronen des wiederhergestellten Ersten badischen Reiterregiments die Stadt und tanzte mit den Bürgestöch-tern im Salmensaal auf.



Zweite Eisenbahnbrücke über die Kinzig. Bau 1852

(Stadtarchiv Offenburg)



*Andreas Friedrich, Denkmal Sir Francis Drakes, enthüllt 1853.
(Stadtarchiv Offenburg)*

Ein neuer Wind im Jahr 1853?

Der Tanz des Monarchen mit der weiblichen Bürgerschaft Offenburgs kann als Zeichen des Triumphes und als Versöhnungsangebot bewertet werden. Weit mehr Aussicht auf neue Zukunftshoffnungen für die gedemütigte Stadt versprachen zwei Ereignisse im Jahr 1853.

Zwei Jahre lang konnten die Offenburger das atemberaubende Schauspiel der Errichtung der Gitterbrücke über die Kinzig bestaunen. Sie war ein wahres Meisterwerk der modernen Technik. Am Geburtstag der Großherzogin Sophie weihten die Stadtoberen am 21. Mai 1853 die neue Gitterbrücke über die Kinzig ein. *Fahnen flatterten allenthalben in großer Zahl. Auf 9 1/2 Uhr waren die Kirchen-, Staats- und Gemeindebehörden in den Bahnhof zum Empfange der hohen Herrschaften eingeladen.* Um 10 Uhr fuhr der Sonderzug mit der Karlsruher Ehrendelation, u. a. dem Großherzogspaar mit der großherzoglichen Mutter ein.¹⁵ Nachdem der Zug die neue Brücke überquert hatte, begann man mit Hilfe von sechs Lokomotiven die Tauglichkeit der Brücke zu testen. Das Wunderwerk der Technik machte Offenburg über die Grenzen des Großherzogtums bekannt. Am 1. Juli 1853 inspizierte der König von Württemberg in Begleitung des Herzogs von Oldenburg die Offenburger Brücke.¹⁶

Kurz darauf feierte Offenburg am 18. Juli 1853, laut Ortenauer Boten, den *gemütlichsten Tag*, den die Bürgerschaft seit langen Jahren in ihren Mauern kannte: Es war der Tag der Aufstellung des Drake-Denkmals, das der Straßburger Bildhauer Andreas Friedrich der Stadt Offenburg schenkte. Das Denkmal Sir Francis Drakes, eines von der englischen Königin geadelten Bürgers, der gleichzeitig Abenteurer und sozialer Wohltäter war, entsprach genau den Leitbildern und Wunschvorstellungen der postrevolutionären Offenburger Kommunalpolitiker. Die Enthüllung entpuppte sich als ein gelungener *event*, der das neue Offenburg präsentieren sollte. Hunderte von Menschen zogen aus der Umgebung und aus der Ferne zu diesem Ereignis in die Stadt ein. Eine *wehmütige, freudige Stimmung* sei beim Anblicke der tausenden von Zuschauer auf dem Marktplatz aufgekommen. Zu stark waren die Erinnerungen an die *zahlreichen Versammlungen der letztvergangenen Schreckensjahre – damals ein Verlangen nach Vernichtung und Zerstörung, jetzt ein Verlangen nach Errichtung und Bildung; damals ein wildes Toben, jetzt ein ruhiges Verhalten; damals Entzweiung und Feindseligkeit, jetzt Eintracht, Liebe und Friede. Doch das trübe Bild von 1848 und 49 schwand, sobald der Blick auf das freundliche Bild Drakes gerichtet, und der Grund der Entstehung vom Künstler mit mächtiger Stimme verkündet war.*¹⁷ Ein Monat später überraschte die Großherzogin Sophie mit ihrem Bruder und einigen *Kammerherren und Damen von Baden*

die Stadt. Sie besichtigte abermals die *neuen Insignien der Stadt: das Drake-Denkmal und die neue Kinzigbrücke*.¹⁸

... doch die Opposition meldet sich zurück

Bereits 1856, also sieben Jahre nach dem Ende der Revolution, machte sich in der Offenburger Bevölkerung öffentlicher Unmut über die Vernachlässigung der Feuerwehrfrage breit. Nach einem großen Brand im Dezember 1855 in der Kinzigvorstadt, bei dem ein Mensch infolge fehlerhafter Löscharbeiten ums Leben kam, unterzeichneten 120 Bürger eine *ziemlich kathegorische Aufforderung* an den Gemeinderat, eine eigene ständige Feuerwehr zu gründen. Die Unterzeichner erklärten sich bereit, sofort einer solchen beizutreten. Bereits im Januar 1856 bildete sich aus dieser Gruppe ein Zwölferausschuß heraus, der das Projekt vorbereiten sollte.¹⁹ Von diesen zwölf Personen zählten neun zu den Teilnehmern der Revolution. Die Feuerwehrleute versuchten durch das Statut sich als unpolitische Bürger auszuweisen. Bürgermeister Wiedemer widersetzte sich diesen Aktivitäten und wollte durch Verzögerung Zeit gewinnen. Nachdem sich der Ausschuß jedoch mit einer Beschwerde an das Oberamt wandte, kam das Projekt *Freiwillige Feuerwehr* nur langsam zustande. Allerdings wurde im Mai 1857 das Feuerwehrstatut unter der Bedingung genehmigt, daß die Leitung der Feuerwehr durch den Amtsvorstand ausgeübt werde, ferner die Wahl des Kommandanten und dessen Stellvertreter vom Gemeinderat zu bestätigen sei. Außerdem beschränkte letzterer die Zahl der Mitglieder auf höchstens 100 Mann und bestand darauf, daß die Kopfbedeckung nicht aus *starkem Helm*, sondern aus *einer wichestuchenen Kappe* bestehe. Zu nahe lagen die Erfahrungen mit der Revolution zurück. Schließlich verzögerte sich die Gründung der Feuerwehr bis in den August 1859, als wieder ein Haus durch Feuer zerstört wurde. Am 1. September 1859 traf sich schließlich eine Gruppe von Offenburgern, um ein neues Komitee zu wählen.

Das Jahrzehnt der Reaktion geht zu Ende

Im Dezember 1859 starb der ungeliebte postrevolutionäre Offenburger Bürgermeister August Wiedemer. Ein Zeitalter ging zu Ende. Adolf Geck kommentiert: *Ihn setzte uns die siegreiche Reaktion des Jahres 1849, d. h. die preußische Militärdiktatur, zwangsweise auf den Bürgerthron, um zu zeigen, daß im Großen wie im Kleinen mit wenig Intelligenz regiert werden kann. Was dem Oberhaupt der Stadt Offenburg an Weisheit fehlte, ersetzte er an Brutalität, und wo der eigene Vorrath zur Neige ging ...*²⁰

Der Tod Wiedemers war für Geck ein großes Ereignis, denn er bedeutete *das Ende einer Dynastie, eines Potentaten*. Zehn Jahre hindurch habe Offenburg unter der *gerbenden Amtsgewalt* des Bürgermeisters Wiedemer gelitten, *der im Geiste seines Protektors von Batzko der eigenen Vaterstadt die Buße für die freischärlerischen Sünden abzunehmen hatte ... Sein Leiden verglich man mit jenem des Königs Herodes. Alle wünschten ihm Erlösung durch den Tod.*²¹

Wiedemers Ableben fiel mit dem Beginn der *Neuen Ära* in Baden, der Schleswig-Holsteinkrise und dem Wiedererstarken der Liberalen zusammen. Alle vier Ereignisse gaben der ehemaligen Offenburger Opposition neue Impulse.

Postrevolutionäre Offenburger Versammlungen

Die Bedeutung Offenburgs als politisches Oppositionszentrum Badens war nur für die Dauer der Reaktionsphase unterbrochen.

Zwischen 1859 und 1870 galt Offenburg neben Mannheim als wichtiges liberales Zentrum. Dies lag in der Tatsache begründet, daß sich drei bedeutende liberale badische Politiker seit Mitte der 1850er Jahre in Offenburg – als Anwälte – niedergelassen hatten. Der entscheidende Politiker war der seit 1856 in Offenburg lebende Anwalt Carl Eckhard, ein typischer 1848er und Angehöriger der besonders engagierten 1820er Generation: katholische Erziehung in Konstanz, Jurastudium bei Rotteck und Welcker, Sympathien für die Göttinger Sieben, Anstellung in Hüfingen. Im Mai 1849 Mitglied der Seekreisregierung, danach Flucht in die Schweiz, Rückkehr, Haft und Berufsverbot.²² Nach sieben Jahren Berufsverbot wurde er, der beste Beziehungen zu später führenden Wirtschaftsleuten pflegte, rehabilitiert. In diesen drei Jahren muß er sich wohl die Anhängerschaft der Offenburger Bürgerschaft erworben haben: Nach dem Tod des reaktionären Bürgermeisters Wiedemer wählten sie ihn nahezu einstimmig zu dessen Nachfolger. Er lehnte dennoch ab. Nach dem Tod des Gemeinderats Josef Bühler wählte man ihn am 27. Februar 1860 zu dessen Nachfolger. 1861 war er Kammerabgeordneter. Eckhard verband, wie viele andere Offenburger Achtundvierziger, politische mit wirtschaftlicher Aktivität. 1857 gründete er mit elsässischen Industriellen die Spinn- und Weberei. Er war außerdem einer der Gründer und Organisatoren der national-liberalen Partei Badens.

Der demokratisch gesonnene Heinrich von Feder, geb. am 20. 1. 1822, Jurist, war geschäftlich eng mit Lorenz Brentano verbunden und erhielt eben-

so wie Eckhard Berufsverbot. Nach 1849 distanzierte er sich von der radikalen Partei. Er gehörte zu den Begründern der Fortschrittspartei, aus der er – als großdeutsch Gesinnter – 1866 wieder austrat. Nach der Reichsgründung befürchtete er *eine Zertretung der Freiheitsrechte durch Preußen* und gründete die Demokratische Partei mit.²³

Am 26. Juli 1863 kam in Offenburg auf Initiative einiger Abgeordneter um Carl Eckhard eine *liberale Landesversammlung* zustande. Rund 700 Personen nahmen daran teil. Die Veranstaltung fand im übrigen im Gasthaus „Salmen“ statt, in dem sich auch die *entschiedenen Freunde der Verfassung* am 12. September 1847 getroffen hatten. Die Tagesordnung umfaßte einen Bericht zur politischen Situation des Landes, eine Diskussion zur Vorbereitung von Landtagswahlen und eine Beratung über die Organisation der liberalen Partei. U. a. wurde in einem Aufgabenkatalog die Ministerverantwortlichkeit, die Erweiterung des Wahlrechtes durch eine Zensusermäßigung, die allgemeine Wehrpflicht und ein Gesetz über die obligatorische Zivilehe vorgestellt.²⁴ Zuletzt stellten die Delegierten ein Führungsgremium aus zehn Abgeordneten und je fünf gewählten Vertretern der vier Verwaltungskreise des Großherzogtums zusammen. Im Dezember 1865 konstituierte sich eine Gruppe von 20 Abgeordneten zur Fraktion der *Fortschrittspartei*.²⁵ Sie standen für die entschiedene Durchführung der kulturpolitischen Forderungen des Liberalismus und des parlamentarischen Rechtsstaats.

Am 8. November 1867 unterzeichneten mehrere führende Männer der Liberalen ein Schriftstück, das einen offenen Konflikt mit der liberalen Regierung hervorrief. Hauptinitiatoren der *Fronde* gegen die Regierung waren vier Politiker: der Heidelberger Staatsrechtslehrer J. C. Bluntschli, der ehemalige Innenminister und eigentliche Parteiführer August Lamey sowie Friedrich Kiefer und Carl Eckhard, die Führer der wieder aufgelösten Fortschrittspartei: *Wir wollen den deutschen Staat, voll und ganz, aber wir wollen auf dem Wege dazu nicht unsere alten liberalen Grundsätze verleugnen, um uns – wie man von gewisser Seite sagt – geschickter für den deutschen Nationalstaat zu machen.*²⁶ Der Programmentwurf bekannte sich zu einem Anschluß des Südens an den Norden oder Badens an den Norddeutschen Bund, ohne jedoch Reformen aufzuschieben, eine Verschärfung des Kulturkampfes, eine Reform des Wahlrechtes, sowie eine Reform der Wahlkreisaufteilung. Die Offenburger Thesen wurden in vielen deutschen Blättern leidenschaftlich diskutiert.

Bei der *zweiten Offenburger Versammlung vom 27. Dezember 1868* gelang es den Führern der Opposition sich durchzusetzen, aber die Formulierungen orientierten sich eher an einer Versöhnung mit der Regierung.²⁷ Die

Angelegenheit war inzwischen zuungunsten der Offenburger ausgegangen. Die Forderungen der Offenburger nach allgemeiner und direkter Wahl beantwortet Staatsminister *Julius Jolly* mit der Warnung: Es sei ein *höchst verderblicher Wahn zu glauben, die Ueberzeugung des Volkes sei zuverlässiger als aus den legalen Ansprüchen der Kammern aus den Resolutionen erregter Volksversammlungen oder durch Unterschriften unter Adressen zu erkennen*. Die Regierung warnte davor, den unseligen Weg der *Straßenparlamente* von 1848/49 abermals zu betreten. Wenn man versuchen wolle, auf diesem Weg die Tatsachen des Jahres 1866 rückgängig zu machen und Baden von seiner nationalen Politik abzudrängen ...²⁸

Der geschäftsführende Ausschuß der liberalen und nationalen Partei Badens, Kiefer, Eckhard, Gerbel und Nußbaum, schrieben für 23. Mai 1869 eine *allgemeine Landesversammlung einflußreicher oder von den Parteigenossen gewählter Männer* aus, die in Offenburg zusammentreten sollte. Mehr als 2000 Menschen kamen in die Stadt. Die Offenburger behielten zwar ihre Parteiposten, mußten aber auf ganzer Linie von ihrem Konfrontationskurs Abstand nehmen. Heinrich von Treitschke sprach den Dank der nationalen und liberalen Bewegung in Deutschland aus²⁹. Die Liberalen beschlossen die Gründung einer national-liberalen Partei Badens mit einem Landesausschuß als oberstes Organ, mit Sitz in Offenburg³⁰.

Offenburg und die Schleswig-Holstein-Krise

Im Jahr 1859 entbrannte ein leidenschaftlicher Flugschriften-, Anzeige- und Broschürenkampf, in dem sich Anhänger einer konsequent anti-österreichischen, einer streng proösterreichischen und einer realpolitischen Haltung gegenüberstanden.³¹ Die Meinungen zogen sich quer durch alle politische Lager. Dabei wurden alte Forderungen von 1848, wie z. B. Volksvertretung beim Deutschen Bund wieder auf die politische Tagesordnung gebracht. Insbesondere der badische Großherzog Friedrich I. warb um eine Mobilisierung des Bundes an der französischen Grenze zur Entlastung Österreichs. Mit der nationalen Erregung infolge des italienischen Einigungskrieges und dem anschließenden Anbruch der Neuen Ära in Preußen verband sich immer stärker die Hoffnung auf eine Rolle Preußens als Vorkämpfer nationaler deutscher Interessen. Analog zu Italien bildete sich der kleindeutsch orientierte Deutsche Nationalverein. Der Aufruf des Vereins mündete in der Forderung nach der Einberufung eines deutschen Parlamentes und einer starken Zentralgewalt. Zu diesem Zeitpunkt mag es wohl keinem der Zeitgenossen an Erinnerungen an 1848/49 gefehlt haben. War es nicht so, wie Siemann formuliert? *Ein großer Teil des politisch denkenden Bürgertums hatte nicht resigniert, seine Energie nicht in der Wirtschaft*

und in der vielberufenen „Realpolitik“ sublimiert, wie die gängige Ansicht lautet: Es hatte lediglich geschwiegen. Das Erstaunliche war, daß nur ein Jahrzehnt nach der Revolution die Bewegung wieder zu den gleichen Formen drängte: zur Organisierung in einem politischen Verein, und im Inhalt berief man sich ungeschminkt und offen auf die Errungenschaft der Revolution: auf die Reichsverfassung vom 28. März 1849 und ihre Institutionen.³² Die Mobilisierung im Innern setzte sich mit den Schillerfeiern vom 9. bis 11. November 1859 fort, die in 440 deutschen Städten, auch in Offenburg gefeiert wurden.

Die seit 1859 erwachte deutsche Nationalbewegung griff 1863/64 mit leidenschaftlicher Erregung in die Schleswig-Holstein-Frage ein und *sah die Stunde gekommen, sie im rein nationaldeutschen Sinne, d. h. durch völlige Trennung der Herzogtümer von Dänemark, lösen zu können*³³. Zum ersten Mal seit 1848/49 entwickelte sich die deutsche Nationalpartei zu einer gesamtdeutschen Bewegung. Die Schleswig-Holstein-Bewegung von 1863/64 war ein spontaner Aufbruch von Vereinen, Versammlungen, Kundgebungen.

Am 11. Oktober 1863 gedachte Offenburg der Völkerschlacht zu Leipzig: Zur Erinnerung an den 18. Oktober 1813 fand ein Gottesdienst statt, vorher ein Festzug vom Rathaus in die Kirche. Dem folgte ein Essen im *Salmen*.³⁴ Im Ortenauer Bote³⁵ ruft Carl Eckhard auf:

Aufruf. In ganz Deutschland ertönt im Augenblick nur ein Loosungswort: Schleswig-Holstein! Jeder brave Deutsche, denke er sonst wie er wolle, weiß, daß es hier um deutsche Ehre sich handelt.

Je mehr dieses Kleinod von denjenigen, die zu dessen Schutz zunächst und vor Allem berufen wären, mißachtet wird, destomehr wird es ernste und heilige Pflicht des Volkes, für dasselbe mit allen seinen Kräften einzutreten. Das badische Volk ist dieser Pflicht eingedenk und hat bereits in zahlreichen Volksversammlungen seiner patriotischen Stimmung Ausdruck verliehen. Wenn die Stadt Offenburg bis jetzt nicht ein Gleiches that, so geschah dies nur deshalb, weil sie eine Landesversammlung in ihren Mauern tagen zu sehen hoffte. Kaum kam die Kunde, daß dies nicht geschehen werde, so traten auch alsbald Männer und Parteien zusammen, um sofort eine Bezirksversammlung vorzubereiten ...

Am 13. Dezember 1863³⁶ fand in Offenburg dann tatsächlich eine *allgemeine Versammlung* mit über 1200 Bürgern aus allen badischen Landesteilen statt. Dabei wurde ein Landesausschuß (Sitz in Karlsruhe) mit 20 Mitgliedern beschlossen, der mit dem durch die deutschen Abgeordneten ins

Leben gerufenen *Centralausschuß für ganz Deutschland* Kontakt aufnehmen sollte.³⁷ Bürgermeister Bernhard Schaible hieß sie *Willkommen mit dem deutschen Gruß: Hoch Schleswig-Holstein ...*³⁸ Carl Eckhard übernahm die Leitung der Versammlung. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich in jeder Gemeinde Ausschüsse bilden würden. Das Volk müsse sich der Sache annehmen.³⁹ Das Offenburger Versammlungsmarathon war noch nicht zu Ende. Am 19. Januar 1864 fand ein *außerordentlicher badischer Schützentag* in Offenburg mit 21 Schützengesellschaften statt. Der Schützentag erklärte, daß *er, mit der volksthümlichen Regierung in jeder Richtung einverstanden, sich Behufs der Vertheidigung des Vaterlandes derselben zur Verfügung stellt.*⁴⁰ Bei der Versammlung ging es um die Frage, in welcher Weise die badischen Schützen sich am geeignetsten zur Landesverteidigung organisieren sollten. Der ehemalige Achtundvierziger und Glasfabrikant Amand Goegg, selbst Schütze, druckte ein Schreiben an die Mitglieder des badischen Schützentages:⁴¹

Nach meiner Ueberzeugung gibt es nur einen einzigen Weg, auf welchem die Schützen erfolgreich zum Schutze des Landes beitragen können, und der ist, wenn sie den werthvollsten Theil, die Elite eines Volksheeres bilden. Goegg verurteilt die beiden Großmächte, die nur ihre verblendete Hausmachtspolitik betreiben würden. Er plädiert für die Aufstellung eines Volksheeres der Klein- und Mittelstaaten mit Schützen und Turnern. Wir müssen uns erheben, wie unsere Väter im Jahre 1813 sich erhoben haben, und wir würden dann Gott danken, schon in einer Volkswehr organisirt darzustehen ... Nach dieser Auseinandersetzung vom 6. Dezember v. J. von mir begründeten und einstimmig angenommenen Antrag beizutreten und zu beschließen: Der badische Schützentag erwartet von der erleuchteten großh. Regierung eine alsbaldige Vorlage an die Stände zur Einführung einer allgemeinen Wehrverfassung.

Kommunale Ämter werden mit ehemaligen Achtundvierzigern besetzt

Der Hintergrund für die neuerliche Bedeutung Offenburgs für badische Versammlungen lag vermutlich, ähnlich wie 1847-48-49, in der kommunalpolitischen Ausrichtung der politischen Gremien begründet. Das Wiederaufblühen der Versammlungskultur ging einher mit einer politischen Wiederauferstehung der ehemaligen 1848er Offenburgs in der Kommune Offenburg. War der Geist von 1848/49 in dieser Stadt trotz preußischer Besatzung im Untergrund lebendig geblieben? Hierzu wären umfangreiche Untersuchungen erforderlich. Die wichtigen öffentlichen kommunalen Ämter wurden 1860/61 schrittweise von ehemaligen 1848ern besetzt. Darunter befanden sich auffällig viele Angehörige der männlichen 1820er-Ge-

neration, die stark mit Friedrich Hecker sympathisiert hatte. Vermutlich blieben die personellen Verbindungen aus der 1848/49er Zeit durch die 1850er Jahre hinweg intakt. Da die Offenburger 1848er keine gesellschaftlichen Außenseiter waren, sondern sich aus der Mitte der Stadt rekrutierten, konnten diese sich nach 1860 mühelos politisch reinstallieren. Der erste Schlag gelang ihnen bei der Bürgermeisterwahl im Jahr 1860. Obwohl zwei 48er Kandidaten, Johann Baptist Geck und Carl Eckhard aus wahlrechtlichen Gründen ihren Posten nicht antreten konnten, verhalfen die (überwiegend mit der Revolution sympathisierenden) Wahlmänner auch beim dritten Anlauf mit dem Cousin von Karl-Heinrich Schaible, Bernhard Schaible, einem Liberalen zum Sieg. Diesem folgten 1875 die ehemaligen Hecker-Sympathisanten Franz Volk und 1890 Gustav Schweiß.

Aus dem Offenburger Adressbuch von 1863⁴² erfahren wir mehr über die Aufteilung der kommunalen Ämter. So hatten die 1848er im Gemeinderat eine absolute Mehrheit und waren im großen und kleinen Ausschuß gut vertreten:

Der Gemeinderat:

Franz Behrle	(Wirt zum Badischen Hof), Anhänger der Fortschrittspartei, Wahlmann zur Frankfurter Nationalversammlung, Abonnent des „Volksführers“
Carl Eckhard	Mitglied der Seekreisregierung, Anhänger der Fortschrittspartei
Karl Hessel	(Wirt zur alten Pfalz), Mitglied der Wahlkommission zur konstituierenden Landesversammlung 1849, Anhänger der „Fortschrittspartei“
Josef Pfitzmaier	Als Gemeinderat 1849 abgesetzt, zählte zum Führungskern der Offenburger Revolutionäre
Gustav Schweiß	1847 Unterzeichner der Sympathieadresse an die Tagsatzung der Eidgenossen, 1848 Teilnehmer am Aprilaufstand Friedrich Heckers, Mitwirkender am „Ausschuß für die Volksbewaffnung“.
Johann Kiefer	(Maler u. Waisenrichter)
Eduard Stöckle	(Fabrikant), Mitglied des „Vaterländischen Vereins“
Georg Trautvetter	(Salmen-Wirt), ließ zumindest in seinem Wirtshaus oppositionelle Veranstaltungen zu

Diese Beobachtung setzt sich bei den Offenburger Vereinen weiter fort.

Die Freiwillige Feuerwehr

Georg Schmidt	(Pfalzwirt), Anhänger der „Fortschrittspartei“, Sicherheitsausschuß von 1849, Abonnent des „Volksführers“
Friedrich Burg	Wahlmann, Kommission f. d. Landesversammlung
Josef Brehm	1849 fortschrittlicher Wahlmann, Wahlkommission zur verfassunggebenden badischen Versammlung

Der Gewerbeverein

Am 3. Februar 1863 versammelte sich eine Anzahl Offenburger Gewerbetreibender und „Freunde des Gewerbewesens“ im Gasthaus „Salmen“, um einen Gewerbeverein zu gründen. Von 12 Vorstandsmitgliedern waren nur drei 1848/49 nicht „auffällig“ gewesen:

Gustav Schweiß	s. o.
Joseph Nonn	(Kaufmann), Teilnehmer am Aprilaufstand
Carl Eckhard	s. o.
Rudolf Nerlinger	(Messerschmied), Obmann der Bürgerwehr, wegen Landesverrat angeklagt
Josef Brehm	s. o.
Intlekofer	(Gymnasiumsleiter), geb. 17. 12. 1811, Studium in Freiburg, seit 1856 Gymnasiallehrer in Offenburg, 1868 Direktor am Progymnasium, 1871–74 Landtagsabgeordneter, schloß sich den National-Liberalen Badens an ⁴³
J. A. Nußbaum	(Gasdirektor), Anhänger der „Fortschrittspartei“, Mitglied des Volksvereins
Josef Hacker	(Schmied), stand auf der „Rebellen- und Gaunerliste“
Georg Schmidt	s. o.

Der Offenburger Schützenverein:

Hier waren fünf von neun Vorstandsmitgliedern ehemalige 1848er.

Ferdinand Hölzlin	1849 Wahlmann zur Frankfurter Nationalversammlung, organisierte Schießübungen der Bürgerwehr, verkaufte Friedrich Hecker „in Gips“
Josef Brehm	s. o.
Carl Hessel	s. o.
Franz Behrle	s. o.
Peter Dewerth	?

Der Offenburger Turnverein

Am 3. August 1860 gründete sich in der „Neuen Pfalz“ des liberalen Bürgers Georg Schmidt der Turnverein Offenburg wieder. Ihm standen ebenfalls zwei ehemalige Achtundvierziger vor: der Arzt Dr. Franz Habich, Notar Karl Bucherer und Wilhelm Schaible.

Der Männergesangverein

Der erste und zweite Präsident des Gesangvereins Concordia waren 1863 Unterstützer des Hecker-Aufstandes:

Emmerich Barth	(Arzt), 1848 Teilnehmer am Aprilaufstand und 1849 am „Exekutionszug“ nach Lahr
Franz Volk	(Arzt), 1848 Teilnehmer am Aprilaufstand, 1849 Zivilkommissär

Am Sonntag, den 6. September 1863 war es wieder soweit: Über 700 Sänger strömten nach Offenburg zum Ortenauer Sängerfest. Die Veranstalter knüpften bewußt an diese vormärzliche Tradition an, die zwischen 1838 und 1843 ihren Höhepunkt hatte. Auch der Ablauf der Festzeremonie erinnerte an die Zeit vor 1847: (Geschützsalven, Sammlung vor dem Rathaus, Zug zum Bahnhof, Empfang der Gäste, Einzug der Sänger in die Stadt, Bankett). Das postrevolutionäre Netzwerk funktionierte: Die Offenburger Schützen und die Feuerwehr unterstützten den Gesangverein Concordia. Der ehemalige Hecker-Sympathisant Dr. Emmerich Barth hielt dazu folgende Rede:

Heute grüßt das geheiligte Symbol der deutschen Einheitsbestrebungen, die damals so verpönte schwarz-roth-goldene Fahne, die einziehenden Schaaren und ein fürstlicher Sänger habe ihnen den gewaltigen Mahnruf an die deutsche Trikolore gewidmet. Heute sei dem freien Worte, das man damals ängstlich mied, oder nur zaghaft auszusprechen wagte, eine Tribüne errichtet; aber Niemand vermöge das Wort der Freiheit, jener wahren Freiheit, die sich selbst beherrscht auszusprechen, ohne sich dankbar unse- res ächt freisinnigen, hochherzigen Landesfürsten, der vor wenigen Tagen erst im fürstlichen Areopage der alten Kaiserstadt bewiesen, warum sein Volk mit so unendlicher Liebe und Begeisterung anhängt. Als unbehagliches Gefühl bezeichnete es der Ortenauer Bote, daß das Fest von den höheren Klassen, der wohlhabenden und Mittelbürger nur spärlich besucht wurde.⁴⁴

Resümee:

Die ersten zwanzig Jahre nach den Revolutionsereignissen geben in Offenburg ein janusköpfiges Bild ab. Während die Erinnerung an die Jahre 1849 bis 1859 hauptsächlich durch die Härte der Reaktionspolitik und dem *Horrorgemälde der preußischen Besatzer* geprägt war, zeigen sich auch ganz andere Nuancen, die allerdings einer tiefergehenden Untersuchung bedürfen. Viele offene Fragen bleiben: Können wir von einem Oppositionsnetzwerk im Untergrund sprechen? Welche Konsequenzen haben die ehemaligen 1848er aus dem Scheitern gezogen? Welche Kompromisse gingen sie ein? Gab es neue Koalitionen aus gemäßigten Revolutionären und liberalen Revolutionsgegnern?

Anmerkungen

- 1 Folgende Passagen beruhen auf Franz X. Vollmers Publikation „Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution“, Offenburg 1997, S. 230–262.
- 2 Ebenda, S. 421.
- 3 Ebenda, S. 438 ff.
- 4 Ebenda, S. 307 ff.
- 5 Ebenda, S. 471 ff.
- 6 Ebenda, S. 415 ff.; insbesondere S. 243.
- 7 DAO, 548, 14. 11. 1909.
- 8 DAO, 1025, 5. 1. 1919.
- 9 Offenburger Wochenblatt, 91, 27. 11. 1849.
- 10 Vgl. Wolfgang M. Gall, „Ein Signal zur Schilderhebung in Deutschland“. Zu den Hintergründen religiös-politischer Unruhen in der Stadt Offenburg 1845/46, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrhein 145, 1997, S. 269 ff.
- 11 Vgl. hierzu F. X. Vollmer, S. 255.
- 12 Ebenda, S. 257.
- 13 Offenburger Wochenblatt, 1850, S. 223.
- 14 Franz X. Vollmer, S. 259.
- 15 Der Ortenauer Bote, 39, 20. 5. 1853.
- 16 Der Ortenauer Bote, 51, 1. 7. 1853.
- 17 Der Ortenauer Bote, 56, 19. 7. 1853.
- 18 Der Ortenauer Bote, 67, 26. 8. 1853.
- 19 Alle Informationen aus: StaO 13/525 (Feier des 25jährigen Stiftungsfestes der freiwilligen Feuerwehr Offenburg am 6., 7. und 8. September 1884).
- 20 DAO 18. 2. 1900.
- 21 Ebenda.
- 22 Gustav A. Ungerer, Carl Eckhard (1822–1910). Zwischen Revolution und Konstitution, in: Badische Heimat, 61, 1981, S. 11 ff.
- 23 Von Weech, Badische Biographien, S. 115.
- 24 Hans Fenske, Der liberale Südwesten, Stuttgart 1981, S. 118 f.
- 25 Die Offenburger Eckhard und Kiefer gehörten dazu.
- 26 Lothar Gall, Der Liberalismus als Regierende Partei, Wiesbaden 1968, S. 436.
- 27 Ebenda, S. 445.
- 28 Ebenda, S. 454.
- 29 Ebenda, S. 457.
- 30 Wie Anm. 24.
- 31 Wolfram Sieman, Gesellschaft im Aufbruch, Deutschland 1849–1871, Frankfurt 1990, S. 184.
- 32 Ebenda, S. 196.
- 33 Theodor Schieder: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, S. 152.
- 34 Der Ortenauer Bote, 82, 13. Oktober 1863.
- 35 Der Ortenauer Bote, 96, 1. 12. 1863.
- 36 Der Ortenauer Bote, 98, 7. 12. 1863.
- 37 Der Ortenauer Bote, 101, 18. 12. 1863. Dem Ausschuß gehörten u. a. an: Metz (Freiburg), Thoma (Todtnau), Vanotti (Konstanz), Tritschler (Lenzkirch), Rohreck (Pforzheim), Eckhard (Offenburg), Ladenburg (Mannheim) und Blum (Heidelberg). Ferner sechs Personen aus beiden Kammern und sechs vom Bezirksausschuß. Letzterer sollte

- für die Organisation von Sammlungen und Spenden, ferner der technischen Übung von Freiwilligen übernehmen.
- 38 Der Ortenauer Bote, 102, 21. 12. 1863. *Die Kraft der deutschen Männer, welche alle ihre Vertheidigung deutscher Ehre und deutschen Wohles einverstanden seien, gäbe Bürgerschaft, daß kein deutscher Volksstamm Opfer der Vergewaltigung werden soll.*
 - 39 Die schleswig-holsteinische Frage habe einen gesunden Kern: die deutsche Frage. Mehrere Grußadressen aus anderen Städten werden verlesen. Am Schluß stand die Herausgabe eines Aufrufs.
 - 40 Ortenauer Bote, 22. 1. 1864.
 - 41 StaO (unverz.) Schreiben Amand Goeggs an die Mitglieder des in Offenburg stattgefundenen badischen Schützentages, Offenburg, 19. Januar 1864.
 - 42 StaO 10/10/101.
 - 43 nach Friedrich von Weech, *Badische Biographien*, Heidelberg 1875, S. 189 f.
 - 44 Der Ortenauer Bote, 73, 11. 9. 1863.

Die 48er Revolution in Baden im Spiegel der Medien – Geschichtliche Wahrheiten und ihre Darbietung in der Gegenwart. Eine erste Bestandsaufnahme anlässlich der Berichterstattung zum Offenburger Freiheitsfest vom 12. bis 14. September 1997

Wolfgang Reinbold

Die Reihe der Veranstaltungen, die seit dem letzten Jahr in Baden-Württemberg anlässlich des 150. Geburtstages der Revolution 1848/49 stattfindet, wird erst im Herbst 1999 beendet sein. Im Grunde wird es erst danach möglich sein, ein Fazit über die Berichterstattung der Medien zu ziehen. Dieser Überblick müßte dann sowohl die Rezeption der überwiegend dezentralen Aktivitäten baden-württembergischer Kommunen als auch die Darstellung und Bewertung der Revolution selbst berücksichtigen.¹ Wird im folgenden dennoch bereits jetzt eine erste Analyse der Medienberichterstattung versucht, dann liegt dies zum einen daran, daß schon genügend Material zur Verfügung steht, das vorsichtige Rückschlüsse auf Tendenzen der Rezeption zuläßt. Und dies hat zum anderen damit zu tun, daß mit dem Offenburger Freiheitsfest vom 12. bis 14. September 1997 gewissermaßen die Auftaktveranstaltung aller folgenden Feierlichkeiten bereits stattfand. Dieses Ereignis setzte sicherlich nicht nur einen entscheidenden Akzent für die Art und Weise des Umgangs mit einem herausragenden historischen Datum der deutschen Geschichte, sondern führte auch in den Medien zu einer ersten bundesweiten Beschäftigung mit dem Thema. Deshalb sollen Hintergrund, Konzeption und Durchführung des Offenburger Freiheitsfestes erläutert werden, um diese „Innenperspektive“ mit dem Urteil von außen vergleichen zu können.

Bereits im September 1996 begann das dritte Fernsehprogramm des Südwestfunks mit der Ausstrahlung von drei Folgen, die sich mit dem Vormärz beschäftigen. Innerhalb der längerfristig angelegten Reihe „Landesgeschichte(n)“, die sich zum Ziel setzt, Landesgeschichte lebendig und allgemeinverständlich und doch unter Einbeziehung neuester wissenschaftlicher Forschung szenisch darzustellen, bildeten Jacob Siebenpfeiffer und das Hambacher Fest, der Mord an Kotzebue und die Auswanderung im Vormärz die je dreißig Minuten dauernden Auftaktsendungen.² „Ein Volk verlangt nach Freiheit“ – so lautet der Titel, mit dem dann am 10. September 1997 die Offenburger Verfassungsfreunde und ihr Treffen im Gasthaus

„Salmen“ vom 12. September 1847 zum Thema gemacht wurden. Die „entschiedenen Verfassungsfreunde“, wie sie sich selbst nannten, versammelten sich, nachdem Friedrich Hecker und Gustav Struve, die beiden Exponenten des radikalliberalen Flügels der Opposition, die Versammlung einberufen hatten. 900 Menschen, bei einer Gesamteinwohnerzahl Offenburgs von etwa 4000, strömten zusammen und hörten begeistert den Hauptrednern Struve und Hecker zu. Am Ende wird mit den 13 „Forderungen des Volkes“ zum ersten Mal ein in knapper Form scharf umrissenes, oppositionelles Parteiprogramm formuliert und, was vielleicht noch entscheidender ist, bundesweit verbreitet. Es geht darin um persönliche Freiheit, nationale Einheit und soziale Gerechtigkeit.

Im März 1847 standen Ergänzungs- und Ersatzwahlen für den nächsten badischen Landtag an. Ein Drittel aller Mandate der Zweiten Kammer war neu zu besetzen. Nach wie vor war in Baden die von Großherzog Karl im Jahr 1818 unterzeichnete Verfassung in Kraft, die im Vergleich zu den politischen Verhältnissen der Nachbarstaaten des Deutschen Bundes als relativ liberal galt, garantierte sie doch im Prinzip Pressefreiheit und ein für die Zeit modernes Wahlrecht. Im Dezember 1846 hatte mit Johann Baptist Bekk ein Mitglied der gemäßigten Liberalen das badische Innenministerium übernommen. Ziel der Regierung: Einbindung der gemäßigten Opposition. Dabei hofften die Machthaber gleichzeitig auf eine Spaltung der Gesamtopposition, deren deutlich kleinerer „radikaler“ Flügel bereits seit geraumer Zeit die „Halben“ attackierte. Das Treffen in Offenburg war also zunächst eine Wahlveranstaltung der Radikalen um Struve, Hecker und den seit 1845 in der Ortenaustadt als Bürgermeister amtierenden Gustav Rée. Offenburg lag geographisch günstig, nämlich genau in der Mitte des Großherzogtums. Die Kinzigstadt hatte aber vor allem seit 1830 politisch relativ freie Wahlen erlebt. Zudem gab es enge Querverbindungen zu den liberalen Wortführern wie dem Freiburger Karl von Rotteck.

Im Prinzip stand die Versammlung also ganz auf dem Boden der badischen Verfassung, was alleine schon die Ausgestaltung des „Salmen“-Saales demonstrierte: Hinter der Rednerbühne hing immer noch das Bild des regierenden Großherzogs Leopold. Die Tatsache jedoch, daß nach dem Mittagessen Hunderte von Bürgerinnen und Bürgern in den Saal und auf die Galerien strömten, daß Hecker und Struve mit radikalen Anspielungen gespickte Reden hielten, daß die verabschiedeten dreizehn Forderungen in fast allen deutschen Zeitungen abgedruckt und überall in Deutschland als Flugblätter verteilt wurden, zeigt die Neuartigkeit dieser Art von Wahlveranstaltung. Innenminister Bekk hielt das Treffen denn auch für ein „wählerisches“, auf „das gemeine Volk gefährlich einwirkendes Treiben“.³

Die Folge der „Landesgeschichte(n)“ „Ein Volk verlangt nach Freiheit. Die Offenburger Verfassungsfreunde“ von Dieter Pahlke stellt diese Zusammenhänge spannend und effektiv dar. Immer wieder taucht am Rande die Figur des Spitzels Georg August Berberich auf, dessen Denunziationen im badischen Dialekt zitiert werden. Zusammen mit nachgestellten Ausschnitten aus der Rede Friedrich Heckers und des Offenburger Republikaners Eduard Rehmann sowie Alltagsszenen, gespielt von der Festspielgruppe um den Regisseur Dieter Neuhaus, erscheinen die Ereignisse rund um die Offenburger Versammlung in einem auch für Laien lebendigen und dadurch nachvollziehbaren Licht.⁴

Dieser erste Einblick in die mediale Vermittlung der 48er Revolution in Baden betrifft das Medium des Fernsehens. Er zeigt zweierlei: Erstens wurde in dieser frühen Phase die Demokratiebewegung 1847/49 fast ausschließlich auf der regionalen Ebene zum Thema. Zweitens geschah dies etwa innerhalb der Reihe der „Landesgeschichte(n)“ unter Einbeziehung neuester Forschungsergebnisse, ohne daß die Art und Weise der Darstellung unter zu vielen wissenschaftlichen Erläuterungen gelitten hätte. Insbesondere das Prinzip der ans Theater angelehnten szenischen Umsetzung historischer Ereignisse bewährte sich insofern, als dadurch eine Epoche zumindest teilweise realitätsnah rekonstruiert werden kann, wobei dem Zuschauer gleichzeitig der Konstruktionscharakter eines solchen Unterfangens nicht verborgen bleibt.

*

Als man in Offenburg Anfang der neunziger Jahre damit begann, sich Gedanken zu machen, wie 1997 der Offenburger Salmenversammlung vom September 1847 gedacht werden könnte, ließ die wissenschaftliche Aufarbeitung der badischen Demokratiebewegung 1847/49 zu wünschen übrig. Auch die Bemühungen Gustav Heinemanns Anfang der siebziger Jahre, Bewegungen der deutschen Geschichte, die sich für Bestandteile der heutigen Demokratie einsetzten, stärker ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, mündeten zwar in den Aufbau der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ im Rastatter Schloß, welche jedoch in der Folgezeit eine eher kümmerliche Existenz fristete. Hier konnte und kann bis heute nicht gerade davon gesprochen werden, die Freiheitsbewegungen würden auf originelle Art einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht.⁵ „Offenburg und die demokratische Bewegung des vorigen Jahrhunderts“ – so lautete die konzeptionelle Offenburger Antwort auf diese Lage. Die Freiheitsbewegung sollte unter vier Aspekten zum Thema werden: wissenschaftlich, politisch, künstlerisch und volkstümlich. Ich möchte mich im folgenden auf die interessantesten wissenschaftlichen und volkstümlichen Aspekte konzentrieren.

Anknüpfend an die „Forderungen des Volkes in Baden“ und unter Zusammenarbeit mit dem renommierten Tübinger Historiker Dieter Langewiesche fanden in Offenburg seit 1993 Tagungen und Kolloquien statt. Am 8. Oktober 1993 wurde auf dem ersten Kolloquium „150 Jahre Deutsche Revolution“ die Idee eines bundesweiten Aufrufs der badischen Universitäten lanciert. Einer der Kernsätze dieses Papiers, dem sich 23 Kommunen, das Bundesarchiv Koblenz/Potsdam sowie andere Archive und Museen anschlossen, lautet: „Sie [die Unterzeichner] rufen die Öffentlichkeit, vor allem aber Bund, Länder und Gemeinden, mit Blick auf den 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 dazu auf, in Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Ereignis unserer Geschichte das Bewußtsein für die demokratischen Wurzeln unserer Gesellschaft tatkräftig zu unterstützen.“⁶ Der Widerhall in der Öffentlichkeit war, abgesehen von der Berichterstattung der lokalen Presse, dürftig. Dazu trugen zwei Faktoren sicherlich nicht unwesentlich bei: Erstens schien das Jahr 1998 zu diesem Zeitpunkt noch in weiter Ferne. Und zweitens ging das Signal von einer mittleren Provinzstadt und nicht von einer der großen deutschen Metropolen aus.

Am 17. Oktober 1994 wurden auf einer Forschungsbörse neue wissenschaftliche Arbeiten vorgestellt und diskutiert. Zwei Jahre später, am 11. Oktober 1996, fand erneut eine Forschungsbörse zum Thema „150 Jahre Revolution im deutschen Südwesten“ statt. Dieser Veranstaltung widmete die *Badische Zeitung/Freiburg* auf ihrer überregionalen Kulturseite einen umfangreichen Artikel.⁷ Dieter Langewiesche skizzierte hier vor etwa 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein Forschungsprogramm „zu einer vergleichenden Regional- und Lokalforschung“. Insbesondere die Verbindungslinien zwischen regionalen Protesten, nationaler Einheits- und Verfassungsbewegung und europäischen Entwicklungen müßten in den Mittelpunkt treten. Der Historiker wandte sich damit sowohl gegen eine „selbstgenügsame Heimatforschung“ als auch gegen die ausschließliche Perspektive einer deutschen Nationalgeschichte. Schließlich wurde am 22./23. September 1997 ein internationales Kolloquium „Internationale Aspekte und Verbindungen der Demokratiebewegung und Revolution 1847/49“ organisiert. Auch diese Veranstaltung wurde in der *Badischen Zeitung* besprochen.⁸ In den Vorträgen ging es, unter ganz unterschiedlichen Fragestellungen, um den europäischen Kommunikationskreis, aus dem im Prinzip niemand mehr ausgeschlossen war. Revolutionärer Aufbruch und Nationalisierungsschub standen dabei eng nebeneinander.⁹

Wissenschaftliche Aufarbeitung fand in Offenburg aber nicht nur auf Kolloquien und Forschungsbörsen statt, sondern auch in Einzelarbeiten. Während in Michael Friedmanns *Offenburger Freiheitsheft* Spuren der Vergangenheit verfolgt werden und auch die „Diskrepanz zwischen den Er-

wartungen der Revolutionsführer [Hecker und Struve] und der geringen Bereitschaft des Volkes, das Leben für die Ideale der Revolution einzusetzen“ benannt wird, macht Franz X. Vollmer in einer umfangreichen Monographie nachvollziehbar, warum ein „Agrarstädtchen“, eine Kleinstadt der Wirte, Handwerker und kleinen Kaufleute, die alle nebenbei ihre Äcker und Gärten bearbeiteten, in den Ruf kommen konnte, ein „weltberühmter Demagogensitz“ zu sein.¹⁰ Rainer Schimpf schließlich legte als Kulturstipendiat der Stadt Offenburg eine Dissertation vor, die sich mit dem halben Jahrhundert vor 1847 beschäftigt.¹¹ Diese brillante Studie kommt in einer der zentralen Thesen zu dem Ergebnis, daß der im Vormärz erreichte hohe Stand der politischen Kultur in Offenburg zentrale Ursache für die beiden Revolutionsjahre war. Die genannten Veröffentlichungen wurden im lokalen Rahmen besprochen.¹² Darüber hinaus widmete Benedikt Erenz Franz X. Vollmers „farbiges Portrait der Stadt Offenburg“ eine ausführliche Rezension in der *Zeit*.¹³

Neben Kolloquien und Monographien gehörte die Ausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg „Des Volkes Freiheit“ zum wissenschaftlichen Aspekt der Aufarbeitung der Revolutionsgeschichte in Offenburg. Sie ging von der Grundthese aus, daß man eine Revolution und ihre Ideen nicht ausstellen kann. Warum? Weil, so Paula Lutum-Lenger, die Leiterin der Ausstellung, schriftliche Dokumente, Fahnen, Gewehre, Helme und Kleidungsstücke nur „Überreste der historischen Geschehnisse“ sind. Diese Gegenstände, die aus ihrem historischen Zusammenhang herausgelöst sind, müssen in einen neuen Kontext gestellt werden. Insofern konstruierte die Ausstellung ein heutiges Bild von den Ereignissen der Jahre 1847 bis 1849.¹⁴ Diese Ausstellungskonzeption wurde in der *Badischen Zeitung* ausführlich vorgestellt.¹⁵

Schließlich gab es noch eine vierte Säule der wissenschaftlichen Revolutionsaufarbeitung. In einer Reihe von Vorträgen, Themenabenden und Lesungen unter dem Motto „Offenburg will Freiheit ...“ wurden ab Januar 1997 in regelmäßiger Abfolge vor insgesamt etwa 1000 Interessierten der Platz der Frauen in der badischen Revolution, die Achtundvierziger im amerikanischen Bürgerkrieg, die Schweiz als Exilland badischer Demokraten oder die Rolle der Soldaten in der Revolutionsbewegung erörtert. Es war ausschließlich die lokale Presse, die – natürlich – sich für diese Vortragsreihe interessierte.¹⁶

Der wissenschaftliche Aspekt des Gesamtkonzeptes „Offenburger Freiheitsfest“ ist deshalb relativ ausführlich dargestellt worden, weil diese wichtige inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema „1847/49“, die der Bevölkerung im Vorfeld des September 1997 die Möglichkeit der In-

formation und der Diskussion bot, in der überregionalen Berichterstattung über das Fest keine Erwähnung mehr fand. Doch bevor darauf eingegangen wird, soll kurz der volkstümliche Aspekt, das Freiheitsfest im engeren Sinn, gestreift werden.

Obwohl der südwestdeutsche Kampf um Freiheit und politische Rechte an der Reaktion der alten Machthaber in Preußen, Österreich-Ungarn und Rußland scheiterte, war er doch auch von Anfang an mit einer traditionellen Festkultur eng verbunden. Es war kein Zufall, daß die Offenburger „Forderungen des Volkes“ ausgerechnet in einem Gasthaus verabschiedet wurden. Es ist genau diese enge Verzahnung von Politik und Fest, an der das Offenburger Freiheitsfest ansetzte. Sein Ziel: Das Thema „1848“ zu einem Thema der Bevölkerung zu machen, es – trotz aller notwendigen wissenschaftlichen Aufarbeitung – von den Schreibtischen der Historiker weg auf die Straße zu holen. Denn: Wie anders als demokratisch, unter Beteiligung der Menschen einer Region, kann das Jubiläum eines demokratischen und revolutionären Aufstandes sinnvoll begangen werden? Deshalb war das Freiheitsfest in Offenburg kein zusammengekauftes Fest, mit Profitruppen von außerhalb, sondern ein Fest mit der und für die Bevölkerung. Insgesamt über 500 Programmpunkte wurden von 287 Gruppen getragen, darunter Vereine, Schulklassen, Theatertruppen und viele Musiker. Freiheitsbaum, Freudenfeuer auf den umliegenden Bergen, Freiheitsfestspiel und revolutionäres Schauspiel, Bauernmarkt und Barrikaden, Nachbauten von Bergwerken und Pferdeschmiede, ein stilisiertes Hafenviertel zur Erinnerung an die Emigranten in die USA, verfremdete Stadttore mit Heckerhut und revolutionären Fahnen und über den Straßen der Stadt weiße Plakate mit einzelnen Passagen der dreizehn Salmenforderungen: All dies sollte atmosphärisch die Zeit des 19. Jahrhunderts einerseits aufleben lassen, andererseits wurde aber auch unmißverständlich markiert, daß aus der heutigen Perspektive der Blick in die Vergangenheit geht. Statt zentraler Festaufführung oder Diskussionsveranstaltung beherrschte ein buntes Mosaik verschiedener Programmsplitter Straßen und Hinterhöfe der Innenstadt. Ein solcherart künstlerisch gestalteter Rückblick auf die Anfänge der deutschen Demokratiebewegung zeigte dem aufmerksamen Festbesucher, daß in einer Zeit, in der politische Diskussionen und demokratische Entscheidungsprozesse nicht zuletzt aufgrund des Medienbedürfnisses nach einfachen Lösungen oft als quälend oder gar sinnlos empfunden werden, Historisierung eine Notwendigkeit darstellt. Es zeigt sich zum Beispiel, daß es in wirtschaftlichen Umbruchs- und Krisenzeiten durchaus politische Antworten und Alternativen gibt. Daß die Herausforderung der Macht und das Einfordern von Volksbeteiligung mit hohen Risiken behaftet ist, auch das kann ein Freiheitsfest sinnlich erfahrbar machen. Das Ende des Festes bildete am 14. September abends der Einmarsch preußischer Truppen. Sie

marschierten unter einem weißen Leinentuch, darauf sitzend der sensenschwingende Tod, der Unheil und Verderben brachte. Vor einer brennenden Stadtkulisse war dieser sich unter dumpfen Trommelschlägen vollziehende Einmarsch sehr beeindruckend.

*

Daß eine ernste Sache wie die von 1848 mit einem Volksfest verbunden wird, ist in Deutschland eigentlich verpönt. Historischen Traditionen sind nach 1945 in der Regel Feierstunden und mehr oder weniger große Reden, monumentale Ausstellungen – meistens über mittelalterliche Themen – und vor allem Betroffenheit gewidmet worden. Dieser Befund dürfte für beide deutsche Staaten gelten. Volkstümlich waren in den vergangenen Jahren allenfalls die Reste der Staufer-Kaiser. Darauf hat die F.A.Z. hingewiesen, in der Nadja Abun-Nasr am 16. Oktober 1997 ihren Artikel „Der Revolution auf der Spur“ damit beginnen läßt, daß der Deutsche für zwei Dinge gänzlich ungeeignet sei: für die Revolution und für das Feiern. Jetzt, so Abun-Nasr, gebe es Gelegenheit, dieses Bild zu korrigieren. Ließen doch mehr als einhundertzehn Städte und Gemeinden in Südwestdeutschland ihre Rolle bei den geschmähten Aufständen 1848/49 aufleben. Vielversprechend sei der Auftakt in Offenburg gewesen, „im Sinne einer Kultur des Feierns“.¹⁷ Die Reaktion der Medien auf diese „Kultur des Feierns“ in Südwestdeutschland anlässlich der Aufstände und Versammlungen 1847/49 soll im folgenden in vier Arten der Berichterstattung klassifiziert und analysiert werden.

1. Die sachliche, um Objektivität sich bemühende Berichterstattung mit Schwerpunkt auf dem historischen Hintergrund¹⁸

Alfred Behr hebt am 11. September 1997 in der F.A.Z. die drei großen Ereignisse in Baden zwischen 1847 und 1849 hervor: die Salmenversammlung in Offenburg vom 12. September 1847, die Ausrufung der Republik durch Friedrich Hecker in Konstanz am 12. April 1848 und den Landeskongreß der Volksvereine im Mai 1849 wiederum in Offenburg. Er weist zu Recht darauf hin, daß die republikanische Bewegung deshalb scheiterte, „weil das republikanische Lager gespalten und zerstritten war, während sich die konservativen und beharrenden Kräfte sammelten, um die Revolution erfolgreich zurückzuschlagen.“¹⁹ Die *Stuttgarter Zeitung* widmete der badischen Revolution eine ganze Seite. Für Ulrike Moser war der 12. September 1847 noch keine Revolution. Im Mittelpunkt habe vielmehr die Wiederherstellung der verletzten Verfassung von 1818 und deren konsequente Fortsetzung gestanden. Ihr fehlt im Offenburger Programm das

offen demokratische Bekenntnis. Es komme über Grundzüge einer sozial ausgestatteten Republik nicht hinaus. Aber immerhin: Das System des Deutschen Bundes sei in Frage gestellt worden. Gleichzeitig jedoch sei die Spaltung der Liberalen manifest geworden. Thomas Schwarz geht in seinem Artikel auf die Armut und sozialen Mißstände eines Großteils der Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Markus Heller nimmt den Heckerkult bis hin zur baden-württembergischen Landtagswahl 1976, bei der die CDU bekannte, stolz zu sein „auf unsere Freiheitskämpfer und Dichter Schiller, Hecker, Uhland“, unter die Lupe.²⁰ Die *Basler Zeitung* weist auf einer Doppelseite am 12. September 1997 auf die Veranstaltungen des Revolutionsjubiläums hin. Eine Chronologie der Ereignisse und ein Interview mit Hans-Joachim Fliedner, Kulturamtsleiter der Stadt Offenburg, über die Bedeutung von 1848 für heute bilden das Gerüst der historischen Hintergrundinformationen. Außerdem wird eine längere Passage aus Benedetto Croces Geschichte des 19. Jahrhunderts zitiert.²¹

2. Analyse und Kommentar der aktuellen Bedingungen

Ein Kommentar verdient aufgrund seiner Qualität besondere Erwähnung. Stefan Hupka übertitelte seinen Leitartikel in der *Badischen Zeitung* mit „Schlachten der Vergangenheit“. Etwas „Entscheidendes“ fehle bei den Feierlichkeiten des 150. Jahrestages einer demokratischen Revolution: der bisher übliche Parteienstreit, wenn es um die Interpretation und Vereinnahmung von Revolutionen bzw. Demokratiebewegungen ging. Offensichtlich, so Hupka, sei es in Baden-Württemberg zu einem teuren Bündnis von Repräsentationsdrang regierender Rechtsparteien und Geltungsdrang linker Oppositionsparteien gekommen. Zu Zeiten, als es in Deutschland noch zwei Staaten gab, also vor ein paar Jahren, sei eine unverkrampfte Beschäftigung mit der deutschen Verfassungsgeschichte nicht möglich gewesen. Der Grund also für den überparteilichen Konsens in Sachen Revolutionsfeiern nach Hupka: der Umsturz vom November 1989. Doch rät Hupka allen Parteien in Deutschland zu eher kleinlautem Feiern. Schließlich regierten sie alle über Bundestag oder Länderkammern mit und trügen insofern auch die Mitverantwortung dafür, daß im vereinten Deutschland zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit zuweilen Welten klaffen. Während etwa die Nationalversammlung der Paulskirche die Unverletzlichkeit der Wohnung erstmals zum Grundrecht erhoben habe, kassierten Sozial- und Christdemokraten von heute dieses Grundrecht wieder im Kampf gegen Kriminelle. Oder: Die dreizehn Offenburger Forderungen verlangen von der Gesellschaft, die Arbeit zu schützen – eine in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit höchst aktuelle Forderung.²²

Wulf Reimer beklagt in der *Süddeutschen Zeitung* das „folkloristische Merchandising“ von Heckerhüten und Revoluzzer-Hemden. Leute wie der abschiebefreudige Innenminister Baden-Württembergs, Thomas Schäuble, liefern nach Meinung des Autors die Verfassung samt ihrer Wurzeln in den revolutionären Ereignissen von 1848 dem populistischen Zugriff aus. Da, so muß man den Verfasser verstehen, sind Verfassungsfeiern nur leere Rhetorik und kommerzielles Beiwerk.²³

Dagegen betont am Montag nach dem Offenburger Freiheitsfest wiederum Alfred Behr in der *F.A.Z.*: „Eine geschickte Regie hat verhindert, daß aus dem Freiheitsfest ein pseudo-mittelalterlicher Jahrmarkt mit Firlefanzen und Schnickschnack wurde.“ In demselben Artikel wird darüber hinaus die Geschichte des „Salmen“ vom revolutionären Versammlungsort über die Funktion als Synagoge bis hin zur aktuellen Verwendung als Lagerhaus geschildert.²⁴

Einen ganz anderen Aspekt des Revolutionsfestes würdigt Karl-Otto Sattler in der *Frankfurter Rundschau*. Er erwähnt, wie eine kleine Gruppe noch aktiver DDR-Bürgerrechtler aus Mecklenburg-Vorpommern den aktualisierten Forderungen des Volkes der Gustav-Heinemann-Initiative lauschte. Dazu gehören: Mehr Bürgerbeteiligung und der Schutz der Pressefreiheit vor wirtschaftlichen Interessen. „Eine wirklich neue Verfassung, nach Artikel 146 Grundgesetz vom Volk verabschiedet, davon träumen die Bürgerrechtler“, meint Sattler am Ende seines Artikels.²⁵

Benedikt Erenz schließlich schrieb in der *ZEIT* vom 19. September 1997 den Leitartikel des Feuilletons. Er bemerkte bei der Präsentation der dreizehn „neuen“ Forderungen des Volkes starken Beifall im Salmensaal und dabei „etwas fast Wütendes“. Ironisch nimmt er die Pressefreiheit und ihre Kinder *Focus*, *Bunte* und *Super-Illu* aufs Korn – alle drei Blätter Produkte des Offenburger Burda-Verlages. Auch die Rede vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel, der die Ausstellung des Hauses der Geschichte eröffnete, hat in ihm „bedrückende Ahnungen“ geweckt. Zurecht merkt er an, daß diese Rede von Einheit und Heimat getrieft habe. Trotzdem: „Die Vergessenen wieder zurückrufen in die Erinnerung“, das immerhin könnten all diese „abenteuerlichen Anstrengungen“ leisten. Das Friedrich Engels-Zitat über die Badener, deren Ideal die kleine bürgerlich-bäuerliche Republik sei, wird herangezogen, um die laut Klischee eher zurückhaltende und stille Art der Badener zu illustrieren. Daß dieses Ideal in der Tat der Traum gerade vieler deutscher Linksintellektuellen spätestens seit 1789 ist, übersieht Erenz völlig.²⁶

3. Das Freiheitsfest mitgestaltende Beiträge

Es soll an dieser Stelle wenigstens darauf hingewiesen werden, daß das erste Radioprogramm des Südwestfunks am 29. September 1997 eine im Offenburger „Salmen“ aufgezeichnete Radio-Talkshow mit Friedrich Hecker und Gustav Struve unter dem Titel „Der Freiheit eine Gasse – die unmögliche Talkshow mit Friedrich Hecker und Gustav Struve“ ausstrahlte. In dieser ebenso originellen wie humorvollen Konfrontation der beiden gescheiterten Revolutionshelden mit der Moderne des 20. Jahrhunderts brachen alte Reminiszenzen des Intellektuellen Struve gegen den 'Macher' und Volkstribun Hecker wieder auf. Hier wurde der Mensch hinter dem Revolutionär lebendig. Der Moderator und Autor der Dialoge, Klaus Gülker, hatte sich offensichtlich mit den Biographien gründlich vertraut gemacht.

4. Die Festivitäten ablehnende Texte

Das Fernsehmagazin *Titel, Thesen, Temperamente* sendete am 21. September 1997 in der ARD einen Kurzbeitrag zum Offenburger Freiheitsfest. „Ein Grillfest in Kostümen“, „Kitsch in rot-gelb“, „Historische Maskerade“ lauteten die Etiketten. Der Eindruck drängt sich auf, daß mit einer vorgefaßten, links-elitären Meinung mit der Kamera schnell über das Fest gegangen wurde, um die Beweise für die vorher feststehenden Thesen einzufangen: Revoluzzer-Wein, Freiheits-Bier und sonst nichts! Dieser stark antiquierte Kulturbegriff von links, der offensichtlich den Standort der Autoren bildet, sorgt in dem Beitrag für eine groteske Gegenüberstellung von Volkstreiben und „wirklicher“ Kunst. Denn der Konstanzer Maler Johannes Grützke, der 1991 für ein Revolutionsgemälde, das in der Frankfurter Paulskirche hängt, eine halbe Million Mark bekam, wird als positiver Gegenpol zum Fest aufgebaut. Im Film modelliert er gerade Szenen mit Friedrich Hecker. Und das eben nicht fremdfinanziert (das Freiheitsfest wurde mit Mitteln aus dem baden-württembergischen Landeshaushalt, aus dem kommunalen Budget sowie mit Spenden und Verkaufserlösen finanziert), wie immer wieder betont wird, sondern aus eigenen Mitteln. Daß der Maler selbst bekundet, seine Werke verkauften sich eigentlich immer, verhindert keineswegs das Gerede des Kommentators vom selbstlos sich einer hehren Sache verschreibenden Künstler. Letztlich bleibt die Frage, auch nach wiederholtem Anschauen der Sendung, warum eine Revolutionsbewegung, die in Baden 1848 auf breite Sympathie bei den Menschen stieß, nur von einem Künstler adäquat erinnert werden kann?

Ein besonders gelungenes Beispiel der linken Kritik an der Art und Weise der Gedenkfeierlichkeiten liefert Carsten Otte in einem „Freiheitsbier“

überschriebenen Artikel.²⁷ Diese „wahre Orgie von Gedenktinnef und Besinnungskokolores“, wie er im „Revolutions-Almanach“ aufgeführt sei²⁸, dient seiner Meinung nach vor allem dazu, „den in der Nachkriegszeit beschädigten ‘Gefühlshaushalt der Nation’ wieder neu auszustatten“. Dabei würden doch nur Mißerfolge gefeiert, „150 Jahre nach der peinlichen Pleite werden überall im Lande peinliche Reden geschwungen. Es werden Leute über Revolution und Rebellion schwatzen, die einen Wechsel von der Bunt[sic!]faltenhose zur Jeans schon für eine freche Angelegenheit halten.“ Diese Art von linker Geistesarroganz übersieht, daß neben den durchaus vorhandenen folkloristischen und manchmal auch etwas lächerlichen Aspekten der Gedenkfeierlichkeiten, neben dem Versuch der Politiker, sich in ein vorteilhaftes Licht zu stellen, ein Kapitel der deutschen Geschichte dadurch stärker ins öffentliche Bewußtsein rückt, als dies bisher der Fall war. Daß die Revolution scheiterte, ist noch kein hinreichender Grund dafür, ihren Ideen und Forderungen, ihren Anhängern und Opfern nicht auch durch Feste zu gedenken.

Diese erste Skizze der Medienreaktionen auf die Gedenkveranstaltungen zur 48er Revolution in Baden-Württemberg, die insbesondere am Beispiel der Darstellung des Offenburger Freiheitsfestes entwickelt wurde, zeigt erstens, daß das Interesse von Zeitung, Rundfunk und Fernsehen in erster Linie auf der regionalen Ebene groß ist. Einige überregionale Blätter beschäftigten sich im direkten Zusammenhang mit dem Offenburger Freiheitsfest ebenfalls mit dem Thema „1848“. Was jedoch nirgends gesehen wurde, das ist der enge Zusammenhang von wissenschaftlicher und volkstümlicher Aufarbeitung, den gerade die Offenburger Organisatoren hergestellt haben. Diese Art von Gesamtkonzept, die versucht, breite Bevölkerungskreise zwanglos in das Erinnern miteinzubeziehen, natürlich mit dem Hintergedanken einer Bewußtmachung revolutionär-demokratischer Traditionslinien der deutschen Geschichte, dürfte in Deutschland vorbildlos sein. Es ist darüber hinaus natürlich an das französische und amerikanische Modell der Identitätsstiftung angelehnt. Ohne die Veranstaltungsreihen und die lokale Berichterstattung darüber und über die wissenschaftlichen Kolloquien, ohne die Monographien, die 1997 im Vorfeld des Freiheitsfestes erschienen sind, können die Festtage selbst nicht adäquat verstanden werden.

Zweitens zeigt die Fundamentalkritik von links, daß es in Deutschland eine Tradition gibt, in der Linksintellektuelle ein tiefes Mißtrauen gegenüber der nicht-intellektuellen Mehrheit des Volkes hegen. Von daher ist es aus dieser Sicht nur verständlich, daß die Definition dessen, was historische Wahrheit und der Umgang mit ihr bedeutet, nicht der Straße, also einem Volksfest, überlassen werden sollte. Hier wird nach wie vor implizit ein Deutungsmonopol eingefordert.

Drittens schließlich sind die Revolutionsspezialisten der historischen Zunft in den Zeitungen noch nicht sehr ausführlich zu Wort gekommen. Das wird sich im Laufe des Jahres 1998 sicherlich ändern. Dieter Langewiesche hat den Startschuß gegeben.²⁹ Andere werden folgen. Langewiesche hat im übrigen in dem erwähnten Artikel die Begründung dafür geliefert, daß das Gedenken an 1848 schon seinen Sinn hat: „Die 48er Revolution war über ihr Scheitern hinaus ein Versprechen an die Zukunft.“

Anmerkungen

- 1 Einen Überblick über die Feierlichkeiten gibt der vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe herausgegebene Revolutions-Almanach *Baden-Württemberg feiert die Revolution 1848/49*, Lahr 1997. Der historische Hintergrund dieser Veranstaltungen wird detailliert und kompetent in dem von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg herausgegebenen Band *Revolution im Südwesten: Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg*, Karlsruhe 1997 präsentiert.
- 2 Die Sendereihe ist auf Video-Kassette beim SDR/SWF-Landesprogramm in Stuttgart und beim Südwestfunk in Mainz zu erhalten.
- 3 Vgl. zu diesem hier nur knapp skizzierten Komplex Franz X. Vollmer, *Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution*. Karlsruhe 1997, S. 11–54; Rainer Schimpf, *Offenburg 1802–1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution*. Karlsruhe 1997, S. 263–288; Wolfgang von Hippel, „Ein Freiheitsfest vor 150 Jahren?“, in: *Beiträge zur Landeskunde (Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg)* 4, August 1997, S. 1–8; „Ein Volk verlangt nach Freiheit. Die Offenburger Verfassungsfreunde“, *Südwest* 3, Mittwoch, 10. September 1997, 22.20 Uhr. „Die Forderungen des Volkes“ sind abgedruckt bei Vollmer, S. 21; Schimpf, S. 287; Hippel, S. 7.
- 4 In den Wochen nach dem 10. September 1997 strahlte Südwest 3 weitere Folgen rund um 1848 aus. Die Themen: Metternichs Mainzer Geheimdienst; Die Turner in der Revolution; Polenbegeisterung im Vormärz und Politische Fasnacht in Mainz.
- 5 Zur Zeit wird die Erinnerungsstätte umgebaut und neu konzipiert. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.
- 6 Vgl. Beschlußvorlage der Verwaltung der Stadt Offenburg an den Kulturausschuß und den Gemeinderat, Drucksache 534/96 v. 20.08.1996, Betreff: Aufarbeitung der Demokratiebewegung und der Revolution von 1848, Anhang 3.
- 7 Wolfgang Reinbold, „Lichtblick in trostloser Forschungslandschaft“, in: *Badische Zeitung*, 14. Oktober 1996.
- 8 Wolfgang Reinbold, „Der Grundlagenirrtum der Paulskirche“, in: *Badische Zeitung*, 25. September 1997.
- 9 Der Kolloquiumsband ist im Frühjahr 1998 erschienen: Dieter Langewiesche (Hg.), *Demokratiebewegung und Revolution 1847–49*. Karlsruhe 1998.
- 10 Michael Friedmann, *Offenburger Freiheitsheft*. Karlsruhe 1996; Franz X. Vollmer, *Offenburg 1848/49*.

- 11 Rainer Schimpf, *Offenburg 1802–1847*.
- 12 Vgl. zu Michael Friedmann, *Offenburger Freiheitsheft*: Wolfgang Reinbold, „Geschichte ist früher gelebtes Leben und genauso vielfältig“, in: *Badische Zeitung, Ausgabe Offenburg*, 1. Juni 1996; zu Franz X. Vollmer, *Offenburg 1848/49*: Wolfgang Reinbold, „In der Kleinstadt schlagen Demagogenherzen höher“, 13. Mai 1997; zu Rainer Schimpf, *Offenburg 1802–1847*: Wolfgang Reinbold, „Wie Offenburg zu einer Hochburg der Revolution geworden ist“, 28. Oktober 1997.
- 13 Benedikt Erenz, „Alles geopfert, alles verloren“, in: *Die Zeit*, Nr. 47, 14. November 1997, S. 10.
- 14 Vgl. den Katalog zur Ausstellung „Des Volkes Freiheit: Die Revolutionäre von Offenburg 1847–49“, herausgegeben vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Stadt Offenburg.
- 15 Wolfgang Reinbold, „Des Volkes Freiheit“, in: *Badische Zeitung*, 2. September 1997.
- 16 *Badische Zeitung, Ausgabe Offenburg*, 23. Januar, 30. Januar, 13. Februar, 24. Februar, 27. Februar, 5. März, 7. März, 18. März, 21. März, 7. April, 16. April, 26. April, 10. Mai, 28. Mai, 31. Mai, 11. Juni, 14. Juni, 20. Juni, 25. Juni, 18. Juli 1997; vgl. darüber hinaus *Offenblatt*, 24. Januar 1997; *Badisches Tagblatt*, 31. Januar 1997.
- 17 Nadja Abun-Nasr, „Der Revolution auf der Spur“, in: *F.A.Z.*, 16. Oktober 1997.
- 18 Hierunter fällt auch die oben erwähnte Reihe „Landesgeschichte(n)“ von Südwest 3.
- 19 Alfred Behr, „Er hängt nur an dem Traume der deutschen Republik“, in: *F.A.Z.*, 11. September 1997, S. 13 f.
- 20 Vgl. *Stuttgarter Zeitung*, 12. September 1997, S. 5.
- 21 *Dreiland Zeitung* als Beilage der *Basler Zeitung*, 12. September 1997, S. 8 f.
- 22 Stefan Hupka, „Schlachten der Vergangenheit“, in: *Badische Zeitung*, 13. September 1997, S. 4.
- 23 Wulf Reimer, „Fasanenfeder und Revoluzzer-Wein“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13./14. September 1997.
- 24 Alfred Behr, „Heckerhüte, Rebbellensekt und Bänkelsänger“, in: *F.A.Z.*, 15. September 1997, S. 11 f.
- 25 Karl-Otto Sattler, „Erinnerung an Radikaldemokraten regt Hoffnung auf Reformen an“, in: *Frankfurter Rundschau*, 15. September 1997, S. 1.
- 26 Benedikt Erenz, „Ja, er lebet noch!“, in: *Die Zeit*, 19. September 1997, S. 57 f. Das Engels-Zitat im Wortlaut, zitiert nach Erenz: „Das höchste Ideal des badischen Kleinbürgers und Bauern bleibt immer die kleine, bürgerlich-bäuerliche Republik, wie sie in der Schweiz seit 1830 besteht. Ein kleines Tätigkeitsfeld für kleine, bescheidene Leute, der Staat eine etwas vergrößerte Gemeinde, ein Kanton – das ist das sanfte Arkadien, das im größten Teil der Schweiz existiert und für dessen Einführung der badische Kleinbürger und Bauer seit Jahren geschwärmt hat.“
- 27 Carsten Otte, „Freiheitsbier“, in: *Konkret* 1/98, 64 f.
- 28 Vgl. Fußnote 1.
- 29 Dieter Langewiesche, „Als der Bürger die Bühne betrat“, in: *Die Welt*, 3. Januar 1998, G1.



Amand Goegg (1820–1897)

(Stadtarchiv Offenburg)

Amand Goegg (1820–1897)

Politiker – Sozialrevolutionär – Idealist

Versuch eines Porträts

Stefan Schipperges

Lehrjahre

Amand Geck bzw. Goegg¹ wurde am 7. April 1820 als zweites Kind der Maria Geck, geborene Spinner, und des Kaufmanns Ignaz Geck in Renchen geboren². Die Mutter verstarb, als der Junge vier Jahre alt war. Zum Vater scheint Goegg eine gute und von tiefer Zuneigung und Vertrauen bestimmte Beziehung gehabt zu haben, über die er selbst aus der Retrospektive im Alter von 30 Jahren schreibt: *Ich kenne so wenige, die mich, wie Du, Vater, verstehen*³. Neben seinem Vater spielte in Goeggs Jugend auch sein Großvater Josef Spinner eine wichtige Rolle, eine liberal gesinnte Persönlichkeit, die ihn durch ihre lebhaften Schilderungen der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege maßgeblich geprägt haben soll⁴.

Im Alter von zwölf Jahren und mit einem ausgezeichneten Abschlußzeugnis versehen⁵ verließ Goegg 1832 Renchen und ging nach Freiburg, wo er das Großherzogliche Gymnasium besuchte. Er wohnte bei der Familie seines Lehrers, Professor Anton Baumstark⁶. Während der Freiburger Gymnasialzeit verband ihn eine enge Freundschaft mit Gustav von Rotteck, dem Sohn des bekannten Historikers Karl von Rotteck, den Goegg sehr verehrte⁷. Rotteck gehörte damals zu den führenden Köpfen der badischen Liberalen, die die restaurative Politik des Großherzogs Ludwig von Baden bekämpft hatten. Den liberaleren Geist seines seit 1830 regierenden Nachfolgers Leopold von Baden begrüßten die Liberalen und forderten um so stärker die Einheit Deutschlands, Pressefreiheit, Geschworenengerichte, Aufhebung aller Feudallasten, Vereidigung aller Staatsangestellten und Offiziere auf die Verfassung sowie die Veränderung der gegenwärtigen konstitutionellen Verfassung in Baden, die nur als Übergangsstadium zu einer wirklich parlamentarischen Verfassung gesehen wurde. Die Freiburger Zeit endete 1837 durch einen Streich, der dazu führte, daß Goegg das Haus des Professors verlassen mußte⁸. Ignaz Goegg meldete Amand nun auf das großherzogliche Lyzeum in Karlsruhe an. Hier fand Goegg Anschluß an die Gesellschaft „Eintracht“ und traf sich auf Bällen, Konzerten und Theateraufführungen mit dem gehobenen Bürgertum von Karlsruhe⁹. Zusammen mit Mitschülern des Lyzeums gründete Goegg überdies einen literari-

schen Verein, der jedoch nach einem angekündigten Vortrag Goeggs über Karl Ludwig Sand, den Mörder des Dichters Kotzebue, vom Lyzeumsdirektor unter strenger Strafandrohung verboten wurde¹⁰. Seine Lyzeumszeit beendete Goegg am 11. September 1840 mit dem Abschlußzeugnis¹¹.

Im Herbst 1840 schrieb sich Amand Goegg in Freiburg¹² für den national-ökonomischen Studiengang „Camerawissenschaften“¹³ ein; zudem besuchte er Kurse bei dem Staats- und Rechtswissenschaftler Karl Theodor Welcker¹⁴ und auch Vorlesungen über die Geschichte des römischen Rechts und Philosophie. Goegg trat der Studentenverbindung „Corps Rhenania“ bei, wobei er bald schon in ein Duell mit einem Studenten des „Corps Suevia“ verwickelt wurde, das er allerdings erfolgreich überstand¹⁵.

Bereits nach einem Semester wechselte Goegg im März 1841 an die Universität nach München¹⁶. Eine zufällige Begegnung mit König Ludwig I. von Bayern ist überliefert, die in einer Einladung zur Hofjagd am Starnberger See endete¹⁷.

Auch München verließ Goegg schon nach einem Semester und schrieb sich zum Wintersemester 1841/42 an der Universität Heidelberg ein. Hier traf er auf die Historiker Ludwig Häusser, einen entschiedenen Liberalen, sowie Christian Kapp, der später als Abgeordneter der Linken in der badischen Kammer und in der Frankfurter Nationalversammlung einzog. Im Jahre 1843, anlässlich der 25-Jahrfeier der badischen Verfassung und in Anwesenheit des Großherzogs, plädierte Goegg auf dem offiziellen Festbankett im Namen seiner Kommilitonen öffentlich dafür, den Gedanken der deutschen Einheit mit auf die Tagesordnung zu setzen, worauf von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde, das allerdings bald niedergeschlagen wurde¹⁸. Vermutlich aufgrund dieses Vorfalles¹⁹ verließ Goegg zum Wintersemester 1843/44 auch Heidelberg, um in Karlsruhe an der Polytechnischen Lehranstalt sein Studium fortzuführen und im Frühherbst 1844 zu beenden²⁰.

Im Gegensatz zu den vorherigen Zeugnissen war die Abschlußprüfung vom 11. September 1840 lediglich mittelmäßig²¹. Der Cameralpraktikant Goegg begann nun seinen Berufsweg als Volontär im Finanzministerium. Schon nach wenigen Monaten beantragte Goegg eine Auslandsreise, die auch zur weiteren Ausbildung im cameralistischen Fache und in der französischen und englischen Sprache²² genehmigt wurde. Acht Monate reiste Goegg durch Frankreich, Holland, Belgien und England²³, wobei er immer wieder konkret in Kontakt mit der Situation der Fabrikarbeiter bzw. der Arbeiterschaft in den verschiedenen Städten und Ländern kam. In den auf

dieser Studienreise gemachten Erfahrungen lassen sich Ursprünge für sein späteres liberal-demokratisches und vor allem auch soziales Engagement vermuten²⁴. Nach seiner Rückkehr wurde Goegg am 16. Februar 1846 zunächst als erster Gehilfe an die großherzogliche Domänenverwaltung nach Konstanz versetzt²⁵, wo der volkstümliche Republikaner Joseph Fickler als Redakteur der „Konstanzer Seeblätter“ wirkte. Am 7. Juni 1847 erfolgte dann seine Beförderung zum Hauptzollamtsassistenten und der Wechsel nach Mannheim²⁶. Mannheim war Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur eine aufstrebende moderne Industriestadt, sondern zugleich auch ein Zentrum bürgerlich-liberaler Ideen; mit Mathy, Bassermann, Hecker und Struve wohnten die führenden Köpfe der badischen Demokraten in der Stadt, mit denen Goegg bald schon zusammentraf.

Der Politiker

Den Ausbruch der Pariser Februarrevolution, an der sein jüngerer Bruder Gustav²⁷ als Barrikadenkämpfer teilnahm, und die Ereignisse während der Märzrevolution 1848, der Heckeraufstand im April und das seit April in der Frankfurter Paulskirche tagende Vorparlament beobachtete Amand Goegg noch aus dem Hintergrund, nach eigener Aussage *im Stillen*²⁸. Er stand politisch mehr auf Seiten der radikalen Liberalen um Hecker und später um Struve, wenngleich er deren gewaltsames Vorgehen ablehnte und eher auf evolutionäre als auf revolutionäre Veränderung setzte²⁹. Goegg strebte dagegen eine Verfassung an, die einen politischen Ausgleich zwischen geschichtlicher Tradition bzw. gewachsener politischer Ordnung und demokratischen Veränderungen sucht. Hinzu kam die Einsicht nach den gescheiterten Aufständen Heckers und Struves, daß ein gewaltsames Vorgehen kaum Aussicht auf Erfolg haben werde. So festigte sich bei Goegg der Gedanke der parlamentarischen Veränderung, wobei die Forderung nach Einheit der Nation gegenüber der zentraleren Forderung nach Freiheit zurückstand. Hinzu trat bei Goegg – im Gegensatz zu vielen liberalen Zeitgenossen – auch die soziale Frage, nämlich *das Los der allgemeinen Menschheit zu verbessern*³⁰, mehr und mehr in den Vordergrund, die Goegg im Sinne französischer Frühsozialisten um Proudhon zu beantworten versuchte³¹.

Erst im Dezember 1848 trat Goegg aus Enttäuschung über die Arbeit des Vorparlaments³² ins konkrete politische Geschehen ein. Die „Vaterländischen Vereine“, die sich nach dem Vorbild der französischen Clubs seit der Märzrevolution in ganz Deutschland, besonders aber in Baden als politische Vereinigung mit dem Ziel der sozialen und politischen Bildung des Volkes gebildet hatten, schienen ihm der geeignete Ansatzpunkt. Der „Vaterländische Verein“ Badens allerdings hatte sich nach dem mißglückten

Heckerputsch gespalten. Ein linker Flügel, die Demokraten, separierte sich vom gemäßigten rechten, den Konstitutionellen. Während die Linke sich nun unter dem Namen „demokratische Vereine“ traf, schufen die Konstitutionellen daraufhin den „Neuen Vaterländischen Verein“. Die „demokratischen Vereine“ wurden aufgrund ihres radikalen, wenngleich gewaltfreien Bekenntnisses zur Demokratie zeitweise verboten. Sie konstituierten sich daher unter dem politisch unverfänglichen Begriff „Volksverein“. Mit der Verabschiedung der Grundrechte in der Frankfurter Paulskirche im November 1848 – u.a. in den Paragraphen 161 und 162, dem Recht auf Versammlungs- und Vereinsfreiheit – waren alle Voraussetzungen geschaffen, durch die die Volksvereine zu einer Art legitimen politischen Partei werden konnten.

In Mannheim allerdings, wo die Zentrale der badischen Volksvereine war, fehlte es an geeigneten Personen, die hier in führender Rolle tätig werden konnten: Hecker war emigriert, Struve und andere Liberale inhaftiert, Brentano im Frankfurter Parlament. Die Leitung übernahm Florian Mördes – ein aus Sicht Amand Goeggs unfähiger Mann, der als Führungsspitze die ganze Bewegung zu schwächen drohte. Goegg sah die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Volksvereine für gekommen. Er lud rund 150 Demokraten aus 10 Amtsbezirken auf den zweiten Weihnachtstag 1848 in seine Heimatstadt Renchen ein. Den Deputierten, die zahlreich erschienen, legte Goegg seine ausgearbeiteten Pläne einer Neuorganisation der Volksvereine vor. Er selbst ließ sich von der Versammlung als Neuorganisator der Vereins- und Parteiarbeit legitimieren. Auf Vorschlag Goeggs empfahl die Renchener Versammlung als Vorsitzenden des Landesausschusses Lorenz Brentano und Amand Goegg als dessen Stellvertreter; der Mannheimer Volksverein kam den Vorschlägen der Renchner Versammlung nach und wählte Brentano zum ersten Vorsitzenden, Amand Goegg selbst zum zweiten³³. Da Brentano durch seine Abgeordnetenpflichten in Frankfurt und Karlsruhe stark beansprucht war, leitete Goegg faktisch den Ausschuß allein, der sich im Haus des Glasermeisters Heinrich Roes traf³⁴. Goegg ordnete die Volksvereine in verschiedene Kreise, wobei jeder Kreis proportional seiner Größe wiederum Untervereine führte. Den Kreisen stand jeweils ein Kreisverein mit einem Kreis Ausschuß vor, der wiederum dem Kreis Ausschuß in Mannheim unterstellt und rechenschaftspflichtig war. Mit regelmäßigen Versammlungen sowie propagandistischer Agitation hielt Goegg die Vereine in fester Struktur zusammen. Er gründete eine Kommission, deren Schriften auf Vereinskosten verbreitet wurden. Zudem gründete Goegg im Februar 1849 eine eigene Wochenschrift des Landesausschusses, die „Flugblätter der Volksvereine“, und förderte zahlreiche weitere Publikationen. Für die inhaltliche Gestaltung der Schriften zeigte sich Goegg selbst maßgeblich verantwortlich. Er sorgte dafür, daß vor allem der Austritt der Opposition aus der Badischen Kammer und Polemik gegen den

gemäßigten Minister Bekk sowie die Einberufung einer konstituierenden Versammlung thematisiert wurden³⁵. Bis Februar 1849 wurden 200 Petitionen mit etwa 15 000 Unterschriften für die Auflösung des Landtages verfaßt, der in der Bevölkerung nicht zuletzt durch die Agitationen der Volksvereine aufgrund seiner positiven Haltung zur konstitutionellen Monarchie an Ansehen und Akzeptanz verloren hatte. Kompromißvorschläge wie der des Heidelberger Historikers Ludwig Häusser auf Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes vom Februar 1849, das die Auflösung der ersten Kammer zur Folge gehabt hätte, wurden als zu zeitraubend zurückgewiesen. Stattdessen traten nach Aufforderung durch den Landesausschuß unter Goegg und Brentano im März 1849 siebzehn Deputierte und Brentano selbst aus der Kammer aus. Den Bürgern wurde empfohlen, sich gegen die Beschlüsse und Gesetze der bestehenden Kammer zur Wehr zu setzen. Neben der Ausarbeitung einer republikanischen Verfassung war ein Hauptziel der Vereine die Errichtung von Bürgerwehren und die Durchsetzung der Forderung nach freier Offizierswahl. Goegg erreichte, daß jedes Regiment einen demokratisch gesinnten Wortführer besaß, der in ständigem Kontakt mit dem Landesausschuß stand und von dort seine Instruktionen erhielt³⁶. Daneben wurden besonders die Soldaten angesprochen und gegen ihre Offiziere aufgehetzt³⁷.

In kurzer Zeit war es Goegg gelungen, die Zahl der Vereine auf über 400, die Zahl der Mitglieder auf über 35 000 anwachsen zu lassen³⁸. Allein in Mannheim betrug die Zahl der Mitglieder rund 2000. Der Einfluß der Volksvereine läßt sich auch an den Reaktionen der Gegner ablesen. Die Propaganda der Konservativen und „Konstitutionellen“ beschimpfte die „Demokraten“ als Pöbel und unterstellte den Volksvereinen, daß sich nur Angehörige der untersten Volksklassen dort sammelten. Tatsächlich fanden sich in den Volksvereinen aber ebenso Lehrer, Studenten, Wirte, Kaufleute, Bauern und Handwerker, wobei die Handwerksgesellen den tragenden Kern darstellten. An der Spitze der Vereine aber standen oft ortsansässige Honoratioren³⁹. Goeggs Agitationen waren so erfolgreich, daß *schon Ende Februar 1849 ... neben der legalen großherzoglichen ... eine zweite, mächtigere Regierung entstanden (war): der Landesausschuß der badischen Volksvereine in Mannheim*⁴⁰. Goegg selbst stellte rückblickend zufrieden fest: *Die Bürger des Landes sahen nicht mehr nach Karlsruhe und bekümmerten sich nicht mehr um das, was dort das desavouirte Ministerium und dessen Werkzeuge, die beiden Kammern beschlossen; ihre Augen waren auf Mannheim gerichtet. Was der Landesausschuß anordnete, geschah; seine Beschlüsse waren für das Volk Regierungsdecrete*⁴¹.

Goeggs politische Agitationen in den ersten Monaten des Jahres 1849, die ihn auch zeitlich stark beanspruchten, brachten ihn bald in Konflikt mit

den verschiedenen badischen Ministerien⁴². Während eine Anfrage des Finanzministeriums beim Justizministerium vom März 1849, ob gegen Goeggs aufrührerische Tätigkeit einzuschreiten sei, noch zögerlich behandelt wurde, eskalierte der Konflikt zunehmend. Am 14. April 1849 befürwortete das Justizministerium aufgrund einer von Goegg unterzeichneten Flugschrift ein Eingreifen. Goegg, der um Erholungsurlaub gebeten hatte, sollte zunächst versetzt werden; angesichts der zu befürchtenden weiteren politischen Betätigung wurden jedoch härtere Maßnahmen erwogen. Goegg kam diesen zuvor, indem er am 10. Mai 1849 sein Entlassungsgesuch einreichte, worauf die Behörde nach Erteilung einer Rüge wegen eigenmächtiger Kündigung Goegg am 12. Mai mitteilte, *daß Hauptzollamtsassistent Goegg hiermit des Dienstes entlassen werde*; am 14. September 1849 wurde sein Name endgültig aus der Liste der Cameralpraktikanten gestrichen. Seine berufliche Karriere als Beamter war damit unwiderföflich beendet.

Der Revolutionär

Die Verabschiedung der neuen Reichsverfassung in Frankfurt am 27. März 1849 wurde von den badischen Demokraten mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen. Mit dem Beschluß, daß Deutschland ein bundesstaatliches Kaiserreich werden sollte, war die Möglichkeit verstellt, auf legalem Weg eine Republik zu erreichen. Noch enttäuschender allerdings war für die Demokraten die Ablehnung der Kaiserwürde durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. am 28. April 1849, die als schwere Bröskierung empfunden wurde.

Auf das Scheitern der Paulskirchenversammlung reagierte Goegg entschlossen. Bereits am 14. April hatte er in einem Aufruf hoffnungsvoll und zugleich kampfbereit geäußert: *Wir wollen gerüstet sein, wenn uns die Nationalversammlung ruft, mögen auch diejenigen es sein, welche schon so oft versichert haben, daß sie mit Gut und Blut einsteher wollten für die ohne Vereinbarung mit den Fürsten zu schaffende deutsche Verfassung*⁴³. Entschlossen, die Reichsverfassungskampagne mitzutragen, rief Goegg nach Bekanntwerden von Kämpfen in der benachbarten Pfalz nach der Ablehnung der Reichsverfassung durch Bayern auch die Mannheimer auf, sich zu bewaffnen, um gegebenenfalls *sein Recht und seine Freiheit mit den Waffen zu schirmen*⁴⁴. Ebenso berief Goegg Anfang Mai eine geheime Versammlung nach Mannheim ein, der Demokraten aus der Pfalz, aus Württemberg, Hessen, Nassau und Mitglieder des Clubs Donnersberg Folge leisteten. Goegg verkündete die Einberufung einer demokratischen Versammlung nach Offenburg. Während Goegg hierbei für die Ausrufung der Repu-

blik plädierte, stimmte die Mehrheit der Versammelten lediglich für den Anschluß an die Reichsverfassungskampagne; Goegg beugte sich dem Mehrheitsbeschluß. Am 4. Mai 1849 kündigte Goegg aus Mannheim per Aufruf an alle Volksvereine für den 12. Mai einen Landeskongreß in Offenburg an sowie für den nächsten Tag eine allgemeine Volksversammlung⁴⁵.

Am Wochenende des 12./13. Mai 1849 überschlugen sich die Ereignisse. Zunächst tagten am 12. Mai 1849 in Offenburg die Deputierten der 400 Volksvereine. Da Brentano nicht anwesend war, lag die Leitung der Tagung allein in den Händen Goeggs, der die konkreten Forderungen vorbereitet hatte. Kernstreitpunkt war die Frage der künftigen Staatsform. Die gemäßigten Demokraten, die die Majorität besaßen, konnten sich erneut mit ihrer Politik des Konstitutionalismus gegen die radikalen Republikaner um Goegg durchsetzen, die nach wie vor die Republik wollten. Die Karlsruher Regierung wurde zum Rücktritt aufgefordert und Neuwahlen beschlossen. Die gemäßigten Beschlüsse der Versammlung wurden allerdings bei Bekanntgabe vom Volk mit Enttäuschung registriert und mit Pfiffen bedacht. Daß zeitgleich in der Garnison Rastatt eine Revolte⁴⁶ ausgebrochen war, wußten die Versammelten noch nicht. In Rastatt kam es zu Verbrüderungen der Soldaten mit den Bürgerwehren. Die Versuche der Offiziere, Versammlungen der Soldaten zu verhindern, führten zu Tumulten, in deren Verlauf es den Aufständischen gelang, die Festung in ihre Gewalt zu bringen⁴⁷.

Am Vormittag des 13. Mai traf sich in Offenburg der Landesausschuß der Badischen Volksvereine unter Leitung Goeggs; Brentano war immer noch nicht in Offenburg eingetroffen. Goegg – durch die radikale Stimmung der auf den Straßen Versammelten ermutigt – wollte, ohne die Reaktion des Großherzogs auf die Beschlüsse vom Vortag abzuwarten, die Republik ausrufen. Abermals wurde er jedoch von der Mehrheit der Deputierten zurückgehalten, die erst nach Bekanntgabe der Reaktion des Großherzogs ihr weiteres Vorgehen ausrichten wollten. Auch bei den inzwischen aus Rastatt eingetroffenen Soldatendeputierten fand Goegg zunächst nicht die erhoffte Unterstützung in bezug auf eine Proklamation der Republik. Um die Erregung in der Bevölkerung zu schüren, ernannte Goegg aus der Volksversammlung dreißig Kommissare, die in allen badischen Städten für die Republik agieren sollten. Am Nachmittag eröffnete Goegg die auf ca. 30–40000 Menschen aus allen Teilen Deutschlands und auch aus Frankreich bzw. der Schweiz angewachsene Volksversammlung mit den Worten: *Nicht viel reden wollen wir diesmal, sondern handeln*⁴⁸. Der enthusiastisch gestimmten Versammlung legte Goegg ein in der Nacht zuvor ausgearbeitetes 16-Punkte-Programm vor, das nach Verkündung unter stürmischem Beifall von der Versammlung angenommen wurde⁴⁹. Erstmals wurden in

dem Programm zusätzlich zur unbedingten Zustimmung zur Paulskirchenverfassung, zur Bildung einer neuen Regierung, zur Auflösung der Landtage und nachfolgenden Neuwahlen, zur Volksbewaffnung und zur Bildung von Geschworenengerichten auch sozialpolitische Forderungen genannt⁵⁰. Trotz der begeisterten Annahme seines Programmes vermied es Goegg jetzt, den Augenblick für die von ihm gewünschte Proklamation der Republik zu nützen.

Ein neuer Landesausschuß aus 22 Mitgliedern wurde gewählt, zu denen in den nächsten Tagen noch sieben weitere hinzu kamen; an der Spitze stand wiederum Lorenz Brentano⁵¹. Weitere Auseinandersetzungen um den Kurs des Landesausschusses waren dadurch vorprogrammiert. Für Goegg war vor allem die Wahl Ficklers in den Landesausschuß wichtig: *Fickler, das Vorbild eines biederen, entschiedenen, unerschütterlich ausharrenden Volksmannes, konnte Brentano mit mehr Erfolg entgegentreten als ich, der in diesen ersten Tagen der Revolution noch nicht bekannt und populär genug war*⁵².

Goegg zog mit einigen Mitgliedern des Ausschusses sowie Teilnehmern der Versammlung am Abend des 14. Mai nach Rastatt. Aber anstatt des erwarteten jubelnden Empfangs wurde ihm zunächst der Einlaß verwehrt; erst nach langen Verhandlungen durfte Goegg mit einigen Soldatenabgeordneten in der Festung ihren Aufruf verlesen, der aber reserviert aufgenommen wurde⁵³.

Am 14. Mai erschien eine Deputation aus Karlsruhe in Rastatt und berichtete über blutige Auseinandersetzungen vom Vorabend, in deren Verlauf der Großherzog nach Ablehnung des Offenburger Programms mit einem Teil seiner Minister aus der Karlsruher Residenz nach Frankfurt geflohen und das Land faktisch ohne Regierung sei. Mit dem inzwischen in Rastatt eingetroffenen Brentano und Goegg an der Spitze zog der Landesausschuß nach Karlsruhe zum Rathaus, wo Brentano vor den anwesenden Gemeinderäten die Flucht des Großherzogs bedauerte und betonte, der Landesausschuß übernehme nur provisorisch die Regierung. Die Offiziere wurden auf die Reichsverfassung und den Landesausschuß vereidigt⁵⁴. Bei dem erneuten Versuch, die Republik auszurufen, blieben Goegg und seine Gesinnungsanhänger in der Minderheit – per Abstimmung wurde dieses Anliegen verworfen. Brentano übernahm als Regierungschef das Innen- und Außenministerium, Joseph Ignaz Peter das Justizministerium, Oberleutnant Eichfeld das Kriegsministerium; das Finanzministerium wurde Goegg zugesprochen, nachdem Fickler abgelehnt und der Finanzministerialpräsident Hoffmann mit dem Großherzog geflohen waren⁵⁵. Mit der Übernahme dieses Postens hoffte Goegg, ein Gegengewicht zu den Gemäßigten um

Brentano bilden zu können. Umgekehrt dürfte „die Bedeutung, welche Goegg sich früher schon als Leiter des Mannheimer Vorortes der Volksvereine und in Offenburg als Antragsteller der sechzehn Forderungen gegeben hatte, (...) Brentano (gezwungen zu haben), einen Mann zum Minister zu machen, der seiner Politik nicht unbedingt ergeben war⁵⁶.

Ende Mai war von der Proklamation einer Republik keine Rede mehr. Goegg selbst hatte sich nicht getraut, in diesem Punkt allein gegen die Mehrheitsbeschlüsse der Demokraten, gestützt nur auf die revolutionäre Stimmung in Offenburg, vorzugehen. Brentano, der die Mehrheit des Ausschusses hinter sich wußte, bemühte sich vor allem um Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und die Wiederherstellung der alten Zustände; revolutionäre Neuerungen waren ihm fremd⁵⁷. Zwar wurden einige Forderungen des „Offenburger Programms“ per Dekret verkündet, aber sozialpolitische Änderungen, wie Goegg sie vehement gefordert hatte, wurden nicht geplant. Die bestehende Verwaltung wurde übernommen, alle Beamten behielten ihre Posten, wurden jedoch genauso wie die Militärs vereidigt⁵⁸. Die konkrete Arbeit der provisorischen Regierung gestaltete sich schwierig. Justizminister Peter begnügte sich mit administrativen Maßnahmen, ohne der Revolution neue Impulse zu geben. Kriegsminister Eichfeld erwies sich als unfähig und wurde von Mayrhofer abgelöst, der jedoch die Versorgung der so wichtigen Festung Rastatt vernachlässigte, was zu Unmut und Verwirrung bei den Soldaten führte⁵⁹. Goeggs Bemühungen, die Revolution in die Nachbarländer zu tragen⁶⁰, stießen bei Brentano auf Ablehnung. Erst auf Druck der radikalen Minderheit des Exekutivkomitees unter Führung Goeggs wurde Kontakt mit anderen Ländern gesucht. Größtenteils jedoch scheiterten diese grenzübergreifenden Kontaktaufnahmen. Lediglich mit der sich auch im Aufstand befindenden Pfalz gelang es vor allem aufgrund der Initiative Goeggs, am 17. Mai einen Vertrag zur gegenseitigen Unterstützung abzuschließen, ohne daß es zur Realisierung der getroffenen Vereinbarungen kam. Den Gemäßigten um Brentano war es gelungen, Goeggs Einfluß zurückzudrängen. Am deutlichsten wird die isolierte Stellung Goeggs in der provisorischen Landesregierung, als Brentano begann, Kontakt mit dem nach Frankfurt geflohenen Großherzog aufzunehmen und signalisierte, daß die Revolutionsregierung eine friedliche Lösung durch Vermittlung der Zentralgewalt, nicht aber durch preußische Truppen anstrebe⁶¹; von dieser Verhandlung war Goegg weder informiert, noch nahm er daran teil.

Goegg selbst schrieb später verbittert über Brentano: *Er war kein Republikaner voll Überzeugung; er war nur der gewandte Vertheidiger von allbekannten, allbeliebten Republikanern, wodurch er eine Popularität erwarb, welche ihn nach dem Ausbruch der von ihm nicht gewünschten und nicht vorbereiteten Revolution an einen Platz stellte, für den er keine Sympathie,*

*für den er nicht die geeignete Fähigkeit hatte, den aber seine Eitelkeit annehmen ließ ... Endlich gehört Brentano zur großen Zahl derer, welche in kleinerem oder größerem Kreise Politiker oder sogenannte Staatsmänner zu sein wähnen, weil sie den Verstand zur Kritik, zu Intrigen, zu constitutionellen Advocatenkünsten haben, welche aber hohen Ideen, kühner Ansichten und der tiefen Ueberzeugung, daß im Interesse der Völker eine durchgreifende, politische und sociale Umgestaltung geschehen müsse, durchaus nicht fähig sind, welche mit einem Wort die Aufgabe der Zeit nicht verstehen ...*⁶².

Goegg war allerdings auch nicht in der Lage, das Finanzministerium in innovativ-revolutionärem Sinne zu führen. Ihm fehlte für gezielte Veränderungen das nötige Geld. Ein Aufruf Goeggs vom 17. Mai 1849 an die Bevölkerung zur freiwilligen finanziellen Unterstützung verhallte ungehört; die revolutionäre Begeisterung war verpufft. Struve hatte ihm geraten, das Geld der wohlhabenden Bourgeoisie für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen und durch Einziehung der Domänen, des Kirchengutes und des Gemeindegutes sowie des Vermögens sämtlicher Reaktionäre die nötigen Geldmittel aufzutreiben; Goegg folgte diesen Ratschlägen nicht⁶³. So wurde auch Goeggs oberstes Anliegen ein *geregelter Geschäftsgang*⁶⁴. Personelle Veränderungen gab es im Finanzministerium ebenfalls keine. Vorwürfe, er habe sich keinerlei Kenntnis des Kassenbestandes beschafft, weder die Schlüssel zu den Kassen noch die Bücher, aus welchen der Kassenbestand ersichtlich werde, übergeben lassen, und so nicht einmal gemerkt, daß hinter seinem Rücken die alten Beamten dem Großherzog von Baden Gelder zugeschoben hätten⁶⁵, dementierte Goegg entschieden⁶⁶. Desweiteren forcierte Goegg in keiner Weise die von ihm selbst in Offenburg propagierten Sozialreformen. So entstand der Eindruck, das Finanzministerium werde *schlaffer, ängstlicher, reaktionärer und bürokratischer verwaltet als irgend ein anderes Departement*⁶⁷. Ursache hierfür könnte das Dilemma gewesen sein, daß Goegg vor der Revolution noch eine untergeordnete Stellung in dem streng hierarchischen System des Finanzministeriums innehatte, welches er jetzt auf einmal zu leiten hatte⁶⁸. So war Goegg mit einem Ministerium betraut, dessen Führung ihn völlig absorbierte und seinen revolutionären Willen lähmte⁶⁹. Er dürfte das Dilemma bzw. die unbefriedigende Situation selbst gespürt haben. Anlässlich einer Sitzung am 10. Juni versuchte er selbstkritisch, sich zu rechtfertigen mit dem Hinweis, er habe das Finanzressort nie angestrebt und es nur widerwillig angenommen, weil kein geeigneter Mann sich habe finden lassen. Es sei *schwer, in revolutionären Zeiten Ordnung im Haushalt zu haben und allen Bedürfnissen Rechnung zu tragen*⁷⁰. Seinen Ministerposten gab Goegg daher im Juni 1849 auch bereitwillig an Heunisch ab, nicht ohne zuvor einen genauen Rechenschaftsbericht abgegeben zu haben⁷¹.

Als im Juni 1849 sich nach langem Zögern Großherzog Leopold von Baden entschloß, Preußen um militärische Hilfe gegen die badische Revolutionsarmee zu bitten, versuchte diese unter der Leitung Leutnants Franz Sigel, der auf Betreiben Goeggs seit 25. Mai den Oberbefehl innehatte, mit einem Offensivplan dieser Bedrohung zu entgegnen und gegen Frankfurt vorzurücken; Sigels Plan scheiterte, und er verlor ein Gefecht gegen die Übermacht der Reichstruppen. Brentano, der von vorneherein jegliche Offensive abgelehnt hatte, enthob Sigel nun von seinem Posten, mußte ihn allerdings unter dem Druck Goeggs kurze Zeit später wieder einsetzen⁷².

Die Auseinandersetzungen zwischen Goegg und Brentano verschärfen sich nach der Wahl zur „konstituierenden Landesversammlung“ am 3. Juni 1849, bei der Gustav Struve als zu radikaler *Terrorist*⁷³ übergangen worden war. Struve versuchte daraufhin, radikale Demokraten aus ganz Deutschland in einem „Klub des entschiedenen Fortschritts“ neu zu organisieren, um eine Opposition zu bilden. Obwohl Goegg der Regierung angehörte, wurde er in die Pläne eingeweiht und um Rat gefragt; er billigte diesen *längst gewünschten Schritt*⁷⁴. Als am 6. Juni sich in Karlsruhe der Klub unter dem Vorsitz Struves konstituierte, war Goegg als einziges Mitglied der Regierung anwesend. In der anschließenden Debatte kam der Antrag auf, die Regierung mit Waffengewalt zu einem Kurswechsel in ihrer Politik zu bestimmen. Goegg ergriff daraufhin das Wort, begrüßte zunächst den Versuch, die provisorische Regierung voranzutreiben und zu belehren, appellierte jedoch, *den Männern, welche ihr ganzes Leben und Glück bisher der Freiheit und der Revolution geopfert, und wenn auch nicht die beste Einsicht, so doch den besten Willen hätten, nicht mit Bajonetten wie Feinden entgegenzutreten*⁷⁵. Der Antrag wurde abgelehnt, die Beschlüsse des Klubs jedoch der Regierung vorgetragen, die sie – Brentano fühlte sich persönlich angegriffen – erst nach Widerstreben und Fürsprache Goeggs positiv beurteilte. Im Widerspruch zu dieser Haltung ließ jedoch Brentano die Vermittler verhaften und Struve als Geisel festnehmen. Als Goegg, der von der ganzen Sache nichts wußte, im Rathaus eintraf und die Verhafteten sah, rechtfertigte Brentano sein Vorgehen damit, daß Struve einen gewaltsamen Sturz der Regierung geplant hätte. Goegg selbst sah später die Ursache für die Verhaftung im undiplomatischen Auftreten Struves, das den Anschein einer Verschwörung hervorgerufen habe⁷⁶; dem Vorwurf der Verschwörung widersprach Struve, der Goegg vorhielt, er selbst habe vorgeschlagen, die Versammlung nicht durch öffentlichen Anschlag, sondern durch Privatmitteilungen zusammenzurufen⁷⁷. Wie auch immer: Angesichts der aufgeheizten und feindlichen Stimmung drohte der Konflikt unter den Demokraten in einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Struves Anhängern und der auf Seiten Brentanos stehenden badischen Revolutionsarmee zu eskalieren. Nur aufgrund der Vermittlung Goeggs, der gegenüber Brentano for-



Goegg bei den Canonieren

(Stadtarchiv Offenburg)

derte, die Gefangenen freizulassen, was auch geschah, konnte der Ausbruch offener Kämpfe gerade noch verhindert werden⁷⁸.

Erneut stellt sich die Frage, weshalb Goegg Anfang Juni die Chance, seine eigenen republikanischen Ideen mit Hilfe Struves gewaltsam zu verwirklichen, nicht nützte, und sich statt dessen auf die Seite der Regierung stellte, die seinen eigenen Vorstellungen und Plänen immer Widerstand entgegengesetzt hatte. *Bei Gögg kollidierte offensichtlich das Verantwortungsbeußtsein des Politikers mit den Idealen des Revolutionärs. Am Ende trug die Überzeugung den Sieg davon, daß nur eine Loyalitätserklärung an die Regierung die innere Sicherheit des Landes gewährleisten konnte. Durch das Verhalten Brentanos waren die Ereignisse einem Höhepunkt entgegengetrieben worden. Als einziger Ausweg aus dieser Situation drängte sich eine gewaltsame Regierungsänderung auf. Dadurch fühlte sich Gögg gezwungen, die Interessen Struves, und damit seine eigenen, preiszugeben. Eine neu gebildete Regierung, das erkannte Gögg, hatte wohl keine Gelegenheit mehr, sich im Land Autorität zu verschaffen, da inzwischen der Krieg ausgebrochen war⁷⁹.* Hinzu kam, daß die Stimmung in der Bevölkerung, besonders beim mittleren bzw. gehobenen Bürgertum, eher zugunsten der von Brentano forcierten konstitutionellen Monarchie als für eine

Republik tendierte. Und auf einen Bürgerkrieg zwischen Gemäßigten und Radikalen wollte es Goegg vermutlich auf keinen Fall ankommen lassen.

Es ist schwierig, im Nachhinein die Positionen und Maßnahmen Brentanos und Goeggs zu bewerten⁸⁰. Ein unmittelbar beteiligter Zeitgenosse, der Reichskommissar Raveaux, hielt der badischen Revolutionsregierung allerdings drei gravierende Versäumnisse vor: *Die badische Erhebung hatte drei Momente, welche, wenn günstig benutzt, ganz Deutschland mit in die Bewegung gerissen haben würden. Der erste Moment war, unmittelbar nach dem Tage des 13. Mai, Württemberg und Hessen und das bairische Frankenland propagandistisch zu revolutionieren. ... Eichfeld versäumte durch seine Unfähigkeit und Feigheit den zweiten Moment, indem er den Angriffsplan am 24. Mai durch Contreordre unausführbar machte. Der dritte Moment war am 29. Mai gegeben, als Sigel das wieder gut machen sollte, was Eichfeld verdorben hatte*⁸¹. Vergleicht man diese Bewertung mit den Zielen Brentanos und Goeggs, so wird deutlich, daß Goeggs Versuche, schnelle Veränderungen herbeizuführen, sein Versuch, über die Grenzen Badens hinaus Verbündete zu suchen sowie der von ihm propagierte Offensivplan, auf Frankfurt vorzurücken, diesen Momenten entgegengewirkt hätten; ob sie hätten verhindert werden können, wird nicht zu klären sein.

Am 10. Juni trat in Karlsruhe die verfassungsgebende Versammlung, die Konstituante zusammen. 65 Abgeordnete, unter ihnen Goegg und auch Brentano, waren berufen worden. Nach Eröffnung der Konstituante legte Brentano einen Rechenschaftsbericht der Revolutionsregierung vor. Goegg trat vom Posten des Finanzministers zurück⁸². Um angesichts der militärischen Bedrohung durch die preußische Interventionsarmee größere Effizienz zu erreichen, beschloß die Konstituante am 13. Juni, die Exekutive auf drei Männer zu beschränken. Goegg, der zunächst sogar gehofft hatte, zum alleinigen Diktator ernannt zu werden⁸³, wurde mit 47 Stimmen zusammen mit Brentano (55 Stimmen) und Werner (34 Stimmen) gewählt. Wieder war Brentano der große Widersacher Goeggs geworden, der auch sofort gemäßigte Mitglieder in die neue Regierung einband und selbst das Justizministerium übernahm; Goegg blieb ohne Ressort und war damit von Brentano politisch kaltgestellt worden. Er war genötigt, sich einen eigenen politischen Tätigkeitsbereich zu suchen, und wandte sich der Armee zu⁸⁴.

Aber auch in der Revolutionsarmee war sein Aufgabenbereich ungeklärt. Zum einen versuchte er, die bewaffnete Unterstützung der badischen Revolution durch das benachbarte Elsaß zu organisieren. Zum anderen schloß er sich direkt der Revolutionsarmee an und betätigte sich hier als Agitator, der die Soldaten ermutigte und aufbaute. Bei erfolgreichen Gefechten an der Neckarlinie am 15./16. Juni 1849 war Goegg an der Seite des polni-

schen Exilgenerals und Oberkommandierenden Mieroslawski. Am 22./23. Juni übernahm Goegg selbst die Gefechtsleitung bei Ubstadt, nachdem sich General Sznaide gegen die Anweisungen Goeggs mit dem Hauptkorps nach Bruchsal zurückgezogen hatte. Es gelang Goegg mit einigen badischen und rheinpfälzischen Volkswehrkompanien, das Vorrücken der Preußen nach Bretten zu verhindern. Doch die preußischen Truppen rückten auf Karlsruhe vor, so daß die Revolutionsregierung am 24. Juni die Stadt verließ und nach Freiburg floh. Während Brentano das gesamte Kriegsmaterial und auch die Akten in der Landeshauptstadt zurückgelassen hatte, versuchte Goegg, vor allem das Kriegsmaterial zu retten, was ihn nach einigen Verhandlungen mit der Karlsruher Bürgerwehr auch gelang⁸⁵.

Am 28. Juni 1849 legte Brentano sein Amt nieder; ihm war Kontakt mit dem Feind, insbesondere mit dem Großherzog vorgeworfen worden, was als Verrat galt. Am 29. Juni lag die gesamte Regierungsgewalt in den Händen Goeggs und Werners, die mit Männern der äußersten Linken eine neue Regierung zusammenstellten.

Als am 1. Juli General Mieroslawski das Kommando niederlegte, wurde die Stimmung in Freiburg immer desolater; Auflösungstendenzen der Armee und eine konterrevolutionäre Haltung in der Bevölkerung waren zu spüren. Goegg selbst beurteilte die Situation so: *Ich stand sozusagen allein in Mitten der Empörer; trat aber deßhalb nur um so fester auf, brachte die irregeleiteten Soldaten zu ihrer Pflicht zurück und hielt mit Hülfe derselben die reactionäre Bürgerschaft und Bürgerwehr nieder, bis Sigel mit seinen Truppen erschien*⁸⁶. Am 4. Juli erkannte Goegg, daß es unmöglich war, Freiburg zu halten, und zog sich mit 6000 Mann in den Schwarzwald zurück. Dort versuchte Goegg, in Donaueschingen, Stockach und Konstanz neue Männer für Volkswehren zu gewinnen. Aber es war zu spät. Auch in der Bevölkerung hatte die gemäßigte Haltung die Oberhand gewonnen, sogar Barrikaden gegen die Revolutionsarmee wurden errichtet. Am Abend des 10. Juli, als Goegg mit ca. 1200 Soldaten in Allensbach weilte, kam eine Abordnung des Konstanzer Gemeinderats zu ihm und überredete ihn – aus Angst vor Gefechten in der Konstanzer Umgebung –, ins Exil in die Schweiz zu gehen. *Besiegt, nicht gebeugt, verlassen wir das Vaterland, und eure Taten sind der Grundstein zum künftigen, freien, einigen Teutschland!*⁸⁷, rief er seinen Soldaten in einer tief bewegten Rede zu, bevor *in geordnetem Zug ... der Rest der badischen Freiheitsarmee den neutralen Boden der freien Schweiz*⁸⁸ betrat.

Als Mitanstifter und Miturheber der Revolution sowie Mitglied der provisorischen Revolutionsregierung erwartete Goegg im Exil seine Verurteilung. Goegg verbat sich in einem Brief an seine Schwester, in dem er um

Auskunft über den Prozeß nachgefragt hatte, jegliche Pflichtverteidigung: *Ich will ... kategorisch erklären, daß ich durchaus nicht verteidigt sein will. Ich will nichts zur Verteidigung meiner revolutionären Handlungsweise gegenüber einer Staatsgewalt, deren offener Feind ich bin und sein will, gesagt sein wissen*⁸⁹. Am 23. August 1850 wurde er vom Großherzoglichen Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal in Abwesenheit des Hochverrates angeklagt und zu lebenslanger Zuchthausstrafe sowie zum Ersatz der Gelder, die er als Finanzminister der Provisorischen Regierung ausgegeben hatte, verurteilt; sein Vermögen wurde beschlagnahmt, die ihm von seiner Mutter Anne vermachten Grundstücke wurden zwangsversteigert⁹⁰. Zahlreiche Versuche seines Vaters Ignaz Goegg und auch eigene, dagegen Protest einzulegen, wurden zunächst zurückgewiesen, führten aber schließlich am 16. November 1856 zu einem Vergleich⁹¹.

Die Emigration

Nachdem Goegg in der Nacht vom 10. auf den 11. Juli die Staatsangelegenheiten dem Konstanzer Gemeinderat übertragen hatte, führte ihn sein Weg über Bad Gais und Zürich nach Genf, wo er am 14. September 1849 sich amtlich meldete⁹². Im Exil suchte er durch Briefe vom 21. Juli 1849 aus Bad Gais und 16. September 1849 aus Genf bei seiner Familie in Renchen Halt, um sich vor ihr für sein Verhalten zu rechtfertigen. Dabei wird deutlich, wie zentral für Goegg das Anliegen war, neben der politischen Umgestaltung auch die sozialen Verhältnisse zu verändern. *Der Geist der Zeit will aber nicht nur politische Gleichheit und Freiheit für die nunmehr vorgeschrittene gesamte Menschheit, nein, es muß eine soziale Umgestaltung vor sich gehen, wodurch jedem Menschen das gleiche Recht gegeben wird, wodurch jeder die gleiche Möglichkeit zu gleichem Genuß hat*⁹³. Da sich die Schweizer Bundesregierung gegen den diplomatischen Druck Badens und seiner antirevolutionären Verbündeten nicht entziehen konnte, die auf Auslieferung bzw. Ausweisung bestanden, reiste Goegg nach Paris, wo er sich bis März 1851 aufhielt⁹⁴.

In Paris traf Goegg auf revolutionäre Demokraten aus ganz Europa sowie auf seinen jüngeren Bruder Gustav, der an der Februarrevolution teilgenommen hatte. Seine politischen Aktivitäten setzte er sofort fort. Amand Goegg gehörte zu den Mitbegründern des Völkerbundes „Alliance des Peuples“, der im Winter 1849/50 ins Leben gerufen wurde⁹⁵. Außerdem gründete er zusammen mit anderen aus Deutschland geflohenen Revolutionären ein Revolutionskomitee, das eine erneute Volkserhebung in Baden und der Pfalz vorbereiten wollte⁹⁶. Und in dem im Juli 1850 gegründeten Zentralkomitee „Das demokratische Europa“ vertrat Goegg die deutschen Demokraten⁹⁷.

Trotz dieser nach wie vor politischen Aktivität und auch scheinbar relativer finanzieller Sicherheit durch Unterstützung des Vaters⁹⁸ deprimierte Goegg das Leben im Exil zusehends: *Ich bin körperlich in einer der bevölkertsten Städte der Welt und geistig bin ich Einsiedler, bin einsam und verlassen*⁹⁹. Dennoch reiften Ideen zu Plänen: *Ich will eine Geschichte der Völker nach ihrer sozialen Entwicklung herausgeben und zwar zuerst sozusagen als Versuch in kurzen Umrissen in populärer Sprache für die große Masse des deutschen Volkes unter dem Titel: „Was verstehen wir unter Sozialismus?“*¹⁰⁰. Auch andere Buchpläne entstanden. Die Veröffentlichung allerdings erwies sich als schwierig, es fehlten die finanziellen Mittel. Schließlich gelang es Goegg, verschiedene Schriften im Verlag des Völkerbundes zu veröffentlichen, u. a. „Rückblicke auf die badische Revolution unter Hinweisung auf die gegenwärtige Lage Teutschlands, von einem Mitgliede der badischen konstituierenden Versammlung“, allerdings ohne Nennung seines Namens¹⁰¹. Goeggs Optimismus und Idealismus für die Demokratie war trotz der schwierigen persönlichen Situation ungebrochen: *Es gibt keinen Zweifel, daß die wahre Demokratie, früher oder später, bei allen zivilisierten Völkern das einzige System wird. Lassen wir darum die Zweifler, die Ängstlichen, die Schwachen, die Kurzsichtigen und vor allem die Schlechten, die nur ihren Vorteil beim Absolutismus suchen, sagen und deklamieren, was sie wollen, wir unsererseits wollen unseren Weg mit Standhaftigkeit fortgehen. Wir werden zum Ziele kommen*¹⁰². Als Goegg eine Stellung in einem französischen Handelshause erhalten konnte, mit der er sein Einkommen zu sichern und damit die finanzielle Unterstützung des Vaters zu beenden hoffte, wurde er am 16. Januar 1851 in Paris auf offener Straße verhaftet, seine Wohnung durchsucht und seine Schriften beschlagnahmt. Unter Vorbehalt wieder freigelassen, mußte er von nun an mit seiner baldigen Ausweisung aus Frankreich rechnen¹⁰³.

Am 17. März 1851 verließ Goegg Paris und reiste nach London. Auch hier traf Goegg zahlreiche Bekannte, u. a. Joseph Fickler und Franz Sigel¹⁰⁴. Finanzielle Schwierigkeiten prägten sein Leben noch mehr als zuvor in Paris¹⁰⁵. Hinzu kamen Spannungen und Streitereien zwischen den verschiedenen demokratischen Emigranten. Goegg beschloß zusammen mit Gleichgesinnten, einen eigenen Verein zu gründen. Am 20. Juli 1851 trat der „Agitationsverein“ zusammen. Ziel war die Beschaffung von Geldspenden aus aller Welt zur Unterstützung der demokratischen Bewegung in Deutschland¹⁰⁶. Der Club bestand im wesentlichen aus Süddeutschen. Ihm stand rivalisierend eine Gruppe Norddeutscher um Gottfried Kinkel gegenüber¹⁰⁷. Nach mehreren Treffen gelang es, am 27. Juli 1851 eine Einigung zwischen beiden Gruppierungen zu erreichen. Nach langer Debatte wurde auf Antrag von Karl Schurz der „Deutsche Emigrationsclub“ als geschlossener politischer Verein gegründet, der auf Antrag eines Mitgliedes

andere deutsche Emigranten aufnehmen konnte¹⁰⁸. „Agitationsverein“ und „Emigrationsclub“ standen jetzt nebeneinander. Während es für Goegg kein Problem gab und er sich sogar in das Flüchtlingskomitee des Emigrationsclubs wählen ließ¹⁰⁹, versuchte der Emigrationsclub, sich entschieden vom Agitationsverein zu distanzieren. Goegg und die anderen Mitglieder des Agitationsvereines zogen die Konsequenzen und traten aus dem Emigrationsclub wieder aus¹¹⁰. Da beide Vereine in etwa die gleichen Ziele hatten – die Beschaffung von sogenannten deutsch-amerikanischen Revolutionsanleihen zur Unterstützung einer erneuten Revolution in Deutschland – kam es in der Folgezeit zu verstärkter Rivalität und Konkurrenz, die sich in persönlichen Angriffen und Intrigen entlud¹¹¹. Die Gruppierung um Marx und Engels verspottete und verhöhnte wiederum beide Parteien als bürgerliche Revolutionäre, zu denen für sie ganz besonders auch Goegg gehörte¹¹².

Ende des Jahres 1851 verließ Goegg England, um in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Vortragsreise zu beginnen, auf der er für die Revolution bzw. die demokratischen Anliegen werben wollte. Als Aufenthaltsorte sind Pittsburg und Cincinnati sowie die Gebiete an Mississippi und Missouri überliefert, geplant war ebenso der Besuch des Westens und Nordens sowie New York; auch ein Zusammentreffen mit Hecker strebte Goegg an¹¹³. Im Juli 1852 traf Goegg wieder in England ein und berichtete am 8. August dem Agitationsverein von seiner Reise, während der er zahlreiche Vereinsgründungen bewirkt hatte, die sich zum „deutschen Revolutionsbund“ zusammengeschlossen hatten¹¹⁴.

In England brach Ende 1852 die Agitation der Demokraten zusammen. Marx und Engels hatten den von ihnen geleiteten Bund der Kommunisten aufgelöst, die Veränderungen in Frankreich durch den Staatsstreich Louis Napoleons III. am 2. Dezember 1851 demoralisierten zusätzlich. Ein baldiges Wiederaufflackern der revolutionären Bewegungen in Europa schien in weite Ferne gerückt. Zahlreiche demokratisch Gesinnte emigrierten endgültig nach Amerika.

Im September 1852 brach Goegg vermutlich zu einer zweiten Reise nach Amerika auf¹¹⁵. Anfang 1853 kehrte er jedenfalls in die Schweiz nach Genf zurück, wo er Marie Mercier-Pouchoulin¹¹⁶ kennenlernte, eine hochgebildete Frauenrechtlerin und Tochter eines in Genf ansässigen Hugenotten. Als Goegg 1854 erneut aus der Schweiz ausgewiesen wurde, verließ Marie Pouchoulin ihren Mann und ihr Kind und folgte Goegg ins erneute Exil nach London. Am 1. April 1854 kam ihr gemeinsamer Sohn Wilhelm Egmund zur Welt¹¹⁷. Nachdem im Juli 1856 die Ehe Marie Pouchoulins geschieden worden war, heirateten sie und Amand Goegg. 1856 verließ

Goegg England wieder und versuchte nochmals, in Genf unterzukommen. Im Oktober 1856 gründete er hier zusammen mit dem Uhrmacher Christ Hanauer eine Spiegelfabrik, die sehr erfolgreich gewesen sein muß¹¹⁸. Im August 1857 kam sein zweiter Sohn zur Welt¹¹⁹.

Heimkehr und Weltreisen

Am 28. Februar 1862 vom badischen Großherzog offiziell begnadigt¹²⁰ – fünf Jahre später als die allgemeine Amnestie für Revolutionäre –, kehrte Goegg nach Baden zurück und ließ sich in Offenburg nieder, wo er die Leitung einer Glasfabrik übernahm. Goegg griff sofort sein politisches Engagement wieder auf, begann mit der Reaktivierung der demokratisch-gesinnten Kräfte in Baden und gründete einen demokratischen Volksverein. Die sozialen Probleme der Arbeiter blieben dabei für Goegg das zentrale Anliegen. In den neu gegründeten Arbeiterbildungsvereinen sah Goegg den richtigen Weg und setzte sich für ihr Fortbestehen ein. Die von Schulze-Delitzsch organisierten Selbsthilfeprogramme sah Goegg dagegen für unzureichend an, da sie nur den Kaufleuten und Handwerkern zugute kamen, nicht aber der Masse der Arbeiter. Ebenso hielt er Lassalles Plan von Produktivassoziationen mit Hilfe von Staatskrediten lediglich für eine Übergangslösung und propagierte für radikalere und wirksamere Lösungen¹²¹. Dennoch ist Goeggs Nähe und Sympathie mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unübersehbar, der er sich auch anschloß¹²². Er war der festen Überzeugung, daß die Partei *bei der Errichtung der künftigen deutschen Republik einen bedeutenden Einfluß ausüben und derselben einen sozialdemokratischen Charakter verleihen werde*¹²³. Nach dem Tod Lassalles findet sich anläßlich eines Aufrufes an die deutschen Sozialdemokraten vom 17. Juli 1869 im „Demokratischen Wochenblatt“ unter den Unterschriften der Arbeitervertreter auch die Unterschrift Goeggs¹²⁴. In dieser Zeit fand Goegg auch die Freundschaft Wilhelm Liebknechts¹²⁵.

Aufgrund der Erfahrungen der außenpolitischen Konflikte mit Dänemark 1864 und Österreich 1866 sowie aus dem Bewußtsein heraus, das nur der Friede eine sozial-demokratische Entwicklung fördern könne, berief Goegg am 9. September 1867 zusammen mit anderen europäischen Demokraten in Genf einen Kongreß ein, auf dem die „Friedens- und Freiheitsliga“ gegründet wurde¹²⁶. Goegg bemühte sich, auch Marx und Engels für diesen Kongreß zu gewinnen, und reiste nach England, wo er am 9. Januar 1868 zuerst in Manchester mit Engels, einen Tag später mit Marx in London zusammentraf¹²⁷. Auch dieser erneute Versuch, die beiden Theoretiker für sein Anliegen zu gewinnen, scheiterte und führte zur endgültigen Distanzierung vom Sozialismus¹²⁸.

Die letzten Lebensjahre sind von zahlreichen Reisen bestimmt, unterbrochen von kurzen Aufenthalten in der Heimat. 1872 erfolgte eine weitere Reise in die Vereinigten Staaten¹²⁹. 1873 kehrte Goegg nach Genf zurück und arbeitete in der „Allianz der Sozialistischen Demokratie“ mit¹³⁰. Am 13. September 1874 nahm Goegg in Mannheim an der Enthüllung eines Denkmals an die Opfer der in Mannheim standrechtlich erschossenen Revolutionäre von 1849 teil¹³¹. Als im Jahre 1876 in Renchen der 200. Todestag Grimmelshausens gefeiert wurde, hielt Goegg am 17. August 1876 die Eröffnungsansprache. Und als drei Jahre später aus diesem Anlaß ein Denkmal gesetzt werden sollte, wurde durch die Vermittlung Amand Goeggs ein vom Bildhauer Franz Breunig geschaffenes Denkmal erworben, das ursprünglich als Gedenkstein für die 1848/49 gefallenen Freischärler gedacht war. Im Rahmen einer Feier wurde das Grimmelshausen-Denkmal am 17. August 1879 auf dem ehemaligen Friedhof neben der katholischen Pfarrkirche in Renchen enthüllt, wobei abermals Goegg die Ansprache hielt¹³².

Zwischen diesen beiden Ereignissen liegt eine Weltreise, zu der Amand Goegg im Spätsommer 1876 aufgebrochen war. Neben Nordamerika besuchte er Australien und Neuseeland. 1879 kehrte er für einige Monate kurz nach Deutschland zurück, wo er in Renchen an der Denkmalsaufstellung beteiligt war. Im gleichen Jahr noch brach Goegg erneut auf, diesmal nach Buenos Aires, Uruguay, Brasilien und Paraguay. 1881 kam Goegg nach Texas und Mexico, von wo er zurück nach Europa kehrte¹³³.

1883 zog es Goegg in seine Heimatstadt Renchen zu seiner Schwester Anna zurück¹³⁴. Zwar sind für die Jahre 1884 eine Münchenreise sowie 1885 eine Italienreise überliefert, doch ließ sein angeschlagener Gesundheitszustand keine allzu großen Unternehmungen zu, worunter Goegg litt¹³⁵. Das einzige, was ihm noch blieb, waren eine rege Anteilnahme am politischen Geschehen¹³⁶ sowie der Briefkontakt mit alten Bekannten und Freunden¹³⁷. Amand Goegg verstarb im Alter von 77 Jahren am 21. Juli 1897. Sein Grabstein bezeichnet ihn als „Minister und Diktator der Badischen Republik von 1849“, als „Vorkämpfer der Demokratie, Sozialdemokratie“, als „Freidenker von konsequenter charakterlicher Gesinnung, verbunden mit Herzensgüte ... stets zur Belehrung und im Interesse des arbeitenden Volkes tätig“.

Politiker, Sozialrevolutionär oder Idealist?

Es fällt nicht leicht, die Rolle und Bedeutung Goeggs für das 19. Jahrhundert, insbesondere für die badische Revolution von 1848/49 zu beurteilen.

Zweifelsohne gehörte er, zumindest im Jahre 1849 und hier besonders in den Monaten Mai und Juni, zu den führenden Köpfen der Revolution. Was aber qualifizierte ihn für diese Position? Seine politische, seine sozialrevolutionäre oder gar seine idealistische Haltung bzw. Zielsetzung?

Als größter Verdienst des Politikers kann die Verwirklichung der Idee der politischen Volksvereine als Träger des demokratischen Bewußtseins gesehen werden. Der Aufbau und die Vernetzung der Volksvereine in den ersten Monaten des Jahres 1849 zu einem „revolutionären Stoßtrupp“ sowie die Erkenntnis, welche Möglichkeit politische Propaganda hier zu leisten vermag, erreichte eine Breitenwirkung, die alle anderen revolutionären Ereignisse wie den Heckerzug oder den Aufstandsversuch Struves überragte. Und die Tatsache, daß Lorenz Brentano als Vorsitzender des Landesausschusses der badischen Volksvereine aufgrund seiner mannigfaltigen Verpflichtungen mehr abwesend als anwesend war, läßt in dieser Phase den zweiten Vorsitzenden Amand Goegg als den entscheidenden Initiator aller politischen Aktivitäten der Volksvereine erscheinen. Das hierbei zutage tretende demokratische Bewußtsein, verbunden mit einem außerordentlichen Organisationsgeschick, charakterisieren Goegg treffend als „präzisen Techniker der Revolution“¹³⁸. Als Politiker hat er hier Großes geleistet.

Die Meinungen über die Rolle und Bedeutung Amand Goeggs als Revolutionär dagegen gehen weit auseinander. Schon unter den Zeitgenossen divergierten die Ansichten¹³⁹. Einerseits wurde ihm seine Radikalität vorgehalten, seine entschlossene Bereitschaft zu wirklichen Veränderungen, dann wieder seine zögerliche und kleinmütige abwartende Haltung. Ludwig Häusser, der Goegg noch als Studenten kennengelernt hatte, bezeichnet ihn als *ehrlichen Schwärmer, kurzsichtig und verrannt, aber gutmütig und uneigennützig*¹⁴⁰. Marx und Engels dagegen, die beiden großen Theoretiker des Sozialismus, hatten nur Spott und Hohn für ihn übrig¹⁴¹, nannten ihn immer wieder einen *Biedermann*¹⁴², einen *dummen Badenser*¹⁴³, der *von Natur aus ein Kleinbürger ist und ewig bleibt*¹⁴⁴, ja sogar einen *Esel*¹⁴⁵. Auch seine Leistung als Finanzminister in der provisorischen Regierung wird kritisch als *totale Unfähigkeit*¹⁴⁶ gewertet.

Die idealistische Charakterisierung kommt in seinem ganzen Leben immer wieder zum Ausdruck. Manifest wird sie in seiner programmatischen Schrift „Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf. Nebst einem Nachtrag“, die 1876 eine Neuauflage nebst Anhang erhielt. In diesem seinem politischen Bekenntnis vertritt Goegg nochmals in aller Schärfe seinen idealistischen Traum von einer sozialistischen Republik, die durch Berücksichtigung sozialer Komponenten wie Recht auf Arbeit und Staatsrente bei Arbeits-

unfähigkeit geprägt seien und in der Grundbesitz durchaus erlaubt, aber durch eine Maximalgrenze beschränkt werden sollte.

Vielleicht trifft Veit Valentin noch das ausgewogendste Urteil, wenn er schreibt: *Goegg ist die sympathischste Figur der badischen Mairevolution*. „Der wunderbarlich verkniffene Denkschädel mit den tiefliegenden Augen und der wißbegierig vorgestreckten Nase war das Gefäß eines lauterer Geistes ..., eine vielleicht zu weiche Natur ..., kein menschenverachtender Dialektiker, sondern ein Weltverbesserer ohne Giftzahn“¹⁴⁷. Welcher Beurteilung auch immer man näher zu stehen neigt, einige scheinen sich Zeitgenossen wie Historiker jedoch zu sein, daß Amand Goegg ein Mensch war, der wie kaum ein anderer für seine Ideale gelebt, gestritten und auch gelitten hat.

Anmerkungen

- 1 Die Schreibweise „Goegg“ dürfte erst ab 1840 gegolten haben, wie ein Eintrag im Taufbuch der Pfarrei Fautenbach, Jg. 1840, Nr. 29, S. 178 f., verdeutlicht. Im folgenden findet nur diese Schreibweise Verwendung.
- 2 Zu Herkunft der Familie und weiteren Verwandten vgl. GLAK 65/11846 (Stammtafel), sowie Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg 1820–1897. Biographische Dokumentation, in: Um Renchen und Grimmelshausen (Renchen 1976), S. 149–229, hier S. 153 sowie S. 216.
- 3 Restnachlaß Amand Goegg, Brief Goeggs vom 6.1.1850 aus Paris; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 153.
- 4 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 153.
- 5 Vgl. GLAK 76/2857.
- 6 Vgl. dazu Iris *Dinkelacker*, Armand Goegg (wie Anm. 2), S. 155, die vermutet, daß Anton Baumstark ein Vorfahre des bekannten Abgeordneten der katholischen Volkspartei Reinhold Baumstark sowie des gleichnamigen Orientalisten Anton Baumstark ist.
- 7 Vgl. Restnachlaß Amand Goegg, Brief Goeggs vom 23.2.1850 aus Paris; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 155.
- 8 Vgl. dazu Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 155, die auch den Streich näher beschreibt.
- 9 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2) S. 155, die von der Begegnung mit der Bürgerstocher Agnes E., die wohl seine erste Liebe gewesen sein dürfte, berichtet, ohne daß diese Beziehung nachweislich Spuren in seinem Leben hinterlassen hätte.
- 10 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 155.
- 11 Vgl. GLAK 76/2857.
- 12 Für die Wahl des Studienortes könnte seine frühere Bekanntschaft mit der Familie von Rotteck eine Rolle gespielt haben, wengleich Karl von Rotteck 1832 aufgrund seiner politischen Tätigkeit seine Professur verloren und im November 1840 verstorben war.
- 13 Vgl. GLAK 76/2857. Zum heute nicht mehr existenten Studium der „Cameralwissenschaften“ vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2) S. 158.
- 14 Vgl. GLAK 76/2857.

- 15 Vgl. dazu Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2) S. 159, die die Hintergründe und den Ausgang des Duells genauer beschreibt.
- 16 Vgl. GLAK 76/2857.
- 17 Vgl. dazu Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 159, die die Begegnung genauer beschreibt.
- 18 Vgl. Amand *Goegg*, Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf. Nebst einen Nachtrag, Zürich 1876, S. 13.
- 19 So Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2) S. 160; anders Franz Lautenschlager, Amand Goegg, ein badischer Achtundvierziger. Zur Hundertjahrfeier der deutschen Revolution 1848/49, in: ZGO 96, 1948, S. 9–38, hier S. 23, der gesundheitliche Gründe anführt.
- 20 Vgl. GLAK 76/2856 und GLAK 76/2857.
- 21 Vgl. GLAK 76/2856, wo Goegg als „hinlänglich befähigt“ bezeichnet wird. Mögliche Ursachen für dieses Prüfungsergebnis vermutet Frank Lautenschlager, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 23, in der schlechten Empfehlung, die Goegg aufgrund des politischen Vorfalls von 1843 aus Heidelberg mit nach Karlsruhe gebracht haben dürfte.
- 22 Vgl. GLAK 76/2856.
- 23 Zum Verlauf der Reise vgl. Franz Lautenschlager, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 23.
- 24 Vgl. Franz *Lautenschlager*, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 23; ähnlich E. Strobel, Amand Goegg. Republikaner aus Überzeugung, in: *Badische Heimat* 49, 1969, S. 165–167, hier S. 166; ähnlich Wolfgang Hug, Amand Goegg – Revolutionär mit kühlem Kopf und heißem Herzen, in: *Badische Heimat* 77, 1997, S. 539–547, hier S. 541.
- 25 Vgl. GLAK 76/2856.
- 26 Vgl. GLAK 76/2856.
- 27 Zu Gustav Goegg, der 1827 geboren wurde, vgl. Franz *Lautenschlager*, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 25 und S. 32, Anm. 8.
- 28 Amand *Goegg*, Rückblick auf die badische Revolution unter Hinweis auf die gegenwärtige Lage Deutschlands (Paris 1851), S. 12.
- 29 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 166.
- 30 Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs an Sigel; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 167, Anm. 82.
- 31 Dazu vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 166 f.
- 32 Vgl. Amand *Gögg*, Rückblick (wie Anm. 28), S. 8.
- 33 Amand *Gögg*, Rückblick (wie Anm. 28), S. 12.
- 34 Vgl. Franz *Walter*, Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 2: Geschichte Mannheims vom Übergang nach Baden (1802) bis zur Gründung des Reiches (Mannheim 1907), S. 361.
- 35 Amand *Gögg*, Rückblick (wie Anm. 28), S. 15.
- 36 Amand *Gögg*, Rückblick (wie Anm. 28), S. 15.
- 37 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 169.
- 38 Vgl. Franz *Sigel*, Denkwürdigkeiten aus dem Jahre 1848 und 1849, hrsg. von W. *Blos* (Mannheim 1902), S. 56.
- 39 Wolfgang *Hug*, Amand Goegg (wie Anm. 24), S. 543.
- 40 Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 169.
- 41 Amand *Gögg*, Rückblick (wie Anm. 28), S. 16.
- 42 Der gesamte Konflikt ist aus den Personalakten Goeggs ersichtlich (vgl. GLAK 76/2856 und 2857). Vgl. auch Franz *Lautenschlager*, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 26 f.

- 43 Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badisch-pfälzischen Revolution* (Heidelberg 1851), S. 276 f.
- 44 Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten* (wie Anm. 43), S. 263 f.
- 45 Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten* (wie Anm. 43), S. 297 ff.
- 46 Einen wesentlichen Einfluß auf die Revolte dürften die Agitationen Goeggs ausgeübt haben, da er die demokratisch gesinnten Wortführer der Soldaten zu einer Demonstration zu Gunsten der Reichsverfassung aufgestachelt hatte.
- 47 Zum genauen Verlauf der Tumulte vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 171.
- 48 Amand Gögg, *Rückblick* (wie Anm. 28), S. 23.
- 49 Vgl. Johann Philipp *Becker/Christian Essellen*, *Geschichte der südbadischen Mairevolution des Jahres 1849*, (Genf 1849), S. 63.
- 50 Vgl. Johann Philipp *Becker/Christian Essellen*, *Geschichte* (wie Anm. 49), S. 71.
- 51 Vgl. Gustav *Struve*, *Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden* (Bern 1849, ND Freiburg 1980), S. 159.
- 52 Amand Gögg, *Rückblick* (wie Anm. 28), S. 46.
- 53 Vgl. Amand Gögg, *Rückblick* (wie Anm. 28), S. 26.
- 54 Vgl. Amand Gögg, *Rückblick* (wie Anm. 28), S. 28f.
- 55 Vgl. Gustav *Struve*, *Geschichte* (wie Anm. 51), S. 171.
- 56 Vgl. Johann Philipp *Becker/Christian Essellen*, *Geschichte* (wie Anm. 49), S. 98 f.
- 57 Die zeitgenössische Literatur bezeichnet ihn als den „revolutionärsten Konservativen“ bzw. als den „konservativsten Revolutionär“ (so Christian *Abt*, *Die Revolution in Baden und die Demokraten* [Hersau 1849], S. 148) bzw. als „Philister, ... der vor dem Mai den Brand legte und jetzt gern löschen wollte“ (so Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten*, wie Anm. 43, S. 399).
- 58 Vgl. Amand Gögg, *Rückblick* (wie Anm. 28), S. 31, über die Differenzen in bezug auf die genaue Eidesformel zwischen ihm und Brentano, der sich erneut durchsetzen konnte. Vgl. dazu ebenso W. *Real*, *Die Revolution in Baden 1848/49* (Berlin-Köln-Mainz 1983), S. 125 ff.
- 59 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 7 (Berlin 1960), S. 142: *Über den Mangel an energischer und fähiger Leitung endlich wurde überall geklagt.*
- 60 Friedrich Engels nennt bei einer Zusammenkunft in Karlsruhe am 21. Mai 1849 mit Mitgliedern des Landesausschusses lediglich Blind und Goegg als Befürworter einer Ausweitung der revolutionären Bewegung (vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 7 [Berlin 1960], S. 143).
- 61 Vgl. Veit *Valentin*, *Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849*, Bd. 2 (Köln und Berlin 1970), S. 522.
- 62 Amand Gögg, *Rückblick* (wie Anm. 28), S. 41 f.
- 63 Vgl. Gustav *Struve*, *Geschichte* (wie Anm. 51), S. 183.
- 64 Johann Phillip *Becker/Christian Essellen*, *Geschichte* (wie Anm. 49), S. 131.
- 65 Vgl. Franz *Raveaux*, *Mitteilungen über die Badische Revolution* (Frankfurt/M. 1850), S. 66.
- 66 Vgl. Amand *Goegg*, *Aufschlüsse* (wie Anm. 18), S. 115 f.
- 67 Johann Philipp *Becker/Christian Essellen*, *Geschichte* (wie Anm. 49), S. 130.
- 68 Goegg war schließlich nur zwei Tage, nachdem er vom Finanzminister seines Beamtenpostens enthoben worden war, dessen Nachfolger geworden.
- 69 Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 179 f.
- 70 Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten* (wie Anm. 43), S. 529 f.
- 71 Vgl. dazu Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 180.

- 72 Vgl. Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 70 f.
- 73 Ludwig Häusser, Denkwürdigkeiten (wie Anm. 43), S. 639.
- 74 Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 46.
- 75 Johann Philipp Becker/Christian Essellen, Geschichte (wie Anm. 49), S. 174.
- 76 Vgl. Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 47.
- 77 Vgl. Gustav Struve, Geschichte (wie Anm. 51), S. 200.
- 78 Vgl. Johann Philipp Becker/Christian Essellen, Geschichte (wie Anm. 49), S. 196; dazu vgl. auch ausführlich Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 183.
- 79 Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 183.
- 80 Vgl. dazu Veit Valentin, Geschichte (wie Anm. 61), S. 417 f.
- 81 Franz Raveaux, Mitteilungen (wie Anm. 65), S. 68.
- 82 Vgl. Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 52, sowie Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 184.
- 83 Vgl. Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 51 ff.
- 84 Vgl. Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 51 f.; vgl. ebenso Marx-Engels-Werke, Bd. 7 (Berlin 1960), S. 178.
- 85 Vgl. Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 84.
- 86 Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 92.
- 87 Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 98.
- 88 Amand Gögg, Rückblick (wie Anm. 28), S. 98.
- 89 Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs vom Herbst 1849; zitiert nach Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 195.
- 90 Vgl. GLAK 237/3153 und GLAK 237/3155, sowie die aus dem Jahre 1852 durch das Polizeiamt Karlsruhe an das Polizeipräsidium Berlin gegebene Auskunft über Goegg (GLAK 236/8221).
- 91 Vgl. GLAK 237/3154.
- 92 Dazu vgl. Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 192.
- 93 Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs aus Genf vom 16.9.1849; zitiert nach Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 191.
- 94 Vgl. Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 192, mit Anm. 308, die von ursprünglichen Reiseplänen nach England berichtet; auch der badische Konsul in Le Havre meldete zum November 1849 Goeggs Überfahrt nach England.
- 95 Vgl. Amand Goegg, Aufschlüsse (wie Anm. 18), Vorwort S. 5.
- 96 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 14 (Berlin 1961), S. 457.
- 97 Vgl. Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs vom 6.1.1850; zitiert nach Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 198.
- 98 Vgl. Marx-Engels-Werke, Bd. 27 (Berlin 1963), S. 538, Brief Marx' an Karl Blind vom 17. Juli 1850: *Nun höre ich, daß Goegg in Paris über ein bedeutendes Kapital in diesem Augenblick verfügt ...*
- 99 Vgl. Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs vom 6.1.1850 aus Paris; zitiert nach Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 198.
- 100 Vgl. Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs vom 23.2.1850 aus Paris; zitiert nach Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 198.
- 101 Vgl. Amand Goegg, Aufschlüsse (wie Anm. 18), Vorwort, S. 6. Zu den hier geäußerten politischen Ideen vgl. auch Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 198 ff.
- 102 Restnachlaß Amand Gögg, Brief Göggs vom Herbst 1850 aus Paris; zitiert nach Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 200.
- 103 Vgl. GLAK 236/8218. Zu diesen Ereignissen vgl. auch Iris Dinkelacker, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 201.

- 104 Vgl. Restnachlaß Amand Gögg, Brief Sigels vom 23. Mai 1851, London; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 202, sowie Franz *Sigel*, Denkwürdigkeiten (wie Anm. 38), S. 145.
- 105 Vgl. Restnachlaß Amand Gögg, Brief Sigels vom 23. Und 27. Mai 1851, London; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 202.
- 106 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 27 (Berlin 1963), S. 323.
- 107 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 27 (Berlin 1963), S. 323 ff., sowie ebd., Bd. 8 (Berlin 1960), S. 325 f.
- 108 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 8 (Berlin 1960), S. 325 f.
- 109 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 27 (Berlin 1965), S. 324.
- 110 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 8 (Berlin 1960), S. 329.
- 111 Über den „Krieg zwischen Agitation und Emigration“ vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 8, (Berlin 1960), S. 331.
- 112 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 7 (Berlin 1960), S. 135–145, sowie ebd., Bd. 27 (Berlin 1965), S. 259 und S. 261, wo Engels an Marx schreibt: *Sei froh, daß Herr Gögg nicht zu Dir gekommen ist. Le diable emporte toutes ces médiocrités gonflées.*
- 113 Vgl. Restnachlaß Amand Goegg, Brief Sigels vom 1.4.1852 aus Brighton und Brief Sigels vom 27.4.1852 aus Southampton; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 205.
- 114 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 28 (Berlin 1963), S. 107 ff. und S. 114.
- 115 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 28 (Berlin 1963), S. 129 und S. 566, der kritisch behauptet, die Reise hätte nur nach Straßburg geführt, wo Goegg Vermögensangelegenheiten geregelt haben soll.
- 116 Zu ihrer Person und ihrem Einfluß auf Goegg vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 206, sowie vor allem Berta *Rahm*, Marie Goegg-Pouchoulin, 1824–1899. Die mutige Kämpferin für Frieden, Freiheit und Menschenrechte, in: Um Renchen und Grimmelshausen (Renchen 1976) S. 230–235; Berta *Rahm*, Marie Goegg (geb. Pouchoulin) (Schaffhausen 1992).
- 117 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 206 mit Anm. 402.
- 118 Vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 207.
- 119 Vgl. GLAK 65/11846.
- 120 Vgl. GLAK 234/1897; dazu vgl. auch Franz *Lautenschlager*, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 35, Anm. 15.
- 121 Vgl. Amand *Goegg*, Aufschlüsse (wie Anm. 18), S. 184 ff.
- 122 Vgl. Wolfgang *Hug*, Goegg, Amand, in: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, hrsg. von M. Asendorf/R. von Bockel (Stuttgart-Weimar 1997), S. 209–211, hier S. 211. Wann Goegg allerdings der Sozialdemokratischen Partei beitrug, ist unklar (dazu vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg, wie Anm. 2, S. 210, mit Anm. 437 f.)
- 123 Amand *Goegg*, Aufschlüsse (wie Anm. 18), S. 185 f.
- 124 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 32 (Berlin 1965), S. 356. Inwieweit Goegg, von dessen persönlichem Auftritt nichts überliefert ist, auch Einfluß auf den im August 1869 in Eisenach stattfindenden Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) ausübte, bleibt offen; in Eisenach jedenfalls wurden *Forderungen artikuliert, für die Goegg jahrelang gekämpft hatte: Errichtung der Republik, allgemeine, gleiche und geheime Wahl, Abschaffung des Lohnsystems, Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredite für die freien Produktivgenossenschaften, Trennung von Kirche und Staat* (Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg wie Anm. 2, S. 210).
- 125 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 32 (Berlin 1965), S. 356 und S. 370.

- 126 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 31 (Berlin 1965), S. 665 mit Anm. 366. Auf diesem Kongreß war Goeggs Frau Marie Pouchoulin anwesend, die die Teilnahme von Frauen generell bewirkt hatte. 1868 hielt sie sogar eine viel beachtete Rede auf dem zweiten Kongreß in Bern (dazu vgl. Berta *Rahm*, Marie Goegg-Pouchoulin, wie Anm. 116, S. 230 ff.).
- 127 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 33 (Berlin 1966), S. 378.
- 128 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 32 (Berlin 1965), S. 15 ff. und S. 692. Die „Friedens- und Freiheitsliga“ wurde als Konkurrenzorganisation zur internationalen Arbeiterassoziation abgelehnt.
- 129 Dazu vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 33 (Berlin 1966), S. 378.
- 130 Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 33 (Berlin 1966), S. 579.
- 131 Vgl. Amand *Goegg*, Aufschlüsse (wie Anm. 18), Vorwort, S. 5.
- 132 Zu den Grimmelshausenfeiern vgl. Franz *Lautenschlager*, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 10, mit Anm. 1.
- 133 Vgl. Amand *Goegg*, Überseeische Reisen (Zürich 1888), S. 1–168. Zu seinen Reisebeschreibungen vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 213.
- 134 Seine Frau Marie Pouchoulin hatte Goegg nach amtlicher Mitteilung 1874 verlassen; es kam jedoch nie zu einer offiziellen Ehescheidung (vgl. Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg, wie Anm. 2, S. 207 mit Anm. 404).
- 135 Vgl. Restnachlaß Amand Goegg, Brief Sigels vom 7.4.1891 aus New York; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 215.
- 136 Vgl. Restnachlaß Amand Goegg, Brief Sigels vom 7.4.1891 aus New York; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 215.
- 137 Vgl. ebenso Marx-Engels-Werke Bd. 37 (Berlin 1967), S. 511, Brief Engels vom 4.12.1890; vgl. Restnachlaß Amand Goegg, Brief Sigels vom 23.7.1897 aus New York; zitiert nach Iris *Dinkelacker*, Amand Gögg (wie Anm. 2), S. 215.
- 138 Wolfgang *Hug*, Amand Goegg (wie Anm. 24), S. 543.
- 139 Dazu vgl. auch Franz *Lautenschlager*, Amand Goegg (wie Anm. 19), S. 11, Anm. 2.
- 140 Ludwig *Häusser*, Denkwürdigkeiten (wie Anm. 43), S. 398.
- 141 Marx urteilte ironisch über ihn: *Amandus Gögg, liebenswürdig, wie schon sein Name besagt, ist zwar kein großer Redner, „aber ein schlichter Bürger, dessen edles und bescheidenes Betragen ihm überall Freunde erwirkt“* („Westamerikanische Blätter“). *Aus Edelmut wurde Goegg Mitglied der provisorischen Regierung in Baden, wo er eingestandenermaßen gegen Brentano nichts ausrichten konnte, und aus Bescheidenheit ließ er sich den Titel „Herr Diktator“ beilegen. Niemand leugnet, daß seine Leistungen als Finanzminister bescheiden waren. Aus Bescheidenheit proklamierte er d. letzten Tag vor dem schon angeordneten Gesamtückzug nach der Schweiz die „Sozialdemokratische Republik“ in Donaueschingen ... Er setzte seiner Bescheidenheit die Krone auf, als er in einem öffentlichen Meeting in Cincinnati erklärte: (...) Er sei der Mann gewesen, der ausgehalten habe, er müsse also „deutscher Mazzini“ werden. Aus Bescheidenheit habe er es abgelehnt.* (vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 8, Berlin 1960, S. 316 f.).
- 142 Marx-Engels-Werke, Bd. 27 (Berlin 1963), S. 323.
- 143 Marx-Engels-Werke, Bd. 33 (Berlin 1966), S. 280.
- 144 Marx-Engels-Werke, Bd. 33 (Berlin 1966), S. 304.
- 145 Marx-Engels-Werke, Bd. 33 (Berlin 1966), S. 269.
- 146 Franz *Raveaux*, Mitteilungen (wie Anm. 65), S. 66.
- 147 Veit *Valentin*, Geschichte (wie Anm. 61), S. 513.

Die Stadt Achern in den Revolutionsjahren 1848/49

Hans-Martin Pillin

Die Gemeinde Achern, die seit dem Jahre 1808 mit dem Stadtrecht bedacht ist, hatte eine mittelständische Bevölkerung, die leicht für liberale und nationale Ideen zu gewinnen war. Dies hing ursächlich nicht nur von der Tatsache ab, daß dort das Kleinbürgertum relativ stark vertreten war, sondern war auch dadurch bedingt, daß die Stadt in nächster Nähe zu Frankreich liegt, von wo aus ein wichtiger Beitrag zur Verbreitung demokratischen Gedankengutes in Deutschland geleistet wurde. So ist es durchaus verständlich, wenn z.B. auf der Acherner Volksversammlung vom 2. April 1848 Leute vorgestellt wurden, die sich in Straßburg als deutsche Legion zur Durchsetzung der Republik in Baden formiert hatten.¹ In diesen Zusammenhang paßt auch der Tatbestand, daß die Acherner Familie Peter, die im Verlauf der Revolution eine bedeutende Rolle spielen sollte, intensive geschäftliche Beziehungen mit Frankreich unterhielt.²

Indirekte Auswirkungen auf das Verhalten der Bürgerschaft Acherns in den Revolutionsjahren 1848/49 hatte auch die große Wirtschaftskrise, die den Revolutionsjahren vorausging. Dem Handwerk war es in Achern seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht sonderlich gut gegangen, die Notjahre 1845 – 1847 mit den Mißernten und der sogenannten Kartoffelfäule brachten weitere Nöte; die Handwerksbetriebe waren übersetzt, der Konkurrenzdruck war übergroß; eine Steigerung der Beschäftigungszahlen kam nur bei den wenigen Hilfsbetrieben für die Industrie und die Eisenbahn sowie bei Reparaturbetrieben vor. So verwundert es nicht, daß der Acherner Gemeinderat in seinem Schreiben vom 18. Oktober 1848 an die Zweite Badische Kammer bezüglich der Acherner Geschäftsleute schrieb: *Die Gewerbe und der Handel stocken, wo soll das hinaus? Dieses ist gerade der beste Weg, wie man Unzufriedene macht.*³

Daß die Revolution besonders ausgeprägt in Achern Fuß fassen konnte, hing nicht zuletzt damit zusammen, daß die Bevölkerung dieser Gemeinde unmittelbaren, mitunter negativen Kontakt mit Vertretern der *alten Ordnung* hatte, denn Achern war seit 1808 großherzoglich-badische Amtsstadt mit herrschaftlichen Beamten, die der selbständigen Verwaltung dieser Stadt immer wieder einen Riegel vorschoben und starke Überwachungsfunktionen ausübten.

Bereits im Jahre 1847 gab es Anzeichen für ein baldiges Ausbrechen einer Revolution. Als Beleg hierfür sei genannt die Versammlung der entschie-

denen Verfassungsfreunde in Offenburg am 12. September 1847. Zuvor waren u.a. im Amtsbezirk Achern Flugschriften verteilt worden, die, obwohl sie mit äußerster Vorsicht verbreitet wurden, bald von der Regierung entdeckt und beschlagnahmt werden konnten.⁴ Die Flugblätter waren übrigens von Einwohnern aus Achern und Umgebung, die in die USA ausgewandert waren, in Briefen an ihre Angehörigen in der Heimat geschickt worden, und zwar mit dem Auftrag, sie dort zur Verteilung zu bringen! Der Titel der Flugschrift lautete: „Revolutionsaufruf an Deutschland“. Unterschrieben war dieses Dokument von Erhard Richter, einem Acherner Bierbrauer, der Mitte der vierziger Jahre nach Amerika ausgewandert war (s. dazu n. S. 187 ff.). Mehrere Exemplare des besagten Flugblattes wurden bei dem Acherner Advokaten Franz Richter gesehen, der als Abgeordneter der Zweiten Badischen Kammer in Karlsruhe liberale Politik machte und den man in Kreisen der großherzoglichen Beamtenschaft als „frivolen Rabulisten“ bezeichnete, der „den formlosen, burschikosen Wirtshauston in die Zweite Badische Kammer hineingetragen habe“.⁵ Advokat Richter war den staatlichen Organen überdies aufgefallen, als er am 23. August 1847 bei einer Zusammenkunft republikanischer Kräfte im Gasthaus zur „Oberen Linde“ in Oberkirch seine politischen Vorstellungen vortrug.⁶

Den eigentlichen Anstoß zu revolutionären Aktionen gab die Pariser Februarrevolution des Jahres 1848, die eine starke Ausstrahlung besonders auf Baden zur Folge hatte. Schon am 27. Februar wurden auf der Volksversammlung in Mannheim Grundforderungen des deutschen Liberalismus propagiert, wie Pressefreiheit, die Einrichtung von Schwurgerichten, konstitutionelle Verfassungen in allen deutschen Einzelstaaten und Zusammentritt eines gemeinsamen deutschen Parlaments.⁷ Es folgten im März 1848 überall in Baden weitere Volksversammlungen, Straßendemonstrationen, Deputationen zu den regierenden Fürsten und anderes mehr.

In Achern selbst kam es in den ersten Märztagen 1848 ebenfalls zu Zwischenfällen.⁸ Besondere Aufmerksamkeit erregte die Meldung des Brigadiers Hoffmann vom Bezirksamt, die besagt, daß am 4. März das Gerücht verbreitet worden sei, das Acherner Amts- und Amtsrevisoratsgebäude solle in der Nacht angezündet werden.⁹ Dieser Plan konnte wohl deshalb nicht verwirklicht werden, weil das Gebäude sofort von der Gendarmerie und von Bürgermilitär bewacht wurde.¹⁰

Von großer Bedeutung für die Acherner Bevölkerung wurde alsdann die Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848. Am 17. März war im Offenburger Wochenblatt ein Aufruf an das badische Volk ergangen, den freiheitlichen Bestrebungen des badischen Volkes die notwendige Einheit zu geben, um den reaktionären Absichten der badischen Regierung entge-

gentreten zu können. Unter den Unterzeichneten dieses Aufrufs befanden sich auch die Acherner Bürger Joseph Ignaz Peter und Franz Richter.¹¹ Auf dieser Offenburger Versammlung waren übrigens auch zahlreiche Bürger aus Achern vertreten. Das Ziel dieser Versammlung bestand darin, der Revolution eine Organisation zu geben. Deshalb sollten in jeder Gemeinde vaterländische Vereine gegründet werden, deren Aufgabe darin bestand, für die Bewaffnung, die politische und soziale Bildung des Volkes sowie für die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen. Außerdem wurde in Offenburg ein Zentralausschuß gewählt, zu dessen Obmann Friedrich Hecker bestimmt wurde.¹² Die Zentralausschußmitglieder für den Mittelrheinkreis wurden am 2. April 1848 auf der noch näher zu kennzeichnenden Volksversammlung in Achern bestätigt und durch vier weitere Mitglieder verstärkt, zu denen der Acherner Advokat Franz Richter zählte.¹³ Eines der wichtigen Ergebnisse der Offenburger Versammlung bestand überdies darin, daß die Bevölkerung in den Volksversammlungen, in Parteivereinen und in Clubs die eigentlich wirksamen Gewalten erblickte, was nichts anderes heißt, als daß ihre bisherige Auffassung von der Staatsmacht systematisch untergraben worden war.

In der Bevölkerung Acherns und anderer Gemeinden des Großherzogtums Baden kam im März des Jahres 1848 außer dem skizzierten neuen politischen Bewußtsein plötzlich auch eine panikartige Stimmung auf, die sich in dem sog. Franzosenschreck verdichtete. Am 23. März verbreitete sich nämlich das Gerücht, die Franzosen hätten den Rhein überschritten und seien in Baden eingefallen.¹⁴ In Achern griff man deshalb gemeinsam zu den Waffen, um dem drohenden Feind entgegenzutreten zu können.¹⁵ Da jedoch nicht genügend Waffen vorhanden waren, forderte der Gemeinderat in einem Antrag vom 24. März 1848 beim großherzoglichen Bezirksamt die Lieferung von 200 Gewehren.¹⁶ So schnell wie die Angst vor einer Invasion aufgekommen war, so schnell verschwand sie wieder, denn das Gerücht bestätigte sich nicht.

Das für Achern wohl größte Ereignis im Verlauf der beiden Revolutionsjahre wurde die Acherner Volksversammlung vom 2. April 1848, die richtungsweisend werden sollte für die gesamte badische Revolution. Das Vorgespräch der Organisatoren, der Redner und anderer Personen fand in der Schankwirtschaft statt, die während der wenigen Wochen der Mai-Revolution in „Gasthaus zur Republik“ umbenannt wurde, weil sich hier die radikalen Anhänger einer Republik trafen und besprachen, und die nach dem Scheitern der Revolution sinnigerweise den Namen „Gasthaus zur Hoffnung“ erhielt. Die Volksversammlung selbst, zu der 12 000 bis 15 000 Menschen gekommen waren, fand vor dem Balkon des Gasthauses „Zum Engel“ statt, von dem aus die Redner zum Volk sprachen.¹⁷

Daß die Volksversammlung vom 2. April 1848 unmittelbaren Einfluß auf den Verlauf der Revolution in Baden nahm, geht nicht zuletzt aus dem „Revolutionskalender 1848–49 unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Baden“ hervor, in dem die Acherner Versammlung vom 2. April 1848 ausdrücklich erwähnt wird.

Die badische Regierung war von der Acherner Volksversammlung schließlich so sehr beunruhigt, daß sie das Bezirksamt Achern aufforderte, gegen die Redner, die auf der Versammlung aufrührerische Reden gehalten hatten, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen. Dabei zeigte es sich, welche Macht der revolutionär gesinnte Teil der Bevölkerung erlangt hatte, denn das regierungstreue Bezirksamt Achern wagte es nicht, gegen die Redner einzuschreiten, sondern beauftragte das Hofgericht in Bruchsal mit der Untersuchung der Vorgänge in dieser badischen Kleinstadt.

Das politische Programm der Acherner Volksversammlung, bei der Josef Fickler, ein Führer der Demokraten, als bedeutendster Redner auftrat, wurde in einem Flugblatt zusammengefaßt.¹⁸ Es trug die Kennzeichen der radikalen Republikaner, d.h. der Anhänger einer Republik, und war nahezu identisch mit dem Programm, das Gustav Struve am 31. März 1848 dem Frankfurter Vorparlament vorgestellt hatte. In diesem Flugblatt wurde unter anderem ein Katalog von Grundrechtsforderungen aufgestellt, der sowohl individuelle, prozeßrechtliche als auch soziale Grundrechte enthält. Forderungen für die Organisation eines gesamtdeutschen Staates sind als politische Forderungen unter den Punkten 14 und 15 zu finden, in welchen ein einheitliches Deutschland verlangt wird, dessen Staatsform die parlamentarische Demokratie nach dem Muster der USA sein sollte. Wirtschaftliche Forderungen für Gesamtdeutschland werden unter Punkt 3 mit dem Ruf nach Abschaffung der Binnenzölle und einem Schutzzoll nach außen erhoben.

Angesichts der sozialen und politischen Struktur von Achern wurden auch Programmpunkte speziell für Achern von Bedeutung, denn man verlangte die Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung.

Darüber hinaus wurde Punkt 11 des Acherner Programms von der Bevölkerung dieser Stadt mit besonderem Interesse aufgenommen; er beinhaltet nämlich die Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klassen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, des Gewerbestandes und der Landwirtschaft.

Damit das Acherner Programm und andere Flugblätter zur Meinungsbildung des Volkes beitragen konnten, engagierten sich neben anderen



Ehemaliges Gasthaus „Zum Engel“. Vom Balkon dieses Gasthauses sprachen namhafte Revolutionäre zum Volk während der beiden Acherner Volksversammlungen vom 2. April 1848 und 10. September 1848. Foto: Archiv Pache (M. Decker)



Ehemaliges Gasthaus „Zur Republik“, das Erhard Richter betrieb.

der Acherner Buchdrucker Carl Quintenz und der Acherner Schmied Ignaz Conrad bei der Verteilung dieser Revolutionsschriften. Dies führte dazu, daß die beiden Genannten von der badischen Regierung des Hochverrates für schuldig erklärt wurden und vor Gericht gestellt werden sollten.¹⁹

Wenden wir nun kurz den Blick ab vom lokalen Geschehen hin zu den überregionalen Ereignissen: Durch das Scheitern der badischen Radikalen auf dem Frankfurter Vorparlament, wo die gemäßigeren Kräfte die Oberhand gewonnen hatten, beschlossen Hecker und Struve, den parlamentarischen Schauplatz, auf dem sie unterlegen waren, zu verlassen und zu den Waffen zu greifen. Die badischen Revolutionäre suchten sich damit eine Position, von der aus sie die Pläne durchsetzen konnten, die ihnen in Frankfurt durchkreuzt wurden, nämlich die Revolution in und für ganz Deutschland. Der Plan zunächst für eine südwestdeutsche Republik nahm konkrete Gestalt an. Am 14. April 1848 wurde in Konstanz die Republik ausgerufen. An dieser Aktion war wieder ein Acherner Bürger beteiligt, nämlich der Jurist und Abgeordnete der Zweiten Badischen Kammer, Joseph Ignaz Peter, den man zum Statthalter des Bodenseekreises ernannte.²⁰

Der bewaffnete Vorstoß Friedrich Heckers und Gustav Struves nach Donaueschingen und Freiburg wurde von badischen, württembergischen und hessischen Truppen am 20. April bei Kandern gestoppt, so daß die badische Republik vom April 1848 nur von kurzer Dauer war. Die führenden Revolutionäre, wie Hecker aus Mannheim und Peter aus Achern, mußten in die Schweiz fliehen.²¹

Die Demokraten in Achern reagierten auf den Heckeraufstand erst nach der erwähnten Schlacht bei Kandern. Der Grund hierfür ist sicherlich in dem damals schlecht funktionierenden Nachrichtensystem zu suchen. Am 20. April 1848 kursierte in Achern das Gerücht, daß eine von Republikanern organisierte Demonstration stattfinden solle.²² Die Stimmung in der Bevölkerung war derart gespannt, daß man es wagte, einer militärischen Einquartierung Widerstand zu leisten. Die Soldaten der beiden Infanterie-Kompanien, die angesichts der brisanten Lage in Achern nach dorthin abkommandiert wurden und am 21. April 1848 abends um 10 Uhr in Achern eintrafen, waren durch die allgemeine Stimmung ziemlich eingeschüchtert und wagten es nicht, sich mit Gewalt ihr Recht zu verschaffen: Sie mußten folglich die Nacht am Acherner Bahnhof verbringen.²³

Am Abend des 24. April fand in einem Acherner Wirtshaus eine Versammlung der Demokraten statt, auf der die Organisation eines Freischarenzugs,

der Hecker zu Hilfe eilen sollte, besprochen wurde.²⁴ Die Anführer waren der Rechtsanwalt Max Werner aus Oberkirch und der praktische Arzt Habich von Achern. Am nächsten Tag wurde die Bevölkerung der Stadt Achern noch vor Tagesanbruch durch Generalmarsch und Sturmkläuten alarmiert. Dadurch sollten sie zur Teilnahme am Freischarenzug aufgerufen werden. Um Waffen zu erhalten, drang man sogar in einzelne Privatwohnungen ein, u.a. in die des Amtmanns Wänker. Bald war eine kleine Schar – die Angaben schwanken zwischen 37 und 70 Teilnehmern – zum Aufbruch bereit.²⁵ Bewaffnet mit Gewehren und Säbeln, mit zwei Tambours an der Spitze, setzte sich der Zug unter Führung von Max Werner und Habich in Bewegung. In Kappelrodeck teilte sich der Zug, eine Gruppe zog nach Ottenhöfen weiter, die andere größere Gruppe über Waldulm nach Oberkirch. Die ganze Nacht über waren Schildwachen aufgestellt und Patrouillen ausgeschickt worden, um etwaige Maßregeln des Bezirksamts Achern zu vermeiden und die großherzoglichen Beamten zu bewachen. Der inzwischen auf 150 bis 200 Mann angewachsene Zug versammelte sich für einige Stunden in einem Oberkircher Bierhaus, um dann das Renchtal hinauf weiterzumarschieren.²⁶ Bei der Ankunft in den einzelnen Ortschaften wurde jeweils die Sturmglocke geläutet und die Bevölkerung in Aufruhr versetzt.²⁷ Jedoch – die Hilfe für Hecker kam zu spät. Die bereits erwähnte Schlacht bei Kandern hatte schon am 20. April stattgefunden. Die Teilnehmer am Freischarenzug aus Achern erfuhren dies erst bei ihrem Marsch durch das Renchtal.²⁸ Auf diese Hiobsbotschaft hin löste sich der ganze Zug unverzüglich auf, und jeder sah zu, daß er so schnell wie möglich nach Hause kam.

Unruhe und Unsicherheit in der Bevölkerung, militärische Einquartierungen und die Ungewißheit über die Ereignisse im Großherzogtum Baden bestimmten die Tage nach dem Scheitern des Freischarenzuges aus Achern. Am 23. und 24. April verbreitete man in Achern und Sasbach ein weiteres Flugblatt mit der Überschrift: *An das Volk*; es begann mit den Worten: *Achtzehn Jahrhunderte Knechtschaft*.²⁹ Es folgten bissige Bemerkungen über die Monarchie und ein leidenschaftlicher Aufruf zur Verwirklichung der Republik. Der Urheber dieser Flugschrift war der oben bereits erwähnte Schmied Ignaz Conrad aus Achern; gedruckt wurde sie vom Acherner Buchdrucker Carl Quintenz.

Nach dem Scheitern des Heckerzuges verlagerte sich das politische Geschehen aufgrund der Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche im Großherzogtum Baden zunächst einmal etwas von der lokalen Ebene weg. Bei den demokratischen Wahlen zur Paulskirche wurden auch der Acherner Bürger Franz Richter und der aus Achern stammende Joseph Ignaz Peter in die Frankfurter Nationalver-

sammlung gewählt.³⁰ Beide zählten zu den sogenannten demokratischen Linken, die ein radikales Fortschreiten auf revolutionärem Weg bis hin zur deutschen Einheitsrepublik propagierten.

Im Herbst 1848 stand die Stadt Achern erneut im Blickfeld der Befürworter und Gegner der Revolution. Unter großen Sicherheitsvorkehrungen hatten sich nämlich am 10. September prominente Politiker zu einer erneuten Volksversammlung in Achern eingefunden. Unter ihnen befanden sich Brentano aus Bruchsal, Mördes aus Mannheim, Meißner aus Wien, Künzer aus Konstanz, Rößler aus Preußen und der Acherner Abgeordnete Franz Richter. Die Zahl der Personen, die nach Achern gekommen waren, war relativ groß. Der Brigadier des Bezirksamts Achern schätzte die Teilnehmer auf etwa 3000.³¹ Ab 12 Uhr erschienen nacheinander die Politiker der Revolution auf dem Balkon des Gasthauses „Zum Engel“ und hielten glühende Reden vor den etwa 3000 Versammlungsteilnehmern. Sie fanden bei den Zuhörern derart Anklang, daß das zweite Bataillon des vierten Infanterieregiments, das um 15 Uhr in Achern einrückte, mit einem vielstimmigen *Hecker hoch* empfangen wurde.

Eine der Forderungen, die die Redner in Achern verbreiteten, war die Auflösung der beiden badischen Kammern und die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung. Ferner wurde in jeder Rede der Ruf nach der Republik laut. Meißner forderte das Volk auf, es möge solange durch Sturmpetitionen und mit bewaffneter Gewalt seine Rechte verlangen, bis diese endgültig garantiert würden. Mördes aus Mannheim forderte das Volk dazu auf, eine Bürgerwehr zu bilden, die notfalls auch nur mit Stöcken ausgerüstet sein könnte.³² Über die Rede des Acherner Advokaten Richter auf dieser denkwürdigen Volksversammlung berichtete ein Zeitzeuge folgendes:³³ *Richter, sonst eher schweigsam, klagt über die Reaktion von seiten der Regierung, die keine der versprochenen Freiheiten zugebe. Er nennt Hecker seinen Freund, ja unser aller Freund, was mit Jubel aufgenommen wird. Er schildert die Feinde der Freiheit: Fürsten, Adel, Pfaffen, Bürokraten und Soldaten. Was soll man ihnen tun? Wenn wir nur die 34 Gottseibeiuense (= die 34 Fürsten von „Gottes Gnaden“ des Deutschen Bundes) nicht mehr hätten.*

Wie radikal die in Achern vertretenen Ideen waren, möge durch den Hinweis untermauert werden, daß man die gemäßigten Liberalen, wie Mathy, Bassermann und Welcker, als Volksverräter bezeichnete, die – da sie das Sagen in der badischen Regierung hätten – gestürzt werden müßten.³⁴ Zum Abschluß der Versammlung, die nicht mehr vom gemäßigten Liberalismus, sondern von den radikalen Republikanern getragen wurde, forderte Brentano die Anwesenden dazu auf, eine Abordnung zu Hecker nach Straßburg

zu schicken, um ihm vor seiner Emigration nach Nordamerika einen Abschiedsgruß zu überbringen.³⁵

Der September 1848 war nicht nur der Monat mit der denkwürdigen zweiten Acherner Volksversammlung, sondern auch der Zeitpunkt des Struve-Putsches. Erneut wollten nämlich die radikalen Republikaner angesichts ihrer Ohnmacht in der Frankfurter Paulskirche der Revolution und ihren Zielen durch eine neuerliche Massenerhebung in Baden zum Sieg verhelfen. Gustav Struve hatte die Vorbereitungen zu seinem Putsch in der Schweiz getroffen. Am 21. September 1848 schlug er los. In Lörrach rief er die Deutsche Republik aus. Leute, die sich für die Republik erklärten, erhielten als Symbol eine rote Binde. Wie der Hecker-Putsch vom Frühjahr 1848, so scheiterte auch der Struve-Putsch. Im Markgräflerland bei Staufien wurde Struves Revolutionsarmee von Regierungstruppen geschlagen, Struve selbst wurde in Freiburg inhaftiert.

Auswirkungen des Struve-Putsches lassen sich auch in Achern feststellen: die Solidarität mit Struve ging dort schließlich soweit, daß man sich an den Anschlägen auf die kurze Zeit zuvor (1844) fertiggestellte Eisenbahnstrecke zwischen Karlsruhe und Lörrach beteiligte. Beispielsweise wurden in der Nacht vom 22. auf den 23. September die Schienen zwischen Achern und Fautenbach losgerissen. Von den 40 Teilnehmern an dieser Sabotage-Aktion, die durch das Unterbrechen der Bahnverbindung in das Oberland Truppentransporte dorthin verhindern wollten, wurden drei erkannt. Es waren dies Franz Beck, Stephan Beck und Michael Beck. Die beiden ersten entzogen sich der gerichtlichen Untersuchung durch Flucht, Michael Beck jedoch wurde verhaftet.³⁶

Die Folge der Anschläge auf die Eisenbahn war, daß in Achern Exekutionstruppen einquartiert wurden, die die Bevölkerung auf eigene Kosten zu verpflegen hatte. Gegen diese Exekution richtete der Acherner Gemeinderat am 16. Oktober 1848 eine Petition an die Zweite Badische Kammer. In diesem Dokument beschwerte man sich über die Wegnahme der Waffen, ferner wies man auf die Not der Bevölkerung hin, die für sich selbst kaum das Nötigste habe und darüber hinaus auch noch das Militär verpflegen müsse.³⁷

Im November 1848 wurden die Ereignisse in Achern wieder einmal unmittelbar durch die Vorgänge der deutschen Revolution beeinflußt. Die Erschießung des Revolutionärs Robert Blum am 9. November in Wien führte dazu, daß man in Achern am 26. November eine Totenfeier für Blum veranstaltete. Ein Zug von etwa 140 republikanisch eingestellten Bürgern Acherns bewegte sich unter Trauergeläute – vorbei an vielen Schaulustigen – vom Gasthaus „Zum Adler“ auf den Friedhof. Bürgermeister Franz Josef

Peter referierte dort als Repräsentant eines den Ideen der Demokratie zugelegten Gemeinderates über die Lebensgeschichte Robert Blums. Anschließend hielt der Advokat Franz Richter eine Rede, in der er die Fürstentyrannen und die Ermordung Blums verurteilte, welcher von der linken Seite des Frankfurter Parlaments zur Verteidigung der guten Sache nach Wien geschickt worden sei.³⁸

Während der Wintermonate 1848/49 konzentrierten sich die Aktivitäten der Kräfte Acherns, die sich der Revolution verschrieben hatten, auf die Bildung eines Volksvereins, der in Zusammenarbeit mit anderen Volksvereinen auf eine neue revolutionäre Bewegung hinarbeitete.³⁹ Der Vorstand dieses Vereins, zu dem der Advokat Franz Richter, der Arzt Dr. Habich, Bürgermeister Franz Joseph Peter und der Gemeinderat Franz Peter gehörten, betrieb darüber hinaus den Ausbau der seit 1811 bestehenden Bürgergarde zu einer Bürgerwehr, die in der Revolution ein militärisches Gegengewicht zur Staatsmacht darstellen sollte. Die Acherner Bürgerwehr unter der Leitung von Engelwirt Friedrich Peter umfaßte im Frühjahr 1849 schließlich knapp 40 Mann, für die Bürgermeister Franz Joseph Peter 60 Gewehre im Zeughaus in Karlsruhe besorgte. Zur Finanzierung dieser Anschaffung mußte der Bürgermeister einen Kredit von 1000 Gulden aufnehmen. Überdies wurden von seiten der Stadtverwaltung für die Bürgerwehr auf den Rözmatten ein Exerzierplatz und eine Schießstätte hergerichtet.⁴⁰

Den Anlaß zu einem neuerlichen revolutionären Engagement lieferte der Tatbestand, daß im Frühjahr 1849 der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnte, die ihm von den Volksvertretern der Paulskirche nach Verabschiedung einer Verfassung, die die konstitutionelle Monarchie in Deutschland einführen sollte, angetragen worden war.

Das Scheitern der Paulskirche-Bewegung und damit das Scheitern der deutschen Revolution insgesamt sollte von Baden aus verhindert werden. So meinten es die radikalen Republikaner Badens, die Teile der Armee des Großherzogtums Baden für sich gewinnen konnten. Dem Aufstand der Karlsruher Garnison am 13. und 14. Mai 1849 folgte die Flucht des Großherzogs. Auf der Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai 1849 wurde alsdann die badische Republik ausgerufen, Brentano und der gebürtige Acherner Joseph Ignaz Peter, der schon mehrfach als glühender Verfechter der Ziele der Revolution hervorgetreten war, wurden mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Joseph Ignaz Peter wurde schließlich Justizminister und der Renchener Amand Goegg Finanzminister, der Oberkircher Advokat Max Werner übernahm das Kriegsministerium.⁴¹ In Achern wie auch anderswo mußten alle Staatsbediensteten auf dem Bezirksamt einen Eid auf die neue Regierung ablegen.

Die Revolutionäre sicherten sich ihre Macht in den einzelnen Kommunen des Landes hauptsächlich durch die Einrichtung des Zivilkommissariats sowie des Wehr- und Sicherheitsausschusses. Das Amt des Acherner Zivilkommissars, der eine weitausgedehnte Machtbefugnis hatte, übertrug man dem Arzt Dr. Karl Habich.⁴² Die Funktionen des Wehr- und Sicherheitsausschusses übernahm der Acherner Gemeinderat, was nichts anderes heißt, als daß der Gemeinderat in einen Wehrausschuß umgewandelt wurde.⁴³ Damit die erworbene Macht im Ernstfall auch verteidigt werden konnte, bestand eine der Hauptaufgaben der örtlichen revolutionären Organe darin, Soldaten zu rekrutieren. Deshalb mußten sich alle 18- bis 30jährigen Männer der Stadt sogleich bewaffnet nach Rastatt zur Verteidigung der dortigen Festung begeben.⁴⁴

Daß diese Maßnahme auf einer richtigen Einschätzung der Lage beruhte, zeigte sich Anfang Juni 1849; der König von Bayern und der im Exil lebende Großherzog Leopold von Baden hatten nämlich die Preußen um Hilfeleistung angegangen.

Vor der heranrückenden preußischen Armee floh die provisorische badische Regierung alsbald von Karlsruhe nach Freiburg. Die badische Revolutionsarmee war den preußischen Truppen in keiner Weise gewachsen. Ihre Schwäche lag insbesondere im Mangel an ausgebildeten Kampfverbänden. Die letzte Bastion der Revolution, Rastatt, mußte am 23. Juli 1849 kapitulieren. Mit der militärischen Niederlage der Revolutionäre war auch das Ende der provisorischen badischen Regierung verbunden. Die meisten der Revolutionäre suchten dem Kriegsgericht durch die Flucht zu entgehen. Bürgermeister Franz Joseph Peter aus Achern gehörte nicht zu den Glücklichen, denen die Flucht gelang; wegen Erkrankung war er in Achern geblieben und wurde gefangengenommen.⁴⁵ Überdies wurden ein Teil des Bürgerausschusses (u.a. Bernhard Wurzler und Alois Volz), der Gemeindecassier Roth und der gesamte Gemeinderat wegen Verdachts auf Beteiligung an den revolutionären Bestrebungen zwangsweise entlassen (14.8.1849). Joseph Ignaz Peter wurde am 9. April 1850 wegen Hochverrats zu einer Zuchthausstrafe von 20 Jahren verurteilt und erst im Jahre 1862 von Großherzog Friedrich begnadigt.⁴⁶

Trotz der Verhaftungswelle ließen sich einige Bürger des Amtsbezirks Achern nicht einschüchtern. Zu ihnen gehörte der Oberacher Pfarrer Brielmaier, der in einem Bierhaus weiterhin öffentlich republikanische Ideen vertrat. Ihnen sind aber auch jene Bürger Acherns zuzurechnen, die trotz der repressiven Maßnahmen der Staatsmacht das Porträt Heckers und anderer Revolutionäre nicht von den Wänden ihrer Häuser entfernten.⁴⁷

Für einige Zeit mußte die Bevölkerung Acherns, Oberacherns und der übrigen Orte des Großherzogtums Baden unter Kriegsrecht leben. Mobile Kolonnen und militärische Streifkorps wurden in die einzelnen Landesteile geschickt, um die Behörden und die durch die Bezirksamter neu eingesetzten Bürgermeister und Gemeinderäte bei der Wiederherstellung der alten Ordnung zu unterstützen.⁴⁸ Beispielsweise war vom 12. bis 26. September 1849 das dritte preußische Husarenregiment in Achern einquartiert, und ab dem 25. März 1850 bezog eine Kompanie königlich preußischer Soldaten *auf unbestimmte Zeit* Quartier in dieser Stadt.⁴⁹ Wohl aus taktischen Gründen wurden die preußischen Soldaten in Achern freundlich aufgenommen. Dies ist im Verkündbuch der Stadt Achern vom 30. September 1849 festgehalten: *Der Rittmeister des königlich preußischen 3ten Husarenregiments ... hat dem Gemeinderath dahier den Auftrag ertheilt, den Bewohnern Acherns für die gute Behandlung seiner Husaren den höflichsten Dank abzustatten.*⁵⁰

Taktischen Zielen und vielleicht der posthumen Versöhnung der Stadt Achern mit Großherzog Leopold von Baden diente auch die Entscheidung des Acherner Gemeinderates unter dem Vorsitz ihres neuen Bürgermeisters Aloys Buhl, 1856 im Zentrum der Stadt zu Ehren des verstorbenen Großherzogs dessen Büste aufzustellen, die vom Straßburger Bildhauer Andreas Friedrich geschaffen wurde.⁵¹

Eine andere Entscheidung, die der Acherner Gemeinderat zusammen mit dem Bürgerausschuß vor dem Hintergrund der gescheiterten badischen Revolution des Jahres 1849 zu fällen hatte, traf die Stadtgemeinde und ihre Bürger besonders hart: „Zur Bestreitung der Kriegskosten für Einquartierung, Fuhren und Lieferungen“ mußten nämlich 6000 Gulden aufgenommen werden. Da dieser Kredit eine gewaltige Last war, die der Stadt Achern aufgebürdet wurde, verwundert es nicht, daß der Gemeinderat und der Bürgerausschuß die Verantwortung dafür nicht allein tragen wollten und auf den 22. September 1849 eine Gemeindeversammlung anberaumten, bei der die Zustimmung aller Gemeindebürger zu dieser Geldaufnahme eingeholt werden sollte.⁵²

Weitere finanzielle Forderungen an die Bürger Acherns kamen von seiten der Stadtkommandantschaft Rastatt, die *das Ansuchen an die Bewohner Acherns stellte, eine Sammlung zu Gunsten der in der Festung Rastatt Gefangenen anzuleiten*, die alsdann in der zweiten Hälfte des Monats September 1849 durchgeführt wurde.⁵³

Eine besonders schlimme Folge der Revolution, von der zumindest Teile der Bevölkerung Acherns und Oberacherns Kenntnis nahmen, bestand

darin, daß nach dem Scheitern der Revolution 1848/49 61 Aktivisten und Anhänger der Revolution aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands wegen psychischer Probleme in die Heil- und Pflegeanstalt Illenau aufgenommen werden mußten.⁵⁴

Mit letzterem vervollständigt sich das Bild, das sich von den Revolutionsjahren 1848/49 im großherzoglich-badischen Amtsbezirk Achern zeichnen läßt. Sie bewirkten hier wie auch anderswo den Fortbestand einer restaurativen Grundstimmung auf der einen Seite, Enttäuschung, Resignation und innere Emigration auf der anderen Seite.

Die schlichte Kategorie des Scheiterns beschreibt jedoch nicht die ganze Wirkung dieser Revolution. Sie hatte letztlich ein viel wichtigeres, positives Ergebnis, das der Historiker Otto Vossler in seinem Buch über die Revolution 1848 in Deutschland wie folgt zusammenfaßte: „Das Eindringen des neuen Freiheitsglaubens ins Volk und das Eindringen des Volkes in die Politik, das ist die eigentliche und bleibende Bedeutung, der eigentliche und bleibende Erfolg der Revolution von 1848.“⁵⁵

Anmerkungen

- 1 Stadtarchiv Offenburg: Offenburger Wochenblatt für die Amtsbezirke Offenburg, Oberkirch, Achern u.a. vom 18.4.1848.
- 2 GLA 236/8186.
- 3 GLA 234/3060; Näheres hierzu: H.M. Pillin, Achern – Eine Stadt und ihre Geschichte. 1997. S. 131 ff.
- 4 GLA 236/8198.
- 5 vgl. L. Häusser, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution, 1851, S. 55.
- 6 GLA 236/2243.
- 7 vgl. R. Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, 1970, S. 62.
- 8 GLA 236/8203.
- 9 GLA 236/2244.
- 10 GLA 236/2244.
- 11 Stadtarchiv Offenburg, Wochenblatt ..., 24.3.1848; GLA Ch 273, Flugblatt vom 2.4.1848.
- 12 GLA Ch 273, Flugblatt vom 19.3.1848.
- 13 GLA Ch 273, Flugblatt vom 2.4.1848.
- 14 Acher- und Bühler Bote vom 1.4.1967; Tagebuch des Pfarrers Josef Bäder.
- 15 GLA 236/4177.
- 16 GLA 236/4177.
- 17 Acher- und Bühler Bote: 7.4.1998, S. 24, Beitrag von G. Lötsch.
- 18 GLA Ch 273, Flugblatt vom 2.4.1848; Einzelheiten hierzu: H.M. Pillin. Die Acherner Volksversammlung vom 2. April 1848, in: Die Ortenau 65, 1985, S. 216–223.
- 19 GLA 247/337.

- 20 vgl. E. Beck, Die Revolution 1848/49 und das Acherner Geschlecht Peter, in: Die Ortenau 35, 1955, S. 13 ff.
- 21 vgl. u.a. H. Röckel, Baden im Kampf um die Freiheit, 1949, S. 43 f.
- 22 GLA 236/4189.
- 23 GLA 236/2245; J. B. Bekk, Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte des Mai 1849, 1850, S. 162 ff.
- 24 GLA 237/4227.
- 25 GLA 236/2245; GLA 237/4227.
- 26 GLA 237/4227.
- 27 GLA 236/2245.
- 28 GLA 237/4227.
- 29 GLA 247/337.
- 30 vgl. W. Blos, Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849, 1910, S. 30.
- 31 GLA 236/8195.
- 32 GLA 236/8195.
- 33 Achern 1848/49 – Ein Leseheft zur Badischen Revolution. Aus der Geschichtswerkstatt der Robert-Schuman-Realschule Achern. 1998. S. 18.
- 34 GLA 236/8195.
- 35 GLA 236/2245.
- 36 GLA 233/34892.
- 37 GLA 234/3060.
- 38 GLA 236/2246.
- 39 GLA 236/8208.
- 40 vgl. E. Beck, Die Revolution 1848/49 ..., in: Die Ortenau 35, 1935, S. 13 ff.
- 41 ebd. S. 15.
- 42 GLA 247/226.
- 43 GLA 247/357.
- 44 GLA 247/328.
- 45 GLA 247/328.
- 46 E. Beck, Die Revolution 1848/49 ..., in: Die Ortenau 35, 1955, S. 16.
- 47 GLA 236/8213; GLA 236/8211.
- 48 GLA 236/8210; GLA 236/8211.
- 49 Gemeindearchiv Achern: Abt. IV I, 37 (Verkündbuch der Stadtgemeinde Achern: 30. September 1849, 24. März 1850).
- 50 ebd.
- 51 Acher- und Bühler Bote: 7.4.1998, S. 24, Beitrag von G. Lötsch.
- 52 Gemeindearchiv Achern: Abt. IV I 37 (Verkündbuch der Stadtgemeinde Achern: September 1849).
- 53 ebd.
- 54 Näheres dazu: G. Lötsch, Bis daß die Freiheit aufersteht. 1998.
- 55 O. Vossler, Die Revolution von 1848 in Deutschland, 1972, S. 152.

Der Acherner Bierbrauer Erhard Richter – ein vergessener Revolutionär.

Gerhard Lötsch

Im Frühsommer des Jahres 1844 wurde der Acherner Bierbrauer Richter aktenkundig. Am 1. Juni fuhr die erste Eisenbahn von Baden-Baden nach Offenburg. Eine Woche später, am 8. Juni, trafen sich, das neue Verkehrsmittel ausnützend, viele Menschen in Achern – *worunter auch vier Deputierte von der 2ten Kammer*, wie Polizei-Brigadier Ritter meldete. Sie feierten *außerhalb der hiesigen Stadt in dem Garten des Bierbrauers Richter* ein republikanisches Fest. *Bis 11 Uhr Nachts* habe ein Teil der Gäste sich dort aufgehalten. Dann habe man sich *mit einem Fackelzug durch die Stadt* in das Gasthaus zum Adler begeben. – *Heute früh sind dieselben wieder ab und nach dem ehemaligen Kloster Allerheiligen gereist, und von da nach Oberkirch*¹.

Erhard Richter war ein Bruder des Hofgerichtsadvokaten und späteren Landtagsabgeordneten Franz Joseph Richter² wie ein Bruder des auch an der Revolution beteiligten Karl Richter von Kappel am Rhein, später dort Bürgermeister³. Joseph, der Vater der drei Brüder, gehörte dem Kappeler „Dorfadel“ an. Er war Wirt, Bierbrauer und Gemeinderat. – 1836 schloß Erhard Richter in Kappel am Rhein den Bund der Ehe mit Balbina Hertich aus Rust. Die Eheleute müssen bald nach der Hochzeit nach Achern gezogen sein. Das erste von sechs Kindern kam am 8. Dezember 1837 in Achern zur Welt, das letzte am 26. Oktober 1845. Bei fast allen Kindern war Franz Joseph, beim letzten auch Karl Richter Pate⁴.

Wahrscheinlich war Erhard Richter durch seinen Bruder Franz Joseph nach Achern gekommen. Er hatte in erster Ehe in Rastatt die hinterlassene Tochter Josepha des schon 1822 im Alter von neununddreißig Jahren verstorbenen Bierbrauers Xaver Peter geheiratet. 1829 und 1831 wurden dem Ehepaar in Rastatt zwei Kinder geboren. – Xaver Peter hatte in Achern eine Zuckerfabrik gegründet. Später machte er aus ihr eine Wirtschaft mit Brauerei, an der aber der Name „Fabrik“ hängen blieb. – Xaver Peters Witwe kehrte in ihren Heimatort Endingen zurück und verpachtete die „Fabrik“ an Erhard Richter. Der gab ihr den Namen: „Zur Republik“. Unter diesem Namen wurde sie Treffpunkt der Acherner „Demokraten“, wie die Anhänger einer Republik sich nannten⁵ (s. Abb. S. 177).

Anfang März 1845 übersandte Dekan Gregor Daniel dem Erzbischöflichen Ordinariat einen Bericht über *das sehr unkirchliche Auftreten des Pfarrcu-*

ratieverwesers Klihr in Illenau: Am Iten des Monats gab eine Gesellschaft in Achern zu Ehren des aus der II. Kammer zurückgekommenen Landtagsdeputierten Richter ein Festessen, woran lauter freigeistige Sprudelköpfe teilnahmen. Dieser Festlichkeit wohnt auch Klihr bey als einziger Geistlicher. Es wurden dabey freisinnige Lieder gesungen und Toasts auf Freiheit ausgebracht. Nach dem Essen begab sich alles zum Bier, zuerst bey Huber⁶, dann bey Peter⁷, zuletzt bey Richter. – Beym Peter, vielleicht von einem Bierdampf begeistert, habe auch der sehr freisinnige Klihr einen Toast für Freiheit ausgebracht: Christus hat die Freiheit gebracht. Was ist wohl schöner, als daß auch wir diese Freiheit wünschen. Die Ernte ist da, aber noch gebricht es an Schnittern⁸.

Wieder ein knappes Jahr später, am 19. Februar 1846, erschien Erhard Richter vor dem Großherzoglichen Distrikts-Notar Ludwig Castorph und erklärte: *Dem hiesigen Bürger und Schmiedmeister Ignaz Conrad⁹ schulde ich das baar erhaltene Darlehen von Achthundert Gulden. Da ich diese Summe nicht baar besitze, und Gläubiger auf Zahlung besteht, so verkaufe ich ihm hiemit an Zahlungsstatt von heute an nachbenannte Fahrniß-Gegenstände. Das Protokoll des Verkaufs beginnt mit Zwei Pferden nebst einem Wagen, samt allem Zugehörem, Geschirr und Ketten und endet mit siebenundfünfzig Ellen zu gebildte Handtücher, sechzig Ellen zu gebildte Tischtücher und sechzig Ellen Zwilch. Die umfangreiche Liste mit Mobilar und Geschirr von Wohnung und Wirtschaft läßt erkennen, daß Erhard Richter nicht zu den Armen gehörte. – Der Käufer gestattete ihm die weitere Benutzung der Fahrnisse, solange es ihm beliebe, hat jedoch für einen Schaden oder Verlust zu haften¹⁰.*

Der merkwürdige, von Adlerwirt Ignaz Geck und Sattlermeister Alois Volz als Zeugen unterschriebene Vertrag erhält seinen Sinn erst, wenn man weiß, daß im Frühjahr 1847 Erhard Richter mit Frau und vier Kindern im Alter zwischen zwei und zehn Jahren nach Amerika auswanderte. (Zwei Kinder waren in Achern verstorben.) – Was den Bierbrauer bewog, die Brücken hinter sich abubrechen, läßt sich nur vermuten. Vielleicht war es der schlechte Gang der Geschäfte in den Hungerjahren 1846 und 1847; vielleicht war es der Traum, von Amerika aus für die Sache der Revolution wirken zu können; vielleicht war es auch nur das ihm eigene, unruhige Naturell, das ihn nirgendwo seßhaft werden ließ. Zeitlebens jagte Erhard Richter Zielen nach, die er nicht erreichte.

Am 25. Mai 1847 erschien ein mit „C. Richter, Bierbrauer, New York“¹¹ unterzeichneter *Revolutions-Aufruf an Deutschland*. In ihm hieß es: *Wie glücklich könnten die 40 Millionen Deutsche sein, wenn sie, wie wir, Freiheit hätten, wenn sie ihre kräftige Jugend in der Schule des naturgemäßen*

republikanischen Lebens zu selbständigen Männern, statt in ihren Volksschulen unter feilen Führern zu unterthänigen Dienern erzogen. – Deutschland, wie glücklich könntest Du sein.! Bedenke, daß Du Millionen privilegirter Tagediebe ernährst. – Entweder gieb jede Hoffnung auf Erlösung hin, oder: Tod den Regenten, Tod den Höflingen, Tod den kriechenden Pfaffen, Tod dem Heere der Priviligirten, Tod den aufgeblasenen Bürokraten, Tod den Offiziren, die den Degen gegen Dich erheben. Sie sind alle Schinder des Volkes. – Amerika mußte 7 Jahre an diesem Gesindel metzeln, ehe es frei wurde. Frankreichs Revolution schlug fehl, weil nicht genug gemetzelt wurde. – Deutschland, Deine Auferstehung muß durch Zertrümmerung alles bei Dir Bestehenden gehen! Erhebe Dich! Erfülle Deine Pflicht, schlage los, zerreiße die fesselnden Bande und blicke hoffnungsvoll und zuversichtlich auf uns, wir hassen Aristokratie und Spießbürgerthum und heiß brennt in uns das Verlangen, euch im Kampfe der Freiheit die siegreiche Fahne dieser Republik entgegen zu tragen¹².

Am 25. August 1847 wandte sich der Präsident des Großherzoglich badischen Ministeriums des Innern an die vier Kreisregierungen: *Es ist hier zur Anzeige gekommen, daß im Amtsbezirke Bühl eine gedruckte Flugschrift, betitelt „Revolutionsaufruf an Deutschland“, verbreitet wurde. – Bekk ordnete an, daß die Kreisregierungen die Schrift, wo immer sie auftauchte, unverzüglich beschlagnahmten. Gegen den Verfasser – wohl derselbe, welcher erst kürzlich von Achern nach Amerika auswanderte – wurde Anklage wegen Majestätsbeleidigung und versuchten Hochverraths erhoben¹³.*

Am 18. März 1848 teilte das Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal dem Justiz-Ministerium mit, daß *Bierbrauer Richter von Achern wegen Verfassung und Verbreitung der Flugblätter „Revolutionsaufruf an Deutschland“ zur Zeit noch in Untersuchung sei. – Die gegen denselben eingeleiteten Schritte bestehen in der bereits erfolgten Übergebung der Anklageschrift von Seiten des Großh. Staatsanwalts, und hat nunmehr das öffentliche Ausschreiben des zur Zeit in America sich aufhaltenden Angeeschuldigten zu erfolgen¹⁴.*

Am 12. Februar 1849 teilte der revolutionäre Schullehrer Philipp Stay in seinem „Volksführer“ mit, in der „New-Yorker Schnellpost“ stünde zu lesen, daß am 14. Januar 1849 in Philadelphia eine geheime Gesellschaft von *Freunden für die Befreiung Deutschlands* sich gebildet habe. Deren Zweck sei, *Gelder zusammen zu bringen, um Demjenigen oder Denjenigen Belohnungen auszuzahlen, welche auf irgendeine Weise die Potentaten unschädlich machen werden. – Auf Kaiser Franz Joseph sei ein Preis von 25.000 Gulden, auf den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. ein solcher*

von 20.000 Gulden auf jeden Großherzog, Kurfürsten usw. ein solchen von 10.000 Gulden ausgesetzt¹⁵.

In der Sprache der radikalen Revolutionäre wies Stay die Leser seines Blattes an: *Die Herren Kaiser und Könige mögen also gehörig auf ihre Köpfe acht haben, wenn sie ihnen lieber sind als goldene Kronen. Damit sie aber nicht so ganz unvorbereitet in die große Ewigkeit der Kopflosigkeit hineinspazieren, so senden Sie einem jeden aus republikanischer Barmherzigkeit ein Exemplar dieser Nummer der Schnellpost, damit sie erfahren, wie hoch man ihre hohlen Köpfe leider noch taxieren muß.*

Zwei Monate später, im März 1849, erschien im „Philadelphia Demokrat“ ein Aufruf, die deutschen Fürsten, *diese Todfeinde der Menschheit, zu vertilgen*. Hohe Belohnungen setzten *wir Deutsch-Amerikaner und unsere gleichgesinnten Freunde* demjenigen oder denjenigen aus, *welche auf irgend eine Weise die Barbaren des neunzehnten Jahrhunderts unschädlich machen*. – Die Preise seien jetzt: *Für die Vertilgung des österreichischen Kaisers 30.000 Gulden, für die Vertilgung des Preußenkönigs 25.000 Gulden, für die Vertilgung irgendeines anderen Kurfürsten, Herzogs und dergleichen 15.000 Gulden*¹⁶.

Die „New Yorker Staatszeitung“¹⁷ vom 10. März 1849 mißbilligte diesen Aufruf *auf das Entschiedenste*. *Wenn das deutsche Volk so tief gesunken wäre, daß man es nur durch Geldversprechen zur Abschüttelung seiner Tyrannen bewegen könnte, dann würden wir an der Gründung einer Republik Deutschland verzweifeln*. – Die Staatszeitung schlug vor, die bedeutenden Summen – *sollten sie wirklich in der Vereinskasse vorhanden sein* – den unglücklichen, in der Fremde dem Elend preisgegebenen deutschen Flüchtlingen und den verwaisten Familien der gefallenen Republikaner zuzuweisen, einen Teil davon aber auch zur *Gründung einer republikanischen Organisation in Deutschland* zu verwenden. – Die „Staatszeitung“ schloß mit den Worten: *Die Abwesenheit erblicher Fürsten macht noch keine Republik, sondern die Anwesenheit des republikanischen Geistes im Volk*¹⁸.

In derselben Nummer war unter einer „Gasthaus-Empfehlung“ folgende Anzeige zu lesen: *Bierbrauer C. Richter, 55 Forsyth St., zeigt seinen Freunden und überhaupt dem biertrinkenden Publikum an, daß er nun sein selbst gebrautes Bier in obigem Lokale ausschenkt und auch in großen und kleinen Quantitäten abgibt.*

Der deutsche Konsul in Philadelphia erklärte, *daß der Herausgeber der hiesigen deutschen Zeitung „Der Demokrat“ durch alle über ihn erhalte-*

nen Auskünfte als ein Ultra Demokrat und Socialist bezeichnet wird. Er möge bei den zu gleichen Grundsätzen sich bekennenden hier ansässigen Deutschen einigen Anhang haben. Man müsse jedoch bezweifeln, ob die genannte Vereinigung wirklich existiere. Der Konsul hielt die Meldung und umlaufende Gerüchte als einen bloßen und zwar recht miserablen Zeitungs-Bluff¹⁹.

Am 14. März 1849 meldete sich der Bierbrauer Erhard Richter, New York, 57 Forsyth Street, im „Philadelphia Demokrat“ zu Wort: *In Folge der Proclamation des Philadelphier-Vereins „zur Vertilgung der deutschen Fürsten“ und in Anschluß an die Gesinnung des Vereins, haben sich mehrere achtbare Bürger hiesiger Stadt dahin vereinigt, demselben ihre Sympathie zu erkennen zu geben. Sie glauben dieses nicht besser thun zu können, als indem sie auf den Kopf des badischen Staatsraths Karl Mathy²⁰, eines der perfidesten Schurken, die Deutschland kennt, die Summe von 500 Dollars (1.250 Gulden) aussetzen, welche Summe unverzüglich nach der That an den Vollbringer derselben ausgezahlt wird, wofür sich der Unterzeichnete im Namen des hiesigen Vereins hiermit verbürgt. Mathy hat sich durch die ungesetzliche Verhaftung Ficklers offen als badischer Polizeibüttel erklärt, er hat den Fluch jedes Freiheitsfreundes auf sich geladen. Alle Anfragen bittet man frankiert an den Unterzeichneten zu richten²¹.*

Im August 1850 traf der aus Baden geflohene ehemalige Acherner Bürgermeister Franz Joseph Peter in New York ein. Einen Monat später folgten ihm seine Frau, vier Töchter und der damals 18-jährige Sohn Wilhelm. – „An einem Samstag war Wilhelm in New York angekommen. Am Montag schon begab er sich auf die Arbeitssuche. – Noch am selben Tag trat er bei dem Bierbrauer Erhard Richter in der Forsyth Street die Arbeit an. – Richter braute in New York ein ‚small beer‘, unter dem wir uns ein übergäriges Dünnbier vorstellen müssen. Das schmeckte sauer und hatte anscheinend sonst noch Eigenschaften und vor allem Nachwirkungen, die dem an ein rechtschaffenes und gediegenes Bier gewöhnten Wilhelm einfach nicht zusagten. Seine Abneigung gegen dieses Bier ging sogar so weit, daß er seinen Durst mit Wasser stillte, was bei einem Bierbrauer schon allerhand bedeutet. Als er aber auch vom Wassertrinken genug hatte, quittierte er beim Bierbrauer Richter den Dienst“²².

Im Sommer 1853 tauchte Richter im Elsaß auf. Der Freiburger Regierungsdirektor Schaaf, zum obersten Hüter nachrevolutionärer badischer Gesinnung berufen, schrieb am 24. August des Jahres an den Kehler Oberamtmann: *Nach den zuverlässigsten Mittheilungen habe der Bierbrauer Ehrhardt Richter auf Morgen ins Rebstockchen zu Straßburg mehrere Liberale aus dem Baadischen zu sich beschieden. Es unterliege keinem*

Zweifel, daß Richter für die Revolution Propaganda mache. – Schaaf wies den Kehler Oberamtmann an: *Es dürfte am Platz sein, die Personen, welche morgen das Rebstockchen in Straßburg besuchen und was dort vorgeht, beobachten zu lassen, wozu es Ihnen an Mittel und Wegen nicht fehlen würde – Es dürfte wohl auch in Richters Intention liegen, irgend wo von Frankreich zu kürzerem Aufenthalt, etwa in den alten Heimath Achern, ins Baadische herüber zu kommen*²³.

Vier Tage später, am 28. August 1853, wandte Schaaf sich an alle Bezirksämter des Oberrheinkreises: *Der Berufliche Revolutions-Mann Bierbrauer Erhard Richter aus Achern hält sich angeblich zur Ordnung von Familienangelegenheiten seit mehreren Wochen im Elsaß auf. – Nach seinen eigenen Angaben hat Richter bereits in Straßburg Zusammenkünfte mit Gesinnungsgenossen aus dem Großherzogthum veranlaßt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Richter seine Anwesenheit auf der Grenze dazu benutzt, für die Revolution Propaganda zu machen*²⁴.

Mit gleicher Post ersuchte Schaaf den Präfekten des Departements Bas-Rhin in Colmar: *Ehrhard Richter, vormals als Bierbrauer in Achern ansässig, wo derselbe in den ersten Reihen der Agitation für das revolutionäre Prinzip große Thätigkeit entwickelte, ist 1848*²⁵ *nach America übergesiedelt, von wo aus er ohne Unterlaß für die Sache des Umsturzes – insbesondere auch durch die Preße und die frechste Schrift fortgewirkt hat. – Der Präfekt solle die Entfernung dieses gefährlichen Mannes von der Grenze anordnen.*

Oberamtmann v. Hunoltstein ließ Richter in Straßburg durch den Brigadir Gredel observieren. Schon am 26. August berichtete Gredel, er haben den flüchtigen Bierbrauer in Straßburg *in dem Müllerschen Caffee* getroffen in Gesellschaft des Franz Rammelmeier von Kuppenheim, eines ehemaligen politischen Flüchtlings, des Schwagers des praktischen Arztes Hönig von Willstätt, der in Straßburg ansässig sei, und des Müllers Bernhard von Kuppenheim. – Gredel merkte ausdrücklich an: *Es ist aber unbegründet, daß derselbe dort mit politischen Flüchtlingen und Anhängern der Umsturzpartei von Diesseits Zusammenkünfte hält. Richter ist ohne Geschäft in Straßburg und läuft in verwehrlosem Zustand herum, ich habe ihn schon öfters allein gehen sehen in den Straßen Straßburgs*²⁶.

Der Präfekt des Departements Bas-Rhin gab am 29. August die von Schaaf gewünschten Informationen: Richter besitze einen amerikanischen Paß und logiere *à l'hotel de la vignette à Straßbourg*. Sein Aufenthalt sei an die Bedingung geknüpft, auf gar keinen Fall sich politisch zu betätigen. Der Wirt, ein absolut ehrenwerter Mann, versichere, daß der Fremde in seinem

Hause keine Versammlungen abhalte. *Les personnes, venues de Bade auprès de Richter, se bornent a lui demander des nouvelles de leur parents emigrés en Amerique*²⁷.

Erhard Richter kehrte in die Vereinigten Staaten zurück – mit tiefem Heimweg im Herzen, wie viele seiner Leidensgenossen. – Bei Ausbruch des amerikanischen Bürgerkriegs, im Jahr 1861, betrieb er eine Brauerei in der Rebellenstadt Richmond. Als entschiedener Unionsfreund wurde er boykottiert. Er ließ seinen Besitz im Stich und ging wieder nach New York. Mit zwei Söhnen, 17 und 18 Jahren alt, trat er in das 5. Artillerieregiment ein und kämpfte, wie viele Deutsche, auf der Seite der Nordstaaten gegen die Sklaverei²⁸.

Seine Brauerei in Richmond wurde niedergebrannt. Richter wollte seinen Grundbesitz verkaufen und suchte in dieser Angelegenheit Präsident Lincoln persönlich auf. Es war Sonntag – und an einem Sonntag betrieb Lincoln grundsätzlich keine Amtsgeschäfte. Bevor ein anderer Termin vereinbart werden konnte, wurde Lincoln am 14. April 1865 in Washington ermordet. Sein Nachfolger weigerte sich, den deutschen Bittsteller zu empfangen. – Erhard Richter, dessen beide Söhne im Krieg ums Leben gekommen waren, sank in geistige Umnachtung. Er starb im Elend.

Die Acherner Wirtschaft, der er den Namen „Zur Republik“ gegeben hatte, mußte auf Drängen des Oberamtmanns ihren Namen ablegen. Ihr neuer Name, unter dem sie sich bis heute regen Zuspruchs erfreut, hieß „Zur Hoffnung“ – noch lange aber konnte man unter dem dünnen Besenwurf die Republik erkennen²⁹.

Aus einer erst neuerdings durch Frau Rumpf im Stadtarchiv Achern aufgefundenen Akte ergibt sich, daß Advokat Franz Josef Richter von seiner früh verstorbenen ersten Frau Josefine Peter die „Fabrik“ geerbt hatte und deren Eigentümer war. – Von ihm hatte also der Brauer Erhard Richter das Anwesen gepachtet.

Anmerkungen:

- 1 GLA 236/2243.
- 2 Rudolf Ritter, Franz Joseph Richter. Ein Kappeler als 1848er Revolutionär, in: Geroldsecker Land 33 (1991). Hans-Martin Pillin, Die Revolutionsjahre 1848/49 in der großherzoglich-badischen Amtsstadt Achern, in: Die Ortenau 73 (1993) S.343.
- 3 Hubert Kewitz, Unduldsamer Streit und Spaltung in Kappel/Rhein, in: Der Altvater 45 (1987).
- 4 Familienbuch und Kirchenbücher des Katholischen Stadtpfarramtes „Unserer lieben Frau“ zu Achern.

- 5 Edmund *Jehle*, Achern. Gesammelte Aufsätze (Achern o. J.) S.160ff.
- 6 Josef *Huber* war Betreiber einer Brauerei, die an der Stelle des heutigen „Ratskeller“ stand.
- 7 Friedrich *Peter* gehörte das Gasthaus zum Engel, das in der Geschichte der Acherner revolutionären Ereignisse noch eine große Rolle spielen sollte. Vgl. bei *Jehle*, Achern.
- 8 Archiv des Erzb. Ordinariats Freiburg, B 6/1, 1843–1867.
- 9 Ignaz Conrad gehörte wie die Brüder Erhard und Franz Joseph Richter der „Umsturzpartei“ an. – GLA 237/2700.
- 10 Staatsarchiv Freiburg, Zugang B 10/2, Bestand 677.
- 11 Warum hier und an anderen Stellen „C.“ und nicht „E.“ Richter geschrieben wird, bleibt unklar; kein Zweifel besteht, daß „C.“ und „E.“ Richter identisch sind und daß es sich um Erhard Richter handelt.
- 12 Text des Aufrufs bei *Wermuth-Stieber*, Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts, in amtlichem Auftrage zur Benutzung der Polizei-Behörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten (Berlin 1853) 1. Theil, S.303ff.
- 13 GLA 233/34893.
- 14 GLA 234/10176.
- 15 Philipp Stay war Schulmeister in einem kleinen, in der Nähe von Wiesloch gelegenen Dorf. Nach Niederwerfung der Revolution galt er als einer der „thätigsten Wühler“. Sein „Volksführer“ erschien nur wenige Monate lang. Nach der Revolution wurden die Abonnenten behördlich überprüft. Unter ihnen befand sich auch der Illenauer Pfarrer Ernst Fink.
- 16 GLA 233/34893.
- 17 Alle in diesem Zusammenhang genannten amerikanischen Zeitungen erschienen in deutscher Sprache.
- 18 GLA 233/34893.
- 19 GLA 233/34893.
- 20 Karl Mathy hatte am 8. April 1848, wenige Tage nach der ersten Acherner Volksversammlung, deren Hauptredner, den Konstanzer Redakteur Josef Fickler, auf dem Karlsruher Bahnhof verhaften lassen. Ficklers Verhaftung beraubte die Umsturzpartei ihres fähigsten Kopfes. Sie löste Friedrich Heckers Erhebung vom 12. April aus.
- 21 GLA 233/34893.
- 22 Max *Joerger*, Politische Flüchtlinge schon vor 102 Jahren, in: Badische Zeitung vom 7. Juni 1952. Liste der Acherner Bürgermeister im Stadtarchiv IV. 2/185. Franz Joseph Peter war Bürgermeister vom 14. November 1846 bis zum 13. August 1849. – Der Verfasser dieses Aufsatzes dankt Herrn Dr. Gernot Joerger in Kehl, Herrn Archivar Heinrich Raab in Karlsruhe, Herrn Tobias Korta in Kappel und Angehörigen der Familie Peter für alle Hilfe!
- 23 GLA 313/2908.
- 24 GLA 313/2908.
- 25 Hier war Schaaf falsch informiert.
- 26 GLA 313/2908.
- 27 GLA 313/2908. „Die Personen, die aus Baden zu Richter kamen, haben sich darauf beschränkt, Neuigkeiten von ihren nach Amerika emigrierten Verwandten zu erfahren.“
- 28 Diese Angaben aus Wilhelm *Kaufmann*, Die deutschen im amerikanischen Bürgerkrieg 1861–1865 (München und Berlin 1911) S. 512ff.
- 29 Karl *Schriever*, Zur Geschichte der Familie Peter in Achern (Achern o. J.) S. 16.

In Appenweier eine verordnete Revolution?

Karl Maier

Der Ortenauer Bote druckte am 26. März 1850 einen Bericht des in Stuttgart erscheinenden Deutschen Volksblattes ab, in dem es heißt: *Mitten unter den radicalen Städtchen Renchen, Oberkirch, dem weltberühmten Demagogensitz Offenburg und nahe dem berüchtigt gewordenen Appenweier, der Wiege eines gewissen Exministers (Werner) liegt der große Ort Urloffen mit seiner schönen neuen Kirche, ganz geeignet, eine große Menge Derrer aufzunehmen, welche trotz aller Wühlereien ihr katholisches Bewußtsein nicht verloren hatten*¹. Der Autor schränkt zwar den Grund für seine Kritik an Appenweier auf die Person des Kriegsministers und Diktators der Revolutionsregierung ein, erweckt mit seinem Zitat jedoch den Eindruck, daß der Ort in seiner Bedeutung für die Entwicklung der badischen Revolution der Reihe so bekannter Namen gleichzustellen sei, und tatsächlich läßt die Lage des Dorfes an der Landstraße und dem Knotenpunkt der Eisenbahnstrecke aus (Straßburg)–Kehl und der Rheintalbahn einen breiten Informationsfluß mit entsprechender Wirkung erwarten. Gegen diese Annahme müssen wir den überlieferten Vorwurf eines Auswärtigen setzen, Appenweier sei politisch ein Schlafkappennest gewesen, denn keiner aus der Gemeinde habe an der Offenburger Versammlung 1848 teilgenommen². Wenn wir im folgenden untersuchen, wo zwischen diesen beiden Ortsbestimmungen die hiesigen Demokraten ihren Aktionsbereich fanden, müssen wir beachten, daß alle Quellen, auf die wir uns berufen, erst nach dem Ende des badischen Experimentes verfaßt wurden und daß es sich im wesentlichen um Akten der Anklage und der Verteidigung handelt, deren Intentionen es jeweils zu berücksichtigen gilt.

Verfassungsfest und Franzosenlärm

Beginnen wir mit den Verfassungsfeiern 1843, mit denen die fortschrittlich denkenden Bürger – gegen den Willen der vorgesetzten Behörden – jener Menschen- und Bürgerrechte gedachten, die Großherzog Karl 1818 feierlich beschworen hatte, die aber von seinen Nachfolgern wieder beschränkt worden waren. Es gab in Appenweier zwar keine Feierstunde und keine Reden, aber der Tag wurde mit den üblichen Zeichen der hohen Festtage markiert, mit Böllerschüssen und einem Geschenk an die Schulkinder, sie erhielten vom Bürgermeister weißes Brot³. Ermahnungen des Oberamtes, alles Gedenken sein zu lassen, waren entweder nicht bis zum Rathaus gedrungen, oder man hatte sie dort ignoriert.

Den berühmten Franzosenlärm, dessen rationale Ursachen immer noch ungeklärt sind, der aber als frühes Anzeichen einer republikanischen Stimmung unter den Ortenauer Bürgern gedeutet wird⁴, schildert die Chronik der Familie des Schulmeisters Bell: *Mein Vater kam an einem Abend im Monat März etwa um 10 Uhr von einer Bürgerversammlung nach Hause mit dem Bemerkten, es stehe nicht ganz gut, man weiß nicht, was für unruhige Zeiten folgen. Wir legten uns ins Bett, allein schon nach wenigen Minuten entstand der Ruf, die Franzosen seien bei Kehl über den Rhein gedrungen und seien nun im Anmarsch. Um ihnen den Eingang in den Ort zu wehren, sollten die Bürger und die jungen Leute zur Verteidigung berufen werden . . .* Man läutete die Sturmglocken, durchzieht trommelnd die Gassen, während immer neue Berichte eintreffen, die Franzosen hätten schon Kork, ja Sand eingenommen. *Am nächsten Morgen kamen Bürger von Oberkirch, Nußbach, Zusenhofen, Ulm u. a., mehr als 2000 Mann nach Appenweier, bewaffnet mit Gewehren, Sensen, die gerade aufwärts standen, Mistgabeln, um gegen die Franzosen zu kämpfen, aber es zeigte sich keiner, denn in Frankreich war in jener Nacht der gleiche Lärm, und es hieß: Die Deutschen kommen und seien schon bis Straßburg gedrungen*⁵. Diese Turbulenzen bestätigt Heinrich von Andlaw, Mitglied der Ersten Badischen Kammer, der am 24. März auf dem Bahnhof in Appenweier erlebte, wie *aus den Renchtalbädern, weit oben herunter, mehrere Tausend in gleicher Freudigkeit angezogen kamen*⁶.

Der in Appenweier geborene, oben genannte Rechtsanwalt Werner aus Oberkirch, der spätere Diktator der Revolutionsregierung, beendete in Appenweier die Aufregung, als er aus Kehl die Nachricht brachte, *das ganze sei nur ein blinder Lärm. Die Anwesenden mögen ruhig nach Hause gehen, aber auf Volksbewaffnung bedacht sein. Die Folge davon war, daß die jüngeren Leute sich in den Waffen üben mußten und bald in dieser, bald in jener Stadt Volksversammlungen gehalten wurden*⁷.

Wie in Offenburg Bürgermeister Réé⁸ sieht der Chronist im Franzosenlärm den Anstoß zur Volksbewaffnung, aber wie die Offenburger Verwaltung mußte sich der konservative Bürgermeister Sebastian Hodapp von Appenweier schon vor dem 24. März um dieses Problem kümmern. *17. März: In Offenburg beim Bürgermeister wegen Anschaffung von Gewehren, 5 Stunden*⁹, schreibt er auf seinen Diätenzettel, während ein Eintrag vom 24. März seine Teilnahme an der Versammlung der Ortsvorsteher des Oberamtsbezirkes belegt, auf der man über Bewaffnung und Struktur der Wehrmannschaft beriet¹⁰. Der Beschluß des Gemeinderates Appenweier vom 21. April 1848, Instruktoren für die jungen Leute zu bestellen, hing wohl auch damit zusammen¹¹.

Die Lage im Dorf vor dem Aufstand

1848 hatten sich in Appenweier wie überall in der Ortenau drei politische Gruppen gebildet, Konservative, Konstitutionelle und Republikaner¹². Vom Gasthaus „Sonne“ aus soll der Wirt Wilhelm Werner, ein Bruder des Rechtsanwaltes, einem Zeugnis Pfarrer Ludwigs zufolge, die öffentliche Meinung und insbesondere die jungen Mitglieder des Musikvereines im Sinne der Revolution beeinflusst haben¹³.

Den Versuch Heckers, mit Gewalt eine badische Republik zu errichten, hat niemand aus Appenweier aktiv unterstützt, auch als Rechtsanwalt Max Werner in Achern eine Hilfstruppe für Hecker zusammenstellte, konnte er keinen seiner Verwandten in Appenweier dafür begeistern¹⁴. Ja, Bruder Wilhelm berichtete im nachhinein, er habe mit Max über die Bewertung des Volkshelden gestritten: *Ich behauptete gegen ihn (Max), daß Hecker nichts ausgewirkt hätte, als das Land und die Bürger ins Unglück zu stürzen, und daß er Besseres in der Nationalversammlung leisten könnte. Ich sagte, daß immer die Mehrheit entscheiden müßte, und so lange sie nicht die Mehrheit für sich hätten, müßten sie von ihrer republikanischen Gesinnung abstehen. Eine Partei, die nicht die Mehrheit für sich habe, mit Gewalt durchzusetzen, sei Landesverrat*¹⁵.

Die Zurückhaltung der Bürger mag wenigstens teilweise mit der Einquartierung begründet werden. Mindestens vom 6. April – eine Woche vor Beginn des Heckerzuges – bis zum 18. April – einen Tag, bevor General Pfaff gegen den Aufstand in Appenweier Stellung bezog und auf Offenburg vorrückte, lagen badische Truppen im Dorf¹⁶. Erst im Frühjahr 1849, drei oder vier Wochen vor der alles entscheidenden Volksversammlung in Offenburg, wurde in Appenweier ein Volksverein gegründet¹⁷. Auch das ist eine der Merkwürdigkeiten in unserem Ort, hatte man doch in Offenburg ein Jahr zuvor eine neue Organisation der Vaterländischen Vereine erreicht und ihr unüberhörbar klare Ziele gesetzt, und hatte doch Aman Goegg vom nahen Renchen aus während der letzten fünf, sechs Monate den Volksverein zu einer festen Basis für revolutionäre Aktionen ausgebaut. Eigentlich sei der Volksverein in Appenweier gar kein Volksverein gewesen, wird später die Verteidigung der Angeklagten nicht müde zu versichern, sondern ein Bürgerverein ohne politische Tendenz. Er habe sich um örtliche Probleme gekümmert, wie Anbau und Verkauf von Wein, Obst, Getreide. Diese habe man in aller Öffentlichkeit in den vier Wirtshäusern diskutiert¹⁸.

Über die Zahl der Mitglieder gab es unterschiedliche Meinungen: Die offizielle Liste der Behörde nennt 6¹⁹, in einzelnen Anklageschriften wurde zehn Einwohnern die Zugehörigkeit vorgeworfen²⁰, und wohl um die poli-

tische Harmlosigkeit der Gruppe zu unterstreichen, erklärte ein Verteidiger, fast alle Bürger Appenweiers seien beigetreten²¹.

Politisch wirksam scheint der Volksverein tatsächlich nicht gewesen zu sein, was hätte er auch in wenigen Wochen bewirken wollen, und schlimme Vergehen oder gar konspirative Tätigkeit konnte ihm auch die Verfolgebbehörde nicht nachweisen.

Fassen wir zusammen: Bevor die Hauptphase der Revolution begann, lag offensichtlich mehr oder weniger zufriedene Ruhe über Appenweier: keine politisch frustrierten Bürger machten Katzenmusik, keine Arbeiter schwenkten rote Fahnen, keine antiklerikalen jungen Männer warfen Fensterscheiben ein, nichts geschah in der Öffentlichkeit, was sich mit den Ereignissen in den drei eingangs genannten Nachbargemeinden vergleichen ließe. Bei so viel politischer Enthaltensamkeit verblüfft es sehr, daß die Gemeindeoberen am Tag nach der Offenburger Versammlung 1849 ohne Wenn und Aber in das revolutionäre Lager übertraten.

Der Anteil an der Revolution

Was am 13. Mai 1849 in Offenburg geschah, ist bekannt. Dieses Mal waren auch Bürger aus Appenweier zur Volksversammlung in die Amtsstadt gereist und ließen sich von der allgemeinen Begeisterung anstecken. Mit einem überfüllten Bahnzug fuhren bereits am Sonntag, dem 13. Mai, Ignaz und Joseph Werner, zwei weitere Brüder des Max Werner, sowie Konrad Lechleiter bewaffnet nach Rastatt und Karlsruhe, am nächsten Tag folgten Lindenwirt Sieb, Handelsmann Müller und der Sonnenwirt Wilhelm Werner²². In den einzelnen Akten stimmen die Zeitangaben nicht überein, selbst die Gerichte wollten sich nicht festlegen. Die Motive für die Fahrten ins Unterland, die man in der Not der Verteidigung angab, waren weitgehend unpolitisch: Neugierde, man wollte mit eigenen Augen überprüfen, was man als Sensation – vergleichbar mit dem Karlsruher Theaterbrand – empfand, *ob wirklich die Soldaten in Rastatt ihrem Fahneneid untreu wurden, von Gesetz und Ordnung abfielen . . . ob der Großherzog wirklich das Land verlassen habe*²³. Auch hätten sie für die Anerkennung der Reichsverfassung in allen deutschen Bundesländern demonstrieren wollen, ansonsten aber die Tragweite weder ihrer eigenen Handlungsweise überblicken können noch dessen, was um sie herum geschah²⁴, eine Naivität, welche die liberalen Berichtersteller Victor von Scheffel und Ludwig Häusser sogar dem in Offenburg begeistert zusammengeströmten Volk bestätigten²⁵.

Die Appenweierer ließen sich allerdings nicht in den beginnenden Aufbau des revolutionären Heeres einbeziehen; von den Umtrieben des Militärs

abgeschreckt, gingen Joseph und Ignaz Werner noch am Sonntagabend auf den Bahngleisen, weil kein Zug mehr fuhr, zu Fuß von Rastatt nach Oos zurück. Dort übernachteten sie und wollten am nächsten Morgen die Bahn nach Appenweier nehmen. Daran aber hinderten sie Struve, Blind, Bornstett, die sie mit strengem Befehl per Expreß nach Karlsruhe schickten, wo sie aber nach zwei Tagen den Dienst quittieren und ungehindert nach Hause fahren durften²⁶. Konnte man diese Reisen ins Unterland – besonders auch weil sie kostenlos waren – noch als persönliche Reaktionen auf die Offenburger Reden erklären, so brachte der Montag für Appenweier den entscheidenden revolutionären Akt: *Geschehen in Appenweier, den 14. Mai 1849, vor dem unterfertigten Gemeinderath. Nach einem Beschluß der Landesversammlung in Offenburg vom 13. May 1849 sind für das erste Aufgebot zum Schutze des Vaterlandes alle ledigen Männer von 18 bis 30 Jahren aufgerufen, sich der allgemeinen Volksbewaffnung anzuschließen und sich auf den Marsch nach Karlsruhe zur Versammlung zu machen. Der Gemeinderath hat somit beschlossen, jedem derselben aus der Gemeindekasse für die Reise Geld auszuzahlen*²⁷.

Die Gemeinderäte, z.T. durch langjährige Dienstzeit über die Grundvorstellungen des Staatsaufbaues und seiner rechtlichen Basis informiert, erkannten die Landesversammlung, ohne eine Legitimation zu verlangen, als Träger der Souveränität an und führten ihre Beschlüsse aus, wie sie bisher den Anordnungen der großherzoglichen Verwaltung gefolgt waren. Sie ließ am Dienstagmorgen den Ausmarsch des 1. Aufgebotes durch den Gemeindeboten mit der Schelle auf den Straßen des Dorfes verkünden und demonstrierten damit seine Rechtmäßigkeit²⁸. Ohne Bruch verwandelte sich das großherzogliche Bürgermeisteramt in eine revolutionäre Gemeindebehörde.

Spätestens am 1. Juni erhielt sie einen Sicherheitsausschuß beigeordnet, der *vor allem für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und für Sicherheit des Eigentums und der Person Sorge zu tragen hatte*. Von den acht Mitgliedern sind nur sieben bekannt. Sie kamen verständlicherweise aus den Reihen des Volksvereines: Sonnenwirt Wilhelm Werner, der erwählte Vorstand, sein Bruder August, Posthalter und Kronenwirt, Schlosser Thomas Schech, Kaufmann Georg Fäßler, Schuhmacher Felix Schmidt, Nagelschmied Georg Roth und Maurer Konrad Lechleiter²⁹. Zu den wichtigsten Aufgaben – bei der Bedeutung des neuen Verkehrsmittels für den Fortgang der Revolution verständlich – zählte, die Bahnanlagen zu bewachen. Schwierigkeiten gab es viele. Die Bauern, die Nacht für Nacht die Strecke abgehen mußten, um sie vor Attentaten zu schützen, begehrten auf, weil während der Heuernte genug Arbeit auf sie wartete. Im Bahnhof brachte die Ankunft der Züge – jeweils drei zum selben Zeitpunkt – ein großes

Durcheinander, von allen Seiten drängten sich die Menschen, die unentgeltlich fahren wollten, so daß der Sicherheitsausschuß ordnend eingreifen mußte³⁰.

Aber auch im Dorf und seiner Umgebung häuften sich die Schwierigkeiten: Desertierte badische Soldaten, einzeln und in Trupps, echte und vorgebliche Wehrmänner, die ihre Einheiten suchten oder nach Hause wollten, brachten Unruhe. Ein Schreiben des Zivilkommissärs Volk warnte: *In den Dörfern sollen sie nicht nur Armatur (Waffen) und Montur, sondern selbst Pferde zum Kauf anbieten. Ebenso sollen sie sich eigenmächtig einquartieren . . . Nicht minder sollen sich mehrere Individuen mit Blousen Gewaltanwendungen erlaubt und so die freie Sicherheit der Bürger gefährdet haben*³¹. Auch hier schaffte der Sicherheitsausschuß Ordnung, weshalb Vorstand Wilhelm Werner nach der Revolution bestraft wurde, denn er habe sich bei diesen Tätigkeiten staatliche Kompetenzen angemäßt; die Verteidigung aber lobte, *daß die Bürger durch den Sicherheitsausschuß vor früher erlittenen Unbilden zum Beispiel Wegnahme von Waaren ohne Zahlung, Fensterscheibeneinwerfen geschützt wurden*³². Damit erwies sich der Sicherheitsausschuß in erster Linie als eine Institution, welche überkommene Besitzstände wahrte, und weniger als eine Behörde, die revolutionäre Errungenschaften verteidigte, was wohl die ursprüngliche Intention seiner Schöpfer ausgemacht hatte.

Die Volkswehr fiel in den Bereich der Gemeindeverwaltung, auch, weil dafür immer wieder Darlehen nach der noch geltenden alten Gemeindeordnung aufgenommen werden mußten³³. Nachdem das 1. Aufgebot Mitte Mai nach wenigen Tagen Einsatz, über den nichts bekannt ist, wieder zurückgekehrt war, ging man daran, die jungen Männer besser auf den Krieg vorzubereiten. Blauer Barchet wurde zu Uniformblousen verarbeitet, Gürtel mit Patronentaschen, Bayonetttscheiden und -träger, dazu ein Signalthorn besorgte man sich in Straßburg³⁴. Vierundzwanzig Tage lang exerzierte ein Feldwebel mit dem 1. Aufgebot, wozu man auf der Oberalm einen Kugelfang errichtete³⁵.

Am 15. Juni trat der Ernstfall ein. Ein Schreiben des Zivilkommissärs Karl Schaible ordnete an, daß sich das 1. Aufgebot sofort nach Offenburg zu begeben habe, von wo aus es mit dem 1. Aufgebot des ganzen hiesigen Bezirks unter dem Befehl *des Bürgers Engler, Oberlieutenant im Generalstab* ins Feld abrücken sollte. Die Instruktion räumte von vornherein erhebliche Mängel in der Bewaffnung ein: Die Wehrmänner sollten ihre Gewehre mitbringen und, wo keine vorhanden seien, *gute Äxte oder Beile, Schaufeln, Stechschaufeln, Reithauen, Hauen und Pickel*, eine, auch wenn man einen möglichen Pioniereinsatz einberechnet, zweifellos unzureichende Ausrü-

stung gegen die regulären Truppen Preußens und der Reichsarmee, die bereits die badischen Grenzen überschritten hatten³⁶.

Zur selben Zeit befahl auch Zivilkommissär Hofer den Ausmarsch des 1. Aufgebotes und drohte, Exekutionstruppen ins Dorf zu legen, wenn er verweigert würde³⁷. Der scharfe Ton läßt darauf schließen, daß die Begeisterung in der Bevölkerung bereits nachgelassen hatte. Jedenfalls kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß revolutionärer Schwung gewohnten Verhaltensweisen gewichen war: Die Regierung befahl, die Bürger gehorchten.

Über den militärischen Einsatz wird nur pauschal berichtet, er habe 14 Tage gedauert, sei gegen die Preußen gerichtet gewesen, habe die Männer nach Karlsruhe, Grünwinkel, Hügelsheim und Iffezheim geführt, allerdings ohne daß man an einem Gefecht hätte teilnehmen müssen³⁸.

Allzu siegesgewiß scheint die Truppe nicht gewesen zu sein; vielleicht lag es an den Söhnen *der konservativsten Bürger von hier*³⁹, die, das Gesetz befolgend, mitzogen; denn bereits am 4. Tag stellten Oberleitmann Ignaz Werner und sein Bruder, der Feldwebel Joseph Werner, den Antrag, die Appenweierer wieder nach Hause zu entlassen. Aber als Leitmann Hodapp, ein Rechtskandidat, das Schriftstück Oberführer Doll, dem Bürgermeister aus Sand, überbrachte, löste er eine Reaktion unverhältnismäßigen Ausmaßes aus. Doll lehnte nicht nur ab, was verständlich war, sondern rückte mit etwa 2000 Mann aller Waffengattungen gegen die 64 Appenweierer vor und ließ verkünden, jeder, der sich entferne, würde erschossen. Die Hälfte der Wehrmänner hatte die Antwort des Kommandanten gar nicht abgewartet und sich schon auf den Heimweg begeben. Sie ließ Doll durch seine Dragoner mit gezogenen Säbeln verfolgen und wieder zurückbringen⁴⁰.

Um die Friedfertigkeit der Brüder Werner zu unterstreichen, berichtet die Verteidigung im Berufungsverfahren über einen Vorfall, der sich in Hügelsheim zugetragen haben soll. Auf Befehl des genannten Oberkommandanten Doll sollte der Pfarrer des Ortes, der sich mit Wehrmännern angelegt hatte, zur Strafe auf eine Kanone gebunden werden. Von zwei Einwohnern zu Hilfe geholt, gelang es den beiden nach eindringlichem guten Zureden, den Geistlichen frei zu bekommen⁴¹.

Ob vom Glück begünstigt oder durch Geschicklichkeit ihrer Anführer erreicht, wurde das 1. Aufgebot entlassen, kurz bevor sich der Belagerungsring um die Festung Rastatt schloß, an deren Verteidigung es zunächst hätte teilnehmen sollen⁴². Am 29. Juni traf es, knapp vor den Preußen,

wieder in Appenweier ein, zwar ohne kriegerischen Ruhm, aber mit allen Männern.

Dagegen ist im Totenbuch von St. Michael die Nachricht Pfarrer Buchdun-
gers aus Rastatt verzeichnet, daß der Wehrmann Leo Kaiser aus Appenweier
am 2. 10. 1849 wohl in der Festung gestorben ist. Kaiser gehörte, obwohl
hier geboren, nicht zum Aufgebot aus Appenweier, sondern wahrschein-
lich zu dem von Triberg⁴³.

Inzwischen hatte auch das zweite Aufgebot der Wehrmannschaft den Be-
fehl zum Ausmarsch erhalten, aber nun weigerten sich die Gemeindever-
waltung und der Sicherheitsausschuß gemeinsam zu gehorchen, nicht, weil
man die politische Meinung geändert hätte, sondern weil aus anderen Ge-
meinden noch nicht einmal das 1. Aufgebot ins Feld gezogen war⁴⁴.

Die Vorgänge um die Volkswehr aus unserem Dorf zeigen im kleinen, wel-
che Schwierigkeiten das revolutionäre Kriegsministerium im großen zu lö-
sen hatte. Es gab keine Mittel, den jungen Männern Ziele vor Augen zu
stellen, für die es sich gelohnt hätte zu kämpfen. Jeder Einsatz kostete
Geld, das oft nur durch Kredite zu beschaffen war. Nicht zuletzt hatte die
politische und militärische Lage die Menschen ernüchert. So argumentiert
der Mannheimer Verteidiger von Ignaz und Joseph Werner: *Am 15. Juni
war es bereits gewiß, daß Hessen und Württemberg keinen Antheil an un-
serer Revolution nehmen, waren die preußischen Truppen bereits im Rhein-
kreis eingerückt und die Reichstruppen über die Nordgrenze und hatten
selbst die verranntesten Anhänger unserer Bewegung die Überzeugung ge-
winnen müssen, daß ihre Sache eine verlorene sei*⁴⁵.

Von den 1849 in der badischen Armee aktiv dienenden Soldaten, die in Ap-
penweier geboren waren, desertierten mindestens 10 Infantristen und Kano-
niere, z.T. aus dem großherzoglichen Leibregiment, und schlossen sich dem
neuen revolutionären Heere an. Einzelheiten aus ihren Erlebnissen sind
nicht bekannt. Carl Haitz z.B. machte wohl den ganzen erfolglosen Feldzug
der Freischärlerarmee mit und überschritt mit ihr die Schweizer Grenze.
Mit einem Passierschein versehen, kehrte er über Efringen nach Appenwei-
er zurück, wurde am 27. Dezember 1849 ins Amtsgefängnis nach Offen-
burg eingeliefert, aus dem er nach einem Monat freikam⁴⁶. Wie bei vielen
„Revolutionären“ erfahren wir auch über die Soldaten erst etwas durch ihre
Strafakte. Nach der Niederlage waren die meisten in der Festung Rastatt
und in der Infanterie-Kaserne in Mannheim inhaftiert⁴⁷. Zwei, die auf der
militärischen Leiter schon einige Sprossen erklimmen hatten, der Korporal
August Böhly und der Fourier Eduard Föll, wurden wie viele andere Solda-
ten begnadigt und in ihre frühere Stellungen wieder eingewiesen⁴⁸.

Am 5. November 1849 starb in seinem Geburtsort Appenweier der 24jährige frühere Kanonier Michael Rendler, der im Juli im Rastatter Fort C als Gefangener saß, ob an den Folgen der Haft, ist nicht vermerkt⁴⁹.

Verfolgung und Gerichtsverfahren

Im Sommer 1849 begann die großherzogliche Verwaltung, nachdem sie sich wieder installiert hatte, im Land nach Teilnehmern an der Revolution zu suchen. Anfang August wurden Bürgermeister Sutter und Gemeinderat Xaver Boschert, offensichtlich ohne eingehende Untersuchung und gerichtliches Urteil, aus ihren Ämtern entlassen, auch der langjährige Ratsschreiber Johann Sebastian Bell wurde ersetzt⁵⁰. Als neues Gemeindeoberhaupt verpflichtete die Regierung den früheren Bürgermeister Sebastian Hodapp⁵¹.

Schon seit Mitte Juli ermittelte die Polizei gegen 12 Bürger, die man des Hochverrates verdächtigte: Posthalter August Werner, Lindenwirt Ignaz Sieb und Student Martin Hodapp, den Leitmann der Wehrmannschaft; sie blieben auf freiem Fuß. Joseph Diffany, Kaufmann Gorg Fäßler – er durch ein Aufgebot von 45 königlich-preußischer Soldaten⁵² – und Konrad Lechleiter wurden ins Amtsgefängnis nach Offenburg gebracht ebenso wie Johann Roth, Thomas Schech und Felix Schmidt. In Haft kamen auch die Wirte Ignaz und Wilhelm sowie der Kaufmann Josef Werner⁵³.

Im Herbst erhielten die Gefangenen die Offenburgerechtsanwälte Rée und Bühler als Verteidiger zugewiesen⁵⁴. Die Eingabe eines Teils der Ehefrauen, ihre Männer frei zu bekommen, blieb ohne Erfolg⁵⁵. Fehl schlug auf der anderen Seite auch der Versuch der Behörde, die Aufrührer nach Amerika abzuschicken: *Ich glaube nicht, daß ich die Verbannung verdient habe . . . Ich habe keine Lust nach Amerika auszuwandern . . . Ich verlasse mein Vaterland nicht* lauteten die Antworten auf die entsprechenden Vorschläge. Nur zwei zeigten sich bereit, diese Gelegenheit zur Freiheit zu ergreifen, wenn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse geregelt werden könnten, und wenn – das wurde betont – ihre Frauen einwilligten⁵⁶. Aber auch diese beiden reisten nicht fort.

Am 6. Dezember 1849 fällte das Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal das Urteil. Thomas Schech und die drei inhaftierten Werner erhielten Zuchthausstrafen zwischen ein und zwei Jahren, für die übrigen Gefangenen sowie Posthalter Werner, Sieb und Hodapp wurde der Prozeß vorläufig ausgesetzt⁵⁷. Auch die zu Strafen Verurteilten entließ man aus dem Gefängnis, nachdem sie eine Kaution gestellt hatten⁵⁸.

Im Recursverfahren vor dem Oberhofgericht in Mannheim ein knappes Jahr später erzielten Ignaz und Joseph Werner einen Freispruch, Schech und Wilhelm Werner eine Herabsetzung der Strafe⁵⁹. Der Referent, der den Prozeß für das Berufungsgericht vorbereitete, übte heftige Kritik an der mangelhaft *gepflogenen* Untersuchung durch die Ermittlungsbehörden und der z. T. oberflächlichen Würdigung der Indizien durch die erste Instanz⁶⁰.

Die Menschen und ihr Dorf

Die Wirtschaftsstruktur, eine wesentliche Grundlage für die Aufnahmebereitschaft revolutionärer Ideen, dürfte sich in Appenweier kaum von ähnlich großen Gemeinden unterschieden haben. 1849 wohnten 1500 Menschen im Dorf, eine geschätzte, seit 1847 fortgeschriebene Zahl, 1846 waren es 1435, 1851 1465; 277 verfügten über das Bürgerrecht, 440 gehörten nach dem Katasterverzeichnis zu den Steuerpflichtigen⁶¹. Der größte Teil (130) verdiente sein Brot nur in der Landwirtschaft, ein breit gefächertes Handwerk, darunter sogar ein Spielkartenmacher, bot die übliche Grundversorgung, drei Geschäfte – eines mit einer Spedition – hielten die Verbindung über die lokalen Grenzen hinaus aufrecht. Zwei Weinhändler, vier Gasthäuser und eine Posthalterei brachten auch Geld von auswärts ins Dorf, während der 1844 in Betrieb genommene Bahnhof sich als Arbeitgeber vorerst nur in geringem Maße auswirkte. Zwei Barbieri, zwei Hebammen im Gemeindelohn, ein promovierter Arzt, ein Tierarzt und ein Apotheker gewährleisteten einen ausreichenden Gesundheitsdienst. Die Gruppe, die von einem Umbruch die größten Verbesserungen zu erhoffen hatte, bildeten die 23 Tagelöhner; auch sie verfügten über Grundvermögen in einem Durchschnittswert von 1136 fl weit über die Hälfte geringer als der der anderen. Aber niemand aus ihren Reihen beehrte auf. Ebensowenig reagierten die Eisenbahner auf revolutionäre Signale aus der Umgebung, der größte Teil kam wohl von auswärts, in der Katasterliste erscheinen nur zwei Bahnwarte aus Appenweier. Vielleicht verhielten sie sich auch wie ihr Vorstand: der großherzogliche Post- und Bahnexpediteur Wilhelm, ein indifferenter Beamter, fertigte die mit Aufrührern überfüllten Züge ohne Protest ab, rief den Sicherheitsausschuß zu Hilfe, blieb nach der Revolution auf seinem Posten und gab während der Verfolgungszeit – nicht unfaire – Gutachten für den Staatsanwalt ab⁶².

Welche Impulse kamen von jenen Personen, die erfahrungsgemäß kraft ihres Amtes einen gewissen geistigen Einfluß auf die Dorfbewohner ausüben konnten?

Der katholische Pfarrer Ludwig hatte die Pfarrgemeinde St. Michael erst 1847 übernommen. Er stand ganz auf der Seite des Großherzogs Leopold,

den er als nachgiebig, wohlmeinend und voller Herzensgüte beurteilte. Die Revolution haßte er, in ihr sah er die *große Liederlichkeit* und in den Revolutionären ein *empörenderisches Gesindel*⁶³. Aber Ludwig handelte auch konsequent. Im Pfarrarchiv befindet sich ein Schreiben des Geistlichen an den Gemeinderat vom 26. Mai 1849, in dem er zu der Forderung Stellung nimmt, die Pfarrer sollen einen Eid auf die neue Regierung ablegen. Ludwig weigert sich, diesem Verlangen nachzukommen, *denn wir sind unsers früheren Eides nicht entbunden und können mit einer so ernsten und heiligen Handlung nicht spielen*. Deshalb bliebe ihm nichts anderes übrig, als seine Pfarrei zu verlassen. Ludwig hatte Angst, denn er fügte dem Einspruch eine Art Testament an. Da der Brief jedoch noch im Archiv liegt, war es wohl unnötig geworden, ihn abzuschicken⁶⁴. Viele katholische und evangelische Pfarrer im Bereich Offenburgs hatten gegen das Ansinnen protestiert und einen Kompromiß erreicht⁶⁵. Ob in Appenweier eine Huldigungsfeier abgehalten wurde, ist ungewiß.

Ludwig hatte, wie wir noch sehen werden, zweifellos einen politischen Einfluß, ob er damit einen großen Teil seiner Pfarrkinder erreichte, ist unsicher. Einer seiner Nachfolger urteilte über ihn: *Dieser Pfarrer, ein strenger Mann, hat die Gunst des Volkes nicht gewinnen können*⁶⁶.

Nachdem der Aufstand niedergeworfen war, gab Ludwig Zeugnisse über die politisch Verdächtigen ab. Aber da er sich immer wieder auf die öffentliche Meinung berief, statt eine eigene Stellung zu beziehen, konnte das Gericht nur wenige Punkte verwerten. Später trat er für die Freilassung der Inhaftierten ein. Auch sein Urteil über die Preußen, deren Einmarsch in Baden er begrüßt hatte, änderte sich: *Die Preußen gefielen sich sehr gut in Baden und machten Miene, das Land als eine Entschädigung zu behalten, der preußische Adler mußte jedoch seine ausgestreckten Krallen wieder einziehen*⁶⁷.

In der politischen Nähe des Pfarrers stand Bürgermeister Sebastian Hodapp. Zwischen 1838 und 1848 versah er sein Amt, dann trat er plötzlich aus Gründen, die nicht genannt werden, zurück. Kaufmann Fäßler erklärte, sie hätten nichts mit den modernen Ideen zu tun gehabt, aber der Personenkreis, der sich für einen politischen Umbruch eingesetzt habe, habe bei der Nachwahl – Hodapp stellte sich wieder und verlor, – für den Gegenkandidaten Sutter gestimmt⁶⁸. In einem anderen Wahlgang hatte Hodapp mehr Erfolg. Der Abgeordnete des 20. Landamtsbezirkes Offenburg in der Zweiten Kammer, der Weinhändler Franz Michael Knapp aus Appenweier, hatte im Frühjahr 1848 nach dreißigjähriger Tätigkeit sein Mandat niedergelegt. Die Wahlmänner sprachen sich für Hodapp als Nachfolger aus. An dieser Entscheidung entzündete sich im „Offenburger Wo-

chenblatt“ ein heftiger Streit, der über Wochen ging und bald den eigentlichen Anlaß vergaß. Hodapp sei zwar ein tüchtiger Landwirt, aber als Deputierter in dieser schwierigen Zeit ungeeignet, behaupteten seine Gegner. Insbesondere wandten sie sich gegen das klerikale Umfeld der Wahlmänner. Ob aus Ärger über diese öffentliche Auseinandersetzung, ob aus familiären Gründen, wie er selbst angab – Hodapp verzichtete auf seinen Gang nach Karlsruhe⁶⁹.

Im August 1849 machte ihn die großherzogliche Regierung wieder zum Bürgermeister von Appenweier, daß er es noch 14 weitere Jahre blieb, spricht für seine Popularität. Zumindest über seine Verwandtschaft hatte auch er Verbindung mit den Revoluzzern, Martin Hodapp, der als Leitmann mit Ignaz Werner die Wehrmannschaft organisierte und der, wenn man es genau nimmt, von den Verfolgungsbehörden recht milde beurteilt wurde, war sein Neffe. Und als der Feldwebel des 1. Aufgebotes Joseph Werner die Schwester Martin Hodapps Theresia heiratet, wirkten Halbbruder August, der Posthalter, und Onkel Sebastian, der Bürgermeister, einträchtig als Trauzeugen mit⁷⁰.

Der dritte Amtsträger, von dem gemeinhin behauptet wird, er mache Stimmung im Dorf, ist der Schulmeister. Johann Baptist Bell versah die Hauptlehrerstelle in Appenweier seit 1811. Verbunden damit waren der Mesner- und Organistendienst sowie die Leitung des Kirchenchores. 1819 stellte ihn die Gemeinde als Ratschreiber ein. Trotz dieser verschiedenen Nebenberufstätigkeiten gehörte er eher zur sozialen Unterschicht des Ortes. Er hatte 10 Kinder zu versorgen – fünf weitere waren kurz nach der Geburt gestorben – und verfügte nur über ein kleines Vermögen, das seine Frau mit in die Ehe gebracht hatte. Jahrelange Kämpfe um würdigen Schulraum und Kompetenzholz, Mesnergarben und Besoldung hinterließen seelische Blessuren⁷¹. Sicherlich teilte auch er die berechtigte Kritik an der reformbedürftigen Struktur der Volksschule⁷². So ist es verständlich, daß er sich auf die Seite der Aufständischen schlug. Was genau er getan hatte, erfahren wir nicht einmal von seinen Gegnern. Das 1850 abgegebene Urteil Bürgermeister Hodapps, so ungehalten er (Hodapp) auch über das Treiben desselben (Bells) im Sommer gewesen sei, so sei er (Bell) ihm doch noch lieber als die beiden jungen Lehrer⁷³, läßt eher auf ein harmloses Aufbegehren schließen. Der Hauptlehrer wurde jedenfalls von preußischen Soldaten aufs Rathaus gebracht, nach einem hitzigen Verhör aber wieder nach Hause geschickt⁷⁴. Der Oberkirchenrat als Schulaufsichtsbehörde sprach später von einem sehr tadelswerten Verhalten während der Revolution, erteilte einen strengen Verweis und verordnete *dem alten, schwachen, von seinen Söhnen geleiteten Mann*⁷⁵, einen Krankheitsurlaub, verlangte aber, daß Bell seine Vertretung aus eigener Tasche bezahlte⁷⁶: Nach einem Jahr, nachdem sich seine früheren Kritiker für ihn eingesetzt hatten, durfte er

wieder normal unterrichten. Sicher hatte Bell bei seinen vielen Ämtern einen großen Bekanntenkreis, wirksame Werbung für die neuen Ideen läßt sich nicht erschließen. Als Ratschreiber wurde er entlassen.

Den größten politischen Einfluß, so kann man annehmen, übten die Angehörigen der Familie Werner in Appenweier aus. In den Untersuchungsakten bestimmt ihr Handeln auch das Bild des revolutionären Geschehens im Dorf.

Der Stammvater der hiesigen Sippe, Franz Joseph Werner, kam aus Durbach und heiratete 1770 die Witwe des Adlerwirtes Gönner. Da dieses Gasthaus auch zugleich als Poststation an der Landstraße Offenburg-Achern diente und Franz Joseph umfangreiche Rebgrüter in Durbach besaß, brachte er ein beträchtliches Vermögen zusammen. Auch sein Sohn Ignaz Joseph vergrub die Pfunde nicht und konnte wiederum seinen Kindern einen stolzen Grundstock weitergeben. Sein ältester Sohn erhielt die Poststation und gewann die Tochter des Kronenwirts Knapp zur Frau, was ihn zum reichsten Mann in Appenweier machte. Sein Schwiegervater – er hielt trotz der vererbten Mitgift noch den zweiten Rang im Katasterverzeichnis – verdiente sein Geld als Weinhändler und vertrat, wie wir schon gesehen haben, den 20. Ämterwahlbezirk Offenburg in der Zweiten Kammer seit der Unterzeichnung der Badischen Verfassung. Den zweitältesten Sohn Maximilian ließ Ignaz Werner studieren; er arbeitete als Advokat in Oberkirch und errang als Mitglied der Revolutionsregierung besondere Berühmtheit. Auch darüber wurde schon berichtet. Der nächste Sohn Wilhelm vermählte sich mit der Witwe des Sonnenwirts Schumacher und übernahm das Gasthaus. Für Joseph, den vierten, erwarb Vater Ignaz eines der drei Handelsgeschäfte in einem der größten und schönsten Häuser im Dorf. Es steht heute noch neben dem „Adler“. Sein eigenes Gasthaus vererbte er seinem gleichnamigen jüngsten Sohn, während er selbst sich ganz dem Weinhandel widmete.

Den Ruf, die Werners seien begeisterte Revolutionäre, begründete und nährte in erster Linie Maximilian; er vertrat die neuen Ideen ehrlicher, rühriger und risikobereiter als seine Brüder.

Zu den wohlhabenden Bürgern gehörten ebenso Lindenwirt Sieb und Kaufmann Fäßler, der auch eine Spedition betrieb. Fäßler nahm im Dorf eine Sonderstellung ein, die ihm allerdings wirtschaftlich nicht schadete: er war wohl der einzige evangelische Christ in der Gemeinde und fühlte sich, obwohl katholisch verheiratet, besonders vom Ortspfarrer ungerecht beurteilt⁷⁷. In Verdacht geriet er auch wegen seiner Remise und Keller, in denen man fälschlicherweise Waffen für die Freischärler vermutete⁷⁸.

Die anderen, die man revolutionärer Umtriebe zieh, gehörten zum unteren Viertel der wirtschaftlichen Hierarchie des Dorfes. Während der Nagelschmied Roth ein ganz bescheidenes Vermögen sein eigen nannte⁷⁹, bescheinigte die Behörde Färber Diffany sowie Schumacher Schmidt, daß sie nichts besäßen, und dem Schlosser Schech, daß er arm sei⁸⁰, er habe zwar ein Häuschen und einige Liegenschaften, aber die seien hoch verschuldet⁸¹.

Von seiner unbürgerlichen Biographie her, kann man sich besonders Konrad Lechleiter als Aufrührer vorstellen. Unehelich geboren, wurde er erst zwei Monate nach seiner Geburt vom Vater anerkannt. Er machte die Meisterprüfung als Maurer und heiratete. Das Glück begünstigte aber seine Arbeit nicht. 1849 verzeichnete er mehr Schulden als Besitz. Mit 47 Jahren beging er in Weisweil, Amt Kenzingen, Selbstmord⁸².

Erklärungsversuch

Warum läßt sich aus Appenweier nur eine geringe Begeisterung für die revolutionäre Sache berichten? Offensichtlich fehlte das kollektive Bewußtsein, daß die Verhältnisse schlecht und durch andere Formen zu ersetzen seien. Unter den Einwohnern gab es keine geschlossene Gruppe, die mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage so unzufrieden gewesen wäre, daß sie sich zu einem gewaltsamen Vorgehen bereitgefunden hätte. Es gab keine Industriearbeiter, die Knechte und Mägde waren in die bäuerlichen Familien integriert. Auch die Tagelöhner hielten still, vielleicht wegen ihres noch so geringen Grundbesitzes. Von den kleinen Handwerkern mischten sich nur wenige in den politischen Streit ein, ohne bei ihren Zunftgenossen Widerhall zu finden, auch bei den Gesellen nicht. Offensichtlich erwuchs in Appenweier auch keine Kritik am Staat aus der Wirtschaftskrise der Jahre 1846/47, die im Land als eine wesentliche Ursache der allgemeinen Unzufriedenheit angesehen wird. Denn betrachten wir die Form, in der sich Gemeindeverwaltung und großherzogliches Oberamt bemühten, die Auswirkungen der mehrjährigen Mißernten von Getreide und Kartoffeln aufzufangen, können harte Vorwürfe nicht ohne weiteres erwartet werden, und tatsächlich sind auch keine faßbar⁸³.

Franz X. Vollmer findet eine indirekte Ursache für die Revolution darin, daß „in Offenburg und der Ortenau . . . eine alte gewachsene Bindung an das Haus Baden fehlte“⁸⁴. Für Appenweier möchten wir diese Feststellung nur bedingt übernehmen. Eine zu lange Zeit waren die badischen Markgrafen der katholischen Linie – sehen wir von früheren Verbindungen einmal ab – Lehensherren der Landvogtei, in Appenweier mit Anteil am großen

Zehnten, als daß ein aus der Erinnerung vorhandenes Zusammengehörigkeitsgefühl nicht auf die evangelischen Vettern und Erben hätte übertragen werden können. Die beiden hervorragenden Gebäude im Ort, die Kirche und das Rathaus, waren zur Zeit der Markgrafen und mit ihren Zuschüssen errichtet worden. Wenn die Gläubigen das Gotteshaus betraten, fiel ihr Blick auf das prächtige badische Allianzwappen am Triumphbogen, und noch bevor sie sich vor Gottvater über dem Hochaltar verneigten, erregte der rote Balken auf Goldgrund ihre Aufmerksamkeit. Das aber waren auch die Farben der neuen Herren.

Die politische Aufklärung lag wohl im argen trotz der Berichterstattung über die Reden in der Zweiten Kammer und der sich verstärkenden Publizistik. Die Poststelle Appenweier lieferte zwar 27 Exemplare des „Volksführers“ aus, einer radikalen Zeitung aus Heidelberg, aber nur eines im Ort Appenweier, an den Lindenwirt Sieb⁸⁵, daneben las auch Kaufmann Fäßler ein verdächtiges Blatt, dessen Titel nicht genannt wird⁸⁶.

Jenes Dutzend Bürger, das sich aktiv am Umsturz beteiligte, gehörte zwei unterschiedlichen Gesellschaftsschichten an. Theoretisch eingeteilt, stellte jede der beiden eine typische Gruppe dar, der üblicherweise revolutionäre Energie zugeschrieben wird, die Armen, die eine gerechtere Aufteilung der Güter anstreben, die Reichen, die mehr Mitsprache im Staat und eine stärkere Anerkennung in der ständischen Gesellschaft verlangen.

Der Eifer, sich für eine Umwälzung einzusetzen, schien zumindest beim zweiten Personenkreis recht gebremst. Sie besaßen bereits wirtschaftliche und politische Macht. Sie saßen im vollen, betrieben fast aristokratische Heiratspolitik auch über die lokalen Grenzen hinaus, schickten von ihren Söhnen auf die Universität. Den langjährigen Deputierten des Bezirkes in der Zweiten Badischen Kammer konnten sie innerhalb ihrer Verwandtschaft beeinflussen. Bei der Nachwahl Knapps, nachdem auch Hodapp sein Mandat niedergelegt hatte, brachten sie das Oberhaupt der Familie, den Altadlerwirt Ignaz Werner immerhin auf den zweiten Platz und 1861 Posthalter und Kronenwirt August Werner ins Parlament⁸⁷. Konnten sie wirklich erwarten, daß ein demokratisches Staatswesen ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung verbessern würde? Man kann es bedauern: In Appenweier beherrschten in der Mitte des Jahrhunderts überkommene Vorstellungen das Denken der Bürger. Die neuen Ziele wurden nur von wenigen erfaßt und nur halbherzig verfolgt.

Auch jene, die große Hoffnungen in die Republik gesetzt hatten, machten ihren Frieden mit der Reaktion. Zwischen Dezember 1850 und Dezember 1854 stellten mindestens 50 Bürger und Bürgerinnen (Begleitpersonen,

Ehefrauen und Kinder sind in der Zahl nicht enthalten), den Antrag, auswandern zu dürfen⁸⁸. Felix Schmidt gehörte dazu, blieb dann aber doch, denn das Totenbuch verzeichnete 1888 sein Ableben⁸⁹. Karl Haitz – er ist wohl mit dem Soldaten identisch, von dem wir oben berichteten, – und seine Familie erhielten von der Gemeinde einen Reisekostenzuschuß bewilligt, aber auch er brachte die restlichen Jahre seines Lebens im Heimatort zu⁹⁰. 1853 bat Hauptlehrer Bell die Gemeinde um einen Kredit, mit dem er die Fahrt zweier seiner Söhne nach Amerika bezahlen wollte; er stand aber von seinem Plan ab, nachdem der Gemeinderat abgelehnt hatte⁹¹. Nur Färber Diffany fuhr zu Mitgliedern seiner Familie in die Neue Welt⁹².

1905 besuchte Großherzog Friedrich mit seiner Frau die Gemeinde Appenweier. Eine Photographie zeigt ihn in trautem Gespräch mit dem Feuerwehrveteranen und Bahnhofhotelwirt Ignaz Werner, der fast sechzig Jahre zuvor das 1. Aufgebot gegen Großherzog Leopold befehligt hatte. Ob die beiden alten, grau gewordenen Herren Jugenderinnerungen austauschten?

Anmerkungen

- 1 Ortenauer Bote vom 26. März 1850. Ich danke Herrn Heinz G. Huber für den freundlichen Hinweis auf diese Quelle.
- 2 Staatsarchiv Freiburg A 27/3/366, S. 177.
- 3 Gemeindearchiv Appenweier, Rechnungsbuch 1843.
- 4 Vgl. Franz X. Vollmer, *Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution* (Karlsruhe 1997), S. 68 f.
- 5 Chronik der Familie Bell, Abschrift bei der Mitgliedergruppe Appenweier des Historischen Vereins für Mittelbaden; s. a. GAA Protokollbuch des Gemeinderates vom 12. 8. 1848.
- 6 Heinrich von *Andlaw*, *Der Aufruhr und Umsturz in Baden* (Freiburg i. B. 1850), S. 125. Ich danke Herrn Manfred Hildenbrand für den freundlichen Hinweis auf diese Quelle.
- 7 Wie Anm. 5; Literatur über Maximilian Werner: Hans-Martin *Pillin*, Die Parteinahme der Bürgerschaft Oberkirchs zugunsten republikanischer Ideen während der badischen Revolution 1848/49, in: *Die Ortenau* 56 (1976), S. 45. Alexander *Werner*, Maximilian Werner aus Oberkirch und die badische Revolution 1848/49, in: *Die Ortenau* 73 (1993), S. 354 ff.
- 8 Wie Anm. 4, S. 68.
- 9 GAA Rb. 1848, Nr. 337.
- 10 Wie Anm. 4, S. 69; *Offenburger Wochenblatt* 1848, S. 156.
- 11 GAA Protokollbuch des Gemeinderates Nr. 14 vom 2. 4. 1848.
- 12 GLAK 236/8567.
- 13 GLAK 240/2496, S. 15.
- 14 GLAK 240/2496, S. 105.
- 15 GLAK 237/4227.
- 16 Staatsarchiv Freiburg A 27/3/366, S. 153 f.
- 17 Wie Anm. 4, S. 95; GAA Rb. 1848, Nr. 320–327.

- 18 StAF A27/3/366, S. 176.
- 19 GLAK 236/8509.
- 20 StAF A 27/3/366 die entsprechenden Anklageschriften.
- 21 StAF A 27/3/366, S. 87.
- 22 StAF A 27/3/366, S. 143.
- 23 StAF A 27/3/366, S. 84 f.
- 24 GLAK 240/2496, S. 171.
- 25 Victor von *Scheffel* in: Friedrich *Lautenschlager*, *Volksstaat und Einherrschaft*, 1920, S. 358; Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution*, 1851, S. 315.
- 26 GLAK 240/2496, S. 22.
- 27 GAA Prot.buch Gemeinderat 1849, Nr. 337.
- 28 GLAK 240/2496, S. 20.
- 29 GLAK 240/2496, S. 100; Vollmacht für Sonnenwirt Werner vom 1. 6. 1849, unterschrieben von Civilcommissär Johann Hofer. Dagegen Vollmer wie Anm. 4, S. 400: „Hofers Amtszeit dauerte nur vom 10. bis 21. Juni 1849.“
- 30 StAF A 27/3/366, S. 143 f.
- 31 GLAK 240/2496, S. 102.
- 32 GLAK 240/2496, S. 75.
- 33 GAA Prot. Gemeinderat 1849, Nr. 32.
- 34 GAA Rech.buch 1849, S. 322–329. Beilagen.
- 35 GAA Rech.buch 1849, S. 127, 129, 339, 362. Beilagen.
- 36 GLAK 240/2496, S. 24, 98.
- 37 GLAK 240/2496, S. 23.
- 38 GLAK 240/2496, S. 23.
- 39 GLAK 240/2496, S. 25.
- 40 GLAK 240/2496, S. 27.
- 41 GLAK 240/2498, S. 29.
- 42 GLAK 240/2496, S. 30.
- 43 PAA Totenbuch, vgl. 69 N Mone Nr. 28: 101.
- 44 StAF A 27/3/366, S. 155.
- 45 GLAK 240/2496, S. 24.
- 46 GLAK 236/8555: 274–275; 48/3078: 29; 49/2410: 59; 236/8559: 101, 103.
- 47 GLAK 49/2410; 236/8561.
- 48 GLAK 237/2781: 14, 26.
- 49 PAA Totenbuch; GLAK 49/2410.
- 50 GAA Rech.buch 1849, Gemeindebehörden; GLAK 236/3108: 92.
- 51 GAA Rech.buch 1849, Gemeindebehörden.
- 52 StAF A 27/3/366, S. 275.
- 53 StAF A 27/3/366, S. 285; GLAK 237/16844; vgl. a. *Vollmer*, *Offenburg*, S. 238.
- 54 StAF A 27/3/366, S. 77, 163.
- 55 StAF A 27/3/366, S. 45 ff.
- 56 StAF A 27/3/366, S. 95 ff.
- 57 StAF A 27/3/366, S. 285 ff.
- 58 StAF A 27/3/366, S. 286.
- 59 StAF A 27/3/366, S. 247 ff.
- 60 GLAK 2496, S. 164.
- 61 GAA Rechnungsbuch 1846–1851. Beilagen.
- 62 GLAK 240/2496, S. 101, 146.

- 63 PAA Pfarrchronik.
- 64 PAA XVII Kirchenvisitation c Vita Clericorum.
- 65 *Vollmer*, Offenburg, wie Anm. 4, S. 185 ff.
- 66 PAA Pfarrchronik.
- 67 PAA Pfarrchronik.
- 68 StAF A 27/3/366, S. 270 f.
- 69 Offenburger Wochenblatt 1848, Nr. 25, 26, 28, 30.
- 70 PAA Ehebuch.
- 71 Karl *Maier*, Der Bau der alten Schule, in: Appenweierer Heimatblatt 1976, S. 29.
- 72 s. dazu z. B. GLAK 235/29562.
- 73 GLAK 235/20390.
- 74 Chronik der Familie Bell.
- 75 GLAK 235/29562.
- 76 GLAK 235/20390.
- 77 StAF A27/3/366, S. 271.
- 78 StAF A 27/3/366, S. 211.
- 79 GLAK 237/16844: 2652.
- 80 GLAK 237/16844: 512, 3119.
- 81 GLAK 234/10211, S. 86.
- 82 PAA Totenbuch.
- 83 s. wie zum ganzen Aufsatz Karl *Maier*, Die Revolution von 1848/49 in Appenweier, in: Gemeinde Appenweier (Hg.), 1100 Jahre Appenweier (Appenweier 1984), S. 109–135.
- 84 *Vollmer*, Offenburg, wie Anm. 4, S. 23.
- 85 GLAK 236/8567, S. 20.
- 86 StAF A 27/3/366, S. 271.
- 87 Offenburger Wochenblatt 1848, S. 368; freundliche Auskunft von Frau Sauer, Stadtarchiv Karlsruhe.
- 88 GLAK 70 Appenweier Conv. 6/13.
- 89 PAA Totenbuch.
- 90 PAA Totenbuch.
- 91 GAA Prot.buch Gemeinderat 1853, Nr. 62.
- 92 GLAK 70 Appenweier Conv. 6/13, 12. 4. 1851.

Die Revolution im Spiegelbild Auenheimer Gemeindeakten

Walter Fuchs

Die Rolle der ländlichen Bevölkerung in der Revolution 1848/49, die in erster Linie als städtisches Ereignis dargestellt wird, ist nur unzureichend bekannt. Deshalb lohnte es sich in den Gemeindeakten des ehemaligen Hanauer Fischerdorfes Auenheim nach Spuren dieser ereignisreichen Zeit zu suchen. Auch wenn sich unter den damaligen Dorfbewohnern keine führende Person hervortat oder außergewöhnliche Geschehnisse hervorzuheben wären, spiegeln die Gemeindeakten zuverlässig die politischen und wirtschaftlichen Notzeiten der Revolutionstage wider. Nicht nur, daß der Gemeinde durch die Ereignisse eine schwere Schuldenlast aufgebürdet wurde, sondern vor allem weil dabei zwei Bürgersöhne ihr junges Leben lassen mußten.

Die politische Vorgeschichte der Revolution und die wirtschaftliche Notzeit dieser Tage wird derzeit in vielen Publikationen behandelt, so daß sie an dieser Stelle entbehrlich ist. Durch die Mißjahre bei der Erzeugung der landwirtschaftlichen Grundnahrungsmittel lebte man am Rande einer Hungersnot. Die Einrichtung einer Volksküche wie auch eine Auswanderungswelle, bei der die Ärmsten aus der Gemeindekasse unterstützt wurden, bestätigen die Akten unseres Dorfes. Die Notsituation in Auenheim wurde zudem durch „Mißernten“ der Berufsfischer verstärkt, deren Fangergebnisse durch die fortschreitenden Flußregulierungen von Rhein und Kinzig stetig zurückgingen.

Auenheim hatte im Jahr 1848 943 (derzeit 2380) Einwohner. Nach einer Steuerliste aus dem Jahr 1853 gab es im Dorf 60 Berufsfischer, 6 Goldwäscher und 22 Leinenweber, deren Erwerb zunehmend unrentabler wurde.

Schreckensmeldungen erreichen das Dorf

Am 26. März 1848 übermittelt das Großh. Bezirksamt Kork an den Gemeinderat Auenheim eine Abschrift des Ministeriums des Innern Karlsruhe über: *Das Eindringen der Arbeiter aus dem Elsaß betr. (:)* In der Nacht vom 22 ten auf 23 ten d.M. wurden die Bewohner des Breisgaues durch die Nachrichten von dem Eindringen großer Haufen Arbeitern aus dem Elsaß sehr geängstigt und haben dringend um militärische Unterstützung gebeten. Gleiche Beängstigungen treffen in der Nacht vom 23 ten auf 24 ten

d.M. die Bewohner des Rheintales in der Nähe von Offenburg und Kehl . . . sogar die offizielle Anzeige, daß bei Meisenheim sich schon eine bedeutende Truppe von 500 – 600 Arbeitern über den Rhein gesetzt haben. In Folge dessen wurde sogleich eine Compagnie Militär nach Kehl und . . . ein Bataillon nach Offenburg gesandt . . .¹.

Sicher hatte diese Nachricht unter der Bevölkerung Unruhe und Unsicherheit ausgelöst. Hatten doch die älteren unter ihnen die Schrecken der Napoleonischen Kriege mit Rheinübergängen, mehrmaligen Belagerungen und Eroberungen der nahen Festung Kehl am eigenen Leibe erlebt. Zumal ein weiteres Schreiben vom Ministerium vom 2. April *An sämtliche Aemter längs der Rheingränze*² die angebliche Gefahr noch vertärkte: *Die Nachrichten von einem baldigen Überfall deutscher Arbeiter aus der Schweiz und aus Frankreich, denen sich noch Fremde anschließen, bestätigt sich Täglich mehr.* Es folgen Aufforderungen und Ratschläge, wie sich die Bewohner bei einem Überfall zu verhalten haben, und, um zu beruhigen, wird versichert, daß Truppen aufgestellt würden, um die Bevölkerung bei einem Überfall zu unterstützen.

Eine Bürgerwache wird aufgestellt

In den Gemeindeakten findet sich eine Anordnung, wie man sich bei der Aufstellung zu verhalten habe.

Nach dem Gesetz zur Aufstellung von Bürgerwachen³ werden alle Bürger zwischen dem 20. und 60. Lebensjahr einberufen. Mit Handschlag verpflichtet sie sich zum unbedingten Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten. Die Einheit wird in Rotten von je 12 Mann eingeteilt, welche unter sich einen Rottenmeister wählen, diese bestimmen unter drei bereits ernannten Obmännern jenen, der die oberste Leitung übernimmt. Über Strafen entscheiden Rottenmeister und Obmänner. Jeder Bürger ist für die Waffe verantwortlich, die ihm anvertraut wird.

Die Bewaffnung der allorts aufgestellten Bürgerwachen war Sache der Gemeinden. In den Rechnungsbelegen der Auenheimer Gemeinde finden wir die Forderungen der zwei hier ansässigen Schmiedemeister Jakob Heidt⁴ und Friedrich Grampp⁵, die je 15 *Senzen-Waffen* zum Stückpreis von 54 Kreuzer angefertigt haben. Der Wagner Clemenz⁶ lieferte für 15 Kreuzer per Stück Stangen hierzu. Am 15. April 1848 erhält Michael Brunk⁷ für *12 Gewehr sauber zu Butzen und gehörig herzustellen* einen Gulden aus der Gemeindekasse.

Ende März desselben Jahres wird die Zeughausdirektion Karlsruhe vom Großherzoglichen Kriegsministerium angewiesen, an die Gemeinde Auenheim 25 Gewehre mit *Ladstock und Bajonet . . . auch die erforderliche Munition, nämlich 10 Kugelpatronen und 11 Stück Zündhütchen zu jedem Gewehr abzugeben*¹⁸. Gemeinderat Jakob Reiser und Georg Zier als Mitglieder des Bürgerausschusses (im) Auftrag des Gemeinderats holten die Gewehre in Karlsruhe ab. Die 25 Gewehre einschließlich Munition sind in der Gemeindekasse mit 326 Gulden 21 Kreuzer *in Ausgabe dekretiert*⁹. Obwohl die Bewaffnung der Bürgerwehr von Amtswegen weiter vorange-trieben wird, nimmt die Gemeinde ein Angebot der Militärverwaltung über verschiedene Gewehrtypen, Munition und *Ältere Artillerie Säbel* nicht an¹⁰. Anfangs April wird der Gemeinde eröffnet, daß *eine Compagnie Großherzoglich Hessendarmstädtischer Schützen einrücken werde und dort zu bequartieren sind*¹¹. Ungefähr ein Vierteljahr dauerten die Einquar-tierungen verschiedener Truppenteile.

Nach glaubhaften Überlieferungen hat auch die Hanauer Bevölkerung zahlreich mit großer Begeisterung und gezierten Wagen an der Offenburger Versammlung am 13. März 1848 teilgenommen. Sicher sind die zwei Fah-nen (darunter eine dreifarbige), *Bänder, 3 Scherfen, 12 Armbinten (und) 2 Scheiten über die Fahnen*, welche der Gemeinde in Rechnung gestellt wur-den, zu diesem Unternehmen angeschafft worden¹².

Als *Wahlmann von Auenheim für die am 17. Mai 1848 in Achern stattfindenden Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung* und zum zweiten Wahltag am 10. Juni beanspruchten der hiesige ev. Pfarrer Heinrich Förster und der Faschinenleger Michael Fuchs *Diäten* aus der Ge-meindekasse¹³.

Leider sagen uns die Gemeindeakten nichts über die Stimmung im Dorf. Sicher fand auch in Auenheim die über den Rhein herüber tönende Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ willige Ohren. Durch das nahe Straß-burg, wo die Auenheimer Frauen landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Ver-kauf hintrugen und auch die Fischer ihren Fang auf dem dortigen Fischmarkt an den Mann brachten, war man über die Verhältnisse nach der Februarrevolution in Frankreich bestens informiert. Im benachbarten Elsaß hatte man Verwandte, Freunde und Bekannte, erfuhr durch diese Bindun-gen, daß durch die dortige Staatsumwälzung viele drückende Lasten aufge-hoben worden waren. So entstand sicher auch in Auenheim ein idealer Nährboden für revolutionäre Ideen. Als dann in ganz Baden umstürzleri-sche Bewegungen einsetzten, werden diese auch in Auenheim begeisterte Anhänger gefunden haben. Wie nahezu überall wurde im hiesigen Ort ein Volksverein mit ca. 40 Mitgliedern gegründet¹⁴. Der zum Volksheld auf-

steigende Revolutionsführer Hecker wurde wohl auch in unserem Ort begeistert gefeiert.

Nach dem bewaffneten Putsch von Hecker und Struve gegen die Regierung und der Niederlage der Revolutionäre folgte eine große Ernüchterung. Im Befehlsbuch der Gemeinde finden wir eine Abschrift vom Ministerium des Innern vom 25. September 1848¹⁵: *Wie eine heute früh versandte gedruckte diesseitige Bekanntmachung zeigt, haben die Truppen die Freischärler bei Staufen angegriffen. Die Stadt in welcher die Frei-scharen Barikaden errichtet hatten, wurde nach zweistündigem Kampfe genommen, von den Freischaren sollen viele gefallen sein, während die Truppen nur einen Todten und mehrere Verwundete zählen . . . aber alle diejenigen, welche nur durch die terroristischen Maßregeln Struves zum Anschluße veranlaßt waren, flohen in der größten Eile davon ,wie es auch im April (bei Hecker) der Fall war. Es ist zu erwarten, daß dieser Schlag abschreckend wirken werde insbesondere in Verbindung mit der Nachricht, daß das Reichsministerium eine größere Truppenzahl in das Land zu senden und überhaupt alles, was zur Niederdrückung der Aufruhr und zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung nöthig ist beschloßen hat . . . Die Ämter werden angewiesen, darüber ihre Amtsangehörigen zu belehren und sie vor einem Schaden zu warnen. Wenn auch in einzelnen Orten gewaltthätige Emissionäre der revolutionären Parthei erscheinen, so würde es den Bürgern, wenn sie Pflichtgetreu sind, und das Wohl des Landes im Auge haben, ohne sich durch das Blendwerk der revolutionären Parthei bethören zu lassen, nicht schwer fallen, Widerstand zu leisten . . .*

Diese Nachrichten mußten unverzüglich der Gemeinde verkündet werden, verbunden mit der Warnung, daß bei dem im Amtsbezirk herrschenden Kriegszustand widersetzliche Handlungen Nachteile und Strafen nach sich zögen.

Man kann davon ausgehen, daß solche Verlautbarungen abschreckten, aber im Untergrund gärte es, und nachdem im Mai 1849 der Großherzog geflohen war, folgte man ohne Bedenken den Anordnungen der neuen revolutionären Regierung.

Der Aufstand 1849

Wie schon bei den Unruhen im Jahr zuvor verraten die Auenheimer Gemeindeakten nichts über die Stimmung im Dorf. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Gemeinde und ihrer Bewohner ist weiterhin bedenklich – sie erreicht mit dem „Maiaufstand“ einen weiteren Tiefpunkt.

Am 17. Mai fordert der provisorische Bannerführer Roos aus Kehl das Bürgermeisteramt auf, ein Verzeichnis sämtlicher Männer zwischen 18 und 30 Jahren einzusenden, die ledig oder kinderlose Witwer waren. Sie sollen das erste Aufgebot stellen. Eine Liste der Landwehr-Männer I. Aufgebot¹⁶ im Gemeindearchiv dürfte diesem Personenkreis entsprechen. Sie führt 39 Auenheimer Bürgersöhne auf. Die Begeisterung mancher Betroffener mag sich in Grenzen gehalten haben, denn in einem persönlichen Schreiben an Bürgermeister Schurter wird im Auftrag des Kommandanten Siegel jenen Männern des ersten Aufgebotes mit Exekution gedroht, die sich noch nicht zur mobilen Armee begeben hätten. Auch auf den Bürgermeister übt der Verfasser Druck aus, sollte Schurter sich weigern, die Mannschaft in Marsch zu setzen, würde er seines Postens enthoben. Allerdings scheinen die militärischen Befehle, die Auenheim erreichen, nicht besonders planvoll gegeben. Am 17. Mai morgens 6 Uhr soll sich das erste Aufgebot, bewaffnet, mit Wäsche, Kleidungsstücken und Geld versehen, in Kehl stellen¹⁷. Aber am 19. Mai ordnet eine Instruktion aus Karlsruhe an: *Im Namen der vollziehenden Gewalt das Kriegsministerium. Für die gefährliche Lage, in welcher sich das Vaterland befindet . . . wird hiemit bestimmt, daß alle Mannschaften von Rastatt aufwärts bis Konstanz und Pfulendorf in ihren Gemeinden zu verbleiben haben. Sie werden dort die nöthige Unterstützung, Eintheilung und Unterricht erhalten.* Unterzeichnet hat: „*Criegsminister Stellvertreter Mersü Oberstleitenant*“.¹⁸

Am 26. Mai benachrichtigt Roos die Gemeinde, daß 40 Mann Infanterie ins Quartier gelegt werden würden, die auch die Landwehr einüben sollten¹⁹.

Den „Unterricht“ belegen Rechnungen an die Gemeinde von verschiedenen Wirten über Speisen und Getränke, welche dem 1. Aufgebot nach dem Exerzieren in Kehl und Kork, gereicht wurden. Zum Exerzieren einberufen hatte Bannerführer Roos aus Kehl. Hierzu war die vorhandene Trommel mitzubringen. Der Wehrmann muß besitzen 1 blaues Überhemd, 1 Patronentasche, 1 Wachstuchmütze oder Freischärlerhut²⁰.

Die Bewaffnung der Bürgerwehr war Aufgabe der Gemeinde. Die Verantwortlichen werden nicht müde, die ohnehin hochverschuldete und zögernde Gemeinde zum Kauf von Ausrüstungsgegenständen, Waffen und Munition zu bewegen. So finden sich in Rechnungsbelegen Forderungen über gelieferte Gegenstände: „*Auf Anordnung des Civilkommisärs Bürger Küchling . . . 39 Stück Tornister (75 Gulden 11 Kreuzer); 39 Stück Gewehrriehmen (26 Gulden 54 Kreuzer); 40 Stück Patronentaschen (116 Gulden 40 Kreuzer); . . . für den Rottenführer . . . einen Säbel (3 Gulden 58 Kreuzer); . . . einen schwarzen Bürgerwehrhut für den Herrn Kommendanten*

(2 Gulden 6 Kreuzer); . . . 39 blaue Blusen (54 Gulden 36 Kreuzer)²¹. Wenn auch die Bewaffnung äußerst mangelhaft war, hatten die „Waffen Sensen“, welche die Gemeinde im Jahr zuvor angeschafft hatte, ausgedient, denn 37 Wehrmänner haben durch ihre Unterschrift die Überlassung eines gemeindeeigenen Gewehres bestätigt²². Auf Verlangen der Gemeinde bietet eine Waffenfabrik in St. Blasien 5 Typen von verschiedenen Gewehren an. Da die Firma nicht sofort liefern kann, unterbleibt der Kauf.

Die Bürgerwehr wird in Marsch gesetzt

Erst am 29. Mai 1849 übermittelt Roos den Befehl des Generalkommandos der Volkswehr aus Karlsruhe, daß sich am folgenden Tag das Bataillon Kehl zu versammeln habe, um mit der Eisenbahn nach Heidelberg zu fahren. Die Auenheimer Mannschaft solle sich mit Kleidung, Geld und Mundvorrat um 6 Uhr früh in Kehl einfinden. Auch dieses Schreiben verzichtet nicht darauf hinzuweisen, daß es durch die Staatsgewalt gedeckt ist: Wer sich weigert, muß durch die Polizei gezwungen werden teilzunehmen²³.

Die Ausrüstung der in Marsch gesetzten Wehrmänner war nicht nur mangelhaft, es fehlte an allem. Am 2. Juni ermahnt Zivilkommissär Kuchlin aus Kehl die Bürgermeister des Bezirkes, die notwendigen Ausrüstungsgegenstände ungesäumt in das Hauptquartier Heidelberg nachzusenden, und fordert sie gleichzeitig auf, in den Gemeinden Collekten zu veranstalten, mit deren Ertrag Vorräte an Pulver und Blei angelegt werden sollen²⁴.

Je länger der Krieg dauert, je deutlicher zeigen sich die Schwächen der Revolutionsarmee, die, in kurzer Zeit aus dem Boden gestampft, keine organisatorische Basis besitzt, auch in Auenheim. Am 26. Juni weist Kommissar Kuchlin nachdrücklich die Gemeinden an, für die Wehrmänner Lebensmittel zu sammeln. *Als da sind: Mehl, Reis, Gerste, gesponnene Nudeln, Brod, Erbsen, Bohnen, Früchte, Geräuchertes Fleisch, lebendes Vieh . . . Wein, Schnaps etc. etc. gehört auch dazu. Von Kriegsbedarf als Pulver und Blei ist ebenfalls zu sammeln soviel als immer möglich. Überzeugt, daß ein jedes Mitglied ihrer Gemeinde . . . der bedrängten Lage unseres Vaterlandes, das von Feinden der gesetzlichen Freiheit schwer und hart bedroht ist . . . gibt man sich der Hoffnung hin, daß man nicht durch Zwangsmaßregeln einzuschreiten genötigt sein wird . . .*²⁵.

Die Unkosten, die der im Unterland eingesetzten Wehrmannschaft entstehen, gehen zu Lasten der Gemeinde. So werden der Auenheimer Kasse am 9. Juni 26 Gulden für 440 Patronen und 240 Pistons (Zündhütchen) in Rechnung gestellt²⁶, und ganz erheblich schmälern Verzehrskosten und

Löhnung den Gemeindehaushalt. Ein Circular wiederum des Civilkommis­ särs KÜchlin vom 7. Juni vermittelt einen Eindruck:

... Was nun die Gehalte der ... Offiziere und Unteroffiziere und Wehrmän­ ner betrifft, so hat jede Gemeinde für sich ihre Wehrmänner und Offiziere wie folgt zu besolden: 1. Dem Oberleitmann 24, 2. dem Unterleitmann 18, 3. dem Oberzugmeister 15, 4. dem Unterzugmeister 12, 5. dem Compa­ gniefourier 12, 6. dem einzelnen Wehrmann 9 Kreuzer ... Hierauf hat jede Gemeinde ... der ihr angehörigen Wehrmänner und Offizieren ... dafür zu sorgen, daß die Gelder ... zu den Händen des Bannerführers zur Ablie­ ferung gelangen²⁷.

Um die vielfältigen Ausgaben zur Versorgung der Bürgerwehr bewältigen zu können, ersuchte der hiesige Gemeinderat das Bezirksamt Kork um Genehmigung, ein „Kapital“ von 1500 Gulden aufnehmen zu dürfen. Nach der amtlichen Zustimmung lieh man sich das Geld bei dem Straßburger „Handelsmann“ Heinrich Rük²⁸.

In Sorge um die Bürgersöhne

Den 12./13. Juni verbrachten Bürgermeister Schurter und Gemeinderat Clemens in Heidelberg um ... *der Bürgerwehr vom Iten Aufgebot die Ver­ pflegung zu besorgen. Den 23./24. Juni aus gleichem Anlaß in Karlsruhe²⁹.* Von den Orten der Zusammenstöße zwischen dem vom Großherzog zur Hilfe gerufenen Bundesheer und den Freischärlertruppen kamen besorgnis­ erregende Nachrichten. Überall verloren die schlecht ausgebildeten und mangelhaft bewaffneten Freischärler die Gefechte. In Sorge um die Bür­ gersöhne versuchte der Gemeinderat am 25. Juni bei *Civilkommissär KÜchlin (die) Zurückberufung unserer Bürgerwehrmannschaft vom Kriegs­ schauplatz zu erreichen³⁰* – ein Unternehmen das in jenen turbulenten Tagen zum Scheitern verurteilt war. Wo die Auenheimer Teilnehmer des 1. Aufgebots eingesetzt waren, verraten die Gemeindeakten nicht. Ein Teil von ihnen wurde bei dem Treffen mit den Preußen bei Rastatt in Kampf­ handlung verwickelt. Ein Zeitgenosse, der hiesige Pfarrer Förster, schreibt in seinen geschichtlichen Ereignissen³¹: *In dem Gefechte bei Iffezheim mit preuss. Truppen wurde der Auenheimer Bürgersohn J. Roß, der ... mit dem s.g. ersten Aufgebot ... fortziehen mußte, zusammengehauen, ein an­ derer (Karl Gottlieb König) kam schwer verwundet hier an, wo er nach wenigen Tagen starb.* Ein Ausgabebeleg in den Gemeinderechnungen mit dem Betrag von 7 Gulden an den Fuhrmann Josef Ruf aus Plittersdorf be­ stätigt den Heimtransport des Verwundeten³². Der Rest des Auenheimer Aufgebotes hat dieses ungleiche Treffen offenbar unbeschadet überstan-

den, wie ein weiterer Ausgabebeleg bestätigt: *Für Verpflegung des I. Aufgebots der hiesigen Bürgerwehr, wie auch für Befreiung aus der Gefangenschaft, und für das Abholen derselben aus Karlsruhe . . . zahlte die Gemeindekasse 54 Gulden 17 Kreuzer*³³.

Mit Sorge erwartete man die Ankunft der Preußen . Den ersten Kontakt mit ihnen hatte der Blumenwirt Mertz, der der Gemeinde eine Rechnung über 3 Laib Brot und 40 Maß Wein überreichte, welche zur Verpflegung der Vorhut Königlich Preußischer Truppen bei dem Durchmarsch verwendet wurden³⁴. In der Folgezeit kam eine wahre Flut an Kosten auf die Gemeinden zu für Lieferungen, die an die Magazine in Rastatt, Kuppenheim, Offenburg oder Kork zu leisten waren.

Am 8. August wird dem Großherzoglichen Bezirksamt Kork eine größere Anzahl Truppen (1. preußisches Armeekorps) angesagt. Man hat dafür zu sorgen, . . . *daß stets 5–600 Malter Haber, eine Quantität Reis vorrätig sei, ferner die Bäcker eine Quantität Brod vorrätig haben*³⁵. Auch diese Kosten wurden auf die Gemeinden umgelegt.

Vom Hauptquartier Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen von Preussen kommt die Anordnung über die Quartierverpflegung der Alliierten Truppen an die Bürgermeisterämter zur Verkündigung an ihre Gemeinden. *Die Einquartierten haben für den Mann und für den Tag neben 2 Pfund Brot anzusprechen: a. Zum Frühstück eine Suppe oder Kaffe. b. Zum Mittags Mahle mit Suppe: 1/2 Pfund Rindfleisch nebst Zugemüße und Salz, soviel zur Sättigung nöthig ist. c. Zum Abend: ein Gemüße oder andere Speise. An Getränken ist für den Mann und Tag zu gewähren: 1/3 badische Schoppen Brandwein, oder 1/3 badische Maas landesüblichen Weins oder 2/3 badische Maas Bier. Offiziere haben zur Mittags Mahlzeit auf ein Gericht mehr Anspruch und erhalten statt des erwählten Getränkes für den Tag 1/2 badische Maas Wein . . .*

*Man erwartet, daß die Quartierträger diese mäßige Beköstigung in guter Qualität liefern, und die Wohlhabenden ihre Leistungen nicht auf die Forderungen . . . beschränken*³⁶.

Ein großes Augenmerk hatte die wiedereingesetzte Regierung auf Unruheherde im Land. Es wird festgestellt, daß *bei der unglücklichen Umwälzung in den unteren Landestheilen . . . hie und da Wirthshäuser einen beklagenswerthen Einfluß geübt haben in denen . . . allerlei Verführungskünste angewendet, die Gemüther erhitzt und gegen die bestehende Ordnung aufgereizt haben*. So warnt ein „Circular“ vom 2. Juli, das den Gemeinden zugeht und zur urkundlichen Eröffnung an sämtliche Wirthe ihrer Gemeinden

gedacht war. *Wirtshäuser in welchen die öffentliche Ordnung gestört oder gefährdet wird . . . durch Raufereien . . . Verführungsversuchen . . . Versammlungen . . . absingen revolutionärer Lieder und dergleichen, sind für die Dauer des Kriegszustandes zu schließen . . .*

Da diese Verordnungen nicht den gewünschten Erfolg erzielen, werden sie drei Monate später verschärft: Die Sperrstunde in den Wirtshäusern wird auf 10 Uhr festgelegt, Unfug und Lärm auf offener Straße mit Einweisung in ein Arbeitshaus bedroht. Gutgesinnte Einwohner sollen Gesetzesübertreter anzeigen. Wer revolutionäre Lieder singt oder aufregende Reden hält, sei es, wo es wolle, ist sofort zu arretieren³⁷.

Die „Entwaffnung“ der Bevölkerung

Ein besonderes Augenmerk richteten die Besatzer . . . *den in ihrer Heimat befindlichen Soldaten . . . mögen sie Urlaubspässe besitzen oder nicht . . . Es darf kein beurlaubter Soldat in seiner Heimat eine Uniform tragen . . . Sollte es einem Soldaten an den nöthigen Kleidungsstücken fehlen daß er die Montur nicht ablegen kann, so hat die Gemeinde ihm das fehlende anzuschaffen . . . Die Bürgermeisterämter sind verpflichtet, ihnen Montur, Armatur und Ausrüstung abzunehmen. Soldaten bei denen Uniform, Waffen oder Munition gefunden wird, werden . . . als Kriegsgefangene in die Festung Rastatt verbracht*³⁸.

In unzähligen Bestimmungen und Befehlen wird auch die zivile Bevölkerung aufgefordert, alle Waffen und Ausrüstungsgegenstände an die Besatzungsmacht oder die Ämter auszuliefern. Wenn sich bei einer *Nachvisitation zeigen sollte, daß noch Waffen zurückgehalten würden, werde die betreffende Gemeinde Exekutions Truppen erhalten*. Eine auf Anordnung aufgestellte namentliche Liste zeigt, daß in Auenheim immerhin 74 Gewehre und 4 Pistolen abgeliefert wurden. Darunter befinden sich Gewehre, welche die Gemeinde 1848 vom Grosh. Kriegsministerium zum Schutz gegen fremde Freischaren gegen Bezahlung . . . angeschafft hat³⁹.

Zur Fahndung ausgeschrieben

Am 16. August 1849 veröffentlicht das Bezirksamt Kork daß der *Bäcker Jakob Fuchs von Auenheim wegen Majestätsbeleidigung und Theilnahme an hochverrätherischen Unternehmungen . . . sich flüchtig gemacht hat . . .* Man fordert ihn auf, sich binnen 14 Tagen zu stellen. *Zugleich ersuchen wir alle Gerichts und Polizeibehörden, auf Jakob Fuchs . . . zu fahnden und*

ihn . . . anher einzuliefern. Aus den Gemeindeakten erfahren wir nicht, was dem Flüchtigen zur Last gelegt wird. In einem Schreiben der anklagenden Behörde an das hiesige Bürgermeisteramt, nachdem eine frühere Anfrage zur Schuldermittlung nicht den gewünschten Erfolg hatte, fordert diese den Gemeinderat abermals um Mithilfe bei den Untersuchungen auf. *Das Bürgermeisteramt (ist) als Ortspolizeibehörde beauftragt, nachzuforschen, ob es nicht jemanden, der die gewaltsame Wegnahme der (gemeindeeigenen ?) Waffen, die Aufmahnung zum Mitzuge mit bewaffneter Hand und die Majestätsbeleidigung, deren sich Fuchs bei diesem Anlaße schuldig gemacht haben soll, mit angesehen und mit angehört hat; . . . es dürfte doch auffallend erscheinen wenn sich bei einer Menge von vielleicht 15–30 Personen, die jenen Abend bei der Sache gegenwärtig waren, nicht ein Zeuge herauszubringen und namhaft zu machen wäre. Das Bürgermeisteramt wird daher wiederholt . . . aufgefordert und weiter beauftragt, Mitglieder des ehemaligen Volksvereins . . . anher zu bezeichnen, damit man die als Zeugen über die Thätigkeit und Art der Theilnahme des Jakob Fuchs und diesen Verein abhören kann . . .*⁴¹ Im Januar 1850 wird der landesflüchtige . . . (wegen) der Theilnahme am Hochverate für schuldig erklärt . . . und deßhalb in eine gemeine Zuchthausstrafe von zwei Jahren . . . so wie zur Tragung der Untersuchungs- und Straferstellungskosten verurtheilt⁴².

Sehr wahrscheinlich hat sich Jakob Fuchs im benachbarten Straßburg aufgehalten. So konnte er heimlicherweise seine Familie besuchen. Er war seit 1845 verheiratet und hatte zwei Kinder – das dritte kam im Mai 1850 zur Welt. Zwei Monate nach seiner Verurteilung ging er nach Amerika. Was ihn ein Jahr später veranlaßte zurückzukehren, wissen wir nicht. Die Gemeindeakten verraten auch nicht, ob er sich den Behörden stellte, begnadigt wurde oder doch noch ins Zuchthaus mußte.

Ebenso zur Fahndung ausgeschrieben war der ehemalige Soldat Johann Fuchs aus Auenheim, welcher sich unerlaubterweise von seinem Regiment entfernt hatte⁴³. Wahrscheinlich hatte er, wie nahezu alle badischen Soldaten, seine Garnison verlassen und sich den Revolutionstruppen angeschlossen.

Die Kosten für den „Maiaufstand“ werden auf die Gemeinden abgewälzt

Die Bekanntgabe des Großherzoglichen Bezirksamtes Kork an die Gemeinde Auenheim über *den sie treffenden Antheil . . . für die militärische Hilfe welche durch den Maiaufstand erwachsen . . .* ist, hat diese sicher mit Bestürzung aufgenommen. Die Kriegskosten für die Gemeinde wurden auf

2363 Gulden 8 Kreuzer festgesetzt⁴⁴. Verschiedene Lieferungen an Magazine der preußischen Truppen wurden angerechnet, so daß ein Restbetrag von 1690 Gulden verblieb, der sofort getilgt werden mußte. Da auch dieses Geld nicht vorhanden war, ersuchte der Gemeinderat Auenheim abermals um Staatsgenehmigung *zur Aufnahme eines Kapitals* über diese Höhe, was schließlich genehmigt wurde. Unter anderem hat der wohl reichste Auenheimer Bürger Jakob Schnee seiner Gemeinde 400 Gulden ausgeliehen.

Lassen wir über die Zeit nach der Revolution noch einmal unsern bereits genannten Zeitzeugen Pfarrer Förster zu Wort kommen⁴⁵. *Viele, unendlich viele Untersuchungen, Verhaftungen, Beschlagnahmen von Vermögen erfolgten. Neue Steuern mußten eingeführt, andere doppelt bezahlt werden... Der Kriegszustand wurde . . . von der Gr. Bad. Regierung gemeinschaftlich mit der Preuss. Commandantur fürs ganze bad. Land erklärt und von 4 zu 4 Wochen erneuert. Gegen Ende des Jahres 1850 wurde ganz Baden von den Preußen geräumt.*

Das Nachforschen im Gemeindearchiv Auenheim hat doch eine beachtliche Menge an Archivalien und Zeugnissen von der Revolution 1848/49 zutage gebracht – über eine Zeit, die vor allem im ländlichen Raum, lange Zeit recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Auch in Dorfgemeinden vorhandene Archive bergen manchen wertvollen Hinweis, der sich nahtlos in das „große Geschehen“ einfügen läßt. Davon profitiert auch das Bewußtsein der Bewohner, denen die Ortsgeschichte, oft durch die namentliche Nennung ihrer Vorfahren, näher gebracht wird.

Anmerkungen

- 1 Gemeindearchiv Auenheim Abt. IX, 528.
- 2 Ebenda.
- 3 Ebenda.
- 4 Rechnungsbelege 1848, Nr. 134, GA Auenheim.
- 5 Ebenda, Nr. 211.
- 6 Ebenda, Nr. 212.
- 7 Ebenda, Nr. 213.
- 8 Wie Anmerkung 1.
- 9 Wie Anmerkung 4, Nr. 299.
- 10 Wie Anmerkung 1.
- 11 Ebenda.
- 12 Wie Anmerkung 4. Nr. 257/258.
- 13 Ebenda, Nr. 266.
- 14 Wochenblatt Nr. 30, Offenburg den 20. April 1848. Renchen, „Kreis-Congreß der Volksvereine“.
- 15 Befehlsbuch-Circulare der Gemeinde Auenheim, S. 161, GAA.
- 16 Wie Anmerkung 1.

- 17 Rechnungsbelege 1849, Nr. 4, GAA.
- 18 Ebenda, Nr. 3.
- 19 Ebenda, Nr. 7.
- 20 Ebenda, Nr. 4.
- 21 Ebenda, Nr. 19–27.
- 22 Wie Anmerkung 1.
- 23 Wie Anmerkung 17, Nr. 10.
- 24 Ebenda, Nr. 12.
- 25 Ebenda, Nr. 13.
- 26 Ebenda, Nr. 28.
- 27 Wie Anmerkung 15, S. 194.
- 28 Wie Anmerkung 17, Nr. 15/16.
- 29 Ebenda, Nr. 33–48.
- 30 Ebenda, Nr. 193.
- 31 Heinrich Förster war 50 Jahre ev. Pfarrer in Auenheim und hat im Familienbuch der Kirchengemeinde umfangreiche „Geschichtliche Ereignisse“ hinterlassen.
- 32 Wie Anmerkung 17, Nr. 49.
- 33 Ebenda, Nr. 50.
- 34 Ebenda, Nr. 63.
- 35 Wie Anmerkung 15, S. 201/202.
- 36 Ebenda, S. 209/210.
- 37 Ebenda, S. 212.
- 38 Ebenda, S. 210.
- 39 Wie Anmerkung 1.
- 40 Anzeige-Blatt für den Mittelrhein-Kreis, Nr. 62, 25. August 1849.
- 41 Wie Anmerkung 1.
- 42 Wie Anmerkung 14, Nr. 11, 8. Februar 1850.
- 43 Ebenda, Nr. 22, 26. März 1850.
- 44 Gemeinderechnungen 1850, letzte Seite, GAA.
- 45 Wie Anmerkung 31.

Christoph Wolff, Baden-Badener Zivilkommissar der Revolution

Reiner Haehling von Lanzenauer

Der Name des Baden-Badener Advokaten und Schriftenverfassers Christoph Wolff taucht nur selten und bloß am Rande von Chroniken des Revolutionsgeschehens von 1848/49 auf. Obzwar Wolff mehreren parlamentarischen Versammlungen angehörte und unter der provisorischen Regierung gewichtige Ämter bekleidete, blieb der Schwerpunkt seines Wirkens im lokalen Baden-Badener Bereich. Selbst hier findet sich keine umfassendere Biographie, kein Bild von ihm. Anlaß mithin, seinen Spuren nachzugehen.

Jugend- und Studienjahre

Johann Christoph Wolff stammt aus Mannheim. Er wurde dort am 26. Juni 1810 geboren als Sohn des katholischen Bürgers und Flaschnermeisters – an anderer Stelle lautet die Berufsbezeichnung auch Spenglermeister oder Blechnermeister – Joseph Wolff und seiner Ehefrau Ursula geb. May.¹ Sein Pate war der Handelsmann Johann Christoph Wolff in Philippsburg. Verwandtschaftliche Stränge führen mithin ins nahe Städtchen Philippsburg, das auch als Geburtsort des Vaters genannt wird. Der junge Christoph besuchte in Mannheim die Elementarschule und das Lyceum. In beiden Schulen gehörten zu seinen Klassenkameraden Lorenz Brentano und Friedrich Hecker. Im November 1831 immatrikulierte sich Wolff an der Universität Heidelberg, um dort von 1831–1835 Jura zu studieren.² Er hörte Vorlesungen zur juristischen Enzyklopädie bei Prof. Zachariae, zur Methodologie und zum römischen Recht bei Prof. Roßhirt, über die Pandekten bei Prof. Thibaut, über Kirchenrecht bei Prof. Morstadt und über Kriminalrecht und deutschen Kriminalprozeß bei Prof. Mittermaier. Im bürgerlichen Recht mußte er die Regeln des Code Napoléon erlernen, der seit 1810 mit mannigfachen Zusätzen als Badisches Landrecht galt. Im Mai 1835 bescheinigte das Rektorat dem Jurastudenten: *Was das Betragen anbetrifft, so war solches den akademischen Gesetzen gemäß und anständig. Wegen Theilnahme an verbotenen Studenten-Verbindungen war derselbe bei uns nicht in Untersuchung.* Am 2. Januar 1836 bestand der Kandidat die juristische Staatsprüfung mit der Note „hinlänglich“.

Der neu ernannte Rechtspraktikant trat im Februar 1836 seinen Vorbereitungsdienst beim großherzoglichen Bezirksamt Baden-Baden an, wo Amtmann von Theobald ihn vereidigte. Diese Behörde bearbeitete damals nicht

nur Verwaltungssachen, sie war zugleich zuständig für Gerichtsverfahren der ersten Instanz. Erst wesentlich später, nämlich im Jahre 1857, ist die Verselbständigung der Justiz vollendet worden, von nun an übernahmen die Amtsgerichte, besetzt mit unabhängigen Richtern, die Aufgaben der Rechtsprechung.³ Der Dienstanfänger hatte somit während der Jahre 1836–37 beim Baden-Badener und anschließend beim benachbarten Bühler Bezirksamt verwaltungsmäßige und richterliche Geschäfte zu erlernen. Von 1837–1839 war er dem Stadtamt Freiburg als Rechtspraktikant beigeordnet. Auf seinen Antrag hin erteilte ihm das Ministerium des Innern unter dem 15. Juli 1839 das Schriftverfassungsrecht – er war nunmehr Rechtsanwalt, durfte vor Gerichten und Behörden auftreten und Anträge einreichen. Wunschgemäß wurde ihm eine Advokatenstelle in Baden-Baden zugewiesen, denn dort hatte er im Jahre 1837 Frau Maria geb. Eyssele, die Witwe des Sternenhofs Philipp Hammer, geheiratet und das Bürgerrecht erworben. Seine Kanzlei eröffnete Rechtsanwalt Wolff in der Hirschgasse „bei Säckler Franz Weber“.⁴ Er war nunmehr der dritte Advokat am Orte neben zwei bereits am Orte praktizierenden Kollegen. Die Gerichtsräume befanden sich in einem Teil des neu errichteten Bezirksamts „am Grawe“, dem zugeschütteten Wassergraben vor der ehemaligen Stadtmauer an der oberen Sophienstraße. Dort grüßt noch heute neben dem Eingangsportal die Skulptur der Justitia mit Waage und Schwert.

Berufliche Aussichten bot die aufstrebende Kurstadt in steigendem Maße. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatten reiselustige Romantiker das malerische Baden-Badener Tal entdeckt, immer zahlreicher steuerten sie den Ort zu Ferienzeiten an. Da baute man in der Stadt das Kurhaus aus, in dem schon bald die Kugeln des Roulettespiels rollten. Ein Theaterneubau wurde erstellt, die Trinkhalle und öffentliche Badeinrichtungen mit thermalmedizinischer Ausstattung geschaffen. Die Lichtentaler Allee wurde angelegt, pompöse Hotels wuchsen entlang des Oosufers aus dem Boden, zahlreiche Privatpensionen öffneten ihre Pforten. Gäste strömten herbei aus nah und fern – für Adel und Bürgertum war es Mode geworden, in der neuen Sommerhauptstadt Europas Urlaub zu machen. Die hektische Bautätigkeit wie auch der lebhaftere Fremdenverkehr führten naturgemäß zu vielerlei Rechtsstreitigkeiten. Den ortsansässigen Anwaltskanzleien mangelte es mithin nicht an Prozessen und den damit verbundenen Gebühreneinnahmen.

Vor dem Sturm

Die französische Februarrevolution führte am 24. Februar 1848 in Paris zum Sturz des Königs Louis Philippe und zur Ausrufung der Republik. Der revolutionäre Funke stob über den Rhein, schon drei Tage später for-

derte eine badische Volksversammlung in Mannheim Grundrechte und ein deutsches Parlament. In Baden-Baden waren auf 1. März 1848 der Gemeinderat und der Bürgerausschuß zusammengerufen worden, die in gemeinsamer Petition an die Zweite Kammer die endliche Erfüllung der Forderungen des Volkes begehrt.⁵ Die Regierung sagte Abschaffung der Pressezensur, Volksbewaffnung, Schwurgerichte und ein gesamtdeutsches Parlament zu. Da hat man bei einem Festmahl im Gasthaus Holländischer Hof am 9. März die neuen Errungenschaften gefeiert. Toasts wurden ausgebracht von Bürgermeister Jörger auf den Großherzog Leopold, von Oberamtmann von Theobald auf die Pressefreiheit und von Advokat Wolff auf die Geschworenengerichte.⁶ Eine Gruppe von Mitbürgern, die an der Volksversammlung vom 19. März in Offenburg teilgenommen hatten, wurde am Stadtbahnhof mit Jubel, Musik und Fahنشmuck empfangen. Vor dem Rathaus verlas Rechtsanwalt Wolff die in Offenburg gefaßten Beschlüsse. Bald verschärften sich die politischen Gegensätze, die Meinungen polarisierten sich. Der schon länger bestehende Bürgerverein unter Bürgermeister Jörger verstand sich als konstitutioneller Zusammenschluß und nannte sich jetzt nach der Offenburger Versammlung Vaterländischer Verein. Ende April 1848 erging Aufruf, sich dem neugegründeten Politischen Bürgerverein anzuschließen, dem auch Christoph Wolff angehörte.⁷ Am 15. Mai 1848 haben die Wahlmänner des Bezirks Baden/Gernsbach/Rastatt den gemäßigt-liberalen Heidelberger Rechtsprofessor Karl Mittermaier mit 73 Stimmen zum Abgeordneten in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Er war bereits Präsident der Zweiten Kammer des Karlsruher Landtages, sozial gesinnt hatte er einige Jahre zuvor die badische Gefangenenfürsorge gegründet.⁸ Sein Gegenkandidat, der linke Oppositionelle Adam von Itzstein, erhielt lediglich 60 Stimmen. Den Badener Rechtsanwalt Wolff wählte man zum Abgeordneten der Zweiten Kammer in der Residenz. Innerhalb der Bäderstadt bestand damals ein gewisser Grundkonsens aller politischen Kräfte, die schwindende Anzahl der Hotelgäste und Spielbankbesucher möglichst nicht zu verstören. So verlief das ganze Jahre 1848 an der Oos recht geruhsam. Heckers Freischarenzug und Struves Putsch flammten im südlichen Landesteil auf, die Bürger der Bäderstadt verfolgten diese Ereignisse interessiert hinter der Zeitung im Kaffeehaus. Dort konnten sie auch erfahren, daß Christoph Wolff im September nach Straßburg gefahren war, um mit weiteren Gesinnungsfreunden Abschied zu nehmen von Friedrich Hecker, der sich nach seinem gescheiterten Umsturzversuch einschiffen wollte nach Amerika.

Zum Frühjahr 1849 geriet die Baden-Badener lokale Szene in Bewegung. Im Februar fand die Generalversammlung des neugegründeten Demokratischen Volksvereins statt, in dem Advokat Wolff die führende Rolle einnahm. Eine Gruppe von Bürgern, darunter der Bürgerwehr-Kavallerie-

Kommandant Franz Grosholz und mehrere Gemeinderäte, sprachen aber dem Landtagsabgeordneten Wolff in einer in der Karlsruher Zeitung veröffentlichten Erklärung ihr Mißtrauen aus. Er habe sein vor der Wahl abgegebenes politisches Glaubensbekenntnis nicht eingehalten. Man habe damals keinen Kandidaten gewünscht, der der Richtung des Herrn Brentano folge. Wolff erwiderte im April, daß er mit Brentano und Hecker in Mannheim zur Schule gegangen sei, danach habe man gemeinsam in Heidelberg studiert und sei gut Freund gewesen. Mit Lorenz Brentano stehe er nach wie vor in geschäftlicher Verbindung, da dieser Advokat sein Prokurator beim Hofgericht sei. Im übrigen habe er vor seiner Wahl bemerkt, daß er es nicht billigen könne, zu den Waffen zu greifen. Ein bewaffneter Aufstand würde ohne Aussicht auf den beabsichtigten Erfolg einen Bürgerkrieg und unsägliches Elend herbeiführen. Damals zu Zeiten der Heckerschen Schilderhebung sei er als freisinniger Vertreter der Stadtinteressen erwünscht gewesen. Jetzt aber, nach dem Wiedererstarken der reaktionären Kräfte, hätten seine Gegner wieder Mut gefaßt, *...mit vollen Segeln in den Hafen der Reaction zu steuern.*⁹ Am 11. April 1849 legte Wolff sein Abgeordnetenmandat in der Zweiten Kammer in Karlsruhe nieder.

Advokat Wolff greift nach der Macht

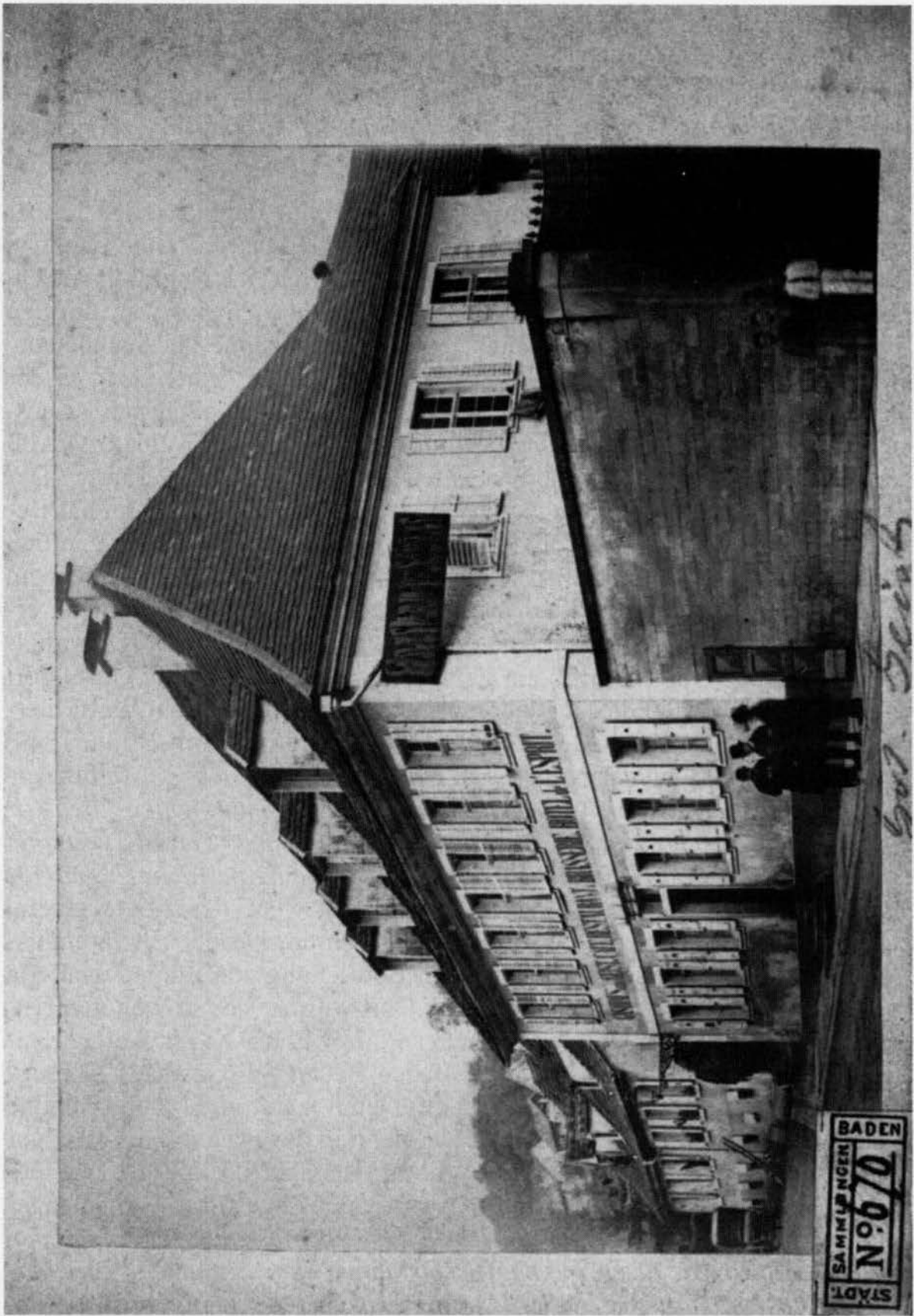
Zwei Ereignisse rückten die Stadt im Jahre 1849 dicht ans Revolutionsgeschehen. Einmal erhob sich am 12. Mai die Besatzung der Bundesfestung Rastatt, es kam zu Befehlsverweigerung, Übergriffen gegen Offiziere und gewaltsamer Befreiung von Gefangenen. Damit war das Signal für den Aufstand weiterer badischer Garnisonen gegeben. Eine Reihe von regierungstreuen Rastatter Offizieren suchte jetzt Zuflucht in Baden-Baden. Der zweite Vorgang: Am 12./13. Mai fand in Offenburg ein Landeskongreß der Delegierten aller Volksvereine statt, zu dem Zehntausende zusammenströmten. Christoph Wolff nahm teil. Auch der Rechtsstudent Victor Schefel war aus Karlsruhe angereist und beschrieb das bunte Treiben, das von frühester Frühe an durch die Straßen wimmelte, zugleich verspürte er aber die Aufbruchstimmung im Volke.¹⁰ Man beschloß, daß ein Landesauschuß der Volksvereine die Regierungsgewalt übernehmen, die bestehende Regierung zurücktreten und der Landtag aufgelöst werden müsse. Zeitgleich meuterte die Karlsruher Garnison. Da flüchtete Großherzog Leopold überstürzt aus seiner Residenz, gefolgt von den Ministern. Sogleich wollte der Landesauschuß die Herrschaft ausüben. An dessen Spitze sollte der Obergerichtsadvokat Lorenz Brentano treten, der eben noch im Hotel Geist in Baden-Baden einen Erholungsurlaub verbrachte. Wolff hatte ihn von den Ergebnissen der Offenburger Versammlung durch ein Telegramm informiert. Am 14. Mai eilte Brentano, gedrängt von Struve, zur Leitung der

revolutionären Regierung aus Baden-Baden über Rastatt nach Karlsruhe. Zivilkommissare wurden ernannt, sie sollten an den einzelnen Orten die Ausübung der revolutionären Macht gewährleisten.¹¹ Für Amt und Stadt Baden-Baden ist im Rahmen der Verordnung vom 18. Mai 1849 der Rechtsanwalt Christoph Wolff als Zivilkommissar eingesetzt worden. Unterstützt wurde er von dem soeben gebildeten Sicherheitsausschuß. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen einer konstituierenden Versammlung wurde Wolff unter dem 19. Mai zusätzlich zum Wahlkommissär ernannt.¹² Am 3. Juni 1849 haben die Einwohner mit großer Mehrheit Christoph Wolff in die Karlsruher Verfassungsgebende Versammlung gewählt. Da der bisherige Bürgermeister Jörger auf Anordnung der provisorischen Regierung abgesetzt worden war, mußte ein neues Stadtoberhaupt gewählt werden. In der Zeitung riefen mehrere ungenannt bleibende Bürger dazu auf, Wolff die Stimme zu geben.¹³ Bei der Wahl am 11. Juni erhielt Altbürgermeister Jörger 250, sein Gegenkandidat Wolff hingegen 385 Stimmen, neun entfielen auf andere Bewerber, 36 waren ungültig.¹⁴ Dieses Zahlenverhältnis erlaubt den Schluß, daß zu jenem Zeitpunkt weniger als ein Drittel der Baden-Badener Bürger konservativ, über zwei Drittel aber freisinnig eingestellt waren. Die Anhänger dieser – wohl überwiegend konstitutionell und nur in einer Minderheit rein republikanisch denkenden – Demokratiebewegung kamen aus allen Bevölkerungsschichten: Zu den Handwerksburschen, Hoteldienern und Lohnkutschern gesellten sich Lehrer, Journalisten, Ärzte, Advokaten, Gastwirte und Beamte.

Seinen Posten als Zivilkommissar behielt der neugewählte Bürgermeister in Personalunion bei. Eine seiner ersten Amtshandlungen hatte am 22. Mai 1849 die Einbestellung aller aktiven und pensionierten Staatsdiener zur Vereidigung auf die neue Reichsverfassung gebildet. Sie fand am 24. und 26. Mai im Rathaussaal statt, am 29. Mai wurden nachträglich Eisenbahner vereidigt, die an den früheren Terminen im Bahndienst unterwegs gewesen waren. Oberamtmann von Theobald und Rechtspraktikant Dr. Chelius entzogen sich der Eidesleistung, indem sie aus dem Staatsdienst austraten. Einige waren einfach ferngeblieben, darunter Scheffels langjähriger Freund, der am Schloßberg wohnende Major Maler.¹⁵ Theobald wurde trotz seiner Weigerung aufgefordert, sein Amt beizubehalten. Ohnehin wurde die Anordnung des Landesausschusses, Eidverweigerer zu entlassen, in der Praxis wenig angewandt, denn die Beamtenschaft zeigte weithin Bereitschaft zur Mitarbeit.¹⁶ Andere Anordnungen Wolffs galten der Stärkung des Baden-Badener Banners der Bürgerwehr, das im Mai unter dem Kommando des Schuhmachers Anton Hippmann zur hessischen Grenze gezogen war, um sich der Revolutionsarmee anzuschließen. Gegen Ende des Monats Mai hatte Hauptmann Hippmann schriftliche Klage geführt, er benötige Waffen und Bargeld. Wolff hat daraufhin Anfang Juni

1849 den Gemeinderat aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Wehrpflichtigen des ersten Aufgebots, die sich *...aus Feigheit oder niederer Gesinnung für das Vaterland, für die große Sache des Volkes Opfer zu bringen, versteckt halten*, binnen zwölf Stunden anträten, andernfalls die Strenge der Militärgesetze auf sie angewendet werden würde. Am 24. Juni 1849 verlangte Wolff, daß sämtliche abkömmlichen Ärzte sich dem Hauptquartier der Volkswehr zur Verfügung zu stellen hätten.¹⁷

Neben Akten und Zeitungsberichten gibt das über ein Jahr später ergangene Strafurteil Aufschluß über die Aktionen des Zivilkommissars. Augenscheinlich beruhen die Urteilsgründe auf eingehender Vernehmung von namentlich angeführten Zeugen. Ausführlich hat das Gericht die Beweise gewürdigt, sich mit dem schriftlich vorliegenden Gegenvorbringen Wolffs auseinandergesetzt, auch die zugunsten Wolffs sprechenden Gesichtspunkte abgewogen. Man darf mithin davon ausgehen, daß die Tatsachenfeststellungen dem Grunde nach zutreffen.¹⁸ Eingangs machte man Wolff seine Rolle im Volksverein und seine Kontakte mit Brentano zum Vorwurf. Des weiteren ist festgehalten, daß Wolff Mitte Mai 1849 bei Privatleuten Waffen requirieren ließ, um sie an aufrührerische Handwerksburschen zu verteilen. Danach seien diese von Wolff veranlaßt worden, sogleich auszumarschieren und sich den revolutionären Truppen anzuschließen. Weiterhin habe er Sicherheitsausschüsse eingesetzt, die ihn als Zivilkommissar bei Förderung der Revolution unterstützen sollten. Wehrkommissionen habe er berufen, die ihm bei der Mobilmachung des ersten Aufgebots behilflich sein sollten. Durch Drohung mit Verhaftung und standrechtlicher Behandlung, durch den eigenhändigen Erlaß von Haftbefehlen sowie durch Gewaltanwendung habe er junge Bürger gezwungen, sich dem Revolutionsheer anzuschließen. So habe er insbesondere laut einem Schreiben vom 20. Juni 1849 aus der Rastatter Festung Exekutionstruppen angefordert, *...um die widerspenstigen Wehrpflichtigen von Baden auf den Kriegsschauplatz nach Heidelberg transportieren zu lassen*. Mit einem Schreiben vom 23. Juni 1849 habe er zudem den Rastatter Zivilkommissar angehalten, nach flüchtigen Soldaten im Raume Kuppenheim zu fahnden und sie nach Rastatt zu verbringen. Am selben Tage habe er dem Zivilkommissar in Gernsbach geschrieben, daß sich die Verhaftung und Ablieferung dieser Soldaten von selbst verstehe. Mithelfen habe er lassen, Baden-Badener Bürgern ihre Pferde für Zwecke der Revolutionsarmee abzunehmen. Zwei lokale Blätter, nämlich den „Beobachter von Baden“ und das „Badeblatt“ ließ er beschlagnahmen, da sie einen Aufruf des Großherzogs abdruckten. Den verantwortlichen Geschäftsführer des Verlages, Josef Bopp aus Baden-Baden, ließ er verhaften und als Gefangenen in die Festung Rastatt verbringen. Am 24. Juni ordnete er die Inhaftnahme des Christian Haas in Kartung an mit der Begründung, dieser habe gegen die revolutionäre Re-



Gasthof Geist in Baden-Baden, Aufenthalt Brentanos im Mai 1849 (Stadtmuseum Baldreit Baden-Baden, Inv.-Nr. 670)

gierung aufgereizt. Wolff hat späterhin in einer Verteidigungsschrift aus Zürich vom 14. Dezember 1850 / 9. Januar 1851 die eigentlichen Vorgänge weitgehend eingeräumt, jedoch viele abweichende Einzelheiten vorbracht und versucht, sein Handeln zu rechtfertigen.¹⁹

Geiseln

Am 24. Juni 1849 hat der Zivilkommissär Wolff eine unglückselige Tat begangen. In einer sorgsam vorbereiteten Aktion ließ er fünf unbescholtene Bürger ohne Grund verhaften. Einer davon war der Rechtspraktikant Dr. Philipp Ernst Chelius, der aus dem Staatsdienst ausgetreten war, um den Eid nicht leisten zu müssen. Weiter gehörten zur Gruppe der hochbetagte Schulprofessor Wilhelm Eckerle aus der Schloßstraße, einen Arm in der Schlinge tragend, und der wegen Krankheit pensionierte 62jährige Kriegskommissär und Geograph Adam Heunisch. Den Kaplan Valentin Vivell hatte man zu Ende des Gottesdienstes festgenommen und abgeführt.²⁰ Der Bezirksförster Joseph Kißling hat später schriftlich berichtet, er sei auf Befehl des Zivilkommissars Wolff im Namen der provisorischen Regierung durch acht Mann des Baden-Badener Sicherheitsausschusses in seinem Dienstzimmer verhaftet und auf das Rathaus verbracht worden.²¹ Hier erklärte Wolff den Festgenommenen, er habe vom Ministerium Befehl erhalten, einige Einwohner von Baden gefangen nach Rastatt einzuliefern, dort würden sie den Grund dieser Maßregel erfahren. Mißachtet hat Wolff hierbei die förmliche Weisung der provisorischen Regierung vom 2. Juni 1849: *Sämtlichen Civil-Commissären wird eröffnet, daß es sich von selbst verstehe, daß Personen, welche wegen irgend einer Anschuldigung durch Civil-Commissäre oder andere Agenten der öffentlichen Gewalt verhaftet sind, in der durch die Grundrechte und die Verfassung bestimmten Zeit vor den ordentlichen Richter... zu stellen seien.*²² Statt sie dem Richter beim zuständigen Bezirksamt Baden-Baden vorzuführen, hat der Zivilkommissar die Verhafteten ohne Haftbefehl unter Bewachung von Bürgerkavallerie in die Festung Rastatt verbringen lassen. Dort wurden sie mit weiteren Leidensgenossen aus dem Murgtal, darunter Pfarrer Franz Xaver Weingärtner aus Weisenbach, ehemals Kaplan in Baden-Baden, im Gasthaus „Kreuz“ untergebracht und von Soldaten bewacht. Damit waren die Männer in eine lebensbedrohliche Lage versetzt worden, denn in der Festung, die kurz vor der Einschließung stand, herrschten Willkür und Chaos. Ein Zeitzeuge, der Rastatter Pfarrer Fickler, erkannte den Ernst der Lage für diese Gefangenen: *...allein die fürchterlichen Beispiele der Lynchjustiz, welche sie in den nächsten Tagen vor ihren Augen vorgenommen sahen, mußten ihnen das Schwert nur zu deutlich zeigen, das an einem Faden über ihren Häuptern hing...* So hat der zügellose Mob in jenen Tagen angebliche Verräter und Spione durch die Straßen der Stadt gehetzt, geprügelt, mit Bajonetten ge-

stochen, schließlich brutal erschlagen oder erschossen.²³ Im benachbarten Baden-Baden wußte man sehr wohl um diese gefährlichen Lebensverhältnisse in Rastatt, denn bis zum Tage der Umzingelung und Belagerung sind zahlreiche Personen hin- und hergereist, die Nachrichten aus der Festung mitbrachten.

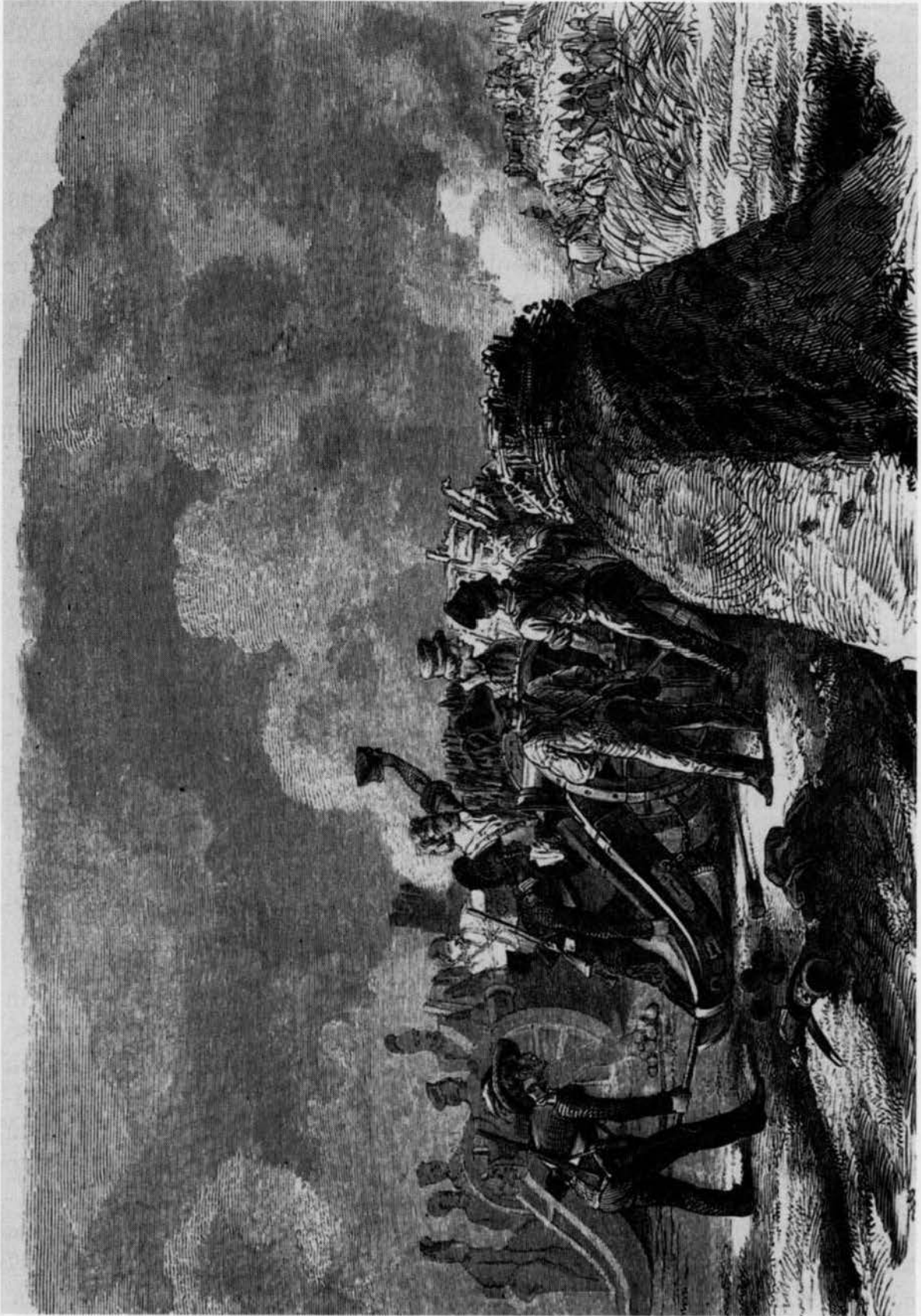
Den Badener Geiseln gelang es, in Rastatt den Anführer Amand Goegg zu sich zu bitten. Dr. Chelius erinnerte ihn an die Verfassungsnorm, wonach jedem Verhafteten innerhalb 24 Stunden der Haftgrund bekanntgegeben sein müßte.²⁴ Goegg veranlaßte schließlich, daß die Gefangenen nach Freiburg geführt und dort wiederum unter Bewachung in einem Gasthof einquartiert wurden. In Freiburg befehligte der ehemalige Theologe Karl Damm aus Baden-Baden. Der war ein Studiengenosse des Pfarrers Weingärtner gewesen. Dies mag dazu beigetragen haben, daß er die verängstigten Menschen am 30. Juni freigab gegen Versicherung auf Ehrenwort, nichts Feindliches gegen die revolutionäre Landesregierung zu unternehmen. In dem nun erteilten Laufpass ist in ausdrücklichen Worten festgehalten, daß die Bürger als Geiseln verhaftet worden waren.²⁵ Im Klartext bedeutete dies, daß man die unschuldigen Menschen möglicherweise verwenden wollte, um mit Drohung von Hinrichtung oder anderer Übelzufügung die preußischen Eroberer zu bestimmten Verhaltensweisen zu zwingen. Hier hat sich der Baden-Badener Zivilkommissar Wolff maßgeblicher Mitwirkung an einem Verbrechen des Menschenraubs schuldig gemacht.²⁶

Wolff hat sich später dahin verteidigt, er habe bloß in Vollzug einer Anordnung des Karlsruher Ministeriums des Innern vom 22. Juni 1849 gehandelt, wonach *sämtliche der Reaction gegen die bestehende Regierung verdächtigen Beamten und Geistliche verhaften und in die Festung Rastatt abliefern* zu seien.²⁷ Im übrigen habe er nur fünf Personen verhaftet, statt 40 Verdächtige, die er hätte an sich ergreifen müssen.²⁸ Gerade er als Jurist mußte jedoch klar erkennen, daß ein derart krimineller Befehl in keinem Falle ausgeführt werden darf. In dem später ergangenen Strafurteil vom September 1850 ist obendrein festgestellt, es sei nicht im mindesten nachgewiesen, daß im Zusammenhang mit dieser Anordnung des revolutionären Ministeriums ein Zwang irgendeiner Art gegen ihn ausgeübt worden wäre. Im übrigen habe er sich doch im Zuge seiner Verteidigung darauf berufen, auch andere Befehle nicht ausgeführt zu haben.²⁹ Nachträglich läßt ein Schreiben Wolffs *in Frankreich 1850* – es befindet sich in seiner Personalakte – ersehen, daß Professor Eckerle und andere wegen der Verschleppung parallel zum Strafverfahren einen Schadensersatzprozeß führten und daß Wolff mit Urteil des Hofgerichts des Mittelrheinkreises in Bruchsal vom 22. Februar 1850 – Nr. 4023 – zur zi-

vilrechtlichen Entschädigung der nach Rastatt entführten Kläger verurteilt worden war.³⁰

Draußen geht der Preuß

Die vom Großherzog zu Hilfe gerufenen Bundestruppen waren über Rhein und Neckar vorgedrungen und hatten am 21. Juni bei Waghäusel der Revolutionsarmee trotz tapferer Gegenwehr eine entscheidende Niederlage zugefügt. Ohne größeren Widerstand wichen die aufgelösten Freischaren nach Süden bis zu der strategisch bedeutsamen Murglinie. So konnten die Preußen in der Residenzstadt einmarschieren. In Gefechten bei Gernsbach und Kuppenheim/Oberweier schlugen sie den Gegner weiter zurück und umschlossen die Festung Rastatt. Am 30. Juni rückten die Alliierten über die Wolfsschlucht hinunter auf Baden-Baden vor. Das Weltbad war einige Tage zuvor zum letzten Zufluchtsort von Resten der in Frankfurt tagenden deutschen Nationalversammlung geworden. Sie hatte als Rumpfparlament zuletzt in Stuttgart getagt, wollte nach Karlsruhe weiterziehen. Doch dort standen die Bundestruppen schon vor den Toren, weshalb Parlamentspräsident Dr. Löwe und etwa 40 weitere „Deputés“ am 21./22. Juni in der Bäderstadt logierten. Eine Tagung hat hier nicht mehr stattgefunden. Die Einwohner Badens, zumal die der Ooser Vorstadt, haben die Parlamentsmitglieder gastfreundlich in ihre Häuser aufgenommen. Und die Lokalpresse klagte: *Sie, der Stolz der Mehrheit des deutschen Volkes, der personifizierte Ausdruck der deutschen Erhebung, jetzt ein kleines Häuflein umherirrend!*³¹ Weniger gastfreundlich dürften die verschiedenen revolutionären Scharen empfangen worden sein, die nach dem verlorenen Kampf um Gernsbach hereinströmten und in den Gasthäusern verköstigt werden wollten. Als die Bundestruppen anrückten, sprengte ein Bürger zu Pferd durch die Gernsbacher Straße stadteinwärts und warnte, die Preußen seien da.³² Draußen in der Seufzerallee gingen ein Hotelier und ein Kurhausdiener dem preußischen General von Peucker und seinem Stab entgegen. Sie versicherten, daß die Freischaren abgezogen seien. Gegen 1 Uhr hielten die Truppen Einzug: Voran die nassauischen Jäger in ihren grünen Uniformen mit gelbem Lederwerk, dann die mecklenburgische Artillerie mit ihren Kanonen, danach mecklenburgische Dragoner in hellblauen Uniformen und silbrig glänzenden Helmen. Neben dem Oberst ritt dessen Tochter, ebenfalls in Dragoneruniform gekleidet, unter ihrer Uniformmütze baumelten lange Zöpfe. Es folgten die Württemberger, Bayern, Hohenzollern, Hessen und Frankfurter, schließlich ein preußisches Bataillon. Insgesamt sollen es etwa 34 000 Mann gewesen sein. Dazwischen mußten etwa 100 gefangene Freischärler mitlaufen, jeweils zu zweit aneinandergebunden. Die ganze Armee wurde in Baden-Baden und Umgebung einquartiert.³³



Revolutionäre Artillerie im Gefecht bei Kuppenheim am 30. Juni 1849 (GLA J-G: K: 4)

Am Ausgang des Oostals, unterhalb des Jagdhauses und am gegenüberliegenden Berghang hatten sich an diesem 30. Juni neben anderen Revolutionssoldaten Angehörige der deutsch-polnischen und der schwäbischen Legion sowie das Karlsruher Arbeiterbataillon verschanzt, um den Rückzug ihrer Kameraden zu decken. Als die mecklenburgische Artillerie unten im Tal aus Richtung Baden-Baden heranrückte, wurde sie plötzlich von zwei Seiten her beschossen. Verwirrt zogen sich die Mecklenburger ein Stück zurück, wobei die Freischärler eine Kanone eroberten. Es kam zu einem Gefecht in und um das Dorf Oos, bei dem Freiheitskämpfer und Bundesoldaten gefallen sind. Die erbeutete Haubitze haben die Revolutionäre mitgeführt bis Konstanz und zur Schweizer Grenze.³⁴ Es war das letzte größere Gefecht des Revolutionskampfes. Den mutig kämpfenden Freischärlern an der Oos ist es gelungen, die Bundestruppen aufzuhalten und damit unzählige Mitstreiter vor der Gefangennahme zu bewahren. Am nächsten Tage defilierten die eingerückten Bundestruppen in Baden-Baden vor Wilhelm von Preußen, dem ungeliebten „Kartätschenprinzen.“

Flucht und Rückkehr

An den Kämpfen bei Oos hat sich der Baden-Badener Bürgermeister und Zivilkommissar nicht beteiligt. Zu dieser Zeit befand er sich bereits auf der Flucht in Richtung Freiburg. Dort beantragte er schon am 30. Juni bei der provisorischen Regierung ein Gehalt von 100 Gulden für sein faktisch bereits aufgegebenes Amt eines Zivilkommissars. Amand Goegg hat am 2. Juli Order zur Auszahlung dieses Betrages gegeben. Daraufhin ließ sich Wolff die Geldsumme aus der von den geflüchteten Revolutionären nach Freiburg verbrachten badischen Staatskasse aushändigen. Später im Mai 1851 hat das Bezirksamt Baden-Baden Wolff richterlich verurteilt, diesen Betrag nebst Zinsen zurückzuzahlen.³⁵

Von Freiburg aus war Wolff in die Schweiz gegangen, zuerst lebte er in Zürich. Ab 1851 lassen seine Schreiben erkennen, daß er sich zeitenweise im benachbarten Frankreich aufhielt. Vermutlich war er in Straßburg, auch aus Nancy kam Post von ihm ein. Für die Vermutung, er habe sich zwischendurch in die Vereinigten Staaten begeben, fehlen Belege. Nach einem Eintrag im Verzeichnis der dem Kanton Zürich zugeteilten politischen Flüchtlinge bezog er im August 1850 in der Stadt Zürich mit Familie – also der nachgereisten Ehefrau Maria – ein Hotel garni. Er hatte eine Kautions von 800 Schweizer Franken eingezahlt, die er im Februar 1857 zurückforderte, da ihm die Gemeinde Monterschu im Kanton Freiburg die Niederlassung bewilligt habe.³⁶ Von den jeweiligen Wohnsitzen aus betrieb Wolff in teilweise überaus langen Schriftsätzen seine Verteidigung. Er

machte unter anderem geltend, während seiner Bürgermeisterzeit sei es ihm vor allem darum gegangen, in der Stadt Ruhe und Ordnung zu erhalten. Auch führte er für sein jetziges Fernbleiben von der Baden-Badener Anwaltspraxis gesundheitliche Gründe an, er bedürfe noch sehr der freien Zeit und Luftveränderung, um sich vollends zu erholen. Vom Justizministerium wurde er daraufhin im November 1849 aus der Liste der Advokaten und Schriftverfasser gestrichen. Das Hofgericht in Bruchsal aber erkannte unter dem 30. September 1850 gegen den abwesenden Wolff wegen *Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen* auf eine Zuchthausstrafe von acht Jahren oder fünf Jahren und vier Monaten Einzelhaft. Zudem wurde er verurteilt, den verursachten Schaden zu ersetzen. Der Rekurs des Verurteilten wurde mit Beschluß des Oberhofgerichts in Mannheim vom 21. Mai 1851 als verspätet zurückgewiesen.³⁷

Gegen sämtliche verurteilten Revolutionäre hat die Staatskasse Ersatzforderung wegen der Schäden erhoben, die während der Volkserhebung entstanden waren. Doch Wolff hatte vorgesorgt: Spätestens beim Vorrücken der Bundestruppen in Richtung auf die badischen Grenzen muß er befürchtet haben, daß die Sache der Revolution militärisch nicht zu gewinnen sei. Nur eine Frage der Zeit konnte es sein, bis die Alliierten Baden besetzten. Wolff rechnete damit, bald als Anführer zur Verantwortung gezogen zu werden. Da faßte der Jurist einen Plan, um sein recht ansehnliches Vermögen dem Zugriff der Sieger zu entziehen. Am 4. Juni 1849, also nicht ganz vier Wochen vor dem Einmarsch der Preußen, schloß er mit dem Apotheker Ludwig Friedrich Hesse aus Darmstadt einen notariellen Vertrag, wonach er diesem die gesamte Habe verkaufte, die sich in seiner Wohnung im zweiten Stock des Vordergebäudes des Wohnhauses Langestraße Nr. 95 befand. Der Kaufpreis betrug 10 000 Gulden. Zusätzlich übertrug Wolff dem Käufer sonstige Gegenstände und verbriefte Forderungen gegen weiteres Entgelt.³⁸ Soweit ersichtlich hat Wolff zumindest einen Teil der von Hesse erhaltenen Gelder auf seiner späteren Flucht mitgeführt und davon seinen Lebensunterhalt im Ausland bestritten. Der Ehefrau Maria Wolff verblieben die Haushaltsgegenstände und eigenes Barvermögen. Auch hier bewies der Advokat zivilrechtliche Voraussicht: Zwischen den Ehegatten, die am 8. Mai 1837 einen Heiratsvertrag geschlossen hatten, bestand gesetzliche Gütergemeinschaft. Dies konnte Gläubiger auf den Gedanken bringen, sich wegen Forderungen gegen den Ehemann auch an das Vermögen von Frau Wolff zu halten. Sie erhob daher auf Rat ihres Mannes schon am 17. Juli 1849 gegen denselben Klage auf Vermögensabsonderung, also Aufhebung der bestehenden Gütergemeinschaft. Diesem Antrag hat das Gericht entsprochen, so daß bereits Ende September 1849 die Auflösung vollzogen werden konnte. Da der abwesende Ehemann schon im Juni offenbar den ihm zustehenden Anteil an Hesse veräußert hatte, wurden Frau Wolff nun-

mehr sämtliche noch vorhandenen Kapitalien, Fahrnisse und sonstigen Vermögensgegenstände zu alleinigem Eigentum zugesprochen.³⁹

Die Geltendmachung von Ersatzansprüchen ließ nicht auf sich warten, das großherzogliche Finanzministerium verlangte die Wiedergutmachung aller während der Unruhen entstandenen Schäden. Von Wolff forderte man eine Reihe aufgelisteter Einzelbeträge, auch weil er während der unbefugten Ausübung des Amtes eines Zivilkommissärs Auslagen erhalten habe. Darüber hinaus verlangte der Fiskus drei Millionen Gulden wegen des gemeinsam mit den übrigen Revolutionären im ganzen Lande angerichteten Schadens.⁴⁰ Auf Antrag der Generalstaatskasse erließ das Bezirksamt Baden-Baden unter dem 10. Oktober 1850 einen Arrest, als dessen Folge die Eheleute Wolff nicht mehr über ihre Fahrnisse verfügen durften. Frau Wolff setzte sich mit sachkundigen Eingaben zur Wehr, die ersichtlich von ihrem Manne in der Fremde verfaßt und ihr zugesandt worden waren. Immer wieder machte sie geltend, daß ihr Mann vermögenslos sei und daß ihr Vermögen angesichts der aufgehobenen Gütergemeinschaft nicht hafte und zu Unrecht mit Arrest belegt worden sei. Des Prozessierens überdrüssig unterbreitete sie schließlich mit Eingabe vom 8. September 1851 das Anerbieten, zur Abgeltung aller Ansprüche eine einmalige Zahlung von 300 Gulden zu erbringen. Nach längerem Hin und Her kam es am 29. Januar 1852 zu einem *Übereinkömmniß* zwischen der Kasse und der Anwaltsgattin. Sie verpflichtete sich, einen einmaligen Betrag von 1000 Gulden zu zahlen, im Gegenzug verzichtete der Fiskus auf alle Ansprüche gegen beide Ehepartner Wolff und erklärte sich bereit, seine Klagen zurückzunehmen sowie die Vermögensbeschlagnahme aufzuheben. Am 25. Juni 1852 erschien der Kaufmann Josef Hammer auf der Generalstaatskasse und zahlte die Vergleichssumme in bar ein.⁴¹ Betrachtet man die Höhe der verhängten Zuchthausstrafe und die dahinter stehenden Anschuldigungen, dann hat sich Wolff mit diesem begrenzten Geldbetrag mehr als günstig aus der Affäre gezogen. Andere, zu geringeren Strafen Verurteilte, haben wesentlich höhere Beträge erlegen müssen oder gar Haus und Hof verloren. Wohl kaum einem dürfte es unter den damaligen Verhältnissen gelungen sein, so findig und vorausschauend wie Christoph Wolff nahezu sein gesamtes Vermögen vor dem Zugriff des Fiskus zu bewahren. Allerdings belegen die aktenmäßig gesicherten Daten zugleich, daß Wolff bereits Anfang Juni 1849 die Sache der Revolution als verloren ansah. Und eine Ahnung der rechtswidrigen Übergriffe, die er während seiner letzten Amtswochen beging, schien er angesichts des in der Schweiz vorbereiteten sicheren Hortes wohl nicht zu befürchten.

Wiederholt hat sich Wolff um die Staatsangehörigkeit des Gastlandes bemüht. Ein erster Einbürgerungsantrag, unterstützt von der Gemeinde



*Schwarzrotgoldene Schärpe des Zivilkommissars Wolff
(Stadtmuseum Baldreit Baden-Baden Inv.-Nr. 2848)*

Lüttisburg im Kanton St. Gallen, wurde im Mai 1851 vom schweizerischen Bundesrat in Bern abgelehnt. Man wies darauf hin, daß die Entlassung aus dem badischen Staatsverband nicht hinreichend dargetan sei. Vorhanden ist fernerhin im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern eine Anfrage der Gemeinde Murten vom 30. April 1856, ob gegen die Naturalisierung des politischen Flüchtlings aus Baden-Baden Hindernisse vorlägen.⁴² Weitere Vorgänge sind nicht ersichtlich, so daß diesem zweiten Antrag keine weitere Folge gegeben worden sein dürfte. Dies hat Wolff vermutlich veranlaßt, von Zürich aus den Großherzog um Erlaubnis zur Rückkehr zu bitten, denn im Juli 1857 war ein allgemeiner Gnadenerweis verkündet worden. Der Verfolgte beugte sich den herrschenden Verhältnissen und unterzeichnete *Eurer Königlichen Hoheit unterthänigster treuehorsamster J. Ch. Wolff von Baden*. Am 5. September 1857 erschien er vor dem Bezirksamt Baden-Baden und gab die zur Amnestie erforderliche Reue-Erklärung ab. Einige Tage später wurde ihm mitgeteilt, daß er als begnadigt betrachtet werde. Seinen früheren Beruf durfte der Rückkehrer noch nicht ausüben. Mit Ge-

nehmung der Obereinnehmerei eröffnete er daher im Hause Schloßberg 605 einen Weinhandel.⁴³ Mit Erlaß vom 10. Dezember 1859 wurden Wolff die Rechtsfolgen des Strafurteils nachgelassen, zugleich hat man ihm die badische Staatsbürgerschaft wieder verliehen. Im darauffolgenden Jahre wurde ihm die Fähigkeit zum Erwerb des Schriftverfasserrechts wieder zuerkannt, jedoch erst im Oktober 1863 ist er erneut zur Anwaltschaft zugelassen worden. Im Sommer 1864 ehelichte Wolff, dessen erste Frau verstorben war, Maria Charlotte Kersten aus Kassel (1832–1889). Unauffällig lebte der Heimgekehrte fortan in seiner Vaterstadt. Im September 1882 verzichtete er altershalber auf die Zulassung als Rechtsanwalt, die Einweihung des stattlichen Amtsgerichtsgebäudes in der Vincentstraße erlebte der ehemalige Advokat 1889 im Ruhestand. Zuletzt wohnte er im Hause Ludwig-Wilhelm-Platz 8. Wenige Tage nach seinem 91. Geburtstage, nämlich am 7. Juli 1901, ist Christoph Wolff in Baden-Baden verstorben. Auf dem dortigen Hauptfriedhof wurde er beigesetzt, das Grab besteht heute nicht mehr.⁴⁴

Versuch geschichtlicher Einordnung

Christoph Wolff hinterläßt ein zwiespältiges Bild. Überzeugt und voll guten Willens war er zu Beginn für die demokratische Idee eingetreten. Er bezeichnete sich als entschieden freisinnig, dem entschiedensten Fortschritt verschrieben. Und er fügte hinzu: *Die Volkssouveränität auf breitester Grundlage ist das Ziel meiner politischen Wünsche und Bestrebungen.*⁴⁵ Wolff lehnte es lange Zeit ab, zur Durchsetzung der freiheitlichen Forderungen Waffengewalt anzuwenden. Er mühte sich, auf parlamentarischem Wege dem Verlangen des Volkes Gehör zu verschaffen. Jedenfalls bis zum Mai 1849 bekannte er sich zu den gemäßigten Liberalen, die zwar eine demokratische Staatsform, aber im Gegensatz zum republikanischen Flügel die Beibehaltung einer konstitutionellen Monarchie anstrebten. Bei seiner Tätigkeit als Zivilkommissar trat Wolff zunächst maßvoll auf, zeigte menschliche Hilfsbereitschaft. Er unterstützte einen Baden-Badener Arzt, dessen 15jähriger Sohn mit den Freischaren davongezogen war, bei der Rückholung des Jungen. Einen badischen Hauptmann, der beim Aufstand des Militärs aus der Festung Rastatt geflohen war, ließ er warnen, da gewaltbereite Meuterer nach ihm suchten. Als eine Gruppe von Revolutionssoldaten in Baden-Baden einen Oberstleutnant verhaftete, trat er dazwischen und schützte den Offizier vor Mißhandlungen. Dem großherzoglichen Neuen Schloß stellte Wolff eine Bewachung, damit es nicht wie im Rastatter Schloß und auf Schloß Eberstein zu Plünderungen kommen konnte. So hat denn auch der Gemeinderat im späteren Strafverfahren wohlwollend bescheinigt, Wolff sei in seinen dienstlichen Stellungen we-

nigstens äußerlich freundlich gewesen, habe den Anstand beobachtet und sich human benommen, soweit dies für einen Vollstrecker der Anordnungen der provisorischen Regierung noch möglich gewesen sei.⁴⁶

Je näher aber die übermächtigen Bundestruppen heranrückten, desto rigorer reagierte fortan der Zivilkommissar. Er verstieg sich in eine verbissene Endkampf-Mentalität, die auch unrechtmäßige Mittel zuläßt. So kam es, daß er sich in der verzweifelten Schlußphase zu einer Reihe von Übergriffen hinreißen ließ: Auch aus heutiger Sicht ist jedenfalls die zwangsweise Rekrutierung junger Bürger für die Revolutionsarmee nicht zu billigen.⁴⁷ Von vornherein erscheint fraglich, ob es im Mai/Juni 1849 überhaupt eine gültige Rechtsgrundlage für eine Wehrpflicht aller jungen Badener im Revolutionsheer gab. Die Reichsverfassung verweist hierzu lediglich auf ein noch ergehendes Gesetz und bestimmt zudem, daß das Recht des Krieges und Friedens ausschließlich der Reichsgewalt zustehe.⁴⁸ Das großherzogliche Konskriptionsgesetz von 1825 regelt einen andersartigen Sachverhalt.⁴⁹ Zu denken wäre allenfalls an das Gesetz vom 1. April 1848 über die Einziehung bestimmter Altersklassen zum Heer zwecks *Abwendung dringender, die Landesgrenze von Außen bedrohender Gefahr* – gemäß seinem Art. 3 sollte es nur sechs Wochen lang gelten – oder aber an das auf Errichtung einer Bürgerwehr im Großherzogtum beschränkte Gesetz, ebenfalls vom 1. April 1848 datierend, und den Beschluß des Kriegssenats des Landesausschusses vom 28. Mai 1849.⁵⁰ In diesem Zusammenhang ergeben sich schließlich Bedenken, ob die Verfassunggebende Landesversammlung Gesetze auf Gebieten wie beispielsweise dem Wehrrecht wirksam erlassen konnte. Es ist hier nicht der Ort, die Rechtsfrage zu untersuchen und abzuklären, die Problematik soll lediglich angedeutet werden. Dahinter stünde allemal die moralische Grundsatzfrage, ob die Revolutionsregierung – es waren bis dahin weder eine demokratische Landesverfassung noch ein vom Volke gewähltes Parlament vorhanden – überhaupt Widerstrebende zur Teilnahme am Bürgerkrieg zwingen konnte. Wie will man denn mit zum Waffendienst gepreßten Andersdenkenden glaubhaft für Freiheit und Menschenwürde streiten? Doch der Jurist Wolff setzte sich bedenkenlos über die mit Grundrechtsgarantie ausgestattete Gewissensfreiheit hinweg. Überdies gebärdete sich Wolff als Scharfmacher der letzten Stunde. Immer wieder drohte er mit standrechtlichen Maßnahmen gegen junge Mitbürger und stachelte obendrein die benachbarten Zivilkommissare an, Jagd auf Flüchtlinge zu machen. Eindeutig rechtswidrig waren die Beschlagnahme zweier oppositioneller Zeitungen und die Verhaftung eines Redakteurs wegen einer unliebsamen Veröffentlichung – ein Willkürakt, der den jahrzehntelangen verfassungsrechtlichen Kampf der badischen Demokraten um „Preßfreiheit“ geradewegs ins unterdrückerische Gegenteil verkehrte. Nachweislich hat Wolff Zensur, Zeitungsverbot und Freiheitsberaubung als

Mittel der Pressepolitik eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu kontrollieren und zu steuern.⁵¹ Am schwersten wiegt noch heute der Vorwurf der Teilnahme an der Verschleppung von fünf schuldlosen Bürgern als Geiseln. Aus niedrigen Beweggründen, nämlich um deren Leben gegebenenfalls zum Tauschobjekt bei Verhandlungen mit dem Feinde zu machen, hat Wolff die Männer ergreifen, fortführen und in eine gefährvolle Lage inmitten der gewalttätigen Rastatter Volksmenge bringen lassen. Erkennbar war die Maßnahme des Zivilkommissars Wolff durch keinerlei Gesetz oder irgendwelches Kriegsrecht gedeckt – keine Rechtsregel hat es je einer Regierung erlaubt, ihre eigenen Bürger zu Geiseln zu nehmen. Nur durch das Dazwischentreten besonnener Revolutionsführer konnten die entführten Menschen letztendlich vor Schlimmerem bewahrt werden.

Die Demokraten von 1848/49 haben für eine gute Sache gekämpft. Dies schließt nicht aus, daß einzelne sich schuldig gemacht haben. So werfen denn auch die Exzesse der letzten Revolutionswochen dunkle Schatten auf die Person des einst so idealistischen Advokaten Christoph Wolff. Zu den bewundernswerten Gestalten der Volkserhebung kann er nicht zählen. Ehrende Erinnerung verdienen vielmehr all jene Männer und Frauen, die sich bis zum bitteren Ende unbeirrbar für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzten, die Tod, Gefangenschaft und Verfolgung erduldet haben.

Anmerkungen

- 1 Nur dieses Geburtsdatum entspricht dem Mannheimer Kirchenbucheintrag.
- 2 Gustav *Toepke*, Die Matrikel der Universität Heidelberg, 5. Teil, 1904, S. 470, Eintrag v. 02.11.1831: Chr. Wolff aus Mannheim, 21 J. alt, kath., Vater Blecharbeiter, Taxe 11,20 fl.
- 3 Gesetz v. 18.07.1857, RegBl S.138; Karl *Stiefel*, Baden 1648–1952, Bd. 1, 1977, S. 222.
- 4 Adreßbuch 1845: Langestr. 91, Adreßbuch 1847: Langestr. 95; Adreßbuch 1873: Gernsbacherstr. 3.
- 5 Allgemeine Badzeitung v. 03.03.1848.
- 6 Johann *Loeser*, Geschichte der Stadt Baden-Baden, 1891, S. 453.
- 7 Allgemeine Badzeitung Nr. 114 v. 01.05.1848; Stadtmuseum Baden-Baden, Inv.-Nr. 2354; zur Entwicklung der Bürgervereine: Dieter *Baerle*, AQUAE 1996, S. 26 und Anm. 12, 13 sowie BadH 1997, S. 422.
- 8 Heinz *Müller-Dietz*, Kriminalistik 1974, S. 159; Reiner *Haehling von Lanzener*, BadH 1987, S.555; Reinhard *Mußnug* in: Wilfried *Küper* (Hrsg.), Carl Joseph Anton Mittermaier, Symposium Heidelberg, 1988, S. 66.
- 9 Mittelrheinische Zeitung Nr. 82 v.18.04.1849, S. 325–327.
- 10 Bericht abgedruckt bei Friedrich *Lautenschlager*, Volksstaat und Einherrschaft, 1920, S. 354.
- 11 Instruktion für die Zivilkommissäre vom 18.05.1849, provRegBl S.306; Mittelrheinische Zeitung Nr. 119 v. 22.05.1849.

- 12 ProvRegBl 1849, S. 304.
- 13 Mittelrheinische Zeitung Nr. 135 v. 09.06.1849, S. 548.
- 14 Stadtmuseum Baden-Baden, Inv.-Nr. 235 und 26–9/1.
- 15 Dienstakte des Zivilkommissars für den Bezirk Baden, Stadtmuseum Baden-Baden, Inv.-Nr. 326.
- 16 Alfred *Frei* / Kurt *Hochstuhl*, Wegbereiter der Demokratie, 1997, S. 116; anders *Stiefel* (Anm. 3), S. 282.
- 17 Akte des Bezirksamts Baden, Stadtmuseum Baden-Baden, Inv.-Nr. 25–16/71.
- 18 Urteil des Hofgerichts Bruchsal v. 30.09.1850, Abschrift in GLA 76/9222.
- 19 GLA 240/2528, AS 22–135.
- 20 Ludwig *Häusser*, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution, Heidelberg 1851, S. 623.
- 21 GLA 76/4242.
- 22 ProvRegBl 1849, S. 341.
- 23 C. B. A. *Fickler*, In Rastatt 1849, Nachdruck d. 2. Aufl. 1899, S. 114, 131, 133; Albert *Förderer*, Erinnerungen aus Rastatt 1849, 1948, S. 34, 36, 38; vgl. a. Freiburger Diözesan-Archiv Nr. 34 (1906), S. 12.
- 24 § 138 Reichsverfassung; RegBl 1849, S. 24; vgl. a. § 3 des Gesetzes vom 07.06.1848, den Kriegszustand betreffend, wonach der von Militär oder Polizei Verhaftete innerhalb zwei Tagen zu vernehmen und über seine Haft zu entscheiden ist, RegBl 1848, S. 168.
- 25 Wortlaut bei *Förderer* (Anm. 23), S.39; vgl. a. *Baeuerle* (Anm.7), S. 32; zur Biographie Damms: O.E.S., Mein Heimatland 1937, S. 263.
- 26 Vgl. dazu die Peinliche Gerichtsordnung / Carolina 1532; 8. Organisationsedikt v. 04.04.1803; § 267 des erst später in Kraft tretenden, jedoch bereits verkündeten Badischen Strafgesetzbuches von 1845.
- 27 GLA 240/2528, AS 168; der ministerielle Erlaß, unterzeichnet von Florian Mördes, war am 23.06.1849 in Baden-Baden eingekommen.
- 28 GLA 240/2528, AS 98, 138.
- 29 GLA 237/4291.
- 30 GLA 76/9222; die Akte des Zivilrechtsstreits ist soweit übersehbar nicht mehr vorhanden.
- 31 Mittelrheinische Zeitung Nr. 149 v. 25.06.1849, S. 603.
- 32 Franz Simon *Meyer*, Tag- und Familienbuch, Eintrag v. 04.07.1849, Stadtmuseum Baden-Baden, Inv.-Nr. 777.
- 33 Hermann *Seefels*, Erlebnisse und Erinnerungen aus meiner Heimatstadt Baden-Baden, Stadtmuseum Baden-Baden, Inv.-Nr. 9966.
- 34 *Seefels* (Anm. 33); Amand *Goegg*, Nachträgliche authentische Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, Zürich 1876, S.160; Hermann *Kraemer*, Aus der Vergangenheit und Gegenwart des Dorfes Oos, 1929, S.187; Rolf Gustav *Haebler*, Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden, I. Band, 1969, S.85; Walter *Carganico*, AQUAE 1989, S. 25.
- 35 Urteil des Amts Baden v. 02.05.1851, GLA 76/9222.
- 36 Staatsarchiv des Kantons Zürich, P 187/2 und P 189/3.
- 37 GLA 76/9222 und 240/2528.
- 38 GLA 237/4290.
- 39 GLA 237/4290, 237/4293 und 237/4294.
- 40 GLA 237/4291; öffentliche Vorladung im Wochenblatt für die großherzogl. Bezirke Baden und Bühl Nr. 11 v. 26.01.1850.

- 41 GLA 237/4290 und 237/16844, Kassenverzeichnis Nr. 3420.
- 42 Schweizerisches Bundesarchiv Bern, E 21, Bd. 151; Staatsarchiv des Kantons Zürich, P 187.2 und P 189.3.
- 43 GLA 76/9222; Stadtmuseum Baden-Baden, Nr. 25-5-1/315.
- 44 Todesanzeige in Badeblatt v. 08.07.1901 und Badner Tagblatt Nr. 155 v. 09.07.1901; Nachruf daselbst in Nr. 156 v. 10.07.1901; zur Grabinschrift Dieter *Baerle* in: Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, 1997, S. 75.
- 45 Mittelrheinische Zeitung Nr. 82 v. 08.06.1849.
- 46 GLA 76/9222.
- 47 Franz X. *Vollmer*, Der Traum von der Freiheit, 1983, S. 391.
- 48 §§ 10, 16 und 137 der Reichsverfassung, RegBl 1849, S. 45.
- 49 Gesetz v. 14.05.1825, RegBl 1825, S. 67.
- 50 RegBl 1848, S.71, 73; provRegBl 1849, S. 330.
- 51 Hanno *Tauschwitz*, Presse und Revolution 1848/49 in Baden, Heidelberg 1981, S.186; Wolfgang *Piereth*, BadH 1997, S. 357.

Unruhen gegen den Amtsdespoten, Exzesse gegen Juden. Aufbrüche zur Revolution in der ländlichen Amtsstadt Bühl

Günther Mohr

I. Ein ruhiges Landstädtchen und ein „strammes bürokratisches Regiment“

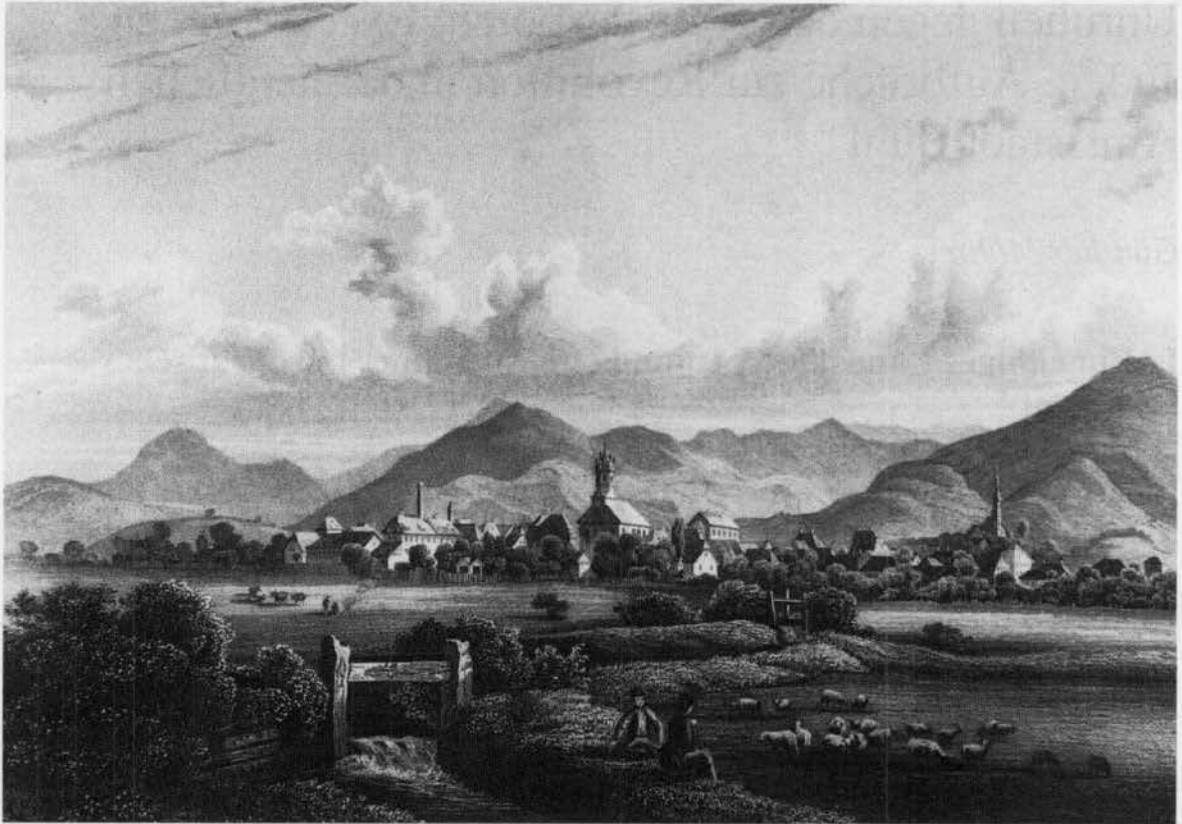
Einer *wohltuenden Ruhe* erfreute sich Joseph Freiherr von Reichlin-Meldegg in Bühl,¹ als er im April 1848 die Leitung des Bezirksamtes übernahm.² In seinen „Erinnerungen“ berichtete er darüber, was vor seiner Ankunft in Bühl geschehen war: *Mein Dienstvorgänger war entflohen, auch einige Juden hatten es ratsam gefunden, dem Hasse der Bevölkerung sich zu entziehen.*³

Der Arzt Franz Hermann Walchner, der schon 1840 nach Bühl gekommen war, spricht von Bühl als *einem heiteren Landstädtchen von malerischer Lage und Umgebung* und *einem der nahrhaftesten kleineren Orte des Landes.*⁴ Allerdings sah er auch *Kastengeist und religiöse Intoleranz* wirken, eine übermächtige Bürokratie und ein *Paschathum,*⁵ über das er sich jedoch nicht näher äußerte. Jedenfalls wurde die Stadt nach der Darstellung Walchners *von den Schrecknissen der Revolution nur wenig berührt*, abgesehen von *einigen brutalen Demonstrationen gegen mehrere Einwohner, die von langer Zeit her anrücklich waren.*⁶

Was sich im März 1848 in Bühl ereignete, blieb wie auch der weitere Verlauf der Revolutionszeit dem lokalgeschichtlichen Blick weitgehend entzogen.⁷ Geleitet durch die spärlichen Hinweise der miterlebenden Zeitgenossen soll hier aus den Archivalien die Fragen beantwortet werden, wie die mittelbadische Amtsstadt mit ihren knapp 3000 Einwohnern auf die Märzereignisse „vorbereitet“ war, wie sie in die Anfänge der Revolution verwickelt wurde und – in einem Überblick – wie in ihr die beiden Revolutionsjahre verliefen.

II. Der Oberamtmann Franz Joseph Häfelin – ein Vertreter des „Metternichanismus“?

Bürokratie und *Paschathum* nennt Friedrich Hermann Walchner als negative Elemente im Bühler Vormärz. Als der wichtigste Repräsentant der staat-



Bühl ca. 1850

lichen Verwaltung muß Oberamtmann und Geheimrat Franz Joseph Häfelin angesehen werden, der von 1826 bis 1848 an der Spitze des Bezirksamtes stand. Ihm sagte der 1842 in Bühl geborene Geschichtsschreiber Karl Reinfried – dessen Vater dürfte als Wirt in der Bühler Hauptstraße über viele Ereignisse vor und während der Revolutionsjahre gut informiert gewesen sein – ein *sehr strammes bürokratisches Regiment* nach,⁸ ihn hat wohl auch Friedrich Hermann Walchner im Blick gehabt.

Häfelins Beförderung an die Spitze des Bezirksamtes Bühl im Jahre 1826 begründete die Regierung ausdrücklich damit, daß er zwei Jahre zuvor die Untersuchung der burschenschaftlichen Bestrebungen in Freiburg zu ihrer Zufriedenheit durchgeführt hatte.⁹ Sein Nachfolger in Bühl, Reichlin-Meldegg, damals selbst Student in Freiburg, erinnerte sich an sein *hartes, rücksichtsloses Auftreten*¹⁰ im Verlaufe der Untersuchung.

Bereits 1833 wurde Häfelin in der Zweiten Kammer in Karlsruhe getadelt. Auf sein Betreiben nämlich hatte der Amtmann im benachbarten Achern Beratungen von Bürgermeistern und Wahlmännern mit ihrem Abgeordneten – dem des Wahlkreises 23 Achern und Bühl – verhindert, welche in der Form eines *freundschaftlichen Mahles* stattfinden sollten.¹¹ In den folgen-



Franz Josef Häfelin

den Jahren bis 1848 führte Häfelin das Bezirksamt so, daß am Ende des ersten Revolutionsjahres wieder in der Zweiten Kammer über ihn gesprochen werden mußte. 235 Einwohner Bühls hatten sich nämlich mit einer Petition an die Volksvertretung gewandt und Häfelin in das Dunkel eines Rechts- und Freiheitsgegners gestellt. Sie ordneten ihn als *Amts-Despoten* der Herrschaft der nun beendigten *Polizeywillkühr* zu¹², ein Urteil, dem die Regierung allerdings nicht zustimmen wollte.¹³

Wie kam es zu diesem Bild? Im Jahre 1848 ließ das badische Innenministerium die Tätigkeit Häfelins untersuchen. Erst nach dem Ende der Revolution, im November 1849, kam es zur abschließenden Bewertung und zur Empfehlung an das Staatsministerium, nichts gegen Häfelin zu unternehmen.¹⁴ Vielleicht muß aus dieser Situation heraus die zurückhaltende Beurteilung Häfelins durch die Ministerialbürokratie mit Vorbehalten betrachtet werden; eine allzu deutliche Offenlegung von Mängeln in der Verwaltung dürfte nicht opportun gewesen sein – zumal der bereits genannte Karl Reinfried einen Hinweis darauf gibt, daß der Bühler Oberamtmann mit Großherzog Leopold freundschaftlich verbunden war.¹⁵

Gegen Häfelin wurde während der Untersuchung durch Einwohner des Amtsbezirkes der Vorwurf erhoben, auf Bürgermeister, Lehrer und Geistli-

che eingewirkt zu haben, die bei den Wahlen von Abgeordneten für regierungsfreundliche Ergebnisse sorgen sollten. Entsprechende Beweise förderte allerdings die Untersuchung nicht zu Tage. So wurde diesem Vorwurf nicht weiter nachgegangen. Ähnlich verhielt es sich mit dem Vorwurf ungerechtfertigter Eingriffe bei Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen oder der persönlichen Bereicherung im Amt – entweder gab es keine Beweise oder die Glaubwürdigkeit der Zeugen wurde bezweifelt.

Drei Anschuldigungen konnten jedoch nicht beiseite geschoben werden. Häfelin hatte im Bühler Gefängnis einsitzende Forstfrevler für seine privaten Zwecke arbeiten lassen – sie allerdings nach getaner Gartenarbeit mit Brot, Wein und einem Trinkgeld belohnt. Daß er die Amtsstadt, seinen Dienstsitz, verließ, als es im März 1848 in Bühl zu Angriffen gegen ihn zu kommen schien, wurde als verständlich angesehen, jedoch auch als kritikwürdig. Ganz eindeutig wurde festgestellt, daß Häfelin im Jahr zuvor die Verfassung gebrochen hatte. Hierbei ging es darum, daß er eine *Vagabundin* sieben Wochen einsperren ließ, ohne für ein Verfahren zu sorgen. In diesen drei Punkten kam die Untersuchung zum Ergebnis, daß sie strafrechtlich nicht relevant waren und eine dienstrechtliche Untersuchung bei einem aktiven Beamten sinnvoll wäre, nicht jedoch bei dem nun – November 1849 – pensionierten Häfelin.

Über die konkreten Vorwürfe hinaus ergab sich ein doppeltes Bild Häfelins. Ihm wurden Verdienste nicht abgesprochen, jedoch auch als zutreffend bestätigt, was im Amtsbezirk geäußert wurde: Häfelin sei eigenmächtig und parteilich gewesen und *habe erwiesenen Gefälligkeiten in u(nd) außer dem Dienste sowie das Gegenteil niemals vergessen*.¹⁶

Der Oberamtmann und sein geheimer Agent

Der Vorwurf des *Metternichianismus* traf Häfelin in einer anderen Angelegenheit, die wieder über eine Debatte in der Zweiten Kammer in die Öffentlichkeit geriet. Es ging um eine Auseinandersetzung zwischen dem Oberamtmann und Geheimrat Häfelin und seinem *geheimen Agenten* Elias Weil aus Bühl.

Dessen Vater Raphael Weil war 1810 durch den Oberrat der Juden in Baden als einer der beiden Vertreter aus Bühl im damaligen Murgkreis vorgeschlagen worden.¹⁷ Er zählte somit sicher zu den wichtigeren Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Bühl. Als sein Sohn Elias 1812 heiratete, nahm er ihn in einen gemeinsamen Waren- und Viehhandel auf. Elias Weil, zu dieser Zeit 24 Jahre alt, erhielt von seinem Vater als Heiratsgut 2200 Gul-

den und als versprochenes Erbe die Hälfte des väterlichen Hauses in der Hauptstraße. Die Braut Babette, die Tochter des Altdorfer Gemeindevorstehers Baruch Weil, bekam von ihrem Vater 2500 Gulden. Das gemeinsame Vermögen sollte auf zehn Jahre in das Geschäft der beiden Weils gesteckt werden, das unter der Leitung des Raphael Weils stand.¹⁸ Dieser starb aber bereits 1814.¹⁹

Was bedeutete der Tod des Vaters für den gerade 25jährigen Elias Weil? Neben seiner Witwe hinterließ Raphael Weil außer dem Sohn Elias sechs Kinder unter 15 Jahren.²⁰ Schon 1816 wurden für Schulden von Elias Weil dessen Hälfte am väterlichen Haus als Sicherheit ins Pfandbuch eingetragen, weitere Absicherungen folgten.²¹ Im Jahre 1829 wurde ein Kurator für die Konkursmasse Raphael Weils erwähnt.²² Das Handelsgeschäft Weil in der Bühler Hauptstraße war also zusammengebrochen. Elias Weil hatte Bühl längst verlassen. 1822 lebte er am Geburtsort seiner Frau: Im Heiratsbuch der jüdischen Gemeinde von Altdorf wird er bei der Geburt eines Sohnes erwähnt: *Elias Weil . . . Schutzbürger in Bühl, wirklich aber Lehrer dahier.*²³ Elias Weil war also zu dieser Zeit Lehrer der jüdischen Gemeinde. 1828 befand er sich wieder in seiner Geburtsadt,²⁴ wahrscheinlich war er wegen seiner Armut von Rheinbischofsheim nach Bühl gebracht worden.²⁵ Hier traf er nun mit dem Bezirksamtsvorstand Häfelin zusammen, eine Begegnung, die sein weiteres Leben prägte.

Er sei nämlich, so stellte es Elias Weil 1848 dar, grundlos ins Gefängnis gebracht und dann von Häfelin dazu aufgefordert worden, Mitgefangene auszuhorchen und sie zu Geständnissen zu bringen. Dafür habe Häfelin ihm fünf Gulden pro Tag versprochen. Als *geheimer Agent* saß er darauf 317 Tage, nämlich vom 16. November 1828 bis zum 29. September 1829, im Gefängnis.²⁶ Er habe, so seine Darstellung in der Wiedergabe durch einen Abgeordneten der Zweiten Kammer, *nicht nur durch Kunst und Witz, sondern auch mit unermüdlichem Fleiße und mit deutscher Redlichkeit* seine Aufgabe erfüllt.²⁷ Trotz seiner Erfolge habe er aber von Häfelin keine Bezahlung erhalten, weshalb er schließlich gerichtlich gegen den Amtsvorstand vorging. Das Hofgericht des Mittelrheinkreises in Rastatt stellte sich jedoch auf die Seite Häfelins, wenn es ihn auch wegen der Verwendung eines Spitzels tadelte. Elias Weil warf das Gericht vor, *Naturgabe und Wissen zum Lug und Trug zu gebrauchen und gegen die Obrigkeit mit frechem Hohn und frivolen Verlästerungen anzukämpfen.*²⁸

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis versuchte Elias Weil aus Bühl wegzukommen. Erneut wurde er zurückgebracht und damit der Armenpflege seines Heimatortes übergeben.²⁹ Die Gemeinde sorgte im Rahmen der damaligen Verhältnisse für ihn: *Am künftigen Dienstag, um 10 Uhr,*

wird der dahier sich aufhaltende Elias Weil in Verpflegung an den wenigst Nehmenden öffentlich versteigert, wurde am 2. Oktober 1830 mit der Schelle verkündigt.³⁰ Elias Weil gab nicht auf. 1834 mußte ihm das Bezirksamt in Bühl das unbefugte Schriftverfassen in Justiz und Verwaltungssachen für sich und andere verbieten.³¹ Für dieses Jahr wird auch sichtbar, wie seine Existenz erhalten wurde. Das Bezirksamt hatte die Gemeinde Bühl angewiesen, Kosten für Verpflegung und Unterbringung in Höhe von 7 Gulden und 12 Kreuzern zu übernehmen. Diesen Betrag muß die israelische Gemeinde ersetzen, wurde darauf im Rechnungsbuch der politischen Gemeinde verzeichnet.³²

Nach der ersten gerichtlichen Auseinandersetzung, so berichtete Weil später, habe Häfelin angefangen, ihn zu verfolgen, und zwar mit dem Ergebnis, daß er – Weil – fast 18 Jahre im Bühler Gefängnis und im Arbeitshaus Pforzheim eingesperrt wurde, unterbrochen von kurzen Zeiten der Freiheit, die ihn 1841 nach Amerika und zurück führten. Im Revolutionsjahr 1848 versuchte Weil, die von Häfelin geforderten 1585 Gulden mit Hilfe seiner Petition zu erhalten, nachdem er im Verlaufe des Jahres aus Pforzheim nach Bühl zurückgekehrt war.³³

Als im November 1848 in der Karlsruher Volksvertretung über die Petition Weils debattiert wurde, war dessen Glaubwürdigkeit umstritten. Doch wollte selbst August Lamey, ein führender liberaler Abgeordneter und später Innenminister, den zugrundeliegenden Sachverhalt nicht abstreiten: Ein Vorgehen wie das Häfelins sei 1828 nicht ungewöhnlich gewesen.³⁴ Der radikalere³⁵ Abgeordnete Christian Kapp ging sogar so weit, auf den Vertreter der alten Ordnung im Vormärz, den österreichischen Staatskanzler Metternich anspielend, Häfelin als einen Vertreter des *Metternichianismus* zu bezeichnen.³⁶ Schließlich blieb die Angelegenheit aber ohne neue Untersuchung, als die Regierung am 21. März 1849 beschloß, die Angelegenheit solle auf sich beruhen.³⁷

Eineinhalb Jahre zuvor hatte sich Häfelin im Oktober 1847 in die Regelung des Nachlasses von Babette Weil, der Ehefrau von Elias Weil, eingeschaltet. Vor ihm selbst verzichteten wenige Tage nach dem Tod ihrer Mutter in Abwesenheit des Vaters drei Söhne zugunsten ihres Bruders Samuel auf Ansprüche an das geringe Erbe von gerade 70 Gulden. Unter den Brüdern befand sich auch der am 15. April 1815³⁸ in Bühl geborene Raphael Weil, der 1847 Ratschreiber in Gernsbach war. Er wurde im Jahre 1849 zum radikalen Revolutionär, dessen Einsatz für die demokratische Sache hier nicht beschrieben werden kann. Als *Bürger Raphael Weil* war er der erste seiner Herkunft nach jüdische Volksvertreter in Deutschland, der in ein demokratisch gewähltes Parlament einzog, in die revolutionäre Verfassungs-

gebende Versammlung Badens.³⁹ Nach dem Scheitern der Revolution stellten die Sieger Raphael Weil dar als einen führenden Hochverräter mit *übelm moralischen Rufe*⁴⁰ – er selbst sah sich nicht nur in der Zeit der Revolution, sondern wohl sein Leben lang als *Soldat der Freiheit*.⁴¹ Der *Metternichianismus* in Bühl, vermittelt durch die Auseinandersetzung seines Vaters mit dem Oberamtmann Häfelin, dürfte für den Sohn von Elias Weil eine lebensbestimmende Erfahrung gewesen sein.

III. März 1848: Die Unruhen gegen Oberamtmann Häfelin

Kritik an Häfelin wurde erst 1848 direkt geäußert – als der Oberamtmann die Stadt in den Märztagen verlassen hatte. Wie war es zu dieser *Entfernung* oder *Flucht* gekommen?

Die Stimmung in Bühl während der ersten Märzhälfte 1848 geht aus einer Zeitungsnachricht hervor, welche mit dem Datum des 13. März am 15. März in der „Karlsruher Zeitung“ erschien. Die *Ruhe* in Bühl wurde hervorgehoben – und von einer Bürgerversammlung am 12. des Monats berichtet: An deren Ende sei dazu aufgefordert worden, *sich brüderlich die Hände zu reichen, und im Falle der Noth Gut und Blut für die neu errungene deutsche Freiheit einzusetzen; der Appell schloß mit einem dreimaligen Hoch auf unseren edlen Großherzog*. In Ruhe sei dann die Bürgerversammlung zu Ende gegangen.⁴²

Die Ruhe blieb jedoch nicht erhalten. *Wenn es richtig ist, die Wachfeuer anzuzünden fürs badische, fürs deutsche Volk, so fangen wir hier an & es soll dann lodern u. leuchten durch(s) ganze badische Ländle bis genug*. Drei oder vier Teilnehmer an der Volksversammlung in Offenburg am 19. März 1848 kehrten zurück und trugen am Tag darauf in das Gästebuch der Burg Windeck über Bühl diesen Aufruf ein.⁴³

Schon am 19. März 1848 selbst kam es in Bühl zu Unruhen.⁴⁴ Der Amtsvorstand Häfelin geriet in ihr Zentrum. Nach seiner späteren Erklärung warnten ihn der Bühler Gefangenenerwärter, der Lindenwirt Konrad, Bürgermeister Berger und zwei seiner Untergebenen im Bezirksamt, Amtmann Eckert und Assessor Klein, vor drohenden Übergriffen gegen seine Person und seinen Besitz. Zuerst habe er sich gesträubt, doch dann bei der in der Stadt zunehmenden Unruhe auf die Bitten der drei zuletztgenannten Personen hin das Amt verlassen. Vor und nach seiner Entfernung sei versucht worden, in die Wohnung Häfelins einzudringen – dies sei aber durch das Eingreifen des Bürgermeisters und einer *Bürgerwehr* gescheitert.⁴⁵ Auf dem Weg nach Baden-Baden wurde Häfelin offensichtlich von einigen

Einwohnern seines Bezirksamtes verfolgt, und noch dort, wo er unter einem falschen Namen eine Wohnung genommen habe, mußten *Schreier* zur Ruhe gebracht werden.⁴⁶

IV. Ein Revolutionär von außen – das Bezirksamt als Ziel nach der Flucht Häfelins

Am nächsten Tage gingen die Unruhen weiter. Deutlich erkennbar kamen Anstöße von außen in die Amtsstadt. Ein ehemaliger Bürgermeister, einer der durch das Bezirksamt kontrollierten Ortsvorstände, trieb die Ereignisse weiter: der *Altbürgermeister Weber* aus dem von Bühl nur drei Kilometer entfernten Ottersweier.

Der in Herbolzheim geborene Joseph Weber, ein *Wundarzt* und *Chirurg*, hatte am 11. 12. 1828 das Gasthaus „Hirschen“ in Ottersweier gekauft.⁴⁷ Im folgenden Jahr heiratete er Maria Anna Meyer, die Tochter eines Wirtes in Beuren bei Baden-Baden.⁴⁸ Nach dem Tod seiner ersten Frau verheiratete sich Weber erneut. 1835 und 1841 wurde er zum Bürgermeister gewählt.

In dieser Stellung kam er in Konflikt mit dem Bezirksamt Bühl und seinem Vorstand Häfelin. Seit 1842 sollte in Ottersweier eine neue Remise für die Feuerspritze gebaut werden. Als sich die Genehmigung des Neubaus durch das Bezirksamt verzögerte, beklagte sich Weber: Die Entscheidung werde *ohne alles Recht hinausgeschoben* – es sei unglaublich, wie *eine vorgesetzte Staatsbehörde eine Gemeinde oder einen Gemeinderath auf diese Weise bevormunden kann*. Häfelin erteilte ihm dafür einen Verweis, drohte fünf Gulden Strafe an und verlangte die dem Bezirksamt *schuldige Achtung*. Im März 1847 beschwerte sich der Gemeinderat über das Bezirksamt bei der Regierung des Mittelrheinkreises – nach seiner Auffassung versuchte Häfelin, diese Beschwerde zu unterdrücken.⁴⁹ Am Ende des Jahres lief die Amtszeit Joseph Webers ab; danach trat er nur noch als „Altbürgermeister“ auf.

Schon 1835 war Weber nicht mehr im Besitz des „Hirschen“.⁵⁰ Ankäufe von Äckern und Wiesen deuten darauf hin, daß er sich als Bauer eine Existenz sichern wollte. Das Vorhaben, 1838 das bei Ottersweier gelegene „Hubbad“ zusammen mit einem Bürgermeister aus einer Nachbargemeinde zu übernehmen,⁵¹ scheiterte offensichtlich: Dieses kleine Kurbad ersteigerte im gleichen Jahr der Bühler Fabrikant Herrmann Massenbach für 22 000 Gulden,⁵² eine Summe, die wohl für Weber und seinen Kollegen unaufbringbar war. Im Jahr 1848 wurde Webers prekäre wirtschaftliche Situation deutlich. Am Anfang dieses Jahres war er als Rechner gegenüber der

Zehntrechnung Ottersweier 1085 Gulden schuldig, die er nicht zurückzahlen konnte.⁵³ Diese und weitere Schulden führten im Lauf des Jahres zur Vergantung und Versteigerung seines Hauses und seiner Äcker und Wiesen.⁵⁴ Seit Mitte des Jahres 1848 galt er als *flüchtig* und als unterwegs nach Amerika.⁵⁵

Davor lag seine Teilnahme an den revolutionären Ereignissen in Mittelbaden. Am Montag, dem 20. März 1848, also am Tag nach der Offenburger Volksversammlung, tauchte Weber in Bühl auf. Im Amtshaus drang er zum Assessor Klein vor: *Herr Klein, ich bin von mehreren Bürgern beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß Sie sich in 24 Stunden von Bühl zu entfernen haben.* In der Bierwirtschaft eines Gemeinderates hielt er darauf Ansprachen an Leute, welche der Bühler Gendarm als *alle von der untersten Volksklasse, als Pöbel* bezeichnete. *Steuergerechtigkeit, Zehntfreiheit, Wegschaffung der Gendarmerie, Freiheit und Gleichheit* waren die Forderungen, mit denen durch Weber *auf das dringende zum Aufruhr aufgereizt wurde.* Bürgermeister Berger und zwei Gemeinderäte versuchten Webers Agitation zu beenden, ohne Erfolg. Nachmittags hielt sich Weber noch immer im Wirtshaus auf. In der Zwischenzeit hatte Bürgermeister Berger eine Bürgerversammlung einberufen. Mit Hilfe des Amtsmannes Eckert versuchte er, die Ruhe in der Stadt zu sichern und kritisierte die Äußerungen Webers mit Nachdruck. Dieser wurde selbst vorgeladen und mußte schließlich die *Ausweisung* des Assessors Klein widerrufen.⁵⁶ – Am selben Tag noch verbreitete sich im nahen Bühlertal das Gerücht, Weber sei an der Spitze von Hunderten auf dem Weg, um dort die Häuser der Wahlmänner – vor allem des Bürgermeisters und Pfarrers – anzuzünden.⁵⁷

In Bühl selbst kam es eine Stunde, nachdem Weber die Stadt verlassen hatte, gegen 18 Uhr auf der Hauptstraße in der Nähe des Amtshauses zu einem Auflauf. Nach der Meinung des Brigadiers Braun zogen betrunkene junge Leute von auswärts herum und bekamen Streit mit teils Auswärtigen, teils Bühlern. Er und einige Bürger konnten allerdings die Ruhe wieder herstellen.⁵⁸

Läßt sich Weber in der Verteidigung der Selbständigkeit seiner Gemeinde gegenüber dem Bezirksamt und den von diesem vertretenen Staat als ein Vertreter des süddeutschen Kommunalismus⁵⁹ erkennen, so wird bei ihm auch das Neue sehr deutlich: Er stößt zu den demokratischen und republikanischen Vertretern der Revolution, wie es sich in der Acherner Volksversammlung vom 2. April 1848 zeigte. Sie schloß sich den radikalen Forderungen Struves an das Frankfurter Vorparlament an und ergänzte die Mitglieder im Leitungsgremium der demokratischen Vaterländischen Vereine: Weber wurde in deren Kreisausschuß des Mittelrheinkreises gewählt.⁶⁰

Vier Tage später kam nochmals ein Anstoß von außen nach Bühl, wohl nicht mit sehr großem Erfolg. Gustav von Rotteck, ein Sohn Karl von Rottecks, hatte 1847 einige Monate seiner juristischen Ausbildung am Bühler Bezirksamt verbracht⁶¹ und den Bühler Turnverein gegründet⁶². Nun richtete er als Vorstand des Vereins in einem Brief an Bürgermeister Berger den Antrag, eine Gruppe der Turner zu bewaffnen, sie der Bürgerwehr in Bühl einzugliedern und der Entwicklung *in ganz Teutschland* anzuschließen.⁶³

Dem Gemeinderat ging es jedoch nicht um ein Weitertreiben der Unruhe. Er wiegelte zweimal über die Presse ab: Weder sei in Bühl das Amtshaus gestürmt, noch seien Akten verbrannt worden. Die Beamten seien freiwillig abgezogen, *der Volksstimmung Genüge* zu leisten.⁶⁴ Mehr als zwei Wochen später setzte sich der Gemeinderat deutlich von der Versammlung im nahen Achern ab: Die dortigen radikalen Reden seien *den Gsinnungen der hiesigen Bürgerschaft stracks* entgegengesetzt.⁶⁵

V. März 1848: Exzesse gegen Juden

Während in Frankfurt das Vorparlament am 30. März 1848 seine Beratungen begann, brachen in Bühl erneut Unruhen aus. Sie richteten sich gegen die jüdische Minderheit im Ort, die zu dieser Zeit beinahe neun Prozent der Bevölkerung ausmachte.⁶⁶ Schon in der ersten Hälfte des Monats März hatte es Anzeichen gegeben. Die „Freiburger Zeitung“ berichtete am 13. März von Unruhe gegen *einige Blutigel der Gesellschaft*, bei welcher *der Haß und die Verachtung* der christlichen Mehrheit sichtbar geworden sei, jedoch keine Gewaltanwendung stattgefunden habe.⁶⁷ Mit dem Datum des gleichen Tages erschien in der regierungsnahen „Karlsruher Zeitung“ zwei Tage später eine Meldung aus Bühl: Es wurde hervorgehoben, daß Bürgermeister Karl Berger, Gemeinderat und *eine biedere Bürgerschaft* die Ruhe gesichert hätten *trotz der Aufregung der Gemüther, welche sich gegen einen Theil der hiesigen Israeliten zeigte*.⁶⁸

Spätestens am 22. 3. 1848, also drei Tage nach den Unruhen gegen den Bezirksamtman Häfelin und zwei Tage nach der Agitation des Altbürgermeisters Weber, war die Gemeinde mit der Abfassung einer Petition an die Volksvertretung in Karlsruhe beschäftigt. Es ging um das Bürgerrecht jüdischer Einwohner. Zuerst wurde resümiert, wie sich bisher das Bürgerrecht der jüdischen Einwohner in Bühl entwickelt habe. Nachdem die ersten jüdischen Einwohner ungerechtfertigt das Bürgerrecht erhalten hätten, sei nach der Bürgerrechtsreform von 1832 immer stärker die Gleichheit mit den christlichen Einwohnern gefordert worden. Dabei sei es aber nicht um

das Ziel gegangen, *freie Bürger zu werden*, sondern um die Teilnahme am Bürgernutzen. Die jüdischen Einwohner würden, einmal im Besitz von Allmendanteilen, diese verpachten und damit Christen *tributpflichtig* machen. Wenn sie aber Handwerke erlernt und auf dieser Grundlage das Bürgerrecht erlangt hätten, würden sie *wieder den gemeinen Schacher und Wucherhandel* ausüben.

Diese Entwicklung, so die Petition, habe viel Erbitterung bei den Christen bewirkt, welche die Verdrängung *aus ihrem christlich angestammten Vermögen* befürchten müßten. Deshalb seien Maßnahmen nötig, um Ausschreitungen zu verhindern. Die Petenten schlugen vor, was ihnen angemessen erschien: ein Gesetz, das die jüdischen Einwohner, wenn sie jetzt noch nicht den Bürgernutzen hätten, vom Bürgernutzen ausschließen sollte.⁶⁹

Die Auseinandersetzung mit den jüdischen Einwohnern ging weiter. In der Nacht zum 31. März 1848 war in Bühl nach dem Bericht an das Innenministerium eine große Menschenmenge unterwegs.⁷⁰ Es kam zu Angriffen auf die Häuser mehrerer jüdischen Einwohner. Das Hoftor zum Anwesen des Alexander Wertheimer wurde mit der Axt zertrümmert. Eine Bürgerwehr wollte eingreifen, aber einer der Haupttäter aus dem *Volkshaufen*,⁷¹ der 38jährige Schlossermeister Eugen Zucker, setzte dem Anführer der Bürgerwehr eine Flinte auf die Brust.⁷² Die Menge konnte daraufhin in das Haus Wertheimers eindringen. Ein Möbelstück und andere Einrichtungsgegenstände wurden zertrümmert, vor allem im Keller *bei einer Weinentwendung* Fässer zerstört und dann andere Fahrnisse gestohlen. Übergriffe auf die Häuser des Viehhändler Joseph Levi, die Wohnung des Vorsängers David Brandeis und das Haus des Bäckers Lazarus Schweitzer folgten.⁷³

Noch am nächsten Tag fürchtete das Bezirksamt eine weitere Zuspitzung und sah sich gezwungen, *alle Zeit und Kräfte ausschließlich auf Handhabung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit* zu verwenden. Amtmann Eckert sah sich in einer solchen Not, daß er zu einem ungewöhnlichen Mittel griff. Er schickte den Hauptgeschädigten Alexander Wertheimer mit einem Schreiben ins Innenministerium nach Karlsruhe.⁷⁴ Die Botschaft: *Beklagenswerte Exzesse* der Nacht könnten sich am Tage wiederholen. Das Innenministerium berichtete dies am selben Tag an das Kriegsministerium weiter mit der Bitte um die Verlegung einer Kompanie Infanterie nach Bühl. Eine Gemeindeversammlung sei angeordnet und das Gesetz zur Schadensersatzleistung bei Exzessen veröffentlicht worden. Dies und die Drohung mit dem Einsatz von Militär sollten die Arbeit der lokalen Behörden unterstützen.⁷⁵ Spätestens am 4. April 1848 waren dann auch wirklich Soldaten eines Dragonerregiments in Bühl.⁷⁶ Allerdings klagten später

jüdische Einwohner darüber, daß es Anfang April *noch mehrere Exzesse und Unbilden* gegen sie gegeben habe.⁷⁷

Von den Teilnehmern an dem Menschenauflauf in der Nacht vom 30. auf den 31. März sind 26 namentlich bekannt, eine erheblich größere Zahl aber blieb bei der Strafverfolgung unbekannt. Bei 15 Verdächtigten reichten die Beweise für eine Anklage nicht aus. Acht Angeklagte wurden verurteilt.⁷⁸

Wer waren die Haupttäter? Die Geschichte der Verschuldung Eugen Zuckers fing bereits 1799 an. Seine Mutter und ihr erster Mann liehen bei der Bühler Pfarrei 130 Gulden und versetzten dafür ihr Häuschen in der Bühler Drehergasse. Eugen Zucker übernahm 1834 diese Schuld.⁷⁹ Drei Jahre später erwies sich das Vermögen seines Vaters, eines Schmiedemeisters, als nicht ausreichend, um nach dessen Tod die Schulden bezahlen zu können: Beinahe 900 Gulden Überschuldung wurden festgestellt. Zu dieser Zeit war der Sohn Eugen Zucker bei seiner Mutter bereits mit über 300 Gulden verschuldet.⁸⁰ Als er 1838 das Haus seiner Mutter übernahm, mußte er wieder auch Schulden mitübernehmen.⁸¹ 1851 hatten Eugen Zucker und seine Frau Walburga, die er 1837 geheiratet hatte, ein Vermögen in der Höhe von 1816.17 Gulden. Ihre Schulden betragen 2435 Gulden. Nach 14 Jahren Ehe lag die Überschuldung bei knapp 1600 Gulden.

Der Vater Eugen Zuckers hatte sich beim Pfarrer in Kappelwindeck nahe bei Bühl verschuldet, hatte auch ein kleineres Darlehen offen bei Wolf Netter, einem jüdischen Eisenhändler, mit dem er sich auch stritt über eine Rechnung aus dem Bezug von Nietnägeln.⁸² Auf den Namen der Mutter Zuckers existierte 1840 eine offene Rechnung für Eisenwaren bei einem anderen jüdischen Eisenhändler.⁸³ 1851 war Zucker erneut bei Wolf Netter verschuldet, aber noch viel mehr mit Obligationen bei Wirten und einem Pfarrfonds aus der Nähe Bühls.⁸⁴

1837 wurde Eugen Zucker bei der väterlichen Erbregelung *wegen seinem rohen Benehmen* aus dem Zimmer des Notars gewiesen.⁸⁵ Bei der Hausübergabe an ihren Sohn 1838 bedingte sich die Mutter aus, daß sein Verhalten ihr gegenüber *durch rechtschaffene Bürger* kontrolliert werde – sie fürchte, sein Verhalten sei *roh und unartig*.⁸⁶ Schulden und Gewaltbereitschaft: keine allzu günstige Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft zu dem wohlhabenden Wolf Netter und dem nur wenige Meter weiter weg wohnenden Alexander Wertheimer.

Karl Kern, wie Eugen Zucker wegen des Übergriffes auf das Eigentum von Alexander Wertheimer zu 14 Monaten Zuchthaus verurteilt, wurde in den

folgenden Jahren noch viermal verurteilt: wegen Mißhandlung, wegen einer Schlägerei, wegen Exzessen und unsittlichem Benehmen und wegen Körperverletzung.⁸⁷

Wilhelm Schlegelmilch, ein Zimmermann, wurde 1845 und 1846 dreimal wegen Diebstahls verurteilt.⁸⁸ 1846 mußte sein Vater für ihn Schulden in Höhe von 166 Gulden 11 Kreuzer bezahlen; selbst sein Handwerkszeug für drei Gulden war versetzt.⁸⁹ 1855 folgte nochmals eine Strafe wegen eines Diebstahls von Dielen im Wert von fünf Gulden.⁹⁰ Dazwischen lag der Diebstahl bei Alexander Wertheimer, wobei aufgrund der Vorstrafen Schlegelmilch mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft wurde.⁹¹

Bei drei von acht Teilnehmern an den Ausschreitungen gegen jüdische Einwohner lassen sich Verschuldung, Neigung zur Gewalt bzw. zum Diebstahl auch ohne die Verwicklung in die Vorgänge in der Nacht zum 31. März 1848 feststellen.

Der Bürgernutzen jüdischer Einwohner – entzogen durch die Gemeindeversammlung

Ins Zwielficht gerieten aber auch die übrigen Einwohner der Stadt mit ihrem Verhalten am 31. März 1848. An diesem Tage wurde auf 11 Uhr eine Versammlung der ganzen Gemeinde festgesetzt, weil erneute Angriffe gegen jüdische Einwohner drohten.

Wie später der Gemeinderat äußerte, sei aus der Bürgerschaft im Rathaus vorgeschlagen worden, die jüdischen Inhaber von Allmendgütern sollten auf diese *freiwillig* verzichten.

Ein weiterer Teil der vorgeschlagenen Vereinbarung: Diejenigen jüdischen Einwohner, denen man wucherisches Verhalten vorwarf, sollten die Stadt verlassen. Die Gegenleistung der christlichen Bürger dafür und für den Verzicht auf den Bürgernutzen sollte Sicherheit bringen: keine Angriffe auf die Person oder den Besitz von Bürgern würde mehr aufkommen können.

Auf zwei Uhr nachmittags wurden die erreichbaren jüdischen Einwohner einbestellt. Sie erklärten sich bereit, auf die Vorschläge einzugehen angesichts, wie sie ausdrücklich erklärten, der *Exzesse, wie sie in der jüngsten Zeit und namentlich gestern Nacht vorkamen*. Bürgermeister Berger versprach ihnen darauf, wie abgemacht, den Schutz der Gemeinde.⁹² Irgendein Zwang sei, so später die Gemeindevertretung, von niemand ausgeübt worden. Alles geschah nur aus Angst der jüdischen Einwohner selbst, wel-

che dem Verzichtsvorschlag bereitwillig zugestimmt hätten. Die staatliche Stelle, also das Bezirksamt, und der Gemeinderat hätten den Verzicht *gerne* angenommen und ihn als *Geschenk* an die christlichen Bürger betrachtet.⁹³ 18 jüdische Einwohner unterschrieben nun ihren Verzicht auf den Bürgernutzen.⁹⁴

Zu den Unterzeichnern gehörten Alexander Wertheimer ebenso wie der Fabrikant Hermann Massenbach⁹⁵, den der Großherzog 1846 in den *Oberrat* berufen hatte, die höchste Vertretung der badischen Juden.⁹⁶

Aus der Sicht des Gemeinderates vom Mai 1848 war es die jüdische Gemeinde selbst, welche einige ihrer Mitglieder aus Bühl vertrieb: Es sei, so wendeten es die Vertreter der Stadt, *die Alexander Wertheimerische Familie mit noch weiteren vier anderen Familien, welche wegen ihren wucherischen Handlungen die öffentliche Ruhe gefährdeten, durch Beschluß der ganzen übrigen Judenschaft zum Verlassen Bühls gebracht worden.*⁹⁷

Allerdings erhoben trotzdem später jüdische Einwohner die Klage, daß es Anfang April *noch mehrere Exzesse und Unbilden* gegen sie gegeben habe.⁹⁸ Eine Äußerung des Gemeinderates, mit der die Gültigkeit der Übereinkunft bewiesen werden sollte, bestätigt dies: Die christlichen Bürger hätten *auswärtige Eindringlinge welche hierher gekommen seien, um einen Theil der Juden zu mißhandeln, mit aller Kraft, und eigener Aufopferung abgewiesen.*⁹⁹

Waren es ein mittelalterlich anmutendes Pogrom oder eine Vorausdeutung auf die des 20. Jahrhunderts? Alexander Wertheimer, der Kurier des Bezirksamtes Bühl, logierte sich mit seiner Frau im „Nassauer Hof“ in Karlsruhe ein. Sein Verbleiben konnte man auch in Bühl nachlesen, denn er wurde in der „Karlsruher Zeitung“ unter dem 1. April 1848 als dortiger Gast gemeldet.¹⁰⁰ Am 12. des Monats erschien Leopold Netter, ein Sohn des alten jüdischen *Anwalts*, des Gemeindevertreters Herz Netter, bei Bürgermeister Berger und erklärte, er sehe den Verzicht vom 31. März 1848 für sich nicht als verbindlich an und ergriff entsprechende juristische Mittel.¹⁰¹ Der Sohn von Alexander Wertheimer, Meier Wertheimer, verfolgte ab Anfang Mai 1848 seine Aufnahme als Ortsbürger weiter, womit er schon 1847 angefangen hatte. Der Gemeinderat reagierte voller Wut mit dem Hinweis auf die angeblichen Wuchergeschäfte der Familie Alexander Wertheimer, ihre angebliche Störung der öffentlichen Ruhe und ihre angebliche Ausweisung durch die jüdischen Einwohner aus Bühl. Ohne Erfolg: Im Juli 1849 entschied das Innenministerium endgültig die Verpflichtung der Gemeinde Bühl zur Aufnahme Meier Wertheimers als Ortsbürger.¹⁰²

Am 14. und 15. April 1848, zwei Wochen nach dem erzwungenen Verzicht auf den Bürgernutzen und der Vertreibung aus der Stadt, nahmen bei der Wahl der Nationalversammlung auch David Brandeis, Lazarus Schweitzer und Joseph Levi teil, drei der vier am 31. März Geschädigten, und auch Leopold Netter, er kurz zuvor Rechtsmittel gegen den Entzug des Bürgernutzens eingelegt hatte.¹⁰³ Schon am 22. April 1848 war auch Alexander Wertheimer wieder in Bühl und nahm an Vermögensversteigerungen teil.¹⁰⁴ Im Sommer 1849 erstritten unter der Führung des Fabrikanten Massenbach die jüdischen Bürger ihren Bürgernutzen bei den Gerichten zurück.¹⁰⁵ Kurz nach dem Ende der Revolution, am 12. 10. 1849, nahm die politische Gemeinde Bühl beim wichtigsten Vertreter der jüdischen Gemeinde, beim Fabrikanten Massenbach, ein Darlehen von 2000 Gulden auf.¹⁰⁶

Wie lassen sich die Ereignisse in Bühl, bei denen die Ausschreitungen gegen die jüdischen Einwohner in den Vordergrund rückten, erklären? Vielleicht ist es nützlich, sich an die Äußerung Reichlin-Meldeggs zu erinnern, der die Revolutionszeit als Bühler Amtmann und Nachfolger Häfelins erlebte. Er hatte die Flucht seines Vorgängers mit der Flucht jüdischer Einwohner in Zusammenhang gebracht. In der Tat kann hier ein sachlicher Zusammenhang gesehen werden.

Während der vielen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Einwohnern und dem Gemeinderat vor 1848 könnte sich nämlich in den Augen der christlichen Mehrheit Häfelin auf die Seite der jüdischen Einwohner gestellt haben. Sie waren der einzige Teil der Bevölkerung, der zu dieser Zeit aus dem Bürgerrecht ausgeschlossen war und nur unter engen Bedingungen als Gemeindegänger *aufgenommen* wurde. Viele kämpften juristisch um ihre Gleichstellung und den Status als Gemeindegänger, der auch einen Anspruch auf den Bürgernutzen an Allmendteilen und Holzzuweisungen bedeutete. Wie bis zum äußersten und wie gegen die Gesetze diese Konflikte durch die Gemeindevertreter ausgetragen wurden und wie sie dabei mit Häfelin als dem Staatsvertreter zusammenstießen, läßt sich leicht zeigen, nicht nur an der Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde und der Familie Alexander Wertheimers.

1839 stellte der Metzgermeister Judas Meier ein Gesuch, als Bürger aufgenommen zu werden. Gegen den Willen der Gemeinde sorgte Häfelin für die gesetzlich erforderlichen Nachweise zugunsten Meiers und ordnete am Beginn des Jahres 1840 seine Aufnahme als Bürger an. Der Gemeinderat beschritt den Beschwerdeweg, über die dem Bezirksamt übergeordnete Regierung des Mittelrheinkreises und das Innenministerium. Als sich der Gemeinderat noch an das Staatsministerium wenden wollte, wies Häfelin darauf hin, daß der Rechtsweg bereits ausgeschöpft sei. Dennoch wollte der

Gemeinderat eine weitere Beschwerde vorbereiten. Jetzt wurde Häfelin vollends deutlich: Der *gegen alle Gesetzlichkeit anstoßende Eigensinn* des Gemeinderats sei *umso auffallender, als der Gemeinderat schon durch mehrere andere Fälle belehrt, den diesseitigen Anordnungen Folge zu leisten, die Überzeugung haben sollte.*¹⁰⁷

Noch erbitterter verlief die Auseinandersetzung mit Alexander Wertheimers Sohn Meier Wertheimer. Dieser beantragte 1847 die Annahme als Bürger. Im Mai 1848 begründete der Gemeinderat seine ablehnende Haltung. Meier Wertheimer und sein Vater trieben *Großgeschäfte des gemeinsten Geldwuchers und Schacherhandels* und hätten *daher auch den allgemeinen Haß auf sich geladen*. Sie seien ja gerade deswegen im März des Jahres von den übrigen jüdischen Einwohnern zum Verlassen der Stadt aufgefordert worden. Meier Wertheimers Beharren auf der Bürgerannahme sei umso schlimmer, weil er jetzt die Situation ausnutze, gerade jetzt, nachdem *die Woge der Volksstimmung und die anprallende Brandung, welche die Alexander Wertheimersche Familie trotz der Sicherheitsanker der hiesigen Bürgerschaft zu verschlingen drohte, sich wieder etwas gelegt* hätten. Leider gäbe es, so in einem Schreiben des folgenden Jahres, gegen den Schacher und Wucher keine Mittel, *diese wuchernde Giftschlange in ihrem Entstehen zu vertilgen*. Jedoch auch hier scheiterten alle Einwände der Gemeinde.¹⁰⁸ An vielen anderen Beispielen ließe sich leicht zeigen, wie sich gerade in der Frage des Bürgerrechtes die antisemitischen Vorstellungen entfalteten.

Wie um seine Haltung in dieser Frage zu verdeutlichen, meldete sich aus Baden-Baden der seit Anfang April pensionierte Oberamtmann Häfelin: Meier Wertheimer, so schrieb er im Juni 1848, *bezeuge ich auf sein Verlangen pflichtgetreu und unter meinem Ehrenwort, daß während meiner Amtsführung zu Bühl von keinem Amtsangehörigen irgend eine Klage oder Beschwerde gegen denselben wegen Geldwuchers oder anderer betrüglicher Geschäfte vorgebracht worden seyen, und er habe ihn nur als gesitteten und ordnungsliebenden jungen Mann kennen gelernt.*¹⁰⁹

Wie wichtig die Auseinandersetzung mit den jüdischen Einwohnern war, zeigte sich nochmals. In der Sitzung der 2. Kammer der Karlsruher Volksvertretung am 22. November 1848 legte nämlich die Gemeinde Bühl eine weitere Petition vor, getragen durch Gemeinderat, Bürgerausschuß und eine Gemeindeversammlung: Durch ein Gesetz sollten alle jüdischen Bürger vom Bürgernutzen ausgeschlossen werden. Damit gerieten die Bühler aber völlig in Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung. Die Volksvertretung ging zur Tagesordnung über, da sie an der Gleichberechtigung der jüdischen Einwohner nicht mehr rütteln lassen wollte.¹¹⁰



Erste Industrie in Bühl: Die Türkisch-Garn-Fabrik von Herrmann Massenbach, Mitglied im „Großherzoglichen Oberrat“ der badischen Juden

Haben also die Zeitgenossen wie Reichlin-Meldegg, Walchner und Reinfried den Zusammenhang zwischen den Unruhen gegen den Bezirksamtman Häfelin und den Übergriffen gegen jüdische Einwohner zu Recht angesprochen? Das Ja auf diese Frage allein genügt nicht als Antwort auf die Frage, warum es in der angeblich so ruhigen Landstadt Bühl 1848 zur Revolution aufbrach. Die *Ruhe* der Amtsstadt war ja nicht nur gestört durch die Mängel in der Amtsführung Häfelins oder durch Unruhe und Haß gegen Juden, sondern auch durch die allgemeine soziale Entwicklung.

In dem September 1847 erstellten Verzeichnis der Umlagepflichtigen für das Jahr 1848 sind 426 Einwohner mit einer Berufsangabe verzeichnet. Von den 1848 426 aufgelisteten in der Stadt vorhandenen Berufen waren 80 Bauern, die zahlenmäßig stärkste Berufsgruppe. Das produzierende Gewerbe einschließlich der zahlenstarken Nahrungs- und Bekleidungsgerberbe stellten zusammen 251 Umlagepflichtige. Der einzige Fabrikant, Herrmann Massenbach, erbrachte allerdings ein Steuerkapital von 63 170 Gulden bei der Gesamtsumme von 256 475 Gulden.¹¹¹ Ungefähr in der Mitte des Jahrhunderts dürfte er mit über 100 Beschäftigten der wichtigste Arbeitgeber in der Stadt gewesen sein.

Die beginnende Industrialisierung hatte also auch Bühl erfaßt. Wie sah es da mit der sozialen Integration der neuen Beschäftigten, der Arbeiter, aus, wie mit der Integration der von der Krise des Handwerks vor allem ergriffenen unselbständigen Gesellen und Angehörigen anderer Berufe, die in der bis dahin gültigen Sozialordnung fremd wirkten? Wer nicht als Bürgersohn oder Bürgertochter geboren war, hatte leicht Probleme bei der Bürgeraufnahme oder der davon abhängigen Erlaubnis, sich in Bühl zu verheiraten. Immer wieder stößt sich der Gemeinderat, manchmal auch die übergeordneten Stellen an einem der zahlreichen Kriterien für die Aufnahme.

Tüncher¹¹², Maurer¹¹³ oder Sattler¹¹⁴ z. B. galten als Berufe ohne Auskommen in Bühl, teils wegen fehlender Nachfrage nach ihren Leistungen oder wegen der immer wieder vorgebrachten *Übersetzung*, der zu zahlreichen Präsens eines Berufes.

Tagelöhner kämpften um den Nachweis, sich und eine Familie ernähren zu können.¹¹⁵ Arbeiter beharrten darauf, einen ausreichenden Verdienst zu haben – gerade unter Hinweis auf die Chancen in der Fabrik von Herrmann Massenbach.¹¹⁶ Auch der Arbeiter Alois König wurde durch den Gemeinderat als *Lump*, der in den Wirtshäusern herumzeche, als *schlechter Haushalter* mit schlechtem Leumund bezeichnet, um ihn als Bürger ablehnen zu können und seine Verehelichung zu verhindern. Daß ihm der Fabrikant Massenbach ein Zeugnis über seinen Verdienst ausstellte – König war bereits 10 Jahre in der Fabrik – änderte nichts an der Ablehnung: Er sei ein abhängiger Arbeiter und könne jeden Tag seine Stelle verlieren.¹¹⁷ Selbst ein *Aufseher* in der Fabrik wurde – vergeblich – wegen fehlender Selbständigkeit als Bürger abgelehnt.¹¹⁸ Dabei ging es auf der anderen Seite auch um das Gefühl oder Bewußtsein, daß die Rechtsgleichheit den Tagelöhner, Schuster und Bankier durchaus auf die gleiche Stufe stellte.¹¹⁹ Auch in diesen Fällen stand das Bezirksamt oft gegen den Gemeinderat.¹²⁰

So wird deutlich, wie in Bühl Geborene, mehrere Jahre Ansässige oder gerade in die Stadt Kommende den Anspruch auf Gleichheit mit den *Bürgern*, den Einwohnern mit Bürgerrecht, erheben. Die soziale Ruhe ist gestört: Nicht unverständlich, daß in den Berichten amtlicher Stellen aus den Jahren 1848 und 1849 gerade *die unterste Klasse*, der *Pöbel* und Handwerker als diejenigen genannt werden, welche für Unruhe sorgen.

VI. Überblick über den Verlauf der Revolution nach dem März 1848

1848: Proklamation der Republik und Feier zur Ehre Robert Blums

Der Monat April 1848 schien in Bühl ruhiger zu werden. Die Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt am 14. und 15. April¹²¹ waren kaum vorbei, als jedoch erneut Unruhe entstand. Offensichtlich geriet auch Bühl in den Bann des „Heckerzuges“, und zwar als am 24. April 1848 die letzten Freischärler sich vor Freiburg geschlagen gaben. Am Abend, so berichtete Reichlin-Meldegg aus Bühl, strömte *gegen neun Uhr . . . eine große Menschenmenge auf dem Kirchplatze*, man wollte *die Republik proclamieren und die Eisenbahn zerstören*. Ungefähr 50 *Tumultanten*, nach dem Bezirksamtsvorsteher überwiegend Betrunkene, *aus hiesigen Bürgern, Handwerksgelesen und jungen Leuten* ließen immer wieder *die Republik hoch-*

leben. Er habe darauf den Bürgermeister herbeigerufen, der mit Hilfe von *Bürgerpatrouillen* die Eisenbahn schützen sollte. Er fürchte, so Reichlin-Meldegg, die Ausweitung der Unruhen.¹²² Er hatte recht: Bürgermeister Berger sprach noch am 27. April von *in vergangener Nacht stattgehabten Straßen-Exzessen*,¹²³ – am vorhergehenden Tage hatten sich die letzten Freischärler über die Schweizer Grenze retten müssen.

Im November des Jahres zeigte sich die Sympathie eines großen Teils der Bevölkerung mit der Revolution bei einer Feier zur Ehre des in Wien hingerichteten Robert Blum. Wie an anderen Orten kam es in Bühl zu einer Trauerfeier. *Nachts 6 Uhr*, am Abend des 28. Novembers, zogen – nach dem Bericht des „Brigadiers“ am Ort – Einwohner vom Rathaus zum Friedhof, *mit Musik und brennenden Fackeln*, angeführt durch Bürgermeister Berger und dem Landtagsabgeordneten Franz Richter aus Achern. Trauerfahnen und das Bild Blums wurden mitgetragen. Die Vereine der Sänger und Turner, alle Zünfte mit ihren Fahnen, auch Einwohner aus den umliegenden Orten zählte der Brigadier Braun als Teilnehmer in seiner *Extra Meldung* auf. Nach einer Rede Richters auf dem Friedhof kehrte der Zug zum Rathaus zurück, wo im Ratssaal ein deutsch-katholischer Prediger sprach. Danach, so schloß der Bericht, hätten sich die Teilnehmer auf die Wirtshäuser in der Stadt verteilt und die ganze Nacht *gezecht*.¹²⁴

1849: Die radikale Revolution im Jahre 1849: verweigerte Wahlen, Begeisterung für einen „Freischarenzug“ und Distanzierung von der Revolution

Wie wurde dann Bühl in die revolutionären Vorgänge des Jahres 1849 verwickelt? Die von den Volksvereinen organisierte Bewegung zur Umgestaltung der badischen Verfassung und vor allem der Volksvertretung ergriff auch Bühl. Am 1. März 1849 richteten 303 Einwohner eine Petition an die Volksvertretung und erklärten, sie würden die künftigen parlamentarischen Beschlüsse nicht mehr anerkennen, sie seien *nicht für sondern gegen das Volk gerichtet*. An die Spitze der Petenten stellten sich nicht nur Bürgermeister Berger, sondern auch sieben der acht Gemeinderäte. Unter den sieben jüdischen Einwohnern, die unterschrieben, befand sich auch Elias Weil.¹²⁵

Bürgermeister Berger selbst, seit 1848 Abgeordneter, ging den nächsten Schritt konsequent weiter. Am 6. März verkündete das Regierungsblatt seinen Austritt aus der Volksvertretung.¹²⁶ Sein Vorgehen fand in Bühl weitere Unterstützung. Als die Regierung eine Ersatzwahl anordnete, scheiterte diese an der Haltung eines Teils der Wahlmänner. Der Bürgermeister selbst, der Müllermeister Josef Berger und der Storchenwirt Anton Vogt

weigerten sich wiederholt, als Wahlmänner tätig zu werden, und wurden deshalb später durch die Regierung von dieser Aufgabe entbunden.¹²⁷ Die von der Regierung angestrebte Wahl eines neuen Abgeordneten war so gescheitert. Der amtliche Bericht über diesen Vorgang hebt hervor, daß einige Wahlmänner ausdrücklich erklärten, sie würden nicht wählen¹²⁸ – den demonstrativen Charakter ihres Verhaltens also betonten. Wiederholt wurde aus Bühl der Standpunkt der Mehrheit unter den Wahlmännern vertreten: Aus Bühl würde *kein ehrenwerther Mann* in die *Karlsruher Rumpf- und Sumpfkammer* kommen.¹²⁹ Die Ersatzwahlen zur *jetzigen Kammergesellschaft* seien ein *frevelhaftes Spiel* der Regierung.¹³⁰

Im Mai 1849 wurde sichtbar, wie die Bewegung der Volksvereine und gerade die Offenburger Volksversammlung in Bühl ihre Auswirkung zeigten. Am 10. Mai – wieder berichtete Reichlin-Meldegg nach Karlsruhe – wurden zunächst an vielen Häusern in Bühl Anschläge entdeckt. Auf ihnen wurde zur Hilfe für die Aufstände in Sachsen und der Pfalz aufgefordert. Viele erklärten sich darauf in Versammlungen bereit, an einem *Freischaarenzug* teilzunehmen. Aus den Ämtern Achern und Bühl sollten 200 Bewaffnete in die Pfalz ziehen und zuvor noch an der Versammlung in Offenburg teilnehmen. Und Reichlin-Meldegg mußte an das Innenministerium melden: *eine Menge rothe Mützen, nach der Form, wie solche die Jakobiner trugen, und mehrere rothe Fahnen wurden angeschafft, um wahrscheinlich nach Offenburg mitgenommen zu werden.*¹³¹

Am folgenden Tage, am 11. Mai, wählten die Angehörigen der Bürgerwehr eine neue Führung, nämlich zum Hauptmann des *1. Fähnleins* den Kaufmann August Berger, zu dem des *2. Fähnleins* den Lindewirt Joseph Konrad.¹³² Am 14. Mai bestätigten zahlreiche Mitglieder der Bürgerwehr in Bühl, daß sie Gewehre erhalten hatten.¹³³ Die Bürgerwehr selbst war seit dem 22. März durch die 16 Mitglieder des vor allem von Handwerksgehilfen gebildeten *Arbeitervereins*, sämtliche bewaffnet, verstärkt.¹³⁴

Wie Reichlin-Meldegg angenommen hatte, zogen auch viele Bühler nach Offenburg. *Hier*, so schrieb der Schriftsteller Viktor von Scheffel, *kamen mit Musik und Sang Turner von Bühl und Achern.*¹³⁵ Für den Bühler Volksverein war in Offenburg der Vorstand des Volksvereins anwesend, der Rechtsanwalt Max Stößer, der allerdings nach der Revolution zu seiner Verteidigung erklärte, dort gegen die Einführung der Republik gestimmt zu haben.¹³⁶

Möglicherweise erschien in dieser Zeit der sich verschärfenden Situation im Mai und Juni 1849 auch der „Bühler Nachtwächter“, ein täglich oder wöchentlich vorbereitetes Blatt, über das allerdings keine weiteren Infor-

mationen vorliegen.¹³⁷ Die erste lokale Zeitung verdankt somit ihre Entstehung der Revolution und könnte auf den Versuch hinweisen, die Bevölkerung verstärkt zu politisieren.

Noch im Mai kündigte sich jedoch auch eine Distanzierung von der sich radikalisierenden Bewegung an. Der Gemeinderat versuchte den Rückzug: Bürgermeister Berger beschwerte sich in seinem Auftrag beim Kriegsministerium gegen die wiederholte Einberufung der Bürgerwehrsoldaten, die als Handwerkersöhne zu Hause gebraucht würden.¹³⁸

Als die revolutionär gebildete Provisorische Regierung Badens zu einer Verfassungsgebenden Versammlung wählen ließ, bestimmten am 3. Juni 1849 die Bühler erneut ihren Bürgermeister Karl Berger zum Volksvertreter.¹³⁹ Alle ihre Mitglieder, so die sich rasch radikalisierende Versammlung in Karlsruhe mit Blick auf die nahenden preußischen Interventionsstruppen, wurden am 10. Juni 1849 dringlich ersucht, *in kürzester Frist dahier sich einzufinden, da die Lage des Vaterlandes eine solche ist, daß sich jeder Bürger auf seinem Posten finden muß.*¹⁴⁰ Berger aber nahm an den Sitzungen nicht teil.¹⁴¹ Noch genauer: Wie aus einem Schreiben aus der Zeit nach der Revolution hervorgeht, war er zwar am zweiten Sitzungstag im Versammlungssaal erschienen, soll sich aber *alsbald wieder entfernt haben.*¹⁴²

Was war also in Bühl herausgekommen aus der Radikalisierung der Revolution? Zunächst existierte sicher die Bereitschaft, die Revolution zu verteidigen. Aber die Zeichen für eine Distanzierung von der sich andeutenden sozialen Umwälzung, vielleicht auch von der geforderten gewaltsamen Verteidigung der Revolution sind unverkennbar, zumindest bei Bürgermeister Berger als dem Vertreter der Gemeinde.

Ein Anhänger der Revolution: Fabrikant und Kaufmann Adolph Martin

Daß die Junitage 1849 auch in Bühl entschlossenen Einsatz für die Revolution brachten, zeigte sich bei Adolph Martin. Der 38jährige Kaufmann versuchte als Anführer des 2. *Fähnleins* der Bürgerwehr und später als ihr Bezirkskommandeur bis zuletzt, die Ordnung bei den sich nach Süden zurückziehenden Revolutionstruppen zu erhalten. So ließ er am 14., 20. und 21. Juni Volkswehrmänner beim Versuch zu desertieren verhaften, in das Bühler Gefängnis bringen bzw. nach Karlsruhe abliefern, drängte darauf, daß in der Umgebung Bühls, in Balzhofen, Ottersweier und Kappelwindeck, Wehrmänner gestellt würden, veranlaßte die Bürgermeister im Amtsbezirk zur strengen Kontrolle von durchziehenden Soldaten und hin-

derte in eigener Person Soldaten an der weiteren Flucht. Am 24. Juni entwaffnete auf seinen Befehl die Bürgerwehr eine Abteilung Soldaten, welche sich offenbar absetzte; als Martin vermittelte und sie vorläufig in Bühl einquartieren lassen wollte, kam ihm der bekannte und populäre radikale Revolutionär Germain Metternich dazwischen, der die Soldaten zu ihren Verbänden zurückschickte. Noch am 29. Juni ließ Martin den pensionierten Polizisten Restel verhaften, der seine Freude über die Flucht der revolutionären Truppen und die bevorstehende Ankunft der Preußen zu deutlich kundtat. Jetzt war es Bürgermeister Berger, der Martin überspielte und für die Freilassung Restels sorgt. Am selben Tag noch legte Martin sein Amt als Bezirkskommandeur der Bürgerwehr nieder – er könne nicht, so schrieb er an die revolutionäre Regierung, zwischen den einander entgegengesetzten Richtungen des Bürgermeisters in Bühl und des von der Regierung eingesetzten Zivilkommissars amtieren.¹⁴³

Adolph Martin kann zu den überzeugten Anhängern der Revolution gezählt werden: Schon im April 1848 hatte er sich für Hecker eingesetzt und war wegen seiner Verwicklung in dessen Aufstand verhaftet, aber bald amnestiert worden.¹⁴⁴ Nach dem Ende der Revolution, bereits im Bruchsaler Gefängnis, sah er sich – in einem Brief an seine Frau – als Opfer seiner politischen Überzeugung, auch wenn er diese nicht näher äußerte.¹⁴⁵

Gerade an Adolph Martin, der bis zum Tag vor dem Eintreffen der preußischen Truppen in Bühl zur Revolution gestanden hatte, wird eine Eigenart der Revolutionsteilnehmer in der Landstadt Bühl sichtbar. Wie kam es, daß er sich tatkräftig dem Aufstand anschloß? Er war in den Jahren vor der Revolution in Staufen mit seiner Papierfabrik in Konkurs geraten und hatte dabei ein Vermögen von über 24 000 Gulden verloren.¹⁴⁶ 1848 kam er mit seiner Frau nach Bühl, um hier den bereits in Staufen begonnenen Ladenhandel¹⁴⁷ weiterzuführen, wohl auch in der Hoffnung auf einen Neuanfang in der Nähe seines einflußreichen Schwiegervaters, des Kaufmanns und langjährigen Gemeinderats Jakob Wenk. Der zu diesem Zeitpunkt Sechsenddreißigjährige war wirtschaftlich völlig von seiner Frau abhängig bzw. von deren Vater.¹⁴⁸ 1846 hatte er seinem Schwiegervater zur Bezahlung von Schulden einen Teil seines Hausrates verkauft.¹⁴⁹ Im folgenden Jahr vollzogen er und seine Frau Albertine die Vermögenstrennung.¹⁵⁰ Auf den Namen seiner Frau allein lief das Geschäft in Bühl, das sich im Hause ihrer Großeltern in der Hauptstraße befand, in dem das Ehepaar auch wohnte. Sind es die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den Hintergrund bildeten für die Revolutionsteilnahme des ehemaligen Papierfabrikanten? Jedenfalls ist es für viele der Revolutionsteilnehmer in Bühl kennzeichnend, daß sie vor dem Hintergrund einer beruflich unsicheren Situation gesehen werden können. Max Stößer, Vorsitzender des Volksvereins, hatte sich 1848 gerade

als junger Rechtsanwalt in Bühl niedergelassen.¹⁵¹ Christian Engelmaier¹⁵², der kurzzeitige Zivilkommissar, war eigentlich ein Bäckermeister, hatte aber 1840 sein Haus mitsamt der Bäckerei verkauft.¹⁵³ Nach der Revolution wurde er als vermögenslos angesehen, als *Mäkler*, von dem der Untersuchungsbeamte vermutete, daß er dem Achener Rechtsanwalt und Revolutionär Richter Klienten zugeführt habe.¹⁵⁴ Der als Zivilkommissär für Bühl zuständige Steinbacher Apotheker Schlosser, der wie Martin in eine renommierte Kaufmannsfamilie einheiratete, war hoch verschuldet.¹⁵⁵

Das Ende der Revolution

Als der geflohene Großherzog Leopold die preußische Regierung zu Hilfe gerufen hatte, gelang es deren Truppen im Juni 1849 bald, nach Baden vorzustoßen. Die Bühler Bürgerwehr wurde nach Mannheim befohlen, um dort an der Verteidigung der Revolution teilzunehmen. Ohne in Kämpfe verwickelt zu werden, geriet ein Teil des Aufgebots bei Wiesloch in Gefangenschaft, konnte aber schon am 30. Juni nach Bühl zurückkehren.¹⁵⁶ Zu dieser Zeit standen die preußischen Truppen bereits in der Nähe der Stadt. Sie hatten am 29. und 30. Juni 1849 entlang der Murg die letzte Verteidigungslinie der badischen Truppen durchbrochen. Im Auftrag des Landesausschusses der Volksvereine, jetzt der revolutionären Gegenregierung, setzte Oberkommissar Richter, Abgeordneter in Frankfurt und wie Bürgermeister Berger in die badische Verfassungsgebende Versammlung gewählt, im Amtsbezirk als Vertreter des eigentlichen Zivilkommissars Schlosser gerade den Bühler Bürger Christian Engelmaier ein. Dieser war am 25. oder 26. Juni damit beschäftigt, in der Umgebung Fuhrwerke aufzutreiben, um den Weitertransport der nach ihrem Anführer benannten Willich'schen Freischaren zu organisieren, die zum badischen Revolutionsheer gehörten – wohl mehr Hilfe zur Flucht als Organisation von letztem Widerstand. Damit habe Engelmaier, so vermutete später der Untersuchungsrichter, Bühl vielleicht davor bewahrt, Ort eines Zusammenstoßes zwischen den Revolutionstruppen und den preußischen Soldaten oder gar zur Zielscheibe für deren Kanonen zu werden.¹⁵⁷ Am 30. Juni 1849 verließen dann die letzten badischen Truppen Bühl, nachdem sie 40 Essensrationen gefaßt hatten.¹⁵⁸

Am 1. Juli besorgte Gemeinderat Elendhuber beim Kaufmann Straßer gleich neben dem Rathaus fünf Meter Tuch. Zwei Wochen vorher war er noch in Lüttich gewesen, um 100 Gewehre für die Bürgerwehr zu beschaffen. Jetzt eilte er zum Schneidermeister Kern, der aus dem Tuch eine weiße Fahne nähte.¹⁵⁹ Am gleichen Tag stand die Stadt unter preußischem Kommando.¹⁶⁰ Seitdem die Sieger einmarschiert waren und in der Stadt kurz-

zeitig ihr Hauptquartier bezogen hatten, galt *die Herrschaft der Gesetze und der Ordnung, Aufreizungen* gab es nicht mehr und nicht mehr *die früheren Wähler* im Amtsbezirk. Alle *Abzeichen der rothen Republik, selbst die teutschen Fahnen* waren nicht mehr zu sehen, und es waren *die Bärte rasiert*¹⁶¹, wo sie in der Revolution nach dem Vorbild Heckers gewachsen waren – mit all diesen Ausdrücken versuchte Reichlin-Meldegg seine Gegnerschaft gegen die Revolutionsanhänger, die für ihn jetzt richtige Einstellungen, zu verdeutlichen.

Die Bühler Weinhändler, zu denen der Bürgermeister Berger ebenso gehörte wie Alexander Wertheimer,¹⁶² belieferten bald das preußische Hauptquartier in Kuppenheim; Reichlin-Meldegg mußte sie allerdings darauf hinweisen lassen, daß die dortigen Offiziere über den ungenießbaren Wein klagten und besserer Wein zu liefern sei.¹⁶³

Mit der Verfolgung und Bestrafung der Revolutionäre beruhigten sich auch die Verhältnisse in Bühl wieder, zumindest oberflächlich. 1851 stellte der Nachfolger Reichlin-Meldeggs im Bezirksamt fest, daß es in Bühl *viel Anhang der Umsturzpartei* gegeben habe. Ihre Anhänger hätten zwar nicht die Mehrheit gebildet, seien indessen *thätig* gewesen. Jetzt, 1851, gäbe es *noch eine Anzahl ehemaliger Radikaler*. Dies habe die Wahlen zum *Großen Bürgerausschuß* beeinflußt, und zwar durch die Wähler der untersten Wählerklasse. Dafür hätten aber die Wähler in den *2 oberen Klassen gut* abgestimmt, und insgesamt – so beruhigte der Beamte seine Vorgesetzten – läge *die Oberhand auf Seiten der guten Partei*.¹⁶⁴

Nochmals wird deutlich, daß in Bühl die Revolution geprägt war als eine Bewegung, welche zahlenmäßig vor allem das Kleinbürgertum – immer wieder werden Handwerker genannt – ergriffen hatte. Die städtische Führungsschicht scheint sich erst nach dem März 1848 mit der Revolution verbunden zu haben. Bei der Radikalisierung der Revolution distanzierte sie sich bald wieder.

Das mitten in Baden gelegene Bühl war, wie deutlich wurde, bei vielen Ereignissen von außen „angesteckt“ worden. Als die Unruhen auf Bühl übergriffen, fanden sie eine ländliche Kleinstadt vor, die von der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krise der Zeit vor 1848 nicht unberührt geblieben war. Andererseits hatten lokale Konflikte – die Auseinandersetzung zwischen christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit und die Spannung zwischen der Gemeinde und dem Vertreter des Staates, dem Amtsvorstand, genügend Zündstoff geschaffen. Schon längst ging es um überfällige Lösungen: Konnte es gemeindebürgerliche Gleichheit für alle geben? Wie konnte die Freiheit der Gemeinde im Verhältnis zum Staat aussehen?

In der „Antwort“ auf diese Fragen im „Bühler März“, im Vorgehen gegen die jüdische Minderheit, könnte eine Fortführung der *Exzesse* gesehen werden, wie sie bereits 1819 in Bühl – bei den sogenannten Hep-Hep-Unruhen – stattgefunden hatten. 1848 verliefen parallel mit dem teilweise gewalttätigen antijüdischen Vorgehen die Unruhen gegen den Amtsvorstand in Bühl. Dabei brach der schon lange vorhandene Gegensatz vieler zum obersten Vertreter des Staates am Ort und im Amtsbezirk bis an den Rand der Gewalt auf. All diese Unruhen waren jedoch auch Ausdruck einer sozialen Entwicklung, die sich vor allem für die Unterschichten zuspitzte. Die Amtsstadt wurde dabei Ziel von Bewegungen, die von innerhalb und außerhalb des Amtssitzes kamen. Allerdings überkreuzten sich mit den antijüdischen Vorgehen die Versuche, mit der allgemeinen Bewegung des Jahres 1848 Einklang herzustellen, vor allem bei der Frage der liberalen Ziele von Freiheit und Einheit.

Das Jahr 1849 zeigte, wie die Verhältnisse in Baden und Deutschland die Bühler Ereignisse noch deutlicher bestimmten: Radikale Einstellungen, dann aber auch Distanzierung von der Revolution zeigten die Menschen in Bühl wie überall. Wie gerade auch die Überschneidung der revolutionären Bewegung mit den traditionsbestimmten antijüdischen Handlungsweisen, beides durch die Teilnahme der Unterschichten geprägt, zu dieser Distanzierung und damit zur Annahme der wiederhergestellten *Ruhe* in der Amtsstadt beitrug – das wäre ein weiteres Kapitel der Revolutionsjahre in Bühl.

Anmerkungen

- 1 (Joseph Freiherr von *Reichlin-Meldegg*:) Aus den Erinnerungen eines badischen Beamten. Mannheim 1874, S. 228.
- 2 *StuRegbl*, 46. Jg., 1848, Nr. 22, S. 118, 10. 4. 1848.
- 3 (*Reichlin-Meldegg*:) Erinnerungen, S. 226.
- 4 Franz Hermann *Walchner*: Lebenserinnerungen und Reisebilder aus Südfrankreich und Unteritalien. Rastatt 1858, S. 196.
- 5 Ebd., S. 203.
- 6 Ebd., S. 207f.
- 7 Die Ausnahmen sind Ottomar *Gartner*: Das Schicksal des Majors Ernst von Biedendorf und die Bühler Bürgerwehr im Revolutionsjahr 1849. In: *BBH*, Nr. 19, 1968, S. 4–46 und Michael *Rumpf*: Die „Judenunruhen“ des Jahres 1848 in Bühl. In: *BHH*, Nr. 1, 1987, S. 40–44.
- 8 Karl *Reinfried*: Kurzgefaßte Geschichte der Stadtgemeinde Bühl im Herzogtum Baden. (Vermehrter Abdruck aus dem Freiburger Diöcesan-Archiv, Band XI). Freiburg 1877, S. 84.
- 9 *GLA* 76/3142, 12. 5. 1826.
- 10 (*Reichlin-Meldegg*), Erinnerungen, S. 255.

- 11 Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogtums Baden. Landtag 1833, Zweite Kammer, 14. Sitzung, 20. 6. 1833, 3. Protokollheft, S. 203f.
- 12 GLA 74/3142, 16. 11. 1848.
- 13 Verhandlungen, Landtag 1847–1849, Zweite Kammer, 108. Sitzung, 22. 11. 1848, 8. Protokollheft, Beilage Nr. 9 zum Protokoll der 108. öffentlichen Sitzung 22. 11. 1848, Nachtrag S. 41.
- 14 GLA 76/3142, 22. 11. 1849.
- 15 *Reinfried*, Kurzgefaßte Geschichte, S. 84.
- 16 GLA 76/3142, 22. 11. 1849.
- 17 GLA 236/6050, 2. 12. 1810. Vgl. Adolf *Lewin*: Geschichte der badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs 1738–1909. Karlsruhe 1909, S. 111 zu Raphael Löw (Weil).
- 18 STAF B 13/1 Bühl IV 1455, 12. 6. 1812.
- 19 GLA 390/851, Standesbuch der jüdischen Gemeinde Bühl, Sterbebuch 1812–1821, 8. 3. 1814.
- 20 GLA 236/953, Amt Bühl, Ort Bühl, Ordnungsziffer 25.
- 21 StgI Ga-Bh alt Bücher 3, Pfandbuch 1, S. 706, 3. 11. 1817, und S. 736, 18. 2. 1818.
- 22 StgI Ga-Bh alt Akten 783, 27. 7. 1829.
- 23 STAF L10, Standesbücher der Gemeinde Altdorf, Geburtenbuch, 15. 3. 1822.
- 24 GLA 233/15743, 6. 3. 1849.
- 25 StgI SKa-Bühl 76, Bl. 55v.
- 26 GLA 233/15743, 16. 3. 1849.
- 27 Verhandlungen, Landtag 1847–1849, Zweite Kammer, 108. Sitzung, 8. Protokollheft, Beilage zum Protokoll der 108. öffentlichen Sitzung 22. 11. 1848, S. 40.
- 28 GLA 233/15743, 16. 3. 1849.
- 29 StgI SKa-Bühl 77, Bl. 42v.
- 30 StgI Ga-Bh alt Bücher 41, Verkündbuch 1830–1835, 2. 10. 1830.
- 31 Ebd., 30. 3. 1834.
- 32 StgI SKa-Bühl 79, Bl. 48r.
- 33 GLA 233/15743, 16. 3. 1849.
- 34 Verhandlungen, Landtage 1847–1849, Zweite Kammer, 108. Sitzung, 22. 11. 1848, 8. Protokollheft, S. 32.
- 35 Hans Peter *Becht*: Die badische zweite Kammer und ihre Mitglieder, 1819 bis 1841/42. Untersuchungen zu Struktur und Funktionsweise eines frühen deutschen Parlamentes, Heidelberg 1985, S. 478.
- 36 Verhandlungen, Landtag 1847–1849, Zweite Kammer, 108. Sitzung, 8. Protokollheft, S. 30.
- 37 GLA 233/15743, 21. 3. 1849.
- 38 GLA 390/851, Standesbücher der israelitischen Gemeinde, Geburtenbuch, 15. 4. 1815.
- 39 Alfred Georg *Frei* und Kurt *Hochstuhl*: Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum der Freiheit, Karlsruhe 1997, S. 125.
- 40 GLA 240/2482, o.D., „Abschrift der hofgerichtlichen Entscheidungsgründe in S. gegen Raphael Weil von Gernsbach wegen Hochverrat“.
- 41 Carl *Wittke*: Refugees of Revolution. The German Forty-Eighters in America. Philadelphia 1952, S. 208.
- 42 Karlsruher Zeitung, Nr. 74, 15. 3. 1848.
- 43 StgI Bh Historische Gästebücher Burg Windeck I, S. 376.
- 44 GLA 236/8204, 22. 3. 1848. Das Bezirksamt Baden-Baden berichtete am 22. 3. 1848, Häfelin sei „seit letztem Sonntag“, damit seit dem 19. 3. 1848, in Baden-Baden.

- 45 GLA 76/3142, 22. 11. 1849.
- 46 GLA 236/8204, 22. 3. 1848.
- 47 GA Ottersweier, Grundbuch Bd. III, S. 306, Nr. 329. Vgl. GLA 346/1981/42 Nr. 496, 17. 2. 1835.
- 48 GLA 390/906 Standesbücher der katholischen Gemeinde Ottersweier, Ehebuch, 26. 2. 1829.
- 49 GA Ottersweier, IV/3, Fasz. 10, 3. 10. 1842 bis 17. 6. 1848, Zitate 19. 10. 1848 und 28. 10. 1846. Für den Hinweis auf diese Auseinandersetzung danke ich Herrn Herbert Roth, Ottersweier, der ehrenamtlich das dortige Gemeindearchiv betreut.
- 50 GLA 346/1981/42 Nr. 496, 17. 2. 1835.
- 51 Wochenblatt für die großherzoglichen Bezirke Baden und Bühl, Nr. 44, S. 176, 2. 6. 1838.
- 52 GA Ottersweier, Grundbuch IV, S. 408–411, Nr. 368.
- 53 GA Ottersweier, Pfandbuch V, S. 780f., 16. 5. 1848, Nr. 400 unter Hinweis auf den Rezeßbescheid vom 14. 2. 1848.
- 54 Wochenblatt für die großherzoglichen Bezirke Baden und Bühl, Nr. 90, 4. 9. 1848, S. 501 und GA Ottersweier, Pfandbuch VI, S. 858f, Nr. 443, 8. 2. 1849.
- 55 STAF B 13/6 Ottersweier IV 1123, 24. 10. 1853.
- 56 GLA 236/2244, 21. 3. 1848.
- 57 STAF A 27/3 Nr. 271, S. 9.
- 58 GLA 236/2244, 21. 3. 1848.
- 59 Vgl. Paul *Nolte*: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850: Tradition, Radikalismus, Republik. Göttingen 1994 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 102), S. 188–208.
- 60 Franz Xaver *Vollmer*: Offenburg 1848/49: Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution. Karlsruhe 1997, S. 92f.
- 61 GLA 76/6410, 8. 5. 1849.
- 62 StgI Ga-Bh neu, 436, 15. 7. 1847.
- 63 Ebd., 24. 3. 1848.
- 64 Karlsruher Zeitung, Nr. 83, 24. 3. 1848.
- 65 Karlsruher Zeitung, Nr. 101, 11. 4. 1848.
- 66 Helmut *Piegsa*: Jüdischer Anteil an der Bevölkerung in Bühl. In: Die Große Kreisstadt Bühl (Hg.), Juden in Bühl, Bühl 1986, S. 14f. (Beitrag zu einer Monographie XXXII/1986).
- 67 Stefan *Rohrbacher*: Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49). (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, Band 1), Frankfurt 1993, S. 199, Anm. 67.
- 68 Karlsruher Zeitung, Nr. 74, 15. 3. 1848.
- 69 StgI Ga-Bh alt Akten 743, 22. 3. 1848.
- 70 GLA 236/8204, Bl. 249 r–v, 31. 3. 1848, und Bl. 250r, 31. 3. 1848. Vgl. *Rohrbacher*, Gewalt, S. 199.
- 71 GLA 236/8204, Bl. 249r–v, 31. 3. 1848.
- 72 GLA 234/2055, S. 138f.
- 73 StgI Ga-Bh alt Bücher. Beilagen zum Grund- und Pfandbuch der Gemeinde Bühl, Bd. 1–4, 1845–1851, Nr. 30a (Urteil des Oberhofgerichts Mannheim vom 13. 4. 1850, Abschrift vom 20. 6. 1851); vgl. GLA 234/2005, S. 138f.
- 74 GLA 236/8204, Bl. 249r–v, 31. 3. 1848.
- 75 GLA 236/8204, 31. 3. 1848, Bl. 250r.

- 76 StgI Ga-Bh alt Akten 1423, o.D., „Verzeichnis der im April 1848 einquartierten Truppen“.
- 77 GLA 346/1991/49, Fasz. 340, S. 30, 11. 8. 1848.
- 78 Michael *Rumpf*: Die „Judenunruhen“ des Jahres 1848 in Bühl. In: BHH, Nr. 1, 1987, S. 40–44, hierzu v.a. S. 42.
- 79 StgI Ga-Bh alt Akten 2150, 24. 8. 1833.
- 80 STAF B 13/1 Bühl IV 1599, Bl. 6r–12r, 9. 9. 1837.
- 81 STAF B 13/1 Bühl IV 1601, 10. 7. 1838.
- 82 STAF B 13/1 Bühl IV 1599, Bl. 7r, 9. 9. 1837.
- 83 STAF B 13/1 Bühl IV 1602, Bl. 9r, 19. 11. 1840.
- 84 STAF B 13/1 Bühl IV 1603, S. 8f., 30. 7. 1851.
- 85 STAF B 13/1 Bühl IV 1599, Bl. 11r.
- 86 STAF B 13/1 Bühl IV 1601, 10. 7. 1838.
- 87 StgI Ga-Bh alt Bücher, Beilagen zum Grund und Pfandbuch der Gemeinde Bühl, Bd. 1–4, 1845–1851, Nr. 42b, 4. 9. 1850 (Urteil vom 31. 1. 1849), Nr. 131, 9. 2. 1850 (Urteil vom 21. 11. 1849).
- 88 Ebd., Nr. 16, 24. 9. 1845, Nr. 124, 9. 2. 1847 und Nr. 53, 2. 4. 1846.
- 89 Ebd., Nr. 63, 1. 4. 1846.
- 90 StgI Ga-Bh alt Bücher, Beilagen zum Grund- und Pfandbuch der Gemeinde Bühl, 6–8, 1855, Nr. 3a.
- 91 StgI Ga-Bh alt Bücher, Beilagen zum Grund und Pfandbuch der Gemeinde Bühl, Bd. 1–4, 1845–1851, Nr. 30a.
- 92 GLA 346/1991/49 Fasz. 339, 31. 3. 1848.
- 93 StgI GA-Bh alt Akten 743, 7. 1848.
- 94 Ebd. 8. 7. 1848.
- 95 GLA 346/1991/49, Fasz. 339, 31. 3. 1848 und 11. 4. 1848.
- 96 Berthold *Rosenthal*: Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart. Bühl 1927; Nachdruck Stuttgart 1981, S. 354.
- 97 StgI Ga-Bh alt Akten 718 Bürgerannahme Meier Wertheimer, 3. 4. 1848.
- 98 GLA 346/1991/49, Fasz. 340, S. 30, 11. 8. 1848.
- 99 StgI Ga-Bh alt Akten 743, 7. 8. 1848.
- 100 Karlsruher Zeitung, Nr. 67, 1. 4. 1848, S. 328, danach noch mehrmals.
- 101 StgI GA-Bh alt Akten 743, 12. 4. 1848.
- 102 StgI GA-Bh alt Akten 718, Bürgerannahme Meier Wertheimer. 1848/49, 6. 8. 1847 und 6. 7. 1849.
- 103 StgI Ga-Bh alt Akten 1667, 15. 4. 1848.
- 104 STAF B 13/1 Bühl IV 462, Anlage 24, 22. 4. 1848.
- 105 GLA 346/1991/49 Nr. 340, 31. 8. 1849.
- 106 StgI SKa-Bühl 318, S. 282.
- 107 StgI Ga-Bh alt Akten, 718 Judas Meier, v. a. 21. 1. 1840, 29. 1. 1841, 9. 3. 1841 und 14. 4. 1841.
- 108 StgI Ga-Bh alt Akten, 718 Meier Wertheimer, 3. 5. 48 und 2. 2. 1849.
- 109 GLA 239/5227, 6. 6. 1848.
- 110 Verhandlungen, Zweite Kammer, 108. öffentliche Sitzung, 22. 11. 1848, Beilage zum Protokoll der 108. öffentlichen Sitzung, 22. 11. 1848, S. 42.
- 111 StgI SKa-Bühl 285, 15. 9. 1847.
- 112 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Johann Gött, 1841, 27. 8. 1841.
- 113 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Jakob Brender, 1846, 4. 10. 1846.
- 114 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Reinhard Joseph Geisel Eheleute, 1838, 27. 12. 1838.

- 115 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Johann Graf, 1842, 19. 2. 1842.
- 116 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Ignaz Jäckel, 1839, 24. 11. 1839.
- 117 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Alois König, 1842, 23. 5., 28. 5. und 28. 6. 1842.
- 118 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Joseph Reisch, 1837, 4. 5. und 20. 7. 1837.
- 119 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Alois Graf, 1833, 17. 10. 1833.
- 120 Ebd., 22. 4. 1842.
- 121 StgI Ga-Bh alt Akten 1667, 15. 4. 1848.
- 122 GLA 236/8521, Bl. 86r–v, 25. 4. 1848.
- 123 GLA 346/1932/16, Fasz. 2, 27. 4. 1848.
- 124 GLA 236/2246, 29. 11. 1848.
- 125 GLA 231/1505, 1. 3. 1849.
- 126 StuRegbl., 47. Jg., 6. 3. 1849, S. 135f.
- 127 StgI Ga-Bh alt Akten 1673, 2. 3. 1849, 28. 4. 1849 und 23. 12. 1849.
- 128 GLA 236/2247, 7. 4. 1849.
- 129 Der Volksführer, S. 360 f., 18. 4. 1849.
- 130 Der Volksführer, 18. 4. 1849, S. 360.
- 131 GLA 236/8195, Bl. 220r–v, 11. 5. 1849.
- 132 GLA 346/1932/16 Fasz. 2, 12. 5. 1849.
- 133 StgI Ga-Bh alt Chronik, Schatulle IV, Nr. 11, 14. 5. 1849.
- 134 StgI Ga-Bh alt Akten 259a, 22. 3. 1849.
- 135 Zitat nach Franz Xaver *Vollmer*: Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden. Strukturen, Dokumente, Fragestellungen, (Modelle zur Landeskunde), Frankfurt 1979, S. 152.
- 136 STAF A 27/3 415, S. 6, 12. 8. 1849.
- 137 Hanno *Tauschwitz*: Presse und Revolution 1848/49 in Baden. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der periodischen Literatur und zu ihrem Einfluß auf die Geschichte der badischen Revolution 1848/49. Heidelberg, 1981, S. 230 Anm. 4.
- 138 StgI Ga-Bh alt Akten 259a, 9. 6. 1849.
- 139 StgI Ga-Bh alt Akten 1672, 4. 6. 1849.
- 140 GLA 231/1127, Bl. 72r, 10. 6. 1849.
- 141 Sonja-Maria *Bauer*: Die Verfassungsgebende Versammlung in der Badischen Revolution von 1849. Darstellung und Dokumentation. Düsseldorf, 1991 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 94), S. 55, Tab. 3.
- 142 GLA 231/1127, Bl. 186v, 4. 8. 1849.
- 143 GLA 237/3667, Bl. 27r–28r, 6. 2. 1850.
- 144 GLA 234/1864, 10. 8. 1848.
- 145 *Martin*: Vier Briefe (unveröffentlicht), im Besitz von Herrn Tilman Krieg, Bühl, Brief vom 9. 11. 1951. Herr Krieg ist ein weitläufiger Verwandter Martins.
- 146 GLA 237/3667, 13. 3. 1852.
- 147 StgI Ga-Bh alt Akten 718, Buchstabe M, Adolf (sic!) Martin, 4. 6. 1848.
- 148 GLA 237/3667, 14. 7. 1849 und 22. 2. 1852.
- 149 STAF B 13/6 Bühl IV 911, 18. 12. 1846.
- 150 GLA 237/3667, 14. 7. 1849 und 2. 2. 1853.
- 151 Wochenblatt für die großherzoglichen Bezirke Baden und Bühl, 1848, Nr. 117, S. 613, 6. 11. 1848.
- 152 Zu Engelmaiers Tätigkeit siehe im Text S. 267.
- 153 StgI Ga-Bh alt Bücher 41, Verkündbuch 1835–1852, S. 249.
- 154 STAF A 27/3 105, Bl. 1v, 31. 8. 1849.
- 155 GLA 237/4005, Bl. 45v, 18. 1. 1851, und Bl. 48, 12. 2. 1851.

- 156 Ottomar *Gartner*: Das Schicksal des Majors Ernst von Bielefeld und die Bürgerwehr im Revolutionsjahr 1849. In: BBH, Nr. 19, 1968, S. 4–46, hierzu S. 20.
- 157 STAF A 27/3 105, Bl. 2r, 31. 8. 1849.
- 158 StgI Ga-Bh alt Gemeindechronik, Schatulle IV, Nr. 11, 30. 6. 1849.
- 159 StgI SKa-Bühl, 290, Bd. 3, S. 297, 1. 7. 1849, S. 265, 16. 7. 1849 und S. 297, 1. 7. 1849.
- 160 StgI Ga-Bh alt Akten 1426, 1. 7. 1849.
- 161 GLA 236/8563, S. 29f., 9. 7. 1849.
- 162 StgI Ga-Bh alt Akten 1692b, 4. 5. 1847.
- 163 StgI Ga-Bh alt Akten 1426, 13. 7. 1849.
- 164 GLA 236/3109, 30. 11. 1851, Bl. 99v–Bl. 102.

Achaz und Maria Antonia Stehlin – ein republikanisches Ehepaar und die revolutionären Ereignisse im Amtsbezirk Ettenheim

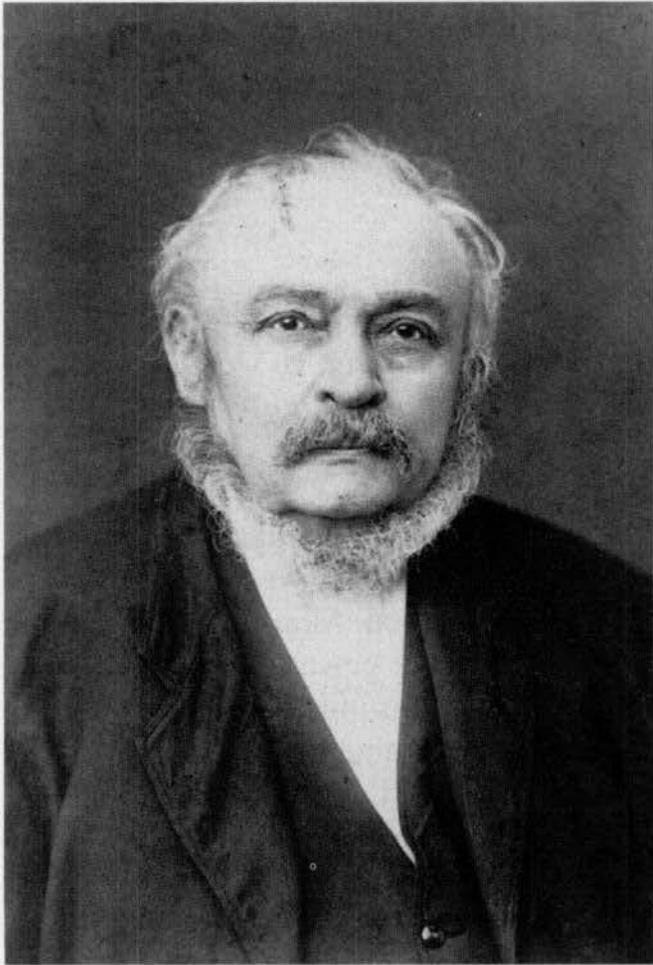
Thomas Dees

**„Ist dann Deutschland einmal frei, groß und mächtig, so wird die
Geschichte in den Reihen der Vorkämpfer . . . Badens tapfere Söhne
rühmlichst nennen.“**

Es kann nicht die Aufgabe der lokalen Geschichtsforschung sein, republikanisch gesinnte Vorfahren als Protagonisten oder Märtyrer auf den Thron der Wegbereiter der deutschen Demokratie zu heben. Man muß aber erkennen, daß die demokratische Revolution nicht hätte gewagt werden können, wenn die Ideen der fortschrittlich denkenden Führungspersonen nicht das Verständnis, die Begeisterung und die Unterstützung bei der Bevölkerung gefunden hätten. Zwischen den Zentralfiguren und dem Volk waren gebildete und überzeugte Republikaner wie Achaz und Maria Antonia Stehlin als Bindeglieder dringend notwendig, um das Gedankengut von Friedrich Hecker, Gustav Struve, Lorenz Brentano oder Amand Goegg dem Volk zu vermitteln. Solche Männer und Frauen informierten die Menschen, leiteten die Volks- und Frauenvereine, ermutigten die Bevölkerung zu Aktionen, begeisterten sie für den Besuch von Volksversammlungen in den Revolutionszentren oder zogen mit ihnen in den Revolutionskrieg. Sie mußten die aufrührerischen Bürger in ihrem revolutionären Schwung aber auch zur Zurückhaltung und Mäßigung auffordern, um die Ziele der Revolution nicht zu gefährden.

Demokraten wie das Ehepaar Stehlin machten es erst möglich, die liberalen Ideen ihrer Führer umzusetzen, bezahlten aber auch für den mißlungenen Versuch. Sie gerieten schnell ins Visier der reaktionären Denunzianten und Strafgerichte und bekamen die Rache der Sieger oft am härtesten zu spüren. Den „Traum von der Freiheit“ bezahlten nicht die politischen Köpfe der Freiheitsbewegung, sie konnten ins Ausland fliehen und oft eine neue Existenz gründen. Am härtesten wurden die lokalen Aktivisten von der Siegerjustiz bestraft: die *heckerschen Freischärler*, die *Eisenbahndemolierer*, die Teilnehmer an den „Expeditionszügen“, die Organisatoren der Aufgebote für die Revolutionsarmee.

Achaz Stehlin beeinflusste maßgeblich die revolutionären Ereignisse in der Stadt Ettenheim, im Amtsbezirk Ettenheim, in der Ortenau und in Baden.



Achaz Stehlin, Rechtsanwalt
(12. 7. 1808–24. 4. 1885)

In seinen Funktionen als Vorstand des Volksvereins, als Zivilkommissär, als Abgeordneter und zweiter Vizepräsident der Verfassungsgebenden Versammlung hatte er Einblick und Einfluß in die Abläufe der revolutionären Ereignisse. Das in ihrer Zeit ungewöhnliche Engagement von Maria Antonia Stehlin wird in vielen Veröffentlichungen erwähnt, und sie wird als ein Musterbeispiel für die politisch denkende und handelnde Frau in der Revolution gewürdigt.

Durch Achaz Stehlin und andere lokale Revolutionsführer wie z. B. Hermann Mors ergaben sich Verbindungen zu höheren und höchsten Revolutionsebenen und Leitfiguren. Lorenz Brentano und Achaz Stehlin kannten sich möglicherweise vom Studium in Freiburg, wo beide im Wintersemester 1831 für Jura immatrikuliert waren; Brentano arbeitete nach 1835 u. a. als Aktuar in Möhringen, wo sich auch Stehlin als Rechtspraktikant niedergelassen und geheiratet hatte;¹ beide waren Abgeordnete der Verfassungsgebenden Versammlung. Mit Gustav Struve und Franz Sigel kämpften die Ettenheimer im April 1848 um Freiburg. Hermann Mors, verwandt mit der Familie Rotteck aus Freiburg, war im Revolutionskrieg 1849 Adjutant bei Johann Philipp Becker, dem Oberkommandierenden der Volkswehren.



*Maria Antonia Stehlin,
geb. Sonntag, Ehefrau von Achaz
Stehlin, gründete den politischen
Frauenverein in Ettenheim.*

Eduard Rehmann, ein führender Demokrat aus Offenburg, war Kommilitone von Stehlin; beide waren Zivilkommissäre und beide Ehefrauen arbeiteten erfolgreich in Frauenvereinen.

Die sozio-ökonomischen Strukturen und die politischen Verhältnisse in Ettenheim und im Amtsbezirk, die Nähe zu den Revolutionszentren Offenburg und Freiburg, die Nähe und die historischen Verbindungen zu Frankreich, die Verkehrslage an der Eisenbahn, das Verhalten der großherzoglichen Beamten und Demokraten wie Achaz und Maria Antonia Stehlin gehörten zu den Faktoren, die dafür gesorgt haben, daß Ettenheim in der demokratischen Revolution von 1848/49 eine Rolle gespielt hat.²

Als die Revolution verloren war, blieben unseren Vorfahren nur noch Hoffnungen: auf ein besseres Leben in Amerika, auf die Gnade der Reaktion und vielleicht auf die späte Würdigung durch die Geschichtsschreibung. Diese Hoffnung brachten die Ettenheimer Demokraten im „Volksführer“ auch deutlich zum Ausdruck: *Ist dann Deutschland einmal frei, groß und mächtig, so wird die Geschichte in den Reihen der Vorkämpfer . . . Badens tapfere Söhne rühmlichst nennen.*³

„... Zuchthaus wegen Aufreizung und öffentlichen Reden“

„Geboren am 12. Juli 1808 in Niederhausen, Großherzogtum Baden, wurde Achaz Stehlin von seinem Großvater, der ein sehr frommer Bauer war, dem geistlichen Stande bestimmt, wozu er aber wenig Neigung zeigte, weshalb er auch, als er die Universität in Freiburg bezog, sich dem Studium der Rechtswissenschaft mit Eifer widmete. Er war ein flotter Student, begeisterter Burschenschaftler, Senior der Rhenania, Mitbegründer der Suevia und betrat 56 mal die Mensur.“⁴

Der Vater, Bauer Achaz Stehlin, und seine Frau Francisca, geb. Stehlin, hatten neben Achaz noch acht Kinder. Die Mutter von Achaz jun. stammte vom Puderfabrikanten Clemens Stehlin aus Niederhausen ab, sein Vater kam aus der Familie von Andreas Stehlin, einem Fischer und Gerichtsmann aus Niederhausen.⁵

(Friedrich) Josef Stehlin, der Mitte der 30er Jahre in Freiburg Medizin studiert und sich dabei den freiheitlichen Bestrebungen der Studentenschaft angeschlossen hatte, „warb einen Kreis Gleichgesinnter in seiner Heimatgemeinde [Niederhausen], wo er sich als praktischer Arzt niederließ. Er hielt zwei fortschrittliche Zeitungen, die „Republik“ und den „Volksführer“. . . . Den bedeutendsten Mitstreiter fand Josef in seinem sechs Jahre älteren Vetter Achaz Stehlin . . .“.⁶

Im Wintersemester 1825/26 schrieb sich Achaz Stehlin an der Universität Freiburg ein. Am 12. Juli 1826 wurde er in das Corps „Rhenania“ aufgenommen und galt während seiner Aktivität als der „gewandteste und beste Fechter des Seniorenkonvents“ aller Freiburger Studentencorps.⁷ Er war vom Wintersemester 1825 bis zum Sommersemester 1827 im Fachbereich Philosophie, in den Wintersemestern 1827 und 1828 als Student der Theologie eingeschrieben und studierte vom Sommersemester 1829 bis zum Wintersemester 1831 Rechtswissenschaften. 1833 ist er Rechtspraktikant, im Jahr 1840 erhält er das *Schriftenverfassungsrecht in Justiz- und Administrationsangelegenheiten*.⁸ Schriftverfasser war eine Vorstufe in der Berufslaufbahn der Advokaten, während der sie noch nicht alle Rechte der Advokaten hatten.⁹ Durch Universität, Studentenverbindung¹⁰ und Familie wurde Achaz Stehlin zu einem politischen Menschen. Sein Studienfach der Rechtswissenschaft und sein Studienort, der durch die „Professoren Karl von Rotteck und Karl Theodor Welcker zum Zentrum des südbadischen Liberalismus gemacht“¹¹ worden waren, kamen noch hinzu.

„Als im Jahr 1830 der Völkerfrühling auch Deutschlands Gaue durchwehte, wurde er wegen Aufreizung und öffentlichen Reden zu einigen Mona-

ten Zuchthaus verurteilt und in Folge dessen, auch im Staatsdienst zurückgestellt. Seine Mutter machte persönlich zu Fuß den Weg nach Karlsruhe, um beim damaligen Großherzog Leopold von Baden durch einen Kniefall Fürbitte zu tun; sie wurde auch vorgelassen, konnte jedoch nicht viel erreichen. Achaz Stehlin ließ sich daher in Möhringen an der Donau als Rechtspraktikant nieder. In Möhringen verheiratete er sich mit Antonie, geb. Sonntag, der Tochter des dortigen Lammwirts.¹²

Um 1830 sammelte der praktische Arzt Dr. Ludwig Herr in Herbolzheim eine intellektuelle Gesellschaft um sich, in der regierungskritische Schriften vorgelesen und besprochen wurden und zu der auch Achaz Stehlin gehörte.¹³

Erstmals wird Achaz Stehlin im Zusammenhang mit einem *Fest in Ettenheimmünster* und einer Versammlung in Herbolzheim aktenkundig.¹⁴ Zur *Feier des Julitages und zur Besprechung vaterländischer Angelegenheiten* wurde für den 29. Juli 1832 ins Bad Ettenheimmünster eingeladen. Um die demokratische Sympathiekundgebung zu verhindern – die Obrigkeit befürchtete eine Neuauflage des Hambacher Festes –, gab Badwirt Reinbold zusammen mit dem Bürgermeister und dem Leiter des Ettenheimer Oberamtes eine öffentliche Erklärung ab, daß er diese Versammlung in seinen Räumen nicht dulden werde. Die Bürgermeister des Amtes Ettenheim mußten auf oberamtliche Anordnung den Fremdenverkehr scharf überwachen, Elsässer durften nicht über den Rhein gelassen werden. Die Regierung schickte zwei Kompanien Militär und ein großes Aufgebot Gendarmerie nach Ettenheimmünster, um den *Congreß badischer Julitag-Schwindler* zu verhindern – sie versperrten auf dem Berg und im Tal alle Zugänge zum Versammlungsort.¹⁵

„. . . nicht zuletzt auf Betreiben seiner Frau, trat er voll und ganz für die Revolution ein.“

Die Zeit des Ehepaars Stehlin in Möhringen kann nicht unpolitisch gewesen sein. Die Eltern der politisch interessierten Frau betrieben das Gasthaus „Lamm“. Wenn man die Rolle der Wirte als Träger der Revolution und die Bedeutung der Gasthäuser als Versammlungsorte, als Nachrichtenzentralen und als Propagandaplätze betrachtet – auch in Ettenheim und Umgebung spielen die Gastwirte eine bedeutende Rolle – kann man annehmen, daß Maria Antonia mit den demokratischen Ideen vertraut war. Ihr späteres Engagement als treibende Kraft im Frauenverein, ihr öffentliches Eintreten für die Demokratie und letztlich das Urteil der Justiz beweisen die republikanische Überzeugung der jungen, im Jahr 1821 geborenen Frau.¹⁶

Bis 1845 ist von Achaz Stehlin und seiner Frau nichts Genaueres bekannt. Wahrscheinlich sind in dieser Zeit auch die Kinder Adolf, Josephine, Frieda, Emma, Hulda und Ida geboren. Adolf wurde später Zigarrenfabrikant in Brooklyn (USA) und war verheiratet mit seiner Cousine Emma Stehlin aus Niederhausen. Josephine und Frieda heirateten später deutsche Bierbrauer und lebten in New York. Hulda Stehlin starb ledig in jungen Jahren. Emma Stehlin heiratete den Architekten Vogt, Ida Stehlin war verheiratet mit dem Apotheker Helwig; beide lebten in Brooklyn.¹⁷

Wenn Achaz Stehlin im August 1843 als *geachteter und geehrter Rechtsanwalt* schon im Amtsbezirk Ettenheim gewesen sein sollte, dann war er auch bei der „Verfassungsfeier“, die in diesem Jahr dem Protest gegen die bestehenden Zustände diente. Die fortschrittliche Verfassung von 1818 genoß in der Bevölkerung ungeheure Popularität, weil sie den Bürgern in dem noch jungen Großherzogtum eine Menge neuer Rechte bot; die Liberalen wollten sie mit Leben füllen. Zu der Verfassungsfeier in Ettenheim kamen 10 000 Menschen zusammen! Die Regierung hielt zu dem Geschehen Distanz und ließ die Liberalen weitgehend unter sich.¹⁸

Im Jahr 1845 wohnte Achaz Stehlin mit seiner Familie im Obergeschoß des Palais Rohan, in dem auch die Diensträume der großherzoglich badischen Amtsverwaltung untergebracht waren.¹⁹ Mit den großherzoglichen Beamten hatte er, wie Oberamtmann Häfelin später zu Protokoll gibt, ein nachbarschaftliches Verhältnis – er hatte, was der Amtsverwaltung nicht verborgen blieb, den „Volksführer“ abonniert und immer wieder *auffrührende Reden* gehalten.

Maria Antonia gab ihrem Mann Rückhalt in dem existenzgefährdenden Kampf für die Demokratie. 1849 trat er „nicht zuletzt auf Betreiben seiner Frau voll und ganz dafür ein“.²⁰ Durch die Person von Maria Antonia Stehlin wird deutlich, daß die Revolution nicht alleine von den Männern getragen wurde. Hier wird hinter dem politischen Handeln eines Mannes seine Ehefrau erkennbar.

„In Ettenheim gehören ca. $\frac{3}{4}$ der Einwohner der republikanischen Parthei an.“

In den Offenburger Beschlüssen vom 19. März 1848 wurde dazu aufgefordert, daß sich *in jeder Gemeinde des badenschen Landes ein vaterländischer Verein bildet, dessen Aufgabe ist, für die Bewaffung, die politische und soziale Bildung des Volkes sowie die Verwirklichung aller seiner Rechte Sorge zu tragen.*²¹ Durch diese Vereine, „die mehrfach den Namen ver-

änderten“ und mit deren Hilfe die politische Macht im Land errungen werden sollte, wurde die Republik unmittelbar vorbereitet.²²

Die Ettenheimer Republikaner wollten den Zielen und den Forderungen der Bewegung in nichts nachstehen und gründeten zwischen dem 19. März und dem 21. April auch in Ettenheim einen *Vaterländischen Verein* oder *Volksverein* mit dem Ziel der Errichtung einer demokratischen Republik. Nach den späteren Abstimmungsergebnissen zu urteilen, hatte der Verein sicher neunzig sehr aktive und überzeugte, insgesamt aber weit über hundert Mitglieder.²³ Zum Vorstand wurde Achaz Stehlin gewählt. Der Versammlungsort war der damals noch außerhalb der Stadt gelegene Badische Hof. Der Badischhof-Wirt war Viktor Kollefrath, ein überzeugter und aktiver Republikaner. Als äußeres Zeichen besaß der Verein eine rote Fahne mit der aufgestickten Losung der Demokraten als Aufschrift *Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle*.²⁴

Auf mündliche Überlieferung gestützt, wird berichtet, daß es schon vor der Offenburger Versammlung einen Volksverein gegeben haben soll. Dieser Zusammenschluß „der radikalsten Mitglieder der Ettenheimer republikanischen Bewegung“ wurde *Patriotenkammer* genannt²⁵. „Die bestehenden Vereine übernahmen die neue Programmatik, gelegentlich gaben sie sich neue Namen, um ihr politisches Ziel nach außen deutlicher werden zu lassen: Die Ettenheimer *Patriotenkammer* firmierte seit dem März 1848 als *Vaterländischer Verein* und seit dem Sommer, als diese Bezeichnung immer mehr von den konstitutionell-konservativen Vereinen in Anspruch genommen wurde, als *Demokratischer Verein*.“²⁶

Der Ettenheimer *Volksverein*, wie er sich im Revolutionsjahr 1849 nannte, machte durch zahlreiche Veröffentlichungen in der radikalen Heidelberger Zeitung „Der Volksführer“ gesamtbadisch auf sich aufmerksam. Mit der Abgeordnetentätigkeit in Karlsruhe lernte Stehlin bekannte Führer der Revolution kennen, so auch den Redakteur des „Volksführers“ Philipp Stay. Es erschienen Berichte über den Frauenverein²⁷, Berichte von Vereins- und Generalversammlungen²⁸, das Gedicht einer Republikanerin an die Wehrmänner²⁹, Kommentare zur aktuellen politischen Entwicklung³⁰ revolutionäre Ereignisse um Ettenheim, wie z. B. das *Heckerfeuer* in Schmieheim³¹, Veröffentlichungen und Beschwerden des Ettenheimer Banners aus dem Revolutionskrieg³², lokale Revolutionspolitik³³ und beinhalteten Auseinandersetzungen mit Amtspersonen, wie beispielsweise einen scharfen Artikel gegen Amtsassessor Dr. Wilhelmi. Darin wird gegen den *raubauzigen Lückenbüßer Wilhelmi* Stimmung gemacht. Er hatte die Republikaner mit *Schlingeln* bezeichnet, die *man standrechtlich behandeln soll. Kaum haben Sie [Dr. Wilhelmi] ihre traurige Rolle auf der Ettenheim-Weinhei-*

*mer Untersuchungsbühne [wegen der Zerstörung der Eisenbahn] glanzvoll ausgespielt, so möchten Sie schon wieder mit den armen Freischärlern ‚Windischgrätzlis‘ spielen.*³⁴ Fürst Windischgrätz unterdrückte 1848 in Prag und Wien Aufstände und ließ harte Strafgerichte durchführen. Nach der gelungenen Revolution wurde der verhaßte Dr. Wilhelmi schwer mißhandelt und selbst ins Gefängnis abgeführt.³⁵

„. . . um morgen in aller Frühe sich dem Freischaren Zug Heckers anzuschließen.“

Nach der Niederlage von Friedrich Hecker und seinen Freischaren in Kandern am Gründonnerstag, den 20. April 1848, hielt der Ettenheimer Volksverein am Karfreitag im Badischen Hof eine Hauptversammlung ab. Die Hauptfrage war, ob man bewaffnet oder unbewaffnet an der am nächsten Tag in Freiburg stattfindenden Volksversammlung teilnehmen solle oder nicht.

*Ein Herr St. . . ., der sich um’s Volk sehr verdient gemacht hat, rieth in längerer Rede davon ab, indem er sich hauptsächlich darauf stützte, daß die Freischaren unter Hecker und Sigel bei Kandern zerschlagen und zersprengt worden, daß Hecker seine Sache aufgegeben und bereits über den Rhein gegangen sei, und daß, wenn sie sich auch wieder gesammelt und durch neuen Zuzug verstärkt hätten, ein abermaliges Unternehmen, den Reichstruppen die Spitze zu bieten verloren gehen müßte, da sie den Freischaren nicht nur an Zahl, sondern selbstverständlich auch in der Kriegskunst weit überlegen wären; überhaupt wäre, jetzt nachdem die Freischärler das erste Gefecht (bei Kandern) verloren, jede Wahrscheinlichkeit, ein späteres zu gewinnen, geschwunden; dem Volke wäre dadurch der Muth gesunken, während derselbe sich bei den Truppen in demselben Grade gehoben hätte.*³⁶

Diese ernüchternde, aber sicher realistische Einschätzung der Situation kann aufgrund des Namenskürzels und der Lageberurteilung fast nur von Vereinsvorstand Achaz Stehlin stammen. Achaz Stehlin hatte *allezeit nur das Wohl seiner Mitmenschen im Auge, und war keinen Augenblick im Zweifel, auf welche Seite er sich zu schlagen hatte, er riet aber von der Bewegung als verfrüht ab.*³⁷ Allerdings unterlag der Herr St. mit seiner Argumentation bei der Abstimmung den Argumenten des damals beim Amtsrevisorat angestellten Hermann Mors.³⁸

Mors überzeugte in einer flammenden Rede die Mitglieder, daß es noch andere Männer außer Hecker gäbe, *die nicht minder das Zutrauen des Volkes hätten und die vielleicht mehr Ausdauer und Zähigkeit in Gefahr*



Im „Badischen Hof“ traf sich der Volksverein. In der Bahnhofstraße exerzierte die Bürgerwehr.

und beim Mißlingen an den Tag legen . . . [und] daß, wenn das erste Gefecht auch verloren worden, das zweite dennoch gewonnen werden könnte. In revolutionärer Begeisterung schrieben sich sofort neunzig, meist junge Leute in eine Liste ein, um in den Kampf des Volkes für seine Rechte zu ziehen. Man traf gleich Sicherheitsvorkehrungen, indem man die Hauptwache verdoppelte, die Zugänge nach Ettenheim mit Wachen besetzte und niemand außer Ärzten oder völlig verdachtlosen Personen aus der Stadt ließ.³⁹

Als weitere Folge dieser Versammlung kam am Karfreitag gegen 19 Uhr eine Delegation im Auftrag vieler Bürger und lediger Leute zu Bürgermeister Gschrey und forderte die Übergabe der im Rathaus gelagerten Munition und Gewehre, um morgen . . . in aller Frühe der Volksversammlung in Freiburg bewaffnet anzuziehen und sich dem Freischaren Zug Heckers anzuschließen.⁴⁰

Der Herr Bürgermeister wollte anfangs unserem Ansinnen nicht entsprechen; erst als er sah, daß wir einige Zimmerleute mit Aexten bei uns hatten, und sich diese bereits anschickten, die Thore einzuhamen, wusch er seine Hände in Unschuld und übergab die Schlüssel; die gedachten Gewehre und scharfen Patronen wurden herausgenommen und verteilt.⁴¹ Am Kar-

samstag wurde gleich nach drei Uhr Generalmarsch geschlagen; daß sich eine Masse Menschen mit Gewehren bewaffnet vor dem Rathause versammelt, daß ein Wagen voll mit Ettenheimweilerten Einwohnern, ebenfalls bewaffnet, hier durchgefahren, daß sich sämtliche Bewaffnete vor dem Ringsheimer Thor auf drei Wagen gesetzt und fortgefahren sind, . . . wird vollkommen bekannt sein.⁴²

Mors berichtet dann ausführlich wie die Ettenheimer auf den *von Mädchen und Frauen mit Kränzen festlich geschmückten Wagen* nach Freiburg führen, auf dem Karlsplatz an der Volksversammlung und an den Kämpfen um Freiburg teilnahmen.

Franz Sigel, neben Louis Mieroslawski Oberbefehlshaber im Revolutionskrieg 1849 und später Idol der deutschstämmigen Soldaten in der Nordstaatenarmee, sollte Hecker Freischärler zuführen und sich mit ihm und anderen Kolonnen zusammenschließen. Nach der Niederlage Heckers entwickelte der Sigel-Zug seine eigene Dynamik. Mit immerhin 4000 Mann stand Sigel am 23. April 1848 in Horben vor den Toren Freiburgs, um sich mit den Freischärlern in der Stadt zusammenzuschließen.⁴³ Gemeinsam erhoffte man sich gegen die etwa 6000 badischen und hessischen Soldaten behaupten zu können.⁴⁴ Regierungssoldaten hatten die Stadt umstellt und bereits drei Stadttore eingenommen. Das Schwabentor befand sich noch in der Hand der Demokraten und hier versuchten Sigels Leute vergeblich einen Entlastungsangriff.

Hermann Mors, der als Kundschafter und Verbindungsmann zwischen den beiden Freischarengruppen auftrat, traf in Begleitung von etwa 50 Ettenheimern in Horben auf die Vorhut von Sigel. Die Begegnung mit dem Sigel-Zug und die blutigen Kämpfe um Freiburg am Nachmittag des Ostersonntag schildert Mors ausführlich in seinen Memoiren.⁴⁵

In Horben versammelte Sigel seine in Auflösung befindliche Streitmacht. Mit etwa 400 Freischärlern versuchte Sigel am Ostermontag in Freiburg einzudringen. Er rückte über Günterstal zum Sternwald vor. Von dort näherte er sich mit einer Vorhut von 30 Mann dem Schwabentor, das offen zu sein schien. Plötzlich geriet er zwischen Bundestruppen, die ihn aus dem Schwabentor und von hinten angriffen.⁴⁶ Sein Fahnenträger Augustin Chavoen, ein junger Schmied aus Ettenheim, wurde bei dieser Aktion bei der Dreisambrücke am Schwabentor von Scharfschützen erschossen.⁴⁷ Sigel und die Anführer flohen, zehn Ettenheimer *sollen der allgemeinen Sage nach gefangen und nach Rastatt gebracht worden sein*⁴⁸ „33 Tote verzeichneten die Kirchenbücher, ihre Zahl dürfte jedoch wesentlich höher gewesen sein.“⁴⁹



Gruss aus Ettenheim (Baden)

Gasthaus zum Kreuz

Das Gasthaus „Kreuz“ war Versammlungsort des Frauenvereins.

Nach dem Scheitern des Heckerzuges herrschte über das badische Gebiet südlich von Lahr, Haslach und Hausach der Kriegszustand.⁵⁰ Bürgermeister Franz Gschrey brachte dies der Bürgerschaft deutlich nahe und erwartete, daß *die in diesem Gesetze sehr ernsten Bestimmungen auf sie keine Anwendung finden mögen.*⁵¹ Danach wurden die Waffen aller Bürger eingesammelt. Oberamtmann Häfelin untersuchte mit zögerlicher und zurückhaltender Unterstützung des Bürgermeisters Franz Gschrey die Vorgänge. Eine Gruppe reaktionärer Bürger wollte eine *freiwillige Bürgerwehr zur Sicherheit der Personen und des Eigenthums dahier errichten* und erhielt dazu auch die Genehmigung des Bezirksamtes.⁵² In Anbetracht der zu geringen Beteiligung – nur 28 „Wehrmänner“ trugen sich ein – ließ man das Vorhaben fallen, weil *viele Bürger von den Freischärlern geneckt würden, und . . . viele zu bequem wären, auf das Rathaus zu gehen.*⁵³

„. . . eine gegen 200 Mann starke Rotte arbeitete an dem Zerstörungswerke über 3 Stunden“

Im Sommer des Revolutionsjahres 1848 sind in Ettenheim weder von den Revolutionären noch von der Obrigkeit Aktivitäten bekannt. Aktiv wurden beide wieder, als Gustav Struve am 21. März 1848 in Lörrach die Republik

ausrief und nach Staufen zog. Diese erneute „Schilderhebung“ unterstützten die Ettenheimer dadurch, daß sie deren Niederschlagung durch Regierungstruppen verhindern wollten – mit der Zerstörung der Schienen sollte die Verlegung von Soldaten nach Südbaden verzögert werden.

Nachdem man die Bahnwärter unter Gewaltandrohung zur Herausgabe von Werkzeug genötigt hatte, zerstörte man in der Nacht vom Samstag, 22. auf Sonntag 23. September *um 22 Uhr* die noch neue Eisenbahnlinie bei Orschweier, auf der Struve Regierungstruppen entgegengeschickt werden konnten. Von den insgesamt neun Sabotageakten in dieser Nacht in Baden waren in Orschweier mit *200 bis 300* Beteiligten mit Abstand am meisten Personen beteiligt.⁵⁴

Den zumindest temporären Erfolg dieses Unternehmens bestätigt ein noch vor Ort verfaßter Bericht des Ministerialkommissärs von Reitzenstein, der den Kriegsminister bei der Truppenverlegung nach Süden begleitete.

*Orschweier den 23. September 1848 Morgens 5 Uhr. Ich beeile mich, anzuzeigen, daß General Hoffmann mit den beiden Bataillons, die er in Appenweier zu erwarten für nothwendig hielt, endlich gegen 4 Uhr hier eingetroffen sind, nachdem bei Frießenheim lange gehalten werden mußte, um die herausgerissenen Schienen wieder zu befestigen. Der Angriff war von ungefähr 30 Bewaffneten geschehen, die das Bahnpersonal mit Erschießen bedrohten, so oft daßelbe sich dem Platze näherte um die Ausbesserung wieder vorzunehmen. Erst bei dem Herannahen unseres Zuges zerstreute sich die Rotte. Eine augenblickliche Verfolgung war vergeblich. Hier ist die Zerstörung so bedeutend, daß wir mehrere Stunden liegenbleiben müssen. Eine Holzbrücke oberhalb Orschweier ist beinahe gänzlich demolirt, Schienen samt der Schwellen weggeschleppt. Es soll eine gegen 200 Mann starke Rotte gewesen sein, aber nicht bewaffnet und von Führern commandirt. Diese Rotte arbeitete an dem Zerstörungswerke über 3 Stunden, und zog sich kurz vor unserem Eintreffen zurück. Die Artillerie hätte längst hier sein müssen, wenn die Bahn frei gewesen wäre; wahrscheinlich hat hinter uns die Zerstörung wieder begonnen. Ich hätte gern sogleich die nächsten Orte mit Detaschements besucht um vielleicht Arretirungen vorzunehmen, da mir von dem Bahnpersonal mehrere Personen die sehr thätigen Antheil an der Zerstörung genommen, namhaft gemacht worden sind.*⁵⁵

Nach einem Bericht des badischen Innenministeriums an das Reichsministerium des Innern in Frankfurt a. Main vom 4. Oktober 1848 *sind bereits aller Thäter . . . ermittelt, und zwanzig davon in gerichtlicher Verhaft, darunter drei Rädelsführer (Kaufmann Rauch von Grafenhausen, Kronenwirth Kuhn und Löwenwirth Binz von Mahlberg), die übrigen Theilnehmer bezie-*

hungsweise Anstifter sind entflohen. Von letzteren waren es größtentheils frühere politische Flüchtlinge, welche bei dem Aufstande im April betheilig waren und kurz vor Struve's letztem Einfall in das Land zurückgekehrt sind; es sind die bekannten öffentlich ausgeschriebenen Subjekte – Engelwirth Winkler von Grafenhausen, Lehrer Mutschler von da, Geometer Heuberger von Überlingen und ein desertierter Kanonier . . . Die übrigen flüchtigen Betheiligten sind diesseitige Amtsangehörige aus den Orten Ettenheim, Mahlberg, Grafenhausen und Kappel; ihre Zahl beläuft sich beiläufig auf 40 Personen, . . .; sie haben sich alle über den Rhein begeben, ebenso ist seit der fraglichen Eisenbahnzerstörung auch der hiesige Schriftverfasser Stehlin geflohen; wie man hört, soll er sich in Rheinau aufhalten.⁵⁶

Im Fahndungsblatt der Gendarmerie erscheinen am 14. Oktober 30 flüchtige Individuen aus dem Amtsbezirk Ettenheim – alle mit einer genauen Personenbeschreibung. An erster Stelle steht Achaz Stehlin, der *in der Regel zur Erde schaut*. Es folgen die Ettenheimer Seraphin Kirn, Glaser August Frei, Sattler Josef Janz und Michael Bertold.⁵⁷

Wie schon nach dem Heckerzug im April wurde die Bürgerschaft streng ermahnt *verbrecherischen und strafbaren Unernehmungen . . . keinen Glauben zu schenken*, den Kriegszustand zu beachten, die Waffen abzugeben und den *Aufständischen entgegenzutreten*. Gegen eine Bewachung der Eisenbahn durch die Bürgerschaft erhoben sich vergeblich mehrere Bürger, die der Meinung waren, *daß . . . diese Eisenbahn für die hiesige Gemeinde keinen Nutzen habe, sondern nur einen Gewinn für die Staatskasse gewähre, sie deren Bewachung nicht schuldig zu sein glauben*.⁵⁸

Von Achaz Stehlin wußte man, daß er sich *mit Bestimmtheit in Rheinau [Elsaß] aufhält, und von dort aus seine Reden fortsetzt; er wohnt im Gasthaus zur Sonne, wovon der Maire der Stadt Eigenthümer ist*.⁵⁹ Mehr als die elsässischen Aufenthaltsorte Rheinau und Benfeld wurden durch die Fahndung nicht bekannt.⁶⁰

„Verübeln Sie nicht, wenn eine Frau es wagt, zu sprechen.“

Aus den beiden mißlungenen Aufständen des Jahres 1848 hatten die Republikaner gelernt, und so bereiteten sie den Kampf für Freiheit und Demokratie besser vor. „Im Winter 1848/49 wurde Baden mit einem Netz von über 400 demokratischen Ortsgruppen überzogen“ und eine Parteiorganisation mit Kreis Ausschüssen und einem Landesausschuß in Mannheim aufgebaut.⁶¹

„Im badischen Ettenheim gründeten unmittelbar vor der Offenburger Versammlung am 13. Mai 1849 einige Frauen einen . . . Frauen- und Jungfrauenverein. . . . Der Ettenheimer Frauenverein war einer der ersten politischen Frauenvereine im Land. (Die meisten anderen Vereine entstanden erst nach der Mairevolution.)“⁶²

*Ettenheim, 19. Mai [1849] Gestern hat sich dahier ein Verein von Frauen und Jungfrauen gebildet, welcher sich dem Zweck vorstreckt, den hiesigen Volksverein in seinen Freiheitsbestrebungen zu unterstützen und überhaupt der Volkssache zu dienen. Besonders aber richtet dieser Verein sein Augenmerk auf Diejenigen, welche im Dienst der Freiheit verunglücken, und sein spezieller Zweck ist deshalb der, gefangene oder geflüchtete Republikaner mit Geld, Kleidungsstücken wohl zu unterstützen, sowie im Falle eines für die Freiheit entstehenden Kampfes etwaige Verwundete zu pflegen. . . . Freilich werden die Frauen und Jungfrauen, deren Zahl sich schon jetzt auf 30 beläuft, von dem sogenannten wilden Adel, von den Beamten- und Krämerseelen, voraussichtlich manche Spöttelei zu erleiden haben; alles dies wird sie nicht abhalten, ihrem edlen Zweck zu dienen, indem sich an diesen beiden Menschenklassen hier ohnehin Niemand mehr viel kehrt, und vielleicht bald wieder eine Zeit kommen wird, wo sie die Köpfe nicht mehr so hoch tragen, wie seit einiger Zeit.*⁶³

Initiatorin, Motor und Vorsitzende des Frauenvereins war Maria Antonia Stehlin. Die Sitzungen des Frauenvereins wurden im Haus des Kreuzwirts Karl Stölker abgehalten. Gegen fünf der Frauen wurde später eine Untersuchung eingeleitet, nur gegen Maria Antonia Stehlin wurde gerichtliche Klage erhoben.⁶⁴ Der Volksverein erhielt vom Frauenverein als äußeres Zeichen eine rote Fahne mit der aufgestickten Losung der Demokraten *Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle*⁶⁵. Maria Antonia Stehlin hatte die Fahne gefertigt und hielt anlässlich der Übergabe an die Männer des Volksvereins folgende Rede:

Bürger! Verübeln Sie nicht, wenn eine Frau es wagt, in einer Versammlung zu sprechen, wo man nur kräftige entschiedene Männerrede zu hören gewöhnt ist (. . .) Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, hat sich dahier vor einigen Tagen ein Frauen- und Jungfrauenverein gebildet, welcher zunächst beschlossen hat, dem wackeren, auch in unseren trüben monarchischen Zeiten dem Republikanismus stets huldigenden Volksverein eine Fahne zu weihen, (. . .), und es wird daher unser hauptsächliches Bestreben sein, solche Männer zu unterstützen, welche im Dienst der Freiheit in Unglück geraten, als Flüchtlinge ins Ausland verbannt, in Kerker geworfen oder verwundet wurden. (. . .). Wir haben zu Ihnen das Vertrauen, daß Sie dieselbe nicht bloß tragen werden, wenn der Verein Ausflüge macht oder eine Volksver-

sammlung stattfindet, sondern daß Sie solche auch mit Kraft und Mut schwingen werden, wenn es einmal gilt, für Freiheit, Recht und Vaterland zu kämpfen, zu siegen oder zu sterben! Und an Euch Bürger richten wir die Aufforderung, der Fahne stets mutig zu folgen und sie auch dann nicht zu verlassen, wenn Ihr blutiges Rot auf blutigen Schlachtfeldern flattert.⁶⁶

Im „Volksführer“ wird der Ettenheimer Frauenverein gelobt; weil er in *seiner wirklich erhebenden Begeisterung für Freiheit und Bürgerwohl . . . schon unglaubliches geleistet habe. Nicht nur Feld- und Hausgeschäfte werden von diesen patriotischen Bürgerinnen augenblicklich hintangesetzt, um dem Vaterlande schnell zu dienen, sondern sie setzen auch die Stunden ihrer Erholung, die Abend- und Nachtstunden freudig an diese ihre wohlthätige Arbeit. Ebenso hat sich der Verein auf den öffentlichen Aufruf an die Frauen schnell entschlossen, für die Festung Rastatt eine Sammlung von Verbandszeug, Charpien und dergleichen zu besorgen, und auch mit der Beisteuer von Lebensmitteln wird derselbe keineswegs zurückbleiben. So arbeitet dieser Verein rastlos und freudig an der Verwirklichung seines edlen Zweckes, und je mehr ihm niedrige Krämer- und Geldseelen, oder rohe und gefühllose weibliche Naturen durch elende Klatschereien und niederträchtige Spötteleien entgegenzutreten suchen, desto größer wird der Eifer seiner Mitglieder, welche durch das Bewußtsein eines reinen Willens und guten Zweckes gehoben, sich über die Anfeindungen kleinlicher Kreaturen leicht hinaussetzen können. Ehre darum diesen freiheitsbegeisterten Frauen und Jungfrauen, Schmach und Schande aber allen denen, welche dumm und herzlos genug sein können, sie dieser edlen Begeisterung wegen anzufeinden, oder mit Lästerei anzugreifen.⁶⁷*

„Jetzt geht's los, jetzt hämmer d'Republik“

Die turbulenten Ereignisse begannen am 29. April mit einer großen Versammlung der Volksvereine mit den Ortsvereinen Ettenheim, Ringsheim, Rust, Kappel, Grafenhausen, Mahlberg, Kippenheim und Münsterthal die sehr zahlreich vertreten waren. Es wurde die Gründung eines Bezirksvereins mit dem Sitz in Ettenheim und dessen Satzung beschlossen. Bei der am Schlusse der Berathung vorgenommenen Wahl der Vertreter zum Landeskongreß wurden die Bürger Schäfer von Kippenheim und Stehlin von Ettenheim einstimmig ernannt. Eine Stunde nach dieser Berathung wurden im Saale des Gastwirths H. Kollofrath kräftige Reden über den Zweck der Volksvereine, über die Verdächtigungen dieser Vereine durch die Vaterländischen und über die gegenwärtigen Zustände Deutschlands gehalten, wobei über 1000 Personen anwesend waren, und viele wegen Mangel an Raum keinen Einlaß finden konnten. Die Vereine des Bezirks zählen jetzt schon

653 Mitglieder, und es sind dieselben in erfreulichem Wachstum begriffen, während dagegen die Vaterländischen Vereine nirgends recht Boden finden wollen. Die ganze Sache verlief in der schönsten Ruhe und Ordnung, und die Behörden des Staates und der Gemeinde werden sich jetzt wohl überzeugt haben, daß ihre väterliche Fürsorge, auf diesen Tag Militär zu verlangen, ganz schlecht am Platze gewesen wäre.⁶⁸

Zur Offenburger Versammlung der Volksvereine am 12. und 13. Mai 1849 reisten auch viele Bürger aus Ettenheim an. Mindestens 60 von ihnen fuhrten am Nachmittag des 13. mit dem Landesausschuß in einem Sonderzug nach Rastatt und kehrten erst 10 Tage später auf Bitten des Bürgermeisters nach Hause zurück.

Als die übrigen Teilnehmer heimkamen, marschierten sie in einem feierlichen, von lebhaften Ausrufen begleiteten Zug in Ettenheim ein. Der Hutmacher-Kasper [Kaspar Sonto] trug die rote Fahne voraus. *Jetzt geht's los, jetzt hämmer d'Republik riefen die Heimkehrenden.* Gleich nach der Rückkehr aus Offenburg befreite eine große Anzahl von Personen *beiderlei Geschlechts . . . den politischen Gefangenen Michel Berthold* aus dem Amtsgefängnis, nachdem Amtsassessor Dr. Wilhelmi schwer mißhandelt und selbst ins Gefängnis abgeführt wurde.⁶⁹

Seraphin Kirn und der *berüchtigte Unteroffizier Viktor Steger* hatten dafür zu sorgen, daß das 1. Aufgebot *zu den Brüdern nach Rastatt marschieren* konnte.⁷⁰ Vor dem Aufbruch des 1. Aufgebots wurde noch ein *Expeditionszug* aus acht namentlich bekannten Revolutionären nach Ettenheimmünster geschickt, *um dort Gewehre zu erpressen und die zurückgebliebenen Wehrmänner zu holen – auf Befehl von Rechtsanwalt Stehlin oder eines anderen Leiters der Aufständischen.*

Am 14. Mai zog das erste Aufgebot los, kam bis in die Gegend von Baden und wurde wegen der schlechten Ausrüstung wieder nach Hause geschickt.⁷¹

„Als vortrefflich war die Bürgerwehr von Ettenheim zu bezeichnen.“

Seit dem 14. Mai wurde Baden von in alle Ämter entsandten *Zivilkommissären*, durchweg eindeutige Republikaner, mehr oder weniger diktatorisch regiert, was angesichts des passiven Widerstands der Bürokratie und eines zu erwartenden Angriffs der Bundestruppen verständlich sein mag. Am 18. Mai wurde durch den Landesausschuß der *Bürger Stehlin* zum *Civilkommissär* für den Amtsbezirk Ettenheim ernannt.⁷²

Ein *Wehr- und Sicherheitsausschuß* unterstützte den Zivilkommissär. Die Zivilkommissäre standen den meist im Amt verbliebenen Amtsmännern der Bezirks- oder Oberämtern vor und sollten die Verordnungen der revolutionären Regierung durchsetzen. Hauptaufgabe war die Mobilisierung der Ersten Aufgebote, also der ledigen 18- bis 30jährigen, volltauglichen Männer für den Revolutionskrieg.⁷³ Offiziell beschlossen wurde die „Volksbewaffnung“ auf der Offenburger Versammlung.⁷⁴

Achaz Stehlin und der Wehr- und Sicherheitsausschuß waren sehr engagiert und – nicht zuletzt mit Unterstützung des Frauenvereins – auch sehr erfolgreich in der Organisation, Ausbildung und Ausrüstung des ersten Aufgebotes. *Als vortrefflich war die Bürgerwehr von Rastatt, Offenburg, Kork, Kehl, Ettenheim, Renchen, Waldkirch, Villingen, Donaueschingen, Oberkirch zu bezeichnen. . . . Mit Ausnahme dieser Bürgerwehren fehlten im Durchschnitt dem Volke Waffen* – so lobte Johann Philipp Becker, der Oberbefehlshaber der Volkswehren.⁷⁵

*Die Wehrmänner des Volksheeres sollten nach dem Willen des Landesausschusses am linken Arm eine schwarz-roth-goldene Binde tragen. . . . Die Kleidung soll aus einem einfachen blauen Waffenrock von Tuch bestehen, mit kurzen Schößen, aufrecht stehendem Kragen und einer Reihe Knöpfe; ferner aus einer einfach gearbeiteten Bickelhaube. Auch soll jeder Wehrmann mit einem Tornister, einer Patronentasche . . . und einem Mantel oder Teppich versehen sein. . . . Wo Schußgewehre durchaus fehlen, sollen Sensen angeschafft werden.*⁷⁶

In Freiburg wurden bei dem aus Ettenheim stammenden Handelsmann Wilhelm Ulmer Gewehre gekauft. Bei Ettenheimer Handwerkern wurden bestellt: 100 *ordonanzmäßige* Gewehrriemen, 200 *Sicherheitsriemen*, 175 *Patronentaschen mit Koppel und Säbelscheide aus Büffelleder*, 50 *zwilichene Tornister von 15" breit und 13" hoch, Deckel mit dunkelgrüner Oelfarbe gestrichen*, 50 *Ledergarnituren mit Schnallen und Haken*, 57 *schwarze Hüte*, rote *Blusen*, *Schreibzeug*, 1000 *Zündhütchen* und 50 *Pfund Blei für Kugeln*. Eine *Trommel* wurde von Tambourbauer Anton Kunz repariert, *drei arme Wehrmänner* erhielten für je 2 fl 30 × ein Paar *Stiefel* und *Küfer Sebastian Frey* sammelte für die *Bürgerwehr* *Wein*, wofür er 1 fl 34 × erhielt.⁷⁷ Der *Frauenverein* nähte u. a. auch die *Blusen* für das 1. *Aufgebot*, weshalb die *Vorsitzende* des *Vereins* später *beschuldigt* wurde, bei der *Volksbewaffnung* *tätig mitgeholfen* zu haben.⁷⁸ Die *Ausgaben* für die *Ausrüstung* des ersten *Aufgebotes* beliefen sich auf über 1100 *Gulden*.

Dem nun bestens ausgerüsteten 1. und 2. *Aufgebot* wurden fast zwei Wochen lang von *pensionierten Soldaten* *Exerzierübungen* erteilt – vor dem

Rathaus und vor dem Badischen Hof, von Morgens früh 4 bis 6 Uhr. Nachdem die Wehrmänner 1 Hauptmann, 1 Oberleitmann, 1 Oberzugmeister, 1 Schreiber und 1 Wundarzt als ihre Führer gewählt hatten, stand der Einsatz im Revolutionskrieg bevor.⁷⁹

„. . . wir wollen muthig, kühn und entschlossen, allen Feinden der Freiheit die freie deutsche Brust entgegenstellen.“

Am 2. Juni um 12 Uhr stand das ganze Aufgebot des Amtsbezirks Ettenheim abmarschbereit vor dem Ettenheimer Rathaus. Zivilkommissär Stehlin war vom Oberkommando aufgefordert worden, seine Wehrmänner für den Nachmittag desselben Tages nach Karlsruhe zu befehlen. Das Aufgebot der Stadt Ettenheim stand unter dem Kommando von Karl Vogt, die Revolutionssoldaten des ganzen Amtsbezirks befehligte der ehemalige Soldat Jakob Bronnenkant aus Rust.

Die Mannschaft marschierte zum Bahnhof nach Orschweier,⁸⁰ wo bekannt wurde, daß *das ganze 1. Aufgebot, mit Ausnahme von Kippenheimweiler angetreten war und die Gemeinde erheblichen Widerstand bot; sie schlug einen von Rust kommenden Expeditionszug, dessen Anführer lebensgefährlich verletzt wurde.*⁸¹

Aufgrund dieser Nachricht schickte Achaz Stehlin, der ebenfalls am Bahnhof in Orschweier war, eine *Expeditionsmannschaft* unter Führung von Leutnant Jakob Härle aus Mahlberg nach Kippenheimweiler, um das dortige 1. Aufgebot *dem Rebellenheere zuzuführen.*⁸² Es wurden Verhaftungen durchgeführt und *Bernhard Störk morgens zwischen zwei und drei Uhr im Handgemenge durch einen Schuß in die Brust tödlich verletzt.*⁸³ Achaz Stehlin wird später für diese *bedauerlichen Exzesse* verantwortlich gemacht.⁸⁴ Alle Teilnehmer am Expeditionszug nach Kippenheimweiler wurden später, wegen des *Mordes an Bernhard Störk*, zu Zuchthausstrafen verurteilt. 15 Teilnehmer sind aus Ettenheim bekannt – die meisten mußten für zwei Jahre ins Zuchthaus. Sie alleine waren damit von allen Teilnehmern an den drei *auführerischen Unternehmungen* der Revolutionsjahre diejenigen, die mit Zuchthaus bestraft wurden.

Mit dem Zug in Karlsruhe angekommen mußte das *Ettenheimer Banner* exerzieren und wurde um den 6. Juni nach Mannheim verlegt worden sein, wo es Wachdienste versah.⁸⁵ Am 7. Juni soll *Geld an das bei Wieblingen zu Heidelberg stehende 1. Aufgebot* übersandt werden.⁸⁶ Im „Volksführer“ veröffentlichten die Ettenheimer am 7. Juni ein Dankschreiben an die *Brüder in Rheinpfalz*, die Darmstadt eroberten und *uns zuvorgekommen sind.*

Das Kommando des Ettenheimer Banner's an die Wehrmannschaft.

... War es uns auch nicht vergönnt, die Ersten im Feindesand ... gewesen zu sein, so wollen wir doch nicht zurückbleiben, wir wollen muthig, kühn und entschlossen, allen Feinden der Freiheit ... die freie deutsche Brust entgegenstellen. Ist dann Deutschland einmal frei, groß und mächtig, so wird die Geschichte in den Reihen der Vorkämpfer für Deutschlands Freiheit, Größe und Macht Badens tapfere Söhne rühmlichst nennen. Es lebe die Freiheit, es lebe das befreite deutsche Vaterland.

Standquartier Wieblingen, 6. Juni 1849.

*Der Bannerführer
Bronnenkant*

*Schriftführer:
C[onstantin] Blank⁸⁷*

Am 12. Juni erscheint im „Volksführer“ eine Beschwerde der Ettenheimer aus Mannheim wegen der nachlässigen Postauslieferung an die Wehrmänner! Wenige Tage später beginnt die Flucht vor den Preußen. Konstantin Blank *entfernte sich am 19. Juni vom Bataillon in Mannheim.*⁸⁸

Beim allgemeinen Rückzug aus Mannheim am 22. und 23. Juni vollbrachten die Ettenheimer noch eine „Heldentat“, die Philipp Becker und Franz Sigel, der Oberkommandierende der Revolutionstruppen in ihren Memoiren erwähnen. Sigel kannte die Ettenheimer persönlich von den Kämpfen im April 1848 um Freiburg.

Am Mannheimer Bahnhof wurde ein mit Freischaren besetzter Zug von Dragonern und Bürgerwehrmännern aufgehalten. *Schnauffer ritt schnell zurück und begegnete einigen Männern des Ettenheimer Banners, welcher noch zufällig in Mannheim war. Da diese von der Bürgerschaft nicht sehr gefürchtet und beaufsichtigt wurden, so suchte sie Schnauffer zur Befreiung des Convois zu verwenden. Die wenigen Worte, welche er zu ihnen sprach, fanden bei den braven und muthigen Leuten williges Gehör. Sie sammelten sich und marschierten, etwa 150 Mann stark, an den Bahnhof, erzwangen sich durch die Drohung, schießen zu wollen, den Durchpaß durch die vor dem Bahnhof halbkreisförmig aufgestellten Dragoner und von der Bürgerwehr die Freilassung des Convois. Mit Blitzesschnelle fuhr die Lokomotive davon.*⁸⁹ *Mit Hülfe dieser Braven wurde es auch dem Obersten Mercy und von Corvin selbst ... anderen Offizieren möglich, auf einer Lokomotive die Flucht nach Heidelberg zu bewerkstelligen.*⁹⁰

Vom Rückzug ist wenig bekannt: eine Gruppe unter dem späteren Lammwirt Wilhelm Müller soll in der Kirche von Hockenheim eingesperrt gewesen sein, andere wurden nach der Abgabe ihrer Waffen nach Hause entlas-

sen, eine Gruppe unter Vinzenz Jäger kam nach einem beschwerlichen Weg übers Gebirge *erst nach langen Irrfahrten nach Hause*.⁹¹ Ein Teil der Volkswehr von Ettenheim befand sich in der Festung Rastatt.⁹²

„. . . als Abgeordneter in die s.g. constituierende Versammlung gewählt und zum Vicepräsidenten erhoben.“

Sofort nach Gelingen der Revolution wurden für ein neues Einkammerparlament – die Verfassungsgebende Versammlung oder damals auch *constituierende Versammlung* genannt – Wahlen ausgeschrieben. „Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde nach allgemeinem, gleichem, direkten und geheimen (Männer-)Wahlrecht gewählt. Jeder, der das 21. Lebensjahr erreicht hatte, war ohne Einschränkung von Konfession, Vermögen und Einkommen wahlberechtigt. Es war das freieste und demokratischste Wahlrecht, das es bisher in einem deutschen Staat gegeben hatte und wird heute als Grundlage einer jeden Demokratie betrachtet.“⁹³ Die Auswahl der Kandidaten erfolgte in öffentlichen Wahlversammlungen. Am 3. Juni wurde in ganz Baden die Wahl der insgesamt 74 Abgeordneten abgehalten.

Achaz Stehlin wurde dann als *Abgeordneter in die s.g. constituierende Versammlung gewählt, dort zum (= zweiten) Vicepräsidenten erhoben und funktionierte in derselben bis zu ihrer Auflösung*.⁹⁴ Neben Stehlin zogen Apotheker Albert Dung aus Kippenheim, Wirt Franz Michael Grieshaber aus Haslach und Kürschner Leonhard Roos aus Lahr für den Wahlbezirk IX, der aus den Amtsbezirken Ettenheim, Lahr, Haslach und Wolfach bestand, in das neue Parlament ein.⁹⁵

Um den 10. Juni begab sich Stehlin nach Karlsruhe, um sein Mandat wahrzunehmen, am 10. Juni wurde die Versammlung im Karlsruher Ständehaus eröffnet. In der ersten öffentlichen Sitzung am 11. Juni war auch Achaz Stehlin unter den nur 46 anwesenden Deputierten. *In der zweiten, am Nachmittage des 11. Juni abgehaltenen öffentlichen Sitzung wurde das Bureau aus dem Professor Damm . . . als Präsidenten, aus Werner und Stehlin als Vicepräsidenten, aus Rotteck, Pelissier, Wolf und Mördes als Sekretäre zusammengesetzt*.⁹⁶

Stehlin will unter Bezugnahme auf seine Kurzsichtigkeit und Heiserkeit ablehnen; da aber die Versammlung diese Gründe nicht für ausreichend findet, so nimmt er schließlich die auf ihn gefallene Wahl an.⁹⁷ Stehlin leitete einige Sitzungen.

Am 13. 6. 1849 wurde Stehlin in den Verfassungsausschuß gewählt und stimmte für den Antrag, daß die provisorische Regierung mit diktatorischer

Vollmacht ausgestattet werden soll. Er war Mitglied der Kommission zur Prüfung des provisorischen Gesetzes zur Freilassung der politischen Gefangenen, arbeitete bei der Petitionskommission mit.⁹⁸ Im Verfassungsausschuß waren u. a. auch Lorenz Brentano, Amand Goegg und Friedrich Hecker, der jedoch nicht erschien.⁹⁹ „Die Verfassungsgebende Versammlung sollte die Wünsche des Volkes in eine neue zeitgemäße Verfassung aufnehmen.“¹⁰⁰ Achaz Stehlin veröffentlichte am 15. Juni das Gesetz über die *Verkündigung des Landes in den Kriegszustand* und verkündete im selben Regierungsblatt die Wahl von Lorenz Brentano, Amand Goegg und Maximilian Werner zu Mitgliedern der neuen provisorischen Regierung.¹⁰¹ Er publizierte damit die erste deutsche Regierung, die von einem Parlament gewählt worden war.¹⁰²

Während der Abwesenheit von Stehlin war Kreuzwirt Karl Stölker sein Vertreter. Um den 15. Juni wurde Stölker von dem Grafenhausener Buchbinder und Engelwirt Johann Nepomuk Winkler abgelöst.¹⁰³ Am 24. Juni war Stehlin wieder zurückgekehrt, nachdem die Verfassungsgebende Versammlung angesichts der anrückenden Preußen am 24. Juni von Karlsruhe nach Freiburg flüchtete.¹⁰⁴

**„Stehlin Achaz, 12 Jahre Zuchthaus und Schadensersatz,
Stehlin Antonia Maria, 1 Jahr Zuchthaus und Schadensersatz“**

Anfang Juli rückten die Preußen mit einer ganzen Division (gegen 11 000 Mann) in der Ortenau ein.¹⁰⁵ Aus einer Verpflegungsrechnung geht hervor, daß Ettenheim von der 2ten Schwadron des Königlich-Preußischen Ulanenregiments und anderer Kavallerie und Artillerie besetzt war.¹⁰⁶

Über einen längeren Zeitraum zog sich die *Bezahlung der Revolutionskosten-Rechnung* hin. Mit dem Verkauf von Bürgergabholz sollten die Kosten für die Ausrüstung des 1. Aufgebots in Höhe von 1277 Gulden und 18 Kreuzer gedeckt werden. Im Juni 1850 wies die Großherzoglich Badische Ausgleichs-Commission das Hauptsteueramt Lahr an, *von den der Gemeinde zur Last geschriebenen 8596 fl 4× nur die Summe von 2200 fl als Kriegskosten bar zu erheben*. Hinzu kamen noch 3701 fl 28×, die durch Heu, Stroh und Hafer für die Besatzungstruppen entstanden sind und ein zurückzuzahlender Kredit von 3400 Gulden!

Nach der Niederschlagung der Bewegung floh Achaz Stehlin mit seiner Frau . . . nachts mit einem Fischer über den Rhein. Er hielt sich zuerst in Straßburg bei seinen Freunden, den Stadträten Lebrun und Wagner, verborgen, wurde dort verraten, wandte sich dann nach Nancy, von wo er 1850 nach Amerika auswanderte,¹⁰⁷ wahrscheinlich über Paris und Le Havre.

Nach Achaz Stehlin wird schnell wegen hochverräterischem Aufruhr gefahndet. In den Fahndungsblättern des Corps-Commandos der Gendarmrie finden sich viele Revolutionäre aus dem Amt Ettenheim – an erster Stelle immer Achaz Stehlin.

Signalment

*1.) Des Anwalts Achaz Stehlin von Ettenheim: Alter 41 Jahre; Größe 5'4"; Statur, untersetzt; Haare, schwarz; Stirne, nieder; Augen, grau; Augenbrauen, braun; Nase, regelmäßig; Mund, gewöhnlich; Kinn, breit; Bart, schwarz und stark; Gesichtsfarbe, blaß; Abzeichen: leidet stark an Flechtenausschlag.*¹⁰⁸

Dem Ehepaar Stehlin gilt das volle Interesse der Strafverfolgungsbehörden. Er wird vom Dienst suspendiert. Als Aufenthaltsorte werden Rheinau, Schlettstadt, Schiltigheim, Straßburg, Nancy und Paris genannt; er soll mehrfach verhaftet, aber wieder freigelassen worden sein. Als möglicher Deckname wurde *Lesli* vermutet.¹⁰⁹ Die Urteile gegen das Ehepaar sind hart:

*Stehlin Achaz, Advocat, Hofgericht Bruchsal vom 19. Juni 1850, 12 Jahre Zuchthaus und Schadensersatz, Vermögensverhältnisse unbekannt, flüchtig.*¹¹⁰ Am 27. Juli 1850 wurde Maria Antonia Stehlin vom Hofgericht in Freiburg in Abwesenheit wegen Teilnahme an hochverräterischem Aufruhr zu einem Jahr Zuchthaus, zu Schadensersatz und zu den Untersuchungs- und Prozeßkosten verurteilt.¹¹¹

1851 kam es beim Oberhofgericht in Karlsruhe zu einer Berufungsverhandlung – das Urteil wurde bestätigt.¹¹² Auch der Entzug des Staatsbürgerrechts, Entschädigungsforderungen und die Beschlagnahme des Vermögens gehören zu den traurigen Folgen für die Verlierer. Als das Ehepaar im Sommer des Jahres 1850 verurteilt wurde, war es wahrscheinlich noch in Frankreich. Laut einem Schreiben vom 2. 11. 1850 soll sich Stehlin in Amerika befunden haben.¹¹³ In den Verzeichnissen der Hochverräter von 1856, 1857 und 1860 werden beide noch als landesflüchtig aufgeführt.

In der Familienchronik werden als Gründe für die einjährige Zuchthausstrafe für Maria Antonia die öffentlichen Reden vom Balkon ihres Hauses und Charpiezupfen genannt.¹¹⁴ Charpie sind durch Zerrupfen alter Leinwand entstandene Fäden, die früher zum Verband von Wunden benutzt und später durch die antiseptischen Verbandsstoffe verdrängt wurden.¹¹⁵ Die strafbaren Handlungen betrafen auch die Lebensmittelsammlungen, zu denen Maria Antonia Stehlin und der Frauenverein die Bevölkerung aufgerufen hatten. Solche Sammlungen – sie umfaßten auch Geldspenden, Klei-

dungsstücke und Verbandsmaterial – wurden in dieser Phase der Revolution in vielen Gemeinden Badens organisiert, und es handelte sich dabei vielleicht um „die“ typische Aktionsform von Frauen. Vorgeworfen wurde Antonia Maria auch die Herstellung der Blusen für das 1. Aufgebot und die Anfertigung der Revolutionsfahne, eine typische Arbeit auch für alle anderen Frauenvereine: Ursprünglich harmlose, hausfrauliche Tätigkeiten bekamen durch den Rahmen der revolutionären Ereignisse eine politische Bedeutung.

„Diese drei Tatbestände, die als erwiesen galten, hätten allerdings nicht ausgereicht, um Maria Antonia Stehlin wegen Hochverrat zu verurteilen. Der entscheidende vierte Anklagepunkt betraf *aufwieglerische Reden*: Am Bahnhof von Orschweier hatte sie das zweite Aufgebot aufgefordert, gegen Kippenheimweiler zu ziehen.“¹¹⁶ Die Vorgänge sind aktenkundig und beschrieben, zumal ein Todesopfer zu beklagen war – die Verantwortung wurde allerdings ihrem Mann zugeschrieben. Sicher zogen Frauen zur Verabschiedung ihrer Männer in den Krieg mit zum Bahnhof, um ihnen Mut zu machen. Sofie Gißler aus Grafenhausen verfaßte sogar ein später im „Volksführer“ veröffentlichtes Gedicht, mit dem sie die Wehrmannschaft von Grafenhausen im Bataillon Ettenheim zum Kapf für *Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe* gegen die *freche Fürstenbruth* bestärkt.¹¹⁷

Wie ist das harte Urteil gegen Frau Stehlin zu erklären? Die neueste Forschung kommt zu dem Schluß, daß die Gerichtsverfahren gegen alle aufständischen Soldaten und *Haupträdelsführer* „durchaus auf Vorverurteilung schließen (lassen), bei der nicht Personen wegen tatsächlich begangener Verfehlungen und Verbrechen, sondern Symbolfiguren der Revolution auf dem Altar der Reaktion geopfert werden sollten“.¹¹⁸ Sie soll die einzige Frau aus der Ortenau gewesen sein, die wegen ihrer Teilnahme an den revolutionären Ereignissen 1848/49 auch tatsächlich rechtskräftig verurteilt wurde.¹¹⁹ „Eine Liste der in Baden im Zusammenhang mit der Revolution straffällig gewordenen Personen, zählt . . . nur 180 Frauen auf.“¹²⁰

„So ist dann der politische Zustand in Ettenheim ein sehr schlechter, wie ihn kaum ein zweiter Ort in Baden theilen wird.“

Bemerkenswert waren die politischen Zustände und die Stimmung der Bevölkerung in Ettenheim. Die Kenntnisse über diese verblüffende Einstellung der Ettenheimer sind dem preußischen Stadtkommandanten Wittich zu verdanken. Der Hauptmann des 17. Infanterie-Regiments schrieb am 17. August 1849 einen sehr ausführlichen und hilflos anmutenden Bericht an das *Königliche Generalcommando des I^{ten} Armeekorps der Operationsarmee in Baden*.¹²¹

Hauptmann Wittich machte in seinem „Hilferuf“ ganz deutlich auf Mißstände in der Strafverfolgung aufmerksam, die er auch offen dem Oberamtmann Häfelin und seiner Behörde anlastete. Dieser Bericht löste eine Untersuchung aus, die der *Specialkommissär* Bezirksamtmann Winter für den *Großherzoglichen Landes-Kommissär für den Oberrhein-Kreis* durchzuführen hatte und in deren Folge Entlassungen und Versetzungen von Beamten, Verhaftungen und Vermögensbeschlagnahmen bei Republikanern vorgenommen wurden.¹²²

Hauptmann Wittich führte die für einen regierungstreuen Soldaten ärgerlichen und unverständlichen Punkte an. Am Anfang seines Berichtes steht die für ihn erstaunliche Tatsache, daß *in Ettenheim ca. 3/4 der Einwohner der republikanischen Parthei angehören.*

Er kritisierte, daß Amtsträger der Revolution *bei Amte und in der Gemeinde in Funktion* blieben und *einen vollen Monat . . . keinen Schritt gethan, um die Schuld der Personen näher zu ermitteln.* Häfelin wurde vorgeworfen, daß er im September 1848 von der beabsichtigten Eisenbahndemolierung benachrichtigt wurde, daraufhin aber nicht handelte, sondern *in seinem Bette liegen blieb.*

Der Stadtkommandant beschwerte sich darüber, daß Badischhofwirt Viktor Kollefrath beim Einmarsch von den Preußen verhaftet, vom Bezirksamt danach aber wieder freigelassen wurde; auf Anordnung von Bezirksamtmann Winter wurde er dann zwar wieder eingesperrt, an die Militärbehörde ausgeliefert und dann wegen der fehlenden Zuständigkeit wieder nach Ettenheim überstellt. Hier wurde er zum zweiten Mal aus dem Amtsgewängnis entlassen. Durch Intervention von Hauptmann Wittich wurde Kollefrath zum dritten Mal verhaftet! Ebenso nachgiebig war das Amt mit den fünf Hauptbeteiligten, die an der Verhaftung und Mißhandlung des Assessors Wilhelmi beteiligt waren. Sie wurden nach ihrer Vernehmung freigelassen und *triumphierten in der Hoffnung, abermals unbestraft durchkommen zu können.* Am meisten ärgerte sich der preußische Hauptmann über das Verhalten von Maria Antonia Stehlin:

Die Frau des früher hier ansäßigen Advokaten Stehlin, . . . welche, um ihren Mann würdig zu unterstützen, die bereits erwähnten Frauen respektive Kindervereine gestiftet hat und von welcher gutgesinnte Leute die Meinung sagen, daß sie noch fortwährend in Verbindung mit ihrem Manne stehe und eine thätige Agentin der republikanischen Partei sei, diese Frau geht noch auf freiem Fuße umher, und trägt das Haupt sehr hoch, da sie sich von den Civilbehörden sicher zu wissen scheint und die Militärbehörde sie im Falle der Arretierung ja nur an diese abzuliefern hätte. Sie hat

den von hier aus marschierenden Freischaren eine rothe Fahne verehrt und mit einer fanatischen Rede übergeben.

In diesem Punkt stieß der Preuße aber auf Unverständnis bei dem badischen Regierungsbeamten, der mit dieser Meinung über Frau Stehlin allerdings in krassem Gegenteil zu dem später gefällten Urteil gegen die Republikanerin steht.

Sie war auch sonst für die Förderung der Revolution durch wörtliche Aufmunterung usw. thätig. Ich selbst habe bei meiner letzten Anwesenheit bemerkt, daß ich die Untersuchung gegen diese Frau nicht weiter fortsetzen würde, zumal noch viele Männer ihrer direkten Theilnahme wegen an dem Aufruhr zur Untersuchung zu ziehen seien. Auch jetzt noch bin ich der Meinung, daß die bemerkten Thatsachen nicht von solcher Bedeutung sind, . . . gegen eine Frau und Mutter von fünf unmündigen Kindern, welche durch die Flucht ihres Mannes ohnehin schon in die größte Bedrängnis versetzt ist, eine gerichtliche Untersuchung mit Erfolg einleiten zu können, daß diese Frau jetzt noch aufrührerische Umtriebe mache ist eine Vermuthung, welche auf keinerlei thatsächliche Beweise sich gründet. Ich habe der Gendarmerie aufgetragen, hierüber sorgsam zu wachen. . . . Da noch mehrere Flüchtlinge sich im Elsaß herumtreiben sollen, wie namentlich der Advocat Stehlin, von dem man sogar erzählt, daß er vor wenigen Tagen einmal über den Rhein gekommen sei, und seiner Frau in Oberhausen ein Rendez-Vous gegeben habe.

Der Preuße meldet, daß das Vermögen von Stehlin zwar beschlagnahmt worden war, von amtlicher Seite aber der beste Freund der Familie Stehlin, der Apotheker Märklin, als Vermögensverwalter eingesetzt wurde! *Dieser rothe Republikaner und Mitglied des Vorstands des ehemaligen Volksvereins wird gewiß dafür sorgen, daß der Staat soviel als Nichts erhält. Fast seit drei Wochen soll Frau Stehlin fast ihre ganze fahrende Habe, trotzdem daß diesselbe mit Beschlag belegt worden, theils verkauft, theils entfernt haben, ohne daß man ihr ein Hinderniß in den Weg gelegt hat.* Winter bestätigte, daß Märklin ein intimer Freund und Gesinnungsgenosse von Stehlin war. Die Beschlagnahme wurde am 15. Juli ins Grundbuch eingetragen; Achaz Stehlin besaß keine Liegenschaften.

Schon seit einem Jahr sollen die Untersuchungen von dem Bezirksamte auf solche Weise behandelt worden sein, und es ist daher auch nicht zu wundern, wenn in diesem Amtsbezirk die Achtung vor dem Gesetz und vor den . . . Behörden und Personen tiefer als nirgends sonst erschüttert ist. So ist auch unter einem großen Theil der Bevölkerung des Amtsbezirks der Glaube noch vorherrschend, daß die jetzige gesetzliche Ordnung nicht lange

bestehen werde und die albernsten Gerüchte wie z. B., daß die Österreicher und die Schweizer die preußische Armee aus unserem Lande vertreiben werden, finden Glauben und werden weiter verbreitet. Auch sollen bereits wieder Flugschriften revolutionären Inhalts im Amtsbezirke verbreitet worden sein. Allein bei der genauesten Nachfrage konnte kein bestimmter Fall der Art ermittelt werden. So ist dann der politische Zustand in Ettenheim ein sehr schlechter, wie ihn kaum ein zweiter Ort in Baden theilen wird.

Die Verantwortung für alle diese Vorwürfe traf in erster Linie den Oberamtmann, und es war auch *der Wunsch der gutgesinnten Bewohner, daß Häfelin von hier entfernt werde, weil er mehr der Parthei der Aufriührer als derjenigen der gesetzlich treu Gesinnten zugetan sei.*

Am 18. Oktober 1849 erhielt der Gemeinderat den Abschiedsbrief von Leopold Häfelin. *Ich . . . wünsche, daß unter der Mitwirkung meines Nachfolgers Herrn Oberamtmann Stigler Glück und Wohlstand in der Gemeinde zunehmen und ein friedlicher Zustand unter den Bürgern sich einstellen und festigen möge.*

„Wieder einer von der alten Garde, und diesmal der besten einer.“

Wie Friedrich Hecker so hatten auch Achaz Stehlin und andere gebildete deutsche Einwanderer keine Chance zur Berufsausübung – die USA hatte ein Überangebot von Rechtsanwälten, Redakteuren, Lehrern.¹²³ Hecker betrieb einen Bauernhof, Achaz Stehlin eine „Restauration“.¹²⁴ Eine naheliegende Betätigung, zumal Maria Antonia eine Wirtstochter war und Brauereien und Biergärten unter den zahlreichen deutschen Firmengründungen eine besondere Stellung einnahmen. Zwei Schwiegersöhne von Stehlin waren Bierbrauer. In Williamsburg traf der „Wirt und Zigarrenfabrikant“ Stehlin u. a. auch wieder auf Hermann Mors.¹²⁵

„In den USA ist man sich durchaus der Tatsache bewußt, daß die deutschen Achtundvierziger [amerik. Begriff für die führenden Köpfe der politisch motivierten Auswanderer] einen bedeutenden Einfluß auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet hatten, wo viele ihrer Ideen Früchte trugen.“¹²⁶ Stehlin „betätigte sich ebenfalls viel im öffentlichen Leben. Sofort trat er in die Reihe derer, die das fluchwürdige Institut der Sklaverei verdamnten, gepflegte während des Bürgerkrieges viele Truppen in seiner Restauration und war überhaupt unermüdlich tätig für die Aufrechterhaltung der Union“.¹²⁷

„Im Jahre 1872 kam Achaz Stehlin mit seiner Frau und der jüngsten Tochter Ida zu einem Besuch in die Heimat. Die schon vorher leidende Frau starb [am 25. Mai 1872]¹²⁸ an Magenkrebs in Niederhausen und ist dort beerdigt. Vater und Tochter kehrten wieder nach Amerika zurück. Er betrieb seine Wirtschaft weiter bis zum Lebensende. Er starb am 24. April 1885 in Brooklyn im Alter von nahezu 77 Jahren.“¹²⁹

*Wieder einer von der alten Garde, und diesmal der besten einer hat der Tod ereilt. Am 24. April 1885 hauchte Achaz Stehlin im Alter von nahezu 77 Jahren nach längerer Krankheit seinen Geist aus. . . . Er war einer der Pioniere Williamsburgs (jetzt Brooklin genannt) und allgemein geachtet und geehrt. Sein Begräbnis letzten Sonntag legte beredtes Zeugnis ab dafür. Er vereinigte in sich einen klaren Geist mit tiefem Wissen und edler Gesinnung. Möge nach seinem wechsellvollen Leben ihm die Erde leicht sein.*¹³⁰

Anmerkungen

Herzlichen Dank für die Unterstützung gelten Herrn Anton Wild aus Emmendingen, Familie Karl und Anna Stehlin, Niederhausen; Herrn Bernhard Uttenweiler, Ettenheim; Herrn Bertold Obergföll, Ettenheim; Herrn Dr. Robert Furtwängler, Ettenheim; Herrn Hubert Kewitz, Ringsheim und Herrn Stefan Rieder, Niederhausen.

Quellen.

- Johann Philipp *Becker*, Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution des Jahres 1849, Genf 1849.
- Auszug aus der Familienchronik (maschinengeschriebenes Manuskript), Familie Karl *Stehlin*, Niederhausen.
- Einschlägige Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA).
- Akten des Stadtarchivs Ettenheim (GA).
- Hermann *Mors*, Erinnerungen, Buchdruckerei *Schneider*, Mannheim 1866.
- Zusammenstellung der Teilnehmer an der Revolution 1848/49 von Heinrich *Raab*, Karlsruhe.
- Franz *Sigel*, Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1848 und 1849, hrsg. von Wilhelm *Blos*, Mannheim 1902.
- „Der Volksführer“, hrsg. von Philipp *Stay*, Heidelberg 1849.
- Handschriftliche Abschrift: „Nachruf für Achaz *Stehlin*, erschienen in einer amerikanischen Zeitung“ im Besitz der Familie *Stehlin*.
- Untersuchungsakten gegen Oberamtmann Leopold *Haefelin*, Historischer Verein Ettenheim.
- Fahndungsblätter des Gr. Bad. Corps-Commando der Gendarmerie, 1848/49/50/51.

Darstellungen.

- Sonja-Maria *Bauer*, Die Verfassungsgebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849; Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, hrsg. von der *Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Band 94, Düsseldorf 1991.
- Des Volkes Freiheit – Die Revolutionäre von Offenburg 1847–49, Ausstellungskatalog, hrsg. vom *Haus der Geschichte Baden-Württemberg*, Stuttgart 1997.
- Deutschland und Europa, „... es ein freies Volk geworden“ – 1848/49 Revolution, hrsg. von der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*, Heft 35/1997.
- Offenburger Freiheitsfest, Festschrift „150 Jahre Badische Revolution“, Offenburg 1998.
- Offenburger Freiheitsblätter, Museum im Ritterhaus, Offenburg 1997.
- Michael *Friedmann*, Offenburger Freiheitsheft, Offenburg 1997.
- Alfred Georg *Frei*, Kurt *Hochstuhl*, Wegbereiter der Demokratie – Die badische Revolution 1848/49 – Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997.
- Jahrbuch des Landkreises Emmendingen für Kultur und Geschichte, 12/1998, Die Sonne der Freiheit – Die Revolution von 1848/49 im Oberamt Emmendingen und den Bezirksämtern Kenzingen, Waldkirch; hrsg. von Dr. Volker *Watzka* und Gerhard A. *Auer*.
- 1848/49 – Revolution der deutschen Demokraten in Baden; Katalog zur Landesausstellung im Karlsruher Schloß, hrsg. vom *Badischen Landesmuseum Karlsruhe* 1998.
- Ulrike *Rödling*, Heinz *Siebold*, Der Münstergeneral, Schauenburg, Lahr 1998.
- Albert *Köbele*, Margarete *Kirner*, Ortssippenbuch Rheinhausen, Grafenhausen bei Lahr, 1975 / Band 35 der Badischen Ortssippenbücher.
- Revolution im Südwesten – Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, hrsg. von der *Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg*, Info Verlag, Karlsruhe 1997.
- Vernissage, Zeitschrift zur Ausstellung, 1848/49 Revolution der deutschen Demokraten in Baden, Heft 16/1997, Heidelberg 1998.
- Franz X. *Vollmer*, Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden, Modelle zur Landesgeschichte, Diesterweg 1979.
- Weg der Revolutionäre – Wanderrouen Deutsche Revolution in Baden 1848/49, hrsg. von der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*, Stuttgart 1998.

Aufsätze.

- Sonja-Maria *Bauer*, Die Verfassungsgebende Versammlung und die provisorische Regierung vom 13. Juni, in: Katalog, S. 322–331.
- Alfred Georg *Frei* / Irmtraud Götz von *Olenhusen*, „Der Tag der Freiheit ist angebrochen“ – Strukturen und Biographien aus der badischen Revolution 1848/49, in: Katalog, S. 13–29.
- Joh. Baptist *Ferdinand*, Die revolutionären Bewegungen 1848–1849 in Ettenheim, in: Die Ortenau 30/1950, S. 46–49.
- Ute *Grau*, Frauen in der Revolution; in: Weg der Revolutionäre, S. 90–92.
- Norbert *Möller*, Die Rolle der Eisenbahn in der Badischen Revolution von 1848/49, in: Badische Heimat, Heft 3, Freiburg 1997, S. 359–364.
- Paul *Nolte*, Die partizipatorische Revolution von 1848/49 in: Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, hrsg. von Hans-Georg *Wehling*, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1998, S. 34–52.

- Roland *Peter* und Kurt *Hochstuhl*, Vereint in Volksvereinen, in: Baden-Württemberg – Für die Freiheit streiten, 44. Jahrgang, Braun Verlag Karlsruhe, S. 28–28.
- Uwe *Schellinger*, „... und besonders verdient die Frauenwelt das Lob, zum Besseren mitgewirkt zu haben“ – Die Rolle der Frauen während der Revolutionsereignisse 1848/49 am Beispiel der Aktivitäten in der Ortenau; in: Die Ortenau 76/1996; S. 321–356.
- Thomas *Dees*, Ettenheim in den Revolutionsjahren 1848/49, Zulassungsarbeit für das Lehramt an Realschulen, Freiburg 1981.
- Thomas *Dees*, Ettenheim in den Revolutionsjahren 1848/49, Die Ortenau 62/1982, S. 140–174.

Anmerkungen

- 1 Revolution im Südwesten, S. 114.
- 2 siehe auch Thomas *Dees*, Ettenheim in den Revolutionsjahren 1848/49, Zulassungsarbeit für das Lehramt an Realschulen, Freiburg 1981 und Thomas *Dees*, Ettenheim in den Revolutionsjahren 1848/49, Die Ortenau 62/1982, S. 140–174.
- 3 „Volksführer“ Nr. 132 vom 7. Juni 1849.
- 4 Zeitung und Familienchronik; Beide Studentencorps existieren noch heute. Die Rhenania, im Jahr 1812 gegründet, ist die älteste Verbindung von Freiburg und unter den ältesten von Deutschland; die Suevia ist erstmalig 1815 gegründet worden.
- 5 Ortssippenbuch, S. 576, Nr. 5175 und S. 577, Nr. 5176.
- 6 Anton *Wild*, Niederhausen in: Jahrbuch, S. 218.
- 7 Archiv der Rhenania; freundliche Mitteilung von Prof. Dr. Jobst *Gmeiner*, Darmstadt.
- 8 Die Matrikel der Universität Freiburg i. B. von 1806 bis 1870; Teil 1, S. 248; Matrikel Nr. 25W131.
- 9 *Bauer*/Kommission, S. 66, Fußnote 1.
- 10 Nach freundlicher Mitteilung von Dr. Paulgerhard *Gladen* wurde *Stehlin* am 12. Juli 1826 in das Corps Rhenania Freiburg aufgenommen. Er war einmal Senior und stand 38mal auf Mensur.
- 11 *Frei/Hochstuhl*, S. 86.
- 12 Familienchronik und Zeitung.
- 13 Hartmut *Zoche*, Herbolzheim, in: Jahrbuch, S. 162.
- 14 Heinrich *Raab*, Revolutionäre in Baden 1848/49, Stgt. 1998.
- 15 Bernhard *Uttenweiler*, Das Gast- und Badhaus des Klosters Ettenheimmünster vor und nach der Säkularisation; in: Die Ortenau 76/1996, S. 264.
- 16 Paul *Vitali*, Im Vormärz – die verhinderte Revolution in Ettenheimmünster; in: Geroldsecker Land 10/1967/68, S. 181–184.
- 16 Katalog S. 24 und Familienchronik.
- 17 Familienchronik.
- 18 Freiheitsheft, S. 20.
- 19 J. B. *Ferdinand*, Das Amtsgericht Ettenheim nebst Amtsgefängnis; Ettenheim 1927, S. 11.
- 20 Familienchronik.
- 21 Ludwig *Vögely*, Aus Offenburgs großer Zeit; in: Badische Heimat, Heft 3/1980, S. 388.
- 22 *Vollmer*, S. 132.
- 23 *Mors*, S. 90.
- 24 GLA 240/2369.
- 25 *Ferdinand*, S. 49.

- 26 GLA 236/8199, zit. nach Nolte, S. 45.
- 27 Volksführer Nr. 113 vom 15. Mai 1849, Nr. 125 vom 30. Mai 1849.
- 28 Volksführer Beilage Nr. 107 vom 2. Mai, Nr. 103 vom 3. Mai 1849.
- 29 Volksführer Nr. 142 vom 19. Juni 1849.
- 30 Volksführer Nr. 28 vom 2. Februar 1849; Beilage Nr. 107 vom 2. Mai 1849.
- 31 Volksführer Nr. 60 vom 12. März 1849.
- 32 Volksführer Nr. 132 vom 7. Juni 1849; Nr. 136 vom 12. Juni 1849, Beilage Nr. 83 vom 1. April 1849.
- 33 Volksführer Beilage Nr. 83 vom 1. April 1849.
- 34 Volksführer Nr. 60 vom 7. April 1849; Nr. 35 vom 10. Februar 1849.
- 35 GLA 240/1398.
- 36 *Mors*, S. 87 ff.
- 37 Zeitung.
- 38 Lebenslauf von Hermann *Mors*; siehe Münstergeneral, S. 174 f.
- 39 *Mors*, S. 87 ff.
- 40 GA vom 22. 4. 1848.
- 41 *Mors*, S. 87 ff.
- 42 GA vom 22. 4. 1848.
- 43 Weg der Revolutionäre, S. 33 ff.
- 44 Münstergeneral, S. 172 ff.
- 45 *Mors* und Münstergeneral; siehe auch die Lebensbeschreibung von Gustav *Struve* romanhaft dargestellt von Michael *Kunze*, Der Freiheit eine Gasse, Traum und Leben eines deutschen Revolutionärs, Kindler 1990. Die Ereignisse in Freiburg an Ostern 1848, S. 545 ff.
- 46 Weg der Revolutionäre, S. 47.
- 47 *Mors*, S. 92–119 und *Ferdinand*, S. 53.
- 48 GA vom 27. April 1848, Nr. 1610.
- 49 *Frei/Hochstuhl*, S. 87.
- 50 *Vollmer*, S. 100.
- 51 GA vom 28. April 1848, Nr. 1611.
- 52 GA vom 2. Mai 1848, Nr. 1636.
- 53 GA vom 20. Mai 1848, Nr. 1896.
- 54 GLA 236/8528, zitiert nach *Möller*, S. 362.
- 55 GLA 236/8528, zitiert nach *Möller*, S. 362.
- 56 abgedruckt in: Heinrich von *Andlaw*, Der Aufruhr und Umsturz in Baden, Freiburg 1851, Band 3, S. 110.
- 57 Fahndungsblatt Nr. 231 Gr. Bad. Corps-Commando der Gendarmerie vom 14. Oktober 1848, S. 1193 f.
- 58 GA vom 25. September 1848, Nr. 4086.
- 59 GLA 236/8500.
- 60 *Raab*.
- 61 Franz X. Vollmer, Die 48er Revolution in Baden; in: Badische Geschichte, Stuttgart 1979, S. 57.
- 62 Grau, S. 91 f.
- 63 Volksführer Nr. 113 vom 15. Mai 1849.
- 64 *Frei/Olenhusen*, S. 24 und *Schellinger*, S. 321 ff.
- 65 GLA 240/2369 und 237/4076.
- 66 *Frei/Olenhusen*, in: Katalog S. 24.
- 67 Volksführer Nr. 125 vom 30. Mai 1849.

- 68 Volksführer Nr. 103 vom 3. Mai 1849.
- 69 GLA 240/1398.
- 70 GA vom 26. Mai 1849.
- 71 GLA 241/3.
- 72 Regierungsblatt Nr. XXXII vom 19. Mai 1849, S. 301.
- 73 Revolution im Südwesten, Glossar.
- 74 *Becker*, S. 67.
- 75 *Becker*, S. 140.
- 76 Regierungsblatt Nr. XXXIX vom 28. Mai 1849, S. 333.
- 77 GA vom 31. Mai 1849 und 9. November 1850.
- 78 GLA 240/2382 und *Frei/Olenhusen*, in: Katalog S. 24.
- 79 GA vom 26. Mai 1849 und 15. Juni 1849, Nr. 3476.
- 80 GLA 240/1431.
- 81 GLA 240/1398.
- 82 GLA 236/8535.
- 83 GLA 240/1398.
- 84 GLA 237/16844.
- 85 GLA 241/3 und 240/1431.
- 86 GLA 240/2382.
- 87 Volksführer Nr. 132 vom 7. Juni 1849.
- 88 GLA 240/1431.
- 89 *Becker*, S. 331 f.
- 90 *Sigel*, S. 128.
- 91 *Ferdinand*, S. 65 f.
- 92 GLA 241/4.
- 93 *Frei/Hochstuhl*, S. 125.
- 94 GLA 236/8535.
- 95 *Bauer/Kommission*, S. 55–65.
- 96 *Becker*, S. 365 f.
- 97 Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 27 vom 13. Juni 1849, zitiert nach *Bauer/Kommission* S. 208.
- 98 *Raab*, s. Anm. 14.
- 99 *Bauer/Kommission*, S. 250.
- 100 Revolution im Südwesten, S. 744.
- 101 Regierungsblatt Nr. XLVI vom 20. Juni 1849, S. 368 ff.
- 102 Zur Bedeutung der Constituierenden Versammlung s. *Frei/Hochstuhl*, S. 127; *Bauer*, Katalog S. 322 ff.; Revolution im Südwesten S. 744.
- 103 GLA 240/2382.
- 104 GA vom 24. Juni 1849 und *Becker*, 374 S.
- 105 Freiheitsheft, S. 42.
- 106 GLA 360/1935/11/289.
- 107 Familienchronik.
- 108 Fahndungsblatt Nr. 147 Gr. Bad. Corps-Commando der Gendarmerie vom 14. Juli 1849, S. 754 f.
- 109 *Raab*, s. Anm. 14.
- 110 GLA 237/16844.
- 111 *Frei/Olenhusen*, in: Katalog S. 24.
- 112 Gerlinde *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Frauen zerreißt eure Ketten*, dtv 1982, S. 139; zitiert nach *Deutschland und Europa*, S. 33.

- 113 *Raab*, s. Anm. 14.
- 114 Familienchronik.
- 115 Brockhaus 1922.
- 116 *Frei/Olenhusen*, in: Katalog S. 24.
- 117 *Schellinger*, S. 344 f.
- 118 *Frei/Hochstuhl*, zitiert nach: „Des Volkes Freiheit“, S. 86.
- 119 *Schellinger*, S. 341.
- 120 *Grau*, S. 91.
- 121 Untersuchungsakten.
- 122 Untersuchungsakten.
- 123 Vernissage, S. 31.
- 124 Zeitung.
- 125 unveröffentlichtes Manuskript von Dr. *Ferdinand*, Ettenheim.
- 126 Deutschland und Europa, S. 37.
- 127 Familienchronik.
- 128 Ortssippenbuch, S. 587, Nr. 5273.
- 129 Familienchronik.
- 130 Zeitung.

Stadt und Amtsbezirk Gengenbach in der Revolution 1848/49

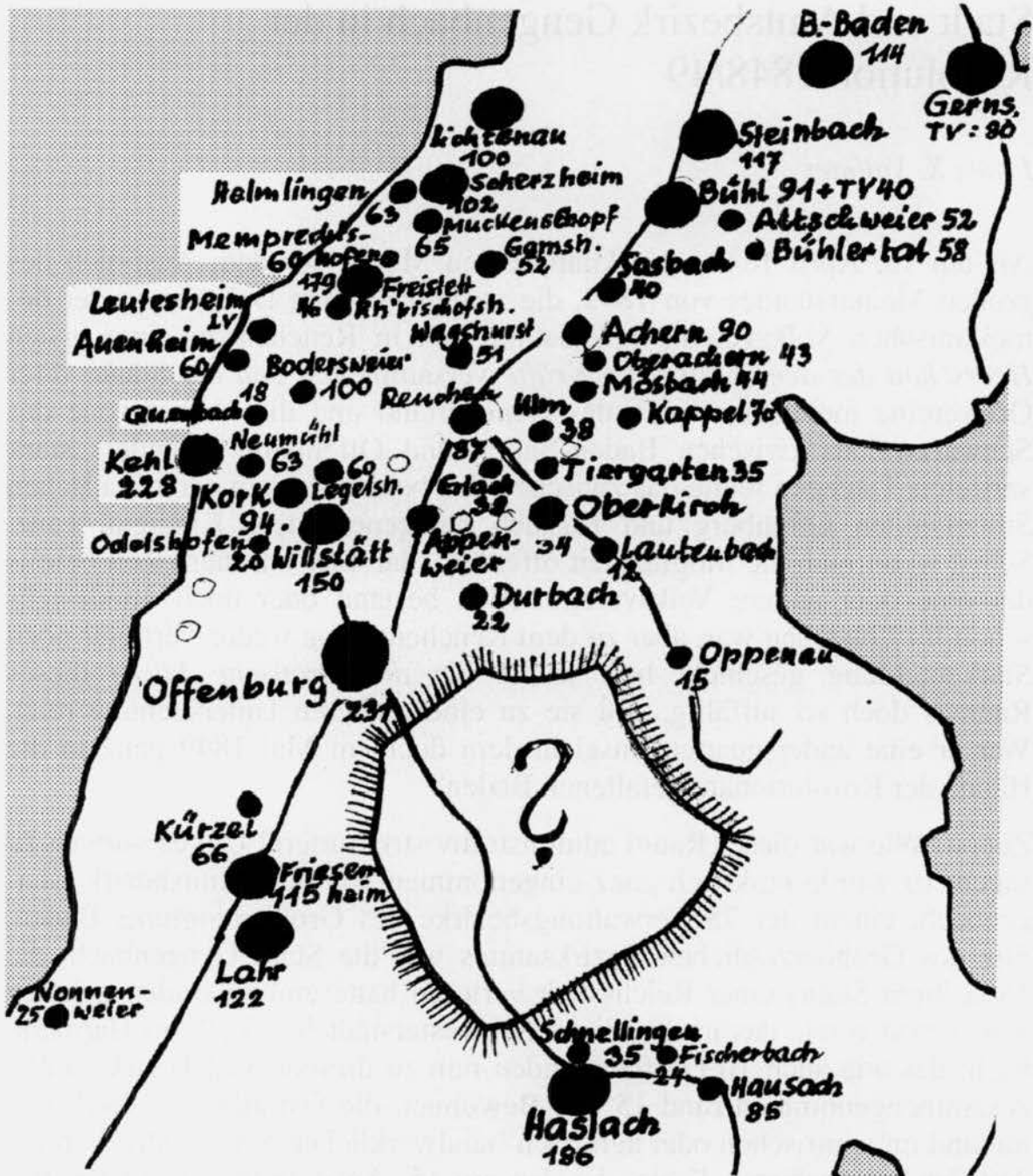
Franz X. Vollmer

Als am 15. April 1849, also knapp einen Monat vor dem Ausbruch des großen Maiaufstandes von 1849, die mittelbadischen Delegierten der demokratischen Volksvereinsorganisation sich in Renchen zu einer ersten *Heerschau der demokratischen Kräfte* versammelten und die Stärke ihrer Ortsvereine meldeten, waren das Hanauerland und die Vorbergzone des Schwarzwaldes zwischen Baden-Baden und Offenburg besonders stark vertreten. Dagegen fehlte das zwischen den beiden starken demokratischen Stützpunkten Offenburg und Haslach gelegene untere Kinzigtal ganz. Selbst wenn man die Möglichkeit offenläßt, daß hier um diese Zeit bereits der eine oder andere Volksverein schon bestand oder doch mindestens schon im Entstehen war, aber zu dem Renchener Tag weder Vertreter noch Stärkemeldung geschickt hat, so ist die *demokratische Lücke* dieses Raumes doch so auffällig, daß sie zu einer näheren Untersuchung reizt. War er eine andersgeartete Insel in dem doch im Mai 1849 ganz in die Hände der Revolutionäre gefallenem Baden?

Zuerst: Wie war dieser Raum administrativ strukturiert? Um es vorweg zu sagen: Er wurde praktisch ganz eingenommen von dem Amtsbezirk Gengenbach, einem der 78 Verwaltungsbezirke des Großherzogtums Baden. Sitz des Großherzoglichen Bezirksamtes war die Stadt Gengenbach, die 1803 ihren Status einer Reichsstadt verloren hatte und an Baden gefallen war, genauso wie das nachbarliche Schwesterstädtchen Zell am Harmersbach, das wie auch 10 Dorfgemeinden nun zu diesem Amtsbezirk zählte; zusammengenommen rund 15 000 Bewohner, die fast alle katholisch waren und im agrarischen oder agrarisch-handwerklichen Sektor tätig waren. Auf der beigegebenen Karte, die den am 15. April 1848 gemeldeten Bestand der Volksvereine Mittelbadens zeigt, ist der Gengenbacher Amtsbezirk durch starke Umrandung markiert.

Das darin plazierte Fragezeichen will sagen: Wieso kam es 1848 zu dieser auffälligen Abstinenz bei der Organisation der demokratischen Volksvereine? Wie verhielt sich hier die Bevölkerung zu der demokratischen Bewegung in der Revolution von 1848/49? Wie stand es hier überhaupt um das politische Engagement?

Um solche Fragen konkret beantworten zu können, soll der Niederschlag der Ereignisse und Probleme der Revolution auf unseren Raum im zeitlichen Ablauf resümiert werden:



Am 15. April 1849 im Vereinsbezirk Offenburg gemeldeter Stand der Volksvereinsorganisation

Als 1848 die Nachricht von der Pariser Februarrevolution auch in Baden eine Märzrevolution auslöste, stieß sie auf dem Gengenbacher Rathaus auf keine Gegenwehr. Hier standen mit dem Bürgermeister Ferdinand Erhard und dem Ratschreiber Karl Stölker zwei für Neuerungen aufgeschlossene, reinblütige Demokraten an der Spitze der Stadtverwaltung, die rasch die

Märzforderungen zu ihrem persönlichen Anliegen, aber auch zur Sache der ihnen anvertrauten Kommune machten. Auch der Gemeinderat war überwiegend fortschrittlich gesinnt, nur ein – zweien der Ratsmitglieder war es bei dem neuen Kurs nicht recht wohl; sie schieden bald aus und wurden durch überzeugte Sympathisanten der Demokratie ersetzt. Auch im Bürgerausschuß dominierten diese. So wurde dieser widerstandslos fortan zu den Gemeinderatssitzungen miteingeladen und stimmte mit ab, und da die Ratssitzungen ab sofort für öffentlich erklärt wurden und nun auch Gemeindeversammlungen sehr häufig tagten, war auf Gengenbacher Gemeindeebene ein hohes Maß an Demokratisierung verwirklicht. Von der demokratisch eingestellten Gemeindeg Spitze gingen vom März 1848 bis zum Zusammenbruch der Revolution Ende Juni 1849 praktisch alle Initiativen aus, so daß man in Gengenbach geradezu von einer kommunalistischen Revolution sprechen kann. In Nachbarorten mag es ähnlich gewesen sein: oft waren Volksschullehrer, die gleichzeitig die Ratschreiberstelle versahen, die Motoren der örtlichen revolutionären Initiativen.

Gengenbach machte also die Märzbewegung „mit“. Der Gemeinderat beschloß, *eine Petition an die zweite Ständekammer zu entwerfen und zur Unterzeichnung aufzulegen, welche mit allem Nachdruck die schleunige Gewährung der Forderungen des Volkes – wie solche bis jetzt allgemein ausgesprochen werden – verlangt*. Gengenbach schloß sich damit dem landesweiten Petitionensturm an, der in Karlsruhe die Märzforderungen durchsetzte.

Einer der Hauptpunkte dieser Forderungen, die Volksbewaffnung, wurde in Gengenbach geradezu zum politischen Dauerbrenner: immer wieder versuchte der Gemeinderat, durch Beschaffung moderner pistonierter Gewehre das einheimische Aufgebot zu einer kampftüchtigen Mannschaft zu machen, doch gelang dies trotz vieler Ratsbeschlüsse und Dienstreisen angesichts der Leere der erreichbaren Gewehrmagazine und der Stadtkasse nur schleppend, so daß am Vorabend der Mairevolution von 1849 praktisch noch nicht viel zur Erfüllung der Forderung der „Volksbewaffnung“ geschehen war.

Die rasche Genehmigung der vordringlichsten Märzforderungen erzeugte auch in Gengenbach eine politische Hochstimmung. Die Stadtverwaltung schaffte fünf große Fahnen in schwarz-rot-gold an, *um dadurch die Teilnahme Gengenbachs an der Reform zu bezeugen*. Vornehmlich zur physischen und psychischen Wehrtüchtigung der Jugend wurde eine Turnanstalt auf Gemeindeinitiative errichtet. Als Lehre aus der Psychose des „Franzosenlärms“, der am 24. März auch Gengenbach mit voller Wucht überflutete, wurden alle wehrfähigen Männer zu einer bewaffneten Mann-

schaft zusammengestellt und notdürftig – oft nur mit gestreckten Sensen – ausgerüstet.

Zum Aufgebot der Wehrmannschaft für den am 13. April 1848 gestarteten Heckerzug kam es im Gengenbacher Amt indessen nicht, einmal weil dieser schon vor Donaueschingen von Regierungstruppen von seiner geplanten Route in Richtung Offenburg–Karlsruhe abgedrängt worden war, und zum zweiten weil er dann am 20. April bei Kandern von Regierungstruppen zerschlagen wurde –, daran änderte auch der Kampf verschiedener Aufgebote um Freiburg an Ostern 1848 nichts mehr, selbst wenn dazu auch aus der Ortenau einige unentwegte Trupps sich auf den Weg dorthin gemacht hatten. Vergeblich auch die Versuche der Offenburger *Jugend*, am 18./19. April Offenburg für den erwarteten Heckerzug in die Hand zu bekommen, ebenso vergeblich ein bewaffneter Zug von Achern aus, der sich bereits im Renchtal auflöste.

Sowohl von Offenburg wie auch von Achern aus hatten die Aufstandsversuche auch in das Gengenbacher Amt hereingewirkt; auch hier traf man Anstalten, sich anzuschließen; aktive Jugendliche errichteten Barrikaden und besetzten bereits beherrschende Punkte, aber als Regierungstruppen nahten, ging man wieder schnell nach Hause, zumal es inzwischen klar wurde, daß es mit dem erhofften kampflosen Durchmarsch Heckers nichts war.

Die Folgen des „Aprilaufstandes“ ließen nicht auf sich warten: Gegen Bürgermeister Erhard wurde eine Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet, für die Dauer dieser Untersuchung wurde er vom Dienst suspendiert, gegen einzelne Männer aus dem Gengenbacher Amt wurde wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen ermittelt, und schließlich bekam das Kinzigtal von Gengenbach bis Zell a.H. Truppeneinquartierung in Form des 1. Bataillons des badischen 1. Infanterieregiments. Dies wurde von der Bevölkerung weitgehend als ungerechte Bestrafung und unbillige Belastung angesehen, wurde doch praktisch jedes Haus betroffen, obwohl mancher Ort wie z.B. das als konservativ geltende Zell a.H. sich politisch nichts vorzuwerfen hatte.

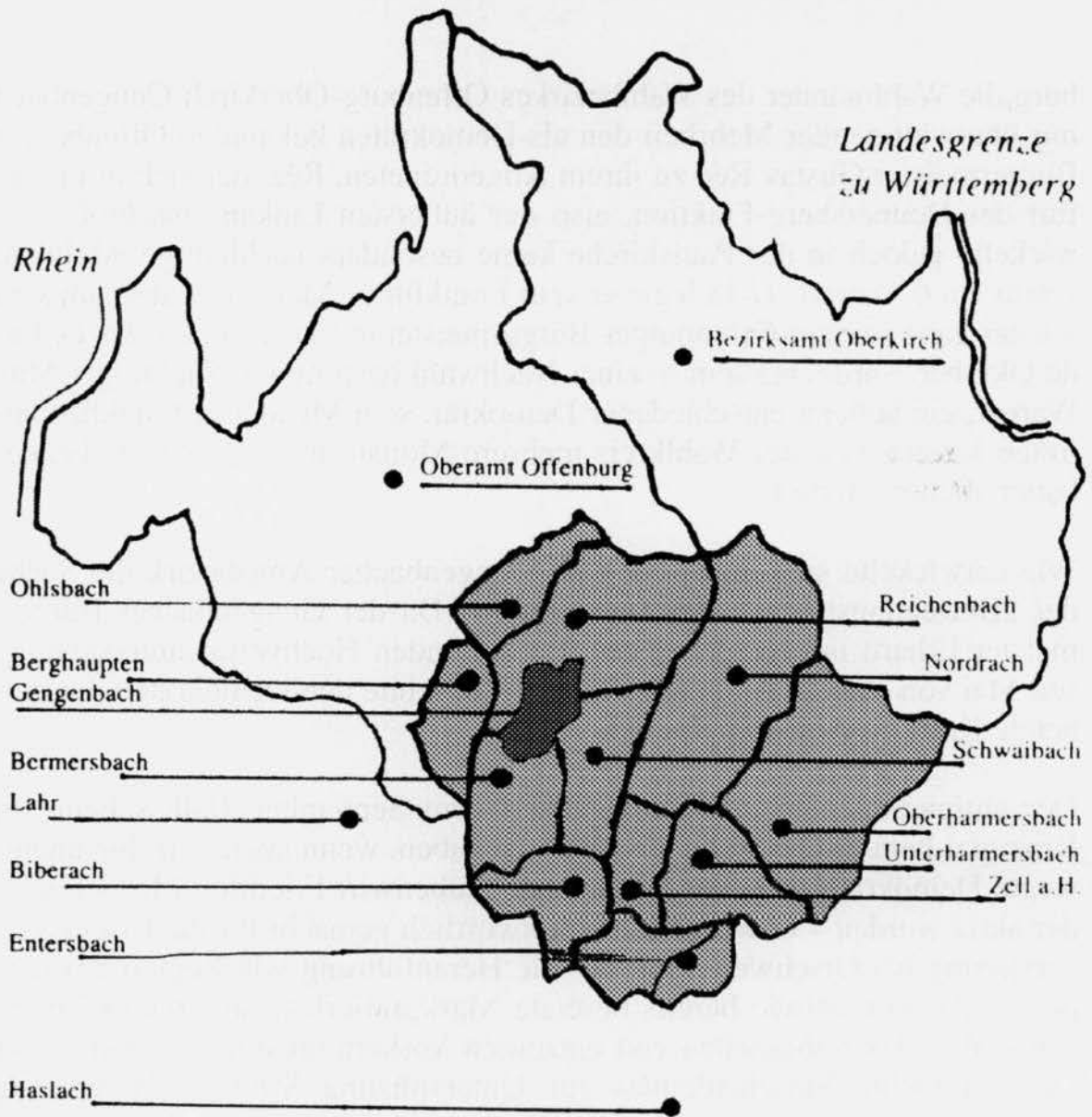
Nachdem so der erste Versuch, durch eine direkte Aktion auf der Straße die Staatsform der Republik durchzusetzen, gescheitert war, wählte die Bevölkerung Badens und damit auch des Amtsbezirks Gengenbach in indirekter Wahl über Wahlmänner die Abgeordneten für die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, entschied sich also voller Erwartungen für den parlamentarischen Weg. So wählten am 18. Mai 1848, dem Tage der feierlichen Eröffnung des Paulskirchenparlaments, in Offen-

burg die Wahlmänner des Wahlbezirkes Offenburg-Oberkirch-Gengenbach mit überwältigender Mehrheit den als Demokraten bekannten Offenburger Bürgermeister Gustav Rée zu ihrem Abgeordneten. Rée, der sich in Frankfurt der Donnersberg-Fraktion, also der äußersten Linken, anschloß, entwickelte jedoch in der Paulskirche keine besonders nachhaltige Aktivität, schon am 6. August 1848 legte er sein Frankfurter Mandat nieder, um sich wieder ganz seinem Offenburger Bürgermeisteramt zu widmen. Da es Ende Oktober wurde, bis sein in einer Nachwahl bestimmter Nachfolger Max Werner, ein äußerst entschiedener Demokrat, sein Mandat in Frankfurt antreten konnte, war der Wahlkreis mehrere Monate in den Paulskirchende-batten nicht vertreten.

Wie entwickelte sich inzwischen im Gengenbacher Amtsbezirk die Sache der „Bewegungspartei“, der Demokraten? Da der Gengenbacher Bürger-meister Erhard infolge der gegen ihn laufenden Hochverratsuntersuchung seit Mai von seinem Amte suspendiert war, fehlte den Demokraten die trei-bende Kraft im Amtsmittelpunkt.

Der antiparlamentarische Struveputsch vom September 1848 scheint im Kinzigtal kein großes Echo ausgelöst zu haben, wenn auch einzelne unent-wegte Demokraten wie der Nordracher Stubenwirt Friedrich Monsch wie-der aktiv wurden – er wurde mitverantwortlich gemacht für die Eisenbahn-zerstörung bei Orschweier, mit der die Heranführung von Regierungstrup-pen in das von Struve bereits besetzte Markgräflerland unterbunden wer-den sollte. Aber abgesehen von einzelnen Vorkommnissen geschah in der Ortenau nichts Entscheidendes zur Unterstützung Struves, dessen Zug nach Norden schon in Staufen scheiterte.

Weitgehend Fehlanzeige auch für Proteste und Trauerfeiern in Stadt und Amtsbezirk Gengenbach anlässlich der Erschießung des Demokratenfüh-rers und Paulskirchenabgeordneten Robert Blum im von der Gegenrevolu-tion zurückeroberten Wien. Noch deutete nichts daraufhin, daß man im Gengenbacher Amt nicht vertrauensvoll auf das Ergebnis der Arbeit des Paulskirchenparlamentes, auf die Reichsverfassung warten wollte, selbst wenn manche Frankfurter Debatten – etwa um Trennung von Staat und Kirche – hie und da mit einiger Besorgnis verfolgt wurden. Und doch war auch hier die demokratische Partei nicht untätig. Von deren Landeszentrale in Mannheim, aber auch vom nahen Offenburg aus, wurde zu Kampagnen gegen den bestehenden badischen Landtag und sogar gegen die Frankfurter Nationalversammlung aufgefordert, da diese undemokratisch zusammen-gesetzt seien. So schloß sich z.B. Gengenbach offiziell diesen Kampagnen an und legte Petitionslisten zur öffentlichen Unterzeichnung auf. Beson-ders heftig wurde der Kampf gegen den Landtag geführt, da dieser auf un-



Der Wahlkreis Offenburg–Oberkirch–Gengenbach 1848. Die Amtsbezirke Oberkirch und Gengenbach bildeten zusammen einen Wahlkreis für die Wahlen der Abgeordneten zur badischen Kammer, dem Landtag. Bei der Wahl der Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung 1848 in der Frankfurter Paulskirche bildeten der Oberamtsbezirk Offenburg und die Amtsbezirke Oberkirch und Gengenbach den Wahlkreis X, ebenso bei der Wahl der Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung vom 3. Juni 1849. Beim Amtsbezirk Gengenbach sind die Gemarkungsgrenzen der zugehörigen 12 Gemeinden eingezeichnet.

demokratische Weise gewählt worden und durch die seit März 1848 eingetretenen Ereignisse völlig überholt sei. Als der zuständige Landtagsabgeordnete Anton Christ sich an seine Wähler wandte, um deren Meinung zu dem ihm von der Linken nahegelegten Mandatsverzicht zu erfahren, setzte sich Erhard aus Gengenbach vehement für den Austritt Christs ein; zwar wollten nicht alle Amtsgemeinden dem Beispiel Gengenbachs folgen, die

Mehrheit der Wahlkreisgemeinden, vor allem die aus dem Amtsbezirk Oberkirch, waren jedoch für Christs Austritt und damit für den Boykott von Landtag und Verfassung. So trat Christ mit Gengenbachs Unterstützung aus: ein Erfolg der Demokraten, die eine neue – demokratischere – Verfassung und ein neues Landesparlament wollten.

Ein weiteres Bemühen der Gengenbacher Demokraten galt der Rückgängigmachung der Suspension Erhards vom Bürgermeisteramt, – es wurde jedoch 21. März 1849, bis Erhard sein Amt wieder ausüben konnte.

Inzwischen war das Werk der Paulskirche, die neue Reichsverfassung, fertiggestellt; sie wurde jedoch von den Fürsten der größeren deutschen Staaten abgelehnt: die Reichsverfassungskrise war da. Ein offener Konflikt drohte. Aber war man im Amtsbezirk Gengenbach darauf vorbereitet? Zwar hatten die Demokraten in Baden eine tatkräftige Volksvereinsorganisation geschaffen und zwar waren in demokratisch aktiven Orten wie etwa Offenburg schon demokratisch geführte Wehrmannschaften aufgestellt, in Gengenbach und seinen Amtsorten aber war – wie die Karte vom 15. April 1849 zeigt – noch nichts Sichtbares geschehen. So klaffte im Kinzigtal zwischen den demokratischen Eckpfeilern Offenburg (mit 231 Volksvereinsmitgliedern) und Haslach (mit 186 Mitgliedern) die bereits beschriebene Lücke. Erst als Anfang Mai die Krise sich weiter erhitzt hatte und nun der Mannheimer Landesausschuß – die heimliche demokratische Gegenregierung – das Losschlagen beschloß und dazu die notwendigen Befehle ins Land hinausschickte, wurden auch in Gengenbach Demokraten tätig: Am 8. Mai ersuchte der in Gengenbach nun erstmals an die Öffentlichkeit tretende einheimische provisorische Vorstand des Volksvereins den Gemeinderat, *eine außerordentliche Sitzung gefällig anzuberaumen, worin gefällig beschlossen werden wolle, daß das neue Bürgerwehr-Gesetz in Ausführung gebracht wird, und die nöthigen Gewehre auf Rechnung der Stadtkasse vorschüsslich angeschafft werden.* Also: Schleunigste Durchführung der von den Demokraten schon längst geforderten Volksbewaffnung mit dem Ziel des Kampfes für die von den Fürsten in fragegestellte neue Reichsverfassung. Sie wurde umgehend am 8. Mai vom Gengenbacher Gemeinderat und Bürgerausschuß beschlossen. Schon am 9. Mai wurden zwei Gemeinderäte zur Beschaffung von 200 Pistongewehren losgeschickt. Am 11. Mai trat der Gengenbacher Gemeinderat dem Mannheimer Protest wegen des Aufmarsches von Regierungstruppen gegen die bereits im Aufstande für die Reichsverfassung befindliche Pfalz bei. Wie erregt schon in den Tagen vor den entscheidenden Offenburger Versammlungen vom 12. und 13. Mai 1849 die Stimmung auch in Gengenbach gewesen sein muß, zeigt die Tatsache, daß bereits in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai dem großherzoglichen Steuererheber Fenster eingeworfen wurden.

Als am 12. Mai die Abgeordneten der Volksvereine vom Seekreis und aus dem Schwarzwald durch Gengenbach nach Offenburg zum dorthin einberufenen Landeskongreß zogen, muß der Funken vollends auf Gengenbach und die Dörfer an der Kinzigtalstraße übergesprungen sein. Gengenbach schickte seinen Ratschreiber Karl Stölker auf den demokratischen Landeskongreß, allerdings – wie wenigstens die nachträgliche Schutzbehauptung Stölkers lautete – mit der Instruktion, in Offenburg *gegen Einführung der Republik und für Durchführung der Reichsverfassung ... zu wirken*. In Offenburg scheint Stölker jedoch unter den jetzt zur entschiedenen Tat drängenden Jungrevolutionären zu einer Statistenrolle verurteilt gewesen zu sein; als er und Bürgermeister Erhard aber am Nachmittag des 13. Mai von der großen Offenburger Landesvolksversammlung nach Gengenbach zurückkehrten, standen beide völlig unter dem Eindruck des dort Gesehenen und Gehörten: Von Offenburg war der Landesausschuß zusammen mit zu allem entschlossenen bewaffneten Mannschaften in Richtung Festung Rastatt aufgebrochen, deren Besatzung zur Revolution übergegangen war. Um die *gerechten Forderungen des Volkes durchzusetzen* berief Bürgermeister Erhard noch für den gleichen Abend in Gengenbach eine Volksversammlung ein, auf der Stölker zum Sturz der Monarchie aufforderte und Erhard zum Ausmarsch der Gengenbacher Wehrmannschaft aufrief. Die Resonanz der Betroffenen war aber geteilt; es bedurfte des Einsatzes der vom Bürgermeister losgeschickten Gemeinderäte und der bürgermeisterlichen Zwangsandrohung, um die z.T. zögernden Wehrmänner zum Abmarsch am 14. Mai zusammenzubekommen. Sie kamen bis Mühlburg, erlebten also den Einmarsch in der von Großherzog und Regierung fluchtartig verlassenen Residenzstadt und damit die Machtübernahme durch den Landesausschuß der demokratischen Volksvereine unmittelbar mit. Von dort wurden die Gengenbacher Wehrmänner freilich schon am 16. Mai wieder nach Hause geholt: Sie wurden, nachdem ganz Baden praktisch kampflos in die Hände der Revolutionäre gefallen war, vorerst nicht in Nordbaden gebraucht, zumal sie alles andere als eine kriegstüchtige Mannschaft darstellten. Daheim begann nun aber der planmäßige Aufbau einer wirklich einsatzfähigen Truppe: tägliches Exerzieren, Schießübungen, einheitliche Uniformierung und Ausrüstung mit Gewehren und Munition standen nun vordringlich auf der Tagesordnung. Sie beanspruchten Bürgermeister, Gemeinderat und Stadtkasse in den nächsten Wochen in so hohem Maße, daß für weitere revolutionäre Maßnahmen weder Zeit noch Geld übrig blieben.

Motor der Revolution und Volksbewaffnung waren die inzwischen eingesetzten revolutionären Zivilkommissäre Hofer und Frick, die beide aus Offenburg nacheinander nach Gengenbach geschickt wurden, um hier für die strikte Durchführung der Anordnungen der Karlsruher Revolutionsregierung zu sorgen. Auch Karl Stölker war für wenige Tage mit diesem Revo-

lutionsante betraut, gab es aber rasch wieder ab, um sich aber weiterhin als Ratschreiber ganz im Sinne der neuen Regierung einzusetzen. Es waren also die Zivilkommissäre, die von Gengenbach aus die Karlsruher Revolutionsanordnungen bis ins letzte Dorf des Amtsbezirkes durchzusetzen versuchten, – manchmal unter Zwangs- und Exekutionsdrohungen, wenn – wie im Falle der relativ konservativ eingestellten Bevölkerungsmehrheit der Stadt Zell a.H. – die Verzögerungs- oder gar Verweigerungstaktik allzu offenkundig wurde. Wehr- und Sicherheitsausschüsse sollten in den einzelnen Orten die Durchführung der Volksbewaffnung organisieren, oft getragen oder doch unterstützt von fortschrittlich eingestellten Schullehrern. Dank des unermüdlichen Drängens der Verantwortlichen gelang es so, innerhalb eines Monats die örtlichen ersten Aufgebote, die die Wehrpflichtigen bis zum 30. Lebensjahr erfaßten, einigermaßen einzuüben und auszustatten. Dazu gehörte die einheitliche Uniformierung: schwarze Heckerhüte aus Filz, dazu blaue Blusen waren das Kennzeichen der Aufgebote des Amtsbezirks Gengenbach.

Das feldzugsentscheidende Gefecht von Waghäusel fand jedoch ohne die Wehrmannschaften des Amtsbezirks Gengenbach statt; diese lagen zu dieser Zeit noch im Kinzigtal. Erst am 25. Juni kam für sie der Befehl zum Abmarsch nach Karlsruhe, das aber nicht mehr erreicht wurde, da dort am gleichen Tage bereits die siegreichen preußischen Interventionstruppen einrückten. Strafexekutionen nach Durbach/Staufenberg und vor allem nach Lahr gegen vermeintliche Gegenrevolutionäre waren für die Kinzigtäler Aufgebote einerseits Ersatzhandlungen, zum andern aber Anlaß für nachrevolutionäre Untersuchungen gegen die Kinzigtäler Aufgebotsführer und für spätere Ersatzforderungen durch die Exekutionsgeschädigten. Wenig Schlachtenruhm also für die Kinzigtäler Aufgebote, nur einige Unentwegte fanden sich nach dem militärischen Zusammenbruch der Revolution als Gefangene in Rastatt, dürften also zuvor noch an der Murgfront zum militärischen Einsatz gekommen sein; einige andere wiederum schlossen sich den sich in die Schweiz zurückziehenden Revolutionstruppen an und landeten vorübergehend in der Eidgenossenschaft. Die Masse der Aufgebotsangehörigen aber trafen noch rechtzeitig vor dem Einmarsch der Preußen unversehrt wieder im Heimatort ein, wo sie untertauchten, um der befürchteten Rache der „Reaktion“ zu entgehen.

Nachdem ein Teil der sich zurückziehenden Revolutionstruppen von Ofenburg durch das Kinzigtal in Richtung Triberg zurückmarschiert war, rückten am 3. Juli die Preußen ein. Mit ihnen kam die alte großherzogliche Ordnung zurück. Das bedeutete Absetzung aller mit der Revolutionsherrschaft Sympathisierenden, Eröffnung von Untersuchungsverfahren gegen alle irgendwie in der Revolution auffällig Gewordenen, schließlich Verur-

teilung zu Freiheitsstrafen und zu finanzieller Haftbarmachung für durch die Revolution entstandene Schäden.

Damit war der Versuch der fortschrittlichen Demokraten, auf revolutionärem Wege Freiheit und Einheit im bisher von 34 Fürsten beherrschten Deutschen Bund durchzusetzen, gescheitert. Diejenigen, die sich für die „Sache“ mit „Gut und Blut“ engagiert hatten, waren geschlagen.

Im Gegensatz zu stärker politisierten Gemeinden – wie etwa Offenburg – beruhigte sich die öffentliche Stimmung in Gengenbach nach einer etwa ein Jahr dauernden Phase, die von Flucht ins Ausland, Untersuchungsverfahren, Vermögensbeschlagnahmungen, finanziellen Haftbarmachungen, Verhaftungen und Denunziationen geprägt gewesen war, bald wieder. Schon 1852 konnte der nachrevolutionäre Gengenbacher Gemeinderat behaupten: *War die Beteiligung der hiesigen Bürger an der Mairevolution, soweit sie nicht durch den Zwang der Civilkommissäre, durch Androhung von Verhaftung und standrechtlicher Behandlung, von Exekution u. dergl. herbeigeführt wurde, an und für sich schon eine geringere, was die kleine Anzahl der hier vorgekommenen politischen Untersuchungen nachweist (außer den Civilkommissären Hofer & Frick wurden nur Bürgermeister Erhard und Rathschreiber Stölker in Untersuchung gezogen und bestraft), so sind nun die revolutionären Ideen vollends verschwunden und es giebt vielleicht wenige Städtchen im Lande, in denen weniger Partheiß, weniger politische Spaltung unter den Bürgern zu bemerken wäre, als hier.*

Diese nachrevolutionäre Behauptung fordert zu einer kritischen Überprüfung heraus. Wie stark war die revolutionäre Bewegung 1848/49 in Gengenbach wirklich gewesen?

Gegen 150 Angehörige des Amtsbezirkes sind in badischen nachrevolutionären Akten namhaft gemacht: in Gefangenenlisten der Festung Rastatt, in Untersuchungsakten des Bezirksamtes, in Strafakten des zuständigen Hofgerichtes Bruchsal oder auch in im Wochenblatt bekanntgemachten Polizeistrafen. Die so Kompromittierten stammten aus allen Gemeinden des Amtes, jedoch sind neben der Amtsstadt Gengenbach besonders Dörfer wie Berghaupten, Bermersbach und Nordrach überdurchschnittlich betroffen.

150 Kompromittierte bei einer Gesamteinwohnerzahl von 15 000: danach wäre nur jeder hundertste der Einwohner kompromittiert gewesen. Und wenn man bedenkt, daß es sich bei einem Großteil der in den Akten Erfassten um Soldaten handelte, die sozusagen unfreiwillig, in Erfüllung der staatlich angeordneten Wehrpflicht, in den Sog der Revolution geraten und

dann entweder als Gefangene in der Festung Rastatt oder als mit ihrer Einheit in die Schweiz Übergetretene registriert worden waren, so ist man versucht, von dem einen Prozent der Kompromittierten nochmals einen größeren Teil abzuziehen. Als aus dauerhafter politischer Überzeugung in der revolutionären Sache Engagierte bleibt so nur ein noch wesentlich kleinerer Bruchteil der Bevölkerung übrig: neben den beiden aus Offenburg gekommenen Zivilkommissären Hofer und Frick sind es vor allem die Gengenbacher Ferdinand Erhard und Karl Stölker, dazu aus Nordrach der Stubenwirt Friedrich Monsch und der katholische Pfarrer Matthäus Walser, aus Zell a.H. Franz Joseph Schättgen. Selbst wenn man diesen Köpfen noch unterschiedene jugendliche Idealisten, die in den Akten nicht auftauchen, und die aus vornehmlich sozialen Gründen zur Revolution Entschlossenen – wie etwa Herkules Beckmann – zurechnet, bleibt die Zahl der zum harten Kern der Demokratie Gehörenden relativ bescheiden. Da von den wirklich Belasteten einige – wie Karl Stölker und Franz Joseph Schättgen und zeitweise auch Friedrich Monsch – ins Ausland geflohen waren, andere – wie Pfarrer Matthäus Walser – bald wieder aus der Haft entlassen wurden, war schließlich im ganzen Amtsbezirk schon vor Ablauf eines Jahres nach dem Revolutionsende nur noch ein einziger Hochverratsverdächtiger in den Händen der Staatsgewalt, nämlich der vertrauensselig in Gengenbach gebliebene Ferdinand Erhard, der unbedingt wenigstens für ein paar Monate ins Gefängnis mußte, als Sündenbock, Präzedenzfall, aber auch als Alibi für die erfolgreiche Untersuchungsarbeit des Bezirksamtes Gengenbach.

War also die Zahl der Aktivisten der Revolution im Amtsbezirk Gengenbach im Vergleich zu benachbarten mittelbadischen Amtsbezirken relativ gering, so stellt sich natürlich die Frage nach dem Verhalten der übrigen Bevölkerung. Wo stand sie, als 1848/49 die Unentwegten, „Entschiedenen“ das „Volk“ zum offenen Kampf für die moderne Demokratie aufriefen?

Von einer ernstzunehmenden politischen Gegenbewegung gegen die 1848/49 im Amt Gengenbach wie in ganz Baden tonangebenden demokratischen „Bewegungspartei“ kann indessen nicht die Rede sein. Obwohl es in der Stadt Zell a.H. deutliche Anzeichen für eine Sympathisantengruppe für „Freiheit und Ordnung“, also für den liberal gemäßigten Weg des Parlamentarismus gab – 8 Zeller hatten Anfang April 1848 eine Sympathieadresse für Karl Mathy, den von links wegen seiner Verhaftung des Republikaners Joseph Fickler angefeindeten Kopf der gemäßigten Liberalen, geschrieben, in dem sie ihm für die Verhinderung der Anarchie dankten, und 1849 ließ der revolutionäre Zivilkommissär Frick eine Liste der sich der revolutionären Politik verweigernden Zeller aufstellen –, so kam es doch nirgends im Amtsbezirk zur Bildung eines gemäßigt liberalen *Vaterlandsvereines*. Diese Gruppe war für eine offene Opposition während der Regie-

rungszeit der Revolutionäre entweder zahlenmäßig zu schwach oder unter Druck der herrschenden Gewalten zu anpasserisch.

Erst recht muß letzteres für die Masse der Bevölkerung angenommen werden: Man war im März 1848 über die „Märzerrungenschaften“ begeistert, sah im April 1848 erwartungsvoll Heckers Zug entgegen, versuchte nach dessen Scheitern möglichst unauffällig zu sein, ließ sich im Mai 1849 wiederum von der allgemeinen Entrüstung über das Scheitern der von dem Paulskirchenparlament erarbeiteten Reichsverfassung anstecken, war aber, als es wirklich ernst wurde, größtenteils nicht freiwillig bereit, *Gut und Blut* für diese Verfassung oder gar für die von den Radikalen geforderte Republik wirklich einzusetzen. Nur ein Bruchteil der Bevölkerung stand unentwegt bis zum Schluß zur *Sache*, zur Freiheit, wie sie die entschiedenen Revolutionäre verstanden. Ob dabei nur politischer Opportunismus und Attendismus entscheidend waren, oder ob nicht auch unterschwellige Ängste und Vorbehalte mitspielten, muß hier unentschieden bleiben. Zu denken wäre einmal an Opposition gegen die von den Linken geforderte Trennung von Staat und Kirche, auch an Ablehnung des Deutschkatholizismus, dem sich gerade viele Demokraten zugewandt hatten, also an Kirchentreue einer traditionell katholischen Bevölkerungsmehrheit – tatsächlich polemisierten *Volksfreunde* auch im Offenburger Wochenblatt gegen eine Gengenbacher *Winkelkonferenz* katholischer Geistlicher des Dekanats, nahmen also eine Frontstellung gegen diese ein. Zu denken wäre aber auch an Ängste der am ererbten Besitz hängenden Bürger vor *roten* Umverteilungsforderungen.

Wenn man heute die Entschiedenen als Vorkämpfer und Vorbilder der heutigen Demokratie feiert, so darf dies aber nicht über ein Grundproblem von 1848/49 hinwegtäuschen: daß dieser Revolutionsversuch nicht zuletzt daran gescheitert ist, daß die Mehrheit des Volkes (noch) nicht bereit war, für diese Demokratie im Ernstfall wirklich *Gut und Blut* einzusetzen, wie man es in der momentanen Hochstimmung der Volksversammlungen von März 1848 und Mai 1849 leichthin versprochen hatte. Der Amtsbezirk Gengenbach macht da im Grunde keine Ausnahme, auch wenn es auf den ersten Blick scheint, daß anderswo in Baden ein größerer Teil der Bevölkerung hinter den Zielen der entschiedenen Revolutionäre stand.

Anmerkung:

Auf Belege wird verzichtet. Sie sind zu finden in der ausführlichen Darstellung: Franz X. Vollmer, Wehrhaft für die Freiheit. Revolution und Volksbewaffnung im Jahre 1848/49 in Stadt und Amtsbezirk Gengenbach. 128 S. Gengenbach 1998.

„Die Revolution tobte in unserem kleinen Städtchen wie ein alles mit sich reißender Strom“

Haslach i. K. in den Revolutionsjahren 1848 und 1849

Manfred Hildenbrand

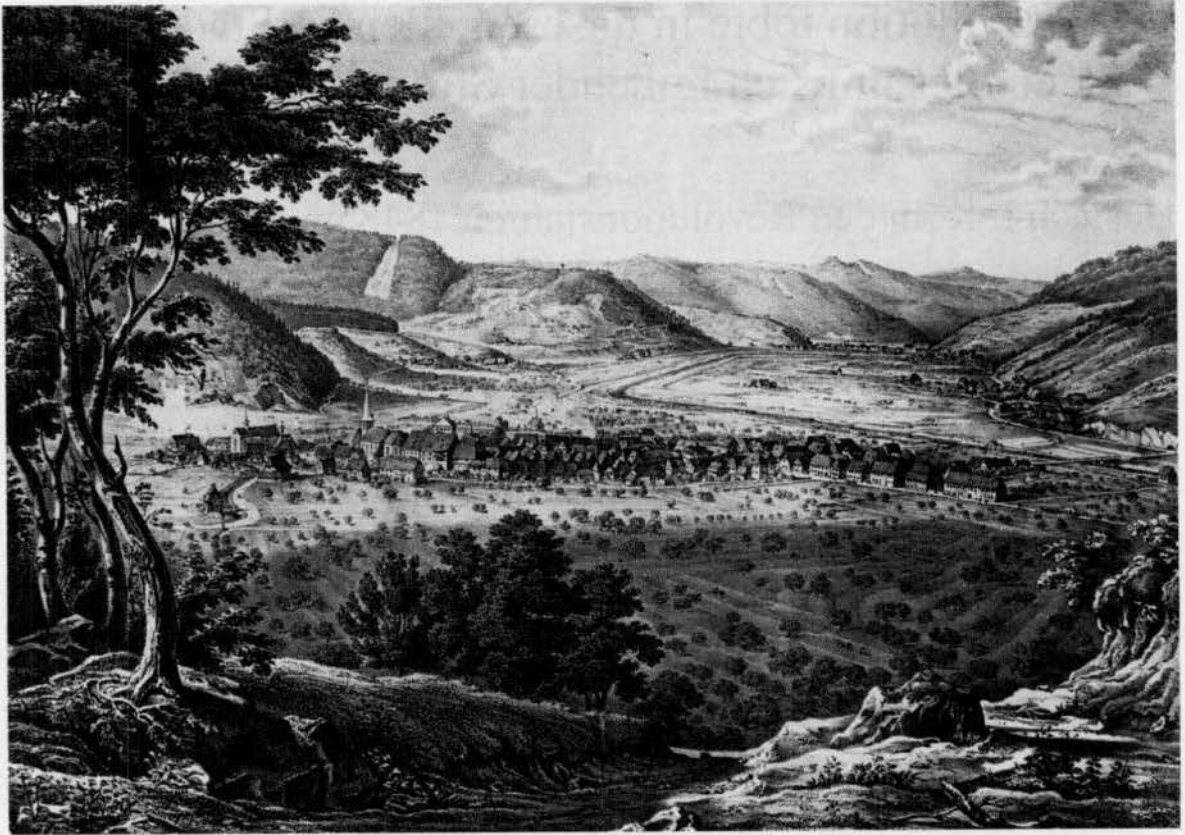
Die Stadt Haslach i. K. war Zentrum der badischen Revolution 1848/49 im mittleren Kinzigtal. *Neun Zehntel der Haslacher Menschen, die Weiber und Mädchen mitgerechnet*, waren damals *republikanisch verrückt*, berichtet der zeitgenössische Chronist der revolutionären Ereignisse in Haslach, der Volksschriftsteller Heinrich Hansjakob (1837–1916), in seinen Jugenderinnerungen¹ und faßt die turbulenten Monate in den beiden Revolutionsjahren mit dem Satz zusammen: *Die Revolution tobte in unserem kleinen Städtchen wie ein alles mit sich reißender Strom*².

Hungersnot und Zehntablösung

Begonnen hatte das revolutionäre Denken in Haslach bereits 1847, als die *teure, brotlose Zeit* anbrach³. Zwei Mißernten 1845 und 1846 ließen 1847 die Getreidepreise um das Drei- und Vierfache ansteigen. Ein Laib Brot kostete 1847 in Haslach wie fast überall im Kinzigtal 20 Kreuzer. Das war der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters⁴. Ein Steiger in den Bergwerken des Kinzigtals verdiente pro Tag damals 24 Kreuzer, ein Flößer 30 Kreuzer, ein Waldarbeiter in Haslach 18 Kreuzer. Infolge einer Kartoffelkrankheit verfaulte 1845 und 1846 fast die gesamte Kartoffelernte. Damit entfiel das Grundnahrungsmittel gerade für die ärmeren Schichten der Bevölkerung.

In dieser Agrarkrise vollzog sich auch die als Fortschritt gefeierte Ablösung der Feudallasten. Viele Gemeinden konnten aber die Zinsen für das Zehntablösungskapital nicht zahlen, an eine Tilgung war nicht zu denken. Wucherzinsen zwischen 25 und 45 Prozent waren damals üblich⁵.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren fast alle Haslacher „Ackerbürger“. In den meisten Häusern Haslachs war ein Kuh- und Schweinestall vorhanden. Im Sommer trieb man das Vieh auf die Weide. Das Heu für den Winter gewann man auf eigenen Wiesen, mußte aber davon dem Fürsten von Fürstenberg den zehnten Teil in Naturalien oder Geld abtreten.



*Haslach im Kinzigtal 1843, Steindruck von Louis Blum
Foto: Stadtarchiv Haslach*

Durch ein badisches Gesetz von 1832 wurde dieses Recht der Fürsten abgelöst. Der Streit um die Höhe der Ablösesumme berührte die Haslacher Bürger stark und trug neben der Not durch die Mißernten und Teuerung viel zu ihrer revolutionären Stimmung bei, die sich dann im Frühjahr 1848 entlud. Die Stadt Haslach führte seit 1845 einen Prozeß gegen die fürstenbergische Standesherrschaft wegen der Ablösung des Heu- und Öhmdzehnten, die den Haslachern viel zu hoch erschien. Das badische Bezirksamt in Haslach entschied durch Urteil vom 14. Februar 1846 gegen die Stadt. Diese appellierte dann an die zweite Instanz, das Hofgericht des Mittelrheinkreises in Rastatt. Dort entschied man ebenfalls gegen die Stadt Haslach, weil der Einspruch gegen das erste Urteil um einen einzigen Tag zu spät durch Verschulden des Anwalts eingetroffen war⁶.

Nun wandte sich Haslach an den kurz darauf während der Achtundvierziger Revolution bekannt gewordenen Mannheimer Advokaten Dr. Friedrich Hecker um Übernahme der Appellation an die höchste Instanz, das badische Oberhofgericht in Mannheim⁷. Aber wieder scheiterte die Stadt Haslach trotz eines glänzenden juristischen Gutachtens Heckers. Am 23. April



*Oberamtmann Anton Dilger
Foto: Stadtarchiv Haslach*

1848 wurde ein abschlägiges Urteil gefällt⁸. Wohl oder übel mußten die Haslacher Bürger dem Hause Fürstenberg jetzt die hohe Ablösesumme von 80000 Gulden bezahlen, was ihre Wut gegen die Fürstenherrschaft beträchtlich vergrößerte. Es ist nicht verwunderlich, daß Haslach in der gerade ausbrechenden Revolution das Zentrum der revolutionären Ereignisse im mittleren Kinzigtal wurde.

Die Hungersnot hatte in Haslach im Januar 1847 ihren Höhepunkt erreicht. *Oft wird Kleie ohne Schmalz in Pfannen zu einem geschmacklosen Kuchen verarbeitet. Kinder essen rohe Kartoffelabfälle mit Begierde. Stroh, Wagen, Pflug und Handwerksgeräth werden aus Not verkauft*, heißt es in einem zeitgenössischen Bericht⁹. Bettel und Felddiebstähle nahmen 1847 im Raum Haslach immer mehr zu.

Am 21. Januar 1847 erließ die badische Regierung in Karlsruhe eine *Verordnung zur Armenunterstützung*¹⁰. Bereits am 25. Januar 1847 forderte Oberamtmann Anton Dilger vom Bezirksamt Haslach den Haslacher Gemeinderat auf, eine Liste der in Betracht kommenden Ortsarmen aufzustellen.

len und eine Unterstützungskommission zu gründen¹¹. In dieses Gremium wurden der Bürgermeister von Haslach und Bäckermeister Joseph Fackler¹², der Wirt des Gasthauses „Zum Raben“ und Gemeinderat Franz Michael Grieshaber¹³, der Pfarrverweser von Haslach Heinrich Franz Weber, der Kaufmann und Gemeinderat Xaver Wölfle und der Kastenvogt Eduard Hansjakob¹⁴ gewählt.

Die Unterstützungskommission beschloß, angesichts der großen Hungersnot den arbeitsfähigen Armen Haslachs durch Herstellung mehrerer Waldwege Arbeit und Verdienst zu verschaffen und die arbeitsunfähigen Armen und die armen Kinder durch Einrichtung einer *Suppenanstalt* im städtischen Spital zu unterstützen¹⁵. Die finanziellen Mittel hierfür sollten durch eine Hauskollekte bei den begüterten Haslachern¹⁶, durch Gelder des Simon-Finkschen-Bezirksalmsosenfonds sowie durch die Stadtkasse bestritten werden. Von Heinrich Hansjakob wissen wir, daß der Haslacher Gemeinderat im Winter 1846/47 einen neuen Erwerbszweig einführte: die Strohflechterei. Sämtliche Haslacher Schulkinder mußten damals das Strohflechten erlernen¹⁷. Mit dem Verkauf von Strohhüten und Strohtaschen glaubte man, die Not der Armen lindern zu können.

Der „Franzosenlärm“ im März 1848

Die Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848¹⁸ scheint in Haslach ein großes Echo gefunden zu haben. Einer der radikalsten Haslacher Revolutionäre, der Kaufmann und das Bürgerausschußmitglied Xaver Gotterbarm¹⁹, und sein Schwager, der Fuhrmann Joseph Neumaier²⁰, sowie zahlreiche andere Haslacher waren unter der 20 000 Köpfen zählenden Volksmenge, die sich vor dem Rathaus in Offenburg versammelt hatte und die Reden von Friedrich Hecker, Gustav von Struve und Joseph Fickler verfolgte. Gotterbarm hatte das in Offenburg verteilte Flugblatt *34 Fürsten oder eine Republik* mitgebracht und es in Haslach verteilt. Darin wurde kompromißlos für die Republik und die Abschaffung der Monarchie plädiert. Xaver Gotterbarm wird in einem Bericht des Bezirksamtes Haslach als *Hauptwühler* für die Revolution bezeichnet²¹.

Wenige Tage nach der Offenburger Volksversammlung wurde in der Nacht vom 25. zum 26. März in Haslach das Gerücht verbreitet, die Franzosen hätten die Grenze überschritten und Offenburg schon in Brand gesteckt²². Dieser *Franzosenlärm*, den auch Otto Kähni in Offenburg beschreibt²³, bildet das *Vorspiel zur allgemeinen Volksbewaffnung*²⁴. Die Haslacher Bürger versammelten sich vor dem Rathaus und beschloßen, sich sofort zu bewaffnen, um den französischen Angriff abzuwehren. In aller Eile ließ der Gemeinderat bei den Haslacher Schmieden vierzig Spieße und vierzig

Kampfsensen fertigen. Beim Kaufmann Xaver Gotterbarm wurde Pulver und Blei gekauft²⁵.

Am Morgen des 26. März strömten Hunderte von Bauern aus den umliegenden Dörfern nach Haslach. Sie waren mit Sensen, Flegeln und Mistgabeln bewaffnet²⁶. Man schickte eine Patrouille auf die Höhe des Fehrenbacher Hofes in Hofstetten. Als diese keine Franzosen das Kinzigtal heraufziehen sah, merkte man, daß der *Franzosenlärm* ein blinder Alarm war. Schon Heinrich Hansjakob vermutete, daß das Gerücht, die Franzosen hätten den Rhein überschritten, von der badischen Regierung ausgestreut worden war, um der Bevölkerung vor der Revolution Angst einzujagen²⁷. Dies bestätigte auch der damalige badische Innenminister Johann Baptist Bekk in seinen Revolutionserinnerungen²⁸.

Begeisterung für Friedrich Hecker und Robert Blum

Der Heckeraufstand im April 1848 wurde in Haslach mit großer Begeisterung verfolgt. Mehrere Haslacher, unter ihnen der schon erwähnte Kaufmann Xaver Gotterbarm²⁹, der Schreiner Ferdinand Kraft³⁰ sowie der Hutmacher Nikolaus Kilgus³¹ eilten nach Donaueschingen, um sich dem Heckerzug anzuschließen. Auch Joseph Göhringer aus dem Nachbarort Mühlenbach begab sich zu den Freischaren Heckers³².

Von Haus zu Haus verkaufte in Haslach ein Bilderhändler aus der Pfalz mit großem Erfolg Bilder des Freiheitshelden Friedrich Hecker in seinem Revolutionshabit³³. Im Städtchen hatten die Hutmacher viel zu tun; denn die Nachfrage nach „Heckerhüten“ war groß. Auch ließen sich die meisten Haslacher Männer einen „Heckerbart“ wachsen³⁴. Dem konservativen Oberamtmann Anton Dilger³⁵ brachten die Haslacher im April 1848 eine „Katzenmusik“³⁶ dar. Dies schien ihn so getroffen zu haben, daß er sich am 2. Mai 1848 versetzen ließ.

Nach der standesrechtlichen Erschießung von Robert Blum, dem gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung in Frankfurt, am 9. November 1848 in Wien wurde am 3. Dezember auf dem Friedhof in Haslach eine öffentliche Trauerfeier abgehalten, bei welcher der Haslacher Schmied Wunibald Kern³⁷, der evangelische Diakon Adolf Gerwig aus Hornberg³⁸ sowie der Haslacher Rabenwirt und Gemeinderat Franz Michael Grieshaber Robert Blum als Idealbild eines Republikaners verherrlichten³⁹.

Am gleichen Tag hielten zwei junge Haslacher, der Maler Rudolf Blum⁴⁰ und der Müller Joseph Gotterbarm⁴¹ sowie der Metzger Joseph Geiger⁴² im Gasthaus „Zum Raben“⁴³ *hochverräterische Reden*⁴⁴. Sie wurden deshalb

auf Betreiben des Amtmanns Jüngling⁴⁵ in Haft gesetzt und den ganzen Winter über darin festgehalten.

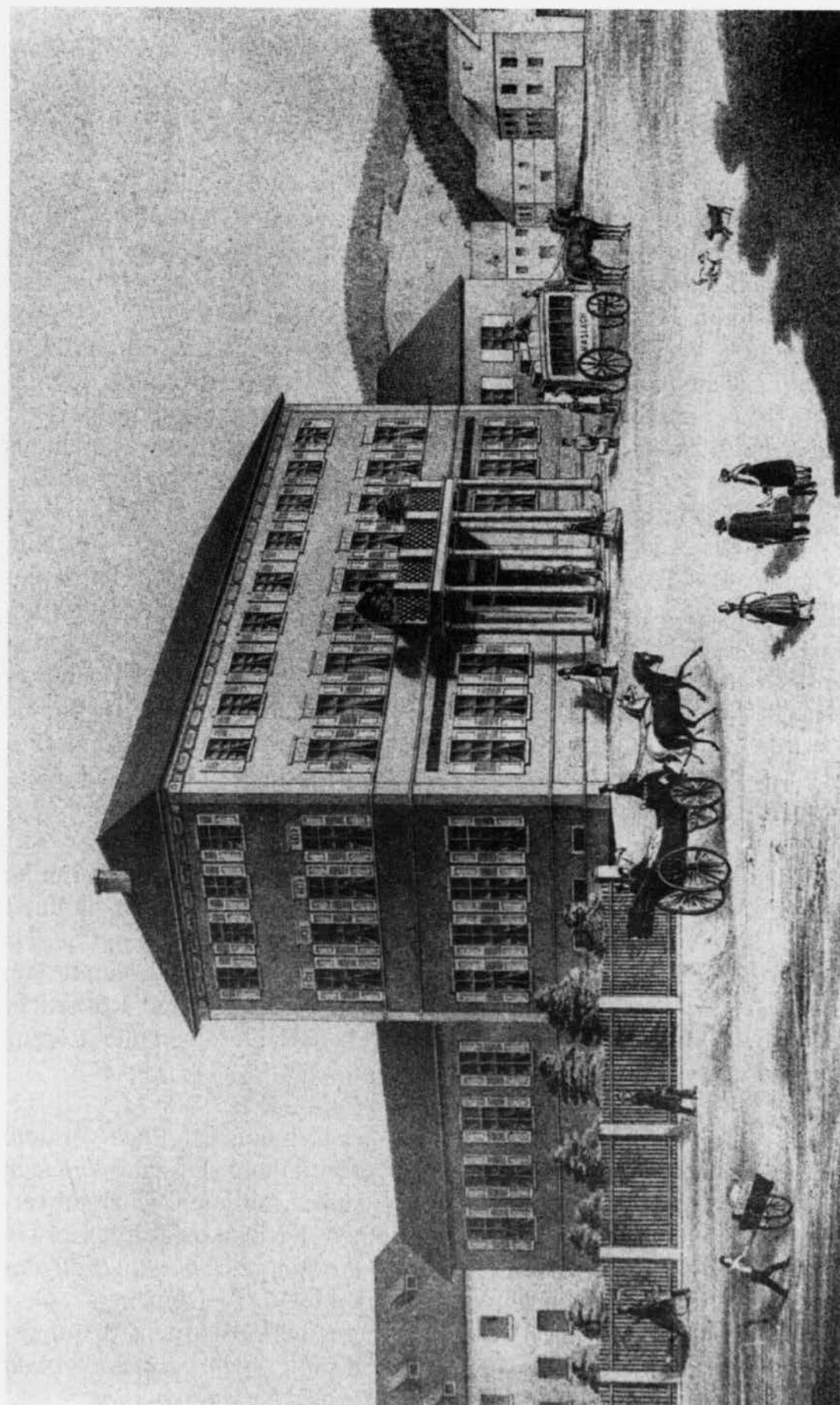
In Haslach fanden 1848 die Ideen des schlesischen Priesters Johannes Ronge, der 1844 den sogenannten „Deutschkatholizismus“ ins Leben gerufen hatte und sich gegen Heiligenkult, Reliquienverehrung und das päpstliche Primat wandte, großen Anklang. Vor allem der Seifensieder Ignaz Fritz⁴⁶, der Nagelschmied Franz Xaver Bühner⁴⁷ und der Kaufmann Xaver Gotterbarm propagierten Ronges Lehre⁴⁸, die auch von Friedrich Hecker, Gustav von Struve und Robert Blum vertreten wurde. Die sich in Haslach ausbreitende Lehre Ronges mißfiel vor allem dem Haslacher Stadtpfarrer und Dekan Joseph Kurz, der in seinen Predigten gegen den „Rongeanismus“ polemisierte. Auch die Robert-Blum-Gedächtnisfeier auf dem Haslacher Friedhof hatte er mißbilligt. An Silvester 1848 brachten ihm die Haslacher deshalb ebenfalls eine „Katzenmusik“ dar⁴⁹. Der Bruder des Bürgermeisters Joseph Fackler, der Bäckermeister Arbogast Fackler, hatte Pfarrer Kurz wegen seiner Kritik sogar öffentlich beschimpft, was ihm später ein Verfahren wegen Beleidigung einbrachte⁵⁰.

Einer der Anführer der Haslacher Revolutionäre war der bereits erwähnte Nagelschmied Franz Xaver Bühner. Heinrich Hansjakob bezeichnet ihn als einen *der rotesten Republikaner*. Er sei 1848 und 1849 der *bedeutendste und wütendste Volksredner* gewesen⁵¹. In einem Bericht des Haslacher Bezirksamtes wird er als einer der schlimmsten *Wähler* beschrieben, der revolutionäre Flugblätter und Bekanntmachungen verteilte⁵². Laut Heinrich Hansjakob *brachte er die Guillotine auf die Tagesordnung, schlug eigenhändig die Proklamation von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an die Straßenecken und rief jedem Bürger zu: ‚Verkaufe deinen besten Rock, wenn du kein Geld hast und verschaffe dir Waffen!‘*⁵³

Seit November 1848 wehte vom Haslacher Rathaus die schwarz-rot-goldene Fahne. Der Gemeinderat hatte drei derartige Fahnen für das Rathaus, für das Wachhaus⁵⁴ und das Haus des Färbers Fabian Schaettgen⁵⁵ beim Kaufmann Xaver Gotterbarm erworben⁵⁶.

Gründung des Volksvereins und Volksversammlungen im Raum Haslach

Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 in Haslach hatten den Argwohn der badischen Regierung hervorgerufen, so daß sie Anfang 1849 eine Kompanie Soldaten unter Kommando des Hauptmanns Asbrand für einige Wochen ins Städtchen schickte⁵⁷. Kaum waren die wieder abgezogen, loderte die Flamme der Revolution in Haslach erneut empor.



Das Hotel „Zum Fürstenberger Hof“, Stahlstich um 1845

Foto: Stadtarchiv Haslach

Am 4. März 1849 wurde im Hotel „Zum Fürstenberger Hof“⁵⁸ ein Volksverein gegründet⁵⁹. Die treibende Kraft zur Gründung war die Haslacher Lesegesellschaft. Sie zählte damals etwa sechzig Mitglieder, die größtenteils republikanischer Gesinnung waren⁶⁰.

Nach einem Bericht des Haslacher Bezirksamtes hielt Diakon Adolf Gerwig aus Hornberg eine glühende Ansprache an die etwa fünfhundert Personen zählende Gründungsversammlung. Er habe allerdings betont, daß nicht *der gewaltsame Umsturz, nicht das ‚Hirngespinnst des Communismus‘ der Zweck des Vereins sei, sondern Belehrung zur politischen Bildung des Bürgers, Festhalten und Wahrung der errungenen Volksrechte und möglichsste Ausdehnung derselben*. Der Volksverein habe – laut des Berichts des Bezirksamtes – bei seiner Gründung bereits dreihundert Mitglieder gezählt, eine Zahl, die in Zweifel zu ziehen ist. Es dürften höchstens etwas mehr als zweihundert gewesen sein⁶¹. Der Haslacher Volksverein übernahm die Statuten des Volksvereins Offenburg. Zum Vorsitzenden des Volksvereins wurde Rabenwirt und Gemeinderat Franz Michael Grieshaber⁶² gewählt. Eine wichtige Rolle spielte im Haslacher Volksverein auch der Oberlehrer Sebastian Pfrängele aus dem benachbarten Weiler-Fischerbach. Er wird neben Grieshaber als *Stifter* des Volksvereins bezeichnet⁶³. Einer der *Hauptredner* im Volksverein war der junge Rechtspraktikant am Haslacher Amtsgericht Albert Stigler, der drei Monate später zum Zivilkommissär ernannt wurde⁶⁴. Dem Volksverein gehörten aus den Reihen der Honoratioren der Stadt Notar Joseph Vögele, Amtschirurg Friedrich Forch, Oberlehrer Bernhard Ludwig Blum und Bürgermeister Joseph Fackler an⁶⁵.

Es kam der denkwürdige 13. Mai 1849, als die große Volksversammlung in Offenburg stattfand. 40 000 Teilnehmer kamen nach Offenburg, darunter auch viele Haslacherinnen und Haslacher. Sie waren *in Scharen auf Leiterwagen* nach Offenburg gefahren und brachten am Abend die Kunde von der Flucht des Großherzogs, der Meuterei der Rastatter⁶⁶ und Karlsruher Garnison sowie die Bildung der provisorischen Regierung unter Lorenz Brentano mit nach Hause⁶⁷.

Drei Tage später, am 15. Mai 1849, fand in Haslach auf dem Platz vor dem Hotel „Zum Fürstenberger Hof“ eine Volksversammlung statt, auf dem sich Hunderte von Frauen und Männern aus dem ganzen mittleren Kinzigtal versammelt hatten. Vom Balkon des Hotels hielten der Diakon Adolf Gerwig aus Hornberg sowie Genovefa Eisenmann, *die kleine, lebhafteste Frau* des Schneidermeister Wendelin Eisenmann⁶⁸ Reden an die Volksmenge⁶⁹. Gerwig soll mit Blickrichtung zum Haslacher Kapuzinerkloster den Ausruf gemacht haben: *Es sei gut, daß jenes Geiernest der Pfaffen ausgehoben und der Freiheit nur noch eine Gasse zu machen sei durch die Revolution*⁷⁰.



*Genovefa Eisenmann, Aquarell
von Carl Sandhaas um 1840
Foto: Stadtarchiv Haslach*

Genovefa Eisenmann habe, so Heinrich Hansjakob, zur Freiheit und zum Widerstand gegen die Tyrannenmacht aufgerufen⁷¹.

Im Raum Haslach fanden zur gleichen Zeit eine ganze Reihe von Volksversammlungen statt, an denen Haslacher Revolutionäre teilnahmen. Bereits am 18. März 1849 wurde eine Versammlung des *Demokratischen Vereins* im Gasthaus „Bären“ in Hornberg veranstaltet, bei der sich fünfzig Mitglieder aus Haslach und Hausach beteiligten. *Sämtliche waren mit roten Federn auf der Kopfbedeckung bezeichnet*, hieß es in einem Spitzelbericht an das Bezirksamt⁷². Am 22. April 1849 wurde eine Volksversammlung im Gasthaus „Ochsen“ in Weiler-Fischerbach abgehalten. Als Hauptredner sprach dort Oberlehrer Sebastian Pfrängle. Er las die Statuten des Offenburger Volksvereins vor⁷³ und plädierte dafür, daß *die freiheitlichen Märzerrungenschaften, die theils wieder verloren gegangen, theils verkümmert seyen, durch einiges und gemeinschaftliches Zusammenwirken wieder zu erlangen seien*⁷⁴.

Wenige Tage später wurde im Gasthaus „Sonne“ in Mühlenbach eine Volksversammlung durchgeführt, bei der der Haslacher Rabenwirt Franz Michael Grieshaber die Versammelten aufforderte, einen Zweigverein des Volksvereins Haslach zu gründen⁷⁵. Am 28. Mai 1849 fand im Gasthaus „Sonne“ in Steinach eine Volksversammlung statt, bei der neben dem Sonnenwirt Franz Joseph Kern⁷⁶, einem der radikalsten Revolutionäre Steinachs, auch die Haslacher Wunibald Kern⁷⁷, Fidel Haberstroh⁷⁸ und Franz Michael Grieshaber sowie der Fischerbacher Oberlehrer Sebastian Pfrängle als Redner auftraten. Grieshaber soll geäußert haben, es müsse dahin gearbeitet werden, daß die entflohenen Regierung des Großherzogs nicht mehr zurückkehren dürfe⁷⁹. Pfrängle habe in seiner Rede *die Jungfrauen* aufgefordert, *daß sie diejenigen jungen Leute, welche die Freiheit nicht vertheidigen würden, verachten und solche nicht heiraten sollten*⁸⁰. In einer zweiten Volksversammlung im Gasthaus „Ochsen“ in Weiler-Fischerbach sei dazu aufgerufen worden, so berichtet Heinrich Hansjakob, sich an der Anleihe der provisorischen Regierung Brentano zu beteiligen, worauf Hansjakobs Großmutter Luitgard Kaltenbach *einige tausend Gulden bei der neuen Republik anlegen wollte*⁸¹.

Am 23. Mai 1849 wurde vom Landesausschuß der badischen Volksvereine Franz Michael Grieshaber zum Zivilkommissär für den Amtsbezirk Haslach ernannt⁸². Er gab jedoch diesen Posten auf, als er am 3. Juni 1849 für den Amtsbezirk Haslach in die *Constituierende Versammlung*, das sogenannte „Revolutionsparlament“, in Karlsruhe gewählt wurde⁸³. Er wurde Mitglied der 5. Abteilung (= Ausschuß), die den Gesetzentwurf über *Die Rückkehr der Wehrpflichtigen Badens* zu beraten hatte und wirkte mit an dem Gesetz über die Abschaffung der Feudallasten⁸⁴.

An Grieshabers Stelle wurde der Rechtspraktikant am Haslacher Amtsgericht Albert Stigler Zivilkommissär⁸⁵. Sein Stellvertreter war der Rechtspraktikant Karl Benz, der zugleich auch Mitglied des Wehrausschusses⁸⁶ und Schriftführer des Volksvereins war⁸⁷. Vorsitzender des Wehrausschusses war Kaufmann Xaver Gotterbarm. Er sammelte mit dem Gemeinderat und Gerber Joseph Aiple von Haus zu Haus Geld für die Revolutionsregierung Brentano⁸⁸.

Klassenkämpferische Parolen wurden im Sommer 1849 vor allem von Franz Xaver Bühner und Ignaz Fritz verbreitet. Sie machten laut Heinrich Hansjakob bereits Teilungsprojekte, *um die Gleichheit des Besitztums herzustellen*⁸⁹. Im großen Saal des Hotels „Zum Fürstenberger Hof“ hielt Bühner mehrmals revolutionäre Reden und forderte die Enteignung und Aufteilung der fürstlich-fürstenbergischen Güter⁹⁰.



*Oberlehrer Bernhard Ludwig
Blum um 1870
Foto: Stadtarchiv Haslach*

Die Lehrer als Verfechter der Revolution

Als Multiplikatoren des revolutionären Gedankenguts erwiesen sich im Raum Haslach die Lehrer in Haslach, Weiler-Fischerbach, Bollenbach und Mühlenbach. Von Heinrich Hansjakob wissen wir, daß der in Haslach amtierende Oberlehrer Bernhard Ludwig Blum (1786–1871) im Mai 1848 in der Schule mit einer Papiertüte erschien und daraus schwarz-rot-goldene Kokarden an die Schüler verteilte⁹¹, welche die Haslacher Buben begeistert an ihre „Heckerhüte“ steckten⁹². Die Kokarden hatte ihm Kaufmann Xaver Gotterbarm besorgt. Offensichtlich versuchte Blum, auch seine Schüler für die Revolution zu begeistern; denn er wird im August 1849 vom Haslacher Bezirksamt beschuldigt, *hochverräterische Reden in der Schule gehalten zu haben*⁹³. Auch die Teilnahme an verschiedenen Volksversammlungen im Kinzigtal warf man ihm vor⁹⁴. Außerdem habe er bei den Haslacher Wochenmärkten der Bevölkerung aus den revolutionären „*Seebältern*“ vorgelesen, habe dabei *freche Reden* gegen die Fürsten gehalten und sei ein

überzeugter *Förderer der Revolution* gewesen⁹⁵. Blum habe, so heißt es in einem Bericht des Amtmanns Jüngling, in politischer Hinsicht auf die Haslacher Bevölkerung und besonders auf seine Schüler *verderblich* gewirkt⁹⁶.

Mit seinen Schülern habe Oberlehrer Blum, so erzählt Heinrich Hansjakob, der selbst bei ihm in die Schule ging, manchmal das revolutionäre *Schnaderhüpfel*

*Hecker, Struve, Zitz⁹⁷ und Blum,
Kommt und bringt die Preußen um!*

gesungen⁹⁸.

Am 8. August 1849 wurde Bernhard Ludwig Blum als Lehrer suspendiert und fand monatelang keine Anstellung⁹⁹.

In Weiler-Fischerbach war Oberlehrer Sebastian Pfränge, der 1817 in Hubertshofen bei Donaueschingen geboren wurde, ein entschiedener Verfechter der Revolution. Er war maßgeblich an der Gründung des Haslacher Volksvereins beteiligt. Am 22. April 1849 trat Pfränge als Redner auf der Volksversammlung im Gasthaus „Ochsen“ in Weiler-Fischerbach¹⁰⁰ und am 28. Mai 1849 auf der Volksversammlung in Steinach¹⁰¹ auf. Seine Aufforderung im Mai 1849 zum bewaffneten Aufstand gegen die Fürsten brachte ihm ein Verfahren vor dem Hofgericht in Bruchsal ein, das ihn zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte¹⁰². 1850 wurde die Strafe vom Oberhofgericht in Mannheim auf sechs Monate Zuchthaus reduziert¹⁰³.

Als Exerziermeister des ersten und zweiten Aufgebots in Mühlenbach, das 61 Wehrmänner umfaßte¹⁰⁴, tat sich der Mühlenbacher Unterlehrer Herrmann hervor¹⁰⁵. Er rief auch als Redner bei der Volksversammlung im Gasthaus „Sonne“ in Mühlenbach zur Revolution auf, bei der der Haslacher Franz Michael Grieshaber sprach¹⁰⁶. Herrmann griff mit anderen Mühlenbacher Wehrmännern flüchtige Freischärler und Soldaten auf, arrestierte sie und transportierte sie wieder nach Norden, damit sie gegen die Preußen kämpfen sollten. Ende Juli 1849 wurde er als Lehrer suspendiert und floh in die Schweiz¹⁰⁷.

In Bollenbach unterrichtete der Hauptlehrer Peter Gnirs, dem man im August 1849 vorwarf, Abonnet des revolutionären „*Volksführers*“ gewesen zu sein¹⁰⁸. Er habe durch hochverräterische Äußerungen in der Schule zur Revolution aufgerufen, hieß es in einem Bericht des Bezirksamtes. Auch er wurde im August 1849 entlassen¹⁰⁹.



*Albert Stigler als Bürgermeister
von Rastatt um 1875
Foto: Stadtarchiv Rastatt*

Mobilmachung des ersten Aufgebots und zwei „Exekutionen“

Auf Anordnung des Landesausschusses der badischen Volksvereine befahl Anfang Juni 1849 Zivilkommissär Albert Stigler die Mobilmachung des ersten Aufgebots in Haslach, was der Haslacher Gemeinderat am 6. Juni auch guthieß¹¹⁰. Auch der Bürgerausschuß stimmte der Mobilmachung zu¹¹¹ und ordnete an, für die 51 Wehrmänner des ersten Aufgebots je ein neues Gewehr, einen Tornister, ein Koppel mit Patronentaschen, eine blaue Bluse und einen schwarzen Filzhut anzuschaffen¹¹². Der Hauptmann des ersten Aufgebots war der Drechsler Georg Baumgart¹¹³. Das zweite Aufgebot kommandierte der Hafnermeister Nikolaus Haberstroh¹¹⁴.

Auch das erste Aufgebot des benachbarten Dorfes Schnellingen, das 16 Wehrmänner umfaßte, wurde mobilisiert und für sie Gewehre, Patronentaschen und blaue Blusen angeschafft¹¹⁵. Mobil machten zur gleichen Zeit auch die 17 Wehrmänner des ersten Aufgebots von Bollenbach. Auch für sie kaufte man Gewehre, Patronentaschen und blaue Blusen¹¹⁶.

Das erste Aufgebot Haslachs rückte zu zwei *Exekutionen* aus. In Abwesenheit des Zivilkommissärs Albert Stigler befahl sein Stellvertreter Karl Benz

auf Anordnung des Zivilkommissärs des Amtes Hornberg, des Diakons Adolf Gerwig, am 15. Juni 1849 den Haslacher Wehrmännern, nach St. Georgen zu ziehen, um die dortigen Wehrmänner zum Exerzieren zu zwingen¹¹⁷. Als die Haslacher in St. Georgen eintrafen, exerzierte das erste Aufgebot dort bereits, so daß sie nichts mehr zu tun bekamen und somit sich von Gerwig getäuscht fühlten. Auf dem Heimweg sollen die Haslacher Wehrmänner *den Diakonus Zivilkommissär von Hornberg* durchgeprügelt haben¹¹⁸.

Die zweite *Exekution* führte das erste Aufgebot Haslachs nach Lahr. Die Lahrer Konservativen versuchten, in der Nacht vom 25. auf 26. Juni 1849 am Bahnhof Dinglingen einen in Richtung Süden fahrenden Zug aufzuhalten, der angeblich die Staatskasse der zurückweichenden Regierung Brentano enthalten sollte¹¹⁹. Daraufhin wurden am 26. Juni die Offenburger, Gengenbacher und Haslacher Wehrmänner mobilisiert, nach Lahr in Marsch gesetzt, die Stadt für einige Tage besetzt und *kontributiert*, d. h., die Lahrer mußten Waffen, Geld und Pferde an die Revolutionstruppen abliefern¹²⁰. Georg Baumgart führte als Hauptmann die 51 Wehrmänner des Haslacher ersten Aufgebots beim Exekutionszug nach Lahr an¹²¹. Von den Haslacher Wehrmännern sind 28 namentlich bekannt¹²². Fähnrich beim ersten Aufgebot war der Aktuar beim Bezirksamt Haslach Franz Joseph Dirhold¹²³. Er war *mit Leib und Seele Freischärler und als solcher die Seele des ganzen Korps*¹²⁴. Tambour war der Maler Rudolf Blum, ein Sohn des Oberlehrers Blum¹²⁵.

Nach einem Bericht des Bezirksamtes Hornberg vom August 1849 waren die ersten Aufgebote von Hausach und Haslach *die Geisel der ganzen Umgegend*. Von den Hausacher und Haslacher Wehrmännern habe man sich stets fürchten müssen, weil sie immer bereit gewesen seien, die Befehle der revolutionären Zivilkommissäre, namentlich genant werden Zivilkommissär Albert Stigler¹²⁶ und sein Stellvertreter Karl Benz¹²⁷, in Vollzug zu setzen. Am 30. Juni und 1. Juli 1849 seien viele Soldaten und Leute von der Bürgerwehr nach der Schlacht von Kuppenheim in ihre Heimat geflohen. Die Wehrmänner der ersten Aufgebote von Hausach und Haslach, *immer bereit, die Zwecke der revolutionären Regierung zu unterstützen, durchstreiften ihre Gemarkung, arretierten solche Flüchtlinge und transportierten sie wieder rückwärts, damit sie in die Lage kamen, gegen die gesetzliche Regierung kämpfen zu müssen*.¹²⁸ Auch der Hauptmann des ersten Aufgebots in Steinach und Obmann des dortigen Wehrausschusses, der Sonnenwirt Franz Joseph Kern¹²⁹, beteiligte sich mit seinen Wehrmännern beim Einfangen von flüchtigen Freischärlern¹³⁰.



*Bürgermeister Joseph Fackler,
Aquarell von Louis Blum 1846
Foto: Stadtarchiv Haslach*

Bürgermeister Joseph Fackler und Oberst Johann Philipp Becker

Nach dem siegreichen Vordringen der Preußen über die Murglinie Ende Juni 1849 flohen die Revolutionstruppen nach Süden. Ein Teil der Freischaren, etwa 2500 Mann, unter dem Oberbefehlshaber der badischen Volkswehren, dem Obersten Johann Philipp Becker¹³¹, zog, von Offenburg kommend, am 2. Juli 1849 durch das Kinzigtal¹³². Becker plante, im Schwarzwald den Kampf fortzusetzen und von den Wäldern aus dem in der Ebene stehenden Feind empfindliche Schläge zu versetzen.

Über Gengenbach kamen die Beckerschen Freischaren am Nachmittag in Haslach an, wo sie auf dem Mühlengrün kampierten¹³³. Neben Becker waren als Freischarführer auch August von Willich¹³⁴ und der Kommandant der rheinhessischen Freischaren Ludwig Blenker sowie dessen Frau Elise Blenker in männlicher Freischärlertracht, *ein Weibsbild in Bluse und mit Heckerhut*^{134a}, dabei. Die Stadt Haslach mußte die Freischaren mit Speis und Trank versorgen¹³⁵.

Am 3. Juli war in Haslach gerade „Heuetmarkt“, ein großer Jahrmart, der jedes Jahr um den kirchlichen Festtag „Peter und Paul“ durchgeführt wird.



*Oberst Johann Philipp Becker,
Stahlstich 1849
Foto: Stadtarchiv Haslach*

Aus Furcht, die Freischärler würden auf dem Jahrmarkt Plünderungen vornehmen, bat Bürgermeister Joseph Fackler Oberst Becker, seinen Freischaren den Besuch des „Heuetmarktes“ zu untersagen. Becker scheint die Bitte erfüllt zu haben. Trotzdem requirierten die Freischaren bei ihrem Weitemarsch am Mittag des 3. Juli in Richtung Hornberg auf dem Jahrmarkt vor allem Stiefel und Schuhe¹³⁶.

Becker speiste mit Willich und Blenker im vornehmen Gasthaus „Kreuz“ gegenüber dem Rathaus. Dorthin ließ er Bürgermeister Fackler kommen und befahl ihm, alle ersten Aufgebote des Amtsbezirks Haslach ihm nach Hornberg nachzuschicken. Außerdem sollten sie einen Wagen voll Fleisch, Brot und 400 Maß Wein mitbringen. Dabei hatte Becker ausdrücklich gedroht, wenn Fackler seinem Befehl nicht befolge, werde er dafür sorgen, daß er standrechtlich erschossen werde. Außerdem werde er dann noch die Stadt Haslach militärisch angreifen.

Aus Furcht vor den angedrohten Konsequenzen sandte Fackler nachts um 1 Uhr den Nachtwächter Stelker als Boten zu sämtlichen Bürgermeistern der umliegenden Orte, um ihnen Beckers Befehl mitzuteilen. Am nächsten Morgen sammelten Gemeinderat Xaver Wölfle und Bürgerausschußmitglied Lambert Fischinger in Haslach Lebensmittel von Haus zu Haus. Als

nach Abzug der Beckerschen Freischaren die Gefahr, erschossen zu werden, nicht mehr so nahe schien, forderte Fackler durch besondere Boten die umliegenden Gemeinden auf, dem Befehl Beckers nicht Folge zu leisten. Dadurch unterblieb nicht nur der Auszug der ersten Aufgebote im Amtsbezirk Haslach, sondern auch die Auslieferung der eingesammelten Lebensmittel¹³⁷. Die Beckerschen Freischaren waren inzwischen nach Triberg weitergezogen.

"Einzelne Weiber wurden zu Hyänen"

In der letzten Phase der Revolution in Haslach wurden „*einzelne Weiber zu Hyänen*“ und propagierten erneut den Gedanken an die Guillotine¹³⁸. Einige Frauen wollten *echt kommunardenmäßig, die kurze Macht benutzen, um denen, die nicht mitgetan, ans Leben zu gehen*¹³⁹.

Die Frauen spielten offensichtlich in Haslach während der Revolution eine bedeutende Rolle. Dies bezeugt nicht nur das öffentliche Auftreten der Genovefa Eisenmann bei der Haslacher Volksversammlung am 15. Mai 1849, sondern auch die Feststellung Heinrich Hansjakobs, daß die Haslacher Frauen *anno 48 noch hitziger als ihre Männer für ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit‘ schwärmten*¹⁴⁰.

Amtmann Jüngling vom Haslacher Bezirksamt berichtete am 15. Juli 1849 an den Direktor des Mittelrheinkreises Rettig, daß der größere Teil der Haslacher Einwohnerzahl¹⁴¹ den republikanischen Ideen und namentlich der Mairevolution huldigten. Die Frauen seien dabei noch schlimmer als ihre Männer. Es sei *bei der revolutionären Gesinnung des größten Teils der hiesigen Bürgerschaft und bei der Zweifelhaftigkeit eines anderen Teils derselben weder geboten noch gut, wenn man es auf eine neue Wahl der Gemeindebeamten ankommen lassen wollte; denn voraussichtlich werden nur solche gewählt werden, welche Anhänger der Umsturzpartei sind*¹⁴². Folgerichtig setzte Jüngling nach der Niederschlagung der Revolution alle Gemeinderäte sowie den Bürgermeister ab, ließ jedoch keine Wahlen durchführen, sondern besetzte die Gemeindeämter mit ihm genehmen, konservativen Bürgern.

Die Preußen kommen

Die preußischen Truppen zogen am 22. Juli 1849 in Haslach ein und blieben in der Stadt drei Monate lang¹⁴³. Wie Heinrich Hansjakob berichtet¹⁴⁴, provozierte der Steinbrucharbeiter Johannes Dreyer, den die Haslacher den



*Preußische Soldaten verhören Johannes Dreyer am Steinbruch im Strickerwald, Federzeichnung von Curt Liebich
Foto: Stadtarchiv Haslach*

kritisch' Hans nannten, damals einen spektakulären Zwischenfall: Als die Preußen sich Haslach näherten, zündete er am Steinbruch im Strickerwald sechs Schwarzpulverpatronen, die wie donnerähnliche Kanonenschüsse durchs Kinzigtal dröhnten. Die preußischen Truppen glaubten, es werde auf sie geschossen und rückten mit einer Abteilung Reiter zum Steinbruch im Strickerwald vor. Dort trafen sie nur auf den *kritisch' Hans*, der sie mit den Worten empfing: *Steinbrechen ist keine Revolution*, was ihm beinahe seine Verhaftung einbrachte.

Bürgermeister Joseph Fackler wurde sofort von seinem Amt suspendiert¹⁴⁵ und mit dem Nagelschmied Franz Xaver Bühner verhaftet¹⁴⁶. Einige Tage später verhaftete man auch den Schmied Wunibald Kern und den Hafner

Fidel Haberstroh¹⁴⁷. Letzterer war ein *klassischer Volksredner*, einer der *glühendsten Freiheitsmänner anno 1849*, so Heinrich Hansjakob¹⁴⁸. Für das Haslacher Bezirksamt war er ein *Wühler*, der sich durch *hochverräterische Reden* hervorgetan hatte¹⁴⁹.

Albert Stigler, Georg Baumgart, Xaver Gotterbarm, Arbogast Fackler und Franz Michael Grieshaber wurden als *Hauptwühler* von den Behörden gesucht. Sie hatten sich der Verhaftung durch die Flucht ins Ausland entzogen. Baumgart¹⁵⁰, Arbogast Fackler¹⁵¹, Gotterbarm¹⁵² und Grieshaber¹⁵³ begaben sich in die Schweiz, Stigler¹⁵⁴ floh nach Frankreich. Bürgermeister Joseph Fackler, Nagelschmied Franz Xaver Bühler und Schmied Wunibald Kern wurden ins Freiburger Gefängnis zur Untersuchungshaft gebracht, nach einigen Wochen jedoch wieder freigelassen¹⁵⁵.

In Haslach wurden die Gemeinderäte Franz Michael Grieshaber, Xaver Wölfle, Joseph Aiple¹⁵⁶, die Bürgerschaftsmitglieder Leopold Kirnberger, Lambert Fischinger und Anton Fackler¹⁵⁷ ihres Amtes enthoben. Nur der regierungstreue Buchbinder Gottlieb Hinterskirch durfte Gemeinderat bleiben. Zum neuen Bürgermeister ernannte das Bezirksamt den konservativen Hammerschmied Alois Kern. Zu Gemeinderäten wurden ausnahmslos Bürger ernannt, die sich an der Revolution nicht beteiligt hatten und vor allem nicht Mitglied des Volksvereins gewesen waren: der Bäcker Franz Xaver Giesler, der Küfer Lambert Braun und der Holzhändler Martin Haberer. Die Liste der regierungskonformen Bürgerschaftsmitglieder führte Heinrich Hansjakobs Vater, der Bäcker Philipp Hansjakob, an. Es folgten der Ochsenwirt Johann Baptist Hilberer, der Gärtner Gregor Winterer, der Schlosser Leo Sahl und der Bierbrauer Martin Vollmer¹⁵⁸.

Auch in den benachbarten Dörfern Mühlenbach und Schnellingen, in denen sich zahlreiche Bürger für die Revolution eingesetzt hatten, wurden die gewählten Gemeindevertreter abgesetzt. Suspendiert wurden Bürgermeister Georg Neumeyer in Schnellingen¹⁵⁹, Bürgermeister Michael Läufer in Mühlenbach¹⁶⁰ sowie die Mühlenbacher Gemeinderäte Joseph Schultheiß und Mathias Vollmer¹⁶¹. Außerdem wurde in Mühlenbach auch der Waisenrichter Michael Keller seines Amtes enthoben¹⁶².

Die Lehrer, die sich für die Revolution engagiert hatten, wurden alle entlassen: in Haslach Oberlehrer Bernhard Ludwig Blum¹⁶³, in Bollenbach Hauptlehrer Peter Gnirs¹⁶⁴, in Weiler-Fischerbach Oberlehrer Sebastian Pfränge¹⁶⁵, in Mühlenbach Unterlehrer Herrmann¹⁶⁶.

Schwere Strafen wurden über die aus dem Raum Haslach stammenden Revolutionsteilnehmer verhängt: Franz Michael Grieshaber wurde in Abwe-

senheit vom Hofgericht in Bruchsal zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt¹⁶⁷, Albert Stigler zu 5 Jahren Zuchthaus¹⁶⁸, der Soldat Bernhard Hansjakob, ein Vetter Heinrich Hansjakobs, zu 15 Jahren Zuchthaus¹⁶⁹, der Soldat Anton Franz zu 10 Jahren Zuchthaus¹⁷⁰, der Nagelschmied Franz Xaver Bühner zu 6 Monaten Zuchthaus¹⁷¹, der Hafner Fidel Haberstroh zu 1 Jahr Zuchthaus¹⁷², der Fischerbacher Oberlehrer Sebastian Pfränge ebenfalls zu 1 Jahr Zuchthaus¹⁷³.

Dank seines ausgezeichneten Verteidigers, des Rechtsanwaltes Gustav Rée aus Offenburg¹⁷⁴, wurde Bürgermeister Joseph Fackler 1850 vom Hofgericht in Bruchsal freigesprochen. Rée konnte überzeugend nachweisen, daß Fackler von Oberst Johann Philipp Becker unter Androhung der standrechtlichen Erschießung gezwungen wurde, den Beckerschen Befehlen Folge zu leisten¹⁷⁵.

Ende Juli 1849 kam es in Haslach noch einmal zu einer Demonstration für die Revolution. Der Schreiner Wilhelm Ruf, einer der engagierten Mitglieder des inzwischen verbotenen Volksvereins, sang in Anwesenheit preußischer Truppen das Heckerlied. Bevor die preußischen Soldaten ihn verhaften konnten, war er in die Schweiz geflohen¹⁷⁶.

Nach der Niederwerfung der Revolution desertierten viele Soldaten, die aus Haslach und den umliegenden Orten stammten. Zahlreiche Wehrpflichtige entzogen sich durch Flucht des Eintritts in die großherzogliche Armee, unter ihnen auch der Kupferstecher Julius Allgeyer und der Maler Rudolf Blum¹⁷⁷. Sie traf wie alle *Refractairs* und Deserteure die übliche harte Strafe: Verlust der badischen Staatsbürgerschaft und Geldbuße in Höhe von 1200 Gulden¹⁷⁸. Die meisten von ihnen wurden später begnadigt, sofern sie nicht nach Amerika auswanderten.

*Die Revolution hatte manche von Hasle nach der neuen Welt getrieben, die einen aus Furcht, die andern, weil die Freiheit ihren Tod gefunden*¹⁷⁹. Unter 80 000 Badenern, die nach 1849 in die USA auswanderten, da sie die politischen Verhältnisse daheim zu unerträglich empfanden, waren auch sechs Haslacher, der Seifensieder Ignaz Fritz, der Nagelschmied Franz Xaver Bühner, der Metzger Joseph Geiger, der Bäcker Arbogast Fackler, der Färber Bernhard Hansjakob sowie der Bäcker Fidel Hansjakob¹⁸⁰.

Daß in Haslach das Andenken an die badische Revolution von 1848/49 noch lange fortlebte, beweist die Teilnahme zahlreicher Haslacher Sozialdemokraten an der Einweihung des Denkmals für die standrechtlich erschossenen Freischärler auf dem Rastatter Friedhof im Jahre 1899. Das Monument war anläßlich des fünfzigjährigen Jahrestages der Niederschla-

gung der badischen Revolution aufgestellt worden. Für das Denkmal sammelte der damalige SPD-Vorsitzende von Haslach Wilhelm Engelberg¹⁸¹ Geld in seiner Heimatstadt. Und der große Sohn Haslachs, der Pfarrer, Politiker und Schriftsteller Heinrich Hansjakob, betonte immer wieder, daß das ihn prägende Jugenderlebnis die badische Revolution 1848/49 in Haslach war. Damals sei er *Freiheitsmann mit Leib und Seele* geworden¹⁸². Noch als 73jähriger schreibt er 1910: *Mich beherrschen die anno 1848 und 49 eingesogenen Ideen immer noch.*¹⁸³

Anmerkungen

- 1 Heinrich *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit (16. Aufl., Haslach 1986), S. 263. Heinrich Hansjakob erweist sich in seiner Darstellung der Revolution in Haslach (vgl. das Kapitel „*Die Revolution*“ in: Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 250–282) als zuverlässiger Historiker; denn fast alle von ihm beschriebenen Ereignisse können anhand der Archivquellen bestätigt werden. Außerdem hat er bei der Abfassung des Kapitels zahlreiche Zeitzeugen befragt. Zu Hansjakobs als Historiker vgl. Heinrich *Finke*, Heinrich Hansjakob und seine Anfänge als Historiker (Freiburg 1938), neuerdings: Johannes *Werner*, Heinrich Hansjakob als Historiker. Eine Revision, in: Die Ortenau 74 (1994), S. 495–506.
Die bisherige Literatur zur Revolution 1848/49 in Haslach: Werner *Scheurer*, Schicksale Haslacher Revolutionäre. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution 1848/49 im Kinzigtal, in: Die Ortenau 60 (1980), S. 172–207; Manfred *Hildenbrand*, Haslach im Kinzigtal, in: Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg (Karlsruhe 1997), S. 230–233.
- 2 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 263.
- 3 Ebenda, S. 221 f.
- 4 Hermann *Fautz*, Schiltach in den Revolutionsjahren 1848 und 1849, in: Die Ortenau 54 (1974), S. 221.
- 5 Alfred *Frei*/Kurt *Hochstuhl*, Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit (Karlsruhe 1997), S. 46; Rainer *Wirtz*, „Wideretzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale“. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848 (Frankfurt/Berlin/Wien 1981), S. 177.
- 6 Gemeinderatsprotokoll v. 27. 9. 1847, Stadtarchiv Haslach (im folgenden StH abgekürzt).
- 7 Prozeßkosten des Advokaten Dr. Friedrich Hecker, Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1848, StH. Das Honorar Heckers betrug 67 Gulden, 44 Kreuzer.
- 8 Gemeinderatsprotokoll v. 25. 5. 1848, StH.
- 9 Zit. n. Heinz G. *Huber*, Wer kennt ihre Zahl, wer noch ihre Namen?, in: Offenburger Tageblatt v. 25. 8. 1979.
- 10 Großherzoglich Badisches Regierungsblatt v. 23. 1. 1847, S. 13–15.
- 11 Gemeinderatsprotokoll v. 2. 2. 1847, StH.
- 12 Joseph Fackler (1815–1871) war am 7. 11. 1846 zum Bürgermeister gewählt worden, über ihn ausführlich *W. Scheurer*, a. a. O., S. 183 ff.
- 13 Franz Michael Grieshaber (1810–1863) war seit 1845 Gemeinderat, Seit 1846 städtischer Baumeister in Haslach, vgl. *W. Scheurer*, a. a. O., S. 172 ff.
- 14 Gemeinderatsprotokoll v. 2. 2. 1847, StH. Der Bäcker und Kastenvogt Eduard Hansjakob (1812–1872) war ein Vetter Heinrich Hansjakobs.

- 15 Gemeinderatsprotokoll v. 2. 2. 1847, StH.
- 16 Die Hauskollekte erbrachte den schönen Betrag von 225 Gulden, vgl. Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1847, StH.
- 17 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 221 f.
- 18 Vgl. darüber ausführlich Franz X. *Vollmer*, Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution (Karlsruhe 1997), S. 80 ff.; ders., Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden (Frankfurt a. M. 1979), S. 81 ff.
- 19 Generallandesarchiv Karlsruhe (im folgenden abgekürzt GLA) 236/8525, 38 u. 45. Xaver Gotterbarm (1814–1892) hatte seinen Kaufladen in dem mächtigen Fachwerkhaus (heutiges Haus Rothermel) neben dem Kaufhausgebäude.
- 20 GLA 236/8525, 38 u. 45. Joseph Neumaier (1810–1883) war verheiratet mit Genovefa Gotterbarm, einer Schwester von Xaver Gotterbarm.
- 21 GLA 236/8535, 1881.
- 22 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 254 ff.
- 23 Otto *Kähni*, Offenburg und die demokratische Volksbewegung (Offenburg 1947), S. 35 f.
- 24 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 254.
- 25 Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1848, StH.
- 26 H. *Hansjakob*, Aus einer Jugendzeit, a. a. O., S. 255.
- 27 Ebenda, S. 257.
- 28 Johann Baptist *Bekk*, Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte des Mai 1849 (Mannheim 1850), S. 126 ff. Vgl. auch Heinrich *von Andlaw*, Der Aufruhr und Umsturz in Baden, Bd. 1 (Freiburg 1850), S. 125 ff.
- 29 GLA 236/8535, 117 und 237/8577, 77.
- 30 GLA 236/8525, 39 u. 45.
- 31 Ebenda.
- 32 GLA 236/8512, 126; 234/10198, 168–169.
- 33 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 260. Das Stadtarchiv Haslach besitzt aus dem Nachlaß des Buchbindermeisters Wilhelm Engelberg (1862–1947) ein solches Heckerbild aus dem Jahre 1848. Er stammt offenbar aus dem Nachlaß seines Vaters Julius Engelberg (1829–1902), der es wiederum von seinem Vater Wilhelm von Engelberg (1800–1856) geerbt haben dürfte.
- 34 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 260.
- 35 Oberamtmann Anton Dilger (1806–1885) kam 1835 an das Bezirksamt Haslach. Ihn traf Heinrich Hansjakob am 10. 9. 1881 in Achern, als er seinen Freund, den Pfarrer und Dekan Franz Xaver Lender, besuchte. Laut Hansjakob war die „Katzenmusik“ der Anlaß, daß sich Dilger am 2. 5. 1848 ans Bezirksamt Achern als Oberamtmann versetzen ließ. Vgl. Heinrich *Hansjakob*, Aus kranken Tagen, (Neuaufgabe, Achern 1992), S. 9.
- 36 Unter einer „Katzenmusik“ verstand man damals ein zur Verspottung dargebrachtes Ständchen mit ohrenbetäubendem Lärm. Vgl. auch H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 262.
- 37 GLA 236/8561, 32; 236/8208, 132; vgl. auch W. *Scheurer*, a. a. O., S. 197 f. Nach Heinrich Hansjakob war der Schmied Wunibald Kern (1794–1875) ein *Volks- und Freiheitsrechner*, der Ludwig Börnes Briefe aus Paris auswendig wußte. Vgl. H. *Hansjakob*, Bauernblut (14. Aufl., Haslach 1974), S. 127.
- 38 GLA 76/2750. Der evangelische Diakon Adolf Gerwig (1812–1862) wurde in Pforzheim geboren. Nach dem Theologiestudium wurde er 1846 Diakon und erster Lehrer an der Höheren Bürgerschule in Hornberg. Er wanderte 1849 in die USA aus und wurde in Cincinnati Pfarrer beim 37. Ohio-Regiment. Am 13. 2. 1862 bereitete er seinem

- Leben mit einer Kugel selbst ein Ende. Vgl. W. Scheurer, a. a. O., S. 189 ff. Gerwig hielt seine Ansprache auf Robert Blum bereits am 19. 11. 1848 in Hornberg. Er ließ den Text zugunsten der Witwe und Waisen Blums drucken (Verlagsdruckerei G. Muhl, Baden-Baden 1848).
- 39 GLA 236/8577, 55. H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 261. Franz Michael Grieshaber (1810–1863) war der Sohn des aus Steinach stammenden Jakob Grieshaber, der seit 1792 Wirt des Gasthauses „Raben“ in Haslach war. Das in Offenburg erscheinende *Wochenblatt* schrieb am 29. 12. 1848: *Bei der am 3. des Monats zu Haslach im Kinzigthal abgehaltenen Leichenfeier Robert Blum's und der zugleich veranstalteten Collecte für dessen hinterlassene Familie sind 37 Gulden, 46 Kreuzer eingegangen, welche im Verhältnis der nicht namhaften Größe des Ortes ein ansehlicher Betrag ist.*
- 40 Der Maler und Gärtner Rudolf Blum (1829–1853) war ein Sohn des Oberlehrer Bernhard Ludwig Blum (1786–1871), der während der Revolution in Haslach eine bedeutende Rolle spielte.
- 41 Joseph Gotterbarm (1827–1898) war der Sohn des Fuhrmanns Xaver Gotterbarm (1782–1829) und ein Bruder des Kaufmanns Xaver Gotterbarm (1814–1892).
- 42 Der Metzger Joseph Geiger wurde 1806 in Haslach geboren und wanderte nach der Revolution in die USA aus.
- 43 Das Gasthaus „Raben“ war seit 1836 im Besitz von Franz Michael Grieshaber. Dieser verlegte 1840 das Gasthaus von der Hauptstraße neben dem Rathaus an seinen heutigen Platz (heutiger Name Bistro „Le Corbeau“), wodurch es gegenüber der damaligen Amtskanzlei (heute steht dort das Sparkassengebäude) zu liegen kam. Der „Raben“ war auch Tagungslokal der Haslacher Lesegesellschaft, die seit 1847 der Treffpunkt der republikanisch gesinnten Haslacher war. Vgl. GLA 236/8525, 45.
- 44 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 262.
- 45 Amtmann Jüngling löste am 2. 5. 1848 Oberamtman Dilger ab. Jüngling war vorher Amtmann am Bezirksamt Oberkirch, vgl. Großherzoglich Badisches Regierungsblatt v. 18. 4. 1848, S. 118.
- 46 Ignaz Fritz wurde 1807 in Rastatt geboren und wanderte nach der Revolution mit seiner Familie in die USA aus. Er wurde in Haslach der *Seifennazi* genannt. Laut Heinrich Hansjakob war er *ein erzliberaler Maulheld*, der in den Haslacher Gastwirtschaften über Pfaffen, den Papst und die Kirche schimpfte. Vgl. Heinrich *Hansjakob*, Der Lindentoni, in: *Verschollene Schriften Hansjakobs*, hrsg. v. Anton *Trunz* (Überlingen 1929), S. 36 f.
- 47 Franz Xaver Bühler wurde 1799 in Haslach geboren und wanderte 1849 mit seiner Familie in die USA aus.
- 48 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 251; ders., *Wilde Kirschen* (16. Aufl., Haslach 1983), S. 85.
- 49 H. *Hansjakob*, *Wilde Kirschen*, a. a. O., S. 262. Joseph Kurz (1799–1872) war seit 1848 Pfarrer und Dekan ins Haslach. Er war ein Studienfreund des Oberamtman Dilger. Beide galten als *Häupter der antirepublikanischen Partei* in Haslach, vgl. Heinrich *Hansjakob*, Aus meiner Studienzeit (10. Aufl., Freiburg 1966), S. 28.
- 50 GLA 236/8535, 119–120; 237/2727, 3, 7–8; 239/4957, 93–95.
- 51 H. *Hansjakob*, *Wilde Kirschen*, a. a. O., S. 84, 86.
- 52 GLA 236/8510, 8; 236/8535, 118; 237/227, 3.
- 53 H. *Hansjakob*, *Wilde Kirschen*, a. a. O., S. 86.
- 54 Das Wachhaus am ehamligen Unteren Tor stand gegenüber dem Gasthaus „Bayerischer Hof“ und diente als Ortsarrest sowie als Wohnung für den Polizeidiener. Es wurde 1934 abgerissen.

- 55 Das Haus des Färbers Fabian Schaettgen (1821–1894) stand am ehemaligen Oberen Tor. Es war das heutige Haus des Blumengeschäfts Göppert, Hauptstr. 53, früher Haus Neumaier („Katzenkrämer“). Fabian Schaettgen war seit 1854 Ratsschreiber.
- 56 Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1848, StH.
- 57 Militärsachen IX/99, StH. Vgl. auch H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 262.
- 58 Das Hotel „Zum Fürstenberger Hof“ wurde 1840 vom Haslacher Adlerwirt Franz Zachmann (1798–1851) als Badhotel erbaut. Baumeister war der Haslacher Joseph Näher (1792–1848), der das Gebäude im klassizistischen Weinbrenner-Stil konzipierte. Vgl. Franz *Schmider*, Der Fürstenberger Hof in Haslach i. K., in: Die Ortenau 38 (1958), S. 95–127; vgl. auch Heinrich *Hansjakob*, Bauernblut, a. a. O., S. 281 f.
- 59 GLA 236/8209, 109–110.
- 60 GLA 236/8201, 112–116.
- 61 Ebenda. Die vom Haslacher Bezirksamt genannten 300 Mitglieder des Volksvereins dürften zu hoch geschätzt sein; denn im Offenburger Wochenblatt v. 20. 4. 1849 lesen wir in einem Bericht über den Kreiskongreß der Volksvereine in Renchen, daß der Haslacher Volksverein 186 Mitglieder hatte. Interessant sind auch die Mitgliedszahlen der übrigen Orte im mittleren Kinzigtal: Hausach 85 Mitglieder, Steinach 117 Mitglieder, Fischerbach 24 Mitglieder, Schnellingen 35 Mitglieder (*von den 36 Bürgern der Gemeinde*). Da Fischerbach und Schnellingen keinen eigenen Volksverein besaßen, dürften die Fischerbacher und Schnellinger Mitglieder zum Haslacher Volksverein gehört haben, was dann für den Volksverein Haslach 245 Mitglieder bedeuten würde. Zum Vergleich: der Offenburger Volksverein zählte 231 Mitglieder.
- 62 GLA 236/8208, 132; 236/8502, 127–128; 236/8509, 25; 236/8517, 75.
- 63 GLA 235/29562, 106; 234/2055, 85, 102.
- 64 GLA 234/10206, 70; 236/8578, 209–210; 236/8509, 25.
- 65 GLA 236/8209, 109–110. Notar Joseph Vögele wurde 1802 in Endingen (Kaiserstuhl) geboren und starb bereits 1850 in Haslach. Der Arzt und Amtschirurg Friedrich Forch wurde 1809 in Mannheim geboren und heiratete 1845 Wilhelmine Kraft, die Tochter seines Vorgängers, des Haslacher Amtschirurgen Fidel Kraft. Forch starb 1872 in Haslach.
- 66 Der Vetter Heinrich Hansjakobs, der Färber Bernhard Hansjakob, geboren 1825 in Haslach, war Soldat beim 1. Infanterieregiment in Rastatt. Er war laut Anklageschrift des Kriegesgerichts in Karlsruhe *ein Wühler* und Anführer beim Sturm der revoltierenden Soldaten auf die Leopoldskaserne in Rastatt am 13. 5. 1849, der den Auftakt der Soldatenmeuterei in der Festung Rastatt bildete, vgl. GLA 233/31153, 247–248, vgl. auch Landkreis Rastatt. Heimatbuch (Rastatt 1974), S. 53 f.; Karl *Stiefel*, Baden 1648–1952, Bd. 1 (Karlsruhe 1977), S. 281; Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung, a. a. O., S. 488. Bernhard Hansjakob wurde 1850 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, vgl. GLA 237/2788, 48–49; 237/2821, 20–21; 237/2822, 24, 28, 33. Er entzog sich der Strafe durch die Flucht in die USA, vgl. H. *Hansjakob*, Bauernblut, a. a. O., S. 291.
- 67 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 263.
- 68 Genovefa Eisenmann geb. Krämer (1811–1858) heiratete 1831 den Schneidermeister Wendelin Eisenmann (1806–1879). Obwohl Genovefa Eisenmann auf der Haslacher Volksversammlung zur Revolution aufgerufen hat, wurde sie nach Niederschlagung der Revolution strafrechtlich offenbar nicht verfolgt. Im GLA und im Staatsarchiv Freiburg befinden sich über sie keine Strafverfolgungsakten.
- 69 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 264.

- 70 Ebenda, S. 342.
- 71 Ebenda, S. 264.
- 72 GLA 76/2750: *Gehorsamste Mitteilung des Brigadier Pfaff.*
- 73 GLA 240/2147, Vortrag v. 23. 2. 1850; Nachschrift, S. 10.
- 74 GLA 240/2147, Rekursführung, S. 4.
- 75 GLA 240/1666, Rekurschrift Grieshabers.
- 76 Franz Joseph Kern wurde 1817 in Prechtal als Sohn des dortigen Hirschwirts geboren und starb 1850 in Steinach. Er war Obmann des Wehrausschusses in Steinach, vgl. GLA 247/252, 3 u. 8–9. Er wurde wegen Mobilmachung des ersten Aufgebots in Steinach des *Hochverrats* beschuldigt, vgl. GLA 237/2727, 3. Er hatte im Juli 1849 angeordnet, flüchtige Freischaren und Soldaten wieder zur Volkswehr zu bringen, vgl. GLA 236/8535, 118–120. Am 6. 8. 1850 wurde er vom Hofgericht in Bruchsal zu 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, vgl. GLA 237/2788, 33–34; 237/2993, 3; vgl. auch W. *Scheurer*, a. a. O., S. 296; Peter *Fischer*, Steinach 1139–1989 (Freiburg 1989), S. 234 ff.
- 77 Wunibald Kern wird vom Haslacher Bezirksamt als *Wähler* bezeichnet, weil er auf der Steinacher Volksversammlung *hochverräterische Reden* gehalten habe. GLA 236/8510, 8; 236/8585, 119–120..
- 78 GLA 236/8585, 119–120; 237/2727, 3; über den Hafner Fidel Haberstroh vgl. unten S. 337.
- 79 GLA 240/1666, Rekurschrift Grieshabers.
- 80 GLA 240/2147, Rekursausführung, S. 4.
- 81 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 267. Die Großmutter Heinrich Hansjakobs mütterlicherseits Luitgard Kaltenbach geb. Heim (1791–172) war mit dem Handelsmann und Hausierer Franz Xaver Kaltenbach (1776–1834), dem legendären „Wälder-Xaveri“, verheiratet.
- 82 GLA 48/3076, 69; 229/85771, 36; 229/94528, 54; 231/1127, 130; 236/8571, 41.
- 83 GLA 48/3076, 63; 48/3078, 182; 49/2413, 130; 236/8510, 8; 236/8535, 118–119; 237/2711, 4–5; 237/2727, 7–8. Vgl. auch Sonja-Maria *Bauer*, Die verfassungsgebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849 (Düsseldorf 1991), S. 57 f.
- 84 GLA 231/1128, 51 f.
- 85 GLA 236/8208, 132; 236/8571, 41; 236/17128, 12; 48/3076, 63; 234/10206, 61–62 u. 70; 237/2778, 49; 236/8510, 8; 236/8535, 118–119; 171/2379, 40; 229/94528, 54; 231/1127, 130. Albert Stigler wurde 1824 in Krozingen als Sohn des Posthalters und Gastwirts Josef Fidel Stigler geboren. Seit 1862 war er Rechtsanwalt in Rastatt und wurde Bürgermeister dieser Stadt. Von 1861 bis 1863, von 1871 bis 1879 und von 1889 bis 1890 war er nationalliberaler Abgeordneter im Landtag. Er starb 1899 in Rastatt. Vgl. W. *Scheurer*, a. a. O., S. 188 f.
- 86 GLA 234/10206, 26, 29–30 u. 62; 237/2727, 3–4.
- 87 GLA 234/10206, 29; 236/8208, 132; 236/8509, 25; 234/10206, 69. Über Karl Benz konnte nur in Erfahrung gebracht werden, daß er wie Stigler Rechtspraktikant am Haslacher Amtsgericht war. Sein Geburtsort und Geburtsjahr ist nicht bekannt. Er wurde Ende Juli 1849 verhaftet und nach Karlsruhe gebracht, wo er als politischer Gefangener in der Infanteriekaserne eingesperrt wurde, vgl. GLA 236/8561, 86 u. 104; 236/8510, 8. Später war er Rechtsanwalt in Owingen am Bodensee.
- 88 GLA 237/2727, 3; 237/2778, 49; 236/3108, 83.
- 89 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 268.
- 90 GLA 236/8535, 118; 237/2727, 3. H. *Hansjakob*, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 86.
- 91 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 226.

- 92 Heinrich *Hansjakob*, Auf der Festung (1. Aufl., Würzburg 1870), S. 24 f.
- 93 GLA 235/29562, 106.
- 94 Ebenda.
- 95 GLA 236/8525, 40; 235/1638, 54–55.
- 96 GLA 236/8507, 43. Vgl. auch W. *Scheurer*, a. a. O., S. 192 ff.
- 97 Franz Heinrich Zitz (1803–1877) war ein radikaler Republikaner aus Mainz, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. Der Spruch wurde meistens auf die Melodie des Liedes *Schleswig-Holstein meerumschlungen* gesungen. Vgl. Wolfgang *Steinitz*, Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, Bd. 2 (Berlin 1979), S. 185 ff.
- 98 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 229.
- 99 Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849, StH; GLA 235/29562, 106.
- 100 GLA 234/2055, 85 u. 102; 235/29562, 106.
- 101 GLA 240/2147, Vortrag v. 10. 4. 1850; 240/2147, Rekursausführung.
- 102 GLA 237/2727, 3; 237/2788, 10–11; 234/1900; 237/16845.
- 103 GLA 237/2818, 116; 234/2055, 63–64. Vgl. auch Werner *Scheurer*, Sebastian Pfrängle – ein Fischerbacher Revolutionär von 1848/49, in: Elfie *Harter-Bachmann*/Alfred *Buchholz* (Hrsg.), Fischerbach, eine Ortsgeschichte in Wort und Bild (Freiburg 1989), S. 92 ff.
- 104 Unterlagen für die Revolution 1848/49, Verwaltungssachen 720, Gemeindearchiv Mühlenbach.
- 105 GLA 235/16383, 55.
- 106 GLA 240/160.
- 107 GLA 235/29562, 106; 236/8212, 269.
- 108 GLA 235/16383, 91; 236/8567, 42.
- 109 GLA 235/29562, 106; 236/8212, 269.
- 110 Gemeinderatsprotokoll v. 6. 6. 1849, StH.
- 111 Protokoll der Bürgerausschutzsitzung v. 10. 6. 1849, StH.
- 112 Ebenda. Vgl. auch die Stellungnahme des Amtmanns Jüngling v. 20. 6. 1849, Kriegskostenforderungen 1849, Verwaltungssachen IX, 5, StH; Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849, StH.
- 113 GLA 313/4301, 23; 237/2727, 3; 237/2335, 3; 247/31, 3; 247/65. Vgl. auch H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 264, 280. Hansjakob nennt ihn fälschlicherweise Baumgartner. Er traf ihn 1874 als Drechslermeister im Schweizer Exil in Bern wieder. Vgl. auch W. *Scheurer*, a. a. O., S. 196 f. Der Drechsler Georg Baumgart wurde 1821 in Haslach als Sohn des Wagners Georg Baumgart geboren, der aus Jechtingen (Kaiserstuhl) stammte. Georg Baumgart jun. ist vermutlich in Bern gestorben, wo er 1878 in zweiter Ehe die Schweizerin Magdalene Nobs heiratete.
- 114 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 264. Nikolaus Haberstroh (1810–1868) hatte wie sein radikalerer Bruder Fidel Haberstroh (über ihn vgl. unten S. 337) seine Hafnerwerkstatt im Inneren Graben hinter der katholischen Stadtkirche, aber nur Fidel Haberstroh wurde der *Hafner hinter der Kirch* genannt.
- 115 Rechnungsbuch der Gemeinde Schnellingen 1849, StH; Maiaufstand 1849, Verwaltungssachen Schnellingen IX, 4, StH.
- 116 Kriegs- und Militärsachen, Ausgaben 1849, Verwaltungssachen Bollenbach IX, 1/b, StH.
- 117 GLA 234/102106, 26, 29–30 u. 62; 237/2727, 3–4. Vgl. auch H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 264 f.
- 118 Ebenda, S. 265.

- 119 Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Revolution* (Heidelberg 1851), S. 629 f.; H. *Hansjakob*, *Aus meiner Jugendzeit*, a. a. O., S. 269 f.
- 120 *Revolution im Südwesten, Stätten der Demokratiebewegung*, a. a. O., S. 248; Erwin *Dittler*, *Die Revolutionsjahre 1848/49*, in: Kurt *Klein* (Hrsg.), *Land um Rhein und Schwarzwald. Die Ortenau in Geschichte und Gegenwart* (4. Aufl., Kehl 1980), S. 142.
- 121 GLA 313/4301, 23; 237/2727, 3; 247/31, 3.
- 122 GLA 247/65, 7; 237/8535, 119–120; Ausgaben für die Mairevolution 1849, Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849, StH. Folgende Wehrmänner des ersten Aufgebots sind namentlich bekannt: Georg Baumgart (Hauptmann), Franz Joseph Dirhold (Fähnrich), Rudolf Blum (Tambour), Karl Birbele, Anton Böhler, Karl Dietsche, Arbogast Fackler, Raimund Flach, Alois Fürst, Joseph Gotterbarm, Xaver Gotterbarm, Joseph Haaser, Anton Hansjakob, Gustav Hansjakob, Joseph Herrmann, Lorenz Herrmann, Gustav Hinterskirch, Karl Hinterskirch, Ferdinand Kraft, Wilhelm Kraft, Fridolin Küstler, Joseph Lippert, Philipp Neumaier, Alexander Sandhaas, Xaver Sandhaas, Norbert Uhl, Xaver Walz, Joseph Zimmermann.
- 123 GLA 237/2735, 4 u. 15–16; 247/33, 3.
- 124 H. *Hansjakob*, *Bauernblut*, a. a. O., S. 284. Franz Joseph Dirhold wurde 1824 als Sohn des Adlerwirts Lorenz Dirhold (1778–1860) in Haslach geboren. Er war in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts Registrator in Überlingen und ist wahrscheinlich auch dort gestorben. Sein Bruder Franz Xaver Dirhold (1806–1881) war Pfarrer in Wollmatingen am Bodensee. Er scheint einer der wenigen Priester gewesen zu sein, die sich offen zur Revolution 1848/49 bekannt hatten. So hielt er am Karfreitag, dem 21. April 1848, in der Wollmatinger Kirche eine Predigt, die ihm ein Verfahren wegen Aufreizung zum Aufruhr einbrachte. Vgl. Irmtraud *Götz von Olenhusen*, *Klerus und abweichendes Verhalten. Zur Sozialgeschichte katholischer Priester im 19. Jahrhundert: Die Erzdiözese Freiburg* (Göttingen 1994), S. 230. Heinrich Hansjakob nennt Pfarrer Franz Xaver Dirhold einen *der geistig bedeutendsten Haslacher des 19. Jahrhunderts*, vgl. H. *Hansjakob*, *Bauernblut*, a. a. O., S. 284. Er lobt auch seine *kirchlich und politisch revolutionären* Predigten während der 48er Revolution, vgl. H. *Hansjakob*, *Wilde Kirschen*, a. a. O., S. 260.
- 125 Vgl. dazu oben S. 326, 329, 330.
- 126 GLA 233/31153, 90; 236/8578, 209–210.
- 127 GLA 236/17128, 12.
- 128 GLA Zg 182, 1850, S. 422–423.
- 129 GLA 247/252, 3, 8–9. Über Franz Joseph Kern vgl. oben S. 328.
- 130 GLA 236/8585, 118–119.
- 131 Zu Johann Philipp Becker vgl. Rolf *Dlubek*, *Ein deutscher Revolutionsgeneral. Johann Philipp Becker in der Rechtsverfassungskampagne*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 7 (1972), S. 557–611. Der gelernte Bürstenbinder Johann Philipp Becker (1809–1886), geboren in Frankenthal (Pfalz), war bereits 1832 Redner auf dem Hambacher Fest. 1838 emigrierte er in die Schweiz und gründete in Biel eine Zigarrenfabrik. 1848 stellte er eine Freiwilligenlegion zur Unterstützung Heckers auf. 1849 war er Oberbefehlshaber der badischen Volkswehren. Seit 1862 arbeitete er mit Marx, Engels und Herwegh an der Zeitung *Social-Demokrat*. 1865 wurde er Präsident der deutschen Sektion des Schweizer Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterassoziation, 1867 auch Präsident der gesamten deutschsprachigen Sektion der Internationale. Vgl. auch S.-M. *Bauer*, a. a. O., S. 331.
- 132 Johann Philipp *Becker/Christian Esselen*, *Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution des Jahres 1849* (Genf 1849), S. 423. Becker beschreibt hier die Zusammensetzung der

- Freischaren, mit denen er durchs Kinzigtal zog: *Er (Becker) hatte nur Volkswehrtruppen bei sich, nämlich das rheinhessische Corps, die schwäbische Legion, das Karlsruher Freikorps, die Schützenkompanie Heuberger, die Batterie Borkheim und einige Chevauxlegers und Dragoner.* Vgl. auch die *Erinnerungen aus dem 1. Juli 1849* von Karl Huber, in: Offenburger Wochenblatt 1850, S. 536–538.
- 133 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 272 f.
- 134 Ebenda. August von Willich (1810–1878), geboren in Köln, bis 1847 preußischer Berufsoffizier, nahm 1848 am Heckeraufstand teil. Danach gründete er in Besançon die deutsche Arbeiterlegion, die 1849 in der Pfalz und in Baden kämpfte. Er emigrierte in die USA und wurde im amerikanischen Sezessionskrieg Brigadegeneral.
- 134a H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 272.
- 135 In den Rechnungen der Stadt Haslach befindet sich ein Beleg über *30 Stück Schoppenbecher für die Beckerschen Freischaren*, Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849, StH.
- 136 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 273.
- 137 GLA 237/2727, 3; 247/112; 237/2727, 8–9; 237/16844–16845. Vgl. auch W. *Scheurer*, a. a. O., S. 187 f. Becker schreibt in seinen Revolutionsmemoiren: *Unterwegs wollte er (Becker) die Volkswehren des Schwarzwaldes mit sich nehmen, traf aber bei theilweiser Bereitwilligkeit der jungen Leute viele Schwierigkeiten bei den Vätern und den Ortsbehörden, so daß er (Becker), um nicht Zeit zu verlieren, meistens theils von der Rekrutierung abstehen mußte.* Vgl. Joh. Phil. *Becker/Chr. Esselen*, a. a. O., S. 423.
- 138 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 266.
- 139 Ebenda, S. 271. Nach Heinrich Hansjakob hat man nach Niederschlagung der Revolution im Hotel „Zum Fürstenberger Hof“ die Akten des Haslacher Revolutionskomitees gefunden. Darunter sei eine Liste der konservativen, antirepublikanischen Haslacher Bürger gewesen, die durch die Guillotine hingerichtet werden sollten. Ganz oben sei der Name seines Vaters, des Bäckers Philipp Hansjakob, gestanden. Vgl. ebenda, S. 277.
- 140 Ebenda, S. 27.
- 141 Haslach zählte 1849 1822 Einwohner, vgl. Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849, StH.
- 142 GLA 200/1928g, 75–76; 247/112.
- 143 Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849, StH.
- 144 H. *Hansjakob*, *Wilde Kirschen*, a. a. O., S. 134 f. Johannes Baptist Dreyer (1805–1868) war der Sohn des Dorfbauern in Hausach. Von Beruf war er Maurer, arbeitete jedoch später als Steinbrecher in verschiedenen Steinbruchunternehmen des Kinzigtals. Ihm widmete Heinrich Hansjakob seine Erzählung *Der kritisch' Hans*, in: *Wilde Kirschen*, a. a. O., S. 124–147.
- 145 Gemeinderatsprotokoll v. 26. 7. 1849, StH; GLA 236/3108, 83.
- 146 GLA 236/8535, 118–119.
- 147 GLA 236/8208, 132.
- 148 Heinrich *Hansjakob*, *Waldleute* (11. Aufl., Haslach 1984), S. 17; ders., *Bauernblut*, a. a. O., S. 26.
- 149 GLA 236/8208, 132.
- 150 GLA 209/1580, 186; 236/8578, 51; 239/4957, 57.
- 151 GLA/Zug. 1924/58, Nr. 6, 153. Arbogast Fackler ging von der Schweiz in die USA, kehrte aber nach einigen Jahren wieder nach Haslach zurück.
- 152 GLA 236/8510, 8; 54/134, 16; 166/232, 55.
- 153 GLA 237/3170, 24; 236/8572, 186; 234/1735. Grieshaber war seit 1853 Geschäftsführer einer Klavierfabrik in Angers (Frankreich), wo er 1863 starb. Vgl. W. *Scheurer*, a. a. O., S. 182.

- 154 GLA 48/5202; 48/3077, 23; 236/8503, 23; 236/8501, 61; 236/8572, 138.
- 155 GLA 236/8561, 30, 32.
- 156 GLA 236/3108, 83.
- 157 GLA 236/3108, 84.
- 158 Verzeichnis der Gemeinderäte und Bürgerausschußmitglieder, Rechnungsbücher der Stadt Haslach 1848 und 1849, StH.
- 159 GLA 236/3108, 83; Faszikel „Der Maiaufstand 1849“, Verwaltungssachen Schnelllingen IX, 4, StH.
- 160 GLA 236/3108, 83; Unterlagen über die Revolution 1848/49, Verwaltungssachen 720, Gemeindearchiv Mühlenbach.
- 161 Ebenda.
- 162 GLA 236/3108, 84. Der Waisenrichter in Mühlenbach sorgte für die zahlreichen unehelichen Kinder und Waisen.
- 163 GLA 235/29562, 106.
- 164 Ebenda.
- 165 Ebenda.
- 166 Ebenda.
- 167 GLA 236/8812, 5; 237/2711, 31–32; 237/2788, 24–25; 237/2821, 20–21; 237/16844–16845.
- 168 GLA 237/2821, 22–23; 237/4083, 4–5; 237/16844–16845.
- 169 GLA 237/2788, 48–49; 237/2821, 20–21.
- 170 GLA 311/6, 1852, Nr. 50 und 1853, Nr. 26; 311/7, 1854, Nr. 16.
- 171 GLA 237/2788, 22–33; 209/1580, 187; 363, Zug. 1907/122, Nr. 39, 24, 26 u. 38; 237/16844–16845.
- 172 GLA 237/2788, 8–9; 237/16844–16845.
- 173 GLA 237/2788, 10–11; 234/1900; 237/16845.
- 174 Gustav Rée war von 1845 bis 1849 Bürgermeister von Offenburg.
- 175 GLA 237/2727, 8–9; 237/16844–16845.
- 176 GLA 237/4015, 3. Nach dem Großherzoglich Badischen Anzeigebblatt für den Mittelrheinkreis v. 2. 3. 1850, S. 293, wurde Ruf in Abwesenheit zu vier Wochen Arrest verurteilt. Vgl. auch H. *Hansjakob*, Aus meiner Studienzeit, a. a. O., S. 115.
- 177 Die Namen von Deserteuren aus Haslach und den umliegenden Orten bringt das Großherzoglich Badische Anzeigebblatt für den Mittelrheinkreis des Jahrgangs 1850: Nr. 25, S. 409; Nr. 37, S. 536; Nr. 99, S. 1086; Nr. 100, S. 1092. Vgl. auch Konskriptionslisten 1850, Verwaltungssachen IX, 10, 5, StH. Julius Allgeyer. Julius Allgeyer (1829–1900) war ein Neffe des Oberlehrers Bernhard Ludwig Blum. Allgeyer war ein begabter Künstler und eng mit dem Maler Anselm Feuerbach befreundet, dessen Biograph er wurde. Vgl. Manfred *Hildenbrand*, Julius Allgeyer, Kupferstecher, Pionier der Fotografie und Biograph Anselm Feuerbachs, in: *Badische Heimat* 1 (1989), S. 75–92.
- 178 W. *Scheurer*, a. a. O., S. 195.
- 179 H. *Hansjakob*, Bauernblut, a. a. O., S. 291.
- 180 GLA Zug. 1931, Nr. 17, S. 8–10.
- 181 Ernst *Engelberg*, Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862–1947). Über Traditionen der badischen Revolution 1848/49, in: *Die Ortenau* 59 (1979), S. 92 ff.
- 182 H. *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit, a. a. O., S. 263.
- 183 H. *Hansjakob*, Allerseelestage (2. Aufl., Stuttgart 1912), S. 383. Vgl. auch ders., Im Paradies (6. Aufl., Haslach 1981), S. 243; ders., Aus kranken Tagen, a. a. O., S. 124; ders., Alpenrosen und Dornen (1. Aufl., Stuttgart 1905), S. 182, 259.



Neben dem Rathaus stand rechts das Gasthaus „Zum Schwert“, in dem Josef Hils mächtig die Trommel der Revolution rührte und die Hausacher Demokraten sich trafen. Aufnahme: Kurt Klein

Genügte den Bürgern ein Heckerhut?

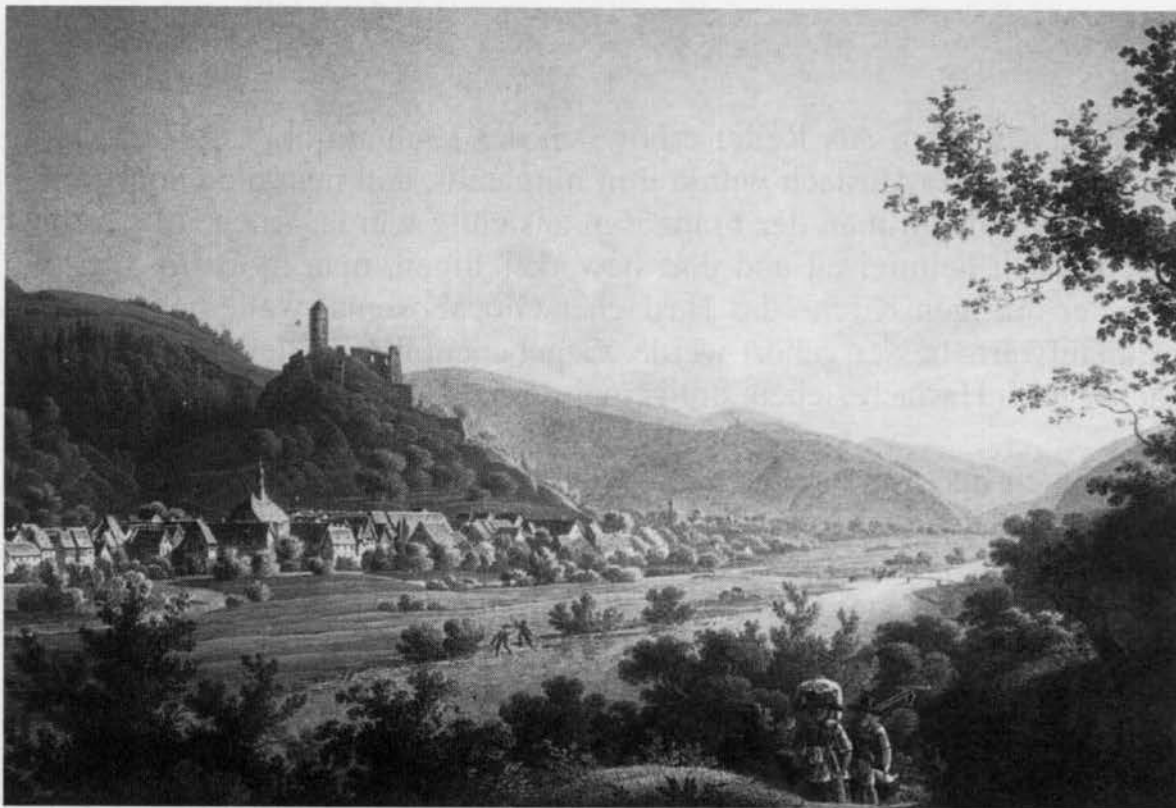
Die Revolutionsjahre 1848/49 im Kirchspiel Hausach

Kurt Klein

„D’ Franzose kumme! – d’ Franzose kumme!“ Dieser Schreckensruf erscholl in Hausach immer wieder, besonders als die nach Osten drängenden Nachbarn 1689 ihre Grenzen bis zum Rhein vorgeschoben hatten. Auch die Rufe der französischen Revolutionäre nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hinterließen bei der Bevölkerung im Kinzigtal einen schalen Geschmack und riefen bei der Bevölkerung meist die Erinnerung an Not und Elend wach.

So war es nur zu verständlich, daß auch in der Stadt unter der Burg die das Kinzigtal in Windeseile durchlaufende Hiobsbotschaft „d’ Franzose kumme!“ etwa am 26. März 1848 Angst und Sorge auslöste.¹

Um frühzeitig auf den zu erwartenden Ansturm der Franzosen gerüstet zu sein, beschlossen die Hausacher, eine „Stafette“ nach Haslach zur Erkundi-



Hausach zur Zeit der Revolution.

Repro: Kurt Klein



Fürst Karl Egon von Fürstenberg. Die Hausacher waren nicht gut auf ihn zu sprechen. Original und Repro: GLA Karlsruhe, mit dessen freundlicher Genehmigung wir das Bild drucken

gung zu schicken. Als Reiter erbot sich der „Schmidjörg“, Johann Georg Schmider, an. In Haslach wurde ihm mitgeteilt, daß man die Glocken läuten werde, sobald man der Franzosen ansichtig würde. Auch solle er über Fischerbach heimreisen und dort bewerkstelligen, man möge im Ernstfall von der dortigen Kirche das Haslacher Glockensignal weitergeben, damit es talaufwärts besser gehört werde. Gegebenenfalls müßten dann die Hausacher nach Haslach ziehen, um gemeinsam die Franzosen abzudrängen.

Als jedoch der Meldereiter nicht wie erwartet vom Hechtsberg, sondern rechts der Kinzig vom Martinshof dahersprengte, glaubten die Späher auf dem Schloßberg, die Franzosen seien bereits im Anmarsch. *Jetzt trat der „Schniderbasche“ (Sebastian Schmider), ein alter Tambour, in Aktion. Er hing seine Trommel um, steckte eine Hahnenfeder auf den Hut und schlug Generalmarsch in allen Gassen von Husen und rief: „Die Franzosen kommen!“ Entsetzen und Schrecken ergreift alles. Die Frauen weinten und jammerten, die Männer aber griffen zu den Waffen, zu Sensen, Dreschflegeln und Mistgabeln. Beim „Naglerhans“ wurden Kugeln gegossen, und dann ging's ohne Signal Hasle zu, wußte Hansjakob zu berichten.²*

Doch dieser „Franzosenlärm“ entpuppte sich als ein Gerücht, wonach die Franzmänner den Rhein überschritten und bereits Offenburg eingenommen hätten.³

In Hausach dürfte die revolutionäre Einstellung aus verschiedenen Quellen genährt worden sein. Zunächst dauerte zwischen den fürstlich fürstenbergischen Patronatsherren und der Stadt seit Jahrzehnten ein Streit um den Bau und die Übernahme der Kosten einer neuen Kirche für die das Kirchspiel umfassenden politischen Gemeinden Hausach, Einbach und Sulzbach an. Auch die Obrigkeit in Karlsruhe ließ die Hausacher zappeln. Die von den Bürgern betriebene gerichtliche Klärung der Angelegenheit führte bis zum Oberhofgericht in Mannheim. Dort vertrat 1845 ein gewisser Obergerichtshofadvokat Dr. Friedrich Hecker erfolglos die Interessen der erbosten Gläubiger.⁴ Auch stritt man sich mit dem Fürsten, weil man nicht mehr gewillt war, ungerechte Zehntabgaben zu leisten.

Am 10. März 1848 überfiel sogar eine große Anzahl aufgebrachter Bürger den Bürgermeister auf dem Rathaus und verlangte, *daß der Fürst ihre Wünsche und Beschwerden endlich erfüllen möge*⁵. Wenig später entlud sich der Ärger und die Enttäuschung der Hausacher, als Fürst Karl Egon auf dem Weg nach Karlsruhe durchs Städtle fuhr, dies, obwohl ihn der Haslacher Oberamtmann Dilger gewarnt hatte. Die Kutsche wurde gewaltsam angehalten und dem fürstlichen Herrn mit Drohgebärden erneut die verschiedenen Forderungen vorgebracht. Nur die Besonnenheit einiger Bürger verhinderte Tötlichkeiten.⁶

Aber noch eine andere Last drückte Stadt und Tal: Die Sorge um das tägliche Brot. Die Jahre 1845 und 1846 waren durch äußerst karge Ernten gekennzeichnet, so daß die Nahrungsmittelpreise für das einfache Volk ins Unerschwingliche stiegen: Die Hungersnot grassierte im Land! Schon 1845 ließ die Stadtverwaltung täglich 68 Suppen verteilen. Auch beschäftigte sie 80 arbeitslose Bürger.⁷ Am 29. April 1847 wurde eine Gemeindeversammlung anberaumt, um *wegen der Geldaufnahme von 700 Gulden zum Ankauf von Setzkartoffeln für die mittlere und ärmere Klasse und zur Unterhaltung der Suppenanstalt* zu entscheiden.⁸

Der Sturm bricht los

Das Jahr 1848 verlief nach außen im allgemeinen ohne nennenswerte Ereignisse. Doch im Untergrund regten sich die mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen unzufriedenen Kräfte. Beeinflußt und ge-

stärkt wurden die revolutionär gesinnten Bürger durch Vorfälle und Aktivitäten im benachbarten Haslach als einer zentralen Stätte der Revolution im Kinzigtal. Auch dürfte das Agieren des Hornberger redegewandten und republikanisch gesinnten evangelischen Diakons Adolf Gerwig auch in Hausach nicht ohne Widerhall gewesen sein. Eine kleine Abkühlung erfuhren die erhitzten Gemüter, als anfangs 1849 eine Kompanie badischer Soldaten vorübergehend nach Haslach verlegt wurde.⁹

Dann aber loderte die unter der Asche schlummernde Glut zur mächtigen, mitreißenden Flamme auf, um das Licht der Revolution in das Kirchenspiel zu tragen. Josef Hils, Ölmüller von Schramberg, der 1835 die Kronenwirtstochter Karoline Nittinger geheiratet hatte, erbaute 1839 neben dem Rathaus ein Gebäude, in dem er das Gasthaus zum Schwert eröffnete.¹⁰ Sie wurde zum Versammlungslokal der Revoluzzer, in dem im März 1849 wie auch anderorts ein *Volksverein* ins Leben gerufen wurde, um die republikanischen Forderungen voranzutreiben. Als Vorsitzender fungierte der Schwertwirt. Sein Bruder Caspar Hils, ebenfalls Ölmüller, übernahm den Posten des Verrechners. Zum Vorstand gehörten auch der Schuhmacher Johann Georg Armbruster, der Bierbrauer Johann Schmider und der Kaufmann Rudolf Streit, der noch als Schriftführer zeichnete.¹¹ Insgesamt stellten sich 85 Hausacher unter die Fahne des Volksvereins, von dem die revolutionären Impulse hervorgingen.¹²

Selbst in Einbach sollte ein Volksverein aus der Taufe gehoben werden. Kein Geringerer als der Wolfacher Seifensieder Theodor Armbruster, bekannt durch die Hansjakob'sche Erzählung „Theodor der Seifensieder“, wollte die demokratisch Gesinnten der Talschaft zusammenfassen. In dieser Absicht unterstützte ihn Andreas Burger aus Wolfach.¹³

Als am 18. März 1849 im Hornberger „Bären“ der dortige „Demokratische Verein“ eine Versammlung abhielt, beteiligten sich auch 50 Revolutionäre – Mitglieder der Volksvereine – aus Haslach und Hausach. Der *Gehorsamsten Mitteilung des Brigadier Pfaff* an das Haslacher Bezirksamt ist zu entnehmen: *Sämtliche waren mit roten Federn auf der Kopfbedeckung bezeichnet.*¹⁴

Auf der Landestagung der Volksvereine am 13. Mai 1849 in Offenburg wurde allgemein zum Aufstand der Freischaren gegen die Regierung geblasen. Großherzog Leopold war aus Karlsruhe geflohen, das von den Revoluzzern und aufständischen Soldaten eingenommen wurde. Gleichzeitig rief man die Republik für Baden aus.



*Der besonnene zurückhaltende
Bürgermeister Johann Georg
Waidele.*

Repro: Kurt Klein

Der Umsturz

Mit Datum vom 15. Mai 1849 trat der loyal gesinnte Hausacher Bürgermeister Johann Georg Waidele von seinem Amt zurück¹⁵. Die Hauptrevolutionäre *stürzten das aristokratische Regiment im Städtle und setzten eine provisorische Regierung ein.*¹⁶

Am 12. Oktober 1827 war der biedere Bäckermeister, Stadtrat, Baumeister und Kirchenrechner Waidele zum Bürgermeister der Stadt Hausach gewählt worden.¹⁷ Im Jahre 1837 hatte ihm Amtmann Dilger aus Haslach bei einem großen Festmahl in der Krone-Post im Auftrag von Großherzog Leopold die „Kleine goldene Verdienstmedaille für 22jährige Verdienste“ um die Stadt Hausach überreicht.¹⁸ Es scheint, als habe er wie sein Berufskollege in Haslach, der Becke-Philipp, Hansjakobs Vater, von der „Advokatenkomödie“ auch nichts gehalten und deshalb der neuen Republik die Gefolgschaft versagt und abgedankt.

Dafür stellte sich der wohl größte Revoluzzer in Hausach, der bisherige Stadtrat Rudolf Streit am 1. Juni 1849 an die Spitze der Gemeinde.¹⁹ In den

Gerichtsakten wird er als *Hauptbeteiligter des Aufstandes* und als *Wortführer* der revolutionären Kreise in Hausach bezeichnet²⁰.

Da sich die Preußen mit ihren Verbündeten schon bedrohlich den Grenzen Badens näherten, galt es, die *provisorische Regierung des Freistaates Baden* zu stützen, die erlangte *Freiheit* zu verteidigen. Deshalb ordnete anfangs Juni 1849 der Haslacher Zivilkommissär Albert Stigler – zuvor „Rechtspraktikant“/Referendar beim dortigen Amtsgericht – die Aufstellung des ersten Aufgebots (junge, ledige Männer) an. In der Gemeindeversammlung vom 10. Juni 1849 wurde beschlossen, für die 60 Männer je einen Tornister, eine Patronentasche mit Koppel, einen schwarzen Hut und eine Bluse anzuschaffen. Um den einzelnen Bürger finanziell zu schonen, beschloß man weiter, die dadurch anfallenden Kosten aus der Gemeindekasse zu begleichen.²¹ Laut einer Rechnung des Haslacher Hutmachers Nikolaus Kilgus wurde nur ein Heckerhut angefertigt. Die ins Unterland abziehenden Freischärler erhielten von Adam Benz 100 Gulden als Verpflegungsgeld.²²

Aus einem Bericht des Bezirksamtes Hornberg ist zu erfahren: *In Hausach und Haslach wurde das erste Aufgebot sehr bald bewaffnet und exerziert. Diese Mannschaft war eine Geisel der ganzen Umgebung. Von ihr hatte man stets zu fürchten, weil sie immer bereit war, die Befehle der revolutionären Civil-Commissaire in Vollzug zu setzen.*²³ Weiter wurde berichtet, daß die Angehörigen des ersten Aufgebots flüchtige Soldaten und Bürgerwehrleute aufgriffen und sie wieder der kämpfenden Truppe zuführten. In Einbach soll der Bürgermeister den Kindern in der Schule erklärt haben: *Jetzt sind wir die Herren, Kinder! Geht nach Hause! Es ist keine Schule!*²⁴

Doch dem Siegesrausch der neuen „Herren“ folgte sehr schnell die Ernüchterung durch den Auf- und Einmarsch der preußischen Truppen. Auf dem Rückzug vor den siegreichen Preußen kam Oberst Philipp Becker mit seinen Freischaren über Offenburg ins Kinzigtal und am 3. Juli 1849 auch nach Hausach. Der Weitermarsch führte nach Hornberg-Triberg. Becker, am 3. Juli zum *Kommandeur der im Schwarzwald operierenden Truppen ernannte Oberbefehlshaber der Volkswehr*, wollte im Gebirge eine Verteidigungs- und Angriffsfront gegen die Preußen errichten.²⁵ Durchziehende Flüchtlinge aus dem Unterland brachten nur schlechte Nachrichten, die sich mit dem fluchtartigen Durchzug des sich in die Schweiz absetzenden Korps des Freischarenführers Willich verdichteten.²⁶

Die Preiße kumme!

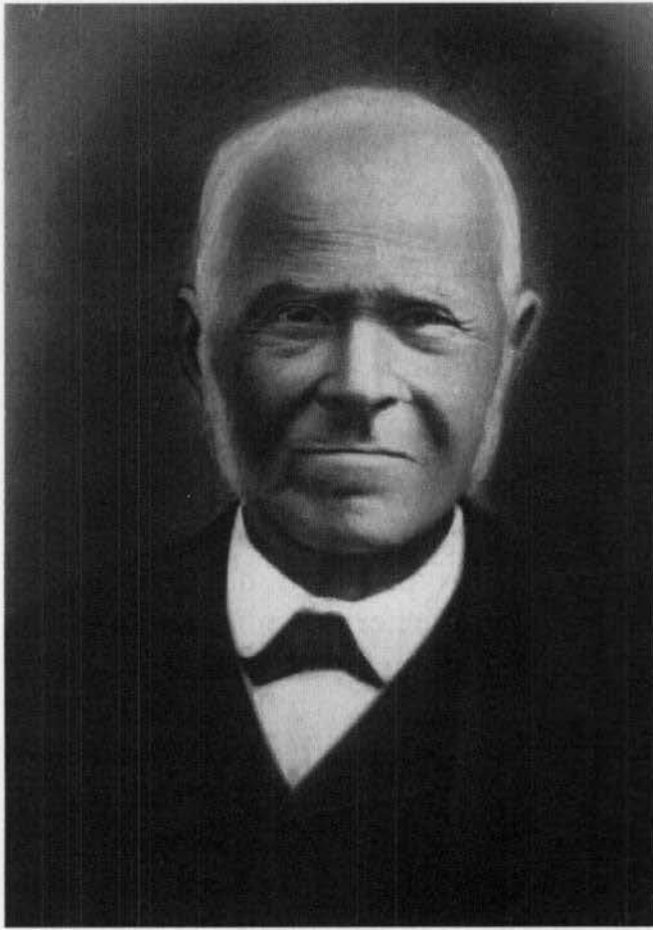
Als die Nachricht durchsickerte, daß die Preußen im Anmarsch waren, sank der Mut der Revolutionäre vollends zusammen. Schon am 10. Juli 1849 hatte der kurze Auftritt des Bürgermeisters Rudolf Streit an der Spitze der Stadtgemeinde ein Ende gefunden, wie ein Forderungszettel an die Stadtkasse über die Entlohnung für seine Dienste in Höhe von 5 Gulden und 34 Kreuzer bezeugt.²⁷ Wenige Tage später – am 14. Juli – setzte das Großherzogliche Bezirksamt Haslach den früheren Bürgermeister Waidele wieder in sein Amt ein.²⁸

Am 2. und 3. Juli 1849 war eine preußische Division mit 11 000 Soldaten in Offenburg eingerückt. Bereits am 5. Juli zog eine Abteilung in Richtung Freiburg weiter, während die andere ins Kinzigtal vorstieß.²⁹ Erst am 22. Juli sahen die Haslacher, Hausacher und Wolfacher erstmals die Preußen, denen der verängstigte Ruf „O je, d’ Preiße kumme!“ vorauseilte.³⁰

Der in Hausach geborene und später nach Haslach übergesiedelte Johannes Dreyer, Sohn des Dorfbauern, „de kritisch Hans“ in Hansjakobs „Waldleute“, empfing die Unterdrücker der badischen Revolution auf seine Art: Von seinem Steinbruch im Haslacher Strickerwald ließ er beim Truppenaufmarsch mit seinem Sprengpulver *fünf bis sechs donnerähnliche Salven* los. Die sofort zur Attacke ansetzenden Pickelhauben ließen von einer Verhaftung erst ab, als der Hans seelenruhig beteuerte: *S’ Steinbrechen sei keine Revolution.*³¹

Die Abrechnung

Nach dem Einrücken in Hausach hielten die Preußen Ausschau nach den revolutionären Rädelsführern. Wer fliehen konnte, suchte das Weite wie beispielsweise der Johann Georg Armbruster. Er wurde als „flüchtig“ gemeldet und tauchte später in Straßburg auf. Auch der Ingenieurpraktikant Johann Haselwander – Vater des berühmten Erfinders des Drehstrommotors Friedrich August Haselwander –, der *der Revolution als Genieoffizier Dienste geleistet* hat, war *flüchtig*. Deshalb wurde *die Untersuchung bis auf Betreten (Rückkehr) ausgesetzt*. Auch der als Soldat dienende Valentin Bürkle war in der Schweiz untergetaucht. Dort soll sich zunächst auch der Einbacher Zimmermann Mathias Bächle aufgehalten haben. Der Caspar Hils, der *die Leute zum Eintritt in den Volksverein aufreizte*, wechselte nach Schramberg ins ausländische Württemberg über. Ebenso wurde sein als *großer Wühler* bezeichneter Bruder, der Schwertwirt Josef Hils, zunächst als *flüchtig* aufgeführt, später dann wegen Hochverrat vom Hof-



Der „Schmidjörg“, Johann
Georg Schmider, war mit Leib
und Seele ein Revoluzzer.

Repro: Kurt Klein

gericht Bruchsal 1850 zu einem halben Jahr Zuchthaus verurteilt. Dagegen legte er *Rekurs* ein, worauf ihn am 27. September 1850 das Oberhofgericht in Mannheim für *klagfrei* erklärte.³²

Trotzdem mußte er, dem man auch vorgeworfen hatte, daß er im Mai 1849 57 Gulden für den Landesausschuß sammelte³³, noch mehr ertragen. Er kam in Gant (1850), mußte den Konkurs anmelden und verlor Hab und Gut. Mag sein – Genaueres konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden –, daß die Prozeßkosten sein Vermögen auffraßen und die Hausacher sein Wirtshaus mieden. Jedenfalls kam sein Haus zunächst in die Hände eines Gläubigers aus Lahr, dann an die Stadt. 1857 erwarb es die Kirchengemeinde als Pfarrhaus.³⁴

Wie an anderen Orten, so begann auch im Städtle das antirevolutionäre Großreinemachen. Zunächst wurden folgende Revoluzzer verhaftet und zur Untersuchung nach Freiburg abgeführt:

Gastwirt Carl Dieterle, Landwirt Florian Dieterle, Knecht Sebastian Hausmann, der *Hauptwühler* und *Aufwiegler* Bonifaz Kronenwitter, der *Haupt-*

wortführer und Hauptwühler Johann Georg Schmider, als „Schmidjörg“ bekannt und nahezu 40 Jahre Dirigent der Hausacher Stadtmusik, dann der „Schniderbasche“ Sebastian Schmider, auch ein *Hauptwortführer* und *Hauptwühler*, weiter ein Lorenz Schmidt, der Bierbrauer Johann Schmieder wegen Hochverrats, der Maurer Josef Schweinbold, als *Hauptwortführer*, *Hauptwühler* und *Aufreizer* wegen *zweifelhaften Hochverrats* angeklagt, und der abgesetzte Bürgermeister und Kaufmann Rudolf Streit, der als *Hauptbeteiligter des Aufstandes* aufgeführt wurde.³⁵

Die Gefangenen wurden in der Freiburger Karls-Kaserne zunächst unter erbärmlichen Verhältnissen untergebracht. *An Sonntagen hielt der gefangene, wackere protestantische Dekan Schmidt von Hornberg für alle seine Leidensgenossen Gottesdienst mit Predigt und Choral.*³⁶ Doch noch anderen Verfechtern der Revolution ging es an den Kragen: Xaver Dorner, Georg Kohler, Jakob Moriz, Dagobert Schmider, dann dem *Hauptwühler*, *Hauptwortführer* und *Aufwiegler* Lorenz Stehle, wegen *zweifelhaftem Hochverrat* angeklagt, Peter Stehle und Max Winterer.³⁷

Im Vergleich zu anderen Orten, wie beispielsweise Haslach, wo Zuchthausstrafen in Höhe von 15, 10 oder 8 Jahren verhängt wurden³⁸, fielen die Urteile für die Hausacher nicht so hoch aus. Bei den meisten wurde die *Untersuchung ausgesetzt.*³⁹ Doch der Exbürgermeister Rudolf Streit, einer der aktivsten Revoluzzer in Hausach, wurde zunächst vom Bruchsaler Hofgericht zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Dann aber bei der Revision vor dem Oberhofgericht in Mannheim *für klagfrei erklärt.*⁴⁰

Doch den Hausachern wurde noch ein anderes Opfer auferlegt. Da *sich die Gemeindekasse wegen der Ausrüstung der Bürgerwehr gänzlich entblößt hat*, sollen die Kosten *durch Umlagen auf die Ortseinwohner getilgt werden.*⁴¹ Es kam aber noch schlimmer, denn die Regierung in Karlsruhe forderte die Ausgaben zur Niederschlagung der Revolution von ihren Untertanen zurück. Nach dem Beschluß der großherzoglichen Ausgleichskommission mußte sich Hausach mit 1200 Gulden an den Kriegskosten beteiligen. Der leere Stadtsäckel ließ nur eine Tilgung über eine Geldaufnahme zu.⁴²

Wo standen die Lehrer?

Vielerorts schlugen sich die Lehrer auf die Seite der Revolutionäre. Die schlechte Bezahlung und die geistliche Schulaufsicht durch die Pfarrer steigerten ihre Unzufriedenheit. In Hausach leitete Matthäus Rist die Schule. Er versah gleichzeitig auch den Ratschreiberposten. Es kann vermutet werden, daß er im guten Einvernehmen mit Bürgermeister Waidele dessen



Dieser Grabstein auf dem Hausacher Friedhof erinnert noch an den revolutionären Bierbrauer Georg Schmider.

Aufnahme: Kurt Klein

Meinung bezüglich der Revolution teilte. Jedenfalls ist über revolutionäre Umtriebe des Hauptlehrers und seines Unterlehrers Simon Strübel nichts bekannt.⁴³

Anders sah es in Einbach aus. Dort waltete Hauptlehrer Jakob Stemmer seines Amtes. Da man niemand gefunden hatte, arbeitete auch er zeitweise noch als Ratschreiber. Am 8. Februar 1849 wurde niedergeschrieben, *daß er, statt seinem Beruf und seiner Weiterbildung zu obliegen, mit gleichgesinnten Kollegen in Wirtshäusern herumziehe und sich in politische Angelegenheiten mische, das Volk gegen die Regierung aufhetze und Andersgesinnte verfolge. Es wurde gedroht, schärfer gegen ihn einzuschreiten, hätte dieser Verweis keinen Erfolg.* Einem anderen Bericht zufolge soll der Lehrer, der von seinem Lokalschulinspektor, Pfarrer Viktor Schmid aus Hausach, dauernd überwacht wurde, keinen Anlaß mehr zur Beschwerde gegeben haben. Nicht so gnädig meinte es Pfarrer Franz Xaver Ochs als Großherzoglicher Bezirks-Schulvisitator von Wolfach. Er bezichtigte ihn der *Winkeladvokatur, des häufigen Biertrinkens und Wirtshausgehens* und dem Sympathieren mit der *Umsturzpartei*. Auch könne er gegen die Unsit-

te des Schnapstrinkens nicht vorgehen, *weil ihn seine Kupfernase und die zitternden Hände an seine eigene Schuld ermahnten.*⁴⁴

Der Hauserbacher Lehrer Ludwig Heinemann wurde als *ein Hauptexemplar des emanzipationslustigen Lehrers unserer Zeit* in einem Bericht des Dekan Ochs von Wolfach aktenkundig. Dieser führte noch weiter aus, daß der Lehrer auf einer Bezirksversammlung frei heraussagte: *Er wolle nicht länger von Pfaffen überwacht und regiert sein.* Es reichte! Er wurde nach Kippenheim versetzt⁴⁵. Laut einer Anordnung des Oberkirchenrates vom 17. Juni 1849 durften vorerst keine Lehrerkonvente, also auch keine Bezirkslehrerversammlungen mehr abgehalten werden.⁴⁶

Nach der Revolution zog Johann Baptist Krieg 1851 ins Hauserbacher Schulhaus ein. Nach einer Niederschrift des Amtmanns Mallebrein vom 28.11.1853 wurde er *wegen eines Konflikts mit dem Pfarrer von Zunsweier zur Strafe* an diese Schule versetzt. Auch *lamentiert er schrecklich über die Zurückversetzung auf diese Stelle, dem Vernehmen nach wegen politischer Anrühigkeit erfolgt*⁴⁷. Noch 1853 erwähnt Dekan und Schulvisitator F. X. Ochs: *Wenn die Vergehen, deren sich Krieg durch Reden und Wirtshaussitzen schuldig gemacht hat, auch eine Strafe verdient haben, so müssen doch vorzüglich sein Weib und seine Kinder darunter leiden.*⁴⁸

Es scheint, daß bei politischen Verfehlungen der Lehrer, in der Beurteilung menschliche Schwächen mehr gewichtet worden sind.

Wie überall im Lande, so auch in der Stadt unter der Burg, fand die Revolution, der Aufstand des Volkes, ein klägliches Ende. Was unter dem Strich blieb, faßte Hansjakob zusammen: *Wir waren bekehrt zur Untertanentreue, bekehrt durch die Gewehrläufe der Preußen.*⁴⁹ Weggewischt waren die in Offenburg am 12. September 1847 aufgestellten 13 Punkte umfassenden *Forderungen des Volkes*, verstummt die Frage *34 Fürsten oder eine Republik?* Doch geblieben war der *Traum von der deutschen Republik*, die Sehnsucht nach Demokratie und in den Herzen der nach wie vor nach Freiheit hungernden Menschen die tröstende Gewißheit, das unanfechtbare Recht: *Die Gedanken sind frei ...*

Anmerkungen

Nicht besonders ergiebig sind die Ausführungen von Emil *Bischoff* in seiner anerkannt-werten, brauchbaren „Chronik der Gemeinde Hausach“ (Hau. Chro.) über die Revolutionsjahre. Ausgewertet wurden Aufzeichnungen aus dem Hausacher Stadtarchiv (StH), dem Generallandesarchiv in Karlsruhe (GLA) und der Raabschen Kartei (RaKa). Anschaulich sind die Schilderungen des Volksschriftstellers Heinrich *Hansjakob* als Zeitzeuge in seinen Buchveröffentlichungen „Aus meiner Jugendzeit“ (Hj. Jz.) 14. Auflage im Rombach Verlag Freiburg 1960, „Waldleute“ (Hj. Wl.) 10. Auflage im Rombach Verlag 1968 und „Wilde Kirschen“ (Hj. WiKi) im Selbstverlag der Stadt Haslach, 1983.

- 1 Hj. Jz. S.294 ff. und Hj. Wl. S.183.
- 2 Hj. Wl. S. 183.
- 3 Otto *Kähni*, Offenburg und die demokratische Volksbewegung, Offenburg 1947, S. 35 ff.
- 4 Hau. Chro. S. 241 und S. 242.
- 5 Hau. Chro. S. 243.
- 6 Hj. Wl. S. 184 / Hau. Chro. S.244.
- 7 Hau. Chro. S. 242.
- 8 Gemeindeversamlungs-Protokoll v. 1847 S. 93 und S. 94 StH.
- 9 Militärsachen IX/99 Stadtarchiv Haslach - Hj. Jz. S. 304.
- 10 Hau. Chro. S. 238 u. S. 239.
- 11 RaKa unter Hausach.
- 12 GLA 236/8201, 112–116.
- 13 RaKa unter Einbach.
- 14 GLA 76/2750.
- 15 Brief v. Bürgermeister J. G. Waidele vom 6. Sept. 1850 an Herrn „Comißär Aigeltinger in Haslach“ – Bestätigung v. Bgmstr. Waidele vom 1. Januar 1850 über den Empfang der Jahresbesoldung für 1849 – Siehe Gemeinderechnungen f. 1849 StH.
- 16 Hj. Wl. S. 184.
- 17 Hau. Chro. S. 237.
- 18 Hau. Chro. S. 238.
- 19 Rechnung des Rudolf Streit über die Besoldung für die Bürgermeisterstelle vom 31. Dezember 1849 – Siehe Gemeinderechnungen f. 1849 StH.
- 20 RaKa unter Hausach.
- 21 Gemeindeversamlungs-Protokoll vom 10. Juni 1849 – StH.
- 22 Hau. Chro S. 243.
- 23 GLA Zg. 182, 1850, S. 422–423.
- 24 GLA Abt. 235, Abt. 389.
- 25 RaKa unter „Teilnehmer an der Revolution 1848/49, die in Hausach bzw. Einbach waren“. Von Manfred *Hildenbrand* / Haslach korrigiert.
- 26 Hj. Wl. S. 162 und S. 163.
- 27 Rechnungsbuch der Gemeinde Hausach von 1849 – StH.
- 28 Brief des Hausacher Bürgermeisteramtes vom 6. September 1850 an Kommissär Aigeltinger – eingehftet im Rechnungsbuch von 1849 – StH.
- 29 Artikel von Michael *Haß* im Offenburger Tageblatt v. 26.1.1998.
- 30 Rechnungsbuch der Stadt Haslach 1849 – Stadtarchiv Haslach – Hj. Wl. S. 163.
- 31 Hj. WiKi. S. 134 und 135.
- 32 RaKa unter Hausach.
- 33 RaKa unter Hausach.

- 34 Hau. Chro. S. 245.
- 35 RaKa unter Hausach und Hj. Wl. S. 184.
- 36 Hj. Wl. S. 168 und S. 177.
- 37 RaKa unter Hausach.
- 38 Siehe bei Manfred *Hildenbrand* unter Haslach die Anmerkungen 167 bis 173.
- 39 RaKa unter Hausach.
- 40 RaKa unter Hausach.
- 41 Gemeindeversammlungs-Protokoll S. 146 v. 6. Juni 1850 – StH.
- 42 Ebenda S. 142 bis S. 147.
- 43 Exzerpte von Wilhelm *Heim* v. 1987 – Kopie in meinem Besitz.
- 44 GLA Abt. 235, Kultusministerium und Abt. 389, Amt Wolfach und Exzerpte von Wilhelm *Heim* v. 1987 – Kopie in meinem Besitz.
- 45 Ebenda wie Nr. 44
- 46 Protokollbuch der Ortsschulbehörde Einbach StH.
- 47 GLA 389 / Zugang 1937/33/608 Ortsbereisungen Einbach – Exzerpte von Wilhelm *Heim* – Kopie in meinem Besitz.
- 48 Ebenda / Nr. 47.
- 49 Hj. Jz. S. 320.

Die Revolution 1848/49 in der Gesamtgemeinde Hohberg

Josef Bayer

Dieses Thema interessierte den Verfasser schon lange und ließ ihn schließlich Nachforschungen anstellen. Dabei war es ihm bewußt, daß für diese Landgemeinden keine öffentlichen Unterlagen zu finden sein werden. So beschränkte er sich (und auch dessen Bruder Michael Bayer) auf die Gemeinderatsprotokollbücher und auf die Kassenbücher der Gemeinden. So war anzunehmen, daß die Ergebnisse beschränkt sein werden. Es war aber dem Verfasser unvorstellbar, daß – nachdem Offenburg eine entscheidende Rolle in der Revolution spielte – in der Nähe Offenburgs keine Auswirkungen festzustellen sein sollten.

Not lehrt nicht nur beten, sie schürt auch die Unzufriedenheit, reizt zum Widerstand und gegebenenfalls zur Auflehnung, zum Aufstand. Das war der soziale Hintergrund für die Revolution der 48er und 49er Jahre. Es waren echte Volksaufstände. Der angestaute Druck benötigte nur noch den zündenden Funken, um explodieren zu lassen.

Baden grenzte an zwei Republiken: Schweiz und Frankreich. Das allein wirkte noch verschärfend mit hinein. Die Pariser Februarrevolution 1848 fand in Baden einen günstig vorbereiteten Boden vor und fand ideal gesinnte Männer, denen die Not des Volkes zu Herzen ging und die sich von einem gewaltsamen Umsturz der Staatsform eine bessere Zukunft erhofften. (Vgl. H. Fautz in: Die Ortenau 54 (1974) S. 219–222.)

Diese Stimmung äußerte sich in Petitionen an die zweite badische Kammer, heftigen Diskussionen in Zeitungen und Zirkeln und entlud sich öffentlich auf den Volksversammlungen in Offenburg, Mannheim, Achern und Renchen. Heckerzug und Struveputsch brachten die ersten Ernüchterungen, hielten aber die Demokraten nicht davon ab, ihre Ziele zu verfolgen.

Reaktionen auf diese Entwicklung sind in den beiden Orten erst faßbar, nachdem der Großherzog und seine Regierung aus Karlsruhe geflohen waren, und die Revolutionäre sich anschickten, ihre Macht in der badischen Hauptstadt zu festigen.

Der Verfasser stellt zunächst die Auswirkungen der Ereignisse auf Hofweier dar.

1849 wurde die noch bestehende Bürgermiliz als 1. Aufgebot aufgerufen. Diese Miliz bestand damals in Hofweier noch, sie ist sogar noch in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts nachzuweisen. Denn eine Anweisung an den Kirchenfonds jener Jahre bezeugt, daß die Zinsen aus dem von Pfarrer Siebert in seinem Testament 1812 für die Miliz gestifteten Kapital von 1000 fl ausbezahlt werden sollten. Für diese Miliz von ca. 60 Mann wurden Gewehre, Pulver und Blei angeschafft, um Kugeln gießen zu können. Zur Ausstattung zählten auch Sensen. Das Kassenbuch weist in jener Zeit Ausgaben für die Ausstattung des 1. Aufgebotes bei seinem Ausrücken nach Offenburg 171 fl als Unterstützung aus. Ebenso sind die Ausgaben für Futtermittel u. a. für das Hauptquartier verzeichnet. Diese Ausgaben vor Ausbruch der Revolution betragen 317 fl.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes sind die Besatzung und die Regierung hart durchgefahren. Alle entstandenen Kosten wurden auf die Gemeinden umgelegt. Zur Einquartierung preußischer Truppen am 6. 7. 1849 und zur Bestreitung verschiedener Lieferungen an die Magazinverwaltung in Offenburg und an das Militärmagazin in Rastatt mußte die Gemeinde 1590 fl aufnehmen. Ebenso mußte sie am 28. 7. 1849 wegen verschiedener Lieferungen ins Oberamt-Magazin 400 fl aufnehmen. Am 2. 9. 1849 beschloß der Gemeinderat, ein Kapital von 1500 fl zu beschaffen, *zur Bezahlung des Betrages der Kriegskosten!* Unterm 27. 12. 1851 liegt ein Beschluß vor, die durch den Maiaufstand 1849 entstandenen Kosten von 199 fl auf die Bürger umzulegen. Am 3. 6. 1855 wurden die weiteren Kosten für die Exekutionstruppen mit 600 fl angegeben. Und vom 12. 5. 1856 liegt ein Beschluß vor, die Kosten des Maiaufstandes von 278 fl auf die Bürger umzulegen.

Soweit die finanziellen Ausgaben und Belastungen in der Vorbereitung der Revolution und die Belastungen als Folgeerscheinung. Aber den Verfasser interessierte auch, ob Personen wegen aktiver Beteiligung am Aufstand danach zu büßen hatten. Da kam wiederum das Gemeinderatsprotokoll zu Hilfe. Da lesen wir, daß Johann Göppert als Ratschreiber am 6. 9. 1849 abgesetzt wurde, für ihn wurde August Göppert als Ratschreiber ernannt. Am 7. 10. 1849 fand *die Wahl eines provisorischen Gemeinderechners für die Jahre 1849 und 50 statt. Nachdem die Stelle des bisherigen Gemeinderechners Johann Wörter wegen Teilnahme an den hochverrätherischen Unternehmungen in Erledigung gekommen ist, so hat man sich heute versammelt, um einen anderen Gemeinderechner zu wählen.* Gewählt wurde Anselm Ehret, der später heimlich wegen Unterschlagungen nach Amerika floh. Es war der Vater des späteren großen Wohltäters der Gemeinde Georg Ehret, der seinem Vater nach Amerika folgte. Am 6. 9. 1849 wurde Gemeinderat Lorenz Geck *infolge des Maiaufstandes seines Dienstes entho-*

ben. Für ihn wurde der Waisenrichter Matthäus Rubi vom Großherzogl. Landeskommissär Bausch zum Gemeinderat ernannt. Auch die Mitglieder des Bürgerausschusses Sebastian Schilling und Thomas Stutz wurden *infolge des Maiaufstandes* des Dienstes enthoben.

Soweit lassen sich Folgen der Revolution aus dem Protokollbuch des Gemeinderates entnehmen. Dem Verfasser genügte das nicht. Er wandte sich an das Generallandesarchiv in Karlsruhe, ob dort noch Weiteres festzustellen sei. Er bekam die Antwort: „Nach Überprüfung unserer Findemittel konnten wir keine Revolutionsteilnehmer aus Hofweier feststellen ...“ Man verwies aber auf einen früheren Mitarbeiter des GLA's, Heinrich Raab, Karlsruhe, der sich eingehend mit den Teilnehmern der Badischen Revolution beschäftigt habe und eine umfangreiche Datei besitze. Raab antwortete umgehend auf die entsprechende Anfrage: die ersten Untersuchungen nach der Revolution wurden bei den Bezirksämtern geführt. Von diesen Untersuchungen liegen kaum noch Akten vor, auch der Verbleib der Akten der Kriegsgerichte ist nicht bekannt. Die Akten der Standgerichte Mannheim, Freiburg, Rastatt haben damals die Preußen mitgenommen und sind bei Kriegsende in Verlust geraten. Er habe aber während seiner Tätigkeit im GLA eine Kartei angelegt, die Aufzeichnungen enthält, auf die man sonst kaum stoßen würde. Darin sind folgende Namen aus Hofweier enthalten: Geck Lorenz als Gemeinderat entsetzt am 6. 9. 1849 (236/3108 – fol 92); Göppert Johann am 6. 9. 1849 als Ratschreiber entsetzt (Quelle wie vorhin) – laut Schreiben vom 19. 7. 1849 hat er sich bei der Bewegung dienstwidrig verhalten, ist verhaftet; Stutz Thomas war beim Ausschluß des Volksvereins, also sehr aktiv in der Vorbereitung des Aufstandes (der Volksverein war eine treibende Kraft der Revolution): 236/8208 – fol 142; Johann Wörter jun. hat sich laut Schreiben vom 19. 7. 1849 bei der Bewegung dienstwidrig verhalten. Damit sind die Angaben des Protokollbuches bestätigt. Vom Ratschreiber erfahren wir dabei noch, daß er verhaftet wurde.

Raab schreibt weiter: „Ich habe aber noch das umfangreiche Verzeichnis der Gefangenen in den Kasematten von Rastatt durchgesehen und konnte folgende Soldaten aus Hofweier finden“ (GLA 49/2410): *Buß Peter, bei der 4. Kompagnie des 1. Infanterie-Regimentes im Fort C – fol 43, Hogenmüller Gallus, Pionier im Fort A (fol 9); Kail (Keil) Michael, Soldat beim 2. Infanterie-Regiment im Fort A (215/397 – fol 138), er war im Mai 1850 flüchtig und wurde daher des bad. Staatsbürgerrechts verlustig erklärt; Müller Alexander (fol 14), Soldat der 3. Kompagnie des 1. Infanterie-Regimentes im Fort A.*

Es ist anzunehmen, da die Rastatter Garnison zu den Aufständischen über-

gelaufen war, daß diese genannten Soldaten Angehörige der Garnison waren und für den „Verrat“ bestraft wurden.

Aus all diesen Unterlagen ist ersichtlich, daß die Revolution 1848(49) in Hofweier doch einige Nachwirkungen hatte. Die Gemeinde selbst hat anscheinend nur das Notwendigste getan, eben was befohlen worden war. Aktiv beteiligt waren aber doch einige, nur von einem wurde berichtet, daß er verhaftet war. Über Prozeß, Verurteilung wissen wir weiter nichts.

Zu ergänzen ist noch: Bonaventure Geck war im Ausschuß des Volksvereins und Franz Uhrig Kassier dort. Pfarrer Dr. Alois Vogel war Abbonnent des „Volksführers“, des Organs des Volksvereins.

Auf diese Untersuchungen des Verfassers betr. Hofweier hat nun dessen Bruder, Michael Bayer, die Archive in Diersburg und Niederschopfheim durchsucht. Seine Feststellungen sollen nun hier folgen. In Diersburg überrascht, daß weder das Gemeinderatsprotokoll noch das Rechnungsbuch Angaben über Vorgänge oder Kosten bis zum Ende der Revolution enthalten. Erst nach der Niederschlagung der Revolution enthalten beide Bücher einige wenige Angaben.

So liegt am 12. 7. 1849 zur Beschlußfassung vor: *Die Kapitalaufnahme zur Leistung eines Magazins mit Hafer und zur Lieferung des Bedarfs für die Preisische Truppen in Offenburg betreffend.* Beschlossen wurde: *Seie ein Kapital ad 205 fl lehnungsweise für die Gemeinde aufzunehmen, um den im Betreff aufgeführten Beitrag leisten zu können, da zur Zeit die Gemeinde die Mittel nicht besitzt . . .* Am 18. Mai 1850 wurde protokolliert: *In der heutigen Sitzung wurde ein Erlaß Gr. Bad. Ausgleichs Commission vom 10. d. M. . . . vorgelegt, wonach die Gemeinde Diersburg zur Ausgleichung der durch den Maiaufstand erwachsenen Kosten für die militärische Hilfe einen Beitrag von 1412 fl zu leisten hat. Hiernach sind aber wegen getragener Lasten 452 fl in Ausstand belassen und sind daher noch bar zu bezahlen 960 fl. Über die Aufbringung dieses Geldes wurde beraten. Beschlossen: Ein Capital von diesem Betrag aufzunehmen.* Unterm 3. 12. 1856 ist zu lesen etwa: Es wurde ein Vergleich zur Zustimmung vorgelegt, der die Verteilung des Gesellschaftsvermögens von dem Ehemaligen Habermagazins in Höhe von 12 575 fl vorsieht. Auf Diersburg entfallen 250 fl. Über Annahme des Vergleichs und die Verwendung war zu beschließen.

In der Registratur der Gemeinde Diersburg liegt ein Umlagen-Register zur Bestreitung der Mai-Revolutionskosten von 1849 für das Jahr 1851 vor. Damit ist belegt, daß alle Kriegskosten auf die Bürger nach der Besteuerungsgrundlage umgelegt wurden.

Das ist alles, was uns die Diersburger Akten berichten.

In Niederschopfheim sind bereits am 25. 3. 1848 Anzeichen der Volksbewaffnung festzustellen. Unter diesem Datum besagt das Gemeinderatsprotokoll, es seien 25 Gewehre auf Rechnung der Gemeinde anzuschaffen. Auch seien 25 Pfund Pulver und das erforderliche Blei zu Kugeln und Patronen anzukaufen. Unterm 31. 5. 1849 heißt es: Da durch das Gesetz die Bürgerwehr befohlen wurde und sonach solche errichtet werden muß, so ist die Beschaffung einer Trommel notwendig. Niederschopfheim hatte im 18. Jahrhundert wie Hofweier eine Bürgermiliz. Anscheinend wurde diese in Niederschopfheim in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgehoben, da sie ja jetzt neu geschaffen werden mußte! Diese Miliz stellte auch in Niederschopfheim das erste Aufgebot. Die Gemeinderechnung von 1849 enthält eine Anweisung: *Der Bürgerwehrmannschaft des ersten Aufgebotes ist als Unterstützung auszuführen 198 fl. Laut Gemeinderatsbeschluß vom 14. 6. 1849 sind jedem Wehrmann des ersten Aufgebotes 3 fl zu verabreichen.* Also bestand, da die Gesamtsumme 198 fl betrug, das erste Aufgebot aus 66 Mann. Das Geld sollte aufgenommen werden, da es der Gemeinde an Geld fehlte. Das Kassenbuch weist insgesamt einen Betrag von 765 fl für die Ausstattung des ersten Aufgebotes und Lieferungen an die Revolutionstruppen aus. Nach der Niederschlagung des Aufstandes kamen auf die Gemeinde große Ausgaben zu. So erscheinen einmal 143 fl an die Militärverwaltung, dann wieder 300 fl, 180 fl, 215 fl, 360 fl, 186 fl, 308 fl. Für Beherbergung von Offizieren der Besatzungsmacht (Gasthaus Sonne 27 fl, Adler 1,5 fl, Linde 23 fl). Es waren auch Königl.-Württembergische Truppen zur Einquartierung in Niederschopfheim, die Kosten von 38 fl verursachten. Für Unterhalt der Pferde (Heu, Stroh, Hafer) mußten 1849 79,5 fl, 1850 2639,6 fl aufgebracht werden.

Am 13. 7. 1849 beschloß der Gemeinderat, ein Darlehen von 504 fl, am 23. 9. 1849 ein solches von 1200 fl und am 16. 5. 1850 ein solches von 2500 fl aufzunehmen, das auf die Bürger umzulegen sei.

Auch in Niederschopfheim ist ersichtlich, daß man an der Revolution teilnehmen mußte und daß die Gemeinde durch die Besatzungsmacht und durch die Regierung in Karlsruhe beträchtlich belastet wurde. Ob in Niederschopfheim nach der Niederschlagung des Aufruhrs auch Personen belangt wurden oder verhaftet wurden, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

Damit konnte belegt werden, daß aus der Gesamtgemeinde Hohberg 2 Gemeinden aktiv an der Revolution beteiligt und am Ende des Aufruhrs sehr belastet worden sind. Die Belastung traf auch Diersburg. Es ist immer so, daß das Volk bezahlen muß, was die Obrigkeit verursacht hat. Auch in diesem Fall.

Hornberg während der Badischen Revolution 1848/49

Alfons Stadler

Schon im frühen 19. Jahrhundert ist Hornberg ein Stützpunkt des damals in Deutschland aufkommenden politischen *Liberalismus*. Die Nähe zu Frankreich mit den aufsehenerregenden Ereignissen der Revolution von 1830 und von 1848, der lebhafter gewordene Güter-, Nachrichten- und Reiseverkehr, aber auch die großen wirtschaftlichen Nöte des Vormärz mögen dazu beigetragen haben, daß Gedanken der politischen Freiheit und der Demokratie in Hornberg Fuß faßten und Anhänger fanden. In Hornberg dürfte zudem die zusätzliche wirtschaftliche Not nach Bau der neuen Straße Hornberg – Triberg, die die bisher notwendigen Vorspanndienste der Hornberger Fuhrleute und die Übernachtungseinnahmen der Hornberger Wirte wegfallen ließ, zu revolutionären Auffassungen geführt haben. Von Wilhelm Hausenstein weiß man, daß sein Großvater mütterlicherseits, der Bärenwirt Gottlob Baumann, ein begeisterter und international denkender Liberaler war, ein Mann, der mit seinem Vater die Juli-Revolution von 1830 in Paris erlebte, badische Revolutionäre wie Venedey und Muser persönlich kannte und den italienischen Freiheitskämpfer Garibaldi, aber auch die badischen Demokraten Hecker und andere schwärmerisch verehrte. Robert Blum, der sächsische Politiker der Revolutionszeit, weilte auf der Durchreise im Bären. Zu den der Revolution zugeneigten Bürgern Hornbergs zählte Hitzfeld außer dem Bärenwirt den Hirschwirt und zeitweiligen Bürgermeister Baumann, den Apotheker Enslin, einen Vorfahren der Kaufmannsfamilie Schmidt, den Müller Johann Lauble und den Bäcker Christian Wöhrle. Hitzfeld nennt diese Gruppe „die Lauten“, weil sie im öffentlichen Leben des Städtchens mit ihren Meinungen nicht eben zurückhielten. Eine stillere, aber um so entschiedener Gruppe scharte sich um den Dekan Martin Schmidt und vor allem um den Diakonus (= Lehrer und Leiter der Bürgerschule) Heinrich Adolf Gerwig und bemühte sich um eine organisatorische Stabilisierung der Revolutionsgedanken. Man wird diese Hornberger 48er überwiegend eher der Gruppe der Republikaner als den liberalen Anhängern einer konstitutionellen Monarchie zurechnen dürfen, weil immer wieder von einer deutschen Republik und von der Verehrung Heckers und Struves die Rede ist. Von der bäuerlichen Bevölkerung in der Umgebung Hornberg sind politische Aktivitäten nicht bekannt, obwohl in anderen Gegenden Badens die Mißernten und Nöte der Jahre nach 1840 zu beträchtlicher Unruhe unter der ländlichen Bevölkerung geführt hatten.

Als die Revolution im ganzen Land sich durchsetzte und unzählige wilde Gerüchte die Menschen bewegten, flüchteten die Repräsentanten der alten

Ordnung, so zum Beispiel die Fabrikantenfamilie Horn von der Steingutfabrik, zu Bauern in der Nachbarschaft und warteten dort die Entwicklung des dramatischen Geschehens ab.

Bei der Durchsicht der Protokollbücher des Hornberger Gemeinderates interessierte natürlich sehr, inwieweit sich die badische Revolution von 1848/49 außerhalb der bekannten Zentren Mannheim, Konstanz oder Offenburg im alltäglichen örtlichen Geschehen unseres eher abseits gelegenen Städtchens niedergeschlagen hat.

Bis Ende 1847 ist nichts zu bemerken, was auf den nahen Ausbruch der Revolution hinweist, wenn man davon absieht, daß sich die Strafen wegen „Übersitzen“ häuften: Die liberalen Gruppen, die es damals in Hornberg gab, fanden sich bei ihren Treffen und Diskussionen vorzugsweise als *Gesangsrunden* zusammen, und wenn sie allzu lange „tagten“, sprich: diskutierten und liberale Blätter studierten, gab es eben die bekannten Bußen wegen Übersitzen oder Nachtschwärmerei.

Am 29. März 1848, zur Zeit also, in der überall in Deutschland, auch in Hornberg, die revolutionäre Bewegung heftig aufflackerte und Struve im Vorfeld des Freiheitsfestes von Offenburg die Abschaffung der Monarchie forderte (19. März 1848), wendete sich der Hornberger Bürgermeister Carl Horn an Gemeinderat und Bürgerausschuß und erklärte folgendes:

Ich habe am 7. Juni 1842 das Bürgermeisteramt übernommen, und es ist daher meine (sechsjährige) Dienstzeit bis auf zwei Monate, welche noch mangeln, vollendet. Ich komme aber jetzt schon um meine Entlassung ein, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Durch die neuesten Zeitereignisse ist, wie all anderswo auch, bei uns eine Aufregung unter der Bürgerschaft vorhanden, welche in Exzessen verschiedener Art sich Luft macht. Ich wohne bekanntlich nicht in der Stadt selbst, sondern eine ziemliche Strecke davon entfernt und bin daher außerstande, die Polizei durch augenblickliches Einschreiten bei den in der Stadt sich kundtuenden Exzessen so zu handhaben, wie es der Augenblick erfordert.

2. Ist, wie oben bemerkt, meine Dienstzeit beinahe vorüber, so daß binnen zwei Monate ohnehin eine neue Wahl stattfinden müßte.

Aus diesen Gründen bitte ich daher den Gemeinderat und den Bürgerausschuß um meine Entlassung.

Wo Carl Horn damals wohnte, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich im Betriebsgelände der Steingutfabrik.

Darauf erfolgte durch den Gemeinderat und Bürgerausschuß folgender Beschluß:

In Erwägung, daß die vorgetragenen Gründe des Bürgermeisters Horn alle Berücksichtigung verdienen und es sehr wünschenswert wäre, wenn zur Handhabung der Ordnung ein Bürgermeister, welcher in der Stadt wohnt, erwählt wird, und da derselbe überdies noch erklärt hat, daß er eine neue Wahl nicht mehr annehmen werde, und somit auch innerhalb von zwei Monaten ein anderer Bürgermeister gewählt werden müßte, ist kein Grund vorhanden, seinem Wunsch entgegen zu sein; so hat man einstimmig und unter Dankesbezeugung für seine treu geleisteten Dienste seiner Bitte willfahren.

*Gemeinderat: Hindelang, F. Rumpf, Stokburger, Baumann, Enslin
Bürgerausschuß: W. Rumpf, W. Horn, J. Wöhrle, F. Kayser, D. Dobler,
Glück.*

Das war der Rücktritt des Vertreters der alten Ordnung. Auch die Gemeinderäte der Ära Horn dürften wohl in ihrer Mehrheit eher zur Hornberger „Ordnungspartei“ gehört haben. Der neue Bürgermeister, der ihm im Amt folgte, war dagegen ein Mann der neuen, liberalen, wahrscheinlich sogar der republikanischen Richtung: Wie aus den folgenden Einträgen im Protokollbuch hervorgeht, wurde der Apotheker und Gemeinderat Enslin zum Nachfolger Horns gewählt. Zunächst umfaßte die liberale Gruppierung Vertreter der konstitutionellen und der republikanischen Richtung, erst durch Heckers und Struves Aktivitäten spalteten sich die Liberalen in (republikanische) Anhänger und (konstitutionell eingestellte) Gegner Heckers, wobei der republikanische Flügel mehr Aktivitäten entwickelte und einen höheren Organisationsgrad erreichte.

Nun war außer dem neuen Bürgermeister auch ein neuer Gemeinderat zu wählen. Im Zeichen der durch die Revolution gewonnenen politischen Freiheiten und unter dem Einfluß der revolutionären Agitation gingen die Hornberger am 8. August 1848 zur Wahl; darüber heißt es:

Nach vorausgegangener Bekanntmachung durch die Schelle und durch persönliche Aufforderung eines jeden Bürgers wurde die Bürgerschaft zur Vornahme einer neuen Wahl der Gemeinderäte aufgefordert. Da an besagtem Tag die gehörige Anzahl Bürger erschienen ist, so ist man zur Wahl geschritten.

Das Resultat ergab, daß nachstehende Bürger als Gemeinderäte gewählt worden sind:

<i>Friedrich Enslin</i>	<i>95 Stimmen</i>
<i>Bärenwirt Gottlob Baumann</i>	<i>108 Stimmen</i>
<i>Johannes Lauble</i>	<i>101 Stimmen</i>
<i>Friedrich Mosetter</i>	<i>89 Stimmen</i>
<i>Christian Wöhrle</i>	<i>86 Stimmen</i>

Jetzt setzte sich der neue Rat aus Vertretern der republikanischen Gruppe zusammen. Die Horns, die dieser politischen Entwicklung wohl reserviert gegenüberstanden, tauchen zunächst nicht mehr in der Liste der Gemeinderäte auf.

Die Erwählten wurden vom Bürgermeister vorgeladen und befragt, ob sie die Wahl annehmen. Sämtliche erklärten sich zur Annahme der Wahl bereit.

Bei dem mit der höchsten Stimmenzahl gewählten Bärenwirt Gottlob Baumann (1822 – 1894) handelt es sich um den schon erwähnten Großvater Wilhelm Hausensteins.

Von Gottlob Baumann ist weiterhin folgendes bekannt: Er wohnte nach den Ausführungen des regierungsergebenen Amtmanns Lindemann von 1849 mit Vollmacht des Hornberger republikanischen Volksvereins der Volksversammlung vom 12. und 13. Mai in Offenburg bei, beriet dort mit und bemühte sich um die Bewaffnung des 1. Revolutionsaufgebotes (der 18- bis 30jährigen jungen Männer). Er war im Vorstand des Volksvereins, der in seinem Lokal, im „Bären“, gegründet wurde.

Im September 1848 – inzwischen war dank der militärischen Intervention der 1. Aufstand in Baden gescheitert – schreibt der neue Bürgermeister Enslin an Gemeinderat und Bürgerausschuß:

Ich habe die Wahl zum Bürgermeister am 5. April 1848 nur bedingungsweise angenommen und den Vorbehalt gemacht, daß ich, wenn hier nicht eine finanzielle Entschädigung durch Erhöhung der Bürgermeister-Besoldung erfolgt, dieses Amt wieder abzugeben befugt bin.

Da mir von der Großherzoglichen Sanitätscommission die Auflage gemacht worden ist, einen examinierten Gehilfen zu halten, welcher mich wenigstens auf 400 Gulden zu stehen kommen würde, so muß ich verlangen, daß meine Besoldung während der Zeit, so lange ich Bürgermeister bin, also vom 5. April 1848 an, bewilligt werde, wogegen ich für diejenige Zeit, zu welcher ich noch keinen Gehilfen habe oder auch künftig keinen halten würde, mir die Entschädigung in Abrechnung bringen lassen will, welche die jetzige Entschädigung übersteigt. Am 27. September 1848 lehnt der

Bürgerausschuß den Antrag von Bürgermeister Enslin ab, worauf dieser von seinem Amt zurücktritt.

Kein guter Start für die Vertreter der Revolution! Ob die angedrohte preußische militärische Intervention in Baden Enslin (und evtl. auch andere) zu dieser zurückhaltenden und vorsichtigen Taktik veranlaßte, ist nicht bekannt.

Sein Rücktritt wird angenommen, Nachfolger wird Friedrich Wilhelm Baumann, der Hirschwirt, ein eindeutig liberaler und republikanischer Mann wie sein Namensvetter, der Bärenwirt Baumann. Alle diese republikanischen Repräsentanten, die beiden Baumanns, Enslin, der ebenfalls der liberalen Gruppierung zuzurechnen ist, und andere wurden nach der Niederschlagung der Revolution wegen ihrer politischen Aktivitäten vom badischen Staat gemäßregelt. Enslin verließ dann auch Hornberg.

Die kriegerischen Ereignisse des Frühjahrs 1848 schlugen sich auch in der folgenden Notiz aus den städtischen Akten nieder: Die Stadt erhält als Ersatz für Militärführen aus der Staatskasse 61 Gulden und 46 Kreuzer ersetzt.

Durch die Revolution wurden in Baden überall neue Verwaltungsorgane eingesetzt, sogenannte „Zivilcommissare“; die die Grundsätze der Revolution im Lande durchzusetzen hatten. In Hornberg wurde der Diakonus (Lehrer der Höheren Bürgerschule) Christoph Heinrich Adolf Gerwig (nicht Herwig, wie in Hitzfelds Hornberg-Buch und auch nicht mit dem Dichter Georg Herwegh zu verwechseln) zum Zivilkommissär ernannt. Diese Ernennung erfolgte nach der Offenburger Versammlung der badischen Volksvereine.

Gerwig ist 1812 in Pforzheim geboren, sein Vater war Seifensieder. Nach dem Studium der Theologie in Heidelberg und Tübingen war er an verschiedenen Orten Badens Pfarrer und ab 1846 Diakonus und 1. Bürgerschullehrer in Hornberg.

Nach dem Sieg der Schweizer Liberalen im Sonderbundkrieg 1847 beglückwünscht er im Dezember 1847 in einer besonderen Dankadresse „das liebe und tapfere Volk der Eidgenossen“ zum Sieg der Freiheit über die konservativen Kräfte des Landes. Am 19.11.1848 hält Gerwig in Hornberg eine Gedenkrede für den in Wien erschossenen Robert Blum (den „sächsischen Hecker“). Sie wurde gedruckt und war streng biblisch ausgerichtet; die Schrift sollte nach Gerwigs Vorwort der Oberkirchenbehörde den theologisch einwandfreien Wortlaut der gehaltenen Predigt vermitteln, weil Gerwig wegen seiner Ausführungen bei der vorgesetzten Stelle schwer

verdächtigt worden war. Der Erlös aus dem Verkauf der bei Muhl in Baden-Baden gedruckten Rede sollte der Witwe und den Waisen des in Wien erschossenen Robert Blum zugute kommen, wie auf dem Titelblatt ausdrücklich vermerkt ist. Während man anderwärts sich nicht getraute, öffentlich den Tod Blums zu betrauern, zeigte Gerwig Mut und menschliches Mitgefühl mit dem Schicksal des Erschossenen.

Werner Scheurer berichtet in der „Ortenau“ 1980 (S. 189 f.) aus Akten des Generallandesarchivs über Gerwig: erste Agitation zugunsten einer republikanischen Staatsverfassung läßt sich schon zur Zeit der Offenburger Volksversammlung vom 19. März 1848 belegen. Im Geschichts- und Religionsunterricht der Hornberger Bürgerschule, wo er Lehrer war, las er Oppositionsblätter vor, habe er den preußischen König getadelt, weil dieser auf die Berliner Revolutionäre habe schießen lassen. Am 8. April 1848 nahm er in Triberg im ‚Wilden Mann‘ an einer Vorbesprechung zur Volksversammlung am nächsten Tag teil und sagte, daß eine Republik nur halb soviel koste wie eine Monarchie. Am folgenden Tag nahm er an der Triberger Volksversammlung teil, bei der die Entfernung des Oberamtmannes Waag von Hornberg gefordert wurde. Im Frühjahr 1849 werden weitere politische Aktivitäten von ihm gemeldet. So hielt er im Bären und im Hirschen Reden revolutionären Inhalts. Als in Hornberg bekannt wurde, daß er wegen dieser Aktivitäten auf Geheiß der kirchlichen Obrigkeit Hornberg verlassen soll, gab es eine Unterschriftenaktion zu seinen Gunsten. Trotzdem sollte er auf Geheiß seiner kirchlichen Vorgesetzten versetzt werden, blieb aber in Hornberg, das ja im Gebiet der revolutionären Exekutivgewalt lag, und war aktiv bis zum Zusammenbruch der Revolution. Auch wurde ihm angelastet, daß er enge Verbindungen mit Johann Georg Schultheiß aus St. Georgen pflegte, gegen den wegen politischer Vergehen Untersuchungen im Gange waren.

Am 3. Juni 1849 wird Gerwig für den Wahlbezirk Hornberg in die Badische Konstituierende Versammlung gewählt. Im 3. Wahlbezirk mit den Ämtern Donaueschingen, Villingen, Neustadt, Triberg und Hornberg werden gewählt:

<i>Josef Au, Allmendshofen</i>	<i>erhält 5344 Stimmen</i>
<i>K. Hoffmann</i>	<i>erhält 5056 Stimmen</i>
<i>Lehrer Ostermann, Donaueschingen</i>	<i>erhält 3855 Stimmen</i>
<i>Diaconus Gerwig, Hornberg</i>	<i>erhält 3746 Stimmen</i>

Gerwig nimmt an den dreiwöchigen Beratungen in Karlsruhe als Mitglied der 3. Abteilung teil. Aus den Protokollen geht hervor, daß Gerwig am 13. Juni bei der Abstimmung der Nationalversammlung mit der Mehrheit für den Antrag stimmte, in Baden eine provisorische dreiköpfige Re-

gierung mit diktatorischer Gewalt zu bilden. Bei anderen Anträgen stimmte er mit der gemäßigten Mehrheit der Versammlung. Nach den vorhandenen Protokollen hat er selbst nie das Wort ergriffen. Am 25. Juni 1849 verläßt die Nationalversammlung wegen der heranrückenden preußischen Armee Karlsruhe, begibt sich nach Freiburg und löst sich dann auf. Ob Gerwig von Karlsruhe direkt nach Hornberg zurückging (wo wohl seine Familie war) oder bis zur Auflösung bei der Versammlung blieb, ist nicht bekannt.

Heinrich Hansjakob schreibt in seinem Buch „Aus meiner Jugendzeit – Erinnerungen“ über Gerwig:

Gedächtnisfeier für Robert Blum, der im November 1848 in Wien als Barrikadenkämpfer erschossen worden war. Unter drei Rednern auf dem Haslacher Friedhof war auch ein Diakonus aus Hornberg. Der evangelische Diakonus Adolf Gerwig war einer der interessantesten Gestalten der mittelbadischen Revolutionsjahre. Er wurde am 25.5.1812 in Pforzheim geboren, war Pfarrer in Heddersbach und ab 1846 Diakonus und erster Lehrer in Hornberg. Er wurde 1849 in die konstituierende Versammlung (Revolutionsparlament) nach Karlsruhe gewählt und war Zivilkommissär in Hornberg. Im Februar 1849 hat er im Bärenwirthshaus (!) eine Rede gehalten; danach wurde ein Volks- bzw. Demokratischer Verein gegründet und Gerwig zum Vorsitzenden gewählt. Er gilt als Gründer der Volksvereine in Hornberg, Schiltach und Gutach und hat insofern hier die Revolution vorbereitet.

Gerwig war also im Volksverein tätig, er hat die Dankesadresse an die Schweizer verfaßt, die von Hansjakob erwähnte Rede zum Gedächtnis Robert Blums gehalten und an den Beratungen der Verfassunggebenden Versammlung teilgenommen; er war darüber hinaus als Zivilkommissär im Amt Hornberg und ab Mai 1849 als Oberkommissär einer der aktivsten Anhänger der Revolution und wurde deshalb nach Niederschlagung der Revolution von den amtlichen (revolutionsfeindlichen) Stellen als „Wühler“ bezeichnet und zur Beschlagnahme seines Vermögens verurteilt. Gerwig flüchtete nach Scheitern der Revolution mit Frau und Kindern in die Schweiz, wurde in Abwesenheit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und 1850 aus den Diensten der Evangelischen Kirche entlassen. Von der Schweiz wandert er über Frankreich - wie Hecker - nach Amerika aus und wird Pfarrer in Cincinnati beim 37. Ohioregiment. 1862 verübt er Selbstmord. Jedenfalls sagt das polizeiliche Protokoll, er sei mit einer Pistole in der Hand tot aufgefunden worden.

Die revolutionären Ereignisse in Baden im Mai und Juni 1849 berührten Hornberg wesentlich mehr als das Geschehen von 1848. Im Protokollbuch der Stadt Hornberg heißt es während der 49er Revolutionstage:

Nach Erlaß des Zivilcommissärs Gerwig vom 1. Juni 1849 sind wir (d. h. der Gemeinderat und der Bürgerausschuß) beauftragt, einen Sicherheitsausschuß zu bilden. Hierzu haben wir die folgenden Bürger vorgeschlagen: Bäcker Johannes Aberle, Rotgerber Christian Rumpf jr., Metzger Friedrich Obergfell, Weber Ludwig Schwarzwälder, Seiler Christian Dobler.

Man hat dieselben vorgeladen, ihnen den Beschluß bekanntgemacht, worauf sie sich zur Annahme bereit erklärten. Diese Namen tauchen später im Verzeichnis der nach Scheitern der Revolution Gemaßregelten wieder auf. Vom Beschluß der Bildung des Sicherheitsausschusses mußte umgehend der badische Zivilkommissär Gerwig in Kenntnis gesetzt werden.

Bei der darauffolgenden Wahl des Sicherheitsausschusses erhielten

<i>Friedrich Obergfell</i>	<i>72 Stimmen</i>
<i>Jakob Aberle</i>	<i>70 Stimmen</i>
<i>Ludwig Schwarzwälder</i>	<i>71 Stimmen</i>
<i>Johannes Aberle</i>	<i>67 Stimmen</i>
<i>Jakob Spinner</i>	<i>63 Stimmen</i>

Sämtliche nahmen die Wahl an und bestätigten dies durch ihre Unterschrift. Natürlich hat ihnen die Mitarbeit in diesem Ausschuß bald darauf nach Scheitern der Revolution erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Ob sich auch Hornberger *Frauen* aktiv an dem revolutionären Geschehen beteiligten, läßt sich aus den vorliegenden Unterlagen nicht feststellen. Irgendein Wahlrecht besaßen sie auch in dieser jetzt beginnenden liberalen Ära nicht. Selbst im Frankreich der Februar-Revolution, in der 2. Republik nicht! Wahrscheinlich lag ihre Aktivität im häuslichen und privaten Bereich. Auch bei den badischen Republikanern wie Hecker und Struve ist das Frauenwahlrecht kein Thema.

Wie die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 3. Juni 1849 in Hornberg praktisch durchgeführt wurde, ist nicht bekannt. Es muß in den Revolutionsjahren 1848 und 1849 sowohl einen Volksverein oder Demokratischen Verein mit republikanischer Zielsetzung als auch einen Vaterländischen Verein mit Tendenzen zur konstitutionellen Monarchie gegeben haben, wobei es den Anschein hat, als ob die Grenzen beider Vereine zeitweilig unbestimmt waren, solange, bis die Aktivitäten Heckers und Struves die liberale Bewegung spalteten. Jedenfalls ist bekannt, daß Vertreter beider Gruppierungen am 12. und 13. Mai 1849 bei einer zentralen Veranstaltung der Volksvereine in Karlsruhe anwesend waren.

Wie sehr Revolution, Krieg und Obrigkeit in das Privatleben der Menschen und in das kommunale Leben der Gemeinden eingriffen, zeigen die folgenden Begebenheiten:

Gemeinderatsprotokoll 8. Juni 1849: Der hiesige Bürgersohn Jakob Rumpf möchte die Christine X. aus Reichenbach heiraten und legt zu diesem Zwecke ein Vermögens- und Sittenzeugnis vor. Obwohl beide Zeugnisse gut sind, wird der Bitte der Antragsteller nicht widerfahren. In Erwägung der jetzt obwaltenden kriegerischen Verhältnisse, wonach der Bittsteller mit dem 1. Aufgebot in den Krieg abgehen muß und auch dann gehen müßte, wenn er im 2. Aufgebot eingeteilt wäre, würde der Gemeinde eine neue Last aufgebürdet; außerdem sei man überzeugt, daß der Bittsteller bei der jetzt so hart bedrängten Zeit eine Familie zu ernähren nicht in der Lage sei.

18. Juni 1849: Durch Verfügung des Obercommissärs in Freiburg vom 13. Juni 1849 und des hiesigen provisorischen Zivilcommissärs vom 15. Juni 1849 ist die Gemeinde wiederholt angewiesen worden, unverzüglich für sämtliche Mannschaft des 1. Aufgebotes die nötigen Ausrüstungsgegenstände, also Tornister, Patronentaschen, Blusen usw. anfertigen zu lassen und den Vollzug dieser Anordnungen in Bälde anzuzeigen. Um vor allem die Anschaffung des Notwendigsten, nämlich der Tornister und Patronentaschen zu besorgen, haben wir von jedem der guten hiesigen Sattlermeister einen Tornister und eine Patronentasche zur Probe anfertigen lassen und die beiden Sattler Wöhrle und Baumann heute vorgerufen, um an sie die Fertigung aller anzuschaffenden Tornister und Patronentaschen zu übertragen. Nachdem man hierauf den Kostenüberschlag aufs genaueste überprüft und soweit möglich ermäßigt hatte, wurden diesen beiden Sattlermeistern die Fertigung von zwei Dutzend Tornistern und ebensoviel Patronentaschen nach den vorgelegten Mustern und mit der weiteren Bedingung, daß an den Patronentaschen ein ledernes gutschließendes Täschchen angebracht wird, alles zusammen für 108 Gulden oder je Tornister und Patronentasche zu 4 Gulden 30 Kreuzer, vergeben.

Wegen Lieferung der Blusen sind Anträge von Jakob Wöhrle aus Colmar eingegangen, wonach dieser die Blusen für 59 Kreuzer frei nach Freiburg verkaufen will. Dieser Antrag wird als der günstigste angenommen und sofort der Ankauf von drei Dutzend Blusen von Jakob Wöhrle in Colmar unter besagter Bedingung beschlossen.

Beim Studium dieser Beschlüsse gewinnt man den Eindruck, als ob die Hornberger Räte nur zögerlich und unter Druck des Zivilkommissionärs an diese Aufgaben herangingen, einmal weil die Stadtkasse damit erheblich belastet wurde und zum anderen wohl auch deshalb, weil man hinsichtlich der Erfolgchancen der Revolutionsarmee einige Zweifel hatte; immerhin waren die militärischen Aktionen der badischen Revolution auch schon vor dem Treffen von Waghäusel (21. Juni 1849) wenig erfolgreich gewesen.

Gleichwohl war in diesen ersten Monaten des Jahres 1849 vor der militärischen Entscheidung zwischen Revolution und preußischer Armee in Hornberg „allerhand los“! Dazu Beispiele aus Unterlagen des Generallandesarchives Karlsruhe und des Staatsarchives Freiburg: Franz Karl Adolf Kaufmann, geboren in Hornberg, Kameralkandidat, Sohn des damaligen Gutacher Pfarrers, war Schriftführer des Zivilkommissärs Adolf Gerwig, verübte nach den amtlichen (und damit revolutionsfeindlichen) Quellen viele Gewalttätigkeiten, forderte zum Aufruhr und Ausmarsch des 1. Aufgebotes auf, suchte eine Invasion ins Württembergische zustande zu bringen und veranstaltete einen Exekutionszug nach St. Georgen (der im Juni 1849 mit ca. 150 Mann stattfand und an dem unter anderen auch die Haslacher Volkswehr teilnahm). Er beraubte mit einem Haufen Freischärler die Kasse der Obereinnehmerei (= Finanzamtskasse). Nach Scheitern der badi-schen Revolution ist Kaufmann landesflüchtig, hält sich zunächst in der Schweiz auf und geht dann nach Amerika. Bei ihm ist u. a. Christoph Obermüller, Buchhändler aus Karlsruhe.

Vom Sohn des Hornberger Pfarrers und Dekans Martin Schmidt, dem 19jährigen Student Friedrich Schmidt, wird berichtet, daß er Mitglied des Volksvereins war, sich als „Wühler“ betätigte und bei der Beschlagnahme der Obereinnehmereikasse beteiligt war. Amtmann Lindemann, Vertreter der fürstlichen Seite, berichtet pflichteifrig über ihn folgendes: *Schmidt junior war Gehilfe bei der Großherzoglichen Obereinnehmerei in Hornberg, war über den Ausbruch der Revolution sehr erfreut, betätigte sich bei der Organisation des 1. Aufgebotes und ging am 4. Juli in das Büro der Obereinnehmerei, dabei den Schlüssel benutzend, den er noch von der Zeit hatte, als er noch Gehilfe war. Im Büro legte er dem revolutionären Commis-sär und zwei weiteren Anführern die Journale der Obereinnehmerei vor und berechnete den Kassenstand. Einige Freischärler, wobei aber Schmidt nicht dabei war, holten darauf die Obereinnehmereikasse, bestehend aus 614 Gulden 29 Kreuzer ab. Auch wird ihm vorgeworfen, daß er bei der Erpressung von 200 Gulden von dem Furtwanger Kaufmann Georg Hettich beteiligt war. Der junge Schmidt trug nach dem Bericht des Amtmannes Lindemann republikanische Abzeichen (ein rotes Band), hatte Umgang mit Gerwig und half diesem bei den Schreibearbeiten des Zivilcommissariats. Die Freischärler wählten ihn dann zum Oberfeldwebel, er zieht mit dieser Gruppe Gleichgesinnter ins Unterland und zuletzt in die Schweiz. Als er von den schweren Vorwürfen gegen ihn erfährt, kehrt er nach Hornberg zurück, möchte sich rechtfertigen und wird von Lindemann verhaftet. Ihm wird als 19jähriger der Prozeß gemacht; wegen Hochverrats und gewaltsamer Wegnahme öffentlicher und privater Gelder wird er angeklagt und zunächst zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt; das Urteil wird später nach der Verteidigung durch Rechtsanwalt Schaal vom Oberhofgericht auf 1½ Jahre*

ermäßigt. Im August 1850 wird er wohl wegen seines jugendlichen Lebensalters aus dem Freiburger Zuchthaus entlassen und auf freien Fuß gesetzt.

Sein Vater, der evangelische Hornberger Pfarrer und Dekan Martin Schmidt, wird ebenfalls verhaftet und suspendiert. Der Bärenwirt Baumann, Friedrich Mosetter und andere stellen für ihn eine Kautions von 2000 Gulden, so daß er bald wieder auf freien Fuß kommt. Der Kirchengemeinderat Friesenheim, Mitglieder seiner früheren Gemeinde Friesenheim und der Schiltacher Pfarrer setzen sich wärmstens für ihn ein, Schmidt beauftragt den Freiburger Anwalt Schaal mit seiner Verteidigung; dieser verlangt Akteneinsicht und eine Frist zur Vorbereitung der Verteidigung seines Klienten. Dann legt Schaal seine Verteidigungsschrift vor, in der er gewandt und schlüssig die belastenden Anklagepunkte gegen Schmidt zerpflückt und darlegt, daß weder der Tatbestand des Hochverrates noch der der Anstiftung oder der Beihilfe vorliege. Schaals Verteidigung kostete Schmidt 31 Gulden; immerhin wurde Schmidt vom Hofgericht jetzt klagefrei gestellt. Seine kirchliche Behörde, der Oberkirchenrat, versetzte Schmidt nach einem internen Dienstverfahren alsbald nach Grünwettersbach bei Karlsruhe.

Es fällt auf, daß evangelische Pfarrer und Pfarrfamilien in unserem Raum eine bedeutende Rolle während der Revolution spielten. Wahrscheinlich war Diaconus Gerwig ihr führender Kopf. Über die Rolle der evangelischen Pfarrer während der badischen Revolution heißt es bei Gerhard Schwinge (1993 a.a.O) folgendes:

„Ein Nebeneinander von theologisch-kirchlichem Konservatismus und Liberalismus bestand 1848 bereits seit 50 Jahren in der badischen Landeskirche. Die große Mehrheit der evangelischen Pfarrerschaft stand traditionell in Loyalität zum Großherzog“. So weiß man aus dem Büchlein vom „Großvater Ledderhose“, daß der Pfarrer in St. Georgen ein Gegner der revolutionären Bestrebungen war.

Offene Parteigänger der radikaldemokratischen Bewegung oder der gewaltsamen Erhebung gab es unter den Pfarrern nicht viele. 23 Pfarrer von 339 insgesamt wurden nach Niederschlagung der Revolution gerichtlich verhandelt; übrigens nicht nur junge Leute, auch Geistliche in den mittleren Jahren. Strafen waren Versetzung (z.B. der Hornberger Pfarrer und Dekan Martin Schmidt), Zwangspensionierung, Entlassung. Drei der am härtesten Bestraften flohen nach Nordamerika, darunter Christoph Heinrich Adolf Gerwig, unser Hornberger Zivilkommissär.

Ein Mann namens Schwarzwälder, Müller aus Hornberg, ist in Philipps-

burg in Gefangenschaft der Regierungstruppen und wurde ins Gefängnis eingeliefert. Der Hirschwirt und Bürgermeister Jakob Friedrich Baumann, ein Verwandter des Bärenwirts, wird zusammen mit Gemeinderat Lauble wegen Begünstigung der Revolution von Amtmann Lindemann am 14. Juli verhaftet und nach Freiburg ins Gefängnis gebracht. Beide werden in den staatlichen Akten ebenfalls als „Wühler“ bezeichnet. Baumann verliert die Konzession als Wirt des „Hirschen“. Der Lehrer Durler (oder Dürler) von der Hornberger Bürgerschule soll sich nach den gleichen Quellen der Aufruhrpartei angeschlossen haben. Adolf Enslin äußerte sich gegen den Großherzog, schimpfte, weil man so viele Fürsten verhalten müsse und wurde wegen Majestätsbeleidigung zu einem halben Jahr Arbeitshaus verurteilt. Friedrich Enslin wird als „Wühler“ bezeichnet, reizte zum hochverräterischen Aufruhr auf und schimpfte auf die Fürsten. Über ihn schreibt Amtmann Lindemann: *Apotheker Friedrich Enslin schimpfte vor und nach der Offenburger Versammlung über die deutschen Fürsten und deutschen Regierungen. Zum Beispiel seien der preußische König und der Großherzog von Baden Volksverräter; man brauche nicht so viele Fürsten zu füttern usw. Er las den Leuten auf der Straße die Proklamation der revolutionären Regierung vor.* Lindemann ließ ihn deshalb am 14. Juli verhaften und lieferte ihn nach Ende der örtlichen Untersuchung an den preußischen Stadtkommandanten ab. (GLA)

Der ledige Bäcker Jakob Arnold wird wegen revolutionärer Betätigung ebenfalls vor das Großherzogliche Hofgericht gestellt. Dieses stellte ihn im September 1851 wegen der Geringfügigkeit der Beschuldigungen verfolgungsfrei.

Xaver Gunther aus Hornberg war beim 1. Aufgebot der Revolutionstruppen, ebenso Joseph Hofer aus Hornberg. Johann Lauble, Müller aus Hornberg, gilt als „Wühler“ und wird der Aufreizung zum Aufruhr beschuldigt. Dem Polizeidiener Mosetter wird vorgeworfen, daß er während der Revolution keine Anzeige gegen die Mitglieder der Demokratischen Partei gemacht hat.

Aus Gutach ist am 28. Juni 1849 bei einem Gefecht bei Gernsbach im Murgtal gegen die Preußen Jakob Blum gefallen. Auch in Gutach bestand damals ein Volksverein unter dem Vorsitz des Hammerwerkbesitzers Proß.

Am 21. Juni 1849 siegten die von der Großherzoglichen Regierung unter dem geflohenen Großherzog Leopold ins Land gerufenen preußischen Truppen bei Waghäusel über die Revolutionsarmee. Die neugeschaffenen Eisenbahnverbindungen innerhalb Deutschlands hatten zunächst das Ausbreiten der Revolution begünstigt, jetzt aber auch die Intervention der preußischen Truppen beschleunigt.

Wahrscheinlich haben Hornberger in Nordbaden mitgekämpft oder bei der folgenden Verteidigung Rastatts, denn im Generallandesarchiv ist vermerkt, daß vom 1. Aufgebot aus Hornberg Johann Trautwein aus Hornberg am 29.7.1849 als Gefangener im Fort B der Festung Rastatt weilte. Auch Christian Schultheiß vom 1. Aufgebot auf Hornberg (evtl. aus St. Georgen stammend und identisch oder verwandt mit Gerwigs Freund gleichen Namens) ist nach Scheitern der badischen Revolution im Fort B der Rastatter Festung eingesperrt. Unter den Erschossenen aus der Revolutionsarmee – insgesamt gab es nach der badischen Revolution 51 Todesurteile – findet man keine Hornberger Namen.

Die militärische Niederlage der badischen Revolutionäre brachte einen völligen Umschwung im ganzen Ländle – auch in Hornberg, das auch von preußischen Truppen besetzt wurde.

So heißt es einige Wochen später, am 10. Juli 1849, im städtischen Protokollbuch:

Durch Anordnung im Regierungsblatt Nr. 25 sind die Mitglieder des Gemeinderates, welche sich an hochverräterischen Unternehmungen beteiligt haben, ihres Dienstes enthoben. Infolgedessen wird Bürgermeister Baumann abgesetzt und Georg Friedrich Horn wieder Stadtoberhaupt. Gemeinderat Matthias Lauble wird seines Dienstes als Gemeinderat enthoben und sein Stellvertreter Jakob Wöhrle, Sattler, zum Gemeinderat einstimmig erwählt. Für diesen wird als Stellvertreter der Säger Friedrich Wöhrle erwählt. Waldhüter Martin und Waldhüter Aberle werden, weil bei hochverräterischen Unternehmungen beteiligt, entlassen. Von Rechtspraktikant Weber, der während der Revolution in Hornberg vermutlich beim Amtsgericht arbeitete, wird berichtet, daß er sich nicht der Umsturzpartei angeschlossen habe, weshalb er nachher zum Justizbeamten in Waldkirch ernannt wird. Dagegen wurde Amtsdienner Winzer abgesetzt, verhaftet und nach Freiburg geführt. Bäcker Christian Wöhrle, in den ersten revolutionären Gemeinderat gewählt, gehörte auch zu den eifrigen Anhängern der badischen Revolution. Man wirft ihm nachher vor, daß er die Bewaffnung des 1. Aufgebotes aktiv betrieben und revolutionäre Äußerungen gemacht habe. So wird nach Niederwerfung der Revolution im August 1849 sein Vermögen beschlagnahmt, dieses Urteil aber schon am 19. August 1849 wieder aufgehoben. Immerhin „erfreut“ er sich später (1857!) immer noch der staatlichen Beaufsichtigung.

Insgesamt waren aus Hornberg Wilhelm Hausensteins Großvater, der Bärenwirt Gottlob Baumann, der Apotheker Friedrich Enslin, der Hirschwirt und seitherige Bürgermeister Jakob Friedrich Baumann, Friedrich Schmidt, der Sohn des Dekans, Johann Lauble, Christian Wöhrle und De-



Bild des Bärenwirts Gottlob Baumann (1822–1894) aus dem Wilhelm-Hausenstein-Gedächtnis-Raum im Hornberger Stadtmuseum

kan Martin Schmidt nach Niederwerfung der Revolution zeitweilig in Freiburg in der Karlskaserne inhaftiert. Sie konnten dort Besuch empfangen und sich von Freiburger Gasthöfen verpflegen lassen. Beim folgenden Hochverratsprozeß verteidigten sie Advokat Lamey (später badischer Minister), Schaal und andere erfolgreich, so daß sie mit Geldstrafen und Kautionsstellung für ihre revolutionären Aktivitäten glimpflich davorkamen. Einer der Anwälte meinte bei der Verteidigung eines jungen Revolutionärs, daß man in Hornberg sehr abgelegen lebe, von den Ereignissen in der Welt wenig erfahre und deshalb leichter revolutionären Verführern zum Opfer falle und die Bemühungen der großherzoglichen Regierung nicht so recht zu würdigen verstehe. So fielen die Freiheitsstrafen meist maßvoll aus. Al-

lerdings wurde beispielsweise der Bärenwirt noch 1852 von den staatlichen Behörden als für ein Gemeindeamt ungeeignet abgelehnt. Viel später, 1862, hat der Bärenwirt mit seiner Verehrung des italienischen Freiheitskämpfers Garibaldi dargetan, daß er den freiheitlichen und republikanischen Gedanken der 48er Revolution immer noch anhing. Er telegraphierte zusammen mit Freunden an den bei Kämpfen in Italien verwundeten Garibaldi, erkundigte sich nach dem Befinden des berühmten Mannes und erhielt eine Antwort mit der Mitteilung, daß es ihm – Garibaldi – besser gehe.

Übrigens hat die Stadt Hornberg das Grab dieses markanten Bürgers und Großvaters Wilhelm Hausenstein nach Ablauf der Ruhefrist nie eingeebnet, es besteht bis heute – gepflegt! – im oberen linken Viertel des Hornberger Friedhofes. Auch Hirschwirt und Bürgermeister Jakob Friedrich Baumann wird abgesetzt, verhaftet und nach Freiburg gebracht. Das Urteil des Hofgerichtes verfügt Einziehung des Vermögens, seine Wirtschaft wird für längere Zeit geschlossen, weil sie Stammplatz der Umsturzpartei war. Er wird auch 1857 noch von staatlicher Seite „beaufsichtigt“. Friedrich Enslin erfährt das gleiche Schicksal. Franz Karl Adolf Kaufmann ist nach Scheitern der Revolution flüchtig, wird in Abwesenheit zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt und flüchtet nach Amerika. Das Verdikt der Vermögensbeschlagnahme trifft auch Johann Müller, Notar von Hornberg. Er soll Umgang mit den Lenkern der Bewegungspartei gehabt haben und wird strafversetzt. Die meisten Urteile werden nach 1850 deutlich gemildert. Ob eine Amnestie anlässlich des Regierungsantritts des liberal eingestellten und volkstümlichen neuen Großherzogs Friedrich I. (1852 Regent, 1856 Großherzog) zu dieser Milderung geführt hat, ist nicht klar, aber möglich.

Ein recht bedeutender Revolutionär im südwestdeutschen Raum, der ehemalige preußische Offizier und Freischarführer August Ernst Willich kommt 1848/49 bei seinen abenteuerlichen Zügen mit einigen hundert Mann kreuz und quer durch das Badische, übernachtet während des Rückzugs vor den heranrückenden Preußen mit seiner Abteilung vom 2. zum 3. Juli 1849 in Wolfach und zieht dann nach Hornberg und Triberg, wo er sich eine Zeitlang aufhält. Auf Anweisung Sigels soll er bei Furtwangen die Straßen nach Westen sperren. Zeitweilig dachten die Revolutionäre daran, an den Schwarzwaldpässen zur Baar sich den Preußen nochmals zu einer Schlacht zu stellen. Aber die Kapitulation Rastatts und der schnelle Vormarsch der Preußen wirft solche Überlegungen über den Haufen. Mit anderen Gruppierungen unter dem Kommando Sigels und Goeggs überschreitet man am 11. Juli 1849 die Schweizer Grenze bei Jestetten. Später wird Willich in der Schweiz und im östlichen Frankreich registriert und flüchtet dann nach England; er ist auch im Ausland im revolutionären Sinne aktiv und stirbt 1878 in den USA.

Ein Schiltacher Gastwirt, Christian Wolber, wird wegen allerlei revolutionärer Umtriebe nach Scheitern der Revolution im August 1849 in Hornberg verhaftet und von mehreren Gerichten mit Freiheits- und Geldstrafen belegt.

Aus der Nachbargemeinde Niederwasser ist Josef Feller oder (wahrscheinlicher) Faller am 29.7.1849 Gefangener im Fort B in Rastatt und wegen politischer Vergehen angeklagt. 1850 kommt er gegen Kautionsfuß auf freien Fuß, aber unter polizeilicher Aufsicht.

Der Zimmermann Christian Reiner aus Reichenbach, Amt Hornberg, wird des Hochverrats bezichtigt und soll nach Amerika geflüchtet sein, ihm wird das Staatsbürgerrecht aberkannt. Der Tagelöhner Mathias Wöhrle aus Reichenbach wird wegen Teilnahme am Freischarenzug und Anklage des Hochverrats vor das Hofgericht gebracht; dort außer Strafverfolgung gestellt, aber 1857 noch amtlich beaufsichtigt.

Außer diesen strafrechtlichen Aktionen des badischen Staates ist die Auflösung aller Vereine am 23. Juli 1849 von Bedeutung. Die Obrigkeit sah in den Vereinen die Entstehungszellen des revolutionären Geistes. Deshalb jetzt das Verbot.

Wie sehr die Revolution der großherzoglichen Obrigkeit in die Knochen gefahren sein muß, läßt sich aus dem Inhalt einer Anordnung des Innenministeriums vom 28. September 1849 herauslesen, wo es heißt, daß eine große Zahl von Volksschullehrern durch unablässiges Aufreizen, Verbreitung gefährlichster Schriften, Untergrabung des Ansehens der vorgesetzten Behörden und durch Mißbrauch ihrer amtlichen Wirksamkeit dem hochverräterischen Aufstand nicht nur Vorschub geleistet haben, sondern sehr viele auch tätlichen Anteil an diesen Verbrechen genommen haben. Das Ministerium folgert daraus, daß in Zukunft eine viel strengere Aufsicht als bisher über die Volksschullehrer geführt werden müsse!

In der „Kräz“ 1996, dem Jahresheft des Schramberger Museums- und Geschichtsvereins, wird von Zeitgenossen anschaulich beschrieben, wie während der 48er Revolution die revolutionären Streiter Schrambergs begeistert auszogen und später nach dem Scheitern ihrer Bewegung kleinlaut wieder heimgingen. Ähnlich wird man sich den Ablauf der Ereignisse und den Umschlag der Stimmung auch in Hornberg vorstellen dürfen.

Ein interessantes, wechselhaftes und mit der Revolution eng verknüpftes Lebensschicksal hatte Wilhelm Karl Koelreuter (1816 in Bretten geboren,

1899 oder 1900 in Hornberg verstorben). Er stammt aus einer alteingesessenen badischen Familie von Apothekern, Pfarrern, Ärzten und Offizieren; vor allen gehörte zu seinen Vorfahren der bedeutende Josef Gottlieb Koelreuter, Botaniker, Professor in Karlsruhe, Hofrat und Großherzogl. Garteninspektor (1733 – 1806). Er ist als Mitbegründer der Blütenökologie in der wissenschaftlichen Welt bekannt geworden. Wilhelm Karl Koelreuter wurde als junger Mann in die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49 verwickelt und floh deshalb nach Amerika, wo er als Apotheker eine zeitlang in Cincinnati lebte. Lange hielt es ihn jedoch nicht in den USA, und er kehrte 1850 oder 1851 wieder nach Deutschland zurück, weil er der Meinung war, in Baden sei inzwischen für die nach Amerika Geflüchteten eine Amnestie erlassen worden. Dem war aber nicht so, und so mußte er noch ein Jahr in den Kasematten der Festung Rastatt verbringen. Dabei holte er sich ein Lungenleiden, das aber im Lauf der Jahre wieder ausheilte. Als er aus der Haft entlassen wurde, betätigte er sich zunächst als Fabrikant in Villingen, wo sein Stiefbruder eine Apotheke hatte. Später übernahm er die Apotheke in Hornberg und starb hier mit ca. 83 Jahren. Sein Sohn Wilhelm Koelreuter (1854 – 1941) war dann als Stadtapotheker der Nachfolger seines Vaters, betätigte sich in der Hornberger Kommunalpolitik und ist der Großvater unseres gegenwärtigen Hornberger Apothekers Hans Wilhelm Ludwig.

Die finanziellen Konsequenzen der revolutionären Ereignisse treffen die Stadt und ihre Bürger mit spürbarer Härte. Am 7. September 1849 wird beschlossen, zur Bestreitung der durch die Militärdurchzüge veranlaßten Kosten, welche nicht unbedeutend sind, auf je 100 Gulden Steuerkapital eine außerordentliche Umlage von 6 Kreuzer zu legen. Bald darauf, am 16. November, müssen zur Bestreitung der Kriegskosten bei Alois Schwer, Nußbach, 600 Gulden zu 4% unverzüglich aufgenommen werden.

Die Niederwerfung der liberalen Bewegung und die zunehmende Belastung der Stadt und ihrer Bürger durch die Folgen der Revolution haben offenbar die Freude der Gemeinderäte an der kommunalen Arbeit reduziert.

Jedenfalls heißt es am 1. Juni 1850:

In Erwägung, daß die Gemeinderatsmitglieder den Sitzungen des Gemeinderates teils gar nicht, teils verspätet anwohnen, so daß die Geschäfte nicht ordnungsgemäß besorgt werden können, wird beschlossen, daß jedes Mitglied, das den Sitzungen nicht anwohnt oder auf dem Rathaus erst nach 9 Uhr erscheint, eine Strafe von 6 Kreuzern für jeden Fall an den Gemeinderat Rumpf zu zahlen hat, welcher den Einzug des Geldes übernommen hat.

Am 8. Juni heißt es:

Bei dem Durchmarsch und zweitägigen Aufenthalt des Becker'schen Korps und der württembergischen und rheinhessischen Legion 1849 hat der damalige revolutionäre Gemeinderat die bekannten Kosten auf die Gemeindegasse übernommen, weil diese Kosten als Leistung auf Grund höherer Gewalt betrachtet wurden. Es handelt sich um 192 Gulden 50 Kreuzer zur Bestreitung der Kosten für Schuhe, Leder, Heu, Löhne und Pferdefutter.

Die Kosten der Armierung (Ausrüstung) der Bürgerwehr, welche durch Gemeinderatsbeschluß vom 19. Juli 1849 nicht auf die Gemeindegasse übernommen wurden, werden jetzt mit Genehmigung der Kreisregierung ebenfalls auf die Gemeindegasse übernommen, weil der revolutionäre Gemeinderat nachgewiesen hat, daß er vom damaligen Zivilcommissär Gerwig unter Androhung von Exekutionen (!) zur Anschaffung der Ausrüstung genötigt wurde. Hier ging es um 152 Gulden 8 Kreuzer.

Am 22. Juni muß man eine weitere bittere Pille schlucken:

Zur Bezahlung der Kriegskosten, welche nach Erlaß einer staatlichen Kommission 1400 Gulden betragen, wird eine weitere Umlage von 18 Kreuzern auf 100 Gulden Steuerkapital von jedem Bürger erhoben. Da bei dem gegenwärtigen Geldmangel diese Umlage neben der gewöhnlichen Steuer nicht auf einmal beigebracht werden kann, wird sie in zwei Abteilungen erhoben, und zwar die 1. Hälfte innerhalb 8 Tagen und der Rest bis 1. Oktober 1850. Zur teilweisen Deckung von 900 Gulden wird ein Darlehen aufgenommen, welches nach Eingang der 2. Steuerquote heimbezahlt werden soll.

Am 10.12.1850, wenige Monate später, ist zu lesen:

Der Schreiner X schuldet die Umlage von 1849 und die Kriegskostenumlage mit insgesamt 10 Gulden 35 Kreuzer. Derselbe ist nach Amerika entflohen, die Stadtkasse nimmt den Betrag in Abgang.

Diakonus Gerwig schuldet der Stadtkasse 15 Gulden 5 Kreuzer. Er war während der Revolution Hornberger Zivilkommissär und ist flüchtig. Auch dieser Betrag kommt in Abgang, muß also von der Stadt als verloren betrachtet werden.

In der folgenden Zeit häuften sich die Anträge von Bürgern an die Stadt, die nach Amerika auswandern möchten und dazu einen Reisekostenzuschuß aus der Stadtkasse erbitten und auch erhalten. Auf Grund dieser Einwohnerverluste beträgt die Bevölkerungszahl Hornbergs 1852 nur noch 1340. Auch aus Gutach sind damals Bürger aus wirtschaftlicher Not und/oder aus Enttäuschung über den Ablauf der revolutionären Dinge nach

Amerika ausgewandert. Aus ganz Baden sind nach 1848/49 ca. 80 000 Personen ausgewandert, jeder 40. Deutsche verließ nach der Revolution sein Vaterland! Nach 1870 sind die Zahlen der Auswanderungen aus Hornberg wesentlich niedriger; die Entwicklung von Industrie und Gewerbe brachte neue Arbeitsplätze – Auswandern war nicht mehr nötig.

Bei den aus Hornberg Ausgewanderten handelte es sich um Personen, die *freiwillig, weil von der politischen Entwicklung enttäuscht oder von der materiellen Not getrieben, diesen Schritt wagten*. Ob darunter auch politisch stark belastete Straftäter waren, die nach der Revolution durch die Gerichte zwangsweise exiliert wurden, konnte bei den Hornberger Fällen bisher nicht festgestellt werden.

Die Protokolle des Gemeinderates sind in den folgenden Jahren dicht gefüllt mit Beschlüssen der folgenden Art: Die arme Witwe X (oder die arme Familie Y) erhält zur Bestreitung des Lebensunterhaltes pro Woche einen halben (ganzen) Gulden.

Und immer wieder Anträge von Hornberger Bürgern an die städtischen Ratsgremien um einen Zuschuß zu den Reisekosten für die Auswanderung nach Amerika. So schreibt am 11. November 1854 eine Hornbergerin: Ich habe gegen die Auswanderung meines Mannes nach Amerika nichts einzuwenden, unterstütze dies, weil er hier keinen Verdienst findet und ich mich hier alleine durchbringe, bis ich ihm nachfolgen kann.

Oft wird vermerkt: Die arme Familie X gibt ihr Kind Johann an die kinderlose Familie Y, die sich verpflichtet, das Kind zu ernähren, zu pflegen und zu kleiden.

Im Jahre 1854 wendet sich der Apotheker Enslin, früher ein wohlhabender Bürger, zeitweilig auch Bürgermeister, an den Gemeinderat: Er möchte mit seiner ganzen Familie (8 Personen) nach Amerika auswandern und bittet darum, sein Vorhaben zu unterstützen. Der Gemeinderat schreibt dazu: In Erwägung, daß Apotheker und Mohrenwirt Enslin ganz vermögenslos ist und als arbeitsunfähiger Mann nicht imstande ist, seine Familie zu ernähren und somit der Stadt zur Last fallen würde, wird sein Vorhaben von der Stadt unterstützt.

Über das Schicksal der ausgewanderten Hornberger jener Zeit ist hier nichts bekannt. Es bleibt zu hoffen, daß Nachkommen jener Auswanderer auf der Suche nach den „roots“, der früheren Heimat ihrer Vorfahren, einmal nach Hornberg kommen, wie es von anderen Orten Badens in letzter Zeit bekannt geworden ist.

Quellen

1. Allgemeine Literatur:

- Sonja Maria *Bauer*, Die Verfassunggebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849, Düsseldorf 1991
- Norbert *Deuchert*, Vom Hambacher Fest zur Badischen Revolution, Stuttgart 1983
- Alfred *Frei*, Kurt *Hochstuhl*, Wegbereiter der Demokratie, die Badische Revolution 1848/49, Karlsruhe 1997
- Karl Leopold *Hitzfeld*, Hornberg an der Schwarzwaldbahn, 1970
- Georg *Holzwarth*, Bei einem Wirte wundermild, Stuttgart 1997
- Wolfgang *Hug*, Geschichte Badens, Stuttgart 1992
- Ulrich *Klemke*, Eine Anzahl überflüssiger Menschen, die Exilierung politischer Straftäter, Frankfurt 1994
- Carola *Lipp* usw., Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen, Baden-Baden 1986
- Franz Xaver *Vollmer*, Offenburg, Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden, Frankfurt 1979
- desgl., Der Traum von der Freiheit, Stuttgart 1983
- desgl., Offenburg 1848/49, Karlsruhe 1997
- Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Hg.), Revolution im Südwesten, Siegen 1998

2. Archive:

- Hornberger Gemeinderatsakten und -protokolle ab 1800
- Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe, vor allem zur Revolution 1848/49
- Hornberger Stadtarchiv im Staatsarchiv Freiburg
- Staatsarchiv Freiburg, v.a. Berichte von den Ortsbereisungen der Amtmänner und Gerichtsakten zur Revolution 1848/49
- Gottfried *Hehl*, Auszüge aus Akten der evangelischen Kirche Hornberg
- Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden und Württemberg 1810 – 1972, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchivare beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996

3. Aufsätze:

- Jahrbücher DIE ORTENAU, verschiedene Beiträge in verschiedenen Jahrgängen, z.B.
- Werner *Scheurer*, Schicksale Haslacher Revolutionäre 1980
- Karl *Volk*, Wilhelm *Hausenstein* und seine Vaterstadt Hornberg 1995
- Franz Xaver *Vollmer*, Der Schweizer Sonderbundskrieg von 1847 und die Ortenau 1997
- D'KRÄZ, Beiträge zur Geschichte der Stadt- und Raumschaft Schramberg, verschiedene Jahreshefte
- Gerhard *Schwinge*, evangelische Pfarrer und die Revolution von 1848/49 in Baden, in: Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte, 62. Jahrgang 1993, Neustadt an der Aisch
- Beiträge in den lokalen Zeitungen, vor allem Schwarzwälder Bote und Offenburger Tageblatt

4. Persönliche Quellen:

- Hesselbacher*, Geschichten vom Großvater Ledderhose, Verein für Heimatgeschichte St. Georgen 1981
- Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung „Die deutsche demokratische Revolution von 1848/49“ am 7. und 8. November 1997 in Salem, vor allem mit den beiden Referaten von Professor Dr. Bernd Wunder – Konstanz über Vorgeschichte und Ablauf der Revolution

Kehl und die Badische Revolution 1848/49

Hartmut Stüwe

Kehl im Aufbau

Dorf und Stadt Kehl waren bis zu ihrem Zusammenschluß 1910 zwei selbständige politische Gemeinden, die zum Amtsbezirk Kork gehörten¹. Beide waren in den Kriegsjahren nach der Französischen Revolution ab 1793 und der Ära Napoleon bis 1815 mehrere Male zerstört worden und hatten sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wieder „aus den Ruinen zur gedeihlichen Blüthe erhoben“².

1843 hatte Dorf Kehl *in 249 Häusern und 297 Familien 1199 evangelische und 108 katholische Einwohner, welche Feld-, Wiesenbau und Viehzucht treiben und durch Holzflößen Vieles verdienen*. In Stadt Kehl lebten zu der Zeit *762 evangelische und 542 katholische Einwohner in 165 Häusern und 221 Familien*³. Es gab in Stadt Kehl ein Postamt, ein Spital, einen Chirurgen, zwei praktische Ärzte, eine Hebamme, einen Tierarzt, ein Flußbad und ein Hauptzollamt mit einem neuerbauten Lagerhaus. Der Handel war *nicht unbedeutend*, außerdem boten vier kleine Fabriken sowie eine Speditionshandlung Arbeit an, wenn auch in bescheidenem Umfang. Es sei *nicht zu befürchten, daß durch die Fabrikarbeiter in der Folge ein unnützes Proletariat in der Gemeinde Stadt Kehl sich ansiedelt*. Denn sie hätten *guten Verdienst, ohne daß sie der Gesundheit schädliche Arbeiten zu verrichten hätten* und außerdem seien mehrere der Arbeiter aus dem Amt Rheinbischofsheim, *welche in der Regel abends in ihre Heimath zurückkehren und morgens wieder zur Arbeit kommen*⁴. Gewerbe waren *aller Art vorhanden, insbesondere viele Wirthschaften . . . Die meisten hiesigen Einwohner sind Handwerksleute, Kaufleute, Wirthe, Metzger und Bäcker*⁵. Der Holzhandel und die Flößerei brachten *viel reges Leben in das Städtchen*. Das Bezirksamt bemerkte in seinem Bericht – anlässlich der nach der Revolution angeordneten sogenannten Ortsbereisungen – über Stadt Kehl und ihren Haushalt, *daß der finanzielle Zustand im Verhältnis der Gemeinde gut ist*⁶.

Für die umliegenden Gemeinden war Kehl mit seiner Infrastruktur städtisches Zentrum und Absatzmarkt. Seit 1820 wurde *auf jeden Donnerstag ein Wochenmarkt in Stadt Kehl gehalten*, 1821 *auf höchste Entschließung ein wöchentlicher Viehmarkt gnädigst bewilligt* und *die beiden bisherigen Jahrmärkte auf vier vermehret*⁷. Ein beständiger Wirtschaftsfaktor war die Versorgung der in Kehl untergebrachten Garnison⁸. Für umfangreiche Aufträge sorgte auch die Unterhaltung der Rheinschiffbrücke⁹ sowie der 1847

begonnene und 1850 abgeschlossene Bau der Simultankirche auf dem Kehler Marktplatz, der heutigen Friedenskirche¹⁰. Es gab eine *evangelische und katholische Schule an welchen zwei Hauptlehrer und ein Unterlehrer angestellt* waren¹¹.

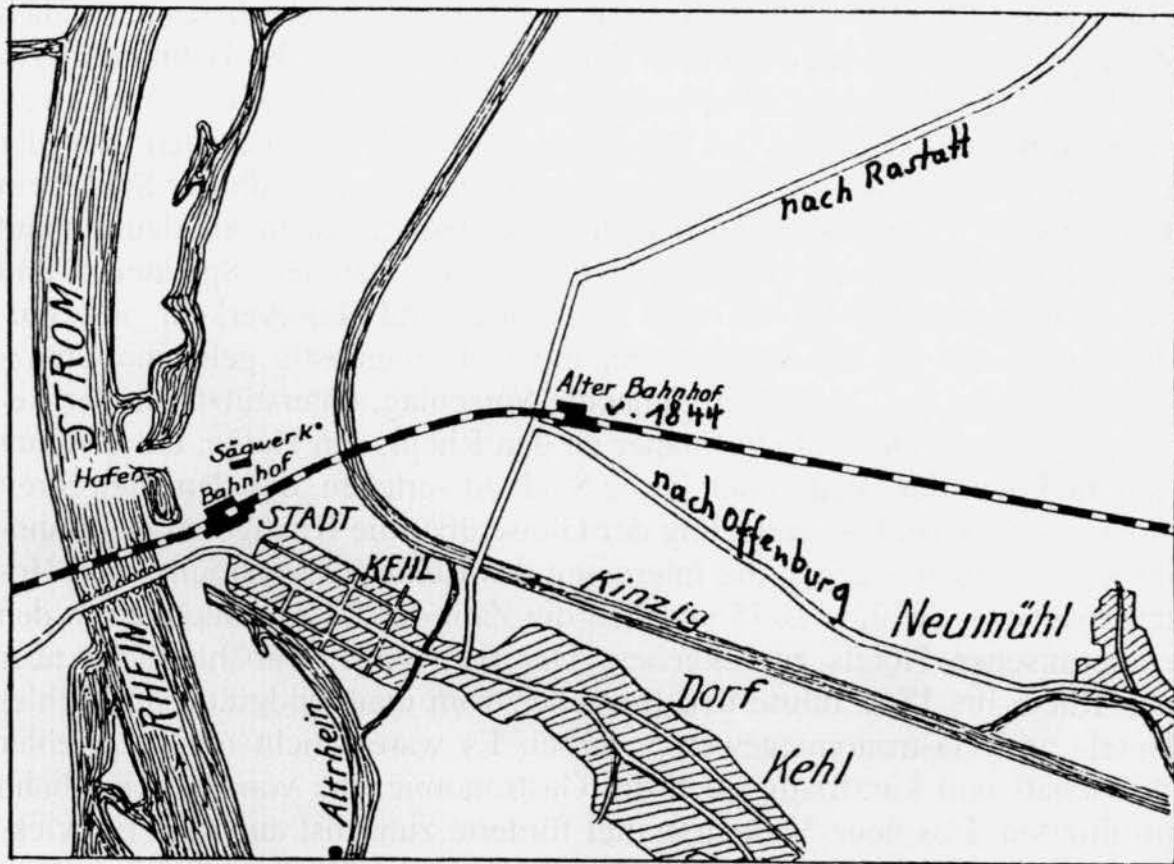
Zwischen 1833 und 1853 *sind 100 Personen aus der Gemeinde ausgewandert*¹². Das Armenhaus wurde von etwa 12 bis 15 Personen bewohnt, und war in *geeignetem reinlichen Zustande*¹³. Die Zahl der Ortsarmen, welche *unterstützt* wurden, betrug vierzig¹⁴.

Nur in der Blume sei es billig

Kehl hatte Aussicht, *vermöge seiner Lage an 3 Landstraßen und 2 großen Flüssen eine der gewerbsamsten Städte des Landes* zu werden. Die Post unterhielt auf der Strecke Basel–Kehl–Frankfurt Kurs- und Eilkurswagen mit verschiedenen Anschlußmöglichkeiten¹⁵. Für die regionalen Verbindungen, beispielsweise mit Lahr und Offenburg, sorgten zusätzlich private Unternehmen¹⁶. Der zunehmende Güterverkehr führte 1842 zum Bau einer kleinen Hafenanlage, ab 1844 war Kehl als Freihafen anerkannt. Auswärtige Schiffahrtsgesellschaften boten über Spediteure und Agenten in Kehl Reisemöglichkeiten und Transporte in Richtung Basel und Frankfurt bis London und für Auswanderer nach Übersee an¹⁷.

Die Eröffnung der Eisenbahnlinie Kehl–Appenweier im Jahr 1844 brachte erneut großen Aufschwung für das Kehler Speditions- und Gastronomiegewerbe. Denn die Gleise endeten am außerhalb der Stadt gelegenen Bahnhof, der auch in die Kehler Revolutionsgeschichte eingehen sollte. Er lag an der sogenannten Kreuzstraße, dem Treffpunkt der ehemaligen Landstraßen von Offenburg und Rastatt vor der Kinzig, die vor ihrer späteren Regulierung nahe am Stadtrand bis an die heutige Kinzigstraße heran verlief¹⁸. Die Reisenden, darunter auch Auswanderer – wenn sie nicht zu den Ärmsten zählten –, ließen sich mit ihrem Gepäck von den Kehler Pferdroschken und -omnibussen über Dorf Kehl durch die heutige Oberländerstraße und dann Stadt Kehl durch die Hauptstraße sowie über die Rheinschiffbrücke zu ihren Anschlußzügen nach Straßburg kutschieren oder machten von den empfohlenen Übernachtungsmöglichkeiten in den hiesigen Hotels und Gastbetrieben Gebrauch.

Um die Marktanteile an diesem neu entdeckten lukrativen Sektor wurde auch mit umstrittenen Methoden gekämpft. Das belegt ein Leserbrief von drei Reisenden im Wochenblatt für den Amtsbezirk Kork. Sie warnten *das*



Kehl 1861 mit der Gleisführung über die Kinzig und den Rhein. In der Mitte der alte Bahnhof von 1844 als Endpunkt der Strecke Appenweier–Kehl.

Publikum, sich vor den bezahlten Maklern, welche sich unter allerlei Gestalten am Bahnhofs den Fremden aufdrängen, zu hüten; besonders wenn solche nach Amerika auswandern, so werden sie genötigt, in die Blume zu gehen, welcher Herr Agent ist; wir glauben zwar nicht, daß diese Leute im Sold des Agenten Held sind . . . diese Makler gingen soweit, daß sie uns sagten, wenn wir zu viel Geld hätten, so sollen wir nur in das von uns verlangte Wirthshaus gehen, da würden wir es schon loswerden; wir würden viel besser und wohlfeiler in Straßburg logieren, als in Kehl, – nur in der Blume sei es billig. Blumenwirt Jakob Held war seit Dezember 1848 amtlich bestätigter Hauptagent zur Vermittlung der Transporte von Auswanderern nach Amerika¹⁹.

Auch andere Vertreter des Hotelgewerbes profitierten von dem „Goldrauschfieber“, das in Kehl ausgebrochen war. Größere Hotels wie das Schwert an der Hauptstraße hielten Stallungen mit bis zu 100 Pferden für den einträglichen Fuhrbetrieb zwischen Kehl und Straßburg bereit²⁰.

Die Eisenbahn brachte jedoch nicht nur Geld nach Kehl, sondern auch Zwiespalt in die Gemeinde durch den sogenannten Kehler Bahnhofsstreit, der schon 1842 während der Planungsphase der Eisenbahnlinie Appenweier–Kehl um den Standort des Bahnhofs entbrannt war und auch nach der Eröffnung dieser Strecke 1844 mit dem Bahnhof außerhalb der Stadt kein Ende nahm²¹. Durch den Ausbau der Eisenbahnlinien in Süddeutschland und Frankreich wurde der Standort Kehl für Händler, Spediteure und Agenten immer attraktiver, denn der Güter- und Reiseverkehr aus Süddeutschland wurde zunehmend über die verkehrsgünstig gelegene Grenzstadt abgewickelt. Der erneut gemachte Vorschlag, unterstützt von der Regierung, den Kehler Bahnhof näher an den Rhein, den Hafen, das Zollamt und die Lager der Expeditionen in die Stadt zu verlegen, ließ den alten Streit wieder auflodern. Die Verlegung der Gleise über die Kinzig und des Bahnhofs in die Stadt – gegen die Interessen des Kehler Gastronomie- und Hotelgewerbes – erfolgte 1855 und ließ die Zahl der Übernachtungen in den einheimischen Hotels zurückgehen. Der Bau der Eisenbahnbrücke über den Rhein bis 1861 führte den Besucherstrom dann endgültig am Kehler Hotel- und Gastronomiegewerbe vorbei. Es waren nicht nur die Kehler Wirtschaft und kurzfristig auch die Gastronomie, die von der Eisenbahn profitierten. Das neue Verkehrsmittel förderte zunächst auch die Entwicklung der demokratischen Bewegung und dann ihren Niedergang²².

Kehl und die demokratische Bewegung

Wie wurden die Nachrichten über die revolutionären Ereignisse von der Offenburger Volksversammlung im Gasthaus Salmen im September 1847 bis zur Zerschlagung der Freischärlerzüge um Hecker und Struve im Jahr 1848 in Kehl aufgenommen? Gab es ein demokratisches Lager? Wer waren die Anhänger der demokratischen Bestrebungen, wer die Gegner?

Schon vor der Bildung eines Volksvereins und den spektakulären Ereignissen der Jahre 1848 und 1849 bestanden enge Kontakte zu der demokratischen Bewegung in Baden. Auf der Landes-Volksversammlung in Offenburg am 19. März 1848 hatten sich die badischen Demokraten mit dem sogenannten Central-Ausschuß ihre erste organisatorische Grundlage geschaffen. Jeder der vier badischen Landeskreise stellte vier Mitglieder in diesem Ausschuß. Die Mitglieder für den Mittelrheinkreis – zu dem der Amtsbezirk Kork gehörte – wurden wenig später auf der Acherner Volksversammlung am 2. April 1848 bestätigt und ihre Zahl um vier erweitert. In dieses erweiterte Gremium wurde auch Dr. Ludwig Küchling, praktischer Arzt in Stadt Kehl, gewählt. In einer weiteren Wahl bestimmte diese Versammlung die Mitglieder eines zwölfköpfigen Kreis Ausschusses, zu ih-

nen gehörte Gustav Roos, Kürschner und Gemeinderat in Stadt Kehl²³. Kuchling wurde auf dem Höhepunkt der Revolution im Mai 1849 zum Zivilkommissär für den Amtsbezirk Kork ernannt, Roos am 3. Juni 1849 im Wahlbezirk XI (bestehend aus den Ämtern Kork, Rheinbischofsheim, Achern und Bühl) mit drei weiteren Abgeordneten zum Mitglied der verfassunggebenden Versammlung gewählt²⁴.

Diese frühen und beständigen Kontakte zur badischen Demokratiebewegung von Kehler Seite haben sich sicher auch auf die Entwicklung der schon vorhandenen demokratischen Kräfte in Kehl ausgewirkt. Dabei haben Kuchling und Roos auf Grund ihrer Herkunft, Ausbildung, beruflichen und gesellschaftlichen Stellung sowie ihrer schon erwähnten „revolutionären“ Verbindungen eine herausragende Rolle gespielt.

Ludwig Kuchling – 1807 in Waldshut geboren – hatte die Höhere Bürgerschule in Kork besucht²⁵. Sein Vater Anton war seit 1820 Amtspophysikus²⁶ in Kork und später in Lahr²⁷. Ludwig erhielt nach dem Studium der Medizin in Freiburg 1831 die Lizenz als Wund- und Hebarzt und 1832 für innere Heilkunde²⁸. 1831 ließ er sich als Arzt in Stadt Kehl nieder und war dort bis zum Ende der Revolution 1849 tätig. Er war verheiratet, hatte zwei Kinder²⁹ und wohnte seit 1842 im Gasthaus zum Schlüssel in der Kehler Hauptstraße³⁰. Im gleichen Jahr hatte er das Bürgerrecht in Kork erworben³¹. Mit dem Schlüsselwirt Johann Held, der in der Revolution auch eine Rolle spielte, war Kuchling befreundet³². Als Arzt gehörte Kuchling einer Berufsgruppe an, die sich prozentual gesehen besonders stark in der Badischen Revolution engagierte³³. In seinem Fall vermutlich eine Folge seiner kritischen politischen Einstellung – er war Abonnent der republikanischen Zeitungen „Der Volksführer“ und „Die Republik“³⁴ – sowie genauer Kenntnisse der sozialen und wirtschaftlichen Mißstände in der Gesellschaft und speziell im Gesundheitswesen auf Grund seiner langjährigen Praxis³⁵. Kuchling pflegte nicht nur „revolutionäre“ Kontakte, sondern bewegte sich auch in der bürgerlichen Gesellschaft Kehls. So trat beispielsweise 1848 bei der Taufe seines zweiten Kindes der Apotheker und langjährige Gemeinderat – vor und nach der Revolution – Heinrich Wolf als Taufzeuge auf³⁶.

Gustav Roos, 1818 in Lahr geboren – sein Vater Bernhard war Kürschnermeister und Magistrat – hatte sich in Stadt Kehl als Kürschnermeister niedergelassen und 1840 das Bürgerrecht erworben³⁷. Er war verheiratet und hatte drei Kinder³⁸. Die Familie besaß ein *zweistöckiges Wohnhaus nebst Hausplatz, Hof und Garten* zwischen der Hauptstraße und der heutigen Schulstraße³⁹ und war mit dem Kehler Tabakfabrikanten Eduard Groß befreundet⁴⁰. Kürschnermeister Roos, Mitglied im alten Gemeinderat, wurde



Emil Durain, Kaufmann in Dorf Kehl und Mitglied im Volksverein. Foto um 1880 (Privatbesitz)

bei der Gemeindewahl im Dezember 1848, die den politischen Umbruch in Kehl darstellte, zum Bürgermeister der Stadt gewählt⁴¹.

Küchling und Roos können zwar als führende Persönlichkeiten angesehen werden, sie waren jedoch nicht „die“ alleinverantwortlichen Rädelsführer, als die sie in den späteren Prozessen und dann in der regionalgeschichtlichen Literatur dargestellt worden sind⁴². Die demokratische Bewegung in Kehl und den Gemeinden des Hanauerlandes hatte auch andere Quellen und Kräfte, die sie mitbegründet, geprägt und vorangetrieben haben. Während Küchling und Roos für die Anhänger der Republik in Kehl und den umliegenden Gemeinden die Verbindungen zu der sich organisierenden badischen Demokratiebewegung hielten, wurden diese an der Basis aktiv.

Die Beleidigung Heckers als kameelartiges Ungeheuer

Schon bevor es in Kehl zu Vereinsgründungen der Anhänger der republikanischen Bewegung im Volksverein oder ihrer Gegner im Vaterländischen

Verein kam, lieferten sich die Kontrahenten im Sommer 1848 eine heftige Fehde in der Presse. Augustin Hornung, Hauptlehrer an der katholischen Schule in Stadt Kehl⁴³, und sein ehemaliger Schüler Emil Durain, Handelsmann in Dorf Kehl, hatten offensichtlich politisch sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen. Als Hornung im Sommer 1848 *seinen Schulkindern ein Land auf der Karte zeigt, in welchem es kameelartige Ungeheuer geben soll, welche dem Friedrich Hecker auf ein Haar gleichen*⁴⁴, griff Durain zur Feder. Er fühlte sich durch diese Beleidigung Heckers – der sich auch „im ganzen Hanauerland größter Beliebtheit erfreute“⁴⁵ – in seinen politischen Ansichten und möglicherweise auch in seinen geschäftlichen Interessen betroffen. Zum einen handelte er mit Heckers Bildnis und bot deshalb im Offenburger Wochenblatt *Hecker's Büste von Gips, in Naturgröße nach dem Leben in Muttentz*⁴⁶ *modellirt, à 5 fl. 30 kr. oder in Basrelief, 7 Zoll hoch, à 36 kr. zum Verkauf an*⁴⁷. Zum andern offenbarte Durain sich als Anhänger der demokratischen Bewegung, für die er sich später auch im Volksverein engagierte. Er war überzeugt von dem *Geist der Freiheit, der jetzt ganz Europa erfrischend durchströmt und selbst den kleinsten Fleck in unserm Vaterland schon ergriffen hat*⁴⁸. Durain bezeichnete seinen ehemaligen Lehrer seinerseits als *Dämmerlingskäfer*⁴⁹. Ob die Behauptung Durains zutrifft, daß Hornung *an der Spitze mit Bengeln bewaffneter Horden um Mitternacht die Straßen durchstreift, um etwa einen freidenkenden Menschen zur Insultation habhaft zu werden, und in die Wirthshäuser hineinschreit* „*die Freischärler sollen alle ver...n*“⁵⁰, läßt sich allerdings nicht nachweisen.

Durain erhielt Rückendeckung vom Schützenverein und vom Gesangverein, denen er als Mitglied angehörte. Der Vorstand des Gesangvereins stellte sich in einem Leserbrief hinter eines *unserer ehrenwerthesten Mitglieder*⁵¹, nachdem Hornung dem Vereinspräsidenten es als *ewige Schande* vorgehalten hatte, *daß er in einem Verein präsidiert, in welchem Republikaner sind*⁵². Der Schützenverein – viele seiner Mitglieder finden sich im später gegründeten Volksverein wieder – gab ebenfalls eine Ehrenerklärung für Durain ab. Der 1845 gegründete Turnverein Kehl wurde 1848 wie alle Turnvereine in Baden von der großherzoglichen Regierung wegen der Verfolgung *staatsgefährlicher Zwecke* aufgelöst. Zu seinen Gründungsmitgliedern zählten neben Emil Durain auch andere Mitglieder des später gegründeten Volksvereins: Gustav Roos und Carl Theodor Asmus⁵³.

Auch für Augustin Hornung gab es öffentlichen Beistand. Seine Freunde erklärten sich anonym im *Namen vieler Bürger* mit ihm solidarisch und beklagten die *Krankheit unserer Zeit, daß Jeder, der sich nicht derjenigen Partei anschließt, welche alles Bestehende abändern und verbessern zu können glaubt, verdächtigt wird*⁵⁴.

Ein weiterer Schritt zur Formierung der Demokratiebewegung in Kehl war die Solidaritätsaktion zur Unterstützung der Witwe und Kinder des Robert Blum, der Anfang November 1848 in Wien – trotz seiner Immunität als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung – standrechtlich erschossen worden war. Der Ausschuß, der sich zu dieser Spendensammlung gebildet hatte, bestand aus Mitgliedern des späteren Kehler Volksvereins. Außer Emil Durain waren es der Arzt Ludwig Küchling, der Buchbinder Carl Theodor Asmus und der Kaufmann Ernst Glückherr. Anfang Dezember erschien ihr Sammlungsaufruf im Wochenblatt⁵⁵. Die Reaktion war enorm. Die Anfang Januar 1849 veröffentlichte Spendenliste von Stadt und Dorf Kehl einschließlich der Auenheimer Lesegesellschaft erbrachte 55 fl.⁵⁶. Die meisten Namen der Spender – in Stadt Kehl waren es über vierzig, in Dorf Kehl über dreißig – finden sich in den Akten der verfolgenden Behörden wieder, die die Entwicklung der demokratischen Bewegung auch in Kehl wachsam beobachteten.

Überwachung aller demokratischen Bestrebungen

Auch im Großherzogtum Baden wurden schon lange Zeit vor der Revolution demokratische Bestrebungen ständig überwacht. Im Grenzort Kehl hatten die örtlichen Behörden besondere Anweisungen, den Revolutionsexport von Frankreich zu überwachen und zu verhindern. So war dem Badischen Innenministerium Ende 1836 von der Bundeszentralbehörde in Frankfurt *auf vertraulichem Wege die Nachricht zugekommen, daß Exemplare der Schrift „Republikanische Ideen“ von Schuster in der Art von Straßburg nach Kehl geschafft werden, daß Straßburger Studierende sie auf ihren Sonntagsspaziergängen mitnehmen und bei dem Gastwirt Rehfuß in Kehl ablegen*. Innenminister Winter erteilte dem Stadtkommandanten der Kehler Garnison, Major Asbrand, die Weisung, *hierauf Ihre Aufmerksamkeit zu richten, und in dem Fall sich ein Studirender begeben lassen sollte, politische Schriften auf die oben angegebene Weise zu verbreiten, solchen festnehmen und dem Bezirksamt Kork zur Untersuchung und Bestrafung . . . überliefern zu lassen*⁵⁷.

Wilhelm Rehfuß⁵⁸, Inhaber und Wirt des Gasthofes zum Rehfuß in Dorf Kehl, stand schon länger unter Beobachtung. Angeblich beherbergte er in den Dreißiger Jahren politische Flüchtlinge aus Frankreich und hatte Anfang der Vierziger Jahre Kontakt zu Adam von Itzstein, dem Abgeordneten der Zweiten Badischen Kammer und einem der Wortführer der badischen Fortschrittlichen in Mannheim⁵⁹. Rehfuß war in den Unterlagen der verfolgenden Behörden auch als Abonnent des Volksführers registriert⁶⁰. Nach Niederschlagung der Revolution wurde gegen ihn, seine Tochter Magdale-

na und seinen Sohn Karl, Kaufmann in Dorf Kehl, wegen Verbreitung auf-rührerischer Schriften ermittelt, die Untersuchungen dann aber wegen *Mangels am Beweise* ausgesetzt⁶¹.

Auch 1848 hatte das badische Innenministerium die Bezirksämter ange-wiesen, alle *demokratischen Vereine zur Erkämpfung von Volksrechten* zu überwachen und bei der Bildung solcher Vereine *die Statuten derselben zu erheben, ihr Treiben zu beobachten und . . . sofort darüber so wie über die Zahl und Eigenschaft der Mitglieder alsbald Vorlage zu machen*⁶².

Der Oberamtmann Maximilian Freiherr von Bodmann vom Bezirksamt Kork war in der Berichterstattung besonders eifrig. So auch im Vorfeld des sogenannten Demokratentages in Ettlingen am 16. Juli 1848, wo sich de-mokratisch Gesinnte aus ganz Baden trafen, um die Organisation demokra-tischer Vereine zu besprechen, deren Bildung jedoch zunächst durch das Verbot republikanischer Vereine vom 22. Juli 1848 verhindert wurde. Bod-mann berichtete nach Karlsruhe, daß *dem Vernehmen nach drei Einwohner aus Stadt Kehl und ein junger Mann, lediger Kaufmann, aus Dorf Kehl dorthin zu gehen beabsichtigen; wahrscheinlich dürften sich aber wohl noch andere – durch Neugierde getrieben – aus Kehl daselbst einfinden*⁶³. Der „junge“ Mann und ledige Kaufmann aus Dorf Kehl“ war der hier schon genannte Emil Durain, die „drei Einwohner aus Stadt Kehl“ sind namentlich nicht bekannt. Die Informationen hatte Bodmann von Georg Held, Poststallmeister und Bürgermeister von Dorf Kehl, der während der Revolution *die aufrichtigste, thätigste und entschlossenste Wirksamkeit für die Großh. Regierung entwickelt und sich allseitiger Achtung der Gutge-sinnten ganz vorzugsweise erworben* hatte, beispielsweise durch sein Bemühen, Bürger aus Dorf Kehl vom Eintritt in den Kehler Volksverein abzuhalten⁶⁴.

Anders als die demokratischen Vereine, die bis zur Aufhebung ihres Ver-bots im Januar 1849 im Verborgenen agierten, hatten die Vaterländischen Vereine von seiten der Behörden mit keinen Behinderungen zu rechnen, im Gegenteil: Regierungstreue Bürger Kehls gründeten im November 1848 einen *Vaterländischen Verein für Gesetzlichkeit und Ordnung, der allen Be-strebungen, welche eine Überstürzung unserer allgemeinen politischen oder auch unserer speciellen Localverhältnisse beabsichtigten, entgegen-treten wollte*⁶⁵. Es seien schon in der ersten Versammlung bereits gegen 60 Mitglieder zusammengetreten, hieß es in einem Bericht aus Kehl⁶⁶. Ober-ammann Bodmann begrüßte diese Vereinsbildung in seiner Meldung an das Innenministerium: *Mit dem vaterländischen Verein zur Stadt Kehl ha-ben wir uns . . . bereits gehörig ins Benehmen gesetzt und unterstützen sei-ne Thätigkeit so weit wir solche für das allgemeine und öffentliche Beste ersprießlich erkennen*⁶⁷.

Demokratischer Durchbruch bei der Gemeindewahl im Dezember 1848

Noch im April 1848 bildeten die Regierungstreuen unter den wahlberechtigten Bürgern in Stadt und Dorf Kehl die Mehrheit. Das kam bei der Wahl der Wahlmänner zur deutschen Nationalversammlung am 25. April zum Ausdruck, bei der in beiden Gemeinden Kandidaten des politisch gemäßigten Lagers der bisherigen Bürgermeister gewählt wurden. In Dorf Kehl (mit Sundheim) wählten 398 Wahlberechtigte (bei einer Einwohnerzahl von 2099) den Bierbrauer Friedrich Schaaf mit 317 Stimmen, den Bürgermeister Georg Held mit 312, den Geschäftsmann Andreas Dilles mit 143 und den Kaufmann F. Haug mit 133 Stimmen. In Stadt Kehl entschieden sich von 269 Wahlberechtigten (bei 1353 Einwohnern) für den *der Regierung sehr ergebenen*⁶⁸ Bürgermeister Martin Gaß mit 179, für den Hauptlehrer und Gemeinderechner Ludwig Reiß mit 128 und den Gemeinderat Georg Schmidt mit 108 Stimmen⁶⁹.

Doch bis zur Gemeindewahl im Dezember des gleichen Jahres hatte sich das Blatt zugunsten der Demokraten gewendet. Die Sympathien für die Demokraten und die von ihnen erstrebte Republik waren während der Ereignisse im Jahr 1848 gewachsen⁷⁰, und ihre Aktivitäten – beispielsweise die Versammlungen in den Gasthäusern in Kehl – nahmen zu. Bei diesen mehr oder weniger heimlichen Zusammenkünften wurden Reden gehalten und aus Zeitschriften vorgelesen. *Es sei allgemein bekannt, daß in dem Hause des Johann Held (Zum Schlüssel), sowie in allen Gasthäusern der gleichen Farbe, demokratische Versammlungen gehalten worden seien*, gab Martin Gaß, Bürgermeister in Stadt Kehl vor und nach der Revolution, den ermittelnden Behörden zu Protokoll⁷¹. Auch lokale Fragen wirkten sich auf die politische Meinungsbildung der Bevölkerung aus. *In der Stadt Kehl herrscht seit der Zeit des bekannten Bahnhofstreites . . . eine beispiellose Parteispaltung, welche bald auch in der Besetzung der Gemeinderatsstellen ihre Folgen äußerte. Die damalige liberale Partei, der . . . Bürgermeister Gaß und der Gemeinderechner Reiß an der Spitze, mußte trotz ihrer Aktionen das Feld räumen und ein neuer Gemeinderat . . . trat an die Verwaltung der Stadt Kehl*⁷².

Als zusätzliche Belastung für den bisherigen Bürgermeister Gaß sollte sich seine Mitgliedschaft im Vaterländischen Verein erweisen, dem noch weitere Mitglieder des alten Gemeinderates sowie der Gemeinderechner Reiß angehörten⁷³. Die Gemeindewahl am 22. Dezember 1848 in Stadt Kehl wurde ein großer Erfolg für die Demokraten. Der neue Bürgermeister hieß Gustav Roos, Kürschnermeister und Mitglied im alten Gemeinderat. Der bisherige Gemeinderat wurde ausgewechselt. Die neuen Mitglieder waren

der Kaufmann Ernst Glückherr⁷⁴, der Rösselwirt Jakob Schaaff⁷⁵, der Seifensieder, Kerzenfabrikant und Kaufmann Joseph Schick⁷⁶ und der Buchbinder Carl Theodor Asmus⁷⁷. Alle waren engagierte Demokraten und aktive Mitglieder des Kehler Volksvereins, der einige Wochen später, nach Aufhebung des Verbots, gegründet werden sollte.

Volksversammlung in Hornungs Bierhaus: *Es lebe die Republik*

Auch ohne Vereinsstruktur hatten sich die Kehler Demokraten im Laufe des Jahres 1848 offensichtlich schon gut organisiert, ihr Erfolg bei den Gemeindewahlen im Dezember 1848 dokumentiert das. Das genaue Datum der Gründung des Kehler Volksvereins ist nicht überliefert, wahrscheinlich hat sie im Januar 1849 stattgefunden, denn am *Samstag den 3. Febr., Abends halb 8 Uhr* wurde im Haus des Bierbrauers Kling die *endgültige Wahl der Vorstands-Mitglieder* vorgenommen. Bis Mitte April hatte der Volksverein von Stadt und Dorf Kehl 228 Mitglieder – in Offenburg zählte er zu der Zeit 231, in Lahr 122 Mitglieder –, und Anfang Mai gehörten dem Verein schon 260 Kehler an. Nach der Feststellung des Wochenblatts hatte unter den *gewerblichen, aufgeklärten und wohlhabenden Bewohnern* des Hanauerlands *die Sache der Volksvereine tief Wurzeln gegriffen*, während gleichzeitig das Interesse am Vaterländischen Verein nachließ⁷⁸.

Nach der Gründung des Volksvereins, der nach der Feststellung der Untersuchungsbehörden in Kehl *besonders rührig war*, veranstalteten die Kehler Demokraten Volksversammlungen in der Stadt, in Dorf Kehl und Sundheim sowie in den umliegenden Gemeinden wie Auenheim, Legelshurst, Neumühl, Eckartsweier, Willstätt, Kork und Odelshofen, wo sich ebenfalls Vereine gründeten⁷⁹. Mit Rednern aus den eigenen Reihen weckten sie zusätzlich das Interesse der Bevölkerung und hatten großen Zulauf. Umfangreich durch Zeugenaussagen dokumentiert ist eine Veranstaltung, die am 12. Mai 1849, dem Vorabend der großen Volksversammlung in Offenburg, stattfand: die Volksversammlung im Hornungschen Bierkeller zwischen der Kehler Rheinstraße und dem Rheindamm⁸⁰.

Als Redner traten an dem Abend die schon genannten Emil Durain und Carl Theodor Asmus auf, beide Vorstandsmitglieder des Volksvereins, sowie Georg Hahn, Landwirt aus Dorf Kehl⁸¹. In den Untersuchungsakten wurde Durain vom Bezirksamt Kork wie folgt vorgestellt: *Emil Durain von Dorf Kehl, geboren den 25. Oktober 1825, lediger Kaufmann, im Besitz von einigem Vermögen und ebenfalls der Anerkung einiges Vermögens entgegengehend, in sittlicher Hinsicht gut, dagegen in Bezug auf seine politische Richtung als einer der rührigsten Theilnehmer an der jüngsten Bewe-*

gung beleumundet⁸². Bei seiner Ansprache in Hornungs Bierhaus hat Durain nach Aussage des Belastungszeugen Matern Weidner, Uhrmacher, *die Geschichte der Revolution von Februar 1848 an wiederholt, er habe davon gesprochen, wie die Fürsten, als die Throne gewackelt hätten, dem Volk Versprechungen gemachth hätten, wie dieser Versprechungen Erfüllung von dem Volke mehrmals verlangt worden sein, die aber allein in der Berufung eines Parlaments bestanden habe, dieses aber den gehegten Erwartungen nicht genügt habe, wie das Volk in dem Frankfurter Aufstand behufs der Sprengung dieses Parlaments niedergemacht worden sei, und wie diese Erhebung eine gerechte gewesen sei. Er sei dann auf das Heckersche und Struvesche Unternehmen gekommen und habe solches als Mittel bezeichnet, um die dem Volke gegebenen Verheißungen zu gewähren. Diese seien darum gescheitert, weil die Fürsten im Bunde gegen das Volk sich verschworen hätten. Dieses sei auch noch der Fall. Danach habe er das Militär aufgefordert, nicht für die Fürsten gegen die gerechte Sache des Volkes, gegen ihre Väter, Brüder und Mütter zu kämpfen, da sie auch Bürger seien . . . Er habe nun beigefügt: Es bewaffne sich nun jeder, wenn er auch nicht Soldat ist, . . . Bald kommt die Zeit, dann schlägt drein, daß die Fetzen davon fliegen. Diesem Satze, mit dem der Redner von der Galerie abgetreten sei, sei eine Aufforderung vorangegangen, ihm, wenn er richtig gesprochen hätte, mit Ja zu entgegnen, was danach von wenigen Personen geschehen sei⁸³.*

Die Aussagen der Belastungszeugen stimmten weitgehend überein, einige zitierten Durain zusätzlich mit der angeblichen Aufforderung, keine Steuern mehr zu bezahlen und die Fürsten sowie die Regierung fortzujagen. Die Entlastungszeugen – in den Untersuchungen grundsätzlich als *Gesinnungsfreunde der Angeschuldigten* und damit als unglaubwürdig eingestuft – konnten sich nicht mehr erinnern oder nur an den inhaltlich unverfänglichen Rückblick Durains am Anfang seiner Rede. Er selbst gab in der späteren Untersuchung einige der gegen ihn vorgetragenen Äußerungen zu, stellte sie aber in einen anderen Zusammenhang. Emil Durain wurde später – wie noch dargestellt wird – unter anderem auch wegen *auführerischer Reden* verurteilt⁸⁴.

Carl Theodor Asmus, geboren zu Straßburg den 9. Mai 1812, Buchbinder zu Stadt Kehl, Vorstandsmitglied des Volksvereins daselbst und Mitglied im Gemeinderat, widmete sich in seiner Rede auf der Galerie im Bierhaus Hornung wie schon auf vorangegangenen Versammlungen in Eckartsweier und in Sundheim der ungleichen Steuervertheilung, welche für den Armen zu hart sei, und sprach über die Nothwendigkeit der Erleichterung oder Steuerfreiheit der Armen und der größeren Belastung der Capitalisten⁸⁵. Auch Asmus hat nach Angaben von Belastungszeugen zur Steuerverwei-

gerung aufgerufen: *man solle Niemanden mehr Steuern bezahlen, wer solche verlangte, sondern solche Leute mit Bengeln herausschlagen. Diese Stelle sei mit allgemeinem Gelächter aufgenommen worden*, berichtete der Blumenwirt Jakob Held. Ähnlich sagte der Zeuge Georg Dilles aus, Asmus habe gesagt, *man solle jetzt nicht mehr bezahlen, wenn einer etwas fordere, solle man ihn auf den Kopf schlagen, die Regierung verbrauche alles und gebe nichts dafür. Auch habe er über die Mitglieder des Vaterländischen Vereins geschimpft und bemerkt, Einigen seien die Augen aufgegangen, den andern Eseln werden sie auch noch aufgehen*. Der Entlastungszeuge Franz Jockel behauptete dagegen, der Redner habe nur von der Nothwendigkeit eines gerechten Steuersystems gesprochen, wobei der Reiche, der Capitalist mehr in Anspruch genommen werde. Von einer Verweigerung der Steuer habe er nicht gesprochen. Das behauptete auch Asmus selbst. Seine spätere Verurteilung wurde unter anderem mit aufreizenden Reden begründet⁸⁶.

Auch der Landwirt Georg Hahn, 43 Jahre alt, verheirateter Bürger von Dorf Kehl, etwas vermöglich, und nach weiterer Beschreibung des Bezirksamts Kork dem revolutionären Treiben ganz und gar ergeben, trat am Abend des 12. Mai als Redner auf⁸⁷. Er sei vom Volksverein dazu benützt worden das Landvolk gegen die gesetzliche Regierung aufzuregen und so zur Revolution gehörig vorzubereiten und empfänglich zu machen. Um die Landleute hierzu zu bringen, bedurfte es eines von ihnen selbst und diese Rolle übernahm Ha(h)n; er sprach vom Standpunkte seiner Bildung zu den Leuten der gleichen Bildungsstufe und wirkte wohl so mehr mit seinen gewöhnlichen und oft gemeinen Redensarten als in der Bildung höher Stehender mit ihren schön gehaltenen Reden. Wie andere Belastungszeugen will auch der Wundarzt David Bürkle folgendes von Hahn gehört haben: *Was wollt ihr mit den Fürsten machen, mit dem Lumpengesindel? Wollt ihr sie nach Amerika schaffen, dann bringt ihr die Pest dahin, oder in die Schweiz, da werden sie uns zurückjagen. Wir können nun nichts anderes machen, als sie an einen Strick hängen, sie sind aber den Strick nicht werth!* Der Schuhmacher Peter Müller fügte noch die angebliche Äußerung Hahns hinzu: *Die Fürsten versaufen und verhuren unser Geld! Wenn es so fortgeht, müssen wir die Hosen vom Arsch verkaufen.*

Zwei Entlastungszeugen wollen den Redner über dem herrschenden großen Lärmen . . . nicht verstanden haben. Hahn selbst bestritt die von den Zeugen zu Protokoll gegebenen Inhalte seiner Rede. Er habe nur gesagt: *Wollt ihr denn keine Fürsten mehr? Die Menge habe nein! Gerufen. Nun habe er weiter gesagt. Wo wollt ihr denn hin mit euren Fürsten, nach Amerika, oder nach der Schweiz, wo doch Republiken sind, die keine Fürsten wollen? Wir wollen eine konstitutionelle Verfassung oder monarchi-*

sche Regierung! Hahn gab außerdem an, Dr. Kuchling, der sein Hausarzt gewesen sei, habe ihn zu dem Auftritt veranlaßt und ihm *die Rede schriftlich zugestellt, die er dann auswendig gelernt und vorgetragen habe.*

Das Hofgericht betrachtete die von den vereidigten Belastungszeugen wiedergegebenen Äußerungen als nachgewiesen und verurteilte Georg Hahn zu einer *gemeinen Zuchthausstrafe von vier Jahren.*

Die Redner sprachen in Hornungs Bierkeller von einer Galerie herab, die von Zuhörern umgeben war. Es ging sehr laut zu und gab mal mehr und mal weniger Zustimmung aus dem Publikum und hin und wieder Gelächter. Die Mitglieder des Volksvereins und ihre Sympathisanten waren offensichtlich in der Mehrheit. Ein Redner habe aufgefordert: *Jagt die Fürsten zum Teufel! Wer damit einverstanden sei, solle ausrufen: Vivat hoch, es lebe die Republik, worauf alles so geschrien habe*⁸⁸. Die Anzahl der späteren Belastungszeugen – in den drei beschriebenen Fällen waren es vierzehn – belegt, daß auf der Versammlung nicht nur Demokraten vertreten waren.

Die Revolution kommt nach Kehl

Am 13. Mai, einen Tag nach der Volksversammlung in Hornungs Bierhaus in der Kehler Rheinstraße, nahmen einige Mitglieder des Kehler Volksvereins an der großen Landesvolksversammlung in Offenburg teil, auf der auch organisatorische Vorbereitungen zur Machtübernahme der Demokraten in Baden getroffen wurden. Dazu zählte die Ernennung von sogenannten Zivilkommissären, die von der revolutionären Regierung in den Amts- und Oberamtsbezirken zur Durchsetzung ihrer Verordnungen eingesetzt wurden. Die Hauptaufgabe der Zivilkommissäre war die Kontrolle der meistens im Amt verbliebenen Staats- und Gemeindebeamten und Gendarmen, die Einrichtung von Sicherheits- und Wehrausschüssen sowie die Vorsorge vor Übergriffen gegen Personen oder deren Eigentum. Sie hatten auch das Recht, im Interesse der neuen Regierung vorübergehend öffentliche Kassen zu beschlagnahmen. Zum Zivilkommissär für den Amtsbezirk Kork war Ludwig Kuchling ernannt worden, der sich mit seinen Begleitern – bei ihm waren u. a. Emil Durain und Schlüsselwirt Johann Held – am Nachmittag des 13. Mai von Offenburg nach Kehl begab, um seinen Auftrag auszuführen.

In der allgemeinen Erwartung eines Aufstandes hatte der Vorstand des Post- und Eisenbahnamtes in Kehl – Harveng – nach eigenen Angaben einen Tag vor der Offenburger Versammlung eine *specielle Berathung mit dem Großh. Garnisons Commandanten (Asbrand) über die zu treffenden*



Die Kehler Hauptstraße 1850 mit Blick von Dorf nach Stadt Kehl. Links die Kaserne (heute Rathaus). In der Mitte die Brücke über den Kasernengraben, die Grenze zwischen Dorf und Stadt, die heutige Großherzog-Friedrich-Straße.

Maßregeln, wobei diese Militärbehörde noch allen guten Glauben auf die Garnison setzte⁸⁹. Harveng, der schon vor dem Ausbruch der Revolution die politische Haltung seiner Bediensteten beobachtete und einigen von ihnen mißtraute, sollte bei Eintritt eines Zwischenfalls einen Boten zur Garnison schicken oder notfalls eine Signalflagge über seinem Büro aufziehen. Doch dazu sollte es nicht mehr kommen. Harveng berichtete: Am verhängnisvollen 13. Mai kam Nachmittags ein Wagen mit mehreren Personen darunter Dr. Küchling und Kaufmann Durain in schärfster Fahrt von der Offenburger Volksversammlung her, an der Eisenbahn hier vorbei, diese Personen riefen der Bahnhofswache (acht Mann stark) zu: „Soldaten, ihr dürft keinen Zug abgehen lassen bis wir aus der Stadt zurückkommen.“ Dann eilte der Wagen weiter in die Stadt.

Das Ziel des Zivilkommissärs war die Kommandantur der Garnison in der Kehler Kaserne an der Ecke Hauptstraße/Kasernengraben⁹⁰, von wo Harveng die Aufständischen bald *Generalmarsch schlagen hörte*⁹¹. Dort angekommen, begaben sich der mit einem Säbel umgürtete Küchling und seine mit Büchsen bewaffneten Begleiter – Emil Durain, Johann Held und Joseph Schick – zum Garnisonskommandanten Oberst Asbrand. In dessen

Schreibstube stellte KÜchling sich ihm als Zivilkommissär der provisorischen Regierung für den Amtsbezirk Kork vor. Er habe Asbrand *ein Schreiben vorgelesen, wonach er seines Dienstes enthoben sei*⁹². Wie in anderen Garnisonen hatten auch in Kehl die Soldaten im Laufe des Tages ihren Vorgesetzten den Dienst versagt, waren gegen einen Offizier tötlich geworden und hatten ihm die Schulterklappen von seiner Uniform gerissen. Er hat sich – vermutlich, weil er sich in seiner Ehre verletzt fühlte – das Leben genommen⁹³.

KÜchling verließ nach der Absetzung Asbrands mit seinem Kommando die Kaserne, vor der es durch eine immer größer und erregter werdende Menschenmenge, deren Haß sich offensichtlich gegen Asbrand richtete und die *sich immer mehr dem Eingang der Kaserne zugedrängt habe*⁹⁴, zu einer bedrohlichen Situation kam. Bürgermeister Roos, gleichzeitig Hauptmann der Bürgerwehr, und Gemeinderat Schick, der gerade vorher der Absetzung Asbrands beigewohnt hatte, wurden alarmiert und eilten zur Kaserne, um den *tobenden Volkshaufen zum Auseinandergehen zu bewegen und Exzesse gegen Personen und Eigenthum des betreffenden Offiziers zu verhindern*⁹⁵. Schließlich übernahm die Bürgerwehr mit einem Doppelposten den Schutz der Kaserne, um den Kommandanten vor Übergriffen zu schützen.

Die Sache des Volkes hat gesiegt

Etwa um halb sechs Uhr Abends erschien die Bürgerwehr – nach Schätzung Harvengs in seinem späteren Bericht an die Großherzogliche Oberpostdirektion *etwa 100 bis 200 Mann* – angeführt von Dr. KÜchling und Gustav Roos vor dem Bahnhof und nahm Aufstellung vor den Soldaten der Bahnhofswache⁹⁶. *Dr. KÜchling hielt an die Soldaten folgende Ansprache: „Die Sache des Volkes hat gesiegt, ihr Soldaten, werdet ihr mit uns halten!“ – Er wollte – am Ton erkennbar – weiter reden, die Soldaten aber hoben ihre Gewehre hoch in die Höhe und unterbrachen ihn mit dem anhaltenden Ruf: „Ja, wir werden es.“*

Die darauf folgende Besetzung des Bahnhofs erklärte KÜchling anschließend dem Eisenbahnvorstand Harveng als Aufforderung an ihn und die Eisenbahnbediensteten, *ihren Dienst wie bisher in der Ordnung zu versehen* und sich seinen Anordnungen zu fügen. Die erste Anordnung bestand darin, *bis auf weitere Erlaubniß keine Geldlieferung nach Karlsruhe abzulassen*. Dieser Beschlagnahme der Eisenbahnkasse folgte die der Hauptzollamtskasse, mit der Emil Durain – begleitet von zwei ebenfalls bewaffneten Bürgerwehrmännern – vom Zivilkommissär beauftragt wurde. Sie bestand – wie im Fall der Eisenbahnkasse – in der Aufnahme des Kas-

senbestandes durch den Amtsverwalter und einen weiteren Zollbeamten und ihre Verpflichtung, *außer dienstlichen Ausgaben keine Ablieferungen zu machen*. Weitere Maßnahmen bei der Besetzung des Kehler Bahnhofs bestanden in der Aufstellung einer gemischten Wache aus Bürgern und Soldaten, der Kontrolle von Reisenden und Gepäck, von Wertpapieren und Geldsendungen, von Frachtbriefen und Briefposten⁹⁷.

Nach der Darstellung Harvengs wurde streng kontrolliert, was sich auch auf den von ihm gepflegten Kontakt zu den Reisenden auswirkte. Als er einmal entgegen der Aufforderung eines Wachposten ein Gespräch mit einer Reisenden fortführte, habe ihm dieser gedroht: *er werde mich Raison lernen und mir zeigen, was sie in der Offenburger Versammlung gegen die Beamten beschlossen hätten und schlug mir damit den Gewehrkolben vor die Füße*. In dem Verhältniß als die Revolution immer heftiger wurde, war auch zum Frommen des Dienstes und zur Beseitigung nutzloser Verfolgung geboten, sich vernünftig in das Unabänderliche zu fügen⁹⁸. Über das Verhältnis zu dem Zivilkommissär Kuchling und dem Sicherheitsausschuß bemerkte Harveng: *Dieser Verkehr theils mündlich, theils schriftlich wurde gegenseitig mit Bildung, Gefälligkeit und Zuvorkommenheit geführt*.

Am Schluß seines Berichts beurteilte der Kehler Post- und Eisenbahnvorstand das Verhalten des ihm unterstellten Personals während der Revolution. Allen Postbediensteten bescheinigte er Pflichttreue im großherzoglichen Dienst. Nur einer der acht Kehler Postbediensteten – der Postpraktikant Max Lindemann – sei außerhalb des Dienstes aufgefallen. Er würde beschuldigt, *in Wirthshäusern sich gegen die rechtmäßige Regierung geäußert zu haben*⁹⁹. Weniger gut fällt Harvengs Urteil über das Eisenbahnpersonal aus Kehl und besonders das fahrende Personal unter ihnen aus, gegen das „überdurchschnittlich oft ermittelt“ wurde¹⁰⁰. Von den insgesamt 27 Bediensteten stufte Harveng sieben als unzuverlässig oder verdächtig ein, vier seien vom Dienst suspendiert und *wegen Hochverrath in Untersuchung*. Bei den letzten handelte es sich um die Eisenbahnzugmeister Karl Ludwig Abele und Anton Jäckel, den Materialverwalter Josef Kälber und den Eisenbahnschaffner Severin Einloth.

Ludwig Abele aus Dorf Kehl – als *Wühler* bezeichnet, aufreizender Reden zum Aufruhr beschuldigt und des Hochverrats angeklagt – war flüchtig. Im August 1849 wurde sein Vermögen mit Beschlag belegt und er im Januar 1850 *wegen beharrlicher Landesflüchtigkeit des Großh. Badischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt*¹⁰¹.

Auch der 42jährige Anton Jäckel aus Stadt Kehl – angeklagt wegen Hochverrats – war flüchtig. Nach ihm wurde per Steckbrief gefahndet¹⁰², sein

Vermögen beschlagnahmt, und ihm wurde ebenfalls das Staatsbürgerrecht aberkannt¹⁰³. Das Hofgericht erklärte ihn schließlich *der Majestätsbeleidigung für schuldig* und verurteilte ihn in Abwesenheit *zu einer Arbeitshausstrafe von einem Jahr*¹⁰⁴.

Josef Kälber aus Dorf Kehl, der Majestätsbeleidigung und aufreizender Reden zum Aufruhr beschuldigt, wurde im August 1849 verhaftet, im September vom Hofgericht für klagfrei erklärt und die Vermögensbeschlagnahme wieder aufgehoben¹⁰⁵.

Auch Severin Einloth aus Dorf Kehl war der Majestätsbeleidigung und der Teilnahme am Aufruhr durch aufreizende Reden angeschuldigt und sein Vermögen beschlagnahmt worden. Die Anklage wegen Hochverrat wurde jedoch aufgehoben¹⁰⁶.

Lobend erwähnte Harveng seinen Werkführer Groß: er habe *durch getreue Beharrung bei der Pflicht sich ganz vorzugsweise verdient gemacht, er war meine wesentlichste Stütze*¹⁰⁷. Groß erhielt im Januar 1850 die goldene Verdienstmedaille wegen *muthigen und entschlossenen Verhaltens während der letzten Revolution und bewährter Anhänglichkeit an die rechtmäßige Regierung*. Der Post- und Eisenbahnamtsvorstand Harveng selbst wurde zum Postmeister ernannt¹⁰⁸.

Der Zusammenbruch

In Stadt Kehl waren im Mai 1849 die Machtverhältnisse im Sinne der provisorischen Regierung geregelt. Das Rathaus und der Gemeinderat waren schon seit Dezember 1848 in der Hand der Demokraten, die staatlichen Behörden wie Bezirksamt, Post, Eisenbahn, Zollamt und Polizei seit der signalgebenden Landesvolksversammlung in Offenburg am 13. Mai 1849 unter ihrer Kontrolle und das Militär seit den Meutereien in allen badi-schen Garnisonen auf ihrer Seite. Auch aus Kehl stammende Soldaten hatten sich an den Aufständen in ihren Regimentern beteiligt¹⁰⁹. Besonders engagiert hatten sich dabei Ferdinand Rehfuß¹¹⁰ und Josef Karl Krämer, die nach der Niederschlagung der Revolution flüchteten. Krämer soll, als in seiner Schwadron *in Rastatt am 12. Mai zum Einhauen commandirt wurde*, seine Kameraden aufgefordert haben *Säbel steckenlassen* und später auf der Seite der Freischaren an den Gefechten in Hemsbach, Waghäusel und Kuppenheim teilgenommen haben¹¹¹.

Die Kehler Volkswehr, die als Bürgerwehr schon unter der großherzoglichen Regierung vor dem Ausbruch des Maiaufstandes 1849 vollständig

ausgerüstet war, konnte mit ihrem ersten und zweiten Aufgebot schon am 14. Mai in Karlsruhe einrücken, um von dort an der Seite der Freischaren bei den aussichtslosen Kämpfen gegen die Übermacht der überwiegend preußischen Truppen eingesetzt zu werden¹¹². Die jungen Leute stellten sich aber keineswegs *überall mit dem löblichsten Wetteifer und in bedeutender Anzahl*, wie in der Karlsruher Zeitung behauptet wurde. Denn nicht alle sind bei der Aufstellung der Aufgebote dem Einberufungsbefehl freiwillig gefolgt, mancher hat sich erst nach Drohungen mit Arrest und anderen Zwangsmaßnahmen der Wehrpflicht gestellt¹¹³.

Die Verwaltung der Stadt Kehl lag in den Händen des Bürgermeisters Roos und der Gemeinderäte, allesamt Mitglieder im Volksverein und im Sicherheits- und Wehrausschuß tätig. Roos, auch Hauptmann der Kehler Volkswehr, hielt sich ab dem Juni jedoch überwiegend in Karlsruhe auf, wo er als Abgeordneter an den Sitzungen der Verfassunggebenden Versammlung teilnahm. Am 19. Juni ließ er sich von der Versammlung in seiner Eigenschaft als Bürgerwehrkommandant einen dreitägigen Urlaub bewilligen¹¹⁴. Wahrscheinlich benutzte er die verbleibenden Tage bis zum absehbaren Ende der Revolution zur Flucht in die Schweiz, wo er sich mit seiner Familie und seinem Geschäft als Kürschner in Lausanne niederließ¹¹⁵. Am 25. Juni flüchteten die letzten Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung vor den einrückenden Preußen aus Karlsruhe¹¹⁶.

Stellvertreter des Bürgermeisters Roos und damit zuständig für die Angelegenheiten der Gemeinde während dessen häufiger Abwesenheit in den letzten Wochen der provisorischen Regierung waren Joseph Schick¹¹⁷ – als ältestes Mitglied des Gemeinderates – und in dessen Nachfolge Ernst Glückherr¹¹⁸. So haben Schick und Glückherr beispielsweise gemeinsam Geldsammlungen durchgeführt, die von der provisorischen Regierung für die Anschaffung von Vorräten und Munition angeordnet waren und für die im Wochenblatt und mit *Plakaten an den Straßenecken aufgefördert* wurde¹¹⁹. Unter Schicks Regie fiel auch eine Hausdurchsuchung am 10. Juni nach einer Proklamation des geflohenen Großherzogs, die sich angeblich im Geschäft des Kaufmanns J.J. Krapp befinden sollte¹²⁰. Als Mitglied des Wehrausschusses war Glückherr an der Einberufung und Aufstellung der Aufgebote zur Volkswehr beteiligt, wobei angeblich auch *ältere Männer zum Mitzug genöthigt* worden sind¹²¹.

Die letzten Tage unter der Herrschaft der provisorischen Regierung sind in Kehl offensichtlich ruhig verlaufen bis auf kleinere Zwischenfälle. In der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli – kurz vor dem Einmarsch der Preußen – mußte Glückherr beispielsweise für die Ablösung der Nachtwache sorgen, die von rheinbayerischen Freischärlern versehen wurde, deren Haupt-



Joseph Schick, Mitglied im Stadt Kehler Gemeinderat und im Volksverein, heiratete 1832 seine Frau Elisabeth. Er war Seifensieder, Kerzenfabrikant und Händler. Öl auf Leinwand, etwa 1835 (Privatbesitz).

mann *sichtlich betrunken* war. Auch der Einmarsch der Preußen verlief offensichtlich undramatisch, nachdem über Kehl sich zurückziehende Truppenteile der Revolutionäre ihren Plan, sich mit ihren Geschützen an der Kinzig zum Widerstand gegen die anrückenden Preußen zu postieren, fallengelassen hatten und in Richtung Offenburg abgezogen waren. Auch die in Kehl lagernden Freischärler hatten sich rechtzeitig abgesetzt bis auf einen *verwundeten Polen, der bei dem Anmarsche der Preußen . . . über den Rhein geführt werden sollte, aber das Brückengeld nicht zahlen konnte*. Nach Angabe des Brückengelderhebers Riederich hat Glückherr das Brückengeld für den Polen bezahlt¹²².

Flucht oder Zuchthaus

Den Teilnehmern an der Revolution blieb am Ende nur die Wahl zwischen der Flucht und dem Zuchthaus oder die vage Hoffnung auf eine milde Strafe. Denn nach der Revolution setzte die gründliche politische ‚Säuberung‘ der Gemeindebehörden und eine gnadenlose Verfolgung und Verhaftungs-



Elisabeth Schick, Tochter des Bäckers und Bürgermeisters von Stadt Kehl 1832, Peter Wettstein. Sie starb 1838 im Alter von 23 Jahren. Öl auf Leinwand, etwa 1835 (Privatbesitz).

welle gegen die Teilnehmer an den *auführerischen Unternehmungen* ein. Das Verzeichnis der suspendierten Gemeindebeamten und Bediensteten von Stadt Kehl umfaßte außer dem Bürgermeister und allen Gemeinderäten auch Mitglieder der Bürgerschaften und *sonstige niedere Gemeinbedienstete*, die alle nicht als Teilnehmer an der Revolution aufgefallen und – nach einer Reihe entsprechender Verordnungen durch die Regierung – offensichtlich wegen ihrer angeblich unzuverlässigen Gesinnung entlassen worden sind wie der Waisenrichter Boh, die Schneider Lied und Oethinger, der Konditor Schmidt und der Bannwart Koch. In Dorf Kehl traf die Entlassung als einzigen den Landwirt Friedrich Anselm, Gemeinderat und Zehntrechner, dessen Untersuchung dann *wegen minderwichtig* ausgesetzt worden ist¹²³.

Gegen mehr als siebenzig Verdächtige aus Kehl wurde von den Untersuchungsbehörden ermittelt. Sechs von diesen entzogen sich durch Flucht und sind nicht mehr nach Kehl zurückgekehrt. Sie wurden in Abwesenheit zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt: der Kürschner und Bürgermeister Gustav Roos, die Eisenbahnzugmeister Karl Ludwig Abele und Anton Jäckel, der Arzt Dr. Ludwig Kuchling und die Soldaten Ferdinand Rehfuß und Josef Karl Krämer¹²⁴.



Kehl um 1861, Blick von der Friedenskirche am Marktplatz. Vorne das alte Gasthaus Blume mit Stallungen, links die Hauptstraße, rechts die heutige Schulstraße. Im Hintergrund links das Straßburger Münster.

Von ihnen erhielt Krämer die höchste Strafe – fünfzehn Jahre Zuchthaus wegen Meuterei und Treulosigkeit, verhängt vom Kriegsgericht Rastatt. Die Forderung auf Schadenersatz gegen ihn betrug 105 488 fl. Da er angeblich *von seiner Mutter – Jos. Krämer Witwe – Vermögen zu erhoffen* hatte, wurde das gesamte Vermögen des flüchtigen Krämer beschlagnahmt¹²⁵.

Der Arzt Dr. Ludwig Küchling, von der revolutionären Regierung mit dem verantwortungsvollen Amt eines Zivilkommissärs ausgestattet, galt den ermittelnden Behörden als Rädelsführer¹²⁶ und *eifrigster Beförderer der Revolution*. Gegen ihn wurde wegen *Hochverraths, Unterschlagung von Staatsgeldern und Ermordung eines französischen Gesandtschafts-Couriers* untersucht, sein Vermögen auf 5 600 fl. festgelegt¹²⁷. Küchling floh zunächst nach Straßburg, wo er jedoch wegen der Verhaftung des später ermordeten Kuriers Salomon Weil eingesperrt wurde. Er konnte fliehen, hat sich mit der Eisenbahn nach Basel begeben¹²⁸ und ist schließlich nach Amerika ausgewandert¹²⁹. Das Urteil gegen Ludwig Küchling lautete sechs Jahre Zuchthaus, Beschlagnahmung seines Vermögens und Verlust des Staatsbürgerrechts. Der kurz vor seiner Flucht abgeschlossene Schenkungsvertrag, durch den er den größten Teil seines Vermögens an seine beiden minderjährigen Kinder abgetreten hatte und für sie vor der

Beschlagnahme retten wollte, wurde für nichtig erklärt¹³⁰. Seine Frau Marie konnte eine Vermögensabsonderung des von ihr in die Ehe eingebrachten Anteils durch einen gerichtlichen Vergleich mit der Großherzoglichen Staatskasse erreichen. Der gemeinsame Haushalt aus der Kehler Wohnung wurde vom 1. Oktober 1849 bis zur Versteigerung am 8. April 1850 im Saal des Gasthauses Schlüssel gelagert. Marie zog Ende 1849 mit ihren Kindern zu ihrer Mutter nach Mannheim, um im Frühjahr 1851, nach Abwicklung der erwähnten Prozesse, mit ihren beiden Kindern ihrem Mann nach Nordamerika zu folgen, der sich dort als Arzt niedergelassen hatte¹³¹.

Nach Informationen der badischen Gesandtschaft in Paris hatte *der frühere Bürgermeister Roos von Kehl . . . sich jetzt als Pelzhändler in Lausanne etablirt* und genoß *unter fast allen Flüchtlingen in der Schweiz* großes Vertrauen. *An Roos werden auch die meisten Briefe u.s.w. zur Besorgung gerichtet*¹³². Roos wurde in Abwesenheit wegen *Theilnahme an den im Monat Mai und Juni 1849 stattgehabten hochverrätherischen Unternehmungen* – unter anderem wegen Beteiligung an der Beraubung der Schlösser Eberstein und Favorite – zu zwölf Jahren Zuchthaus und Schadensersatz verurteilt und im November 1860 nach mehreren Gesuchen begnadigt¹³³.

Sechs der nicht geflüchteten Kehler erhielten Zuchthausstrafen oder wurden zur Verbüßung im Gefängnis – wie der Schlüsselwirt Johann Held¹³⁴ – oder im Arbeitshaus – wie der Maurer Bernhard Lienert wegen Majestätsbeleidigung¹³⁵ – verurteilt:

Von ihnen erhielt der zu der Zeit 23jährige Kaufmann Emil Durain, der ehemalige Schüler und spätere politische Gegner des Hauptlehrers Augustin Hornung¹³⁶, die höchste Strafe mit acht Jahren Zuchthaus wegen *Theilnahme am Hochverrath*¹³⁷. Nach einigen Gnadengesuchen Durains und seiner Angehörigen wurde er nach mehr als zwei Jahren Strafverbüßung am 3. September 1851 aus dem Zuchthaus Freiburg entlassen¹³⁸ und machte eine erstaunliche geschäftliche und kommunalpolitische Karriere – bis zu seinem tragischen Ende im Jahr 1892¹³⁹.

Der Landwirt Georg Hahn und der Buchbinder Carl Theodor Asmus, die beide wie Emil Durain als Redner in den Versammlungen des Volksvereins aufgetreten waren¹⁴⁰, erhielten wie auch der Kutscher Georg Wurz Zuchthausstrafen von vier (Hahn) beziehungsweise zwei Jahren, die sie bis zu ihrer Begnadigung in Freiburg abgesessen haben¹⁴¹. Von ihnen hat Georg Hahn mit zwei Jahren am längsten im Zuchthaus Freiburg gesessen. Das zu der Zeit übliche Auswanderungsangebot der Regierung an verurteilte und einsitzende Teilnehmer der Revolution hatte er ausgeschlagen, weil seine Familie die Bedingung – 200 fl.¹⁴² als seinen Entschädigungsanteil



Die Schiffbrücke über den Rhein um 1840. Im Vordergrund rechts das Zollgebäude. Blick von Kehl nach Straßburg.

an die großherzogliche Staatskasse zu zahlen – nicht erfüllen konnte. Erst nach mehreren eigenen Gesuchen, einem Bittschreiben seiner Frau, Empfehlungen der Zuchthausverwaltung und des Geistlichen der Haftanstalt sowie einem Gutachten des Dorf Kehler Gemeinderates wurde er im September 1851 begnadigt und entlassen¹⁴³.

Für einige der Revolutionsteilnehmer aus Kehl – wie die schon erwähnten Bediensteten der Gemeindebehörde sowie einige Bedienstete der staatlichen Eisenbahn – endete das politische Engagement mit Dienstentlassung, Gehaltsminderung oder Versetzung¹⁴⁴. Die Mehrzahl der Untersuchungen wurden eingestellt oder wegen Mangels an Beweisen ausgesetzt. Unter ihnen fällt besonders Magdalena Rehfuß auf, da politisches Auftreten und öffentliches Engagement von Frauen zu der Zeit ungewöhnlich war. Wie schon erwähnt liefen gegen sie, ihren Bruder und ihren Vater erfolglose Ermittlungen wegen der Verbreitung aufrührerischer Schriften. Ob diese engagierte Kehlerin auch in Verbindung mit dem Kehler Frauenverein stand, dessen Existenz durch die Erwähnung in einem Brief dokumentiert wird, ist ungewiß. Nicht durch Quellen belegt ist dagegen die Geschichte einer Gefangenenbefreiung, die Magdalena Rehfuß angeblich inszeniert haben soll¹⁴⁵.

Zwei der Angeschuldigten aus Kehl gingen straffrei aus, obwohl sie wie einige der Verurteilten als *Haupttheilnehmer des Volksvereins* eingeschätzt und des Hochverrats angeklagt waren: Joseph Schick und Ernst Glückherr. Nach den Ermittlungen der Untersuchungsbehörden war Glückherr *im Besitz eines reinen Vermögens von 19 534 fl. und als fleißiger, guter Geschäftsmann, daneben aber als sehr republikanisch gesinnt, beleumundet*¹⁴⁶. Er hatte auf Grund seiner geschäftlichen Beziehungen gute Verbindungen nach Straßburg und dem Elsaß. Der Vorwurf, vor *dem Ausbruche des (Mai-)Aufruhrs mit Straßburger Demokraten und namentlich mit Polen in lebhaftem Verkehr gestanden* und diese Verbindungen politisch genutzt zu haben, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Glückherr stritt solche Treffen zwar nicht ab. Sein Verteidiger A. Gutmann aus Bruchsal – er war auch der Anwalt von Joseph Schick – konnte solche Zusammenkünfte jedoch – mangels Beweisen der Anklage – als geschäftlicher und privater Natur oder als zufällig plausibel machen¹⁴⁷. Ein entscheidender Vorteil gegenüber anderen Angeklagten vergleichbarer Situation lag darin, daß Glückherr und Schick nicht als Redner in Erscheinung getreten waren und somit auch nicht durch Ohren- und Augenzeugen belastet werden konnten. Das Urteil des Hofgerichts Bruchsal gegen Glückherr – sechs Monate Zuchthaus und Schadensersatz – wurde vom Oberhofgericht im Juli 1850 abgeändert. Er sei *der angeschuldigten Theilnahme am Hochverrath klagfrei zu erklären* und von dem *Schadenersatz und den Kosten zu verschonen*¹⁴⁸. Er blieb jedoch verdächtig, und vor allem wegen seiner fortgesetzten Kontakte nach Straßburg haben ihn die örtlichen Behörden nach Anweisung des Innenministeriums *wieder unter spezielle Aufsicht genommen*¹⁴⁹.

Auch gegen den Kaufmann und Gemeinderat Joseph Schick, *42 Jahre alt mit etwas Vermögen*, wurde wegen Teilnahme am Hochverrat ermittelt. Auch er befand sich wie Glückherr während der Untersuchung auf freiem Fuß. Nach dem Leumundszeugnis des Gemeinderats, eingeholt von der Untersuchungsbehörde, war er *ein fleißiger und haushälterischer Mann* und in politischer Beziehung *als großer Anhänger der Demokraten wesentlich für den Volksverein thätig*¹⁵⁰. Die Untersuchung gegen Schick, der auch an der Absetzung des Kommandanten Asbrand beteiligt war¹⁵¹, wurde trotzdem ausgesetzt. Sein Verteidiger stellte seinen Mandanten ähnlich wie bei seiner Verteidigung Glückherrns als hilflosen Befehlsempfänger des Zivilkommissärs Küchling dar und konnte seinem umfangreichen Plädoyer ein *Zeugnis vieler, ausschließlich der konservativen Partei angehöriger Kehler Bürger* beifügen. Nach der Ansicht von insgesamt 21 Geschäftsleuten, die dieses Zeugnis unterzeichnet haben, sei Schick *gewiß ein Verführter und nie ein Verführer zu nennen und deswegen sehr einer Freisprechung zu empfehlen*¹⁵².

Wie stark die demokratische Bewegung in Stadt Kehl und wie groß die Angst vor ihr bei der Regierung auch noch nach den allgemeinen ‚Säuberungen‘ der Gemeindebehörden und den Verfolgungen verwurzelt war, zeigte sich bei den Wahlen der Großen Ausschüsse, die Ende 1851 in den Gemeinden des Amtsbezirks Kork stattfanden. In Dorf Kehl fielen diese Wahlen der Wahlmänner, die wiederum die Wahl des Bürgermeisters und der Gemeinderäte vorzunehmen hatten, wie in den meisten Gemeinden des Amtsbezirks *zur Zufriedenheit der Ordnungspartei* aus. In Stadt Kehl dagegen *haben die Anhänger der Umsturzparthei das Übergewicht*, teilte der Oberamtmann Carl Alexander von Hunoltstein dem Innenministerium in seinem Bericht mit¹⁵³. Denn dreizehn der dreiunddreißig Wahlmänner waren ehemalige Mitglieder des Kehler Volksvereins¹⁵⁴. In zwei der drei Wahlgruppen – der Gruppe der Niederstbesteuerten und der Höchstbesteuerten – stellten sie jeweils eine knappe Mehrheit. Allerdings ist es zweifelhaft, ob sie alle noch demokratische Interessen vertreten haben¹⁵⁵. Der Ortenauer Bote jedenfalls – das spätere Ergebnis schon voraussagend – beruhigte seine Leser: *Die Wahl eines konservativen Bürgermeisters und Gemeinderathes ist übrigens nach dem vorliegenden Wahleresultat nicht zweifelhaft*¹⁵⁶.

Anmerkungen

- 1 Der Amtsbezirk Kork im Mittelrheinkreis des Großherzogtums Baden bestand aus den Gemeinden Auenheim, Eckartsweier, Hesselhurst, Hohnhurst, Kehl Dorf mit Sundheim, Kehl Stadt, Kork, Legelshurst, Neumühl, Odelshofen, Querbach, Sand und Willstätt. 1881 wurde der Amtssitz von Kork nach Kehl Stadt verlegt.
- 2 Joseph *Schaible*, Geschichte des badischen Hanauerlandes nebst einer medizinisch-statistischen Topographie des großherzoglich badischen Amtsbezirks Kork, Karlsruhe 1855, S. 105.
- 3 Alle kursiv gesetzten Zitate in diesem Abschnitt stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dem Universallexikon vom Großherzogtum Baden, Karlsruhe 1843 (2. Auflage 1847); 1848 hatte nach Angaben des badischen Innenministeriums Dorf Kehl mit Sundheim 2099 Einwohner und Stadt Kehl 1353 (Copierbuch der Gemeinde Eckartsweier 1847–54, 4. April 1848, Archiv Eckartsweier).
- 4 Die Drahtgeflechtfabrik Lang beschäftigte 24 Arbeiter, die Tapetenfabrik Marchall & Comp. 6 Arbeiter und eine Wollkämmereifabrik 12 Arbeiter (Universallexikon, a.a.O. und Staatsarchiv Freiburg, B 713/8, Nr. 556, 7. 8. 1851 und 9. 6. 1853: letztes Zitat). Außerdem gab es die Tabakfabrik J.C. Otto (Wochenblatt für den Amtsbezirk Kork (im Folgenden WB abgekürzt) Nr. 1, 5. 1. 1849, S. 4); In diese Zeit fällt auch die Gründung traditionsreicher Kehler Familienbetriebe wie z.B. J.D. Fingado, der im Wochenblatt Nr. 84 vom 8. 12. 1848 seine neu errichtete Eisenwarenhandlung vorstellte (S. 731). Bereits 1841 hatte Wilhelm Enders eine mechanische Werkstätte und Schlosserei gegründet (Das Goldene Buch, Kreis Kehl, hg. v. Kunstverlag J. Bühn, München 1964).

- 5 Staatsarchiv Freiburg (im Folgenden STAF abgekürzt) B 713/8/556, 7. 8. 1851.
- 6 A.a.O., 7. 8. 1851 und 9. 6. 1853 (Zitat). Statistische Erhebungen und Berichte des Bezirksamts Kork über die Gemeinden von Kehl aus der Zeit vor und während der Revolution liegen nicht vor; Die Ortsbereisungen waren nach der Revolution von der Regierung angeordnet worden, um die politische Orientierung der Gemeinden besser kontrollieren zu können (Paul Nolte, *Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850*, Göttingen 1994, S. 421).
- 7 Anzeigebblatt Nr. 60, 26. 7. 1820, S. 349 und Offenburger Wochenblatt Nr. 29, 21. 7. 1821, S. 114.
- 8 Die Garnison bestand aus der Kommandantschaft, einem Offizier und vierzig Soldaten (Joseph Schaible, a.a.O., S. 226). Durch Anzeigen im Wochen- sowie im Anzeigebblatt wurden regelmäßig Aufträge für die Lieferung z.B. von Brot, Brennholz, Beleuchtungsmaterial und Tierfutter an *den Wenigstnehmenden* in Kehl und den umliegenden Gemeinden vergeben (beispielsweise im Wochenblatt Nr. 24, 29. 3. 1850, S. 229, im Anzeigebblatt für den Mittelrheinkreis (im Folgenden AB abgekürzt) Nr. 98, 10. 12. 1845, S. 818 oder im Ortenauer Boten (im Folgenden OB abgekürzt) Nr. 4, 14. 1. 1858, S. 27).
- 9 Die jährliche Auftragsvergabe umfaßte riesige Mengen an Holz-, Eisen-, Nagelschmied- und Seilerwaren sowie sonstiges Material wie Pech, Teer und Farben (WB Nr. 10, 10. 3. 1848, S. 117 oder OB Nr. 5, 16. 1. 1855, S. 34).
- 10 Die großherzogliche Domainenverwaltung vergab im Jahr 1847 Aufträge zur Lieferung von Materialien wie Bruchsteine und Kalk sowie diverse Arbeiten an Maurer, Schreiner und Glaser (WB Nr. 12, 19. 3. 1847, S. 122).
- 11 STAF, B 713/8/556, 7. 8. 1851.
- 12 A.a.O., 1. 10. 1853.
- 13 A.a.O., 7. 8. 1851.
- 14 Wie Anm. 11.
- 15 Im Sommer waren vier Eilwagenkurse pro Woche, im Winter drei eingerichtet (AB Nr. 36, 4. 5. 1831, S. 256 und Nr. 88, 2. 11. 1831, S. 657). 1833 verkehrte der Eilkurswagen täglich (Basler Zeitung Nr. 93, 11. 6. 1833); Zitat zur Lage Kehls am Treffpunkt von drei Landstraßen und zwei großen Flüssen (Rhein und Kinzig): STAF B 713/8/556: 9. 6. 1853.
- 16 Der Lahrer Kutscher Jakob Billet beispielsweise ließ *jeden Freitag Morgens 4 Uhr einen Familienwagen von Lahr nach Kehl abgehen, welcher den nämlichen Tag Abends 6 Uhr wieder zurückfährt* (WB Nr. 29, 16. 7. 1841, S. 226).
- 17 Der Kehler Spediteur Ch.F. Kiesling war Agent der Rheinischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft (Basler Zeitung Nr. 85, 29. 5. 1837 und Nr. 189, 12. 8. 1842). Der Händler J.J. Krapp vermittelte Transporte für Frachtgut vom Kehler Hafen (WB Nr. 66, 31. 8. 1849, S. 575). Johann Hummel, Brückenzollaufseher, organisierte zweimal in der Woche Frachtteilfahrten (Basler Zeitung Nr. 78, 16. 5. 1836). Der Kaufmann Ernst Glückherr, 1849 Gemeinderat und Mitglied des demokratischen Volksvereins, vermittelte Fahrten mit den täglich verkehrenden „Adlern des Oberrheins“ der Düsseldorfer Gesellschaft (Basler Zeitung Nr. 86, 11. 4. 1843).
- 18 Vor ihrer endgültigen Verlegung 1930 verlief die Kinzig parallel zur heutigen Kinzigallee zwischen Stadtrand und Läger. Der erste Bahnhof – damals jenseits der Kinzig – befand sich im Bereich der heutigen Straße „Am alten Bahnhof“ diesseits der Kinzig.
- 19 WB Nr. 21, 16. 3. 1849, S. 184 (Leserbrief); Anzeigebblatt Nr. 2, 5. 1. 1848, S. 17 (Anzeige für Auswanderer).

- 20 Zum „Goldrauschfieber“ s. Klaus *Hornung*, Kehl 1840–1940, Kehl 1982, S. 16 ff.; Das Gasthaus zum Schwert, wie heute an der Hauptstraße gelegen, aber mit seinem Grundstück sich von der Hauptstraße bis zur Rheinstraße ausdehnend, hatte zum Beispiel bei einer Kapazität von 15 Zimmern Stallungen für 100 Pferde erbaut (WB Nr. 6, 22. 1. 1850, S. 49). Das Grundstück der Blume, am gleichen Standort wie heute an der Hauptstraße, erstreckte sich mit Stallungen bis an die heutige Schulstraße.
- 21 In der Planungsphase der Bahnlinie von Appenweier nach Kehl um 1842 entstand die sogenannte Eisenbahnhoffrage. Nach dem ursprünglichen Plan der Regierung, der dann 1844 auch ausgeführt wurde, sollte der Bahnhof außerhalb Kehls jenseits der Kinzig an der sogenannten Kreuzstraße, dem Treffpunkt der Straßen von Rastatt und Offenburg, gebaut werden. Die Regierung wollte die kostspielige Überbrückung der Kinzig nördlich der alten Brücke umgehen. Zwei andere Pläne sahen den Bau einer neuen Brücke über die Kinzig vor, um die Gleise bis in die Stadt zu legen. Die eine Variante, im Interesse der Spediteure, des Zollamts, der Post und damit auch des Staates, sah die Errichtung des Bahnhofs an der gerade projizierten Hafenanlage am Rhein nahe der Schiffbrücke vor. Die zweite Variante, unterstützt von vielen Bewohnern der Stadt, bevorzugte den Standort des Bahnhofs hinter den beiden Schulhäusern am Marktplatz. Ein vierter Plan, im Interesse des Hotel- und Gastronomiegewerbes von Dorf und Stadt Kehl, der Kaufleute und einiger Grundbesitzer, wollte den Bahnhof auf das zu der Zeit noch freie Gelände gegenüber der Kaserne (dem heutigen Rathaus) gestellt haben mit der Gleisführung über die schon bestehende alte Kinzigbrücke nach Dorf Kehl (Karlsruher Zeitung Nr. 303, 4. 11. 1842).
- Zur Auswirkung des Bahnhofsstreits auf die politische Entwicklung – soweit er sich mit Hilfe der bekannten Akten zuordnen läßt – s. hier das Kapitel „Durchbruch der Demokraten . . .“.
- 22 Zur Bedeutung der Eisenbahn für die Revolution 1848/49 s. den Artikel: Norbert *Möller*, Die Rolle der Eisenbahn in der Badischen Revolution von 1848/49, in: *Badische Heimat* 3 (1997), S. 359 ff.
- 23 Hans-Martin *Pillin*, Die Acherner Volksversammlung vom 2. April 1848, in: *Die Ortenau* 65 (1985), S. 219 u. 223.
- 24 Sonja-Maria *Bauer*, Die Verfassunggebende Versammlung in der Badischen Revolution von 1849, Düsseldorf 1991, S. 61. Ein anderer Abgeordneter des Wahlbezirks war Georg Hummel aus Diersheim (S. 59).
- 25 Ludwig Küchling, am 20. 12. 1807 in Waldshut geboren, besuchte die Höhere Bürgerschule in Kork von Mai 1820 bis Herbst 1822, sein jüngerer Bruder Emil von Mai 1822 bis Neujahr 1824 (Gemeindearchiv Kork C/VIII/6, Schülerverzeichnis der Höheren Bürgerschule).
- 26 Der Amtsphysikus war ein beamteter Arzt, dem in einem Amtsbezirk die Kontrolle über das Gesundheitswesen übertragen war, wie z.B. die Ausrüstung der Ärzte, der Apotheken usw.
- 27 Im April 1820 wurde Dr. Anton Küchling, Physikus in Endingen, das Physikat Kork übertragen (Großherzogliches Staats- und Regierungsblatt Nr. 6, 27. 4. 1820, S. 37); 1824 zog die Familie nach Kehl (Gemeindearchiv Kork, a.a.O.) und dann nach Lahr, wo Anton Küchling bis zu seiner Pensionierung 1849 als Oberamtsphysikus tätig war (Großh. Staats- und Regierungsblatt Nr. 77, 7. 12. 1849, S. 600).
- 28 a.a.O., Nr. 13, 20. 7. 1831, S. 137 und Nr. 65, 15. 12. 1832, S. 510.
- 29 Archiv im evangelischen Pfarramt der Friedenskirche Kehl, Geburts- und Taufurkundenbuch 1833–1857, S. 132. Ludwig Küchling und seine Frau Marie, geb. von Seeger aus Mannheim, haben 1842 geheiratet.

- 30 WB Nr. 12, 25. 3. 1842, S. 94; AB 4. 9. 1847, S. 856.
- 31 Gemeindecarchiv Kork C/II/1 Bürgerbuch der Gemeinde Kork Bd. 1, 1837–1909.
- 32 STAF A 27/3/203.
- 33 Fünzig (11%) der insgesamt 439 Ärzte in Baden wurden im Zusammenhang mit der Revolution strafrechtlich verfolgt und 31 (7%) von ihnen verurteilt (Marga Burkhardt, „Die Badische Revolution hat einen betäubenden Einblick in unseren Stand eröffnet“. Ärzte und die 1848er Revolution, in: *Badische Heimat* 3 (1997). S. 365 und 373).
- 34 In einem Verzeichnis des Innenministeriums über Ärzte und Apotheker, die schon vor 1848 republikanische Zeitungen bezogen, befindet sich unter den 24 aufgelisteten Namen auch der von Kuchling: *Kniechling, Stadt Kehl* (Generallandesarchiv Karlsruhe (im Folgenden GLA abgekürzt) 236/16007).
- 35 Nach Marga Burkhardt, a.a.O., S. 370), „läßt sich auf Grund des momentanen Forschungsstandes weder verifizieren noch verwerfen“, „ob der Eindruck der sozialen Misere im Vormärz und in der Zeit unmittelbar vor der Revolution . . . tatsächlich der Anstoß für das Engagement des Einzelnen in der Revolution war“.
Da entsprechende Aufzeichnungen von oder über Kuchling nicht bekannt sind, lassen sich auch in seinem Fall nur Vermutungen über seine Motive anstellen (d. Verf.).
- 36 Wie Anm. 29, S. 186; Heinrich Wolf war 1832 und 1847 als Gemeinderat gewählt worden und bis Dezember 1848 im Amt (AB Nr. 75, 19. 9. 1832, S. 660 und WB Nr. 24, 11. 6. 1847, S. 253). Nach Niederschlagung der Revolution wurde Wolf von der Regierung als Gemeinderat eingesetzt (STAF B 713/8/556).
- 37 Stadtarchiv Kehl (im Folgenden StK abgekürzt), Bürgerbuch der Gemeinde Stadt Kehl 1837–1868, Nr. 200.
- 38 Archiv im evangelischen Pfarramt der Friedenskirche Kehl, Trauungsbuch Stadt Kehl 1774–1852, S. 157/8; Geburts- und Taufurkundenbuch 1833–1857. Die beiden ersten Kinder sind noch in ihren Geburtsjahren 1841 und 1842 gestorben.
- 39 WB Nr. 67, 30. 8. 1850, S. 616.
- 40 Eduard Groß trat 1841 bei der Geburt des ersten Kindes und 1846 bei der des letzten Kindes als Taufzeuge auf (wie Anm. 29, S. 102 und 170).
- 41 AB Nr. 1, 3. 1. 1849, S. 4.
- 42 So wird in der zeitgenössischen heimatgeschichtlichen Literatur der Region zwar bestätigt, daß „auch das Hanauerland von der im Jahre 1849 in Baden ausgebrochenen Revolution fieberhaft ergriffen wurde“. Dies sei jedoch „meist nur in Folge der Einschüchterung und Verführung“ geschehen (Joseph Schaible, a.a.O., S. 106). Nach Schaible – er war einige Jahre als Amtsphysikus in Kork tätig, bevor er nach Gengenbach wechselte – hat „dieser Aufruhr“ „nur in wenigen Orten . . . empfänglichen Boden gefunden“; Die These von „Verführern und Verführten“ und „Rädelsführern“ wurde auch von späteren Autoren übernommen. Johannes *Beinert*, *Geschichte des badischen Hanauerlandes unter Berücksichtigung Kehls*, Kehl 1909, z.B. begründet die „zunehmende Gärung unter der Bevölkerung“ mit „der Demagogie des Kehler Arztes Kuchling und anderer Agitatoren“ und „allerlei kommunistische(n) Ideen . . ., die sich gegen Pfarrer und Bürgermeister, gegen Staatsbeamte und alle Besitzenden . . . Luft machten“ (S. 370). Otto *Rusch*, *Geschichte der Stadt Kehl und des Hanauer Landes*, Kehl 1928, reduziert die politischen Ziele der demokratischen Bewegung im Hanauerland auf „oppositionelle Regungen gegen staatliche, städtische oder kirchliche Autoritäten“ (S. 198) und greift die Theorie vom „Haupträdelsführer Kuchling-Kehl“ auf (S. 201). Kuchling ist übrigens nicht, wie Rusch behauptet, gefallen, sondern nach Amerika ausgewandert (s. hier Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“); Die Behauptung, Kuchling sei Rädelsführer gewesen, wurde von den Anwälten einiger Angeklagter benutzt, um ihre Klienten zu entlasten (s. hier Anm. 126).

In der regionalgeschichtlichen Literatur über Kehl und das Hanauerland wurden die Revolutionsjahre 1848/49 erst nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit der demokratischen Entwicklung Deutschlands gesehen, wie beispielsweise: Die Revolution 1848/49 im Hanauerland, verfaßt von einer Arbeitsgruppe der Klasse 12 a des Kehler Einstein-Gymnasiums, Kehl 1974; Erwin *Dittler*, Zum Gedenken an Opfer und Leid. Zeitgenössische Verse, Kehl 1991; Gottlob Schlörer, Diersheim in der Revolution 1848/49, in: Die Ortenau 53 (1973), S. 226 ff.

- 43 Augustin Hornung erhielt 1862 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Kehl zugesprochen (StK, Bürgerbuch der Gemeinde Stadt Kehl 1837–1868, Nr. 392).
- 44 WB Nr. 34, 16. 6. 1848, S. 322.
- 45 Otto *Rusch*, Geschichte, S. 196. Rusch berichtete 1928, daß „bei alten Dorf-Kehler Familien (z.B. bei Glasermeister Kehret) . . . Heckerbilder mit eigenhändiger Widmung und Unterschrift Heckers“ anzutreffen waren.
Eine Nachfrage bei den heutigen Nachkommen der genannten Familie war ergebnislos. Wie in vielen anderen Fällen in Kehl hat sich einmal mehr gezeigt, daß infolge von Krieg und Besetzung viele Dokumente der Stadtgeschichte verlorengegangen sind (d. Verf.).
- 46 Der Zufluchtsort Heckers und seiner Freischärler in der Schweiz bei Basel nach ihrer Niederlage gegen Regierungstruppen am 20. April 1848 bei Kandern.
- 47 WB Nr. 46, 28. 7. 1848, S. 417; 1 Gulden (fl.) = 60 Kreuzer (kr.). Zum Preisvergleich: ein Schwarzbrot von 3 Pfund kostete im Amtsbezirk Kork im Jahr 1848 durchschnittlich 9 kr. (vgl. die amtlichen Brotpreise im Wochenblatt); 1 Sester (11,25 kg) Kartoffeln kostete zu der Zeit 36 kr. (Alfred *Hetzel*, Auszug aus der Dorfchronik von Eckartsweier 1848/49, Eckartsweier 1997).
- 48 WB Nr. 38, 30. 6. 1848, S. 351.
- 49 Wie Anm. 44; In seinem *Brief aus Amerika* hat Louis Durain aus Kehl – der im Dezember 1848 ausgewandert war – den Dämmerlingskäfer sinnbildlich als einen Schädling beschrieben, der die Wurzeln demokratischer Einrichtungen abfrißt (WB Nr. 26, 3. 4. 1849, S. 233).
- 50 Wie Anm. 48.
- 51 WB Nr. 42, 14. 7. 1848, S. 383.
- 52 Wie Anm. 48.
- 53 Wie Anm. 51; Von den insgesamt 28 Mitgliedern des Schützenvereins gehörten nachweislich mindestens 17 dem Volksverein an – wobei zu berücksichtigen ist, daß von den 260 Mitgliedern des Volksvereins nur 35 namentlich bekannt sind. Die Mitgliedsliste des Schützenvereins findet sich in GLA 456/F 4/446, 27. 7. 1849; Zum Turnverein Kehl: 125 Jahre Kehler Turnerschaft, Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Kehler Turnerschaft von 1845 am 7./8. November 1970, S. 17; Zur Gründung des Vereins: Otto *Rusch*, Chronik der Stadt Kehl, Kehl 1939, S. 83).
- 54 WB Nr. 44, 21. 7. 1848, S. 398.
- 55 A.a.O.; Nr. 84, 8. 12. 1848, S. 731.
- 56 A.a.O.; Nr. 2, 9. 1. 1849, S. 15. Zum Wertvergleich s. hier Anm. 47 u. 142.
- 57 GLA 236/8767: 290 f.
- 58 Wilhelm Rehfus wurde am 11. 3. 1804 in Kehl geboren, er starb am 11. 10. 1868 (Wilhelm Ferdinand *Rehfus*, 400 Jahre Stammesgeschichte der Familie Rehfus, 1946, S. 12).
- 59 GLA 236/8763: 62 ff.
- 60 GLA/8567: 44.
- 61 GLA 247/341 und 237/2732: 24 f.; Zu Magdalena Rehfus s. a. hier das Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“.

- 62 GLA 233/32106, 1. 7. 1848.
- 63 GLA 236/8199: 130 f.
- 64 Zitat: GLA 233/611, Bl. 92 (Bericht des Post- und Eisenbahnvorstands Harveng).
Der langjährige Posthalter und Gemeinderat Georg Held war vom September 1844 bis Dezember 1850 Bürgermeister von Dorf Kehl (WB Nr. 38, 20. 9. 1844, S. 331 und Nr. 100, 24. 12. 1850, S. 911). Zu seiner Einstellung gegen den Volksverein: Der Volksführer Nr. 109, 10. 5. 1849; Nach der Revolution war Held einer der Wahlmänner des Amtsbezirks Kork für die Abgeordneten der Zweiten Kammer. In dieser Funktion starb er am 2. 12. 1851 während einer Abgeordnetenwahl in Rheinbischofsheim an Herzschlag (OB Nr. 97, 9. 12. 1851, S. 907).
- 65 WB Nr. 82, 1. 12. 1848, S. 713.
- 66 Karlsruher Zeitung 17. 11. 1848.
- 67 GLA 236/8209: 140 f.
- 68 STAF B 713/8/556, 9. 6. 1853.
- 69 Karlsruher Zeitung 17. 4. 1848.
- 70 Das zeigte sich z.B. an der oben erwähnten Spendenaktion für die Witwe und Kinder von Robert Blum.
- 71 STAF A27/3/203: 15. 10. 1849. Demokratisch eingestellte Wirte, bei denen Versammlungen der Demokraten stattfanden, waren – so weit sie bekannt sind – Wilhelm Rehfus, Wetzel vom Wilden Mann neben dem Gasthaus Rehfus (heute Post), Chr. Friedrich Rittershofer vom Engel an der Hauptstraße, Johann Held vom Schlüssel, Walter, die Bierbrauer Kling und Georg Hornung (Bierkeller), Jakob Schaaf vom Rössel (s. hier Anm. 75) und Georg Baas, Schwiegervater von Ernst Glückherr (s. hier Anm. 74) und Wirt einer sogenannten Kaffeewirtschaft – dort durften warme Getränke und kalte Speisen angeboten werden – in der Hauptstraße 10 (wie Anm. 38, S. 141).
- 72 STAF A 27/3/170 und 368: 6. 3. 50 (Zitat); Genauere Informationen über die Vertreter der unterschiedlichen Interessen und ihre Namen im sogenannten Bahnstreit sowie ihre Zuordnung zu den politischen Parteien sind aus den gesichteten Akten und sonstigen bekannten Quellen nicht ersichtlich (d. Verf.).
- 73 WB Nr. 17, 2. 3. 1849, S. 144 f.
- 74 Ernst Glückherr, geb. 1812 in Rothenburg/Neckar, als Bürger von Stadt Kehl aufgenommen am 27. 3. 1835 (wie Anm. 37, Nr. 159), war außerdem Agent für die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Die Adler des Oberrheins“ und im Auswanderergeschäft für Postschiffsüberfahrten zwischen Le Havre und New York (Basler Zeitung v. 11. 4. 1843 und WB Nr. 19, 8. 3. 1850, S. 173). Er war seit 1835 mit Barbara Baas verheiratet, Tochter von Joh. Georg und Barbara Baas, die eine Kaffeewirtschaft betrieben haben (wie Anm. 38, S. 141); Zu Glückherr s. a. die Kapitel „Der Zusammenbruch“ und „Flucht oder Zuchthaus“.
- 75 Jakob Schaaf, Antritt des Bürgerrechts 1842, war Sohn einer alteingesessenen Familie. Das Rössel erstreckte sich von der Hauptstraße bis zur heutigen Schulstraße, heute Drogerie Müller, hatte eine Bäckerei und unterhielt Stallungen für vierzig Pferde (WB 13. 7. 1849, S. 463).
- 76 Joseph Schick, geb. am 14. 4. 1807 in Muggensturm, gest. am 6. 1. 1879 in Kehl, wurde am 30. 8. 1832 als Bürger in Stadt Kehl aufgenommen. Er war seit 1832 mit Elisabeth Wettstein, Tochter des Bäckermeisters und derzeitigen Bürgermeisters, verheiratet. Sie starb bei Geburt des vierten Kindes am 31. 12. 1838 im Alter von nicht ganz 24 Jahren. Schick war Seifensieder, Kerzenfabrikant und vielseitiger Händler, der auch Steinkohlen, Schweinefett und Schweizer Käse verkauft hat (WB Nr. 36, 6. 9. 1844, S. 319 und 23. 5. 1848, S. 266). Joseph Schick ist der Gründer des späteren Lebensmit-

- tel- und Feinkost-Hauses Emil Vogt (Urgroßvater mütterlicherseits) in der Hauptstraße 29, heute Mayer-Schuh (Biografische Angaben: StK, wie Anm. 37, Nr. 143); Zu Schicks weiteres Schicksal s. hier Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“.
- 77 Carl Theodor Asmus, geboren am 3. 5. 1812 in Straßburg als Sohn von Christian Ludwig Asmus aus Kork und Susanne Greipling, wurde am 24. 4. 1837 als Bürger in Stadt Kehl aufgenommen. Er war Buchbinder, Buchhändler (WB Nr. 32, 9. 8. 1844, S. 283 und Nr. 36, 6. 9. 1844, S. 319), unterhielt eine Leihbibliothek (a.a.O. Nr. 48, 2. 12. 1842) und war als Agent für Auswanderungen tätig (a.a.O., v. 16. 3. 1849, S. 183). Asmus war verheiratet mit Karoline Morstadt, Tochter von Friedrich Morstadt, Sattler in Lahr, und hatte vier Kinder (wie Anm. 29, S. 149); Zu dem weiteren Schicksal von Asmus s. hier Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“.
- 78 Anzeige zur Versammlung des Volksvereins u.a. zwecks Wahl des Vorstands in: WB Nr. 9, 2. 2. 1849, S. 73; Mitgliederzahlen in: GLA 236/8508: Bl. 15 f.; Mitgliederzahlen des Kehler Volksvereins im Mai 1849 in: Der Volksführer Nr. 109, 10. 5. 1849; Zitat über die Verbreitung der Volksvereine im Hanauerland: WB Nr. 30, 20. 4. 1849, S. 272; Meldungen über den Mitgliederschwund und das Ende des Vaterländischen Vereins in Kehl: Der Volksführer Nr. 93, 21. 4. 1849 und Nr. 128, 2. 6. 1849.
- 79 Zitat: A 27/3/170, Bl. 99; Veranstaltungen des Volksvereins: GLA 236/8209: Bl. 57 und 64; Mitgliederzahlen einiger Gemeinden im Amtsbezirk Kork: Auenheim 60, Kork 94, Legelshurst 60, Neumühl 63, Querbach 18, Odelshofen 20 (WB wie Anm. 78).
- 80 Die Brauerei Hornung lag an der heutigen Blumenstraße zwischen Haupt- und Rheinstraße. Der dazugehörige Bierkeller – eine Bierwirtschaft, in der nur selbst gebrautes Bier ausgeschenkt werden durfte – war gegenüber zwischen Rheinstraße und Rheindamm, der in der heutigen Hermann-Dietrich- und Jahnstraße verlief und die Stadt von Gewässern des Altrheins, etwa die heutige Insel, abgrenzte.
Die Angaben über die Versammlung im Bierkeller sind, wenn nicht anders vermerkt, den folgenden Akten entnommen: STAF A 27/3, Nr. 21 und 97; GLA 234/1688 und 1748.
- 81 Weitere Redner des Kehler Volksvereins – so weit sie bekannt sind – waren Gustav Roos, Ludwig Kuchling (STAF A 27/3/21) und der Eisenbahnverwalter Josef Kälber (GLA 237/2732). Detaillierte Aussagen über die Reden in Hornungs Bierhaus liegen nur zu Durain (GLA 234/1688; STAF A 27/3/97), Hahn (GLA 234/1748) und Asmus (STAF A 27/3/21) vor. Die im Text angegebenen Zitate sind den genannten Akten entnommen.
- 82 STAF A 27/3/97, Bl. 5.
- 83 A.a.O.; Bl. 6.
- 84 GLA 234/1688, 26. 1. 1850; Zu seiner Verurteilung und seinem weiteren Schicksal s. hier Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“ und Anm. 139.
- 85 Zitat und Folgendes: STAF A 27/3/21, B. 4–5.
- 86 GLA 237/2732, 15. 1. 50; Zu seinem weiteren Schicksal s. hier Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“.
- 87 Zitat und Folgendes zu Hahn: GLA 234/1748, 29. 9. 1849 ff. (Urteil des Hofgerichts); Zu seinem weiteren Schicksal s. hier Kapitel „Flucht oder Zuchthaus“.
- 88 STAF A 27/3/21, Bl. 4.
- 89 Zitate in diesem Abschnitt: GLA 233/611, Bl. 88–93.
- 90 Das heutige Rathaus ist ein Erweiterungsbau der damaligen Kaserne. Der sog. Kasernengraben, die heutige Großherzog-Friedrich-Straße, war eine Verbindung zwischen den stehenden Gewässern des Altrheins auf dem Gebiet der heutigen Kommissionsinsel und der Kinzig.

- 91 Wie Anm. 89, Bl. 89 und 98.
- 92 STAF A 27/3/203, Bl. 5.
- 93 Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution*, Heidelberg 1851, S. 379.
- 94 Wie Anm. 92, Bl. 6.
- 95 STAF A 27/3/368, Bl. 32.
- 96 Zitate und Schilderung der Vorgänge am Kehler Bahnhof: GLA 233/611, Bl. 88–96.
- 97 STAF A 27/3/97, Bl. 6 (Zitat); Zu den Beschlagnahmen der Kassen s. a. GLA 234/1688, 26. 1. 1850; Nach der Feststellung des Hofgerichts Bruchsal wurde in den ersten Tagen des Aufstandes von dem Civil Commissär Kückling angeordnet, daß die Briefpaquete an der Eisenbahn untersucht, und Geldsendungen über tausend Gulden ohne besondere Ermächtigung nicht fortgelassen werden (STAF A 27/3/170, Bl. 45).
- 98 Wie Anm. 96, Bl. 90.
- 99 A.a.O., Bl. 92/93; Max Lindemann wurde nach Offenburg versetzt, sein Gehalt gekürzt (GLA 233/611, Bl. 24, 39, 55–62).
- 100 Norbert *Möller*, a.a.O., S. 361.
- 101 AB Nr. 65, 15. 8. 1849, S. 781 und WB Nr. 8, 29. 1. 1850, S. 62; Sein Vermögen wurde mit einem Betrag von 500 fl. angegeben (GLA 237/2732, Bl. 6).
- 102 AB Nr. 61, 1. 8. 1849, S. 720.
- 103 WB Nr. 8, 29. 1. 1850, S. 62 und AB Nr. 61, 1. 8. 1849, S. 723.
- 104 AB Nr. 88, 3. 11. 1849, S. 1150.
- 105 GLA 233/612, Bl. 1–2 und 237/2732, Bl. 6; AB Nr. 85, 24. 10. 1849, S. 1095.
- 106 AB Nr. 65, 15. 8. 1849, S. 781; GLA 237/2732, Bl. 6.
- 107 Wie Anm. 96, Bl. 93.
- 108 WB Nr. 7, 25. 1. 1850, S. 57 (Auszeichnung von Groß); Großh. Badisches Regierungsblatt Nr. 77, 7. 12. 1849, S. 100 (Ernennung Harvengs).
- 109 In den Untersuchungsakten genannt sind Gustav Braun, Georg Gepper, Georg Kramer, Jakob Mauss, Georg Mündel, Johann Schutter, David Speiser und Mathias Uhri (GLA 236/8561, Bl. 25 und 49/2410).
- 110 Wahrscheinlich ist Ferdinand Rehfus nach Amerika ausgewandert (GLA 236/8501, Bl. 102). Im Wochenblatt Nr. 23 v. 26. 3. 1850 wurde nach ihm gefahndet, es folgten die Beschlagnahme seines Vermögens und der Verlust des Staatsbürgerrechts (GLA 215/379, Bl. 87).
- 111 GLA 233/31153, Bl. 249–250, Zc 182, S. 21. Sein Vermögen wurde beschlagnahmt.
- 112 Schon im März 1848 hatten der Gemeinderat und der Bürgerausschuß von Stadt Kehl beschlossen, daß dahier eine Bürgerwache vorerst von 50 Mann organisiert u. die hohe Regierung ersucht werden solle, der hiesigen Stadt 50 Stck. Gewehre mit Bajonet um den billigsten Preis abzugeben (STAF 713/2/260, 11. 3. 1848). Die zur gleichen Zeit in Dorf Kehl organisierte Bürgerwehr hatte sich wieder aufgelöst (a.a.O., 5. 7. 1848); STAF A 27/3/170, Bl. 53 (Ausrücken des 1. und 2. Aufgebots).
- 113 Nach dem Wehrgesetz vom 12. Februar 1849 waren alle nicht im Dienst stehenden Wehrpflichtigen und die Reservisten zur Bürgerwehr verpflichtet (Vereinigung der Freunde des Wehrgeschichtlichen Museums, Schloß Rastatt e.V. (Hg.), *Unter dem Greifen. Altbadisches Militär*, Karlsruhe 1984, S. 106). Zur Androhung von Strafmaßnahmen bei Nichtbefolgung der Stellungsbefehle s. den Artikel von Walter *Fuchs*, *Die Revolution fand nicht in Städten oder größeren Orten statt*, in: *Die Ortenau* 78 (1998) und Alfred *Hetzel*, a.a.O.; s. a. hier Anm. 141.
- 114 Sonja-Maria *Bauer*, a.a.O., S. 302.
- 115 GLA 49/1471, Bl. 196.

- 116 Wie Anm. 114, S. 206.
- 117 Biografisches zu Schick s. hier Anm. 76.
- 118 Biografisches zu Glückherr s. hier Anm. 74.
- 119 STAF A27/3/368, Bl. 6 und 27; Zitat STAF A 27/3/170, B. 33.
- 120 STAF A27/3/363, B. 6 und 23. Ein Ergebnis der Haussuchung geht aus den Unterlagen nicht hervor. Solche Proklamationen für die exilierte Großherzogliche Regierung wurden angeblich auch über Straßburg nach Kehl eingeschmuggelt (Karlsruher Zeitung, 4. 6. 1849).
- 121 A.a.O.; Bl. 43.
- 122 A.a.O.; Bl. 45 (Zitat); GLA 233/611, Bl. 99/100 (angeblicher Widerstandsplan).
- 123 GLA 236/3108, Bl. 85 (Liste der entlassenen Gemeindebediensteten; zu Anselm auch GLA 237/16844); Allgemein zu den Entlassungsverordnungen: Paul Nolte, a.a.O., S. 416 ff.
- 124 Zu Rehfus und Krämer s.a. hier Kapitel „Zusammenbruch“ und Anm. 110 und 111, zu Abele und Jäckel s. hier Kapitel „Die Sache des Volkes . . .“ und Anm. 101.
- 125 GLA 237/2776.
- 126 Die These vom „Rädelsführer“ wurde auch für die Verteidigung von Mitangeklagten aus Kehl benutzt, um sie auf Kosten des flüchtigen Kuchling zu entlasten, und sie ging auch in die regionalgeschichtliche Literatur ein (s. hier Anm. 42). In den Verteidigungsschriften des Advokaten A. Gutman aus Bruchsal – Verteidiger von Glückherr und Schick (s. unten) – wurde Kuchling beispielsweise als *bekannter Terrorist* bezeichnet, der angeblich *Befehle der revolutionären Regierung mit unerbittlicher Energie durchführte* (STAF A 27/3/368, Bl. 23 und 27).
- 127 GLA 237/2732; Kuchling hatte Salomon Weil in den letzten Revolutionstagen als vermeintlichen Spion in Kehl verhaftet und über Offenburg nach Rastatt bringen lassen, wo er von einer amoklaufenden Gruppe aus Freischärlern und Soldaten erschossen wurde. Das Hofgericht erklärte Kuchling 1851 *der Theilnahme an der Tödtung für verdachtlos* (STAF A 27/3/276, B. 143). Zum Tod von Weil s.a. Rastatter Casematten-Erzählungen, Meisenheim 1850, S. 17 f. Zum Vergleich auch Ludwig Häusser, a.a.O., S. 624 f., der die jüdische Herkunft Weils einbezieht.
- 128 GLA 49/1471, Bl. 312.
- 129 GLA 236/8586, Bl. 32.
- 130 Der Schenkungsvertrag zugunsten seiner Kinder Marie und Emil wurde am 13. 6. 1849 im Bezirksamt Kork von Kuchling und dem Advokaten Wilhelm Trefurt aus Bruchsal (Bruder von Kuchlings Frau) unter Anwesenheit mehrerer Zeugen abgeschlossen (WB Nr. 82, 22. 10. 1850, S. 754) und am 14. 2. 1851 vom Hofgericht Bruchsal für nichtig erklärt (GLA 237/3585 und 3588).
- 131 Zur Klage auf Vermögensabsonderung, vorgetragen von Advokat Rée aus Offenburg: GLA 237/3584 und WB Nr. 4, 15. 1. 1850, S. 31. Zum Vergleich: GLA 237/3587.
- 132 GLA 49/1471, B. 194 f.
- 133 GLA 234/1931, 12. 4. 1850 und 24. 10. 1860.
- 134 Die ursprüngliche Zuchthausstrafe gegen Held wurde nach Einspruch auf eine *peinliche Gefängnisstrafe von drei Monaten* herabgesetzt, die er 1850 im Amtsgefängnis Kork verbüßt hat (STAF A 27/3/203, Bl. 22, 26 und 28).
- 135 GLA 237/2732; Lienert hatte am 14. 6. 1845 das Bürgerrecht in Dorf Kehl erworben, er ist am 3. 6. 1884 gestorben.
- 136 S. hier das Kapitel „Die Beleidigung Heckers . . .“.
- 137 GLA 234/1688, 29. 9. 1849.
- 138 A.a.O., 1. 9. 1851.

- 139 Am 27. März 1852 trat er sein angeborenes Bürgerrecht an (StK, Bürgerbuch der Gemeinde Dorf Kehl 1854–1884, Nr. 373). Seine berufliche und kommunalpolitische Karriere gingen Hand in Hand steil bergauf. Durain baute sein Handelsgeschäft für Kolonialwaren und Landesprodukte aus, besaß bald eine Kiesbaggermaschine am Rhein, erwarb in den 70er Jahren eine Kunstwollfabrik im Hafengelände und war langjähriger Direktor der Kehler Kreditbank (StK, Biografie E. Durain). 1863 war er *von der Wählerklasse der Höchstbesteuerten fast einstimmig in den großen Ausschuß gewählt* worden (GLA 234/1688, 30. 12. 1863). Nach Aufhebung der gesetzlichen Ehrenfolgen seiner Verurteilung durch das Justizministerium (a.a.O., 7. 1. 1864) konnte er dieses Amt antreten. Von 1871 bis 1872 war er Bürgermeister von Dorf Kehl (Otto Rusch, a.a.O., S. 227) und machte sich als Bezirksrat, Kreisabgeordneter für die demokratische Volkspartei und Mitglied der Handelskammer einen Namen (StK, a.a.O.). Als der von Durain durch leichtsinnige Kreditvergaben verschuldete Zusammenbruch der Kehler Kreditbank, der einige Firmen mit in den Konkurs riß und viele Kleinsparer traf, unvermeidlich wurde, schied er im Februar 1892 freiwillig aus dem Leben. (Otto Rusch, Chronik der Stadt Kehl am Rhein, Kehl 1939, S. 21).
- 140 S. hier Kapitel „Volksversammlung in Hornungs Bierhaus . . .“.
- 141 Wurz – wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung verurteilt – wurde nach einem Jahr Zuchthaus begnadigt (GLA 236/8586, Bl. 33). Er hatte u.a. an zwei Strafzügen gegen Bürgerwehrmänner und Soldaten aus Eckartsweier teilgenommen, die sich nicht den Aufgeboten gestellt hatten, *Geld für flüchtige Freischärler gesammelt und aufreizende Flugblätter verteilt* (GLA 234/2055, Bl. 85); Asmus – wie Wurz Abonntent des „Volksführers“ – verurteilt wegen aufreizender Reden und Hochverrats, wurde nach sechs Monaten Zuchthaus entlassen (a.a.O.).
- 142 Zum Wertvergleich einige Beispiele: Für einen Zuchtstier zahlte die Gemeinde Auenheim 1846 etwas über 126 fl. (Auenheim. – Aus der Geschichte eines Dorfes am Oberrhein, Heimatbund Auenheim (Hg.), Kehl 1988, S. 188); 200 fl. waren zu der Zeit der durchschnittliche Jahreslohn eines Tagelöhners, 1 Kuh kostete 65 fl. (Archiv Helmut Decker).
- 143 GLA 234/1748 (Untersuchungsakte Georg Hahn).
- 144 S. hier Kapitel „Die Sache des Volkes . . .“.
- 145 Der Kehler Frauenverein wird in einem Brief des Mannheimer Frauenvereins „Germania“ vom 2. Mai 1848 erwähnt. Er ist zitiert in: Uwe Schellinger, „. . . und besonders verdient die Frauenwelt das Lob, zum Besseren mitgewirkt zu haben“. Die Rolle der Frauen während der Revolutionsereignisse 1848/49 am Beispiel der Aktivitäten in der Ortenau, in: Die Ortenau 76 (1996), S. 328; Die Untersuchung gegen Magdalena Rehfus wurde eingestellt (STAF A 27/3/341); Zur angeblichen Gefangenenbefreiung s. Wilh. Ferdinand Rehfus, a.a.O., S. 15.
- 146 STAF A 27/3/170, Bl. 8 (Zitat); Für den Betrag von 19534 Gulden aus seinem Vermögen hätte er in Stadt Kehl zu der Zeit folgende Gebäude mit Grundstück erwerben können (zu jeweiligem Schätzwert): ein zweistöckiges Gasthaus samt Scheuer, Hausplatz, Hof und Garten zwischen Haupt- und Rheinstraße, 8000 qm (4 000 fl.), dazu ein zweistöckiges Wohnhaus nebst Anbau und Fabrikgebäude nebst Stallung, Remise, Hausplatz, Hof und Garten zwischen Haupt- und Rheinstraße (12 500 fl.) und außerdem ein einstöckiges Haus nebst Hausplatz, Hof und Garten an der Marktstraße (2 000 fl.) laut Anzeigen im WB Nr. 59, 4. 2. 1848, S. 59, im AB v. 6. 2. 1848, S. 120 und v. 24. 2. 1841, S. 140.
- 147 A.a.O., Bl. 8, 43 (Zitat), 20 f. und 32.
- 148 A.a.O., Bl. 51.

- 149 GLA 236/8501, Bl. 285 (Zitat) und 296.
- 150 STAF A 27/3/368, Bl. 6.
- 151 S. hier Kapitel „Die Revolution kommt nach Kehl“.
- 152 STAF A 27/3/368, Bl. 47.
- 153 GLA 236/3109, Bl. 221–226.
- 154 Die in den Großen Ausschuß gewählten ehemaligen Mitglieder des Volksvereins waren: Die Kaufleute Joseph Schick und Ernst Glückherr, die Metzger Michael Müll und Jakob Schlotterbeck jun., der Maurer und spätere Bauunternehmer aus der Rheinstraße Ludwig Uriot, der Schuhmacher Johann Nepomuk Ruh, die Wirte Jakob Schaaf, Christian Friedrich Rittershofer, Philipp Dahm jun. und Walter, der Steinhauer J. Georg Bermeitinger, Jakob Lang und der Bäcker Peter Wettstein.
- 155 Im Falle von Joseph Schick beispielsweise ist zu vermuten, daß er nach der Revolution der konservativen Partei nahestand, die ihn in seinem Verfahren wegen Hochverrats mit einer Bittschrift unterstützt hatte (s. oben).
- 156 Der Ortenauer Bote (bis 1850 Wochenblatt) Nr. 88, 7. 11. 1851, S. 823 und Nr. 94, 28. 11. 1851, S. 880 (Zitat).

Die Revolution in Lichtenau

Ludwig Uibel

Die Wirtschafts- und Sozialstruktur in den vierziger Jahren

Nach den Angaben Kolbs¹ hatte Lichtenau um 1813 960 Einwohner. Die Bürger waren je zur Hälfte Handwerker bzw. Kleinbauern, wobei die meisten Handwerker zur Selbstversorgung selbst eine kleine Landwirtschaft betrieben! Die oben genannte Einwohnerschaft stieg bis 1848 auf 1294 Seelen an². Das Bevölkerungswachstum lag mit 0,9% über dem Durchschnitt Südwestdeutschlands (0,7%). Die Ursache lag im Zuzug (es tauchen ca. 20 neue Namen auf) und in der relativ geringen Säuglingssterblichkeit³. Der Bevölkerungsdruck hatte ein bedenkliches Maß erreicht. Nur die Gründung der Bleulerschen Seidenwebereien im Jahre 1828 hatte eine wirtschaftliche Verelendung Lichtenaus verhindert⁴. Trotzdem wanderten in einem Jahrzehnt (1844–1854) annähernd 300 meist junge Personen aus, die keine Möglichkeit mehr sahen, in Lichtenau ihre Existenz zu fristen⁵. Die Realteilung hatte die durchschnittliche Ackerfläche pro Bürger immer mehr verkleinert. Die Handwerksberufe waren überbesetzt. Während mutige junge Leute ihrer Tüchtigkeit vertrauten und auswanderten, verglichen andere ihren Besitzstand mit dem ihrer Mitbürger und beurteilten die Verschiedenheit als ungerecht. Weil die meisten Leute am Rande des Existenzminimums lebten und bei schlechten Ernten (1846!) hungern mußten, entstand ein Klima der politischen Gereiztheit, in dem redegewandte Wortführer die Blicke auf das überkommene Regime lenkten und in seiner, wenn nötig gewaltsamen Umwandlung, den einzigen Weg aus der Misere erblickten. So versprach Amand Goegg in einem Flugblatt vom März 1849: *Wenn der demokratische Staat hergestellt wird, so wird das Volk zu Wohlstand kommen, denn es regiert sich selbst und braucht sich nicht betrüben und unterdrücken zu lassen.*⁶

Lichtenau im Revolutionsjahr 1848

Am 24. März 1848 herrschte in Lichtenau große Aufregung. Man befürchtete einen Rheinübergang bewaffneter deutscher Arbeitergruppen aus dem Elsaß. Die Bürgerwehr wurde alarmiert und gleichzeitig rückte, von Rastatt kommend, eine Kompanie Soldaten ein, die auch in Lichtenau Quartier bezog⁷.

Durch die Gesetze über die Bürgerbewaffnung waren die Gemeinden verpflichtet, die in Frage kommenden Männer auf ihre Kosten mit Waffen und Munition zu versorgen. Bürgermeister Stengel versuchte zuerst die Waffen in Straßburg zu kaufen. Da er aber dort keinen Erfolg hatte, wandte er sich in Karlsruhe an *seinen Freund Struve*, auf dessen Anweisung hin er Waffen kaufen konnte. Zusammen mit diesen verteilte er an die Lichtenauer Bürger auch noch 1000 scharfe Patronen⁸. Die Bürgerwehr beschränkte sich aber vorläufig auf die Durchführung nächtlicher Patrouillengänge⁹.

Die militärischen Unternehmungen von Hecker und Struve in Südbaden im April 1848 verursachten in Lichtenau keine Reaktionen. Das war ganz anders am Abend des 24. September 1848, als der Struveputsch in Staufen zusammenbrach. Während die Bürgerwehr in der Nacht ihre Kontrollgänge machte, lärmten halbtrunkene Burschen auf der Straße. Bürgermeister Stengel ließ sie festnehmen und in Arrest setzen. Daraufhin versammelten sich etwa 150 mit Stöcken und Gewehren bewaffnete Personen vor dem Rathaus, lärmend und Heckerlieder singend. Zwei Schüsse fielen. Den Juden wurden die Fensterscheiben eingeschlagen, einem Bürger die Scheiben mit Steinen eingeworfen. Gegen den ungeliebten Ortsvorstand Stengel wurden Drohungen ausgestoßen. Am nächsten Abend lärmten mit beginnender Dämmerung bereits 200 Menschen auf den Straßen. Viele waren mit Gewehren versehen, so daß der Gendarm es für das Beste hielt, sich zurückziehen. Daraufhin wurden die Arrestanten befreit. Die Belästigungen äußerten sich weiterhin in Steinwürfen gegen die Fensterläden und Schüssen gegen die Häuser. Dem Ratschreiber Kah wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Bürgermeister Stengel befürchtete das Schlimmste und floh mit seiner Familie in ein Nachbarhaus. Der Ortsdiener versteckte die Gemeindekasse im Heu. Jetzt verlangte der Bürgermeister militärischen Schutz, worauf 25 Mann der Kehler Garnison mit einem Vierspänner in Lichtenau einrückten. Die größten Krakeeler wurden verhaftet und in das Rheinbischofsheimer Amtsgefängnis eingeliefert. Nach drei Tagen zog die Kehler Eskorte wieder ab in der Hoffnung, daß die Lichtenauer Sicherheitskräfte, die Bürgerwehr eingeschlossen, Herr der Lage bleiben werde¹⁰.

Der Lichtenauer Volksverein

Trotz der gescheiterten Umsturzversuche von Hecker und Struve blieb die politische Erwartungshaltung in der Bevölkerung bestehen. Man hoffte immer noch auf das Wirksamwerden des Frankfurter Parlaments. Seit dem März 1848 gab es örtliche Zusammenschlüsse, die sich dem politischen Fortschritt verschrieben hatten. Trotz amtlicher Verbote bestanden die Ver-

einigungen weiter, und an Weihnachten 1848 machte es sich Amand Goegg zur Aufgabe, diese Gruppierungen als „Volksvereine“ zusammenzufassen und zu versuchen, auch im letzten badischen Dorf einen solchen Verein zu gründen. Der Rechtsanwalt Brentano war der erste Vorsitzende des Landesausschusses der Volksvereine, A. Goegg sein Stellvertreter. Die Aufgaben der Volksvereine sollte es sein, ihre Mitglieder mit politischen Wochenblättern zu schulen, Bürgerwehren zu bilden, und deren Offiziersstellen mit eigenen Leuten zu besetzen.

Auch in Lichtenau existierte ein Volksverein. In den einschlägigen Gerichtsakten werden drei Personen angeführt, die dem Vorstand des Volksvereins angehört haben sollen: Tierarzt Matthias Schoch, Seidenfabrikant Georg Bleuler und Gerber Andreas Bertsch (und das bei einer Lebensdauer des Vereins von nur einem halben Jahr)¹¹. Als am 15. April 1849 in Renchen, der Heimat Amand Goeggs, ein Kreiskongreß stattfand, wurde die Mitgliederzahl des Lichtenauer Vereins mit 100 angegeben. Vier Monate später, am 28. 5. 1849, sprach Andreas Bertsch von 120 Mitgliedern¹². Die Mitgliederzahlen 100 bzw. 120 scheinen gerundet zu sein, vielleicht eine Folge großzügiger Listenführung. Zum Vergleich seien die auf dem Renchener Kongreß genannten Zahlen der Nachbargemeinden angegeben: Scherzheim 102 M., Muckenschopf 65 M., Helmlingen 63 M., Freistett 179 M. und Rheinbischofsheim 46 Mitglieder. Grauelsbaum und Ulm fehlen.

Die Struktur der Vereinsführung glich der anderer Vereine. Neben dem Vorstand fungierte noch der Schriftführer und der Rechner. Neu war die Bildung eines „Sicherheitsausschusses“, der sich aus prominenten Mitgliedern des Vereins rekrutierte. Er sollte für die öffentliche Sicherheit sorgen. In der Praxis war er ein beratendes Organ des Vorstandes. Der Lichtenauer Sicherheitsausschuß bestand aus folgenden fünf Mitgliedern: Andreas Bertsch, Sebastian Ludwig, Ludwig Wenger, Sattler Zimpfer, Ludwig Lauppe¹³. Bei seiner Gerichtsverhandlung hat Andreas Bertsch auf die positive Rolle des Sicherheitsausschusses während der Revolution hingewiesen. Es wäre *kein einziger Exzeß vorgefallen*. Die Juden und manche Staatsbeamte wären *sonst unrettbar der Wut des Volkes verfallen gewesen*¹⁴.

Ein besonderes Lob des Berichterstatters über den Renchener Kreiskongreß, das auch Lichtenau betraf, wurde in den Zeitungsartikel aufgenommen, der am 20. 4. 1849 im Offenburger Wochenblatt erschien: *Am stärksten vertreten war das Hanauerland, unter dessen gewerblichen, aufgeklärten und wohlhabenden Bewohnern die Sache der Volksvereine tief Wurzel geschlagen hat*. Der sicher von Goegg autorisierte Bericht zeigt, daß die

politischen Führer durchaus stolz auf die Wohlhabenden in ihren Reihen waren. Man wollte keineswegs nur die Partei der Habenichtse sein¹⁵.

In der bereits zitierten Offenburger Zeitung wurde auch eine umfangreiche Adresse der „Vaterländischen Vereine“ abgedruckt, in der diese für die Durchsetzung der Paulskirchenverfassung eintraten. Unterschrieben hatten die 30 badischen Vereine, unter ihnen die Lichtenau zunächst gelegenen von Neufreistett, Rheinbischofsheim und Kehl. Schon die Zahl der Vereine (30 gegen 400) zeigt ihre geringe politische Wirkungsmöglichkeit. Sie standen den konstitutionellen Liberalen und damit der Regierung nahe. Immerhin bewirkten sie, daß z. B. in Rheinbischofsheim die Zahl der Volksvereinsmitglieder relativ klein blieb. In Lichtenau gab es eine Person, die man nach allem was man von ihr wußte, ideell der Richtung der vaterländischen Vereine zurechnen konnte: Der praktische Arzt Dr. Wilhelm Götz. Er war nie Mitglied des Volksvereins, obwohl man ihm eine Charge anbot. Auf besondere Einladung des Volksvereins formulierte er im „Grünen Baum“ sein politisches Bekenntnis mit folgenden Worten: *Es ist auch mit und bei den Fürsten gut sein. Ich verlange eine gerechte und wohlfeile Regierung und keine Republik.*¹⁶

Mai 1849: Die Machtübernahme

Am 12. Mai 1849 fuhr Dr. Götz nach Offenburg, nicht um an Beschlüssen mitzuwirken, sondern um sich über den Stand der Dinge zu informieren. Er fuhr auch am frühen Nachmittag wieder heim. Am Sonntag, den 13. Mai fand dann in Offenburg ein großes, politisch motiviertes Volksfest mit rund 20 000 Teilnehmern statt, an dem von Lichtenau auch Andreas Bertsch teilnahm. Am Abend dieses Tages läutete dann in Lichtenau die Sturmglocke¹⁷. Dieses Läuten hatte einen Sinn. Es zeigte an, daß mit diesem Tag die Revolution begonnen hatte. Die Garnison Rastatt hatte gemeuert. Die anderen Garnisonen folgten. Seines letzten Machtmittels beraubt flüchtete der Großherzog mit seinen Ministern über den Rhein in die Pfalz. Goegg entsandte sofort 30 Zivilkommissare ins Land, in jeden Amtsbezirk einen, um die staatliche Macht zu übernehmen bzw. die revolutionäre Macht durchzusetzen. Für Lichtenau zuständig war der Kaufmann David Hauß von Freistett (Amt Rheinbischofsheim). Im Amt Kork residierte der Kehler Arzt Dr. Kuchling. An die Stelle der geflohenen Regierung trat der Landesausschuß der Volksvereine. Regierungschef wurde der Rechtsanwalt Brentano. Goegg übernahm das Finanzministerium und war Brentanos Stellvertreter. Am 14. Mai 1849 sollten Bürgerwehren den Einzug Brentanos in Karlsruhe eskortieren. Das 1. Aufgebot der Lichtenauer Bürgerwehr wurde deshalb mit Fahrzeugen an den Bahnhof nach Oos ge-

bracht. Es umfaßte alle ledigen Männer von 18 bis 30 Jahren, das waren insgesamt 56 Mann. Tierarzt Schoch hatte 20 Männer auf seinen Wagen geladen. Auch Blumenwirt Stengel, der Georg Bleuler mitnahm, und Friedrich Bertsch fuhren nach Oos. Jeder Bürgerwehrmann erhielt aus der Gemeindekasse zwei Gulden¹⁸. In einem späteren Zeugenbericht (Prozeß Georg Bleuler) machte Matthias Schoch über die Situation in Oos folgende Angaben. *In Oos habe ich gesehen, daß sich fortmacht, was sich fortmachen kann, (auch) daß eine große Unordnung ist.* Ernüchtert hieß er heimlich diejenigen, die wieder heim wollten, außerhalb Oos gehen. Dort wolle er sie wieder mitnehmen. Offenbar hatte M. Schoch schon am ersten Tag der Revolution den Glauben an ihr Gelingen verloren, obwohl er noch am 28. Mai Volksvereinsvorstand war. Hier liegt auch eine Erklärung dafür, daß er später nie verhaftet wurde und sein Prozeß mit Freispruch endete¹⁹.

Am Tage nach der Oosfahrt (15. 5. 49) ließ Bürgermeister Stengel durch Trommelschlag das 2. Aufgebot, das unter dem Kommando von Hauptmann Friedrich Lauppe stand, auffordern, nach Rastatt zu ziehen. Er fuhr selbst bis Stollhofen mit²⁰. Den nach Karlsruhe gefahrenen Lichtenauer Wehrmännern muß es dort gefallen haben. Am Ende des Monats wurden sie zurückgerufen. 22 von ihnen erhielten eine Reiseentschädigung von jeweils einem Gulden 12 Kreuzer²¹. Die Ausbildung der Bürgerwehr war mit Eifer betrieben worden. Als „Instruktoren“ wurden ehemalige Soldaten eingesetzt: Jacob Eisenstein, Jacob Hermann, Peter Schindler, Andreas Wenger und Christian Hochberger. Sie erhielten einen wöchentlichen Lohn von einem Gulden 30 Kreuzer. Ihre Anführer waren Leutnant (bald Hauptmann) Gottfried Feßler und Oberfeldwebel Wenger, denen der Trommler Jacob Schulz beigegeben war. Feßler und Wenger erhielten zwei Gulden 30 Kreuzer Wochensold. Als Ausrüstung bekamen die einfachen Leute eine Muskete mit Bajonett und Patronentasche, die Unteroffiziere dazu noch ein Seitengewehr, die Offiziere einen Schleppsäbel. Bei dem Mangel an Gewehren wurden auch Jagdflinten und Piken als Waffen ausgegeben. Die Patronentaschen verfertigte Sattlermeister Matthias Zimpfer, die Hüte mit Kokarde lieferte Hutmacher Wirth in Bühl, den leinenen Drilch zu den Hosen Tuchmacher Ludwig Lauppe II. Blaue Blusen und Tornister bezog die Gemeinde aus Straßburg²². Nach mündlicher Überlieferung fand das Exerzieren im Gelände der Kiesgrube bei der Alsenbrücke statt.

In vielen Gemeinden wurden gleich nach dem 13. Mai 1849 neue Bürgermeister eingesetzt. In Lichtenau erfolgte das erst am 28. 5. 1849. An diesem Tage fand im Rathaussaal eine Bürgerversammlung statt, auf welcher der Volksverein die Absetzung von Bürgermeister Stengel verlangte. Da der Volksverein mit seinen 120 Mitgliedern drei Viertel der 160 Bürger umfaßte, konnte der Zivilkommissar Hauß sich diesem Begehren nicht ent-

gegenstellen und entließ per Dekret Bürgermeister Stengel aus seinem Amt. An seine Stelle trat der Rotgerber Andreas Bertsch, der anschließend das Amt gerade fünf Wochen innehatte. Dem entlassenen Wilhelm Stengel hatte man Eigenmächtigkeiten in Ausübung seines Amtes vorgeworfen. Daß die Entlassung keine politischen Gründe gehabt haben kann, geht aus den später noch darzulegenden Ausführungen von Dr. Wilhelm Götz hervor. In derselben Versammlung hatten die Mitglieder des Volksvereins noch einer Forderung des Zivilkommissars Hauß und des Freistetters Volksvereins nachzukommen, nämlich eine *Schutz- und Rächerschar* zu gründen. Zum Aufbau dieser Revolutionsgarde wurden sofort Unterschriften geleistet. Diese Spezialtruppe hatte die Aufgabe, *die aus den heuchlerischen Angestellten und bürgerlichen Geldern ... zusammengesetzte Reaktionspartei nötigenfalls mit Waffengewalt unschädlich zu machen*²³.

Juni 1849: Ausmarsch und Rückkehr der Lichtenauer Bürgerwehr

Am 13. Juni überschritten preußische Truppen die westpfälzische Grenze und näherten sich dem Rhein. Das bedeutete für die badischen Regimenter und Bürgerwehren den Ernstfall. Am 16. Juni marschierten die Wehrmänner des Amtsbezirks Rheinbischofsheim, darunter auch die Lichtenauer Bürgerwehr, auf Befehl des Kriegskommissars Beckert und unter Begleitung des Zivilkommissars Hauß nach Karlsruhe. Die Tornister wurden mit dem Fuhrwerk nach Bühl zur Bahn gebracht²⁴. In Karlsruhe wurden die Männer angewiesen, in der Stadt und im nahegelegenen Hardtwald zu bleiben²⁵. Nach dem Abmarsch der Bürgerwehr gedachten *Lichtenauer Frauenzimmer* dieser Truppe eine besondere Freude zu bereiten und nähten und bestickten im „Grünen Baum“ eine schwarz-rot-goldene Fahne mit der Aufschrift *Lichtenau, Sieg oder Tod*. Den Seidenstoff zur Fahne kaufte die Gemeinde für sechs Gulden bei Georg Bleuler. Am 18. Juni 1849 fuhr dann der Bürgermeister Andreas Bertsch mit dieser Fahne nach Karlsruhe. Dort übergab er sie dem Tagelöhner Kah mit dem Auftrag, sie im „Deutschen Hof“ der Lichtenauer Bürgerwehr zu übergeben. Wie Georg Bleuler später angab, fuhren er und der Tuchmacher Friedrich Bertsch aus geschäftlichen Gründen mit demselben Zug und waren in Karlsruhe Zeuge der Fahnenübergabe an Kah²⁶.

Neun Tage später rückten preußische Truppen nach ihrem Sieg bei Waghäusel von Norden her gegen Karlsruhe vor, worauf die Residenzstadt kampflos geräumt wurde. Die Wehrmänner wurden wahrscheinlich mit dem Zug nach Rastatt gefahren, in der Absicht, an der Murg eine neue Verteidigungslinie aufzubauen. Ein großer Teil der Wehrmänner gedachte aber keineswegs, an der Murg halt zu machen. Allein in Freistett kamen am 26. Juni in der Frühe 30 Wehrmänner in ihrem Heimatdorf an. Vor dem Bür-

germeister Hauß sagten sie am 18. 8. 1849 aus: *Am 25. Juni kehrten wir auf eigene Faust hierher zurück . . . Auf unserem Rückmarsch . . . teils zu Fuß, teils zu Wagen . . . wurden wir in Lichtenau von Wehrmännern des 2. Aufgebots, von dem Kommissar Beckert, von Georg Bleuler, von Tierarzt Schoch und dem prov. Bürgermeister Bertsch angehalten . . . und mit dem Bemerkten entwaffnet, daß wir in zwei Stunden an den Kampfplatz zurückfahren müßten.* Die Männer bekamen zu essen, erhielten frische Hemden und man tat alles, um sie zur Rückkehr nach Rastatt zu bewegen. Sie waren aber von ihrem Entschluß, sich dem Kampf zu entziehen und heimzukehren, nicht abzubringen. Nachdem noch der Lichtenauer Bäcker Lasch für sie eintrat, ließ man sie ziehen.

Ebenso wie die Freistetters war auch das 1. Aufgebot der Lichtenauer Bürgerwehr – von der Sinnlosigkeit einer Fortsetzung des Kampfes überzeugt – heimgekehrt (25. 6. 1849). Der am Vortage aus dem Oberland nach Lichtenau gekommene Kriegskommissar Beckert verlangte deshalb von Bürgermeister Bertsch, es sollten sofort wieder 60 Mann nach Rastatt marschieren. Da wurde Johannes Schneider von Mitbürgern ersucht, Beckert mitzuteilen, daß sie sich gegen diesen Befehl auflehnen würden. Als er dies tat, zog Beckert den Säbel. Aber nach einem scharfen Wortwechsel endete die Begegnung. Beckert bedrohte an diesem Tag (25. 6. 49) mehrfach wehrunwillige Bürger mit Totschießen (z. B. Seligmann Auerbacher). Seinen Begleiter Schierler wollte er erstechen, wenn er seinen Befehlen nicht Folge leiste. Der *Schreckensmann* schreckte aber doch jeweils vor dem Äußersten zurück. Als Karl Lutz ihm kein Fuhrwerk nach Freistett stellen wollte, drohte er, ihm den Schädel zu spalten und schlug ihm mit dem blanken Säbel auf die linke Achsel, daß die Haut aufsprang. Eine der letzten Anordnungen Beckerts, die der Bürgermeister Andreas Bertsch durchführen mußte, war die Requisition von Lebensmitteln in Lichtenau und Umgebung im Gesamtwert von 600 Gulden²⁷.

Die oben von den heimkehrenden Freistettern genannten Volksvereinsmänner (Bleuler, Bertsch, Schoch) und ihre Begleiter standen sicher unter schwerer seelischer Spannung. Ihre politische Traumwelt war zusammengebrochen. Teils aus Pflichtgefühl, teils wegen der Drohungen Beckerts sahen sie sich veranlaßt, Dinge zu tun, in denen sie keinen Sinn mehr sahen. Daher rührte auch die Halbheit ihrer Maßnahmen. In einigen Ausnahmefällen kehrten aber Soldaten nach Rastatt zurück wie Georg Mostberger aus Holzhausen, dessen Vater klagte, daß sein Sohn immer noch (August 1849) in Rastatt festsäße²⁸. Am 24. 6. 1849 hatte A. Bertsch zwei Wehrmänner, die Max Götz verhaftet hatte, persönlich nach Rastatt gebracht, sie aber dort wieder laufen lassen, *weil die Retirade schon im Gang gewesen sei*²⁹.

In diese turbulenten Tage fällt auch ein Geschehen, das die Großmutter väterlicherseits des Verfassers miterlebt hat, und das nach den Aufzeichnungen seines Vaters hier verkürzt wiedergegeben werden soll: *Wenige Tage bevor die Preußen kamen, betrat ein flüchtiger Freischärler den Hof des Andreas Bertsch (1795–1873), Urgroßvater des Verfassers (nicht identisch mit dem prov. Bürgermeister) und verlangte, sofort mit dem Pferdefuhrwerk nach Offenburg gebracht zu werden, dort wollten sie die Preußen dazwischen nehmen. A. Bertsch antwortete: Geht nach Hause und arbeitet, das wäre besser. Der Freischärler zog darauf die Pistole, worauf A. Bertsch meinte: Gell, Lump, wenn du Pulver hättest. Als daraufhin dieser handgreiflich werden wollte, ergriff A. Bertsch den Misthaken und nur das Dazwischentreten seiner Tochter konnte Schlimmeres verhüten. Inzwischen hatte der Stiefbruder von A. Bertsch, Christian Bertsch, angespannt. Beim Aufsteigen auf den Wagen rief der Kerl A. Bertsch zu: Ich will mir die Hausnummer aufschreiben. Warte nur, wenn wir zurückkommen. Ja, wenn ihr zurückkommt, antwortete A. Bertsch.*

Von den drei in Lichtenau wohnenden Urgroßvätern des Verfassers waren – A. Bertsch eingeschlossen – zwei großherzoglich gesinnt, einer sympathisierte mit der Revolution. Der älteste Sohn von A. Bertsch, Ludwig Bertsch, war Wachtmeister bei den gelben Dragonern in Karlsruhe und nahm an den Kämpfen bei Waghäusel teil.

Am 29. Juni 1849 hatten die Preußen die Murglinie erreicht und erzwangen am 30. d. Mts. den Durchbruch. Bei den Kämpfen am Federbach (zwischen Malsch und Steinmauern) war ein Lichtenauer Wehrmann gefallen: Georg Eisenstein, der Sohn des Jacob Eisenstein, der einer der „Instruktoren“ der Bürgerwehr war und 1854 auf Gemeindekosten nach Amerika auswanderte³⁰.

Warum die Karlsruher Revolutionsregierung gerade Lichtenau zu einem Auffangzentrum für zurückflutende Wehrmänner ausersehen hatte, läßt sich unschwer erklären: Die Welle der Volksvereinsgründungen, die zu Beginn des Jahres 1849 fast jedes Hanauer Dorf erfaßte, ließ die radikalen Demokraten große Hoffnung auf diesen Landstrich setzen. Von seinen Bewohnern hofften sie noch am ehesten, eine Rückkehr zur Front erwarten zu können. Diese Hoffnung aber trog. Waren die Hanauer unsichere Kantoniisten? Die Sache ist komplexer und berührt Ursache und Verlauf der Revolutionsjahre 1848/49. Die politische Hochstimmung im Frühjahr 1849 entsprang der Freude über den gelungenen Schritt vom Untertan zum mündigen Staatsbürger. Die fröhlichen Teilnehmer an der Offenburger Volksversammlung (13. 5. 49) dachten nicht daran, mit überzogenen Forderungen einen Bürgerkrieg zu riskieren und Leib und Leben einzusetzen. Es war

eine schlechte Politik der Verantwortlichen, es dennoch getan zu haben, obwohl nüchterne Beobachter der Szene die Niederlage voraussahen (Staatsrat Bekk). Als die Lichtenauer Bürgerwehrfahne überreicht wurde, waren es gerade noch drei Tage bis zum Rheinübergang der Preußen. Die Parole „Sieg oder Tod“ auf der Fahne erwies sich vom Wehrmann aus gesehen offenbar als hochtrabende Phrase eines Volksvereinsrethorikers. Die Motivation der Männer hatte keine tiefen Wurzeln geschlagen. Es war mehr eine Animation, deren rosaroten Träume im Augenblick der Gefahr zerstoben. Der Entschluß zur Heimkehr war ein legitimes Plebiszit und kein Opportunismus.

Preußische Truppen in Lichtenau

Nachdem die Preußen die Murglinie durchbrochen hatten, bemühten sie sich nicht um den Fall der Festung Rastatt, sondern marschierten südwärts weiter, eine Kolonne auf der Rheinstraße (heute B36). Diese erreichte am Sonntag, den 1. Juli 1849, nachmittags Lichtenau. Dort erwartete sie eine Gemeindeabordnung unter Leitung des Apothekers Gustav Wagner (1784–1863), eines geborenen Berliners und Freiheitskämpfers von 1813 (Teilnehmer an der Schlacht von Großbeeren, Inhaber des EK und des russischen St. Georgenordens). Seine Fürsprache schuf ein Klima des Vertrauens zwischen der Bevölkerung und den preußischen Soldaten, denn sie blieben eine Nacht im Quartier mit 92 Offizieren, 3121 Mann und 396 Pferden. Den Quartiergebern wurde pro Mann zwei Pfund Brot, ein Pfund Fleisch und ein Schoppen Wein im Wert von 17,5 Kreuzern zu dessen Verpflegung ausgehändigt. Für einen Offizier wurde ein Gulden verabreicht³¹.

In der Kindheit des Verfassers, während des Ersten Weltkrieges, zog in Lichtenau öfters ein alter Mann von Haus zu Haus und bettelte etwas Lebensmittel zusammen. Es war der „alte Gottlieb“ aus der Thiergartenstr. 8. Als die Preußen am 1. 7. 1849 einmarschierten, war er im richtigen Lausbubenalter und gedachte die Preußen wirksam zu necken. In dieser Absicht stellte er sich auf die Bachbrücke, und als die Ulanen herankamen, ließ er eine kräftig tönende Rätsche kreisen, so daß die Pferde scheuten. Einer der verärgerten Reiter sprang sofort vom Pferd, um den „Lümmel“ zu züchtigen. Dieser eilte schnell in das Haus zwischen der Straße ins Neudörfel und dem Bach (Hauptstr. 50) und sprang durch ein offenes Fenster an dessen Rückseite in die gerade viel Wasser führende Acher. Der Ulan hatte keine Lust, ihm dorthin zu folgen.

Vom 29. Juli bis zum 17. August 1849 wurde in Lichtenau eine Eskadron des preußischen Husarenregiments Nr. 3 mit fünf Offizieren und 124 Mann

einquartiert. Diese Truppe hatte die Aufgabe, Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände einzusammeln und zu diesem Zweck auch Hausdurchsuchungen durchzuführen, dabei fanden sie bei Jacob Eisenstein und Jacob Schilling militärische Monturstücke. Die gegen beide ausgesprochene Geldstrafe mußte letzten Endes, wenn auch reduziert, von der Gemeinde bezahlt werden, da die beiden nichts besaßen. Am 18. Oktober d.J. rückten eine Eskadron Ulanen und am Tag darauf schwarze Husaren in Lichtenau ein. Allein im Jahre 1849 beliefen sich die gesamten Einquartierungskosten der Gemeinde auf 2241 Gulden 57 xr, 1850 auf 2690 Gulden 16 xr. Erst im November 1851 verließen die letzten preußischen Truppen das Großherzogtum.

Gleich nach dem 1. Juli 1849 übergaben der Revolutionsbürgermeister Andreas Bertsch und der prov. Ratschreiber Kauz ihre Ämter wieder an ihre Vorgänger Wilhelm Stengel und Friedrich Kah. Der Seidenfabrikant Georg Bleuler und der Arzt Dr. Götz flohen nach Straßburg, der Grenzaufseher Max Götz nach der Schweiz³².

Anklagen wegen Hochverrats

Nach der Rückkehr des Großherzogs (18. 8. 1849) schlug der Staat zurück. Die prominenten Akteure des revolutionären Geschehens wurden des Hochverrats angeklagt. Folgende fünf Lichtenauer Bürger waren von diesem strafrechtlichen Vorwurf betroffenen: Seidenfabrikant Georg Bleuler, Praktischer Arzt Dr. Wilhelm Götz, Provisorischer Grenzaufseher Max Götz, Tierarzt Mathias Schoch³³. Da von den hier Genannten sich schon vor oder gleich nach dem Einmarsch der Preußen Georg Bleuler, Dr. Wilhelm Götz und Max Götz ins Ausland abgesetzt hatten, waren sie dem Zugriff der Behörden entzogen³⁴. So waren von den Angeklagten in Lichtenau nur noch Matthias Schoch und Andreas Bertsch anwesend.

Es ist bemerkenswert, daß **Matthias Schoch** weder im August 1849 noch später verhaftet wurde. Wie sein Verhalten in Oos am 14. 5. 1849 zeigte, hatte er dort schon seinen revolutionären Eifer verloren. Am 25. 6. 1849 hatte er zwar noch mit der gesamten Prominenz des Lichtenauer Volksvereins die zurückflutenden Mengen der Bürgerwehren zur Umkehr bewegen wollen. Doch dieser Tätigkeit konnte er sich nicht entziehen. Da war Solidarität angesagt, wenn auch in einer aussichtslosen Sache. Vielleicht war er auch geschickt genug, sich mit dem Bürgermeister Stengel gut zu stellen, denn dessen Zeugnis war der wichtigste Bestandteil der Anklage. So ist es zu erklären, daß ihn das Hofgericht am 27. 3. 1850 von der Anklage wegen Hochverrats freisprach³⁵.

Matthias Schoch entstammte einer seit 1619 in der Gegend ansässigen Sippe. Er wurde zu Lichtenau am 21. 1. 1809 geboren und starb daselbst im Alter von 56 Jahren am 6. 3. 1865.

Andreas Bertsch spielte in dem nun anhebenden Trauerspiel, vom Schicksal und von eigenem Unvermögen geschlagen, eine bedauernswerte Rolle. Er war von Beruf Rotgerber. Er heiratete eine vermögende Frau, die ihr Vermögen mit 3087 Gulden angab³⁶. Er dürfte also selber – als Voraussetzung für eine solche Ehe – vermögend gewesen sein. Doch hatte er offenbar schon vor Beginn der revolutionären Ereignisse mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bei einer Vermögensaufstellung anlässlich der Schadenersatzklage wird das Vermögen (von ihm selbst ausgerechnet) mit 5383 Gulden angegeben, dem Schulden im Betrag von 5535 Gulden gegenüberstanden. Doch diese Zahlen waren geschönt. Denn bei der Schuldenliquidation vor der Auswanderung erhielten die 21 (!) Gläubiger nur noch ein Drittel ihrer Schuldsomme³⁷. Die wirtschaftliche Talfahrt kann durch die wirtschaftliche Krise der 40er Jahre, aber auch durch persönliches Versagen hervorgerufen worden sein. In dieser Sackgasse glaubte Andreas Bertsch offenbar in der Revolution und in den Wohlstandsversprechungen ihrer Führer (Flugblatt von Goegg!) seine Rettung erblicken zu können. Darf man unter diesen Umständen die Ernennung zum Bürgermeister als Höhepunkt seiner Laufbahn ansehen? Seine Amtszeit dauerte ohnehin nur fünf Wochen (28. 5. 1849–1. 7. 1849) und hatte ihm nach der Mobilmachung am 16. 6. 1849 nur noch Ärger gemacht. Die Not jener Tage machte ihn aber nicht erfinderisch, sondern haltlos. Nach dem pfarramtlichen Zeugnis von Pfarrer Eisenlohr³⁸ . . . *war (er) während der Revolution dem Müßiggang und der Trunksucht ergeben*. In demselben Zeugnis wurde er auch als *ein religiös und politisch verkommener Mensch* bezeichnet. Dieses harte Urteil des Geistlichen war beeinflusst von einem persönlichen Konflikt zwischen Andreas Bertsch und Pfarrer Eisenlohr, weil Bertsch den Pfarrer als *charakterlosen Mann* bezeichnete. Der Grund: Pfr. Eisenlohr hätte *die Bewegung früher begünstigt*. In der Distanzierung Eisenlohrs von der Revolution, vielleicht schon bei der Machtübernahme im Mai (wie Dr. Götz), sah Bertsch einen Charakterfehler und reagierte auf drastische Weise durch obige Äußerung. Die Mitwirkung bei der Absetzung des Bürgermeisters Stengel hatte ihm diesen natürlich zum Feind gemacht, was Stengel dann bei der Erhebung der Anklage ausspielte. Am 21. 8. 1849 wurde Bertsch verhaftet. Die nächsten 110 Tage nach dieser Festnahme (bis zum 4. 12. 1849) verbrachte er teils im Amtsgefängnis von Rheinbischofsheim, teils in den Kasematten der Festung Rastatt, wobei er krank wurde und sich noch die Krätze zuzog. Am besagten Datum wurde er gegen eine Kautions von 2500 Gulden auf freien Fuß gesetzt. Bei der Gerichtsverhandlung in Offenburg vertrat ihn der prominente Anwalt Rée.

Bertsch sah trotz der Vorwürfe der Anklage in seinem Verhalten kein strafrechtliches Vorgehen, angeklagt seien nur seine politischen Funktionen und keine Fakten. Er wurde am 20. Februar 1850 zu eineinhalb Jahren Zuchthaus in Einzelhaft verurteilt (später auf ein Jahr herabgesetzt). Ein Rekursverfahren brachte keine Herabsetzung des Strafmaßes. Gemäß Entschliebung des Großherzogs vom 19. 1. 1851 wurde Bertsch die Auswanderung gestattet. Damit war nach Regierungsblatt XLVI vom 7. 8. 1849 die Aussetzung der Strafe verbunden. Für Gerichtskosten und Schadenersatz zahlte Bertsch eine Pauschale von 150 Gulden. Er verließ Lichtenau am 13. 3. 1851 in Richtung Nordamerika³⁹. Er stand damals im Alter von 47 Jahren, da er am 4. 9. 1803 in Lichtenau geboren wurde. Sein Wohnhaus konnte mit Hilfe des Pfandbuchs der Gemeinde ausfindig gemacht werden. Es war das heute noch stehende, zweistöckige Fachwerkhaus Hauptstr. 48, zwischen der genannten Straße, dem Mühlweg und der Acher.

Von den drei Emigranten der Lichtenauer Hochverratsverdächtigen ist **Georg Bleuler** am längsten im Exil verblieben. Er war der Sohn des 1828 nach Lichtenau zugezogenen, aus Frankenthal stammenden, Seidenfabrikanten Johann Heinrich Bleuler. Dieser teilte 1838 seinen Lichtenauer Betrieb in zwei Betriebe, wobei sein Sohn Georg Bleuler den einen, dessen Bruder Joh. Heinrich Bleuler den anderen übernahm. An Georg Bleulers Webstühlen saßen bisweilen 30 Personen⁴⁰. Er und sein Bruder waren also für Lichtenau die wichtigsten Arbeitgeber.

Noch vor dem Einmarsch der Preußen floh Georg Bleuler nach Straßburg, da er befürchtete, von diesen verhaftet zu werden⁴¹. In einem am 1. 8. 1849 in der „Karlsruher Zeitung“ abgedruckten Steckbrief wurde er von der Behörde aufgefordert, sich zu stellen. Dieser Anzeige können wir Einzelheiten über sein Äußeres entnehmen: Größe 5 Fuß 5 Zoll (165 cm), hager, blaß, Augen braun, Nase etwas groß und dick, Hambacher Bart, Alter 38 Jahre. Vorläufig blieb er in Straßburg, wo er im „Schwarzen Bären“ wohnte⁴². In einer ohne den Angeklagten in Bruchsal durchgeführten Gerichtsverhandlung wurde er am 23. 1. 1850 zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt⁴³. Die Urteilsbegründung nennt fünf Anklagepunkte: 1. Volksvereinsvorstand. 2. Teilnahme am Offenburger Kongreß, 3. Freiwilliger beim Einzug des 1. Aufgebots in Karlsruhe, 4. Fahnenübergabe, 5. Arrettierung flüchtiger Soldaten am 25. 6. 1849⁴⁴. Zwei Tage darauf (25. 1. 1850) wurde allen drei Lichtenauer Emigranten wegen Landesflucht die Staatsbürgerschaft und das Ortsbürgerrecht entzogen⁴⁵.

Die badische Staatsregierung war über das Leben und Treiben der badischen Emigranten im Elsaß sehr besorgt. Da diese fast täglich Besuche von Verwandten und Bekannten erhielten, befürchtete sie ein Wiederaufleben

der Revolution durch diese Leute. Mehrfach veröffentlichte sie Listen der Badener in Straßburg, in denen die Zahl der Aufgezeichneten, unter ihnen Georg Bleuler und Dr. Götz von Lichtenau, von Mal zu Mal bis auf 104 zunahm. Man schickte Agenten ins Elsaß, die nach ihnen forschen mußten. Die Regierung in Karlsruhe verlangte von Frankreich ihre Internierung oder ihre Ausweisung in das Landesinnere. Das war aber nicht einfach, da die elsässische Bevölkerung mit ihnen sympathisierte und Unterschlupf gewährte. Schließlich wurde ein Sonderkommissar mit Namen Romieu eingesetzt, der die Ausweisung durchführte. So wurde Georg Bleuler am 23. 2. 1850 verhaftet und hinter die Vogesen abgeschoben. Als sein erster Aufenthaltsort ist Rambervillers (bei Lunéville) nachgewiesen. Bleuler gründete daraufhin im Innern Frankreichs sogar ein Geschäft, ein Zeichen für seinen ungebrochenen Lebenswillen⁴⁶.

Mit dem Gerichtsurteil vom 23. 1. 1850 wollte er sich keineswegs abfinden. Dem Rechtsanwalt Armbruster, der ihn bei der Verhandlung vertreten hatte, warf er vor, versagt zu haben. Er, Bleuler, hätte überhaupt keine Möglichkeit gehabt, die Wahrheit darzulegen. Er betrieb deshalb die Revision des Verfahrens und nahm einen neuen Anwalt (Kusel). Er verfaßte selbst eine umfangreiche Verteidigungsschrift, die am 19. 3. 1850 von Chalons (sur Marne?) abging⁴⁷. In dieser Schrift nahm er gegen die Anschuldigungen der ersten Gerichtsverhandlung Stellung: 1. Er hätte nicht am Zug des 1. Aufgebots nach Karlsruhe teilgenommen, sondern dieses nur nach Oos begleitet, wie es mehrer andere Lichtenauer Bürger auch taten. 2. Er hätte die Fahne am 18. Juni in Karlsruhe nicht übergeben. 3. Am 25. Juni hätte er den zurückkehrenden Soldaten die Gewehre gegen Bescheinigung abgenommen und diese auf dem Rathaus sichergestellt. Die Leute habe er nicht in den Kampf zurückgeschickt, sonst hätte er ihnen die Waffen ja gelassen. Diese sollten durch den Einzug dem Ärar erhalten bleiben.

Der Kriegskommissar Beckert wäre die Hauptperson in diesem Drama gewesen. *Durch seinen Terrorismus wurde auch der Angeklagte beherrscht*, meinte der Verteidiger Kusel. Bleuler gab zu, der Obmann des Sicherheitsausschusses und Vorstand des Volksvereins gewesen zu sein, erblickte aber darin keinen Straftatbestand. Für alle seine Rechtfertigungen gab Bleuler Zeugen an, die dann auch durch eidesstattliche Vernehmungen gehört wurden (Blumenwirt Stengel, Ochsenwirt Ludwig Timeus, Karl Zimmer, Helmlingen, Bäcker Jacob Lasch). Im Revisionsverfahren wurde die Strafe am 18. 7. 1850 auf sechs Monate herabgesetzt⁴⁸. Dieses Urteil gab Bleuler neuen Mut, seine Heimkehr zu betreiben. Er sah sich durch den Niedergang seiner Fabrik dazu gedrängt. Die Türen des Betriebes waren geschlossen und die Vorräte beschlagnahmt. Er sandte deshalb am 8. 8. 1850

aus Nancy ein Gnadengesuch an den Großherzog, worin er auf seinen schwachen Gesundheitszustand und auf seine positive Einstellung zur bestehenden Ordnung während der Revolutionstage hinwies⁴⁹. Seine Frau Salome geb. Frick hatte bereits am 10. 4. 1850 ein Gnadengesuch eingereicht mit dem Ziel, das von ihr in die Ehe eingebrachte Vermögen zu retten, doch ihre Bitte wurde abgelehnt. Inzwischen hatte Bleuler eingesehen, daß er zu seinem Gesuch noch einen weiteren Schritt tun müsse, um seine Lage zum Besseren zu wenden. Wer als Bittsteller Gnade erwartet, muß sich dem, der diese gewähren kann, persönlich stellen. Daraus erwuchs der Entschluß Bleulers, heimzukehren und sich bei der Behörde zu melden. Am 18. 9. 1850 reichte Frau Bleuler ein neues Bittgesuch ein und unterrichtete einen Tag später das Bezirksamt Rheinbischofsheim von der Absicht ihres Mannes, sich zu stellen.

Am 17. 10. 1850 traf dieser auch wirklich im Bezirksamt Rheinbischofsheim ein und wurde dort *einstweilen verhaftet*. Gleichzeitig gab er ein neues Gnadengesuch ab. In diesem drückte er seine neu gewonnene politische Einstellung so aus: *Die (Ereignisse) . . . haben mich zur tiefsten Erkenntnis gebracht . . . daß in der Auflehnung gegen Gesetz und Obrigkeit nirgend Heil gefunden werden kann*. Er gibt zu, ein Opfer von (politischer) *Verführung und Aufreizung* geworden zu sein und bittet um Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe mit zeitweiser Beurlaubung wegen des Geschäfts und wegen der Familie⁵⁰. Bei der Formulierung berücksichtigte Bleuler sicher die geänderte Stimmungslage bei der Obrigkeit. Der waren jetzt offenbar reuige Gemüter wichtiger als volle Zuchthäuser. Dieser letzten Bitte wurde insofern am 30. 10. 1850 zum Teil entsprochen, als Bleuler gegen Stellung einer Kautions von 2000 Gulden aus der Haft entlassen wurde⁵¹. Damit war der Durchbruch gelungen. Mit Wirkung vom 2. 12. 1850 hatte der Großherzog nach dem Vorschlag des Justizministeriums das Gnadengesuch gebilligt und die sechsmonatige Zuchthausstrafe auf zwei Monate Gefängnis ermäßigt.

Damit wurde auch die Beschlagnahme des Vermögens und der Fabrik aufgehoben. Wegen der Leistungen von Schadenersatz und wegen der Gerichtskosten war der Staat mit einer Zahlung von 200 Gulden zufrieden⁵². Jetzt konnte Bleuler an die Sanierung seines Betriebes gehen. Im Stadium der *Freiheit durch Kautions* war es ihm sicher auch möglich, die verbliebenen sechs Wochen *peinliches Gefängnis* zeitlich günstig abzubüßen. Die Akten vermelden denn auch: *. . . welche Strafe Bleuler in Bischofsheim erstand*⁵³.

Am 25. 4. 1856 erhielt Bleuler wieder das Ortsbürgerrecht mit Bürgernutzen⁵⁴. Das Staatsbürgerrecht bekam er wieder am 9. 7. 1857 aufgrund einer

allgemeinen Amnestie⁵⁵. Er starb am 13. 2. 1862 im Alter von erst 51 Jahren. In seinem kurzen Leben hatte er manches Leid erfahren. Neben den drückenden Sorgen im Exil hatte er den frühen Tod von sechs seiner sieben Kinder zu beklagen. Nur die Tochter Emma erlebte das Erwachsenenalter und heiratete Ludwig Hornung aus Niederbühl, der dann später den Betrieb unter dem Namen „Hornung-Bleuler“ weiterführte.

Der zweite politisch Verdächtige, der emigrierte, war der Arzt **Dr. Wilhelm Götz**. Der hätte alle Aussicht gehabt, den Zusammenbruch der Revolution unbehelligt zu überstehen, wenn nicht ein ungeklärter, schockierender Zwischenfall ihn bewogen hätte, sich nach Straßburg abzusetzen:

*Nach Eintreffen der preußischen Soldaten wurde ihm durch einen Offizier in Gegenwart vieler Anderer verkündet, er sei arretiert und werde erschossen, während die Soldaten die Gewehre auf ihn anlegten. In dieser Lage rettete ihn allein der Apotheker Gustav Wagner, der bemerkte, daß er weder Vorstand des Volksvereins, noch dessen Mitglied, noch revolutionärer Aufwiegler wäre. Daraufhin wurde Götz *einstweilen* wieder freigelassen. Dieser vermutete, daß ein Besuch bei seinem Freund Dr. Braun in Hatten im Elsaß ihn in schlimmen Verdacht gebracht hätte. Um einen möglichen zweiten Angriff der Preußen auf seine Person zu vermeiden⁵⁶, fuhr er nach Straßburg und wohnte dort in der Robertsau⁵⁷.*

Von den fünf Lichtenauer Verdächtigen war Dr. Götz der einzige, dessen Fall noch im Jahre 1849 verhandelt wurde. Die Anklage enthielt folgende Vorwürfe:

1. Tätiger Republikaner, Propagandist revolutionärer Ideen.
2. Beteiligung an der Revolution (Teilnahme an der Versammlung in Offenburg am 12. 5. 1849, Übernahme des Bühler Physikats, Mitglied des Volksvereins Lichtenau, als Physikus mit untauglichen Wehrmännern streng verfahren).

Als Antwort auf die Gerichtsverhandlung verfaßte Dr. Götz eine umfangreiche Verteidigungsschrift von 36 Folioseiten (abgeschlossen am 8. 11. 1849). Außerdem bat er noch den Offenburger Anwalt Rée, seine Verteidigung zu übernehmen. Dieser nahm in seinem Schriftsatz zu den Vorwürfen folgendermaßen Stellung (10. 11. 1849)⁵⁸:

Zu 1.: Eine in Freimut geäußerte Kritik an der Regierung sollte möglich sein, ein absolutes Verstummen unmöglich. Einen *culposen Hochverrat* gäbe es nicht. Im Leumundszeugnis des großherzoglichen (!) Pfarramts Lichtenau weise Pfarrer Eisenlohr darauf hin, daß außer allgemeinen Vorwürfen nicht eine einzige *klagebegründende Tatsache* bekannt sei. Mit

dem Ausbruch der Revolution hätte Dr. Götz – im Gegensatz zu seinem früheren Verhalten – eine politische Passivität an den Tag gelegt. Durch diese ruhige Haltung hätte er sich der Umsturzpartei entfremdet, und man habe ihn deshalb als *Aristokraten und Feind der guten Sache* verschrien. Die Revolutionsmänner könnten ihm nicht verzeihen, daß er es ablehnte, irgend eine Charge, weder im Volksverein, noch im Sicherheitsausschuß zu übernehmen. Er wollte nicht einmal Mitglied im Volksverein sein. Er genieße den Ruf eines rechtlichen, religiösen Menschen mit einfacher, unbescholtener Lebensweise. Wir zitierten oben bereits sein politisches Bekenntnis. *Es ist auch bei den Fürsten gut sein . . .* An anderer Stelle seiner Verteidigungsschrift meinte Dr. Götz: *Man könne in einer konstitutionellen Monarchie sowohl absoluter Monarchist wie Republikaner sein.* Was die Mitgliedschaft im Volksverein beträfe, so wies er darauf hin, daß er Vorstand des am 14. 2. 1846 gegründeten Bürgervereins gewesen sei. Er hätte es aber abgelehnt, diesen in einen Volksverein umzuwandeln. Einem politischen Verein wollte er nicht angehören.

Zu 2.: An der Vorversammlung am 12. Mai 1849 in Offenburg hätte er nur als Zuhörer teilgenommen. Als Nichtmitglied des Volksvereins war für ihn eine Teilnahme an den Beratungen ohnehin unmöglich. Als er als „reaktionärer Aristokrat“ bezeichnet wurde, wäre er vorzeitig wieder heimgefahren.

Zur Annahme des Physikats fühlte er sich verpflichtet, da niemand sonst da war, denn wie das Bezirksamt Bühl berichtete, hätte der bisherige Physikus Schmitt den Dienst verweigert. Er hätte für diese Tätigkeit auch nichts bezahlt bekommen. Bei den Tauglichkeitsuntersuchungen wäre er streng nach dem Gesetz verfahren⁵⁹. Hinter den Anschuldigungen mache sich der Brotneid der Berufskollegen Schmitt (in Bühl) und Dr. Fritz (Rheinbischofsheim?) bemerkbar. Zwei Ärzte in Bühl (Himmelseher und Walcher) könnten das bezeugen⁶⁰.

Das Hofgericht Bruchsal schloß die Untersuchung ab (19. 12. 1849), ohne ein Urteil zu fällen. Das könnte erst geschehen, wenn der Angeklagte sich den Behörden stelle. Diese Taktik des Gerichts änderte sich zu Beginn des folgenden Jahres, als gegen die vier Lichtenauer Mitangeklagten verhandelt wurde. Trotz Abwesenheit im Ausland (wie Dr. Götz) wurden die Urteile gegen Georg Bleuler und Max Götz nach Abschluß der Verhandlungen sofort ausgesprochen.

Über seinen Aufenthaltsort vom Januar 1850 ab bis zu seiner Rückkehr schweigen die Akten. Folgende Vermutung könnte zutreffen: Die Götz stammen aus dem Elsaß. Sein Großvater, Philipp Jacob Götz, kam in den

70er Jahren als herrschaftlicher Förster von Oberhofen im elsässischen Hanauerland nach Lichtenau⁶¹. Die Lichtenauer Götz hatten also sicher im Unterelsaß eine große Verwandtschaft. Diese Verwandten haben dann vermutlich ihrem Vetter bis zum Anbruch besserer Zeiten sicheren Unterschlupf gewährt.

Diese Zeiten machten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1850 deutlich bemerkbar. In den Gerichtssälen wehte jetzt eine mildere Luft. So wurde in den nun anstehenden Revisionsverfahren gegen Lichtenauer Beschuldigte einmal das Strafmaß deutlich herabgesetzt (Georg Bleuler) oder gar auf Freispruch erkannt (Max Götz). Nachdem das Bezirksamt Rheinbischofsheim noch am 20. 4. 1850 mitteilte, daß das Urteil erst verkündet werden würde, wenn sich Dr. Götz stellte, wurde am 5. 7. 1850 vom selben Amt die Fahndung gegen ihn aufgehoben. Um die Hemmschwelle zu überwinden, brauchte er noch sechs Wochen Zeit, bis er sich am 19. 8. 1850 beim besagten Amt stellte. Er wurde auf freiem Fuß belassen, aber mit den für die Fortsetzung der Untersuchungen erforderlichen Beschränkungen. Er hielt sich in dieser Zeit in Bodersweier auf. Er brachte es offensichtlich nicht übers Herz, vor dem Ende der Gerichtsverhandlung in seine Heimat Lichtenau zu gehen. Zu sehr schreckte ihn noch die Erinnerung an die Denunziationen, Verleumdungen und Todesängste, die er vor Jahresfrist dort ertragen mußte. Am 23. 9. 1850 wurde Dr. Götz am Bezirksamt Rheinbischofsheim über seine Rolle in der Mairevolution vernommen. Am 30. 10. 1850 wurde das Urteil verkündet: *Wegen Mangel an Beweisen wird das Verfahren eingestellt*. Zusammen mit der Verkündung des Urteils wurde auch die Beschlagnahme des Vermögens aufgehoben. Diese war mit der Gründlichkeit der Beamten des „Musterländles“ durchgeführt worden. Das Verkaufsverbot der Grundstücke wurde in das Grundbuch eingetragen, noch ausstehende Rechnungen durften von den Patienten nicht an den Arzt bezahlt werden⁶². Das beschlagnahmte Vermögen betrug 344 Gulden⁶³. Das war damals der Preis für einen Acker. Als wohlhabend konnte man Dr. Götz also nicht bezeichnen. Ein Disziplinierungsmittel gegen Dr. Götz konnte die Behörde immer noch einsetzen: *Die Wiederaufnahme des früher ausgeübten Gewerbes, die Lizenz zur Ausübung der Heilkunde, kann nicht verweigert werden, sie ist aber in der Regel an die Bedingung künftigen Wohlverhaltens geknüpft*⁶⁴.

Das Schicksal, das Dr. Götz in den Revolutionsjahren erleiden mußte, läßt sich zum mindesten teilweise aus seinem Charakterbild herleiten. Er war mit großem Intellekt begabt. So promovierte er an der damals besten medizinischen Fakultät Deutschlands in Würzburg. Für seine Weiterbildung hatte er die Universität Wien ausersehen, die auch einen sehr guten Ruf hatte. Um seinen ausgeprägten Wissensdurst zu stillen, studierte er in

München noch Veterinärmedizin (mit Examen!). Seine intellektuelle Potenz ließ ihn überall den Maßstab des Ideals anlegen, wobei die Wirklichkeit schlecht abschnitt. Sein Gewissen erlaubte ihm nicht, im Falle starker Abweichung vom Ideal, schweigen zu dürfen. Seine Kritik am Staat brachten ihn als *politischen Wühler* ins Gerede. Seine Kritik an den staatlichen Verhältnissen waren aber sicher nur von einem starken Reformwillen getragen und zielten nicht auf einen Umsturz, sonst hätte er nicht das Programm der Konstitutionellen vertreten können. Auch seine Mitmenschen unterzog er einer kritischen Prüfung, was ihm sicher manche Feindschaft eintrug. Er war ein konsequenter Individualist. Zu seiner geistigen Struktur kam bei Dr. Götz noch eine hohe Sensibilität hinzu, die ihn unter den selbst erzeugten Wirrnissen leiden ließen. Er entzog sich der Menge, die ihn deshalb als eingebildeten Reaktionär betrachtete, und doch hatte er andererseits gerade *den unteren Volksklassen seine Ideen offenbart* (Gerichtsakten). Die hier gezeigte Persönlichkeitsstruktur machte es verständlich, weshalb Dr. Götz im Jahre 1850, also mit 45 Jahren, noch ledig war.

Sein durch das Revolutionsgeschehen tief gestörtes Verhältnis zu seiner Heimat Lichtenau veranlaßte ihn, nach seiner Rehabilitierung seine Praxis von Lichtenau nach Rheinbischofsheim zu verlegen⁶⁵, obwohl sein alter Vater, der Förster Johann Christian Götz (1773–1860), dort noch in hohem Alter lebte. In seinem neuen Praxisort entschloß er sich, doch noch zu heiraten (Ehefrau: Elisabeth Götz geb. Meyer). Doch die Ehe dauerte nur kurze Zeit, denn er starb als Witwer am 9. 1. 1856 zu Straßburg in seinem 50. Lebensjahre (Geburt: 19. 6. 1805)⁶⁶. Wie Georg Bleuler hatte auch ihm auf seiner früh abgebrochenen Lebensbahn nur wenig die Sonne geschienen. Ergänzend sei noch vermerkt, daß seine beiden Brüder, der Arzt Eduard Götz und der Apothekergehilfe Theodor Götz in den 50er Jahren nach Nordamerika auswanderten⁶⁷. Er entstammte also einer Familie, die seinem hohen geistigen Standard entsprach.

Ein naher Verwandter von Dr. Götz war der fünfte Lichtenauer Angeklagte, der provisorische berittene Grenzaufseher **Max Götz**.

Sein Vater, Johann Jacob Götz (1772–1841), war der letzte Lichtenauer Amtsschultheiß und ein Bruder des Försters Joh. Christian Götz, des Vaters von Dr. Wilhelm Götz. Die beiden Angeklagten Götz waren also Geschwisterkinder. Die Mutter von Max Götz war eine Tochter von Daniel Schübler, dem letzten Lichtenauer Amtmann. Max Götz war der einzige unter seinen Geschwistern, der das Erwachsenenalter erreichte. Er wurde am 18. 5. 1818 geboren, war während der Revolution also 41 Jahre alt und verheiratet. Als gelernter Kaufmann war er bei Ausbruch der Revolution bei der Karlsruher Polizei als Aktuar beschäftigt. Dann muß er eine günsti-

ge Gelegenheit benutzt haben, um in seiner Heimat Lichtenau Grenzaufseher zu werden, denn mehrfach steht in den Akten vor seiner Berufsbezeichnung das Kürzel „prov.“, ein Zeichen dafür, daß er dieses Dienstverhältnis während der Revolution erlangte. Als der Militärkommissar Beckert den Auftrag erhielt, in Freiburg den Wehruntauglichen die Pässe zu entziehen, gab ihm der Sicherheitsausschuß am 9. 6. 49 als sachkundigen Gehilfen Max Götz mit. Vom 17.–24. 6. 1849 hielten sich die beiden in Kandern auf und nahmen dort an Schießübungen teil. Eine schwierigere Aufgabe erwartete die beiden, als nach dem Zusammenbruch der Front nördlich von Karlsruhe die meisten Bürgerwehrmänner aus Lichtenau und Umgebung nach Hause strömten. Sie sollten die Wehrunwilligen mit Hilfe des Lichtenauer Volksvereins wieder in den Kampf zurückschicken, ein aussichtsloses und sehr undankbares Unterfangen. Wie das in Lichtenau ablief, haben wir schon früher beschrieben. In Scherzheim, Muckenschopf und Helmlingen holte Max Götz mit einer bewaffneten Eskorte am 25. 6. 1849 die heimgekehrten Wehrmänner aus ihren Häusern. In Scherzheim bat der Bürgermeister, die Leute vorerst nicht abzuliefern, sondern zu entlassen. In Muckenschopf spürten sie Christian Henkel und Jakob Stöß auf, die gerade erst zu Hause angekommen waren. Das energische Auftreten von Adolf Wahl und des Bürgermeisters bewirkten für den Abtransport eine Frist, wobei sich wohl jeder darüber klar war, daß diese Frist nie ein Ende haben würde. Später bei der Gerichtsverhandlung bestätigten die Bürgermeister der drei genannten Gemeinden, daß Max Götz keine Wehrmänner zur Rückkehr zur Front gezwungen hätte. Zwei Heimkehrer aus Bodersweier, die er verhaftet hatte, wurden, wie schon früher erwähnt, in Rastatt wieder freigelassen.

Nach dem Zusammenbruch der Revolution emigrierte Max Götz in die Schweiz. Wahrscheinlich hatte er befürchtet, wegen seiner längeren Zusammenarbeit mit dem verhaßten Militärkommissar Beckert verhaftet zu werden.

Am 12. 12. 1849 wurde der Hochverratsprozeß gegen den abwesenden Max Götz eröffnet. Die Justizbehörde hatte den Anwalt Strickel mit der Wahrung seiner Interessen beauftragt. Das am 14. 3. 1850 in Bruchsal ausgesprochene Urteil war hart und lautete auf eineinhalb Jahre Zuchthaus.

Bereits am 10. 4. 1850 hatte der Anwalt Strickel Berufung eingelegt. In der zweiten Verhandlung wurden alle Fakten in einem milderen Lichte gesehen, es wurde besonders betont, daß Max Götz nur ein Werkzeug des Alois Beckert gewesen sei und ständig unter der Drohung des Standgerichts stand. Das Gericht erkannte deshalb auf Freispruch. Vier Wochen später, am 26. 8. 1850 bat Max Götz von Luzern aus um Ausstellung eines Reise-

passes, was das Bezirksamt Rheinbischofsheim aber ablehnte. Nach Verlauf von 11 Tagen, am 6. 9. 1850, erschien Max Götz persönlich beim besagten Amt und bat abermals um einen Reisepaß, nachdem jetzt auch die Fahndung aufgehoben war. Es wurde ihm aber bedeutet, daß er einen Paß erst dann wieder bekommen könne, wenn er wieder das Staatsbürgerrecht besäße⁶⁸. Im April 1851 bemühte sich Max Götz um die Wiederverleihung des Staatsbürgerrechts. Das dem Gesuch beigegebene Zeugnis bezeichnete ihn als einen Mann mit guter Gesinnung und vermerkte, daß er in der Maschinenfabrik Keßler in Ettlingen beschäftigt sei. So fand Max Götz, während der Revolution vom Schicksal herumgeschoben, doch wieder eine bürgerliche Existenz⁶⁹.

Während der bewegtesten Tage von Lichtenau im Revolutionsjahr 1849, vom 24.–26. 6. 1849, beherrschte der Militärkommissar Alois August Beckert aus Neunkirchen, Amt Neckargemünd, die Szene im „unteren Gericht“ (Lichtenau, Scherzheim, Muckenschopf, Helmlingen, Grauelsbaum). Wir haben ihn bei der Schilderung der Ereignisse jener Tage als „Schreckensmann“ kennen gelernt. Nach seiner letzten Maßnahme, der Requisition von Lebensmitteln, verschwand er aus Lichtenau und nahm an den Kämpfen um Rastatt teil. Dort riß ihm bei Rheinau eine Kanonenkugel den linken Unterarm ab, so daß er in das Spital des Forts A gebracht wurde, wo er der Aburteilung durch das Standgericht Rastatt entgegenseh⁷⁰. Er war 35 Jahre alt, wohnte in Renchen und übte dort den Beruf eines Rechnungsstellers und eines Musik-, Sprach- und Tanzlehrers aus. Er wurde am 7. 6. 1850 vom Hofgericht Bruchsal zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach über einem halben Jahr Untersuchungshaft, hat er von dieser Strafe ein Jahr und acht Monate in Einzelhaft abgesessen, worauf er durch Gnadenerlaß am 26. 12. 1851 auf Bewährung entlassen wurde⁷¹.

Bürgermeister Wilhelm Stengel

Alle fünf aufgeführten Hochverratsanklagen gegen Lichtenauer Bürger beruhten unter anderm auch auf den Zeugnissen des Bürgermeisters Wilhelm Stengel, der dieses Amt mit Ausnahme der Revolutionsphase von 1838–1849 ausübte. Vor seiner Wahl (1838) war er in Amerika gewesen. In den Gerichtsverhandlungen wurden seine Zeugnisse von Andreas Bertsch, besonders aber von Dr. Götz gehässig und parteiisch genannt. Da Dr. Götz als ein durch und durch integrier Charakter erscheint, von dem man keine Verleumdungen erwartet, sei an dieser Stelle dargestellt, wie der Arzt in seiner Verteidigungsschrift⁷² Bürgermeister Stengel charakterisiert: *Wilhelm Stengel war von jeher mein persönlicher Feind*. Als Dr. Götz von Steinbach nach Lichtenau ziehen wollte, versuchte er das mit aller Macht

zu verhindern. Als dieser trotzdem dort seine Praxis eröffnete, entzog er ihm eineinhalb Jahre lang das Aversum für die Behandlung der Ortsarmen (25 Gulden und 100 Wellen). Bei Einquartierungen wäre er über Gebühr belastet worden. Am merkwürdigsten wäre aber sein politisches Verhalten gewesen. Während er in den Leumundszeugnissen fünf Lichtenauer Bürger wegen ihrer Teilnahme an der Revolution anklagte, wäre er selber ein ausgesprochener Republikaner gewesen. Er nahm an folgenden politischen Versammlungen teil: September 1847 und März 1848 in Offenburg, bei zwei Versammlungen im April 1848 in Achern. Er rühmte sich der Freundschaft Heckers und besuchte denselben im „Rebstock“ in Straßburg. Er berief noch in der Nacht vom 13.–14. 5. 1849 die Gemeindeversammlung ein und verlangte, das erste Aufgebot solle sofort nach Karlsruhe ziehn. Am nächsten Tag ließ er das 2. Aufgebot nach Rastatt ziehn. Die forcierte Waffenbeschaffung durch Stengel wurde früher schon angeführt. Dr. Götz gibt sechs Zeugen dafür an, daß Bürgermeister Stengel während des Struveaufstandes *auf der Gasse* ausgerufen habe: *Wenn einmal die Zeit kommt, so will ich mein Mütchen an euch Bürgern kühlen. Ihr seid nur Maulrepublikaner, ich aber habe ein republikanisches Herz, und wenn heute Hecker oder Struve kämen, so würde keiner von euch mitziehn.*

Stengel glaubte offenbar Bürgermeister bleiben zu können, wenn er andere belaste, um seine eigene Vergangenheit vergessen zu machen.

Obwohl Bürgermeister Stengel am 1. 7. 1849 wieder in sein Amt eingesetzt wurde, beendete er seine Tätigkeit noch im Jahre 1849. In Ermangelung einschlägiger Unterlagen aus dem Gemeindearchiv läßt sich sein rascher Abgang nur so erklären: Die Wilhelm Stengel kompromittierenden Aussagen in den Gerichtsakten von Dr. Götz (Ende 1849) sind den zuständigen Regierungsstellen in Karlsruhe zu Ohren gekommen, die dann den Abschied von Stengel veranlaßten. Sechzehn Jahre später (1866) wanderte er zum zweiten Mal nach Amerika aus und starb 1870 in New York im Alter von 59 Jahren⁷³.

Geboren wurde er am 5. 2. 1811 als Sohn des Tuchmachers Johann Jacob Stengel. Seine markantesten Eigenschaften waren seine Eigenwilligkeit und seine Ichbezogenheit. Er machte nur dort mit, wo er allein das Sagen hatte. Er war skrupellos in der Wahl der Mittel, mit denen er die Hindernisse beseitigte, die sich ihm in den Weg stellten. Neben diesen Schattenseiten muß er aber auch imponierende Eigenschaften besessen haben, sonst wäre er nicht 1838 in freier Wahl zum Bürgermeister erkoren worden: Welterfahrung, Energie und geistige Beweglichkeit. Mit diesen Eigenschaften hatte er auch im September 1848 die bedrohliche Situation in Lichtenau gemeistert.

Die große Zahl der Angeklagten in Lichtenau mit drei Emigrationen und einer Auswanderung sind nach der Meinung von Dr. Götz dem wieder eingesetzten Bürgermeister Stengel zu verdanken. Wir haben darüber schon einiges vernommen. Wilhelm Stengel brachte es sogar fertig, die Mitglieder des Gemeinderats zu manipulieren. Alle Mitglieder des Gemeinderats waren Mitglieder des Volksvereins gewesen und brachten unter dem Druck des Bürgermeisters das Kunststück fertig, die fünf Angeklagten in ihren Zeugenaussagen der Mitgliedschaft, zum Teil der Vorstandschaft im Volksverein zu bezichtigen⁷⁴.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen von Revolution und Restauration in Lichtenau

Die eben geschilderte Art der Aufbereitung des zusammengebrochenen Umsturzes hatte zusammen mit den Kosten der Revolution selbst für Lichtenau unerfreuliche Folgen: Materiell hatten die Bürger privat und als Gemeindebürger große Geldopfer bringen müssen, z. B. bei der forcierten Aufstellung der Bürgerwehr mit ihren Kosten für Waffen und Ausrüstung und den Besoldungen während der Übungen und den Ausmärschen nach Karlsruhe. Nach dem Einmarsch der Preußen mußten für Einquartierungskosten insgesamt fast 5000 Gulden aufgebracht werden. Besonders beklagenswert war auch die Stilllegung der Seidenweberei von Georg Bleuler über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren hinweg mit den damit verbundenen Ausfällen an Arbeitslöhnen und Steuern. Mit den Mißernten der 50er Jahre zusammen bedeutete das für die wirtschaftliche Entwicklung von Lichtenau einen starken Rückschlag.

Genau so nachteilig wie das ökonomische Elend wirkten sich die seelischen Verletzungen aus. Politische und persönliche Gegensätze, die schon lange vorhanden waren, wurden durch die Zeugenaussagen bei den Gerichtsverhandlungen verschärft. Sogar zwischen Pfarrer und Pfarrgemeinde wurde Zündstoff angehäuft (siehe Andreas Bertsch), obwohl Pfarrer Eisenlohr ausgleichend zu wirken versuchte. Sicher war es in rein bäuerlichen Gemeinden wie Scherzheim und Muckenschopf leichter, den Konsens der Bürger wieder herzustellen als in Lichtenau, dessen Bürger nur zur Hälfte Bauern waren. Umso mehr wäre in Lichtenau Verantwortungsgefühl und Geschick nötig gewesen, den gesellschaftlichen Frieden zu stärken und keine Vergeltung zu üben.

Anmerkungen

Abkürzungen: Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe = GLA
Staatsarchiv Freiburg = STAF

- 1 Johann Baptist *Kolb*, Historisch-statistisch-topographisches Lexikon von dem Großherzogtum Baden enthaltend in alphabetischer Ordnung die vollständige Beschreibung der Festungen, Städte, Flecken . . . Karlsruhe, Macklot 1813-16.
- 2 Ludwig *Lauppe*, Burg, Stadt und Gericht Lichtenau. Herausgegeben von Lisbeth Lauppe und Dr. Wilhelm Lauppe, Weinheim 1984.
- 3 Ludwig *Uibel*, Lichtenauer Auswanderer in der Mitte des 19. Jahrhunderts (1830-1873). In: Die Ortenau, Jahrg. 1995, S. 326.
- 4 L. *Lauppe*, a. a. O., S. 447.
- 5 L. *Uibel*, a. a. O., S. 320 f.
- 6 GLA 236/8209.
- 7 L. *Lauppe*, a. a. O., S. 450 ff.
- 8 Wie Anm. 7, S. 23.
- 9 Wie Anm. 8.
- 10 Ebda.
- 11 GLA 237/2570 S. 3 f.
- 12 STAF A27/3/43 S. 30.
- 13 GLA 236/8510.
- 14 STAF A27/3/43 S. 16.
- 15 Offenburger Wochenblatt vom 20. 4. 1849, S. 272.
- 16 STAF A27/3/173, S. 30.
- 17 STAF A27/3/43.
- 18 STAF A27/3/173, S. 22.
- 19 GLA 240/1402, STAF A27/3/382.
- 20 STAF A27/3/173, A27/3/174.
- 21 Wie Anm. 8.
- 22 Ebda.
- 23 Wie Anm. 17.
- 24 Wie Anm. 8.
- 25 GLA 229/73869, S. 122.
- 26 GLA 240/1402.
- 27 Wie Anm. 23.
- 28 GLA 229/73869, S. 69.
- 29 Wie Anm. 23.
- 30 STAF B713/8/1011.
- 31 Wie Anm. 8.
- 32 Ebda.
- 33 GLA 237/16844.
- 34 GLA 236/8578, S. 104.
- 35 STAF A27/3/382.
- 36 GLA 237/16844, S. 50.
- 37 STAF B713/8/926.
- 38 L. *Lauppe*, a. a. O., S. 471.
- 39 Wie Anm. 23.
- 40 L. *Lauppe*, a. a. O., S. 447.
- 41 GLA 234/1641.

- 42 GLA 49/1471.
- 43 Wie Anm. 48.
- 44 GLA 237/2750, 237/2778.
- 45 GLA 236/8578, S. 104.
- 46 GLA 49/1471, S. 324 ff., 236/8500, 236/8501.
- 47 GLA 240/1402.
- 48 GLA 234/1641, 240/1402.
- 49 Ebda.
- 50 GLA 234/1641.
- 51 GLA 236/8549, S. 9.
- 52 GLA 237/16844, S. 50.
- 53 GLA 236/8578, S. 326 ff.
- 54 GLA 236/8578.
- 55 GLA 239/4957, S. 184 f.
- 56 STAF A27/3/173.
- 57 GLA 40/1471, S. 324.
- 58 Wie Anm. 65.
- 59 GLA 236/16007, S. 12.
- 60 Wie Anm. 65.
- 61 L. Lauppe, a. a. O., S. 481.
- 62 Wie Anm. 65 und GLA 237/3162, S. 9–15.
- 63 GLA 237/2778.
- 64 GLA 236/8578, S. 202, 298.
- 65 Langsdorffer Chronik, S. 23 (diese Chronik wird im ev. Pfarramt in Lichtenau aufbewahrt), L. Lauppe, a. a. O., S. 453, 457.
- 66 Alle Geburts- und Todestage der Personen sind den Familienbüchern des ev. Pfarramtes Lichtenau entnommen.
- 67 STAF B713/8/941.
- 68 STAF A 27/3/174.
- 69 GLA 236/8578/S. 359.
- 70 GLA 229/73869, S. 184, Großherzoglich Badisches Anzeigebblatt für den Mittelrheinkreis. Jahrg. 1848, Seite 537.
- 71 GLA 234/16844–16845, 233/31153, S. 89 u. 98, 247/38, S. 33. 69 N Lutz Nr. 2 in der Karlsruher Zeitung vom 1. u. 2. 8. 1849.
- 72 Wie Anm. 65.
- 73 Wie Anm. 66.
- 74 Wie Anm. 65.

„... doch ich warte, bis Freunde endlich mir öffnen die Kellertür“

Die Erinnerungen des Oberacherer Bürgermeisters Raimund Baumann an die Badische Revolution 1848/49¹

Reiner Vogt

Am 26. Januar 1877 wurde in Oberachern ein Mann zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt, der fast 30 Jahre zuvor Zeitzeuge von Ereignissen war, die in unserem badischen Heimatland eine große Begeisterung für die revolutionären Ideen entfachte – nach Niederschlagung derselben aber auch die Vergeltung der reaktionären Kräfte in Gestalt der preußischen Soldaten zur Folge hatten (das bekannte „Badische Wiegenlied“ schildert treffend diese Zeit).

Der 1877 gewählte und am 13. Februar desselben Jahres amtlich verpflichtete Bürgermeister war Raimund Baumann. Sechs Jahre später, am 15. März 1883, sprachen ihm die Bürger für eine weitere Amtsperiode das Vertrauen aus, welche am 16. Juli 1889 endete. Gegen Ende seiner Zeit als Bürgermeister blickte er 40 Jahre zurück – als die Revolution 1848/49 mit seinem Aufenthalt in den Kasematten der Festung Rastatt sein weiteres Leben maßgeblich prägte – indem er seine Aufzeichnungen am 1. Juli 1889 in einer dem Oberacherer Dorfbuch² ähnlichen Chronik festhielt:

Im Jahr 1848 Monat April sind Freischaren unter Führung ihres Kommandanten Hecker im Oberland gegen die Gr. Regierung aufgetreten, der Aufstand wurde im Entstehen vernichtet und mehrere Gefangene gemacht, welche in die Festung Rastatt verbracht wurden. Im Spätjahr hatte Struve Freischaren gesammelt, bei Staufen ein Treffen geliefert, wurde aber gefangen genommen und nach der Festung Rastatt verbracht, wo er gefangen gehalten wurde bis Mai 1849.

Im Jahr 1849 am 12ten Mai³ brach in der Garnison Rastatt eine Revolution aus, welche sich über das ganze Land ausdehnte, die meisten Soldaten sind von ihrem Landesherrn, dem Großherzog, und den Offizieren abgefallen, Offiziere und Soldaten stunden bewaffnet einander gegenüber, es sind Kanoniere mit Richtbäumen von Gechützen gegen ihre Vorgesetzten vorge-



Badische Fußartillerie

gangen, damals traurige Ereignisse. Zwei Batterien Artillerie hatten andern Tags nicht einen Offizier mehr, so mehrere Tage, dann wurden aus den Unteroffizieren Offiziere gewählt, aus den Gemeinden Unteroffiziere, die Disuplin (= Disziplin) der Soldaten wurde immer lockerer, die Meuterer stärker.

Das Militär wurde nach Mannheim, Ladenburg, Weinheim, Waghäusel beordert, wo preussisches und hesisches Militär gekommen, um den badi-schen Aufstand zu unterdrücken.

Das bad. Militär wurde dann zurückgedrängt bis Rastatt. Da blieb eine Besatzung, die andern lieferten gegen die ankommenden Preusen bei Kuppenheim ein Treffen, zogen sich dann landaufwärts zurück und kamen bis in die Schweiz. Ich Unterzeichneter war damals als Kanonier in Rastatt, habe bereits alles mit angesehen.

Am 29ten auf 30ten Juni wurde die Festung von preussischen Truppen ganz eingeschlossen, am 5ten Juli schickten die Preusen einen Parlamentär an den Festungskommandanten⁴ mit der Anforderung, die Festung zu übergeben, welches abgelehnt wurde. Am 7ten Juli des Morgens um 2 Uhr fiengen die Preusen an, die Stadt zu beschiesen, allwo das Gasthaus zum Waldhorn mit mehrere anstoßenden Gebäuden und Oekonomiegebäuden alsbald in Flammen standen, welche alsbald wieder gelöscht wurden.

Am 8. Juli wurde die Beschiesung wiederholt erneuert, worauf am selben Tag mittags 12 Uhr ein Ausfall beim Bahnhof über die Bahn gegen den nahegelegenen Wald hierzu gemacht wurde, gegen Abend wurde das Dorf Niederbühl beschossen, wo die Kirche und etwa 30 Häuser verbrannten, weitere Ausfälle kamen nicht mehr vor, nur einzelne Schüsse wurden gegenseitig gewechselt.

Ende 1852 schreibt dazu der damalige Bürgermeister Joseph Stockinger⁵, daß man vom Bienenberg⁶ aus das nächtliche „Kanonieren“ der Stadt sehen konnte – angesichts der Entfernung Oberacherns kann man sich ein Bild davon machen, wie intensiv diese Beschießung durch die preußische Artillerie war. Baumanns Erinnerungen setzen sich fort:

Am 23ten Juli wurde dann die Festung auf Gnade und Ungnade an das preussische Militär Kommando übergeben, allwo die ganze Besatzung, etwa 3500 Mann Militär und etwa 1500 Mann Bürgerwehr⁷, in Kriegsgefangenschaft geraten sind, es war an einem Montag gegen Abend am nächsten Mittwoch Mittag, teilweise auch erst donnerstag Vormittags, wurde uns Speise gebracht, ich war als Kriegsgefangener in der Festung bis 31ten August, wo ich dann beurlaubt wurde.

Während dieser Zeit hatten wir gelegenheit zum dichten, allwo folgende Verse geschrieben wurden:

1
*Ein Parlamentär ist angekommen
die Festung sollt übergeben,
sonst wird die Besatzung drin
einer Strafe nicht entgehen.*

2
*Traurig legten wir die Waffen nieder,
um Verschonung dieser Stadt,
abgeschwächt waren unsre Glieder,
als man uns bracht in Kassematt.*

3
*Man führte uns in die Kassematten,
um dort die Strafe auszustehen,
und nur den Kummer, den wir hatten,
war noch einmal nach Haus zu gehen.*

4

*Wär im Kreuz nicht Selbstmord schändlich,
gewiß das Leben nähm ich mir,
doch ich warte bis Freunde endlich
mir öffnen diese Kerkertür.*

5

*Die Stunden nahen, sie werden kommen,
wo uns geöffnet diese Pfort,
mein Herz es schlägt so sehr beklommen
nach meinem lieben Heimaths Ort.*

6

*Seid nur getrost, ihr deutschen Brüder,
gefangen sind wir nicht lang hier,
wir singen wieder frohe Lieder
im Heimatsorth bei Wein und Bier.*

7

*Wenn unsere Eltern gleich nicht wissen
ob wir gefangen oder tod,
wenn sie uns auch gleich vermissen,
so essen wir doch trocken Brod.*

8

*Jammert nicht, ihr deutschen Brüder
in den dunklen Gewölben da,
bald ertönen frohe Lieder;
Gott der Schöpfer ist uns nah.*

9

*Komm ich ins Heimathorth einmal
zu Freunde und zu Brüder,
befreit von diesem Jammerthal,
nun sehen wir uns wieder.*

10

*In Rastatt in den Kassematten
ruhte man nicht die halbe Nacht,
es wurden oft nach Flöh und Ratten
eine schöne Jagd gemacht.*

11
*Schon manchen harten Kampf erlebt,
schon lang im Kerker gessen,
jetzt muß man das, was Herz noch hebt,
die Linsensupp noch essen.*

12
*Es gieng nun das Erschiesen an
und alles war vergeben,
ein mancher Kriegersmann
mußte lassen hier sein Leben.*

13
*Der Guverneur ward vorgestellt,
sollt Rechenschaft jetzt geben,
das Urtheil ward im gleich befällt,
er wurde bestraft beim Leben.*

Nach Übergabe der Festung wurde ein Kriegsgericht eingesetzt, schon am 7ten August wurde die erste Standgerichtssitzung gehalten, das Rastatter Standgericht bestand nur aus damals preusischen Militärs, und zwar aus einem Major, einem Hauptmann, einem Premier- und Sekundolieutenant, einem Feldwebel, einem Unteroffizier und einem Gemeinen.

Verzeichniß

der bei der bad. Revolution im Jahr 1849 betheiligten und in besondere Vorkommnisse vorgekommenen Betheilungen von Gr. Bad. Standgericht zum Tod verurtheilten und erschossenen Personen:

A) in Mannheim

- 1. Trützscher Wilhelm Adolf aus Gotha am 14ten August*
- 2. Höfer Karl von Bremen, Amt Gerlachsheim, Volksschullehrer, am 16ten August*
- 3. Lacher Peter von Bruchsal am 28ten August*
- 4. Dietz Heinr., Blechschmied, aus Schneeberg, Königr. Sachsen, am 20ten September*
- 5. Streuber Valentin, Bürger in Mannheim, am 11ten Oktober*

B) in Rastatt

- 1. Elsenhans Ernst, Literat von Feuerbach Württemberg, am 7ten August*
- 2. von Biedenfeld Ernst, preus. bad. Major, am 9ten August*
- 3. Tiedemann Gustav Nikol. von Landshut, ehem. Gr. Bad. Lieutenant, am 11ten August*

4. Heilig Konrad von Pfullendorf, Gr. bad. Artilleriewachmeister, am 11ten August
5. Bönning Georg (am 17ten August) von Wiesbaden, früher nassauischer Offizier, zuletzt Oberst der s.g. Schweizer Legion (diese bestand aus deutschen Arbeiter vieler Länder, welche damals in der Schweiz gearbeitet habe und haben sich der bad. Revolution angeschlossen, es waren sogar Ungar dabei).
6. Lenzinger Konrad von Durlach, Corporal, am 17ten August
7. Zenthöfer Philipp, Büchsenmacher von Mannheim, Kanonier, am 25ten August
8. Bernigan aus Köln, ehemals Lieutenant, am 20ten Oktober
9. Jansen aus Köln am 20ten Oktober
10. Jakobi Karl, Schreiner von Mannheim, am 3ten September
11. Kunis Karabinier aus Pforzheim, bad. Dragoner, am 14ten September
12. Günthard von Konstanz, Soldat, am 22ten September
13. Jäger von Aglasterhausen, Soldat, am 22ten September
14. Bauer Gottfried von Gisigheim, Pionier, am 4. Oktober
15. Kilmarx von Rastatt, Soldat, am 8ten Oktober
16. Kohlbecker von Karlsruhe, Soldat, am 8ten Oktober
17. Schrader, königl. preussischer Soldat, am 20ten Oktober

C) in Freiburg

1. Dortü Johann Ludwig aus Potsdam am 31ten Juli
2. Neff Friedrich von Rümplingen bei Lörrach am 9ten August
3. Kroner Gebhard von Bombach, Soldat, am 21ten August

Neben den hier aufgeführten erschossenen sind aber soviel aus andern Ländern, welche hier nicht verzeichnet, sind gerade in den Wallgräben der Festung erschossen und begraben worden.

Zu vorstehenden wird bemerkt, daß schon 1848 die Meuterei zur Einleitung der Revolution im Lande stattgefunden hat, wäre die Regierungs- und Militärbehörde in der Zeit ernsthafter gegen die Meuterei eingeschritten, dann wäre die Revolution vielleicht nicht oder nicht sobald ausgebrochen.

Ein Jahr wie 1849 darf nicht der Vergessenheit anheim fallen.

Oberachern den 1ten Juli 1889

*Raimund Baumann, Bürgermeister
im Jahr 1848 bis 1860 Kanonier*

Der bereits erwähnte Bürgermeister Joseph Stockinger bemerkt am 23. Dezember 1852 zu der Besetzung Badens durch preußische Truppen: *Der Kriegszustand trat ein und mit ihm auch seine Folgen; hunderte wurden verhaftet und zur Flucht genöthigt, hunderte entflohen nach Amerika, welche nicht mehr ihr Vaterland betreten dürfen. Preußen, Darmstädter und andere norddeutsche Kriegsvölker durchzogen unser engeres Vaterland und es war eine schwer Prüfungszeit, unmenschliches der Stadt und Umgegend von Rastadt.*⁸ *Auch Oberachern hatte viel Einquartierung und Lieferung. Der Kriegszustand dauerte drey Jahre mehr und eweliche Zeit, in Rastadt nach Übergabe der Festung an die Preußen viele erschossen wurden, namentlich viele Auländer.*⁹

Anmerkungen

- 1 Stadtarchiv Achern (Oberachern)
- 2 Oberacherer Dorfbuch: in dieses Buch wurde seit dem Ende des 15. Jahrhunderts mit der damaligen Dorfordnung bis ins 19. Jahrhundert von den jeweiligen Chronisten alles eingetragen, was ihnen wichtig erschien, wie z. B. Naturkatastrophen, Kriegsereignisse, Ordnungen und Vorschriften u.v.m., Inhalt bearbeitet von Reiner Vogt 1994–97, Stadtarchiv Achern (Oberachern).
- 3 Die Meuterei brach bereits am 11. Mai aus, am folgenden Tag war aber die Festung vollständig in der Hand der Soldaten (aus: „Unter dem Greifen – altbadisches Militär von der Vereinigung der Markgrafschaften bis zur Reichsgründung 1771–1871“, 1984).
- 4 Festungskommandant Tiedmann.
Dazu z. B. Alfred Georg *Frei/Kurt Hochstuhl*: „Wegbereiter der Demokratie – Die Badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit“, 1997
- 5 Bürgermeister Stockinger hat seine Eintragungen in dasselbe Buch niedergeschrieben wie Raimund Baumann (GAO)
- 6 Vom Bienenberg – dem Oberacherer Hausberg, auch der „Bienenbuckel“ genannt –, hatte man früher einen weiteren Rundblick ins Land als heute, was auch zur Folge hatte, daß seit dem späten Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert ein Wächter einen Posten darauf hatte, um die Achertäler Bevölkerung vor nahendem Kriegsvolk zu warnen.
- 7 nicht genannt wird die Anzahl der Freischaren. Laut „Wegbereiter der Demokratie . . .“ waren es 6000 Mann, davon $\frac{3}{5}$ badische Linien Soldaten und $\frac{2}{5}$ Volkwehr- und Freikorpsstruppen.
- 8 Abweichungen der Aufzeichnungen von R. Baumann von dem Verzeichnis in „Wegbereiter der Demokratie – . . .“, welches folgende Daten enthält:
 - Tod des Ernst Elsenhans am 17. August, des Konrad Lenzinger am 25. August, des Gottfried Bauer am 22. September und des Karl Jakobi am 11. August, bei Karl Höfer, Heinrich Dietz, Valentin Streuber und Andreas Kunis bzw. Cunis steht kein Datum
 - hier lautet der Name Georg Böhning
 - Bernigan stammt aus Mühlhausen
 - Johann Ludwig Dortü wird hier als Max Dortu bezeichnet.
 - Ergänzung von Vornamen: Jäger Peter, Günthard Joseph
- 9 Wie Anm. 5.

Oberharmersbach und die Revolution von 1848/49

Karl-August Lehmann

Die politischen Veränderungen in der Folge der Napoleonischen Herrschaft brachten für das Reichstal Harmersbach das Ende einer über Jahrhunderte hinweg gewachsenen politischen Ordnung. Die direkten Auswirkungen – Ende der Reichsunmittelbarkeit, Teilung des Tales in zwei Gemeinden, Rekrutierungen, Kriege und Kontributionen¹ – waren für die Menschen kaum etwas Neues, weil sie auch bisher schon mit der drückenden Last der Kriegsabgaben und der politischen Bevormundung durch die Talobrigkeit leben mußten.

Die Alltagssorgen überdeckten alle anderen Interessen, weil wichtige politische Entscheidungen im fernen Karlsruhe fielen und in der Gemeinde nach wie vor die begüterten Familien den größten Einfluß besaßen. Die Reformansätze (Selbstverwaltung der Gemeinde, Neuregelung des Zunftwesens im VI. Konstitutionsedikt der badischen Regierung 1808, Ablösung des Allmendwaldes und der Feudallasten) brachten keine durchgreifenden Verbesserungen der bisherigen Lebensbedingungen.

Die Bevölkerung wuchs ständig. Zählte man noch um das Jahr 1800 rund 1.400 Einwohner im Obertal, der späteren Gemeinde Oberharmersbach, so erreichte der Bevölkerungsstand des Ortes mit 2.412 Einwohner im Jahre 1850 den höchsten Stand im 19. Jahrhundert². Der Mangel an Arbeitsplätzen, die Hungerkrisen sowie periodisch wiederkehrende Teuerungswellen wie die vor allem in den 1840-er Jahren verschärften die wirtschaftliche Situation. Armut war weit verbreitet. Die Oberharmersbacher lebten überwiegend am Rande des Existenzminimums. Daß bereits zu dieser Zeit die in anderen Regionen einsetzenden Auswanderungswellen die Gemeinde Oberharmersbach noch nicht erfaßt hatten, lag an der weitverbreiteten Heimarbeit der „Granatschleiferei“. Sie ermöglichte mehreren hundert Einwohnern über Jahrzehnte hinweg einen zusätzlichen Verdienst und linderte die schlimmste Not.³

Die Nachricht von der „Pariser Februarrevolution“ 1848 löste in Berlin und Wien, den Hauptstädten der beiden Großmächte Preußen und Österreich, aber auch in den Mittel- und Kleinstaaten des Deutschen Bundes revolutionäre Bewegungen aus.⁴ In Baden tagten Bürgerversammlungen und verfaßten Petitionen. Bereits am 10. September 1847 hatten die südwestdeutschen Demokraten im „Offenburger Programm“ die Verwirklichung von Grundrechten, Wiederherstellung der verletzten Verfassung und mehr so-

ziale Gerechtigkeit verlangt. Von den Städten ausgehend erfaßte die Bewegung allmählich auch die Landbevölkerung.

Die Forderungen nach durchgreifenden Reformen hätten eigentlich auch die Oberharmersbacher Bevölkerung mehrheitlich ansprechen müssen. Doch die überwiegend konservative Haltung überdeckte die wirtschaftliche Not. Als Beispiel dafür läßt sich der Vorgang um die Oberharmersbacher Bürgerwehr anführen, die vermutlich um 1830 in Anlehnung an die Tradition des Reichstales wieder ins Leben gerufen worden war und zu deren Hauptaufgabe das Ausrücken an weltlichen und kirchlichen Festen gehörte. Das Gesetz vom 1.4.1848 sah vor, in allen Orten Bürgerwehren zu gründen und bereits bestehende umzuorganisieren. Das Ziel der neuen Wehren war klar vorgegeben: *...die Verteidigung des Vaterlandes, der Verfassung und der durch die Gesetze gesicherten Rechte und Freiheit gegen innere und äußere Feinde...* Der badische Landtag, wollte mit diesem Gesetz eine organisierte Truppe, die sich für das freiheitliche Gedankengut einsetzte. Doch für die Oberharmersbacher Wehr galt wohl, was auch für die meisten anderen maßgebend war, nämlich eine zuverlässige Stütze des Obrigkeitsstaates zu sein. Der Oberharmersbacher Bürger, ob uniformiert oder nicht, blieb Untertan, vielleicht nur widerwillig, aber es war eben nicht mit seinem überwiegend religiös gefestigten Weltbild in Einklang zu bringen, gegen den Großherzog zu Felde zu ziehen.

Um dies zu unterstreichen, soll die Kontroverse um die Entwaffnung der Bürgerwehren nach der Niederschlagung des badischen Volksaufstandes kurz gestreift werden. Der Armeebefehl des preußischen Prinzen Wilhelm („Kartätschen-Prinz“), des späteren deutschen Kaisers, vom 26.6.1849 ordnete die Entwaffnung aller Wehren, außer der Karlsruher und der Sipplinger Wehr, an. Bis heute hält sich das Gerücht, die Bürgerwehren in Bad Peterstal, Oberharmersbach, Reichenau, Unterharmersbach und Zell a.H. seien wegen ihrer Treue zum Großherzog nicht entwaffnet worden⁵, wofür sich allerdings keine Belege finden lassen. Da in der Nachbarstadt Zell a.H. die revolutionären Ideen begeistert aufgenommen wurden⁶, ist die Auflösung der dortigen Wehr anzunehmen, denn etliche Zeller Bürger kämpften in der Revolutionsarmee. Für die Wehren in Oberharmersbach und Unterharmersbach gilt die Entwaffnung ebenso, obwohl der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit nur schwer zu erschüttern war. Außerdem förderten die kursierenden Gerüchte über mögliche Revolutionsziele nicht gerade die Bereitschaft der Bevölkerung, den radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu beschleunigen. Aber die Ereignisse in Baden und anderswo blieben nicht ganz ohne Wirkung auf Oberharmersbach. Einige setzten sich für die Verwirklichung der revolutionären Bewegung aktiv ein und marschierten als Soldaten auf der Seite der Revolution.

Es kommt nicht von ungefähr, daß der Großteil der hiesigen Aufständischen Tagelöhner waren. Rund ein Dutzend Harmersbacher griff zu den Waffen. Georg Armbruster, Conrad Benick, Josef Bruder, Jakob Echtele, Celestin Eisele, Josef Faist, Stefan Huber, Bernhard Isemann, Johann Isemann, Thomas Lehmann, Wilhelm Lehmann und Matheus Mayer waren im Juli 1849 als politische Gefangene in den Kasematten der Rastatter Festung inhaftiert. Gegen alle liefen Ermittlungsverfahren wegen *Hochverrats und Teilnahme am Kampf*⁷ gegen die preußischen Interventionstruppen. Die vom Oberamt Rastatt geführten Untersuchungen dauerten mehrere Monate, führten aber in keinem der Fälle zu einer Verurteilung. Die Akten tragen den Vermerk *beruht auf Hofgerichtserlaß*.

Anmerkungen

- 1 GA (Gemeindearchiv) IV 3/3, 1814; IX 1, 1825; der Schuldenstand betrug damals immer noch 3.006 fl 36 x, die von den Napoleonischen Kriegen herrührten.
- 2 *Lehmann*, Karl-August Harmersbach. Die Gemeinde Oberharmersbach 1812-1991, Band II, 1991, S. 302.
- 3 *Lehmann*, Harmersbach II, S. 282 ff. Der aus Böhmen importierte „Pyrop“, ein Halbedelstein, wurde seit Mitte des 18. Jahrhunderts im Tal verarbeitet. Da nach 1879 Italien, wohin hauptsächlich exportiert wurde, die Zollbestimmungen änderte, kam die Heimarbeit innerhalb weniger Jahre völlig zum Erliegen.
- 4 *Vollmer*, Franz X. Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden, Frankfurt 1979, S. 66.
- 5 *Lehmann*, Harmersbach II, S. 16.
- 6 *Kopp*, Thomas (Hrsg.: Josef Heisch) Die Heimat spricht, Zell a.H. 1995, S. 279 ff.
- 7 GLA (Generallandesarchiv) 237/2752; 237/2724; 237/2711.

Die Stadt Oberkirch in den Revolutionsjahren 1848/49

Hans-Martin Pillin

Die Ereignisse der Revolutionsjahre 1848/1849 strahlten in starkem Maße auf die Bürgerschaft der Stadt Oberkirch aus und entfachten bei ihr eine Aktivität, die in der Geschichte der Stadt ohne Beispiel ist. Alle bedeutsamen Fragen der Revolution wurden in dieser badischen Kleinstadt lebhaft diskutiert, und nahezu jeder revolutionäre Vorgang, der sich in den großen Brennpunkten der Revolution abspielte, löste entsprechende Reaktionen unter der Bürgerschaft Oberkirchs aus. Infolgedessen kann das Typische der badischen Revolution von 1848/49 deutlich anhand der Ereignisse in Oberkirch studiert werden.

Auf der Suche nach den **Ursachen** dafür, daß Oberkirch zu denjenigen Gemeinden des Großherzogtums Baden gehörte, die am stärksten durch die Revolution „aufgewühlt“ wurden,¹ gelangt man zu dem Erkenntnis, daß mehrere Faktoren das Eintreten der Bürger Oberkirchs für die Sache der Revolutionäre auslösten.

Einmal muß in Betracht gezogen werden, daß die Stadt Oberkirch in den badischen Staat eingebettet war, der eine lange Grenze zu Frankreich hatte, wo im Februar 1848 erneut eine Revolution ausgebrochen war, in deren Verlauf unter anderem Forderungen nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit aufgestellt wurden.

Die beiden Rädelsführer der Oberkircher Bürgerschaft, die Rechtsanwälte Max Werner und Friedrich Frech, treffen wir in den beiden Revolutionsjahren mehrfach in Straßburg an, wo sie sich in kritischen Situationen in Sicherheit fühlen konnten und von wo aus sie mit ihren französischen Gesinnungsfreunden neue revolutionäre Aktionen planten.² Aber auch andere Oberkircher Bürger kamen während der Revolution hin und wieder nach Straßburg. So wurde beispielsweise am 8. September 1848 von Oberkirch aus eine Abordnung zu Hecker nach Straßburg entsandt, um ihm vor seiner Emigration nach den USA Abschiedsgrüße zu überbringen.³

Impulse bekam die freiheitliche Bewegung in Oberkirch neben der räumlichen Nähe Straßburgs bzw. Frankreichs auch durch die Unzufriedenheit weiter Kreise der Stadt mit der Struktur des badischen Staates. Zur Erhärtung dieses Sachverhaltes sei auf die Petition der Stadtgemeinde Oberkirch vom Winter des Jahres 1848/1849 verwiesen,⁴ in der die Abschaffung der ersten Kammer (= Adelskammer), die Auflösung der zweiten Kammer

(= Volkskammer) und die Einberufung einer einzigen gesetzgebenden Kammer gefordert wurde. Mit Mißfallen betrachteten die Oberkircher Republikaner außerdem das Zensuswahlssystem, das den Wahlen zur zweiten Kammer zugrundegelegt wurde, weil es die Wohlhabenden bevorzugte.

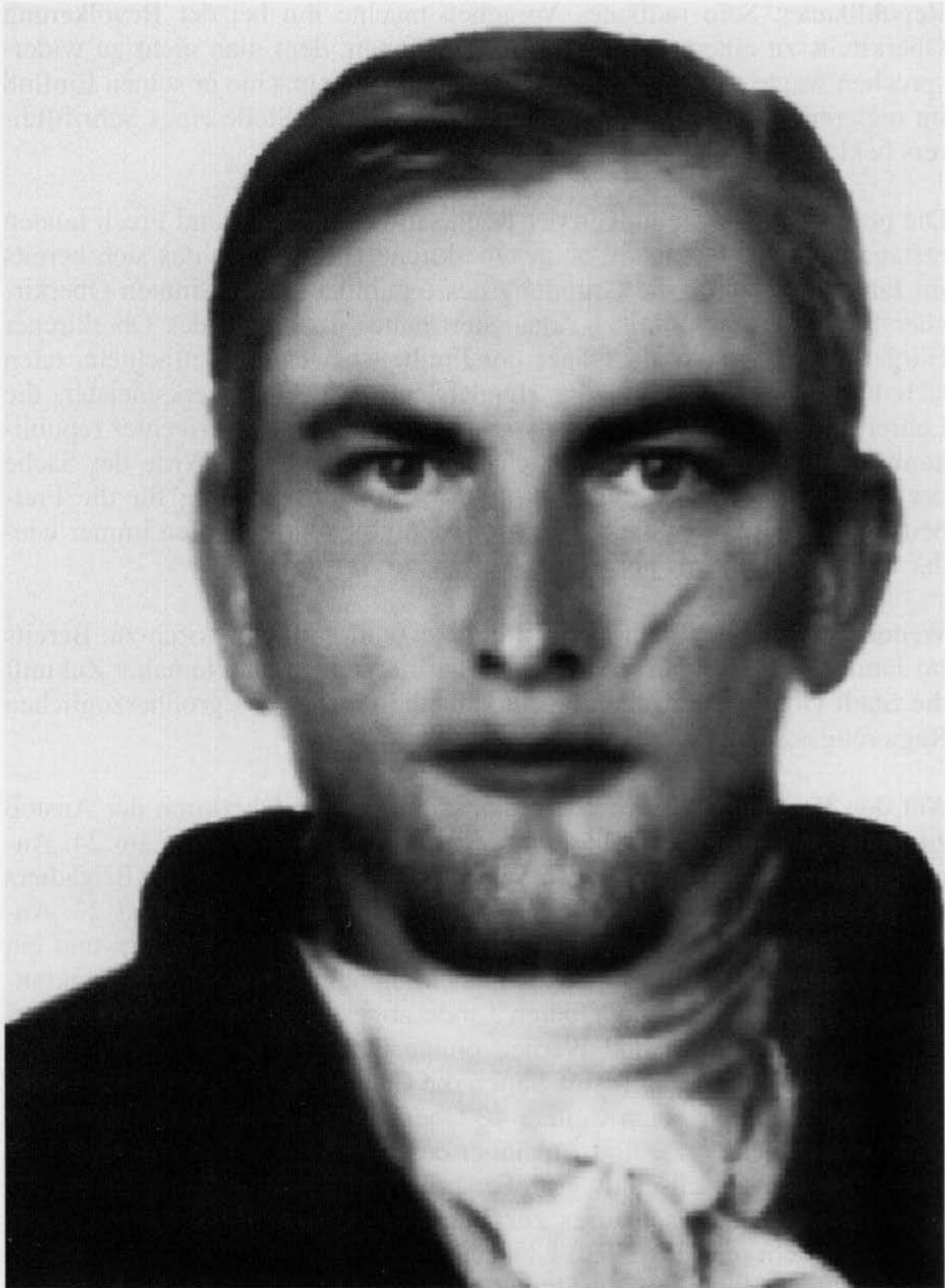
Kritik brachten die republikanisch gesinnten Bürger Oberkirchs überdies der starren Bürokratie des großherzoglichen Staates entgegen. Die bürokratische Staatsdienerschaft, mit der die Bürger Oberkirchs unmittelbar konfrontiert wurden, denn in ihrer Stadt war der Sitz eines der großherzoglich-badischen Ämter, hatte sich der Stadtbevölkerung gegenüber weitgehend entfremdet und mußte sich folglich im Verlauf der Revolution die Forderung nach der Abschaffung des *Heeres von Beamten* gefallen lassen.⁵

Indirekte Auswirkungen auf das Verhalten der Oberkircher Bürgerschaft hatte auch die große Wirtschaftskrise von 1845 bis 1847. Sie traf vorab das selbständige Kleingewerbe der Stadt, denn die Mißernten nahmen dieser Schicht die Möglichkeit zu begrenzter Selbstversorgung bei schnell steigenden Lebensmittelpreisen und zurückgehenden Aufträgen. Obgleich die Wirtschaftskrise in Oberkirch nicht zu revolutionären Aktionen führte, so nährte sie dennoch auch bei den nicht unmittelbar Betroffenen die Überzeugung, daß etwas faul sei im Staate Baden und im Deutschen Bund.⁶

Die entscheidenden Voraussetzungen für die freiheitliche Bewegung in der bürgerlichen Kleinstadt Oberkirch schufen zweifellos die beiden bereits genannten Oberkircher Rechtsanwälte Max Werner und Friedrich Frech.

Max Werner, ein Mann von untersetzter Statur, mit hellbraunen Haaren, grauen Augen, einem braunen Bart und mit einer Hiebnarbe im Gesicht⁷ – inzwischen gibt es ein Phantombild von ihm – verstand es, als radikaler Republikaner sich durch seine rhetorische Gewandtheit und durch seine juristischen Kenntnisse sowohl in Oberkirch als auch in allen maßgeblichen Gremien der badischen Revolutionäre großen Einfluß zu verschaffen. Auf der Offenburger Versammlung vom 13. Mai 1849 wählte man ihn zum Mitglied des Landesausschusses, beim Oberkommando im Hauptquartier der Armee hatte er die Stelle eines Zivilkommissärs inne, als Mitglied der konstituierenden Versammlung wurde er zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden ernannt, und schließlich übernahm er als Mitglied des Direktoriums die Leitung des Kriegsministeriums.⁸

Dieselbe politische Gesinnung wie Max Werner vertrat Friedrich Frech, der wie Werner in Oberkirch eine Anwaltspraxis betrieb. Besonders er mobilisierte die Oberkircher Bürgerschaft durch seine *zu Haß und Verachtung gegen die Regierung gerichteten aufreizenden Reden* für die Sache der



Phantombild des Oberkircher Revolutionärs Max Werner, das 1997 angefertigt wurde aufgrund einer Fahndungsbeschreibung von 1850 und eines veröffentlichten Steckbriefs von 1850 (GLA 236/8572/96, Bl. 227, Bl. 288, Bl. 316; vgl. A. Werner, Maximilian Werner aus Oberkirch und die badische Revolution 1848/49, in: Die Ortenau 73, 1993, S. 364, S. 365).

Republikaner. Sein radikales Vorgehen machte ihn bei der Bevölkerung Oberkirchs zu einem gefürchteten Demagogen, dem man nicht zu widersprechen wagte. Über die Stadt Oberkirch hinaus machte er seinen Einfluß im regierenden Landesausschuß geltend, wo er die Stelle eines Schriftführers bekleidete.

Die politischen Vorstellungen der Rechtsanwälte Werner und Frech fanden erstaunlich schnell Zugang beim Oberkircher Bürgertum, das sich bereits im Jahre 1842 durch die Gründung des republikanisch gesinnten Oberkircher Bürgervereins politisch organisiert hatte.⁹ Innerhalb des Oberkircher Bürgertums, das sich als Träger der Freiheitsbewegung betrachtete, taten sich besonders die Wirte, die Handelsleute, die Handwerksmeister, die Lehrer und die in der Stadt ansässigen Akademiker als Verfechter republikanischer Ideen hervor.¹⁰ Daß sich fast alle Oberkircher Wirte der Sache der Revolution verschrieben, wurde von großer Bedeutung für die Freiheitsbewegung in der Stadt Oberkirch, denn die Wirte stellten immer wieder ihre Gasträume als politisches Forum zur Verfügung.

Wenden wir uns nun dem **Verlauf** der Revolution in Oberkirch zu. Bereits im Jahre 1847 lassen sich Anzeichen dafür erkennen, daß in naher Zukunft die Stadt Oberkirch ein Aktionsfeld für die Gegner des großherzoglichen Regierungssystems würde.

Auf den Personenkreis, von dem aus schließlich in Oberkirch der Anstoß zum Handeln ausgehen sollte, wurde die badische Regierung am 24. August 1847 aufmerksam, und zwar über einen Bericht des Brigadiers Berger.¹¹ Dieser schrieb nach Karlsruhe, daß am Nachmittag des 23. August 1847 gegen 15.30 Uhr der Abgeordnete Richter aus Achern und ein gewisser Advokat Strube (= Struve) aus Mannheim in Oberkirch angekommen und im Gasthaus zur Oberen Linde abgestiegen seien. Die Oberkircher Advokaten Frech und Werner, einige Oberkircher Bürger sowie der Offenburger Bürgermeister Réé hätten die Gäste daselbst empfangen. Nach Ablauf einer Stunde seien weitere 40 Oberkircher Bürger, Wirte, Kaufleute, einige Gemeinderäte und Anhänger des bekannten Advokaten Frech zu der erwähnten Gesellschaft gestoßen. Sämtliche Anwesenden hätten im zweiten Stock des Gasthauses zur Linde an einem Gastmahl teilgenommen. Nachdem man bis 22.30 Uhr getagt habe, seien alle *in größter Ruhe* weggegangen. Bei dieser Zusammenkunft soll nach Auskunft des Rappenswirts Christ durchaus nichts Aufreizendes oder sonst Bemerkenswertes besprochen worden sein. Berger konnte demnach nicht in Erfahrung bringen, daß diese Zusammenkunft nichts anderes war, als eine Vorbesprechung zu der geplanten Offenburger Versammlung der entschiedenen Verfassungsfreunde vom 12. September 1847.

Das Signal zum Handeln gab zweifellos die bereits erwähnte Februarrevolution des Jahres 1848 in Frankreich. Sie machte sich in Baden zunächst in Volksversammlungen und Petitionen Luft, wobei es zu diesem Zeitpunkt bei der Formulierung der sogenannten Märzforderungen noch einmal zum Zusammenwirken von gemäßigten Demokraten, die z. B. eine konstitutionelle Monarchie für erstrebenswert hielten, und radikalen Anhängern der Republik kam.¹²

Die badische Regierung hielt es schließlich für opportun, den Liberalen entgegenzukommen. Sinnfällig kam dies in der Berufung liberaler Politiker, der sogenannten Märzminister, in das badische Kabinett zum Ausdruck.

In der Stadt Oberkirch war es bereits in den ersten Tagen des März 1848 zu Unruhen gekommen, die unverkennbar politischer Natur waren.¹³ In den Reihen des Bürgertums der Stadt erscholl der Ruf nach Freiheit und nach der Republik. Am Fastnachtssonntag, der 1848 auf Anfang März fiel, stellten Oberkircher Bürger eine schwarz-rot-goldene Fahne, das Symbol der Republik, beim Lokal des Oberkircher Bürgervereins auf.¹⁴ Am nächsten Tag hißte man diese Fahne beim Schrempp'schen Bierhaus, das außerhalb des Stadtzentrums lag, und am Dienstag nach dem Fastnachtssonntag brachte man die Fahne wieder zurück zum Lokal des Bürgervereins. Der schwarz-rot-goldenen Fahne sollen jeweils viele Oberkircher Bürger zusammen mit dem Bürgermeister und den Stadträten gefolgt sein, wobei die Teilnehmer des Zuges immer wieder gerufen haben sollen *Es lebe die Freiheit* und *Es lebe die Republik*. Die Bürger der Stadt schmückten sich überdies mit schwarz-rot-goldenen Kokarden und bekannten sich damit eindeutig zur Idee der Republik.

Der Bürgerschaft Oberkirchs scheint bald klar geworden zu sein, daß ihr Verhalten Repressalien von seiten der badischen Regierung zur Folge haben könnte. Dies geht unter anderem daraus hervor, daß der Oberkircher Stadtrat am 7. März 1848 eine Abordnung von Bürgern nach Straßburg schickte, wo sie im dortigen Zeughaus Waffen kaufen sollte. Dieser Gang war jedoch erfolglos, da das Straßburger Zeughaus nur auf Anweisung des badischen Bezirksamts in Oberkirch und nicht auf Weisung des Oberkircher Stadtrats Waffen herausgeben durfte. Die Oberkircher Schmiedemeister schmiedeten deshalb in aller Eile gestreckte Sensen, die sie auf dem Oberkircher Markt zum Kauf anboten.¹⁵

Inzwischen war die badische Regierung auf den Plan getreten, denn sie befürchtete, daß die *bedenkliche Stimmung*, die in Oberkirch und Umgebung herrschte, zu größeren Ausschreitungen führen könnte. Sie beauftragte

deshalb den großherzoglichen Hofgerichtsdirektor Dr. Christ, *sich sogleich nach Oberkirch zu verfügen, mit dem Amte daselbst sich über den Stand der Dinge ins Benehmen zu setzen und sodann durch Zusammenberufung der Bürger sie über ihre Pflichten zu belehren und zur gesetzmäßigen Ordnung zurückzuführen.*¹⁰ Die großherzogliche Regierung in Karlsruhe drohte der Stadt Oberkirch sogar mit der *Herbeiziehung einer Militair-Macht*, wenn die Mission Dr. Christs scheitern sollte.

Dr. Christ konnte es als Erfolg verbuchen, daß es nach seinem Weggang aus Oberkirch daselbst für einige Zeit ruhig blieb. Nachts patrouillierten von da an die Bürgerwachen durch die Straßen der Stadt; sie hatten den Befehl, Ruhestörungen sofort energisch entgegenzutreten.

Dem badischen Emissär war es jedoch nicht gelungen, den für einen dauerhaften Frieden erforderlichen Gesinnungswandel unter der Oberkircher Bürgerschaft herbeizuführen. Besonders deutlich bestätigte sich dies am 19. März 1848. Am Morgen dieses Tages machten sich etwa 130 Bürger der Stadt auf den Weg nach Offenburg, um an der für diesen Tag anberaumten Volksversammlung teilzunehmen. Die meisten Oberkircher Teilnehmer waren mit Gewehren ausgerüstet, ungefähr 20 trugen die bereits erwähnten gestreckten Sensen als Waffe mit sich.¹⁷

Mit dem Gedanken vertraut, daß Versammlungen und Vereine das Rückgrat der Revolution in Baden werden sollten, kehrte die Oberkircher Abordnung am Abend des 19. März 1848 nach Oberkirch zurück. Mit der Parole *Es lebe die Freiheit, es lebe die Republik* zogen die Oberkircher Demokraten in die Stadt ein. Offensichtlich waren sie von den in Offenburg verteilten Flugblättern inspiriert, die mit den Worten schlossen: *Fort mit den Fürsten und ihrem Anhang! Wir wollen uns selbst regieren, einig, frei und wohlfeil. Es lebe die Republik!*¹⁸

Neuen Auftrieb bekamen die Anhänger der Republik in der Stadt Oberkirch, als man in der Stadt den Termin für die auf den 2. April 1848 angesetzte Volksversammlung in Achern bekanntgab. Zu den Initiatoren dieser Versammlung gehörte auch der Oberkircher Rechtsanwalt Max Werner, der auf dem dort verteilten Flugblatt als gewähltes Mitglied des Kreis Ausschusses erscheint.¹⁹

Die badische Regierung betrachtete die Acherner Demonstration der Republikaner mit besonderem Argwohn. Sie war gewillt, gegen die Redner, die dort aufrührerische Reden hielten, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen.²⁰ Die harte Haltung der badischen Regierung wird verständlich, wenn man das Flugblatt studiert, das unter den Versammlungsteilnehmern verteilt

wurde. Es nennt alle wesentlichen Forderungen, die von den Revolutionären im ganzen deutschsprachigen Raum aufgestellt worden waren, nämlich die Forderung nach Grundrechten, nach Bildung eines deutschen Nationalstaates, nach einer parlamentarischen Demokratie nordamerikanischen Musters, nach Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, nach Abschaffung der Binnenzölle und Errichtung eines Schutzzolls nach außen. Es enthält aber auch einige Programmpunkte, die speziell auf die Verhältnisse der mittelbadischen Amtsstädte zugeschnitten waren. Dazu gehörte einmal die Forderung nach Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden und Ersetzung derselben durch ein auf der Grundlage der Selbstverwaltung ruhendes Gemeindegesetz, zum andern die Forderung nach dem uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsrecht des Volkes.

Wie begründet die zuletzt genannte Forderung aus der Sicht der Oberkircher Republikaner war, zeigte sich beispielsweise im September 1848, als die badische Regierung die Volksversammlung verbot, die am 24. September 1848 in Oberkirch stattfinden sollte.²¹

Neue Aktivitäten löste in der Stadt Oberkirch der **Heckerzug** aus. Hecker und Struve, die auf dem parlamentarischen Aktionsfeld in der Frankfurter Paulskirche unterlegen waren, faßten den Beschluß, den Schauplatz des Parlaments zu verlassen und die von ihnen erstrebten Ziele mit Waffengewalt zu erreichen: Mitte April 1848 wurde in Konstanz die Republik ausgerufen und der bewaffnete Vorstoß Heckers und Struves beschlossen. Unter möglicher Schonung der Bevölkerung rückten unter Führung Heckers und Struves 6000 Mann in drei Kolonnen von Donaueschingen, Konstanz und Lörrach auf Freiburg vor. Die Freischärlerkolonnen wurden jedoch bald in getrennten Gefechten bei Kandern, Freiburg und Steinen von den Truppen des 7. und 8. Bundeskorps geschlagen, das an Zahl, Ausrüstung, Disziplin und Führung den Freischärlern weit überlegen war.²²

Als in Oberkirch die Nachricht vom Vorrücken Heckers und seiner Freischärlerkolonnen verbreitet wurde, beschlossen die Bürger Oberkirchs und anderer Gemeinden der Ortenau, Hecker zu Hilfe zu eilen. Am 25. April formierte sich der Zug in Achern. Als Anführer wurden der Oberkircher Advokat Werner und der Acherner Arzt Habich bestimmt, die ihren Zug zu einem Zeitpunkt, als der Heckerzug schon aufgerieben worden war, über Kappelrodeck und Waldulm nach Oberkirch führten. Dort waren schon alle Empfangsvorbereitungen getroffen worden.²³ In der Nacht vom 24. zum 25. April hatte man überall in der Stadt Schildwachen aufgestellt, und Patrouillen waren ausgeschickt worden, die die Aufgabe hatten, mögliche Maßnahmen der in Oberkirch ansässigen Beamten des Bezirksamts Oberkirch zu vereiteln und diese Beamten genauestens zu überwachen.

Diese Vorkehrungen waren zweifellos angebracht, denn in der Nacht vom 23. zum 24. April hatten Oberkircher Bürger die Repräsentanten des badischen Staates in Oberkirch dadurch provoziert, daß sie eine hohe Ministerialverfügung, die am Oberkircher Rathaus öffentlich angeschlagen worden war, mit Kot bewarfen. Sie begründeten ihr Tun damit, daß diese Verfügung nur für die Amtmänner, jedoch nicht für das Volk gelte.²⁴

Drei Stunden weilten die etwa 200 Freischärler im Schrempp'schen Bierhaus, das außerhalb des Stadtkerns von Oberkirch lag. Dann zogen sie in Richtung Oppenau weiter.

Der von Werner und Habich geführte Freischärlerzug versetzte die Bewohner des Renchtales in eine derartige Unruhe, daß in einigen Ortschaften sogar die Sturmglocke geläutet wurde.²⁵

Die Freischärler waren noch nicht weit von Oberkirch entfernt, als sie die für sie unheilvolle Botschaft von der Niederlage der Freischärler Heckers bei Freiburg übermittelt bekamen.²⁶ Die Folge davon war, daß sich der Zug sofort auflöste und jeder versuchte, möglichst schnell und unbeobachtet nach Hause zu eilen.

Der Oberkircher Advokat Werner floh nach Straßburg, wo er vor den Zugriffen der großherzoglichen Polizei sicher sein konnte. Vermerkt sei in diesem Zusammenhang, daß Werner das Scheitern des Heckeraufstandes mit in seine Rechnung eingeplant hatte, denn er hatte kurze Zeit zuvor sein ganzes Vermögen durch Scheinverträge an seine nächsten Verwandten überschrieben. Den Beamten des badischen Staates wurde es somit unmöglich gemacht, Werners Privatbesitz zu konfiszieren.²⁷

Wie richtig Werner die Lage eingeschätzt hatte, das zeigte sich bereits am 20. April 1849. An diesem Tag waren drei Gendarmen nach Oberkirch gekommen, um dort Werner wegen seiner Teilnahme an einem revolutionären Auftritt in Offenburg zu verhaften. Bei dieser Aktion stellte sich die Bürgerschaft Oberkirchs uneingeschränkt hinter Werner. Zwischen 15 und 20 Bürger besetzten nämlich das Oberkircher Haus Werners in dem Augenblick, als die drei Gendarmen Werner verhaften wollten. Außerdem wollten die Anhänger Werners von den drei Gendarmen wissen, was sie denn hier zu suchen hätten. Der Brigadier Dewerth kam schließlich zu der Auffassung, daß ein Militärkommando von 200 Mann völlig aufgerieben würde, sobald es den Advokaten Werner verhaften wolle.²⁸

Werner konnte bald aus seinem französischen Exil zurückkehren, denn man hatte ihn bei der Wahl zur Paulskirchenversammlung in Frankfurt im

Wahlbezirk Offenburg, Gengenbach und Oberkirch zum Stellvertreter des Abgeordneten Rée, des Bürgermeisters von Offenburg, gewählt.²⁹ Man kann sich gut vorstellen, mit welcher Befriedigung die Anhänger Werners in Oberkirch den Erfolg ihres führenden Kopfes feierten.

Werners Mitstreiter, Rechtsanwalt Friedrich Frech, war inzwischen auch nicht untätig gewesen. Er profilierte sich immer mehr als Leiter des demokratischen Vereins von Oberkirch. Dieser Verein, dessen Vorstand der Oberkircher Bierbrauer Theodor Schrempp war, zählte etwa 30 Mitglieder, die offen das Zeichen der Republik an ihren Westen trugen. Um die Zahl der Mitglieder des demokratischen Vereins zu erhöhen, betrieb Frech eine rege Propagandatätigkeit, unter anderem durch ein Flugblatt mit dem Titel *Deutsches Rechnungsexemplar*, das er im April 1848 unter der Bevölkerung Oberkirchs verteilte. Möglicherweise wiegelte Frech damit gegen die deutschen Fürsten auf, die den Bürger nach seiner Meinung *über 70 Millionen Taler kosten*.³⁰

Durch das starke Engagement ihrer Bürger für die Sache der Demokraten machte die Stadt Oberkirch über die Stadtgrenzen hinaus immer mehr von sich reden. Diesem Tatbestand ist es wohl zuzuschreiben, daß man Oberkirch als Tagungsort für eine neue Volksversammlung bestimmte, die am 15. August 1848 im Schrempp'schen Bierhaus stattfand. Etwa 150 bis 200 Personen hatten sich angesagt, unter anderen auch Mitglieder der Straßburger Nationalgarde. Jedoch nur etwa 40 Personen zogen am besagten Tag in militärischer Uniform mit einer Fahne in Oberkirch ein. Ihnen schloß sich die begeisterte Oberkircher Volksmenge an. Als der Zug unter Musikbegleitung beim Schremppschen Bierhaus angelangt war, sangen alle Anwesenden das Heckerlied und ließen den berühmten Revolutionär mehrmals hochleben.³¹

Wie bedingungslos sich die Bevölkerung Oberkirchs der republikanischen Bewegung angeschlossen hatte, das bezeugte sie erneut am 29. August 1848, dem Geburtstag des Großherzogs von Baden. Weder Glockengeläute noch Böllerschüsse kündigten in diesem Jahr den Festtag in der Stadt Oberkirch an. Die Gruppe der Anhänger des Großherzogs war auf neun Personen zusammengeschrumpft. Unter ihnen befanden sich der Vorsteher des Amtes Oberkirch und seine Unterbeamten. Nur die erwähnten neun Personen nahmen an dem Zug teil, der wie jedes Jahr am Geburtstag des Großherzogs vom Oberkircher Amtshaus zur Pfarrkirche führte. Ostentativ blieben erstmals auch der Bürgermeister und der Stadtrat von Oberkirch der Zeremonie fern, obgleich sie vom Oberkircher Amtsvorstand schriftlich zur Teilnahme eingeladen worden waren. Selbst die Schulkinder durften auf Anweisung ihrer Eltern, übrigens gegen den Willen der Lehrer, sich nicht dem Zug zu Ehren des Großherzogs anschließen.

Nur wenige Tage sollten vergehen, bis sich den Bürgern Oberkirchs eine neue Gelegenheit bot, sich in Szene zu setzen, und zwar auf der Acherner Volksversammlung vom 10. September 1848. Am Morgen dieses Tages machten sich die Oberkircher Republikaner mit ihrer Fahne auf den Weg zum Versammlungsort.³²

In Achern hörten sie gewichtige Forderungen, wie diejenige nach der Auflösung der badischen Volks- und Adelskammer und der Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung; auch die Anwendung bewaffneter Gewalt zur Durchsetzung republikanischer Ziele wurde proklamiert; überdies sollte die politische Arbeit und Agitation in Vereinen, Volksversammlungen und Petitionen intensiviert werden; aber auch die Forderung nach dem Sturz der reaktionären Regierung wurde von einigen Rednern erhoben.

Als die Oberkircher Delegation am Abend des 10. September 1848 nach Oberkirch zurückkehrte, wurde sie mit Hochrufen auf Hecker und die Republik von der Bevölkerung empfangen. Angeregt durch die Eindrücke, die sie in Achern sammeln konnten, organisierten die Rückkehrer zusammen mit den Daheimgebliebenen, unter denen auch die *Weibslente und die Schulknaben* waren, am gleichen Abend einen Marsch durch die Stadt und vollführten vor der Wohnung des Rechtspraktikanten Beust, vor dem Amtshaus und nach 22 Uhr vor der Wohnung eines Rechtspolizeiassistenten eine „Katzenmusik“. Außerdem versuchten die Teilnehmer des Protestmarsches, den inhaftierten Oberkircher Freischärler Georg Stehler zu befreien.³³ Nur mühsam gelang es dem Oberkircher Bürgermeister und dem Brigadier Dewerth, die fanatisierte Volksmenge zu beruhigen und schließlich zum Heimgang zu bewegen. Bei seinen Beschwichtigungsversuchen mußte sich der genannte Brigadier folgende Bemerkung eines Oberkircher Stadtrates gefallen lassen: *Jetzt haben wir einen Volksstaat und keinen Polizeistaat mehr, in Karlsruhe sogar hat man inmitten der Bajonette einem Mißliebigen zweimal Katzenmusik gemacht, sohin wird es hier auch geschehen dürfen.*³⁴

Neuen Zündstoff lieferte der Bürgerschaft Oberkirchs der **Struveputsch** vom September 1848. Struve und seine Anhänger wollten eine allgemeine Massenerhebung ins Leben rufen, nachdem sie in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Frankfurt ihren Zielen nicht zum Durchbruch verhelfen konnten. Struves Ausgangspunkt war die Schweiz, von der aus er am 21. September 1848 den bewaffneten Aufstand nach Deutschland eintrug. Am selben Tag rief er vom Rathaus in Lörrach die Republik aus. Das Symbol ihrer Bewegung war die rote Binde, die übrigens auch in Oberkirch von den Mitgliedern des demokratischen Vereins getragen wurde. Struve ereilte jedoch bald dasselbe Schicksal wie vor ihm Hecker: Am

24. September 1848 trieben badische Truppen die Freischaren Struves bei Staufen auseinander. Struve wurde gefangengenommen und im März 1849 in Freiburg vor ein Schwurgericht gestellt, das ihn zu 8 Monaten Zuchthaus verurteilte.³⁵

Zwei Tage, nachdem Struve in Lörrach die Republik ausgerufen hatte, tauchte Advokat Werner, aus seinem Exil kommend, wieder in Oberkirch auf. Die Bürger der Stadt registrierten sein Kommen mit Freude.³⁶

Möglicherweise auf Werners Initiative hin schrieb Friedrich Frech am 24. September 1848 Einladungen zu einer erneuten Volksversammlung in Oberkirch, die jedoch nicht stattfinden konnte, weil die badische Regierung in Karlsruhe die geplante Oberkircher Volksversammlung mit der Begründung verbot, daß sie im Hinblick auf die Unruhen in Lörrach die öffentliche Sicherheit und das allgemeine Wohl bedrohe.³⁷

Advokat Frech war über das Versammlungsverbot so sehr erbost, daß er am darauffolgenden Sonntag vor den Oberkircher Kirchgängern eine seiner bissigen Reden gegen den badischen Staat und vor allem gegen den Oberkircher Amtmann hielt, da dieser der Regierung Mitteilung über die geplante Oberkircher Volksversammlung gemacht hatte. Frech forderte die Kirchgänger unter anderem zu einer Revolte gegen die *schlechte, liederliche und lumpige Regierung auf, welche die Kassen bestohlen und beraubt habe*. Überdies gab Frech zu bedenken, daß die badische Regierung allen Bürgern Einquartierungen zumute; heute noch kämen 1000 Preußen nach Oberkirch: *die werden euch ausrauben, daß ihr nichts mehr habt*. Aufgrund dieser Rede wurde Frech gerichtlich verfolgt. Seiner Verhaftung konnte er nur durch die Flucht entgehen.³⁸

Glaubte die Regierung, durch die gerichtliche Verfolgung Frechs die Bevölkerung Oberkirchs einschüchtern zu können, dann wurde sie bald eines anderen belehrt. Den Ausgangspunkt für diese Belehrung lieferte die Erschießung des Revolutionärs Robert Blum am 8. November 1848 in Wien. Zu Ehren des hingerichteten Revolutionärs veranstalteten die Bürger Oberkirchs Versammlungen und Totenfeiern, und für dessen Hinterbliebene sammelte man sogar Geld. Die badische Regierung sah sich daraufhin gezwungen, wieder einmal einen Regierungsbeamten nach Oberkirch zu schicken, der dort die Vorfälle auf den Robert-Blum-Gedächtnisversammlungen zu ermitteln und die Untersuchung der vorgenommenen Gesetzeswidrigkeiten zu veranlassen hatte.³⁹

Während der Wintermonate 1848/49 konzentrierte sich die Hauptarbeit der Oberkircher Republikaner auf den Ausbau bzw. die Neuformierung ihres

Vereins, der sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr „*Demokratischer Verein*“, sondern „*Volksverein*“ nannte. Der Oberkircher Volksverein machte es sich zur Aufgabe, bei der Vorbereitung einer neuen revolutionären Bewegung in Baden mitzuhelfen. Er zählte bald 70 Mitglieder und stand über den Offenburger Kreisverein mit dem Zentralverein in Mannheim in Verbindung, den er auch durch Gelder unterstützte.⁴⁰

Vom Oberkircher Volksverein, der nach der Beschaffung von Waffen auch eine Art Bürgerwehr darstellte, gingen im Winter 1848/49 durch die Abfassung von Petitionen an das badische Parlament neue Impulse zur Verwirklichung republikanischer Ziele aus. Die bekannteste, an die zweite badische Kammer gerichtete Petition der Stadt Oberkirch enthält folgende *dringende Forderungen des Volkes*:⁴¹

1. Die zweite badische Kammer solle aufgelöst werden, da sie *in ihrer Mehrheit zur steten Dienerin der beim alten Bevormundungssysteme verbliebenen Regierung herabgesunken und so die Hauptgehilfin derselben zur Volksunterdrückung geworden sei.*
2. Auch die erste badische Kammer solle abgeschafft werden, denn sie sei *zur rechtlich unmöglich gewordenen Hemmanstalt der bürgerlichen Freiheit geworden.*
3. Statt der beiden Kammern solle eine *Einzig gesetzgebende Kammer* geschaffen werden, *die unmittelbar vom Volke ausgehen und zu deren Wahl jeder volljährige badische Staatsbürger ohne Beschränkung des Wahlrechtes berufen werden soll.* Ihre Hauptaufgabe soll darin bestehen, die Grundrechte des Volkes festzusetzen und eine allgemeine deutsche Staatsverfassung auszuarbeiten.

Der Ausschuß der zweiten badischen Kammer lehnte jedoch sämtliche ihm vorgelegte Petitionen aus Oberkirch und den anderen Orten des Großherzogtums Baden ab. Die zweite badische Kammer vergab sich damit im Grunde die Chance, ihre zentrale Funktion als Mittlerin zwischen Staat und Gesellschaft wahrzunehmen. Diese Haltung förderte die politische und soziale Polarisierung, solidarisierte die extremen Republikaner und die gemäßigten Demokraten und verhalf der Vorstellung zum Durchbruch, daß nur noch illegale Mittel erfolgversprechend seien.⁴²

Den Stein ins Rollen brachten die Ereignisse auf dem Kongreß der Volksvereine, der am 12. und 13. Mai 1849 in Offenburg tagte. Zu diesem Kongreß kam auch eine Anzahl von Bürgern aus Oberkirch mit ihren von Pferden oder Ochsen gezogenen Leiterwagen. Die am 13. Mai der Offenburger Volksversammlung vorgelegten Entschließungen enthielten folgenschwere

Punkte, wie z. B. das Widerstandsrecht des deutschen Volkes gegenüber den Fürsten, die der rechtmäßig beschlossenen Reichsverfassung von Frankfurt die Anerkennung verweigerten.⁴³

Die an den Grundfesten des badischen Staates rüttelnden Offenburger Beschlüsse, aber auch die Soldatenmeutereien in Rastatt und der Aufstand der Karlsruher Garnison zwangen den Großherzog schließlich zur **Flucht**. Koblenz wurde Sitz der badischen Exilregierung.

Die einzige Instanz, die nunmehr eine gewisse überregionale Autorität besaß, war der Landesausschuß der Volksvereine, zu dessen Mitgliedern auch der Oberkircher Advokat Max Werner gehörte.⁴⁴ Die von den Revolutionären ins Leben gerufene vierköpfige Exekutivkommission wurde am 1. Juni 1849 zur provisorischen badischen Regierung umgewandelt.

Der Sieg der Revolutionäre über den großherzoglichen Staat wirkte sich in der Stadt Oberkirch dahingehend aus, daß dort revolutionäre Organe eingerichtet wurden, die das Stadregiment übernahmen bzw. kontrollierten. Die wichtigsten Organe waren zweifellos der Wehr- und Sicherheitsausschuß sowie das Amt des Zivilkommissars, dessen Macht nahezu unumschränkt war. Bei Nichtbefolgung seiner Befehle und Anordnungen hatte der Zivilkommissar das Recht, Strafen zu verhängen, und seit Juni 1849 sogar die Möglichkeit, das Standrecht anzudrohen.⁴⁵ Zu seinen Aufgaben gehörte ferner die Durchführung von Befehlen der revolutionären Regierung und die Einübung der Bürgerwehr.

Bis zum 29. Mai 1849 bekleidete der Kreuzwirt Josef Geldreich das Amt des Oberkircher Zivilkommissars, und am 29. Mai übernahm Bürgermeister Christian Fischer diese Funktion.⁴⁶

Der Oberkircher Wehrausschuß sah seine Aufgabe nicht nur darin, im Bereich der Stadt Oberkirch für die Durchführung der Beschlüsse des Landesausschusses Sorge zu tragen, sondern auch innerhalb des Amtsbezirks Oberkirch eine gewisse Führungsrolle anzustreben. Dies läßt sich deutlich an dem Schreiben ablesen, das der Oberkircher Wehrausschuß am 14. Mai 1849 an sämtliche Bürgermeister des Amtsbezirks Oberkirch verschickte.⁴⁷ Es heißt darin, im Auftrag des Landesausschusses der Volksvereine müßte durch sämtliche Bürgermeisterämter des Bezirks *ohne allen Verzug die Volksbewaffnung auf Staatskosten ins Leben gerufen werden*, und es seien *als erstes Aufgebot alle ledigen Männer von 18 bis 30 Jahren sofort marschfertig zu machen und binnen 12 Stunden nach Oberkirch zu beordern*. Des weiteren wird ausgeführt, daß diejenigen Gemeindebehörden, die nicht alsbald die Bewaffnung ihrer Gemeindebürger anordnen würden, augenblicklich abzusetzen seien.

Wie richtig und notwendig das Drängen des Oberkircher Wehrausschusses auf die sofortige allgemeine Volksbewaffnung war, das zeigte sich bereits zu Beginn des Monats Juni 1849. Der im Exil lebende Großherzog von Baden versuchte nämlich zu diesem Zeitpunkt, von Preußen militärische Hilfe zu bekommen, die dann auch unverzüglich zugesagt wurde.⁴⁸

Die militärische Bedrohung durch die preußische Armee hatte zur Folge, daß die Hauptakteure der Mairevolution von 1849 die Verteidigungsbereitschaft und die Verteidigungskraft auszuweiten versuchten sowie die unsicher und ängstlich gewordene Bevölkerung durch Solidaritätsappelle und Zwangsmaßnahmen verschiedenster Art hinter sich zu bringen.

Als Mitte Juni 1849 die seit dem 1. Juni bestehende provisorische revolutionäre Regierung von Karlsruhe nach Freiburg fliehen mußte, sank die Kampfmoral der revolutionären Armee. Viele Soldaten verließen ihre Einheiten. Die provisorische Regierung gab deshalb den Auftrag, die flüchtenden Soldaten sollten eingefangen und gegebenenfalls gewaltsam nach Rastatt gebracht werden.⁴⁹

Advokat Friedrich Frech nahm diesen Befehl zum Anlaß, um in Oberkirch eine Miliz von ungefähr 40 Mann zusammenzustellen, welche die Aufgabe hatte, flüchtende Soldaten einzufangen.⁵⁰

Trotz der großen Anstrengungen, welche die revolutionäre badische Regierung und deren örtliche Organe unternahmen, konnte die badische Revolutionsarmee der Übermacht der preußischen Truppenverbände nicht lange standhalten. Günstiger wäre die Lage für die badischen Revolutionäre gewesen, wenn sie es verstanden hätten, einen Anstoß zu ähnlichen Vorgängen wie in Baden in anderen Ländern zu geben. Am 23. Juli 1849 mußten die Revolutionäre Rastatt, ihre letzte Verteidigungsbastion, aufgeben.

Zuvor waren die Preußen unter dem Kommando des Stadtquartiermeister Cetti in Oberkirch eingerückt. Bei ihrem Einmarsch in die Stadt bekamen die Preußen die Abneigung der Bürger Oberkirchs gegen die Besatzungstruppen und die Sympathie für die Revolutionäre deutlich zu spüren. Folgende Begebenheit möge dies illustrieren:⁵¹

Der „Bach-Beck“ (d. h. der Bäcker an der unteren Bach-Brücke in Oberkirch) hatte beim Herannahen der Preußen den Schulbuben Johann Maier zu sich gerufen und ihm aufgetragen, er solle sich an der Brücke vor der Stadtmühle aufstellen, und, wenn die Preußen in der Gasse, die von der Rensch herführe, auftauchten, solle er ihnen entgegenbrüllen: *Hecker-Struve hat's erraten, man soll alle Fürsten braten und sie mit Minister spicken*

und sie dann zum Teufel schicken. Da Johann Maier für die Ausführung dieses Vorhabens einen Weck versprochen bekam, brachte er sich sofort in Positur und brüllte den preußischen Soldaten das Sprüchlein des „Bach-Beck“ entgegen. Kaum hatte der kleine Johann seinen Auftrag erfüllt, da sprang einer der Soldaten aus der Kolonne heraus, packte den Buben am Genick und warf ihn in hohem Bogen über das Bachgeländer in den Mühlbach. Zum Glück hatte sich der Bub keine Verletzungen zugezogen. Als ihn der „Bach-Beck“, der das Schauspiel mit angesehen hatte, aus dem Wasser gezogen hatte, sagte er zu ihm: *Johannli, des hesch aber prima gmacht, und jetzt griegsch sogar 2 Wecke vun mir, will de au no naß drbie wore bisch.*

Der Stadtquartiermeister Cetti berichtete am 31. Juli 1849, daß wohl kein zweiter Amtsbezirk in Baden zu finden sei, der von der Umsturzpartei so unterwühlt sei wie Oberkirch. In der Stadt Oberkirch seien mehr als 30 Personen *besonders graviert*, In den Landgemeinden des Amts Oberkirch seien so viele Personen am Aufstand beteiligt gewesen, daß wenigstens 50 als *besonders graviert arretiert und zur Untersuchung eingezogen werden sollten.*⁵²

Oberkirch hatte demnach ganz besonders den Zorn der großherzoglich-badischen Regierung auf sich geladen. Die Folge davon war, daß eine große Verfolgungswelle über die Stadt hinwegging. Alle Bürger Oberkirchs, die an der Mai-Revolution von 1849 führend beteiligt waren, wurden gerichtlich verfolgt. Die Anklagepunkte, die in den im Oberkircher Gemeindegarchiv deponierten Prozeßakten festgehalten sind, lauteten: *Beteiligung am Aufruhr, Majestätsbeleidigung, hochverräterische Unternehmungen, Hochverrat, Unterschlagungen, Teilnahme an den Maiunruhen.*

Advokat Friedrich Frech wurde zu einer Zuchthausstrafe von 8 Jahren verurteilt. Ferner entschied das Gericht, daß Frech die Untersuchungs- und Straferstehungskosten zu übernehmen habe und daß sein Vermögen zu beschlagnahmen sei.⁵³ Da es Frech gelang, sich durch die Flucht dem Strafvollzug zu entziehen, wurde er wegen Landesflüchtigkeit auch seines Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt. Frech floh nach Nordamerika, wo sich seine Spuren verwischten.

Advokat Max Werner wurde ebenfalls in Abwesenheit vom Kriegsgericht verurteilt. Er hatte zusammen mit Amand Goegg den Kampf um die Republik bis zuletzt weitergeführt. Mit Resten des Revolutionsheeres hatten sich die beiden bis nach Konstanz zurückgezogen, wo Werner bei Allensbach nochmals den Kampf mit den Reichstruppen aufzunehmen versuchte. Am 11. Juli 1849 floh er dann in die Schweiz, von wo aus er auf einen günsti-

gen Augenblick zum erneuten Kampf gegen die Gegner der Republik wartete. Als er die Hoffnungslosigkeit seines geplanten Tuns erkannt hatte, emigrierte er schließlich nach Nordamerika.⁵⁴

Dem Zugriff der Gerichtsbarkeit entzog sich auch der Oberkircher Zivilkommissar Christian Fischer. Er verließ Oberkirch am 29. Juni, d. h. kurz vor dem Einrücken der Preußen in Oberkirch.⁵⁵ Überdies flohen der Greifenwirt Markus Becker, der sich jedoch einige Zeit später dem Gericht stellte, der Lindewirt Hermann Geldreich, der Ochsenwirt Xaver Geldreich, der Handelsmann Max Schrempp, der Bierbrauer Theodor Schrempp und einige andere angeklagte Oberkircher Bürger.⁵⁶

Der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung und Staatsautorität in Stadt und Amt Oberkirch dienten nicht nur die Verhaftungen und Prozesse, sondern auch die Anwesenheit der preußischen Besatzungstruppen. Hierzu hatte der preußische Stadtquartiermeister Cetti am 31. Juli 1849 mit Nachdruck geraten. Er meinte, Stadt und Bezirksamt Oberkirch müßten vorzugsweise mit einer längeren militärischen Einquartierung bedacht werden.⁵⁷

Die harten Maßnahmen der Sieger verfehlten ihre Wirkung nicht. Am 29. Oktober 1850 berichtete der Oberkircher Oberamtmann mit Genugtuung nach Karlsruhe: *Im ganzen Amtsbezirke herrscht Ruhe und Stille, und jedermann ist informiert, daß der gesetzliche Zustand im Lande wiedergekehrt ist und eine Ordnung gehandhabt wird.*⁵⁸

Die Revolution der Jahre 1848/49 war demnach endgültig gescheitert. Über ihrem Scheitern darf man jedoch nicht vergessen, daß die revolutionäre Bewegung der Ausdruck des Strebens der Bürger nach mehr persönlicher Freiheit, demokratischen Rechten und sozialer Gerechtigkeit gewesen ist. Sie setzte demokratische Standards und begründete Bürgertugenden, die bis in unsere Zeit nichts von ihrer Attraktivität verloren haben und entscheidend die politische Kultur unserer Demokratie bestimmen. Das machte sie gefährlich und zwang die Vertreter der alten Ordnung dazu, sie zu unterdrücken.⁵⁹ Und dies ist ihnen 1849 gelungen, nicht jedoch auf Dauer, d. h. das Streben der Bürger nach Grundrechten und Demokratie blieb trotz der Unterdrückungsmaßnahmen von seiten des badischen Staates und der preußischen Armee ein Bestandteil der politischen Gesinnung in weiten Kreisen – auch in der Bevölkerung der Stadt Oberkirch.

Anmerkungen

- 1 GLA 215/388
- 2 GLA 237/4227–4228; GLA 237/4230
- 3 GLA 236/2245
- 4 GLA 236/2246
- 5 GLA 236/2245
- 6 vgl. M. *Botzenhardt*, Baden in der deutschen Revolution 1848/49, in: *Oberrheinische Studien II*, 1973, S. 65
- 7 GLA 215/397; A. *Werner*, Maximilian Werner aus Oberkirch und die badische Revolution 1848/49, in: *Die Ortenau* 73, 1993, S. 364/365
- 8 A. *Werner* (wie Anm. 7), S. 354 ff.
- 9 GLA 240/440
- 10 Gemeindearchiv Oberkirch: Prozeßakten-Beteiligung Oberkircher Bürger am Maiaufstand 1849
- 11 GLA 236/2243
- 12 vgl. M. *Botzenhardt* (wie Anm. 6), S. 68
- 13 GLA 236/8203
- 14 GLA 240/440
- 15 GLA 236/8203
- 16 GLA 236/8203
- 17 GLA 236/2244
- 18 vgl. O. *Kähni*, Die demokratische Volksbewegung 1848/1948, Offenburg 1948, S. 30 ff.
- 19 GLA CH 273 (2. April 1848)
- 20 vgl. J. B. *Bekk*, Die Bewegung in Baden vom Ende des Februar 1848 bis zur Mitte des Mai 1849, 1850, S. 133
- 21 GLA 236/8195
- 22 vgl. M. *Botzenhardt* (wie Anm. 6), S. 72 ff.
- 23 GLA 237/4227
- 24 GLA 236/2245
- 25 GLA 236/2245
- 26 GLA 237/4227
- 27 GLA 237/4227–4228, 4230
- 28 GLA 236/2245
- 29 vgl. F. *Lautenschlager*, Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente aus der badischen Revolution 1848/49. 1920, S. 266
- 30 vgl. Tagebuch des Pfarrers Bäder vom 21. April 1848, veröffentlicht in „Acher- und Bühler Bote“ vom 1. 4. 1967
- 31 GLA 236/2245
- 32 GLA 236/2245
- 33 GLA 236/2245
- 34 GLA 236/2245
- 35 vgl. M. *Botzenhardt* (wie Anm. 6), S. 73
- 36 GLA 215/378
- 37 GLA 236/8195
- 38 GLA 215/378
- 39 GLA 215/378
- 40 GLA 240/2246
- 41 GLA 236/2246

- 42 vgl. M. *Botzenhardt* (wie Anm. 6), S. 81
- 43 ebd. S. 85/86
- 44 GLA 240/844
- 45 GLA 247/226
- 46 GLA 247/127
- 47 GLA 215/385
- 48 vgl. J. *Sigmann*, *Die Revolution von 1848 in Baden*, 1948, S. 54
- 49 GLA 247/327
- 50 GLA 247/127
- 51 Mitteilung von K. *Lienhard*, Oberkirch
- 52 GLA 215/388
- 53 GLA 215/379 (30. 5. 1850)
- 54 GLA 240/844, GLA 237/4221
- 55 GLA 247/127
- 56 GLA 215/397
- 57 GLA 215/388
- 58 GLA 367/Zugang 1924/6 Nr. 70
- 59 vgl. A. G. *Frei/K. Hochstuhl*, *Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit*. Karlsruhe 1997, S. 177

„Hinneigung zur Umsturzpartei?“ Die Revolution 1848/49 in Oppenau

Heinz G. Huber

Bis heute gilt zu Recht die 1951 erschienene „Geschichte des Oppenauer Tales“ des Oppenauer Ratschreibers Josef Börsig als beispielhafte und bewundernswerte Darstellung der Geschichte des oberen Renchtals. Wer sich mit der Geschichte dieses Tales beschäftigt, wird auf dieses vor allem auf detaillierter Quellenkenntnis beruhende Werk zurückgreifen. Obwohl Börsig den Schwerpunkt seiner Darstellung auf die Zeit vor 1800 verlegt, finden sich auch Anmerkungen zur Revolution 1848/49 in Oppenau:

„Aber im Gegensatz zur Nachbarstadt Oberkirch, wo 1848/49 größere Umtriebe gingen, war es damals auch sonst im Oppenauer Tale verhältnismäßig ruhig geblieben. Von wenigen rebellischen Bürgern abgesehen – zeitweilig waren 2 Gemeinderäte suspendiert – hat sich das Städtchen Oppenau nachmals vielmehr im Gegenteil als fürstentreu gerühmt, anführend einen Ausspruch der Revolutionäre: ‚Mit den Oppenauern ist nichts zu machen.‘ Die Oppenauer empfanden es daher als ein Unrecht, daß sie (...) viermal im Laufe des Jahres 1848 Einquartierung von nassauischen, badischen und württembergischen Truppen hinzunehmen hatten“¹.

Zu einem anderen Urteil kam genau 100 Jahre zuvor der Oberkircher Amtsvorstand Pfister, zu dessen Aufgaben die gegenrevolutionäre Unterdrückung aller demokratischen und revolutionären Aktivitäten gehörte:

In der Gemeinde Oppenau hatte sich die große Mehrheit der Einwohner, ausschließlich aus armen Leuten bestehend, der Revolution angeschlossen. Sämtliche Mitglieder des Gemeinderats und des kleinen Bürgerausschusses wurden wegen ebenmäßiger Hinneigung zur Umsturzpartei ihres Dienstes entlassen und beide Collegien sind mit oktroyierten Mitgliedern besetzt².

Bemerkenswert ist zunächst, daß dem sonst akribisch arbeitenden Lokalhistoriker Börsig schon entgangen ist, daß es in Oppenau nach dem Einmarsch der Preußen 1849 zu einem Totalrevirement der kommunalen Selbstverwaltung kam. Neben Bürgermeister Anton André wurden sämtliche Gemeinderäte, nämlich Michael Mayer, Carl Walter, Joseph Hodapp und Carl Butsch ihres Amtes enthoben³. Selbst wenn die kommunale Führungsspitze – wie noch zu zeigen ist – eher zurückhaltend agierte, kann diese Maßnahme als Ausdruck eines Generalverdachtes gegen Oppenau gewertet werden. Daß die revolutionären Vorgänge in Oppenau bisher kei-



Abb. 1: Oppenauer Altstadt beim oberen Tor

nen Eingang in ein Geschichtsbuch gefunden haben, kann nicht nur darauf zurückgeführt werden, daß wichtige Archivalien, vor allem aus dem Generallandesarchiv, bisher übersehen wurden. Vielmehr offenbart sich darin ein kollektiver Erinnerungsverlust⁴, der durch den Fortgang der deutschen Geschichte selbst bewirkt wurde. Auch und gerade im lokalen Bereich bewahrheitete sich der Satz: „Die öffentliche Erinnerung ist auch ein Instrument zur Legitimierung von Herrschaft“⁵. Geschichte wurde mithin von den Siegern geschrieben; in der deutschen Geschichte dominierte der Machtstaat über die freiheitliche Tradition. Die verlorene Revolution und nicht zuletzt die Tatsache, daß die politische Führung des Städtchens in die Nähe von verbrecherischen „Hochverrätern“ gerückt wurde, löste Scham aus und erklärt das kollektive Vergessen.

Überbevölkerung, Pauperismus, wirtschaftliche Perspektivenlosigkeit

Schon Oberamtmann Pfister hatte in der oben zitierten Stellungnahme die Anteilnahme an der Revolution auf soziale Ursachen zurückgeführt. Oppenau und seine Bewohner machten einen *ärmlichen Eindruck*⁶, wurde 1884 anlässlich einer Ortsbereisung festgestellt. Die Lage der Stadt hatte

sich bis zum Ende des Jahrhunderts kaum verbessert: *Oppenau liegt in einem engen Tale, die Gemarkung ist klein, weshalb der landwirtschaftliche Betrieb der Bewohner ein verhältnismäßig unbedeutender ist, dieselben schon von Alters her in erster Reihe auf den Betrieb der Gewerbe angewiesen waren. Zur Zeit liegt aber wie in den meisten anderen Städten der Gewerbebetrieb sehr darnieder, wozu auch der Übelstand tritt, daß jedes Gewerbe bedeutend übersetzt ist*⁷.

In Oppenau gab es 1803 schon 179 (!!) Handwerksmeister bei 1600 Einwohnern⁸. Am Beispiel der Metzger läßt sich die Übersetzung der Oppenauer Handwerke leicht nachvollziehen. 1849 gab es in Oppenau fünf Metzger; der Absatz war so gering, daß zwei von ihnen im August 1849 kein einziges Stück Großvieh schlachten konnten⁹. 1884 wurde anlässlich einer Ortsbereisung festgestellt: *Beispielsweise befinden sich Oppenau 11(!) Metzger, die ihre Unterhaltungsmittel hauptsächlich aus dem Geschäft ziehen wollen, was, wenn man bedenkt, daß 2/3 der 1961 zählenden Bevölkerung sich oft wochenlang den Genuß frischen Fleisches versagen muß, ein Unding der Unmöglichkeit ist*¹⁰. Die Oppenauer Handwerker waren 1811 in 10 Zünften organisiert¹¹. Die Struktur des Gewerbes war durch die lokalen Gegebenheiten mitbestimmt.

Zu den holzverarbeitenden Handwerken zählten die in Oppenau zahlreich vertretenen Kübler, Küfer, Dreher, Schindelmacher und Wagner. Die Eichenrinde (= Loh) war der Grundstoff für die drei Oppenauer Rotgerber¹². Das Harz, das früher unbearbeitet nach Straßburg ausgeführt worden war, wurde in den Pechhütten von Dreher und André weiterverarbeitet oder zu Kienruß verbrannt. Gegen Ende des Jahrhunderts entstand aus der Kienrußgewinnung ein dringend benötigter Industriebetrieb. Eine 1822 gegründete Steingutfertigung erlangte nie große Bedeutung. Weitere Erwerbsmöglichkeiten hatte die Paßstraße über den Kniebis geboten. Da die Reise nach Freudenstadt in der Regel einen Tag beanspruchte, war Oppenau Rast- und Übernachtungsstation. 1809 gab es in Oppenau 10 Schildwirte und 4 Bierwirte¹³, 1884 zählte man 23 Gast- und Schankwirtschaften¹⁴. Von der Lage an der Handelsstraße profitierten auch die Oppenauer Händler und Krämer, deren Zahl sich 1809 auf neun belief¹⁵. Mit der „Ansetze“ entstand vor dem Liebacher Tor eine eigene Fuhrhaltersiedlung. Die Revolution auf dem Verkehrssektor brachte für Oppenau eine strukturelle Krise mit sich. Durch den Bau der Griesbacher Steigstraße 1821/24 verlor Oppenau als Raststation für die Schwarzwaldüberquerung an Bedeutung. Der Eisenbahnbau, vor allem die Verknüpfung des württembergischen und badischen Schienennetzes führte dazu, daß der Verkehr sich auf die Schiene verlagerte und Oppenau in den Verkehrsschatten geriet. Wegen seiner fehlenden Verkehrsanbindung und der Enge des Tales war an Industriean-

siedlung nicht zu denken. Erst 1876 erhielt Oppenau unter großen Opfern – die Stadt mußte einen finanziellen Eigenbeitrag von 600 000 fl. leisten – einen Bahnanschluß. Die wirtschaftliche Stagnation, die in der Lage und in der Infrastruktur begründet war, führte immer wieder zu unzulänglichen Erklärungsmöglichkeiten. Der Oberkircher Amtsvorstand suchte die Ursachen in der Mentalität der Bewohner: *Der Oppenauer bringt es nur in den seltensten Fällen dazu, sich aus seinen ärmlichen Verhältnissen auch nur einigermaßen aufzuschwingen, er ist gewohnt, seinen Verdienst zu verleben. Ein gewisser frivoler Zug ist ihm zueigen, der es ihm zum Bedürfnis macht, in Gesellschaft heiterer Genossen etwas allzuviel Zeit im Wirtshaus zu verbringen*¹⁶. In dem Ortsbereisungsbericht von 1884 wird die wirtschaftliche Misere noch auf die Zeit der *fürstbischöflich-straßburgischen Mißwirtschaft* vor 1803 zurückgeführt¹⁷.

Die soziale Lage in Oppenau verschärfte sich durch die Zunahme der Bevölkerung. Oppenau hatte um 1800 rund 1600 Einwohner, die Einwohnerzahl belief sich 1813 schon auf 1838, 1824 auf 1688 und 1834 auf 2008 Köpfe. Nach der Jahrhundertmitte nahm die Zahl der Einwohner wieder ab, beispielsweise zählte Oppenau 1858 1684 Einwohner¹⁸. Der Platz in der Stadt wurde knapp: *Die Stadt Oppenau besteht nur aus 240 Häusern, die von über 400 Familien bewohnt werden. Jedes Winkelchen ist besetzt. Zu Neubauten fehlen Lust und Mittel*¹⁹. Auch in Oppenau wirkten sich die Folgen der demographischen Revolution aus, die überall in Baden zwischen 1815 und 1850 zu einer Bevölkerungszunahme um durchschnittlich 30% führte²⁰. Zusätzlich fiel ins Gewicht, daß auf den Höfen des Renchtals das Anerbenrecht galt und nicht erbberechtigte Bauernsöhne und -töchter sich ihr Auskommen in der Stadt suchten. Zugleich wuchs die Zahl der Familiengründungen, da die Heiratsbeschränkungen gelockert wurden. Auf der anderen Seite war die Auswanderungsbereitschaft geringer als anderswo: Die Oppenauer äßen *lieber daheim ihr kärgliches Brot* und zeigten *eine unbezwingbare Anhänglichkeit an die Vaterstadt*²¹.

Die soziale Lage war gerade zur Zeit der Revolution katastrophal: *Die Gemeinde Oppenau ist sehr verschuldet. Die Privaten sind meistens Gewerbleute, ohne Verdienst und Einkommen durch die Ortslage in der Communication nach außen sehr beschränkt, wohl zu $\frac{3}{4}$ arme Leute, darunter viele Bettelleute. Das Proletariat im Amtsbezirk hat hier seinen Ursitz. Es wollen 200 Köpfe auswandern (...) Aus eigenen Mitteln dieses zu offerieren ist Oppenau außer Stand*²². Aus dem Wahlregister zu den Gemeindewahlen, die nach dem Dreiklassenwahl-System abgehalten wurden, läßt sich Näheres über die soziale Struktur feststellen. Danach gehörten von 390 Oppenauer Bürgern 301 zu den Niederstbesteuerten, 65 zu den Mittelbesteuerten und 24 zu den Höchstbesteuerten²³.

Das Armutsproblem drohte sich in Oppenau zu einem politischen und sozialen Sprengsatz zu entwickeln. Wie weit die Erosion der sozialen Ordnung fortgeschritten war, zeigt die Tatsache, daß von Mai bis Dezember 1848 14 Diebstähle von Oppenauer Stadtarmen dokumentiert sind²⁴. Der Oppenauer Gerber Anton Brauer, der sich und seine Familie kümmerlich nährte und kein Vermögen hatte, beging ebenso einen Diebstahl wie der 30jährige Nagelschmied Josef Pfeffer. Im Herbst mehrten sich die Felddiebstähle: Die Ehefrau des armen Küfers Ignaz Wußler wurde des *Krautdiebstahls* überführt ebenso wie Maria Anna Dürr, die Frau eines verdienstlosen Tagelöhners. Katharina Huber und Olga Weiß wurden des *Marktdiebstahls* angeklagt. Daß buchstäblich nichts mehr *heilig* war, belegt auch ein Kirchendiebstahl einer herumvagabundierenden Oppenauerin. Der Schlosser Lorenz Ruß, der keine Arbeit, aber viele Schulden hatte und dessen Haus versteigert wurde, versuchte sich mit seinen handwerklichen Fertigkeiten gar als Falschmünzer.

Der drohenden Erosion der sozialen Ordnung hatte man in Oppenau schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts durch eine kommunale Armutspolitik entgegenzuwirken versucht. Bis zur Aufhebung des Klosters 1802/3 hatten die Prämonstratenser von Allerheiligen sich der Armen angenommen. Oppenau konnte sich auf einen Armenfond stützen, dessen Kapital sich 1810 auf 12 400 fl. belief²⁵. Aus den Zinserträgen wurden 49 Personen unterstützt. Arbeitsfähige Personen wurden zu öffentlichen Arbeiten herangezogen. Bis zum Jahr 1862 stiegen die Kosten für die Armenunterstützung auf 1273 fl. 7 xer. Jeder Oppenauer hatte 40 xer Armensteuer aufzubringen. Um die Ausgaben für Lebensmittelunterstützung nicht ins Unbegrenzte wachsen zu lassen, hatte Oppenau trotz klammer Finanzen 1840 für 42 000 Gulden den Haldenhof gekauft und in 390 Bürgerlose geteilt²⁶. Schon im 18. Jahrhundert war die Gemeinde in Besitz des Fischerhofes gelangt. Jeder Bürger erhielt zwei Parzellen Allmendfeld, auf dem er seine Kartoffeln und etwas Getreide anbauen konnte. *Diese Wohltat ist es hauptsächlich, was einen Teil der Bevölkerung vor gänzlicher Verarmung schützt*²⁷.

Es stellt sich die Frage, ob angesichts der Oppenauer Massenarmut 1848/49 tatsächlich eine sozialrevolutionäre Situation bestand. War der Pauperismus, wie Oberamtmann Pfister 1851 vermutete, ein wesentlicher Faktor der Revolution in Oppenau? Wie verhielten sich die sozialen Eliten der Stadt?

Bürgerverein, Blumfeier, Sturmpetitionen. Das Oppenauer Revolutionsgeschehen bis zum Mai 1849

Während die Oppenauer Geschehnisse in den Monaten Mai und Juni 1849 durch die Untersuchungsakten gegen Bürgermeister André und die Gemeinderäte sich plastisch nachvollziehen lassen, sind die Quellen für die Zeit davor eher dürftig. Anfang März haben Oppenauer Bürger wie in vielen badischen Gemeinden wahrscheinlich eine Petition an Regierung und Kammern verfaßt. Nahe legt dies die Aussage des Bürgermeisters André: Danach hätten Oppenauer Bürger mehrere Petitionen *gegen meinen und der Großherzoglichen Regierung Willen* (sic!) verfaßt. Er habe jedoch diese *im Geheimen unterschlagen und verursacht, daß solche niemals an ihren Bestimmungsort gelangt sind*²⁸.

Für die politische Bewußtseinsbildung der Oppenauer spielte der Besuch von Volksversammlungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Am 19. März 1848 fand in Offenburg eine von rund 10 000 Männern besuchte Volksversammlung statt²⁹, bei der es um die Frage ging, ob die Republik in Baden ausgerufen werden sollte. Von Oberkirch aus zogen in der Morgenfrühe 130 Mann nach Offenburg, die größtenteils mit Gewehren bewaffnet waren, wobei 20 Mann auch mit gestreckten Sensen ausrückten. Sie trafen gegen 21 Uhr unter lautem Jubel in Oberkirch ein und riefen: *Es lebe die Freiheit, es lebe die Republik!*³⁰ In welchem Umfang sich darunter auch Oppenauer befanden, läßt sich nicht feststellen. Daß Oppenauer Bürger aber durchaus an den Geschehnissen in Offenburg am 18./19. April 1848 beteiligt waren, ist belegbar. Nach Beginn des Heckeraufstandes versuchten 150 junge Leute den Offenburger Bahnhof zu besetzen, um die Nutzung der Bahnlinie durch Bundestruppen zu verhindern. Die meisten von ihnen, darunter die Oppenauer Braun und Huber³¹, flohen nach Straßburg.

Beträchtliche Aufregung löste der sogenannte „blinde Franzosenlärm“ aus. Dem Offenburger Brigadier Wirth war am Abend des 23. März 1848 durch zwei Reiter aus Hofweier gemeldet worden, *daß eine große Anzahl von mehreren tausend Personen oberhalb des Rheins herübergedrungen sind und schon in Friesenheim rauben und stehlen*³². In Achern wurde dem Bürgermeister um $\frac{1}{4}$ 4 Uhr am Morgen des 24. März durch einen Eilboten die Nachricht überbracht, *daß ein Teil des Gesindels ca. 4000 aus Frankreich sich in der Nähe von Offenburg befinden und daselbst auf dem Raube begriffen seien*. Die Alarmmeldung traf um vier Uhr in Rheinbischofsheim ein. Dort war *von einer großen Zahl arbeitsloser Leute aus Frankreich die Rede, die plündern wollten*³³. Am Morgen hatte das Gerücht auch schon Freudenstadt und Baiersbronn erreicht. Dort hieß es, Offenburg liege in Asche und Schiltach stehe in Flammen. Die Bewohner eilten mit Geweh-

ren, Gabeln, Sensen und Hacken zum Kniebis, um die württembergische Grenze zu verteidigen³⁴. In Oppenau wurde schnell eine bewaffnete Mannschaft zusammengestellt, die der Bärenwirt Roth und Christian Braun auf ihren Fuhrwerken nach Appenweier brachten³⁵. Nachdem der Alarm abgeblasen war, kehrten die Oppenauer Krieger auf ihrem Rückweg beim Kranzwirt Geldreich ein und verursachten der Stadt eine Rechnung von 7 Gulden und 28 xer³⁶. Ob der Franzosenlärm aus politischem Kalkül ausgestreut worden war oder ob er das Resultat der allgemeinen Unsicherheit war, ist nicht zu klären. Hintergrund war wohl eine Demonstration von 8000 Emigranten am 8. März 1848 in Paris. Einige von ihnen bildeten die Pariser Legion und setzten sich Richtung Oberrhein in Marsch. Vor allem in der Ortenau wurde die Erinnerung an die französischen Raubkriege wach. Zugleich wird jedoch ein neues Trauma sichtbar: die Angst vor einer sozialen Revolution. Gerade dort, wo wie in Oppenau das Armutsproblem bedrängend war, führte dieser Schock zu einer zunehmenden Distanzierung von den revolutionären und demokratischen Zielen und zum Bedürfnis, die Revolution in legale und konstitutionelle Bahnen zu lenken.

Diese Tendenz dürfte sich nach dem Ortenauer Heckerzug verstärkt haben. In der Morgenfrühe des 26. April zogen 37 Mann von Achern, mit Säbeln und Gewehren bewaffnet, Richtung Kappelrodeck und Oberkirch³⁷. Gegen 12 Uhr mittags gelangte die inzwischen 200 Mann umfassende Schar in Oberkirch an und machte im Bierhaus Schrempp 3 Stunden Rast. Dann marschierten sie weiter Richtung Oppenau, *allwo nach ihrer Angabe noch eine starke Abteilung zu ihnen stoßen würde*³⁸. Die Schar wollte durch den Schwarzwald Hecker zu Hilfe eilen. Sei es, daß den Freischärlern die Nachricht von der Niederlage der Heckeranhänger bei Freiburg übermittelt wurde³⁹ oder daß sich dem Trupp, der durch Betrunkene und Verwahrloste in seinen Reihen einen eher abschreckenden Eindruck machte, niemand mehr anschloß⁴⁰ – man kehrte um. In Lautenbach machte man nach Polizeimeldungen beim Rückzug noch Unfug. Unter Trommeln machten die inzwischen größtenteils betrunkenen Freischärler in der Ortsmitte Spektakel und feuerten die Gewehre ab, was die Bewohner in große Besorgnis versetzte. Zum zweiten Mal wurden Besitzbürgern und Hofbauern vor Augen geführt, welche Auswirkungen eine revolutionäre Anarchie haben konnte.

Mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Frankfurt am 18. Mai 1848 schien die Revolution in gesetzliche Bahnen gelenkt. Nachdem der Abgeordnete Robert Blum am 9. November 1848 unter jeder Mißachtung der parlamentarischen Immunität erschossen worden war, herrschte auch in gemäßigten Kreisen Empörung. Im Oppenauer „Adler“ wurde am 8. Dezember 1848 vom Bürgermeister und den Gemeinderäten eine Totenfeier für Robert Blum abgehalten⁴¹. Die Kluft zwischen liberalen und demokratischen Gruppierungen wurde jedoch bald wieder sichtbar.

In Oppenau bestand 1848 ein „Bürgerverein“. Obwohl über die Zielvorstellungen und Aktivitäten nichts bekannt ist, kann davon ausgegangen werden, daß konstitutionelle, liberale Vorstellungen dominierten. Nachdem unter der Leitung von Amand Goegg in Renchen die Volksvereine reorganisiert wurden und ein zentraler Landesausschuß gebildet worden war, standen auch die Mitglieder des Oppenauer Bürgervereins vor der Frage, ob sie ihren Verein zu einem Volksverein umgestalten sollten. Diese Entscheidung berührte jedoch nicht nur die Organisationsfrage, sondern die politische Überzeugung. Die Volksvereine waren demokratisch, republikanisch und letztlich auch revolutionär ausgerichtet.

Wie die Entscheidung in Oppenau ausfiel, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit klären: Alle Aussagen darüber wurden vor den Untersuchungsbehörden nach der Niederschlagung der Revolution gemacht. So gab Joseph Doll zu Protokoll, früher im Bürgerverein gewesen zu sein, *der sich später in einen Volksverein verwandelte. Da sind viele Mitglieder und unter denen auch ich ausgetreten*⁴². Bürgermeister André behauptete, daß es in Oppenau keinen Volksverein gegeben habe: *Als von einigen Mitgliedern darauf gedrungen wurde, daß derselbe in einen Volksverein verwandelt werden sollte, hat sich derselbe aufgelöst*⁴³. Der Adlerwirt Michael Mayer gab zu, beim Bürgerverein Vorstand gewesen zu sein. Der Antrag auf Umwandlung in einen Volksverein habe die Aufhebung desselben zur Folge gehabt. Es sei kein Volksverein zustande gekommen⁴⁴.

Daß durchaus jedoch die politischen Zielsetzungen der Volksvereine in Oppenau Resonanz fanden, läßt sich daran erkennen, daß in den Gemeinden Oppenau und Ramsbach eine von den Demokraten initiierte Petition von vielen Bürgern unterschrieben wurde. Darin wurden die Auflösung der Ständekammern und die Neuwahl einer verfassungsgebenden Versammlung zur „Sicherung der Volksrechte“ gefordert⁴⁵. Besonders aktiv bei der Sammlung von Unterschriften waren in Ibach der Akzisor Bürg („Rotheckle“) und seine Söhne. Ob die Unterschriften aus Überzeugung zustande kamen, wurde vom Oberkircher Brigadier Dewerth bestritten: *Das Unterschriftensammeln geschieht mit größter Zudringlichkeit, sogar Knaben, welche noch schulpflichtig sind, werden dazu gewiesen. Auch soll Bürgern und Bauern erzählt worden sein, wenn sie nicht unterschrieben, daß die Kammer aufgelöst werde, müßten sie die Steuern auf drei Jahre im voraus bezahlen*⁴⁶.

Die Politisierung der Bevölkerung erreichte im Frühjahr 1849 einen neuen Höhepunkt. In Oppenauer Gasthäusern wurde lebhaft diskutiert. Der Adlerwirt Michael Mayer und der Bierwirt Walter bezogen die „Mannheimer Abendzeitung“ und den „Volksführer“, die dort vermutlich auch öffentlich

auslagen. Nach Aussage des erkonservativen Pfarrers Knoblauch waren ihre Wirtschaften *das Absteigequartier der andererseits benannten Anwälte* (Friedrich Frech und Max Werner aus Oberkirch, d. V.)⁴⁷.

Wie sehr es den Republikanern gelungen war, die Staatsautorität zu erschüttern, zeigt ein Ereignis während der Oppenauer Fastnacht. Am 22. Februar 1849 meldete der Brigadier Dewerth an das Innenministerium: *Am letzten Montag liefen zwei ledige Leute namens Amrein und Mast in Oppenau herum und figurierten als Masken. Auf einem großen Stück weißem Papier, das jeder derselben auf den Rücken geklebt hatte, stand mit großen Buchstaben bei dem einen „Bekk M“ bei dem andern „Pfui“ (M.= Minister; Bekk bekleidete das Innenressort)*⁴⁸. Es war nicht nur erklärte Absicht, die Autorität des Innenministers zu untergraben, sondern die Staatsgewalt lächerlich zu machen, da diese Form der Inszenierung keine Handhabe zu polizeilichem Einschreiten bot.

Die Offenburger Volksversammlung am 13. Mai 1849 und die Oppenauer Nachwirkungen

Der Landeskongreß der Volksvereine, der am 12. Mai 1849 in Offenburg abgehalten wurde, und die am folgenden Tag abgehaltene Landesvolksversammlung hatten revolutionäre Rückwirkungen auf Baden: Das Militär stellte sich auf die Seite der Revolution, der Großherzog und seine Regierung flohen, der Landesausschuß übernahm die Macht. Auch zahlreiche Oppenauer hatten sich auf den Weg nach Offenburg gemacht. Der Oppenauer Bürgermeister Anton André und der Posthalter Ludwig Peter fuhren am Tag der denkwürdigen Volksversammlung, einem Sonntagmorgen, mit einer Kutsche nach Appenweier und gelangten von dort mit der Bahn nach Offenburg: *Daselbst war eine solche Menschenmasse, daß wir uns dem Platze, wo Reden gehalten wurden, gar nicht nähern konnten. Wir sahen bloß einen Soldaten auf einem Wagen stehen und es hat derselbe eine Rede gehalten. Wir konnten ihn aber nicht verstehen und haben uns nach Verfluß von ca. 19 Minuten in die s. g. Schneidersche Brauerei begeben und daselbst einige Schoppen Bier getrunken. Daselbst wurde auch darum gesprochen, daß wenn die Forderungen nicht bewilligt werden Gewalt gebraucht und nach Carlsruhe oder Rastatt gezogen werden solle. Ich bemerkte hierauf zu André, wenn die Sache so stehe, wollen wir uns entfernen, wir wollen von solchen Spektakeln nichts wissen*⁴⁹. Auch der Ramsbacher Bürgermeister und Rosenwirt Franz Rosenfelder war an diesem Tag in Offenburg, sicherlich nicht nur aus Neugier, wie er später zu Protokoll gab, sondern weil er sich mit den Zielen der Revolution identifizierte. Das kostete ihn nach Einmarsch der Preußen sein Bürgermeisteramt.

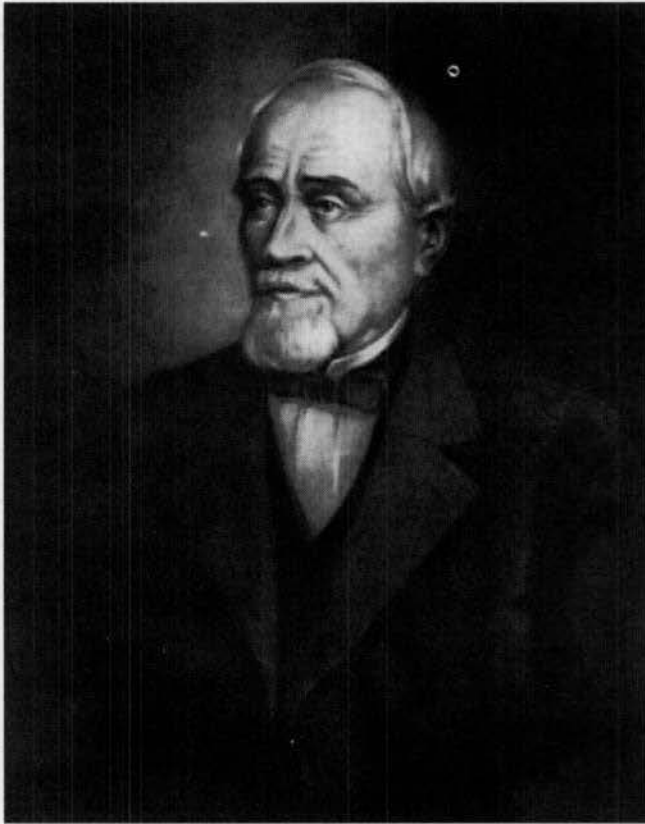


Abb. 2:
Hermann Schulze-Delitzsch

Da „öffentliche Blätter“ die Offenburger Volksversammlung bekannt gemacht hatten⁵⁰ und die politische Entwicklung auch in Oppenau von einer regen Diskussion in den Gasthäusern begleitet wurde⁵¹, war es nicht verwunderlich, daß zahlreiche Oppenauer sich an diesem Tag in Offenburg aufgehalten hatten. Dem Schuhmacher Georg Lehmann kam bei seiner Rückkehr aus Griesbach in Oppenau *eine Schar* meist jüngerer Leute entgegen, die bei der Offenburger Versammlung gewesen waren: Sie *waren in einem aufgeregten Zustand und ich fürchtete wirklich, es könnten Exzesse vorfallen*⁵². Auch ein Soldat namens Eglau, welcher der Rastatter Garnison angehörte und mit einer Soldatendeputation in Offenburg war, kam am Abend mit einer Kutsche in Oppenau an. Er verbreitete in Oppenau die Nachricht vom Übergang der Festung und erklärte den jungen Leuten, daß er sie im Kampf für die Freiheit anführen wolle⁵³.

Auf der Rückfahrt waren Bürgermeister André und Posthalter Peter in der Bahnhofswirtschaft in Appenweier angekehrt, um auf ihre Kutsche zu warten. Sie trafen dort zwei Fremde, von denen der eine der Abgeordnete der aufgelösten preußischen Nationalversammlung und spätere Mitbegründer des deutschen Genossenschaftswesens, Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883), war. Schulze-Delitzsch und sein Begleiter wollten über Oppenau nach Allerheiligen reisen und in Oppenau übernachten. Sie gaben in

Appenweier Briefe auf, in denen sie vom sensationellen Geschehen in Rastatt und Offenburg nach Berlin berichteten. Sie schlossen sich dann den beiden Oppenauern an, wobei die politischen Diskussionen so intensiv waren, daß unterwegs zweimal – in Nußbach und Oberkirch – eingekehrt wurde. In Oppenau wünschte Schulze-Delitzsch, die Bürger zusammenzurufen und an sie eine Rede zu halten. Doch der Bürgermeister hatte sich schon entfernt⁵⁴.

Auf den Oppenauer Straßen herrschte nach den Aussagen von Joseph Doll⁵⁵ inzwischen *großer Lärm und ein Freiheitsrufen*. Auf den Straßen waren „Freiheitslieder“ zu hören⁵⁶. *Eine Menge Menschen versammelte sich vor dem Haus des Bürgermeisters und beschwerte sich lautstark, daß André für die revolutionäre Sache zu wenig tue*⁵⁷.

Der Gemeinderat Karl Walter suchte den Bürgermeister auf und forderte ihn dazu auf, in den „Adler“ eine öffentliche Gemeinderatsversammlung einzuberufen. Er rechtfertigte später sein Verhalten damit, daß sie *Volksmasse ... aufgeregt* gewesen sei⁵⁸. Da Walter als Mann charakterisiert wird, der *mit Leib und Seele für die Republik eingenommen* war und *die entschiedene Sache eines Hecker und Struve gebilligt*⁵⁹ habe, muß angenommen werden, daß Walter die Gunst der Stunde nutzen wollte, um die Ziele der Revolution in Oppenau durchzusetzen.

Der Ablauf der Versammlung im „Adler“ wird trefflich wiedergegeben durch die Aussage des 23jährigen Nassauers Carl Kerny, der in der Oppenauer Krugfabrik arbeitete: *Das Adlerwirthshaus war gedrängt voller Leute, es herrschte großer Lärm und Spektakel. Es wurde eifrig davon gesprochen, daß in der Nacht Boten in die benachbarten Gemeinden geschickt werden sollten, um die waffenfähigen Mannschaften auszuheben. Bürgermeister André war durchaus dagegen und erklärte, daß er wenigstens bis zum Morgen warten wolle. Da hieß es unter den Anwesenden: „Nein, morgen müsse man schon abziehen, und wenn die Bauern nicht dabei sind, so gehen die anderen auch nicht.“ Es wurde gesprochen, als André nicht wollte: „Einen solchen Aristokraten kann man als Bürgermeister nicht brauchen“*⁶⁰.

Inzwischen wurde Ratschreiber Josef Hüger, der wegen Zahnschmerzen schon zu Bett gegangen war, in den „Adler“ gerufen. Er sollte Schreiben an die zum Kirchspiel gehörenden Gemeinden Maisach, Liezbach und Ibach ausfertigen. Mit diesen Schreiben sollte der 4. Beschlußpunkt der Offenburger Landesvolksversammlung unverzüglich in die Tat umgesetzt werden. Danach sollte *ohne allen Verzug die Volksbewaffnung auf Staatskosten ins Leben gerufen werden*. Alle ledigen Männer zwischen 18 und 30

Jahren, die das erste Aufgebot bildeten, sollten sofort mobilisiert werden. Zugleich wurde mit der Absetzung all derjenigen Gemeindebehörden gedroht, die die Bewaffnung der Bürger nicht unverzüglich anordneten⁶¹.

Die Zeugenaussage des Oppenauer Ratschreibers spiegelt die Dramatik der Entscheidungssituation: *Es war eine allgemeine Aufregung und es wurde mir ein gedrucktes Blatt hingelegt, die Offenburger Beschlüsse enthaltend, und mir gesagt, daß ich darnach Anschreiben an die übrigen Kirchspielgemeinden über den Zuzug der waffenpflichtigen Mannschaft zu machen habe. Ich habe das gedruckte Blatt gesehen und gleich gesagt, es sei weder eine höhere noch eine amtliche Aufforderung und ich könne danach kein Anschreiben machen. Bürgermeister André stimmte mir gleich zu. Da wurden er und ich von einem allgemeinen Geschrei überrumpelt, es wurde von vielen Stimmen geschrien, jetzt sei der Zeitpunkt, jetzt müsse die Sache ausgeführt werden, jetzt sei es angefangen und jetzt habe man etwas erreicht. Es hieß dann weiter, der Ratschreiber habe sich um das nicht zu kümmern, er sei nur Untergeordneter und müsse das tun, was man wolle⁶². Bürgermeister André gab dem Druck nach und versuchte, das Schreiben zu diktieren: Der Bürgermeister hat die Schreiben nicht selbständig diktiert, sondern es hat jeder der Anwesenden oder wenigstens viele von den Anwesenden hineingesprochen, bis sie zustande kamen⁶³.*

Dem Ratsdiener Decker und dem Polizeidiener wurde aufgetragen, die Mannschaft in Oppenau in der Frühe aufzubieten⁶⁴. Die Gemeinderäte wurden mit den Schreiben an die Talgemeinden ausgeschickt. Nachts um zwei Uhr übergab der Oppenauer Gemeinderat Josef Hodapp dem Maisacher Bürgermeister Anton Huber das Schreiben. Nicht gering war der Schrecken des Liebacher Bürgermeisters Jakob Schweiger, als Gemeinderat Butsch mit drei Bewaffneten, dem Metzger Bohnert, dem Bierwirt Raimund Hodapp und dem Kreuzmacher Steini vor der Haustür stand und ihm das Oppenauer Schreiben aushändigte⁶⁵. Der Gemeinderat Walter hatte es übernommen, den Ibacher Bürgermeister Anton Erdrich zu informieren. Für den revolutionären Nachdruck sorgten ausgerechnet die beiden Söhne des Bürgermeisters André, indem sie gegen den Willen des Vaters mit Schleppsäbel und Prügel sich als personifizierte Revolutionsgewalt aufspielten⁶⁶. Die Ramsbacher waren nicht benachrichtigt worden, weil man in Oppenau davon ausgehen konnte, daß Bürgermeister Rosenfelder selbst die Offenburger Volksversammlung besucht hatte.

In der Morgenfrühe des 14. Mai gegen $\frac{1}{2}$ 4 Uhr begannen zwei Tambours in den Oppenauer Straßen die Trommeln zu rühren. Gegen $\frac{1}{2}$ 8 Uhr wurde der Akzisor Fidel Dürr vom Ratsdiener zum Bürgermeister gebeten, in dessen Wohnzimmer sämtliche Gemeinderäte versammelt waren. Dürr wurde

gefragt, ob er in seiner Kasse Geld habe. Die Gemeindekasse sei leer, und brauche doch Geld für die Leute, die mit dem 1. Aufgebot fort müßten. Da Dürr gerade abgerechnet hatte, konnte er den Oppenauern nicht helfen. Für Bürgermeister André hatte jedoch diese Episode ein übles Nachspiel, da ihm die Anklagebehörde vorzuwerfen versuchte, für die Sache der Revolution dem Steuereinnehmer Geld abgepreßt haben zu wollen⁶⁷.

Da die abrückenden Oppenauer keine Gewehre hatten, so versuchte man sie wenigstens mit Patronen zu bewaffnen. Der Bürgermeister erinnerte sich daran, daß sich im Rathaus noch Patronen befanden, die zur Zeit des „Franzosenlärms“ gefertigt worden waren. Die jungen Leute bedienten sich großzügig, was den sparsamen Gemeinderat Hodapp veranlaßte, die Schachtel an sich zu nehmen und jedem Wehrmann nur 2–3 Patronen auszuhändigen⁶⁸.

Der Gemeinderat Butsch hatte die Aufgabe, die Oppenauer Mannschaft zu begleiten, um Ordnung zu halten⁶⁹. Ebenfalls war der Schneider Xaver Groß mit ins Unterland gezogen. Er hatte zwei Söhne beim 1. Aufgebot. Auch wollte er wissen, *um was es sich handele und wozu man die Leute gebrauchen wolle*⁷⁰. Da zu diesem Zeitpunkt die Demokraten das Großherzogtum vollständig kontrollierten, wollte Groß erreichen, daß die unbewaffnete Mannschaft so schnell wie möglich heimkehren durfte, hatte jedoch keinen Erfolg. Am 19. Mai trafen Butsch und Groß das Oppenauer Aufgebot bei Philippsburg an. Oberst Franz Sigel gestattete, die Oppenauer in ihre Heimat zurückzubringen. Sie hatten dort freilich mit 30 Gewehren, die ihnen ausgehändigt wurden, weiter zu exerzieren und sich zum Einsatz bereitzuhalten⁷¹.

Hilfe aus Württemberg?

Bei der Untersuchung der Vorgänge während der Mairevolution 1848/49 stießen die Untersuchungsbehörden bald darauf, daß der Oppenauer Bürgermeister André während der revolutionären Herrschaft mit einem *gewissen Kaufmann Bechter* aus Württemberg verkehrt hatte⁷². Dieser hatte sich 10–14 Tage lang bis Ende Juni in Oppenau aufgehalten. Albert Bechter aus Stuttgart war vom Kommandanten der damals in Pforzheim stationierten schwäbischen Legion mit Schreiben vom 20. Juni 1849 zum „Etappenkommandanten“ in Oppenau ernannt worden⁷³. Er hatte die Aufgabe, alle aus Württemberg kommenden Freiheitskämpfer in Abteilungen von je 18 Mann und Führer zu organisieren und sie nach Gernsbach zu dirigieren. Außerdem hatte er täglich einen *detaillierten Rapport* über alle Bewegungen im württembergischen Land an den Kommandanten Zeitter nach

Aufruf an unsre deutschen Brüder in Württemberg.

Deutsche Brüder!

Die deutsche National-Versammlung wird in den Mauern Eurer Hauptstadt von dem Ministerium Römer und seinen Söldnern auf eine Weise behandelt, die selbst in dem Herzen des Friedliebendsten das Gefühl der Entrüstung erzeugen muß. — Deutsche Brüder! Ihr werdet nicht dulden, daß die Maßregeln einer volksverrätherischen Regierung Eure Geschichte für ewige Zeiten brandmarken, daß Eure deutschen Brüder, daß selbst Eure eigenen Kinder einst von Euch sagen müssen: die sonst so hochherzigen Schwaben haben das heilige Recht der Gastfreundschaft verletzt, — sind zu Verräthern an unserer deutschen Freiheit geworden; — sie haben, im Widerspruch mit ihrem der Reichsverfassung geleisteten Eid, die Reichsgewalt, die National-Versammlung, die sich ihrem Schutze anvertraute, — sie haben die deutsche Freiheit gemordet!

O! nimmer werdet Ihr eine solche Schmach auf Euch laden! — Ermannet Euch, tretet zu uns und reicht uns Eure brüderliche Rechte zum Schutze der in Eurer Hauptstadt gleichsam verhöbnten National-Versammlung, — zum Schutze der von Euch beschworenen Verfassung! 20,000 Mann Deutscher, die Alle wie Ihr die Reichsverfassung anerkannt und beschworen haben, stehen an Euren Gränzen und fordern Euch auf, mit ihnen vereint die heilige Sache unserer Freiheit gegen die Anmaßungen fürstlicher Empörer und ihrer feilen Söldner zu vertreten.

Auf, Ihr Brüder! ergreift die Waffen, folgt unserm Beispiel, laßt uns jetzt unsere Freiheit erkämpfen oder untergeben!

Sieg oder Tod sei unsre Losung!! —

Wir wollen die Gränze Eures Gebiets nicht ungerufen überschreiten, aber wir stehen Eures Winkes, Eures Rufes gewärtig und werden, wenn dieser Ruf oder der Ruf der National-Versammlung an uns ergeht, das Land unsres befreundeten deutschen Bruderstammes mit dem Bewußtsein unsres Rechtes und dem festen Vertrauen betreten, daß von nun an die, nur durch das Interesse rebellischer Fürsten bestehende Trennung für immer aufhöre, und Ein

Band der deutschen Bruderliebe, der Freiheit
und der Ehre,

uns Alle umschlingen wird.

Es lebe Deutschland, es lebe die Freiheit!!

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatze beweisen Euch, mit welchem Muthe Eure Brüder in Baden für die Freiheit zu kämpfen verstehen. Auch Frankreich geht uns wieder mit energischem Beispiel voran.

Abb. 3: Flugblatt aus Baden, das im Juni 1849 in Württemberg verteilt wurde

Pforzheim zu erstatten. Besondere Erwartungen setzte man auf Verbindungen nach Freudenstadt: *Mit Freudenstadt ist ein lebhafter Verkehr anzuknüpfen und den dortigen Freiheitsmännern zu empfehlen, uns so schnell wie möglich ein Corps Scharfschützen nach Pforzheim zu senden, welche über Oppenau nach Gernsbach dirigiert werden müssen.*

Währenddessen wurden zahlreiche Flugblätter durch Sympathisanten der Revolutionäre verbreitet, die für die Teilnahme am badischen Freiheitskampf warben: *Die schwäbische Legion in Baden benachrichtigt ihre Brüder in Württemberg, daß die nachgenannten Grenzorte zu Sammelplätzen bestimmt sind: Oppenau, Gernsbach, Pforzheim, Bretten, Eppingen und Siegelsbach. Jeder Württemberger, welcher in den Reihen der Legion für die heilige Sache der deutschen Freiheit zu kämpfen sich entschlossen hat, möge sich daher nach dem ihm zunächst gelegenen Sammelplatz bewaffnet oder unbewaffnet begeben, um seiner weiteren Bestimmung entgegengeführt zu werden. Kommt, Brüder, kommt ungesäumt!*⁷⁴ Die „Schwäbische Legion“, die sich seit dem 16. Juni in Pforzheim aufhielt, umfaßte zu Anfang 120 Mann, die sich aus württembergischen Deserteuren und rekrutierten Handwerksburschen zusammensetzte. Sie wuchs bis zum 23. Juni auf 400 bis 500 Mann an und wurde an der Grenze zu Württemberg postiert. Am 29. Juni nahm sie am Gefecht bei Gernsbach teil und löste sich dann auf⁷⁵.

Albert Bechter war am 21. Juni in Freudenstadt aufgetaucht, um dort eine Mannschaft zur Unterstützung der Revolution in Baden anzuwerben⁷⁶. Es stellte sich den württembergischen Demokraten die Frage, ob sie den badischen Freiheitskampf unterstützen sollten oder selbst ein militärisches Vorgehen gegen die Stuttgarter Regierung versuchen sollten. In Württemberg herrschte zu dieser Zeit eine revolutionäre Krisensituation⁷⁷. Am 6. Juni hatte das „Rumpfparlament“ in Stuttgart seine Arbeit aufgenommen und eine revolutionäre Reichsregentschaft eingesetzt. Diese hatte am 13. Juni 1849 der württembergischen Regierung befohlen, unverzüglich 5000 Mann Infanterie, vier Schwadronen Reiter und zwei Batterien Artillerie zum Schutz der beiden Festungen Rastatt und Landau einzusetzen. Die württembergische Regierung Römer zog jegliche Kompetenz der Reichsregentschaft in Zweifel und wies am 16. Juni alle württembergischen Oberämter an, nur Gesetzen zu folgen, die von der württembergischen Regierung erlassen worden waren. Nach preußischen Interventionsdrohungen besetzte die 1. Württembergische Feldbrigade am 18. Juni 1849 Stuttgart, zerstörte die Einrichtung des provisorischen Sitzungssaals des deutschen Parlaments und veranlaßte die protestierenden Abgeordneten zur Umkehr⁷⁸. In ganz Württemberg wurden Protestversammlungen abgehalten, wobei Freudenstadt auch wegen der Nähe zu Baden *ein Hort der Unruhe*⁷⁹ war. Die Freudenstädter Demokraten trafen sich am Abend des 21. Juni 1849 im Gast-

haus „Linde“ und entschieden sich schließlich dank der Überzeugungskraft des Unterlehrers Kuch zu einem militärischen Unternehmen gegen Stuttgart. Am Sonntagabend, den 24. Juni 1849 brachen Mitglieder der Freudenstädter, Loßburger und Murgtälner Bürgerwehren in der Oberamtsstadt Richtung Horb auf⁸⁰. Unterwegs wurden in den Dörfern die Sturmglocken geläutet und die Wehrmannschaften mobilisiert. Als jedoch der erhoffte Zuzug ausblieb und Gerüchte vom Anrücken württembergischen Militärs die Runde machten, löste sich der Zug auf. Die Personen, die in den Bürgerwehren oder in den Volksvereinen eine Führungsrolle innehatten, flüchteten. Die Bürgerwehren wurden entwaffnet und aufgelöst. Am 28. Juni 1849 besetzten württembergische Truppen Freudenstadt und den Kniebis, um die Grenze vor badischen Freischärlern zu schützen und die preußischen Operationen an der Flanke abzusichern⁸¹. Nachdem Albert Bechter seine Mission erfüllt hatte, nahm er noch am Gefecht bei Gernsbach teil, wobei sich ihm der freiheitsbegeisterte Sohn des Bürgermeisters André anschloß⁸².

Oppenauer Sansculottismus?

In Gernsbach gekämpft hatte auch die Freischartruppe Augusts von Willich, der auf seinem Rückzuge über die Höhen des Schwarzwaldes am 1. Juli 1849 von Allerheiligen her in Oppenau einrückte. August von Willich, Mitglied des Bundes der Kommunisten, hatte schon im April 1848 mit der Pariser Legion am Heckerzug teilgenommen; unter seinen zu Tode erschöpften 400 Freischärlern befand sich vermutlich auch Friedrich Engels, der als Willichs Adjutant während der Mairevolution fungierte⁸³.

Mitten in der Nacht erhielt Oberst Willich die Nachricht, daß die Preußen schon in Renchen oder Nußbach eingedrungen seien. Er erließ sofort ein Schreiben an Bürgermeister André, indem er unter Androhung des Standrechtes verlangte, ihm am nächsten Morgen 30 Wagen zur Verfügung zu stellen, um mit den ermüdeten Freischärlern Richtung Schweiz weiterzuziehen⁸⁴. Da in Oppenau nicht genügend Wagen aufzutreiben waren, sah sich Bürgermeister André genötigt, die Nachbargemeinden zur Lieferung von Fuhrwerken aufzufordern. Mit drei Geschützen zog Willichs Truppe in der Morgenfrühe von Oppenau über Peterstal nach Wolfach weiter⁸⁵.

Das Auftauchen von Willichs bärtiger und abenteuerlich gekleideter Einheit löste bei vielen Oppenauern Ängste aus. So äußerte Posthalter Ludwig Peter: *Wir befürchteten Gewalttaten und es verlautete, Willich wolle das ganze erste Aufgebot im Renchtal mitziehen. Wir waren deshalb froh, als wir die Willichsche Schar wieder fortbrachten*⁸⁶. Ratschreiber Hüger gab an, man habe sich vor *Gewalttaten* gefürchtet⁸⁷.

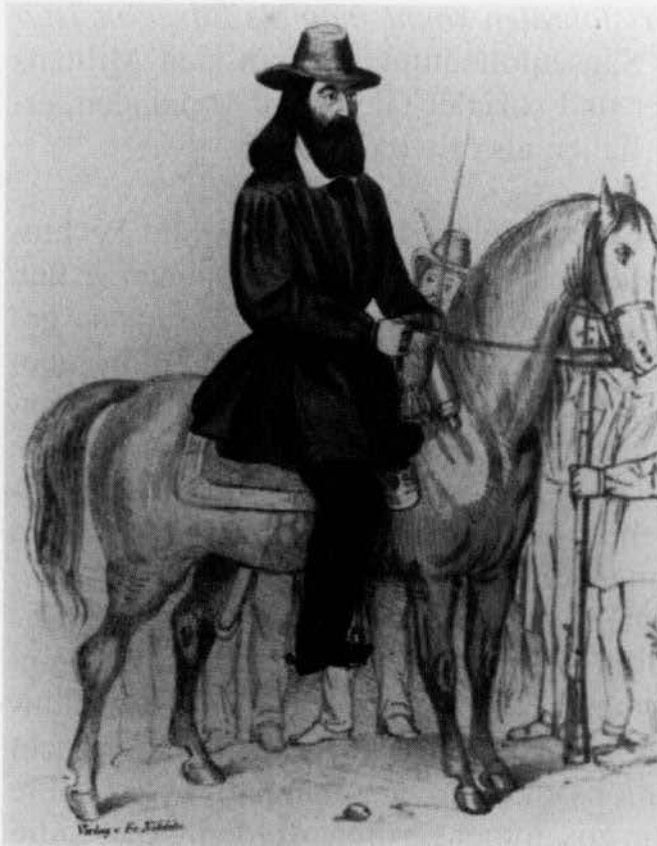


Abb. 4:
 Der Freischarenführer August
 (von) Willich. Er floh ins Schwei-
 zer Exil und wanderte von dort in
 die USA aus. Am Sezessionskrieg
 (1861–65) nahm er als General
 auf der Seite der Union teil.

Beängstigender für die bürgerlichen Kreise Oppenaus war jedoch, daß sich ein Teil der stadtarmer Bevölkerung mit den revolutionären Gewalthabern verbünden könnte. Als deren Exponent galt der vermögenslose Schneidermeister Xaver Groß, wie Pfarrer Knochlauch feststellt: *Schneider Groß soll nach dem allgemeinen Ruf der Hauptwähler dahier sein, der insbesondere die unbemittelte Klasse der Bürger und die jungen Leute in communistisch-republikanischer Weise durch Reden und Verbreitung der Schmutzblätter beirrt und aufgereizt hat*⁸⁸. Groß diente sich nach der Aussage des Oppenauer Brigadiers geradezu als Denunziant und Scharfmacher Willich und seinen Leuten an: *Dieser Posthalter, Apotheker und noch einer seien Aristokraten. Diesen soll man zeigen, was zu machen ist. Von den rechtlichen Bürgern in Oppenau müsse man hören, daß der Schneider Groß der gewalttätigste Mensch in der Revolution hier gewesen sei*⁸⁹.

Die Verwendung des Wortes *Aristokrat* in seiner abfälligen Bedeutung, die seit der Französischen Revolution von 1789 als Ausweis von Sansculottengesinnung galt, läßt sich bei Groß mehrfach nachweisen. So äußerte Groß am 13. Mai 1849 gegenüber dem Ratschreiber Hüger, der sich geziert hatte, die Sendschreiben an die Gemeinden auszufertigen, wenn *nur alle Aristokraten zu gezeichnet wären* wie er, indem er auf das geschwollene Gesicht Hügers deutete⁹⁰. Als der Bürgermeister ebenfalls Bedenken äußerte,

wurde geschrien: *Einen solchen Aristokraten könne man als Bürgermeister nicht brauchen*⁹¹. Diese Art von Sansculottentum, in dem sich Militanz und die Forderung nach politischer und sozialer Gleichheit verbanden, erschien bürgerlichen Kreisen gefährlicher, als es wirklich war.

Gerade Bürgermeister André, als Besitzer einer Harz-, Ruß- und Pechfabrik mit 28 000 fl. Steuerkapital der reichste Mann von Oppenau⁹², ließ sich in seinen Handlungen von *Ängstlichkeit*⁹³ leiten. Er habe stets so gehandelt, weil er *Exzesse* zu vermeiden suchte. Politisch stand André dem konstitutionellen Liberalismus nahe, der Fortschritt sollte sich freilich im legalen Rahmen vollziehen. Ratsdiener Decker sagte aus, daß er André nie anders kennengelernt habe, *als daß er gegen die Revolution war*⁹⁴. Der Oppenauer Harzfabrikant hatte auf einer Geschäftsreise die Verhältnisse im Karlsruher Kriegsministerium kennengelernt und war entsetzt *von der Zusammensetzung der ganzen Sippschaft des gedachten damaligen Ministeriums*⁹⁵. Angesichts der Machtverhältnisse, aber auch der radikalen Kräfte in Oppenau sah er sich jedoch gezwungen, die Anordnungen der Revolutionsregierung auszuführen. So erhielt er die Anweisung, nach der Schlacht bei Waghäusl desertierte Revolutionssoldaten einzufangen. Dazu sollte durch Ausschellen die Bürgerwehr zusammengerufen werden. Als André zögerte, trat die Oppenauer Opposition auf den Plan, so daß André Ratsdiener Decker empfahl, das zu tun, *was die Leute haben wollen*⁹⁶. Zwei Soldaten wurden aufgegriffen, der Bürgermeister ließ sie speisen und schickte sie, ohne sie zu verhaften, am nächsten Tag zu Zivilkommissar Fischer. Um so schmerzlicher war für André, daß er nach der Niederschlagung sein Amt verlor und einem Verfahren wegen Hochverrats ausgesetzt war, welches schließlich ohne eine strafrechtliche Verhandlung eingestellt wurde. 1851 erhielt André bei der Bürgermeisterwahl im großen Ausschuß 44 von 52 Stimmen, *weil er allein der Mann in der Gemeinde ist, der sehr vermöglich gebildet und deshalb im Stande ist, den sonst gänzlich unvermeidlichen Ruin der Gemeinde durch sein einsichtsvolles Einwirken abzuwenden*. Oberamtmann Pfister setzte sich bei der Kreisregierung für die Bestätigung Andrés ein⁹⁷.

Die politische Entwicklung in Oppenau in den Jahren 1848/49 kann nur vor dem Hintergrund der zu Anfang skizzierten problematischen Sozialstruktur verstanden werden. Als sich zu Anfang des Jahres die Gefahr eines Legalitätsbruches und revolutionärer Gewaltanwendung abzeichnete, distanzierte sich die bürgerliche Elite von den Radikalen. Symptomatisch war die Weigerung, den Bürgerverein in einen Volkverein umzuwandeln. Die revolutionäre Bewegung in Oppenau war somit führungslos geworden: „Nur dieses liberale und demokratische Bürgertum zeigte sich fähig, die unterschiedlichen Forderungen der gesellschaftlichen Hauptgruppen der

damaligen Zeit, der Landbevölkerung, der unterbürgerlichen und der bürgerlichen städtischen Schichten politisch wirksam zu bündeln“⁹⁸. Nachdem der konstitutionelle Weg der Revolution, verkörpert durch die Reichsverfassung, gescheitert war, wandten sich die bürgerlichen Eliten wieder der alten Ordnung zu.

Der Schneider Groß, *der bei seinem Drängen und Treiben von andern Schreibern unterstützte*⁹⁹ wurde, nahm in dieser Situation die Funktion eines Volkstribuns und Proleten ein. Er sorgte für den Druck, unter dem die Oppenauer Gemeindeväter eher widerwillig sich den Maßnahmen der provisorischen Regierung beugten. Daß sein Verhalten eher durch Ressentiments und eine unpolitisch zu nennende fundamentale Protesthaltung als durch politische Perspektiven geprägt war, zeigt allein die Tatsache, daß er die Offenburger Versammlung nicht besuchte und in Karlsruhe, als er sich über die politische Lage erkundigte, zum Urteil kam, daß es sich bei der badischen Revolution um eine *übertriebene Sache* handele.

Groß war Mitglied im großen Bürgerausschuß gewesen und hatte manches gerügt, was ihm nicht gefallen hatte¹⁰⁰. Gerade die Dreiklassenwahl im kommunalen Bereich führte zu einer Politisierung der sozialen Gegensätze. Während die vermögenden Bürger die Umlagen möglichst niedrig halten wollten und die Gemeindegutkosten aus der kommunalen Feld- und Waldnutzung bestreiten wollten, suchten die Niederstbesteuerten in größtmöglicher Weise vom Gemeindegut zu profitieren und waren für höhere Umlagen. Die Oppenauer Konflikte fanden eine Fortsetzung, als man 1850 mit einem außerordentlichen Holztrieb die durch die Revolution vollends ruinierten Gemeindefinanzen aufbessern wollte. Die Galionsfigur der Niederstbesteuerten, wie Groß als „Wühler“ bezeichnet, war dieses Mal der Schneider Franz Huber¹⁰¹. Der Konflikt brach erneut aus, als 1875 Oppenau vor der Frage stand, sich am Eisenbahnbau zu beteiligen: *Die Gegensätze sind weniger politischer Natur als socialer. Die Niederstbesteuerten behaupten, daß sie die Mehrheit in der Gemeinde bilden und daß die Minderheit gegen den ausgesprochenen Willen der Mehrheit sich für die Beteiligung am Eisenbahnbau ausgesprochen habe und daß der Bürgergenuß durch die Eisenbahnschuld, für welche der Gemeindevald verpfändet werde, gefährdet sei*¹⁰².

Die Revolution hatte den Oppenauer Eliten demonstriert, daß die politischen Gleichheits- und Emanzipationsforderungen in ihrer Gemeinde ihre eigene Stellung in Frage stellten. Umgekehrt inspirierten die demokratischen Forderungen die Oppenauer Unterschicht, sich im kommunalen Rahmen für mehr Gleichberechtigung und die Durchsetzung ihrer Interessen zu engagieren. Im großen politischen Zusammenhang der Revolution spielte

jedoch die noch vorindustriell geprägte Schicht aus Tagelöhnern, Fuhrleuten und verarmten Handwerkern als gestaltendes Subjekt des Geschehens kaum eine Rolle: „Offensichtlich führt kein direkter Weg von den schweren Sozialproblemen der frühindustriellen Gesellschaft zur Revolution“¹⁰³.

Anmerkungen

- 1 Josef Börsig, Geschichte des Oppenauer Tales, 1951, S. 73.
- 2 Bericht des Oberkircher Oberamtsmanns Pfister an das Innenministerium vom 30. November 1851, GLA 236/3109.
- 3 GLA 236/3108.
- 4 Vgl. dazu Hans Joachim *Fliedner*, Aufbruch in die Demokratie/Reform und Revolution 1847–1849. Rede am 31.2.1997 in Bremen bei den 5. Historisch-politischen Tagen (Manuskript).
- 5 Eberhard *Jäckel*, Jahrestage 1998. Ein historischer Spaziergang auf der Achterbahn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16. Januar 1998, S. 3.
- 6 Ortsbereisung Oppenau, StAF B 727 /5 Nr. 151.
- 7 Ortsbereisung Oppenau 1884, wie Anmerkung 6.
- 8 J. Börsig, Anmerkung 1, S. 418.
- 9 Stadtarchiv Oppenau (= StOPP), Beilage zur Gemeinderechnung 1849.
- 10 Ortsbereisung 1884, wie Anmerkung 6.
- 11 Josef *Ruf*, Oppenau und die übrigen hinteren Renchtalgemeinden vor 100 Jahren, um 1910, Folge 8 (BLB Signatur O 52 A /891).
- 12 Joseph *Zentner*, Das Renchtal und seine Bäder, 1827 (Reprint der Grimmelshausen-Buchhandlung Oberkirch 1988), S. 232.
- 13 *Ruf*, wie Anmerkung 11.
- 14 Ortsbereisung 1884, wie Anmerkung 6.
- 15 *Ruf*, wie Anmerkung 11.
- 16 Ortsbereisung 1866, wie Anmerkung 6.
- 17 Ortsbereisung 1884, wie Anmerkung 6.
- 18 *Historischer Verein für Mittelbaden* (Hg.), Die Land- und Stadtgemeinden des Kreises Offenburg, 1961, S. 90.
- 19 Ortsbereisung Oppenau, wie Anmerkung 6.
- 20 Wolfgang von *Hippel*, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, in: Otto Borst (Hg.), Aufruhr und Entsamgung. Vormärz 1815–1848 in Baden und Württemberg, Stuttgart 1992, S. 171.
- 21 Ortsbereisung Oppenau 1861, wie Anmerkung 6.
- 22 Oberamtsmann Pfister 1851, wie Anmerkung 2.
- 23 Ortsbereisung Oppenau 1861, wie Anmerkung 6.
- 24 StOPP 412/2 Gemeinderats-Protokollbuch, Vermögens- und Sittenzeugnisse.
- 25 *Ruf*, wie Anmerkung 11.
- 26 Ortsbereisung Oppenau 1863, wie Anmerkung 6.
- 27 Ortsbereisung 1884, wie Anmerkung 6.
- 28 Aussage des Bürgermeisters Anton André, GLA 229/ 80 754.
- 29 Dazu Franz X. *Vollmer*, Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution. Karlsruhe 1997, S. 86 ff.
- 30 GLA 236/2244.
- 31 Franz X. *Vollmer*, siehe Anmerkung 29, S. 116.
- 32 GLA 236/2244.

- 33 GLA 236/2244.
- 34 Oswald *Heinzelmann*, Die Revolution 1848/49 im Kreis Freudenstadt, in: Heimat und Museumsverein Freudenstadt (Hg.), Freudenstädter Beiträge 7/1991, S. 4.
- 35 StOPP, Beilage zur Gemeinderechnung 1849.
- 36 StOPP, Gemeinderechnung 1849.
- 37 GLA 236/2245.
- 38 GLA 236/2245.
- 39 Hans-Martin *Pillin*, Oberkirch. Die Geschichte in großherzoglich-badischer Zeit 1803–1918, 1978, S. 64.
- 40 GLA 236/2245.
- 41 GLA 229/80 754, S. 213 f.
- 42 GLA 229/80 754, S. 247.
- 43 GLA 229/80 754, S. 277.
- 44 GLA 229/80 754, S. 283.
- Im Katalog der Landesausstellung (1848/49 Revolution der deutschen Demokraten in Baden, hrsg. vom *Badischen Landesmuseum Karlsruhe*, Baden-Baden 1998, S. 303 f.) wird ein Volksverein in Oppenau erwähnt. Nach dem EDV-Verzeichnis „Revolution im Computer“ umfaßte er 15 Mitglieder. In der Akte 236/8509 ist ebenfalls ein Volksverein in Oppenau erwähnt. Namentlich erwähnt sind dort der Adlerwirt Mayer als Vorstand, der Bierwirt Walter, Bürgermeister André, Ochsenwirt Dreyer und Schneider Dietz (Groß?).
- 45 GLA 236/2246.
- 46 GLA 236/2246.
- 47 GLA 229/80 754, S. 214.
- 48 GLA 236/2246.
- 49 GLA 229/80 754, S. 138.
- 50 GLA 229/80 754, S. 137.
- 51 GLA 229/80 754, S. 229.
- 52 GLA 229/80 754, S. 186.
- 53 GLA 229/80 754, S. 141. Siehe auch die Aussagen des Posthalters Peter.
- 54 GLA 229/80 754, S. 140.
- Über Hermann Schulze-Delitzsch vgl. *Deutscher Genossenschaftsverband* (Hg.), Schulze-Delitzsch 1808–1958. Festschrift zur 150. Wiederkehr seines Geburtstages, Bonn 1958 / Helmut *Faust*, Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Weg der Genossenschaften im deutschen Sprachraum, Frankfurt a. M. o. J.
- 55 GLA 229/80 754, S. 247.
- 56 GLA 229/80 754, S. 79.
- 57 GLA 229/80 754, S. 79 und S. 246 f.
- 58 GLA 229/80 754, S. 284.
- 59 GLA 229/80 754, Stellungnahme des Oppenauer Gemeinderates vom 1. Dezember 1849.
- 60 GLA 229/80 754, Zeugenaussage Kerny.
- 61 Die Offenburger Beschlüsse sind abgedruckt bei Franz X. Vollmer, Offenburg 1848/49, a. a. O., S. 176 f.
- 62 GLA 229/80 754, S. 180.
- 63 GLA 229/80 754, S. 181.
- 64 GLA 229/80 754, S. 184.
- 65 GLA 229/80 754, S. 178.
- 66 GLA 229/80 754, Zeugenaussage Bürgermeister A. Erdrich.

- 67 GLA 229/80 754, Zeugenaussage Dürr.
- 68 GLA 229/80 754, Zeugenaussage Hodapp.
- 69 GLA 229/80 754, S. 289.
- 70 GLA 229/80 754, S. 286.
- 71 GLA 229/80 754, S. 299.
- 72 GLA 229/80 754, S. 83, Bericht des Brigadiers Beierstetter.
- 73 GLA 229/80 754, S. 75, Abschrift des Briefes an Bechter.
- 74 Zitiert nach Paul *Sauer*, *Revolution und Volksbewaffnung. Die württembergischen Bürgerwehren im 19. Jahrhundert, vor allem während der Revolution von 1848/49.* Ulm 1976, S. 170.
- 75 *Sauer*, Anmerkung 74, S. 170.
- 76 *Sauer*, Anmerkung 74, S. 162.
- 77 Franz X. *Vollmer*, „Es gilt, in Baden loszuschlagen!“ in: *Zeitpunkte* 1/1998, S. 32.
- 78 *Sauer*, Anmerkung 74, S. 158.
- 79 *Sauer*, Anmerkung 74, S. 161.
- 80 Oswald *Heinzelmann*, *Die Revolution 1848/49 im Kreis Freudenstadt*, in: *Freudenstädter Beiträge* 7/1991, S. 8. Die Kenntnis dieser Veröffentlichung verdanke ich Herrn Gerhard Hertel.
- Paul *Sauer*, Anmerkung 74, S. 162.
- 81 O. *Heinzelmann*, Anm. 80, S. 11 / *Sauer*, Anmerkung 74, S. 161–165.
- 82 GLA 229/80 754, S. 83.
- 83 *Badisches Landesmuseum Karlsruhe* (Hg.), *1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden*, Baden-Baden 1998, S. 312.
- 84 GLA 229/80 754, S. 80.
- 85 GLA 229/80 754, S. 41, 81, 133.
- 86 GLA 229/80 754, S. 143.
- 87 GLA 229/80 754, S. 183.
- 88 GLA 229/80 754, S. 215, Pfarramtliches Zeugnis.
- 89 GLA 229/80 754, S. 81.
- 90 GLA 229/80 754, S. 182.
- 91 GLA 229/80 754, S. 60.
- 92 GLA 229/80 754, Vermögenszeugnisse/Zur Geschichte der Firma André
Heinz G. *Huber*, *Von der Rußhütte zur modernen Lackfabrik. 175 Jahre Fa. André*, 1993 (Manuskript).
- 93 GLA 229/80 754, Aussage Posthalter Peter, S. 142.
- 94 GLA 229/80 754, S. 185.
- 95 GLA 229/80 754, S. 87.
- 96 GLA 229/80 754, S. 277.
- 97 GLA 236/3109.
- 98 Dieter *Langewiesche*, *Wege zur Revolution*, in: *Otto Borst* (Hg.), *Aufbruch und Entsaugung. Vormärz 1815–1848 in Baden und Württemberg*, Stuttgart 1992, S. 431.
- 99 GLA 229/80 754, S. 246.
- 100 GLA 229/80 754, S. 285.
- 101 StAF B 727/5, Nr. 151, Ortsbereisung 1859.
- 102 StAF B 727/5, Nr. 151, Ortsbereisung 1875.
- 103 *Langewiesche*, wie Anmerkung 98, S. 431.

Ortsteile der Stadt Rheinau und die Revolution von 1848/49

Die Badische Revolution und ihr Niederschlag in Diersheim

Liselotte Simon

Die Ereignisse 1848/49 sind in vierfacher Weise in die Geschichte Diersheims eingegangen: in den Unterlagen über Leben, Wirken, Prozeß und Beerdigung des Johann Georg Hummel aus Diersheim, der 1849 Abgeordneter in der Badischen Nationalversammlung war, in den Briefen des Johann Michael Bleß II., Landwirt und Steuermann, nach Amerika, in der anekdotischen Überlieferung und in den Rechnungsbüchern der Gemeinde.

Was die Ausrüstung der Bürgerwehr und ihre Verpflegung kostete, was im einzelnen angeschafft wurde, welche Dienste zu vergüten waren, ist in den Gemeinderechnungen auf Gulden und Kreuzer nachzulesen.

Der Müllersohn Johann Georg Hummel, Ratschreiber in Diersheim von 1835 bis 1837 und Bürgermeister von 1837 bis 1844, kandidierte 1846 erfolglos für den Landtag, wurde aber 1849 zusammen mit dem Kehler Bürgermeister Roos als Vertreter des Hanauerlandes in die Badische Nationalversammlung gewählt. Dort kam er einmal zu Wort und wurde dafür in seinem Hochverratsprozeß nach dem Zusammenbruch der Revolution als „ganz Radikaler“ charakterisiert und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Er floh zuerst nach Straßburg, dann nach Amerika, stellte sich im Dezember 1852 den badischen Behörden und trat seine Haftstrafe an. 1855 wurde Hummel aus Gesundheitsgründen aus der Haft entlassen. Er starb am 10. April 1858 an einer Tuberkulose, die im Zuchthaus 1853 ausgebrochen war und von der Lunge auf andere Organe übergegriffen hatte. Seine Beerdigung wurde durch die Reden am Grab zu einer Ehrung für einen aufrechten beliebten Mann und indirekt zu einer Verurteilung der Justiz, die seinen Tod mindestens mitverschuldet hatte. Obwohl die Erinnerung an Hummel bis in die Gegenwart wach geblieben ist, gibt es nur ein Foto von ihm und eines von seinem Grabmal als private Dokumente.

Johann Michael Bleß II. gibt in seinen Briefen an Schwester und Schwager in Amerika die Stimmung der Diersheimer Bevölkerung in den Revolutionsjahren wieder. *Wir wollten frei sein wie ihr in Amerika, aber es ist uns nicht gelungen*, schreibt er am 27. Oktober 1849. Er geht kurz auf die Vorgänge 1848 ein und berichtet dann ausführlich über die Versammlung in Offenburg, das Ausrücken der Bürgerwehr und die Kämpfe der Revoluti-



*Johann Georg Hummel,
Diersheim*

onstruppen mit den Preußen bis zur Niederlage. Er erwähnt die beiden „Parteien“ im Dorf, die „Demokraten“ und die „Aristokraten“, und nennt Mitkämpfer im Revolutionsheer. Johannes Jung exerzierte mit der Bürgerwehr und wurde beim Ausrücken ihr Hauptmann; David König war Oberkanonier und Offizier. In einem späteren Brief berichtet Bleß über die preußische Besatzung.

Zwei der drei „Revolutionsanekdoten“ verdeutlichen, daß die Diersheimer auf Seiten der Revolutionäre standen.

Der spukhafte Schimmel an der Breitenwörthbrücke soll Georg Hummel vor den Gendarmen in seiner Mühle gewarnt haben, als er nachts aus seinem Straßburger Exil kam, um in der Mühle nach dem Rechten zu sehen.

Die Geschichte von den Hähnen, die ihre Schwanzfedern für die Heckerhüte der Bürgerwehr opfern mußten, ist ebenfalls Ausdruck der Revolutionsbegeisterung der Diersheimer – ausgenommen der Pfarrer und sechs Kirchengemeinderäte, die „Aristokraten“ waren. Umgeschlagen hat diese Stimmung allerdings unter den Folgen der Revolution. Michael Bleß schreibt am 28. Mai 1854 . . . *wir wollen keine Revolution, wir bleiben der Regierung treu, der wir gehuldigt haben . . .* Dies wird in der Anekdote deutlich, in der ein alter Mann sagt: *Da hab ich alter Kerl mich schamme*

mien, als er im Gespräch mit Großherzog Friedrich I. am 4. Januar 1892 (Eröffnung der Bahnlinie Bühl–Kehl) zugeben mußte, daß er in Rastatt zu den meuternden Soldaten gehört hatte.

Aufgebot der Wehrmänner im Jahre 1849 in Diersheim

Die Gemeinde zahlte den Wehrmännern aus:

1 Fl. Verpflegungsgeld denen, die am ersten Abend nach Steinmauern ausrückten mußten.

Für 1 Tag Dienst 1 Fl. 30 Kreuzer

Für 2 Tage Dienst 3 Fl.

Für 6 Tage Dienst 4 Fl.

Bauer	Georg	ausgew. 1854 USA
Bauer	Johann	ausgew. 1853 USA
Bauer	Martin	ausgew. 1854 USA
Bleß	Christian	
Bleß	David	
Bleß	Joh. Georg	
Bleß	Ludwig	ausgew. 1854 USA
Bleß	Martin	
Bleß	Michael	
Brunck	Georg	
Bürkel	Georg	
Enderle	Johann	
Gerber	Friedrich	
Gerber	Georg I.	
Grampp	Friedrich	ausgew. 1854 USA
Grampp	Georg II.	ausgew. 1854 USA
Grampp	Joh. Georg	
Grampp	Johann Georg	
Grampp	Johannes	
Grampp	Martin V.	
Grampp	Michel	
Haag	Friedrich	
Haag	Jakob	ausgew. 1854 USA
Haag	Jakob I.	
Haag	Michael	ausgew. 1853 USA
	Friedrich IV	
Haag	Michel	ausgew. 1852
Hauß	David	
Hauß	Friedrich	ausgew. 1849 USA
Hauß	Friedrich III.	nach Frankreich
Hauß	Jakob	ausgew. 1852 USA
Hauß	Jakob IV.	
Hauß	Johann	ausgew. 1849 USA
Hauß	Johann I.	ausgew. 1861 USA
Hauß	Johann II.	
Hauß	Michael	

Heidt	Friedrich	
Heinzelmann	Friedrich	
Heinzelmann	Friedrich	
Heinzelmann	Johannes	
Heinzelmann	Michel	
Hoffmann	Martin	
Hummel	Friedrich	
Hummel	Martin	
Hummel	Michel	
Hummel	Michel	
Jung	Johann	
Kaiser	Michael	
König	Daniel	ausgew. 1853 USA
König	Daniel	
König	Daniel I.	
König	Daniel II.	
König	Friedrich	
König	Friedrich	
König	Friedrich II.	
König	Georg	ausgew. 1850 USA
König	Georg VIII.	
König	Philipp	
König	Philipp	
Lasch	Georg	
Manshardt	Jakob	ausgew. 1853 USA
Matz	Martin	ausgew. 1854 USA
Matz	Michel	ausgew. 1854 USA
Röhrig	Friedrich	ausgew. USA
Rußi	David	ausgew. 1849 USA
Rußi	David II.	ausgew. 1854 USA
Sänger	Martin	
Saßie	Jakob	
Schreiner	Friedrich	ausgew. USA 1873
Schreiner	Jakob	ausgew. 1851 USA
Stefan	Michel	
Waag	Georg	

Quellen und Literatur

Johann Michael *Bleß II.* Steuermann und Landwirt (1790–1863), 10 Briefe an seine Schwester Katharina Barbara Bleß-Hauß in den USA zwischen 1828 und 1860

Originale: Staatsbibliothek Dayton/OHIO USA

Abdruck der englischen Übersetzung in: *The House Family, from Diersheim, Germany in 1817*

Printed by: The House of Howard Inc. Dayton/OHIO 1971

Kopien der deutschen Originale: Familienbesitz Lieselotte Simon-Hauß, Hanauerstr. 6, 77866 Rheinau-Diersheim bzw. Verein f. Heimatgeschichte Diersheim

Briefe (1849 und 1853) auszugsweise abgedruckt in: *Uff'm Fierowe-Baenkel 1996*

Verein f. Heimatgeschichte Diersheim, C. by Schnoog Text & Ton Diersheim

Johann Georg *Hummel* (1806–1858), Müller. Ratschreiber 1836–1838; Bürgermeister 1838–1844. Dann politisch engagiert. Abgeordneter des Landeskongresses (Offenburg 1849), Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung (Karlsruhe). Würdigung seines Lebens bei: Friedrich *Köbler*, *Das Rhein- und Grenzdorf Diersheim in Vergangenheit und Gegenwart* (Ms. 1938) mit Ergänzungen 1938–1994. Verein f. Heimatgeschichte Diersheim 1991 e.V. C. by Schnoog Text & Ton Diersheim 1995.

Darin Zitat über seine Beerdigung aus: *Badische Landeszeitung* (Karlsruhe) vom 21. April 1858.

Angaben zu Ausgaben der Gemeinde für die Bürgerwehr und preußische Besatzung
Rechnungsbuch der Gemeinde Diersheim 1849

Bürgerwehr Abt. 172

Sachausgaben Abt. 151; 168; 169; 170; 171; 173; 174

Diäten Abt. 154

Anekdoten zur Revolution. Mündliche Überlieferung; abgedruckt in *Uff'm Fierowe-Baenkel*

Angaben zu den Wehrmännern 1849, Rechnungsbuch 1849
ergänzt durch

Familienbuch des Ratschreibers Faulhaber (etwa 1820–1870), Gemeinde Diersheim

Familienbuch I u. II des Pfarrers Barck, Diersheim

Kirchenbücher der Ev. Kirchengemeinde Diersheim

Auswanderer aus Diersheim Staatsarchiv Freiburg Abt. 358 Diersheim Staatsangehörigkeit und Auswanderung B 713/8

Generallandesarchiv Karlsruhe 358/1912/223/ff. und 434/ff.

Der Freistetter Kaufmann August Huth

Renate Demuth

Die Beteiligung des Bürgers und Handelsmanns August Huth aus Neufreistett an der Badischen Revolution von 1848/49 erfahren wir aus den Gerichtsakten der Jahre 1850/1851.

Das Großherzoglich Badische Hofgericht des Mittel-Rhein-Kreises in Bruchsal verurteilte am 9. Januar 1850 den flüchtigen Handelsmann August Huth von Neufreistett wegen Hochverrats zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe und zum Ersatz des aus diesem Verbrechen erwachsenen Schadens gesamtschuldnerisch mit jenen, die wegen desselben Verbrechens verurteilt werden, und zu den Untersuchungs- und Strafgerichtskosten.

In der Begründung zu diesem Urteil wird ausgeführt:

Der verheiratete, 30 Jahre alte August Huth zeigte im bürgerlichen Leben einen ehrenwerten Charakter, aber sowohl der Gemeinderat als auch sein heimatliches Pfarramt bescheinigten ihm eine Oberflächlichkeit im Wesen, weshalb er zu Eitelkeit und Ehrgeiz neigte, was ihn in seinem selbständigen Urteil nachteilig beeinflusste. Er wird vom Gemeinderat und insbesondere vom Pfarramt als Anhänger der demokratischen Partei und tätiger Agent der Revolution bezeichnet.

Die Untersuchungsergebnisse, die sich auf Tatsachen gründen, lassen sich wie folgt zusammenstellen:

1. August Huth war Mitvorstand des Volksvereins von Freistett und Neufreistett.
2. In dieser Eigenschaft nahm er an der am 10. Mai 1849 im Schwanenwirtshaus in Neufreistett vorgenommenen Wahl der Abgeordneten zum Landeskongreß in Offenburg teil und wurde selbst zum Abgeordneten gewählt.
3. Er war bei dem am 12. Mai 1849 in Offenburg abgehaltenen Landeskongreß als Mitglied zugegen und wohnte auch der am 13. Mai 1849 in Offenburg stattgefundenen Volksversammlung bei.
4. Er nahm die Stelle als Mitglied des Sicherheitsausschusses von Freistett an, die ihm von Civilcommissär David Hauß übertragen wurde.
5. Nach einer unter den Papieren des Civilcommissärs Hauß gefundenen Urkunde, die von August Huth geschrieben und von ihm und Hauß unterschrieben ist, forderten beide in ihrer Eigenschaft als Vorstände des Bezirksvereins die Volksvereine des Bezirks auf, sich Vorräte von Munition und Schießpulver anzuschaffen und ihm und Hauß ihren Bedarf anzugeben, da diese sich bereits wegen der besten Bezugsquelle erkundigt hatten.
6. Huth bestellte zur Ausrüstung des 1. Aufgebots nicht nur Gewehre in Lüttich, sondern er schaffte auch Blusen und Tornister für das Aufgebot in Neufreistett an.
7. Er ließ von einem Zentner Blei durch einen gewissen Samuel Hammel Kugeln gießen.
8. Nach der eidlichen Aussage des Grenzkontrolleurs Böhringer, Hauptzollamtskontrolleurs Scharnberger und Bürgermeisters Feßler verbreitete er auch häufig politische Flugblätter und Karikaturen.

Zu seiner Verteidigung machte August Huth geltend, daß weder die Teilnahme an Volksvereinen noch die Annahme der Wahl eines Abgeordneten zum Landeskongreß ein Verbrechen sei. Er habe zwar an dem Kongreß teilgenommen, aber nicht an dessen Beratungen, Beschlußfassungen und

Abstimmung darüber mitgewirkt. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Sicherheitsausschusses habe er nur zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gewirkt. Die Anschaffung von Gewehren und Beschaffung von Bekleidung des 1. Aufgebots sei nichts Strafbares. Die Bestellung von Gewehren sei lediglich Geschäftssache, die Blusen und Tornister habe die Gemeinde aus Mittellosigkeit nicht bezahlen können, so sei es eine Handlung von Menschlichkeit gewesen, weil sonst das Aufgebot ohne die nötige Ausrüstung hätte ausziehen müssen.

Die Kugeln habe er nur zu seinem eigenen Gebrauch zum Scheibenschießen anfertigen lassen und die von ihm verbreiteten Blätter seien nur allgemein erlaubte wie „Die fliegenden Blätter“ und „Der Eulenspiegel“ gewesen. Schließlich sei es seiner Mitwirkung zuzuschreiben, daß die Beamten des Bezirks, deren Verhaftung ein gewisser Beckert auf Befehl der provisorischen Regierung vornehmen sollte, verhindert worden sei. Außerdem glaube er sich auf das Amnestie-Gesetz vom 2. Juli 1849 berufen zu können.

Das Gericht kam nach Prüfung aller Anklagepunkte und Milderungsgründe nicht zu der an sich auszusprechenden Zuchthausstrafe von 6, sondern zu der von 2 Jahren.

Durch Beschluß vom 1. Juni 1850 änderte das Großherzoglich Badische Oberhofgericht in Mannheim das Urteil des Großherzoglichen Badischen Hofgerichts des Mittel-Rhein-Kreises vom 9. Januar 1850 dahingehend ab:

Der Handelsmann August Huth wird wegen Teilnahme an den im Mai und Juni 1849 im Großherzogtum verübten hochverräterischen Unternehmungen für schuldig erklärt und zu einer dreimonatigen peinlichen Gefängnisstrafe sowie zur Zahlung der Untersuchungs- und Strafprozeßkosten verurteilt.

Das Vermögen des flüchtigen August Huth wurde bereits 1849 mit *Arrest* belegt, d.h. Huth konnte über sein Vermögen nicht mehr verfügen.

Im Juli 1850 bittet August Huth unter Bezugnahme auf das Urteil des Großherzoglichen Badischen Oberhofgerichts vom 1. Juni 1850 um Aufhebung der Beschlagnahme seines Vermögens. Da aber in diesem Urteil die Frage des Schadenersatzes nicht geklärt, sondern einem besonderen Verfahren zugewiesen wurde, erhebt die Großherzogliche Staatskasse im Juli 1850 Klage gegen August Huth wegen Schadenersatz und Anordnung der Beschlagnahme des Vermögens. Zur Begründung wird angeführt, daß August Huth als Teilnehmer an der Revolution verurteilt wurde und somit

auch für den Gesamtschaden haftet, der durch die Revolution infolge Be-
raubung von Staatskassen, Verschleuderung und Zerstörung von Kriegs-
und sonstigem Staatsmaterial entstanden war und enorm groß ist.

Das Großherzogliche Bezirksamt Rheinbischofsheim wird deshalb ange-
wiesen:

1. Dem Beklagten die Veräußerung seiner Liegenschaften zu untersagen,
2. seine Fahrnisse nach vorheriger Aufnahme durch das Großherzogliche
Amtsrevisorat registrieren zu lassen,
3. eine Abschrift der Verfügung hinsichtlich der Liegenschaften dem
Großherzoglichen Steueramt Neufreistett zur Erwirkung des Grund-
bucheintrags mitzuteilen.

Am 15. August 1850 ergeht ein Bescheid mit folgendem Wortlaut: *Es sei
das Vermögen des Beklagten mit Beschlag zu belegen und ihm demgemäß
die Disposition über seine Fahrnisse zu entziehen und die Veräußerung sei-
ner Liegenschaften zu untersagen.*

Am 14. Oktober 1850 legt der Anwalt des August Huth, Rechtsanwalt Ku-
sel, Berufung gegen die Schadenersatzforderung ein mit der Begründung,
daß aus dem Strafverfahren ein Anspruch auf Schadenersatz gegen den Be-
klagten nicht abgeleitet werden könne. Es sei nicht erwiesen, daß durch die
Handlungen des Beklagten ein Schaden entstanden sei und wieviel davon
wieder ersetzt werden müsse.

Das Großherzoglich Badische Hofgericht des Mittel-Rhein-Kreises hob
durch Urteil vom 5. Dezember 1850 den verfügten Arrest wieder auf, wo-
bei August Huth die Kosten beider Instanzen auferlegt wurden.

Am 4. April 1851 zahlte der Vater von August Huth, Ludwig Huth, die ge-
nehmigte Vergleichssumme von 200 Gulden mit der Bitte um baldige Ver-
zichtserklärung auf die fiskalischen Entschädigungsansprüche und auf
Aufhebung der Beschlagnahme.

GLA 237/3450

Die Revolutionsjahre 1848/49 in Helmlingen

Heinz Großholz

Genau wie andernorts wurde auch in Helmlingen ein Volksverein gegründet. Dessen Vorsitzender war der Gemeinderat Nikolaus Zimpfer. Er wurde nach den Geschehnissen am 31. Juli 1849 aus dem Amt des Gemeinderats entlassen¹.

Die freiheitliche Gesinnung kam schon im Jahre 1848 zum Ausdruck, indem man eine Freiheitsfahne fertigen ließ. Das Zubehör lieferte der Handelsmann Steinruck in Achern. Die zwei Fahnenstangen stellte der Wagner Georg Koch aus Membrechtshofen her. Von der ortsansässigen Frau Salome Zimmer wurden die Näharbeiten durchgeführt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 9,39 Gulden². Das 1. Aufgebot von Helmlingen rückte am 14. Mai 1849 mit dreißig Mann in Richtung Rastatt aus. Jeder der Wehrmänner erhielt als Vergütung den Betrag von drei Gulden ausbezahlt. Die Beförderung der Wehrmannschaft mit fünf bespannten Wagen nach Rastatt wurde öffentlich versteigert. Den Zuschlag erhielten diejenigen, welche das geringste Angebot mit je vier Gulden abgaben³. Der zweite Auszug mit 28 Mann erfolgte dann am 26. Mai 1849. Doch diesmal war die Vergütung geringer – nämlich zwei Gulden pro Mann⁴.

Zur Ausrüstung lieferte Georg Wurtz 24 Gewehrriemen nebst Zubehör wie Schnallen und Knöpfe. Eine Trommel wurde natürlich auch benötigt, die man vom Siebmacher Fleischmann in Kehl zum Preis von 29 Gulden bezog. Der Handelsmann Elisa Roos von Lichtenau lieferte zur weiteren Ausstattung Kleider und Faden. Zur Ausbildung der Mannschaften benötigte man Instruktoren. Diese Tätigkeit wurde ausgeübt von Johann Pankratz Ott, Jacob Stauer und Jacob Zimpfer V. Für deren Tätigkeit wurden täglich 15 Kreuzer pro Mann entrichtet⁵.

Um die anscheinend erforderliche Sollstärke von zusammen sechzig Mann zu erreichen, erfolgte die Einstellung von zwei fremden Wehrmännern⁶. Auch hier betrug die Vergütung pro Mann zwei Gulden. Diese Einstellung erfolgte auf ausdrücklichen Befehl des Bezirkskommissärs Haus von Freistett. Mit dem Trommler (oder auch Tambour) Martin Siehl wurde ein Anstellungsvertrag abgeschlossen⁷. Seine Vergütung belief sich pro Tag auf zwanzig Kreuzer; war also höher als die der Instruktoren. Die Blusen wurden von der Gemeinde angeschafft und in Straßburg geholt. Diejenigen, welche die Blusen aus eigenen Mitteln erwarben, erhielten einen Rückersatz von 54 Kreuzern pro Stück⁸. Jakob Kreß III. lieferte dreizehn Gurte

und eigens für Jacob Stauer einen Säbel; und – wie es weiter heißt – Kuppel *nebst Schnall und Scheid*.

Die Blusen mußten mit Krägen versehen werden. Diese Arbeit übernahm Salome Zimmer und kaufte dafür drei Ellen Tuch. Ein Teil des 1. Aufgebots mit achtzehn Mann und dem Instrukteur Zimpfer war in Karlsruhe stationiert⁹.

Interessant ist, daß nicht nur die Blusen, sondern auch 45 Tornister aus dem Elsaß bezogen wurden. Diese wurden von der französischen Forstinspektion in Ribeauville (dt.: Rappoltsweiler) geliefert. Die Übergabe erfolgte am 18. Juni 1849 durch einen Beauftragten in Straßburg. Der Preis pro Tornister betrug drei Franken und fünf Sous. An Zoll mußte an das Großherzoglich (!) Badische Hauptzollamt Kehl der Betrag von 15 Gulden und 45 Kreuzern entrichtet werden.

45 Patronentaschen lieferte am 19. Juni 1849 der Sattler Schütz aus Lichtenau, während das Musketenpulver am 21. Juni 1849 vom Handelsmann David Hauß von Freistett bezogen wurde. Lieferant von 33 schwarzen Hüten, welche die Wehrmänner trugen, war das Hutgeschäft Withum in Achern¹⁰.

Oberkriegskommissar Schlöffel fand sich mit weiteren zehn Mann und ebensovielen Pferden am 28. Juni 1849 in Helmlingen ein. Sie kehrten bei Karl Zimmer im Gasthaus „Salmen“ ein, wo übernachtet wurde. Der Gaststättenbesitzer war auch Abonnent des „Volksführers“¹¹. Die Rechnung für Essen und Getränke, Übernachtung, das Heu für die elf Pferde, sieben Sester Hafer und eine Fuhre dann nach Rastatt belief sich auf elf Gulden und zehn Kreuzer¹².

Nach der Besetzung Badens und Übergabe der Festung Rastatt am 23. Juli 1849 mußten die Privatwaffen abgegeben werden. Mit einer zweispännigen Fuhre wurden die abgelieferten Waffen aus den Orten des mittleren und unteren Hanauerlands – also auch von Helmlingen – am 16. August 1849 in das Militärhauptdepot nach Karlsruhe verbracht¹³.

Auch die Gemeinde Helmlingen wurde zur Kasse gebeten. So mußten an die zur Anschaffung von Fourage in Rheinbischofsheim eingerichtete Bezirkskriegskasse die folgenden baren Beiträge geleistet werden:

19. August 1849, 228 Gulden 49 Kreuzer; 28. August 1849, 114 Gulden 24 Kreuzer; 11. September 1849, 76 Gulden 16 Kreuzer.

Diese Zahlungen – zusammen mit weiteren Ausgaben – so u. a. auch der Organisierung des 1. Aufgebots –, die durch den – wie es heißt – „Maiaufstand“ entstanden sind, erforderten von der Gemeinde einen Gesamtaufwand von 649, 43 Gulden. Dann letztendlich kam im April 1850 nochmals eine Forderung durch die Großherzogliche Ausgleichskommission in Karlsruhe mit zusammen 800 Gulden. Die Zahlung der Summe erfolgte in zwei Teilbeträgen zu je 400 Gulden, nämlich am 20. Juni und 16. August des Jahres 1850. Die Berechnung richtete sich nach der Steuerkraft der Gemeinde und war zu zahlen für militärische Hilfe im Zusammenhang mit dem sog. „Maiaufstand“¹⁴.

Erwähnenswert ist noch, daß die Gemeinde Helmlingen am 1. Juli 1849 den in Lichtenau einquartierten preußischen Truppen im Rahmen einer Requirierung 23 *Maas* Wein zu liefern hatte. Dafür mußten an Jacob Wahl als Lieferanten sechs Gulden und acht Kreuzer bezahlt werden. Großherzog Leopold kehrte am 18. August 1849 wieder nach Karlsruhe zurück. Auch dafür mußten die Helmlinger etwas zahlen. Bürgermeister Heiland gehörte nämlich der Commission an, welche zur Beglückwünschung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs zur glücklichen Rückkehr nach Rheinbischofsheim berufen wurde. Die Ausgabe für die Gemeinde Helmlingen betrug einen Gulden und dreißig Kreuzer¹⁵.

Anmerkungen

- 1 GLA 236/3108: 64.
- 2 Gemeindearchiv Helmlingen, Rechnungsbeilagen 1848, 219–221.
- 3 GAH Rbl. 1849, 294 und 289.
- 4 GAH Rbl. 1849, 290.
- 5 GAH Rbl. 1849, 302.
- 6 GAH Rbl. 1849, 291.
- 7 GAH Rbl. 1849, 301.
- 8 GAH Rbl. 1849, 279.
- 9 GAH Rbl. 1849, 292 und 293.
- 10 GAH Rbl. 1849, 281–285.
- 11 GLA 236/8567: 152.
- 12 GAH Rbl. 1849, 305.
- 13 GAH Rbl. 1849, 268–270.
- 14 GAH Rbl. 1849, 307–309.
- 15 GAH Rbl. 1850.

Revolutionsgeschehen von 1848/49 in Memprechtshofen

Heinz Großholz

Es waren aus Memprechtshofen vierzehn namentlich bekannte Personen, die sich an dem Geschehen der Revolution 1848/49 besonders aktiv beteiligten. Dies war im Verhältnis zu manchen Orten in gleicher Größe eine ansehnliche Zahl. Vor allem ist auch bemerkenswert, daß darunter Handwerker und Gemeindebedienstete waren. So waren es u. a. Bürgermeister Philipp Ehrismann, Gemeinderat Mathias Knösel, Bürgerausschußmitglied und Ortsschulrat Friedrich Dentler, Ratschreiber Friedrich Schoch, Waldhüter Friedrich Georg Meier II. und der Polizeidiener Johann Jacob Lampert sowie der Müller Johann Georg Hummel, aus der hiesigen Mühle stammend. Er war ein Cousin von Georg Hummel, dessen Eltern die Diersheimer Mühle führten. Dieser war eine bedeutende Persönlichkeit während dem Revolutionsgeschehen¹.

Johann Georg Hummel aus Memprechtshofen hatte den Vorsitz des Volksvereins seines Heimatortes inne. Er wirkte mit bei der Wahl der Vertreter zum Landeskongreß am 10. Mai 1849 in Neufreistett. Nach seiner Wahl nahm Johann Georg Hummel an der Beratung der gewählten Abgeordneten am 12. Mai 1849 in Offenburg teil und wohnte der Volksversammlung am 13. Mai 1849 bei, welche ebenfalls in Offenburg stattfand².

Ähnlich verhielt es sich auch bei Bürgermeister Ehrismann, der ebenfalls an der Volksversammlung in Offenburg teilnahm. Dieser war im Volksverein tätig und bekleidete das Amt des Schriftführers. Gleich am Abend wurde eine Gemeindeversammlung abgehalten. Hierbei wurden die 18- bis 30jährigen aufgefordert, am anderen Tage bewaffnet in das Unterland zu ziehen. Die Stimmung an dem Abend war so, daß man mit den Kirchenglocken Sturm läutete³.

Georg Hummel war Anführer der 1. Aufgebote von Memprechtshofen und Helmlingen. Sie marschierten bewaffnet in Richtung Rastatt. In späteren Verhandlungen erklärte Hummel, daß die Helmlinger mitmarschieren wollten, denn sonst würde es in ihrer Gemeinde Mord und Totschlag geben⁴.

Die sechzig Gewehre holte der Bürgermeister selbst in Karlsruhe. Als besonderes Ereignis dieser Zeit ist zu erwähnen, daß auf dem Kirchturm eine Sense befestigt war und eine Fahne daranhing – bestimmt mit einem der Zeit entsprechenden Symbol. Blusen für die Angehörigen der Volkswehr

wurden am Sonntag, dem 10. Juni 1849, wie es heißt – *von den ledigen Mädchen, die dem Nähen kundig waren, hergestellt*⁵.

Am 29. Juni 1849 erschien der Oberkriegskommissär Schlöffel mit zwölf Dragonern in Membrechtshofen und stieg im Gasthaus „Grüner Baum“ ab. Im Beisein von zwei Zeugen, nämlich Gemeinderat Mathias Knösel und „Grüner Baum“-Wirt Andreas Hetzel, überreichte Schlöffel an Bürgermeister Ehrismann ein Schreiben, das die Forderung enthielt, am folgenden Tage 200 Zentner Heu und dreißig Malter Brot in die Festung Rastatt zu verbringen⁶.

Nach eigenen Angaben setzte sich Johann Georg Hummel bereits am 14. Mai 1849 zu seinem Bruder Johann Jakob Hummel nach Mannheim ab und kehrte später wieder in sein Elternhaus nach Membrechtshofen zurück. Im Anschluß daran begab er sich nach Brumath im Elsaß und verheiratete sich dort⁷. Wegen seiner Betätigung wurde Johann Georg Hummel vom Großherzoglichen Hofgericht des Mittelrheinkreises Bruchsal am 12. Dezember 1849 des Hochverrats im Mai desselben Jahres für schuldig erklärt und zu einer gemeinen Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt⁸. Auch mußte er die Untersuchungs- und Straferstehungskosten tragen. Gegen dieses Urteil wurde „Recurs“ beim Oberhofgericht Mannheim eingelegt. Mit Urteil vom 11. Mai 1850 hat dann das Oberhofgericht die Zuchthausstrafe auf ein Jahr vermindert⁹.

Sein Bruder Johann Jakob Hummel, Kaufmann in Mannheim, wurde von den Eltern ermächtigt, den Obergerichtsadvokaten Schenk zu beauftragen, beim Großherzoglichen Finanzministerium einen Vergleichsvorschlag einzureichen. Dem entsprechenden Vorschlag stimmte das Ministerium zu, und so zahlte Johann Jakob Hummel für seinen Bruder den Betrag von 850 Gulden bar ein. Die Großherzogliche Staatskasse erklärte sich nach dem Empfang als befriedigt für den Anteil des Georg Hummel an der allgemeinen Entschädigungssumme und verzichtete, unbeschadet ihrer Rechte gegen die übrigen Teilnehmer am Aufstande, auf alle weiteren Ansprüche.

Am 18. September 1857 um drei Uhr nachmittags erschien dann Johann Georg Hummel vor dem Großherzoglichen Amtsrichter Müller in Rheinbischofsheim mit der Bitte um Begnadigung. Aufgrund des – wie es heißt – „allerhöchsten Gnadenaktes“ vom 9. Juli des Jahres wurde der Bitte entsprochen und somit die gegen ihn verhängte Zuchthausstrafe als begnadigt betrachtet¹⁰.

Wegen Meuterei und Treulosigkeit wurde ein weiterer Membrechtshofener durch ein Kriegsgericht zu einer Zuchthausstrafe, und zwar von sechs Jah-

ren, verurteilt. Es war der Karabinier Friedrich Appenzeller, Angehöriger des 1. Dragoner-Regiments. Auch er wurde später begnadigt¹¹.

Wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen erfolgte am 6. Januar 1850 die Verhaftung des nicht mehr im Amt befindlichen Bürgermeisters Philipp Ehrismann. Er ersuchte das Bezirksamt Rheinbischofsheim, ihn bis zum Schluß der Untersuchungen auf freien Fuß zu setzen, da er andernfalls sein Ladengeschäft schließen müßte. Gegen die Stellung einer Kautions wurde diesem Vorschlag vom Bezirksamt entsprochen; jedoch auch im Hinblick darauf, daß das Gefängnis nur aus drei Zellen bestand, und in diesen „kleinen Gemächern“ in letzter Zeit zweimal hintereinander ca. 55 Personen mehrere Tage hindurch untergebracht werden mußten. Das Großherzogliche Badische Hofgericht des Mittelrheinkreises in Bruchsal ermächtigte das Bezirksamt Rheinbischofsheim am 6. März 1850 Philipp Ehrismann gegen eine Kautions von 1500 Gulden einstweilen auf freien Fuß zu setzen. Dies erfolgte dann am 9. März 1850. Im laufenden Verfahren bevollmächtigte er dann den Großherzoglichen Advokaten und Prokurator Rée in Offenburg, ihn in der 1. Instanz zu vertreten¹².

Das Großherzoglich Badische Hofgericht des Mittelrheinkreises verhandelte die Angelegenheit in geheimer Sitzung am 17. Juli 1850. Im Beschluß heißt es, die Untersuchung mit Rücksicht auf den Erlaß des Justizministeriums vom 3. Oktober 1849 einstweilen *zu beruhen*¹³.

Philipp Ehrismann kehrte jedoch nicht mehr in das Amt des Bürgermeisters zurück¹⁴.

Anmerkungen

- 1 Raab-Kartei
- 2 GLA 234/1781.
- 3 StAF A 27/3/103.
- 4 GLA 234/1781.
- 5 StAF A 27/3/103, S. 47.
- 6 StAF 27/3/103.
- 7 StAF 27/3/103, S. 3 f.
- 8 GLA 234/1781 (Nr. 16734).
- 9 GLA 234/1781 (Nr. 3283–84).
- 10 GLA 234/1781.
- 11 GLA 252/15: 197 und 233/31153: 239–250.
- 12 StAF A 27/3/103, S. 10.
- 13 GLA 234/10211: 100; 237/16829: 157; 237/16844–16845.
- 14 StAF A 27/3/103.

Die Ereignisse in Sand, aus konservativer Sicht beschrieben

Zeitgenössische Aufzeichnungen des Pfarrers Dr. Karl Ludwig
Schmidt

Rolf Meyer

Biographische Notiz zum Autor des Berichts

Dr. Karl Ludwig S c h m i d t war von November 1846 bis Sommer 1858 evangelischer Pfarrer in Sand, heute Kirchenbezirk Kehl a. Rh. (1848/49 Dekanat Kork). Er wurde am 20. Dezember 1804 in Hängelheim (KBz. Müllheim) als Sohn des dortigen Pfarrers geboren. Nach seiner Aufnahme 1828 unter die Pfarrkandidaten und seiner Promotion 1830 über *Ursprung und Ziel der Askese und die Natur des Bösen* hatte er Mühe, eine Stelle zu finden: Jedenfalls blieben seine sieben Bewerbungen der Jahre 1836/37 erfolglos. 1836 wurde er Pfarrverwalter in Tutschfelden, ab Januar 1838 Pfarrer in Waldangelloch.

Schmidt, der 1838 ein erstes, 1843 ein zweites Mal geheiratet hatte, hatte Zeit seines Lebens Schwierigkeiten wegen seiner Amtsführung, seiner zerrütteten Vermögensverhältnisse und seiner Wirtshausbesuche. Nach Sand kam er am 23.11.1846, erlebte hier die 48er Revolution, in der er samt Bürgermeister als abgesetzt erklärt wurde, und erregte bei seinen Gemeindegliedern „große Unzufriedenheit“. Nachdem er sich während seiner Sander Zeit sechsmal weggemeldet hatte, kam er im Sommer 1858 nach Klosterweitenau. Am 15. Februar 1867 wurde er emeritiert und zog sich nach Heidelberg, ab 1876 nach Wertheim-Bettingen zurück, wo er am 31. Dezember 1882 starb.

(Zitiert aus der Sander Pfarrerchronik „... dem Ampt treuwlich fürstehen“ [series pastorum sandensis nr. 31] von Dr. Gerhard Schildberg u. Rolf Meyer 1.A. 1986)

Der Text des Berichtes

Der Schalttag des Jahres 1848, (d. 24 Febr) brachte mit seinen großen Ereignissen auch schwere Sorgen und die Gefahr der Auflösung aller Bande der Ordnung u. des Gesetzes; dazu trugen die Verbreitung falscher

Gerüchte von Aufständen, falsche Waffenlarmen von Ueberfallen der Franzosen ihr redlichstes bey.

Der 19. März setzte in unserer Gegend der Aufregung die Krone vollends auf durch die Volksversammlung in Offenburg, wo die Bevölkerung durch verstandene, zum Theil auch unverstandene Vorträge eines Hecker, Itzstein, Struve u. dergl. vollends mißtrauisch gemacht wurde gegen den guten Willen der Regierung u. der Obrigkeiten.

Gleich in der folgenden Woche sahen wir die Früchte des wühlerischen Werbens der Republikanischen Umsturzartheien: in der Nacht vom 22 auf 23 März wurde die ganze Rheingränze von Breisach bis Rastatt allarmirt durch absichtlich ausgesprengte falsche Nachrichten von Einfällen der Franzosen in die Rheinorte.

Bald darauf erheben sich Gerüchte aus dem Schwarzwald u. dem Bodensee; es werden hessische, Wirtembergische u. Bayr. Truppen zur Unterstützung der Badischen, in deren Infanterie man einen meuterischen Geist einzupflanzen nicht verfehlte, angekündigt.

Der redliche Freund des Vaterlandes und des gesetzlichen Weges zu dem großen Ziele der Befreiung u. Einigung des deutschen Volkes begrüßt diese Maasregel mit freudigem Vertrauen; auch unsere Gemeinde zeichnete sich hierin vortheilhaft aus: die Wähler u. Freischärler, von Hecker, Struve, u. Fickler aufgehetzt, protestierte gegen fremde Truppen, so vornehmlich Offenburg, wo sehr viele inficirende Stoffe sind; und wo man d. 18. die Eisenbahn besetzte, den Dienst derselben aufhielt, Barrikaden gegen einrückendes Militär errichtete, und Mine machte, die Republik auszurufen; die guten Leute wurden betrogen durch falsche Nachrichten aus dem Seekreis und Schwarzwald.

Offenburg mußte büßen, in der Nacht vom Mittwoch auf Gründonnerstag hatte Sand die Ehre, das ganze Corps, welches Offenburg besetzen sollte, zu beherrbergen; wir hatten in jener Nacht 1 Bataillon Infanterie, 1 Zug Dragoner und 4 Geschütze Artillerie, die nach freundlicher Bewirthung, wobei die Bürger Sands sich sehr vortheilhaft auszeichneten, am Gründonnerstag Mittags in Offenburg mit brennender Lunte einzogen.

Am Charfreitag fiel das Gefecht bey Kandern vor; wobei der unschätzbare Gagern fiel, aber die Freischaaren schmählich zerstäubt u. gefangen wurden; am Ostertag das Gefecht bei Güntersthal, wo ein anderer Haufe unter Sigel vom Schwarzwald herabkommend sich mit den Republikanern in Freiburg sich vereinigen wollten; General Hoffmann zerstreute diese, und nahm am Ostermontag Freyburg im Sturm ein.

Das Gefecht von Dossenbach, wo die französischen Freischaaren unter Herweg u. Bornstett mit Sturve's Schaar auf Compagnie Würtemberger stieß, und zerstäubt wurde, schien diesem wüsten Treiben ein Ende gemacht zu haben: die Führer Hecker und Struve flüchteten nach der Schweiz; Bornstett wurde gefangen; Herwegh, der sich als deutscher Tyräus geblätet hatte floh schon beim Begin des Gefechtes unter dem Schutze des Spritzleders auf einem Bernerwägelein, das seine Frau leitete.

Anfangs Mai zogen die Nassauer u. Hessen wieder heim.

Die Episode der deutschen Reichsversammlung in die hinein der Struve-sche Aufstand im September fällt, ist genugsam bekannt.

Für unsere Dorfchronik hatte diese Zeit keine besondere Bedeutung. Aber nicht verschwiegen darf werden, wie der wühlerische Einfluß der Democratie unter dem heuchlerischen Vorwande der Aufrechterhaltung oder vielmehr Geltendmachung der deutschen Reichsverfassung, namentlich von Offenburg her, gegen Ende des Jahres 1848 bis zum Ausbruch der ebenso heillosen als wahnsinnigen Revolution vom May auch in Sand sich geltend machte; doch nur eine verhältnißmäßig kleine Parthei thut sich zu Gunsten des Volksvereines auf, die große Mehrzahl der Einwohner hielt fest an der Regierung; ein Beweis davon lieferte Sand, daß es mit sämtlichen Bürgern

(: die Volksvereinler waren zu dumm, es zu merken, daß es eine Demonstration gegen den Volksverein sey :)

an der Spitze einer VertrauensAdresse an den Abgeordneten Dörr stand, worin er gebeten wurde, dies ihm von der Volksversammlung gekündigte Mandat beizubehalten.

Ein Volksverein kam nie zu Stande, es fehlte ihm an Intelligenzen und moralischen Autoritäten: sie hatten kein einziges Mitglied, das den anderen nur den Volksführer und andere Wische, die ihnen von Willstett her zugesandt wurden, vorlesen geschweige erklären konnte.

Es darf hier auch nicht verschwiegen werden, daß die Opposition in S(and) weniger politischer als als örtlicher und gewöhnlicher Natur war. Es war meistentheils der Anhang des früheren, in Folge einer Untersuchung zum freiwilligen Rücktritt veranlaßten Bürgermeisters Doll, der seine Kandidatur zum Bürgermeisteramte nicht durchsetzte und einige andere Unzufriedene, sowie ein Theil des Proletariats, dem man goldene Berge versprochen hatte

(: Theilung des Kirchenschaffnei Vermögens) –

welcher zur Umsturzarparthei gehörte – (unter diesen zwei Gemeinderäthe, J. Karch u. Jacob Metzger, ein Ausschußmann Namens Wendling u. der Polizeidiener Körkel.)

Aus der Revolutionsperiode heben wir folgende Denkwürdigkeiten hervor.

1. Die Huldigung – am Samstag vor Pfingsten, fand in der Kirche statt, wozu der Lehrer die Schlüssel hergab –.

Der practische Arzt Kuchlin(g) v. Kehl hielt dieselbe ab, nachdem er am Altare eine hundsgemeine Philippika gegen die Fürsten, besonders gegen den König von Preussen, den er einen Commödianten nannte, gehalten hatte –. Es wurde ein Wehrausschuß und ein SicherheitsAusschuß gewählt, dessen Wirksamkeit gleich ins Leben trat, indem die Volkswehr errichtet wurde.

An jenem Samstag ließ der ehem Bürgermeister Doll, der schon längst ein Feind des Pfarrers war, diesem sagen, er solle sich binnen 8 Tagen davon machen, sonst werde er fortgejagt. Pf(arrer Schmidt) ließ gleich am Pfingstmondtag durch Bürgermeister Rieber die Gemeinde versammeln, u. die Bürger fragen, ob er ihr Vertrauen u. ihre Achtung in dem Grade verloren habe, daß eine solche Maasregel ihre Billigung fände; obwohl er nur auf die Anordnung einer hohen Dienstbehörde den Dienst abzugeben verpflichtet sey, werde er dennoch, alles aufbiethen, die Gemeinde zu verlassen.

Sämtliche Bürgerschaft mißbilligte ein solches Verfahren gegen den Pfarrer, gab dieß durch NamensUnterschriften zu erkennen, und der Urheber einer solchen Drohung war im Gemeindehaus nicht mehr vor Mißhandlungen zu schützen, obwohl er Mitglied des SicherheitsAusschusses war:

Der Civilkommissär in Kehl gab der Beschwerde des Doll gar keine Berücksichtigung.

Ähnliche Reibereien u. Hetzereien gegen den Bürgermeister u. andere Mitglieder des Gemeinderathes blieben während der Revolutionsperiode nicht aus, besonders als gegen Ende dieser Zeit sich einige Badische Soldaten der zersprengten Rev.Armees sich ins Ort flüchteten, u. arretiert werden sollten; da sprach sich die ganze Bürgerschaft männlich dagegen aus;

Ge.Rath Jokers, der in Abwesenheit des Bürgermeisters dessen Stelle vertrat, widerstand der Arretierung am entschiedensten, u. sollten nun die Wahnsinnigen, die es nicht wollten gelten lassen, daß ihre Zeit bereits abgelaufen sey, vor ein Standgericht gestellt werden.

Zwei Tage darauf wurden die Beweise der Niederlage immer unverkennbarer durch die Zahl der Flüchtlinge, denen am 1. Juli Mittags die Preussen auf dem Fuße folgten. Wir hatten damals 1 Pr(eussisches) Landwehrbataillon (: Westphalen :) u. eine Schwadron Ulanen bis zum anderen Morgen im Quartier.

Der Rest des Jahres 1849 biethet nicht örtlich denkwürdiges für Sand dar.

Das Jahr 1850 bildete die Fortsetzung der Wiederherstellung der alten Ordnung. Nur ein einziger Gemeindebürger, der ehem. Gem.Rath Jakob Metzger wurde in Folge richterlichen Urtheils zu einer peinlichen (Strafe) (: Zuchthaus auf $1/2$ Jahr :) verurtheilt.

Doch in alto pectore reconditus blieb der alte Groll ihr(er) Parthei gegen den Pfarrer, Bürgermeister u. GemeindeRath; gegen beide erstere wurden Anklagen vorgebracht, die dem Pf(arrer) eine Dienstuntersuchung zuzog, aus der er jedoch gerechtfertigt und als unschuldig verleumdet hervorging; auch Bürgermeister Rieber erhielt die Genugthuung, daß der Obmann seiner Ankläger, der abgesetzte Polizeidiener Körkel als falscher Ankläger eingesetzt wurde.

.....

(Im Pfarr-Notizenbuch der Pfarrei Sand folgen danach Ernte- und Marktberichte des landwirtschaftlich interessierten Pfarrers Dr. K. L. Schmidt. Nach Schilderung der Trockenheit Frühjahr 1852 heißt es im Text:)

Am 29. April trat ein ersehnter Regen ein.

In diese Woche – d. 24 – fällt auch die Trauerbotschaft von dem Tode unseres edlen, wesensfreundlichen Großherzogs Leopold, der auch hier aufrichtig betrauert ward.

Die Huldigung der Bürger dahier fand am 13. May statt – am Jahrestag des Beginnes des heillosen Mayaufstandes 1849.

Heu gab es viel und wurde gut heimgebracht.

Anmerkungen

Der handschriftliche Bericht des Sander Pfarrers Dr. Karl Ludwig Schmidt (Amtszeit in S. November 1846–Sommer 1858) findet sich auf den Seiten 11 – 18 des „Notizen-Buch der Pfarrei Sand“ im Archiv der heutigen St. Bartholomäus-Gemeinde Sand, Kirchenbezirk Kehl a. Rh. Es wurde seit 1836 als geheimes Memorabilienbuch der seither hier amtierenden Pfarrer verwendet und stellt eine sehr interessante Geschichtsquelle dar.

Die Übertragung in Maschinenschrift ist buchstaben- und zeichengetreu, auch bei den kleinen Fehlern.

Ergänzt wurde S zu S(and), Küchlin zu KÜchlin(g), Pf zu Pf(arrer Schmidt), Pr zu Pr(eussisches), ihr zu ihr(er) und Pf zu Pf(arrer).

Eingefügt wurde das Wort (Strafe) hinter „peinlichen“.

Die übrigen Klammern, Einschübe und Unterstreichungen stammen aus dem Manuskript des Dr. Schmidt selbst.

Zu den erwähnten Personen (in der Reihenfolge ihres Vorkommens):

Johann Jakob *Dörr*

Abgeordneter 1846 ff. d. 2. bad. Kammer aus Rheinbischofsheim

Friedrich (II.) *Doll*

Sander Bürgermeister, 1807–1887, 1871–79 in Nordamerika; „48er“

Jacob (II.) *Karch*

B. u. Landwirt in Sand, 1807–1873, Gemeinderat u. 48er

Jacob *Metzger*

B. u. Schneider in Sand, 1808–1878, später Händler, 48er

Wendling

wg. Namensgleichheit vieler Sander Bürger nicht identifizierbar

Johannes *Körkel*

Polizeidiener in Sand, *1805, ausgewandert nach Nordamerika 1875, 48er

der Lehrer ... ist:

Johann Georg *Soehnlein*, *1800, Sander Schullehrer und 48er (Amtszeit i. S. April 1825 bis Juli 1852.)

Michael (III.) *Rieber*

Sander Bürgermeister, 1794–1879

Georg *Jockers*

Sander Gemeinderat, 1807–1867

Fremdwörter:

Tyrtäus griechischer Kriegs-Lyriker (7. Jh. v. Chr.)

Philippika gelehrter Ausdruck für eine politische Angriffsrede (vgl. Demosthenes gegen Philipp von Makedonien, Vater Alexanders d. Gr.)

Schwadron die (w.) kleinste taktische Einheit der Kavallerie unter einem Rittmeister

Dragoner Kavallerist auf leichterem Pferd

Ulan Kavallerist, mit einer Lanze bewaffnet, seit 1807 im preussischen Heer.

In alto pectore reconditus (lat.) = in tiefem Herzen verborgen

Unruhe in Schutterwald

Mitgliedergruppe/Redaktion

Die Schutterwälder begannen ihre „Revolution“ 1847 mit einem Aufbegehren gegen Oberamtmann Lichtenauer und den eigenen Bürgermeister Bürkle, der das harte Regiment seines Vorgesetzten in lokale Politik umsetzte¹. Aber ihr Kampf blieb erfolglos, bis eine Bürger- und Einwohnerversammlung der Amtsstadt in der Folge der Märzereignisse 1848 Lichtenauer zwang, seinen Posten in Offenburg aufzugeben². Die Bürger von Schutterwald bedankten sich in einem offenen Brief: *Wir fühlen uns, verehrteste Bürger der Stadt Offenburg, verpflichtet, Ihnen für ihre Schritte aufs Herzlichste zu danken. Wir kennen den Großherzoglichen Oberamtmann Lichtenauer aus seiner Amtswirksamkeit schon seit längerer Zeit; bei uns hat derselbe längst das Vertrauen verloren, und wir arbeiten schon lange mit allen gesetzlichen Mitteln dahin, daß dem unheilvollen Wirken dieses Beamten ein Ziel gesetzt werde. Die Regierung hat unsere Wünsche nicht beachtet, und nur Ihrem Wirken haben wir es zu verdanken, daß dieser Beamte bald seinen Amtssitz verlassen muß. Sie haben sich damit nicht nur Verdienste um Ihre Stadt, sondern auch um unsere Gemeinde erworben. Empfangen Sie dafür den tiefgefühltesten Dank Ihrer Nachbargemeinde Schutterwald*³.

Während der allgemeinen Wirren im Land scheint das Leben seinen normalen Lauf genommen zu haben. Daß es einen Volksverein gab, ist zweifelhaft⁴. An der Volksbewaffnung nahm man jedoch teil. Unter dem Befehl des Kommandanten Georg Gepfert exerzierten junge Männer auf dem Kirchplatz⁵, und auch der Unterlehrer Feßler half bei der militärischen Ausbildung⁶. Aber obwohl die Gemeinde am 19. Mai 1849 im Zeughaus Karlsruhe 30 Gewehre abholte⁷, kam die Schutterwälder Mannschaft offensichtlich nicht zum Einsatz, denn Sophie Bürkle, eine für die Freiheit begeisterte Frau aus Schutterwald, zog mit dem Lahrer Aufgebot in den Krieg⁸.

Dagegen kämpften mindestens 6 aktive Soldaten der badischen Armee, die aus dem Ort stammten, nachdem sie desertiert waren, auf der Seite der Aufständischen; vier davon saßen im Sommer 1849 in der Festung Rastatt gefangen, einer war in die Schweiz geflohen, einer nach Amerika emigriert⁹.

Stärker als die Revolution blieb die auf den Sieg der Reaktion folgende Besatzungszeit in Erinnerung. Am 3. Juli zogen Invasionstruppen in Offenburg ein und nahmen in den nächsten Tagen auch in Schutterwald Quartier.

Trotz des anscheinend friedlichen Verhaltens der Einwohner verloren Bürgermeister Valentin Herrmann, zwei Gemeinderäte und sechs Bürgerschaftsmitglieder ihre Ämter. Auch der Polizeidiener und ein weiterer Gemeindeangestellter mußten den Dienst quittieren¹⁰.

Sehr zum Unwillen der Gemeindeverwaltung – die sich deshalb auch tapfer beim großherzoglichen Oberamt beschwerte –, beschlagnahmten die Preußen *Waffen und sonstige Armaturen und Monturstücke*, die von badischen Soldaten aus dem Ort abgeliefert worden waren und nach Offenburg gebracht werden sollten. Eine ganze badische Feldschmiede, zwei Dragonerpferde samt Reitzug und Pistolen wurden requiriert, ohne daß man dafür eine Bescheinigung ausstellte¹¹. Belastet fühlten sich die Bürger besonders durch die ständigen Zwangsabgaben an Heu, Stroh, Schlachtvieh, die sich insgesamt auf einen Wert von 1849 Gulden beliefen, sogar Sand für den Reitplatz der Ulanen mußte nach Offenburg geschafft werden¹². 1850 kam dann noch die Auflage, sich an den badischen Kriegskosten zu beteiligen; auf 596 Veranlagte entfielen 898 Gulden und 34 Kreuzer¹³.

Unter der Herrschaft der Preußen wurden in Schutterwald 18 Bürger und eine Frau mit Gefängnis- und Geldstrafen belegt. Nicht alle „Verbrechen“ waren Ausdruck besonderer freiheitlicher Gesinnung. Aber Ferdinand Lindenmeyer und Wendelin Loher, die Munition versteckt hatten, oder Ferdinand Kempf, der eine *gefährliche Waffe* bei sich trug, werden aufrührerische Gedanken nicht fremd gewesen sein. Erst recht kann man als Grund der Verhaftung des Altbürgermeisters Valentin Herrmann seine demokratische Einstellung annehmen. Er wurde 1850 *wegen Aufreizung gegen die bestehende Gemeindebehörde mit drei Wochen Polizeigefängnis bestraft* – aber drei Monate gefangen gehalten. Herrmann war am 28. 4. 1848 zum zweiten Mal als Bürgermeister von Schutterwald gewählt worden und blieb es, bis die Behörde ihn 1849 absetzte. Über diese Zeit schrieb er stolz, sie sei für ihn ein Unglück gewesen. *Aber vir die Gemeinde und den Armen Mann und jene, welche noch arm werden, zum Glick*¹⁴.

Trotz seiner Verbitterung wegen der entwürdigenden Behandlung bei seiner Verhaftung und im Gefängnis hielt er an seinen freiheitlichen Grundsätzen fest und warb, nachdem er entlassen worden war, für Versöhnung: Die erste Pflicht von Bürgermeister und Gemeinderat, heißt es in seinem Aufruf, sei es, den Bürgern ihre Rechte zu erhalten. *Darum ihr Bürger im Ort, wählt Männer, die halten Jesus Gebot, die nächsten für ein Bruder ehrt, sodaß in der Gemeinde kann herrschen Eintracht und Friede*¹⁵.

Anmerkungen

- 1 Hermann *Braunstein*, Chronik von Schutterwald, Schutterwald 1974, S. 109.
- 2 Vgl. Franz X. *Vollmer*, Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, Karlsruhe 1997, S. 93.
- 3 Zitiert nach *Braunstein*, wie Anm. 1, S. 109.
- 4 Offenburger Wochenblatt vom 20. 4. 1849; GLAK 236/8509.
- 5 Wie Anm. 1, S. 108.
- 6 Generallandesarchiv Karlsruhe 235/29562: 107.
- 7 Staatsarchiv Freiburg B 728/4 Nr. 49: 95–96; nach Heinrich *Raab*, Revolutionäre in Baden, Stuttgart 1998.
- 8 Offenburger Wochenblatt 1849, S. 512.
- 9 GLAK 49/2410: 4, 17, 42. 49/2408: 643. 49/2412: 201.
- 10 GLAK 236/3108: 93, 94.
- 11 Handschriftliche Aufzeichnungen aus dem Gemeindearchiv Schutterwald von Antonius *Hansert*, im Besitz der Mitgliedergruppe.
- 12 Wie Anm. 11.
- 13 Wie Anm. 11.
- 14 Emil Adolf Seigel (Hg.), „Varia“ aus Schutterwalds Vergangenheit. Eine Material- und Beiträgesammlung zur Geschichte des Dorfes Schutterwald. Schutterwald 1916, S. 359 ff.
- 15 Zitiert nach *Braunstein*, wie Anm. 1, S. 110.

Eisenbahner in der Ortenau 1848/49

Karrieremuster und Verhalten während der Revolution

Norbert Möller

„Es ist nicht vermessen zu behaupten, daß die Revolution in Baden auch vom Gesichtspunkt der badischen Eisenbahn gesehen und beschrieben werden könnte.“¹ Derartige Aussagen beziehen sich zumeist auf die Transportleistungen des neuen Verkehrsmittels. 1848/49 bewahrheitete sich die ein Jahrzehnt zuvor durch den bedeutenden Liberalen Karl Theodor Welcker in den Verhandlungen der Ständeversammlung aufgestellte Prognose: *Wenn die Demagogen sich der Wägen auf den Eisenbahnen bedienen, so können auch die Gens'darmen, die Polizeidiener und Exekutionstruppen auf solche aufsitzen, und so wird sich die Sache wieder ausgleichen.*² Doch damit Passagiere „aufsitzen“ konnten, war ein bedeutender Personalstamm notwendig. Mit eben diesen Männern am und auf dem Gleis beschäftigt sich diese Abhandlung.³

Zwar ist in vielen Darstellungen pauschal von der revolutionären Einstellung und Betätigung badischer Eisenbahner die Rede, aber eine eingehendere Untersuchung liegt nicht vor. Dies kann kaum überraschen, da nur wenige Personalakten aus der Frühzeit der badischen Bahn überliefert sind.⁴ Trotzdem soll hier auf Umwegen eine Annäherung an die Eisenbahnkategorie versucht werden. Aus dem gedruckten *Verordnungsblatt der Direktion der Großherzoglichen Posten und Eisenbahnanstalten*⁵ ließen sich nämlich in den meisten Fällen wichtige Karrierestationen erschließen. Auf Basis dieser Berufsbiographien erfolgen die summarischen Aussagen zu den Eisenbahnerkarrieren.⁶ Während aus pragmatischen Gründen die Recherche von Einzelschicksalen auf 1848/49 in der Ortenau tätige und auffällig gewordene Individuen beschränkt werden mußte, werden alle im Zusammenhang mit der Revolution aktenkundig gewordenen Aktivitäten von Eisenbahnern zur Einordnung der Befunde herangezogen.

Nach teilweise dramatischen Auseinandersetzungen über die genaue Streckenführung⁷ dampften am 1. Juni 1844 die ersten Züge aus Nordbaden bis nach Offenburg sowie zwischen Appenweier und Kehl. Der Abschnitt Offenburg–Freiburg wurde 14 Monate später dem Verkehr übergeben. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die Bahn damit zu einem der bedeutendsten Arbeitgeber Badens, denn nach Abschluß der – seinerzeit auch als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme betrachteten⁸ – umfangreichen Bauarbeiten war eine bedeutende Anzahl von Posten zu besetzen. Verant-

wortlich für den Eisenbahnbetrieb war die Oberpostdirektion, die 1842 in *Direktion der Großh. Posten und Eisenbahnen* umbenannt wurde. Sie unterstand dem Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.⁹ Zum Ende des Betriebsjahres 1848 waren 772 Eisenbahner fest angestellt, während sich die Anzahl der im Taglohn bezahlten Arbeiter wegen saisonaler Schwankungen nicht exakt bestimmen läßt. Für einzelne Berufszweige sind in der folgenden Tabelle die Kopffzahl sowie ihre Entlohnung zusammengetragen (Stand Ende 1848).¹⁰

Bezirksverwaltung / Expeditionsdienst

- 7 Eisenbahnamtsvorstände (1500–1800 fl)
- 5 Kassierer (1200–1300 fl)
- 10 Materialverwalter & Bahnhofsaufseher (800 fl)
- 17 (Güter-)Expeditoren (600–800 fl)
- 27 Bürodienner & Packer (375–475 fl)
- 27 (Güter-)Expeditionsgehilfen (450 fl)
- 21 Portiers (325–350 fl)

Fahrdienst / technischer Dienst

- 4 Bahningeniure (1000–1300 fl)
- 3 Assistenten (600 fl)
- 5 Werkmeister (1100–1300 fl)
- 7 Werkführer (700–800 fl)
- 34 Lokomotivführer (885–1035 fl¹¹)
- 5 Lokomotivführerlehrlinge (575 fl)

- 34 Heizer (565–615 fl)
- 25 Wagenwärter (545–595 fl)
- 18 Zugmeister (750–800 fl)
- 64 Kondukteure (525–575 fl)

Streckenunterhaltung

- 14 Bahnmeister (600–700 fl)
- 374 Bahn- und Bahnhofswärter (275–325 fl)

ständige Arbeiter¹²

- 9 Güterpacker (456 fl 15 xr)
- 5 Wagenwärtergehilfen (365 fl)
- 235 in Werkstätten (330 fl)
- 59 als Güterverlader (323 fl)
- 134 in Magazinen und Bahnhöfen sowie für Reinigungsarbeiten (292 fl)

Vor der Festanstellung bei der Staatsbahn hatten – mit Ausnahme „einfacher“ Bahnwärter, die keine Fahrscheine ausgaben – alle Bedienten eine Kaution zu hinterlegen, die zwischen 150 (z. B. Wagenwärter) und 1000 Gulden (Kassierer) betrug. Im Fall der Lokomotivführer diente diese Summe zugleich als Garantie dafür, daß auf Staatskosten ausgebildete Kräfte nicht vor Ablauf von drei Jahren kündigten.¹³

Die Verwaltungsspitze

Unterhalb der in Karlsruhe angesiedelten Zentralverwaltung bestanden zur Revolutionszeit sieben Eisenbahnamtsbezirke, von denen zwei Strecken im heutigen Ortenaukreis betreuten. Das Kehler Eisenbahnamt war für die Hauptbahn von Bühl bis Appenweier und die Zweigbahn Appenweier–Kehl einschließlich der beiden Bahnhöfe zuständig. Neben der Eisenbahnexpedition Appenweier waren ihm fünf Billetausgabe-Bureaux in Ottersweier, Achern, Renchen, Legelshurst und Kork unterstellt. Der Eisenbahn-

amtsbezirk Offenburg umfaßte den Streckenabschnitt von Appenweier bis Kenzingen mit der Expedition Dinglingen sowie Billetaushgabe-Bureaux in Windschlag, Niederschopfheim, Friesenheim, Kippenheim, Orschweier und Herbolzheim.¹⁴

Den Amtsvorständen war die Aufsicht über jeweils etwa 200 Beamte und Arbeiter anvertraut.¹⁵ Eine bereits 1841 erlassene Verordnung erteilte ihnen die *Befugniß, die Conducteurs, die Maschinenheizer, die Bahn- und Bahnhofswärter sowie die ständigen Arbeiter in den Bahnhöfen und Werkstätten, welche sich Nachlässigkeit und Verfehlungen im Dienste zuschulden kommen lassen, mit Gefängnißstrafe bis zu vierundzwanzig Stunden und mit Geldstrafen bis zu drei Gulden zu belegen*. Zwei Jahre darauf wurden diese Strafbefugnisse auch auf die Lokomotivführer, Lokomotivführerlehrlinge, Wagenwärter, Bürodienner und Portiers ausgedehnt. Beschwerden gegen solche Strafen hatten übrigens keine aufschiebende Wirkung.¹⁶

Wie die Amtsvorstände wurden auch Kassierer und die auf größeren Stationen eingesetzten Expeditoren anfangs ausschließlich aus dem Kreis der Postbeamten bzw. Postpraktikanten rekrutiert. Später konnte dann ein Bewährungsaufstieg innerhalb des Bahndienstes erfolgen. Das neue Betätigungsfeld war offensichtlich nicht von allen Postbeamten im gleichen Maße zu bewältigen, und so drehte sich das Personalkarussell gerade bei den genannten Spitzenpositionen in den ersten Jahren äußerst schnell.¹⁷ Wechsel vom Post- in den Eisenbahndienst und zurück waren ohne weiteres möglich, da sich die Beamten nach Vorbildung, Tätigkeit und Selbstverständnis kaum von ihren Kollegen in anderen Verwaltungszweigen unterschieden.¹⁸ Für einige Praktikanten boten sich in der Eisenbahnverwaltung Aufstiegsmöglichkeiten, die sie bei der Post wohl kaum gehabt hätten. Doch nicht erst in der Revolution sollten sie das Anciennitätsprinzip bei Beförderungen in Frage stellen,¹⁹ und so mußte man in der Karlsruher Verwaltungszentrale später einräumen, *daß der Geist der Auflehnung und der Insubordination [. . .] namentlich unter den angehenden Postbeflissenen Wurzel gefaßt habe*.²⁰ Nimmt man noch die – von der Bauverwaltung kommenden und in der Regel für zwei Bezirke zuständigen – Bahningenieure²¹ hinzu, so ist mit dieser Auflistung die Gruppe der „Staatsdiener“ im engeren Sinn bereits komplett. Der Anteil höherer Beamten lag somit noch deutlich unter dem Durchschnittswert für die gesamte badische Staatsverwaltung.²²

Auch einige Berufsgruppen, für die keine Gymnasialbildung erforderlich war, unterstanden nicht der direkten Strafgewalt der Eisenbahnamtschefs. Bei der Rekrutierung von Güterexpeditoren griff man in erster Linie auf junge Kaufleute zurück. Für die Besetzung der Stellen von Materialverwal-

tern und Bahnmeistern kamen dagegen vor allem solche Männer in Frage, die bereits beim Bahnbau eine entsprechend verantwortungsvolle Position bekleidet hatten. Eine Handvoll Spitzenkräfte des technischen Dienstes ist in diesem Zusammenhang noch zu nennen: Um als Werkführer oder Werkmeister angestellt zu werden, mußten Bewerber über eine abgeschlossene Ausbildung in einem feinmechanischen Handwerk verfügen. Später konnten sich auch Lokomotivführer für eine solche Stellung empfehlen.²³

Die Männer auf der Lokomotive und in den Wagen

Als 1844 die Abgeordneten der Zweiten Kammer über ihre praktischen Erfahrungen mit dem neuen Verkehrsmittel berichteten, gab es neben viel Lob auch Tadel. In den Augen des offenbar weitgereisten Ettlinger Fabrikanten Franz Anton Buhl war das Fahrpersonal *nicht so zuvorkommend [wie] auf anderen Eisenbahnen*. Er lieferte die Erklärung hierfür gleich mit: Die betreffenden Personen seien *größtentheils aus dem Militärdienste, wo sie als Unteroffiziere gedient haben, gezogen und deßhalb an das Commandiren gewöhnt*. Im Laufe der Zeit werde sich dies jedoch legen.²⁴ Es ging hierbei in erster Linie um die Schaffner und Zugführer, in der damaligen Begrifflichkeit Kondukteure bzw. Zugmeister. Die Beschäftigung von ehemaligen Soldaten bzw. Gendarmen ließ sich in einer Reihe von Fällen konkret nachweisen. Doch nicht immer war Kondukteur der erste erreichte Dienstgrad. Für viele Eisenbahnpioniere der ersten Stunde ergaben sich durch den fortschreitenden Streckenausbau Möglichkeiten, bei Bewährung in besser dotierte Posten einzurücken. Insbesondere Portiers kamen so als Kondukteure in eine finanziell lukrativere Position. Gegen Ende der 1840er Jahre war dagegen eine Anstellung als Packer und Bürodienner das übliche Sprungbrett in den Fahrdienst. Auch für die meisten dieser Männer ließ sich die Herkunft aus dem bewaffneten Staatsdienst nachweisen.²⁵

Zur Pionierzeit des Eisenbahnbetriebs war erfahrenes technisches Personal Mangelware und wurde zusammen mit den Lokomotiven ins Land geholt, so auch im badischen Fall. Im Frühjahr 1840 trafen die beiden ersten Lokomotiven *Löwe* und *Greif* – benannt nach den badischen Wappentieren – in Mannheim ein. Der bei der Herstellerfirma Sharp, Robert & Co. beschäftigte Mechaniker und Ingenieur Thomas Turner begleitete die Lieferung und bildete bis zum Sommer 1842 die erste Generation badischer Lokomotivführer aus.²⁶ In den Erinnerungen eines Zeitzeugen ist davon die Rede, daß *gelernte Schlosser zu Lokomotivführern* ausgebildet worden seien.²⁷ Tatsächlich ließen sich bei den in der Ortenau tätigen Lokführern kaum Abweichungen vom typischen Karriereweg beobachten: Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten wurden als Heizer fest angestellt, woran sich in sehr

vielen Fällen die Ausbildung zum Lokführer anschloß. Auch die Wagenwärter hatten sich zumeist schon vor ihrer Anstellung in den Eisenbahnwerkstätten mit dem Material vertraut gemacht.

Wenn man sich vor Augen führt, wie seinerzeit die Arbeitsbedingungen im Fahrdienst waren, setzte eine längere Karriere neben technischen Fertigkeiten auch eine solide körperliche Verfassung voraus. Ein Zeitzeuge berichtet: *Der Lokführer stand ganz Preis ohne allen Schutz auf der Maschine. Der Zugmeister und die Wagenwärter mußten auf den oberen offenen Sitzplätzen der Wagen, der Zugmeister auf dem ersten Wagen (Packwagen), gegen die Bahn und Maschine schauend, Platz nehmen.*²⁸ Daher ist eine mit finanziellen Einbußen verbundene Versetzung vom Fahr- in den Stationsdienst auch nicht unbedingt mit einer Degradierung gleichzusetzen, sondern kann – wie auch Entlassungen – durchaus auf eigenen Wunsch geschehen sein.

Männer am Schienenstrang

Der quantitativ bedeutendste Beruf im Betriebsdienst war der des Bahnwärters. Um Nachrichten zum Streckenzustand etc. weiterzugeben, mußte ihre Stationierung anfangs in Sichtweite erfolgen. Die relativ günstigen Verhältnisse in der Rheinebene ermöglichten einen größeren Abstand zwischen den einzelnen Posten als beispielsweise in Bayern.²⁹ In Baden waren 1848 mehr als die Hälfte der unteren Eisenbahnbeamten Bahn- bzw. Bahnhofswärter.³⁰ Über ihre berufliche Vorbildung liegen kaum Angaben vor, da ihre Anstellung in den offiziellen „Dienstnachrichten“ des Verordnungsblattes nur selten verkündet wurde. Im Regelfall dürfte es sich aber um besonders vertrauenswürdige ehemalige Eisenbahnbauarbeiter gehandelt haben, die oft in der Nähe ihrer Herkunftsgemeinde eingesetzt wurden, wie zumindest aus den wenigen Angaben zu 1849 auffällig gewordenen Bahnwärtern hervorgeht. Die niedrige Besoldung in Verbindung mit kaum vorhandenen Aufstiegschancen und noch lange fehlender sozialer Fürsorge³¹ machte den Posten in erster Linie für gering qualifizierte Individuen attraktiv, denen sich hier die ansonsten seltene Möglichkeit zu einer relativ krisenfesten Beschäftigung bot.³² Die Bahnwärter unterstanden direkt den Bahnmeistern.

Die niederen Dienste auf größeren Stationen waren im Gegensatz zu denen im Bahnwärterhäuschen zumeist Durchgangsstationen. Wie bereits gezeigt, bot die Beschäftigung als Portier bzw. Expeditionsgehilfe vielen Bedienten die Möglichkeit zum Sprung in den Fahrdienst, dem aber nicht alle gewachsen waren. Ganz sicher gilt dies für einen in Kehl stationierten Por-

tier, dessen Verhalten während der Revolution von seinem Vorgesetzten damit entschuldigt wurde, er sei *ein überhaupt beschränktes Subject von großer Plauderhaftigkeit*.³³

In der Eisenbahnverwaltung trat erstmals massiv ein neuer Typ von Staatsdienern auf. Zugespitzt formuliert: Bürokratie im klassischen Sinne zeichnete sich durch die Ausübung von Herrschaft aus, während die Eisenbahnverwaltung eine Dienstleistung anbot.³⁴ Auf den Bahnhöfen und in den Zügen traten dem Publikum nicht mehr nur die Vertreter einer sozial abgeschotteten und in sich geschlossenen Verwaltungselite entgegen, sondern Praktiker und viele langgediente Militärs, deren sozialer Hintergrund eher bäuerlich bzw. kleinbürgerlich war. Viele von ihnen kamen weit herum und wurden in der Regel fern ihrer Heimat eingesetzt. Welche Haltung diese Männer in einer politischen Umbruchssituation einnehmen würden, war kaum vorauszusehen.

Ein umkämpftes Transportmittel

Ein wahrscheinlich aus der Ortenau schreibender Korrespondent der in Freiburg erscheinenden katholisch-konservativen *Süddeutschen Zeitung für Kirche und Staat* hatte die *Subalternen bei der Eisenbahn-Administration* schon am 28. Februar im Visier. Er verunglimpfte sie pauschal als *wohlfeile Kostgänger des Staates*, die sich für das *im Schiffbruche des Lebens dargebotene Asyl* durch staatsgefährdende Tätigkeiten revanchierten. Konkret berichtete er von einem *Adjunkten [. . .] und einem Zugführer, welche ihren freien Tag zur republikanischen Wallfahrt nach Straßburg reisten*.³⁵ Eine Wallfahrt anderer Art fand drei Wochen später statt. Viele Menschen nutzten die Eisenbahn, um am 19. März 1848 zur Offenburger Versammlung und wieder zurück zu gelangen, wie die von der Betriebsverwaltung akribisch geführte Statistik eindrucksvoll belegt. Während 1846, 1847 und 1849 die Zahl der im April abgefertigten Passagiere jeweils um 10% über den Märzwerten lag, bestiegen im März 1848 12 413 Personen in Offenburg den Zug, fast doppelt so viel wie im April desselben Jahres.³⁶ Doch mit der Rückfahrt haperte es nach Ansicht eines Sonderberichterstatters der in Freiburg erscheinenden *Oberrheinischen Zeitung*.³⁷ Einige Tage darauf verteidigte der Offenburger Korrespondent desselben Blattes allerdings die Ehre des Personals, das *vom ersten Beamten bis zum Wagenschieber hinab [. . .] lebhaft und freudig seine Schuldigkeit that*. Die Schuld für etwaige Verzögerungen trage allein *der commandosüchtige, auf allen Bahnhöfen unbeliebte und den guten Willen der Arbeitenden hindernde inspicirende Oberbeamte aus Karlsruhe*.³⁸

Doch volle Züge waren 1848 eher die Ausnahme: Im Sommer blieben gerade in den besseren Wagenklassen viele Plätze leer, so daß die Eisenbahndirektion *mit Rücksicht auf den geringeren Umfang des Eisenbahntransportes in diesem Sommer* bereits zum 1. September den Winterbetrieb aufnahm.³⁹ Bereits zwei Monate früher hatte der Offenburger Fortunawirt Pfähler festgestellt, daß sich sein auch bei der Fahrplangestaltung berücksichtigtes gastronomisches Angebot am Bahnhof nicht mehr rechnete, was auch vom örtlichen Post- und Eisenbahnamt bestätigt wurde.⁴⁰

Anschläge auf den Schienenstrang

Auf die während des Struveputsches in den Nächten zwischen dem 22. und 24. September verübten Eisenbahnattentate, durch welche der Transport großherzoglicher Truppen um mehrere Stunden verzögert wurde, kann hier nicht weiter eingegangen werden. Von den insgesamt neun nachweisbaren Unternehmen fanden drei in der Ortenau statt, und zwar bei Orschweier, Friesenheim und Achern.⁴¹ Interessant in unserem Zusammenhang ist natürlich das Verhalten des Aufsichtspersonals an der Strecke, das zuweilen der aktiven oder passiven Beihilfe verdächtigt wurde. So vermerkte in Weinheim der untersuchende Beamte: *Auffallend ist das Benehmen einiger Bahnwärter*. Auch der Emmendinger Oberamtmann Fränzing sah seine späteren Nachforschungen über die Köndringer Eisenbahnzerstörung vereitelt, *da selbst die zunächst stationierten Bahnwarte nichts von der Tat bemerkt haben wollen*.⁴² Zwischen Achern und Fautenbach machten sich die Revolutionäre dagegen selbst bemerkbar. In einem Bericht des Bezirksamts Achern heißt es einen Tag später: *Von diesen Frevlern soll auch die Thüre des Bahnwartshäuschens eingeschlagen und der Frau des Bahnwarts Töpfler (?) mit vorgehaltenem Bajonet der Schlüssel zum Geschirrmagazin abverlangt, dann auch der mit zwei Fautenbacher Einwohnern, die von ihm zu Hülfe gerufen worden waren, herbei gekommene Bahnwarth Töpfler nebst den zu Hülfe gerufenen mißhandelt, und einem derselben das Gewehr abgenommen worden seyn*.⁴³ Auch bei der Demolierung einer Brücke bei Orschweier, wo die großherzoglichen Truppen mehrere Stunden aufgehalten wurden, hatten sich die Revolutionsanhänger aus Staatseigentum bedient und einem Bahnwart die Schlüssel zum Werkzeugmagazin abgenommen.⁴⁴

Während der Revolution lassen sich auf der Ebene des gehobenen technischen Personals mehrere Umgruppierungen feststellen. Zu vermuten wäre, daß nach dem Motto „Neue Besen kehren gut“ eine Wiederherstellung der Disziplin bezweckt werden sollte. So kam der – im folgenden eine Schlüsselposition einnehmende – Werkführer Johann Groß⁴⁵ unmittelbar nach

dem Heckerzug von Oos nach Kehl, während sein Kollege Johann Lehn von Kehl nach Offenburg wechselte. Den dort bis dahin tätigen Werkmeister Georg Wolf (nach der Mairevolution entlassen) versetzte man zum selben Zeitpunkt nach Oos. Ebenso tauschten die Materialverwalter und Bahnhofsaufseher Julius Helbing (Kehl) und Joseph Kälber (Offenburg) die Plätze.⁴⁶ Dies war eine Strafmaßnahme gegen Kälber, der sich am 18./19. April in Offenburg am Barrikadenbau beteiligt hatte, wie er während der Mairevolution im folgenden Jahr stolz verkünden sollte.⁴⁷ Im Februar 1849 wurden auf einen Schlag sieben Bahnmeister (von insgesamt 14) in gleicher Eigenschaft versetzt, zum Teil über ganz Baden hinweg. Der uns später noch einmal begegnende Philipp Hillenbrand kam seinerzeit von Wiesloch nach Dinglingen.⁴⁸ Offenbar gerieten diese für einen größeren Streckenabschnitt verantwortlichen Männer leicht in Reibereien mit den ihnen untergeordneten Bahnwärtern sowie der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden. Konkret belegen läßt sich dies im Fall des Bahnmeisters Philipp Schnittspan, der im Frühjahr 1849 mitsamt Familie von Krozingen nach Friedrichsfeld umziehen mußte. Vorher kamen allerdings noch 200 Menschen vor seine Dienstwohnung im Bahnhof und gaben ihm mit einer ohrenbetäubenden Katzenmusik ihren Unmut über seine Dienstführung zu verstehen.⁴⁹ Sein Tauschpartner Carl Weiskopf, der seinerzeit von Friedrichsfeld nach St. Georgen wechselte, exponierte sich dagegen auf der anderen Seite. Im Herbst 1849 wurde ihm vorgeworfen *während der Revolution nur solche Arbeiter, die der Revolution zugethan waren, eingestellt und denjenigen Bahnwärtern, die ebenfalls sich dazu hinneigten, später günstige d. h. ihr fragliches Verhalten abläugnende Zeugnisse ertheilt zu haben.*⁵⁰

Mai 1849: Revolutionäre übernehmen die Staatsbahn

Daß von der 3. Offenburger Versammlung entscheidende Impulse ausgehen würden, blieb auch dem seit dem Vorjahr in Kehl amtierenden Post- und Eisenbahnnamtsvorstand Gottfried Harweng nicht verborgen, wenn man seinem am 15. August 1849 erstatteten Bericht Glauben schenkt.⁵¹ Er habe sich am 12. Mai mit dem Kehler Garnisonskommandanten in Verbindung gesetzt, um für den Fall der Fälle durch ein Flaggensignal militärische Hilfe zum Schutz des Bahnhofs anzufordern. Harweng setzte hiervon *den ersten Beamten nach mir, und den besonders Vertrauen verdienenden Werkführer Groß in Kenntniß, um nöthigenfalls ihrerseits von der bezeichneten Hilfsquelle Gebrauch zu machen. Beiden bemerkte ich ausdrücklich daß anzunehmen sey, man werde beim etwaigen Ausbruch eines Aufstandes mich vom Dienste abscheiden und empfahl ihnen dringend dann ihrerseits nach besten Kräften den anvertrauten Dienst zu schützen.* Die Ereignisse des 13. Mai werden an anderer Stelle referiert.⁵² Uns interessiert hier nur die Reaktion des Eisenbahnnamtsvorstands, der nach seinen Angaben mit

einer Lokomotive nach Karlsruhe fahren und dort Bericht erstatten wollte. Nach Beratung mit Groß verzichtete er jedoch auf das Unternehmen, *weil voraussichtlich die Passage in Appenweier auch schon gesperrt sein dürfte und ich bei den nächsten Ereignissen auf meinem wesentlichsten Posten zu Kehl auch nicht fehlen wollte, zumal man inzwischen in der Stadt Generalmarsch schlagen hörte*. Die Kehler Revolutionäre besetzten in der Folge den Bahnhof und überwachten die Amtshandlungen des Personals. Besonders kam es ihrem Anführer und späteren Zivilkommissär, dem Arzt Küchling, laut Harweng darauf an, *daß ich und der Cassier das Manneswort darauf geben sollen, bis auf weitere Erlaubniß keine Geldablieferung nach Karlsruhe abzulassen in welchem Falle er desfallsige Maßregeln zu unterlassen versprach*. Auch die ausgehende Briefpost wurde von den Revolutionären kontrolliert, insbesondere untersagten sie die Absendung dienstlicher Berichte nach Karlsruhe. Hiergegen verwahrte sich Harweng ausdrücklich; seine umgehend verfaßte Schilderung der Ereignisse wurde aber entdeckt und von einem Bürgerwehroffizier zurückgehalten.

Noch am Abend des 13. Mai erschienen auf dem Kehler Bahnhof mehrere Hundertschaften bewaffneter Freischärler, die mit einem „Extrazug“ nach Karlsruhe gebracht werden wollten. Gegen Harwengs ausdrückliche Weigerung ging dieser Zug kurz vor Mitternacht ab. Auch aus anderen Landes- teilen kamen Sonderzüge in der Residenzstadt an,⁵³ und viele Einzelpersonen meinten in diesen Tagen, daß die eben errungene Freiheit auch kostenlose Benutzung der Staatsbahnen mit sich brachte. Am personell unterbesetzten Eisenbahnknotenpunkt Appenweier herrschten besonders chaotische Zustände, so daß Stationsleiter Wilhelm den revolutionären Sicherheitsausschuß mit Erfolg um Mithilfe bei der Zugkontrolle bat.⁵⁴

In Karlsruhe befaßte sich der Landesausschuß, dem nach der Flucht des Großherzogs und seiner Minister die Macht in den Schoß gefallen war, bereits auf einer seiner ersten Sitzungen mit den anarchischen Zuständen im Zugverkehr. Der zum Zivilkommissär des Mittelrheinkreises ernannte Offenburger Apotheker Eduard Rehmann kam um *Abhülfe gegen den Mißbrauch der Eisenbahn* ein. Beschlossen wurde daraufhin:

1. *Die Eisenbahn wird wie bisher unter das Ministerium des Auswärtigen gestellt, und ohne dessen Anordnung und ausdrückliche Bewilligung dürfen keine Extrazüge angeordnet werden.*
2. *Geordnete Züge vom 1. 2. und 3t Aufgebot, letzere [sic] wenn sie in nächster Zeit in die Heimath zurückkehren, nachdem sie die Waffen für das Unterland ergriffen haben, ebenso Deputationen von Gemeinden, wenn sie an den Landes Ausschuß abgesendet wurden, und endlich*
3. *politische deutsche Flüchtlinge, welche sich als solche glaubwürdig ausweisen, unentgeltlich auf der Eisenbahn befördert werden.*⁵⁵

Bei diesen Regelungen ist es nicht erstaunlich, daß die Direktion der Großherzoglichen Eisenbahnen und Posten am 18. Dezember 1849 rückblickend feststellte: *Es verging fast kein Tag, an welchem nicht Extrazüge zum Transport von Volkswehr oder Militär landauf- und landabwärts ausgerüstet und Personen jeglicher Art mittelst der gewöhnlichen Bahnzüge befördert werden mußten. Daß für alle diese Leistungen, welche entweder auf Anordnung der Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung oder der Zivilkommissäre und Militärcommandanten geschehen, der diesseitigen Verwaltung keine Vergütung geleistet wurde, versteht sich von selbst.* Doch auch inmitten der Revolutionswirren ging wenig ohne schriftliche Anforderungen und Freischeine. Aus diesen Belegen errechnete die Verwaltung später einen Betrag von rund 60 000 Gulden, etwa zu 60% durch Extrazüge verursacht.⁵⁶

In der bereits erwähnten Sitzung vom 17. Mai genehmigte der Landesausschuß denjenigen Angehörigen des Fahrdienstes, *welche in den letzten vier Tagen die auf der badischen Eisenbahn mit außerordentlichen Anstrengungen verbundenen Dienste leisteten*, eine besondere Belohnung. Für Lokomotivführer waren bis zu 40 Gulden vorgesehen; Zugführer und Kondukteure konnten maximal 20 Gulden erhalten.⁵⁷ Wie in Kehl, so funktionierte der Betrieb auch andernorts ohne Probleme weiter. Es ist kein Eisenbahner nachzuweisen, der sich durch Flucht der Kooperation mit den revolutionären Machthabern entzog. Auch Harweng blieb auf seinem Posten, leistete den verlangten Eid auf die Reichsverfassung und wies seine Untergebenen an, dasselbe zu tun.⁵⁸ Er konnte sich anfangs über das Benehmen von Zivilkommissär und Sicherheitsausschuß nicht beschweren: Schriftliche und mündliche Verhandlungen seien *mit Bildung, Gefälligkeit und Zuvorkommenheit geführt* worden. Das Benehmen der auf dem Bahnhof stationierten Wachposten bezeichnete er dagegen als *zuweilen unverschämt*⁵⁹, fügte sich aber ansonsten in die neue Zeit. Als beispielsweise der Praktikant Carl Rosenlecher bald nach Ausbruch der Revolution eine Versammlung seiner Standesgenossen besuchen wollte, legte ihm Harweng keine Steine in den Weg.⁶⁰

Während man den Eisenbahnamtsvorstand weitgehend gewähren ließ, war der Multifunktionär Jacob Friedrich Frosch in Kork, neben seiner Tätigkeit in der Post- und Eisenbahnverwaltung auch als Steuereintreiber tätig, für die Revolutionäre des Hanauer Landes nicht tragbar. Nach einigem hinhaltenen Widerstand überbrachte Harweng ihm seinen Absetzungsbescheid, damit dies mit *Schonung und Rücksicht* geschehe.⁶¹ Der für Frosch eingesetzte Bernhard Mayer war bereits länger Kanzleigehilfe in Kehl und hatte Harweng öffentlich der geheimen Korrespondenz mit Karlsruhe beschuldigt. Zudem habe er *das, was bei geschlossener Thüre ich [Harweng] mit*

dem s.g. Civilcommissär verhandelte, erlauscht und in der nächsten Secunde mit lügenhaftester Entstellung ausgeplaudert, so daß ich genöthigt war, ihm alsbald vor den Beamten auf der Expedition [. . .] über seine Pflicht- und Anstandsverletzung und Lüge strengsten Verweis geben zu müssen.

Auch andere Kehler Eisenbahner hatten schon vor Ausbruch der Revolution ihre oppositionelle Einstellung erkennen lassen, wie der Dienststellenleiter *durch directe und indirecte Beobachtungen* in Erfahrung gebracht haben wollte. Sein Antrag, *bei einer speziellen Gelegenheit den Zugmeister Jäckel – den Verdächtigsten*, an einen anderen Dienstort versetzen zu lassen, war jedoch gescheitert.⁶² Der etwa vierzig Jahre alte aus Karlsruhe stammende Anton Jeckel, 1845 als Gendarm direkt zum Zugmeister ernannt, entwickelte sich während der Mairevolution wirklich zu einer treibenden Kraft. Unter anderem soll er versucht haben, Oberpostdirektor Mollenbec⁶³ auf dem Bahnhof von Appenweier festnehmen zu lassen. Kondukteur Severin Einloth⁶⁴ meldete sich freiwillig als Teilnehmer dieser Aktion, was ihm später vorgeworfen werden sollte.⁶⁵ Der bereits im Vorjahr auffällig gewordene Materialverwalter Joseph Kälber scheint nach später erhobenen Vorwürfen auch 1849 massiv für die Sache der Revolution eingetreten zu sein. Gerüchte über angebliche Erfolge der revolutionären Streitkräfte gelangten bevorzugt über die beiden letztgenannten Eisenbahner nach Kehl und wurden in den Wirtshäusern verbreitet.⁶⁶

Niederschlagung

Als sich Ende Juni 1849 der Vormarsch preußischer Truppen als unaufhaltsam erwies, wurde Johann Nepomuk Winkler, der amtierende Zivilkommissär des Amtes Ettenheim, nervös und ließ unter anderem Philipp Hillenbrand im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Verkehr ziehen. Nach Winklers Ansicht gefährdete dieser für den Streckenabschnitt zwischen Dinglingen und Kenzingen zuständige Bahnmeister den Erfolg der Revolution. Am Morgen des 25. Juni wurde der Eisenbahner daher sofort nach seiner Ankunft auf dem Bahnhof Orschweier verhaftet und für mehrere Stunden in der Dienstwohnung des dortigen Expeditors Cordel interniert. Mehrere der ihm unterstehenden Bahnwarte hatten Hillenbrand beschuldigt, *gegen die Volkssache* zu sein und auch das Personal in diesem Sinne *bearbeitet* zu haben.⁶⁷ Ein weitaus dramatischerer Zwischenfall spielte sich in der folgenden Nacht auf dem Dinglinger Bahnhof ab, als Lahrer Gegenrevolutionäre den Abtransport der Staatskasse durch die revolutionäre Regierung verhindern wollten. Das Vorhaben mißlang, und am nächsten Tag wurde Lahr durch 800 Mann Offenburger, Gengenbacher und Haslacher Bürgerwehr besetzt.⁶⁸ Gegen die Regierung Brentano engagierten sich bei dieser

Gelegenheit auch der Dinglinger Posthalter und Eisenbahnexpeditor Bucherer sowie die Bahnwarte Langenbach, Müller und Zimmermann. Letztere wurden später von dem ebenfalls beteiligten Diakon und Gymnasialprofessor Fesenbeckh sogar als *besonders treu und eifrig* bezeichnet.⁶⁹

Doch zurück ins Hanauer Land. Am 2. Juli ließ Amtsvorstand Harweng den Bahnverkehr zwischen Kehl und Appenweier einstellen, nachdem er auf einer von Groß gefahrenen Lokomotive die *wilde Flucht der Freischaaren* beobachtet hatte. Wiederum wurde von den Aufständischen die Bereitstellung von Sonderzügen gefordert, wie Groß seinem Vorgesetzten meldete. Harwengs Bericht fährt fort: *Der bekannte Oberanführer Doll habe auf dem Bahnhof geschickt und ihn [Groß] angewiesen sogleich alle Maschinen zu heizen und alle Wagen zu richten zur schleunigen Abfahrt, weiter sagte Groß, er habe aber nach meiner Absicht Nichts davon gethan, er habe dem Doll vielmehr sagen lassen, die Forderung sei unmöglich, das Material größtentheils fort oder beschädigt, und es dauere viele Stunden bis man die ganz erkalteten Maschinen zum Fahren heizen könne, Doll komme viel schneller auf der Landstraße nach Offenburg. Groß bemerkte mir ferner, er wolle, wenn gleichwohl Doll mit seiner Schaar gegen den Bahnhof anrücken sollte, schnell an den Maschinen Theile abnehmen und beseitigen und sich selbst dann hinter dem Bahnhof fortmachen. Die Aufständischen fügten sich aber in die abschlägige Antwort, welche ihnen Groß gab und zogen – die Eisenbahn nicht weiter ansprechend – auf der Landstraße ab. Durch solches redliche Mitwirken und Selbsthandeln des Werkführers Groß gelang es auch allein dem Gr. Eisenbahnname Kehl keinerlei Transportmaterial den fliehenden Freischaren zu überliefern, solches Material hielt ich für verlohren, denn ich befürchtete die fliehenden Freischaaren würden es nach gemachtem Selbstgebrauch ruiniren, damit es den sie verfolgenden Truppen nicht dienen könne. Die hiesigen Maschinen haben hiernach [. . .] dem königl. preuß. Divisionscommandanten General von Webern sogleich zu den Kriegsoperationen gedient, drei weitere Maschinen von hier konnten dem entblößten Eisenbahnname Offenburg sogleich geliehen werden, und hiernach gelang es nur mit den geretteten und in vollem guten Stand befindlichen Kehler Maschinen den Dienst oberhalb Rastatt wieder zu beginnen.⁷⁰*

Orden und Entlassungen

Kaum hatten die gegenrevolutionären Truppen Baden besetzt, erhielten die Behörden Handlungsanweisungen für den Umgang mit ihren in die Revolution verstrickten Angestellten. Das von preußischer Seite geforderte politische Großreinemachen blieb jedoch auch in der Eisenbahnverwaltung

aus. Am 10. Juli 1849 – rund zwei Wochen vor der Kapitulation von Rastatt – erging eine einschlägige Anweisung des Ministeriums an die Post- und Eisenbahndirektion.⁷¹ *Das gezwungene Nachgeben gegen die Gewalt sei nicht weiter zu verfolgen und auch der von der usurpierten Gewalt vielen der Großherzoglichen Angestellten abgeforderte Eid solle ohne Konsequenzen bleiben. Erst wenn Handlungen oder Unterlassungen [. . .] welche ohne augenscheinliche persönliche Gefahr hätten vermieden werden können, und welche demnach ein williges Eingehen auf die Absichten der Empörer und ein gewissenloses oder doch allzu kleinmüthiges Verläugnen der durch Verfassung und Dienstpflicht gebotenen Treue gegen die rechtmäßige Regierung angezeigt haben vorlägen, seien die Fälle eingehender zu untersuchen.*⁷² Eine solche Formulierung ließ den zuständigen Dienstvorgesetzten einen beachtlichen Ermessensspielraum bei der Beurteilung, wo „Dienst nach Vorschrift“ aufhörte und strafwürdige revolutionäre Umtriebe begannen. Von den daraufhin vorgelegten Berichten ist allerdings lediglich derjenige des Kehler Amtsvorstands Harweng überliefert.

Regionale Verteilung der „auffälligen“ Eisenbahner

Für ganz Baden sind dagegen nur Informationen über diejenigen Bediensteten erhalten, die besonders auffällig wurden. Laut einer nachträglich angefertigten Liste wurden gegen 33 badische Eisenbahner oberhalb des Bahnwärterdienstes förmliche Ermittlungsverfahren eingeleitet, während 44 später wegen ihres staatstragenden Verhaltens Belobigungen erhielten.⁷³ Die Analyse ihrer Wirkungsstätten ergibt eine sehr ungleiche Verteilung auf die einzelnen Eisenbahnämter.

Im Amtsbezirk **Heidelberg** stand der Entlassung eines Heizers die Belobigung des in Wiesloch stationierten Billetausgebers gegenüber. Am **Mannheimer** Bahnhof machte man sechs „Revolutionäre“ namhaft, von denen drei entlassen und einer degradiert wurden. Zwei Bedienstete erhielten eine Belobigung. Ähnlich negativ fiel die Bilanz des Amtsvorstands in **Baden-Baden** aus. Auch hier gab es sechs Beteiligte (vier davon später entlassen, die übrigen auf einen schlechteren Posten versetzt) und zwei Staatstreue, die wegen ihrer Haltung sogar mit Verdienstmedaillen ausgezeichnet wurden. Die Dienststellen Oos und Baden-Baden waren in der Mairevolution Hochburgen der Aufständischen, wie einem am 30. Dezember 1849 verfaßten Bericht an den Großherzog zu entnehmen ist: *Wie auf keiner andern Station war das dortige Zugs- und Bahnhof Arbeiter-Personale durch den sehr gefährlichen Zugmeister Wolff, durch Werkmeister Wolff und durch Wagenwärter Haberkorn demoralisirt worden. Die Zügellosigkeit war unglaublich, der Bahnhof fast unausgesetzt mit Aufgeboten*

*und Freischaaren besetzt, und inmitten dieser Wirtschaft, den stets anwesenden Freischaarenführern zu wiederholten Malen denuncirt und von den eigenen Untergebenen mehrfach bedroht, haben diese [zur Auszeichnung vorgeschlagenen] Bediensteten doch nicht einen Augenblick ihre feste Anhänglichkeit an die höchste Person Eurer Königlichen Hoheit und ihre Ergebenheit gegen die rechtmäßige Regierung verläugnet.*⁷⁴

Zwar gab es auch in **Karlsruhe** einiges zu bemängeln (fünf Untersuchungsverfahren, die in vier Fällen die Entlassung des Betreffenden zur Folge hatten), aber über den Rest der Belegschaft ergoß sich eine wahre Flut von Belobigungen (insgesamt 17). Eher ausgeglichen war die Bilanz dagegen in **Freiburg**, wo bei sieben Ermittlungsverfahren vier Entlassungen und eine Degradierung erfolgten. Die „Revolutionäre“ des südlichsten Amtes waren fast ausnahmslos im Fahrdienst tätig, während die sechs Belobigungen (davon allein drei an die Expedition Efringen) zumeist an Bedienstete am Rande des Schienenstrangs gingen.

Wenn man sich nur an den nackten Zahlen orientiert, stellt sich der Eisenbahnbezirk **Kehl** als „durchschnittlich revolutionär“ dar. Es gab sechs Ermittlungsverfahren, von denen fünf die Entlassung nach sich zogen und eine Degradierung. Auf der anderen Seite wurden vier Bedienstete belobigt und einer sogar mit der Civilverdienstmedaille ausgezeichnet. **Offenburg** wäre dagegen der mit Abstand „staatstragendste“ Bezirk, wo das einzige Ermittlungsverfahren zugunsten des Betroffenen ausging und insgesamt elf Belobigungen ausgesprochen wurden. Ein eigentümlicher Kontrast zu Franz Xaver Vollmers Bild „einer bunt zusammengewürfelten, politisch größtenteils radikal-demokratisch eingestellten Eisenbahnerschaft“⁷⁵ auf dem Offenburger Bahnhof! Wenden wir uns daher den Einzelfällen zu.

Die oberen Funktionsträger

Unter den Staatsdienern im engeren Sinne gerieten ein Amtsvorstand, ein Kassierer sowie ein Ingenieur ins Visier der Untersuchungsbehörden. Bei dem beschuldigten Amtsvorstand handelte es sich um den in Offenburg seinen Dienst verrichtenden Leopold Weitzel, der beschuldigt wurde, *die Mairevolution begünstigt zu haben und gegen Soldaten strafwürdige Äußerungen über die badischen Offiziere gethan zu haben.*⁷⁶ Die beiden gegen ihn aussagenden Zeugen konnten gegensätzlicher kaum sein: Während Karl Grimmer noch 1849 *wegen dienstwidrigen Verhaltens bei der Bewegung* seine Stellung als Aktuar beim Oberamt Offenburg verlor,⁷⁷ hatte sich Postkassierer Maurus im Frühjahr 1848 mit seiner Verweigerung des

Dienstes in der Bürgerwehr als Gegner der demokratischen Richtung gezeigt.⁷⁸ Wenige Wochen nach dem Einmarsch preußischer Truppen erhob zudem ein Anonymus in seinen Anmerkungen zur Offenburger „Rebellen- und Gaunerliste“ schwere Vorwürfe: *Postmeister Weizel dahier, der saubere Staatsdiener will sich jetzt wieder weiß brennen, und Alles seinen Untergebenen in die Schuh schütten [. . .] Hoffentlich wird sein Schwager der Pfarrer Deitigsmann in Baden⁷⁹ und Herr Zimmern⁸⁰ Postrath und noch ein gewisser Herr den Weizel nicht mehr beschützen. Der Herr v. Mollenbeck soll kommen und sich berichten lassen, denn der Kassier Barth und Ingenieur Bischof sind ebenso schlechte Staatsdiener, wie der falsche Weizel. Alle drei gehören entlassen.* Neben einem nicht zu identifizierenden Eisenbahnbeamten „Bährle“ finden sich auf der Liste noch vier Lokomotivführer sowie ein Heizer und der dem Eisenbahnamt Freiburg angehörende Kondukteur Geyer. Über eine bloße Auflistung von Namen ging der Denunziant aber nur im Falle der Staatsdiener hinaus und brachte vor: *Bischof schimpfte über den Kriegsminister Hoffmann und Bart über Mollenbeck.*⁸¹

Es ist heute natürlich vermessen, Mutmaßungen über die „wahre“ Gesinnung am Offenburger Bahnhof anzustellen, aber zumindest läßt sich festhalten, daß die Eisenbahner – vom Vorstand bis zum Bürodienler – bei der später durchgeführten Untersuchung zusammenhielten. Im Abschlußbericht der gegen Weitzel eingeleiteten Untersuchung bezeichnete das Ministerium am 8. November 1849 die erhobenen Anschuldigungen als unbegründet. Vielmehr habe sich der Amtsvorstand *in mehrfacher Beziehung sehr gut benommen*⁸², was ihm bald darauf wohl auch die Beförderung zum Postmeister einbrachte. Barth und Bischof befanden sich Anfang 1850 ebenfalls unter den im Verordnungsblatt als besonders zuverlässige Anhänger der großherzoglichen Regierung gelobten Eisenbahnern. Die als Wendehälse denunzierten Offenburger Beamten hatten allesamt noch eine erfolgreiche Karriere im Staatsdienst vor sich. In den 1860er Jahren leitete Weitzel das Post- und Eisenbahnamt in Kalsruhe, Barth war in den frühen 1870er Jahren Postdirektor in Lahr und Bischof stand zum selben Zeitpunkt dem technischen Dienst in Mannheim vor.

Innerhalb der Kehler Verwaltung spülten die Nachforschungen dagegen persönliche Differenzen an die Oberfläche. Der Bericht des Vorstands Harweng beschränkt sich im Fall des Eisenbahnkassierers Carl Lichtenauer auf Andeutungen, daß sich letzterer *zur Zeit der Revolution persönlich gegen [ihn] benommen*⁸³ habe. Die dienstpolizeiliche Untersuchung zog am 30. Oktober 1849 eine *Versetzung in deterius*, also eine Degradierung, nach sich. Die Begründung für diese Strafe läßt allerdings erkennen, daß nur wenig Beweiskräftiges vorlag: Lichtenauer habe *den nicht ungegründeten Verdacht auf sich gezogen, er habe während der Dauer der revolu-*

tionären Herrschaft dem Interesse der Empörer zu dienen gesucht.⁸⁴ Carl Rosenlecher geriet aufgrund seiner Teilnahme an der Praktikantenversammlung mit einiger Verzögerung ebenfalls in das Visier der Behörden. Harweng hatte daran seinerzeit nichts Verwerfliches finden können, da ihm der Praktikant bereits am nächsten Morgen das Vorgefallene geschildert und *mißbilligt* habe.⁸⁵ Die ein knappes Jahr später abgeschlossene dienstpolizeiliche Untersuchung des Karlsruher Treffens kam jedoch zu einem anderen Ergebnis. Alle namhaft gemachten Teilnehmer erhielten einen *nachdrücklichen Verweis*. Bei Rosenlecher wurde zudem moniert, daß er sich bei den angestellten Verhören wenig auskunftsfreudig gezeigt hatte: *Dabei ist demselben noch zu bemerken, wie man die Oberflächlichkeit und Unvollständigkeit der auf die an ihn gerichteten Fragen gegebenen Beantwortung in der vorliegenden Untersuchung sehr mißfällig wahrgenommen habe und ihm ein in dieser Beziehung angemesseneres Benehmen für die Zukunft ernstlich anempfehlen müsse.*⁸⁶ Sowohl Lichtenauer als auch Rosenlecher blieben im Staatsdienst, machten aber keine bemerkenswerten Karrieresprünge mehr. Was aus dem vom Dienst suspendierten und gerichtlich verfolgten⁸⁷ Kanzleihilfen Mayer wurde, läßt sich dagegen nicht ergründen. Über das Verhalten August Wilhelms in Appenweier, der ja immerhin von sich aus revolutionäre Gremien mit bahnpolizeilichen Aufgaben betraut hatte, schrieb Harweng in seinem Bericht vom 15. August pauschal: *Er hat sich lobenswerth getreu gegen die rechtmäßige Regierung bewährt und sein Dienst am Bahnvereinigungspunkt Appenweier war zu dieser Zeit ein sehr mühsamer.*⁸⁸ Auch Wilhelm erhielt daraufhin von höchster Stelle eine offizielle Anerkennung.

Unter den insgesamt zehn Materialverwaltern, von denen drei (unter ihnen Helbing) Belobigungen einstrichen, war Joseph Kälber der einzige namhaft gemachte Revolutionär. Er hatte sich ja bereits 1848 in Offenburg als Anhänger der Fortschrittspartei betätigt und galt daher als *Wühler*.⁸⁹ Der Ablauf des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens wird im nächsten Abschnitt referiert. Bei den badischen Werkmeistern und Werkführern standen zwei Entlassungen vier Auszeichnungen gegenüber. Die Ortenauer gehörten beide zur letzteren Kategorie, wobei Groß mit der goldenen Zivilverdienstmedaille die höchste überhaupt vergebene Auszeichnung erhielt. Postdirektor Reizenstein schrieb im Dezember über diesen Musterbeamten an das Ministerium: *Werkführer Joseph Gross in Kehl, seit 1844 in dieser Eigenschaft angestellt und als sehr tüchtiger Bediensteter schon längst erprobt, hat sich während der diesjährigen Revolution durch seine entschiedene Abneigung gegen dieselbe und treue Anhänglichkeit an die rechtmäßige Regierung ausgezeichnet. Seine Stellung war um so schwieriger, als mehrere Bedienstete in Kehl sich als ebenso entschiedene Anhänger der Revolution hervorgethan haben und bei solcher Umgebung wirklicher Muth und Fest-*

igkeit dazu gehörte, seine entschieden antirevolutionäre Gesinnung zu erkennen zu geben.⁹⁰ Insgesamt ging die Verwaltungsspitze aus den Untersuchungen also relativ unbeschadet hervor.

Revolutionäre in den Zügen

Im Fahrdienst war die Zahl der Entlassungen weitaus höher. Dies betraf jedoch gerade nicht die Gruppe, die für den Verfasser der Offenburger „Rebellen- und Gaunerliste“ am verdächtigsten war. In der bereits angesprochenen Übersicht aller Verfolgten findet sich kein einziger Lokomotivführer. Doch bei näherer Betrachtung ergibt sich zumindest im Fall Kehl ein anderes Bild. Unter den drei seinem Bezirk zugeordneten Männern wußte Harweng lediglich über Carl Stark zu berichten: *hat sich löblich gut verhalten*. Über dessen Kollegen heißt es dagegen: *Die Locomotivführer Koller und Lingenfelser [. . .] haben wenigstens gezeigt, daß sie der guten Sache nicht zugethan sind. Der Letztere auch im Dienste schwach ist um Entlassung zur Uebersiedelung nach Amerika bereits eingekommen*⁹¹. Über die drei Kehler Heizer, die allesamt später an die Schalthebel der Lokomotive kamen, hatte ihr Amtsvorsteher dagegen nichts Negatives in Erfahrung bringen können.

In ganz Baden wurden drei Heizer entlassen. In zwei Fällen heißt es ausdrücklich, sie seien *auch im Dienste nachlässig* gewesen. Die Entlassung von Johann Adam Fürst, der seinen Dienst ohne Erlaubnis verlassen hatte und das Erste Aufgebot der Stadt Kenzingen anführte, verstand sich natürlich von selbst.⁹² Auch unter den badischen Wagenwärtern gab es zwei, die wegen ihrer Aktivitäten auf seiten der Revolutionäre aus dem Dienst entfernt wurden. Ein Kehler Bediensteter kam dagegen nicht auf die Liste, obwohl sein Vorgesetzter wenig Positives zu berichten hatte: *ist bezüglich seiner Treue verdächtig, er hat einem Beamten anvertraut, daß die Aufständischen ihn beauftragt hätten, die Gesinnungen einiger Angestellten zu beobachten, es läßt dies doch voraus setzen, daß er mit Doll in näherer Berührung stand. Da aber nichts heraus zu bringen war, ob er diesen nach eigener Aussage erhaltenen Befehl erfüllt hat, noch sonst gegen ihn etwas zu erfahren war, lag zu einer schriftlichen Untersuchung nicht hinreichender Grund vor*. Seine beiden Kollegen hätten sich dagegen *ganz gut und ordentlich betragen*.⁹³ In ganz Baden gab es lediglich zwei wegen staatstragenden Verhaltens ausgezeichnete Wagenwärter; nach Lokführern und Heizern sucht man in den einschlägigen Listen vergebens.

Unter den Zugmeistern taten sich dagegen vier positiv hervor, und auch das *pfllichtgetreue und entschlossene Benehmen* von vier Kondukteuren

war eine Meldung wert. Doch gegenüber ihren revolutionären Kollegen waren diese Männer in der Minderheit: Jeder dritte Zugmeister wurde im Anschluß an die Revolution entlassen. In einem weiteren Fall erfolgte die Degradierung zum Packer und Bürodienner. Bei den Kondukteuren kam es zu fünf Entlassungen und zwei Degradierungen.⁹⁴ Mit Ludwig Abele⁹⁵ und dem bereits genannten Anton Jeckel gehörten zwei in Kehl beschäftigte Zugmeister zu den Hauptbeschuldigten, und auch gegen den Kondukteur Einloth wurde ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet. Weitere zwei der insgesamt acht in Kehl stationierten Kondukteure wurden der Teilnahme beschuldigt, nach Harwengs Einschätzung waren sie jedoch nur Mitläufer, die sich zu sehr an Zugmeister Jeckel angeschlossen hätten.⁹⁶

Mit Ausnahme von Jeckel blieben die übrigen Beschuldigten im Lande und stellten sich der Strafverfolgung. Noch im Juli wurden Abele, Einloth und Kälber vom Dienst suspendiert. Die Beteiligung der beiden ersten war nach Ansicht des zuständigen Hofgerichts in Bruchsal weniger gravierend, so daß die strafrechtlichen Verfahren *einstweilen* auf sich beruhten, was jedoch alles andere als ein Persilschein war. Materialverwalter Kälber war sicherlich froh, als seine Untersuchungshaft am 25. August 1849 endete.⁹⁷ Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe rechtfertigten nach Ansicht der Justizbehörden eine genauere Untersuchung, bei der sich die vernommenen Zeugen je nach politischer Einstellung äußerten, wie sogar in den Entscheidungsgründen zum Urteil ausdrücklich festgehalten wurde. Wenn also der ebenfalls in Untersuchung stehende Lichtenauer berichtete, daß Kälber während der Revolution den Großherzog wieder haben wollte, so vermochte dies die Richter ebensowenig zu beeindrucken wie eine entlastende Aussage des anderen „Gesinnungsgenossen“ Rosenlecher. Doch auch der (damals) revolutionärer Gesinnungen unverdächtige Werkführer Groß äußerte sich in diesem Sinne. Er habe Kälber sagen gehört: *Wenn solches Gesindel an die Spitze der provisorischen Regierung kommt, kommen wir nicht weit; wenn nur der Großherzog zurückkehrte . . .*

Als Belastungszeugen traten insbesondere die Kondukteure Lux und Hirsch in Erscheinung. Letzteren hatte Kälber wiederholt als *Schlingel* oder *Monarchenschlingel* bezeichnet. Auch andere Aussprüche waren Hirsch im Gedächtnis geblieben. *Beinahe tagtäglich und bei jedem Anlasse* habe Kälber gesagt: *Es würde kein Gott mehr im Himmel sein, wenn diese Revolution nicht durchgeführt werden würde.* Der Beschuldigte stritt dies jedoch ab. Daß er bei der Vereidigung *mit größter Freude und mit ausgebreiteten Armen der provisorischen Regierung gehuldigt* habe, wollte er dagegen nicht ausschließen.⁹⁸ Die Aussagen eines einzigen Zeugen reichten nicht zur Verurteilung, und so sprach das Hofgericht Kälber klagfrei. Im dienstpolizeilichen Verfahren kam es im Dezember 1849 jedoch zur

Entlassung. Kälber mußte mehr als zwei Jahre warten, bis die Verwaltung ihn als Güterexpeditor wieder einstellte.

Gegen den vor den preußischen Truppen nach Frankreich entkommenen Zugmeister Jeckel leitete das Bezirksamt Kork noch im Juli 1849 die Fahndung ein.⁹⁹ Als im Januar darauf den landesflüchtigen Kehler Revolutionären das Staatsbürgerrecht entzogen wurde, war neben Jeckel auch Abele von dieser Maßnahme betroffen.¹⁰⁰ Letzterer hatte seinem Heimatland bald nach einer Aussage in eigener Sache ohne Genehmigung den Rücken gekehrt. Der Hintergrund hierfür war vermutlich, daß die Untersuchungsbehörden seinen Fall noch nicht endgültig zu den Akten legten, sondern das Verfahren lediglich einstweilen auf sich beruhen ließen. Im Juli 1850 war Abele jedenfalls wieder im Lande und stellte seine mißliche Lage in einem Antrag an das zuständige Hofgericht Bruchsal dar. Er sei *weil in Untersuchung stehend, von seinem Dienste entfernt worden. Er hat im Augenblick keine Beschäftigung, und auf seine bei der Großherzogl. Oberpostdirektion gestellte Bitte um Reactivirung hat man ihm erwidert, man nehme an der Form des obigen Beschlusses (weil es einstweilen heiße) Anstand. Da er für Frau und Kinder zu sorgen hat, so ist ihm viel daran gelegen, bald wieder einen geeigneten Wirkungskreis zu erhalten.* Er bat um eine Wiederaufnahme seines Verfahrens, wenn Aussicht auf einen günstigen Ausgang bestehe, was ihm jedoch verweigert wurde.¹⁰¹ Im Jahr darauf überwand die Bahnverwaltung schließlich doch ihre Bedenken und stellte Abele eine Rangstufe niedriger wieder ein. Auch Severin Einloth erhielt als Bürodienner bei der Post bald darauf eine neue Chance im Staatsdienst.

Anton Jeckel dagegen blieb in der Fremde. Er hielt sich anfangs sogar in Sichtweite seines ehemaligen Dienstortes auf, was für die badischen Behörden ein besonderes Ärgernis darstellte. Im Dezember 1849 entsandten diese – nach vorheriger französischer Genehmigung – ein mehrköpfiges Spitzelteam nach Straßburg.¹⁰² In einem seiner vertraulichen Berichte heißt es am 24. Februar 1850: *Jaeckel, Zugmeister aus Carlsruhe hält hier eine Weinwirthschaft, und wurde, weil man ihn jederzeit greifen kann, nicht zur Haft gebracht. Ich habe den Brigadier Gretel zu einem Rapport über Jaeckels seitheriges Verhalten aufgefordert, und soll derselbe nach Befund entweder internirt, oder in Rücksicht auf seine Beschäftigung hier unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden.*¹⁰³ Die französischen Behörden zeigten sich kooperativ, und so wurde der ehemalige Eisenbahner bald nach dem zitierten Bericht wegen sozialistischer Propaganda verhaftet und in das französische Binnenland abgeschoben, wo sich seine Spur verliert.¹⁰⁴

An das Verhalten der im Fahrdienst Beschäftigten legte die Verwaltung offenbar unterschiedliche Maßstäbe an. Qualifiziertes technisches Personal

wurde anders behandelt als Kondukteure und Zugmeister. Wenn letztere aus dem Militärdienst stammten, war ein Versorgungsposten im Staatsdienst so attraktiv, daß im Einzelfall auch Degradierungen und Gehaltseinbußen in Kauf genommen wurden. Ausgebildete Kräfte mit abgeschlossener feinmechanischer Ausbildung waren dagegen seinerzeit durchaus gesucht, besonders wenn sie bereits Erfahrungen bei der Eisenbahn mitbrachten. So blieb selbst Wagenwärter Johann Baumann aus Mannheim im Dienst, über den folgender Vorfall bekannt wurde, der ihm immerhin eine fünftägige Gefängnisstrafe einbrachte: *Nach Ankunft mit dem Personenzuge in Muggensturm während der Belagerung von Rastatt hat sich derselbe eines Tages dem Trunke überlassen und seinen Dienst vernachlässigt. Außerdem soll sich derselbe gegen preußische Militärpersonen aufreizende Aeüßerungen erlaubt haben.*¹⁰⁵

Aufsichtspersonal am Rande des Geschehens

Unter den Bahnmeistern gab es lediglich eine Entlassung (Franz Klehe in Rastatt, der in Appenweier Vorgänger von August Wilhelm gewesen war), aber immerhin vier Belobigungen, darunter die in der Ortenau tätigen Hillenbrand und Klug. Gerade einmal vier Bahnwarte wurden ausgezeichnet, was bei ihrer Anzahl sehr wenig ist. Die drei am Dinglinger Bahnhof engagierten Verteidiger der Staatskasse gingen übrigens leer aus, womit sie das Schicksal ihrer enttäuschten Mitstreiter teilten, die ebenfalls vergeblich auf eine Belohnung hofften. Für ganz Baden finden sich aber auch lediglich zehn Bahnwarte-Entlassungen in der durch die Direktion angefertigten Zusammenstellung, wobei jedoch von einer gewissen Dunkelziffer auszugehen ist, wie die Verhältnisse im Eisenbahnbezirk Kehl zeigen. Zwar waren die beiden Bahnmeister laut Harweng nicht weiter auffällig geworden, und auch gegen die Mehrzahl der Bahnwarte lasse sich nichts vorbringen. Zwei in Achern stationierte Bahnwarte *welche sich stark in den republikanischen Wirthshäusern herumtrieben*, wurden allerdings umgehend entlassen bzw. versetzt. Stark vor Ort verwurzelt war der Bahnwart-Ablöser Wendelin Kreutler, über den Harweng schrieb: *Die Familienangehörigen desselben, zu Achern wohnhaft, namentlich ein Bruder haben den thätigsten Antheil an der Revolution genommen [. . .] Die Versetzung des Kreutler in einen anderen Bezirk, um ihn von seinen Verwandten zu trennen, dürfte wünschenswerth sein.* Das andere politische Extrem stellte Bahnwart und Billetausgeber Michael Hechler in Legelshurst dar, von dem es im selben Bericht heißt: *Ein Muster männlichen Characters von unerschütterlicher Treue zur rechtmäßigen Regierung. Er hatte mehrfache Verfolgungen zu erstehen, und nur mit großer Mühe ist es mir [Harweng] gelungen zu erwirken, daß er auf seinem Platze bleiben konnte.*¹⁰⁶ Allein im

Kehler Bezirk gab es also mindestens zwei Disziplinarverfahren (davon eine Entlassung), die nicht in die von der Eisenbahndirektion gefertigte tabellarische Zusammenstellung gelangten. Bei den Bahnwarten ist daher mit einer gewissen Dunkelziffer von Revolutionären zu rechnen, was auch die Ausklammerung dieser Gruppe bei den Aufstellungen nach Bahnämtern rechtfertigt.

Nachspiel: Gesinnungskontrolle am Kehler Bahnhof

Nach Abschluß der Säuberungen war man im Ministerium durchaus zufrieden mit den Eisenbahnern, wie einem um die Jahreswende an den Großherzog erstatteten Vortrag zu entnehmen ist: *Erlaube ich mir noch ganz besonders hervorzuheben, daß das niedere Personale keines andern Verwaltungszweigs in gleich hohem Grade wie dasjenige der Post - und Eisenbahnanstalt, den fortwährenden stürmischen und gewaltsamen Anforderungen der Umsturzparthei und ihrer Agenten [ausgesetzt und] mit nicht geringer persönlicher Gefahr bedroht war.*¹⁰⁷

Auch die Lage am Kehler Bahnhof schien nach der durchgeführten Säuberung stabil zu sein. Und doch traute man den Eisenbahnbedienten nicht unbedingt über den Weg. Erkundigungsreisen zur Überwachung der politischen Stimmung waren nach Niederschlagung der Revolution an der Tagesordnung. Kehl war durch seine Grenzlage natürlich besonders verdächtig, und so kamen die preußische Kommandantur in Kehl und die badischen Behörden im Oktober 1849 überein, *daß bei Ankunft und Abgang der Bahnzüge jeweils ein Gendarme im Bahnhofe sich befinde und die dort sich länger als an der Rheinbrücke sich verweilenden Fremden überwache, insbesondere aber darauf achte, daß keine Fremden ohne Personen-Ausweis in das tiefere Innere unseres Landes gelassen werden, wenn sie nur in irgendeiner Weise Grund zu Verdacht geben.*¹⁰⁸ Am 29. April 1851 kam der Stellvertreter des Landeskommisars für den Mittelrheinkreis in Kehl an und hatte den Eindruck, auf ein Demagogennest gestoßen zu sein, wie er umgehend seinem Vorgesetzten berichtete: *Er habe vernommen, daß das Eisenbahnpersonale, mit Ausnahme des kränklichen Vorstandes, seine Hinneigung zu den Freunden der Bewegung noch nicht aufgegeben habe. Maschinist Gros, bekannt als Republikaner, erhielt kürzlich die goldene Verdienstmedaille, er trägt sie aber nicht, und soll erklärt haben, er werde sie niemals tragen, weil seine Freunde ihn auslachen würden. Dagegen soll Briefträger Rost wegen seiner erprobten guten Gesinnung angefeindet werden.*¹⁰⁹

Umgehend wandten sich die verantwortlichen Köpfe im Innenministerium an ihre Kollegen im Außenressort und forderten dazu auf, *insbesondere bei*

der Eisenbahn von Kehl bis Offenburg nur Angestellte von der erprobtesten Gesinnung belassen zu wollen, da [. . .] die Anarchisten in jüngster Zeit auf beiden Rheinufern zumal in der Nähe von Straßburg sich wieder sehr rührig zeigen, unzuverlässige Angestellte sehr schädlich wirken können, und durch die Belassung verdächtiger Bediensteter unter den Gutgesinnten Entmuthigung erzeugt und bei den Schlechtgesinnten die Versuchung zu anderen Verführungen erweckt wird.

Wie zu erwarten, prasselte das – natürlich immer in wohlgesetzten Worten gehaltene – Donnerwetter über dem Post- und Eisenbahndirektor nieder, dem man die höchste Wachsamkeit *dringend zur Pflicht zu machen* für nötig hielt. Offenbar vertraute man auch im zuständigen Ministerium nicht unbedingt auf die Selbstreinigungskraft der Eisenbahnverwaltung, die in den Verdacht geraten war, *gesinnungsuntüchtige* Bediente zu decken. Als Antwort legte Direktor Reizenstein die für diesen Artikel ausgiebig zitierten Rechtfertigungen Harwengs vor und ging gleichzeitig zum Gegenangriff über. Er ließ das Innenministerium über den Dienstweg auffordern: *es möchte [. . .] der Herr Berichterstatter veranlaßt werden, die ihm bezüglich auf das Verhalten des betr. Dienstpersonals und namentlich des Werkführers Groß etwa mitgetheilten näheren Notizen genau anzugeben und namentlich die Quelle, aus der sie ihm zugekommen, namhaft zu machen.* Dort war man offenbar nicht bereit, den Denunzianten zu nennen, weshalb Reizenstein einen knappen Monat später seinem Ärger deutlich Luft machte, als er dem Staatsministerium weiteres Entlastungsmaterial übersandte. Es sei traurig, wenn der doch so verdienstvolle Groß *nun auf einmal durch leichthin aufgenommenes Gerede verdächtigt* werde. Nur eine gründliche Untersuchung könne zeigen, *ob die fraglichen Worte des Herrn Berichterstatters, womit derselbe auf Unkosten meiner Administration seinen Bericht pikant zu machen gesucht hat, Wahrheit enthalten, oder, wofür ich sie bis zum Beweise des Gegentheils halten muß, Verläumdungen.*

Ein abschließendes Urteil über Groß und seine politische Haltung in den Revolutionsjahren ist heute natürlich nicht mehr möglich, und so muß dahingestellt bleiben, ob er unschuldig Opfer von Verleumdungen oder ein introvertierter Fachmann war, der sich dem revolutionären Drang seiner Arbeitskollegen zeitweise anschloß. Das von seinem Vorgesetzten gezeichnete Porträt läßt beide Lesarten zu.¹¹⁰ Groß machte in der Folge noch einmal einen Karrieresprung und starb in Freiburg als Werkmeister. Harwengs kurzes Gastspiel in der Eisenbahn-Bezirksverwaltung ging dagegen bald zu Ende. Möglicherweise hielt man es nach den Vorfällen für ratsam, den kränklichen Amtsvorstand, der fast seine gesamte Karriere als Revisor bei der Zentralverwaltung verbracht hatte, wieder auf einen ruhigeren Posten zu versetzen.

Festzuhalten ist, daß den meisten auffällig gewordenen Ortenauer Eisenbahn-pionieren die Entlassung erspart blieb. Die Eisenbahnverwaltung verwehrte sich mit Erfolg gegen anonymes Denunziantentum und eröffnete nach einer Anstandsfrist mehreren „Revolutionären“ die Möglichkeit zur Rückkehr, wenn auch auf schlechtere Posten. Der nachrevolutionäre Radikalenerlaß führte somit in Mittelbaden nur zu einer oberflächlichen Säuberung des Personalstamms.

Anmerkungen

- 1 *Enzweiler*, Hans-Jürgen, Staat und Eisenbahn. Bürokratie, Parlament und Arbeiterschaft beim badischen Eisenbahnbau 1833–1855, Frankfurt a. M. usw. 1995, S. 80.
- 2 Verhandlungen der Ständeversammlung (1838), II. Kammer, S. 185.
- 3 Der verbreitete Beamtenstatus ließ gerade die deutschen Eisenbahner zu Stiefkindern der sozialgeschichtlich inspirierten Forschung werden, da sie mangels Streikrecht nicht zur Keimzelle der nationalen Arbeiterbewegung werden konnten, ganz im Gegensatz zu ihren Berufskollegen in Frankreich, England oder den USA. Vgl. hierzu und allgemein zur Forschungslage die Pionierstudie: *Amedick*, Sigrid, Männer am Schienenstrang. Sozialgeschichte der unteren bayerischen Eisenbahnbeamten 1844–1914, Stuttgart 1997, S. 9 ff. Angaben zur Beschäftigtenzahl sucht man auch im einschlägigen Band der „Quellen und Forschungen zur historischen Statistik von Deutschland“ vergeblich. Vgl. *Fremdling*, Rainer u. a. (Hg.), Statistik der Eisenbahnen in Deutschland 1835–1989, St. Katharinen 1995.
- 4 Aus dem Kreis der Ortenauer Eisenbahn-pioniere war im Bestand 76 des Generallandesarchivs lediglich ein Faszikel (Barth) aufzufinden.
- 5 So der Titel von 1843 bis 1856. (vorher: *Verordnungsblatt der Großherzoglichen Ober-Post-Direktion*; später: *Verordnungs-Blatt der Großherzoglich-Badischen Verkehrsanstalten*.) In der Folge abgekürzt: VOBl. Wenn nicht anders vermerkt, stammen berufsbiographische Informationen aus dieser Quelle.
- 6 Aus Raumgründen sind die berufsbiographischen Angaben hier nicht dokumentiert. Sie stehen jedoch in dem unter Leitung von Frau PD Dr. Irmtraud *Götz von Olenhusen* entwickelten Informationssystem „Revolution im Computer“ zur Verfügung.
- 7 Bis in die Mitte unseres Jahrhunderts erregte die damals unterbliebene Anbindung Lahrs die Gemüter. Vgl. die von gekränktem Lokalpatriotismus inspirierte Abhandlung: *Waeldin*, Paul: Wollte die Stadt Lahr an die Hauptbahn oder nicht? In: *Geroldsecker Land* 6 (1962/63), S. 82–94. Weniger bekannt ist der „Kehler Bahnstreit“, der in den 1840er Jahren in beiden Kammern der Ständeversammlung hohe Wellen schlug und die Kehler Bürgerschaft auf viele Jahre in zwei Lager spaltete. Zur ebenfalls lange umstrittenen Lage der Bahnhöfe in Offenburg und Appenweier: *Friedmann*, Rudolf, 125 Jahre Eisenbahn in Offenburg, in: *Ortenau* 49 (1969), S. 115–159, hier S. 118 ff.; *Grumer*, Helmut, Aus der Geschichte des Bahnhofs Appenweier, in: 1100 Jahre Appenweier 884–1984, Appenweier 1984, S. 190–207, hier S. 191.
- 8 Vgl. mit Nachweisen: *Möller*, Norbert, Die Rolle der Eisenbahn in der badischen Revolution von 1848/49, in: *Badische Heimat* 77 (1997), S. 359–364, hier S. 359 f.
- 9 Der Eisenbahnbau unterstand in Baden übrigens bis 1872 dem Innenministerium.
- 10 Angaben der Einkommen nach: *Hippel*, Wolfgang von u. a., Eisenbahn-Fieber. Badens Aufbruch ins Eisenbahnzeitalter, Ubstadt-Weiher 1990, S. 242 f. Anzahl der Beschäf-

- tigten aus: Nachweisung über den Betrieb der Großherzoglich Badischen Eisenbahn für 1848, S. 21 f.
- 11 In den Einkommen des fahrenden Personals sind bereits die „wandelbaren Bezüge“ (Fahrtpremien und Ersparniszulagen zwischen 150 und 460 fl pro Jahr) enthalten.
 - 12 Die folgenden Einkommensangaben nach *Hippel* (wie Anm. 10) auf der Basis von Taglohnsätzen.
 - 13 VOBI 9 (1845), S. 6 f.
 - 14 VOBI 12 (1848), S. 41 f.; *Hippel* (wie Anm. 10), S. 122.
 - 15 Im Juli 1844 gab Staatsminister Dusch in der Zweiten Kammer einen Durchschnittswert von 192 an: Verhandlungen der Ständeversammlung (1844), II. Kammer, 8. Protokollheft, S. 212.
 - 16 VOBI 5 (1841), S. 59 f.; VOBI 7 (1843), S. 111.
 - 17 Dieser Aussage und den folgenden Bemerkungen über Rekrutierung und Vorbildung der einzelnen Berufsgruppen liegt die Durchsicht der vorrevolutionären Jahrgänge des Verordnungsblattes zugrunde. Die Unvollständigkeit der darin enthaltenen Personalnachrichten macht statistisch stichhaltige Aussagen allerdings unmöglich.
 - 18 Vgl. *Amedick* (wie Anm. 3), S. 55 f.
 - 19 So der Bericht über eine im Mai 1849 abgehaltene Praktikantenversammlung. Generalandesarchiv Karlsruhe (GLA) 233/611, S. 67.
 - 20 GLA 233/611, S. 45 verte.
 - 21 Verhandlungen der Ständeversammlung (1844), II. Kammer, 8. Protokollheft, S. 216 ff.
 - 22 Für den weiteren Rückgang dieses 1847 auf 14,8% bezifferten Durchschnittswerts in den folgenden Jahrzehnten dürfte auch die weitere Ausdehnung der Bahnverwaltung verantwortlich sein. Vgl. zu diesem Komplex generell: *Wunder, Bernd*, Die Stellung der Subalternen und Unterbeamten in Baden während des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte Bd. 1. Formation und Transformation des Verwaltungswissens in Frankreich und Deutschland (18./19. Jh.), Baden-Baden 1989, S. 187–206, hier S. 187.
 - 23 Zum Aufgabenbereich der Werkführer und Werkmeister: *Reden*, Friedrich Wilhelm von, Die Eisenbahnen Deutschlands. Statistisch-geschichtliche Darstellung [. . .] ²Berlin usw. 1846, S. 142.
 - 24 Verhandlungen der Ständeversammlung (1844), II. Kammer, 8. Protokollheft, S. 207.
 - 25 Die Stellung eines Zugmeisters war nach dem 1845 erlassenen *Normativ über die Besetzung niederer Civildienste* die am besten bezahlte Versorgungsposition für Militärs und Gendarmen ohne besondere Vorbildung. Vgl. hierzu: *Müller*, Joachim von, Der öffentliche Dienst in Baden im 19. Jahrhundert, Karlsruhe 1974, S. 77 f. Zur badischen Versorgungspraxis auch: *Wunder* (wie Anm. 22), S. 200 ff.
 - 26 Vgl. zu Turner: *Kuntzemüller*, Albert, Mr. Thomas Turner, Lehrmeister der ersten badischen Lokomotivführer, in: *Badische Heimat* 36 (1956), S. 33–42.
 - 27 *Bretschger*, Karl, Notizen eines alten badischen Post- und Eisenbahnbeamten über die Entstehung und den Fortgang der Gr. Bad. Staatseisenbahnen, Karlsruhe 1889, S. 3. Zitat nach: *Kuntzemüller* (wie Anm. 26), S. 40.
 - 28 Zitat nach: *Friedmann* (wie Anm. 7), S. 130.
 - 29 Selbst wenn man die in Baden nicht gesondert gezählten Bahnhofswärter einbezieht, ergibt sich ein Durchschnittswert von 740 Metern Streckenlängen, aus: *Fremdling* (wie Anm. 3), S. 131 & 133.
 - 30 In Bayern betrug allein der Anteil der Bahnwärter drei Jahre später 60%. Bezugsgröße sind jeweils die „unteren Beamten“, in Baden somit nach Abzug der „Staatsdiener“ 732, wodurch sich als Anteil der Bahnwärter ein Wert von 51% ergibt.

- 31 So blieben sie 1845 als einzige fest angestellte Eisenbahner von der Mitgliedschaft der Witwenkasse für Angestellte der Zivilstaatsverwaltung ausgeschlossen. *Müller* (wie Anm. 25), S. 80.
- 32 Zur badischen Rekrutierungspolitik beim Eisenbahnbau: *Enzweiler* (wie Anm. 1), S. 157 ff.
- 33 GLA 233/611, S. 93 verte.
- 34 *Amedick* (wie Anm. 3), S. 59.
- 35 *Süddeutsche Zeitung für Kirche und Staat* vom 2. 3. 1848.
- 36 Vgl.: Nachweisung über den Betrieb der Großherzoglich Badischen Eisenbahn 1846 ff.
- 37 *Oberrheinische Zeitung* vom 22. 3. 1848. Ausführlich zitiert bei: *Möller* (wie Anm. 8), S. 361.
- 38 *Oberrheinische Zeitung* vom 26. 3. 1848.
- 39 *VOBl* 12 (1848), S. 137.
- 40 GLA 421 Zugang 1993/90, Nr. 777.
- 41 In Achern war bereits im April 1848 ein Anschlag verübt worden. Hinweise hierauf in: GLA 236/8521, S. 98; GLA 236/8528, S. 6. Eine Zusammenstellung der Attentate mit weiteren Nachweisen bei: *Möller* (wie Anm. 8), S. 362.
- 42 GLA 236/8528, S. 36 verte & 64 verte. Hervorhebung NM.
- 43 GLA 236/8528, S. 6 verte.
- 44 GLA 60/798, S. 94 & GLA 236/8528, S. 8 & 23.
- 45 Erste Station des ausgebildeten Mechanikers war 1845–1848 Freiburg, wo er später seine Karriere beendete.
- 46 *VOBl* 12 (1849), S. 96. Der in Unterschefflenz geborene Kälber kam 1846 vom Eisenbahnbau, wo er als Materialverwalter tätig gewesen war. Offenburg war seine erste Station als Materialverwalter und Bahnhofsaufseher.
- 47 Staatsarchiv Freiburg (StAFr) A 27/3 233, S. 7. Zu den Offenburger Ereignissen: *Vollmer*, Franz X., *Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution*, Karlsruhe 1997, S. 95 ff. Bei Vollmers Aufstellung der Beteiligten fehlt Kälber übrigens. Ebd., S. 325 f.
- 48 *VOBl* 13 (1849), S. 11.
- 49 Vgl.: *Oberrheinische Zeitung* 3. 3. 1849, 13. 4. 1849 und 22. 4. 1849.
- 50 GLA 233/611, S. 30.
- 51 Ebd., S. 88–95. Hiernach auch die folgende Darstellung der Ereignisse.
- 52 *Stüwe*, Ortenau 1998.
- 53 Eine (offenbar unvollständige) Aufstellung in: GLA 237/2793, S. 183.
- 54 Vgl.: *Maier*, Karl, *Die Revolution von 1848/49 in Appenweiler*, in: *1100 Jahre Appenweiler 884–1984*, Appenweiler 1984, S. 109–133, hier S. 119.
- 55 GLA 48/5476.
- 56 GLA 237/2793, S. 7 f. & 21 verte.
- 57 GLA 48/5476.
- 58 GLA 233/611, S. 91 verte.
- 59 Ebd., S. 90 verte.
- 60 Zu dieser Versammlung: GLA 233/611, S. 67–72.
- 61 Ebd., S. 91.
- 62 GLA 233/611, S. 88.
- 63 Oberpostdirektor Georg Friedrich Leopold von Mollenbec (1788–1852), seit 1840 auch für den Eisenbahnbetrieb zuständig, ging im August 1849 in den Ruhestand.
- 64 Ein verabschiedeter Dragoner, der 1844 als Portier in den Dienst der Eisenbahnverwaltung getreten und 1845 in den Fahrdienst versetzt worden war.

- 65 GLA 233/611, S. 93.
- 66 Kälber gab später selbst zu, einige Falschmeldungen für bare Münze genommen und weitergegeben zu haben. StAFr A 27/3 233, S. 7.
- 67 StAFr B 17/11 7, S. 57 ff. & 89.
- 68 Vgl. zu den Ereignissen: *Vollmer* (wie Anm. 47), S. 212 ff. Hierzu demnächst Torsten *Mietzner*.
- 69 GLA 236/5237, S. 21.
- 70 GLA 233/611, S. 100 ff.
- 71 Als Vorbild dürfte die drei Tage zuvor verkündete Handlungsanweisung des Innenministeriums gedient haben. Hierzu und zur Säuberung des Behördenapparats allgemein: *Wunder*, Bernd, Die badische Beamtenschaft während der Revolution von 1848, in: ZGO 135 (1987), S. 273–290, hier S. 282 ff.
- 72 GLA 233/611, S. 6 f.
- 73 Vgl. die beiden Aufstellungen in: VOBI 14 (1850), S. 7 ff. & 78 f.
- 74 GLA 233/611, S. 47 verte.
- 75 *Vollmer* (wie Anm. 47), S. 38.
- 76 GLA 233/611, S. 27 verte.
- 77 *Vollmer* (wie Anm. 47), S. 235.
- 78 *Vollmer* (wie Anm. 47), S. 141.
- 79 Karl Heinrich Deitigsmann (1804–1864) wurde nach der Revolution versetzt, weil er nicht für den Großherzog, sondern für die Aufständischen gebetet hatte. *Neu*, Heinrich, Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens von der Reformation bis zur Gegenwart, Teil II. Lahr 1939, S. 109; GLA 236/8212.
- 80 Offenbar ist Hermann Zimmer (1814–1893) gemeint, der ab 1854 Direktor der Verkehrsanstalten werden sollte.
- 81 StAFr A 27/3 Nr. 397, S. 18 ff. Der Denunziant gab zugleich 16 Personen an, die bei der Untersuchung gegen Weitzel und Konsorten als Belastungszeugen einzuvernehmen seien. Neben Maurus waren unter ihnen auch Helbing und Lehn Angehörige der Dienststelle. Zur „Rebellen- und Gaunerliste“ auch: *Vollmer* (wie Anm. 47), S. 419 passim.
- 82 GLA 233/611, S. 27 verte.
- 83 Ebd., S. 92.
- 84 Ebd., S. 27 verte.
- 85 Ebd., S. 92 verte.
- 86 Ebd., S. 70 f.
- 87 Ebd., S. 28.
- 88 Ebd., S. 94.
- 89 GLA 236/8510, S. 7.
- 90 GLA 233/611, S. 43.
- 91 Ebd., S. 92 verte. Da Koller in der „Raab-Datei“ nicht erscheint, dürfte sein Verhalten folgenlos geblieben sein.
- 92 *Zoche*, Hartmut, Kenzingen, in: S’Eige zeige. Jahrbuch des Landkreises Emmendingen für Kultur und Geschichte 11 (1997), S. 177–185, hier S. 183. Fürst flüchtete nach Frankreich und wurde in Abwesenheit zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl.: GLA 48/5202, o. S.
- 93 GLA 233/611, S. 93 f.
- 94 Ebd., S. 30 verte ff. Eine Durchsicht der Raab-Datei ergab zudem, daß noch eine ganze Reihe weiterer Kondukteure wegen aufreizender Reden beschuldigt wurde.
- 95 Der in Büchenau geborene Abele war 1845 als Packer und Bürodienner angestellt worden und hatte bereits zwei Jahre später die Stelle eines Zugmeisters erreicht.

- 96 Ebd., S. 93.
- 97 StAFr A 27/3 233, S. 6.
- 98 Referiert nach den Entscheidungsgründen, da die Vernehmungsprotokolle fehlen. StAFr A 27/3 233, S. 7 ff.
- 99 Fahndung des Bezirksamtes Kork vom 21. 7. 1849. In: Anzeigebblatt für den Mittelrheinkreis 1849, S. 731.
- 100 Verfügung des Bezirksamtes Kork vom 21. 1. 1850. In: Anzeigenblatt für den Mittelrheinkreis 1850, S. 148.
- 101 Gesuch vom 22. 7. 1850, Ablehnung vom 6. 8. 1850. StAFr A 27/3 1.
- 102 *Reiter*, Herbert, Politisches Asyl im 19. Jahrhundert, Die deutschen politischen Flüchtlinge des Vormärz und der Revolution von 1848/49 in Europa und den USA, Berlin 1992, S. 204, FN 86.
- 103 GLA 48/5202, o. S.
- 104 GLA 236/8501, S. 148 & 369. Zur Verschärfung der französischen Haltung gegenüber politischen Flüchtlingen, vgl.: *Melzer*, Emma: Pfälzische Emigranten in Frankreich während und nach der Revolution von 1848/49, Teil II, in: *Francia* 13/1985, S. 369–407, bes. S. 380.
- 105 GLA 233/611, S. 19 verte. Paragraph 17 der 1819 erlassenen Staatsdienerpragmatik sah auch für außerdienstliche Vergehen, die zu einer Freiheitsstrafe führten, die Entlassung vor.
- 106 Ebd., S. 94 f.
- 107 Ebd., S. 47 verte. Vortragsentwurf vom 30. 12. 1849.
- 108 GLA 48/5202. Schreiben vom 29. 10. 1849.
- 109 Das Zitat und der folgende Vorgang nach: GLA 233/611, S. 80 ff.
- 110 Ebd., S. 97 f.

Straßburg und die badische Revolution

Carl Helmut Steckner

I. Vordenker und Vorläufer

Die politisch Verfolgten von 1848, die sich nach Straßburg absetzten, konnten mit einer jahrzehntelang bewährten Aufnahmebereitschaft der Straßburger rechnen, mit weitgehendem Verständnis für ihre Lage, beruhend auf den eigenen Erfahrungen mit den revolutionären Ideen von 1789. Die Errungenschaften jener Revolution waren Teil der Geschichte Straßburgs und dort präsent, als historische Erfahrung abrufbar. Wie schon nach 1789 wirkten die Anstöße der Julirevolution von 1830 von Paris ausgehend über Straßburg auf das rechte Rheinufer und jetzt die der Februarrevolution von 1848.

Die Durchlässigkeit dieser Grenzregion erwies sich als nützlich für die Ideen der Aufklärung, als Beaumarchais in der Festung Kehl seine Druck- und Verlagsgesellschaft einrichtete und die Werke Voltaires, Rousseaus und seine eigenen an der Zensur vorbei ins Frankreich des Ancien Régime schmuggelte. Dem entsprachen die deutschen Dichter und Publizisten der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts, die Heine, Büchner und Börne, die revolutionäre Ideen aufnahmen und sie von Frankreich nach Deutschland transportierten über Straßburg in der Rolle von Drehscheibe und Interpret.

Die Umsetzung französischer Revolutionsideen in die deutsche Wirklichkeit lag dann in anderen Händen, denen es nicht gelang, die Masse in Bewegung zu bringen. Widerstrebende Duodezfürsten, hinderliche Verwaltungsstrukturen, andere politische Mentalität, soziale Bedingungen, unzureichende Motivation verflochten sich zu unüberschaubaren und unüberwindbaren Hindernissen.

Unter den Flüchtlingen, denen Straßburg schon vor 1848 als Fluchtpunkt und Asyl gedient hatte, waren nur wenige Deutsche neben zahlreichen Polen.

Nach 1819 hielten sich an die 50 deutsche Schriftsteller, Studenten und Buchdrucker in Straßburg auf.¹ Viele hatten den am 20. September dieses Jahres von der Bundesversammlung in Frankfurt getroffenen Maßnahmen gegen liberale Demokraten entkommen können. In größeren Gruppen

wechselten erst die Verlierer des 1. Aufstandes unter Hecker Ende April 1848 über die Rheingrenze.

Grundlage der Bundestagsmaßnahmen waren die Beschlüsse der Karlsbader Konferenz vom August 1819, auf der Österreich und Preußen zur Bekämpfung nationaler und liberaler Bewegungen die Demagogenverfolgung mit einem Universitäts- und Pressegesetz eingeleitet hatten. Unmittelbaren Anlaß gegeben hatte die Ermordung des Dichters Kotzebue durch den Studenten K. L. Sand in Mannheim am 23. März 1819.

Der prominenteste unter den Flüchtlingen in Straßburg war Joseph Görres, Herausgeber des 1816 verbotenen Rheinischen Merkur in Koblenz, der Napoleon I. bekämpfte und sich für die deutsche Einheit unter Führung Österreichs eingesetzt hatte. Nach Erscheinen seiner Schrift „Teutschland und die Revolution“ war er über die Schweiz nach Straßburg geflüchtet. Er blieb im Elsaß bis zu seiner Berufung nach München 1826, nachdem er sich von liberalen Ideen getrennt und sich zum Romantiker und Ultramontanen entwickelt hatte. Der bedeutende Publizist argumentierte in seinen 1838 begründeten „Historisch-Politischen Blättern“ für die Erhaltung der überlieferten Zustände gegen die aufkommende Industrialisierung.² Darin hatte Goethe weiter gesehen. Schon 1828 erklärte er: *Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das nötige tun.*³ Tatsächlich förderte der Bahnverkehr die politische Einigung, aber auch die Industrialisierung mit ihren neuen sozialen Problemen. 1837 wurde in Karlsruhe die erste Lokomotive gebaut und 1838 das badische Eisenbahngesetz erlassen.

Auf eigenen Erfahrungen mit dem amerikanischen Eisenbahnwesen in den Jahren 1828–1831 beruhten Friedrich Lists Erkenntnisse, daß Eisenbahnbau und Zollverein zur Einheit führen würden.⁴ Der 33jährige Nationalökonom wollte sich im April 1822 vor drohender Festungshaft durch die Flucht nach Straßburg in Sicherheit bringen. Da ihm der Weg über die Kehler Brücke verwehrt war, ließ er sich bei Auenheim im Nachen über den Rhein setzen. Der verfolgte Liberale fand in Straßburg offene Aufnahme, erlebte vielen politischen Takt und gesunden Menschenverstand und fand, *daß ich hier lieber ein Käsehändler als in Stuttgart Regierungsrat sein mag.* Aber das Stuttgarter Kriminalamt ließ nicht locker. Es erwirkte bald die Ausweisung durch den Präfekten. Danach hielt er sich in Kehl und in Kork auf, wo er bei Dekan Fecht Unterstützung für seine Eisenbahnpläne fand. Seine in jener Zeit erworbene Ortskenntnis schlug sich nieder in der Eisenbahnkarte von 1833: die Strecke Rastatt–Basel sollte über Kehl führen.⁵ 1825 ist er über Le Havre nach Amerika ausgewandert, einen Aufenthalt in Straßburg erlaubte ihm der französische Innenminister diesmal

nicht. Den Plan zu dieser Amerikareise hatte er gefaßt auf Anregung des Generals Lafayette, dem er in Paris 1823 begegnete.⁶

Ludwig Börne hat im Pariser Exil die Korrumpierung der Julirevolution und Konstitution von 1830 kritisiert und seine Beobachtungen von 1831 bis 1833 als „Briefe aus Paris“ publiziert.⁷ Heinrich Heine zitierte norddeutsche Blätter, die sich darüber lustig machen, daß Börne als Volksredner mit sechshundert Schneidergesellen auf den Montmartre gestiegen sei, um ihnen eine Bergpredigt zu halten. Daß er über den Preßverein und für die Republikaner sprach, sei einfacher, als die konstitutionelle Regierungsform zu begreifen, kritisiert Heine.⁸ Börne ahnte die Hindernisse, die die Deutschen im Februar scheitern lassen sollten. In seinen Briefen aus Paris schrieb er: *Das deutsche Volk wird einst gerächt werden; seine Freiheit wird gewonnen werden; aber seine Ehre nie. Denn nicht von ihnen selbst, von anderen Völkern wird die Hilfe kommen* (14. Dez. 1832).⁹

Georg Büchner war unter den Deutschen in Straßburg der bedeutendste. Er studierte hier von 1831 bis 1833 Medizin und Geschichte, ohne sich politisch zu betätigen, er wurde nur geduldet und stand unter keinem gesetzlichen Schutz.¹⁰ Aber er gewann hier entscheidende Einsichten in die Notwendigkeiten politischen Handelns im angehenden Zeitalter der Massen. *Es handelt sich also darum, diese große Masse zu gewinnen, was nur durch Flugschriften geschehen kann* (1834).¹¹ Denn: *Die Gesellschaft mittelst der Idee, von der gebildeten Klasse aus zu reformieren? Unmöglich! Unsere Zeit ist rein materiell* (1836).¹²

Folge dieser Einsicht ist die Herausgabe des Hessischen Landboten im Juli 1834. Hier heißt es: *Was sind diese Verfassungen in Deutschland? Nichts als leeres Stroh, woraus die Fürsten die Körner für sich herausgeklopft haben.*¹³ Diese Abrechnung mit der großherzoglich hessischen Regierung leitet er ein mit der Devise der Französischen Revolution „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ – fünfzehn Jahre vor dem Kommunistischen Manifest.¹⁴

Eine Gesellschaft der Menschenrechte gründet er in Gießen, dann in Darmstadt, vereidigt Studenten und revolutionäre Handwerker auf die Erklärung der Menschenrechte, alles nach dem Vorbild der Straßburger „Société de l'homme et du citoyen“. Ihm drohte ein Hochverratsprozeß, dem sich der steckbrieflich Verfolgte durch Flucht nach Straßburg entzog im März 1835. Als besondere Vergünstigung erhält er eine Sicherheitskarte (carte de sûreté) durch den republikanisch gesinnten Polizeikommissar Pfister, er muß sich also nicht 20 Meilen von der Grenze entfernt im Landesinnern aufhalten. Ein Polizeizertifikat bestätigt ihm im September 1836 so-

gar, daß gegen ihn in politischer und moralischer Hinsicht keine Klagen vorzubringen seien.¹⁵ In eben dieser Straßburger Zeit hat Büchner als Sozialrevolutionär seine politischen Einsichten abschließend und nachwirkend in dichterische Form umgesetzt und im „Woyzeck“ den Riß sichtbar gemacht zwischen der wohlhabenden, gebildeten Minorität und der großen Klasse auf der anderen Seite.

Heinrich Heine hatte sich Frankreich zum Aufenthalt gewählt. Am 1. Mai 1831 rollte seine Postkutsche über die Kehler Schiffbrücke. Aus dem Fenster warf er seine Visitenkarte in den Rhein. *Den alten Flußgott, den Vater Rhein, sah ich nicht, er saß, wie man mir sagte, in der Tiefe. ... Den Straßburger Münster sah ich nur von fern; er wackelte mit dem Kopfe, wie der alte getreue Eckart, wenn er einen jungen Fant erblickt, der nach dem Venusberge zieht.*¹⁶ Einen konkreten Anlaß gab es für ihn nicht, im „Salon“ von 1833 gesteht er, *ich ging, ohne zu wissen warum; ich ging, weil ich mußte.* Am 19. Mai traf er in Paris ein.

Im Sommer des gleichen Jahres begegnete er auf dem Weg zur normannischen Küste wahren Exilanten in ihrem Unglück, schwäbischen Auswanderern nach Algerien. Er bemerkt, daß und wie den Fremden geholfen wird, daß die Franzosen aber nicht begreifen, warum sie ihr Vaterland verlassen. Denn *wenn den Franzosen die landesherrliche Plackereien so ganz unerträglich werden ... dann kommt ihnen doch nie in den Sinn die Flucht zu ergreifen, sondern ... sie werfen sie zum Lande hinaus und bleiben hübsch selber im Lande, mit einem Wort, sie fangen eine Revolution an.*¹⁷

Heine teilt dies Gespräch den Deutschen als Vermittler mit. Das Bild des Vermittlers zwischen beiden Völkern ist noch lebendig in Frankreich, so zeichnete es „Le Monde“ zum 200. Geburtstag am 12. Dezember 1997. Als Korrespondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung verfolgte er den politischen Wandel in Frankreich in der Hoffnung zwischen Völkern, die eine freie Presse besitzen, Mißverständnisse abzubauen zu können.¹⁸ Seine Beiträge ließ er in Deutschland unter dem Buchtitel „Französische Zustände“ erscheinen. Den Franzosen andererseits lieferte er ein aktuelles Bild seines Heimatlandes in „De l'Allemagne“, damit bewußt den Titel der Madame de Stael aufgreifend, die ein anderes Bild gezeichnet hatte. Diese Schilderung deutscher Zustände nahm der deutsche Bundestag zum Anlaß, daß im Dezember 1835 seine ganze Schriftstellerei mit dem Verdikt belegt wurde.¹⁹

Schon 1837 warnte Heine die Deutschen vor Franzosenhassern und falschem deutschen Patriotismus. *Frankreich ist unser natürlicher Bundesgenosse. Wer dies nicht einsieht, ist ein Dummkopf; wer Dieses einsieht*

und dagegen handelt, ist ein Verräter.²⁰ 1841 mußte er wieder warnen vor einem Kreuzzug gegen die Franzosen, wie ihn die radikale Partei 1841 predigte und vor den *Rodomontaden unsrer Deutschthümmler, die nach dem Besitz von Elsaß und Lothringen schreien.*²¹ Und im Juli des folgenden Jahres, angesichts einer Krise, in der ein Krieg zu drohen schien, sah er die für Frankreich, noch mehr für Deutschland existenzbedrohenden Folgen voraus. Den ersten Akt einer universellen Umwälzung sah er darin und prophezeite noch vor Karl Marx: *Der zweite Akt ist die europäische, die Welt-Revolution, der große Zweikampf der Besitzlosen mit der Aristokratie des Besitzes... Am Ende stehe eine gleichgeschorene, gleichblöckende Menschenherde!* Er riet unseren Enkeln, mit einer sehr dicken Rückenhaul auf die Welt zu kommen. Denn er hatte in jene Katakomben geblickt, wo unter Tod und Verwesung das neue Leben keimt und knospet. *Kommunismus ist der geheime Name des furchtbaren Antagonisten, der die Proletarierherrschaft in allen ihren Konsequenzen dem heutigen Bourgeoisie-Regimente entgegensetzt.*²²

Damit verschärfte sich 1842 sein Urteil, das er bereits über die Julirevolution gefällt hatte. Er geißelte die Bourgeoisie: *Nicht für sich hat das Volk geblutet, sondern für Andere. Im Juli 1830 erfocht es den Sieg für jene Bourgeoisie, die eben so wenig taugt, wie jene Noblesse, an deren Stelle sie trat mit demselben Egoismus... Das Volk hat nichts gewonnen durch seinen Sieg, als Reue und größere Noth.*²³

II. Verfolgte und Verfolger

Seit 1831 stellte die französische Regierung Hilfsmittel für politische Flüchtlinge zur Verfügung, regte damit aber auch den weiteren Zustrom an.²⁴ 1838 wurden nur 14 Deutsche unter 13 000 fast zur Hälfte polnischen Flüchtlingen gezählt, die größtenteils im Eisenbahnbau beschäftigt werden konnten.²⁵

Der Präfekt des Unterelsaß, Choppin d'Arnouville, warf ein wachsames Auge auf Flüchtlinge. In den Grenzregionen spielten außenpolitische Rücksichten vor allem eine Rolle. *Der kleinste Vorfall, der sich hier ereignet, ist sogleich in Kehl und mit großer Schnelligkeit in Baden, Württemberg, Bayern, Hessen, Darmstadt und Frankfurt bekannt.* Man beachtet vor allem, heißt es, *was in Straßburg geschieht, weil man die Rückwirkungen der Ereignisse in dieser Stadt fürchtet und weil die deutschen Regierungen zu Recht oder zu Unrecht annehmen, daß die Ruhe der Länder in vieler Beziehung abhängig ist von der Straßburgs...*²⁶

Die Flüchtlinge wurden mindestens 20 Meilen von der Grenze entfernt untergebracht und hatten sich regelmäßig zu melden, wenn sie unterstützt werden wollten. Die Unterstützung verschmähte, wer sich die Unabhängigkeit bewahren wollte. Wurde die Bewegungsfreiheit dennoch genommen, dann zogen sie den Aufenthalt in der Schweiz vor. Außenpolitische Rücksichten hatten Vorrang, innenpolitische nicht, und es wurde festgestellt: *Die Deutschen sind wenig geneigt, Verwirrung und Zwietracht in fremde Länder zu tragen.*²⁷

Georg Herwegh stellte sich an die Spitze einer deutschen Legion, die er in Paris aus Deutschen, aber auch Polen und Abenteurern aus anderen Ländern gebildet hatte. In Straßburg und Achern wurde Anfang April 1848 für ihre Ziele geworben, Herwegh verkündete von Straßburg aus ihre friedliche Mission, ihre Hilfspläne für Baden oder auch Schleswig oder Polen.²⁸ Am 21./22. April 1848 zog er mit nur 600 Mann über den Rhein, die in Südbaden von württembergischen Truppen zerstreut wurden und sich teilweise in Straßburg wieder sammelten.

Dort gründeten im April Gustav von Struve und Karl Heinzen mit Friedrich Hecker den Zentralausschuß der deutschen Flüchtlinge im Gasthof Rebstock, dem Quartier der deutschen Emigranten. Er sollte die Kräfte sammeln, werben und aufklären. Seine Aktionsziele gab er in einem Manifest vom 29. April 1848 bekannt, innere Meinungsverschiedenheiten aber verhinderten den Erfolg.²⁹

Der Göttinger Jurist Hermann von Rauschenplatt hatte den Sturm auf die Hauptwache in Frankfurt 1833 geleitet. Als Emigrant in Straßburg war er schon einmal bei einem Spaziergang in Kehl, aber irrtümlich verhaftet worden. Später, 1848, hatte sich die Meinung der übrigen Flüchtlinge gegen ihn gekehrt, als Tyrannendiener und Typ des revolutionären Philisters aus der Hambacher Zeit war er verrufen, und man schloß ihn 1848 als Monarchisten aus dem Zentralausschuß aus. Die Behörden brachten ihn in der Zitadelle unter zum Schutz vor seinen Gegnern, die ihm an der Straße nach Kehl auflauerten. Nach eintägiger Haft schaffte ihn eine Gendarmeskorde über die Rheinbrücke.³⁰ Auch Mitglieder des Ausschusses kamen in Konflikt mit den Behörden. Bevor er seinen Sitz nach Chalons verlegte, dankte der Ausschuß für ihre *Unterstützung den biedern Bewohnern des Elsasses, welche die deutschen Republikaner so gastfreundlich aufgenommen*. Dies bezeichnete allerdings ein Korrespondent der „Deutschen Zeitung“ als große Lüge – dem Hunger habe man abgeholfen, von Sympathie aber für die Flüchtlinge im allgemeinen könne keine Rede sein.³¹

Über die 48er Flüchtlinge, die anders als früher, tatsächlich unter Mangel litten, urteilte Otto von Corvin: *Nicht alle Demokraten sind Lumpen; aber alle Lumpen sind Demokraten, oder in Straßburg wimmelte es von demokratischen Lumpen jeder Schattierung.*³² Auch Journalisten rechnet Corvin dazu, wie den Redakteur des „Freischärler“ Carl Homburg vom Post- und Eisenbahnamt Karlsruhe, seit April in Straßburg. Der ehemalige preußische Leutnant Otto von Corvin – Wiersbitzki hatte sich zu Beginn des Jahres 1848 in Paris dem Herweghschen Unternehmen angeschlossen. In Straßburg leitete er den offiziellen Unterstützungsausschuß für deutsche Flüchtlinge. Er verfügte über Verbindungen zu den badischen Volksvereinen und verteilte seit Juni 1848 verstärkt aus Deutschland eingehende Hilfsgüter. Den größten Mangel an Kleidern und Nahrungsmitteln hatten die Einwohner Straßburgs bereits behoben. Nur politisch Verfolgte wurden unterstützt, andere, dem Flüchtlingsstrom folgende Elemente, waren auszusondern. Die Auswahl hatte er den französischen Behörden gegenüber zu verantworten. Mit anderen Ausschußmitgliedern stellte er Bescheinigungen für politisch Verfolgte aus, die „sauf-conduits“ beanspruchen konnten und wies ihnen Unterkünfte an. Er hatte das Vertrauen der Behörden und der Flüchtlinge. Der Ausschuß setzte die eingehenden Gelder auch ein für die Agitation und den politischen Kampf. Da er auch Flüchtlinge in geheimem Auftrag zu den badischen Volksvereinen schickte, kam es zu großherzoglich-badischen Beschwerden. Also wurde er Anfang August 1848 wegen des Verdachts der Anwerbung von Freischaren gegen Baden aus Straßburg ausgewiesen.³³

Einen neuen Weg beschritt Karl Blind zusammen mit Struve, Heinzen und dem Offenburger Heinrich Schaible. Sie gründeten die Gesellschaft deutscher Republikaner, die öffentlich tagte und regelmäßig Rechenschaft ablegte. Sie bestritten der Frankfurter Nationalversammlung das Recht und die Kompetenz, über einen Gnadenakt für Revolutionäre zu entscheiden, wollten von einem Gnadenakt nichts wissen, auch nichts von Reue.

Das versicherte eine Erklärung *des Parlaments und der Monarchie Allerfeindlichste Versammlung der deutschen Flüchtlinge zu Straßburg*. Inhaltlich entspricht dies einer zuvor am 20. August 1848 in der Mannheimer Abendzeitung veröffentlichten Erklärung der deutschen Republikaner.³⁴

Gustav von Struve, Münchener Rechtsanwalt und Publizist, hatte sofort nach der Flucht in Straßburg zusammen mit Heinzen den Zentralausschuß der deutschen Republikaner gegründet und zur Vorbereitung eines neuen bewaffneten Aufstandes aufgerufen. Es heißt da (Niederrheinischer Kurier vom 1. Mai 1848): *Eine Übermacht von vertierten Söldlingen... hat dem Volk das ihm verhaßte Fürstenregiment wieder aufgezwungen* (gemeint die

württembergischen, hessischen und bayrischen Regimenten). *Es gilt jetzt mit aller Energie den Kampf von neuem vorzubereiten und zwar in planmäßiger Weise, welche der republikanischen Partei zur Zeit bessere Erfolge zu sichern imstande ist, als eine Erhebung, die notwendig ebensowenig vorbereitet werden konnte, wie sie länger zu umgehen war.*³⁵

Zur gleichen Zeit formulierten Struve und Heinzen in ihrer Programmschrift „Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848“ die politischen Ansichten der sich in Straßburg aufhaltenden Republikaner im Namen des Zentralausschusses. Darin wird angeknüpft an die Offenburger Versammlung vom September 1847 bzw. die Vorbesprechung in der Oberkircher Linde vom 23. August.³⁶ In einer weiteren Flugschrift aus Straßburg „An die Männer des gesunden Menschenverstandes in Deutschland“ werden Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle und durchgreifende Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände gefordert (Mai 1848).³⁷ Anfang Juni übernahm Struve den Vorsitz im neugegründeten Klub des entscheidenden Fortschritts in Straßburg. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte der Journalist und Politiker Wilhelm Liebknecht, 22 Jahre alt, Vater des 1919 ermordeten Karl Liebknecht.³⁸

Franz Karl Hecker, der Mannheimer Rechtsanwalt und führende badische Kammerabgeordnete und frühere Liberale, hatte als Republikaner und radikaler Demokrat in Offenburg zum bewaffneten Aufstand aufgerufen, der am 20. April bei Kandern niedergeschlagen wurde. Vom Schweizer Exil bei Muttenz aus schickte er Theodor Mögling nach Straßburg und berief dort eine allgemeine Flüchtlingsversammlung zur Wahl eines offiziellen Unterstützungsausschusses (Juni 1848).³⁹ Im Herbst, am 5. September, bereiteten ihm die Straßburger einen festlichen Empfang⁴⁰, bevor er ins Exil nach Amerika auswanderte. Dazu veröffentlichte er eine Flugschrift „Heckers Abschied vom deutschen Volke“, gedruckt in der Vereinsdruckerei in der Neuen Kirchgasse 2 („Ein Wort an das deutsche Volk“). Hier steht er ein: *dem Volke fehlte der Mut zur Tat und mahnt, hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen; helfen kann nur die Tat, die gewaltige Tat, die revolutionäre Volkstat, nicht das Hoffen und Harren, nicht papierne Adressen und Petitionen, nicht Festschmäuse und Toaste, nicht das Singen von Heckerliedern und anderen Gesängen.*⁴¹

Vor dem Rastatter Aufstand wurde er 1849 aus Amerika nach Straßburg zurückgerufen, kam aber zu spät. Er resignierte und kehrte um. Es zeige sich: *daß es der Masse des Volkes an wahren revolutionären Enthusiasmus und wildenergischer notwendiger Kraft ... fehlte* und daß unter der Führung der Bewegung keine Einigkeit herrschte, jeder klage *den anderen des Verrats, der Räuberei, der Feigheit an.*⁴²

Kurz nach Beginn des Rastatter Aufstands am 11./12. Mai 1849 riefen in Straßburg Plakate zur Rückkehr der Flüchtlinge nach Baden auf, verbunden mit einem Hoch auf die deutsche Republik. Eine letzte Hilfe erhofften sich die badischen Demokraten aus Frankreich. Amand Goegg, Lorenz Brentano und Max Werner schlossen am 20. Juni einen Hilfsvertrag mit den deutschen Demokraten in Straßburg. Ein Komitee entstand, das Anwerbung und Organisation bewaffneter französischer Freiwilliger in die Hand nahm. *Dies sei als Beginn eines engen Zusammenschlusses zwischen beiden Ländern zu betrachten ...*⁴³ Aber das geschah zu spät. Preußische Truppen schlugen den Aufstand am 25. Juli nieder.

Jetzt bot das bisher als rettend geltende linke Rheinufer nur noch vorläufiges Asyl für Flüchtlinge. Die Schweiz, England, vor allem Amerika boten künftig Zuflucht für enttäuschte Revolutionäre.

Kennzeichnend für die preußische Sicht der Berliner Barrikadenkämpfe im März 1848 und der revolutionären Bewegungen allgemein ist, was Helmut von Moltke, der spätere Generalfeldmarschall, seiner Schwägerin am 29. März 1848 aus Koblenz schrieb: *Alle Bande drohen sich zu lösen. Es handelt sich nicht mehr um Monarchie oder Republik, sondern um Gesetz und Anarchie ... die Proletarier sind der Zauberbesen, den der Liberalismus heraufbeschworen und den er nicht mehr bannen kann. Ein Angriff von außen in diesem Augenblick wäre ein großes Glück* schreibt er jetzt und dann im September: *Zum Krieg wird es endlich doch wohl kommen, und da ist der Trost, daß beim ersten Kanonenschuß die Rolle aller dieser Schwätzer zu Ende ist.*⁴⁴

Militärische Überlegungen dieser Art blieben dem künftigen Generalstabschef nicht allein vorbehalten. Sie lagen in der Luft.

Wie zu den Zeiten der „Franzosenfresserei“, als Heinrich Heine seine Vermittlerrolle zwischen Deutschen und Franzosen ausübte, konnten jetzt beide Seiten Interesse an dem gefährlichen Gedankenspiel finden.⁴⁵ Der *Franzosenfeiertag* oder *Franzosenlärm* mit der von Offenburg aus verbreiteten Panikwelle ist ein Beispiel (25./26. März 1848).

Wie zu Zeiten der Rheingrenzdiskussion 1840 wurde jetzt versucht, das Bild des kriegs- und eroberungslüsternden Nachbarn zur Unterstützung der liberalen und republikanischen Bewegung an die Wand zu malen aus übersteigerten Nationalgefühlen heraus. Andererseits hofften die Konservativen, den äußeren französischen Einfluß für die Unruhen verantwortlich zu machen, um die innere Wirkung zugleich ausschalten zu können. Inzwischen hatten sich Gegensätze auf ganz anderer Ebene aufgebaut. Daß es

sich bei den gleichzeitigen Revolutionserscheinungen links des Rheines schon um soziale, rechts des Rheines noch um politische Fragen ging, wurde erst später deutlich. Erkannt hatte dies schon Friedrich Engels: *Die großen Bourgeois und die Arbeiter stehen sich direkt gegenüber* (Brief auf Paris 28. März 1848).⁴⁶

Die Revolutionsgeschichte der sechs Jahrzehnte zwischen 1789 und 1848/49 stand unter den Einflüssen neuer Entwicklungen auf vielen Gebieten, deren Charakter von den Zeitgenossen kaum erkannt, benannt oder gar überschaut werden konnte. Zwar zog eine Revolution die nächste nach sich, sie konnte zur Orientierung dienen. Aber die Art der Probleme änderte sich. So entstanden immer neue Zielkonflikte, deren Bewältigung die Kräfte zersplitterte. An die Stelle idealer Vorstellungen und Utopien traten mehr und mehr handfeste materielle Gesichtspunkte.

Die im England des 18. Jahrhunderts begonnene industrielle Revolution war der französischen und diese der deutschen vorausgegangen. Die damit auftretenden Probleme des Frühkapitalismus traten auch in dieser Reihenfolge auf und mit ihnen die Soziale Frage, die Zündstoff lieferte für ein Jahrhundert.

Auf eine Antwort am wenigsten vorbereitet war Deutschland. Mentalität und politisches Bewußtsein waren dem nicht gewachsen, trotz Aufnahme der aus Frankreich kommenden Anstöße fehlte es an den nötigen Voraussetzungen zur gleichzeitigen Lösung des gewaltigen Fragenkomplexes: Deutsche Einheit, demokratische Verfassung und Soziale Frage.

Mit einem Blick in die untere Verwaltungsebene läßt sich der Revolutionsgeschichte etwas Lokalfarbe verleihen. Verdeutlicht werden die Beziehungen zwischen Straßburg und Kehl/Kork bzw. Paris und Karlsruhe um 1850 und die Lage der als Ausgegrenzte behandelten Flüchtlinge. Das Großherzoglich badische Innenministerium und das Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten in Karlsruhe setzten nach der Niederschlagung der badischen Revolution ihre Maßnahmen gegen flüchtige Teilnehmer fort. Weiterhin wurden Fahndungslisten geführt, um deren Aufenthaltsorte in dem grenznahen französischen Gebiet zu ermitteln und sie verhaften zu lassen.

Das Bezirksamt Kork war zuständig für den Rheinübergang Kehl. Die Grenzkontrolle an der Schiffbrücke versah der Brigadier Gredel. Amtmann von Hunoltstein in Kork lieferte dem Innenministerium Berichte *das Treiben der politischen Flüchtlinge an der Grenze nach Frankreich betreffend*. In der Zeitspanne zwischen Ende Dezember 1849 bis Anfang Dezember

1850 werden in Berichten und Aufstellungen rund 400 Flüchtlinge meist namentlich aufgeführt, über ein Drittel davon allein im Dezember 1849, und unter dem Aktentitel „Verbrechen (Hochverrath)“ registriert. Auch Gerüchte sind einen Bericht wert.

Am 20. April 1850 konnte Gredel dem Corps-Commando nach Karlsruhe von einem *Gerücht über einen mutmaßlichen Überfall demokratischer Seits in Verbindung mit Militär von Straßburg aus über die diesseitige Grenze* Meldung erstatten.⁴⁷ Kurz darauf tauchten mehrfach Gerüchte auf, daß in Frankreich neuerdings Umsturz-Versuche beabsichtigt werden und daß sich der französischen Grenze entlang die politischen Flüchtlinge ansammeln, um im Verein mit französischen Gleichgesinnten bei günstiger Gelegenheit einen Einfall in das deutsche Gebiet zu versuchen. *Insbesondere soll von der Umsturzpartei Straßburg als ein Hauptpunkt für den Ausbruch eines Aufstandes ausersehen seyn, und keine Mittel unversucht gelassen werden, das Militär für die Umsturzpläne zu gewinnen.* Die Verdächtigen werden beobachtet: *Diese Flüchtlinge sollen sich häufig bei den Musikproduktionen des Militärs Mittags zwischen 3 und 4 Uhr treffen.* Achtzehn von ihnen werden genannt, darunter *Richter von Achern, Advocatus Stehlin aus Ettenheim, Bürgermeister Müller von Seelbach, Krämer von Marlen, Moos von Lahr, Karl und Rudolf Kühn von Mahlberg, praktischer Arzt Götz von Lichtenau, Schlosser von Steinbach.*⁴⁸

Der Korker Amtmann hält Kontakt zum großherzoglichen Konsul Hummel in Straßburg. Von ihm erfuhr er, daß der Aufenthalt von 62 politischen Flüchtlingen an der französischen Grenze bekannt ist und ihm scheint, *daß die französischen Behörden in Straßburg im jetzigen Augenblick nicht Kraft und Willen genug haben, dieselben von der Gränze wegzuweisen.* Denn *der jetzige Präfekt soll den rothen Republikanern nicht abgeneigt sein und die niederen Polizeibediensteten wollen auch die renommierten Flüchtlinge weder anzeigen noch vorführen, da sie alsbald wieder von dem Präfekten entlassen werden.*⁴⁹ Die Liste stammt von Gredel.⁵⁰ Im Februar 1850 drängt das Innenministerium die französische Regierung, schärfer vorzugehen, *weil sich die Flüchtlinge mit ihren Freunden und Gesinnungsgenossen im Großherzogtum in stetem Verkehr zu halten wissen und die benachbarten Grenzorte durch Vorspiegelungen aller Art in steter Aufregung halten.*⁵¹

Offenbar hatte das Drängen Erfolg, denn aus Straßburg wurde unter dem 22. Februar berichtet, also schon vor der Ernennung des neuen Präfekten Auguste-César West im Juni: *Herr Romieu betreibt die Internierung mit Ernst; er sichert der Gendarmerie Gratifikationen zu für eingebrachte Flüchtlinge. Herr Romieu hat dem Central-Polizeicommissär dahier die*

*Befugnis erteilt, auch außerhalb der Stadt, in den Ortschaften des Bezirks, an der Stelle der meist unzuverlässigen Maire's die Verhaftung politischer Flüchtlinge vorzunehmen. Die Fang-Gebühren der Gendarmerie (10 Fr.) werden Zauberkraft üben.*⁵² Bald verringerte sich die Zahl der Flüchtlinge deutlich. Es handelte sich nur noch um Internierung von wenigen sich in Grenznähe aufhaltenden Flüchtlingen, worum sich die badi-schen Behörden weiter bemühten.⁵³

Im letzten Bericht des Jahres 1850 ist nur noch von 76 Flüchtlingen die Rede, hauptsächlich in Straßburg und Nancy.⁵⁴

Nach Amtsantritt des neuen Präfekten West stellte man in Baden befriedigt fest, *es werde an der französischen Grenze mit äußerster Schärfe von der französischen Polizei gegen die Flüchtlinge verfahren und jeder Bürger, der einen Flüchtling beherbergt, unnachsichtlich bestraft.*⁵⁵

Von Nancy aus arbeiteten die Emigranten weiter für ihre Ziele, ein Aufruf des demokratischen Centralkomités von Europa an die Deutschen kam aus London und wurde in Flugblättern verbreitet, auch im „*Démocrate du Rhin*“, dem „*Rheinischen Demokrat*“ abgedruckt, einem linken demokratischen Blatt, das von 1848 bis 1851 in Straßburg erschien. Von Nancy wie von Straßburg aus wurden *auführerische Schriften* unter dem großherzoglichen Militär verteilt.⁵⁶

Anfang 1850 schickte die französische Regierung einen Flüchtlingskommissar nach Straßburg, dem die von Baden begrüßte schärfere Verfolgung der Emigranten zu verdanken ist. Französische Republikaner wurden verhaftet oder ausgewiesen, der Staatsstreich Louis Napoleons kündigte das Ende der 2. Republik an und das künftige Kaiserreich.⁵⁷

Im September 1850 konnte v. Hunoltstein von der Arretierung des früheren Polizeikommissars Mehl berichten, der den Aufenthalt der Flüchtlinge immer begünstigte, der sehr viel Freunde in Straßburg hatte, die die Verfolgung der Flüchtlinge nicht gutgeheißen hätten. Hunoltstein bittet sein Ministerium im September 1850 auch, *beim französischen Ministerium die notwendigen Schritte zu thun damit diese Flüchtlinge nicht nur an der Grenze zeitweis vertrieben, sondern wenn sie sich wieder an der Grenze einfänden, wie dies geschieht, arretiert, und ernstlich bestraft werden.*⁵⁸

III. Journalisten, Verleger und Zensoren

Während französische Emigranten sich vor den Sansculotten im Rheinland in Sicherheit brachten, später in Konstanz oder Hamburg – zog es deutsche

Jakobiner ins Frankreich der Aufklärung, ins Land der Freiheit. Während Beaumarchais von seiner Kehler Druckerei aus mit seiner „Hochzeit des Figaro“ und Voltaires und Rousseaus Werken das absolutistische Regime in Frankreich unterminierte, gründete Friedrich Christoph Cotta 1792 das „Straßburgische politische Journal, eine Zeitschrift für Aufklärung und Freiheit“.⁵⁹ Sein jüngerer Bruder Johann Friedrich Cotta verkaufte Bücher in Tübingen, verlegte Goethe und Schiller und gründete in Augsburg die Allgemeine Zeitung, deren Spalten seit 1831 den Berichten Heinrich Heines aus Paris offenstanden. Der Stuttgarter Arzt Johann Georg Kerner wurde in Straßburg aktiv, als er 1791 im Straßburger Club des amis de la Constitution rechtsrheinische Demokraten versammelte. Mitglied wurde dann Eulogius Schneider aus Unterfranken. Im Schreckensjahr 1793 köpfte die Guillotine Schneiders Opfer und ihn selbst am 1. April 1794 in Paris.⁶⁰

Nach den Erfahrungen dieses Zeitalters der Revolutionen ereignete sich die Februarrevolution von 1848 in Frankreich unter neuen, günstigeren Bedingungen, ehe sie als Folge die badische Revolution auslöste. Die Zahl der französischen Wähler war mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1848 von 250.000 auf 9 Millionen gestiegen. Im Land erschienen an die 400 politische Tageszeitungen und 789 andere Periodika, in Paris 26 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage 1846 von 180.000.⁶¹ Die mechanische Druckerpresse (Schnellpresse von König) hatte den Druck verbilligt und beschleunigt. Die bestens informierten Drucker förderten die politische Meinungsbildung und fast jede Druckerei beschäftigte an den Pressen ein paar Deutsche. 62.500 Deutsche lebten 1848 in Paris mit eigener Presse, mit Lesesälen, Lokalen und Vereinen.⁶² Eine deutsche Presseagentur gründeten die Brüder Börnstein in Paris 1843. Reuter, 1849 in Aachen gegründet, mußte wegen der preußischen Zensur nach England ausweichen.⁶³ Pressefreiheit setzt Leser voraus. Dem setzte das Analphabetentum noch Grenzen. Doch es gab Cafés wie in Berlin, in denen die Nachrichten aus Paris laut verlesen wurden. In einem Pressesaal lagen 600 Zeitungen aus.⁶⁴ In Straßburg gab es Caféhäuser vor 1830 mit Pariser Zeitungen, mit der Allgemeinen Zeitung aus Augsburg und der Neuen Zürcher Zeitung (dem immer noch besten deutschsprachigen Blatt). Es gab Lesekabinette, wie das cabinet Alexandre und Kasinos, so das casino du Commerce, das casino littéraire, das Casino des patriotischen Cirkels.⁶⁵

Seit den Zeiten der Aufklärung gab es Lesegesellschaften in großer Zahl, besonders seit der Revolution von 1789, auch am Oberrhein.⁶⁶ Um 1820 gründete Dekan Fecht in Kork eine solche (die dem Namen nach noch besteht). Er förderte den Liberalismus im Hanauerland und setzte sich als Mitglied der 2. badischen Kammer für den Bau einer Bahnstrecke in Rheinnähe ein, im Sinne von Friedrich Lists Eisenbahnprojekt.⁶⁷

Vor allem aber sorgten die überall gegründeten Vereine für Breitenwirkung. Für die Freiheit der Presse setzte sich die Straßburger Association pour la défense de la liberté de la presse ein, für die Menschenrechte die Société des droits de l'Homme, die sich Büchner zum Vorbild nahm.⁶⁸

Die deutschen politischen Flüchtlinge nahmen von Anfang an in Paris wie in Straßburg an diesem politischen Leben teil. Dann bildeten sie eigene Organisationen, zunächst um den Emigranten eine materielle Grundlage zu schaffen, dann aber vorrangig zur politischen und geistigen Stärkung in ihrem Kampf. Ihnen standen die meist zweisprachigen elsässischen Zeitungen zur Verfügung. Zeitungsneugründungen überstanden selten das erste Jahr.

Seit 1803 lasen die Straßburger den von Druckerei und Verlag Wwe. Silbermann (Thomasplatz 3) herausgegebenen Niederrheinischen Kurier/Courrier du Bas-Rhin mit den Redakteuren Gustav Silbermann und Karl Boersch. Ihr Frankfurter Korrespondent berichtete über die deutsche politische Entwicklung. Der Präfekt Sers bestätigte 1841 dem Kurier seinen unbestreitbaren Einfluß im Elsaß, auch daß er genau den richtigen Ton für die Elsässer finde.⁶⁹ Das liberale Blatt stellte 1874 sein Erscheinen ein.

Der deutsche Bundestag hatte 1834 den Vertrieb von Veröffentlichungen des Silbermann-Verlags und des Verlags von G. J. Schuler (Gewerbslauben 5) untersagt und mit 20 Talern Strafe belegt.⁷⁰ Gegen die Zensur protestierende Schriften der Verfasser Bernays (vom Mannheimer Abendblatt) und Sehring wurden in Kehl beschlagnahmt, und darüber beschwerte sich der Verleger Schuler am 5. Januar 1844 im Niederrheinischen Kurier.⁷¹ Tatsächlich schickten beide Verlage Zeitungen und politische Schriften in Kisten unter falscher Deklaration in Mengen über die Grenze nach Baden – einer bewährten Tradition folgend. Denn die Straßburger Verleger konnten sich bei ihrer Tätigkeit im Untergrund ihres Vorläufers Beaumarchais und vieler anderer Verleger erinnern, die so die französische Zensur unterliefen. Jetzt betrieb der Redakteur Silbermann mit den Advokaten Stöber und Lichtenberger die Verbreitung der Schriften auf geheimen Wegen und ließen die eingehenden Gelder den Flüchtlingen zukommen.⁷²

Das ebenfalls im Verlag der Wwe. Silbermann erschienene Blatt „Konstitutionelles Deutschland – Freiheit – Ordnung“ war schon 1830 und 1831 für die Menschenrechte und für einen Rheinbund der konstitutionellen Staaten im deutschen Südwesten eingetreten und für Zollvereinigung Badens mit Frankreich und der Schweiz – aber gegen einen deutschen Einheitsstaat.⁷³ Den 1831 verbotenen Titel änderte der Redakteur Harro Harring aus Husum um in „Deutschland“, das 1832 auch einging.⁷⁴

Schlechte Gründungsbedingungen wirkten sich 1848 aus auf die Finanzierung wie auf den Absatz neuer Zeitungen, zahlende Leser gab es unter den notleidenden Flüchtlingen nach dem Heckerschen Aufstand sehr wenige.

So hielt sich „Der Freischärler“ aus dem Verlag Ph. Alb. Dannbach nicht lange, veranlaßte aber doch das Bezirksamt Bühl, das Blatt zu beschlagnahmen und, 1848 zunächst ohne Erfolg, um die Ausweisung des Redakteurs Homburg zu ersuchen.⁷⁵ Die Straßburger Gendarmerie brachte ihn dann 1852 doch nach Kehl. Er kam ins Gefängnis nach Bruchsal.⁷⁶ Den Verlag ließ die badische Zensur nicht aus den Augen. Er gab von 1848 bis 1851 als Tageszeitung „Le Démocrate du Rhin“ und als Wochenzeitung die deutsche Ausgabe „Der rheinische Demokrat“ heraus. Kennzeichnend für die politische Entwicklung in Frankreich ist der Weg des ersten Redakteurs, des liberalen Arztes Emile Küss. 1848 wurde er in die provisorische städtische Kommission gewählt, 1849 verhaftet und abgesetzt. 1851 wurden der Zeitung Beschränkungen auferlegt. 1870 übernahm Küss nach dem Ende des 2. Kaiserreichs die Aufgaben des Bürgermeisters in Straßburg. Aber die Abtretung des Elsaß überlebte er nicht.⁷⁷

Wegen geeigneter Überwachung der Dannbachischen Druckerei auf das kräftigste bei der Französischen Regierung einzuschreiten wurde das großherzogliche Außenministerium im Herbst 1850 durch eine preußische Beschwerde veranlaßt.⁷⁸ Dannbach hatte 1848 Theodor Möglings Politischen Katechismus⁷⁹ und Friedrich Heckers Flugblatt mit den Abschiedsworten vor der Ausreise nach Amerika „Ein Wort an das deutsche Volk“ herausgegeben. Auch bei anderen Straßburger Verlegern erschienen wichtige Schriften führender Köpfe der badischen Revolution.

Schon früh legte Johannes Müller den „Entwurf einer Verfassungsurkunde für Deutschland“ vor, er erschien bei G. L. Schuler 1832, seine Straßburger Flugblätter folgten im nächsten Jahr.⁸⁰ „Der Bund der Deutschen und Franzosen für Gründung eines nationalen Gleichgewichts in Europa“ von Wilhelm Schulz, im selben Verlag erschienen, nahm 1841⁸¹, etwa zur gleichen Zeit wie Heine, ein Ziel in Angriff, das zu erreichen noch über ein opferreiches Jahrhundert benötigte.

1843 verengte sich der Blickwinkel. F. C. Bernays verfaßte satirische „Schandgeschichten zur Charakteristik des deutschen Zensoren- und Redaktorenpacks“ (Schuler)⁸², und in die gleiche Kerbe hieb W. Th. Sehring mit seiner „Zensoriade. Fünf Bücher Zensorenlieder“ bei Schuler 1843.⁸³ Hierher gehört noch einmal ein Hinweis auf Struves und Heinzens grundlegende Programmschrift vom 1. Mai 1848 *zu haben bei Schmidt und Grucker sowie bei den Verfassern, Münstergasse 16*, deren Erlös für die

Kasse des republikanischen Ausschusses bestimmt war: *Die Schilderhebung der deutschen Republikaner im April 1848*.

Zukunftweisend ist darin die Suche nach durchgreifenden Verbesserungen der gesellschaftlichen Zustände in Baden im Staat, in der Kirche, in der Gemeinde und in der Schule, in den landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Verlangt wird Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle. Solange das Fürstenregiment besteht, sei das unerreichbar. Abgerechnet wird mit den Anhängern des Konstitutionalismus, dem Frankfurter Vorparlament, als *ein politisches Monstrum* bezeichnet, und mit der Intervention nichtbadischer Truppen.⁸⁴

Über die überregionale politische Entwicklung ließen sich die größeren deutschen Zeitungen aus Paris, aber auch aus Straßburg berichten. Von Börne und Heine aus Paris oder von Straßburger Korrespondenten, die für die Deutsche Zeitung oder die Mannheimer Abendzeitung schrieben. Für diese (Verleger war der Mannheimer Buchhändler Heinrich Hoff) arbeitete Karl Blind. Dieser war im Auftrag der 2. badischen Kammer im Februar 1848 nach Straßburg geschickt worden, um die Stimmung bei der Bevölkerung hier und dann in Paris zu erkunden. Er belieferte auch radikale demokratische Blätter in Bayern und Preußen. Mit Hilfe des Mannheimer Blattes sammelte er Hilfgelder für die von ihm gegründete Gesellschaft deutscher Republikaner, die deutsche Flüchtlinge in Frankreich unterstützte.⁸⁵

Anmerkungen

- 1 Otto Wiltberger, Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg von 1830–1849, Berlin, Leipzig 1910, S. 7.
- 2 Joseph von Görres (Koblenz 1776–München 1848). Publizist. 1799–1800 Paris, 1814–1816 Hg. d. Rheinischen Merkur, 1819 Straßburg.
- 3 Eckermann im Gespräch mit Goethe, Leipzig 1948, S. 559.
- 4 Eugen Wendler, Friedrich List, Reutlingen 1976, S. 19.
Friedrich List (Reutlingen 1789–Kufstein 1846), Nationalökonom. 1822/23 Kehl, Straßburg, Paris, 1825–1832 USA. 1833 Denkschrift über ein allgemeines deutsches Eisenbahnsystem mit Eisenbahnkarte, 1841 „Das nationale System der politischen Ökonomie“.
- 5 Eugen Dittler, Friedrich List als Flüchtling in Kehl und im Hanauerland, in: Die Ortenau 1964, S. 123–133.
- 6 siehe Anm. 4, S. 17–18. Marie Joseph Motier, Marquis de La Fayette (Chavaniac, Frankreich, 1757–Paris 1834). Politiker, General im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, Gegner des Julikönigtums. Entwarf 1789 erste Fassung der Erklärung der Menschenrechte.
- 7 Ludwig Marcuse, Ludwig Börne, Zürich 1980, S. 183. Ludwig Börne (Frankfurt 1786 – Paris 1837). Schriftsteller, Journalist, Feuilletonist. Seit 1830 Paris.
- 8 Heinrich Heine über Ludwig Börne, 3. Buch, 1840. Heinrich Heine (Düsseldorf 1797–Paris 1856). Dichter, Publizist. Seit 1831 Paris.

- 9 Ludwig *Börne*, Briefe aus Paris, 14.12.1832.
- 10 *Wiltberger*, S. 73, Georg Büchner (Goddelau 1813–Zürich 1837). Dichter, Dramatiker. 1834 Der hessische Landbote, 1835 Dantons Tod, 1836 Leonce und Lena, Woyzeck, Lenz.
- 11 *Büchners Werke*, Berlin, Weimar 1967. XXIII, 1834.
- 12 ebenda, XXXVII, an Gutzkow 1836.
- 13 Georg *Büchner*, Lenz; Der Hessische Landbote, Stuttgart 1986, S. 48.
- 14 ebenda S. 37. Zuerst Wahlspruch der französischen Revolutionstruppen im Ausland. Das Kommunistische Manifest 1847 von Marx und Engels verfasst, 1848 in London erschienen.
- 15 Thomas Michael *Mayer*, Büchner. Eine kurze Chronik zu Leben und Werk, text + kritik, München 1979, S. 397, 403, 416.
- 16 Heinrich *Heine*, Werke in fünf Bänden, Köln 1995. Bd. 5, Geständnisse 1854, S. 227.
- 17 Heinrich *Heine*, Vorrede zu Salon I (1833).
- 18 Heinrich *Heine*, Lutetia 31.1.1841. Allgemeine Zeitung (1798–1914), von J. F. Cotta gegründet in Tübingen, dann Stuttgart, 1803 Ulm, 1810–1882 Augsburg. Veröffentlichte Heines Beiträge Lutetia und Französische Zustände seit 1831.
- 19 Heinrich *Heine*, Über den Denunzianten. Vorwort zum 3. Teil des Salon (1837).
- 20 ebenda.
- 21 Heinrich *Heine*, Lutetia 11.1.1841, wie Anm. 16, Bd. 4 Lutetia, S. 348.
- 22 Heinrich *Heine*, Französische Zustände III, 20.6.1842.
- 23 Heinrich *Heine*, Über Ludwig Börne, 2. Buch.
- 24 *Wiltberger*, S. 62–63.
- 25 *Wiltberger*, S. 74.
- 26 *Wiltberger*, S. 66.
- 27 *Wiltberger*, S. 70.
- 28 *Wiltberger*, S. 102–103, Georg Herwegh (Stuttgart 1817–Baden-Baden 1875) Schriftsteller, Förderer von Struve und Hecker. 1844–1848 Paris.
- 29 *Wiltberger*, S. 106–107, Gustav von Struve (München 1806–Wien 1870) Rechtsanwalt, Publizist. Leiter der Versammlung am 12.9.1847 in Offenburg.
- 30 *Wiltberger*, S. 106–108, Johann Hermann von Rauschenplatt (geb. Alfeld), Jurist, Monarchist, Anführer des Frankfurter Wachensturms 1833.
- 31 *Wiltberger*, S. 109–110.
- 32 *Wiltberger*, S. 116, Otto von Corvin-Wiersbitzki (gest. 1886), ehemaliger preußischer Offizier, nationalliberaler Publizist.
- 33 *Wiltberger*, S. 111–114.
- 34 *Wiltberger*, S. 113, 115, 116, Karl Blind (gest. London 1907). Straßburger Korrespondent radikaldemokratischer Zeitungen.
Karl Heinzen (gest. Amerika 1880), Publizist, Mitstreiter Struves.
Karl Heinrich Schaible (Offenburg 1824–Heidelberg 1899).
Kriegskommissär 1849 in Offenburg. Als „rückfälliger Hochverräter“ in Straßburg.
Britischer Staatsbürger. Im Pariser Verein des Völkerbundes.
- 35 *Wiltberger*, S. 106.
- 36 Franz X. *Vollmer*, Offenburg 1848/49, Karlsruhe 1997, S. 511.
- 37 *Wiltberger*, S. 186.
- 38 *Wiltberger*, S. 122.
- 39 *Wiltberger*, S. 111, Friedrich Franz Karl Hecker (Eichtersheim 1811–Saint Louis 1881). Nach dem bewaffneten Aufstand vom 12.4.1848 in Straßburg bis 1849, Oberhaupt der Demokraten und Revolutionäre im Ausland.

- 40 *Wiltberger*, S. 188.
- 41 *Wiltberger*, S. 188–189.
- 42 *Wiltberger*, S. 125.
- 43 *Wiltberger*, S. 123, Amand Goegg (Renchen 1820–1897), Präsident des Landeskongresses der badischen Volksvereine in Offenburg 1849.
Lorenz Brentano, Mannheimer Advokat, 1849 Straßburg, Schweiz.
Maximilian Werner (Oberkirch 1815–Appenweier 1875), Paulskirchenabgeordneter 1848. 1849 Schweiz, Elsaß, New York.
- 44 *Moltke*, Aufzeichnungen. Ebenhausen 1923. S. 178. Helmuth Graf von Moltke (Parchim 1800–Berlin 1891, beigesetzt in Creisau). Generalstabschef 1857–1888, Feldherr 1866 und 1870/71.
Bismarck (1815–1898) angesichts der Gräber der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain: „vor den Gräbern dieser Verbrecher, wo jede Inschrift auf den Kreuzen von „Freiheit und Recht“ prahlt, ein Hohn für Gott und Menschen ... Mein Herz schwillt von Gift, wenn ich sehe, was sie aus meinem Vaterlande gemacht haben, diese Mörder, mit deren Gräbern der Berliner noch heut Götzendienst treibt“.
- 45 Paris und Berlin in der Revolution 1848. Sigmaringen 1995. S. 251. Nationalistische Töne wurden 1840/41 auf beiden Seiten laut. Adolphe Thiers (1797–1877), 1840 Ministerpräsident und Außenminister, erhob Ansprüche auf das linke Rheinufer. Nikolaus Becker (1809–1845) konterte mit seinem Lied „Sie sollen ihn nicht haben“ im gleichen Jahr und Aphonse de Lamartine (1790–1874) reagierte mit seiner Friedensmarseillaise 1841. Es waren die Entstehungsjahre der „Wacht am Rhein“ (Max Schneckenburger 1840) und des Deutschlandliedes (Hoffmann von Fallersleben 1841).
- 46 ebenda S. 99 Friedrich Engels (Barmen 1820–London 1895). Seit 1844 mit Karl Marx befreundet, 1845–1847 Brüssel und Paris. Mitarbeit an Marx' deutsch-französischen Jahrbüchern und dem Kommunistischen Manifest.
- 47 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 236/8501 Meldung Kehl 20.4.1850.
- 48 GLA 236/8501 Mitteilung des Innenministeriums v. 25.4.1850 an den stellvertretenden großherz. außerordentlichen Landescommissär für den Mittelrheinkreis, Herrn geheimen Rath Rettig, Karlsruhe.
- 49 GLA 236/8501 Bericht d. Bezirksamts Kork v. 28.12.1849.
- 50 GLA 236/8501 Verzeichnis des Brigadiers Gredel „über die sich gegenwärtig in Straßburg und längs des Rheins bis Selz aufhaltenden deutschen Flüchtlinge“, 25.12.1849.
- 51 GLA 236/8501 Ministerium des Innern an Ministerium des Grh. Hauses u. der auswärtigen Angelegenheiten v. 8.2.1850 mit 104 Flüchtlingsnamen.
- 52 GLA 236/8501 Bericht aus Straßburg (Berckheim) v. 22.2.1850 mit 13 Namen, darunter: Johann Adam v. Itzstein (1775–1855), Hofgerichtsrat aus Mannheim, Patriarch des badischen Liberalismus, des Hochverrats beschuldigt, sei „mit der Post nach Belgien abgereist, und die französischen Behörden angewiesen worden, ihn zu arretieren, falls er den Versuch machen sollte, von der Route abzuweichen.“ Nachgetragen der Vermerk: „So eben wurde Roos aus Kehl verhaftet und wird morgen die Reise nach Hâvre antreten.“
- 53 GLA 236/8501 Bericht des Bezirksamts Kork an Innenministerium v. 5.7.1850.
- 54 GLA 236/8501 Der großherz. Badische außerordentl. Landescommissär für den Seekreis an Innenministerium, Konstanz, 29.11.1850 mit 76 Namen.
- 55 ebenda.
- 56 ebenda.
- 57 *G. Livet, F. Rapp*, Histoire de Strasbourg des origines à nos jours, 4. Band, Strasbourg 1982, S. 98. 1851 wurden die führenden Republikaner eingesperrt, 1852 nach Algerien ausgewiesen, ebenso verschwanden die Embleme der Freiheit wie die Freiheitsstatue

- aus dem Stadtbild. Charles Louis Napoleon (Paris 1808–Chiselhurst/London 1873), Neffe Napoleons I., putschte 1836 in Straßburg, 1840 in Boulogne, wurde 1848 Prinz-Präsident der 2. Republik, und nach Staatsstreich von 1851 im folgenden Jahr Kaiser Napoleon III. 1870 Kriegsgefangenschaft (Sedan, Kassel) und Exil in England.
- 58 GLA 236/8501 Bericht des Bezirksamtes Kork an das Innenministerium, 14.9.1850.
- 59 *La presse alsacienne*, Katalog, Strasbourg, 1976, S. 13.
- 60 *Emigrés français en Allemagne, Emigrés allemands en France 1685–1945*, Katalog, Goethe-Institut Paris 1983, S. 66–67.
- 61 *Paris und Berlin ...* S. 30, 43.
- 62 *Paris und Berlin ...* S. 34.
- 63 *Emigrés français ...* S. 98.
- 64 *Paris und Berlin ...* S. 63.
- 65 *Histoire de Strasbourg ...* S. 42.
- 66 Richard von *Dülmen*, *Die Gesellschaft der Aufklärer*, Frankfurt 1996, S. 82. Es gab Lesegesellschaften u. a. in Buchweiler, Mühlhausen, Heidelberg, Mannheim, Baden-Baden, Basel, Rastatt.
- 67 Wilhelm *Gräßlin*, Gottlieb Bernhard Fecht. Ortenau 1962, S. 182–206.
Aus strategischen Überlegungen entschied man sich für eine vom Rhein entfernte Trasse am Fuß des Schwarzwaldes mit Stichbahn, die vor Kehl endete (1844). Weiterführung nach Straßburg-Paris erst 1861.
- 68 *Histoire de Strasbourg ...* S. 44.
- 69 *Wiltberger*, S. 55.
- 70 *Wiltberger*, S. 58.
- 71 *Wiltberger*, S. 42–44, 178, 179, Ferdinand Cölestin Bernays, Jurist, ehemals Redakteur des Mannheimer Abendblattes. Eine satirische Broschüre gegen den Mannheimer Zensor Fuchs gab er in Straßburg heraus (1844). Wilhelm Theodor Sehring (geb. Königsberg 1825), liberaler politischer Dichter, seit 1842 mehrere Jahre in Straßburg.
- 72 *Wiltberger*, S. 58, 126. Gottlieb Stöber, Advokat. Ludwig Lichtenberger, Advokat, Gemeinderat.
- 73 *Wiltberger*, S. 144.
- 74 *Wiltberger*, S. 127, 148.
- 75 *Wiltberger*, S. 79.
- 76 *Vollmer*, Offenburg, S. 349, Karl Homburg (Karlsruhe 1816), 1848–1852 Straßburg, Herausgeber des „Freischärler“ 1848. Exil in Frankreich 1854–1857.
- 77 *Histoire de Strasbourg*, S. 179.
La presse alsacienne des origines à 1950. Katalog Strasbourg 1976, S. 23.
- 78 GLA 236/8501 Betr. Schreiben des französischen Innenministeriums v. 19.8.1850 und Note der preußischen Gesandtschaft v. 31. Juli 1850.
- 79 Theodor *Mögling* (Brackenheim 1814), Republikaner, Tübinger Burschenschaftler, 1837 Studium der Seidenfabrikation in Frankreich, 1847 Abgeordneter. Teilnehmer am Heckeraufstand 1848.
- 80 *Wiltberger*, S. 152, 211, Friedrich Carl Johannes Müller aus Berlin. 1832 Straßburg. Erstrebte eine Fürstenrepublik. Wandel vom Liberalen zum Republikaner.
- 81 *Wiltberger*, S. 175, Wilhelm Schulz. Flüchtling aus Darmstadt. 1835 in Straßburg. Mitarbeiter an Rotteck-Welcker's Staatslexikon (1834–1849).
- 82 *Wiltberger*, S. 178, 210.
- 83 *Wiltberger*, S. 179, 211.
- 84 *Wiltberger*, S. 182.
- 85 *Wiltberger*, S. 47, 113.

„Jetzt ist es Freiheit!“ Badische Soldaten und die Revolutionsbewegung von 1848/49

Sabrina Müller

Freiheit bezeichnete in den Revolutionsjahren ein ganzes Bündel von Rechten und Freiheiten, von denen sich die vielschichtigen Trägergruppen der Revolution jeweils andere Vorstellungen machten. Ein Teil der Freiheiten läßt sich auch unter dem Begriff Grundrechte fassen. So ist in den *Forderungen des Volkes* der Offenburger Versammlung vom 12. September 1847 von Presse-, Vereins- und Gewissensfreiheit sowie von persönlicher Freiheit die Rede. *Persönliche Freiheit* hieß hier unter anderem *das Recht des Volkes sich zu versammeln und zu reden*¹. Badische Bürger sprachen in den Jahren 1848/49 auch von *Freiheiten des Volkes* oder *Volksfreiheiten*². Im Vormärz wurden Grundrechte im Großherzogtum Baden ebenso wie in anderen Bundesstaaten von den Fürsten, die eine kritische Öffentlichkeit fürchteten, mit Hilfe von Polizei und Militär unterdrückt. Erst unter dem Druck der Bürgerversammlungen und Demonstranten, die nach Ausrufung der Republik in Frankreich am 24. Februar 1848 Bürgerrechte forderten, gewährte der badische Großherzog Presse- und Versammlungsfreiheit. Die Konzessionen zielten auch darauf ab, eine Radikalisierung der Märzbewegung und den Sturz der Monarchie zu verhindern.

Die gewalthafte Umgestaltung des politischen Systems, das heißt, die Errichtung einer Republik mit Hilfe eines Freischarenaufstandes, erschien jedoch einer Minderheit der badischen Bevölkerung in den Revolutionsjahren als die einzige Möglichkeit, Rechte und Freiheiten des Volkes dauerhaft zu verwirklichen und zu schützen. So heißt es in einem Aufruf von Gustav Struve und Joseph Weißhaar während des Aprilaufstandes 1848: *Es gilt für Befreiung des Vaterlandes, es gilt der Entfesselung der Humanität aus der Sklaverei des Thiertums; es gilt derjenigen Staatsform, unter welcher Vernunft und Recht und Gleichheit verwirklicht werden können; es gilt einer deutschen Republik*³. Solange die Monarchen an der Macht waren und die Verfügungsgewalt über das Militär besaßen, konnten sie ja jederzeit die eben gewährten Grundrechte mit Hilfe ihrer Soldaten wieder unterdrücken.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet mein Beitrag, welches Verhältnis badische Soldaten zu der Freiheitsbewegung von 1848/49 entwickelten. Dabei gehe ich in drei Schritten vor: (I) Zunächst interessiert angesichts der zahlreichen gegenrevolutionären Militäraktionen in den Jahren 1848/49, wie die großherzogliche Regierung und die Kommandeure die Rolle der Solda-

ten im Hinblick auf den Schutz der Bürgerrechte definierten. (II) Der zweite Punkt untersucht die soziale Herkunft der Mannschaften, die gegen die Revolutionsbewegung aufmarschierten. Legte nicht ihre Rekrutierung aus der Mitte des Volkes nahe, daß sie sich mit Revolutionären verbündeten, die für *Selbstregierung des Volkes* und soziale Gerechtigkeit kämpften? Mit welchen Methoden der Disziplinierung versuchten Offiziere, diese Allianz zu verhindern? (III) Der Hauptteil des Beitrags erforscht, welche Freiheitsvorstellungen Soldaten während der Revolutionsjahre entwickelten. Auf welche Weise nahmen sie ihre Grundrechte in Anspruch? Die Revolutionsforschung hat dieses Thema bislang nicht eingehend behandelt⁴. Ich werde immer wieder einen Blick auf die Soldaten richten, die in Offenburg und Umgebung stationiert waren, und auf die Auseinandersetzung der badischen Soldaten mit den Ereignissen in Offenburg. Dies ist auch gar nicht anders möglich: Der Ausbruch des badischen Militäraufstandes im Mai 1849, auf den der dritte Teil eingeht, stand in enger Verbindung mit der Offenburger Volksversammlung vom 13. Mai 1849.

I. Zunächst zur Rolle des Militärs in den Revolutionsjahren. Wie in der Einleitung schon angedeutet, hatten Soldaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem eine innenpolitische Funktion. Als Teil der einzelstaatlichen Armee, die dem Großherzog unterstand, gingen sie auf Anforderung von Zivilbeamten gegen Unruhen in der Stadt und auf dem Land vor. Als Teil der Bundestruppen, die sich aus den Armeen der einzelstaatlichen Monarchien zusammensetzten, schritten sie auf Befehl der Bundesversammlung gegen größere Aufstände ein. Mit der Bildung der Nationalversammlung in Frankfurt am Main und der Errichtung einer provisorischen Zentralgewalt Ende Juni 1848 änderte sich dieses Verfahren nicht wesentlich. Die Bundeskontingente standen nun als Reichstruppen zur Disposition des Reichskriegsministers.

Läßt man Revue passieren, zu welchen Aktionen Soldaten in den Jahren 1848/49 verwendet wurden, so ist die gegenrevolutionäre Stoßrichtung der Einsätze unverkennbar. Der Truppenaufmarsch gegen die Revolution begann schon Anfang März 1848. So veranlaßte die Ausrufung der Republik in Frankreich die Mobilmachung der Bundestruppen zum Schutz der südwestdeutschen Grenze vor möglichen Hegemonialbestrebungen der französischen Republik. Als die deutsche demokratische Gesellschaft in Paris Mitte März 1848 mit dem Aufbau einer Legion begann, befürchteten die südwestdeutschen Fürsten, daß eine riesige Kolonne republikanisch gesinnter Arbeiter vom Elsaß aus in das Großherzogtum eindringen und gemeinsam mit ihren badischen Sympathisanten die Republik proklamieren könnte. Um diese befürchtete *Invasion der deutschen Marken durch bewaffnete Arbeiter-Colonnen* zu verhindern, zog die badische Regierung im

Einverständnis mit den anderen Bundesstaaten Anfang April Soldaten im Grenzgebiet zusammen⁵. In diesem Zusammenhang wurden badische und hessische Truppen zwischen Kehl und Offenburg stationiert. Bayerische und württembergische Korps marschierten an die Grenzen des Seekreises. Soldaten beobachteten vom Rheinufer aus Kähne und Fähren, um die Überfahrt bewaffneter Arbeiter zu verhindern.

Hessische, württembergische, badische und nassauische Bundessoldaten standen bereit, als Friedrich Hecker am 12. April 1848 in Konstanz zur Bildung von Freischarenzügen und zum Kampf für die Republik aufrief. Sie standen auch bereit, als Republikaner in der Nacht vom 18. auf den 19. April 1848 den Offenburger Bahnhof besetzten und die Zugänge zur Stadt verbarrikierten. Nach der Niederschlagung des Aprilaufstandes durchzogen mobile Militärkolonnen das Gebiet zwischen Offenburg und Lörrach. Sie sollten einen erneuten Aufstand verhindern, Freischärler aufspüren und entwaffnen. Soldaten hatten jedoch nicht nur die Aufgabe, republikanische Freischarenaufstände zu unterdrücken. Wie im Vormärz schritten sie auch gegen soziale und politische Proteste ein. Sie vertrieben aufständische Bauern oder brachten Katzenmusikanten zur Ruhe. Mit Hilfe des Militärs wurden auch während der Revolution Grundrechte unterdrückt. Während des Kriegszustandes in Mannheim vom 1. bis zum 17. Mai 1848 waren Volksversammlungen verboten. Soldaten assistierten Zivilbeamten bei der Verhaftung von Demokraten, die sich in Wort und Schrift für die Bildung einer Republik engagiert hatten.

Trotz der gegenrevolutionären Stoßrichtung der Militäraktionen vermittelte die großherzogliche Regierung den Soldaten und der Öffentlichkeit, daß die Truppen nur die Aufgabe hätten, die Volksfreiheiten zu schützen. Zu dem Zeitpunkt, als badische und hessische Soldaten an der Grenze zu Frankreich aufmarschierten, gab der badische Kriegsminister bekannt, daß die Armee nicht nur *zum Schutze des Landes gegen Gefahr drohende Einfälle von Außen* diene, sondern auch *das Eigentum und die persönliche Freiheit* sichere⁶. Großherzog Leopold betonte am 10. April 1848: *Nicht zur Unterdrückung der Freiheit, wie man Euch glauben machen möchte, sondern zur Erhaltung und verfassungsmäßigen großartigen Entwicklung derselben*, rückten die Bundessoldaten in das Großherzogtum ein⁷. Und der Oberkommandeur des 8. deutschen Armeekorps, Prinz Friedrich von Württemberg, versicherte den württembergischen, hessischen und badischen Mannschaften vor der Niederschlagung des Aprilaufstands: *Sollte uns die traurige Aufgabe werden, Ruhestörungen im Innern entgegen treten zu müssen, so wird dies nur auf Anrufen der gesetzlichen Staatsgewalt, und wo es sein kann, im Verein mit der Bürgerwehr, stets aber unter sorgfältiger Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheiten jedes Landes ge-*

schehen, denn ferne sey von uns Allen der Gedanke, auch nur eines der Rechte, welche namentlich die jüngsten Tage den Völkern verliehen haben, antasten zu wollen⁸. Soldaten wurde so vermittelt, sie seien die Hüter der Märzerrungenschaften vor Rebellen, die den bewaffneten Umsturz planten und das Land in Anarchie und Bürgerkrieg stürzen wollten. Die Rolle des Militärs als *Vertheidiger der verfassungsmäßigen Ordnung* und der *gesetzlichen Freiheit* fand ihren Ausdruck auch in der Vereidigung der Mannschaften auf die Landesverfassung und in den schwarz-rot-goldenen Kokarden an Tschakos und Dragonerhelmen. Es genügte folglich nicht, daß Revolutionäre an Soldaten appellierten, nicht auf ihre *deutschen Brüder* zu schießen, wie dies beispielsweise ein gedrucktes Soldatenlied tat, das im März 1848 in den badischen Kasernen verbreitet wurde. Es enthielt die Strophe:

*Wir waffnen freudig Herz und Hand
Und zieh'n in schönen Tod,
Wenn unserm deutschen Vaterland
Der Feind von Außen droht!
Doch wenn des deutschen Volkes Muth
Die Freiheit sich erficht,
Schließt Mann für Mann
Dem Volk sich an, –
Denn unsre deutschen Brüder
Verlassen wir nicht!*⁹

Revolutionäre mußten den Mannschaften vermitteln, daß die großherzogliche Regierung nicht ernsthaft daran interessiert war, Freiheiten zu verwirklichen, die den Soldaten so wichtig waren, daß sie dafür ihren Treueeid brechen und Zuchthausstrafen oder ein Todesurteil riskieren wollten. Einfluß darauf, ob Soldaten die gegenrevolutionären Feindbilder ihrer Vorgesetzten übernahmen oder eher der Argumentation der Bevölkerung vertrauten, hatte zum einen die soziale Herkunft der Mannschaften, zum anderen die Frage, ob es den Offizieren gelang, durch Androhung von Strafen und *innere Führung* die Soldaten an sich zu binden.

II. Der größte Teil der Mannschaften (rund 85%) bestand 1848 aus einfachen Dienstpflichtigen: Rekruten oder Soldaten, die eine Ausbildung von $\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Jahren absolviert hatten und bei Ausbruch der Revolution aus dem Urlaub einberufen worden waren. Nur rund 15% der Regimenter waren Berufssoldaten. Sie dienten 6 Jahre lang als Einsteher für ein Kapital von etwa 250 Gulden stellvertretend für andere Dienstpflichtige oder waren freiwillig ins Militär eingetreten. Die Mobilmachung im Frühjahr 1848 riß die einfachen Soldaten, die zwischen 21 und 27 Jahre alt waren, aus

ihrem zivilen Leben als Kleinbauern, Tagelöhner oder Handwerksgesellen. Mindestens ein Drittel der Infanteriekompanien und Dragonerschwadronen sowie 64% der Artilleristen waren Handwerker. Wenige Soldaten waren Schreiber, Lehrer, Apotheker oder Kaufleute¹⁰. Soldaten rekrutierten sich somit aus den sozialen Gruppen, aus denen auch die Träger der Revolutionsbewegung stammten. Ihre Herkunft legt nahe, daß sie sich ebenso wie die Zivilbevölkerung für Freiheitsideen begeisterten. Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1849 und die Erhöhung der Rekruten wurde diese Tendenz noch verstärkt.

Kommandeure versuchten, ein Bündnis von Soldaten mit Revolutionären nicht nur dadurch zu verhindern, daß sie gegenrevolutionäre Militäraktionen als *Schutz von Freiheit und Recht* rechtfertigten. Bei Protestaktionen drohten Soldaten Arrest- und Zuchthausstrafen. Beim Übergang zum Gegner während eines Gefechtes die Todesstrafe. Im Juni 1848 verschärfte die großherzogliche Regierung die Sanktionen. Truppeneinheiten, in denen sich während der Unterdrückung eines Aufstandes ein *verbrecherischer Geist* zeigte, drohten künftig standrechtliche Verfahren. Die Soldaten, die wegen *Treulosigkeit, thätlicher Insubordination* oder *Plünderung* angeklagt wurden, konnten gegen ein Todesurteil keine Rechtsmittel einlegen¹¹. Um die abschreckende Wirkung der strafrechtlichen Sanktionen zu verstärken, lasen Offiziere der versammelten Mannschaft die kriegs- und standgerichtlichen Urteile gegen Kameraden vor¹².

In den Revolutionsjahren zeigte sich jedoch mehr und mehr, daß es nicht ausreichte, Soldaten zum Gehorsam zu zwingen. Württembergische, bayerische und hessische Offiziere versuchten, die Mannschaften an sich zu binden, indem sie engen persönlichen Kontakt zu den einfachen Soldaten suchten und mit ihnen über politische Themen sprachen. Es ist fraglich, ob solche Methoden der *inneren Führung* in der badischen Armee 1848/49 erfolgreich umgesetzt wurden. So notierte der württembergische Hauptmann von Kallee im Rückblick: *Das badische Offiziers-Korps galt von jeher, namentlich bei den übrigen Kameraden des 8ten Armeecorps für ein solches, das der Mannschaft gegenüber etwas hoch geschraubt sei, das auch den Unteroffizieren gegenüber eine etwas vornehme in einzelnen Fällen hochmüthige Stellung einnehme; man konnte z. B. im Jahr 1848 hören, wie sich badische Offiziere darüber lustig machten, daß die groß(hertzoglich) hessischen Offiziere mit ihrer Mannschaft in denselben Wagen auf der Eisenbahn fuhren und dergleichen. Die Zeit der Aufregung war nicht geeignet, diese falsche Stellung zu verbessern. Als das Mißtrauen gegen die Offiziere gesäet wurde, isolirten sich die Offiziere noch mehr von der Mannschaft; manchem flöbte die schlechte Gesinnung der Soldaten Verachtung gegen dieselben ein¹³.*

III. Welche Freiheitsvorstellungen entwickelten Soldaten im Spannungsfeld zwischen Offizieren und Revolutionären? In der ersten Märzhälfte 1848 gab es noch wenig Anzeichen, daß die Mannschaften in den badischen Garnisonen besonders freiheitlich gesinnt waren. Sie marschierten gehorsam in die ländlichen Gebiete im Odenwald und im Kraichgau und verhinderten durch ein Netz von Posten die Ausweitung der Agrarunruhen. Sobald jedoch die einberufenen Urlauber in die Garnisonen eingerückt waren und sich die Nachricht von den Barrikadenkämpfen in Berlin verbreitet hatte, entwickelte sich eine Art Märzbewegung der Soldaten, die kaum bekannt ist. Soldaten und Unteroffiziere aus Mannheim, Karlsruhe und Rastatt reichten bei der Zweiten badischen Kammer Petitionen ein, in denen sie mehr Sold, besseres Essen und die Anrede mit *Sie* forderten¹⁴. Die Adressen, die Hunderte von Unterschriften trugen, thematisierten auch Freiheit und Grundrechte. Sie betonten, daß die Soldaten durch den Eid auf die Landesverfassung nun alle verfassungsmäßigen Rechte der übrigen Staatsbürger besäßen, wie zum Beispiel Petitionen zu schreiben oder Versammlungen zu besuchen. 243 Soldaten aus Karlsruhe erklärten: *Auch wir müssen befreit werden von den willkürlichen, dem Ehrgefühl des Mannes widerstrebenden Quälereien, wir müssen befreit werden vom Drucke jener hergebrachten Gesetzlosigkeiten des Kamaschendienstes, denn nur der freie, sich als Bürger fühlende Soldat, nur der die Freiheit und das Recht Genießende wird fähig, seine Freiheit und Recht zu schützen.* Die Petition leitete somit aus der Aufgabe der Soldaten, die verfassungsgemäße Ordnung und die gesetzlich verankerten Freiheiten zu sichern, das Recht der Mannschaften ab, selbst in den Genuß von Freiheiten zu kommen. Die Soldaten forderten vor allem eine menschenwürdigere Behandlung innerhalb der Kasernenwände. Besonderer Stein des Anstoßes waren nicht nur *unwürdige Schimpfworte, Backenstreiche, Stöße und Schläge*, sondern auch die Arreststrafen. Der erschwerte Arrest in völliger Finsternis bei Wasser und Brot nahm sich wie ein Relikt des *Ancien Régimes* aus. Häufig wurden die Arrestanten *krummgeschlossen*. Einen Arm an ein Bein gebunden, kauerte der Gefangene ohne Lagerstätte auf dem kalten Boden. Auch wenn die Arreststrafen im Vormärz eingeführt worden waren, um die Stockstrafen zu ersetzen, so wurden sie doch von Soldaten als entwürdigend empfunden. Hinzu kam, daß sich Soldaten erst dann über Arreststrafen, die ihnen ungerecht erschienen, beschweren durften, nachdem sie sie abgesessen hatten. *Unser sogenanntes Recht zur Beschwerde ist eine wahre Verhöhnung des menschlichen Verstandes und es empört uns, wenn man uns nur daran erinnern will*, klagte die Rastatter Petition. Es verwundert also nicht, daß Soldaten im Zuge der Märzbewegung gegen das Disziplinarverfahren protestierten. Angesichts der *neuen Zeit* erschienen Arreststrafen als unzulässige Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Hierin waren sich Soldaten und Zivilisten einig. So versammelte sich in Offenburg am 10.

April 1848 eine Volksmenge, angeführt von dem Spediteur Ferdinand Merker, vor dem Lokal, in dem ein Soldat in Arrest saß, und schrie: *Jetzt ist Freiheit, er muß heraus!*¹⁵ In Mannheim erzwangen am 23. März 1848 Infanteristen gemeinsam mit Freischärlern die Freilassung von drei Kameraden aus dem Arrest. Mit der schwarz-rot-goldenen Fahne, die sie vor sich her trugen, legitimierten sie ihren Protest. Auch in Freiburg forderten Soldaten mit einer deutschen Fahne in der Hand die Befreiung ihrer Kameraden¹⁶. Der Schutz vor willkürlicher Verhaftung, den die Soldaten für sich reklamierten, ist eines der wichtigsten Bürgerrechte. Die Petitionen und Gefangenenbefreiungen im März 1848 machten somit deutlich, daß sich ein Teil der Mannschaften als *Bürgersoldaten* verstand und in der *neuen Zeit* von ihren Vorgesetzten als freie Staatsbürger behandelt werden wollte. Diese Freiheitsvorstellungen waren zum Teil durch die Partizipation der einberufenen Urlauber an der Bürgerrechtsbewegung in ihren Heimatorten, zum Teil in Diskussionen mit Bürgern im Wirtshaus entstanden. Die Soldaten, die in ihrem zivilen Leben als Handwerksgesellen arbeiteten, hatten ihren Erfahrungshorizont auf der Wanderschaft erweitert.

Die Proteste der Soldaten für mehr Bürgerrechte stellten jedoch die Rolle des Militärs als innen- und außenpolitische Exekutivgewalt des badischen Großherzogs nicht in Frage. So erklärten sich Rastatter Soldaten bereit, die *durch die Gesetze gesicherten Rechte und Freyheit gegen innere und äußere Feinde* zu verteidigen¹⁷. Ähnlich argumentierte eine Petition der Infanteristen aus Karlsruhe, die am 24. März 1848 in Offenburg eingedrückt waren. Die Zeit sei vorbei, in der sie sich als *willenlose Maschinen* gebrauchen lassen mußten. Nach der französischen Februarrevolution sei auch für *die Bürger im Soldatenrocke der Tag der Freiheit und Geltung der Menschenwürde angebrochen*. Die Soldaten wollten nach der Freiheit ringen, *sie lieben und sie heilig achten*. Sie betonten durch die Unterzeichnung der Petition jedoch auch, daß sie die Sicherheit und das Eigentum der Offenburger Bürger vor *Einfällen räuberischer Horden aus dem Elsaß* beschützen wollten¹⁸. Trotz des Freiheitswillens, den die Mannschaften bekundeten, hatten die Soldaten folglich wenig Skrupel, gegen Bevölkerungsgruppen vorzugehen, die von ihren Kommandeuren als Feinde der *gesetzlichen Freiheit* bezeichnet wurden; zumal, wenn es sich um Freischärler aus Frankreich oder der Schweiz handelte. Darauf deutet ein Vorfall hin, der sich Mitte April 1848 in der Nähe Kehls abspielte. Die Karlsruher Leibinfanteristen waren von Offenburg an die französische Grenze gerückt, weil die Kommandeure den Einmarsch bewaffneter Arbeiter befürchteten. Als ein Offizier der Mannschaft zurief: *Heute werdet ihr Eure Patronen brauchen*, zeigte sich *Keckheit und Fröhlichkeit* auf den Gesichtern. Einige Soldaten fragten, ob sie die *Patronengäßchen* aufmachen sollten¹⁹.

Es lag somit kein Widerspruch darin, daß Soldaten einerseits zusammen mit Bürgern vor Arrestzellen für größere *persönliche Freiheit* demonstrierten und andererseits den republikanischen Freischarenaufstand vom April 1848 niederschlugen. Die Soldaten blieben in den Gefechten gegen die Republikaner zum Teil deshalb gehorsam, weil sie das Feindbild ihrer Vorgesetzten von *anarchischen Rebellen* übernommen hatten. Überdies wurden die republikanischen Freischarenzüge nur von einer Minderheit unterstützt. Ein Bündnis mit Republikanern war deshalb viel weniger opportun als ein Engagement für die Grundrechte, die von weiten Kreisen der Bevölkerung gefordert wurden.

Eine wichtige Voraussetzung für das Bündnis badischer Soldaten mit der Revolutionsbewegung im Mai 1849 war, daß sie die Reichsverfassungskampagne als legitimen Kampf für die Verwirklichung von Grundrechten begriffen, weil die Fürsten nicht an der bundesweiten Durchsetzung der Reichsverfassung und damit der Grundrechte, die in ihr verankert waren, interessiert schienen. Zu dieser Interpretation der Kampagne trugen mehrere Faktoren bei. Erstens die Arbeit der demokratischen Volksvereine und die politische Belehrung der Mannschaften durch Kameraden. So sprach zum Beispiel in Rastatt der Soldat Johann Stark aus Lottstetten, der mehrere Jahre lang höhere Schulen in Konstanz, Freiburg und in der Schweiz besucht hatte, auf Versammlungen²⁰. Die These der Revolutionsforschung, daß die mehr als 400 Volksvereine, die sich im Winter 1848/49 in Baden gebildet hatten, zur Politisierung der Soldaten beitrugen, wird von dem Bericht des württembergischen Hauptmanns von Kallee bestätigt²¹. Kallee machte sich im Februar 1850 auf Grundlage der heute zum größten Teil verschollenen Kriegs- und Standgerichtsakten ein Bild von den Beziehungen zwischen Volksvereinen und den Mannschaften im Vorfeld des Militäraufstandes. Er fand heraus, daß die Soldaten die Vereine besucht und Ideen, wie *sich das Vereinsrecht nicht nehmen lassen, die Reichsverfassung beschützen, nicht auf die Bürger schießen, keine Fürstenknechte sein* an ihre Kameraden weitergegeben hatten. Die Soldaten verfolgten im Frühjahr 1849 auch die Schwurgerichtsprozesse in Freiburg gegen die republikanischen Freischarenführer Gustav Struve und Karl Blind. Die Rezeption der gedruckten Verteidigungsreden, die sich die Soldaten abends im Kasernenzimmer gegenseitig vorlasen, trugen zur Auflösung des gegenrevolutionären Feindbilds bei. Schließlich verteidigten Struve und Blind die revolutionäre Gewalt als Notwehr des Volkes, um Freiheit und Recht zu schützen.

Die Allianz der Soldaten mit der Revolutionsbewegung im Mai 1849 wurde überdies durch die Flugschriften begünstigt, die den Kampf für die Reichsverfassung theoretisch mit der Sicherung der persönlichen Freiheit der Soldaten verknüpften. So argumentierte der Aufruf des Kongresses der

demokratischen Märzvereine *an das deutsche Heer* vom 6. Mai 1849: *Wenn Ihr gegen die Reichsverfassung kämpft, wenn Ihr Euch an den Verteidigern derselben vergreift, so vergreift Ihr Euch an Euch selbst, so wühlt Ihr in Euren eigenen Eingeweiden. Wollt Ihr nicht selbst freie Männer werden? Nun wohlan! Streitet für die deutschen Grundrechte, welche den deutschen Soldaten erst zum freien Menschen machen. (...) Die Reichsverfassung befähigt Euch zu allen Ehrenstufen aufzusteigen, sie gibt Euren Invaliden Ehre und Brod, sie gewährt Euch alle Freiheitsrechte, welche Eure bürgerlichen Mitbrüder besitzen. Darum, deutsche Soldaten, wendet Eure Waffen nicht gegen Eure Brüder, sondern kämpft für die heilige Sache der ganzen Nation*²². Der badische Landesausschuß der Volksvereine warnte die *Soldaten! Brüder!* in einem Aufruf vom selben Tag: *Auch Eure Mithülfe wird man vielleicht noch verlangen, um die gesetzlich festgestellten Rechte des Volkes anzutasten. (...) Es ist in Eure Hand gegeben, ob Ihr den Ruhm eines für die Freiheit begeisterten Geschlechtes theilen oder als Unterdrücker den Fluch der Mit- und Nachwelt auf Euch laden wollt*²³. Den badischen Offizieren gelang es nicht, die Mannschaften persönlich so an sich zu binden, daß die Einflüsse der Demokraten wirkungslos blieben.

Unmittelbar nachdem Bürgerwehren in Karlsruhe und Rastatt öffentlich erklärt hatten, die Reichsverfassung gegen jeden Angriff verteidigen zu wollen, begannen auch Soldaten, sich für die Konstitution zu engagieren. Zunächst in Freiburg und Rastatt. Mit den Versammlungen, in denen Soldaten sich für die Verwirklichung der Reichsverfassung aussprachen, nahmen die Mannschaften das Grundrecht auf Versammlungs- und Redefreiheit für sich in Anspruch, das in der Reichsverfassung verankert war. Die schwarz-rot-goldene Fahne, mit der die Rastatter Artilleristen zu einer Versammlung am 10. Mai 1849 zogen, zeigte, daß die Soldaten die Märzerungenschaften verteidigen wollten. Um gemeinsam mit den Bürgern für die Durchführung der Reichsverfassung zu kämpfen, wollten die Infanteristen zwei Delegierte pro Kompanie zur Offenburger Volksversammlung am 13. Mai 1849 schicken²⁴. Die Freiburger Soldaten, die sich zwischen dem 10. und 14. Mai 1849 täglich zu Versammlungen trafen, organisierten sich demokratisch. Ein Soldatenverein und ein Ausschuß aus Stellvertretern der einzelnen Kompanien sollten offensichtlich die künftige Teilnahme an freiheitsfeindlichen Militäraktionen verhindern. Peter Lacher, ein Barbiergehilfe aus Bruchsal, erläuterte seinen Kameraden, daß sie nun das Recht hätten, die Befehle ihrer Vorgesetzten zu überprüfen und über sie abzustimmen. Die Freiburger Besatzung wollte ihre Verbrüderung mit der Zivilbevölkerung auf der Offenburger Volksversammlung bekanntgeben²⁵.

Wahrscheinlich wäre es gar nicht zu einem Soldatenaufstand gekommen, hätten sich die Soldaten damit begnügt, auf Versammlungen zu bekunden,

wie wichtig die Verwirklichung der Reichsverfassung sei. Die Vorstellung, diese Konstitution sichere ihre persönliche Freiheit, führte jedoch dazu, daß sie sofort mit ihrer Verwirklichung begannen. Wie im März 1848 schritten sie zu Gefangenenbefreiungen. So strömten die Infanteristen, die in Lörrach stationiert waren, am 11. Mai 1849 nach einer Versammlung auf dem Schützenplatz zum Gefängnisturm und erzwangen gemeinsam mit Freischärlern die Freilassung der *politischen Gefangenen*. Dieser Begriff bezog sich auf Kameraden, die wegen ihrer Drohbriefe an einen Offizier in Arrest saßen. Die gewaltsame Befreiungsaktion war in gewisser Weise auch eine Referenz an die Französische Revolution von 1789 und den Sturm auf die Bastille. Nachts zogen Soldaten in den Straßen Lörrachs umher und riefen: *Alles muß geköpft werden*²⁶.

Auslöser des Rastatter Militäraufstandes war ebenfalls eine Gefangenenbefreiung²⁷. Offiziere verhafteten am 11. Mai Johann Stark, der in der Soldatenversammlung am Abend zuvor für die Reichsverfassung eingetreten war. Mit dieser Verhaftung vermittelten die Offiziere der Mannschaft den Eindruck, als seien sie in der Tat *volks- und freiheitsfeindlich* und die Anerkennung der Reichsverfassung durch die großherzogliche Regierung nur eine Farce. Indem die Soldaten gegen ihre Offiziere rebellierten und die Freilassung Starks erzwangen, bekräftigten sie, daß sie für Grundrechte wie Versammlungs- und Redefreiheit kämpfen wollten.

Der badische Kriegsminister Generalleutnant Hoffmann reiste noch am frühen Morgen des 12. Mai 1849 nach Rastatt, um die Ursache des Aufruhrs herauszufinden. Soldaten erklärten, daß sie gemeinsam mit dem Volk für die Reichsverfassung eintreten wollten. Sie beklagten sich darüber, daß Soldaten verhaftet worden seien, die sich bei der letzten Versammlung für die Reichsverfassung ausgesprochen hätten. Der Gefreite Haas bat um die Erlaubnis, Delegierte zur Offenburger Versammlung entsenden zu dürfen. Ob der Kriegsminister den Besuch der Volksversammlung gestattete, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. Hoffmann selbst schreibt, er hätte die Teilnahme an der Versammlung nicht ausdrücklich erlaubt. Bezeichnend ist, daß sich der Aufruhr kurze Zeit nach den Gesprächen des Kriegsministers mit der Truppe von neuem entwickelte. Die Vorstellung, die Offiziere wollten die Freiheit der Soldaten unterdrücken, war so fest, daß sich die Mannschaften nicht mehr beruhigen ließen. Soldaten zogen lärmend durch die Straßen, sangen Heckerlieder und schrien: *Wir verlangen aber unser Recht*. Sie drohten damit, den Kriegsminister an einem Strick um den Hals durch die Straßen zu ziehen oder aufzuhängen. Durch seine Flucht vor den aufständischen Soldaten machte Generalleutnant Hoffmann die Bahn für den Besuch der Offenburger Volksversammlung frei. Die Delegierten der Soldaten zogen am 13. Mai mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne in der Versammlung ein.

Die Offenburger Beschlüsse enthielten zentrale Forderungen der Mannschaften wie die Durchsetzung der Reichsverfassung, die Freilassung aller Soldaten, die *in Folge der politischen Bewegungen wegen sogenannter Disziplinar- und Insubordinationsvergehen bestraft* worden waren oder die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Der Programmpunkt *freie Wahl der Offiziere* ermöglichte den Mannschaften, künftig Vorgesetzte zu bestimmen, die ihre Untergebenen menschenwürdig behandelten²⁸. Es überrascht also nicht, daß die Bekanntgabe der Beschlüsse in den einzelnen Garnisonen und Stationsorten Begeisterung bei den Soldaten hervorrief. Freiburger Infanteristen riefen: *Republik!* und *Hoch auf die Freiheit*²⁹. Die badischen Soldaten, die in Krotzingen stationiert waren, zogen zusammen mit den heimkehrenden Besuchern der Volksversammlung Arm in Arm, jubelnd und revolutionäre Lieder singend vom Bahnhof in die Stadt. Als der Bataillonskommandeur die Mannschaft später durch Trommelschlag zusammenrufen ließ, stellten sich die Soldaten gemeinsam mit Bürgern vor seinem Haus auf. Aus der Menge erscholl unaufhörlich der Ruf: *Fort nach Freiburg! Es ist eine andere Zeit! Jetzt ist es Freiheit, wir lassen uns nichts mehr gefallen!*³⁰

Zusammen mit der Nachricht von der Flucht des Großherzogs aus Baden, die am 14. Mai bekannt wurde, bewirkten die Berichte von der Volksversammlung, daß nun auch Soldaten die Reichsverfassungskampagne unterstützten, die sich zunächst eher passiv oder regierungstreu verhalten hatten. So war die Mannheimer Besatzung noch in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1849 gegen Demonstranten eingeschritten, die gegen die Truppenentsendung in die aufständische Pfalz protestierten. Der Garnisonskommandant berichtete: *Am 13. Mai bot Mannheim das Bild der tiefsten Ruhe. Die Führer der Bewegungspartei, die revolutionären Elemente waren in Offenburg. Doch schien mir dieser Zustand nur die Stille, die dem Sturme vorangeht.* Als sich am nächsten Tag die Nachrichten aus Karlsruhe und Offenburg verbreitet hatten, gingen die Infanteristen mit roten Federn geschmückt in der Stadt umher. Sie nahmen an einer Volksversammlung teil, auf der Bürger und Soldaten die Offenburger Beschlüsse anerkannten, und wählten sich neue Offiziere³¹. Die Beschlüsse erwiesen sich so nach der Flucht des Großherzogs als Regierungsprogramm, das sowohl die Verwirklichung der Volksfreiheiten als auch der persönlichen Freiheit der Soldaten verhiess.

Anmerkungen

- 1 Abdruck in: „Des Volkes Freiheit“. Die Revolutionäre von Offenburg 1847–49. Ausstellung in Offenburg vom 12. September 1997 bis 18. Januar 1998. Hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stuttgart 1997) S. 40.
- 2 Otto *Kähni*, Offenburg und die demokratische Volksbewegung 1848–1948 (Offenburg 1947) S. 47; Bericht des Bezirksamtes Meßkirch, 9.4.1848, Generallandesarchiv Karlsruhe GLAK 236/4189.
- 3 Thiengen, 17.4.1848, Staatsarchiv Freiburg A 25/5, Nr. 103, fol. 5–6.
- 4 Ich stütze mich im folgenden hauptsächlich auf meine Dissertation „Soldaten in der deutschen Revolution von 1848/49“, München 1996 (erscheint 1999). Sie enthält eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand. Vgl. zum Thema: Reinhard *Mielitz*, Das badische Militärwesen und die Frage der Volksbewaffnung von den Jahren des Rheinbundes bis zur 48er Revolution. Diss. phil. Freiburg im Breisgau 1956 (MS); Ralph C. *Canevali*, Armies in Revolution: the Badenese Military Mutiny of 1849, in: Proceedings of the Consortium on Revolutionary Europe 1750–1850 (1989), S. 632–643; Alfred Georg *Freil/Kurt Hochstuhl*, Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit (Karlsruhe 1997) S. 100–111; 135–171.
- 5 Generalmajor Hartmann an Oberkommando des 7. und 8. deutschen Armeekorps, 14.4.1848, Hauptstaatsarchiv München, Abt. IV: Kriegsarchiv B 736.
- 6 Bekanntmachung des Ministeriums des Innern und des Kriegsministeriums, 2.4.1848, GLAK 236/8851.
- 7 Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt, Nr. 23, 11.4.1848, S. 105–106. Hervorhebung im Original.
- 8 Tags-Befehl des 8. deutschen Armeekorps, 16.4.1848, Staatsarchiv Darmstadt E 8 C 40/4.
- 9 GLAK 238/269, fol. 218.
- 10 Muster-Rolle des 4. badischen Infanterie-Regiments, 1.5.1846–30.4.1847; Muster-Rolle des 2. badischen Dragoner-Regiments, 1.5.1846–30.4.1847; Muster-Rolle der badischen Artillerie-Brigade, 1.5.1846–30.4.1847, Wehrgeschichtliches Museum Rastatt; Muster-Rolle des 3. badischen Infanterie-Regiments, 1.5.1846–30.4.1847, GLAK 65/11.371.
- 11 Gesetz, das standrechtliche Verfahren bei dem Militär betreffend, 7.6.1848, Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt, Nr. 37, 9.6.1848, S. 170–172.
- 12 GLAK 456 F4 402 und 445.
- 13 Bericht über die Einsichtnahme von einem Theile der auf die Militär-Meuterei in Baden bezüglichen Untersuchungs-Akten, 2.3.1850, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 271 c Bü 703.
- 14 GLAK 231/1541.
- 15 GLAK 206/3193. Zu Ferdinand Merker: Franz X. *Vollmer*, Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution (Karlsruhe 1997) S. 305–307.
- 16 GLAK 238/269.
- 17 GLAK 231/1541.
- 18 GLAK 206/3193.
- 19 Ebd.
- 20 GLAK 237/4064–4066.
- 21 Bericht, 2.3.1850, HStAS E 271 c Bü 703. *Freil/Hochstuhl*, Wegbereiter, 1997, S. 97, sprechen von 420–430 Vereinen.

- 22 Abdruck in: Franz X. *Vollmer*, *Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern* (Stuttgart 1983) S. 284.
- 23 GLAK 236/4192.
- 24 GLAK 48/5084; 65/11.479; *Allgemeine Zeitung*, Nr. 136, 16.5.1849, S. 2.090–2.091; *Frankfurter Oberpostamts-Zeitung*, Nr. 114, 14.5.1849; Carl Borromäus A. *Fickler*, In Rastatt 1849 (Rastatt 1853) S. 30–38; (Karl Leopold von *Schilling*), *Die Militärmeuterei in Baden. Aus authentischen Quellen zusammengetragen von einem badischen Offizier. 2. gänzlich umgearb. Aufl.* (Karlsruhe 1849) S. 5; Ludwig *Häusser*, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution* (Heidelberg 1851) S. 285.
- 25 GLAK 48/5084; 69 von Freydorf/125.
- 26 Bericht des Bezirksamtes Lörrach, 11.5.1849, GLAK 236/4192; 48/5084; *Schilling*, *Militärmeuterei*, 1849, S. 49.
- 27 GLAK 48/5084; 65/11.498; N *Hoffmann* 6; Bundesarchiv – Frankfurt DB 56/44; *Fickler*, Rastatt, 1853, S. 38–39; *Häusser*, *Denkwürdigkeiten*, 1851, S. 289.
- 28 Abdruck in: *Vollmer*, *Traum*, 1983, S. 294.
- 29 *Geschichte der Auflösung des Großherzoglich Badischen Iiten Infanterie-Regiments*, 4.12.1849, GLAK 48/5084.
- 30 *Der Treubruch des Iiten Infanterie-Regiments und dessen Beteiligung an der Revolution im Jahr 1849*, 18.1.1850, GLAK 48/5084.
- 31 Constantin von *Roggenbach*, *Darstellung der Ereignisse in Mannheim während den ersten Tagen der Mai-Revolution und meines Handelns, als Erwiderung auf den Angriff des Professors Häusser in seinen „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution“*, 8.1.1851, GLAK 69 von Freydorf / 25; 48/5084; 236/8533.

„Freigesinnte Schöne“ – Die Rolle der Frauen in der badischen Revolution 1848/49

Susanne Asche

Der vorliegende Text ist das leicht überarbeitete Manuskript eines Vortrages, den ich am 31. Januar 1997 in Offenburg gehalten habe. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

Im Jahr 1928 erschien das von Anna Blos verfaßte Werk „Frauen der deutschen Revolution 1848“. Anna Blos schrieb: „Die Metternichsche Reaktion hatte vermeint, daß Läuten der Sturmglocken der Revolution zu unterdrücken. Aber leise klangen sie weiter, bis ihr Klang lauter und lauter tönte und Deutschland zu dem großen Freiheitskampfe aufriefen, den wir die Revolution von 1848 nennen. Sie weckten auch die Frauen, und nun sehen wir, wie eine Reihe von ihnen mit und neben den Männern kämpft für das höchste Ideal der Menschheit, für die Freiheit, nicht nur ihres Geschlechts, sondern auch für die Freiheit ihres Volkes, ja der ganzen Menschheit“¹.

Die 1866 geborene Sozialdemokratin Anna Blos, die in Karlsruhe zur Schule ging und später in Stuttgart lebte, wurde 1919 in die Verfassunggebende Versammlung von Weimar gewählt. Sie war eine der Frauen, die den langen Kampf für die Gleichberechtigung der Geschlechter führten. Daß sie sich als Schriftstellerin und Historikerin der Revolution von 1848/49 zuwandte, sollte eine Traditionsbildung begründen. Die erste deutsche demokratische Revolution sollte auch Teil der Geschichte der Frauen und ihrer Bemühungen um Emanzipation sein.

Heute wird die Revolution von 1848/49 als Beginn der deutschen politischen Frauenbewegung interpretiert, und die sächsische Revolutionsanhängerin Louise Otto gilt als deren Begründerin². Sie schrieb schon 1843: *Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht*³. Louise Otto veröffentlichte im Revolutionsjahr 1849 die erste Nummer ihrer „Frauenzeitung“, die sie unter das Motto stellte: *Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen*. Das von ihr gemeinte Reich der Freiheit umfaßte auch die Freiheit der Frauen von Geschlechterunterdrückung. Louise Otto war nicht die einzige Frau, die den Wegfall der Pressezensur zur Herausgabe einer Zeitung nutzte. Ihr bis 1852 erscheinendes Blatt war aber das erste, das dezidiert die Rechte der Frauen thematisierte sowie soziale Gerechtigkeit auch für Arbeiterinnen und Unterschichtsfrauen forderte.

Die Niederschlagung der Revolution unter preußischem Diktat hatte für die Bestrebungen der Frauen tiefgreifende Folgen. So vereinzelt und meist auch zaghaft die weiblichen Stimmen im Chor der Freiheit geklungen hatten, so sehr hatten sie dennoch die Vertreter der Restauration aufgeschreckt. Im März 1850 wurde das neue preußische Vereinsgesetz erlassen, das Minderjährigen, Lehrlingen, Schülern und Frauen die Mitwirkung in politischen Vereinen und ihre Teilnahme an politischen Versammlungen verbot. Dieses Gesetz, das später die meisten deutschen Länder übernahmen, galt bis 1908 fast überall in Deutschland und erschwerte lange Zeit die emanzipativen Bestrebungen der Frauen. Noch die harte Reaktion der restaurativen Kräfte legt die Vermutung nahe, daß die Revolution von 1848/49 die Geburtsstunde der politisch-emanzipativen Frauenbewegung war.

Doch wenn wir uns auf die Suche nach Revolutionärinnen machen, immer auch getrieben von dem Verdacht, die Geschichtswissenschaft verschweige oder vergesse den weiblichen Anteil an der Geschichte, werden wir enttäuscht. Wo sind sie denn, die von uns heute ersehnten fahnen-schwingenden, barrikadenstürmenden Frauen, die mit heißem Herzen und kühlem Kopf die Revolution zur eigenen Sache machten? Wo sind die Schwestern, die lautstark auf Tribünen und in Zeitungen die Gleichberechtigung für ihr Geschlecht forderten? Sicherlich finden wir Frauen in Frauenvereinen, die Fahnen stickten, Charpie für die verwundeten Kämpfer zupften, die Liebesgaben für die Freiheitshelden sammelten und den revolutionären Vater, Ehemann und vielleicht auch Sohn unterstützten. Bei den meist von Angehörigen der unterbürgerlichen Schichten veranstalteten sogenannten „Katzenmusiken“ stellten Frauen häufig den aktiven Teil der Menge⁴. Aber waren sie wirklich Revolutionärinnen? Blieben sie nicht das, was sie ohnehin waren – brave Ehefrauen und Töchter im Schatten des Mannes? Oder stellen wir so die falschen Fragen? Ich möchte anhand einiger Karlsruher Beispiele dieser Problematik nachgehen.

Am 1. Mai des Revolutionsjahres 1848 gründeten Frauen der städtischen Oberschicht unter dem Vorsitz von Johanna von Scheffel, der Mutter des Dichters Viktor von Scheffel, den Elisabethenverein. Der Verein diente der *leiblichen und sittlichen Unterstützung bedrängter Arbeiterfamilien*. Noch Jahrzehnte später hieß es in einer Selbstdarstellung des Vereins, der Teil des Badischen Frauenvereins wurde, die Gründung sei in die *verhängnisvolle Zeit* gefallen, *in welcher in Folge vorangegangener Mißjahre und damit verbundener Teuerung Mangel, Not und bange Sorge vor der nächsten Zukunft auf vielen braven Arbeitern und Arbeiterfamilien um so schwerer lasteten, als auch durch die Erregtheit und Unsicherheit der politischen Zustände Handel und Verkehr ins Stocken gerieten und manche Erwerbs-*

quelle zum Versiechen gebracht wurde⁵. Im Elisabethenverein sammelten sich die Frauen, die der Revolution sehr abwartend gegenüberstanden und die meinten, durch selbst organisierte Wohltätigkeit den revolutionären Gefahren entgegenzutreten zu können.

Doch auch die Anhängerinnen der Revolution meldeten sich in Karlsruhe zu Wort. Am 17. Juni 1849 erschien ein Aufruf von Karlsruher Frauen und Jungfrauen in der „Karlsruher Zeitung“, in dem es hieß: *Unsere Brüder geben ihr Blut und ihr Leben der großen Sache der deutschen Freiheit und Einheit zum Opfer! Wir schwachen Frauen haben nur die besten Wünsche! Daß wir aber nicht ganz untätig zusehen und doch etwas nützen können, haben wir einen Verein hier gebildet, welcher die Aufgabe hat, Kleidungsstücke (Blusen und Hemden) für die Streiter der Freiheit zu fertigen*⁶. Ganz in der Tradition der Freiheitskriege, die auch die weibliche Unterstützung durch Handarbeiten kannten, übten sich die Karlsruherinnen im Nähen für die Revolution. Sie nähten die Hemden der Freiheit.

Oder sie stickten die Fahnen des Krieges wie die Demokratinnen der kleinen Nachbarstadt Durlach. Am 16. Juni 1849, d. h. wenige Tage vor dem Einmarsch der preußischen Soldaten in Karlsruhe, erschien im Durlacher Wochenblatt ein Gedicht, das der Durlacher Bürger Klenert verfaßt und der Bürgerin Henriette Obermüller gewidmet hatte:

*Des Vaterlandes kampfgeübten Söhnen
Die gleich zum Siege, wie zum Tod bereit,
Hast Du mit andern freigesinnten Schönen
Die Fahne, die sie führen soll, geweiht.
Aus einem Herzen, welches längst entschieden
Und hochvollkommen für die Freiheit schlägt,
Kam diese Fahne, gleich den Purpurblüten,
Die in dem Lenz der Stock die Rose trägt*⁷.

Die hier besungene rote Fahne der Revolution, welche die Durlacher Turner in den Krieg trugen, trug zudem die Aufschrift *Siegen oder Tod*. Sie war von Durlacher Frauen gestickt worden und das Resultat heftiger Auseinandersetzungen.

Mit den Karlsruher und Durlacher Beispielen sind zwei Arten weiblicher Beteiligung an den aufgewühlten revolutionären Zeiten benannt: die öffentliche Stickerei oder auch Handarbeit als schmückende und aufbauende Stärkung revolutionären Männermutes und die eher konservativ begründete Wohltätigkeit, die darauf abhob, die schlimmsten Folgen sozialer Ungerechtigkeit aufzufangen.

Doch bleiben wir vorerst bei der Revolutionsanhängerin und in einem Gedicht verehrten Henriette Obermüller, die damals in Durlach lebte. Durlach war ein kleines Landstädtchen im Schatten der badischen Residenz- und Hauptstadt Karlsruhe. Anders als die eher hoftreuen Residenzstädter beteiligten sich viele Durlacher auch an den radikaldemokratischen Bestrebungen der Zeit. Eine der engagiertesten Verfechterinnen war Henriette Obermüller. Das Haus von Gustav und Henriette Obermüller galt als gesellschaftlicher Treffpunkt der Durlacher Demokraten. Beide Eheleute stammten aus einer Familie mit demokratisch-revolutionärer Tradition⁸. Die als Tochter des Oberrevisors beim Finanzministerium in Karlsruhe geborene Henriette heiratete 1837 ihren Vetter, den Handelsmann in Le Havre Gustav Obermüller. Er war der Sohn eines Kriegskommissärs⁹. Sein Bruder Wilhelm war schon auf dem Hambacher Fest und Teilnehmer des Frankfurter Wachensturms gewesen. Einige Jahre vor Beginn der Revolution verlegte das wohlhabende Ehepaar Obermüller seinen Wohnsitz von Le Havre nach Durlach. Gustav Obermüller, dessen Wohltätigkeit allgemein anerkannt war, besuchte während der Revolution verschiedene Volksversammlungen, war im revolutionären Bürgerverein und wurde Leutnant in der Bürgerwehr. Im „Verzeichnis der Hauptteilnehmer an der Mairevolution im Oberamtsbezirke Durlach“ hieß es über ihn: *Obwohl über dreißig Jahre alt, bekleidete er die Stelle als Leutnant im ersten Aufgebot und war ein Hauptwähler*. Vor allem aber seine Frau Henriette erregte viel Aufmerksamkeit, da sie nicht nur an Volksversammlungen teilnahm, sondern – laut späterer Anklage – *das Landvolk aufzureizen* suchte, d. h. öffentliche Reden hielt¹⁰. Über sie kursierten Gerüchte wie das, sie habe dem Lehrer und revolutionären Turner Reinhardt eine Anstecknadel in Gestalt einer Guillotine geschenkt.

Henriette Obermüller war wie ihr Mann eine Anhängerin der Idee einer Republik und gehörte damit zu der Fraktion, welche die Abschaffung der Monarchie forderte¹¹. Im Sommer 1848 nahm sie an dem badisch-pfälzischen Kongreß der demokratischen Vereine in Ettlingen teil und soll sich hier – wie ein Polizeispitzel festhielt – *unter die auf der Tribüne aufgepflanzten roten Fahnen placirt* haben. Sie war Mitglied des traditionellen Frauen- und Jungfrauenvereins in Durlach, dessen Mitglieder ebenso wie die des rein männlich besetzten Bürgervereins und der Bürgerversammlung um den richtigen Zukunftsentwurf stritten. Henriette Obermüllers öffentliches Auftreten für die „rote Republik“ ließ sie aber unter den Frauen, auch unter den Anhängerinnen der Revolution, zu einer Ausnahmeerscheinung werden. Doch kann als sicher gelten, daß sie unter den Durlacherinnen Gleichgesinnte fand.

Obwohl Frauen in der Bürgerwehr und auch in den Bürgerversammlungen auf dem Rathaus keine Stimme hatten, hatten die Durlacherinnen maßgeb-

lich Anteil an der Festlegung der politischen Richtung der Bürgerwehr¹². Im März oder Anfang April 1849 wurde das Programm für die Weihe der Bürgerwehrfahnen entworfen. Es sah vor, daß sich die Bürgerwehr mittags auf dem Schloßplatz versammelte, von da mit klingendem Spiel zum Marktplatz ging, um anschließend von den in dem Rathaus wartenden Frauen ihre Fahnen in Empfang zu nehmen¹³. Nachdem jedes Fähnlein seine eigene Fahne erhalten hatte, sollten die Frauen auf den Balkon des Rathauses treten, wo ihnen der Bannerkommandant im Namen der Bürgerwehr dankte. Sodann begab sich die Bürgerwehr zu ihrem Exerzierplatz, wo ein Altar für die Fahnen aufgebaut war. Nach einer Rede, nach Kanonendonner und einem halbstündigen Manöver der Bürgerwehr sollte eine „Volksbelustigung“ stattfinden, bis die Bürgerwehr abends ihre Fahnen wieder im Rathaus abgab.

Diese Inszenierung verortete die Frauen als Musen der Revolution und als Zuschauerinnen des männlichen Tuns. Hier wurde ein Verhältnis der Geschlechter auf dem Marktplatz und Rathausbalkon figuriert, das seit den Freiheitskriegen gegen Napoleon ganz wesentlich mit der Idee der Nation und des Vaterlandes in Deutschland verbunden war: Der kriegerisch-kämpferische Mann und die den Krieger für Vaterland und Freiheit schmückende oder auch pflegende Frau¹⁴. Die Art der Inszenierungen finden wir im gesamten 19. Jahrhundert – bei Fahnenweihen von Vereinen, bei vaterländischen Kundgebungen mit monarchistischer Ausrichtung, bei Umzügen und bei Festen. Frauen und Jungfrauen als Hintergrund und zugleich sinnstiftende Symbole für männliches Tun.

Doch die Durlacher Fahnenweihe hatte dennoch eine politisch-emanzipatorische Sprengkraft für die Frauen. Bis die Bürgerwehr endlich ihre Fahne erhielt, gab es harte Auseinandersetzungen, an denen die Frauen nicht nur beteiligt waren, sondern die sie auch entschieden. Bis zum Ende der Revolution blieb die Frage, wie die Fahne der Bürgerwehr auszusehen habe – rot oder weiß – strittig. Dabei handelte es sich nicht um Probleme der Ästhetik oder des Geschmacks, sondern um politische Bekenntnisse. Rot war die Farbe der sozialreformerischen Demokraten, d. h. der roten Republik eines Friedrich Hecker, weiß die Farbe der konstitutionellen Monarchie.

Die Frage erhitzte die Gemüter so, daß es bei einer von dem Radikaldemokraten Karl Leußler im Schloßgarten zusammengerufenen Versammlung der Bürgerwehrmänner sogar zu einer Schlägerei kam¹⁵.

Die Gestaltung der Fahne war aber nur in zweiter Linie eine Angelegenheit, die sich mit Fäusten regeln ließ, sie war vor allem ein Feld der politischen Betätigung der Frauen. Unter den Führungskräften der Bürgerwehr

fand sich eine Mehrheit für eine rote Fahne, welche die Frauen sticken sollten¹⁶. Daraufhin versammelten sich am 15. März die Durlacherinnen im großen Rathaussaal, um die Frage der Farbe zu verhandeln und zu entscheiden. Wie viele Frauen zusammenkamen, ist den Quellen nicht zu entnehmen, doch gab es wohl nicht wenige, die sich völlig zurückhielten und nicht erschienen.

Auch auf der Frauenversammlung trafen die unterschiedlichen politischen Positionen hart aufeinander: Dem aus Durlach stammenden, von gemäßigter Seite verfaßten Bericht in der Karlsruher Zeitung zufolge beschloß *die große Mehrheit von Frauen und Jungfrauen gegenüber einer kleinen Minderheit, deren Lenkerin mit maßloser Dreistigkeit die hochrote Fahne forderte*, daß das symbolträchtige Tuch weiß sein sollte. Über die Gründe dieser Mehrheitsverhältnisse lassen sich nur Vermutungen anstellen. Da die Führungskräfte der Bürgerwehr mehrheitlich Republikanhänger waren, ist es wahrscheinlich, daß die Frauen die Mehrheitsmeinung unter den vielleicht von ihren Offizieren eingeschüchterten Bürgerwehrmännern durchsetzten.

Daraufhin verfaßte Henriette Obermüller einen Aufruf an die Frauen und Jungfrauen, der am 25. März 1849 im Durlacher Wochenblatt erschien, eine Vereinsfahne eigens für die Turner zu stiften¹⁷. Bei dem späteren Prozeß gegen die Obermüllers wurde der Vorwurf erhoben, es sei in ihrem Haus eine rote Fahne mit den Aufschriften „Sieg oder Tod“ und „Durlachs Demokratinnen den Turnern“ gefertigt und den Turnern übergeben worden¹⁸. Ein anderes Mal wurde der Obermüller vorgeworfen, sie habe eine rote Fahne für die Bürgerwehr hergestellt¹⁹. Wer nun die rote Fahne mit dem Jakobinerspruch „Siegen oder Tod“ getragen hatte, die Bürgerwehr oder die Turner, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Da ohnehin für jedes Fähnlein eine Fahne übergeben werden sollte, d. h. da mehrere Fahnen gefertigt und geweiht wurden, ist zu vermuten, daß bei diesem Anlaß auch die Turner, die ebenfalls Mitglieder der Bürgerwehr waren, ihre Fahne in Empfang nahmen, mit der sie in den Krieg ziehen wollten. Für Henriette Obermüller brachte die Frage der Fahne und ihr Engagement für die Revolution einen kurzen Ruhm; am 17. Juni erschien das schon zitierte, ihr gewidmete Gedicht, die „Danksagung an die Bürgerin Henriette Obermüller“.

Nur einige Tage danach marschierten die Preußen in Durlach ein und beendeten jede Hoffnung auf Demokratie und Freiheit. Die Hauptverdächtigen wurden verhaftet – unter ihnen auch Henriette Obermüller, der u. a. das Fertigen der Fahne vorgeworfen wurde.

Henriette Obermüller saß ebenso wie ihr Ehemann monatelang im Gefängnis. Das Verzeichnis der Verhafteten im Oberamt Durlach nennt sie noch

am 15. Dezember 1849 als einzige Frau unter den „Hauptteilnehmern der Mai-Revolution“. In den ersten Januartagen des Jahres 1850 wurde sie gegen Kautions auf freien Fuß gesetzt, stand aber weiterhin unter polizeilicher Überwachung. Als ihr Mann endlich aus dem Gefängnis in Bruchsal entlassen wurde, war er todkrank und starb kurze Zeit später. Henriette Obermüller heiratete im Juni 1854 Jakob Venedey, mit dem sie – wenn auch unter beengten finanziellen Verhältnissen – in Zürich, Heidelberg, Berlin und Badenweiler ein glückliches Ehe- und Familienleben verband²⁰.

Henriette Obermüller gehörte zu einer Minderheit. Es bleibt die Frage: Warum gab es so wenige Mathilde Franziska Annekes, Amalie Struves und Emma Herwerghs oder Henriette Obermüllers?

Wenn wir den männlichen Wortführern der Revolution glauben, dann wollten die meisten Revolutionsanhänger keine Frauen in ihren Reihen. Ihr Selbstverständnis basierte mehrheitlich auf der Befestigung des herkömmlichen bürgerlichen Geschlechterverhältnisses, das in revolutionären Zeiten zudem mit einem gewissen Pathos aufgeladen wurde. Schon die Idee der Nation, die sich in den Zeiten der Freiheitskriege herausbildete, implizierte ein klar strukturiertes Männlichkeitsbild²¹. Karl von Rotteck veröffentlichte im Jahr 1808 in der Freiburger Zeitschrift „Iris“ einen Aufsatz „Über die Spartanerinnen“, in dem er die Teilhabe der Frauen an den Angelegenheiten des Staates ablehnte: *Denn Weiber haben nicht die Staaten gegründet; sie sind es auch nicht, welche ihnen vorstehen, sie zu verwalten oder zu beschützen vermögen; und darum ist auch meines Bedünkens unter den Mißgeburten der Phantasie, nach jener der Centauren, die der Amazonen die häßlichste*²². Rotteck war ein typischer Vertreter seiner Epoche. In der Zeit der Freiheitskriege entwarfen die gebildeten jungen Männer, Philosophen, Dichter und Naturwissenschaftler – häufig unterstützt von weiblicher Seite – ein Bild der Geschlechter, das auf einem Konzept der Gleichwertigkeit der Ungleichheit basierte²³. Gegen die Naturrechte, welche die Gleichheit der Menschen postulierten, stellten sie ihren Entwurf der weiblichen Natur. Damit wurde der Widerspruch zwischen der angeblichen Gleichheit aller Menschen und der Ablehnung der Gleichberechtigung der Frauen aufgehoben. Diese Argumentation wurde bald schon Lexikonwissen. In der von den beiden badischen Liberalen Karl von Rotteck und Karl Welcker herausgegebenen „Encyclopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände“ trug ein Artikel den Titel „Geschlechterverhältnisse“. Er stammte von einem der Herausgeber, von dem liberalen Professor, Politiker, Publizisten und Landtagsabgeordneten Karl Welcker. Er schrieb in der Ausgabe von 1847, die Frau müsse das Recht auf Bildung und Pressefreiheit haben, auch dürfe sie im Parlament zuhören und Petitionen einreichen, zumal ihre Anwesenheit zivilisierend auf die Männer wirke. Von allen weiteren politi-

schen Rechten und öffentlichen Ämtern sei sie allerdings auszuschließen, da die ganze physische Natur die schwächere, abhängige, schüchterne Frau zum Schützling des Mannes bezeichne und sie auf das stillere Haus, (...) auf die Bewahrung der heiligen Flamme des häuslichen Herdes verwiesen habe²⁴. Darin nämlich liege *ihre hohe naturgemäße Bestimmung für Tugend und Glück ihrer Familien und ihres Vaterlandes (...)*²⁵.

Welckers Konzept der Ordnung der Geschlechter²⁶ wurde nicht zufällig ein Artikel im Lexikon über „sämmliche Staatswissenschaften“ gewidmet. Die Trennung von „privat“ und „öffentlich“ war grundlegender Bestandteil des frühliberalen vernunftrechtlich begründeten Staatsentwurfs. Der Staat sollte gemäß vernunftrechtlicher Grundsätze ein *öffentliches Gemeinwesen freier Bürger seyn* und sich damit von der Feudalgesellschaft abheben²⁷. Die Feudalgesellschaft sei eine von persönlichen Abhängigkeiten geprägte Sozial- und Politikordnung, in der es keine öffentlichen Angelegenheiten gebe, sondern in dem das Gemeinwesen zur Privatsache des Landesherren oder Territorialfürsten werde. Das aber entspricht Welckers Bestimmung der Frau als Schützling des Mannes. Die Frau bleibt danach in einem dem öffentlichen Recht und damit der Gemeinschaft der freien Bürger entzogenen privatrechtlichen Raum befangen. Sie ist das Abgesonderte, das Nicht-Gemeinschaftliche und damit letztlich der feudale Rest, der den freien Bürger im Privaten zum Feudalherren macht.

Doch was haben der 1775 geborene Rotteck und der 1790 geborene Welcker mit der jüngeren Generation der Revolutionäre zu tun, die doch so überzeugte Demokraten wie Friedrich Hecker hervorbrachte? Dieser badische Freiheitsheld mußte im Exil in den USA das Wachsen der amerikanischen Frauenbewegung erleben und appellierte 1872 mit aller Emphase an seine Geschlechtsgenossen: *Wem von Euch, ihr Männer, den die Stürme des Lebens geschüttelt, den der Haß verfolgt, dem die schwere schwarze Sorge den Rücken gebeugt, dessen Ideale zerronnen, dessen Hoffen bankrott geworden, wem von Euch, ihr Männer ist nicht ein frommer, besänftigender Strahl ins Herz gedrungen, wenn das Lichtlein eures Hauses blinkte; wo sie saß, die treue Gefährtin, tief in der stillen Nacht noch die fleißigen Hände regend für den Kämpfer draußen und für die schlafenden Kleinen, wenn sie ihm dann die müde Stirne küßt und die Last der Sorgen, mit ihm teilend, erleichtert!*²⁸ Diese Idee der treuen Gefährtin zu Hause begeisterte schon den jungen badischen Revolutionär. In seinen bald nach dem Scheitern seines Aufstandes vom April 1848 verfaßten Erinnerungen hielt er fest: *Sonntag den 9. (= April) mit Tagesanbruch verabschiedete ich mich von meinem Weibe, welches in Freud und Leid treu und innig bei mir gestanden, bei der ich in ungetrübtem häuslichen Glücke so oft Ruhe und Ersatz nach den Kämpfen des öffentlichen Lebens gefunden, drückte einen*

*Kuß auf die Stirne meiner drei schlafenden Kleinen (...)*²⁹. Der Held der Rednertribüne, der Straße und der Revolution braucht eine Stütze, die ihm den Rücken stärkt und freihält. Das von Welcker als Lexikonwissen formulierte Geschlechterverhältnis blieb auch in den Monaten der Revolution von 1848/49 letztlich unangetastet; es wurde zum Muster, vor deren Hintergrund sich der Freiheitskämpfer entwerfen konnte.

Die Stellung der Frau als feudaler Rest in einer auf vernunftrechtlichen Grundsätzen basierenden Nation wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts auch im bürgerlichen Recht manifestiert. Die rechtliche Lage der Frauen verschlechterte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sogar. Das wurde noch in dem 1896 verabschiedeten Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben, das unverheirateten Frauen über 25 Jahren die volle Rechtsmündigkeit zusprach, sie den verheirateten Frauen aber weiterhin verwehrte³⁰.

Nur einige Frauen hatten die Teilnahme an den Angelegenheiten des Staates öffentlich eingefordert. Nach Niederschlagung der Revolution wurden ihre politischen Frauenvereine verboten oder sie lösten sich auf. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts fand die Forderung nach weiblicher Gleichberechtigung in der Politik Verbreitung.

Die Mehrheit der Frauen fand in den kommenden Jahrzehnten andere Wege, an der gesellschaftlich-politischen Macht teilzuhaben: Gleichzeitig mit der Verfolgung der Demokraten begannen landesweit Anstrengungen für eine ausgeweitete Fürsorgepolitik. Jetzt kam das schon 1848 vom Karlsruher Elisabethenverein formulierte Anliegen zum Tragen. Die Erkenntnis, daß auch das Massenelend der 1840er Jahre zur Entstehung der revolutionären Stimmung beigetragen hatte, veranlaßte nun kirchliche Kreise und kommunale Gremien zu einer sozialpolitischen Offensive.

Dieser Aufgabe stellte sich u. a. der Verein für innere Mission, dessen badischer Landesverein am 10. Oktober 1849 in Durlach gegründet wurde. Der Durlacher Verein widmete sich neben der Verbreitung von „Erbauungsschriften“ vor allem der Wohltätigkeit, wie sie schon vom Frauenverein betrieben wurde. Der Durlacher Gemeinderat beschloß am 11. März 1850 die Einrichtung einer „Verpflegungs- und Beschäftigungsanstalt“, deren Zweck es war, *der dringenden und geheimen Not in der Gemeinde abzuhelpfen, die Arbeitsamkeit zu fördern, auf die sittliche Verbesserung der Armen hinzuwirken, dem Müßiggang und dem Bettel Grenzen zu setzen, den würdigen Armen zu unterstützen, den unwürdigen Armen aber, wozu besonders arbeitsscheue Müßiggänger gehören, auszuschließen*³¹. Der traditionelle Frauenverein wurde zur Mitwirkung hinzugezogen, indem die Frauen die notwendigen Auskünfte über die Armen einziehen sollten.

Überwachung und Erziehung zum Fleiß sollten nun die Armut und – wie man hoffte – den sozialen Unmut einschränken.

Dieses Modell weiblicher Betätigung auf kommunaler und landesweiter politischer Ebene setzte sich im Großherzogtum Baden durch. Dazu trug ganz wesentlich der 1859 gegründete Badische Frauenverein bei. Auffallend ist, daß das Selbstverständnis dieses Vereins auf einem Geschlechterverhältnis basierte, das auch die Frauen der Revolution von 1848/49 für sich in Anspruch genommen hatten. In der Vereinsfestschrift von 1881 hieß es: *Welterschütternde Kämpfe zwischen großen Nationen (...) haben (...) die jetzt im Leben und Wirken stehende Generation mächtig in Anspruch genommen. Von diesen Kämpfen und Ringen sind auch die Frauen nicht unberührt geblieben, sie haben daran teilgenommen in ihrer Weise, mit dem Herzen und mit der Liebe, die sie drängt, die Wunden, welche die Schlachten geschlagen, zu heilen (...)*³².

Mit dieser Äußerung nahm der Frauenverein Bezug auf den Krieg von 1870/71, d. h. auf die Gründung der deutschen Nation durch Bismarcks Blut- und Eisenpolitik unter monarchistischem Vorzeichen. Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern allerdings war nicht neu, sie entsprach der in den Freiheitskriegen postulierten und in der Revolution von 1848/49 mit Freiheitspathos versehenen.

Es bleibt die Frage: Welche Emanzipationskonzepte, welche Vorstellungen weiblicher Teilhabe an bisher verwehrtten Sphären konnten in der Zeit der Revolution von 1848/49 entwickelt werden, d. h. in einer Zeit, die von einem rein männlich besetzten Parlament und schließlich von dem als Mänbertugend gefeierten Freiheitskrieg geprägt war? Das allerdings beschreibt eine Forschungsaufgabe, welche die Geschichtsschreibung noch vor sich hat³³.

Aber so fern uns die Zeiten der Revolution vielleicht heute scheinen. Es wurden damals Sätze gesagt, die bis heute Gültigkeit haben. Zum Schluß sei daher nochmals Louise Otto zitiert, die schon 1843 feststellte: *An der Stellung, welche die Frauen in einem Lande einnehmen, kann man sehen, wie dick von unreinen Nebeln oder wie klar und frei die Luft eines Staates sei; – die Frauen dienen als Barometer der Staaten*³⁴.

Anmerkungen

- 1 Anna *Blos*, *Frauen der deutschen Revolution 1848* (Stuttgart 1928) S. 7.
- 2 Vgl. hierzu u. a. Margit *Twellmann*, *Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843–1889* (Kronberg 1976), Ruth-Ellen *Boetcher Joeres* (Hrsg.), *Die Anfänge der deutschen Frauenbewegung: Louise Otto-Peters* (Frankfurt 1982), Ute *Frevert*, *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit* (Frankfurt 1986) S. 72 ff. und Ute *Gerhard* (unter Mitarbeit von Ulla *Wischermann*), *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung* (Frankfurt 1990) S. 42 ff., Ilse *Nagelschmidt*, *Johanna Ludwig* (Hrsg.), *Louise Otto-Peters. Politische Denkerin und Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung* (Dresden 1996) (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung).
- 3 Zit. nach *Twellmann* (wie Anm. 2), S. 4.
- 4 Vgl. zur Beteiligung und der Rolle der Frauen in der Revolution von 1848/49 die bis heute informative und quellenreiche Sammlung von Gertrud *Hummel-Haasis* (Hrsg.), *Schwester zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49* (Frankfurt/M 1982). Vgl. zum allgemeinen Forschungsstand zu Beginn der 1990er Jahre die Bibliographie von Sylvia *Paletschek*, *Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution 1848/49*, in: Beate *Fieseler*, Birgit *Schulz* (Hrsg.), *Frauengeschichte gesucht – gefunden? Auskünfte zum Stand der historischen Frauenforschung* (Köln u.a. 1991). Seitdem wurde die Fragestellung zwar wiederholt auch in regionalen Studien aufgegriffen – hier sei besonders auf die Veröffentlichungen von Carola *Lipp* (Hrsg.), *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49* (Bühl-Moos 1986) und Gabriella *Hauch*, *Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848* (Wien 1990) – verwiesen, doch steht eine Darstellung der badischen Ereignisse aus diesem Blickwinkel aus. Zur Beteiligung von Frauen an der badischen Revolution liegen inzwischen einige Einzeldarstellungen vor, und es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Monaten im Zuge der neu erwachten Revolutionsforschung etliche folgen werden. Vgl. z.B. Gerlinde *Hummel-Haasis*, „Ein ganzes Regiment Weiber, um für das Vaterland zu kämpfen“. Badische Frauen in der revolutionären Demokratie 1848/49, in: *Allmende* 3/1983, S. 40–49 und Uwe *Schellinger*, „...und besonders verdient die Frauenwelt das Lob, zum Besseren mitgewirkt zu haben“. Die Rolle der Frauen während der Revolutionsereignisse 1848/49 am Beispiel der Aktivitäten in der Ortenau, in: *Die Ortenau* 76 (1996) S. 321–356. Einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema liefert auch das gerade erschienene Buch *Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg*. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg (Karlsruhe 1997). Hier lassen sich unter Zuhilfenahme des Registers zahlreiche Hinweise auf die Beteiligung der Frauen in den einzelnen Orten und Städten finden. In der Publikation über die Offenburger Ereignisse werden einzelne Frauen vorgestellt: Franz X. *Vollmer*, *Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution* (Karlsruhe 1997) S. 415 ff. Der Katalog zur Offenburger Ausstellung vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg thematisiert ebenfalls die Beteiligung von Frauen, *Des Volkes Freiheit. Die Revolutionäre von Offenburg 1847–49*. Ausstellung in Offenburg vom 12. September 1997 bis 18. Januar 1998. Hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Stadt Offenburg (Offenbach 1997). Trotz der Einzelbeiträge blieb bis heute die Frage der Rolle der Frauen und die Frage der Geschlechterverhältnisse in der Zeit der Revolution von 1848/49 in Baden weitgehend unbearbeitet. Vgl. hierzu z.B. das Forschungsvorhaben

- von Barbara *Guttmann* und Ute *Grau*, Frauen in der Revolution 1848/49 in Baden (Karlsruhe 1997).
- 5 Geschichte des Badischen Frauenvereins. Festschrift zur Feier der silbernen Hochzeit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs Friedrich und der Großherzogin Luise und der Vermählung Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Viktoria mit seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Oskar Gustav Adolf von Schweden und Norwegen am 20. September 1881 (Karlsruhe 1881) S. 260.
 - 6 Zit. nach *Hummel-Haasis* (wie Anm. 4), S. 91 f.
 - 7 Das Gedicht ist abgedruckt in Alexander *Mohr*, Die Stadt Durlach in der Badischen Revolution von 1848/49. Ein Beitrag zur Revolution in der Provinz (Karlsruhe 1993) S. 122.
 - 8 Vgl. zur Familie Obermüller: Heinrich *Raab*, Die „revolutionären Umtriebe“ der Familie Obermüller von Karlsruhe während der Zeit von 1832 bis 1849, in: *Badische Heimat* (1993), S. 481–489. Vgl. zum folgenden vor allem S. 486 ff. und Dagmar *Herzog*, Aus Durlachs Vergangenheit – ein revolutionäres Ehepaar. (Unveröffentlichtes Manuskript). Vgl. zur Geschichte der Henriette Obermüller Hermann Venedey, Henriette Venedey. Ein Lebensbild (Basel 1937). Es handelt sich um die überarbeitete Autobiographie der Henriette Obermüller, die in zweiter Ehe mit Jakob Venedey verheiratet war. Für den Hinweis auf diese Schrift danke ich Jutta Dresch. Vgl. auch Birgit *Bublies-Godau*, Jakob Venedey – Henriette Obermüller-Venedey: Der Held des Parlaments und die Heckerin, in: Sabine *Freitag*, Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, S. 237–248. Die Ergebnisse konnten nicht mehr berücksichtigt werden.
 - 9 Vgl. zu den Vätern der beiden auch Handbuch für Baden und seine Diener. Verzeichnis aller badischen Diener vom Jahr 1790 bis 1840, nebst Nachtrag bis 1845 (Heidelberg 1846) S. 168 und S. 84.
 - 10 Vgl. Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK) 236/8535.
 - 11 Vgl. zu ihrer politischen Meinung *Venedey* (wie Anm. 8).
 - 12 Vgl. zum folgenden die Darstellung in *Mohr* (wie Anm.) S. 112 ff. und Susanne *Asche*, Die Bürgerstadt, in: Susanne *Asche*, Olivia *Hochstrasser*, Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt (Karlsruhe 1996) (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs Bd. 17), S. 147–443, S. 287 ff.
 - 13 Vgl. Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 5/Durlach A 2005.
 - 14 Vgl. hierzu u. a. Karen *Hagemann*, „Heran, heran, zu Sieg oder Tod!“ Entwürfe patriotisch-wehrhafter Männlichkeit in der Zeit der Befreiungskriege, in: Thomas *Kühne* (Hrsg.), Männergeschichte, Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne (Frankfurt/M – New York 1996) S. 51–68 und Ute *Frevert*, Soldaten, Staatsbürger. Überlegungen zur historischen Konstruktion von Männlichkeit, in: *Kühne*, ebenda, S. 69–87. Vgl. auch Mechthild *Rumpf*, Staatsgewalt, Nationalismus und Geschlechterverhältnis, in: Frauen und Nation. Hrsg. von „Frauen und Geschichte Baden-Württemberg“ (Tübingen 1996) (Frauenstudien Baden-Württemberg) S. 12–29.
 - 15 Vgl. *Mohr* (wie Anm. 7), S. 112 ff.
 - 16 Vgl. Karlsruher Zeitung vom 20. März 1849: Hier ist die Rede von einem „im Hinblick auf die politischen und sozialen Grundsätze der Mehrheit der gegenwärtigen Bürgerwehrführer gewiß übereilte(n) Schritt, den wir grundsätzlich strenge tadeln müssen, (...) sollte nicht unauslöschliche Schmach über uns kommen.“ Vgl. auch zum folgenden ebenda.
 - 17 Vgl. Vereinszeitung Turnverein Durlach vom Dezember 1926, Nr. 3.
 - 18 Vgl. GLAK 240/2172.

- 19 Vgl. GLAK 236/8535.
- 20 Vgl. *Venedey* (wie Anm. 8), S. 62 ff.
- 21 Vgl. *Rumpf* (wie Anm. 14) und Susanne *Asche*, Juden und Frauen als Staatsbürger zweiter Klasse. Die Konzeptionen südwestdeutscher Liberaler in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Frauen und Nation* (wie Anm. 14), S. 66–77, S. 72 ff.
- 22 Zit. nach Rüdiger von *Treskow*, *Erlauchter Vertheidiger der Menschenrechte! Die Korrespondenz Karl von Rottecks*. Bd. 1: Einführung und Interpretation (Freiburg und Würzburg 1990) S. 59.
- 23 Vgl. hierzu u.a. Karin *Hausen*, Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Heidi *Rosenbaum* (Hrsg.), *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen* (Frankfurt/M 1978) S. 161–191. Barbara *Duden*, Das schöne Eigentum. Zur Herausbildung des bürgerlichen Frauenbildes an der Wende vom 18. Zum 19. Jahrhundert, in: *Kursbuch 47* (1977) S. 125–142. Susanne *Asche*, Die Liebe, der Tod und das Ich im Spiegel der Kunst. Die Funktion des Weiblichen in Schriften der Frühromantik und im erzählerischen Werk E.T.A. Hoffmanns (Königstein/Ts 1985). Auf die Widersprüchlichkeit der Argumentation frühliberaler Denker, die die rechtliche Gleichheit der Frauen ablehnten und zugleich die rechtliche Gleichheit aller Menschen postulierten, hat schon Langewiesche hingewiesen. Vgl. Dieter *Langewiesche*, *Liberalismus in Deutschland* (Frankfurt 1988) S. 33.
- 24 Karl Theodor *Welcker*, „Geschlechterverhältnisse“, in: *Das Staatslexikon. Encyclopädie der sämmtlichen Staatswissenschaften für alle Stände*, hrsg. von Karl v. *Rotteck* und Karl *Welcker*, Bd. 5 (Altona 1847) S. 654–679, S. 672 f. und S. 661.
- 25 Karl Theodor *Welcker*, „Geschlechterverhältnisse“ in der Ausgabe des *Staatslexikon* von 1838 (wie Anm. 24), S. 649. Zit. nach *Treskow* (wie Anm. 22) S. 58.
- 26 Vgl. hierzu auch Claudia *Honegger*, *Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750–1850* (Frankfurt/M 1991).
- 27 Karl Theodor *Welcker*, Über das Verhältnis der Staatsdiener zum Volk, in: *Vaterländische Hefte über innere Angelegenheiten für das Volk*. Hrsg. von Mitgliedern der zweiten Kammer. 1. Heft (Karlsruhe 1842) S. 95–103, S. 99.
- 28 Friedrich *Hecker*, *Reden und Vorlesungen* (St. Louis und Neustadt a. Haardt 1872) S. 85.
- 29 Zit. nach Friedrich *Lautenschlager*, *Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente aus der badischen Revolution 1848/49* (Konstanz 1920) S. 109.
- 30 Vgl. *Gerhard* (wie Anm. 2) S.225ff. und *Frevert* (wie Anm. 2) S. 132 ff.
- 31 *Geschichte des Badischen Frauenvereins* (wie Anm. 5), S. 304 f.
- 32 Ebenda, S. III.
- 33 Der Frage nach weiblichen Emanzipationsstrategien in den Revolutionen von 1789 und 1848/49 war eine vom 14. bis 16. November 1997 in Bad Urach stattfindende Tagung gewidmet, die der Verein *Frauen & Geschichte Baden-Württemberg*, die Landeszentrale für politische Bildung und das Haus der Geschichte Baden-Württemberg veranstalteten. In dem Dokumentationsband dieser Tagung werden sich erste Antworten auf die Frage und Forschungshypothesen finden lassen.
- 34 Louise Otto in den *Sächsischen Vaterlandsblättern*, 3. Jg. 142 (September 1843), zit. nach Ruth-Ellen *Boetcher Joeres* (Hrsg.) (wie Anm. 2), S. 76.

Amalie Hofer, geb. Weissenrieder – Auf den Spuren einer politisch engagierten Frau

Ruth Jansen-Degott

Sie sind nicht leicht zu finden, die Revolutionärinnen, die sich 1848/49 am Kampf für Freiheit und Einheit beteiligten. Aber es gab sie doch, diese Frauen, auch wenn sie heute in Vergessenheit geraten sind oder ihre Beteiligung am Revolutionsgeschehen marginalisiert wird. Lediglich einige berühmte Revolutionärinnen, wie Amalie Struve, Mathilde Franziska Anneke, Emma Herwegh oder Louise Otto-Peters werden in den einschlägigen Darstellungen über die Revolutionsjahre erwähnt.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, sich einer bürgerlichen Frau biographisch anzunähern, die neben ihrem lokal-berühmten Mann eher verblaßte. Es handelt sich um Amalie Hofer, geb. Weissenrieder, die Ehefrau des „Revolutionshans“¹. Auf diese Weise soll heute nach 150 Jahren ihr Andenken gewürdigt werden, wenngleich es nicht das „ruhmvolle Denkmal“ ist, das sie und ihre Mitstreiterinnen damals vor Augen hatten. Mit den Worten: *Ihr werdet für ewige Zeiten Euch ein ruhmvolles Denkmal setzen!*² hatte sie ihre Geschlechtsgenossinnen aufgerufen, sich für die Sache der Revolution zu engagieren – dazu aber später.

Einige allgemeine Vorüberlegungen

Welche Möglichkeiten politischen Engagements konnten Frauen Mitte des letzten Jahrhunderts überhaupt entwickeln? Um es gleich vorweg zu nehmen: Für Frauen waren die Möglichkeiten eingeschränkt. Unser heutiges Verständnis und unsere Vorstellungen einer politisch engagierten und emanzipierten Frau dürfen wir nicht auf das 19. Jahrhundert übertragen, sondern wir müssen das Rollenbild der Frau im 19. Jahrhundert berücksichtigen. Nach den Vorstellungen der Bildungsbürger sollte sich die weibliche Lebenswelt auf das Private, auf Haus und Familie, beschränken, die Öffentlichkeit hingegen gehörte zum männlichen Wirkungsbereich.³ Erwerbstätigkeit und Politik waren Männersache. Die Frau hatte dem Idealbild einer guten Hausfrau, liebenden Ehefrau und fürsorglichen Mutter zu entsprechen. Sie besaß kein Wahlrecht und durfte keine politischen Ämter übernehmen. Mann und Frau waren einerseits von Natur aus unterschiedlich und andererseits ergänzten sie sich.⁴ So wurden dem Mann Vernunft,

Aktivität, Stärke, Aggressivität als Eigenschaften zugeschrieben, der Frau hingegen Gefühl, Passivität, Schwäche und Liebe. Wie frau sich zu verhalten hatte, damit sie „weiblich“ und „natürlich“ wirkte, wurde ihr durch die gesellschaftlichen Konventionen vorgeschrieben.⁵

Diese Weiblichkeitsentwürfe dürfen nicht mit der damaligen gesellschaftlichen Realität gleichgesetzt werden. Aber es gilt zu bedenken, daß solche gesellschaftlichen Wertvorstellungen auf das reale Leben der Frauen Einfluß nahmen. So gerieten sogar politisch engagierte Frauen, die sich schriftstellerisch für ihre Rechte einsetzten, mit dem herrschenden Bild der Frau in Konflikt. Sie versuchten, ihre Ansichten und Aktionen zu rechtfertigen. Schließlich wollten sie nicht unweiblich oder gar *emanzipiert*⁶ wirken. Sie wurden nicht nur dem Spott der Männer, sondern auch dem ihres eigenen Geschlechts ausgesetzt. Dazu Louise Dittmar⁷: *Laßt Euch nicht irremachen durch das Gespötte so vieler, welche die Emanzipation der Frauen (Befreiung aus sklavischen Verhältnissen) dadurch ins Lächerliche zu ziehen suchen, daß sie weibliche Subjekte als emanzipiert anführen, welche sich bei Trinkgelagen durch Rauchen und Zotenreißen hervortun.*⁸

Nur wenige Frauen sprengten die ihnen zugewiesene Rolle. Aber in der Zeit des Vormärz und der Revolution fand ein Bewußtseinswandel statt. Im Zuge der „neuen Zeit“ veränderte sich auch das Rollenbild der Frauen.

Untersuchungen über bestimmte Gruppen sind immer mit dem Problem der Pauschalisierung konfrontiert. Die Frauen als homogene Gruppe gibt es nicht. Meistens, wenn von den revolutionären Frauen die Rede ist, sind bürgerliche Frauen gemeint. Dies liegt u. a. daran, daß die ohnehin spärlichen Quellen kaum Aussagen über oder von Unterschichtsfrauen enthalten.

Es ist notwendig, soziale Schichten zu unterscheiden: unterbürgerliche Schichten nutzten andere Handlungsmöglichkeiten als bürgerliche. So artikulierten unterbürgerliche Frauen ihren Protest in spontanen Aktionen. Sie gingen auf die Straße, wie z. B. beim Ulmer Brotkrawall, oder veranstalteten sogenannte Katzenmusiken.⁹ Bürgerliche Frauen hingegen konnten aufgrund ihrer Bildung und sozialen Stellung andere Formen wählen: Sie gründeten z. B. Frauenvereine mit unterschiedlichen Zielsetzungen (caritativ, konfessionell, politisch). Die demokratischen Frauenvereine stritten nicht für die Belange der Frauen, sondern sie unterstützten die allgemeinen Forderungen der Revolution: Freiheit und nationale Einheit. Viele politisch aktive Frauen erkannten bald, daß mit der erstrebten Freiheit nicht ihre, sondern nur die Freiheit der Männer gemeint war. Deshalb setzten sich die

deutschkatholischen Frauenvereine auch für weibliche Interessen ein, hier finden sich emanzipatorische Forderungen.¹⁰ Andere bürgerliche Frauen machten in den 40er Jahren publizistisch auf die unterdrückte Stellung der Frau aufmerksam.¹¹ Es waren nicht einzelne Stimmen, sondern eine größere Anzahl von Frauen, die sich im Zuge der Revolution um eine Verbesserung der weiblichen Lebensverhältnisse bemühte.

Die Aktivitäten der Frauen müssen an deren jeweiligen Möglichkeiten gemessen werden. Eine verheiratete revolutionär gesinnte Frau konnte sich nur mit Erlaubnis oder Unterstützung ihres Ehemannes politisch engagieren und mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit treten. Die Frau eines konservativ eingestellten Mannes hätte sich nie im Sinne der Revolution öffentlich hervortun können.

Quellenlage

In den Quellen tauchen Frauen höchst selten auf. Ist daraus zu schließen, daß sie weniger engagiert waren? Es liegt wohl eher am bürgerlichen Rollenbild der Frau und an ihrer rechtlichen Stellung. So wurden in Baden nur 180 Frauen gegenüber 40 000 Männern strafrechtlich belangt. Es gibt leider so gut wie keine Briefe, Tagebücher oder andere Dokumente, die die Meinungen, Kommentare oder Gefühle der Frauen bzgl. der revolutionären Ereignisse festhielten.¹² So sind wir auf Hinweise über Frauen in Kirchenbüchern, Ratsprotokollen, in lokalen und überregionalen Zeitungen sowie strafrechtlichen Prozeßakten angewiesen.

Auch von Amalie Hofer gibt es keine persönlichen Zeugnisse. Ihre Lebensdaten ließen sich jedoch ergänzen, indem ich im Gengenbacher Pfarrarchiv den Spuren ihrer Familie folgte und dabei auf die Urenkelin der Hofers, Annemarie Klugkist, stieß. Frau Klugkist, die heute in Bremen lebt, gewährte mir Einblick in ihre Familiengeschichte.¹³ Ihre Mutter beschäftigte sich in den 30er und 50er Jahren (des 20. Jh.) mit Johann und Amalie Hofer. Andere Quellen, wie Kirchenbücher, das Offenburger Wochenblatt sowie die Raabsche Kartei¹⁴, die über Amalie Hofer Auskunft geben, wurden herangezogen und zu der Familiengeschichte in Beziehung gesetzt.

Am Rande sei noch bemerkt, daß in der Hofer-Klugkist-Familienchronik die politischen Aktivitäten von Amalie Hofer nicht erwähnt werden. Sie wird wohl im Schatten ihres so bekannten Ehemannes gestanden haben. Hier wird wiederum deutlich, wie wenig Frauen in persönlicher wie allgemeiner „Geschichtsbetrachtung“ Beachtung fanden.

1. Herkunft und Heirat

Amalie Weissenrieder wurde als zweites von zwölf Kindern am 12. September 1820 in Gengenbach geboren. Sie war eine eheliche Tochter des Thaddäus Weissenrieder, *Bürger und Sonnenwirt dahier* und der Louise Broß.¹⁵ Vier ihrer Geschwister überlebten das Kleinkindalter nicht. Vier weitere Geschwister sind laut Familienbuch nach Amerika ausgewandert.¹⁶ Ihr ältester Bruder Eduard verließ Gengenbach ohne seine Ehefrau 1848. Ein anderer Bruder, Xaver, suchte 1851 sein Glück in Amerika.¹⁷ Zwei Schwestern, Louise und Stephania, verheirateten sich ebenfalls in Amerika.¹⁸ Auch wenn es noch andere Auswanderungsmotive als die gescheiterte Revolution gab, scheint es sich bei den Weissenrieders um eine politisch engagierte Familie gehandelt zu haben. Denn die Tatsache, daß so viele Familienmitglieder der Weissenrieders nach Amerika auswanderten, legt den Schluß nahe, daß sie aufgrund ihrer Aktivitäten während der Revolution das Land verlassen mußten.

Eine andere Schwester von Amalie, Karoline (1824–1904), betätigte sich ebenfalls politisch. Sie führte mit drei anderen Frauen in Gengenbach im Juni 1849 eine erfolgreiche Sammlung für die Festung Rastatt durch. Dabei kamen Geld, Lebensmittel, Kleidungsstücke und Verbandsmaterial zusammen. Im Offenburger Wochenblatt vom 19. 6. 1849 bedankten sich die verantwortlichen Frauen bei den *Gebern* sowie bei den *Jungfrauen, welche mit lobenswerthem Eifer die Fertigung der Binden, Kleiensäckchen ec. übernahmen*.¹⁹ Sie beendeten ihren genauen Rechenschaftsbericht mit einer Aufforderung, weitere Spenden in Empfang zu nehmen, und unterzeichneten mit ihren vollen Namen: *Louise Sohler, Theresia Fahrländer, Karoline Spinner, Victoria Stölker*.

Karoline Weissenrieder, die 1846 den Salmenwirt Anton Spinner geheiratet hatte, stand sicherlich mit ihrer Schwester Amalie in Verbindung. Schließlich übte ihr Schwager, Johann Hofer, für kurze Zeit, Mitte Mai bis Anfang Juni, das Amt des Zivilkommissars in Gengenbach aus.²⁰ Die Sammlungsaktivitäten der Gengenbacherinnen fielen auf jeden Fall in diesen Zeitraum. Ihr Bericht war vom 13. Juni 1849 datiert, ein vorangegangener Aufruf konnte leider nicht ausgemacht werden.²¹

Zurück zu Amalie Weissenrieders Lebensdaten: Sie freundete sich 1840 mit Johann Hofer an (geb. 18. 8. 1810), der Rechtspraktikant in Gengenbach war und neben der „Sonne“ beim Stadt-Apotheker wohnte. Die beiden heirateten am 18. Oktober 1842 in Gengenbach.²² Anschließend zog das junge Paar nach Lahr, wo sich Hans Hofer 1843 als Anwalt niederließ. Ich möchte hier nicht auf Hans Hofers vielfältige politische Aktivitäten

eingehen²³, sondern nur erwähnen, daß er dem Lager der radikalen Demokraten angehörte.

Die Hofers wohnten von 1842 bis August 1848 in Lahr. In dieser Zeit bekam Amalie drei Kinder: 1843 wurde der Sohn Ernst geboren, 1845 folgte die Tochter Bertha und 1847 der Sohn Otto. Ob Amalie in der Lahrer Zeit sich schon für Politik interessierte oder gar tätig wurde, ist unbekannt.

Als sich am 22. August 1843 die Einführung der badischen Verfassung zum 25. Mal jährte und in Baden dieses Ereignis gefeiert wurde, hielt Johann Hofer in Lahr auf dem Schutterlindenberg die Festrede. Amalie könnte unter den Frauen gewesen sein, die gegenüber der Rednerbühne auf Bänken Platz genommen hatten, um ihrem Mann zu lauschen. Dieser rief in seiner flammenden Rede dazu auf, *das Kleinod der Verfassung zu schützen mit Gut und Blut, zu verteidigen nach innen und außen mit der Kraft des Geistes, mit dem Mute freier Männer und mit dem Schwerte in der Hand.*²⁴ Einige tausend Menschen nahmen an dieser Feier teil, die mit Musik, Gesang und Feuerwerk einem Volksfest ähnelte. Amalie Hofer wird sich wohl kaum dem ganzen Umtrieb entzogen haben, zumal ihr Mann bei der Inszenierung des Festes eine führende Rolle spielte. So tat er sich auch als Verfasser eines Festliedes hervor mit folgendem Refrain: *Lasst die Trompeten werben, für's Vaterland zu sterben! Ziehn wir zum Kampf für Freiheit, Recht und Licht. Wir beben vor dem Heer der Feinde nicht!*²⁵

Johann Hofers politische Gesinnung kam in seinen Gedichten immer wieder deutlich zum Ausdruck.²⁶ So widmete er der „Offenburger Männerversammlung vom 19. März 1848“ ein Volkslied, in dem er im Refrain *Zerschlagt das morsche Sklavenjoch* zur bewaffneten Abschaffung der Monarchie aufrief. Den Frauen wurde in diesem Lied ein eher traditioneller Platz zugewiesen:²⁷

*Laßt jetzt den Greisen das Gewerbe,
Den Frauen überlaßt den Heerd,
Die werden sorgen für das Erbe,
Sie sind der deutschen Männer werth.*

Der Mann zog in den Kampf, die Frau hingegen hütete daheim Haus, Hab und Gut. Sie sollte den Kampf der Männer mit ihrer Begeisterung und Tatkraft zu Hause unterstützen. Damit zeigte sie sich als treue politische Gefährtin der Männer *werth*. Wie wird wohl Amalie diese Aufgabenverteilung beurteilt haben? In der Lahrer Zeit widmete sie sich noch ganz ihren häuslichen Aufgaben.

2. Politische Aktivitäten und deren Konsequenzen

Im Sommer 1848 zogen die Hofers dann nach Offenburg um. Erst hier verließ Amalie Hofer ihren häuslichen Bereich, um in die Öffentlichkeit zu treten und politisch aktiv zu werden.²⁸ Im Frühsommer initiierte und organisierte sie zusammen mit Nannette Rehmann die Spendensammlungen für das Revolutionsheer.

Ob hinter dieser Aktion ein demokratischer Frauenverein stand, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Zwei Hinweise finden wir jedoch in den Quellen, die auf die Existenz eines solchen Vereines deuten. Johann Hofer erwähnt in seiner im November 1849 im Straßburger Exil verfaßten Verteidigungsschrift *den in Offenburg bestandenen Verein zur Sammlung patriotischer Gaben*²⁹. In der Korrespondenz des demokratischen Mannheimer Frauenvereins mit dem Mainzer Frauenverein vom 2. Mai 1849 wird auch ein Verein in Offenburg genannt.³⁰

Warum finden wir in der Presse keinen Hinweis auf diese neue Vereinsbildung?³¹ Vermutlich ging es den Offenburger Frauen ähnlich wie den Mannheimerinnen, die in ihrem Brief nach Mainz folgenden Ratschlag erteilten:

*Mit Vergnügen übersenden wir Ihnen die Regeln des Vereins; (denn Statuten können wir es nicht nennen, da alsdann die hochlöbliche Polizei ihre Nase hineinstecken, und sie genehmigen müßte).*³²

Geschickt umgingen die Mannheimerinnen auf diese Art die strenge vor-märzliche Zensur. Ein solches Vorgehen wäre auch für Offenburg durchaus denkbar und würde die fehlenden Hinweise auf einen demokratischen Frauenverein erklären.

Amalie Hofer und Nannette Rehmann könnten durchaus als Präsidentinnen an der Spitze dieses Frauenvereins gestanden haben. Ihre Unterschriften finden wir unter all den Aufrufen und Rechenschaftsberichten im Offenburger Wochenblatt.³³

Beide Frauen wandten sich am 30. Mai 1849 mit einem Aufruf in der Presse *An die Frauen und Jungfrauen in Offenburg*, sich für die Belange der Freiheit einzusetzen³⁴. Sie erklärten sich bereit, für das Revolutionsheer Sach- und Geldspenden entgegenzunehmen. Ihr eindringlicher Appell an die Freiheits- und Vaterlandsliebe erzielte schon eine Woche später (7. Juni 1849) beachtliche Erfolge. Die Organisatorinnen bedankten sich öffentlich bei den *edlen Frauen und Jungfrauen, deren Fleiß und Güte sie nicht vergebens angerufen* hatten und berichteten, daß sie *am 5. Juni bereits in den*

An die Frauen und Jungfrauen in Offenburg.

Der Landesausschuß von Baden hat am 17. Mai einen Aufruf an die Männer und Frauen des Landes erlassen, und uns zur Hülfe im Kampfe für die heilige Sache der Freiheit aufgefordert. Man wendet sich an unsern Freiheits-sinn, an unsere Vaterlandsliebe, und fordert Gaben von Allen, denen das Vaterland und die Freiheit heilig ist. Der Bestimmung nach sollen die geforderten Gaben, von denen auch die geringste willkommen sein wird, zu einer vollständigen Ausrüstung der Festung Rastatt verwendet werden, um einer Belagerung auf die Dauer dort widerstehen zu können. Besonders notwendig sind: alte Leinwand, Hemden und Socken, sowie Geld zur Anschaffung anderer Bedürfnisse.

Die unterzeichneten Frauen glauben eine Pflicht für das Vaterland zu erfüllen, wenn sie erklären, daß sie zum Empfange von Beiträgen bereit seien.

Wir richten noch die Schlußworte des Aufrufs an Euch:
„Säumet nicht, die Opfer zu bringen, die das Vaterland in der Stunde der Gefahr von Euch verlangt. Ihr werdet für ewige Zeiten Euch ein ruhmvolles Denkmal setzen. Wir rufen an die Kraft Eures Willens, die Güte Eures Herzens, den Fleiß Eurer Hände. Säumet nicht! Die Zeit drängt, wer rasch gibt, der gibt doppelt.“

Offenburg, den 30. Mai 1849.

Amalie Hofer.

Nannette Rehmann.

Stand gesetzt waren, ein Faß mit 76 Hemden, 157 Paar Socken, 26 Paar Hosen, 19 Paar Unterhosen, 13 Sacktüchern, 8 Schlafhauben, eine Menge Bandagen und Charpie an das Commando der Bürgerwehr von Offenburg nach Heidelberg zu versenden³⁵. Wenige Tage später konnten zwei weitere Kisten mit Kleidungsstücken und Verbandsmaterial an das Revolutionsheer geschickt werden. Der ausführliche Bericht darüber, den Amalie Hofer und Nannette Rehmann am 12. Juni 1849 im Offenburger Wochenblatt veröffentlichten, zeigt, daß eine Vielzahl von Frauen nötig war, um in so kurzer Zeit so viel zu leisten. Hinzu kam, daß die eingegangenen Spenden in der Regel noch weiter verarbeitet werden mußten. Ein weiterer Rechenschaftsbericht vom 18. Juni bestätigt dies: *In Verarbeitung der geschenkten Ge-*

An die hiesigen Einwohner.

Unserm Aufrufe in No. 41 dieses Blattes ist bis dahin auf das Schönste entsprochen worden. An patriotischen Gaben liefen bei uns schon so viele ein, daß wir am 5. Juni bereits in den Stand gesetzt waren, ein Faß mit 76 Hemden, 157 Paar Socken, 26 Paar Hosen, 19 Paar Unterhosen, 13 Sacktüchern, 8 Schlafhauben, eine Menge Bandagen und Charpie an das Commando der Bürgerwehr von Offenburg nach Heidelberg zu versenden. Eine weitere Lieferung mit Kleidungsstücken und Verbänden aller Art wird morgen an die Armee abgeben. Zu den hier eingelaufenen Gaben legten auch zwei patriotische Bürgerinnen aus Ortenberg nützliche Opfer bei.

Die Verzeichnisse der eingelaufenen Beiträge, von welchen die meisten eine Verarbeitung erfordern, liegen zu Jedermanns Einsicht bei uns offen. Am Ende der Sammlung werden wir dieselben dem Gemeinderathe zur Aufbewahrung übergeben, nächstens aber auch öffentliche Rechenschaft ablegen.

Euch ihr edle Frauen und Jungfrauen, deren Fleiß und Güte, deren Freiheitsinn und Vaterlandsliebe wir nicht vergebens angerufen haben, Euch danken wir öffentlich für die bisherigen Opfer und Leistungen! Den gleichen Dank sprechen wir noch allen Andern aus, die durch Gaben und Arbeit die Sache der Freiheit unterstützen halfen. Der Kampf ist aber noch nicht zu Ende, die Noth ist noch nicht vorüber, weshalb wir uns zum Empfange fernerer Gaben gerne für bereit erklären.

Offenburg, den 7. Juni 1849.

Amalie Hofer.

Rannette Rehmann.

genstände unterstützten uns wie früher mit lobenswerthem Fleiß und größter Ausdauer viele hiesige Jungfrauen, denen wir wie den Gebern anmit öffentlich unseren Dank abstatten.³⁶

Es ist heute kaum nachzuvollziehen, wieviele Arbeitsstunden für die Organisation der Sammlungen nötig waren. Jedenfalls hat Amalie Hofer bei ihrem Einsatz für diese Sache Außerordentliches geleistet. Die Männer des ersten Aufgebots dankten den Offenburger Frauen mehrmals für ihre Spendensendungen und stellten dabei besonders die *lobenswerthe Leitung der Frau Advocat Hofer* heraus.³⁷

Amalie Hofer beteiligte sich auch an einer zweiten Aktion, die die Offenburgerinnen zur Unterstützung der Revolution durchführten. Am 30. Mai 1849 hatten die Frauen beschlossen, eine Fahne für das erste Aufgebot zu fertigen.³⁸ Das Fahnensticken könnte für sich allein genommen als typisch weiblich und unpolitisch erscheinen. Indem die Frauen eine schwarz-rot-goldene Fahne mit der Inschrift *Des Volkes Freiheit . . .* gestalteten, bekannten sie jedoch eindeutig Farbe und hatten das Sticken zur politischen Betätigung gemacht.³⁹ Amalie war maßgeblich an der Entstehung dieser Fahne beteiligt. So befand sich der Nachweis über die eingegangenen Spenden, die zur Herstellung der Fahne gesammelt wurden, in ihrer Wohnung.⁴⁰ Dort konnte er eingesehen werden, bevor er dem Gemeinderat *zum ehrenden Andenken an die Stifterinnen* übergeben wurde.

Der Dank, der Amalie und ihren revolutionären Schwestern zunächst zuteil wurde, wandelte sich nach dem Ende der Revolution schnell in öffentliche Anfeindungen. In einem *Inserat* im Offenburger Wochenblatt wurden die Anhängerinnen der Revolution hämisch verspottet.⁴¹

Unterschrieben wurde diese Anzeige mit *Anna Neunundneunzig* und *Amalia Gans v. Paßeyr*, damit waren eindeutig Nannette Rehmann und Amalie Hofer gemeint.⁴²

Amalie hatte freilich andere Sorgen. Sie mußte sich gegenüber den Untersuchungsbehörden verantworten. Ihr wurde Teilnahme am Hochverrat zur Last gelegt.⁴³ Aus den Gemeinderatsprotokollen vom 14. November 1849 erfahren wir, daß das Oberamt vom Gemeinderat ein Leumunds- und Vermögenszeugnis über Amalie anforderte. Der Gemeinderat stellte ihr ein gutes Zeugnis aus. Ihr Ruf als Ehefrau und Mutter sei nicht zu tadeln.⁴⁴ Mit ihren Aktionen hatte Amalie die herrschenden Konventionen zum weiblichen Rollenverhalten nicht verletzt, nur so kann das gute Zeugnis verstanden werden.

Ihr Prozeß wurde dann Ende November 1849 eingestellt.⁴⁵ Auch wenn sie nicht ins Gefängnis kam, so führte ihr eigenes und vor allem das politische Engagement ihres Mannes zum wirtschaftlichen Ruin ihrer Familie.

Johann Hofer wurde vom nachrevolutionären Staat die Existenzgrundlage entzogen. Sein Vermögen wurde beschlagnahmt⁴⁶, er durfte seinen Beruf nicht mehr ausüben und verlor seine staatsbürgerlichen Rechte⁴⁷. Gegen ihn wurde Anklage wegen Hochverrats erhoben.⁴⁸ Er entzog sich den Untersuchungen durch Flucht nach Straßburg.

Sein jüngster Bruder Franz (1821–1905), der die Revolution als Freischärler aktiv mitgemacht hatte, beschreibt in seinen Lebenserinnerungen⁴⁹, daß

er auf seiner dramatischen Flucht vor den Preußen seinen Bruder Hans in Offenburg traf. Franz erreichte mit seiner Kompanie Offenburg am Samstagabend, den 30. Juni 1849; bereits mittags am 2. Juli nahmen die Preußen die Stadt ein. Johann verhalf seinem Bruder zu einem Reisepaß, obwohl er mit seinen eigenen Fluchtvorbereitungen beschäftigt war: *I found him prepared for flight.*⁵⁰ Franz, der später mit Hilfe seines älteren Bruders in der französischen Schweiz Arbeit gefunden hatte, versuchte von dort aus seine Auswanderung in die Staaten zu betreiben. Er schrieb Bittbriefe an alle Familienangehörigen, um die notwendigen Mittel für die Überfahrt zusammenzubringen. So erfahren wir, daß Hans zunächst *incoognito in Strassburg* lebte, ebenfalls ohne jegliche finanzielle Mittel.⁵¹

Amalie Hofer, die nun auf sich selbst gestellt war, veräußerte ihr *Fahrnisvermögen*.⁵² Schließlich mußte sie sich mit ihren drei Kindern über Wasser halten. Erst im April 1850 wurde ihr eine Unterhaltsrente von täglich 1 Gulden 30 Kreuzer vom Oberamt Offenburg für die Dauer der Vermögensbeschlagnehmung genehmigt.⁵³ Nachdem sie ihre Habe verkauft hatte, folgte sie ihrem Mann mit den drei kleinen Kindern – der älteste Sohn war gerade sieben, die Tochter fünf, der jüngste Sohn drei Jahre alt – in die Schweiz. Nach der Hofer-Klugkist-Familiengeschichte soll Amalie mit den Kindern mit einem Handwagen zu Fuß über den Schwarzwald in Richtung Hochrhein gezogen sein. Dort soll sie bei Nacht in die Schweiz übergesetzt haben.

3. Exil und Rückkehr

Die Hofers lebten dann bis 1851 in Dagmersellen, einem kleinen Ort zwischen Olten und Luzern, in einfachsten Verhältnissen. Das wenige gerettete Geld konnte die Familie nicht ernähren, so daß die finanziell angespannte Lage durch Strohflechtarbeiten aufgebessert werden mußte.⁵⁴

Da Johann Hofer in Abwesenheit am 26. Juli 1850 zu drei Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats verurteilt wurde, war eine Rückkehr nach Baden ausgeschlossen. Die Hofers planten aber schon lange vor diesem Urteil ihre Auswanderung. Von Straßburg aus versuchte Johann Hofer eine Auswanderungsamnestie für sich geltend zu machen, die aber vom Justizministerium abgelehnt wurde.⁵⁵ Im August 1849 schrieben Johann sowie Franz Hofer Briefe an ihre in Rotterdam lebende Schwester Mariana, die mit einem holländischen Schiffskapitän verheiratet war, und baten sie um ihre Hilfe.⁵⁶ Hans und Amalie waren schon zu diesem Zeitpunkt entschlossen, nach Amerika zu gehen.⁵⁷



Die Kinder von Amalie und Johann Hofer im Jahr 1867; von links nach rechts: Ernst, Bertha und Otto.

Franz Hofer konnte mit dem Geld seines Schwagers, des Schiffskapitäns, von der Schweiz durch Frankreich nach Holland reisen, um dann im Oktober von Rotterdam nach New York zu segeln.⁵⁸

Die Familie Johann und Amalie Hofer wanderte erst zwei Jahre später, nämlich am 23. Juli 1851 von Calais nach Amerika aus.⁵⁹ Drüben traf man Verwandte, Freunde und Schicksalsgenossen. Drei Schwestern von Johann Hofer, sein Bruder Franz und zwei Brüder von Amalie Hofer waren schon in die USA ausgewandert.

Die Neuankömmlinge ließen sich in Hoboken, einem Vorort von New York, nieder. Der Jurist Hofer konnte hier seinen Beruf nicht ausüben. In dieser Situation gründete seine Frau, die als Tochter des Gengenbacher Sonnenwirts eine gute Köchin war, eine Pension mit badischer Küche für die deutschen Auswanderer. Mit ihrer Tatkraft konnte sie die Familie ernähren, so daß die drei Kinder sehr gute Schulen besuchen konnten.⁶⁰ In Hoboken bekam Amalie Hofer 1855 ein viertes Kind, Johann Franklin.

Im Jahr 1857 besuchte Amalie ihre Verwandten im heimatlichen Gengenbach. Von ihren elf Geschwistern lebten dort zu diesem Zeitpunkt nur noch drei. Bestimmt hat sie auch ihre Schwester Karoline getroffen. Ihr Ehe-

mann konnte sie auf dieser Reise nicht begleiten, da ihm seine Strafe erst 1861 erlassen wurde. Couragiert nahm sie die Strapaze der langen und unbequemen Schiffsreise auf sich. Ob sie alle vier Kinder nach Gengenbach mitnahm, ist nicht mehr überprüfbar. Den jüngsten Sohn, den zweieinhalb-jährigen Franklin, hatte sie sicher dabei. Bei seinem dortigen Aufenthalt verunglückte er tödlich, als er unter die Räder einer Postkutsche geriet. Er wurde in Gengenbach am 26. Juli 1857 beigesetzt.⁶¹

Was hatte Amalie Hofer nach Gengenbach geführt? Es wird wohl Heimweh gewesen sein oder auch ein Wunsch ihrer Mutter, sie noch einmal zu sehen. Amalie konnte mit dieser bestimmt kostspieligen Reise auch zeigen, daß ihre Familie es in den wenigen Jahren im Exil dank ihrer Leistung zu einem gewissen Wohlstand gebracht hatte.

Hofer selbst fand sich in den USA nicht zurecht. Nach seiner Amnestierung vom 17. April 1861 kehrte er sofort, zunächst allein (1862) in die badische Heimat zurück.⁶² Er ließ sich in Offenburg Anfang 1863 wieder als Anwalt nieder. Seine Briefe⁶³ bezeugen, daß er die alte Heimat sowie seine Anwaltstätigkeit mit ganzer Seele begrüßte.

Seine Frau folgte ihm 1863 mit den zwei jüngeren Kindern, der älteste Sohn Ernst blieb als Kaufmann in New York. Den Frauen wollte es in der Enge der Kleinstadt Offenburg zunächst wenig gefallen. Sie vermißten die Großzügigkeit New Yorks.⁶⁴ Amalie Hofer mußte wohl ein Stück ihrer in Amerika erworbenen Selbständigkeit aufgeben. In Offenburg erschien sie nun neben ihrem wieder im Beruf erfolgreichen Mann in der traditionellen Rolle der Ehefrau, Hausfrau und Mutter.

Die Söhne der Hofers weilten beide im Ausland. Der ältere Sohn Ernst blieb bis 1886 in New York. Der jüngere Sohn Otto studierte in Paris, besuchte anschließend seinen Onkel Franz in Amerika.⁶⁵ Später ging er als Chefbauingenieur nach Wien und Budapest. Mit der Tochter Bertha reiste Amalie in die Schweiz, u. a. statteten die beiden Frauen Dagmersellen, ihrem Fluchtasyl von 1850, einen Besuch ab. Die Tochter heiratete 1871 und zog nach St. Gallen in die Schweiz.

Amalie Hofer hatte in Offenburg gesundheitliche Probleme: ihr Herz hatte wohl zu sehr unter den schweren Jahren der Flucht und des Exils gelitten.⁶⁶ Ihr Herzleiden konnte trotz einer Kur nicht geheilt werden, so daß sie am 3. März 1872 im Alter von erst 51 Jahren in Offenburg starb.

Sie wurde von einem protestantischen Pfarrer auf dem dortigen Friedhof beigesetzt. Der katholische Pfarrer weigerte sich, die Beerdigung vorzu-

nehmen, da die Hofers keine praktizierenden Katholiken mehr waren.⁶⁷ So hatten sie schon den ältesten Sohn 1843 in Lahr protestantisch taufen lassen, obwohl beide Ehepartner aus rein katholischen Familien stammten. Im Familienstammbuch der Hofers fehlt bei Amalies Sterbeeintrag das konfessionelle Bekenntnis. 1872 hatten sich die Hofers also noch nicht dem Altkatholizismus angeschlossen.⁶⁸ Johann Hofer gehörte dann später der altkatholischen Gemeinde an⁶⁹; er starb am 4. August 1880 in Offenburg.

Schlußbetrachtung

Wer die Lebensgeschichte der Amalie Hofer kritisch würdigen will, muß die Möglichkeiten und Einschränkungen vor Augen haben, denen vor allem Frauen in jener Zeit unterworfen waren. Amalie Hofer hat sich in außerordentlichem Maße für die Sache der Revolution eingesetzt. Sie trat in die Öffentlichkeit und engagierte sich politisch. Zwar müssen ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit denen ihres Mannes gesehen werden, sie handelte jedoch selbständig und aus eigener Überzeugung. Sie erscheint als politische Gefährtin ihres Mannes, die in der Situation des Exils auf sich gestellt die Lage meisterte. Schließlich sorgte sie mit ihrer Erwerbstätigkeit in den USA für den Lebensunterhalt der Familie, so daß sogar ein gewisser Wohlstand erzielt werden konnte. Ihre eigenständige Fahrt von New York nach Gengenbach, ohne ihren Mann, zeigt sie erneut als tatkräftige und couragierte Frau. So ist insgesamt der Rückschluß erlaubt, daß auch ihr politisches Handeln selbstbestimmt war.

Die Stadt Offenburg würdigte ihr politisches Engagement, indem sie 1992 eine Straße nach ihr benannte. Dies mag, wie auch der vorliegende Artikel, dazu beitragen, daß Amalie Hofer nicht in Vergessenheit gerät.

Anmerkungen

- 1 Johann Hofer, genannt Revolutionshans, nach Heinrich *Hansjakob*: Bauernblut. Haslach 1974, S. 57.
- 2 Stadtarchiv Offenburg, Offenburger Wochenblatt vom 1. 6. 1849.
- 3 Sylvia *Paletschek*: Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution von 1848/49, in: Beate *Fieseler*, Birgit Schulze (Hg.): Frauengeschichte: Gesucht – Gefunden? Auskünfte zum Stand der historischen Frauenforschung. Köln 1991, S. 47–64.
- 4 Vgl. Modell der Geschlechterpolarität bei Rousseau und Fichte.
- 5 Vgl. Offenburger Wochenblatt vom 27. 1. 1843: „Goldenes Abc für ein Mädchen“.
- 6 Louise Otto-Peters, die ihr Leben in den Dienst der Frauenemanzipation gestellt hat, möchte auf gar keinen Fall zu den „Emanzipierten“ gehören. Siehe Renate *Möhrmann* (Hg.): Frauenemanzipation im deutschen Vormärz. Texte und Dokumente. Stuttgart 1978, S. 5, hier wird der Begriff Emanzipation im historischen Kontext erläutert.

- 7 Dittmar (1807–1884) war eine der kritischsten frauenemanzipatorischen Schriftstellerinnen, sie ist bis heute eher unbekannt.
- 8 Zitiert nach *Möhrmann* (1978), S. 102.
- 9 Vgl. Carola *Lipp* (Hg.): *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen*. Bühl 1986. Darin zum Brotkrawall: Beate Binder, S. 88–111 und zu Katzenmusiken: Carola Lipp, S. 112–130.
- 10 Vgl. Sylvia *Paletschek*: *Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841–1852*. Göttingen 1990.
- 11 So Louise Otto-Peters, Louise Dittmar, Louise Aston, Fanny Lewald, Mathilde Franziska Anneke, Malvida von Meysenbug u. a.
- 12 Ausnahme ist der Briefwechsel von Auguste Eisenlohr. Siehe Eva *Kuby*: „Fahr dem Herren durch den Sinn.“ Auguste Eisenlohr – ein Frauenleben im Vormärz. Tübingen 1996.
- 13 Im folgenden zitiert als Hedwig *Klugkist*.
- 14 Heinrich *Raab* erfaßte für Baden biographische Daten der Männer und Frauen, die strafrechtlich verfolgt wurden.
- 15 Kath. Pfarrarchiv Gengenbach, Taufbuch Amalie Weissenrieder.
- 16 Ebendort, Familienbuch: Eintrag Thaddäus Weissenrieder.
- 17 Stadtarchiv Gengenbach, Julius *Roschach*: *Auswanderungen aus Gengenbach in drei Jahrhunderten*. Gengenbach 1984, S. 15.
- 18 Eintrag im Familienbuch ohne Zeitangabe.
- 19 Offenburger Wochenblatt vom 19. 6. 1849.
- 20 Franz X. *Vollmer*: *Offenburg 1848/49*. Karlsruhe 1997, S. 400.
- 21 Ob hinter den Frauenaktivitäten ein Gengenbacher Frauenverein stand, läßt sich nicht mehr feststellen.
- 22 Kath. Pfarrarchiv Gengenbach, Ehebuch. Der Besitzer der Stadtapotheke Eduard Stein war einer der beiden Trauzeugen.
- 23 Vgl. Rudolf *Ritter*: *Der Revolutionshans*, in: *Geroldsecker Land* 26, 1984, S. 72–80.
- 24 Zitiert nach Hedwig *Klugkist*.
- 25 ebd.
- 26 Vgl. *Gedichte und Lieder eines Achtundvierzigers* von Hans Hofer. Verlag Hambrecht. Offenburg 1880.
- 27 Abgedruckt in: Stadt Offenburg (Hg.): *Offenburger Freiheitsblätter*. Karlsruhe 1997, S. 44.
- 28 Vgl. Uwe *Schellinger*: „... und besonders verdient die Frauenwelt das Lob, zum Besseren mitgewirkt zu haben.“ Die Rolle der Frauen während der Revolutionsereignisse 1848/49 am Beispiel der Aktivitäten in der Ortenau, in: *Die Ortenau* 1996, S. 321–356
- 29 Staatsarchiv Freiburg A 27/3–220.
- 30 Der Brief ist abgedruckt in: Gerlinde *Hummel-Haasis* (Hg.): *Schwwestern, zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49*. München 1982, S. 304.
- 31 Im Offenburger Wochenblatt wird nur die Gründungsinitiative des caritativen Frauenvereins (16. 1. 1846) abgedruckt. Vgl. dazu: Ruth *Jansen-Degott*: „... sogar auch Weibsleute ...“ Wie Frauen in Offenburg die Revolution unterstützten, in: *Freiheitsblätter*, S. 27–31.
- 32 *Hummel-Haasis* (1982), S. 303.
- 33 Offenburger Wochenblatt vom 1. 6. 1849, vom 8. 6. 1849, vom 12. 6. 1849, vom 19. 6. 1849.

- 34 Offenburger Wochenblatt vom 1. 6. 1849; hier der Appell mit den Worten: „Ihr werdet für ewige Zeiten Euch ein ruhmvolles Denkmal setzen.“
- 35 Offenburger Wochenblatt vom 8. 6. 1849.
- 36 Offenburger Wochenblatt vom 19. 6. 1849.
- 37 Offenburger Wochenblatt vom 15. 6. 1849, vgl. auch vom 12. 6. 1849.
- 38 Offenburger Wochenblatt vom 19. 6. 1849.
- 39 Vgl. zur politischen Funktion des Fahnenstickens: Tamara *Citovics*: Bräute der Revolution und ihre Helden. in: Carola *Lipp* (1986), S. 339–352.
- 40 Offenburger Wochenblatt vom 15. 6. 1849.
- 41 Offenburger Wochenblatt vom 3. 8. 1849.
- 42 Vgl. *Vollmer* (1997), S. 243.
- 43 *Schellinger* (1996), S. 333.
- 44 STAO, Gemeinderatsprotokoll vom 14. 11. 1849.
- 45 *Schellinger* (1996), S. 333.
- 46 Großherzogliches Badisches Anzeigeblatt für den Mittelrheinkreis vom 1. 12. 1849.
- 47 Offenburger Wochenblatt vom 8. 3. 1850.
- 48 Anzeigeblatt vom 18. 7. 1849, hier Fahndungsaufruf und Steckbrief.
- 49 Franz *Hofers* Lebenserinnerungen: My Century. The Story of Andreas Franz Hofer. By Amalie *Hofer Jerome*. Boston 1937.
- 50 ebd., S. 69.
- 51 ebd., S. 100.
- 52 STAO Gemeinderatsprotokoll vom 14. 11. 1849.
- 53 *Vollmer* (1997), S. 402.
- 54 nach Hedwig *Klugkist*.
- 55 *Ritter*, S. 76.
- 56 Franz *Hofer*, S. 101 und 103.
- 57 Franz *Hofer* in einem Brief vom September 1849, S. 102.
- 58 Franz *Hofer*, S. 104.
- 59 *Ritter*, S. 76.
- 60 nach Hedwig *Klugkist*, bestätigt durch Franz *Hofers* Ausführungen zu Otto Hofers beruflichem Werdegang, S. 181.
- 61 Kath. Pfarrarchiv Gengenbach. Sterbebuch 1857, No. 93.
- 62 *Vollmer* (1997), S. 402.
- 63 Die Briefe existieren heute nicht mehr, waren 1935 nach Hedwig *Klugkist* noch erhalten.
- 64 nach Hedwig *Klugkist*.
- 65 Franz *Hofer*, S. 180.
- 66 nach Hedwig *Klugkist*.
- 67 ebd.
- 68 Vgl. dagegen *Vollmer*, S. 402: Hier wurde Hofer 1870 Altkatholik.
- 69 nach der Sterbeurkunde: „Bekenntnis: altkath.“

Die Freiheit der Karoline Enghauser

Anne Junk

Über das Engagement bürgerlicher Frauen für die Revolution ist deutlich mehr bekannt als über die Aktionen von Frauen aus den unteren Schichten. Letztere wirkten bei Krawallen und Katzenmusiken mit oder beim Bau von Barrikaden etc. Bei diesen „Protestformen der Straße“ treten die beteiligten Frauen als „Masse“ in Erscheinung, als Persönlichkeiten lassen sie sich meist nicht fassen. Solche Frauen hinterließen in der Regel keine Aufzeichnungen, keine Spuren.

Bei der Suche nach Revolutionärinnen aus kleinbürgerlichen Schichten in der Umgebung Offenburgs stieß ich auf Karoline Enghauser aus Kenzingen. In der Raabschen Kartei¹ ist ihr Handeln im Frühsommer 1849 und dessen gerichtliches Nachspiel zusammengefaßt.

Die Art und die Agressivität der beschriebenen Aktion ließ vermuten, daß es sich bei Karoline Enghauser nicht um eine bürgerliche Frau handeln würde. Interessant war, daß sie zu einer höheren Haftstrafe verurteilt worden war als ihr Ehemann und auch erst später begnadigt wurde. Gewöhnlich wurden die demokratisch engagierten Ehefrauen von mehr oder weniger bekannten Revolutionären zu einer deutlich niedrigeren Strafe verurteilt als ihre Männer. Oft stellte man gerichtliche Untersuchungen der revolutionsunterstützenden Aktionen von Frauen sogar wegen Geringfügigkeit ein, und es kam zu keiner Verurteilung.

Was hatte Karoline Enghauser getan, um in dieser Hinsicht aus dem Rahmen zu fallen? Aus den Prozeßakten ergibt sich folgendes Bild: Tatsächlich ist die 27jährige Karoline Enghauser im Frühsommer 1849 mit ihrem gleichaltrigen Mann und dessen 18jährigem Bruder von Kenzingen nach Wagenstadt gezogen. Der junge Carl Enghauser hatte ein Gewehr dabei, das aber angeblich nicht geladen war.² Es könnte sein, daß auf seiten der tapferen RevolutionärInnen auch Alkohol im Spiel war.³ Die drei haben die Wagenstatter Wachmannschaft des 1. Aufgebots aufgefordert, sich den Revolutionstruppen in Freiburg anzuschließen und im Weigerungsfall mit „Totschießen“ gedroht.⁴ Dabei hat sich Karoline eindeutig hervorgetan. Zeugen gaben an, daß *die beiden anderen – im Gegensatz zur Benjamin Enghauser'schen Ehefrau – nicht viel gesprochen haben.*⁵ Mit der Mannschaft aus Wagenstadt zogen die drei nach Freiburg.

Nach der Niederlage der Revolution wurden Benjamin Enghauser, seine Ehefrau Karoline und Carl Enghauser der Teilnahme am Hochverrat angeklagt und am 25.9.1849 vom Großherzogl. Hofgericht des Oberrheinkreises schuldig gesprochen. Benjamin Enghauser wurde zu einer Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren, Karoline zu einer von zwei Jahren und Carl zu einer Arbeitshausstrafe von einem Jahr verurteilt. Bei der Urteilsverkündung am 3.10.1849 legten alle drei Berufung ein. Sie wurden jedoch bereits am 4.10. an die zuständigen Strafanstalten überführt, Karoline an das Zuchthaus in Bruchsal.

Für das Berufungsverfahren⁶ baten die Verurteilten um „Aufstellung eines Offizialanwalts“. Rechtspraktikant Nopper aus Waldkirch wurde ihnen zugewiesen. Dieser versäumte zunächst einmal die Rekursfrist und war – folgt man seiner z. T. etwas merkwürdigen Argumentationskette – wohl nicht unbedingt ein Meister seines Faches.

Vergeblich mühte er sich mit dem Nachweis ab, es seien vielleicht gar nicht die Enghausers, sondern andere unbekanntere Personen gewesen, die die beschriebene Aufforderung und die Drohung ausgesprochen hätten. Als entlastend führte er an, daß die Verurteilten lediglich zur Erhebung des Jahreszinses für ein verpachtetes Allmendlos nach Wagenstadt gekommen seien. Mit Blusen und Hüten bekleidet zu sein, sei damals nichts Verbotenes gewesen, und auch das Mitführen eines Gewehres durch das Bürgerwehrmitglied Carl Enghauser sei nicht zu beanstanden, zumal das Gewehr ungeladen gewesen sei und er keine Munition mit sich führte. Als Grund des Mitziehens nach Freiburg wurde angeführt, daß *die Ehefrau als Markettenderin eine Erwerbsquelle gesucht*⁷ habe. Im übrigen seien sie berauscht gewesen und wären schließlich zurückgekehrt, *ohne an irgend einem Gefecht theilgenommen oder sonst etwas gethan zu haben*. Sollten tatsächlich Äußerungen gefallen sein, so seien diese *mehr einfältig prahlerisch* gewesen, aber *nimmermehr im Hochverrath* zu suchen.⁸

Das Gericht folgte der Argumentation Noppers nicht. Am 18.12.1849 bestätigte das Oberhofgericht in Mannheim einstimmig das Urteil des Hofgerichts vom 25.9.1849.⁹

Seit dem 3.10.1849 saßen Benjamin Enghauser im Zuchthaus in Freiburg, Karoline im Bruchsaler Zuchthaus und Carl im Arbeitshaus zu Bruchsal. Von dort unternahmen sie unabhängig voneinander mehrere Versuche, auf dem Wege eines Gnadengesuches freizukommen.

Am erfolgreichsten war dabei Carl Enghauser. Am 24.4.1850 bat er das Hofgericht schriftlich um Begnadigung. Er führte an, daß er über drei Mo-

nate in Untersuchungshaft gewesen und also schon seit insgesamt 9 Monaten inhaftiert sei. *Ich mußte meinen 60 Jahre alten, stets kränklichen Vater der alleinigen Unterstützung meiner Schwester überlassen; mein geringes Vermögen wird in den Kosten meines Prozesses beinahe aufgehen, so sehe ich einer trostlosen Zukunft entgegen. Meine Verbrechen, wozu mich allzu große Jugend – ich bin jetzt 18 Jahre alt – Unbesonnenheit, böses Beispiel und der Drang der Umstände verleiteten, habe ich seither vollkommen erkannt und tief bereut.*¹⁰ Von der Arbeitshausverwaltung und dem katholischen Hausgeistlichen erhielt Carl ein gutes Zeugnis. Am 7.6.1850 wurde er vom Großherzog begnadigt.

Früher noch als Carl hatte Benjamin ein Gnadengesuch abgesandt. Schon am 3.3.1850 ersuchte er das Justizministerium in Karlsruhe *mich und meine Ehefrau behufs der Auswanderung nach Amerika zu begnadigen, uns jedoch nach eingetretener Begnadigung eine Frist von 3 Monaten zu gestatten, damit wir unsere Angelegenheiten ordnen und die nöthigen Reisemittel beschaffen können.*¹¹

Das Justizministerium bemerkte am 6.4.1850 nach Durchsicht der Prozeßakten, *daß man sich nicht veranlaßt sehe, diese Bitte höchsten Orts mit empfehlendem Antrage vorzulegen.*¹²

Im Gegensatz zu dem eigenhändig geschriebenen Gnadengesuch seines Bruders Carl, das Reue erkennen läßt und mildernde Umstände anführt, hatte Benjamin sein Gesuch von der Zuchthausverwaltung aufnehmen lassen und zur Tat selbst nichts ausgesagt. Eine Begnadigung zur Auswanderung nach Amerika war damals zwar nichts Ungewöhnliches, ohne ein offizielles Bedauern der Tat durch den Verurteilten sanken jedoch die Chancen, auf diese Art freizukommen.

Am 21.5.1850, in seinem zweiten Gnadengesuch, bedauerte Benjamin Enghauser dann auch gehörig seine Tat: ... *Ich sehe nun wohl ein, daß die stattgehabte Erhebung eine ungesetzliche, folglich eine verbrecherische war und ich würde, wenn ich dies damals eingesehen hätte, mich zu keiner ungesetzlichen Handlung haben verleiten lassen, und versichere, daß für die Zukunft ich mich nicht vom gesetzlichen Boden entfernen werde, ich be-reue aufrichtig das Vorgekommene und wiederhole meine Bitte.*¹³

Der katholische Hausgeistliche merkte an, daß Enghauser zwar *sehr unwissend* sei, *in religiös-sittlichem Betragen aber die Note gut* verdiene. Am 24.8.1850, drei Monate nach seinem Gesuch, wurde Benjamin schließlich *unter der Bedingung künftigen Wohlverhaltens* begnadigt.¹⁴

Karoline saß zu dieser Zeit immer noch im Bruchsaler Zuchthaus. Sie hatte erstmals am 12.3.1850 um Begnadigung gebeten und angeführt, daß ihr Mann wegen des gleichen Vergehens eine Gefängnisstrafe verbüße, deshalb niemand zuhause sei und ihr Hausstand *in Zerfall gerathen müsse*.¹⁵ Das Vergehen selbst kommentierte sie nicht. Am 27.3.1850 teilte das Hofgericht mit, *daß wir bei der Schwere, der der Enghauserischen Ehefrau zur Last fallenden Handlung und bei dem Mangel besonderer ... Gründe das Begnadigungsgesuch zur Zeit nicht unterstützen können*.¹⁶

Am 24.6.1850 wurde Karolines Vater, Johann Beiger, beim Justizministerium in Karlsruhe vorstellig und bat um Begnadigung seiner Tochter. Wiederum sprach sich das Hofgericht, an das das Gesuch weitergeleitet worden war, dagegen aus, *dieses neuere Gesuch ... zur Willfahrung zu empfehlen*.¹⁷

Karoline selbst reichte im Herbst 1850 ein erneutes Gnadengesuch ein. Diesmal unterstützte die Zuchthausverwaltung sie nachhaltig: *Wir unterstützen diese ihre Bitte umso lieber, als wir in ihr keineswegs eine schlechte und verderbte, sondern nur eine leichtsinnige Person kennengelernt haben, die aus ganz anderen Gründen als aus Interesse an den hochverrätherischen Unternehmungen, zu dem abenteuerlichen Auftreten, wie es ihr zur Last liegt, gebracht worden seyn mochte*.¹⁸ Ihr Betragen in der Anstalt sei gut gewesen. Lediglich ihre Redseligkeit wurde bemängelt.

In dem beiliegenden Protokoll führte Karoline Enghauser nun endlich die Beweggründe an, die man hören wollte. Nur aus Anhänglichkeit zu ihrem Mann sei sie mitgezogen und die Männerkleidung habe sie angelegt, um im Falle einer Trennung von ihrem Mann nicht Anfeindungen ausgesetzt zu sein.¹⁹ Diese Argumentation wurde von den Behörden aufgenommen und folgendermaßen interpretiert: *Karoline sei eine leichtsinnige Person, die nicht aus staatsgefährlichen Gesinnungen sondern aus Anhänglichkeit zu ihrem Mann..., sich zu dem vorliegenden Vergehen verführen ließ ...*²⁰ Auch die notwendige Reue und die Versicherung, sich zu bessern, hatte Karoline nun endlich geäußert und so stand einer Begnadigung am 16.11.1850 nichts mehr im Wege. Aus dem aufrührerischen, gewalttätigen Weib war zumindest in den Akten – eine schutzbedürftige, verführte Ehefrau geworden.

Sieben Jahre vor ihrer revolutionären Aktion war Karoline mit den Behörden in Konflikt geraten und hatte die Härte des Systems zu spüren bekommen. Eine Akte mit dem Titel „Ausstellung von Reiseurkunden für die Karoline Beiger“²¹ berichtet von dem Vorfall. Sie ermöglicht einerseits, Karoline als Persönlichkeit zu erfassen und zeichnet andererseits ein Bild

von den gesellschaftlichen Beschränkungen und Restriktionen, denen eine Frau aus der Unterschicht ausgesetzt war, die ihre Heimatstadt verließ, um auswärts Arbeit zu finden.

Karoline war 17 Jahre alt, als sie zum ersten Mal außerhalb von Kenzingen einen Dienst suchte. In den folgenden drei Jahren arbeitete sie an mehreren Orten und war nördlich zumindest bis Karlsruhe und südlich bis Heiterheim gekommen. Sie war eine abenteuerlustige junge Frau von beachtlichem Selbstbewußtsein und Durchsetzungsvermögen. Im Konflikt mit den Behörden im Sommer 1842 gab sie nie auf, sondern verfolgte ihr Ziel immer kämpferischer. Die Amtspersonen, insbesondere der Kenzinger Bürgermeister, beurteilten sie immer negativer. Was aber hatte Karoline verbrochen, daß sie von den Behörden derart hartnäckig gemaßregelt und schließlich in eine fast ausweglose Situation getrieben wurde? Sie hatte weder gestohlen noch andere kriminelle Handlungen begangen. Ihr einziges Vergehen war, daß sie sich mehr Freiheiten herausgenommen hatte, als man ihr zugestehen wollte.

Karoline hatte ihren Heimatschein nicht nur dazu benutzt, eine Stelle in einer anderen Stadt zu finden und dort zu bleiben, sondern sie hatte ihre Arbeitgeber öfter gewechselt und war sogar von einem *schlechten* Dienst davongelaufen. Auf der Suche nach einer neuen Stelle war sie mehrmals alleine umhergereist.

Zwar waren die gesellschaftlichen Regeln Mitte des letzten Jahrhunderts für Unterschichtfrauen nicht so streng wie für bürgerliche Frauen, eine junge Frau, die sich allein, und ohne eine Arbeitsstelle vorweisen zu können, in einer fremden Stadt aufhielt, konnte aber nur allzuleicht in den Verdacht eines *liederlichen Lebenswandels* kommen. Schon ein solcher Verdacht oder auch nur der Tatbestand des *zwecklosen Umherziehens* genügte, um ledige Weibspersonen zu *arretieren*, aus der Stadt zu weisen und in ihre Heimatgemeinden zurückzuschicken. Die Magdverdingerinnen nahmen in diesem Zusammenhang oft polizeiliche Aufgaben wahr bzw. arbeiteten mit der Polizei zusammen.²² Für Frauen, die *mit Laufpaß nach hause gewiesen* wurden, war das Leben am Heimatort nicht leicht. An ihnen haftete der Makel der *Liederlichkeit*. Statt reuig heimzukehren und dort den eigenen *sittlichen Wandel* überwachen zu lassen, zog es Karoline an einen neuen Ort, an dem nichts Nachteiliges über sie bekannt war. Ihr Auftreten und ihre Hartnäckigkeit im Kampf um den Heimatschein deutet darauf hin, daß sie sich im Recht fühlte und nicht bereit war, sich den behördlichen Zwängen zu beugen. Sie war eine selbstbewußte Person, die sich verbal zu wehren wußte und zwar trotz einer eher schlechten Schulbildung auch schriftlich. Und höchstwahrscheinlich war sie nach dieser erniedrigenden Erfahrung von 1842 der Bürokratie und dem herrschenden System nicht gerade wohlgesonnen.

Ob Karoline zu Beginn des Jahres 1843, nach Ablauf ihres mühsam erstrittenen Heimatscheins, wieder nach Kenzingen zurückgekehrt ist, wissen wir nicht. Ein Aktenvermerk des Kenzinger Bezirksamtes vom 20. Februar 1844 deutet darauf hin, daß sie erst ein Jahr später, Anfang 1844, aus Rastatt ausgewiesen und nach Kenzingen „überliefert“ wurde.²³ Danach gibt es keinen Hinweis auf die Ausstellung eines neuen Heimatscheins. Es spricht einiges dafür, daß Karoline 1844 gezwungen war, in Kenzingen zu bleiben. Einen neuen Heimatschein hat sie wohl erst gar nicht beantragt. Die Akte „Reisepapiere Beiger“ schließt im Jahre 1844.

Fünf Jahre später, am 15. März 1849, heiratete die 27jährige den gleichaltrigen Bäcker Benjamin Enghauser. Ihr Ehemann stammte aus einer Kenzinger Schuhmacherfamilie.²⁴ Nur wenige Wochen nach ihrer Eheschließung, Mitte Mai, überschlugen sich in Baden die Ereignisse. In Offenburg hatte am 12./13. Mai die große Landesversammlung der Volksvereine stattgefunden. Der Großherzog war aus Karlsruhe geflohen, und revolutionäre Kräfte hatten die Regierung übernommen. Auch in Kenzingen hatten sich die Machtverhältnisse geändert. Ein junger Volksvereinsmann war jetzt Bürgermeister, und eine Bürgerwehr war aufgestellt worden.

Nicht alle Kenzinger durften diese Entwicklung begrüßt haben. Für Karoline, die genügend schlechte Erfahrungen mit den städtischen Behörden und der Staatsmacht gesammelt hatte, könnte es eine Art Befreiung gewesen sein. Auch Benjamin Enghauser gehörte wahrscheinlich zu den Sympathisanten der neuen Regierung. Sein Bruder Wilhelm hatte schon bei den Osterkämpfen 1848 in Freiburg für die revolutionäre Sache gestritten.²⁵ Nach deren Niederschlagung war er in die Staaten geflohen, seine Frau mit mehreren kleinen Kindern zurücklassend.

Benjamin Enghauser gehörte als verheirateter Mann nicht zum ersten Aufgebot der Bürgerwehr. Über seinen jüngeren Bruder Carl, der Bürgerwehrmann war, dürften die Enghausers jedoch über den Verlauf der Kämpfe informiert gewesen sein. Anfang Juli 1849 war die Lage bereits aussichtslos. Viele Angehörige des 1. Aufgebotes und der Freischaren hatten sich zerstreut und befanden sich auf der Flucht. Am 2. Juli rückten die Preußen in Offenburg ein. Der oberkommandierende General Miroslawsky hatte sein Kommando niedergelegt und war geflohen. Nur noch die Festung Rastatt hielt der Belagerung stand. War es eine Fehleinschätzung der Lage, war es ein letztes verzweifertes Aufbäumen oder war es vielleicht wirklich der Alkohol, der die Enghausers zu ihrer Aktion in Wagenstadt getrieben hatte?

Es könnte eine Mischung aus all dem gewesen sein. Kein Zufall ist, daß Carl Enghauser seine Bürgerwehrausrüstung samt Gewehr mit sich führte,

daß alle mit Freischärler-Blusen und Hecker-Hüten bekleidet waren und daß Karoline Männerkleidung trug. Auch den Erlös für das Allmendlos könnten die Enghausers ganz gezielt vor ihrem Abmarsch eingefordert haben. Treibende Kraft war – zumindest verbal – Karoline. Ob ihre Exekutionsdrohungen ernst genommen wurden, sei dahingestellt. Jedenfalls setzte sie die Wagenstadter Bürgerwehr in Marsch. Gemeinsam zog man nach Freiburg und gemeinsam kehrte man zurück. Als Bürgerwehrmann Lang vor Gericht gegen die Enghausers aussagen mußte, konnte er sich an nichts erinnern, weil er angeblich zu betrunken gewesen war.²⁶ Durch diese „Nicht-Aussage“ schützte er die Angeklagten. Wahrscheinlich waren es ein paar kernige Worte, mit denen die wortgewaltige Karoline die Wehrmänner zur Befolgung ihres Befehls motiviert hatte. Vielleicht war auch von Bedeutung, daß sie als Frau mitzog.

In Freiburg jedoch scheint die Situation anders gewesen zu sein, als man erwartet hatte. Die Aussichtslosigkeit des Unternehmens hatte sich wohl abgezeichnet, so daß man schleunigst heimeilte und sich *ruhig verhielt*. Sicherlich war die revolutionäre Aktion der Enghausers unüberlegt oder leichtsinnig, wie Karoline sagen würde. Lächerlich oder grotesk war sie indessen nicht.²⁷ Vergleichsweise hart war die Gefängnisstrafe, zu der vor allem Karoline verurteilt wurde. Das Gericht stufte eindeutig sie als Hauptschuldige ein. Erst im November 1850 wurde sie als letzte von den drei Angeklagten nach mehr als einem Jahr Haft begnadigt. Aus der Hauptschuldigen war – wie geschildert – im Laufe der Gnadengesuche eine verführte Ehefrau geworden.

In Kenzingen hielt es die Enghausers danach nicht mehr. Sie beantragten die Auswanderung nach Amerika und erhielten am 23. September 1851 die Zustimmung des Gemeinderats. Für die Überfahrt bekamen Benjamin Enghauser und seine Frau 170,40 fl. und Carl Enghauser 85,20 fl. Der alte Johann Beiger, Karolines Vater, hatte sich der Familie seiner Tochter angeschlossen. Ihm wurden 90,20 fl. gezahlt.²⁸ Die Auswanderung in ein fernes Land, in dem es weder Heimatscheine noch Reisebeschränkungen gab, dürfte für die abenteuerlustige Karoline verlockend gewesen sein. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht war die Emigration dem Bleiben vorzuziehen. Benjamin war zwar Bäcker, hatte aber schon vor der revolutionären Aktion tagelöhnern müssen, und auch Karoline hatte wohl in Kenzingen zumindest zeitweise als Tagelöhnerin gearbeitet. Beide waren im Juli 1849 ohne Verdienst. Nach Verbüßung ihrer Haftstrafe waren die ohnehin schlechten Arbeitsmöglichkeiten für sie noch schlechter geworden. Nicht ohne Grund finanzierte die Stadt Kenzingen ihre Auswanderung. Als Bürger der Stadt hätten sie im Armutsfalle Anspruch auf Unterstützung gehabt. Da war es günstiger, einmal die Überfahrt zu finanzieren, als jahrelang Armengeld zu

zahlen. Wie viele, die sich für die Revolution 1848/49 engagiert hatten, war auch Karoline mit ihrer Familie ins „Land der großen Hoffnungen“ gegangen. Über ihren weiteren Lebensweg ist nichts bekannt.

Für sie war Freiheit weniger ein Ideal, als vielmehr eine ganz konkrete Sache, für die sie zu kämpfen mußte. Dabei konnte sie eine Aggressivität entwickeln, zu der bürgerliche Frauen aufgrund ihrer „weiblichen Erziehung“ nicht fähig waren. Im Hintergrund zu wirken, zu sammeln, zu sticken, war nicht ihre Sache. Sie stand, wenn es nötig wurde, im Vordergrund und kämpfte mit der schärfsten Waffe, die sie besaß, mit ihren Worten.

Karoline war eine mutige Frau, aber viel zu lebenslustig und zu pragmatische, um eine Märtyrerin zu werden. Sie war eine eigenständige Persönlichkeit, die die Härten des Systems zu spüren bekommen hatte. Von den engen Schranken des bürgerlichen Weiblichkeitsideals hatte sie sich schon in jungen Jahren nicht zurückhalten lassen. Zu fern war dieses Ideal ihrer Lebenswirklichkeit. Wenn sie für Freiheit und Revolution eintrat, dann war damit nicht nur die Freiheit der Männer gemeint, sondern auch die Freiheit der Karoline Enghauser.

Anmerkungen

- 1 Heinrich *Raab*, Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, Bearb. von Alexander *Mohr*. (Stuttgart 1998).
- 2 GLA 240/1532.
- 3 ebd.
- 4 ebd.
- 5 ebd.
- 6 ebd.
- 7 ebd.
- 8 ebd.
- 9 ebd.
- 10 GLAK 234/1700.
- 11 ebd.
- 12 ebd.
- 13 ebd.
- 14 ebd.
- 15 ebd.
- 16 ebd.
- 17 ebd.
- 18 ebd.
- 19 ebd.
- 20 GLAK 234/2055:131.

- 21 Stadtarchiv Freiburg, B. Kenzinger Akten 2, 37.2.9. Reiseurkunden Beiger 1842–45
- 22 Heidi Müller, Dienstbare Geister. Schriften des Museums für Deutsche Volkskunde Berlin, Band 6, Berlin 1981, S. 58.
- 23 wie Anmerkung 21.
- 24 Pfarrarchiv Kenzingen, Ehebuch 1811–1855, 1849/123–7.
- 25 Hartmut Zoche, Kenzingen. In: Watzka, Dr. V. u. Auer, Gerhard: Die Sonne der Freiheit. Die Revolution 1848/49 im Oberamt Emmendingen und den Bezirksämtern Kenzingen, Waldkirch. Band 1: Stadt und Land. Emmendingen 1997.
- 26 GLAK 240/1532.
- 27 vergleiche Hartmut Zoche, Wagenstadt, S. 315 f., in V. Watzka, Gerhard Auer, Die Sonne der Freiheit. Die Revolution 1848/49 im Oberamt Emmendingen und den Bezirksämtern Kenzingen, Waldkirch. Band 1: Stadt und Land. Emmendingen 1997.
- 28 Stadtarchiv Kenzingen, Ratsprotokoll vom 23.9.1851.

„Freiheit, Gleichheit, – aber d’Jude min umbracht si.“ Die Ortenauer Juden im Vormärz und in der Badischen Revolution 1848/49

Jürgen Stude

Die Juden waren für die Geschichtsschreibung der Revolution 1848/49 bislang kaum ein Thema, obwohl keine andere Bevölkerungsgruppe die Revolutionsjahre mit so zwiespältigen Gefühlen erlebte wie diese Minderheit. Sahen die städtisch geprägten Juden in der Revolution einen entscheidenden Wendepunkt auf dem Weg der Emanzipation, so ist sie in die Erinnerungen der Landjuden als „Schreckenszeit“ eingegangen. Das Widersprüchliche dieser Zeit faßte der Freiburger Rabbiner Adolf Lewin in seiner 1909 erschienenen „Geschichte der Badischen Juden“ zusammen: „In der Idee, in den Theorien liberal, zeigt die Bewegung der Jahre 1848 und 49 in der Praxis den Israeliten wenig Wohlwollen“.¹ In vielen europäischen Ländern waren die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 begleitet von judenfeindlichen Ausschreitungen. Allein 93 Übergriffe für das Gebiet des späteren Deutschen Reiches vermerkt Stephan Rohrbacher in seiner Arbeit „Gewalt im Biedermeier“, von denen ein Drittel auf das Großherzogtum Baden fiel.² Dabei traten drei Regionen besonders hervor: Das Markgräflerland, der Kraichgau und der badische Odenwald. Doch auch in der Ortenau kam es zu Angriffen gegen die jüdische Minderheit.

Die Übergriffe im Markgräflerland standen im direkten Zusammenhang mit den antijüdischen Attacken im Oberelsaß.³ Vermutlich als Reaktion auf die Pariser Revolutionsverfassung, die ein allgemeines Verbot enthielt, im öffentlichen Dienst Personen auf Grund ihrer Standes- oder ihrer Religionszugehörigkeit unterschiedlich zu behandeln, hatte sich die Landbevölkerung zusammengerottet, um über ihre jüdischen Nachbarn herzufallen.⁴ Viele elsässische Juden flohen in die nahe Schweiz oder über den Rhein ins Markgräflerland, wo sie bei ihren dort lebenden Glaubensgenossen Aufnahme fanden. Doch auch dort waren sie nicht sicher, in Müllheim löste ihre Ankunft am 4. und 5. März 1848 den Unmut der christlichen Bevölkerung aus, der schließlich in gewalttätige Ausschreitungen mündete. Man befürchtete, die Neuankömmlinge *möchten sich wie einige früher eingewanderte und besonders unbeliebte Judenfamilien hier einnisten*⁵. Auch andere Gemeinden im Markgräflerland meldeten Ausschreitungen, im Breisgau und am Hochrhein wurden Drohungen gegen die Juden laut. Die elsässischen Flüchtlinge wichen daraufhin nach Basel aus.

Zur gleichen Zeit wie im Markgräflerland kam es im Kraichgau zu judenfeindlichen Exzessen.⁶ Diese Unruhen hatten ihren Hintergrund in der Diskussion über die Gleichstellung der badischen Juden. Aus dem Amt Bretten, wo es in der Nacht vom 3. auf den 4. März 1848 zu den ersten Ausschreitungen kam, erging anderntags eine Meldung des dortigen Bezirksamtmannes an das Innenministerium: *Auf dem Lande weiß man kaum etwas von den in Frankreich stattgehabten jüngsten Ereignissen. Nur die Verhandlungen der II. Cammer der bad. Stände-Versammlung erregte Interesse auch bei dem Volke u. eine mißverständene gestern hierhergekommene Nachricht, daß nemlich die Emancipation der Juden von der II. Kammer genehmigt worden, erzeugte mit Blitzesschnelle großen Unwillen in allen Gemeinden.*⁷

Die Frage der bürgerlichen Gleichstellung der Juden spielte dagegen im badischen Odenwald, wo sich die schlimmsten Szenen abspielten, kaum eine Rolle. Als Motiv für ihren Judenhaß nannten die bäuerlichen Auführer ihre Abhängigkeit von den jüdischen Geldhändlern. Die Festlegung der Juden auf den Handel, insbesondere auf den Geldhandel, soll ihnen hier also zum Verhängnis geworden sein. Friedrich Lautenschlager, der als einer der ersten Historiker auf diese „Agrarunruhen“ hinwies, deutete die Aktionen der Odenwälder Bauern in seiner 1915 erschienenen Abhandlung „Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahr 1848“ als Notwehr gegen habgierige jüdische Geldverleiher: „Mit den Exzessen der Bauern gegen das standes- und grundherrliche Eigentum im Jahre 1848 gingen Judenverfolgungen Hand in Hand. Man hat in ihnen den Ausbruch mittelalterlicher Roheit sehen wollen. Davon war der judenverfolgende Bauer weit entfernt; er bekämpfte nur seinen lästigen Gläubiger. Daß der Jude war, einen anderen Glauben hatte, galt ihm nichts. Daß er ihn aussaugte, oft an den Bettelstab brachte, während er selbst täglich reicher wurde, das trieb den Bauern zur Revolte.“⁸ Die Frage, weshalb die Bauern auf ihrem „Weg der sozialen Revolution“⁹ ihre brutalen Attacken hauptsächlich gegen die Juden richteten und weniger gegen ihre christlichen Gläubiger, stellt Lautenschlager nicht.

Auch moderne Autoren sehen in der ländlichen Revolte des Jahres 1848 lediglich einen mit gewalttätigen Mitteln ausgetragenen ökonomischen Konflikt, ohne den jahrhundertealten Antijudaismus in ihre Überlegungen miteinzu beziehen.¹⁰ Stefan Rohrbacher stellt das ökonomische Motiv als alleinige Erklärung für die Judenverfolgungen in Frage. Für ihn ist die „Rolle und Bedeutung der Gewalt im Verhältnis zwischen christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit“ nur richtig erfaßt, „wenn nicht auch antijüdische Übergriffe im weiteren Sinn in die Betrachtung einbezogen, neben kollektivem auch individuelles Handeln und neben dem außergewöhnlichen Einzelereignis auch Strukturen der Gewalt in Alltag und Brauchtum beleuchtet würden“.¹¹

Die Situation der Juden im Vormärz

Um die antijüdische Gewaltwelle 1848 in ihren historischen Gesamtzusammenhang stellen zu können, muß die Situation der Juden im Vormärz in den Blick genommen werden. 1825 lebten im Großherzogtum Baden 17 577 Juden, sie machten 1,6% der Gesamtbevölkerung aus.¹² Im Jahre 1846 war ihre Zahl auf 23 258 angestiegen (1,71%). Den höchsten Anteil der jüdischen Bevölkerung verzeichnete 1852 der Amtsbezirk Sinsheim (7,1%). Nach den Amtsbezirken Konstanz (5,1%), Adelsheim (5,0%), Mannheim (4,2%) und Wiesloch (3,5%) folgte Lahr (3,3%), ein Ortenauer Amtsbezirk.¹³ Die Amtsbezirke Ettenheim und Lahr bildeten neben den nordbadischen Ämtern einen Schwerpunkt jüdischer Ansiedlung in Baden. Die größte israelitische Gemeinde beherbergte das ehemals reichsritterschaftliche Dorf Schmieheim, wo 1839 434 Juden lebten, gefolgt von Altdorf (275), Rust (198) und Kippenheim (145).¹⁴ Die in der nördlichen Ortenau gelegene israelitische Gemeinde Bühl umfaßte 1837 245 Mitglieder (9,22% der Einwohnerschaft)¹⁵, die israelitische Gemeinde Kuppenheim 1834 125 Personen.¹⁶ In den Städten Baden-Baden, Kehl, Offenburg, Haslach, Gengenbach und Lahr lebten keine Juden. Erst nach der endgültigen rechtlichen Gleichstellung der Juden 1862/72 öffneten diese Handelszentren dieser Minderheit ihre Mauern.

Bürger zweiter Klasse

Während die Juden jahrhundertlang als Fremdlinge betrachtet wurden, verlieh ihnen das 1806 gegründete Großherzogtum Baden am 4. Juni 1808 die Staatsbürgerschaft und somit ein Heimatrecht in Baden. Alle Staatsämter in der Exekutive waren ihnen nun zugänglich. Allerdings verwehrte ihnen das gleiche Edikt, das sie zu *erbfreien Staatsbürgern* machte, das Ortsbürgerrecht: *Ohne Einwilligung der Ortsgemeinde und besondere Erlaubnis des Regenten, auch da wo sie bisher waren, sollen sie im allgemeinen noch nicht als Gemeindeglieder, sondern nur gleich anderen, zum Ortsbürgerrecht nicht geeignete Christen, als Schutzbürger anerkannt werden.*¹⁷ Die Juden blieben also auf Gemeindeebene Bürger zweiter Klasse, die nicht einmal den Gemeinderat oder den Bürgermeister wählen durften.

Schwerer als diese Benachteiligung im Politischen wog die Tatsache, daß sie als Schutzbürger keinen Zugang zum Gemeindeeigentum und Allmendgenuß erhielten. Die Frage des „Bürgernutzens“, vor allem im Streit um *Wasser- und Waid*, hatte schon in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder für Konfliktstoff in den Gemeinden gesorgt.¹⁸ Die christliche Dorf-

bevölkerung war nicht bereit, das Gemeindegut mit weiteren Nutznießern zu teilen, schon gar nicht mit den als Fremde angesehenen Juden. Diese ablehnende Haltung war wohl der Hauptgrund, weshalb die Regierung davor zurückschreckte, die rechtliche Gleichstellung der Juden auf Gemeindeebene zu vollziehen. Groß war auch die Angst der Kommunen, die jüdischen Armen, von denen es viele gab, nun ebenfalls versorgen zu müssen. Das System der gemeindlichen Sozialfürsorge war eh kaum in der Lage, für alle christlichen Unterstützungsbedürftigen aufzukommen. Andererseits mußten die vermögenden Juden die christlichen Kirchen- und Armenlasten mittragen. 1844 kam es deswegen in Nonnenweier zum Streit. Als sich neun Juden weigerten, diese Abgaben zu entrichten, wurden sie von der Kreisregierung zur Zahlung gezwungen.¹⁹

Große Hoffnung setzten die Juden auf die 1831 neu gewählte liberale Volksvertretung. In einer gezielten Petitionskampagne baten sie um den Vollzug ihrer rechtlichen Gleichstellung mit den badischen Christen. Auch die jüdischen Gemeinden des Amtsbezirkes Ettenheim hatten eine Petition verfaßt, die sich wie ein Bekenntnis zum Liberalismus liest: *Künste und Gewerbe gedeihen nur da, wo sie frey sich ohne Zwang kultiviert werden können durch freyen Verkehr; durch den Austausch gegenseitiger Bedürfnisse werden sie befördert, durch Beschränkungen hingegen gehemmt ... Ist dem Staat wirklich darum zu thun, uns zu nützlichen Bürgern zu qualifizieren, liegt ihm unser Wohl und Gedeihen wirklich am Herzen, so gebe man uns die völligen staatsbürgerlichen Rechte. Man hebe alle Beschränkungen auf, die nur zusehr das Gepräge des Mittelalters tragen und nicht in eine Perode passen, wo Gewissensfreiheit und Toleranz der allgemeine Wahlspruch ist. Der Glaube soll frey seyn und ohne allen Einfluß auf das politische Leben. Eine Volksklasse im Staat stiefmütterlich zu behandeln, ist weder klug noch human.*²⁰ Die Juden wurden herb enttäuscht, zwar hoben die beiden Kammern den Unterschied zwischen Ortsbürgern und Schutzbürgern auf, aber anstatt die Emanzipation der Juden als Teil des liberalen Programms zu begreifen, nahmen sie die Minderheit von der neuen Regelung aus. Die Schichtung der Gemeindegutbewohner in christliche Vollbürger auf der einen und christliche und jüdische Schutzbürger auf der anderen Seite wurde nun ersetzt durch eine Aufteilung in christliche Vollberechtigte und jüdische Minderberechtigte. Die rechtliche Zurückstellung war für die jüdische Zeitung „Der Israelit des 19. Jahrhunderts“ einer der Gründe, weshalb *der Pöbel in seinem Übermuthe (die Juden) als völlig rechtlos betrachtet und glauben mochte, er dürfe sich alles gegen die vom Gesetz selbst als Heloten behandelten erlauben.*²¹

Handel

Nach der Gründung des Großherzogtums Baden blieben die Juden trotz Erleichterung des Zugangs zu anderen Wirtschaftszweigen ihrem traditionellen Gewerbe, dem Handel, verhaftet. Sie vermarkteten die landwirtschaftlichen Produkte in der Stadt und die städtischen manufakturrellen Erzeugnisse in den Landgemeinden. Der jüdische Viehhändler und der „Bündeljud“ waren von den Märkten und aus den Dörfern nicht wegzudenken. Das Innenministerium klagte 1826 darüber, daß, *besonders die beiden Ämter Ettenheim und Lahr vollgestopft (sind) von Juden, die zum großen Nachtheil des Landes den so gemeinschädlichen Nothhandel betreiben.*²² Unter dem Begriff Nothandel verstanden die Behörden allgemein einen Handel, der ohne genügendes Kapital und ohne geregelten Geschäftsgang aus „Not“, d. h. ohne die Möglichkeit auf andere Weise den Lebensunterhalt zu fristen, ausgeübt wurde. Zum Nothandel zählten sie die Mäklerei, also die Vermittlung von Handelsangelegenheiten, den Hausiererhandel, den Trödelhandel und den Leihhandel. Wer sich mit „Nothandel“ versuchte über Wasser zu halten, hatte mit manchen Einschränkungen zu leben. Als der Nonnenweierer Kleinviehhändler Moses Dreifuß 1821 heiraten wollte, verwehrte ihm das Lahrer Bezirksamt dies wegen *Vermögenslosigkeit und Unkunde in der Landwirtschaft sowie in jedem anderem Gewerbe, und da vorauszusehen ist, daß Supplikant allein durch den gemeinschädlichen Nothhandel sich zu ernähren suchen und daher mit seiner Familie dem Publikum und der Gemeinde auf jede Art zur Last fallen würde.*²³

Über die Berufsverteilung der badischen Juden des Vormärz liegen nur ungefähre Angaben vor, so sollen 1832 nach Jakob Toury 63,8% im Geld- und Warenhandel, 26,8% im Handwerk und Gewerbe, 5,1% in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen sein.²⁴ Wieviele der Händler dem Nothandel zuzurechnen waren, lassen seine Ausführungen offen. Aber bereits in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts scheint diese Form des Lebensunterhalts deutlich zurückgegangen zu sein, viele jüdische Händler hatten es geschafft, von der hausierenden Randexistenz zum Kaufmann mit offenem Ladengeschäft aufzusteigen. Diese Veränderung der Berufssituation der Juden hing mit dem Umbau von der ständisch-feudalen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zusammen. Die jüdische Bevölkerung war auf diesen Wandel infolge ihrer jahrhundertelangen ökonomischen Erfahrungen besser vorbereitet als viele Christen, die sich als Modernisierungsverlierer erlebten. Einige Wirtschaftspioniere fanden sich unter den jüdischen Ortenauern, wie Wolf Netter, der seit 1833 in Bühl eine Eisengroßhandlung betrieb, aus der sich die angesehene Firma Wolf Netter & Jakobi, Metallfabrikation, Gießerei und Eisenhandel entwickelte. G. Massenbach er-

richtete ebenfalls in Bühl eine Spinnerei und Weberei. Beide Unternehmer gehörten zu den wenigen Bühler Juden, die gegen den Willen der Stadtväter, bereits vor 1848 in den Besitz des Ortsbürgerrechtes kamen.²⁵

Das von den Ortenauer Landjuden wohl am häufigsten betriebene Gewerbe war der Viehhandel.²⁶ Im Amtsbezirk Lahr und Ettenheim besaßen die jüdischen Händler fast das Monopol auf dieses Gewerbe. Auch der Spezereihandel war eine Domäne der Juden.²⁷ Belege für diese Monopolstellung finden sich in den vielerorts noch erhaltenen „Viehverkaufskontraktenbüchern“. Diese für die lokale Wirtschaftsgeschichte wichtigen Protokollbücher halten alle in einer Gemeinde vorgenommenen Viehverkäufe fest. Als Beispiel seien die Friesenheimer „Kontraktenbücher“ angeführt, die für die Jahre 1787 bis 1848 vorliegen.²⁸ In den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts waren an fast allen Friesenheimer Abschlüssen Juden beteiligt (97%), wobei die Diersburger Juden 57% des abgeschlossenen Viehhandels durchführten, der Rest verteilte sich auf Friesenheimer (37%), Kippenheimer, Schmieheimer und Altdorfer Juden. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts steigt die Zahl der Einträge christlicher Viehhändler. 1848 wurden 16% des protokollierten Viehhandels von Christen ausgeführt.

Wohl die meisten jüdischen Händler verliehen Geld. Sie gehörten auf Grund ihrer Handelstätigkeit zu den wenigen, die auf dem Land überhaupt über Geldmittel verfügten, öffentliche Kreditanstalten gab es nicht. Sie deckten vor allem den Finanzbedarf, der in den standes- und grundherrlichen Gebieten durch die Zehntablösung entstanden war. Da manche Bauern nicht in der Lage waren, ihre Kredite bei den jüdischen Leihgebern abzubezahlen, kam es zu Zwangsversteigerungen, die den Juden angelastet wurden. Das seit dem Mittelalter tradierte Bild des „Wucherjudens“ wurde wieder belebt und den Juden die Schuld für die wirtschaftliche Misere der ländlichen Bevölkerung zugeschoben.

Antijudaismus

Der tradierte Antijudaismus findet sich auch im Brauchtum, das deutliche Spuren ritualisierter Gewalt in sich barg. Reste eines Gewaltrituals blieben vor allem im Brauch des Osterfeuers erhalten.²⁹ Johannes Künzig beschreibt in seinem Aufsatz über das „Frühjahrsbrauchtum der Ortenau“ dieses seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Mittelbaden nachweisbare österliche Ritual.³⁰ „Das in ganz Baden, d. h. in katholischen Orten, verbreitete ‚Judasverbrennen‘ vor der Kirche ist auch in der Ortenau in einer Reihe von Dörfern durchaus üblich. Zu dem vielfach noch nach kirchlicher Vorschrift aus einem Feuerstein geschlagenen Feuer bringen die Buben

Holzscheite mit, in Wolfach den ‚Judasbengel‘, einen beträchtlichen Prügel, den sie an einer Kette befestigt haben, um ihn nach der Feuerweihe durch den Pfarrer in halbverkohltem Zustande herauszuziehen. Im nahen Bach wird das glühende Holzstück dann gelöscht und alsbald triumphierend nach Hause getragen, wo man die Karsamstagskohlen nun als Schutz gegen Blitz und Feuer aufbewahrt. In Schuttern verbrannte man früher im „Judasfeuer“ alte Grabkreuze.“³¹

Fridolin Löffler hat dieses Brauchtum in Schuttern erlebt, wo er in der Mitte des 19. Jahrhunderts seine Kindheit verbrachte. Wie es auf ihn wirkte, vermitteln seine Kindheitserinnerungen: *Am Samstag vor Ostern wurde neben der Kirche aus alten Kreuzen vom Gottesacker das Osterfeuer angezündet. Uns Kindern erzählte man, der „ewige Jude“ werde verbrannt. Unter diesem ewigen Juden stellte ich mir immer einen alten Juden aus Friesenheim vor, der jede Woche in Geschäften unseren Ort zu Fuß durchwanderte, trotzdem er die hundert überschritten hatte. Wie freute ich mich, wenn ich ihn nach Ostern wieder wohl und munter sah und fand, daß das Feuer ihm keinen Schaden gebracht.*³² Aus Altdorf liegt uns eine Schilderung aus der Zeit des Dritten Reiches vor: *Schon am Tage vorher haben wir Buben uns nach einer wadendicken, ungefähr eineinhalb Meter langen Holzwalze umgesehen, in die an dem einen Ende zur Befestigung des Eisendrahtes oder der Kette eine Kerbe ringsum eingeschnitten wurde, so daß das Ganze wie der Rumpf und Kopf einer menschlichen Figur aussah. Dieses Holz, der Jud genannt, wurde nun im Feuer, über das der Weihesegen gesprochen wurde, allseitig angebrannt, so daß es hernach wie ein kleiner Neger, oder Kaminfeger aussah. An den eigentlichen Zweck wurde kaum mehr gedacht. Die Spuren von dem verbrannten Juden, den man nun stolz nach Hause schleppte, waren auf den vielen steinernen Kirchenstufen zu sehen und auch auf der Dorfstraße ... Natürlich hänselten und foppten wir mit dem zu Tode „Gemarterten“ die gleichaltrigen nichtarischen Knaben.*³³

Zum Brauchtum gehören auch Kinderreime, von denen nicht wenige mit antijüdischem Gift angefüllt waren. Aus Friesenheim ist folgender Vers überliefert, der in Abwandlungen auch in anderen badischen Orten kursierte:

*Judd, Judd Hecke Zahn
morge muesch verrecke dran
am nüni begrabe sie
am zehni muesch bim Teufel si!*³⁴

Der Hetzruf „Hepp-Hepp“, der oft den Beginn antijüdischer Ausschreitungen ankündigte, findet sich als Bestandteil eines Schmieheimer Kinderreimes:

*Heile, heile, hep, hep, hep,
Und der Jude ißt kein Speck.*³⁵

Der im Brauchtum gespeicherte Antijudaismus wurde noch durch eine Presse geschürt, die sich über die Integrationsbemühungen der Juden mokierte und die ganze Skala judenfeindlicher Vorurteile durchspielte. Besonders trat hier das „Offenburger Wochenblatt“ hervor, das immer wieder Werbung für antisemitische Pamphlete aufnahm. Diese Spottschriften trugen Titel wie: *Die Spitzbubereien und Gaunerstreiche der Juden und ihre verderblichen Umtriebe unter den Christen.*³⁶ Die Verfasser solcher Schmähschriften unterstellten den jüdischen Händlern generell unehrliche Absichten. Häufig imitierten sie bei der Formulierung ihrer abstrusen Geschichten die jüdisch-deutsche Mundart obwohl nur wenige deutsche Juden diese Sprache noch benutzten.³⁷ Die Betonung des Judendeutschen sollte das Anderssein der Juden und ihre angebliche kriminelle Veranlagung belegen, denn nach den landläufigen Vorstellungen bedienten sich nur Verbrecher einer Sondersprache.

Die im antijüdischen Brauchtum zum Ausdruck kommende Aggressionsbereitschaft drohte vor allem in Krisenzeiten in reale Gewalt umzuschlagen, wie 1819, als im Gefolge politischer Unruhen die sog. „Hepp-Hepp-Krawalle“ die jüdische Bevölkerung bedrohten. Der Schwerpunkt dieser Krawalle lag in Nordbayern und in Hessen. Für die Ortenau lassen sich in dieser Phase antijüdische Ausschreitungen lediglich für die Stadt Bühl nachweisen. Die dort *höchst unruhigen Auftritte* konnten nur mit Einsatz von Militär unterdrückt werden.³⁸ Weniger gefährlich, doch an der Tagesordnung, waren sogenannte „Dummen-Jungensstreiche“, die nicht als Verletzung der gesellschaftlichen Normen aufgefaßt wurden und deshalb in der Regel keinen Eingang in die Akten fanden. Sie tauchen hingegen in (christlichen) Jugenderinnerungen als harmlose Späße auf, wie bei Fridolin Löffler, der mit seinen Schutternern Schulkameraden einem fahrenden jüdischen Händler Namens Valfer übel mitspielte. Der Händler hatte sich auf Weinstinklopfen spezialisiert. *Eines Tages kamen wir gerade aus der Schule, wie der „Valfer“ vor dem Prinz in das Faß schlüpfte. Das war nun für uns ein Gaudium. Kaum war er drinnen, so rollten wir das Faß auf der Straße herum, daß der arme Jude wie Butter im Faß herumgeworfen wurde und Zeter und Mordio geschrieen hat.*³⁹ Auch in jüdischen Memoiren kommt dieser alltägliche Antisemitismus zur Sprache. Die in Rust geborene und aufgewachsene Jüdin Rosalie Hauser und ihre jüdischen Mitschüler erfuhren ihn am eigenen Leib: *Doch erinnere ich mich meiner ersten*

Schuljahre, wo auf dem Weg zur Schule wir von den Kindern des gemeinen Volkes mit Steinen beworfen wurden. „Druff, s'sin Jude“, hieß es.⁴⁰ „Druff, Druff, s'sin Jude“ war nach dem „Offenburger Wochenblatt“ der übliche Kampfruf, wenn eine Meute sich anschickte einen Juden zu mißhandeln.⁴¹ Die weit verbreitete Judenfeindschaft wird durch den jüdischen Nonnenweierer Lehrer Iwan Meyer in der 1927 erschienenen Chronik seiner Gemeinde bestätigt „Das Verhältnis zwischen Juden und Christen war mitunter ein recht gespanntes. In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts scheinen Belästigungen der Juden durch christliche Ortsbürger in Form von mutwilligen Sachbeschädigungen geraume Zeit an der Tagesordnung gewesen zu sein“.⁴²

Nonnenweier 1846

Meyer spielt hier vor allem auf Vorfälle im Jahr 1846 an.⁴³ Unbekannte hatten Anfang Januar dieses Jahres die Fenster der Nonnenweierer Juden eingeworfen und Zäune niedergetreten. Selbst die Synagoge war das Ziel von Angriffen. Der Nonnenweierer Synagogenrat beschwerte sich beim Lahrer Oberamt. In seiner Stellungnahme schob der Nonnenweierer Bürgermeister die Schuld für den Tumult den Juden zu: *Man kann mit aller Gewißheit sagen, daß die Israeliten mehr Feinde in den anliegenden Orten haben als in unserem Ort, denn durch ihren Schacherhandel ziehen sie sich derartige Fälle zu... Sie machen überall großes Aufsehen und wenn man sich der Sache überzeugt, so ist es nichts als ein großer Lärm, welcher ihr Gebrüll auf der Gasse und zu den Fenstern heraus verursacht, als wären Mord und Brand im Ort... Und so verschreien sie das Dorf in den umliegenden Orten, sodaß man glauben kann, die größte Liederlichkeit herrsche hier.* Das Oberamt gab sich mit der Antwort des Bürgermeisters nicht zufrieden: *Es läßt sich nicht verkennen, daß in letzter Zeit außergewöhnliche Polizeifrevel vorkamen, und wenn auch die leicht verzeihliche Angst der Israeliten dieselben vergrößert haben sollte, so ist es doch angemessen, einem Unfug gleich von vorneherein zu begegnen, der leider manchmal als ein entschuldbarer Muthwillen betrachtet, bei dem geringsten Widerstand zu bedenklicher Unordnung führen kann. Es wird daher dem Bürgermeisteramt angelegen sein, die angezeigten Frevel strenge zu untersuchen und durch geeignetes Einschreiten allen Ruhestörungen und Beleidigungen der israelitischen Gemeinde zuvorzukommen oder doch wenigstens den etwaigen Thätern auf die Spur zu kommen suchen.*

Die Ermahnungen des Oberamtes zeigten wenig Wirkung, erneut kam es im Juni 1846 zu Übergriffen in Nonnenweier. Wieder wurden die Scheiben der Synagoge zertrümmert und Steine in die Wohnzimmer jüdischer Woh-

nungen geschleudert. Dieses Mal ließ es das Oberamt nicht bei Ermahnungen bewenden. Es warf der Gemeinde Nonnenweier vor, *daß nicht persönliche Gemeinheiten Einzelner derlei Frevel hervorgerufen haben, sondern daß eine allgemeine feindliche Stimmung der christlichen Einwohner von Nonnenweier gegen die dortigen Israeliten die Ursache dieser traurigen Erscheinungen ist.* Die den Juden entstandenen Schäden mußten aus der Gemeindegasse bezahlt werden; nach Ansicht des Oberamtes handelten die Täter im Einverständnis mit der Gesamtheit der Nonnenweierer Christen. Auch die gegen die Juden vorgebrachten Beschuldigungen sah es als vorgeschoben, denn es ginge bei den Ausschreitungen in Wahrheit nur um *die einzig denkbare Ursache, nemlich die Befürchtung, daß die Israeliten zum Mitgenuß der Bürgernutzungen gelangen könnten.*

Das Oberamt spielte auf den am 15. Dezember 1845 vom Abgeordneten Zittel in der II. Kammer eingebrachten Antrag auf uneingeschränkte Religionsfreiheit aller badischen Staatsbürger an.⁴⁴ Offensichtlich hatte die dadurch angestoßene Kammerdiskussion die Ängste der christlichen Bevölkerung um ihren Allmendanteil ausgelöst. In Mannheim tauchten Plakate auf, die einen am Galgen hängenden Menschen, ein Richtbeil und die Inschrift *10 Uhr Abends – Hepp! Hepp!* zeigten. Zu gewalthaftem Vorgehen gegen Juden ist es jedoch bis auf Nonnenweier nirgends in Baden gekommen. Letztlich wurde die rechtliche Stellung der Juden auf der Gemeindeebene von den Parlamentsentscheidungen des Jahres 1846 überhaupt nicht berührt. Dies versuchte das Lahrer Oberamt auch den Nonnenweierer Christen klarzumachen, indem es darauf hinwies, daß sich eigentlich nichts für die Juden geändert habe und daß deren *Verhältnisse weiterhin ganz so wie sie früher waren, auch forthin geblieben sind.*

Ein drittes Mal sollte es zu Ausschreitungen gegen die Nonnenweierer Juden kommen, als die Mehrheit der Abgeordneten der II. Kammer am 21. August 1846 mit 35 gegen 18 Stimmen beschloss, *die sämtlichen, die bürgerliche Gleichstellung der Juden mit den Christen bezweckende Petitionen dem großh. Staatsministerium mit Empfehlungen zu überweisen.*⁴⁵

Das Jahr 1848 – Freiheit, Gleichheit, – aber d'Jude min umbracht si

Die Erinnerung an die Vorfälle des Jahres 1846 werden den badischen Juden noch gegenwärtig gewesen sein, als der radikale Abgeordnete Lorenz Brentano am 14. Februar 1848 die Emanzipationsfrage wieder auf die Tagesordnung brachte. In einem Antrag in der II. Kammer forderte er die *ungesäumte Einräumung des Vollgenusses aller bürgerlichen und politischen Rechte an die Israeliten.* Die 12 vorgetragenen Revolutionsforderungen,

die der Abgeordnete Welcker am 2. März 1848 der II. Kammer vortrug, umfaßten auch die *politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses*.⁴⁶ Seinem Votum folgte die große Mehrheit der Parlamentarier, lediglich drei Abgeordnete stimmten dagegen. Nach Bekanntwerden der Entscheidung der II. Kammer begann sich Unmut unter der Landbevölkerung auszubreiten. Wie beängstigend sich die Situation für die Juden in diesen Tagen darstellte, klingt in den Erinnerungen von Rosalie Hauser (1840–1924) wider: *Während dieser schlimmen Zeit gab es viele bei uns, die ihre Wirtschaft vernachlässigten, ja ganz verkommen ließen, in dem sie Tage und Nächte in den Wirthäusern zubrachten, sich fest darauf verlassend, daß bald der Tag kommen werde, wo sie über die Wohlhabenden, besonders über die Juden, herfallen und sie berauben könnten*.⁴⁷ Ob Rosalie Hauser folgende Geschichte selbst erlebt hat oder sie nur aus der Familienüberlieferung kannte, bleibt offen: *Eine Frau machte ihren Mann darauf aufmerksam, ihr, wenn einmal das Plündern losgehe, nur roten Kölsch und keinen blauen heimzubringen*.⁴⁸ Und einmal, so erinnert sie sich, sei der Ruf erklungen: *Freiheit, Gleichheit, – aber d’Jude min umbracht si*.⁴⁹ Dieser Satz wirkt konstruiert und man könnte unterstellen, Rosalie Hauser hätte mit ihm eher die von den Juden erlebte Bedrohung auf den Punkt bringen, als eine reale Erinnerung zitieren wollen. Doch es gibt auch andernorts Belege für solche Drohungen. 1847 waren z. B. im Odenwald Flugblätter aufgetaucht mit folgenden Forderungen: *Wir wollen nur sagen, weswegen die Revolution vonstatten gehen soll. 1. Der Adel muß vernichtet werden. 2. Die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden. 3. Müssen alle Könige, Herzöge und Fürsten weg und Deutschland ein Freistaat wie Amerika werden. 4. Müssen alle Beamte gemordet werden*.⁵⁰ Und als am 7. auf den 8. März 1848 eine Gruppe Maskierter in das nordbadische Dorf Unterschüpf eindrang, skandierte sie die Parole: *Freiheit, Gleichheit soll leben; die Juden müssen sterben*.⁵¹

Daß die Mehrheit der christlichen Bevölkerung die Bestrebungen der liberalen und radikalen Abgeordneten um die Gleichstellung der Juden ablehnte, war bekannt. Dennoch waren die Parlamentarier von dem Ausmaß der Proteste überrascht. Die Kette der antijüdischen Übergriffe begann bereits am 3. März 1848, ein Tag nach der entscheidenden Kammersitzung. Sie hatte ihren Ausgang in Bretten und weitete sich in den folgenden Tagen auf andere Kraichgauorte aus. Die „Allgemeine Zeitung“ aus Karlsruhe meldete am 9. März 1848: *Eine allgemeine Judenverfolgung hat auf dem flachen Land begonnen, scharenweise ziehen die Flüchtlinge den Städten zu, namentlich nach Mannheim, wo die entschiedensten Freunde derselben ansässig sind. Die Volksbewegung nimmt keine Notiz von den Theorien unserer Kammerredner. In Bruchsal zog der Haufen der Stürmer sogar vor*

das Haus des ultraliberalen Abgeordneten Brentano um dasselbe unter dem Ruf „Nieder mit dem Judenkönig“, wie Brentano heute selbst in der Kammer erzählte, zu verwüsten. Das Einschreiten des Militärs machte dem Aufruhr ein Ende.⁵²

Die liberalen Führer hofften, mit einem Aufruf an die badische Bevölkerung der Gewalt ein Ende zu setzen: *Mit tiefem Schmerze, welche alle wahren Freuden der Volksfreiheit und des Vaterlandes teilen, vernehmen wir die Nachricht, daß die Tage, welche die Herzen aller wackeren Bürger mit hehrer Begeisterung erfüllen, die Tage, welche unser ganzes Volk erlösen sollen von dem Drucke der Knechtschaft von Jahrzehnten, ja von Jahrhunderten, entweiht werden sollte durch blinde Zerstörungswut und Gefährdung der Personen und des Eigentums unserer Mitbürger mosaischen Glaubens, daß das leuchtende Panier der Freiheit besudelt werden will durch schmäbliche Exzesse. (...) Mitbürger, wir wissen, daß wir in euer aller Sinn sprechen, wenn wir euch zurufen: Es ist eine heilige Pflicht eines jeden Ehrenmannes, der nicht mit dem Namen der Freiheit ein schnödes Spiel treibt, der nicht ihren Namen zur Befriedigung andere Leidenschaften mißbrauchen will, es ist eine heilige Pflicht aller Volks- und Freiheitsfreunde mit aller Energie solch frevelhaften Beginnen entgegenzutreten. Nur Diener der Reaktion oder von ihnen Irregeleitete vermögen zu Judenverfolgungen die Hand zu bieten, wie sie nie ein freies Land, wohl aber der Despotismus kannte.*⁵³ Das entschiedene Eintreten der führenden liberalen Politiker für die Verfolgten wußte die israelitische Presse zu würdigen. So schrieb die orthodoxe jüdische Zeitung, „Der treue Zions-Wächter“: *Nicht die wahren Freiheitsmänner waren (es), ... die solche Ungerechtigkeiten, solche Schandtaten verübten, sondern diejenigen, welchen Gesetzeslosigkeit als Freiheit gilt. Das ist aber nur eine Minderheit des deutschen, sogar des badischen Volkes.*⁵⁴

Als der Aufruf der Abgeordneten am 8. März 1848 in den Zeitungen zu lesen war, hatte die Gewaltwelle bereits die Ortenau erreicht. An diesem Tag wurden die vermögenden Bühler Juden das Ziel eines Tumultes.⁵⁵ Die „Freiburger Zeitung“ vom 17. März 1848 zeigte Verständnis für die dortigen Aufrührer, schließlich sei es *zu keinerlei Excessen oder Demonstrationen gegen die Juden als solche gekommen ... sondern nur gegen einige Blutigel der Gesellschaft (auf die) sich der Haß und die Verachtung der ganzen hiesigen Einwohnerschaft gerichtet hätte.*⁵⁶ Am 13. März 1848 wurden in Kuppenheim die Fenster und Läden der Juden zertrümmert.⁵⁷ In Gernsbach mußten sich die *zum Theil sehr vermöglichen* Juden um den 23. März 1848 durch Geldspenden von angedrohten Verfolgungen loskaufen.⁵⁸ Allerdings wurden hier auch andere Reiche bedrängt. Eine herausragende Rolle bei den Gernsbacher Vorgängen spielte der dem jüdischen Glauben angehörende Ratsschreiber Raphael Weil.

Auch in Diersburg war ein Überfall geplant. Er konnte jedoch von den Ortshonoratioren verhindert werden, die sich schützend vor die Juden stellten. Als Anerkennung für diesen Schutz ließ der Diersburger Synagogenrat eine Danksagung im Offenburger Wochenblatt abdrucken: *In der Nacht vom 12. auf den 13. dieses Monats, als von einigen hiesigen Burschen die Ruhe und Ordnung der hiesigen Einwohner, hauptsächlich die der Israeliten, durch Fenstereinschlagen gestört wurde, hat sich der Sinn für Ruhe und Ordnung des hiesigen Bürgermeisters Feist und des Bürgers Franz Kempf, Waldförster dahier, rühmlichst bewährt. Der Eifer, mit welchem Beide gegen die Ruhestörer energisch auftraten, und der Muth, den unser allgemein beliebter Bürgermeister gegen die Ankämpfenden und Drohenden an den Tag legte, verdient unsere vollste Anerkennung, wofür wir unsern lebhaftesten Dank denselben öffentlich aussprechen im Namen der Gemeinde.*⁵⁹ Ähnliche Anzeigen erschienen auch in anderen badischen Zeitungen.⁶⁰

Der Kampf um den „Bürgernutzen“

Erneut kam es am 30. März 1848 zu Übergriffen gegen die Bühler Juden, in deren Verlauf das Anwesen des Alexander Wertheimers durch einen *nicht zu bändigen gewesenen Volkshaufen... zum größten Theil auf die furchtbarste Weise zertrümmert* wurde.⁶¹ Ein Teil der Menge drang in das Haus Wertheimer ein, beschädigte das Gebäude, stahl oder zerschlug einen großen Teil der Inneneinrichtung und machte sich über den im Keller gelagerten Wein her. Was die Plünderer nicht trinken konnten, ließen sie auslaufen. Einige Bühler Juden flohen aus Angst vor weiteren Verfolgungen, um sich in größeren Städten in Sicherheit zu bringen.⁶² Am Tag darauf drohte sich die Situation wieder zuzuspitzen. Angeblich um die Ruhe wiederherstellen zu können, beschloß eine Versammlung der christlichen Bühler den „freiwilligen“ Verzicht der Juden auf den Bürgergenuß. Da sich die Abpressung des Bürgerrechtes in vielen Orten Badens, z. B. in den Ortenauer Gemeinden Schmieheim⁶³ und Friesenheim⁶⁴ wiederholte, kann fast von einer modellhaften Handlungsweise gesprochen werden. Der erste bekannte Vorfall dieser Art wurde in Bretten registriert. Dort hatten die Juden bereits am 5. März 1848 unter Zwang ihren Verzicht erklärt.⁶⁵ Die Israeliten der Gemeinde Weingarten bei Karlsruhe leisteten sogar *freiwillig und ungezwungen für uns und unsere Nachkommen für alle Zeiten hiermit feierlich Verzicht, übernehmen aber alle Pflichten.*⁶⁶ Es scheint, daß nach dem Modell „Biedermann und Brandstifter“ in verteilten Rollen und mit verschiedenen Mitteln ein gemeinsames Ziel verfolgt wurde. Dies darf auch für Bühl angenommen werden, wo aufrührerische Kräfte und die Ortsbehörde sich gegenseitig den Ball zuspielten. Ein Protokoll des Bühler

Amtmannes zeigt beispielhaft das Schema, nach dem die Juden erpresst wurden⁶⁷: *Gestern abend wurde die Ruhe u. Ordnung in hiesiger Stadt in Folge eines sich seit längerer Zeit unter dem Volke genährten Hasses gegen einige des Wuchers beschuldigte israelitischen Einwohner durch theilweise Zertrümmerung israelitischer Wohnungen und Habseligkeiten auf eine höchst bedauerlicher Weise von einem nicht zu bändigen grausamen Volkshaufen gestört u. Angst u. Schrecken unter allen Klassen der hiesigen Einwohnerschaft verbreitet.*

Nachdem anscheinlich die Ruhe einigermaßen wiedergekehrt zu sein schien, verbreiteten sich schon seit heute morgen wieder unablässig Gerüchte von einem Plane zur Ruhestörung und weiterer Verfolgung der hiesigen israelitischen Einwohner. Man fand zunächst den Weg der gütlichen Besänftigung der aufgeregten Gemüther für den angemessensten und drängte auf schleunigste Abhaltung einer Bürgerversammlung.

In der Versammlung forderte der *entschiedene Volkswille einstimmig und wiederholt*, daß

- 1.) die in den Bürgergenuß eingetretenen israelitischen Bürger auf diesen Genuß verzichten,*
- 2.) die bestimmten des schändlichen Wuchers beschuldigten Familien in möglichst kurzer Zeit die Stadt verlassen.*

Als Gegenleistung für den Verzicht auf ihren (vermeintlichen) Bürgergenuß versprachen die Versammelten den Schutz der Juden vor weiteren Übergriffen. Im Anschluß an die Versammlung mußten die Bühler Juden auf das Rathaus kommen, wo sie folgende Erklärung unterzeichneten:

Wir erklären uns unter diesen bedrohlichen Umständen bereit, auf unseren Bürgergenuß zu verzichten und solchen der Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens in hiesiger Stadt zum Opfer zu bringen, nehmen aber auch dagegen das ehrenwörtliche Versprechen der hiesigen Bürgerschaft für uns, wie für die gesamte Einwohnerschaft an, daß die ganze Kraft und Energie vorausgesetzt in Thätigkeit gesetzt und erhalten wird, damit keinerlei Angriff auf die Personen oder das Eigenthum der hiesigen Einwohner aufkomme.

Dreizehn Israeliten unterzeichneten das Protokoll. Es fehlen die Unterschriften von Alex Wertheimer und drei weiteren aus der Stadt geflohenen jüdischen Familienvorständen. Lazarus Schweiger und Hermann Wertheimer unterschrieben nach ihrer Rückkehr im April 1848 das Dokument. Solche unter Drohungen zustande gekommenen Verzichtserklärungen wurden 1850 für nichtig erklärt.⁶⁸

Die Übergriffe flauen ab

Um der kollektiven Gewalt gegen die Juden Einhalt bieten zu können, erließ die Regierung ein Gesetz, das den Gemeinden die Haftung auferlegte für alle von *einer größeren zusammengerotteten Menge, oder von einer bewaffneten oder unbewaffneten Vereinigung Mehrerer mit offener Gewalt* hervorgerufenen Schäden. Innenminister Johann Baptist Bekk, der auf Aufforderung von Friedrich Hecker diesen Gesetzesentwurf in das Parlament einbrachte, rechtfertigte in seinem Buch: „Die Bewegung in Baden“ diese Entscheidung: *Diesen Gesetzesentwurf ließ ich mit der darin enthaltenen Bestimmung, daß er auf alle nach dem 11. März vorkommenden Fälle Anwendung finde, sogleich in allen Gemeinden öffentlich bekanntmachen. Die verschiedenen angewandten Mittel bewirken, daß diese Judenkrawalle aufhörten.*⁶⁹ Allerdings mußte Alexander Weill, der das Hauptziel der Bühler Unruhen war, drei Prozesse durchfechten, um endlich zu seinem Recht zu kommen. Erst Anfang 1856 ersetzte ihm die Stadt Bühl mit einer Zahlung von 585 Gulden seinen Schaden.⁷⁰

Wenn die Unruhen auch abflauten, so waren die judenfeindlichen Aktionen letztlich von Erfolg gekrönt. Am 16. März 1848 legte Innenminister Bekk einen Verfassungsänderungsentwurf vor, der alle staatsbürgerlichen Einschränkungen zu Ungunsten der Juden beseitigen sollte. Der am 13. Februar 1849 von der I. Kammer bestätigte Entwurf enthielt allerdings einen Vorbehalt: *Die Berechtigung der Israeliten am Bürgergenusse (bleiben) vorerst unberührt.*⁷¹ Bekk begründete diesen Schritt mit der antijüdischen Stimmung in der Bevölkerung: *Die Regierung (hielt es) für bedenklich, durch etwaige zwangsweise bürgerliche Aufnahmen von Israeliten in Gemeinden, den kaum beschwichtigten Brand von neuem zu entfachen... Ich bemerkte der Kammer, sie werde die Gründe zu würdigen wissen, aus welchen man im Augenblicke die Verhältnisse der Israeliten zu den Gemeinden noch nicht regle.*⁷² Die 1844 im Brockhaus gegebene Einschätzung des Emanzipationsprozesses hatte also auch 1848/49 seine Gültigkeit noch nicht verloren: *Liberale, denen es um die Volksgunst zu tun ist, haben meist Bedenken getragen, sich offen und entschieden für die Juden zu erklären, denn populär ist die Sache der Juden nicht.*⁷³

Fortschrittlicher zeigte sich das vom 31. März bis zum 3. April 1848 tagende Frankfurter Vorparlament. Zwei der vom Vorparlament formulierten „Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes“ betrafen die rechtliche Stellung der deutschen Juden: *Gleichstellung der politischen Rechte ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses und Gleiche Berechtigung aller Bürger zu Gemeinde- und Staatsämtern.*⁷⁴ Das Offenburger Wochenblatt reagierte am 14. April 1848 mit einem Spottartikel auf diese Emanzi-

pationsklauseln: *Die Juden bei Eröffnung des deutschen Parlaments – As is komme der Tag der Erleisung unserer Emancipierung, so wölle mer aach ebes ze Dank sage. – Nu worum? mer hewe geleige in de Fesseln, aber rausgethon sin mer worre, von wem? vom grausen Parlament. Vivet Parle-mentche!... kenne doch, als mer das Talentche dazu hewe, Präsidentche werre, kenne aach ingethon werre in das Parlamentche... Vivet Parle-mentche! Vivet Parle-mentche!*⁷⁵ Eine bedenkliche Entwicklung kündigt sich für den Historiker Franz X. Vollmer angesichts dieser Pressereaktion an: „Hier zeichnet sich die Möglichkeit eines Zusammengehens von provinziell populistentischem Antisemitismus und radikal-demokratischer Aversion gegen den parlamentarisch-repräsentativen Weg ab – eine verhängnisvolle Kombination, die erst im 20. Jahrhundert in Deutschland volle geschichtliche Wirklichkeit werden sollte“.⁷⁶

Eine zweite, wenn auch weit schwächere Gewaltwelle bedrohte im Herbst 1848 die Juden. Ihr Schwerpunkt lag in Bayern und im Rheinland, in der Ortenau kam es nur in Lichtenau zu Krawallen.⁷⁷ Hier hatten sich am 24. September 1848 etwa 300 Männer vor dem Rathaus zusammengefunden und unter Absingen des Heckerliedes die Entlassung von mehreren Betrunknen aus dem Gefängnis gefordert. Nachdem die Menge ihr Ziel nicht erreichte, richtete sie ihre Wut gegen die Lichtenauer Juden. Sie besudelte ihre Hauseingänge und warf ihnen dabei die Fenster ein. Eine Frau erlitt dabei erhebliche Verletzungen. Am nächsten Tag setzten sich die Tumulte fort. Dieses Mal richtete sich die Gewalt auch gegen nichtjüdische Opfer. Der Lichtenauer Tumult ist übrigens der letzte bekannte Übergriff des Jahres 1848 gegen die jüdische Bevölkerung und zugleich der einzige Fall, bei dem es zur Gewalt gegen Personen kam.⁷⁸

Neue Hoffnungen setzten die deutschen Juden auf die deutsche Nationalversammlung, die am 28. März 1849 die Emanzipationsklauseln des Vorparlamentes in die Paulskirchenverfassung aufnahm (§ 146). Ihre Publizierung im Mai 1849 in Baden eröffnete dem aus Bühl stammenden Gernsbacher Ratschreiber Raphael den Weg in das badische Parlament. Neben Weil traten noch weitere Juden als führende Revolutionäre hervor, wie der Ruster Moses Grumbacher und der Bühler Ludwig Samuel Weil.⁷⁹ Das Schmieheimer Fähnlein soll fast nur aus jüdischen Teilnehmern bestanden haben.⁸⁰ Doch der Großteil der badischen Juden wird der revolutionären Bewegung des Jahres 1849 skeptisch gegenübergestanden haben. Viele, namentlich aus der jüdischen Landbevölkerung, sehnten sich nach den Erfahrungen des Jahres 1848 nach Sicherheit und Ordnung, die ihnen nur die Monarchie zu garantieren schien. *Getreue Anhänger hatte der Großherzog in den Juden und Pietisten*, zitiert Berthold Rosenthal einen Zeitgenossen:⁸¹ Die Ängste der Juden werden sich noch gesteigert haben,

als sie vom Mord an dem jüdischen Sprachlehrer Weill in Rastatt erfuhren. Die aufständischen Kanoniere hatten ihn auf einen unbegründeten Spionageverdacht hin gelyncht.⁸² Manche Juden flehten die Rückkehr des Großherzogs herbei, wie die Kuppenheimer israelitische Gemeinde, für die das „Offenburger Wochenblatt“ 1850 ausnahmsweise positive Worte fand: *Während viele Pfarrer den Muth nicht mehr hatten, für den Landesfürsten die übliche Fürbitte zu beten, hat jene bei der Nachricht von der Flucht des Großherzogs sich vom Oberrath in Karlsruhe ein besonderes Gebet um Unterdrückung des Aufstandes und um baldige Rückkehr des Landesfürsten aufsetzen lassen, welches während der Stürme der Revolution täglich Morgens und Abends in der Synagoge gebetet wurde.*⁸³ Die Eintragungen Rosalie Hausers zum Thema Revolution schließen mit den Worten: *Wie erlöst atmete man auf, als eines Tages preußische Ulanen einrückten. Da duckten sich die größten Schreier und keiner wollte es gewesen.*⁸⁴

Anmerkungen

- 1 Adolf *Lewin*, Geschichte der Badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs (1739–1909), Karlsruhe 1909, S. 279.
- 2 Stefan *Rohrbacher*, Gewalt im Biedermeier: Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49), Frankfurt/M., New York 1993, S. 220–222.
- 3 *Ausführliche* Schilderungen der Vorgänge im Elsaß und Markgräflerland finden sich bei Rohrbacher, S. 182–187.
- 4 Friedrich *Battenberg*, Das europäische Zeitalter der Juden. Band II, Darmstadt 1990, S. 137.
- 5 „Freiburger Zeitung“ vom 7. März 1848, zitiert bei Rohrbacher, S. 186.
- 6 zu den Vorgängen im Kraichgau vgl. Rohrbacher, Jürgen *Stude*: Geschichte der Juden im Landkreis Karlsruhe. Karlsruhe 1990, S. 80 ff.
- 7 GLA 236/8203, zitiert bei Rohrbacher, S. 189.
- 8 Friedrich *Lautenschlager*, Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848, Heidelberg 1915, S. 35.
- 9 *Lautenschlager*, S. 41.
- 10 z. B.: Alfred Georg *Frei*/Kurt *Hochstuhl*, Wegbereiter der Demokratie: die badische Revolution 1848/49; der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997, S. 49.
- 11 *Rohrbacher*, S. 35.
- 12 Badisches Statistisches Landesamt: Die Religionszugehörigkeit in Baden in den letzten 100 Jahren auf Grund amtlichen Materials mit 26 Karten. Karlsruhe 1928, S. 118.
- 13 Badisches Statistisches Landesamt, S. 119.
- 14 Joachim *Hahn*, Verbreitung der jüdischen Bevölkerung in der südlichen Ortenau, in: Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden Ettenheim, Altdorf, Kippenheim, Schmieheim, Rust, Orschweier, herausgegeben von der Ettenheimer Mitgliedergruppe des Historischen Vereins Mittelbaden/Ettenheim 1988, S. 441.
- 15 Stadt Bühl und Realschule (hrsg.): Begegnungen – Lese und Arbeitsbuch zur Geschichte der Stadt Bühl, Bühl 1991, S. 163.

- 16 Franz *Hundsnurscher* und Gerhard *Taddey*, Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale. Veröffentlichung der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 19, Stuttgart 1968, S. 172.
- 17 Berthold *Rosenthal*, Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart, Bühl 1927; Nachdruck Magstadt/Stuttgart 1981, S. 242.
- 18 Vgl. Jürgen *Stude*, Geschichte der jüdischen Gemeinde Kippenheim, in: Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden, S. 326.
- 19 Iwan *Meyer*, „Jubiläumsschrift“ der jüdischen Gemeinde Nonnenweier 1707–1927. Festschrift 1927, Freiburg 1927, S. 19.
- 20 GLA 231/1423 zitiert in *Stude* (Kippenheim), S. 334 f.
- 21 „Der Israelit des 19. Jahrhunderts“ vom 16.4.1848.
- 22 Renate *Lissem-Breinlinger*, Die Judengemeinde von Nonnenweier im 19. Jahrhundert, in: Geroldsecker Land, Jahrbuch einer Landschaft, Nr. 19 (1977), S. 89.
- 23 zitiert bei *Lissem-Breinlinger*, S. 88.
- 24 Jakob *Toury*, Der Eintritt der Juden ins deutsche Bügertum, in: *Liebeschütz/Paucker*: Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850, Tübingen 1977, S. 232.
- 25 *Hundsnurscher/Taddey*, S. 64 f.
- 26 Vgl. Monika *Richarz*, Viehhandel und Landjudentum im 19. Jahrhundert. Eine symbiotische Wirtschaftsbeziehung in Südwestdeutschland, in: Menora, Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 1990, S. 66–88.
- 27 Vgl. J. A. *Zehnter*, Zur Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Baden, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Neue Folge 11 (1896), S. 412.
- 28 Gemeindearchiv Friesenheim C 10–14.
- 29 Hierzu *Rohrbacher*, S. 51.
- 30 Der im 18. Jahrhundert in Ettenheim lebende „Chirurgus“ Johann Konrad *Machleid* erwähnt das *schwarzen thörle oder wo mann pflegt den Judt zu Verbrennen*, zitiert bei Hubert *Kewitz*, Geschichte der Ettenheimer Juden bis zum Übergang an Baden im Jahr 1803, in: Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden, S. 197.
- 31 Johannes *Künzig*, „Das Frühjahrsbrauchtum der Ortenau“, in: Badische Heimat 1935, Offenburg und die Ortenau, S. 460.
- 32 Fridolin *Löffler*, Aus der Jugendzeit. Ernstes und Heiteres, Konstanz 1890, S. 66.
- 33 Badische Zeitung (Ausgabe Lahr) vom 18.4.1987. Noch nach dem 2. Weltkrieg wurde dieser Brauch in Altdorf gepflegt und auch heute ist er in manchen Gegenden Deutschlands noch lebendig, vgl. Robert *Furtwängler*, Volksbräuche und Volkssitten in Ettenheim, in: Geroldsecker Land – Jahrbuch einer Landschaft, Nr. 24 (1982), S. 159 f. und „Die Tageszeitung“ vom 22.6.1994 (Symbolische „Judenverbrennung“).
- 34 W. *Zimmermann*, Beiträge zur mittelbadischen Volkskunde aus Friesenheim, in: Die Ortenau, 15. Jahrband (1927), S. 134.; in Tiengen wurde gezählt:
Jud, Jud, Eckezah,
Morn muesch en Wecke ha,
Übermorn muesch verrecke dra!
 Dieter *Petrie*, Die Tiengener Juden. Konstanz 1982, S. 141, und in Schmieheim:
Jud, Jud, Helgenzahn
Morgen muesch verrecke dran.
 Heinrich *Neu*, Abseits der Heerestraße. Ein Beitrag zur Volkskunde, in: Die Ortenau – Veröffentlichungen des Historischen Vereins Mittelbaden, Sonderheft (1915/18), S. 63.
- 35 *Neu*, S. 63.
- 36 „Offenburger Wochenblatt“ vom 22.03.1832.

- 37 Vgl. Christoph *Daxelmüller*, Das Mauscheln, in: *Schoeps/Schlör*, S. 143; 1848 wurde das jüdisch-deutsche Schreiben in den israelitischen Schulen in Baden aus der Reihe der obligatorischen Unterrichtsgegenstände gestrichen, vgl. *Lewin*, S. 258.
- 38 *Rohrbacher*, S. 111.
- 39 *Löffler*, S. 26.
- 40 Rosalie *Hauser*, Erinnerungen, Ms. o. D. (Leo Baeck Institut New York), S. 46.
- 41 „Offenburger Wochenblatt“ vom 28.06.1850.
- 42 *Meyer*, S. 16.
- 43 Alle Zitate nach Gemeindearchiv Nonnenweier Nr. 140/VI,2; vgl. *Meyer*, S. 16 f.; *Lissem-Breinlinger*, S. 96.
- 44 Reinhard *Rürup*, Die Judenemanzipation in Baden, in: *Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins*, 114 (1966), S. 285.
- 45 *Rosenthal*, S. 281.
- 46 *Rosenthal*, S. 285.
- 47 *Hauser*, S. 9.
- 48 *Hauser*, S. 9.
- 49 *Hauser*, S. 10; Ob der Versuch eines Nachbars, die Großmutter von Rosalie Hauser zu trösten, Erfolg hatte? *Brusch kei Angst habe, Scheinele. Ich litt nit, daß Dich eber umbring, ender tu ichs selber...*
- 50 Rainer *Wirtz*, „Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale“. Soziale Bewegung und gewalthafter Protest in Baden 1815–1848, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1981, S. 175.
- 51 Stefan *Dietrich*, Gewalt und Vorurteil: Antijüdische Ausschreitungen 1848 in Nordbaden, in: *Badische Heimat*, 1998, S. 71.
- 52 „Allgemeine Zeitung“ vom 9. März 1848, zitiert bei *Rosenthal*, S. 288.
- 53 Zitiert bei *Stude* Karlsruhe, S. 85. Zu den acht Unterzeichnern des Appells gehörte auch Alex von Soiron, der liberale Vertreter des Ersten Lahrer Wahlbezirks.
- 54 „Der treue Zions-Wächter“ vom 26.4.48.
- 55 „Freiburger Zeitung“ vom 09.03.1848.
- 56 Zitiert bei *Rohrbacher*, S. 199.
- 57 GLA 236/8203.
- 58 GLA 236/8204.
- 59 „Offenburger Wochenblatt“ vom 13. März 1848; vgl. auch Franz X. *Vollmer*, *Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution*, Karlsruhe 1977, S. 73 f.
- 60 *Dietrich*, S. 78.
- 61 Bericht des Bezirksamtes Bühl vom 31. März 1848, zitiert bei *Rohrbacher*, S. 199.
- 62 *Revolution im Südwesten – Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg*, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg, 1997, S. 122.
- 63 Joseph *Walk* (hrsg.): *Pinkas Hakehillot. Encyclopaedia of Jewish Communities from their foundation till after the Holocaust. Germany – Württemberg, Hohenzollern, Baden*. Jerusalem 1986, S. 507.
- 64 Jürgen *Stude*, *Die jüdische Gemeinde Friesenheim*. Friesenheim 1987, S. 23.
- 65 *Rohrbacher*, S. 194.
- 66 *Stude*, (Karlsruhe), S. 84.

- 67 GLA 346/1991/49 Nr. 339 (den Hinweis auf diese Akte verdanke ich Herrn Mohr, Bühl, der in Bälde eine ausführliche Darstellung über die antijüdischen Vorfälle in Bühl vorlegen wird); M. *Rumpf*: Die „Judenunruhen“ des Jahres 1848 in Bühl, in: *Bühler Heimatgeschichte*, Nr. 1, 1987, S. 40–44.
- 68 *Rohrbacher*, S. 269.
- 69 J. B. *Bekk*, Die Bewegung in Baden von Ende des Februars 1848 bis zur Mitte des Mai 1849, Mannheim 1850, S. 71.
- 70 *Rumpf*, S. 44.
- 71 *Bekk*, S. 72.
- 72 *Bekk*, S. 71 ff.
- 73 Zitiert in Christof *Dipper*/Ulrich *Speck* (hrsg.): *Revolution in Deutschland 1848*, Frankfurt am Main 1998, S. 288.
- 74 Manfred *Görtemaker*, *Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien*. Bonn 1987, S. 98.
- 75 „*Offenburger Wochenblatt*“ vom 14.4.1848
- 76 *Vollmer*, S. 74.
- 77 Otto *Rusch*, *Geschichte der Stadt Kehl und des Hanauer Landes*. 1928, S. 197; Die Lichtenauer Vorfälle werden auch bei Rosenthal aufgeführt, während hingegen Rohrbacher das badische Lichtenau irrtümlicherweise mit dem hessischen Lichtenau gleichsetzt, vgl.: Rosenthal, S. 288, Rohrbacher, S. 200 Anm. 72.
- 78 Die Übergriffe gegen die Nonnenweierer Juden um 1849/50 müssen ebenfalls im Zusammenhang mit dem Streit um das Ortsbürgerrecht gesehen werden. Vgl. *Lissem-Breinlinger*, S. 97 f.
- 79 *Lewin*, S. 281 f.
- 80 S. *Lewin*, S. 282.
- 81 *Rosenthal*, S. 289.
- 82 *Lewin*, S. 283.
- 83 „*Offenburger Wochenblatt*“ vom 28.06.1850.
- 84 *Hauser*, S. 8.

Das Bild, das sie bot

Eine kleine Phänomenologie der badischen Revolution

Johannes Werner

Wie sah das damals aus – aus der Nähe, vor Ort? Weiß man, was die Revolutionäre im Alltag trieben, wo sie sich trafen, wie sie sich trugen, welche Waffen sie führten, und warum? Den Augenzeugen (und vor allem sie und ihre Nachfahren kommen hier zu Wort) fielen diese Dinge auf, und so kommen eben diese Dinge in ihren Berichten auch immer wieder vor¹. Das Bild, das die badische Revolution bot, war nicht nur ihre malerische Außenseite, sondern ein wichtiger Bestandteil ihrer selbst; sonst hätten sich die Sieger nicht so sehr bemüht, es in allen seinen Zügen wieder auszulöschen.

1. Wirte

*„Den Herrn Wirt zu loben,
sei ein Sang erhoben...“*

Zum schlechten Schluß, als alles vorbei war, mußten diejenigen, die dabei gewesen waren, zur Kasse treten und wenn nicht mit ihrem Leben, so doch mit ihrer Freiheit bezahlen; *und so wurden ziemlich viele sonst behäbige Bürgersleute, wie Wirte, Müller, Oekonomen u. dgl. als Gefangene nach Rastatt spedit, wo sie, in Soldatenmäntel gehüllt, öffentliche Strafarbeiten verrichten mußten*². Kaum zufällig nennt Förderer die Wirte hier an erster Stelle; denn kein Berufsstand hatte sich in der Revolution mehr engagiert und kompromittiert als ihrer.

Da waren, um nur einige und gewiß ganz zufällige Beispiele zu nennen, in Rastatt der Blumenwirt Frei, Major der Bürgerwehr, *eine lange, klapperdürre Figur, deren kleines, nichtssagendes Gesicht mit einem mächtigen Schnautzer behaftet war*³; und der Kronenwirt Adam, *der schon lange als komische Figur der Freiheitsbewegung bekannt war. Sein Wirtshausschild war schwarz-rot-golden angestrichen, sein Schimmelein, auf dem er oft durch die Straßen trüppelte, hatte reichsfarbiges Geschirr, er selbst trug leinene Turnerkleider mit schwarz-rot-goldenem Besatz, und eine rote Halsbinde*⁴. (Wie nicht nur diese Zitate zeigen, ist Förderer bestrebt, die Revolutionäre zu verzeichnen und zu verspotten.) Da waren auch ein gewisser Baumer, *Gastwirth zum „Zähringer Hof“ in Durlach und Haupt-*

mann der dortigen Volkswehr⁵ und ein ungenannter Bruchsaler Weinwirt⁶, den seine Sympathisanten sogar aus dem Zuchthaus befreien wollten. Die Bruchsaler Bierwirte⁷ taten sich noch mehr hervor: der Adlerwirt Julius Autenrieth, der Schwanenwirt Georg Jung, der Kreuzwirt Lorenz Schwarz, der Blumenwirt Karl Bender, der Lammwirt Friedrich Wiebel, der Traubenwirt Wendelin Hohmann, Philipp Tröstler vom „Grünen Hof“ sowie die Brauer Johann Christoph Sieber und Heinrich Hetterich. In Gernsbach war der Lammwirt Stoll⁸ dabei, vor allem aber der Wirt Wallraff vom „Badischen Hof“ als dem *geheimen Rathaus der Stadt und Hauptquartier der revolutionär gesinnten Bürger*⁹; Wallraff nahm auch an der Offenburger Landesversammlung teil. In Michelbach fiel der Engelwirt Johann Ruckenbrod¹⁰ dadurch auf, daß er Freischärler in seinem Haus verbarg. In Greffern lebte der Hechtwirt Karl Ludwig Wörther¹¹, in dessen Gaststube die Aufrührer sich versammelten; der Ankerwirt Joseph Wötzel¹² wurde als Wahlmann nach Frankfurt entsandt. In Haslach war es der Rabenwirt Grieshaber, *ein intelligenter Mann*¹³, der nach Frankfurt ging. In Hornberg wirkte der Bärenwirt Gottlob Baumann, der Großvater von Wilhelm Hausenstein¹⁴. In Emmendingen betätigte sich der Schlöblewirt Karl Ringwald¹⁵, der es bis zum Major des dortigen ersten Aufgebots brachte, und in Lottstetten bei Jestetten der Engelwirt Joseph Weißhaar¹⁶. In Konstanz beteiligten sich der Sonnenwirt August Schmidt¹⁷ und der Andreas Kilian¹⁸ vom „Badischen Hof“, in Grenzach der Zielwirt Georg Friedrich Müller¹⁹ und in MuttENZ der Schlüsselwirt Meßmer, dessen Haus als *ein Zentrum der revolutionären Agitation*²⁰ bezeichnet wurde. Für Förderer waren die Wirtschaften, und zumal die vielen in Rastatt, nichts anderes als *Werkstätten der Politik*²¹.

Es bleibt die Frage, wie es dazu kommen konnte; die Antwort darauf fällt jedoch nicht schwer²². Schon immer war das Gasthaus ein Ort der Kommunikation; ein Ort, an dem sich die Männer – wie die Frauen an der Waschbank und am Backhaus – regelmäßig trafen und unterhielten; ein Ort auch, an dem es die jeweils aktuellsten Informationen gab, weil hier die Zeitungen auslagen und die Durchreisenden einkehrten. Was hier entstand, war Öffentlichkeit in einem ganz emphatischen, politischen Sinn: Mitteilung, Besprechung, Erregung und Empörung (wozu die ausgeschenkten Getränke ihr Teil beitragen mochten), Verabredung zur Tat. Hansjakob weiß von ein paar Burschen, die *wegen hochverräterischer Wirtshausreden in Haft gesetzt*²³ wurden. Und alles geschah vor den Augen und Ohren und mit dem Wissen des ohnehin überlegenen, oft weltläufigen Wirts; kein Wunder, wenn er sich dann an die Spitze setzte²⁴. Insgesamt sind so nicht weniger als 897 badische Gastwirte aktenkundig geworden (und sei es nur dadurch, daß sie dem Volksverein angehörten oder revolutionäre Zeitungen bezogen)²⁵.

2. Schmiede

*„Auf rammte der Schmied mit einem Schlag
das Tor, das er frönend geschaffen ...“*

Noch ein Berufsstand war, wie es scheint, öfter als andere ins revolutionäre Geschehen verwickelt: die Schmiede, von denen in Baden allein 344 aktenkundig wurden²⁶. Belli berichtet von einem, den man kurzerhand „den Hecker“²⁷ nannte, und Hansjakob von Wunibald, dem Schmied und *Staatsredner*²⁸, der schon *seit Jahren von Freiheit und Gleichheit gepredigt*²⁹ hatte. Corvin wäre schon viel früher in die Hände der Feinde gefallen, wenn ihm der *brave Schmied*³⁰ von Karsau nicht geholfen hätte. Und ein Student, den Fendrich später in Freiburg kennenlernte, erwies sich als *Enkel eines alten Schwarzwälder Schmieds, der Anno 1849 vor der Reaktion nach Amerika geflohen war*³¹.

Die Schmiede hatten (wie übrigens auch die Metzger³²) *eine Art Recht, grob zu sein*³³ und, auch politisch, aufzutrumpfen; und die Gründe, die sie dazu brauchten, lieferte ihnen ihre bäuerliche Kundschaft meist frei ins Haus³⁴.

3. Sensen

*„Es ist ein Schnitter, heißt der Tod,
hat Gewalt vom großen Gott ...“*

Aber auch auf andere Art waren die Schmiede ins revolutionäre Geschehen verwickelt: nämlich als Waffenproduzenten und Waffenlieferanten.

Denn Waffen hatten die Bauern nicht, und auch sonst fast nichts, was sich zu solchen hätte gebrauchen lassen. Höchstens ihre Dreschflegel, Mistgabeln und Sensen kamen ernsthaft in Betracht, die letzteren vor allem dann, wenn man sie aufrichtete, d. h. eben vom Schmied aufrichten ließ (womit man gleichsam das Schriftwort umkehrte, das die Umwandlung von Schwertern in Pflugscharen verheißt). Belli schreibt: *Einige der Helden hatten alte Steinschloßflinten, die anderen wurden mit Rebstecken bewaffnet. Die Gewehre sollten noch aus Ungarn kommen. Es wurden (...) viele Rebstecken verbraucht, aber die ungarischen Gewehre kamen nicht, darum pflanzte man Sensen auf Stangen*³⁵. In Ermanglung anderer Waffen waren, wie Glockner aus Karlsruhe berichtet, *die Freischärler vielfach mit gerade gestellten Sensen bewaffnet, was einen recht gruseligen Eindruck machte*³⁶. Auch die Gegner gaben, so Corvin, später zu, *daß der Anblick der Sensemänner ihnen Furcht eingeblöbt hätte und daß sie einem herzhaften Angriff derselben schwerlich Stand gehalten haben würden. Das ist begreif-*



HAP Grieshaber, Totentanz von Basel (1966), Holzschnitt

lich. Die an das Ende einer langen Stange aufrecht befestigte Sense ist eine furchtbare Waffe, gegen welche man sich schwer mit dem Bayonet vertheidigen kann, da dieselbe viel länger ist³⁷. Und Thoma, zum selben Thema: Wir Buben spielten Freischärler und Soldaten und zogen im Tal herum, schmarotzten wohl auch an den Wirtshäusern, wo besonders der Adlerwirt uns Wein spendete. Die erwachsene Mannschaft schmiedete in der Schmiede ihre Sensen gerade an die Stiele. Einer der gutmütigsten Menschen, der Sägerkarle, machte die grausigste Waffe, er machte an einem langen Schaft die Sense aufgerichtet und dahinter links und rechts zwei scharfe Sichel, dabei erklärte er uns Buben, wie er zuerst in die Feinde hineinstechen und dann mit den beiden Sichel noch andere Feinde links und rechts mitten durchschneiden wolle. Wir bewunderten den Held³⁸. Die so oder ähnlich ausgestatteten Aufrührer wurden, ganz allgemein, einfach *Sensenmänner*³⁹ genannt.

In diesem Wort und in dem Bild, auf das es sich bezog, schwang aber etwas mit, was den Schrecken, der von beiden ausging, zusätzlich erklärt. Als Sensemännchen erschien nämlich niemand anders als der Tod im spät- und nachmittelalterlichen Totentanz; und dieser Tod war immer einer, der vor allem alle gleich machte und, selber von ganz unten kommend, dabei dennoch die Großen gröber abfertigte als die Kleinen⁴⁰. Im Sensemännchen aktualisierte sich etwas Archaisches – bis, wie es in einer Volksballade von Hecker heißt, *die Sensen verlor*⁴¹ gegangen waren. *Manche Sense war zerbrochen/Und erschossen mancher Mann,/die ich nicht all nennen kann*⁴².

4. Bärte

„Alle, die mit uns kapern fahren,
müssen Männer mit Bärten sein...“

Zum Bild des Revolutionärs gehörte auch der Bart, der sogenannte *Demokratenbart*⁴³; auch nicht ohne Grund. Denn die Barttracht symbolisierte und signalisierte – und zwar bis in die jüngste Vergangenheit hinein – oft einen Protest; in ihr widersetzte sich das gewissermaßen Naturwüchsige der modischen, sozialen Konvention⁴⁴. (Nicht zufällig spricht Schurz von *wilden Bärten*⁴⁵.) Dies wurde von der Gegenseite nur zu gut verstanden.

*Wer immer irgend in der Heimat ein Herz fürs Volk und die nötigen Haarmittel hatte, ließ sich – so Hansjakob – in jenen Tagen einen Vollbart wachsen*⁴⁶. Aber Corvin *schnitt den Bart mit einer Scheere ab*⁴⁷, als er beim Schmied in Karsau unterkroch, und als er dann wieder mit Herwegh zusammentraf, sah er, daß dieser *gleichfalls seinen Bart auf dem Altar der*



*Friedrich Hecker;
zeitg. Darstellg.*

*Angst geopfert hatte*⁴⁸. Damit wollten die beiden weniger sich selbst als vielmehr ihre Gesinnung unkenntlich machen; denn, so Förderer, *die Vollbärte, die sog. Heckerbärte, waren verdächtig*⁴⁹. Als das Blatt sich wendete, begann daher, wie Hansjakob berichtet, *eine der komischsten Aktionen sich abzuspielen: Die Heckerbärte wurden schleunigst aus dem Gesicht der Patrioten vertilgt, und die Rasierer hatten wahre Riesenarbeit, bis diese Haarwälder gefällt waren; denn jeder wollte „glatt“ sein, ehe die Preußen kämen*⁵⁰. Mann mußte sich fügen, ob man wollte oder nicht. *Die Zivilgefangenen, die bald aus verschiedenen Teilen des Landes nach Rastatt geführt wurden, wurden alsbald ihres Bartschmuckes beraubt*⁵¹. So nochmals Förderer; und Corvin mußte es im Zuchthaus in Bruchsal

schließlich erdulden, *daß ein Barbier mein Gesicht so glatt wie meine Hand rasirte; der mit solcher Sorgfalt gepflegte Bart wurde ohne Gnade weggeschnitten*⁵². Mit dem Zeichen sollte auch das von ihm Bezeichnete ausgetilgt, ausgelöscht werden – nur so sind solche Vorgänge zu verstehen⁵³.

5. Hüte

„Stock und Hut stehn ihm gut...“

Nicht nur die Heckerbärte, auch die Heckerhüte waren verdächtig⁵⁴. Als der Urgroßonkel von Theodor Heuss bei seinem Versuch, den Preußen den Übergang über den Neckar zu verwehren, gescheitert war, ergriff er die Flucht, aber er wurde nur zu bald gefaßt. *Sein Schlapphut hatte ihn verraten*⁵⁵. Hansjakob erzählt, wie er im Kreise seiner Kameraden den einrückenden Preußen begegnete; dabei *hatten wir vollständig vergessen, daß wir noch Heckerhüte auf den Köpfen trugen, und so schritten wir harmlos, mit den Insignien republikanischer Freiheit bedeckt, den Soldaten entgegen*⁵⁶. Und sehr schnell mußten sie, unter Androhung von Waffengewalt, *diese verfluchten Hüte herunternehmen*⁵⁷; und dann mußten sie noch, um sie zu retten, diese *Revolutionshüte*⁵⁸, diese *unheilvollen Filze*⁵⁹ in ihren Körben verbergen. Aber später griff Hansjakob, wie bekannt, wieder zu diesem *Hute der Empörung*⁶⁰ und schrieb noch 1912: *Seitdem ich zu Ehren der zwei Freiheits- und Revolutionsmänner Blum und Hecker ihre Hutformen getragen – bin ich Schwärmer für die schönste Göttin, für die Freiheit, und bin freischärlerisch und revolutionär gestimmt. Und mein Hut verrät dies heute noch, denn er ist nur ein vergrößerter Heckerhut*⁶¹. Auch andere haben dem Schlapphut (wenn auch nicht der dazugehörigen Bluse mit dem Ledergürtel⁶²) noch lange die Treue gehalten⁶³.

6. Federn

„Vom Barette schwankt die Feder...“

Die Revolutionäre trugen, wie Glockner betont, nicht nur Schlapphüte, sondern *Schlapphüte mit Hahnenfedern (es soll damals in ganz Baden keinen einzigen Gockelhahn gegeben haben, dem nicht die Federn ausgerissen waren)*⁶⁴. Nur *um die Heckerhüte mit Federn zu schmücken*⁶⁵ wurde, wie wieder Hansjakob erzählt, *Jagd gemacht auf die Schweife aller Hähne im Städtchen. Ich habe in den Jahren 48 und 49 manchem Vaterlandsverteidiger manchen Hahn in den Gassen und Gäßchen hetzen helfen, um das*



Freyschaaren-Zug in Baden 1849; zeitg. Darstellg. von R. Braun. Vorlage und Aufnahme: Wehrgeschichtliches Museum, Rastatt



Freischärler auf der Schusterinsel bei Hüningen (25.-27.4.1848); zeitgen. Darstellg.

*arme Tier zu rupfen. Kein Hahn krächte mehr in dieser patriotischen Zeit, weil jeder trauerte um seinen schönsten Schmuck. – Als 1849 gar wir Buben Heckerhüte und Kokarden annahmen, wurden selbst die Hennen nicht mehr verschont, um hinreichendes Material zu erhalten. Ich erinnere mich noch wohl, eines Tages mit zwei Kameraden selbst in den geschlossenen Hühnerhof des Pfarrhauses eingedrungen zu sein, um den Hahn und die besseren Hühner des Dekans zu rupfen. Die Köchin Magdalene erhob aber einen Mordsspektakel, und wir mußten die Flucht ergreifen. – So seufzte die ganze Hühnerwelt unter der Manie der Heckerhüte und unter dem Druck der Freiheit⁶⁶. Ein „Guckkastenlied“ wies gebührend auf das Vorbild hin: *Seht, da steht der große Hecker/Eine Feder auf dem Hut*⁶⁷.*

Auch der Revolutionär, an den sich Reich erinnerte, hatte *den breiten Hut mit den Hahnenfedern etwas verwogen zur Seite gerückt*⁶⁸. Solche Federn sollten wohl an den gallischen Hahn erinnern, jenes Emblem der Französischen Revolution, die der deutschen den Weg und das Ziel gezeigt hatte. Schurz berichtet, daß viele seiner Leute lediglich *ihre bürgerlichen Kleider etwa mit einem Federschmuck auf dem Hut*⁶⁹ trugen; dies war, wie es scheint, eindeutig und deutlich genug.

7. Die Farbe Rot

„Rot ist das Tuch, das wir entrollen ...“

Noch deutlicher war es, wenn die Federn die richtige Farbe hatten: wenn der Revolutionär *eine rote Feder auf dem Heckerhute*⁷⁰ trug oder sich sogar mit ganzen *roten Federbüschen*⁷¹ schmückte. Andere, wie etwa der Rastatter Kronenwirt, trugen *eine rote Halsbinde*⁷², und wieder andere hatten ihre Pistolen *im roten Gürtel*⁷³ stecken. Doch auch ohne ein solches Zeichen wurde Heinrich Hetterich, der Bruchsaler Aufrührer, Brauer und Wirt, einfach der *rote Hetterich*⁷⁴ genannt.

Wieso die rote Farbe diese Rolle spielte, in der badischen Revolution sowie in allen anderen, läßt sich nicht leicht sagen⁷⁵. Gewiß hat es damit zu tun, daß sie – die Farbe – stimulierend, erregend und erhitzend wirkt, und daß sie an Blut, an Feuer und an die Morgenröte erinnert, mit der ein neuer Tag beginnt; mithin an Motive archaischer Art, die aber revolutionär verstanden werden konnten und oft auch wurden. Vielleicht kommt noch hinzu, daß die rote, phrygische Mütze der Galeerensträflinge ein vielfach verwendetes Symbol der Französischen Revolution war.

Die Preußen betrachteten lange die rote Farbe als Abzeichen revolutionärer Gesinnung, so daß selbst die Oberländer Bauern mit ihren roten Brust-

tüchern nicht mehr sicher waren⁷⁶. Und sicher waren auch diejenigen nicht, die in Rastatt einer bestimmten Schülerverbindung angehörten. Anno 1849, an einem schönen Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr machte im Gasthause zu den drei Königen ein preußischer Offizier die Wahrnehmung, daß mehrere junge Leute mit roten Mützen in ein benachbartes Haus sich begaben. Nichts Gutes witternd, schickte er auf die Hauptwache und bald erschienen vier Bewaffnete, welche das rote Nest aushoben. Zum Stadtkommandanten geführt, erklärten die Gefangenen, sie seien nichts weniger als republikanische Verschwörer, sondern unschuldige Alemannen, die durch rote Mützen von den Markomannen sich unterscheiden. Mit einer scharfen Strafpredigt wurden sie entlassen⁷⁷.

8. Schlußbild

Im „Wochenblatt für die großherzoglichen Bezirke Baden und Bühl“ erschien schließlich, am 29. Dezember 1849, die folgende Bekanntmachung: *Man sieht sich veranlaßt, wiederholt zur Nachachtung bekannt zu machen, daß das Tragen von Hüten mit breiten Krempe(n) (s.g. Heckerhüte), gleichviel von welcher Farbe sie sind, das Tragen von rothen Bändern, Federn und sonstiger revolutionärer Abzeichen, verboten ist. Alle diejenigen, welche diesem Verbote zuwiderhandeln, haben ausser der Confiskation dieser Gegenstände, eine mehrtägige Arreststrafe zu gewärtigen. – Im Falle Kinder unter 14 Jahren mit solchen Abzeichen betreten werden sollten, so werden deren Eltern resp. Vormünder deshalb zur Verantwortung gezogen⁷⁸.* Nachdem der Kampf auf der realen Ebene entschieden war, wurde er – wie schon mehrfach gezeigt – auf der symbolischen fortgesetzt.

Corvin hat, wohl ohne es zu wollen und zu wissen, das, worum es hier ging, noch nachträglich in einem einprägsamen Bild zusammengefaßt: *An der Spitze flatterten die schwarzrothgoldenen Fahnen gegen die Sensen der bärtigen, grimmig aussehenden Träger mit ihren weißen Blousen und grauen, federgeschmückten Freischärlerhüten. Die Staffage paßte trefflich zu der wilden Schwarzwaldlandschaft⁷⁹.* Das war, wie er selber sagt, *malerisch genug⁸⁰*, aber nicht nur das.

Quellen:

J(oseph) Belli, Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Mit einer Einleitung: Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren (8. Aufl. Berlin 1926).

Otto von Corvin, Erinnerungen aus meinem Leben. Bd. 1–3 (3. Aufl. Leipzig 1880).

Anton Fendrich, Hundert Jahre Tränen. 1848–1948 (Karlsruhe 1953).

- C(arl) B(orromäus) A(lois) *Fickler*, In Rastatt 1849 (2. Aufl. Rastatt 1899).
 Albert *Förderer*, Erinnerungen aus Rastatt 1849 (2. Aufl. Lahr 1899).
 Kurt Hochstuhl, Karlsruhe 1848–1849. Aus den Lebenserinnerungen Emil *Glockners*, in:
 Badische Heimat 4/1995, S. 699–706.
 Heinrich *Hansjakob*, Aus meiner Jugendzeit. Erinnerungen (Stuttgart 1910).
 Wilhelm *Hausenstein*, Buch einer Kindheit. Zehn Erzählungen (Frankfurt a. M. 1936).
 Theodor *Heuss*, Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen (Tübingen 1953).
 Franz Simon *Meyer*, Tagebuchaufzeichnungen 1849. Teil 2. Mit einer Einführung von
 Wolfgang Reiß, in: Heimatbuch Landkreis Rastatt 31 (1992), S. 93–120.
 Lucian *Reich*, Novellen und Skizzen (Karlsruhe 1897).
 Carl *Schurz*, Lebenserinnerungen. Bis zum Jahre 1852 (Berlin 1906).
 Gustav *Struve*, Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden 1848/1849. Veränderter
 Nachdruck der Ausgabe Bern 1849 mit einem Vorwort von Wolfgang Kuhlmann (Frei-
 burg 1980).
 Hans *Thoma*, Im Winter des Lebens. Aus acht Jahrzehnten gesammelte Erinnerungen (Jena
 1925).

Anmerkungen

- 1 Ihre Berichte werden hier und in der Folge nur durch Namensnennung nachgewiesen.
- 2 *Förderer* S. 91.
- 3 Ebd. S. 10.
- 4 Ebd. S. 21.
- 5 *Corvin* Bd. 3, S. 193.
- 6 Ebd. S. 337 f.
- 7 Vgl. Werner *Greder*, Die Revolution 1948/49 in Bruchsal, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Bruchsal 8 (1992), S. 26–93; bes. S. 34 f., 37–39, 75. – Nur der alte Löwenwirt Paul Hanagarth galt als Reaktionär, was man ihn dann büßen ließ (S. 80 f.).
- 8 Vgl. Franz *Kappler*, Streiflichter aus Gernsbach 1849, in: Heimatbuch Landkreis Rastatt 1 (1974), S. 105–113; hier S. 108.
- 9 Ebd. S. 106.
- 10 Vgl. Meinrad *Bittmann*, Michelbach und die Revolutionsereignisse 1848/49, in: Heimatbuch ... S. 99–104; hier S. 102–104.
- 11 Vgl. Adolf *Hirth*, Die Revolutionsjahre 1848/49 im „Widerstandsnest“ Greffern, in: Heimatbuch ... S. 114–118.
- 12 Ebd.
- 13 *Hansjakob* S. 266.
- 14 *Hausenstein* S. 257–261.
- 15 Vgl. Franz X. *Vollmer*, Der Hecker-Nachlaß in St. Louis/USA, in: ZGO 136 (1988), S. 349–415; hier S. 390.
- 16 Ebd. S. 371.
- 17 Vgl. Reinhold *Reith*, „Hochverrat und Aufruhr“. Handwerker und Unterschichten in den Aprilunruhen 1848 in Konstanz, in: Allmende 2 (1981), S. 33–45; hier S. 44.
- 18 Ebd.
- 19 Vgl. *Vollmer*, a. a. O. S. 396.
- 20 Ebd. S. 381 f. – Fendrich nennt noch Jean Baptist Geck, Wirt vom „Zähringer Hof“ in Gengenbach, der, *einmal zum Bürgermeister gewählt und von der Regierung nur anerkannt, wenn er sein altbekanntes demokratisches Gasthaus aufgabe, den Bürgermei-*

- sterposten zum Ärger seiner Töchter fahren ließ und Zähringerhofwirt blieb (S. 26); und den Alterspräsidenten der Zweiten Kammer des Badischen Landtags, der ihn vereidigte und *der noch mit der Kraft eines Fünfundzwanzigjährigen Anno 48 die Sensenmänner des Wiesentals kommandiert hatte und jetzt als Muster eines Wirts im „Hirschen“ von Lörrach dem Gast, den er ehren wollte, die geschliffene Kristallflasche mit dem hellen „Markgräfler“ selbst auf das weiße Tischtuch stellte* (S. 93). Bei dem letzteren muß es sich um Markus Pflüger gehandelt haben (vgl. Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogthums Baden vom Landtag 1899/1900, [Karlsruhe 1900], S. VII) – vielleicht um denselben, den Struve (S. 127) als Max Pflüger anführt.
- 21 *Förderer* S. 2.
 - 22 Vgl. Johannes Werner, „Du Müller, du Mahler, du Mörder, du Dieb!“ Berufsbilder in der deutschen Literatur, (München 1990), S. 121–137.
 - 23 *Hansjakob* S. 248.
 - 24 Unter den Hauptleuten der Tiroler Freiheitskämpfer sollen, außer Andreas Hofer, über 40 Wirte gewesen sein.
 - 25 Nach frdl. Auskunft von Heinrich Raab, 9.10.1996. – *Daß Wirte in erster Reihe politisierten, war nichts Außerordentliches* (Martin Leuenberger, Muttentz: die erste Station in Friedrich Heckers Asyl, in: Alfred G. Frei [Hrsg.], Friedrich Hecker in den USA. Eine deutsch-amerikanische Spurensicherung [Konstanz 1993] S. 43–59; hier S. 51).
 - 26 Auskunft Raab (wie Anm. 25).
 - 27 *Belli* S. 16.
 - 28 *Hansjakob* S. 240.
 - 29 Ebd.; vgl. auch S. 155, 247, 259, 266.
 - 30 *Corvin* Bd. 1, S. 406, 410.
 - 31 *Fendrich* S. 97.
 - 32 Vgl. Johannes Werner, „Dieser Stolz mußte gebeugt werden“. Zum Freiburger Metzgerstreik von 1838, in: *Badische Heimat* 3/1996, S. 449–456. – Ganz zunftgerecht und zunftgemäß verhielt sich auch der Metzgermeister Comlossy aus Rastatt, dem man vorwarf, *den Aufstand durch Aufwiegelung und Anstiftung des Militärs zur Meuterei befördert und vielfach dazu aufgereizt zu haben, daß man den Aristokraten und Jesuiten die Hälse mit dem „Strohstuhl“ abschneiden, die reaktionären Offiziere mit dem „Knicker“ abfangen sollte* (Meyer S. 101). – Ein Metzger war auch unter den von *Hansjakob* (wie Anm. 23) genannten Delinquenten.
 - 33 *Corvin* Bd.1, S.432.
 - 34 Was die Schmiede auf dem Land, waren die Schuster in der Stadt; in Konstanz, bei den Unruhen im April 1848, stellten sie die *weitaus größte Berufsgruppe* (Reith, a. a. O. S. 36); auch dafür gibt es viele gute Gründe (vgl. Werner, „Du Müller...“ S. 31–36).
 - 35 *Belli* S. 16.
 - 36 *Glockner* S. 703; vgl. auch *Schurz* S. 198.
 - 37 *Corvin* Bd. 1, S. 399.
 - 38 *Thoma* S. 11.
 - 39 *Struve* S. 51, 62, 81 (auch 46); *Corvin* Bd. 1, S. 375, 393, 399 (auch 351, 354); *Hansjakob* S. 245; *Thoma* S. 11; *Fendrich* S. 93. – Als Waffe erscheint die Sense (auch die aufgestellte) immer wieder auf den „Blättern über den Bauernkrieg“, die Käthe Kollwitz gezeichnet hat (31 Tafeln, hrsg. von Harri Nündel. Leipzig 1975).
 - 40 Vgl. Johannes Werner, *Die Passion des armen Mannes. Soziale Motive in der spätmittelalterlichen Kunst am Oberrhein* (Freiburg 1980) S. 55–67.
 - 41 Zit. n. Reinhold Schneider, *Der Balkon. Aufzeichnungen eines Müßiggängers in Baden-Baden* (Wiesbaden 1957) S. 55.

- 42 Zit. n. ebd., S. 59.
- 43 *Corvin* Bd. 3, S. 259 (vgl. auch 193), vgl. auch *Förderer* S. 21; *Fickler* S. 135.
- 44 Vgl. Johannes *Werner*, Warum manche Mönche Bärte trugen, in: *Erbe und Auftrag* 1/1996, S. 49–53.
- 45 *Schurz* S. 205f.
- 46 *Hansjakob* S. 246.
- 47 *Corvin* Bd.1, S. 409.
- 48 Ebd. S. 411.
- 49 *Förderer* S. 91.
- 50 *Hansjakob* S. 259.
- 51 *Förderer* S. 91.
- 52 *Corvin* Bd. 3, S. 324.
- 53 Zur Bedeutung nicht nur der Barttracht, sondern der Tracht allgemein vgl. Johannes *Werner*, Das Ordenskleid. Eine Nachprüfung, in: *Erbe und Auftrag* 4/1982, S. 277–283.
- 54 *Hansjakob* (S. 246) nennt *Heckerhüte und Heckerbärte* in einem Atemzug.
- 55 *Heuss* S. 25.
- 56 *Hansjakob* S. 261.
- 57 Ebd.
- 58 Ebd. S. 262.
- 59 Ebd.
- 60 Ebd. S. 261.
- 61 Heinrich *Hansjakob*, *Allerseelentage* (3. Aufl. Stuttgart 1912) S. 230f.
- 62 *Glockner* S. 703.
- 63 Vgl. *Fendrich* S. 34 (auch 12).
- 64 *Glockner* S. 703.
- 65 *Hansjakob* S. 246.
- 66 Ebd. S. 246f.
- 67 Zit.n. Helmut *Steigelmann*, Zeugnisse der Revolution 1848/49 im Wehrgeschichtlichen Museum Rastatt, in: *Heimatbuch ...* S. 159–164; hier S. 159.
- 68 *Reich* S. 261.
- 69 *Schurz* S. 198.
- 70 *Förderer* S. 34; auch *Fickler* (S. 135) erwähnt eine *rothe Feder*.
- 71 *Schurz* S. 206. – Zum gespenstischen „roten Hahn“ der Volkssage vgl. Hans Bächtold-Stäubli (Hrsg.), *Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens* Bd. 3 (Berlin/Leipzig 1930/31) Sp. 1333.
- 72 Wie Anm. 4.
- 73 *Förderer* S. 34, 35.
- 74 Vgl. *Greder*, a. a. O. S. 37.
- 75 Vgl. dazu Rudolf *Gross*, Warum die Liebe rot ist. Farbsymbolik im Wandel der Jahrtausende, (Düsseldorf/Wien 1981), S. 90–92; Ingrid *Riedel*, Farben. In Religion, Gesellschaft, Kunst und Psychotherapie, (4. Aufl. Stuttgart 1983), S. 20f., 44 f.; Joachim *Knuf*, Unsere Welt der Farben. Symbole zwischen Natur und Kultur, (Köln 1988), S. 48–65, 81–83.
- 76 *Förderer* S. 91.
- 77 Ebd. S. 90.
- 78 Vgl. *Hirth*, a. a. O. S. 116.
- 79 *Corvin* Bd. 1, S. 366.
- 80 Ebd.

„Die Freiheit hoch und Deutschland hoch“

Zu Sprache und Stil der Revolutionslyrik von 1848/49

Kurt Abels

I. Gedichte und Lieder in der Revolution von 1848/49

Wie andere Revolutionen, die Französische von 1789 bis 1793, die Russische des Jahres 1917, so ist die Deutsche der Jahre 1848 und 1849 durch literarische Werke vorbereitet worden, und sie wurde später Gegenstand literarischer Darstellungen. In den Revolutionsjahren selbst aber erschien kein größeres literarisches Werk in deutscher Sprache, kein Drama, kein Roman, keine Erzählung¹, wohl aber Gedichte und Lieder in großer Zahl: „Es hängt zum Teil mit den Zensurverhältnissen, zum Teil auch mit der starken literarischen Tradition zusammen, daß [die] Intellektuellen ihre revolutionäre Meinung am liebsten in der alten Kunstform des Gedichts äußerten. Den politischen Gedichten war es darum vor allem zu danken, wenn die politische Anteilnahme wachgehalten wurde.“²

Im folgenden sollen einige der zahlreichen Gedichte und Liedtexte im Blick auf Sprache und Stil untersucht werden. Dabei wird es um die bevorzugten Motive, um Wortwahl und Ausdrucksweise, um Vers, Rhythmus, Reim, um Intention und Wirkung und um das Nachleben der ausgewählten Texte gehen.

Die Landkarte Deutschlands war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwar nicht mehr ganz so buntscheckig wie in den vorangegangenen Jahrhunderten, aber auch unter den auf dem Wiener Kongreß geschaffenen Bedingungen unterschieden sich die Regierungssysteme in den 34 Territorialstaaten und den vier Freien Städten, so daß Wünsche zur Veränderung je nach Land oder Stadt auf Unterschiedliches abzielten. Nicht überall fanden revolutionäre Bestrebungen und Ereignisse gleichermaßen in Gedicht oder Lied ihren Niederschlag, aber sowohl das ganze Deutschland betreffende Forderungen als auch partikulares Geschehen wurden literarisch begleitet und verarbeitet. Die Verfasserin einer neueren wissenschaftlichen Arbeit über „Lieder von 1848“ hat für ihre Untersuchung fünf Liederbücher mit insgesamt 162 Liedern herangezogen. Sie erklärt aber, daß sie damit nur einen Bruchteil der damals publizierten Texte erfaßt. Die Liederbücher sind 1848 oder 1849 erschienen; sie enthalten Einzeltexte aus dem gesamten deutschen Sprachraum aus der Zeit zwischen dem späten 18. Jahrhundert und den Revolutionsjahren.³

Wenn man andere der in den letzten Jahren aus Anlaß des Gedenkens an die Revolution vor 150 Jahren erstmals oder in Neuauflagen erschienenen Sammlungen daraufhin überprüft, welche Lieder und Gedichte zusammen mit anderen Texten dargeboten werden, um den Lesern ein Bild vom literarischen Umfeld der Revolution zu vermitteln, stellt man fest, daß die Herausgeber der Anthologien frühere Texte einbeziehen und dabei bis 1830 zurückgehen. In der schon genannten Arbeit von Heidrun Kämper-Jensen finden sich sogar noch ältere Gedichte.⁴ Dieses weite Ausgreifen ist insofern berechtigt, als Gründe und Ursachen der Revolution lange vor deren Ausbruch vorhanden waren und in der Literatur behandelt worden sind.

Im Rahmen dieses Beitrags kann nur eine kleinere Auswahl aus der Fülle von Gedichten vorgestellt werden. Das Interesse gilt vor allem Gedichten, die in Baden bzw. der Ortenau entstanden sind oder sich auf Ereignisse und Personen der Revolution in Baden beziehen. Aus der Zeit vor 1848 ist ein Gedicht (Nr. 1) aufgenommen worden, weil es die damals herrschenden Mißstände beleuchtet und auf Voraussetzungen der Revolution verweist.

Die folgenden 18 Gedichte, die Gegenstand der Analyse sind, werden nummeriert, damit nicht jede Überschrift wiederholt zu werden braucht. Die Jahreszahlen in eckigen Klammern sind hinzugefügt, um den Zeitpunkt des ersten Erscheinens zu markieren. Alle übrigen Jahres- oder Datumsangaben stammen von den Verfassern selbst oder sind der ersten Veröffentlichung entnommen.

1. DIE SCHLESISCHEN WEBER

Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
„Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch –
 Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterskälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt –
 Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie Hunde erschießen läßt –
 Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt –
 Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht –
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
 Wir weben, wir weben!“

Heinrich Heine [1844]

Heinrich Heine. Werke und Briefe. Bd. 2. Hrsg. von Hans Kaufmann. –
Berlin und Weimar 1972, S. 119

2. SCHWARZ-ROT-GOLD

In Kümmernis und Dunkelheit,
da mußten wir sie bergen!
Nun haben wir sie doch befreit,
befreit aus ihren Särgen!
Ha, wie das blitzt und rauscht und rollt!
Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Das ist das alte Reichspanier,
das sind die alten Farben!
Darunter haun und holen wir
uns bald wohl junge Narben!
Denn erst der Anfang ist gemacht,
noch steht bevor die letzte Schlacht!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Ja, die das Banner ihr gestickt,
ihr Jungfern unverdrossen,
derweil am Feuer wir gebückt
uns Flintenkugeln gossen:
nicht, wo man singt nur oder tanzt,
geschwungen sei's und aufgepflanzt! –
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Denn das ist noch die Freiheit nicht,
die Deutschland muß begnaden,
wenn eine Stadt in Waffen spricht
und hinter Barrikaden:
„Kurfürst, verleihe! Sonst – hüte dich! –
sonst werden wir großherzoglich!“
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Das ist noch lang die Freiheit nicht,
die ungeteilte, ganze,
wenn man ein Zeughaustor erbricht,
und Schwert sich nimmt und Lanze;
sodann ein wenig sie schwingt
und – folgsamlich zurück sie bringt!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Das ist noch lang die Freiheit nicht,
wenn ihr an Brockhaus' Glase
ausübt ein klirrend Strafgericht
ob einer Dresdner Nase!
Was liegt euch an dem Sosius?
Drauf – in die Hofburg Stein und Schuß!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Das ist noch lang die Freiheit nicht,
wenn man, statt mit Patronen,
mit keiner andern Waffe ficht
als mit Petitionen!
Du lieber Gott: Petitioniert!
Parlamentiert, illuminiert!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Das ist noch lang die Freiheit nicht,
sein Recht als Gnade nehmen
von Buben, die zu Recht und Pflicht
aus Furcht nur sich bequemen!
Auch nicht: daß, die ihr gründlich haßt,
ihr dennoch auf den Thronen laßt!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Die Freiheit ist die Nation,
ist aller gleich Gebieten!
Die Freiheit ist die Auktion
von dreißig Fürstehüten!
Die Freiheit ist die Republik!
Und abermals: die Republik!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Die *eine* deutsche Republik,
die mußt du noch erfliegen!
Mußt jeden Strick und Galgenstrick
dreifarbig noch besiegen!
Das ist der große letzte Strauß –
Flieg aus, du deutsch Panier, flieg aus!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Zum Kampfe denn, zum Kampfe jetzt!
Der Kampf nur gibt dir Weihe!
Und kehrst du rauchig und zerfetzt,
so stickt man dich aufs neue!
Nicht wahr, ihr deutschen Jungfräulein?
Hurra, das wird ein Sticken sein!
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

Und der das Lied für euch erfand
in einer dieser Nächte,
der wollte, daß ein Musikant
es bald in Noten brächte!
Heißt das: ein rechter Musikant!
Dann kläng es hell durchs deutsche Land:
Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
golden flackert die Flamme!

London, 17. März 1848

Ferdinand Freiligrath

Freiligraths Werke in einem Band. Ausgewählt und eingeleitet von Werner
Ilberg. – Berlin und Weimar 1976, S. 118

3. Der Demagoge

Böses Liebchen, böse Schelmin,
Schmählich hast du mich betrogen,
Aus dem bravsten Royalisten
Machst Du mich zum Demagogen.

Schwarz bezeichnet Nacht und Sünde,
Aber dennoch muß ich's lieben,
Seit mir Deine *schwarzen* Augen
Liebesgluth in's Herz geschrieben.

Roth – es deutet Blut und Schrecken,
Aber auch der Liebe Zeichen –
Seit ich Liebchens Lippen küßte,
Mag ich auch von *Roth* nicht weichen.

Golden ringeln ihre Locken
Sich hinab am weißen Rücken;
Daß Ihr mir auf *Gold* nicht scheltet,
Dieses Gold kann mich beglücken.

Vivat *Schwarz, Roth, Gold!* so ruf' ich,
Trotz der Späher und Spione,
Und dem kecken Demagogen
Wird dafür ein Kuß zum Lohne.

So hat Liebchen umgewandelt
Meinen ganz loyalen Sinn,
Wollt Ihr wieder mich bekehren,
Gebt sie mir zur *Königin!*

[anonym]

In: Wochenblatt für die Amtsbezirke Offen-
burg, Oberkirch, Achern, Rheinbischofs-
heim, Kork, Gengenbach, Haslach und
Wolfach. Offenburg, den 23. Juni 1848

4. Den Abgeordneten Oesterreichs bei ihrem Besuch in Heidelberg

Seid willkommen, Abgesandte
Aus dem schönen Oesterreich,
In dem freien Badnerland!
Deutschen Gruß und Handschlag Euch.

Lange lag in schweren Ketten
Euer Volk, so hochgesinnt;
Von der Brust der treuen Mutter
Trennte Despotie das Kind.

Doch die Fesseln sind zerbrochen,
Die der Freiheit es beraubt;
Zählt Germania die Töchter,
„Fehlet ihr kein theures Haupt.“

Heil Euch, von dem Brudervolke
Mit dem hohen Amt betraut,
Daß Ihr an dem Werk der deutschen
Kraft und Einheit weiter baut!

Vogelflug und seine Deutung
Achtet nicht die neue Zeit;
Von Augurien hat längst schon
Sich des Menschen Geist befreit.

Künftig aber wird Europa
Zu dem alten Glauben stehen:
Nach dem Flug des deutschen Adlers
Wird es hoffend, fürchtend spähen.

Heidelberg, den 13. April 1848
v. H.

[unbekannter Verfasser]

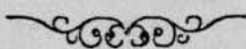
[Flugblatt ohne Hinweis auf Drucker o. ä.;
Universitätsbibliothek Freiburg, Signatur H
3990 – 16/3]

Volkslied

gewidmet der

Offenburger Männerversammlung

vom 19. März 1848.



Die Freiheit kommt auf Flammenwogen,
Mit Sturmesbrausen, starker Blut.
Ihr Männer auf! das Schwert gezogen,
Und schirmt sie auch mit eurem Blut!
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

Wo ist die Macht uns zu besiegen,
Wenn wir uns schaaren Mann an Mann?
Wer will ein großes Volk bekriegen,
Wo jeder kämpft, der kämpfen kann?
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

Wir haben lang den Zwang getragen
Der Knechtschaft und der Tyrannei;
Seht an dem Ziele unsrer Plagen,
Seht, deutsche Brüder macht euch frei!
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch!
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

Laßt jetzt den Greisen die Gewerbe,
Den Frauen überlaßt den Heerd,
Die werden sorgen für das Erbe,
Sie sind der deutschen Männer werth.
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch!
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

Die Völker jauchzen uns entgegen,
Die Fürsten fluchen noch allein;
Doch Fürstenfluch wird nur zum Segen,
Wenn wackre Völker sich befrein.
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch!
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

Und wird der Vater auch erschlagen,
So stirbt ein Held der Freiheit Tod,
Ein Tod, mehr werth, als Ketten tragen,
Als Kerkernacht und Sklavenbröd.
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch!
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

Die Freiheit ruft, Fort Geißt der Kasten,
Und auf die Brust die treue Hand,
Und schwört: wir wollen nimmer rasten,
Bis stark und frei das Vaterland!
Die Freiheit hoch und Deutschland hoch!
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!

F. Hofer.

Den 19. März 1848.

Wieder greif' ich in die Saiten, freudentzündet, lustbeglückt,
Dir zu singen, Freiheitssonne, die durch düst're Wolken blüht,
Die mit ihrem Labestrahle uns erwärmt die jage Brust,
Und in ihrem stillen Tempel zündet milde Himmelsluft.

Finster hingen schwere Wolken drohend an dem Horizont,
Aengstlich bebt' uns der Busen, bis dein Blick das Herz
besonn',
Und noch sind's nur wen'ge Strahlen, dennoch loht es hoch
empor;

Viebl'ich tönr's in unsern Herzen, wie ein voller Engelchor.

Einstens, kaum sind's siebzehn Jahre, blicktest du uns freund-
lich an,
Hellauf jubelte die Menschheit, wädnre offen nun die Bahn
zu dem heil'gen Freiheitsborte, den sie längstens sich verdient,
Den die gift'ge Meuchelrotte uns zu stehlen sich erkühnt.

Damals lächelte der Himmel, wie ein Traum um Kindes-
Mund,
Und die Menschheit trat zusammen still zu einem ernsten
Bund;

Friede, Freude sollte walten auf dem weiten Erdenball,
Licht und Freiheit, Recht und Wahrheit mehr sein als ein
leerer Schall.

Sieh! da brütete die Hölle feise Ordonnanzen aus,
Jene Rotte neu zu heben, ihr zu bau'n ein festes Haus,
Und es ist ihr fast gelungen, uns zu rauben Licht und Recht,
Und zu wandeln freien Bürger um in einen hünd'schen Knecht.

Unterdrückt ward die Freiheit, selbst ihr süßer Schall verpönt,
Und es füllten sich die Kerker, wo der freie Mann nun stöhnt;
Wer nicht wollt' in ihm vermodern, schloß ergrimmet seinen
Mund,

Aber in den Herzen gähr' es, wie im Fleisch die gift'ge Wund'.

Tief begraben in den Busen lag das hehre freie Wort,
Sehnre sich empor zum Lichte, gält' es auch Trannenmord;
Und es bat sich losgerungen, tausend Ohren nehmen's auf,
Und es macht mit Sturmeseile durch die halbe Welt den Lauf.

Und wir dürfen wieder nennen dich du allgeliebter Schall!
Den wir rufen laut und jubelnd, freud' uns am Wiederhall;
Alle deutschen Männerherzen haben tief sich eingepägt
Deine süßbeiwingten Klänge, daß sich Kraft und Kühn-
heit regt.

Alle stehen nun zusammen zu dem großen schönen Bund,
Und mit tausend, tausend Zungen geben sie es freudig kund,
Daß sie deines Lichtes Strahlen, deines Wortes holden Klang
Nie sich mehr entreißen lassen, gähr' es auch den Untergang.

Deutschland! du bist auserkoren zu der wahren Freiheit Sitz,
Und aus ihm in hundert Strahlen jact' sie auswärts wie
der Blitz,

Bis die Welt ein Brudertempel ist nach Gottes schönem
Wort,
Und die ganze Menschheit knieet vor dem sonn'gen Frei-
heitsbort.

Zwar noch sind es meist Versprechen, weit ist noch das Ziel
gestell',

Und die schwarze Sünderrotte und die Herren mit dem Geld
Bauern rüchlich wie der Panther, bis sie eine Blöße schau'n,
Um sich auf das Volk zu stürzen, seine Pranken einzubau'n.

Heut' an diesem heil'gen Tage habt den Grundstein ihr gelegt
zu der Freiheit hehrem Tempel, und die Ketten abgefägt,
Heute haben wir die Quader zu dem Bau für Ewigkeiten
Ausgehoben aus den Schwachen michel'scher Erbarmlichkeiten.

Losgesaget dat sich Baden von dem Schuß der Polizei,
Der Beamten schwerem Drucke, von der ganzen Mischelei;
Mit den Waffen in den Händen, mit den Herzen stolz und
muthig,
Wird es das Errung'ne wahren, würden auch die Waffen
blutig.

Das Verlangte muß uns werden, Bürgerschaft sind wir selbst
dafür,
Muß uns werden unverzüglich, deutlich, ohne Hinterthür';
Erkens, als die Grundbedingung, deutsches Völklerparlament,
Das nach Innen stärkt und kräftigt, auswärts uns mit
Würde nennt.

Nur wer wahrhaft Freund des Volkes, kann fortbin Beamter
sein,
Wer dem Fortschritt wirklich hulldigt, uns nicht trügt mit
falschem Schein,
Wer es in den trüben Tagen, die an uns vorüberzogen,
Wagte, geistig frei zu bleiben, nicht zum Arme sich gelogen.

Glaubensfreiheit muß uns werden, volle, ohne Hinterhalt,
Volle Freiheit in der Lehre, Tod der geistlichen Gewalt;
Tausend Wege sind zum Himmel, zu des Wissens heil'gem
Born,
Laßt euch keinen mehr verrammeln mit der Viasheit gift'gem
Dorn.

Alle Bürger unsers Staates tragen fürder an den Lasten,
Wo der Freiheit Banner wehet, gibt es weder Stand' noch
Kasten *);
Wer den Schutz des Staats geniehet, ist ohn' Unterschied
verpflichtet,
Nach Vermögen beizutragen; jedes Vorrecht sei vernichtet.

Und so schließen wir ein Bündniß für der Freiheit Schirm
und Wehr:

Alle Männer der Gemeinde, in den Händen das Gewehr,
Schwören wir aus Herzens Grunde jeder sich den heil'gen Eid,
Uns're Rechte zu bewahren, zu erweitern stets bereit.

Schließen wir Bezirksvereine, einen allgemeinen Bund,
Der des Volkes festen Willen gebe allen Deutschen kund,
Bis ganz Deutschland ist geworden wahrer Freiheit stolzer Sitz,
Und der Macht des Auslands trohet und der Diplomaten Wiß.

Zwanzigttausend Männer standen heute hier in unsern Mauern,
Reich, Arme, jeden Standes, meist des Volkes Kern, die
Bauern,
Spraehen festentschlossen, muthig, wie mit einer ein'gen
Zungen:

Heil der Freiheit, die wir heute männlich haben uns errungen.

Und so hat das Volk getaget in der schönsten Ordnung hier,
Vorbild allen deutschen Völkern, uns zum Ruhme für und für;
Elio *) schrieb's mit gold'nem Stifte, dieser Völkler-Dra-
maturg,

Uns're Enkel werden's lesen: "Heil dem Tag zu Offenburg!"

*) Elio ist die Muse der Geschichte und Geschichte ist Drama der Völkler.

*) Kasten sind bevorrechtete Stände, z. B. Adel.

7. An Hecker

Im Frieden deines Muttens,
Die große Seele Huttens,
Sie möge mit dir sein!
Wie er des Volkes Wecker,
So stehest du, o Hecker,
Verlassen und allein.

Die Stunde war gekommen,
Du hast das Schwert genommen,
Du hast's gewagt, gewagt:
Im Dunkel ihrer Tannen
Die träumenden Alemannen
Zornsprühend aufgejagt.

Heiß lag das Rächereisen,
In Frankfurt unsre Weisen,
Sie schmiedeten es nicht;
Sie schwankten, die Verzagten,
Sie tagten, ach! und tagten,
Und nirgends ward es Licht.

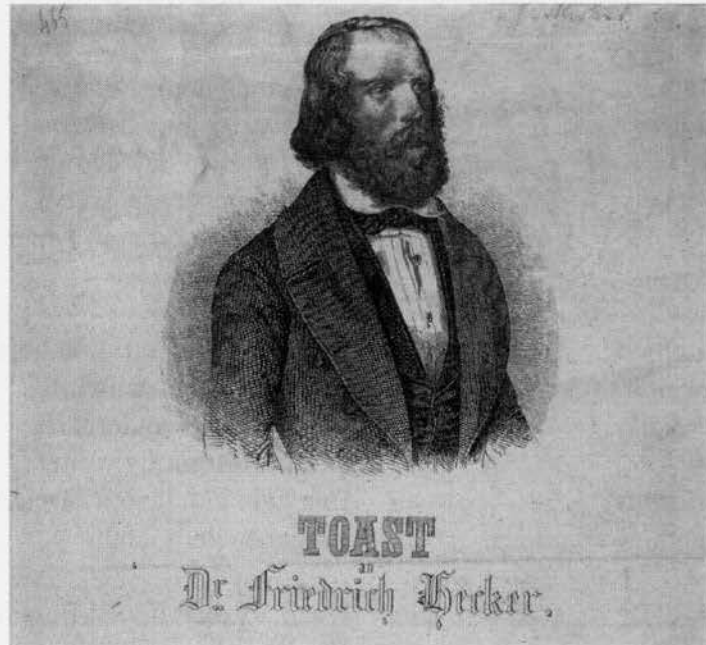
Da kamen deine Schützen
Und warfen ihre Mützen
Und rüttelten den Thron;
Du Herrlicher, du Treuer,
Wie glühdest du vom Feuer
Der Revolution.

Die Menge staunt' und hörte,
Sie jubelte und schwörte;
O wunder – wunderbar!
Du führtest mutig weiter
Das Fähnlein deiner Streiter
Entgegen der Gefahr.

Doch als dich in den Bergen
Die königlichen Schergen
Erdrückt in einer Schlacht,
Da ist der Schwarm zerstoßen,
Um Gott den Herrn zu loben,
Der alles wohlgemacht.

Georg Herwegh [Sommer 1848]

Herweghs Werke in einem Band. Ausgewählt und eingeleitet von Hans-Georg Werner. – Berlin und Weimar 1980, S. 168



8. Toast an Dr. Friedrich Hecker

1. Hecker! hoch dein Name schalle
 An dem ganzen deutschen Rhein,
 Deine Treue ja dein Auge
 Flößt uns all Vertrauen ein.
 ∴ Hecker! der als deutscher Mann
 . . . Für die Freiheit sterben :[kann]/:

2. Wird auch mancher jetzt nicht achten,
 Was dein Mund von Freiheit spricht,
 Erst wenn sie in Fesseln schmachten,
 Dann erkennen sie dein Licht.
 ∴ Hecker! der als deutscher Mann
 Für die Freiheit sterben kann. ∴:

3. Doch so manche Freunde brachen
 Ihren Schwur der Treue feig,
 Und zum Staatsmann sich erhoben
 Fühlten sie sich mächtig, reich.
 ∴ Doch durch den gerechten Gott
 Trifft sie nur der Völker Spott. ∴:

4. Bist du gleich in fernem Lande,
 Ist doch stets bei uns dein Geist.
 Brechen müssen bald die Bande,
 Wie es uns dein Mund verheißt.
 ∴ Hecker! grosser deutscher Mann,
 Komm und stoß bald mit uns an! ∴:

5. Ja, wenn einst dein Athem flieheth
 Und dein blaues Auge bricht,
 Dann liest man auf deinem Grabe,
 Hecker starb – und wankte nicht!
 ∴ Hecker! sey als großer Mann –
 Unsere Losung nur fortan! ∴:

[Verfasser unbekannt; Sommer 1848]

Flugblatt, Facsimile in: Dr. Otto Kähni, *Offenburg und die demokratische Volksbewegung 1848–1948*. – Offenburg 1947, S. 42.

Wolfgang Steinitz, *Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten Bd. II*. – Berlin 1962, druckt verschiedene Fassungen dieses Liedes ab. Die Fassung F, S. 176, stimmt bis auf einige orthographische Details mit der des Flugblatts überein; die anderen Fassungen weichen mehr oder weniger stark von der des Flugblatts ab.

9. Das Guckkasten-Lied vom großen Hecker

Seht, da steht der große Hecker,
Rothe Federn auf dem Hut,
Seht, da steht der Volkserwecker,
Lechzend nach Tyrannenblut!
Wasserstiefeln, dicke Sohlen,
Säbel trägt er und Pistolen . . .

Pflästerer und Schieferdecker,
Alles, niedrig und hoch,
Alles jauchzte unserm Hecker,
Als er aus zum Kampfe zog.
Handwerksburschen, Literaten,
Schneider, Bauern, Advokaten,
Alles folgte rasch dem Zug,
Als er seine Trommel schlug.

Rumbidibum, so hört' man's schlagen,
Rumbidibum, Dumdumdumbum;

Und bei Straf' ließ Weißhaar sagen
Rings im ganzen Land herum:
'Thut euch schnell zusammenraffen,
Gebt mir Mannschaft, Pferde, Waffen,
oder ich bring' Alles um;
Rumbidibum, Dumdumdumbum.'

Und die reizende Frau Struwel [Struve]
Warb mit ihrem Flammenblick
Tausend Mann in diesem Trouble
Für die deutsche Republik;
Gelder fand man in den Kassen,
Die man sich that öffnen lassen;
Wein bracht's man aus jedem Haus
Für die Republik heraus.

Hecker ging jetzt in die Fremde
Und empfand den tiefsten Schmerz;
Denn in seinem Blousenhemde
Schlägt ein großes deutsches Herz;
Mußte er diesmal auch entspringen,
Wird man dennoch von ihm singen:
'Hecker ist ein großer Mann,
Der für Freiheit sterben kann.

Karl Christian Gottfried Nadler [Herbst
1848]

Helmut Bender: Zur badischen Literatur,
1989, S. 136 f.

Friedrich Lautenschlager: Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente aus
der badischen Revolution 1848/49, 1920. – S. 158–169

10. Das Heckerlied

1.
Wenn die Roten fragen,
Lebt der Hecker noch,
Sollt ihr ihnen sagen,
Ja, er lebet noch.
Er hängt an keinem Baume,
Er hängt an keinem Strick,
[: Sondern an dem Traume
Der roten Republik. :]
2.
Gebet nur, ihr Großen,
Euren Purpur her,
Das gibt rote Hosen
Für der Freiheit Heer.
Ja 33 Jahre
Währt die Sauerei.
Wir sind keine Knechte,
Wir sind alle frei.
3.
Wenn in Flammen stehen,
Kirche, Schul und Staat,
Kasernen untergehen,
Dann blüht unsere Saat.

Ja 33 Jahre
Währt die Knechtschaft schon,
Nieder mit den Hunden
Von der Reaktion!
4.
An den Darm der Pfaffen
Hängt den Edelmann,
Laßt ihn dran erschlaffen,
Hängt ihn drauf und dran.
Ja 33 Jahre usw.
5.
Schmiert die Guillotine
Mit Tyrannenfett,
Reißt die Konkubine
aus des Pfaffen Bett.
Ja 33 Jahre usw.
6.
Fürstenblut muß fließen,
Fließen stiefeldick,
Und daraus ersprießen
Die rote Republik.
Ja 33 Jahre usw.

(J. Meier, Volksliedstudien, Trübners Bibliothek 8, 227.) [nach 1848]

Friedrich Lautenschlager: Volksstaat S. 170.

11. Heckerlied

Dreiunddreißig Jahre
Währt die Knechtschaft schon
Nieder mit die Hunde
Von der Reaktion
Blut – Blut muß fließen
Knüppelhageldick,
Damit wollen wir begießen
Die freie Republik.
Schmiert die Guillotine
Mit der Pfaffen Fett,
Schmeißt die Konkubine
Aus des Fürsten Bett.
An dem Darm des Pfaffen

Hängt den Edelmann,
Laßt ihn dran erschlaffen,
Bis er nicht mehr kann.
Wenn euch die Leute fragen:
Lebet der Hecker noch?
So sollt ihr ihnen sagen:
Ja, ja, er lebet noch.
Er hängt an keinem Baume,
Er hängt an keinem Strick,
Er hängt nur an dem Traume
Der freien Republik.

[unbekannter Verfasser] [nach 1848]

Damals Spezial. 1848/49 – Für die Freiheit streiten. – Stuttgart 1998, S. 36; ohne Quellenangabe, mit dem Zusatz: Der Text wurde vermutlich zunächst von reaktionären Studenten als „Anti-Hecker-Lied“ verfaßt.

12. Gustav Struve.

Melodie des Heckerliedes. (Schleswig Holstein meerumschlungen.)

Struve hoch dein Name schalle
In dem ganzen deutschen Reich,
Dich verehren müssen Alle
Denn du bliebst dir immer gleich,
Struve, der in Heckers Nacht,
Nur der Republik gedacht.

Die Soldaten, die Rebellen
Rissen deine Riegel auf,
Und die Augen deine hellen
Weinten auf den neuen Lauf,
Denn nun ging's vom Marterort
Im Triumph nach Rastadt fort.

An des freien Weibes Herzen
Bebte wieder deine Brust;
Wiedersehen! und die Schmerzen
Schwanden hin in heil'ge Luft,
Und des Volkes Schulter trug
Dich empor mit leichtem Flug.

Doch Brentano neiderglommen
Gönnte dir nicht lang dein Glück,
Der dich einst in Schutz genommen,
Dich, den Mann der Republik,
Sürzte dich, der Fürstenknecht;
O Brentano, das war schlecht.

Schmeichler hatten ihm geflüstert
Schnöden Ehrgeiz in das Ohr,
Und das Auge ihm umdüstert
Der Verräther Judaschor –
Solche, deren Lebensgang
Lenkt der Silberlinge Klang.

Gustav Struve mußte fallen,
Ward getreten in den Staub,
Und selbst in der Stände Hallen
Rauschte nicht sein Lorbeerlaub,
Und die Revolution
War damit verloren schon.

Die Soldaten und die Bürger
Hat man dir entfremdet gar,
Wurden blinde Freiheitswürger,
Sahen selbst nicht die Gefahr –
Und bei allem Heldenmuth
Floß umsonst des Volkes Blut.

Doch es muß die Wahrheit siegen
Und auch die Gerechtigkeit,
Untergeh'n das Reich der Lügen,
Und die Strafe trifft den Neid,
Und durch den gerechten Gott
Trifft den Feind des Volkes Spott.

Struve, auf der fremden Erde
Mußt du irren wiederum
Mit den tapferen Gefährten,
Die da schmücket ew'ger Ruhm,
Denn dem Volke oft zu spät
Das getäuschte Aug' aufgeht.

Struve hoch dein Name schalle
In dem ganzen deutschen Reich,
Dich erkennen wieder Alle,
Weil du bliebst dir immer gleich,
Und du bleibest immerfort
Deutscher Freiheit Schild und Hort.

[Verfasser unbekannt]

Die wandernde Barrikade, oder: die württembergische, pfälzische und badi-
sche Revolution. Wohl geleimt und wohl gereimt in drei Aufzügen, mit der
ganzen türkischen Musik. Von einem Schock ungehenkter Hochverräther.
Bern 1849, S. 81 f.

13. DAS REDEN NIMMT KEIN END

1848

Zu Frankfurt an dem Main –
Sucht man der Weisen Stein;
Sie sind gar sehr in Nöten,
Moses und die Propheten,
Präsident und Sekretäre,
Wie er zu finden wäre –
Im Parla – Parla – Parlament
Das Reden nimmt kein End!

In Frankfurt an dem Main –
Da wird man uns befreien;
Man wird die Republiken
Im Mutterleib ersticken,
Und Bassermann und Welcker
Beglücken dann die Völker
Im Parla – Parla – Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt an dem Main –
Bald zieht der Kaiser ein!
Schon träuft der Gnade Manna,
Ihr Knechte, Hosianna!
Mathy, der Schuft, Minister –
Triumph, ihr Herrn Philister!
Im Parla – Parla – Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt an dem Main –
Die Wäsche wird nicht rein;
Sie bürsten, und sie bürsten,
Die Fürsten bleiben Fürsten,
Die Mohren bleiben Mohren
Trotz aller Professoren
Im Parla – Parla – Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt an dem Main –
Ist alles Trug und Schein.
Alt-Deutschland bleibt zersplittert,
Das Kapitol erzittert,
Umringt von Feindeslagern,
Die Gänse giga – gagern
Im Parla – Parla – Parlament
Das Reden nimmt kein End!

Zu Frankfurt an dem Main –
So schlag der Teufel drein!
Es steht die Welt in Flammen,
Sie schwatzen noch zusammen,
Wie lange soll das dauern?
Dem König Schach, ihr Bauern!
Dein Parla – Parla – Parlament,
O Volk, mach ihm ein End!

Georg Herwegh

Herweghs Werke in einem Band. Ausgewählt und eingeleitet von Hans-Georg Werner. – Berlin und Weimar 1980, S. 163

14. Ein Lied für teutsche Bauern

Juhev! Do simer bi enand,
Drum wemmer eis denn singe
Und mit de Gläs're in der Hand
Astoße, daß si chlinge,
E Sprüchli z'erst es schikt se dri
Und 's isch gar nit erloge.
Chor:
Di Dütsche wenn bitroge si,
So seig e si bitroge.

Jo dene z'Frankfurt gilt de G'sang,
Die sizen uf de Rechte
Und die scho menge Monet lang
Für unser Freiheit fechte,
'S isch allbikannt bi Groß und Chli
Wi sie hen g'wercht und zoge.
Chor:
(wie oben)

's goht Alles, wie me wünsche mag,
d'Grundrecht, die sin jetzt drucket,
Drum flißig g'lese drinn all' Tag
Daß 's Glück stets näher ruket,
Nur d'Müüler uf, si chöme gli,
die brotne Tube g'floge.
Chor:
(wie oben)

Und was no fehlt, 's wird Alles cho,
Wenn isch der Chaiser g'wählet;
E Flotte wenn sie baue lo,
Me hät dervo erzählet,
's chunt besser jez, i blib derbi
Me guntis mol de Roge.
Chor:
(wie oben)

Scho falle d'Stüre chliner us
Und d'Schulde thünd verschwinde,
Und wo er schaut in jedem Huus,
Isch dütsche Einheit z'finde,
Es chunt scho Fleisch in Hafa ni,
Me brucht si nit drum z'bloge.
Chor:
(wie oben)

Mer lönd is nit de Glaube neh,
Was die und die au säge
Und wemmer au münd Lehrgeld gä
Mer thünd is drum nit rege,
Und öb sie uns au selbsch e Chli
Am Narreseil hen zoge.
Chor:
(wie oben)
Laufenburg

[unbekannter Verfasser, Januar/Februar
1849]

Zitiert nach: Oberrheinische Zeitung Nr. 35. Freiburg im Breisgau, Samstag, 10. Februar 1849. – Mit einigen kleineren Änderungen abgedruckt in: Oskar Haffner, Vormärzliche politische Mundartendichtung aus Baden. In: Vom Bodensee zum Main. Heimatflugblätter herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat 4/1920, S. 16 und 17. – Der Herkunftsort Laufenburg wird von Haffner nicht genannt. Das Gedicht befindet sich in einer maschinenschriftlichen Abschrift im Deutschen Volksliedarchiv, Freiburg.

15. Republikanerlied

(in Baden gedichtet und verbreitet).

1.

Stürmt ihr Glocken, ernste Mahner,
Auf zum Kampf Republikaner,
Auf zum Kampf für Deutschlands Heil!
In die Brut gekrönter Würger,
In das Nest vertierter Bürger
Werft der Rache Donnerkeil!

2.

Ihr, die treulos und verraten,
Ketten auf den Leib geladen,
Auf die Seelen schwere Pein:
Mathys; denkt der letzten Stunde,
Und dankt Gott, wenn nur 'ne Wunde
Endet Euer schmachvoll Sein!

3.

Ihr, die uns in Treffen riefet,
Bei dem Treffen dann entliefet,
Oder früher Euch verbargt:
Seht Euch vor, Ihr Zungendrescher!
Hart am Grab der faulen Häscher
Wird die Freiheit eingesargt.

4.

Ihr, die in der Ferne standet
Un'sre Tat Verrat benanntet,
Mit des Hohnes Pfeil sie traft:
Fühlt, wie aus dem Schlaf gerüttelt,
Jetzt der Leu die Mähnen schüttelt
Und den Eselshufschlag straft!

5.

Arme Gecken, eitle Toren,
Merkt Ihr jetzt, Ihr Professoren,
Was Ihr da zu Tag gebracht,
Als Ihr mit dem Bund im Bunde
Schlugt dem Volk die harte Wunde,
Mit dem Bund, der Euch verlacht?!

6.

Freiheit, Gleichheit, Brudertreue!
Blut'ger Strom in Aetherbläue,
Den durchblitzt ein Silberlicht:
Mit der deutschen Trikolore
Weh' vereint vom rheinschen Tore –
Marken scheiden Geister nicht.

7.

Freiheit, Gleichheit, Brüder treue,
Alterndes Geschlecht erneue
Deinen hingewelkten Ruhm!

Aus versumpften Nationen,
Faulenden Religionen
Steige reines Menschentum!

8.

Stürmt ihr Glocken, Schlachtenmahner,
Stürmt wie sie, Republikaner,
Durch der Wetter Flammenblick!
Von dem Leichenberg der Würger
Ruft ins Tal befreiter Bürger:
„Republik! Die Republik!“

(Aus dem Nachlaß von K. Mathy, S. 300.)

[Verfasser unbekannt] [Mai 1849]

Friedrich Lautenschlager: Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente aus der badischen Revolution 1848/49, 1920. – S. 185–187

16. Die Belagerung von Rastatt

Im badischen Land da ging es schlecht,
da galt nicht mehr Gesetz und Recht.
Der Großherzog der mußte fliehn,
sein eignes Heer verfolgte ihn.

Doch das war unserm König leid,
zur Hülfe war er schnell bereit,
und eh man sich des Ding's versah,
da waren schon die Preußen da.

Wir stellten bald die Ordnung her,
es muckste kein Rebell sich mehr,
und nur ein kleiner Ueberrest,
der setzte sich in Rastatt fest.

Sie dunkten sich ganz sicher dort,
denn Rastatt ist ein fester Ort,
und von den Wällen ringsumher
da flogen Kugeln kreuz und quer.

Und dennoch rückten wir davor,
pfiff auch die Kugel uns ums Ohr,
die Festung mußte unser sein,
und ging durch Blut der Weg hinein.

Die Infanterie hielt treue Wacht
mit ihrer Landwehr Tag und Nacht,
und wo es galt, da ging sie d'rauf –
kein Kugelregen hielt sie auf.

Der Jäger und der Füsilier,
die nahmen manchen auf's Visier,
und schickten sie die Kugel fort,
so traf sie stets den rechten Ort.

Der Kürassier und der Husar
das waren wack're Kerls fürwahr!
sie sprengten hin, sie sprengten her,
ob irgend einzuhaufen wär'.

Die Artillerie stand stets bereit,
sie donnerte von Zeit zu Zeit,
und ließ man ihr nur freie Hand,
so schoß sie Rastatt ganz in Brand.

Die Pioniere stets voran –
sie legten Weg' und Brücken an,
sie schlugen Hütten für uns auf
und bauten Schanzen drauf und drauf. –

Als die Rebellen das gesehn,
da dachten sie: „das kann nicht gehn!“
und Rastatt hat kapitulirt,
und wir sind drauf hineinmarschirt!

So nahmen wir – und das war gut! –
die Festung ohne weit'res Blut,
und fiel auch mancher Kamerad:
Er starb als preußischer Soldat!!

[unbekannter Verfasser; Juli/August 1849]

In: Sechs schöne neue Lieder. Frankfurt und Berlin, Oberwasserstraße No. 10., bei Trobitzsch und Sohn. [Flugschriften aus der Zeit von 1820 bis 1860. Deutsches Volksliedarchiv, Signatur V 1137, Nr. 78. – Abgedruckt in: Badische Heimat 2. Jg. 1915, S. 14–16: „Ein Volkslied aus der badischen Revolutionszeit“ von John Meier, Freiburg i. Br.]

17. Badisches Wiegenlied

Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in guter Ruh',
Dem drückt der Preuß' die Augen zu.
Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!

Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!
Der Preuß' hat eine blut'ge Hand,
Die streckt er über's bad'sche Land,
Und alle müssen wir stille sein,
Als wie dein Vater unter'm Stein.
Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!

Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!
Zu Rastatt auf der Schanz',
Da spielt er auf zum Tanz',
Da spielt er auf mit Pulver und Blei,
So macht er alle Badener frei.
Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!

Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,
Dort draußen geht der Preuß'!
Gott aber weiß, wie lang' er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz!
Schrei, mein Kindlein, schrei's:
Dort draußen liegt der Preuß'!

Ludwig Pfau [1849]

Karl Moersch: Revolution, Revolution. Gedichte und Dokumente zu den Jahren 1848/49. – Leinfelden/Echterdingen 1997, S. 45. Mit Melodie in: Ludwig Pfau. Ein schwäbischer Radikaler 1821–1894. – Marbacher Magazin 67/1994, S. 53–55 (Facsimile der ersten Ausgabe)

18. IM OKTOBER 1849

Gelegt hat sich der starke Wind,
Und wieder stille wird's daheime;
Germania, das große Kind,
Erfreut sich wieder seiner Weihnachtsbäume.

Wir treiben jetzt Familienglück –
Was höher lockt, das ist vom Übel –
Die Friedensschwalbe kehrt zurück,
Die einst genistet in des Hauses Giebel.

Gemütlich ruhen Wald und Fluß,
Von sanftem Mondlicht übergossen;
Nur manchmal knallt's – Ist das ein Schuß? –
Es ist vielleicht ein Freund, den man erschossen.

Vielleicht mit Waffen in der Hand
Hat man den Tollkopf angetroffen
(Nicht jeder hat soviel Verstand
Wie Flaccus, der so kühn davongeloffen).

Es knallt. Es ist ein Fest vielleicht,
Ein Feuerwerk zur Goethefeier! –
Die Sonntag, die dem Grab entsteigt,
Begrüßt Raketenlärm – die alte Leier.

Auch Liszt taucht wieder auf, der Franz,
Er lebt, er liegt nicht blutgerötet
Auf einem Schlachtfeld Ungarlands;
Kein Russe noch Kroat' hat ihn getötet.

Es fiel der Freiheit letzte Schanz',
Und Ungarn blutet sich zu Tode –
Doch unversehrt blieb Ritter Franz,
Sein Säbel auch – er liegt in der Kommode.

Er lebt, der Franz, und wird als Greis
Vom Ungarkriege Wunderdinge
Erzählen in der Enkel Kreis –
„So lag ich und so führt ich meine Klinge!“

Wenn ich den Namen Ungarn hör,
Wird mir das deutsche Wams zu enge,
Es braust darunter wie ein Meer,
Mir ist, als grüßten mich Trompetenklänge!

Es klirrt mir wieder im Gemüt
Die Heldensage, längst verklungen,
Das eiserne wilde Kämpfeliad –
Das Lied vom Untergang der Nibelungen.

Es ist dasselbe Heldenlos,
Es sind dieselben alten Mären,
Die Namen sind verändert bloß,
Doch sind's dieselben „Helden lobebären“.

Es ist dasselbe Schicksal auch –
Wie stolz und frei die Fahnen fliegen,
Es muß der Held, nach altem Brauch,
Den tierisch rohen Mächten unterliegen.

Und diesmal hat der Ochse gar
Mit Bären einen Bund geschlossen –
Du fällst; doch tröste dich, Magyar,
Wir andre haben schlimmere Schmach genossen.

Anständ'ge Bestien sind es doch,
Die ganz honett dich überwunden;
Doch wir geraten in das Joch
Von Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden.

Das heult und bellt und grunzt – ich kann
Ertragen kaum den Duft der Sieger.
Doch still, Poet, das greift dich an –
Du bist so krank, und schweigen wäre klüger.

Heinrich Heine

Heinrich Heine. Werke und Briefe. Bd. 2. Hrsg. von Hans Kaufmann. –
Berlin und Weimar 1972, S. 343

II. Motive und Tendenzen

1. Gedichte zu Symbolen

Symbole spielten in den Jahren 1848 und 1849 eine wichtige Rolle. Seit den Kriegen der Jahre 1813 bis 1815 waren die Farben Schwarz, Rot und Gold Zeichen des Kampfes gegen Napoleon und für die Freiheit und Einheit Deutschlands. Studenten und andere Teilnehmer der „Befreiungskriege“ genannten Auseinandersetzungen verwendeten die Farben in verschiedener Weise, und schon bald galten sie als Zeichen der Einheitsbewegung, insbesondere nachdem die Burschenschaften sie als angebliche Farben des alten deutschen Reiches zu ihren Farben gewählt hatten. Nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und der durch sie in Gang gesetzten ‚Demagogenverfolgung‘ gewann Schwarzrotgold eine zusätzliche Qualität, indem die Farbkombination Zeichen des Beharrens auf der Forderung nach einer freiheitlichen Verfassung und der deutschen Einheit wurde. Um diese Zeit, nach 1820, setzte sich die Farbfolge Schwarz und Rot und Gold in dieser Reihenfolge der Farben durch, und die Fahne mit diesen Farben wurde zur „deutschen Trikolore“ nach dem Vorbild der französischen Fahne der Revolutionszeit. Das Hambacher Fest im Mai 1832, auf dem die Forderungen nach Freiheit und Einheit von einer großen Volksversammlung bekräftigt wurden, trug zur Popularisierung der Farben in ganz Deutschland bei. Kurz nach der Februarrevolution in Frankreich wurden die Farben noch im Frühjahr 1848 von der Bundesversammlung des Deutschen Bundes zur Bundesflagge erklärt.

Im Revolutionsjahr war also der symbolische Charakter der Farben allgemein bekannt; die schwarzrotgoldene Fahne, ebensolche Schärpen und Kokarden dienten als Zeichen, mit dem die Teilnehmer der Revolution sich zu erkennen gaben.

Auch in einigen der hier zu analysierenden Gedichte wird die Farbkombination als Signal verwandt, durch das das im Gedicht Ausgesagte nachdrücklich unterstützt wird.

Ferdinand Freiligrath (1810–1876) hat sein Gedicht *Schwarz-Rot-Gold* (Nr. 2) in London, kurz vor seiner Rückkehr nach Deutschland, unter dem Eindruck der Ereignisse der ersten Hälfte des März 1848 niedergeschrieben, als auf die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Frankreich hin es in verschiedenen deutschen Staaten, in Kurhessen (Str. 4), in Sachsen (Str. 6), zu Aufständen kam. In der Erinnerung an die Toten früherer Erhe-

bungen, die er mit dem Geschehen in der Gegenwart in Beziehung setzt, evoziert Freiligrath die Farben:

Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold! (Str. 2, Vers 6),

die er in dem folgenden Refrain, der in jeder der 12 Strophen wiederkehrt, aus Begleiterscheinungen des Aufstandes herleitet, dem Schießpulver, dem vergossenen Blut, den Flammen des wirklichen Feuers, das durch die Beschießungen entzündet wird, und durch die Flammen des metaphorischen Feuers des Aufruhrs. Der Refrain verbindet die Strophen, von denen jede von einem einzelnen Aspekt des Aufstandes handelt. Das zwölfstrophige Gedicht besteht aus fünf Teilen, drei zu je drei und zwei zu je vier Strophen. Die Strophen 1 und 2 handeln von der Herkunft der Fahne, Str. 3 von denen, die sie im Kampf mit sich führen, und ihren Helferinnen. In den Strophen 4 bis 7 skizziert Freiligrath revolutionäre Vorgänge in einzelnen Städten und das Verhalten von Gegnern der Revolution. Diese Strophen werden jeweils durch eine geringfügig variierte Verszeile eingeleitet:

Denn das ist noch die Freiheit nicht, (Str. 4)

Das ist noch lang die Freiheit nicht, (Str. 5, 6, 7)

Im Schlußteil, den Strophen 8 bis 12, nennt er das Ziel der Revolution:

Die Freiheit ist die Republik!

und bezeichnet die Aufgaben derer, die nicht unmittelbar am Kampf unter den Farben Schwarzrotgold teilnehmen, der „Jungfräulein“, die eine neue Fahne sticken, des Musikanten, der das Gedicht vertonen soll, und seiner selbst. Die Farben sollen die der zu schaffenden deutschen Republik sein. Diese Forderung Freiligraths geht über das hinaus, was die Majorität der gewählten Abgeordneten sowohl der Nationalversammlung in Frankfurt als auch der anderen Parlamente in den auf den März folgenden Monaten mit den Farben Schwarz-Rot-Gold verbanden. Deshalb bevorzugten die radikalen Republikaner als Zeichen ihrer Absichten in der Folgezeit die Farbe Rot.

Im Frühjahr 1848 aber erinnerte man sich noch deutlich daran, daß Schwarzrotgold die Farben der Gegner des durch den Wiener Kongreß geschaffenen Systems der Unterdrückung freiheitlicher Bestrebungen waren, die seit den Karlsbader Beschlüssen als ‚Demagogen‘ bezeichnet wurden. Darauf spielt der Verfasser des Gedichts *Der Demagoge* (Nr. 3) an. Bei oberflächlicher Lektüre könnte man das Gedicht als Liebesgedicht ansehen, das sich aparterweise der im Frühjahr 1848 verbreiteten Vorliebe für Schwarz-Rot-Gold bedient, um die Vorzüge der Geliebten und die Wünsche des Liebhabers auszudrücken. Die scheinbar unverfängliche Herlei-

tung der Farben vom Aussehen des „Liebchens“, seiner schwarzen Augen (Str. 2), der roten Lippen und der goldenen Locken (Str. 4), veranlaßt den Dichter, der sich als der Liebhaber zu erkennen gibt, die Farben in der Anordnung zu nennen, in der sie das Symbol der Einheits- und Freiheitsbewegung sind:

Vivat Schwarz, Roth, Gold! so ruf ich, (Str. 5)

Die *Späher und Spione* halten ihn deshalb möglicherweise für einen *kecken Demagogen*, die Geliebte gibt ihm zum Lohn für diesen Ausruf einen Kuß. Sie muß wie die Späher und Spione den Ausruf politisch deuten, den Dichter also ebenfalls für einen Demagogen halten. Sie wendet sich aber nicht von ihm ab und gibt sich dadurch als Anhängerin der freiheitlichen Bewegung zu erkennen. Dadurch wandelt sie den Sprecher um (Str. 6), der dem Leser vorgegeben hat, bis dahin *loyalen Sinnes*, Sympathisant des alten Systems also, gewesen zu sein. Das Changieren zwischen der denotativen, ursprünglichen Bedeutung der Farbadjektive schwarz, rot und golden und der politisch motivierten Konnotation macht den Reiz der kurzen Romanze aus. Für den Leser ist am Ende klar, daß der Dichter nur scheinbar durch das „Liebchen“ veranlaßt wird, sich der fortschrittlichen Bewegung anzuschließen, daß er vielmehr von Anfang an dazugehört. Auch das Spiel mit den Bedeutungen des Substantivs *Königin* („Königin“ als die geliebte Frau, die die Gedanken des Geliebten beherrscht – „Königin“ als Herrscherin im Sinne des monarchischen Systems der Zeit von der Revolution) ändert daran nichts. Unausgesprochen bleibt das vorhandene Einverständnis zwischen dem Verfasser und dem Leser des Gedichts, daß, wer *Vivat Schwarz, Roth, Gold!* ruft, kaum wieder zum Loyalisten, zum Anhänger des alten Systems zu bekehren ist.

Sind die Farben Schwarz-Rot-Gold Symbol des Strebens sowohl nach Freiheit als auch nach Einheit, so symbolisiert das Wappentier, der Adler, nur die politische Einheit. In dem Gedicht, mit dem Abgesandte aus Österreich in Heidelberg begrüßt werden (Nr. 4), geht es wie überall im Frühjahr 1848 zunächst um beides, um Freiheit *und* Einheit. Der Verfasser des auf einem Flugblatt verbreiteten Gedichts hält es (am 13. April 1848) für erwiesen, daß die Freiheit nunmehr errungen ist:

*Doch die Fesseln sind zerbrochen,
Die der Freiheit es [das Volk Österreichs] beraubt* (Str. 3)

Jetzt komme es darauf an, am *Werk der deutschen Kraft und Einheit* weiter zu bauen (Str. 4). Was aber, wenn dieses Ziel erreicht ist? Die Frage wird in der letzten Strophe beantwortet: Europa wird *Nach dem Flug des Adlers* (. . .) *hoffend, fürchtend spähen*. (Str. 6)

Der deutsche Adler, das Wappentier, richtet hier also seinen Blick über die Grenzen auf das übrige Europa. Die Botschaft ist für die nichtdeutschen Völker weniger erfreulich. Da der Adler ein Raubvogel ist (die heute meist verwendete neutrale Bezeichnung ‚Greifvogel‘ war im 19. Jahrhundert noch nicht im Gebrauch), werden die Auguren in Europa, die aus der Beobachtung des Vogelflugs Folgerungen für die Zukunft ziehen, zugleich hoffen, daß der Adler die Völker verschont, und fürchten, daß er es nicht tut. Das Gedicht zeigt in der Verwendung des Adler-Symbols, daß schon in der frühen Phase der Revolution nationaler Überschwang die Vorkämpfer für Freiheit und Einheit über die Grenzen Deutschlands hinausblicken ließ, was den Regierungen der Nachbarstaaten, ob Republik oder Monarchie, Anlaß zu Befürchtung und Vorsorge gab. Der Stil solcher auf den ersten Blick harmlos erscheinender Gedichte wie der Heidelberger Grußbotschaft läßt verstehen, warum England, Frankreich und Rußland die deutsche Einheit nicht jubelnd begrüßt haben und vom Sommer 1848 an bestrebt waren, sie zu verhindern.

Was an einigen Gedichten gezeigt werden konnte, wird durch zahlreiche Bilder aus den Jahren 1848 und 1849 bestätigt: Die Farben Schwarz-Rot-Gold der deutschen Trikolore waren das Symbol, unter dem sich zumindest 1848 Liberale und Demokraten sammelten, unter dem sie kämpften, in Parlamenten tagten, Versammlungen abhielten und feierten. Die radikalen Revolutionäre freilich bevorzugten von der Zeit an, da die Gemäßigten ihnen zu viele Kompromisse mit den alten Mächten, mit Fürsten und Regierungen schlossen, die Farbe Rot und rote Fahnen mit eingestickten Zeichen oder ohne diese; republikanisch gesinnte Jungfrauen hatten also auch 1849 noch etwas zu tun.

2. Gedichte zu Personen

Ein anderes immer wieder gewähltes Motiv der politischen Lyrik der Revolutionsjahre sind Personen, die sich als Revolutionäre hervorgetan haben. Für Dichter und Verseschmiede der „Volkslieder demokratischen Charakters (. . .)“, die Wolfgang Steinitz gesammelt und kommentiert hat, sind vor allem zwei Personen aus der Revolution des Jahres 1848 von Interesse: Friedrich Hecker und Robert Blum.⁵ Blum, Sprecher der Linken in der Nationalversammlung, war in Köln geboren und in Sachsen vor 1848 politisch aktiv. Im Oktober 1848 wurde er in Wien als Aufrührer standrechtlich verurteilt und hingerichtet, obwohl er als Abgeordneter Immunität in Anspruch nehmen konnte. Sein Schicksal löste überall in Deutschland Empörung aus, die in Liedern ihren Niederschlag fand. Da diese alle außerhalb Badens entstanden sind, soll hier nicht darauf eingegangen wer-

den. Nach der Zahl der Lieder und Gedichte zu urteilen, ist Friedrich Hecker der Revolutionär, der populärer als alle anderen war. Die hier versammelten Gedichte zu Hecker (Nr. 7–11) bieten die Möglichkeit, herauszufinden, was Dichter und Sänger bewogen hat, gerade ihn als Helden zu besingen.

Anscheinend haben sich die Dichter Heckers erst angenommen, nachdem sein Versuch, mit Hilfe bewaffneter Kräfte die deutsche Republik zu erzwingen, gescheitert war. Es braucht hier nicht ausgeführt zu werden, in welcher Weise Hecker vor 1848 und im Revolutionsjahr selbst sich an der Politik beteiligt hat. Nach seiner Niederlage im Gefecht bei Kandern im April 1848 floh er in die Schweiz und wanderte im September 1848 nach Amerika aus. Im folgenden Frühjahr kehrte er nach Europa zurück, konnte aber nicht mehr in das Geschehen in Baden eingreifen und ging dann endgültig in die USA.⁶ Die Gedichte Nr. 7–11 sind ausnahmslos nach dem Frühjahr 1848 und der Flucht Heckers entstanden.

Das Gedicht Georg Herweghs *An Hecker I* setzt voraus, daß Hecker sich noch in Muttenz im Kanton Baselland befand. Wie im 16. Jahrhundert Ulrich von Hutten, der durch seine Schriften das Volk aufgerüttelt habe, ganz allein gekämpft habe, so stehe jetzt Hecker *Verlassen und allein* (Str. 1, Vers 6). Er habe sich vor anderen, d. h. den gemäßigten Liberalen, die in der Nationalversammlung die Mehrheit bildeten, durch seine Entschiedenheit ausgezeichnet:

Du hast das Schwert genommen

Du hast's gewagt, gewagt: (Str. 2, Verse 2 und 3)

Dafür lobt Herwegh ihn:

*Du Herrlicher, du Treuer, Wie glühtest du vom Feuer
Der Revolution.*“ (Str. 4, V. 4–6)

Als es ernst wurde, hätte die Menge, die ihm gefolgt sei, ihn verlassen (Str. 6). Herwegh kommt es offenbar darauf an, zu zeigen, daß Hecker im Gegensatz zu den *Verzagten* in Frankfurt und zu denen, die zunächst zu ihm gehalten hatten, *dem Fähnlein* [seiner] *Streiter*, wirklich *vom Feuer der Revolution geglüht* habe. Als Einzelner habe er aber aufgeben müssen. Herwegh dichtet ein ‚Heldenlied‘; ihn interessiert zwar auch der Demokrat, dem es um Freiheit und Einheit geht, mehr aber der einsame Kämpfer.

Auf dem Flugblatt aus dem Jahr 1848 hat das Gedicht (Nr. 8) die Überschrift *Toast an Dr. Friedrich Hecker*. Das Gedicht wird in anderen Drucken ohne Titel oder mit dem ersten Teil des ersten Verses *Hecker*

hoch! als Überschrift wiedergegeben. Wolfgang Steinitz bezeichnet es als „das verbreitetste und volkstümlichste von allen 1848 entstandenen Liedern auf Friedrich Hecker“.⁷ Die Urheber des Flugblatts hoffen auf die Rückkehr Heckers; dieser ist schon „in fernem Land“ (Str. 4, Vers 1), also wohl in Amerika, als das Gedicht entsteht. Das Gedicht ist demnach einige Monate jünger als das Gedicht Herweghs.

Auch hier wird Hecker als *Großer Mann*, als *großer deutscher Mann* gepriesen. Er unterscheidet sich positiv von den *Freunden* (aus der Zeit vor 1848), er habe nicht wie diese den *Schwur der Treue* gebrochen und habe sich nicht korrumpieren lassen wie andere, die zum Staatsmann sich erhoben und sich dadurch *mächtig, reich* gefühlt hätten. Der Verfasser sieht also den Gegensatz zwischen dem kompromißlosen Kämpfer für die Freiheit und den (liberalen) Politikern, die vor 1848 und in der Frühphase der Revolution mit ihm zusammen auf eine Änderung der politischen Verhältnisse in Baden und in ganz Deutschland hingearbeitet hatten, aber zu der Zeit, in der das Gedicht entstand, im Herbst 1848, mit den Feinden der Freiheit, den Fürsten und ihren Regierungen, zusammengingen. Aus dem Gedicht spricht noch der Optimismus, wie er im Frühjahr 1848 vorherrschte, im Herbst des Jahres aber nicht mehr allzu weit verbreitet war. Der Dichter und diejenigen, die mit ihm den Toast ausbringen und das Lied singen sollen, sind Anhänger Heckers. Er gilt ihnen als *groß*, und es werden ihm Helden-Attribute zugesprochen: die Treue, das Auge, das allen Vertrauen einflößt (Str. 1), die Eloquenz, mit der er von der Freiheit spricht (Str. 2). In der letzten Strophe äußert der Dichter die Zuversicht, daß Hecker auch im Tode nicht wanken wird. Das Lied zeugt vom Vertrauen in die Führerqualität Heckers und von der Absicht, für die Ideale, die Hecker verfochten hat, weiterzukämpfen. Die zahlreichen Fassungen und Varianten dieses Liedes, die in ganz Deutschland verbreitet waren⁸, machen deutlich, wie populär Hecker in den Jahren 1848 und 1849, aber auch danach, war. Mit dieser Popularität mußte auch die Gegenseite, Regierungen und Behörden, rechnen. Zu den Gegnern Heckers gehörte der Dichter Karl Christian Gottfried Nadler (1809–1849). Er ist der Verfasser des viel beachteten und zitierten *Guckkastenlied[es] vom großen Hecker*, einer Parodie auf das Lied *Hecker hoch!* In den verschiedenen Auflagen variiert die Strophenzahl zwischen 17 und 22 Strophen.⁹ Nadler erzählt in seinem Gedicht vom Heckerzug des Frühjahrs 1848. Er teilt viele kommentierungsbedürftige Einzelheiten, darunter zahlreiche Namen, mit. Deshalb sind hier (Nr. 9) nur die fünf Strophen abgedruckt, die Helmut Bender in sein Buch „Zur badischen Literatur“ aufgenommen hat.¹⁰ Nadler beurteilt die Handwerker und Bauern, die Literaten und Advokaten, die Hecker folgen, von einem bürgerlichen, wohl auch philiströsen Standpunkt aus und versucht sie lächerlich zu machen. Hecker selbst nimmt er dabei nicht aus. Anders als

die Verfasser der vorher besprochenen Hecker-Gedichte sieht er in ihm nicht einen Vorkämpfer für Freiheit, Einheit und die Republik, sondern einen Bramarbas. Nadler tut so, als ob ihm die Absichten Heckers gleichgültig seien. Ihn interessieren Äußerlichkeiten, das Aussehen Heckers, seine Kleidung, die Namen und Berufe der Mitstreiter. In den auf dem Flugblatt (Anm. 9) abgedruckten 17 Strophen erscheinen 13 Namen, teils von Sympathisanten, teils von Gegnern Heckers. Nadler greift Vorgänge aus dem Heckerzug heraus, an denen er zeigen kann, welche zweifelhaften Figuren Hecker und seine Begleiter doch seien; man habe sich vor ihnen in acht zu nehmen: Hecker, der *Volkserwecker* ist *Lechzend nach Tyrannenblut* (Str. 1). Die mit ihm ziehen, tun dies nicht aus Überzeugung, sondern auf das Schlagen der Trommel hin (Str. 2) und weil Hecker sie mitzieht:

Alles jauchzte unserm Hecker, / Als er aus zum Kampfe zog,

Andere gehen nur unter Zwang mit (Str. 3); Frau Struve *Warb mit ihrem Flammenblick* (Str. 4) als pars pro toto einer angeblichen erotischen Wirkung ersetzt das ein Werben mit politischen Argumenten.

Nadler unterstellt, daß Hecker die öffentlichen Kassen habe plündern lassen:

Gelder fand man in den Kassen, / Die man sich that öffnen lassen; (Str. 4)

In einer Strophe, die in der ersten Fassung des Guckkastenliedes fehlt (Str. 5) führt Nadler das Lied „Hecker hoch!“ ad absurdum, indem er es persifliert. Scheinbar dichtet er das Lied weiter. Er erzählt vom Schicksal Heckers nach dessen Flucht. In Wirklichkeit aber macht er sich in dieser Strophe, in der er einzelne Wörter des ursprünglichen Textes wiederaufnimmt, über den ‚Helden‘ lustig. Er verschiebt Bedeutungen vom Ernsthaften ins Lächerliche – die Adjektive *groß* und *deutsch* verbindet er mit *Herz* zu *ein großes deutsches Herz*; dies schlägt aber nicht in der Brust, sondern *in seinem Blousenhemde*. Heckers Flucht wird wie die eines Strafgefangenen aus dem Gefängnis als „Entspringen“ bezeichnet:

Mußte er diesmal auch entspringen.

Im Refrain ersetzt er den Konjunktiv des parodierten Originals durch den Indikativ:

Statt *Hecker sey als großer Mann*

Unsere Losung nur fortan! formuliert Nadler: *Hecker ist ein großer Mann*

und verbindet dies mit einer leicht abgeänderten Verszeile aus der 2. Strophe des Originals:

Der für Freiheit sterben kann. (Nadler)

statt: *der als deutscher Mann / Für die Freiheit sterben kann.* (Original)

Das Weglassen des Artikels bei „Freiheit“ entwertet dieses Substantiv; ‚Freiheit‘ erscheint bei Nadler wie ein Äquivalent zu ‚Geld‘.

Im ganzen verrät das Guckkastenlied, daß der Dichter sein Metier beherrscht. Anders als in *Hecker hoch!* sind die Reime rein, die Verse nicht holprig. Die von Lautenschlager genannte Zahl von 12 Auflagen ist ein Indiz dafür, daß auch die zeitgenössischen Gegner Heckers ihr Heckerlied zu schätzen wußten.

Eine komplizierte Bewandnis hat es mit einem anderen Heckerlied, das bis in unsere Zeit das bekannteste geblieben ist. Von den vielen Varianten sind hier zwei abgedruckt, die von Lautenschlager in seine Anthologie und die in das der Revolution gewidmete Heft der Zeitschrift „Damals“ aufgenommenen Fassungen (Nr. 10 und Nr. 11).¹¹ Das Lied hat Vorläufer aus den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts, wie Steinitz in seiner gründlichen Untersuchung nachweist.¹² Die hier vorgelegten Fassungen zeigen einen Befund, der durch weitere Varianten nicht in Frage gestellt wird: Das Lied wird zwar als „Heckerlied“ tradiert, aber Hecker kommt nur in einer Strophe vor, bei Lautenschlager (= L), der darin John Meier folgt, in der ersten, in „Damals“ (= D) in der dritten Strophe. Wenn man von den anderen Strophen fürs erste absieht, fällt beim Vergleich auf, daß die Sprache in L radikaler ist als die in D:

L: *die Roten fragen*

D: *die Leute fragen*

L: *Er hängt (. . .) an dem Traume / Der roten Republik*

D: *Er hängt nur an dem Traume / Der freien Republik*

Steinitz führt weitere Varianten auf, in denen die letzte Verszeile lautet:

*Der deutschen Republik*¹³

Die Strophe ist wie die anderen Heckerlieder (Nr. 7 und Nr. 8) nach der Flucht Heckers entstanden.

In der Wahl jeweils eines der drei Adjektive frei–deutsch–rot kommen unterschiedliche Ansichten von der Beschaffenheit einer Republik, wie

Hecker und seine Mitstreiter sie angestrebt haben, zum Ausdruck, vorausgesetzt jedoch, daß es sich bei der Strophe um eine ernstgemeinte Aussage handelt. Um entscheiden zu können, welche Vorstellungen die Dichter, Um-Dichter und Traditoren des Liedes hatten, ist es angezeigt, einen Blick auf die weiteren Strophen zu werfen. Die grotesken Übertreibungen

*Schmiert die Guillotine; An dem Darm der Pfaffen . . . ;
Reißt die Konkubine . . .*

lassen annehmen, daß das ganze Gedicht, also auch die Hecker-Strophe, in satirischer Absicht verfaßt wurde und als literarischer Bürgerschreck gedacht war.

Wolfgang Steinitz kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß das Lied nicht während der Revolution, sondern später gedichtet worden ist, nicht ohne Erinnerung an diese, aber in zeitlicher und vor allem mentaler Distanz zu ihr: „John Meier schließt auf (. . .) studentische Herkunft unseres Liedes. (. . .). Sollten diese Strophen ernst gemeint sein, oder ist es eine komisch gemeinte und lächerlich wirkende Übertreibung der Ideen der 48er Zeit? (. . .) Ich möchte dem hinzufügen, daß [das Lied] aller Wahrscheinlichkeit nach in studentischen Kreisen Südwestdeutschlands (Baden) entstanden ist, (. . .)“¹⁴

Die Hecker-Strophe für sich, insbesondere in der Version *Wenn die Leute fragen* und . . . *an dem Traum der freien Republik*, ließe sich den anderen nostalgischen Heckerliedern (vom Typus *Hecker hoch!*) an die Seite stellen. Auch diese Strophe aber ist eine Parodie. In den dreißiger Jahren kursierte ein *Lied der Verfolgten*, dessen erste Strophe (von dreien) lautet:

<i>Wenn die Fürsten fragen:</i>	<i>Doch an keinem Baume,</i>
<i>Was macht Absalon?</i>	<i>Und an keinem Strick,</i>
<i>Lasset ihnen sagen:</i>	<i>Sondern an dem Traume</i>
<i>Ei, der hänget schon –</i>	<i>Einer Republik.</i> ¹⁵

Die Strophe erklärt, wie Baum und Strick in das Heckerlied gelangt sind: In der Bibel wird die Geschichte von Absalon, dem Sohn Davids, erzählt. Absalon empört sich gegen seinen Vater. Er kommt zu Tode, nachdem er beim Reiten an den Ästen eines Baumes hängen geblieben ist. Dort töten ihn die Leute Davids (Altes Testament, Buch Samuel 15–19). Der Urheber der Strophe übernimmt den biblischen Empörer als Symbol der Auflehnung gegen die Fürsten. Es lag deshalb nahe, diese Rolle nach 1848 Friedrich Hecker zuzuschreiben. Hecker ist auch für Menschen, die ihn nicht persönlich kannten, Symbol der Revolution. Obwohl er keinen Erfolg

hatte, blieb er als Vorkämpfer der Republik im Gedächtnis der Zeitgenossen und der Nachwelt.

Nach der Niederlage im Sommer 1849 brachten sich viele der Revolutionäre in der Schweiz in Sicherheit. In ihren Kreisen entstanden Gedichte und Lieder, in denen vor allem die letzte Phase der Revolution, die eigentliche „Badische Revolution“, vom Beginn der Reichsverfassungskampagne im Mai 1849 bis zur Kapitulation der Festung Rastatt und der Rückkehr des Großherzogs nach Karlsruhe, ihren literarischen Niederschlag fand. In einer in Bern erschienenen Sammlung von gereimten Szenen und einzelnen Gedichten mit dem Titel *Die wandernde Barrikade*¹⁶ findet sich das Gedicht *Gustav Struve* (Nr. 12). Bei Lektüre des ersten Verses erkennt man, daß der Dichter sich am Vorbild des Heckerliedes *Hecker hoch!* orientiert; er ahmt den Vers- und Strophenbau nach und übernimmt Wörter und Wendungen und formuliert Verszeilen ähnlich:

Hecker: *Und wenn dein blaues Auge bricht“*

Struve: *Und die Augen, deine hellen*

Hecker: *Bist du gleich in fernem Lande*

Struve: *Struve auf der fremden Erde / Mußt du irren wiederum,*

Hecker: *An dem ganzen deutschen Rhein*

Struve *In dem ganzen deutschen Reich.*

Schließlich ist die Tendenz die gleiche. Das Struvelied unterscheidet sich von dem Vorbild durch das Eingehen auf Einzelheiten des Geschehens: die Gefangenschaft Struves seit dem Herbst 1848 (Str. 1), seine Befreiung aus dem Gefängnis (Str. 2), das Wiedersehen mit seiner Frau (Str. 3), Struves Verhältnis zu Lorenz Brentano, der seit dem Mai 1849 die provisorische Regierung leitete (Str. 4–6), das neuerliche Exil (Str. 9).

Der Leser erkennt, daß der Dichter Struve nahesteht, daß er dessen Versuche, in Baden politischen Einfluß zu gewinnen, begrüßt und das Scheitern Struves bedauert. Die Schicksale Struves vor der Gefangenschaft, also seine Tätigkeit vor dem Ausbruch der Revolution, den mit Hecker zusammen geführten Kampf um die Republik, den Putsch vom Herbst 1848, erwähnt der Verfasser nicht. Es handelt sich bei dem Text um ein Gelegenheitsgedicht, das Ansichten und Hoffnungen der in die Schweiz geflohenen radikalen Revolutionäre im Herbst 1849 ausdrückt. Gustav Struve erscheint als Verlierer wie seine *tapferen Gefährten* (Str. 9). Am Ende des Gedichts beschwört der Dichter Struve als einen durch Niederlagen nicht zu entmutigenden Kämpfer:

Und du bleibest immerfort / Deutscher Freiheit Schild und Hort. (Str. 10)

Anders als der populärere Hecker ist Gustav Struve nicht Symbolfigur, und es hat nicht Struve-Lieder gegeben, so wie es Hecker-Lieder gibt.

Die Personen, die in einigen anderen Gedichten genannt werden, sind nicht motivgebend. Wenn Freiligrath (in Nr. 2) den Verleger Brockhaus, der nicht genannte Verfasser (in Nr. 13) Karl Mathy oder Heine Franz Liszt (in Nr. 17) nennen, so nicht, um diese als besonders wichtig oder maßgebend herauszustellen, sondern um den Zeitbezug deutlich zu machen.

3. Gedichte zu politischen Ereignissen und Vorgängen

In den Jahren zwischen dem Hambacher Fest 1832 und dem Ausbruch der Revolution im Frühjahr 1848 gab es trotz scheinbarer Ruhe in Deutschland mehrmals Anlässe zu sozialen und politischen Eruptionen. Hier soll auf eines dieser Ereignisse hingewiesen werden, den Aufstand der Weber in den schlesischen Orten Peterswaldau und Langenbielau im Juni 1844. Der Aufstand war Ergebnis und Ausdruck einer wirtschaftlichen und sozialen Krise. Die Not trieb die Weber dazu, sich gegen ihre Ausbeuter zu erheben. Preußisches Militär schlug den Aufstand nieder. Heinrich Heine hat den Vorgang zum Anlaß genommen, das Gedicht „Die schlesischen Weber“ (Nr. 1) zu verfassen. Er hat es unmittelbar nach dem Aufstand niedergeschrieben. Erstmals veröffentlicht wurde es am 10. Juli 1844.¹⁷ Hier wird es in der von Heine hergestellten Fassung von 1846 wiedergegeben. Von der Entstehungszeit an über die Revolutionsjahre bis heute ist Heines Gedicht eines seiner am weitesten verbreiteten.

Interpreten haben darauf aufmerksam gemacht, daß Heine sich für den dreifachen Fluch, der in das Leichentuch hineingewoben wird, an einem Emblem der preußischen Landwehr orientiert hat: Jeder Landwehrmann sollte an der Mütze „ein Kreuz von weißem Blech mit der Inschrift ‚Mit Gott für König und Vaterland‘ tragen. (. . .) Für das Verständnis der drei Flüche ist die Einsicht wichtig, daß Heine hier die preußische Parole der Befreiungskriege in satirischer Umkehrung nacheinander als reaktionäre Lüge entlarvt.“¹⁸ Das Leichentuch, in das die drei Flüche hineingewoben werden, könnte eine satirische Abwandlung der den französischen Liberalen und Demokraten verhaßten weißen Fahne mit den drei goldenen Lilien, des Lilienbanners, sein, das während der restaurativen Herrschaft der Bourbonen zwischen 1815 und 1830 die Fahne Frankreichs war, die nach der Julirevolution von der blauweißroten Trikolore abgelöst wurde.

Im Revolutionsjahr 1848 gaben einzelne Ereignisse und Vorgänge Anlaß zu Gedichten. Nicht selten wurde dasselbe Ereignis von verschiedenen

Dichtern unterschiedlich dargestellt und bewertet. Dabei kamen einerseits wie in der Literatur allgemein Sichtweise und Temperament des jeweiligen Beobachters zum Ausdruck, andererseits zeigten die Dichter im Gedicht ihre politischen Ansichten, Erwartungen und Befürchtungen. Nicht zuletzt lassen Texte zu demselben Geschehen erkennen, welches Publikum der einzelne Autor anspricht.

Zwei Gedichte (Nr. 5 und 6) sind im Umkreis der Offenburger Versammlung vom 19. März 1848 entstanden, das eine (Nr. 5) vor diesem Tag, das andere danach. Verfasser des *Volkliedes* (Nr. 5) ist Johann Hofer (1810–1880)¹⁹, Anwalt in Lahr, später in Offenburg. Daß er einer der führenden Republikaner war, kommt auch in dem pathetischen Gedicht zum Ausdruck. Vor Übertreibungen scheut Hofer nicht zurück; im Refrain spricht er von dem *morsche[n] Sklavenjoch*, und er fragt in optimistischer Überschätzung der Stärke der Republikaner: *Wo ist die Macht uns zu besiegen?* (Str. 4, Vers 1). Aus revolutionärer Begeisterung schätzt er den Tod gering:

*Und wird der Vater auch erschlagen
So stirbt ein Held der Freiheit Tod.* (Str. 6, Verse 1 und 2)

Auf einzelne Programmpunkte der Offenburger Versammlung geht Hofer nicht ein; er gibt als Ziel der Versammlung und der ganzen Bewegung am Ende jeder Strophe an:

*Die Freiheit hoch und Deutschland hoch
zerschlagt das morsche Sklavenjoch!*

Daran ist bemerkenswert, daß nicht eine Änderung der politischen Verhältnisse oder der Staatsform in Baden gefordert wird, sondern daß es Hofer wie den in Offenburg Versammelten um die Freiheit für ganz Deutschland ging.²⁰ Weil dies eine vorherrschende Tendenz der Revolution in Baden ist, habe ich die erste Verszeile des Refrains als Titel dieses Beitrags gewählt.

Das lange Gedicht *Der 19. März 1848* (Nr. 6) eines nicht genannten Verfassers ist nach der Versammlung unter dem Eindruck derselben niedergeschrieben worden. In der ersten Hälfte (Str. 1–12) zieht der Dichter ein Resümee. Er blickt zurück auf die Zeit seit den Reformen des Jahres 1831, des *parlamentarischen Volksfestes des Liberalismus* in Baden.²¹ Damals habe die *Freiheitssonne* geschienen (Str. 1), und *Hellauf jubelte die Menschheit* (Str. 2), aber die Hölle habe reagiert, sie *brütete feile Ordonanzen aus*, *Und es ist ihr fast gelungen, uns zu rauben Licht und Recht.* (Str. 5) Jetzt aber sei „das hehre freie Wort“ (Str. 7) wieder möglich: *Deutschland! du bist auserkoren zu der wahren Freiheit Sitz.* (Str. 10). In

Offenburg sei der Grundstein gelegt worden *Zu der Freiheit hehrem Tempel*, . . . (Str. 12).

In den folgenden Strophen 13 bis 21 ist der Stil prosaischer; der Verfasser wendet sich dem zu, was er aus eigener Anschauung kennt, den Verhältnissen in Baden. Das Land habe sich losgesagt (. . .) *von dem Schutz der Polizei, / Der Beamten schwerem Drucke, von der ganzen Michelei*. (Str. 13)

Mit dem Ausdruck „Michelei“ umschreibt er den gesellschaftlichen Zustand, in dem „der deutsche Michel“ von der Obrigkeit bedrückt wurde und sich nicht wehrte. ‚Michel‘ hat hier eine ähnliche Bedeutung wie ‚Spießbürger‘. Auf den grundlegenden Akt der Befreiung sollen weitere Schritte folgen: ein deutsches Parlament (Str. 14), die Wahl der Beamten (Str. 15), Glaubensfreiheit ohne geistliche Gewalt und Bevormundung durch *die Pfaffheit* (Str. 16), Gleichheit in der Besteuerung, Volksbewaffnung, freie Vereine und ein allgemeiner Bund, der *des Volkes festen Willen* nach innen und nach außen kundtun soll (Str. 19). In den beiden letzten Strophen lobt der Autor die Offenburger Versammlung, die so vorbildlich gewesen sei, daß die Muse Clio den Tag von Offenburg ins Buch der Geschichte eingeschrieben habe. Der Verfasser ist bemüht, die metaphernreiche Beschreibung des Zustandes vor 17 Jahren und der darauf folgenden Unterdrückung im ersten und die aufgelisteten Forderungen der Volksversammlung im zweiten Teil seines langen Gedichts zu einer Einheit zu zwingen, was ihm nicht so ganz gelingt.

Spricht aus den Gedichten zum 19. März 1848 der Überschwang der Begeisterung in der Frühphase der Revolution, so lassen die Gedichte aus dem Winter 1848/49 erkennen, daß die in die Revolution gesetzten Erwartungen enttäuscht worden sind.

Georg Herwegh hatte im Frühjahr 1848 den badischen Republikanern zu Hilfe kommen wollen. Nach der Niederlage der Deutschen Legion, die er begleitete, ging er wieder ins Schweizer Exil und beobachtete von dort aus die Entwicklung in Deutschland. Im Gegensatz zu der Mehrheit der deutschen Politiker mißbilligte er die langsame Arbeit der Nationalversammlung in Frankfurt. Über das Parlament und dessen prominente Abgeordnete Bassermann, Welcker, Gagern spricht er in seinem Gedicht *Das Reden nimmt kein End* (Nr. 13) mit Spott und Verachtung. Sein Urteil faßt er im Refrain zu den Strophen 1 bis 5 zusammen:

Im Parla – Parla – Parlament / Das Reden nimmt kein End.

Dabei suggeriert er mit den Wiederholungen von *Parla* – in den vorletzten Verszeilen, das Reden sei inhaltsleer und müßig. In der letzten Strophe zieht er die Folgerung *O' Volk mach ihm ein End!* Mit den Versen *In Frankfurt an dem Main – / Ist alles Trug und Schein.* (Str. 5, Verse 1 und 2) sucht er den Anschein zu erwecken, als ob das Parlament einzig und allein das Ziel habe, die Fürsteherrschaft zu erhalten. Mit der Entgegensetzung von „Parlament“, das er ablehnt, und *Republik*, die er erstrebt (in Str. 2), erweckt er den Eindruck, eine Republik komme ohne Parlament aus, eine fragwürdige Annahme, die den Gegnern der parlamentarischen Demokratie weit über den unmittelbaren Anlaß des Gedichts hinaus ein willkommenes Argument geliefert hat.

Das einzige Gedicht in alemannischer Mundart *Ein Lied für teutsche Bauern* (Nr. 14) bezieht sich ebenfalls auf die Tätigkeit der Nationalversammlung in Frankfurt. Es beginnt wie ein Trinklied, das in geselliger Runde fröhlicher Menschen gesungen wird. Dieser Eindruck aber wird durch den Refrain gestört:

Die Deutschen wollen betrogen sein, / also sollen sie betrogen werden.

Auch die 2. Strophe beginnt scheinbar harmlos; sie handelt von denen in Frankfurt, die auf der Rechten sitzen, dem Teil der Nationalversammlung also, der bereit ist, sich mit den Fürsten zu arrangieren. Die Abgeordneten kämpften schon monatelang für *unsere* Freiheit. Dem widerspricht der Refrain: auch das sei Betrug. Die Grundrechte seien veröffentlicht worden [das geschah Ende Dezember 1848]; der Dichter unterstellt seinen Sängern die Erwartung, daß nun das Glück näher rücke und bald gebratene Tauben in die Mäuler fliegen würden (Str. 3). Alles was fehle, werde sich einstellen, wenn erst ein Kaiser gewählt, eine Flotte gebaut sei. Es wird besser, man gönnt uns jetzt den Roggen, das Wertvollste, das Vorzüglichste (Str. 4).²² Die Steuern seien schon geringer, die Schulden verschwinden, die deutsche Einheit sei in jedem Haus zu finden.

„Wir“, die Sänger des Liedes, seien von alledem überzeugt, sie lassen sich den Glauben nicht nehmen; deshalb regen sie sich nicht und leisten keinen Widerstand, auch wenn sie am Narrenseil gezogen werden, wenn sie, d. h. die Politiker, die Abgeordneten, die Presse sie zum Narren halten (Str. 6). Der in jeder Strophe wiederkehrende Refrain läßt alle positiven Feststellungen, die in den Strophen 2 bis 6 gemacht werden, als ironische Aussagen erscheinen. Der Verfasser des Liedes hält – im Februar 1849 – sowohl die Taten der Volksvertretung als auch die Versprechungen, die seit dem März 1848 gemacht worden sind, für Trug. Aus dem Gedicht spricht die enttäuschte Hoffnung vieler Menschen, die sich von der Revolution die

Freiheit und die Einheit Deutschlands, nicht zuletzt aber ein besseres Leben versprochen hatten. Obwohl das Gedicht nicht so sarkastisch ist wie Herweghs „Das Reden nimmt kein End“, zeugt es doch von der Bitterkeit, mit der das Scheitern der Revolution vorweggenommen wird. Wegen der Gleichsetzung der Nationalversammlung mit *der Rechten* ist zu vermuten, daß der Dichter die Republikaner bevorzugt, die im Winter 1848/49 die demokratischen Volksvereine in Baden organisierten und denen sich Turn- und Gesangsvereine anschlossen.²³ Für einen der letzteren könnte das *Lied für teutsche Bauern* bestimmt gewesen sein. Der Ortsangabe *Laufenburg* zufolge ist das Gedicht am Hochrhein entstanden; die oberalemannischen Sprachformen bestätigen das. Es ist ein Lied *für* deutsche Bauern, aber wohl nicht *von* Bauern; die Wahl des Dialekts als Sprachform kann als Kunstgriff des sprachgewandten Verfassers gedeutet werden. Er will die Aufmerksamkeit der Leser, insbesondere der Landbevölkerung, hervorrufen. Die Positionierung des Gedichts zwischen die ausnahmslos in Hochdeutsch gehaltenen übrigen Texte der Zeitung kann diese Annahme stützen. Die Sprache der Überschrift des *Liedes* ist hochdeutsch; die altertümliche Form *teutsch* hebt die Überschrift vom Liedtext ab und vermittelt den Übergang zu ihm.

Auf die Endphase der Revolution beziehen sich die Gedichte Nr. 15 und Nr. 16, das *Republikanerlied* vermittelt die Sicht der badischen Revolutionäre, das andere *Die Belagerung von Rastatt*, die der preußischen Sieger.

Die Entstehung des *Republikanerliedes* läßt sich auf die Zeit zwischen Mitte Mai und Mitte Juni 1849 datieren. Es ruft die Republikaner *zum Kampf für Deutschlands Heil* auf. Als Feinde werden die Fürsten (*gekrönte Würger*) und die gemäßigten Liberalen (*vertierte Bürger*), die mit den Fürsten (*mit dem Bund im Bunde*) gemeinsame Sache gemacht haben (Strophen 1 und 4).

Der Verfasser verwendet den Namen des badischen Liberalen Karl Mathy, aber im Plural, d. h. er gebraucht ihn als Sammelbezeichnung für diejenigen, gegen die die Republikaner sich nun erheben (Str. 2). Wenn auch die Fürsten die eigentlichen Gegner sind, so widmet das Gedicht den Liberalen als früheren Mitkämpfern doch größere Aufmerksamkeit. Sie werden als *Zugendrescher, Arme Gecken, eitle Toren* (Str. 3 und 4) bezeichnet.

Die badischen Republikaner stehen aber nicht allein, denn: *Jetzt der Leu die Mähne schüttelt* – es ist der bayrische Löwe; auch in der zu Bayern gehörenden Pfalz haben sich die Republikaner erhoben (Str. 4) und kämpfen mit den Badenern gemeinsam unter der *deutschen Trikolore*, *Markenscheiden Geister nicht mehr* (Str. 6).

Die zwei letzten Strophen sind wie die erste Aufruf zur Teilnahme an dem Kampf, von dessen Ursache vorher die Rede ist. Der Sieg der Revolution, deren Parole die der großen Französischen Revolution *Freiheit, Gleichheit, Brüdertreue* (Str. 7) ist, soll *reines Menschentum* und die Republik herbeiführen.

Lautenschlager hat das Gedicht aufgenommen und mit dem Vermerk „Aus dem Nachlaß von K. Mathy“ versehen.²⁴ Auch wenn die Wahl der Attribute, mit denen die Feinde der Republik charakterisiert werden *vertierte Bürger, faule Häscher, arme Gecken, eitle Toren, versumpfte Nationen, faulende Religionen* und anderer deftiger Formulierungen rhetorischen Überschwang ausdrückt, so konnte ein Zeitgenosse wie Karl Mathy nach der Lektüre eines solchen Flugblatts annehmen, daß ihm bei einem Sieg der Radikalen ein schlimmes Ende drohe.

Vor dem Hintergrund des zuletzt vorgestellten Gedichts erscheint die Tendenz des zweiten Textes *Die Belagerung von Rastatt*, die in der 3. Strophe ausgesprochen wird, plausibel: *Wir stellten bald die Ordnung her*. Das Gedicht sieht die Belagerung und die Kapitulation der Festung Rastatt im Sommer 1849 aus der Perspektive der Belagerer. Der Verfasser gibt sich als Preuße zu erkennen: *Doch das war unserem König leid und Da waren schon die Preußen da*.

In den folgenden Strophen wird über den militärischen Ablauf der Belagerung kurz berichtet. Dabei vergißt der anonyme Verfasser keine der beteiligten Waffengattungen, von der Infanterie über Reiter und Artillerie bis zu den Pionieren werden alle genannt und gewürdigt. Die Beschießung der Stadt wird kommentarlos erwähnt: *So schoß sie Rastatt ganz in Brand*. (Str. 9). Was in der Festung vorging, welches Schicksal die Besatzung nach der Kapitulation erleiden mußte, interessiert den Berichterstatter nicht. In der Festung befinden sich seiner Ansicht, die der der preußischen Belagerer entspricht, *Rebellen*, und zwar *nur ein kleiner Überrest*. Daß es mehr als 5000 Mann waren, erwähnt er nicht. Selbst die Opfer der eigenen Truppen werden in den letzten zwei Verszeilen nur kurz abgetan: *und fiel auch mancher Kamerad: / Er starb als preußischer Soldat!* (Str. 12)

Der Verfasser gehörte offenbar nicht zu den Belagerern, er gibt das wieder, was er über das Ende der Badischen Revolution gehört oder gelesen hat. Es ist zu vermuten, daß die Vers- und Strophenform gewählt wurde, um die trockene Darstellung des Vorgangs für ein anspruchsloses Publikum ein wenig aufzulockern. Autor und Verlag hatten scharfe Konkurrenz in (wenigstens) einem Neuruppiner Bilderbogen, der mit der gleichen Tendenz die Übergabe von Rastatt an die Preußen in Bild, Prosa und Gedicht darstellt.²⁵

Kurz nach der Niederschlagung der Revolution in Baden und dem Sieg der Reaktion hat Ludwig Pfau sein *Badisches Wiegenlied* (Nr. 17) geschrieben. Pfau nimmt die Besetzung Badens durch preußische Truppen, die Standgerichtsurteile und die Hinrichtungen in Rastatt zum Anlaß, in den drei ersten Strophen *den Preußen* als Unterdrücker und Mörder zu charakterisieren:

*Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht.* (Str. 1, V. 3 und 4)

In der 4. Strophe aber droht er dem Preußen: Wenn die Freiheit auferstehe, wird er *unterm Stein* liegen, wie jetzt der Vater des Kindes, dem die Mutter das Wiegenlied singt. Besonderen Nachdruck verleiht Pfau dieser Drohung, indem er die Mutter sie dem Kind in den Mund legen läßt:

*Schrei, mein Kindlein, schrei's:
Dort draußen liegt der Preuß'!* (Str. 4, V. 6 und 7)

Unübersehbar ist Pfaus Parteinahme für die badischen Revolutionäre des Sommers 1849; deren einheimische Gegner kommen in dem *Wiegenlied* nicht vor.

Heinrich Heines Gedicht *Im Oktober 1849* entstand unter dem Eindruck der Niederschlagung der Revolutionen in Europa, zuletzt im August des Jahres in Ungarn. Den Anfang bildet ein Blick auf Deutschland, auf *Germania, das große Kind* (Str. 1). Der Friede ist scheinbar zurückgekehrt, aber:

*Nur manchmal knallt's – Ist das ein Schuß? / Es ist vielleicht ein Freund,
den man erschossen.* (Str. 2)

Heine weiß, daß die Revolution beendet ist, daß die Fürsten, seine alten Feinde, gesiegt haben. Unter den Revolutionären hatte er Freunde, deshalb vermutet er, einer von diesen sei (in Rastatt oder anderswo) erschossen worden. Der Komponist Franz Liszt ist nach dem Ende des ungarischen Aufstandes aus seiner Heimat nach Paris zurückgekehrt. Dies läßt Heine die Ereignisse des Sommers in dem fernen Land assoziieren, in dem die Aufständischen heldenhaft gekämpft haben und untergegangen sind wie die Nibelungen der Sage und des mittelhochdeutschen Epos. Von den Nibelungen ist es für den Dichter ein kleiner Schritt zu den Helden seiner Zeit, den Revolutionären in Ungarn und in Deutschland. Diese sind wie jene Helden, und sie erleiden das gleiche Schicksal:

*Es muß der Held, nach altem Brauch
Den tierisch rohen Mächten unterliegen.*“ (Str. 12)

Der Dichter knüpft das Assoziationsgewebe weiter: Die *tierisch rohen Mächte* werden allegorisiert, zu dem russischen Bären (Str. 13), den er als *anständ'ge Bestie* klassifiziert, kommen *Wölfe, Schweine, gemeine Hunde* (Str. 14); dieses eher unedle Getier steht für die deutschen Fürsten, die in den Jahren 1848 und 1849 für den Beobachter Heine bei aller Bösartigkeit eine klägliche Figur abgegeben haben. Der Dichter selbst kann den *Duft der Sieger* kaum ertragen. Er ist seit dem Frühjahr 1848 krank und hat deshalb die Revolution seiner Freunde nur aus der Distanz verfolgen können.²⁶

III. Das Verhältnis von sprachlicher Form und Intention in den Revolutionsgedichten

1. Sprachliche Mittel der Hervorhebung – Attribute, Ironie, Satire

Die Verfasser der Gedichte, die hier untersucht werden, haben den politischen Gehalt des jeweiligen Gedichts durch das bevorzugte Motiv, z. B. die Farben Schwarz-Rot-Gold, die namentlich genannten Personen, Revolutionäre oder deren Gegner, oder die berichteten oder kommentierten Vorgänge und Ereignisse deutlich gemacht. Alle diese Inhalte werden sprachlich vermittelt, so daß das Nennen einer Person, Heckers oder Mathys, oder eines Ereignisses, der Versammlung in Offenburg am 19. März 1848 oder der Kapitulation von Rastatt, zugleich ein inhaltliches und ein sprachliches Moment ist. Keines unserer Gedichte und wohl auch kein anderes politisches Gedicht beläßt es jedoch bei der einfachen Erwähnung, sondern in jedem wird zugleich gewertet. Zu diesem Zweck verwenden die Verfasser verschiedene sprachliche Mittel. Dazu gehören wertende oder abwertende Adjektive und Partizipien. Besonders deutlich sieht man das an den offensichtlich von Amateuren verfaßten Gedichten: In Nr. 5 sind es in den ersten Strophen die fünf Attribute *düster, zage, still, mild*, dazu die Partizipien *freudentzündet, lustbeglückt*; in Nr. 6 ist es ähnlich. Von der polemischen Verschärfung in den Fassungen des Heckerliedes *rote Republik* (Nr. 11) statt *freie Republik* (Nr. 10) war schon oben die Rede, ebenso von den drastischen Attributen in Nr. 15 *vertierte Bürger – faule Häscher – versumpfte Nationen*.

2. Gedichte als Aufforderungshandlungen

Den Autoren der meisten Gedichte geht es nicht um eine differenzierende Darstellung, sondern sie wollen durch ihr Gedicht etwas erreichen, ihr Publikum auf ihre Seite bringen, zum revolutionären Handeln veranlassen, für die Revolution oder die Republik begeistern. Dazu dienen unmittelbar die Aufforderungen:

Nr. 2: *Flieg aus, du deutsch Panier, flieg aus! / Zum Kampfe denn, zum Kampfe jetzt!*

Nr. 5: *Die Freiheit hoch und Deutschland hoch / Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!*

Nr. 6: *Schließen wir Bezirksvereine, einen allgemeinen Bund,*

Nr. 13: *Dem König Schach, ihr Bauern! – Dein [. . .] Parlament, / O Volk, mach ihm ein End!“*

Häufiger sind die indirekten Aufforderungen, die durch das ganze Gedicht oder durch eine oder mehrere Strophen ausgesprochen werden. Beispiele hierfür sind die Gedichte Nr. 1 und Nr. 17 oder auch Nr. 13, das als Ganzes zur Ablehnung des Parlaments, der Nationalversammlung in Frankfurt, veranlassen will; erst in seinem letzten Vers wird die Absicht direkt ausgesprochen.

Eine andere Form der Aufforderung ist die ironische Rede, in der das Gegenteil des Gemeinten gesagt wird, was aus dem Zusammenhang klar wird. Beispiele dafür liefern die Gedichte Georg Herweghs (Nr. 7 und Nr. 13). Im Gedicht „An Hecker“ dienen ironische Aussagen dazu, den Gegensatz zwischen dem Täter Friedrich Hecker einerseits und seinen früheren Mitstreitern, den *Alemannen*, die ihm zunächst gefolgt sind, andererseits, zu betonen.

In Frankfurt unsere Weisen (Str. 3). Herwegh meint im Gegenteil, daß die Abgeordneten in Frankfurt nicht weise sind.

*Da ist der Schwarm zerstoben,
Um Gott den Herrn zu loben,
Der alles wohlgemacht.* (Str. 6)

Für den Republikaner Herwegh ist der bestehende Zustand, der das Bündnis von Thron und Alter einschließt, gerade nicht „wohlgemacht“; deshalb soll er durch die Revolution verändert werden, aber *der Schwarm* hat sich nicht von Gott und Kirche losgesagt, was für Herwegh Gegenstand des Spotts ist.

Wenn Herwegh in Nr. 13 über die führenden Vertreter der gemäßigten Liberalen Bassermann und Welcker schreibt: [Sie] *beglücken dann die Völker* (Str. 2) und über das Wirken des noch zu wählenden Kaisers: *Schon träuft der Gnade Manna*, (Str. 3), so meint er auch hier das Gegenteil.

In dem Mundartgedicht Nr. 14 wird durch die ironische Gegenüberstellung von – scheinbar – neutralem Bericht in den Strophen und dem wertenden Refrain *Die Deutschen werden betrogen* die Tätigkeit der Nationalversammlung als unnütz denunziert.

Karl Nadler erreicht die satirische Wirkung seines *Guckkastenliedes* (Nr. 9) durch Übertreibungen, die Betonung von unwichtigen Äußerlichkeiten, die Häufung von Nebensächlichem.

Unter den Texten, die das Stilmittel der Ironie aufweisen, ist das *Heckerlied* (Nr. 10 und 11) ein Sonderfall. Betrachtet man die sechs Strophen von Nr. 11 und die drei Strophen von Nr. 10 jeweils als Ganzes, so kommt man zu dem Urteil, daß es sich um parodistische Gedichte handelt; die gehäuft vorkommenden Ausdrücke und Aussagen, mit denen die Gegner der Revolution, *Fürsten, Pfaffen, die Reaktion*, als grausame Ausbeuter, Wüstlinge, Unterdrücker beschimpft werden, sind als sprachliche Mittel, mit denen das propagierte Ziel ad absurdum geführt wird, anzusehen.

Löst man die Heckerstrophe (Str. 3 in Nr. 10, Str. 1 in Nr. 11) aus dem Zusammenhang des Liedes heraus, erscheint der Sachverhalt in einem anderen Licht: Hecker und sein Überleben sind Zeichen der Zuversicht, daß die Sache der Revolution noch nicht verloren ist; die *Heckerstrophe* ist für sich genommen nicht ironisch. Vielleicht ist das der Grund für die fortdauernde – relative – Popularität des Liedes, von dem mal mehr, mal weniger Strophen tradiert worden sind; die Heckerstrophe aber ist immer lebendig geblieben.²⁷

Heinrich Heine setzt, wie in großen Teilen seines Werkes, so auch in dem Gedicht *Im Oktober 1849* (Nr. 18) die Ironie ein, wenn auch hier Bitterkeit und Ernst überwiegen, die das andere Gedicht Heines (Nr. 1) ganz und gar beherrschen. Ironisch beleuchtet werden nicht die Revolutionäre, wohl aber Franz Liszt, der in den Augen Heines ein Pseudorevolutionär und Renommist ist: *Doch unversehrt blieb Ritter Franz, / Sein Säbel auch, er liegt in der Kommode*. (Str. 7)

Direkte und indirekte Aufforderung, ironische und satirische Darstellung des Gegners dienen dazu, die Adressaten der Gedichte für die Sache der Revolution (oder auch für deren Gegner wie in Nr. 9) zu gewinnen. Diese

Absicht hat die Verfasser oder ihre Auftraggeber Publikationsmöglichkeiten wählen lassen, mit denen sie ein möglichst großes Publikum erreichen und beeinflussen konnten. Die im März 1848 gewonnene Presse- und Veröffentlichungsfreiheit wurde genutzt; von den 17 Texten aus den Jahren 1848 und 1849 (Nr. 2 bis Nr. 18) sind, soweit feststellbar, 7 in Zeitungen, 6 auf Flugblättern erstmals veröffentlicht worden (in Zeitungen: Nr. 2, 3, 7?, 13?, 14, 15?; als Flugblätter: Nr. 4, 5, 8, 9, 16, 17).

2. Die Gedichte als Lieder

Um eine möglichst weite Verbreitung ihrer Gedichte zu erreichen, bedienten sich die Autoren eines weiteren stilistischen Mittels: Sie konzipierten den Text als Lied. Das ist schon an den entsprechenden Bezeichnungen abzulesen. Neun der Texte werden in der Überschrift, in einem Zusatz oder in einer der Strophen (so Nr. 2) als *Lied* bezeichnet, nämlich die Gedichte Nr. 1, 2, 5, 9, 10, 11, 14, 15, 17. Zwei andere Gedichte (Nr. 8 und Nr. 12) weisen Refrains auf, ein Anzeichen dafür, daß auch sie als Liedtexte verfaßt worden sind. Offenbar war die Annahme geläufig, daß die Verbreitung revolutionärer Ideen im Gesang in einer Gruppe oder in einem Verein mitreißend wirken würde. Vermutlich wurden die im Vormärz entstandenen Gesangsvereine von Freund und Feind als für die Revolution aktivierbare Multiplikatoren angesehen. Nach der Niederlage der Revolution wurden denn auch die meisten Gesangsvereine wie andere Vereine von den Regierungen umgehend verboten.

Bei der Analyse des Mundartgedichts (Nr. 14) wurde schon darauf hingewiesen, daß dieses Lied nicht ein plumpes Gebilde ist, sondern daß zumindest die Reimverhältnisse, aber auch die ironische Gegenüberstellung von Stropheninhalt und Refrain, von der Kunstfertigkeit des anonymen Dichters Zeugnis geben. Dieser griff wie die meisten anderen hier vertretenen Lieddichter auf die volkstümliche Formtradition zurück.

Seit dem Mittelalter waren dreiteilige Strophen gebräuchlich. Sie bestehen aus den zwei gleichen Stollen des Aufgesangs und dem Abgesang, der sich in Verszahl oder im Rhythmus und Reim oder in wenigstens einem dieser Formelemente vom Aufgesang unterscheidet. Beispiele dafür findet man in weltlichen Liedern, aber auch in Kirchenliedern (z. B. „O Haupt voll Blut und Wunden“ und „Großer Gott, wir loben dich“). Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Lieder unserer Auswahl, so bemerkt man, daß mehrere diesem alten Formvorbild folgen: Nr. 4, 5, 9, 12 mit dem Reimschema a – b – a – b – c – c. In Nr. 8 und Nr. 14 umfaßt der Abgesang jeweils vier Verse mit den Reimen c – d – c – d. Nr. 14 ist allerdings insofern

komplizierter gebaut, als der Abgesang wiederum zweigeteilt ist, die ersten zwei Verse stehen dem Inhalt nach den Versen des Aufgesangs näher, die beiden letzten Verse bilden den Refrain, der Reim verklammert ihn mit dem Vorhergehenden. Zugleich verknüpft der Refrain hier wie in den anderen Gedichten die Strophen divergierenden Inhalts zu einem Ganzen (so z. B. in Nr. 2). In allen liedhaften Gedichten umfassen die Strophen zwischen sechs und neun Verszeilen. Wenn auch die Gedichte von Heine, Freiligrath und Herwegh komplizierter gebaut sind, diese professionellen Dichter mit dem überlieferten Formenkanon ein freieres Spiel treiben, so ist ein Bezug zur Formtradition auch hier erkennbar. Herwegh verwendet in der ersten Strophe von Nr. 7 ungewöhnliche Reime; er reimt „Muttenz“, den Namen des Aufenthaltsortes Heckers, auf die Genitivform „Huttens“ und „des Volkes Wecker“ auf „o, Hecker“. Auf diese Weise erreicht er, daß der Leser stutzig wird. Eine weitergehende ästhetische Wirkung oder ein Erkenntniszuwachs ergibt sich dadurch aber nicht. Die Refrains in Freiligraths „Schwarz-Rot-Gold“ (Nr. 2) üben eine stärkere Wirkung aus. Aber auch dieses Gedicht hat nicht die suggestive Wirkung wie Heines „Weberlied“ (Nr. 1). Die Beschwörung des dreifachen Fluches, der dem Rattern des Webstuhls nachempfundene Satzbau in den Fluch-Strophen (Str. 2, 3, 5) und die monotone Wiederholung des Refrains „Wir weben, wir weben.“ unterstreichen das im Gedicht geschilderte Elend der Weber und die gefühllose Kälte der Mächtigen.

Einige der Gedichte, die nicht Lieder sind, weisen doch die im 19. Jahrhundert beliebte Volksliedstrophe auf; diese Strophenform hat vier Verse, die entweder paarweise (a – a – b – b – so Nr. 16) oder über Kreuz (a – b – a – b) gereimt sind, eine Variante davon ist das Reimschema a – x – a – y, je Strophe reimen nur die 1. und die 3. oder die 2. und die 4. Verszeile aufeinander (so Nr. 3 und Nr. 4).

In bezug auf die Strophenform steht das lange Gedicht „Den 19. März 1848“ für sich. Zwar hat es wie die anderen nichtliedhaften Gedichte Strophen zu je vier Verszeilen mit dem Reimschema a – a – b – b, aber die Zeilen sind nicht vierhebig wie in den Gedichten Nr. 3, 4, 16 (und ihren Vorbildern), sondern jeder Vers hat die doppelte Zahl von Hebungen, nämlich acht. Auf die vierte Hebung folgt eine Zäsur, man könnte also annehmen, daß der Verfasser jeweils zwei Strophen mit vier vierhebrigen Versen zu einer Strophe zusammenfaßt. Der syntaktische Befund spricht jedoch gegen diese Annahme. Der Dichter hat sich offensichtlich an einer anderen Überlieferung orientiert, nämlich der der Langzeilenstrophe, die vom mittelhochdeutschen Nibelungenlied über die späteren Heldenepen und Balladen bis zur romantischen Dichtung des frühen 19. Jahrhunderts verwendet wurde, zum Beispiel in Balladen von Ludwig Uhland („Des Sängers

Fluch“) oder von Ferdinand Freiligrath („Löwenritt“). Wenn auch die nichtliedhaften Gedichte der hier vorgelegten Auswahl keine Balladen sind, so unterscheiden sie sich doch von den Liedern insofern, als in ihnen das Appellative, die Aufforderung an den Leser, fehlt. Ihre Hauptintention ist die Information, etwa über die Versammlung in Offenburg und ihre Ziele und Beschlüsse (Nr. 5), oder über den Verlauf und das Ergebnis der Belagerung von Rastatt (Nr. 16).

Hier läßt sich auch das Gedicht Heinrich Heines „Im Oktober 1849“ (Nr. 18) einordnen. In ihm geht es mehr um die Darstellung des beklagenswerten Zustandes nach dem Scheitern der Revolution aus der Sicht des kranken Dichters als um einen Appell an den Leser. Man könnte die Unterschiede in der Form der einzelnen Gedichte stärker herausarbeiten, als es hier möglich ist. Den Gesamteindruck würde das aber nicht wesentlich verändern, daß nämlich ungeachtet der neuen, revolutionären Inhalte, Botschaften und Aufforderungen traditionelle Formen gewählt wurden. Um ein möglichst breites Publikum zu erreichen, war es geradezu notwendig, auf vertraute, allgemein bekannte Formbilder zurückzugreifen.

3. Kontrafakturen und Parodien

Eines der Gedichte, „Gustav Struve“ (Nr. 12), bezieht sich in zweifacher Weise auf ein anderes, nämlich „Hecker hoch!“ (Nr. 8). Im Untertitel gibt der Verfasser an, nach welcher Melodie es zu singen ist: „Melodie des Heckerliedes“, und er fügt in Klammern hinzu, daß es sich um eine Melodie handelt, die durch „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ bekannt und populär geworden ist. Dem Struve-Lied wird also eine Melodie zugeordnet, die vorher für das Hecker-Lied verwendet wurde, ursprünglich aber die des Schleswig-Holstein-Liedes ist. Wir haben es hier mit einer Kontrafaktur zu tun: Einem neuen Lied wird eine bekannte Melodie unterlegt, oder ein neuer Text wird zu einer bekannten Melodie verfaßt.

Außerdem aber ist das Struve-Lied eine Parodie, indem es nämlich Elemente des Hecker-Liedes aufgreift und in den Zusammenhang des neuen Liedes einordnet. Die Absicht des Autors ist eindeutig die, neben den bekannten Heros der Revolution Friedrich Hecker Gustav Struve als einen zweiten, womöglich noch größeren Helden zu stellen:

Und du bleibest immerfort / Deutscher Freiheit Schild und Hort!

Häufiger werden vorhandene Gedichte parodiert, um sie oder das in ihnen Dargestellte lächerlich zu machen, zu ironisieren, ad absurdum zu führen.

So verfährt Karl Nadler in seinem „Guckkastenlied“ (Nr. 9) in bezug auf das Hecker-Lied (Nr. 8).

Auch Ludwig Pfau's „Badisches Wiegenlied“ ist eine Parodie, nämlich auf das bekannte Wiegenlied aus „Des Knaben Wunderhorn“ „Schlaf, Kindlein schlaf, / Der Vater hüt die Schaf“ (. . .)²⁸ Indem Pfau das harmlose Lied zu einer Anklage und Drohung umdeutet, bietet er die Parodie als Waffe im politischen Kampf an, der von den in der Revolution unterlegenen Demokraten für die Freiheit gegen „den [siegreichen] Preußen“ in der ferneren Zukunft geführt werden sollte.

4. Hochsprache und Mundart im Gedicht

Unter den 18 Gedichten, die sich in den einzelnen Phasen der Revolution auf verschiedene Weise mit dem revolutionären Geschehen befassen, befindet sich nur ein Gedicht in alemannischer Mundart. In der zur Verfügung stehenden Literatur und in den Sammlungen, die ich einsehen konnte, habe ich keine weiteren Mundartgedichte aus Baden gefunden. Einer neueren Darstellung der Revolution von 1848/49 entnehme ich, daß es in der Agitation der demokratischen Volksvereine aber entsprechende Texte gegeben hat: „Um die kulturelle und bildungsmäßige Sprachbarriere zu überwinden, bedienten sich die Volksvereine in ihren Aufrufen teilweise des heimischen Dialekts.“²⁹

Die Zahl der Dialektgedichte kann in Baden jedoch nicht übermäßig groß gewesen sein. Einen Grund dafür sehe ich in der Zielrichtung der Revolution. Sowohl den gemäßigten Liberalen als auch den radikalen Demokraten ging es in der Hauptsache um die Einheit Deutschlands und die Freiheit der Deutschen, wie immer sie im einzelnen auch diese Ziele interpretiert haben. In den Refrainzeilen des „Volksliedes“ (Nr. 4), das Johann Hofer zu der Volksversammlung vom 19. März 1848 in Offenburg gedichtet hat, wird das Doppelziel ohne Wenn und Aber formuliert:

*Die Freiheit hoch und Deutschland hoch
Zerschlagt das morsche Sklavenjoch!*

Weil es um ganz Deutschland und das Ende der Herrschaft aller Fürsten geht, ist das Hochdeutsche die angemessene Sprachform, die überall in Deutschland verstanden wird. Ihr gegenüber ist jeder Dialekt, der nur in mehr oder weniger engen Grenzen gesprochen und verstanden wird, sekundär. Es scheint kein Zufall zu sein, daß in dem einzigen Mundarttext, der hier aufgenommen werden konnte, die Skepsis in bezug auf Ergebnis oder Erfolg der Revolution dominiert.

Vielleicht erweist sich diese Hypothese als falsch, wenn sich nämlich eine Reihe weiterer Mundartgedichte aus den Jahren 1848 und 1849 findet, in denen möglicherweise optimistische Töne und eine ganz Deutschland betreffende Thematik vorherrschen. Eine andere Möglichkeit ist, daß im deutschen Teil des alemannischen Sprachraumes die Mundart hauptsächlich der lyrischen Schilderung von Dingen, Verhältnissen und Gefühlen im Umkreis des Hauses, des Hofes und des Dorfes vorbehalten blieb, weil Johann Peter Hebel und seine „Alemannischen Gedichte“ in diesem Sinne als Vorbild angesehen und mißverstanden wurden.

IV. Ergebnisse

Es scheint gewagt zu sein, von den hier vorgestellten und besprochenen 18 Gedichten aus Folgerungen auf die Revolutionslyrik im ganzen zu ziehen. Wenn trotzdem – mit der gebotenen Vorsicht – der Versuch gewagt wird, allgemeine Aussagen zu machen, so ist das möglich, weil sich ähnliche inhaltliche und formale Merkmale und Intentionen in vielen der Gedichte aufweisen lassen, ohne daß diese mit genau dieser Absicht ausgesucht worden wären. Zudem ist es leicht möglich, durch den Vergleich mit anderen Texten aus den Jahren 1848 und 1849 zu ermitteln, ob tatsächlich die genannten Merkmale auch dort aufzufinden sind.

Wenn man die 18 Gedichte respektive Lieder zusammenfassend betrachtet, so ergibt sich folgendes:

- Die Texte spiegeln die Ereignisse der Revolutionsjahre in Baden und in ganz Deutschland; sie geben Zeugnis von den Erwartungen und den Hoffnungen des Frühjahrs 1848, den Enttäuschungen des Herbstes und Winters, dem Trotz und der Wut des Frühjahrs und Sommers 1849;
- sie drücken die Gefühle der an der Revolution beteiligten Personen und Personengruppen aus. Es sind vor allem die radikalen Demokraten, von denen die Gedichte handeln und an die sie sich wenden. Wahrscheinlich war die auf Kompromisse und Ausgleich bedachte Vorgehensweise der gemäßigten Liberalen in Öffentlichkeit und Parlament zu prosaisch, als daß sie Dichter herausgefordert hätte.
- Frauen kommen nur am Rande vor. Es gibt die Jungfrauen, die Fahnen sticken (in Nr. 2) und das „Liebchen“ des Demagogen. Amalie Struve, Emma Herwegh und andere tatkräftige und mutige Frauen werden in literarischen Texten, die hier nicht aufgenommen werden konnten, gewürdigt. Die meisten Gedichte aber sehen die Revolution als Sache von Männern an; deshalb spielen Frauen in ihnen nur Nebenrollen.

Sprache und Stil der meisten Gedichte sind konventionell. Die Gelegenheitsdichter orientieren sich an Vorbildern, die sie im literarischen Kanon, insbesondere in der romantischen Dichtung der Jahrzehnte zwischen 1800 und 1848, finden.

Was ist von der Revolutionslyrik geblieben? In Jubeljahren, anlässlich des hundert- oder hundertfünfzigjährigen Gedenkens, sind Herausgeber von Anthologien und Schallplattenfirmen bemüht, Gedichte und Lieder neu zu beleben; ob mit Erfolg, zeigt sich erst nach den Jubelfeiern. Die Gedichte der bekannten Autoren, Freiligraths, Herweghs, Heines, sind den Lesern der Gesamt- und Teilausgaben der Werke bekannt.

Außer ihnen sind vermutlich nur wenige kürzere Gedichte aus der Revolutionszeit verbreitet, so daß Leser sich ihrer beim Wiederlesen, z. B. aus Anlaß dieses Beitrags, erinnern. Es sind dies die Heckerstrophe des Heckerliedes „Wenn die Leute fragen“ und das „Badische Wiegenlied“ von Ludwig Pfau.

Bekannter ist ein Musikstück, das auf das Revolutionsjahr zurückverweist, ohne daß diejenigen, die es kennen, anhören oder mitpfeifen, es mit der Revolution und ihrem Scheitern in Verbindung bringen. Es ist der Radetzky-Marsch von Johann Strauß Vater. Dieser hat ihn aus Anlaß des Sieges Österreichs über die norditalienischen Revolutionäre im Sommer 1848 zu Ehren des Siegers, des Feldmarschalls Radetzky, komponiert.

Die Geringschätzung der Revolutionäre und die Hochschätzung der Sieger über die Revolution haben in Deutschland Tradition. Ob die Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Jahres 1998 diese verändern können, ist eine offene Frage.

Anmerkungen

- 1 Annalen der deutschen Literatur. Hrsg. v. Heinz Otto Burger, 1971, S. 663 ff.
- 2 Annalen wie Anm. 1, S. 663.
- 3 Heidrun *Kämper Jensen*, Lieder von 1848. Politische Sprache einer literarischen Gattung, Tübingen 1989.
- 4 Lieder der Revolution, Kiel 1978. – Karl *Moersch*, Revolution Revolution. Gedichte und Dokumente zu den Jahren 1848/49. Leinfelden/Echterdingen 1997. Literatur und Revolution in Baden 1848/49. Eine Anthologie. Hrsg. v. Ute *Faath* und Hans-Georg *Schmidt-Bergmann* im Auftrag der Literarischen Gesellschaft/Scheffelbund, Karlsruhe 1997.
- 5 Wolfgang *Steinitz*, Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, Bd. II, 1962, S. 102–119, S. 173–237.

- 6 Zu Hecker: Revolution im Südwesten. Stätten der Revolutionsbewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, 1997, S. 53 f.
- 7 *Steinitz* wie Anm. 5, S. 177.
- 8 *Steinitz* wie Anm. 5, S. 174–179.
- 9 Friedrich *Lautenschlager*, Volksstaat und Einherrschaft. Dokumente aus der badischen Revolution 1848/49, 1920. – S. 158–169: 22 Strophen.
ZeitPunkte 1998, S. 26 Facsimile eines illustrierten Guckkastentextes: 17 Strophen.
- 10 Helmut *Bender*, Zur badischen Literatur, 1989, S. 136 f.
- 11 *Lautenschlager* wie Anm. 9, S. 170 f.
Damals Spezial. 1848/49 – für die Freiheit streiten, 1998, S. 36.
- 12 *Steinitz* wie Anm. 5, S. 90–119.
- 13 *Steinitz* wie Anm. 5, S. 97–103.
- 14 *Steinitz* wie Anm. 5, S. 107, bezieht sich auf John Meier, Volksliedstudien, 1917, S. 231.
- 15 *Steinitz* wie Anm. 5, S. 91 f.
- 16 Die wandernde Barrikade, oder: die württembergische, pfälzische und badische Revolution. Wohl geleimt und wohl gereimt in drei Aufzügen, mit der ganzen türkischen Musik. Von einem Schock ungehenkter Hochverräther. Bern 1849.
- 17 Renate *Stauf*, „Wo jede Blume früh geknickt“. In Interpretationen. Gedichte von Heinrich Heine. Hrsg. von Bernd *Kortländer*, 1995, S. 143–166.
- 18 *Stauf* wie Anm. 17, S. 149.
- 19 Über Hofer, Franz X. *Vollmer*: Offenburg 1848/49. Ereignisse und Lebensbilder aus einem Zentrum der badischen Revolution, 1997, S. 401–404.
- 20 Über die Offenburger Versammlung, Franz X. *Vollmer* wie Anm. 19, S. 80–91.
- 21 Lothar *Gall* in: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, 2. Aufl. 1987, S. 32.
- 22 Roge: Fischeier, in übertragener Bedeutung: das Vorzüglichste, das Beste. – Nachweise und Belege in: Schweizerisches Idiotikon. Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache Bd. 6, 199, Spalte 757–759.
- 23 Franz X. *Vollmer* in: Badische Geschichte (wie Anm. 21), S. 57.
- 24 *Lautenschlager* wie Anm. 9, S. 185–187.
- 25 „Entwaffnung der Insurgentenbesatzung von Rastatt. Neue Bilder-Zeitung – 77. Bild.“ In: Damals Spezial 1848/49, 1998, S. 95.
- 26 Zu dem Gedicht Heines: Christian *Liedtke* „Ich kann ertragen kaum den Duft der Sieger“. Zur politischen Dichtung Heines nach 1848. In: 1848 und der deutsche Vormärz. Forum Vormärz Forschung Jahrbuch 1997, S. 207–223, hier S. 208 ff.
- 27 *Steinitz* wie Anm. 5.
- 28 Des Knaben Wunderhorn. Alte deutsche Lieder gesammelt von L. Achim von *Arnim* und Clemens *Brentano*. – München 1972, S. 827 f.
- 29 Wolfram *Siemann*, Die deutsche Revolution von 1848/49. – Frankfurt 1985, S. 122.

Georg Herwegh: die „Spritzleder“-Geschichte

Walter E. Schäfer

Nach dem Scheitern der badischen Revolution im Sommer 1849 wurden in Deutschland zahlreiche Flugblätter mit Liedern, Spottversen, Karikaturen auf die Anführer der Revolutionäre verbreitet. Man verkaufte sie auf Jahrmärkten oder Hausierer trugen sie von Haus zu Haus. Besonders beliebt und oft gesungen war ein Lied mit dem Titel „Guckkastenlied vom großen Hecker“. Es erschien, wie die meisten solcher Lieder, ohne Angabe des Verfassers¹. Zu Recht war es „Guckkastenlied“ benannt. Wie in jenen früheren Jahrmarktsschaubuden mit nebeneinandergereihten oder drehbaren Gucklöchern stellte es nacheinander im Porträt die Wortführer und Helden des badischen Aufstands vom März und April 1848 vor und nannte die herausragenden Ereignisse, an denen sie beteiligt waren, so etwa Friedrich Hecker und das Gefecht bei Kandern im April 1848, den früheren badischen Offizier Franz Sigel und sein vergeblicher Angriff auf Freiburg an Ostern des Jahres, dann eben auch Georg Herwegh und die Niederlage der Freischaren, die er aus Paris herbeigeführt hatte, bei Dossenbach am Hochrhein. In den Liedtext eingestreut sind Lithographien dieser Figuren, zwölf in kleinerem Format. Hecker dagegen wird als einziger im Großformat dargestellt. Georg Herwegh ist in jener peinlichen Situation dargestellt, wie er, auf dem von seiner Frau Emma Herwegh gelenkten Leiterwagen, unter der Decke des Spritzleders verborgen, bei Dossenbach die Flucht ergreift. Dem Ehepaar gelang es damals, über die nahe Grenze bei Rheinfelden in die Schweiz zu entkommen. Das ist die bildliche Darstellung einer oft kolportierten Skandalgeschichte.

Der Text des Guckkastenliedes aber fängt so an:

*Seht, da steht der große Hecker
Eine Feder auf dem Hut,
Seht da steht der Volkserwecker,
Lechzend nach Tyrannenblut!
Wasserstiefel, dicke Sohlen,
Säbel trägt er und Pistolen,
Und zum Peter sagt er:
„Peter sei Du Statthalter!“²*

*„Peter“, sprach er, „du regiere
Konstanz und den Bodensee,*

*Ich zieh aus und kommandiere
Unsere tapfere Armee;
Mit Polacken und Franzosen
Wird der Herwegh zu mir stoßen,
Und der stirbt lebendig eh'r,
Als daß er ein Hundsfott wär!*

Und dann, am Ende der zweiundzwanzig Strophen:

*Und nun kamen Herweghs Scharen,
Er und seine Frau kam nach,
Kamen in der Chais' gefahren
Auf dem Weg nach Dossenbach.
Doch zu ihrem großen Ärger
Sah man dort die Württemberger;
Hauptmann Lipp, der große Schwab,
Kam von einem Berg herab.*

*Heckers Geist und Schimmelpfennig³
Machten da den Schwaben warm;
Herwegh sah's, er fuhr einspännig
Und es fuhr ihm in den Darm.
Unter seinem Spritzenleder
Forcht er sich vorm Donnerwetter;
Heiß fiel es dem Herwegh bei,
Daß der Hinweg besser sei.*

*„Ach Madamchen“, tat er sagen,
„Aus ist's mit der Republik!
Soll ich Narr mein Leben wagen?
Nein! Für jetzt nur schnell zurück!
Laß für meinen Kopf uns sorgen,
Komm ich heut nicht, komm ich morgen.
Ach, wie kneipt's mich in dem Leib,
Wende um, mein liebes Weib!“*

*Und Madam hieß ihn verkriechen
sich in ihrem treuen Schoß,
Denn er konnt' kein Pulver riechen,
Und es ging erschrecklich los.
Schimmelpfennig ward erstochen,
Manche Sense ward zerbrochen,*

*Und erschossen mancher Mann,
Die ich nicht all nennen kann.
Hecker ging jetzt in die Fremde
Und empfand den tiefsten Schmerz;
Denn in seinem Blusenhemde
Schlägt ein großes, deutsches Herz;
Mußt er diesmal auch entspringen,
Wird man dennoch von ihm singen:
„Hecker ist ein großer Mann,
Der für Freiheit sterben kann.“*

*Aber so hat's kommen müssen,
Denn Jesaja, der Prophet,
Hat schon darauf hingewiesen,
Weil allda geschrieben steht:
„Disteln tragen eure Äcker –
Jed' Kamel hat seinen Höcker⁴.“
Folgt mithin aus dieser Red'
Daß es durcheinander geht.*

*Also ist's in Baden gangen;
Was nicht fiel und nicht entfloh,
Ward vom Militär gefangen,
kam nach Bruchsal auf das Stroh –
Ich, ein Spielmann bei den Hessen,
Der kann Baden nicht vergessen,
Der den Feldzug mitgemacht,
Habe dieses Lied erdacht.*

Die weite Verbreitung dieses Flugblatts läßt sich leicht erklären. Es steckt voller witziger Anspielungen auf die damals bekannten Figuren aus den Revolutionstagen, auf Ignaz Peter, den Amtsverwalter im Bodenseekreis, auf Friedrich Hecker und seine Unterführer Kaiser, Weißhaar und Franz Sigel und eben auf Georg Herwegh, der im Lied hier wie auch in den Ereignissen selbst eine Sonderrolle spielte. Aufbau und Tonfall des Liedes sind im Bänkelsängerstil gehalten. Schon der Anfang, die Aufforderung an die Zuhörer „Seht, da steht der große Hecker“, erinnert an den Bänkelsänger, der mit dem Zeigestock von Bild zu Bild fortgeht. Altertümelige Redewendungen wie „Gelder fand man in den Kassen, die man sich tat öffnen lassen“, dialektale Verballhornungen wie Herr und Frau Stuwwel, die an den Struwelpeter erinnern, bramabarsierende Übertreibungen („lechzend nach Tyrannenblut“) unterstreichen diesen Bänkelsängercharakter

15.

„Ach, Madamchen, that er sagen,
„Aus ist's mit der Republik!
„Soll ich Narr mein Leben wagen?
„Nein! für jetzt nur schnell zurück!
„Laß für meinen Kopf uns sorgen,
„Komm' ich heut nicht, komm' ich morgen;
„Ach, wie kneipt's mich in den Leib,
„Wende um, mein liebes Weib!“



16.

Und Madam hieß ihn verkriechen
Sich in ihren treuen Schooß,
Denn er konnt' kein Pulver riechen,
Und es ging erschrecklich los;
Schimmelpfeunig ward erstochen,
Manche Sense ward zerbrochen,
Und erschossen mancher Mann,
Die ich nicht all nennen kann.

Ausschnitt aus dem „Guckkasten-Lied vom großen Hecker“ Badische Landesbibliothek Karlsruhe 056 C 14

noch. Komische und satirische Züge kommen durch den Kontrast zwischen heroischer Geste und banaler Situation und das virtuose Spiel mit Namen (Herwegh–Hinweg; Hecker–Höcker) ins Spiel.

Gewiß sind satirische Absichten vorhanden, doch ist nicht leicht zu bestimmen, worauf der Angriff zielt. Die wichtigste Figur, Friedrich Hecker, schneidet eigentlich recht gut ab. Seine Glaubwürdigkeit, seine Kampfesgeschlossenheit werden gerühmt. Volles Licht der Satire fällt aber auf Herweghs Feigheit und Wankelmüt in der kritischen Situation bei Dossenbach. Seine Bloßstellung gegen Ende des Liedes ist sorgfältig vorbereitet. Am Anfang des Liedes erfährt man, daß Hecker gerade auf Herwegh große Hoffnungen gesetzt hatte:

*Mit Polacken und Franzosen
Wird der Herwegh zu mir stoßen,
Und der stirbt lebendig eh'r,
Als daß er ein Hundsfott wär!*

Diese Erwartung Heckers entspricht nicht, wie wir noch hören werden, den historischen Fakten, ist konstruiert, in der Absicht, das Versagen Herweghs besonders deutlich hervortreten zu lassen.

Nun muß man wissen, Herwegh war unter den im Lied Genannten neben Hecker sicher die bekannteste Figur unter den Aufständischen. Auf seine Ergreifung war eine Belohnung von viertausend Gulden angesetzt. Als Dichter gehörte er zu den früh Vollendeten und hatte in jungen Jahren sein Bestes geleistet. Schon als er erst vierundzwanzig Jahre alt war, kannte ihn das ganze gebildete Bürgertum Deutschlands, denn sein Name war durch alle Presseorgane gegangen. Er hatte 1841 mit dem ersten Band einer Sammlung politischer Lyrik unter dem Titel „Gedichte eines Lebendigen“ Furore gemacht⁵. Der Titel war ein Hieb auf eine Autorität der feudalen, der aristokratischen Welt, auf den Fürsten Hermann von Pückler-Muskau (1785–1871), der auf seinem Schloß Muskau in der Oberlausitz ein opulentes Herrenleben führte und 1830 die „Briefe eines Verstorbenen“ veröffentlicht hatte⁶. Darin wurde das gesellschaftliche Vergnügen und der gepflegte Müßiggang der Aristokratie gepriesen und die konstitutionelle Monarchie nach englischem Vorbild als Ausweg aus den politischen Spannungen in Deutschland empfohlen. Der Republikaner Herwegh nahm in seinen „Gedichten eines Lebendigen“ solche Haltungen aufs Korn. Seine jugendlich unbekümmerte Frechheit trug ihm den Beifall der jüngeren Jahrgänge, der Studenten und Burschenschafter, ein. Wichtiger für die starke Wirkung war die politische Tendenz seiner Gedichte. Sie kreisten um die oft wiederholten Leitworte der Französischen Revolution, um Gleich-

heit vor dem Gesetz, um Freiheit von staatlicher und religiöser Bevormundung, aber auch um die Idee einer einigen deutschen Nation, die nun endlich aus den vierunddreißig deutschen Teilstaaten entstehen sollte. Damit gewann Herwegh das gebildete liberale Bürgertum. Entscheidend aber war, daß alle diese Gedichte von einer mitreißenden, pointierten, manchmal auch einhämmernden Diktion waren und – was man bis dahin von Gedichten wenig kannte – nicht in abstrakten Ewigkeitswerten schwelgten, sondern auf eine konkrete historische Situation eingingen.

So auch, als Beispiel, Herweghs Gedicht „Protest“, das 1841 entstand, als die französische Regierung unter Adolphe Thiers Ansprüche auf deutsche Gebiete links des Rheins erhoben hatte und eine Welle nationaler Empörung durch die deutsche Presse ging⁷. Es ist keines von Herweghs besten Gedichten, hat aber mit der politischen Lage hier in den Grenzregionen am Rhein zu tun und kann die Eigenarten von Herweghs politischer Lyrik aufzeigen:

Protest

*Solang ich noch ein Protestant,
Will ich auch protestieren,
Und jeder deutsche Musikant
Soll's weiter musizieren,
Singt alle Welt: Der freie Rhein,⁸
So sing doch ich: Ihr Herren nein!
Der Rhein, der Rhein könnt' freier sein –
So will ich protestieren.*

*Kaum war die Taufe abgetan,
Ich kroch noch auf den Vieren,
Da fing ich schon voll Glaubens an,
Mit Macht zu protestieren,
Und protestiere fort und fort,
O Wort, o Wind, o Wind, o Wort,
O selig sind, die hier und dort,
Die ewig protestieren.*

*Nur eins ist not, dran halt ich fest
Und will es nit verlieren,
Das ist mein christlicher Protest,
Mein christlich Protestieren.
Was geht mich all das Wasser an
Vom Rheine bis zum Ozean?*

Andere Schwierigkeiten kamen hinzu. Es gelang nur mühsam, die Verbindung zu den seit März aufständischen Führern der deutschen Republikaner herzustellen, zu Friedrich Hecker, der mit seiner Freischar von Konstanz über den Schwarzwald in das Markgräflerland und den Breisgau vorgezogen war, und zu Franz Sigel, der kurz danach um Freiburg kämpfte. Und als endlich Emma Herwegh, auf abenteuerlichen Wegen in Männerkleidung zweimal Hecker auf seinem Zug sprechen konnte, wies dieser schroff jede Hilfeleistung der Pariser Legion zurück. Hecker fürchtete das Aufflammen deutschnationaler Emotionen gegen die aus Paris kommende Truppe, unter denen sich auch Franzosen und polnische Emigranten befanden¹². Herwegh seinerseits aber bestand zunächst darauf, daß seine Hilfslegion erst dann deutschen Boden betrete, wenn sie von einer repräsentativen Vertretung deutscher Republikaner dazu aufgefordert würde. So verzögerte sich im April 1848 der Einsatz der Legion durch mangelnde Abstimmung zwischen den Führern links und rechts des Rheins, aber auch durch ernste Meinungsverschiedenheiten. Herwegh und die militärischen Führer der Truppe zweifelten immer mehr am Sinn des Unternehmens. Ja, Herwegh erwog einen Augenblick, die deutsche Legion aufzulösen, ließ sich aber umstimmen.

Als die Legion in der Nacht vom 23. auf den 24. April 1848 schließlich dann doch zwischen Kembs und Rheinweiler den Rhein überquerte, tat sie es in Unkenntnis der inzwischen auf der badischen Seite eingetretenen militärischen Lage. Sie wußte nichts davon, daß Heckers Aufgebot vier Tage zuvor bei Kandern entscheidend geschlagen und auch die Mannschaft Sigels zurückgeworfen war. Als sie es erfuhr, war es zu spät zur Rückkehr. Es blieb nur noch der Ausweg, zu versuchen, über den Schwarzwald in der Gegend des Belchens hinweg die Schweiz zu erreichen. Und auch das mußte auf Umwegen, um alle größeren Städte herum, auf noch verschneiten Bergpfaden möglichst unauffällig vor sich gehen. Unter solchen Umständen waren militärische Erfolge nicht mehr zu erwarten.

Der Verlauf des Endkampfes auf den Anhöhen über Dossenbach, nur wenige Kilometer von der Schweizer Grenze bei Rheinfeldern entfernt, ist bis ins Detail bekannt und wurde von den beteiligten Parteien nicht wesentlich verschieden dargestellt¹³. Nur einzelne der Freischärler kämpften noch entschieden und anhaltend gegen die württembergischen Truppen, die sie umzingelt hatten. Viele versuchten, nach den ersten Schußwechseln zu entkommen oder warfen die Waffen weg, um sich zu ergeben.

Doch völlig verschieden wurde über das Verhalten Herweghs selbst berichtet. Amtliche Zeugnisse sind, soweit ich sehe, nicht vorhanden. Es gab zwar Prozesse gegen einzelne Mitglieder der Pariser Legion, dabei ging es

aber primär um die Frage, wer in Dossenbach angegriffen und zuerst geschossen habe. Von Herwegh und seiner Frau war kaum die Rede.

Entscheidend für Herweghs Prestige oder vielmehr für seine Verleumdung, die zum Teil bis heute anhält, waren die Pressemitteilungen unmittelbar nach dem Geschehen. Dabei war die „Karlsruher Zeitung“ tonangebend und hier wiederum der offizielle Bericht des kommandierenden Generals der württembergischen Truppen in der Ausgabe vom 1. Mai 1848¹⁴. General von Miller wies die Verantwortung für den Beginn der Kämpfe zwar den Aufständischen zu, räumte aber ein, daß viele Gefangene gemacht wurden, weil die Freischärler nach kurzer Zeit *die Waffen weggeworfen, und unbewaffnet heraustretend nicht im mindesten Widerstand versuchten*. Über Herwegh: *Herwegh selbst und seine Frau, die ihn in Männertracht begleitete, ist nach eingegangener Nachricht, sobald er die Annäherung der Truppen erfahren, noch vor Beginn des Kampfes entflohen*. Diese Behauptung von der vorzeitigen Flucht Herweghs – obgleich doch der Formulierung zufolge „nach eingegangener Nachricht“ keineswegs als sichere Tatsache festgestellt – wurde in späteren Ausgaben der „Karlsruher Zeitung“ und in anderen Zeitungen weiter kolportiert.

Da half es nichts, daß zwei Gefangene der Legion, die als Untersuchungshäftlinge im Gefängnis von Bruchsal einsaßen, für Herwegh eine Ehrenerklärung abgaben, die in der „Mannheimer Abendzeitung“ erschien¹⁵:

Mit Bedauern erfahren Unterzeichnete erst heute in ihrem Kerker zu Bruchsal, daß man in mehreren deutschen und französischen Blättern Herrn Georg Herwegh, ehemaligen Präsidenten der Pariser deutschen demokratischen Legion, ungerechterweise beschuldigt, schon gleich anfangs beim Gefechte zu Dossenbach das Schlachtfeld verlassen zu haben. – Wissen denn diese Verleumder nicht, daß nach dem Abmarsche von Zell, den 26. April 11 Uhr nachts, unser Weg über steile Felsenpfade ging und während dieser ganzen regnerischen Nacht Herwegh mit seiner Frau diese Tour zu Fuße machte, um unseren ermatteten Leuten Mut einzuflößen; erst morgens 3 Uhr den 27. wurde in einem Dorfe ein armseliger Bauernwagen requiriert, worauf beide auf vieles Zureden von unserer Seite Platz nahmen! (Dieser Wagen aber war ohne Spritzleder!). Erst gegen Ende des Gefechtes, wo unsere Legion fast schon ganz zerstreut war, fanden wir die Herweghschen Eheleute noch auf demselben Wagen, Patronen anfertigend; mit Mühe bewogen wir nun dieselben, die Flucht zu ergreifen, ihnen vorstellend, daß Alles verloren und längeres Bleiben sie unfehlbar in Gefangenschaft führen würde. Nach dieser Aufforderung erst verließen beide den Wagen und gelangten so glücklich auf Schweizergebiet. Kaum 5 Minuten nach ihrer Entfernung war schon der Wagen in den Händen des 6. würt-

tembergischen Infanterieregiments, der Fuhrmann und zwei Pferde fielen durchbohrt von den Kugeln dieses Regiments.

Die gedruckte Aussage von zwei Gefangenen kam gegen den Bericht eines kommandierenden Generals nicht auf – so wie nun einmal die Dinge in Deutschlands Köpfen beschaffen waren. Dabei war der eine der beiden Zeugen, ein Franzose namens Delaporte, derjenige, der als Unterführer die Flucht der Herweghs bei Dossenbach mit einer Handvoll seiner Leute gedeckt hatte, der es also wissen mußte.

Die Sage vom feigen Herwegh, der im entscheidenden Moment versagt habe, nahm ihren Lauf, wurde von der konservativen, aber auch von der liberalen Presse weitergetragen, in Geschichtsbüchern und literarhistorischen Darstellungen breit ausgestreut und von Literaten, Konkurrenten Herweghs auf dem literarischen Markt, zum Beispiel von Berthold Auerbach, aufgegriffen¹⁶.

Wie leichtfertig zeitgenössische Literaten die Schmähungen auf Herwegh allgemein und immer wieder die Spritzlederlegende übernahmen, läßt sich am Beispiel von Justinus Kerner demonstrieren. Dieser erklärte Feind aller revolutionären Bestrebungen schrieb, wohl noch 1848, also unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse, die Verse:

Herweghs Hinweg und Heimweg

*Herwegh! mein lieber, guter!
Mich wundert, was geschah!
Wo nahmst du doch den Mut her,
Zu wagen dich so nah?*

*Die Flinten der Soldaten,
Herzlieber! knallen laut,
Und ihre Säbel schaden
Oft selbst der dicksten Haut.*

*Die groben Schwabenstreiche,
Du kennst am besten sie,
Die hätten dich zur Leiche
Gestempelt allzu früh.*

*Dann die Kanonen! Guter!
Mit Kugeln schwer und groß!
Was Wunder, daß du blutleer*

*Ward'st, ehe Blut noch floß!
Doch, klug, du Held der Feder,
Kehrst den Streitwagen um,
Krochst unter das Spritzleder,
Herwegh, das war nicht dumm!*

*„Mein Schatz! ins heil'ge Freie!
Den Fürstenknechten Hohn!“
Rief Deine Frau, die Treue,
Kutschierend dich davon¹⁷.*

Politische Lyrik, mit deren ästhetischen Qualitäten es die von Herwegh selbst allemal aufnehmen kann. Es mag witzig geklungen haben. Doch wundert es einen dann doch, daß Justinus Kerner sich nicht zu schade war, im Titel seines Gedichts, „Herweghs Hinweg und Heimweg“, jenes Spiel mit dem Namen Herweghs zu wiederholen, das der Verfasser des Heckerliedes schon vor ihm getrieben hatte. Und die Sache mit dem Spritzleder gab eben eine zu komische Pointe ab, als daß Kerner sie einer Überprüfung für wert gehalten hätte. So hielt es nicht nur Kerner, so hielten es bekannte Journalisten und angesehene Historiker. Herwegh schwieg dazu bis an sein Lebensende, 1875 in Baden-Baden, obgleich er wußte, daß diese breit kolportierte Verleumdung nicht nur seinem Ruf als politischer Kopf, auch seinem Ansehen als Literat schadete. Man muß annehmen, daß er sich nicht auf die Ebene solcher Praktiken begeben wollte.

Erst rund fünfzig Jahre nach dem Gefecht bei Dossenbach und rund zwanzig Jahre nach dem Tod Herweghs erfuhr eine breitere Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt durch Berichte, die in einem von dem Sohn Marcel Herwegh herausgegebenen Sammelband enthalten waren. Darüber hinaus erfuhr man aus einer Fußnote des Herausgebers zu dem Bericht seiner Mutter Emma Herwegh die Quelle jener *allerliebsten Geschichte vom Spritzleder, welche die Runde durch alle wohlorganisierten Lügenbureaux deutscher Journalistik gemacht hat* – so Emma Herwegh¹⁸.

Marcel Herwegh verweist in dieser Fußnote auf die Lebenserinnerungen eines heute vergessenen tschechischen Autors, der 1847 in Paris mit den Herweghs bekannt war, Alfred Meissner (1822–1885). In dessen 1884 unter dem Titel „Geschichte meines Lebens“ publizierter Autobiographie liest man:

Die Welt behauptete, Herwegh sei unter dem Spritzleder eines Wägelchens, das seine Gattin gelenkt habe, den Verfolgern entgangen. Auch wenn die Geschichte wahr wäre, sähe ich nichts für die Ehre des Dichters Nachthei-

liges darin. Nur derjenige, der sich nach der Glorie des Märtyrerthums sehnt, stellt sich einem übermächtigen Feinde; ist man einmal geschlagen, flüchtet man, wie man eben kann. (...) Ich sehe nicht ein, warum der vom Erschossenwerden bedrohte Herwegh nicht unter ein Spritzleder hätte kriechen sollen? Doch ist die ganze Geschichte nicht wahr, die Fabel erhielt sich nur, weil Herwegh zu stolz war, in der Sache eine Erklärung von sich zugeben. Ein Turnlehrer Namens Spieß, Vorstand hessischer Turner, erzählte viele Jahre später, wenn sich Gelegenheit dazu ergab, wie die ganze Spritzledergeschichte eine Erfindung von ihm sei. Er führte sie als ein schlagendes Beispiel dafür an, wie eine beim Glase Wein zum Besten gegebene Fabel, wenn sie sich an einen berühmten Namen knüpfe, lustig weiter cursire, in die Zeitungen gelange und schließlich als „Thatsache“ figurire, wo sie alsdann im Partei-Interesse ausgebeutet werde. In der That hat die Lüge, wenn sie nur auf den richtigen Boden fällt, ein Wachsthum wie die Wasserpest¹⁹.

Das Fazit: der in diesem Punkt unsichere Rechenschaftsbericht eines württembergischen Generals und der Jux eines hessischen Turners waren Ursache für die lebenslange Verleumdung eines deutschen Literaten von republikanischer Gesinnung. Ihre Verlautbarungen und Erfindungen fielen freilich – es ging um einen Republikaner – auf fruchtbaren Boden. Aus diesem Mutterboden erhob sich auch die Stimme des Erfinders jenes „Guckkastenliedes vom großen Hecker“. Erst seine witzigen und mundgerechten Verse trugen das Bild vom feigen Herwegh in breite Schichten der Bevölkerung. Auch er, der damals anonym gebliebene Liedersänger, war Literat, wie Herwegh noch zu Lebzeiten erfuhr. Es war Karl Gottfried Nadler (1809–1849), der mit der Gedichtsammlung „Fröhlich Palz, Gott erhalts“ (Frankfurt 1849) die pfälzische Mundartdichtung begründete, ein begabter Lyriker und gewiefter Humorist²⁰. Ob er Herwegh bewußt schaden wollte oder ob nur die humoristische, auch die satirische Laune mit ihm durchging? Daß er in den Jahren zuvor, im Vormärz, den gemäßigten Liberalen nahestand und der radikaldemokratischen Opposition, zu der Herwegh gehörte, kritisch begegnete, spricht eher für eine bewußt satirische Absicht.

Die nationalliberalen Kräfte, die nach der gescheiterten Erhebung von 1848 im Feld der öffentlichen Presse meinungsführend waren und die nationalpatriotischen Parteien, die nach der Reichsgründung von 1871 die Öffentlichkeit prägten, gaben keinen günstigen Boden her, um das Andenken an die ersten kämpfenden Demokraten in Deutschland zu wahren. Verschweigen und Verleumdung waren die gewöhnlichen Mittel der Verdrängung²¹. Noch heute erinnert kaum ein Denkmal, kaum eine Grabstätte an die Aufständischen der Jahre 1848 und 1849. An Initiativen, durch Denkmale wenigstens an die 1849 Erschossenen zu erinnern, hat es im späten

19. Jahrhundert nicht gefehlt. Sie wurden von amtlicher Seite in der Regel unterdrückt. Georg Herwegh hat sich, seinem Testament gemäß, nicht in Baden-Baden, sondern in der Schweiz, in Liesthal, beerdigen lassen, wo sein Grab erhalten ist. Das 20. Jahrhundert hat kaum etwas von diesen Versäumnissen nachgeholt. So bleibt die Frage, wie man es erklären soll, daß sich die deutsche Demokratie nur mühsam und etwas unwillig an ihre Anfänge und an die ersten Demokraten erinnert.

Anmerkungen

- 1 Ich benutzte ein Exemplar der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe (0 56 C 14). Das Lied wurde in Darstellungen zur badischen Revolution häufig nachgedruckt, z. B. bei Karl Jörger, Schicksale ehemaliger Achtundvierziger, in: Die Ortenau 43 (1963), S. 235-262 (hier der ganze Text).
- 2 Joseph Ignaz Peter, der im März 1848 noch von der großherzoglichen Regierung als Regierungsdirektor in Konstanz eingesetzt worden war.
- 3 Alexander von Schimmelpfennig, früherer preußischer Offizier, Führer der Aufständischen unter Heckers Kommando.
- 4 Eine (verballhornte) Anspielung auf die Verfluchung Adams durch Gott nach dem Sündenfall in 1. Mose 3:18: „Dornen und Disteln soll er dir tragen!“
- 5 Gedichte eines Lebendigen. (Zürich, Winterthur 1841) Neu gedruckt in der Ausgabe von Hans-Georg Werner (Hg.), Georg Herwegh: Werke (Berlin 1967) Eine Auswahl auch in der von Peter Hasubek besorgten Ausgabe: Georg Herwegh: Gedichte und Prosa (Stuttgart 1975) (= RUB 5341).
- 6 S. Walther Killy (Hg.), Literatur-Lexikon Bd. 9, S. 238–240.
- 7 Gedichte und Prosa, hrsg. v. P. Hasubek (wie Anm. 5), S. 12–13.
- 8 Eine Anspielung auf das damals von der patriotischen Welle getragene, in ganz Deutschland gesungene Lied von Nikolaus Becker (1809–1845) „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“. S. Walther Killy (Hg.), Literatur-Lexikon Bd. 1, S. 376.
- 9 Es kennzeichnet die Vernachlässigung Herweghs durch die Literaturwissenschaft, daß keine umfassende zuverlässige Biographie vorliegt. Am informativsten noch: Wolfgang Büttner, Georg Herwegh. Ein Sänger der Revolution. (Berlin DDR 1970) 2. Aufl. 1976. Heidemarie Vahl, Ingo Fellrath, „Freiheit überall, um jeden Preis!“ Georg Herwegh 1817–1875 (Stuttgart 1992).
- 10 Ich referiere die Aktivitäten der deutschen Emigranten in Paris nach Hans-Georg Werner in der Einleitung zu seiner Werkausgabe (wie Anm. 5), der Biographie von Wolfgang Büttner (wie Anm. 9, hier S. 88–94) und Vahl/Fellrath (wie Anm. 9, hier S. 51–56). Die Studie von Ingo Fellrath: Georg Herwegh und das Spritzleder. In: Forum Vormärz, Forschung, 3. Jg. 1997 (1848 und der deutsche Vormärz), Bielefeld 1998, S. 161–175, ist mir leider erst nach Drucklegung meines Beitrages bekannt geworden. Ich danke Kurt Abels für den Hinweis.
- 11 Die Zahlenangaben schwanken: Vahl und Fellrath (wie Anm. 9, S. 54) sprechen von „achthundert bis tausend Mann“.
- 12 So berichtete jedenfalls Friedrich Hecker selbst in seinem Bericht: Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848. 2. Aufl. (Straßburg 1848) hier S. 39, S. 42.
- 13 Den detailliertesten Bericht gab Emma Herwegh unter dem Titel „Zur Geschichte der

deutschen demokratischen Legion aus Paris“. Er erschien anonym 1849 in einem unbedeutenden Verlag in Grünberg (Schlesien) und wurde kaum beachtet. (s. *Vahl, Fellrath*, wie Anm. 9), S. 56. Marcel *Herwegh*, ihr Sohn, nahm ihn später in den von ihm herausgegebenen Sammelband auf: *Briefe von und an Georg Herwegh* (Paris, Leipzig, München 1896) und ergänzte ihn durch Berichte seiner Mitkämpfer bei Dossenbach und durch die Erklärung zweier Angehöriger der Legion, die im Gefängnis zu Bruchsal niedergeschrieben wurde.

- 14 Die „*Karlsruher Zeitung*“ berichtete schon in der Beilage zu Nr. 118 vom Sonntag, 30. April 1848, unter dem Titel „Gefecht bei Schopfheim; Niederlage der Herwegh’schen Schaaren“: „Herwegh mit Frau begleitete den Zug; als aber die Feindseligkeiten begannen, entfernte er sich vom Kriegsschauplatz.“ Der Bericht des württembergischen Generals von Miller in der Ausgabe Nr. 119 vom Montag, 1. Mai, und ein weiterer Bericht in der gleichen Nummer „Von der Schweizergränze, 29. April“, in dem man liest: „Herwegh und seine kriegerische Frau sind entkommen und wahrscheinlich in diesem Augenblick auf französischem Boden. Es wird vielfach versichert, daß sie bei Rheinfeldern über den Rhein gegangen.“ Der Bericht des kommandierenden württembergischen Generals erschien auch in der Beilage zur *Freiburger Zeitung* Nr. 124 vom Mittwoch, den 3. Mai 1848.
- 15 Es war mir trotz der Hilfe von Dr. Hirsch, Stadtarchiv Mannheim, nicht möglich, den Text dieser Erklärung in der „*Mannheimer Abendzeitung*“ aufzufinden. Ich gebe ihn nach Marcel *Herwegh* (wie Anm. 13), S. 347–348.
- 16 Marcel *Herwegh* (wie Anm. 13, S. 352, Anm. 1) nennt als Verleumder Herweghs unter den Literaten: Heinrich *Laube* (in seinen „*Erinnerungen*“ Nr. III in Nr. 99B vom 20. April 1878 der „*Neuen Freien Presse*“), Berthold *Auerbach* (s. den Brief von Dr. Henle vom 12. März 1882), Frau Eliza *Wille* (in ihren „*Erinnerungen etc. zu R. Wagners Briefen*“), K. A. *Mayer* (in Nr. 13 v. 1880 der bekannten Zeitschrift „*Die Gegenwart*“, „*Mit Herwegh und Ludw. Feuerbach*“).
- 17 Justinus *Kerner*, *Sämtliche poetische Werke*, hrsg. v. Josef *Gaismaier* (Leipzig 1905) Bd. II, S. 25. Hier noch ein zweites Gedicht auf Herwegh unter dem Titel „*Herweghs Schlachtruf*“.
- 18 Marcel *Herwegh* (wie Anm. 13), S. 211.
- 19 Alfred *Meissner*, *Geschichte meines Lebens*, Zweiter Band (Wien und Teschen 1884) S. 150–151. Wasserpest, *Helodea*, ist eine wild wuchernde Süßwasserpflanze, die um 1850 nach Westeuropa eingeschleppt wurde. Zur Person Meissners s. Walther *Killy* (Hg.) *Literatur-Lexikon* Bd. 8, S. 82–83. Zu Adolf Spieß (1810–1858) s. ADB, Bd. 35, S. 173–177.
- 20 Walther *Killy* (Hg.), *Literatur-Lexikon* Bd. 8, S. 328 (mit Literaturangaben).
- 21 Die außerordentlich weit verbreitete Darstellung von Oskar *Jäger*, *Geschichte der neuesten Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart*, 19. Aufl., 2. Bd. (Berlin 1882) S. 21 ff., stellte die Unternehmung Herweghs so dar: „am 27. ward auch die Freischaar Herwegh’s, etwa 1000 Mann, bei dem Dorfe Dossenbach von einer halben Compagnie Würtemberger abgewiesen, und dann von den inzwischen herangekommenen Truppen des Generals Miller auseinandergetrieben, zum Theil gefangen. Herwegh selbst rettete sein werthloses Leben, indem er sich, wie man erzählte, unter das Spritzenleder eines Wagens versteckte, den seine resolute Frau kutschirte.“ In einer Fußnote der späteren Auflagen milderte Oskar *Jäger* (1830–1910), Gymnasialdirektor in Köln, diese Aussage ab, indem er die Flucht vor Feinden als eine vernünftige Reaktion hinstellte. Das „*werthlose Leben*“ ließ er stehen! Vgl. auch das parteiische Urteil von Heinrich von *Treitschke* über Herweghs Lyrik: *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert*, Fünfter Teil (Leipzig 1927) S. 365–367.

Hecker-Briefe in einem Itzstein-Nachlaß

Gerhard Lötsch

In der ZGO 136 (1988) S. 349 ff. veröffentlichte Franz Xaver Vollmer unter der Überschrift „Der Hecker-Nachlaß in St. Louis (USA)“ drei Briefe Adam von Itzsteins¹. Sie seien, so Vollmer, „die wichtigsten der an Hecker in Muttentz adressierten“. – Bei der Suche nach für die Badische Revolution relevanten Zeugnissen stieß ich im Deutschen Zentralarchiv Berlin unter der Signatur „90 lt 1“ auf einen kleinen Itzstein-Nachlaß. Er enthält unter anderem sechs Briefe Friedrich Heckers an Adam von Itzstein, welche die Itzstein-Briefe aus dem Hecker-Nachlaß ergänzen und mit ihnen zusammen einen Briefwechsel bilden, der erkennen läßt, wie innig das Verhältnis beider nicht nur an Jahren sehr verschiedenen Männer war.

1. 16.05.1848 aus Muttentz Nr. 16 + 17
2. 30.05.1848 aus Muttentz Nr. 18 + 19
3. 19.07.1848 aus Muttentz Nr. 20 + 21
4. 14.06.1850 aus Belleville Nr. 22 + 23
5. 28.08.1851 aus Amerika Nr. 24 + 25
6. 22.10.1853 aus Amerika Nr. 26 + 27

dazu einen Brief von Heckers Vater an Itzstein vom 28.12.1850.

Nach dem verlorenen Gefecht bei Kandern am 20. April 1848 floh Friedrich Hecker *mit einbrechendem Abend, in einen dicken Bauernmantel gehüllt, und eine geliehene Mütze auf dem Kopf* bei Rheinfeldern in die Schweiz². In St. Louis im Elsaß verabschiedete er sich von seinem Vater und seiner Frau³. Als ihn am 23. April die Nachricht von Franz Sigels Niederlage bei Freiburg erreichte, suchte und fand er Zuflucht bei dem Regierungsrat Johannes Mesmer in Muttentz im Kanton Basel-Land⁴. Dort weilte er bis zu seiner Emigration in die Vereinigten Staaten, dort schrieb er auch die Schrift: „Die Erhebung des Volkes in Baden für die deutsche Republik im Frühjahr 1848“.

Die Briefe aus dem Itzstein-Nachlaß sind vollständig und in Heckers Rechtschreibung wiedergegeben, die Satzzeichen aber behutsam heutiger Zeichengebung angeglichen. – Die ersten dieser Briefe, von einem Verzweifelten geschrieben, lassen einen tiefen Blick in Heckers Seele tun. Nur zögernd übergibt man ihre für den besten Freund bestimmten Worte einer Öffentlichkeit, deren Heckerbild weithin in Folklore sich erschöpft und deren Heckerkult dem Schicksal dieses Mannes und seiner Freunde nicht gerecht wird. – Am 16. Mai, mehr als drei Wochen nach der Flucht, wandte Friedrich Hecker sich an Adam von Itzstein.

Lieber alter Freund!

So nenne ich Dich fort während, denn ich könnte mir nicht vorstellen, daß Deine bewährte väterliche Liebe zu mir darin erloschen seye, weil ich in Acht und Bann täglich von den feilen Blättern mit Koth beworfen, mit elenden Verläumdungen überschüttet werde. Das ist ja das Loos aller Revolutionen wie Revolutionäre, daß, wenn sie siegen, man ihnen Denksäulen, wenn sie unterliegen Galgen und Pranger errichtet. Ich denke nicht, daß baadische Verräther in ihren durch Betrug erschlichenen und erstohlenen Uniformen sich so ruhig schlafen legen, als ich geächteter Mann, den kein niederes Motiv trieb, und mit der Heiterkeit und Ruhe der Überzeugung, welche Hutten⁵ ins Grab nahm und Arnold von Brescia⁶ auf dem Scheiterhaufen bewahrte, werde ich mein Geschick vollenden und mit dem Bettelstab, mit meinem hochschwangeren Weibe und meinen Kleinen, von Land zu Land ziehen. Sie mögen nicht triumphieren der schlangenhafte Mathy⁷, nicht der hohlaufgeblasene Krämeraristokrat Bassermann⁸, nicht der nach der Herrschaft eines Pipin⁹ bei einem kraftlosen Merowinger lechzende verarmte Baron Gagern¹⁰, wir sind reicher, wir sind stolzer, wir sind mächtiger als sie, denn wir sind unbefleckten Herzens. Der Kampf in Deutschland wird grausig werden; man hat das Volk durch Hoffnungen auf das Parlament belogen, und das Volk weiß abzurechnen. Hinter diesen zur Abnützung bestimmten verrätherischen Ephameriden¹¹ steht eine grollende ihnen unbekannt geschlossene Coalition der Fürsten, und beiden gegenüber die Foederation Frankreichs und der republikanischen Staaten, und während ich dieses schreibe ist vielleicht der Würfel schon gefallen und der Krieg erklärt. Unglückseeliges Deutschland! Bei dem Vorparlamente wäre in jenen Tagen gegen Gagern durch Energie Alles entschieden gewesen, nur die Republik konnte Deutschland retten, die energische, thatvolle Republik. Ihr habt es nicht gewollt, so muß Deutschland zerfallen. Ein Kampf wird sich entspinnen im Innern, das zeigen die schlotternden Äußerungen des Kastrationsausschusses, der 50¹², die heute werten, morgen aus Angst revocirten Erklärungen beim Bund dieses, die obsoleten Erklärungen Preußens und die doctrinären Negationen Oesterreichs. Lies nach in den Kammerprotokollen von 1843/45 und 1848, ob ich nicht wirklich voraus gesagt, was kommen werde, ob ich nicht den Zerfall Oesterreichs, das Erheben der Czechen und Ungarn vorausgesagt, und so sage ich dir voraus, daß Deutschland im Innern einen Kampf bestehen wird zwischen Doctrin und Königthum, daß das abgewettete Deutschland der Russe überfallen und die Monarchie proclamieren, daß das Parlament auseinander gejagt und daß Frankreich hereinbrechen und ein fürchterlicher Kampf gekämpft werden wird, welcher Deutschland ärger verwüstet als der 30jährige Krieg, und daß Deutschland zerfallen wird in eine nördliche und eine südliche Coalition. Nur ein republikanischer Convent voll Erner-

gie konnte es retten; jetzt ist es und wird es stark geschwächt. Siehe, hier aus der Ferne, als ruhiger, aufmerksamer Beobachter der Dinge, wo ich das Ganze der Ereignisse in allen Staaten überblicken kann und vieles vernehme, ist besser urtheilen, als ihr mitten in den Dingen vermögt.

Nun eine Bitte, nicht für mich, wie natürlich, sondern für andere. Es sitzen hier in der Schweiz und in Frankreich eine Reihe unglücklicher, von dem allernothwendigsten entblößter Flüchtlinge; ich selbst kann nichts mehr geben, da ich nicht andere in Anspruch nehmen kann, mithin mein bißchen zusammenhalten muß, bis das Honorar für meine litterarischen Beschäftigungen eingeht. Warst Du auch unsrem Unternehmen abhold und mißbilligstest Du es entschieden, als Du davon Kunde erhieltst¹³ so hat Du doch immer ein Herz für Unglückliche gehabt und Du nimmst mir einen Stein vom Herzen, wenn Du für die Armen Dich wieder zum Großalmosenier aufwirfst, und die Gaben hierher sendest. Darum bitte ich Dich bei all der Liebe, mit der ich an Dir hing, bitte ich Brentano¹⁴ bei unserer Freundschaft als Gespielen der Jugend und des Mannesalters, wirke für die armen Gefangenen, wirke für die Freilassung und die Heimlaß der Schuldlosen, welche blos mir nachfolgten. Wir leben in einer gewalttigen Zeit, die Verfolger können in vier Wochen Verfolgte seyn, das mögen sie bedenken. Wir Anführer haben die Pflicht euch zu bitten für die, welche unserem Rufe folgten, ebenso innig zu bitten als wir für uns stolz das Haupt erheben, denn unsere Zeit wird kommen und wir wissen es, daß nicht jene doctrinären Schwätzer, daß nur wir Männer der That im Stande sind, das Vaterland zu retten.

*Grüß mir Alle, die auch dem Geächteten noch ein freundlich Gedenken weihen, und nimm den Sohnesgruß und Kuß von Deinem Hecker
Muttentz 16.5.48*

Adessiere nur Deine Antwort hierher, sollte ich nicht hier seyn, so trifft sie mich doch.

Schon acht Tage später, am 24. Mai, antwortete Adam von Itzstein¹⁵. Seine Antwort hätte er noch früher auf den Weg gebracht, wäre er nicht infolge der gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen erkrankt. *Ich ergreife die Feder mit dem eigenthümlichen Gefühl, wieder einmahl mit dem Manne sprechen zu können, den ich, wie meinen Sohn, liebe und der mich, nehme dieses dem alten Mann nicht übel, so manche Träne gekostet hat.* – Was Heckers Bitte um Unterstützung der in die Schweiz und nach Frankreich Geflohenen betreffe, so sei es schwer, Geld zu sammeln. *Denn 1) fehlt es überall an Geld und 2) darf man nicht in öffentlichen Aufforderungen eine*

Geldsammlung für diesen Zweck veranstalten. – Itzstein schloß mit den Worten: Lebe wohl, mein theurer, mein treuer Freund! Schade, daß ich so alt bin; ich würde dir folgen, wohin du ziehen mögtest – denn der Vater vermißt seinen Sohn.

Um Itzstein entstand eine große Einsamkeit. Am 29. Mai berichtete die Heidelberger „Republik“¹⁶: *Hallgarten*¹⁷, die *Besitzung des ehrwürdigen Itzstein, ist jetzt durch das verblendete, aufgehetzte Volk dermaßen bedroht, daß der Eigenthümer, um sein Landhaus vor dem Demoliren zu bewahren, dasselbe allnechtlich durch 6 Mann mit Gewehren besetzen lassen muß. Itzstein habe, so wird den Getäuschten eingeredet, dort die allerärgsten Revolutionsmenschen um sich versammelt und die hätten das ganze jetzige Elend gebracht.* – Hecker antwortete Itzstein am 30. Mai:

*Mein geliebter, treuer Freund! Viel tausend Dank für deinen lieben Brief und für die Gabe*¹⁸ *welche ich, nach der Absicht der edlen Geber, denen ich die Hand drücke, geträulich verwenden werde. Es sind gar mittellose Leute unter den Flüchtlingen, und ich habe schwere Sorgen zu bestehen, da Alles sich an mich wendet.*

*Welche Beweise von Liebe und Achtung ich aus dem Heimathlande und von Schweizer Bürgern mit zu Theil werden, wird dir mein braves Weib erzählt haben; und bei Gott das Volk hat keinen wärmeren, uneigennützigeren Freund als mich gehabt. Verbannt aber nicht verlassen, ärmer und doch reicher als früher, lege ich mein Haupt mit einem Seelenfrieden allnächtlich auf das Polster, den jene Volks- und Landesverräther, der schäusliche Mathy, der eitle Hohlkopf und herzlose Geldsack Bassermann und der schleimbauchige Soiron*¹⁹ *vergeblich suchen werden; ich kann schlafen, den Schlaf eines ehrlichen Mannes, jene nicht. Ich sage dir, ein Schrei der Entrüstung ist durch das ganze Republikanervolk der Schweiz gezittert, als man die infamen Umtriebe jener Schurken*²⁰ *erfuhr, die durch dich alles wurden, was sie sind. Ich sage dir, manchen Schweizer habe ich zähneknirschend sagen hören, könnte ich doch die Zeit recht bald erleben, um mit den Stutzen hin über zu ziehen und die Schufte niederzuschießen, welche so schändlich gegen den alten braven Itzstein gehandelt haben. Ich versichre auch, daß wenn wir hinüber kommen, für jede Stunde des Grammes, den dir diese elenden Buben bereitet haben, eine fürchterliche Abrechnung soll gehalten werden. Diesmal kommen wir mit den Mitteln des Schreckens und wollen Volksgericht halten lassen, daß Gott im Himmel zittert.*

*Betreffend meine Deputirtenstelle*²¹, *so werde ich Dir einen Avis*²² *zustellen, welchen der feige Mittermaier*²³ *vorlesen muß, denn ich werde ihn*

gleichzeitig an alle Journale senden. Ich lasse mich von den an Preußen verkauften Buben Mathy und Bassermann nicht hinausschmeißen; ich bin ein treuer Abgeordneter des Volkes gewesen; ich bin es heute noch²⁴. Ich will ein Feuer anzünden den Volksverräthern, daß selbst der Speichel der Verachtung des Volkes es nicht kühlen und löschen soll. Ich bin hier voller litterarischer Thätigkeit. In der Nationalzeitung Brenners²⁵ sind einige scharfe Artikel von mir erschienen, auch Einer wegen der Umtriebe gegen dich, worin ich die Judasse gebrandmarkt habe.

Das elende Parlament²⁶ richtet Teutschland noch vollends zu Grunde, und schlägt das Volk diese Hunde nicht mit Knüppeln todt, so mag es verenden in Jammer und Knechtschaft, und kann ich nicht nochmals das Schwert greifen, so segle ich mit anderen Freien nach der Union, um diesem verächtlichen Europa für immer den Rücken zu kehren.

Nun mit Gott, mein geliebter Vater und Freund. Mein einziger Wunsch ist, Dich noch einmal ans Herz zu drücken, und könntest du die Reise eines Tages dann wagen, so würdest Du Abends bei deinem treuesten Sohne, dem einzigen Herzen, ja dem einzigen außer Louise²⁷, das dir mit der ganzen Pietät eines treuen Sohnes anhing. Drücke Louise recht warm und innig die Hand von mir.

*Ich bin unwandelbar Dein treuester Hecker.
Mutzen, 30.5.48²⁸.*

Hecker stand weiter mit vielen Badenern in Verbindung. Kein Tag ging vorüber, ohne daß nicht zahlreiche Besucher zu ihm kamen²⁹. Ihre Erzählungen³⁰ legte Hecker seinen literarischen Arbeiten zugrunde, auch dem „scharfen Artikel“, auf den er in seinem Brief vom 16. Mai anspielte:

Am 15. d. M. wurde die Parlamentswahl für die Bezirke Baden, Gernsbach und Rastatt in der Stadt Baden vorgenommen; die aufgestellten Kandidaten waren Seitens der Regierung Mittermaier, Seitens der Republikaner Itzstein. Die Wahlmänner wurden vom Gemeinderath und von der Nationalgarde auf dem Konversationsplatz begrüßt und mit der letzteren zog eine große Masse der Bevölkerung, das Itzsteinlied singend. Der Zug ging durch die mit Kränzen verzierte Stadt; in vielen Kränzen prangte das Bild Itzsteins. Unter Vivats für Itzstein ging der Zug zum Rathaus. – Bei der Wahl erhielt Itzstein 60 und Mittermaier 73 Stimmen. Kaum war das Resultat bekannt, als die Bürgergarde Mittermaier auf offenem Markt ein Pereat³¹ brachte, worein die Bevölkerung einstimmte. Innerhalb weniger Minuten waren die Kränze herabgerissen, die Fahnen eingezogen, schwarze

Trauerfahnen ausgesteckt und an vielen Häusern die Straße mit Asche bedeckt. Es herrschte eine grenzenlose Aufregung und Erbitterung. – Nachmittags wurde Itzsteins Bild mit Fahnen und Musikbegleitung unter endlosen Jubelrufen und Hurrah's durch die Stadt getragen.

Am 9. Juni antwortete Itzstein³² auf Heckers Brief vom 16. Mai. Er begann mit den Worten: *Wie es mir wohlthat von dem Manne, der mir so unendlich lieb ist, daß ich fast nicht von Dir reden kann, ohne nasse Augen zu bekommen, diese lieben, gemüthlichen³³ Worte zu lesen.* – Itzstein teilte Hecker mit, daß man ihn in Thiengen zum Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung gewählt habe³⁴. *Ich freue mich, schrieb er, daß das Volk erkennt, wie gut Dein Wille war, wie gut Du es überhaupt mit dem Volk gemeint hast, – dann spürt man, der Freude ungeachtet, Itzsteins Bitternis: obschon das Resultat viel Unglück gebracht hat.*

Am 1. Juni erschien die zweite Nummer des bei Hollinger in Rheinfelden verlegten „Volksfreunds“, *Redigiert von Hecker, in Verbindung mit andern anerkannten und bewährten Volksmännern.* Sie trug den Vermerk, das Blatt werde *nur noch bis zum Monat Juli* an die Abonnenten gratis versandt. Heckers Zeit und Kraft erschöpften sich in der Arbeit für diese Zeitung. – Erst am 19. Juli antwortete er Itzstein auf dessen Brief vom 9. Juni:

Mein theurer Freund! – Ich benütze die Gelegenheit, durch einen braven Schweizerbürger diese Zeilen dir zu überreichen und dir den Überbringer Dr. Twigel ((?)) zu empfehlen.

Hast du mich denn ganz vergessen, daß ich kein Lebenszeichen von dir vernehme, außer den Zeitungen, welche mir verkünden, daß du wegen Amnestie interpelliert hast? Wie ich vernehme, soll derselben hauptsächlich meine Person im Wege stehen. Da ich ohnehin Amnestie nicht annehmen mag, (denn wer mit den Waffen auftrat, der appelliert nicht an Gnade der Regierungen) dagegen dringend wünschenswerth wäre, daß die armen Gefangenen und so mancher Flüchtling wieder heimkehre, so bin ich bereit, die Erklärung abzugeben, daß ich für meine Person keine Amnestie annehme und will dir sofort darüber Urkunde zustellen, sobald du mir Antwort ertheilst.

Die Dinge in Deutschland scheinen mir so miserabel als möglich, und nur ein Anstoß von außen oder ein Zerwürfnis des Parlaments mit den Regierungen kann womöglich helfen. Das Alles muß sich in 2 Monaten entwickeln. Pasirt auch bis dahin nicht eine neue Revolution über die Gränze, so bin ich entschlossen mir eine neue Heimath zu suchen, und zwar in der Union. Ich kann nicht herumlungern, hoffen, harren und verkommen. Ich

muß wieder praktisch arbeiten. Überdies ist meine Lage der Art, daß ich mich umsehen muß. Der Fiscus macht nun meiner Frau sogar ihr Leibgedinge streitig und außer dem Bischen, was ich gerettet habe, hat der Staat seine Krallen uns auf Alles gelegt; das Bischen, was ich gerettet, kann ich nicht aufzehren und hinlungern, sondern muß suchen, eine neue Existenz, freilich unter harten Kämpfen, zu gründen. Ich habe dem Volke alles geopfert – es hat mich verlassen, verrathen, ich will nicht wie Hutten hier verelenden, und kann ich bis Mitte September meine Fahne nicht wieder aufstecken und Hunde todtschießen, so steht mein Entschluß fest, dann mit dem amerikanischen Gesandten Goundie³⁵, meinem biederen Freunde, fortzugehen. Behalte übrigens diesen Entschluß für dich. Vielleicht siehst du meine Frau, sie wird dir das Weitere sagen.

Gerne würde ich Dich noch einmal sehen, ehe wir auf ewig scheiden. Du und ich haben es ehrlich miteinander und mit dem Volke gemeint. Bist Du dereinst heimgegangen und ich im fernen Lande zur Nimmerwiederkehr, dann mag es sich sagen, daß die selten sind, welche sich willig und treu für seine Sache opfern.

Die Angelegenheiten in Deutschland gehen den Krebsgang, mit Ingrimm und Rachedurst überblicke ich die grenzenlose Betrügerei und Verrätherei, die schwatzende Mittelmäßigkeit und den verächtlichen Egoismus der Schurken, welche nicht Führer des Volkes waren. O ich würde gerne verenden, könnte ich nur einen einzigen Tag einbrechen über jene Versammlung und jene Verräther zerreißen und ihre blutenden Fetzen schleudern sehen an die Mauern. Gibt es denn keine Vergeltung mehr? Und das Volk harret schläfrig an den Thüren, legt die Hände in den Schoß und wartet träge auf den Messias.

Täglich sage ich ihm in meinem Volksfreunde, daß man es knebelt, betrügt, mordet; es erkennt es und – legt die Hände in den Schoß. Es ist um wahn-sinnig zu werden. Vorgestern verließ mich meine Frau, welche ihrem Wochenbette entgegen geht! Es war eine schwere Scheidestunde. Ob ich sie wiedersehe, dieses hochschwängere Weib³⁶, diese Perle im Glück wie im Unglück, die schmerzlos sich lossagte von dem glänzenden Loose, die freudig mir folgt nach den Prärien des fernen Westens von Amerika. Nun ich habe so vieles ertragen und hatte keine Stützen als ein reines Gewissen und die Treue der Überzeugung für republikanische Freiheit, sie werden mir auch diese Stunden ertragen lassen.

Scheust Du dich nicht „den Rebellen“ zu besuchen so thue es bald, ich will Dich mit der alten Liebe ans Herz drücken. Dein treuer Hecker

Muttenz 19.7.48. – *Freundesgruß an den edlen Peter*³⁷. Sag ihm, daß es mir manche schwere Stunde schon brachte, daß er in mein Schicksal verflochten wurde. Er soll nicht zürnen, ich hab's ja treu und gut gemeint.

Am 29. Juli antwortet Itzstein³⁸. Es ist der letzte der von ihm erhaltenen Briefe. Er schrieb: *Ich habe Dich nicht vergessen und werde es nie thun; denn Du bist mir, so weit wir auch im Alter voneinander entfernt sind, der Freund, ja, ich sage, der Sohn, an den ich stets, täglich, mit inniger Liebe denke.* – Der Brief schloß mit den Worten: *Deine Worte an Peter habe ich ihm vorgelesen. Er antwortete, gut wie er ist: Ich weiß dieses, Hecker hat es gut gemeint. Er wollte mich schonen, und wollte mich nicht unglücklich machen.* – *Alle, alle Freunde rufen Dir herzliche Grüße zu.* – *Mir ist, als sehe ich Dich aus meinem Grabe an der Spitze der Regierung wirken, dort mit Kraft, aber auch mit Liebe zu dem von Dir zur Freiheit geführten Volk.*

Hecker verließ am 8. September 1848 Muttenz und brach auf nach Amerika. Am 5. Oktober 1848 traf er mit dem Schiff „Hermann“ in New York ein. – Erst am 14. Juni 1850 schrieb er wieder an Itzstein. In die Zwischenzeit fielen der Struve-Aufstand im September 1848, die badische Revolution im Mai und Juni 1849 und deren Scheitern – und der so schwere Anfang eines völlig anderen, eines bauerlichen Lebens.

Mein geliebter, väterlicher Freund! Mit welcher unendlicher Wemuth ich Deine lieben Zeilen vom 4. März (Rollensbach gegeben) welche mir jetzt erst zukommen, gelesen habe, und daß ich weinte wie ein Kind wirst Du mir glauben, Du lieber alter Freund! Du heimathlos, hülflos, mittellos! Der ganze Fluch des Ewigen soll kommen über die Schandgeneration, die Dich alten Mann so herumirren läßt. Sofort bei Empfang dieses Briefes mache Dich auf zu Schiff und steure nach New-York, von dort will ich schon dafür sorgen, daß Du und Louise bis zu mir kommt. Du hast eine Heimath, Du hast sie bei mir; ich will Deine letzten Lebensstage pflegen wie ein liebender treuer Sohn; ich will Dir das Leben so angenehm machen, als es treue Liebe vermag, und müßte ich vor Tag und nach Sonnenuntergang darob schaffen, ich wollt's, ich will's bei Gott. Schüttle den Staub von Deinen Füßen, den Staub der verfluchten Erde, die Dich herumirren läßt, Dich, der Du Deine Jugend, Deine Mannheit und Dein Alter an jene Nation gehängt, die Dich nun hülflos pilgern läßt von Land zu Land. Meinen ganzen grenzenlosen Haß, meine ganze grenzenlose Verachtung, möchte ich diesem Geschlechte ins Gesicht speien. Ist es denn erhört, ist es denn möglich, daß unter den vielen Millionen, für die Du gekämpft und gestritten, nicht hunderte sind, denen die Schamröthe ins Gesicht steigt, wenn sie nur von ferne hören von deinem Geschicke. Auf fort, für Dich ist kein Bleibens mehr drüben, hier wirst du aufleben, meine Frau, meine Kleinen,

wir alle wollen thun was wir können, um dir den Abend deines Lebens zu erheitern, und unsere redliche Fürsorge muß dir eben Ersatz für die Entbehrungen des ländlichen Lebens eines westlichen Bauern seyn. Fort, zögere keinen Augenblick mehr; Europa ist faul, durch und durch faul und versumpft in Sinnengenuß, Luxus und Heuchelei, für honette Leute keine athembare Luft bis wieder oder bis erst ein Orcan alles verwüstet hat. Ob der und wann er kommen wird, darauf kannst du nicht warten. Also auf, mein lieber, väterlicher Freund, auf zu deinem treuen Sohne, und Louise wird sich schon finden in unser halb hinterwäldlerisches Leben, wenn wir nur erst wieder im Kreise beisammen sitzen. Meine Frau hat bereits an Louise geschrieben, wie ich Dir hier schreibe, also zögere nicht. Also auf Wiedersehen, baldiges Wiedersehen, Du lieber, alter gebrechlicher Freund. Dein treuer Sohn Hecker.

via Liverpool and New-York per steamer / M. Adresse: Mr. Hecker, care of Mr. Eißhardt³⁹, Belleville⁴⁰, St. Clair County, Illinois, United States of America.

Am 28. Dezember 1850 schrieb Heckers Vater⁴¹ an Itzstein nach Hallgarten. Er erwähnte einen Brief, den Itzstein an Hecker gesandt hatte. Am Rande des Briefes vermerkte Itzstein: *Beantwortet am 3. Januar 1851.*

Ich hätte Sie gerne in Ihrer Einsamkeit besucht, wenn ich gewußt hätte, daß ich nicht geniere, und endlich entfessele ich mich nur schwer von meinem Exil, wo mich die traurige Verlassenheit meiner Kinder in Amerika unwillkürlich festhalten. – Mein Fritz hat mir am 11. d. M. geschrieben und aufgetragen Ihnen zu melden, daß er Ihren Brief erhalten, und Ihnen jetzt, wo die Bauern mehr Zeit haben, schreiben werde; er ist nebst Frau und Kindern gesund, hat aber einen schrecklichen Sommer durchgemacht, und bei 24 Grad Hitze (Reaumur) 12 Stunden am Tag im Feld gearbeitet, während andere am Sonnenstich todt umfielen.

Es wird Sie interessieren, einige Worte über seine Beharrlichkeit zu lesen. Er schreibt: „Ich hätte dir nicht zugemuthet, für uns noch etwas zu thun, ich hätte die bittere Armut mit der Energie getragen, die mein ganzes Leben charakterisiert, und die unseren Namen durch die Weltgeschichte forttragen und verewigen wurd, wenn die Gebeine der letzten unseres Stammes längst verstäubt sind; und magst Du auch in einsamen Stunden meine Thaten mit tadelnder Wehmut betrachten, ich bin einer in Genußsucht geschwächten Nation daran gegangen, und als sie mich im Stiche ließ, habe ich mit derselben festen Willenskraft zum schweren Beruf der im Volke Gedrücktesten gegriffen. Möge es unserem Volke zum Nutzen seyn!

Sey überzeugt und der ärmste Mann kann es Dir sagen, daß ich für mich noch keinen Thaler für eine Flasche Wein ausgegeben habe; und beim ewigen Gott! ich habe sauer, ich habe hart, ich habe schwer und unverdrossen für die Meinigen gearbeitet. Ich habe in africanischer Sonnenglut meinen Mais gepflügt, und mich, nachdem ich zwei Reihen durchgefahren, hinterm Pflug auf den Boden geworfen, weil ich nicht mehr aufrecht stehen konnte, und habe nach 10 Minuten Rast von Neuem begonnen, obwohl ich nicht mehr schwitzen konnte und die Kleider mir wie glühende Kohlen auf dem Leibe lagen, und ich hab's durchgesezt und bin jetzt ein gesunder, starker Mann.“

Meinem Tiedemann⁴² geht es glänzend in Philadelphia, er ist hochgeachtet und hat eine collosale Praxis. Mein Fritz wünscht sehnlichst, daß wir beide zu ihm kommen möchten. Ich bin nicht abgeneigt, denn dahier zu leben sind keine Leckerbissen; schon 3 mal hat mich Oberstleutnant Rieger ((?)) ohne allen Anlaß auf offener Straße insultirt, und wie es bei uns hergeht, haben Sie an sich erfahren. So frech, wie es jetzt die Diplomaten thun, haben die Jacobiner es nicht gekonnt, das Recht zu verkehren und mit Füßen zu treten, daher schnaubt auch alles nach Rache und Vergeltung.

Nun lieber Itzstein, leben Sie wohl, grüßen Sie mir herzlich Frau Louise und haben Sie mir einen Auftrag zu geben, so adressieren Sie gefälligst an meinen Professor in Freiburg⁴³, wohin ich morgen auf 3 Wochen abreise, und leben Sie gesund! Beginnen Sie das Jahr 1851 glücklich und durchleben Sie es mit Zufriedenheit, und bewahren Sie mir Ihr Wohlwollen und Ihre Freundschaft. Der Ihrige Hecker.

Am 28. August 1851 schrieb Friedrich Hecker wieder an Adam von Itzstein:

Jahr und Tag, mein geliebter alter Freund! habe ich von Dir nichts gehört, als was gelegentlich die Zeitungen zu uns übertrugen, und wenn ich auch hörte, daß Du wieder in deinem glücklichen schönen Hallgarten säßest, so wagte ich doch nicht direkt an Dich zu schreiben, da ich nicht weiß, ob nicht bei den Zuständen draußen ein Brief des Gehaßten Dir polizeiliche Beschwerde verursachen könnte⁴⁴, und doch drängt es mich, Dir wieder einmal zu sagen, daß ich mit der alten Freundschaft und Liebe Deiner und Louisens gedenke, und bin ich auch unter schwerer Arbeit und mancherlei Sorgen und Widerwärtigkeiten vor der Zeit gealtert, mein Herz ist jung geblieben für meinen Freund, wenn auch sonst an der Stelle der Gutmüthigkeit nur Haß und Rache ihren Sitz aufgeschlagen haben und nur grenzenlose Verachtung der Mehrzahl der Menschen.

Fast wöchentlich kommen noch Flüchtlinge nach dem Westen, Parlamentsmitglieder und andere, Hoffbauer⁴⁵ ist Arzt in Iowa, Schmitt⁴⁶ aus Löwenberg hat eine Erziehungsanstalt in St. Louis, Dietzsch⁴⁷ von Annaberg redigirt daselbst ein Journal, Schlöffel⁴⁸ und Reichardt⁴⁹ sind Gastwirthe in Philadelphia, Zitz⁵⁰ firmiert ((?)), Lehlbach⁵¹ ist Pfarrer in Newark u.s.w. und ich bin ein zusammengearbeiteter Bauer, der sich dieses Jahr mit pflügen, säen, mähen, fruchtbinden, Mais bauen u.s.w. geschunden hat wie kein Bauersknecht der alten Welt; und oft wenn ich hinter dem Pflug gehe denke ich des schönen Vaterlandes und des bewegten Lebens, in das doch mancher helle und Hoffnungsstern hineinleuchtete, die erloschen sind, durch den Bedienstengeist der Nation, mißleitet durch betrügerische Schwätzer, nachdem sie vorher Jahrhunderte hindurch verpfuscht worden usw. Doch weg von diesen Leiden, von Politik!

Meine Frau ist fortwährend kränklich, wovon ihre Schwangerschaft⁵² ihr Theil trägt und mit Bangen sehe ich auf einsamem Gehöfte ihrer Niederkunft entgegen, wo oft die nöthigste ärztliche Hülfe zu Zeiten nicht geleistet werden kann, und nur das Selbstvertrauen, das der Mann nach manchen so herben Schicksalsschlägen und besonders in diesem Lande des „hilf dir selbst“ und des grenzenlosen Egoismus gewinnt, läßt mit Gelassenheit in die schwerste Zukunft blicken. Ich betrachte mich eben als einen schiffbrüchigen oder gestorbenen Mann, dessen Aufgabe es ist, schon diesseits aus dem Strom der Vergessenheit zu trinken und sein vergangenes Leben wie eine sonderbare Sage zu betrachten; und wenn ich fest und ruhig schlafe, so ist eben daran nur das Bewußtseyn einerseits Schuld, ohne Ehrgeiz und Eigennutz das Beste gewollt zu haben und andererseits nie auf Menschen Dank gerechnet, nie um der Menschen Willen, sondern um meiner Prinzipien willen gehandelt zu haben. Die Bassermänner, Soirons, Mathys schlafen meinen ruhigen Schlaf nicht und wehe ihnen, wenn mich das Geschick noch einmal über den Ozean führt; und ich denke, auch meine prinzipiellen Gegner und Todtfeinde wissen zwischen ihnen und mir zu unterscheiden. Meine Freude jetzt ist, etwas um mich durch meinen Hundefleiß erstehen und meine Kinder, nach den Begriffen der alten Welt Halbwilde, nach Meinen Menschen werden zu sehen, und wenn du meinen achtjährigen Arthur⁵³ sähest, wenn ich ihm den Auftrag gebe, sein Pferd zu satteln und acht Meilen über Prairie und Wald zu jagen, um einen Auftrag zu vollbringen und wie der Bube heimkommt und Rapport abstattet, Du hättest deine Freude dran. Diese Selbständigkeit in den Jahren, in welchen draußen der Junge kaum allein auf die Straße darf, ist nur hier zu gewinnen und wie hätte ich es draußen möglich gehalten, einen 7 jährigen Knaben, mit dem ein wildes Pferd durchgeht, und ich sehe, daß er beim Durchrennen durch das Thor zerschellt wird, zuzurufen: spring herab du bist verloren, und der Bube springt herab und steht auf der Erde, während das

Pferd in wilder Flucht davon saust. Mögen Andere Flüchtlinge das weiche Leben der Städte vorziehen, mir gefällt unter schweren Mühen und Sorgen dieses halb wilde Leben, wo von den Augen alles abhängt und beim ewigen Gotte, wenn die Stürme des Geschicks mich aus dieser Bucht wieder in die offene See trieben, man würde mich nicht wieder erkennen. – Die Überzeugung habe ich gewonnen, daß nur in agricolem Streben demokratische Freiheit auf die Dauer möglich ist, und ich freue mich heute, auch früher den Industriellen⁵⁴ und dem Krämervolk in der Kammer stets entgegen gewesen zu seyn. Doch schon wieder die Politik.

Ich habe einen Weinberg angelegt und will versuchen, auf der Prairie Wein zu ziehen; er gedeiht lustig und, so Gott will, kann ich meine müden Knochen mit eigenem Erzeugniß in drei Jahren laben, und ist's noch kein Hallgarter, steht doch ein Haustrunk. – Was macht die gute Louise? Ich sähe euch gerne noch einmal, ehe ich meinen müden Kopf in den Wald einsenken und, wie landesüblich, Baumstämme darüber rollen lasse, aber es scheint fast, es soll nicht werden. Meine Frau grüßt Dich und Louise von Herzen und werdet ihr uns mit ein paar Freundesworten erfreuen, es wird uns wohlthun in unserer Einsamkeit. Sicher haben wir öfter von euch geredet und an euch gedacht, als ihr an den Bauern tief im Westen. Lebe wohl, mein geliebter alter Freund. Behalte lieb Deinen treuesten Hecker.

Itzstein ging es nicht gut. Hoffmann von Fallersleben⁵⁵ weilte am 19. Dezember 1852 ein letztes Mal in Hallgarten. In seinen Lebenserinnerungen schrieb er: *So groß erst meine Freude war, als ich Itzstein wieder sah, so wurde sie doch bald getrübt. – Bald erfuhr ich, daß seine Geistesschwachheit nur noch zugenommen hatte. – Ich glaube, wenn ich acht Tage hier bliebe, ich würde verrückt. – Innig gerührt und weinend nahm ich Abschied von dem Manne, dem ich für so viele Beweise wahrhaft väterlicher Teilnahme dankbar bin⁵⁶. – Am 22. Oktober 1853 schrieb Friedrich Hecker einen letzten Brief, nachdem er zuvor von Itzstein Post erhalten hatte:*

Mein geliebter alter Freund! Nachdem ich so lange von Dir keine Zeile gesehen und blos auf die Erkundigung bei Anderen, wie es Dir ergehe, beschränkt war, überraschten mich Deine lieben Zeilen auf freudigste, besonders da sie durch unsern lieben Freund überbracht wurden. Wie sehr mich sein unerwarteter Besuch erfreute, mag er Dir selber erzählen, und es war hart, an die Stunde zu denken, wo er wieder scheidet. In dieser Zeit der Vergessenheit und des eiligen Dahinlebens ist eine Zeile eines alten Freundes oder gar seine Gegenwart in meiner Waldeinsamkeit eine Seelenstärkung auf lange Zeit, und wenn es Dir zu viel Mühe bei Deinen ländlichen Beschäftigungen macht, mir dann und wann wissen zu lassen, wie es Dir geht und daß Du des alten Freundes und Sohnes noch mit der alten Liebe

gedenkst, so lasse die gute Louise, die wir alle von Herzen grüßen, die Feder in einer freien Stunde zur Hand nehmen.

Meine Frau und Arthur, der sich Hallgartens so lebhaft erinnert, als seye er erst gestern bei Dir gewesen, reichen Dir in liebender Erinnerung die Hand. Spatz⁵⁷ wird Dir erzählen, wie wir hier weben und leben. – Ich hoffe zu Gott, Dich dereinst wiederzusehen auf der alten Erde und drücke Dich in Gedanken innig ans Herz. Dein treuer Sohn Hecker.

Adam von Itzstein starb am 14. September 1855, kurz vor seinem 80. Geburtstag, auf seinem Gut. Sein Grabstein auf dem Friedhof in Hallgarten trägt die Inschrift: „Müde von den Jugendkämpfen deutscher Freiheit ruht hier ein mutig Herz.“⁵⁸ – Friedrich Hecker starb viele Jahre später, am 24. März 1881, auf seiner Farm und wurde auf dem von Pfälzer Mennoniten angelegten Friedhof in Summerfield, unweit seiner Farm, beigesetzt⁵⁹.

Ich danke den Herren Prof. Schwarzmaier (Karlsruhe) und Prof. Vollmer (Freiburg) für wichtige Hinweise! – Gerhard Lötsch.

Anmerkungen

- 1 Johann Adam v. *Itzstein*, (1775–1855) Jurist, war durch lange Jahre hindurch das Haupt der badischen Opposition. Am Zustandekommen der Vorversammlung zur Frankfurter Nationalversammlung war er maßgeblich beteiligt. – Zur Zeit des Hecker-Aufstandes war er 73 Jahre alt, 36 Jahre älter als der 1811 geborene Hecker.
- 2 Friedrich *Hecker*, Die Erhebung des Volkes in Baden (Straßburg 1848) S. 31.
- 3 Friedrich *Hecker*, a. a. O. S. 32.
- 4 Martin *Leuenberger*, MuttENZ: die erste Station in Friedrich Heckers Exil, in: Alfred G. *Frei*: Friedrich Hecker in den USA (Konstanz o. J.) S. 43 ff.
- 5 Ulrich v. *Hutten* (1488–1523), deutscher Humanist, der neben Luther einen einsamen Kampf gegen Rom focht. Er war „heißblütig aber ehrlich“, „genial veranlagt“, aber „mit Schattenseiten“. (H. Ulmann in der „Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche“ – RE – Band 8 [Leipzig 1900] S. 496) In Hutten erkannte Hecker sich selbst wieder. – Huttens Worte: „Ich hab’s gewagt!“ aufnehmend, dichtete Georg von Herwegh an Hecker: „Die Stunde war gekommen / Du hast das Schwert genommen / Du hast’s gewagt, gewagt; / im Dunkel ihrer Tannen / die träumenden Allemanen / Zornsprühend aufgejagt.“
- 6 Arnold von Brescia (?–1155) klagte die katholische Kirche wegen ihres Reichtums und ihrer weltlichen Machtfülle an. Er trat ein für eine Kirche ohne Besitz und Macht. Er wurde schließlich gehängt, sein Leichnam verbrannt. S. M. *Deutsch* in RE Band 1 (Leipzig 1897) S. 117.
- 7 Karl Mathy (1807–1868) lebte mehrere Jahre im Exil, trennte sich aber in den vierziger Jahren von den radikalen Republikanern. Er verhaftete am 8. Mai 1848 auf dem Karlsruher Bahnhof Josef Fickler, das Haupt der Republikaner im Seekreis. Fortan galt er vielen als „Volksverräter“ schlechthin.

*Sind keine freien Männer dran,
So will ich protestieren.*

*Von nun an bis in Ewigkeit
Soll euch der Name zieren:
Solang ihr Protestanten seid,
Müßt ihr auch protestieren.
Und singt die Welt: Der freie Rhein!
So singet: Ach! Ihr Herren, nein!
Der Rhein, der Rhein könnt' freier sein,
Wir müssen protestieren.*

Herwegh nahm eine für ihn bezeichnende politische Position ein. Er schwamm nicht mit auf der Welle aufbrechender nationaler Gefühle gegen den Expansionsdrang der französischen Regierung. Er stellte das Leitziel staatsbürgerlicher Freiheit höher als die nationalen Belange. Deshalb wendet er sich gegen den Tenor des damals noch bekannteren „Rheinliedes“ von Nikolaus Becker, der schon 1840 die Parole vom „Freien deutschen Rhein“ ausgegeben hatte: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“.

Im Rückenwind seines gewaltigen literarischen Erfolges trat Herwegh 1842 seine berühmt-berüchtigte Reise durch Deutschland an, auf der er für die von ihm herauszugebende neue Zeitung werben wollte, den „Deutschen Boten aus der Schweiz“⁹. Der Empfang, der ihm von Stadt zu Stadt, durch Gesangsvereine, Turnerbünde und Bürgervereine bereitet wurde, dieser endlose Gang auf einem mit Blumen bestreuten roten Teppich, hob das Selbstbewußtsein des Vierundzwanzigjährigen gewaltig. Er bezeugte aber auch die Stärke der liberalen Gesinnungen, die sich inzwischen im deutschen Bürgertum ausgebreitet hatten.

Denkwürdig blieb der Empfang Herweghs durch Preußens König Friedrich Wilhelm IV. im Berliner Schloß, der verwegene Ton, in dem er den König an seine vaterländischen Pflichten erinnerte und die Abfuhr, die er letztendlich erfuhr, als Friedrich Wilhelm IV. im voraus den Vertrieb des „Deutschen Boten aus der Schweiz“ in den preußischen Ländern verbot.

Als Herwegh sechs Jahre später, im Frühjahr 1848, in die badische Revolution eingriff, war sein Name noch gut bekannt, aber sein früher Ruhm verblaßt. Teile der Presse – die konservative ohnehin – hatten ihm seine jugendliche Selbstgefälligkeit, die forcierte Marquis-Posa-Haltung vor Friedrich Wilhelm IV., übel genommen. Kollegen von der literarischen Zunft hatten ihn um die öffentliche Rolle beneidet und kritisiert. Gewichti-

ger aber noch: dem zweiten Band seiner „Gedichte eines Lebendigen“ (1843), war nicht mehr annähernd so großer Erfolg beschieden gewesen wie dem ersten. Die Stilmittel seiner Zeitgedichte, die Techniken der Kontrastierung, der einhämmernden Appelle, die pathetischen Metaphern, oft aus dem religiösen Bereich, wiederholten sich zu sehr.

Mit seiner jungen Frau Emma Siegmund, der reichen Tochter eines Berliner Kaufmannes, lebte Herwegh seit September 1843 recht bequem in der französischen Hauptstadt. Paris war Sammelpunkt für viele deutsche Handwerksburschen und Arbeiter geworden, die bei politischen Unruhen des Vormärz in Deutschland verdächtig geworden waren und die versuchen mußten, im Exil ihr Brot zu erwerben. Sie nahmen zum großen Teil begeistert die republikanischen Ideen auf, die von den Akteuren der Pariser Februar-Revolution 1848 ausgingen. Bei einer Versammlung der in Paris lebenden deutschen Republikaner – es kamen immerhin viertausend Teilnehmer zusammen – wurde Herwegh Ende Februar 1848 zum Präsidenten eines Komitees gewählt, das als Vertretung des erst noch zu befreienden deutschen Volkes in verschiedenen Adressen seine Sympathie mit der revolutionären französischen Regierung ausdrückte¹⁰. Wenig später ging Herwegh an der Spitze eines Festzuges von siebentausend Teilnehmern – so stark war die deutsche Kolonie in Frankreich –, der vom heutigen Place de la Concorde zum Pariser Rathaus ging und den Kampfeswillen der deutschen Republikaner zum Ausdruck bringen sollte. Aus diesen Kreisen stammte die Idee, ein bewaffnetes deutsches Freicorps aufzustellen, das den Republikanern in Deutschland bei den sich in den deutschen Staaten abzeichnenden revolutionären Kämpfen zur Seite stehen sollte. Herwegh kündigte die Aufstellung der sogenannten „Deutschen demokratischen Legion“ mit vier- bis fünftausend Mann an und übernahm die politische Führung dieser Aktion.

Einmal mehr sah dann das, was von diesen ausgreifenden Plänen zu verwirklichen war, sehr viel bescheidener aus, als was sich Herwegh, nun dreißig Jahre alt, in seinen politischen Hoffnungen erträumt hatte. Anfang April 1848 ging das erste Kontingent einer Truppe von nur etwa 1000 Mann von Paris zu Fuß und in Eisenbahnwaggons in Richtung Straßburg ab, schlecht bewaffnet und mangelhaft bekleidet, aber hochgemut und voller Erwartung. Die Mehrzahl der deutschen Republikaner in Frankreich war vorsichtig geworden. Man hatte sie von deutscher Seite gewarnt, ihnen gar eine Amnestie in Aussicht gestellt. Auch hielten die Kommunisten in Paris – schon unter der Wortführung von Karl Marx – das Unternehmen für aussichtslos. Noch auf dem Marsch in verschiedenen aufeinanderfolgenden Kolonnen dezimierte sich die Mannschaft. Es kamen nur etwa achthundert Freischärler in Straßburg an¹¹.

- 8 Friedrich Daniel Bassermann (1811–1855) reicher Kaufmann und Verleger aus Mannheim. Er stellte im Februar 1848 als Abgeordneter den Antrag, die II. Kammer möge für eine deutsche Nationalversammlung sich einsetzen, deren Mitglied er später war. Er war einer derer, die im April 1849 dem preußischen König „im Namen des deutschen Volkes“ die Kaiserkrone anboten. – Am Scheitern seines politischen Wollens zerbrach er. Am 29. Juli 1855 machte er seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende.
- 9 Pippin der Jüngere (714–768) Sohn Karl Martells und Vater Karls des Großen, löste die Herrschaft der Merowinger über das Frankenreich ab, dessen König er 751 wurde.
- 10 Heinrich v. Gagern (1799–1889) nahm als Oppositionsführer des hessischen Landtags an der „Versammlung der 51“ am 5. März 1848 in Heidelberg teil. Dort kam es zwischen ihm und Friedrich Hecker zu dem berühmt gewordenen Wortwechsel. – v. Gagern: *Auch ich würde Republikaner sein, wenn das deutsche Volk die republikanische Staatsform beschließen würde. Ich kann Republikaner sein, denn ich habe einfach leben gelernt; aber ich will keine Pöbelherrschaft, kein Liebäugeln mit dem Pöbel.* – Hecker: *Ich will Freiheit, die ganze Freiheit für alle, gleichviel mit welcher Staatsform sie zu erreichen ist. Aber keine Freiheit nur für die Privilegierten oder für die Reichen. Ich bin, wenn ich es mit einem Worte benennen soll, Sozialdemokrat.* Tim Klein, *Der Vorkampf* (München, Leipzig 1914) S. 112 – Heinrich von Gagern wurde am 19. Mai 1848 von der Nationalversammlung in Frankfurt zu ihrem Präsidenten gewählt. Rainer Koch (Hg.), *Die Frankfurter Nationalversammlung* (Kelkheim 1989) S. 172 ff. – Der bei dem Gefecht auf der Scheidegg ums Leben gekommene General Friedrich von Gagern war sein Bruder.
- 11 = Eintagsfliegen
- 12 Hecker meint den „Fünfziger-Ausschuß“, der nach dem Auseinandergehen des Vorparlaments die Nationalversammlung vorzubereiten hatte. – Nach dem Willen der Radikalen hätte das Vorparlament „in Permanenz“ weitertagen sollen.
- 13 Unter den vielen, die Hecker von seinem Unternehmen abrieten, war auch Adam von Itzstein.
- 14 Lorenz Brentano (1813–1891), Jurist, Abgeordneter der badischen II. Kammer und der Frankfurter Nationalversammlung. Im Mai 1849 wurde er Vorsitzender der provisorischen Revolutionsregierung in Karlsruhe. Nach dem Zusammenbruch der Revolution emigrierte er in die Vereinigten Staaten.
- 15 bei Franz X Vollmer, *Der Hecker-Nachlaß von St. Louis/USA*, in: ZGO 136 (1988) S. 360 ff.
- 16 55 (1848).
- 17 Hallgarten war Itzsteins Weingut im Rheingau, unweit von Bingen gelegen – und auch unweit von Fürst Metternichs Gut Johannisberg. – Seit etwa 1832 versammelte Adam von Itzstein auf seinem Gut liberale Freunde aus ganz Deutschland, vor allem natürlich aus dem Südwesten, im sog. „Hallgartener Kreis“. Wolfgang Klötzer, *Um Freiheit und Einheit*, in: *Darstellungen und Quellen zur deutschen Geschichte* 1, S. 128.
- 18 v. Itzstein hatte insgesamt 75 fl 12 an Hecker gesandt mit dem Vermerk: *Du wirst mit diesem Betrage wenigstens einigen aus der Noth helfen können.*
- 19 Alexander v. Soiron (1806–1855), Abgeordneter der II. Kammer und der Nationalversammlung.
- 20 Heckers verächtliche Urteile werden den genannten Männern nicht gerecht. Sie erkannten, daß seine und der Radikalen Worte und Taten das Ziel der Einheit und Freiheit Deutschlands in immer weitere Ferne rückten. – Der Verfasser dieses Beitrags wird das so schwierige Verhältnis „Reform und Revolution“ in seinem 1998 erschein-

- nenden Buch darstellen: Bis daß die Freiheit aufersteht. – Vormärz und Revolution in Stadt und Amtsbezirk Achern.
- 21 Hecker war für den Wahlkreis Weinheim-Ladenburg Abgeordneter der II. badischen Kammer. Am 1. Mai 1848 wurde ihm sein Abgeordnetenmandat vom Ministerium des Innern aberkannt.
 - 22 avis – Frz.: „Stellungnahme“.
 - 23 Karl Josef Anton Mittermaier (1787–1867) Professor der Jurisprudenz und Geheimrat in Heidelberg, immer auf Ausgleich bedacht, war 1848 Präsident der II. badischen Kammer, Präsident des Vorparlaments und 1849 Abgeordneter der Nationalversammlung.
 - 24 Itzstein hatte in seinem Brief geschrieben: *Sei ruhig, du geächteter Mann, der es doch so unendlich gut mit dem Volk gemeint hat, der, nach unserer Ansicht, für den Augenblick nur zu weit gegangen ist – dessen Andenken im Volk von Tag zu Tag mehr gefeiert wird.* Franz Xaver Vollmer, a. a. O. S. 362.
 - 25 1848 war Dr. Carl Brenner (1814–1883) Redaktor der Basler „National-Zeitung“. Bibliographie der Schweizer Presse, bearbeitet von Fritz Blaser = Quellen zur Schweizer Geschichte, NF IV, Band VII 2. Halbband (Basel 1958) S. 711 ff.
 - 26 Hecker spricht von der noch keine vierzehn Tage alten Nationalversammlung. Deren Abgeordnete waren am 18. Mai unter dem Jubel weither gekommener Menschenmassen in die Paulskirche eingezogen.
 - 27 Louise Pfister, Itzsteins Haushälterin.
 - 28 Der am 15. Mai verfaßte Bericht erschien unter (Korr.) erst am 23. Mai 1848 in der „National-Zeitung“.
 - 29 Theodor *Mögling*, der mit Hecker in Muttenz unter einem Dach lebte, in: Briefe an seine Freunde (Solothurn 1858) S. 123 ff.
 - 30 Diese Berichte, deren viele in Heckers „Volksfreund“ erschienen, konnte Hecker nicht überprüfen. In sie mag manches Gerücht und manche Übertreibung sich geschlichen haben.
 - 31 lateinisch: „Er möge verderben!“ – das Gegenteil von „vivat!“: „Er möge leben!“
 - 32 Franz Xaver *Vollmer*, a. a. O. S. 364 ff.
 - 33 Das Wort „gemütlich“ hatte damals den Sinn von „gemütvoll“, nicht den heutigen von „bequem“.
 - 34 Am 7. Juni 1848 wurde Hecker im Wahlbezirk Thiengen von 77 der insgesamt 134 Wahlmänner zum Abgeordneten der Nationalversammlung gewählt.
 - 35 George Goundie war 1845–1849 amerikanischer Konsul in Basel. Er begünstigte die deutschen Republikaner und wurde darum 1849 seines Postens enthoben, Franz Xaver *Vollmer*, a. a. O. S. 384, Anm. 165.
 - 36 Friedrich Hecker hatte am 7. Mai 1821 in Mannheim Marie Josefine Eisenhardt (1821–1916) geheiratet, die Tochter des Kaumanns Edmund Eisenhardt. Trauzeugen (und später auch Pate eines frühverstorbenen Kindes) war Alexander von Soiron. – 1848 hatten die Eheleute drei lebende Kinder im Alter von sechs, vier und zwei Jahren, deren Taufpate Adam von Itzstein war. – Das Kind Konstanzia Alexandrine wurde am 29. August 1848 geboren. Paul *Strack*, Friedrich Heckers Herkunft (Lahr 1959) S. 10.
 - 37 Josef Ignaz Peter (1789–1872) Jurist im badischen Verwaltungsdienst, wurde im März 1848 als Regierungsdirektor in den unruhigen Seekreis berufen und versuchte, Hecker von seinem bewaffneten Unternehmen abzuhalten. Peter schrieb in seiner 1859 im Exil verfaßten Autobiographischen Skizze: *Indessen alle gütlichen Vorstellungen waren zwecklos* – Etwas später merkte er im selben Manuskript an, Hecker habe ihm den Namen eines Statthalters „diktiert“. (Privatbesitz).

- 38 Franz Xaver *Vollmer*, a. a. O. S. 366. – Es ist der letzte der erhaltenen Briefe Itzsteins an Hecker.
- 39 Der Handelsmann Karl Leonhard Eisenhard (1818–?) war der Bruder von Friedrich Heckers Frau. Er emigrierte mit seiner Familie nach Amerika. Nach seinem Tod kehrte seine Frau mit zwei Töchtern nach Mannheim zurück. Paul *Strack*, *Friedrich Heckers Herkunft* (Lahr 1959) S. 11.
- 40 Belleville, unweit von St. Louis am Ostufer des Mississippi gelegen, ursprünglich von Mennoniten aus der Pfalz bewohnt, war zu jener Zeit „ein kleines deutsches Athen in Amerika, eine Hochburg deutscher Bildung und freiheitlicher Gesinnung“. – In unmittelbarer Nähe von Belleville erwarb Friedrich Hecker im Herbst 1848 ein landwirtschaftliches Anwesen. Roland *Paul*, *Freie Erde und freies Vaterland. Friedrich Hecker in den USA*, in: Alfred G. *Frei* (Hg.) *Friedrich Hecker in den USA* (Konstanz o. J.) S. 20 ff.
- 41 Josef Hecker (1777–1858) führte den Titel eines Königlich Bayrischen Hofrats. Er wurde geschildert als „ein sehr gescheiter, temperamentvoller und witziger Mann – von dem frischen, freiheitlichen Zug der Zeit, den die Befreiungskriege in das öffentliche Leben Süddeutschlands gebracht hatten, lebhaft ergriffen.“ Paul *Strack*, a. a. O. S. 11 ff.
- 42 Friedrich Heckers Schwester Charlotte (1817–?) hatte den Arzt Dr. Heinrich Josef Leopold Tiedemann, den Bruder des am 11. August 1849 in Rastatt standrechtlich erschossenen Gustav Nicolaus Tiedemann, geheiratet. Paul *Strack*, a. a. O. S. 15 – Heinrich Tiedemann spielte in Philadelphia unter den deutschen Emigranten eine große Rolle. Carl *Wittke*, *Refuges of Revolution* (Philadelphia 1956) S. 331 u. a. Er war mit Carl Schurz eng befreundet. Zwei seiner Söhne fielen im amerikanischen Bürgerkrieg. A. E. *Zucker*, *The Forty-Eighters* (New York 1950) S. 348.
- 43 Karl Hecker (1812–1878) Professor für Chirurgie und Augenheilkunde an der Universität Freiburg. Paul *Strack*, a. a. O. S. 15. Karl Hecker übergab dem Freiburger Stadtrat Karl Mez einen Brief seines geflohenen Bruders, *worin stund, er befände sich unglücklich und geächtet in Basel*. – Mez las diesen Brief dem Anführer der in Freiburg eingeschlossenen Freischärler vor, dem Studenten G. v. Langsdorff – allein: „Alles half nichts.“ Johannes *Kober*, *Karl Mez* (Basel 1892) S. 20.
- 44 Adam v. Itzstein stand unter polizeilicher Überwachung. – GLA 48/5202 – Agentenbericht aus Straßburg vom 28. Februar 1850: *Am 19. Februar v. Itzstein nebst Haushälterin mit Post nach Belgien abgereist. Befehl ihn festzunehmen, falls er von der Route abzuweichen versuchen sollte*.
- 45 Friedrich Wilhelm Eberhard Hoffbauer (1812–1892) praktischer Arzt aus Nordhausen, Provinz Sachsen. – Abgeordneter der Nationalversammlung. Rainer *Koch*, *Die Frankfurter Nationalversammlung* (Frankfurt 1989) S. 218. – Er baute in Dubuque, Iowa, eine Praxis auf. *Wittke*, a. a. O. S. 333. *Zucker*, a. a. O. S. 305.
- 46 Ernst Friedrich Franz Schmitt (1820–1853) Deutsch-katholischer Prediger in Löwenberg (Schlesien). Er war Mitglied der Nationalversammlung und trat dort leidenschaftlich für die Rechte nationaler Minderheiten ein. Wegen Unterstützung des badischen Aufstands zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, floh er in die Schweiz und dann nach Amerika. Rainer *Koch*, a. a. O. S. 363. – In St. Louis arbeitete er als Redakteur und gründete eine Erziehungsanstalt. – In New York war er „pioneer among the German freethinkers“. *Wittke*, a. a. O. S. 129. – Er starb schon 1853 auf der Insel Kuba, wo er eine Schule eröffnet hatte. *Wittke*, a. a. O. S. 67.
- 47 Carl Theodor Dietsch (1819–1857) Stadtrat und Zeitungsredakteur in Annaberg im Erzgebirge, Mitglied der Nationalversammlung. Rainer *Koch*, a. a. O. S. 133. – Er gab

- in Cincinnati den „Deutschen Republikaner“ heraus und hinterließ, als er 1857 starb, seine Witwe mit drei Kindern „in völliger Armut“. *Wittke*, a. a. O. S. 67.
- 48 Friedrich Wilhelm Schlöffel (1800–1870) Gutsbesitzer in Schlesien, Abgeordneter der Nationalversammlung. Beteiligte sich an der badischen Revolution; sein Sohn fiel vor Waghäusel. – In Abwesenheit zum Tod verurteilt. Gastwirt in Philadelphia. – Nach der Amnestie 1858 aus Amerika nach Deutschland zurückgekehrt. Rainer *Koch*, a. a. O. S. 358.
- 49 Josef Martin Reichard (1803–1872) Notar aus Speyer, Abgeordneter der Nationalversammlung, 1850 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, gab 1850 zusammen mit Nicolaus Schmitt in Philadelphia die Tageszeitung „Der Volksvertreter“ heraus. Rainer *Koch*, a. a. O. S. 331. – Er kam zu einem gewissen Wohlstand und war aktiv in deutschen Hilfsorganisationen tätig. *Zucker*, a. a. O. S. 329.
- 50 Franz Heinrich Zitz (1803–1877) Advokat aus Mainz, Abgeordneter der Nationalversammlung, 1851 in Abwesenheit zum Tod verurteilt. – Er gründete zusammen mit Kapp und Fröbel in New York eine gutgehende Rechtsanwaltspraxis. *Zucker*, a. a. O. S. 357–1868 nach Amnestie Rückkehr nach Deutschland. Rainer *Koch*, a. a. O. S. 443.
- 51 Friedrich August Lehlbach (1805–1875) evangelischer Pfarrer zuletzt in Heiligkreuzsteinach. Abgeordneter der II. badischen Kammer und Mitglied der Konstituierenden Versammlung. 1850 in Abwesenheit zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. 1851 aus dem Kirchendienst entlassen. Martin *Herrmann*, Evangelische Pfarrer in der badischen Revolution von 1848/49, S. 36 ff.
- 52 Der Sohn Alfred wurde 1852 geboren.
- 53 Artur und sein in Amerika geborener Bruder Alfred heirateten später zwei Schwestern, Töchter des aus dem pfälzischen Haßloch stammenden Auswanderers Philipp Eisenmayer. Roland *Paul*, a. a. O. S. 41.
- 54 Hecker spielte hier an auf sein leidenschaftliches Engagement in der sog. „Dreifabrikafrage“ zu Beginn des Jahres 1848.
- 55 Heinrich Hoffmann v. Fallersleben (1798–1874) war mit Adam von Itzstein eng befreundet. Hoffmann v. *Fallersleben*, Mein Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen, 6 Bände (Hannover 1868).
- 56 Hoffmann von *Fallersleben*, a. a. O. Band 5, S. 197 ff.
- 57 Handelt es sich um den Advokaten Karl Alexander Spatz (1810–1856), der zusammen mit Jakob Venedey vor dem Gefecht auf der Scheidegg im Auftrag der Nationalversammlung Hecker beschwor, seinen Freischarenzug abubrechen?
- 58 Josef *Roßkopf*, Johann Adam von Itzstein (Diss. Mainz 1954) S. 45.
- 59 Roland *Paul*, a. a. O. S. 37.

Friedrich Heckers Schrift läßt den Unterschied zwischen dem groß- und dem kleingeschriebenen Buchstaben „d“ nicht erkennen. Es ist also fraglich, ob er in diesen Briefen die Anrede „du“ usw. groß oder klein schrieb. – In der vorliegenden Übertragung habe ich in der Regel die Großschreibung gebraucht.

Buchbesprechungen und Hinweise

Revolution im Südwesten: Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden Württemberg. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg. Bearbeitet von Ute Grau, Georg Hertweck und Jürgen Schuhladen-Krämer. Karlsruhe 1997. 782 Seiten. 39,80 DM.

Auch die Kommunalarchive Baden-Württembergs haben ihren Beitrag zu den Jubiläumsaktivitäten anlässlich der 48er-Revolution geleistet. Der von ihnen herausgegebene Band *Revolution im Südwesten* wird auf Jahre hinaus das Standardwerk für alle sein, die sich über die revolutionären Ereignisse in den Kommunen zwischen Wertheim im Norden, Kehl im Westen, Bad Säckingen im Süden und Ulm im Osten informieren wollen. Es ist zunächst einmal bereits eine Leistung, daß die Kommunalarchive und Geschichtsvereine es geschafft haben, ein derartiges Projekt – immerhin eine Gesamtschau der Revolutionsereignisse vor Ort – in einer landesweiten Gemeinschaftsarbeit zu realisieren. Wenn es stimmt, daß es in der Bevölkerung eine zunehmende Nachfrage nach Lokalgeschichte gibt, so zumindest die These von Ernst Otto Bräunche und Ute Grau in ihrer lesenswerten Kurzeinführung, dann müßte dieses Buch eigentlich zu einem großen Verkaufserfolg werden. Denn skizziert werden nicht nur die Aktionen von 1848 in fast 150 Städten, und Gemeinden, so daß der Leser eine Zusammenstellung örtlicher Revolutionsgeschichten geboten bekommt, darüber hinaus gibt es Kurzbiographien der wichtigsten Akteure sowie eine Fülle von Hinweisen auf diejenigen Orte innerhalb der Kommunen, die noch „Spuren“ der Revolutionszeit aufweisen. Am Schluß der einzelnen Beiträge ist immer weiterführende Literatur angegeben, und ein Glossar

sorgt für die Erklärung zentraler Stichwörter wie etwa ‚Mediatisierung‘, ‚Ultramontanismus‘ oder ‚Wessenbergianismus‘. Ort-, Personen- und Sachindex machen zusammen mit zahlreichen Verweisen in den Texten die *Stätten der Demokratiebewegung* bequem und unter verschiedenen Aspekten zugänglich. Der einheitliche Aufbau der Beiträge sowie das gelungene Layout machen die Lektüre zu einem Vergnügen. Der Vielschichtigkeit des Phänomens Revolution wird vorbildlich Rechnung getragen. Die Ortenau ist mit Artikeln zu Achern, Ettenheim, Friesenheim, Gengenbach, Haslach, Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg und Renchen breit vertreten. Dieser „Revolutionsführer“ füllt nicht nur eine Lücke, er ist nicht nur erfreulich kompakt und trotz der Konzentration auf das Wesentliche gut geschrieben, er eröffnet zudem eine ganz neue Sicht aufs „Musterländle“. Das Buch muß nicht von A bis W gelesen werden, es wird wohl immer dann konsultiert, wenn Informationen über die Ereignisse vor Ort benötigt werden. Nicht nur Historiker, Journalisten und Lehrer werden davon profitieren.

Wolfgang Reinbold

Badische Heimat, Zeitschrift für Landes- und Volkskunde, Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz 3/1997, Karlsruhe

Das Heft der bekannten Zeitschrift widmet den weitaus größten Teil seiner Beiträge der Revolution 1848/49. Heinrich Hauß, der Schriftleiter, versucht das heutige Bild von der Badischen Revolution zu deuten und findet, daß unsere Sichtweise die Ereignisse entpolitisiert und ihnen den mystischen Nimbus genommen hat. Mit Langewiesche betont er die Vieltätigkeit des Geschehens: „Mehr als andere Daten ist 1848 ein Und-und-Und, nicht die Geschichte des Entweder-Oder“. Zwei Arbeiten thematisieren das Verhältnis der Menschen zur Pressefreiheit vor der Revolution. Heinz Schmitt analysiert

Reden, die 1832 auf dem „Weinheimer Treffen“ über dieses Bürgerrecht gehalten wurden; Wolfgang Piereth beschreibt die großen Erwartungen, nachdem 1848 die Pressezensur aufgehoben wurde, und die Enttäuschungen über das restriktive Verhalten der Regierung. Von lokalen bzw. regionalen Formen der Revolution berichten Claudius Heitz (Dreisamtal), Michael Ertz (Kraichgau) und Dieter Baeuerle (Baden-Baden) – der letzte mit Hilfe imposanter Illustrationen –, während zwei Augenzeugen aus Karlsruhe und Weinheim – vorgestellt von Rosemarie Stratmann-Döhler und Rainer Gutjahr subjektive Gegenbilder liefern. An Reaktionen des Auslands erinnern – z. T. differenzierter als bisher üblich – die Aufsätze von Leonhard Müller über einen möglichen Krieg als Folge der Revolution und Ludwig Vögely über Georg Herwegh und seine Pariser deutsch-demokratische Legion. Einige Aufsätze verfolgen persönliche Daten: Dieter Baeuerle stellt den Einfluß auf die Ereignisse dar, den Lorenz Brentano und Christian Wolff von Baden-Baden aus erreichten. Rainer Gutjahr referiert über die Verehrung, die Friedrich Hecker bei den Weinheimer Bürgern genoß und schildert das unspektakuläre, aber leidvolle Schicksal des Wirtes Friedrich Härter aus Weinheim. Über die beiden Jahre des Aufruhrs hinaus gehen der Lebensbericht des Ettlinger Revolutionärs Philipp Thiebauth von Robert Albiez und Wolfgang Hugs Notizen zur Biographie Amand Goeggs. Etwas außerhalb der gängigen Thematik liegen die Forschungsergebnisse Norbert Möllers und Marga Burkhardts, er untersucht die Bedeutung der Eisenbahn für den Ablauf der Unruhen, sie den Anteil der Ärzte – er soll größer gewesen sein als jener der Advokaten – an der Revolution.

Die Verschiedenartigkeit der Stoffe vermittelt ein breites Spektrum an Erkenntnissen und belegt die These des Schriftleiters.

Karl Maier

Alfred Georg Frei/Kurt Hochstuhl, Wegbereiter der Demokratie. Die badi-sche Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit. 187 S. mit Abb. G. Braun, Karlsruhe 1997.

Kurz vor Beginn der großen Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Revolution von 1848/49 erschien das Bändchen von Frei und Hochstuhl und bot sich gleich – ein Blick auf die Literaturverzeichnisse der Beiträge in der *Ortenua* 1998 beweist es – als reichlich verwendeter Leitfaden für viele an, die sich um die Geschichte des Aufruhrs kümmerten. Tatsächlich erweist sich die Schrift als vorzügliche Informationsquelle, die grundsätzliche Überlegungen mit dem Bericht über eine Fülle von Einzelerkenntnissen geschickt verbindet. Wichtig die Darstellung der allgemeinen Ursachen, die zur Revolution führten und z.T. bereits in der Gründung des Großherzogtums mit ihren dynastischen und strukturellen Problemen zu suchen sind. An den Biographien einflußreicher, aber auch wenig bekannter Männer mit ihren politischen Vorstellungen und persönlichen Schicksalen wird die geistige und gesellschaftliche Entwicklung zum Aufstand hin sichtbar gemacht. Auf der anderen Seite erweist sich der kollektive Versuch der Sulzfelder Bauern, ihr Recht mit noch gebremster Gewalt zu erreichen, wie ein Probelauf zur Revolution. Deutlich arbeiten die Verfasser die wirtschaftlichen Gründe heraus, von denen die Ernährungskrise nur eine war. Absatz- und Kapitalmangel, Verarmung der Handwerker, die der Industrialisierung schutzlos ausgeliefert waren, neben den Forderungen des Großbürgertums nach weitergehender Modernisierung markieren die Vielfalt des Problems.

Das revolutionäre Geschehen selbst führen die Autoren an der Innen- und Außenpolitik der neuen Regierung vor, die aus dem Stand heraus, ohne echte Vorbereitung, aber voller politischer Träume auch neue staatliche Strukturen schaffen sollte.

Dem Militär ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das anschaulich und übersichtlich die manchmal etwas verwirrenden kriegerischen Abläufe schildert.

Frei und Hochstuhl verzichten auf Fußnoten und genaue Anmerkungen, das ist schade, auch wenn durch detaillierte Quellen- und Literaturverzeichnisse zu jedem Kapitel dem Mangel abgeholfen werden kann. Trotz dieser Einschränkung: Die beiden haben ein solide erarbeitetes und, auch wenn sie auf Fachsprache nicht verzichten, ein angenehm lesbares Buch vorgelegt.

Karl Maier

Museums- und Geschichtsverein Schramberg (Hg.), D'Kräz', Beiträge zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Schramberg, 96 S., Abb. Schramberg 1998. Zu beziehen beim Herausgeber, Postfach 557, 78707 Schramberg.

Das Heft bietet für uns, auf die badischen Ereignisse der Revolution fixierten Leser, eine Menge Neuigkeiten über den Verlauf der Unruhen bei unseren nächsten württembergischen Nachbarn. Carsten Kohlmann verfolgt die Entwicklung des Schramberger Bürger-Militärs von 1816 bis 1911. Hans Joachim Losch untersucht sehr sorgfältig und instruktiv die Ursachen der Revolution. Er kommt zu dem Ergebnis, daß in Schramberg weniger die üblicherweise angenommene Ernährungs-krise für Unwillen sorgte, sondern die zunehmende Arbeitslosigkeit, der allgemeine Geldmangel und der Rückgang des Warenabsatzes. Wie in Offenburg machte auch die Auseinandersetzung mit den Deutschkatholiken Stimmung gegen die bestehenden Verhältnisse. In seinem Beitrag über den s.g. Zwetschgenmarsch der Schramberger Bürgerwehr nach Canstatt zeigt derselbe Autor die fehlende revolutionäre Grundstimmung in den meisten Landgemeinden des Schwarzwaldes. Als württembergische Parallelen zu den Wir-

ren in Baden im Mai und Juni 1849 führt Losch die Tätigkeit des Schramberger Volksvereines sowie die bei uns nahezu unbekanntenen Volksversammlungen in Reutlingen und Oberndorf an. Auch an dem vom badischen revolutionären Kriegsministerium geplanten Marsch badischer und württembergischer Freischärler auf Stuttgart wollten die Schramberger teilnehmen, aber das Unternehmen unterblieb, weil die Behörden auf der Hut und die Aufständischen schlecht organisiert waren. Bei der Darstellung der Schwurgerichtsverfahren nach dem Sieg der Reaktion arbeitet Losch besonders die prozessualen Strategien von Anklage und Verteidigung heraus. Zu diesem Thema gehören auch die Lebensläufe einiger Revolutionäre. Zwei Aufsätze von Gernot Stähle und Carsten Kohlmann über die Rezeption der Ereignisse von 1848/49 schließen die sehr empfehlenswerte Broschüre ab.

Karl Maier

Rainer Schimpf, Offenburg, 1802 bis 1847. Zwischen Reichsstadt und Revolution. Karlsruhe 1997.

An der Stelle, an der Franz X. Vollmer mit *Offenburg* 1848/49 mitten ins revolutionäre Geschehen springt, hört Rainer Schimpf auf. Ihm geht es um die Vorgeschichte, genauer: um die Frage, warum gerade das 4000 Einwohner zählende Offenburg „zu einem der wichtigsten Orte der badischen Revolution werden konnte“. Die ersten fünf Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts mit ihren Einschnitten und Traditionen, Brüchen und Kontinuitäten werden aus der Perspektive Offenburgs geschildert. Rainer Schimpf ist es gelungen, spröde Quellen – Sitzungsprotokolle oder Unterschriftenlisten – in spannende Erzählung umzusetzen. Dies macht die Lektüre zu einem wahren Lesevergnügen. Das Gemeindeleben ist für Rainer Schimpf „einer der wesentlichen Faktoren für die Herausbildung von politischem

Bewußtsein“. Das Beispiel der Offenburger Bevölkerung, die der badischen Revolutionsbewegung breite Unterstützung zukommen ließ, dient dem Autor immer wieder als Ausgangspunkt, um die kleinstädtischen und landwirtschaftlich geprägten Verhältnisse in Baden insgesamt miteinzubeziehen. Überhaupt: Kommunalpolitik und ‚große‘ Politik werden permanent aufeinander bezogen. Hinzu kommt ein alltags- und mentalitätsgeschichtlicher Ansatz, der einem die politische Sicht der Zeitgenossen an der Basis vermittelt.

Die vier Hauptkapitel – das Erbe der Reichsstadt, Großherzogtum Baden 1803 bis 1830, die Ära des jungen Bürgermeisters Karl Burger und der Weg zur Hochburg der Opposition – sind jeweils in einen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Abschnitt eingeteilt. Alles in der Argumentation läuft jedoch auf den Schwerpunkt der politischen Entwicklung, eben nicht verstanden als ‚Politik der Großen‘, hinaus. Rainer Schimpfs These: Daß die Versammlung der Freunde der Verfassung im September 1847 in Offenburg stattfand, hat gute Gründe. Die geographische Lage der Stadt ist allerdings keine hinreichende Erklärung. Vielmehr sind zwei politische Zäsuren, 1830 und 1843, von zentraler Bedeutung.

1830 kommt es in Baden zur Einführung einer neuen, weitgehend demokratischen Gemeindeordnung. Uralte Forderungen der Bürgeropposition – der Autor zeigt sehr kenntnisreich ihre Wurzeln im 18. Jahrhundert –, die traditionell einer wenige Familien umfassenden Aristokratie gegenüberstand, gingen in Erfüllung. Mit der Machtübernahme einer neuen, liberal auftretenden Generation, verkörpert in Karl Burger, wurden nun auch in Offenburg die letzten Reste der alten reichsstädtischen, verfilzten Elite abgelöst.

1843 feierten die Offenburger mit dem Verfassungsfest zum letzten Mal gemeinsam die badische Verfassung von 1818. Gleich danach jedoch entbrannte der Machtkampf zwischen den Parteien. Die

Liberalen gewannen nach und nach die Oberhand. Und auch hier wieder waren die Themen seit 100 Jahren identisch: Repräsentation und höhere Partizipation der Bürgerschaft, Rationalisierung der Verwaltung, Transparenz bei den Finanzen, Öffentlichkeit und Versammlungsfreiheit. Rainer Schimpf hatte als Kulturstipendiat der Stadt Offenburg und durch seine Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Offenburg und der Geschichtswerkstatt „Vormärz“ ein optimales Umfeld für seine Arbeit. Das Ergebnis zeigt, wie befruchtend es sein kann, nicht nur allein im stillen Kämmerlein zu sitzen. Denn die Untersuchung zeichnet eindrucksvoll en détail den Politisierungsprozeß einer Kommune zwischen der Französischen Revolution und der Erhebung von 1848 nach. Rainer Schimpf kommt am Schluß zu dem Ergebnis: „Der im Vormärz erreichte hohe Stand der politischen Kultur in Offenburg war zentrale Ursache für die beiden Revolutionsjahre.“

Wolfgang Reinbold

Franz X. Vollmer, Wehrhaft für die Freiheit. Revolution und Volksbewaffnung im Jahre 1848/49 in Stadt und Amtsbezirk Gengenbach, hrsg. v. der Stadt Gengenbach 1998, 17 S.

Die Ortenauer Revolutionsgeschichte ist um eine verdienstvolle Studie reicher geworden. Nach seiner bundesweit beachteten Publikation über den berüchtigten „Demagogensitz“ Offenburg hat der renommierteste Kenner der badischen Revolution mit der Studie über die ehemalige Reichsstadt Gengenbach ein weiteres Stück unbekannter 1848er Geschichte beleuchtet. Dabei orientierte sich der Autor an der in seiner Publikation „Offenburg 1848/49“ vorgenommenen Zweiteilung: zunächst die Schilderung der lokalen Ereignisgeschichte (immer eingebunden in die politischen Großereignisse) und danach eine Zusammenstellung von Kurzbiografien der Gengenbacher Revolutionsteilnehmer.

Vollmers zweite Untersuchung einer mittelbadischen Stadt bringt die Ortenauer Revolutionsforschung ein großes Stück voran, bestätigt sie doch die Erkenntnis, daß die breiten Erfolge der demokratischen Opposition nicht von ungefähr kamen. Wie in den Kinzigstädten Offenburg und Haslach (vgl. M. Hildenbrand), so war letztendlich die Tatsache entscheidend, daß bereits in der unmittelbaren vorrevolutionären Phase (1846– 1848) die mehr oder minder entschieden oppositionellen Vertretern ein Übergewicht in den politischen Gemeindegremien gewinnen konnten. Ebenso gehörten die drei Bürgermeister an der Kinzig diesem Lager an.

Bevor Vollmer auf die Märzbewegung von 1848 eingeht, gibt er Einblicke in die entscheidenden Problemfelder des Vormärz, die er für den Ausbruch der Revolution verantwortlich macht. Parallelen mit Offenburg werden in Gengenbach sowohl bei den Gerüchten um den „Franzosenlärm“ als auch bei den Unruhen beim Heckerzug im April 1848 sichtbar. Beispielsweise probte in beiden Städten die städtische Jugend die sofortige Ausrufung der Republik. Doch während Bürgermeister Gustav Rée sich mit seiner „Offenburger Erklärung“ geschickt aus der Affäre zog, wurde sein Gengenbacher Kollege Ferdinand Ehrhard vom Amt suspendiert. Die folgende militärische Besetzung mußten beide Städte erleiden. Interessant auch die Schilderung der Stimmung und Gefühlslage der Gengenbacher Delegierten nach der Rückkehr von den Offenburger Versammlungen von 1848 und 1849.

Vollmers inhaltlicher Schwerpunkt gilt der Rolle der Gengenbacher Bürgerwehr und ihrer Haltung zur Revolution. Er thematisiert ausführlich die lokalen Vorgänge um die Volksbewaffnung und die Beteiligung der Bürgerwehr während des Volksaufstandes von 1849. Vollmer verfolgt sie bis zu dessen Niederschlagung. Im Kapitel „Nachspiel“ geht der Autor auf die Besatzungs- und Reaktionszeit bis in die beginnenden 1850er Jahre ein.

Der zweite, biografische Teil von F.X. Vollmers neuem Buch verdeutlicht, daß auch in Gengenbach die Mehrzahl der Revolutionsteilnehmer aus der „Mitte der Gesellschaft“ stammten. Die Lebensläufe der demokratischen Frauen und Männer von 1848/49, so bemerkt der Autor im Nachwort, „stehen so vor uns als Vorbilder, aber nicht ohne Schwächen und Fehler.“ Sie seien, „in ihrem Wollen für Freiheit, Einheit und Demokratie ... wenigstens für einen Augenblick über ihre Alltagsprobleme und ihren begrenzten Lebenskreis hinausgewachsen und haben den Einsatz für ein Ideal gezeigt“.

Dr. Wolfgang M. Gall

Gerhard Finkbeiner (Hrsg), Schweighausen im Schuttertal – Ein Dorf in schwerer Zeit – 1938–1948, Aufzeichnungen des Pfarrers Erich Reitingen über die Pfarrgemeinde Schweighausen, Selbstverlag, Schuttertal 1997

Fünfzig Jahre ruhte die von Pfarrer Erich Reitingen verfaßte handgeschriebene Chronik im Archiv der Pfarrgemeinde Schweighausen. Gerhard Finkbeiner, der verdienstvolle Heimatforscher aus dem Schuttertal, entdeckte diesen „Schatz“ und veröffentlichte das Werk mit wertvollen ortsgeschichtlichen und biographischen Ergänzungen.

Die Pfarrchronik beginnt im Juni 1938 und endet am 30.11.1948 – ein Zeitabschnitt größter politischer und sozialer Veränderungen. Pfarrer Reitingen erweist sich als fesselnder Erzähler, der anschaulich und eigenwillig darzustellen vermag, wie sich im Mikrokosmos eines Dorfes die große Geschichte niederschlug. Insbesondere die großen politischen Veränderungen in Hitler-Deutschland kann der Leser, wie im Brennglas gebündelt, im dörflichen Leben erkennen. So ist dieses Buch für die Bürger aus Schweighausen ein lebendiges Geschichtsbuch, in dem sich ihre jüngste Vergangenheit spiegelt.

Darüber hinaus erweist es sich jedoch für die ganze Region als wichtige Geschichtsquelle. Die tage- und wochenbuchartigen Niederschriften haben exemplarischen Charakter. Schweighausen war überall.

Erich Reitinger hat es sich und seiner Pfarrgemeinde nie leicht gemacht. Mit seinen unbequemen Gedanken und Einstellungen, die sich gegen eine allzu leichtfertige Anpassung an den jeweiligen Zeitgeist richten, erregte er damals wie heute Anstoß. Holzschnittartige, schroffe Konturen, geistige Größe und scharfer Intellekt werden sicht- und spürbar. Reitinger gehörte zum erweiterten „Freiburger Freundeskreis“ um den Journalisten Karl Faerber und den Dichter Reinhold Schneider, der sich als politische Opposition zum NS-Regime verstand, ohne jedoch aktiven Widerstand zu leisten. Der rege Gedankenaustausch durch Besuche in Freiburg wie auch durch Gegenbesuche in Schweighausen erklären Reitingers kritische Distanz zum Nationalsozialismus. Guten Gewissens kann man deshalb das Pfarrhaus Schweighausen als stillen Ort passiven geistigen Widerstands bezeichnen.

76 Schwarz-Weiß-Fotos illustrieren die Chronik in hervorragender Weise.

Günter Steuert

Klaus Gras, Kehler Straßennamen und ihre Bedeutung, Offenburg 1998.

Sie ist eine kleine Fundgrube, die Broschüre, die der Hobby-Historiker Klaus Gras erarbeitet hat. Auf 40 Seiten werden sämtliche Kehler Straßennamen erklärt, eine komplette französische Übersetzung der Erläuterungen schließt sich an – eine sicher reiz- und sinnvolle Idee für eine Stadt, die wie wenige andere in Deutschland die praktischen Folgen der über die Jahrhunderte immer wieder schwierigen deutsch-französischen Politik zu spüren bekam und heute durch die unmittelbare Nähe zu Straßburg im Brennpunkt Europas liegt.

Als handliches Heft und mit der Übersetzung kann die Broschüre deutschen und

französischen Einwohnern, aber natürlich auch den Gästen Kehls, interessante Einblicke in die Kehler Stadtgeschichte bieten.

So wichtig dabei die Lebensläufe lokaler Persönlichkeiten sind, die Gras nach fleißigen Recherchen vorlegt – auf manche Daten bedeutender Namen hätte er verzichten können, weil der Leser sie kennt. Dafür wünschte man sich Hinweise auf die geographische Lage der überregional weniger bekannten Partnerstadt Kehls, Montmorency.

Bei der Liebe zur Historie, die Klaus Gras während seiner Arbeit begleitet hat, erhielt man gerne noch mehr Informationen über geschichtliche Hintergründe. Erklären z.B. Wagnerbegeisterung und nationale Gefühle allein, warum man in der Zeit um den Ersten Weltkrieg darauf verfiel, die Straßen eines ganzen Gebietes mit Namen aus dem Nibelungenlied zu benennen?

Weniger an die Adresse des Autors als an die des Verlags richtet sich allerdings ein anderer Kritikpunkt: Man hätte dem Büchlein ein sorgfältigeres Lektorat gewünscht, das den ein oder anderen Satzzeichenfehler oder sprachliche Uneinlichkeiten bzw. Ungenauigkeiten korrigiert hätte. Da heißt die „Gerenotstraße“ ein paar Seiten weiter plötzlich „Gernotstraße“ usw. Und: Gibt es in Kehl wirklich so wenig zu sehen, daß man unter 17 ganzseitigen Fotos zweimal fast das gleiche Motiv wiederverwenden mußte?

Birgit Seitz

Konrad Grimm/Herwig John (Hrsg.), Archiv und Öffentlichkeit. Aspekte einer Beziehung im Wandel. Zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Hansmartin Schwarzmaier. W. Kohlhammer, Stuttgart 1997, 320 Seiten, Kart. 22,- DM = Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg. Serie A, Landesarchivdirektion, Heft 9 =

21 Autoren – auch aus dem Elsaß und Kollegen des mit dieser Festschrift Geehr-

ten gehen das Thema, das Hansmartin Schwarzmaier, den Leiter des Badischen Generallandesarchivs Karlsruhe, während seiner beruflichen Laufbahn besonders beschäftigte, aus unterschiedlichen Blickrichtungen an.

In vier Themenbereichen werden Bilder und Zerrbilder der Institution Archiv in der Vergangenheit, die Dienstleistungen der Archive heute, die Rolle der Archive bei der Bildung, Erhaltung und Nutzung historischen Quellenmaterials und die aktive Bildungsarbeit der Archive anhand praktischer Beispiele und Erfahrungen behandelt.

Dabei geht es nicht nur um die Arbeit und Wirkung der Archive für und in der Öffentlichkeit, sondern umgekehrt auch um die Erwartungen und Ansprüche der Öffentlichkeit an die Archive und an die Tätigkeit sowie das Selbstverständnis von Archiven und Archivaren allgemein.

Dr. Dieter Kauß

Schicksal und Geschichten der jüdischen Gemeinden Ettenheim, Altdorf, Kippenheim, Schmieheim, Rust, Orschweier. Unveränderter Nachdruck der Auflage von 1988 mit 32 Seiten Ergänzungen und Berichtigungen im Anhang. Herausgeber: Historischer Verein für Mittelbaden e.V., Mitgliedergruppe Ettenheim, 487 Seiten, Ettenheim 1997, DM 67,-.

Im Jahrbuch „Die Ortenau“ 1989 wurde dieses umfangreiche Werk bereits ausführlich besprochen, so daß wir hier nur auf die Ergänzungen hinweisen können. Sehr anschaulich berichtet Hedy Epstein, geb. Wachenheimer, ehemals Schülerin im Gymnasium in Ettenheim, von ihren erschütternden Erlebnissen während der „Kristallnacht“ 1938, über das Schicksal ihrer Eltern im Lager Gurs und ihre Ermordung im Vernichtungslager Auschwitz. Sehr beeindruckende Bilddokumente über die Deportation der letzten jüdischen Familien aus Kippenheim am 22.

Oktober 1940 enthält der Aufsatz von Gerhard Finkbeiner. Er hatte die Fotos im Nachlaß des 1995 verstorbenen Wilhelm Fischer entdeckt. Günter Boll veröffentlichte Dokumente zur Geschichte des jüdischen Friedhofes und der Synagoge von Schmieheim aus dem Archiv der reichsritterlichen Familie Waldner von Freudstein, und Jürgen Stude verfaßte eine Würdigung der deutsch-jüdischen Historikerin Selma Stern-Täubler (1890–1981) aus Kippenheim, die 1941 in die USA emigrierte.

Manfred Hildenbrand

Adolf Hirth, Das Saschwaller Buch. Sasbachwalden Gemeindeverwaltung 1997, 232 Seiten, zahlreiche Abb., Leinen.

650 Jahre Sasbachwalden feierte man im Jahre 1997 unter großer Anteilnahme und Mitwirkung der Sasbachwaldener. Obwohl das Jahr 1347 eher ein Datum für den Namenstag dieser Gemeinde war, gibt ein solches Jubiläum heute in der Regel Anlaß zur Schilderung von Geschichte und Gegenwart einer Gemeinde.

Hierbei engagierte sich erneut A. Hirth voll und ganz. Er erstellte eine Ortschronik, ein Heimatbuch, das Saschwaller Buch.

Das fertige Werk bietet zunächst Informationen über die Frühzeit, die Obrigkeit und die Verwaltung der Gemeinde Sasbachwalden.

Es folgt ein Gang durch die Jahrhunderte, der den geschichtlichen Großereignissen folgt und diese auf Sasbach und Sasbachwalden bezieht. Inhaltsreich und aussagekräftig sind hierbei die Passagen über die Wildfänge, über die Dorfordnungen, die Hexerei, über das 18. und 19. Jahrhundert. Der dritte Teil des Buches ist mit „In Dorf und Flur“ überschrieben. In 27 Einzelkapiteln werden dabei die verschiedensten Themen behandelt, von denen die herausragenden hier genannt werden sollen: Auswanderung, Bevölkerungsstatistik, die

Bürgermeister seit 1832, Fremdenverkehr, Gewanne und Gemarkung mit den Flurnamen, Sasbachwaldener Jagd, Landwirtschaft sowie die modernen Gesichtspunkte wie deutsch-französische Partnerschaft, die Entwicklung von Schule und Vereinen. Wasserversorgung und Kraftwerk am Brandbach sind insofern erwähnenswert und wichtig, als das letztere in der Zeit der Inflation errichtet und finanziert wurde.

Ein vierter Abschnitt der Ortschronik beschäftigt sich mit bemerkenswerten Personen zu Sasbachwalden.

Es folgen vier weitere Abschnitte über die Kirchengeschichte, die Burg Hohenrod, die Sagen und über ernste und heitere Begebenheiten.

Quellen und Nachweise zeugen von der intensiven und kundigen Arbeit des Verfassers, von seinem Bemühen, den Quellen nachzugehen und aus der Literatur zu schöpfen. Durch die prägnante Kürze der jeweiligen Kapitel erschließt sich das Buch dem Leser ohne auf ein Register zurückgreifen zu müssen. Die Bebilderung ist zurückhaltend, aber aussagekräftig. Gemeinde und Autor haben für dieses Werk ein Lob verdient

Dr. Dieter Kaufß

Gerhard Kiesow, Von Rittern und Predigern – Die Herren von Gemmingen und die Reformation im Kraichgau. Verlag Regionalkultur Ubstadt-Weiher 1997 – 95 Seiten – ISBN 3-929366-57-6.

Die vorliegende Veröffentlichung kann als ein wohl gelungenes Beispiel einer heimatbezogenen Geschichtsschreibung gewertet werden. So verbirgt sich hinter dem allgemein gehaltenen Titel „Von Rittern und Predigern“ das Schicksal der Herren von Gemmingen mit dem Schwerpunkt ihrer Stellung und Bedeutung bei der Einführung und Vertiefung der Reformation, eingebettet in die Regionalgeschichte und die politisch-religiösen Strömungen in der damaligen Zeit.

Am Beispiel eines Herrengeschlechts untersucht Gerhard Kiesow die zentrale Rolle des niederen Adels in dieser politischen, sozialen und religiösen Umbruchzeit und setzt sich dabei kritisch mit den Thesen der bisherigen Reformations- und Adelforschung auseinander. Er beleuchtet die politisch-dynastischen, wirtschaftlichen Hintergründe der Verbindung zwischen den Kraichgauer Rittern und den frühen lutherischen Predigern; zugleich vermittelt er ein lebendiges Bild von den theologischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in jener bewegten Zeit. Schon das Inhaltsverzeichnis verrät die Liebe zum Detail –, durch zahlreiche Einzeluntersuchungen belegt – dessen Mosaiksteine ein anschauliches Portrait der reformatorischen Verhältnisse im Kraichgau vermitteln. Da es sich um eine Arbeit zur Erlangung des „Magister Artium“ an der Universität Heidelberg handelt, kann wissenschaftliche Tiefe erwartet und bescheinigt werden.

Zahlreiche Bilder und Zeichnungen ergänzen und lockern die Texte auf, denen eine umfassende Quellenliste, wie es sich einer wissenschaftlichen Arbeit gebührt, angefügt ist. Darüber hinaus befähigt ein umfangreiches Literaturverzeichnis zum weiteren, vertiefenden wie ergänzenden Studium der Materie.

Kurt Klein

Michael Kißener, Joachim Scholtyssek (Hg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg. Konstanz 1997.

Die Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ der Universität Karlsruhe hat sich eigentlich zur Aufgabe gemacht, die Widerstandstätigkeit in Südwestdeutschland systematisch zu erforschen und zu dokumentieren. Die bisherigen Veröffentlichungen der seit 1992 bestehenden und unter der Leitung von Rudolf Lill stehenden Forschungseinrichtung des Landes

Baden-Württemberg widmen sich denn auch zum Beispiel dem 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg oder dem Widerstand gegen die Judenverfolgung. 1995 wurde dann als Band 1 der „Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“ zeitgeschichtliche Erinnerungen und Studien mit dem Titel *Widerstand in Europa* publiziert. 1997 schließlich erschien in dieser Reihe der zweite Band: *Die Führer der Provinz*.

In diesem Band stehen erstmals die Täter im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Der Herrschafts- und Verfolgungsapparat vor Ort wird in 26 Beiträgen über insgesamt 33 NS-Führer, Inhaber wichtiger Machtpositionen in Partei und Staat (Gauler, Gestapochefs, Minister, hohe Richter und Beamte), konkret erfaßt. Die Autoren und Autorinnen versuchen, den biographischen Ansatz mit einer mentalitäts- und alltagsgeschichtlichen Dimension zu verbinden. Den Parteikarrieristen und staatlichen Funktionsträgern ist die Erfahrung des Ersten Weltkrieges und das Eintreten für einen genuin deutschen, antiparlamentarischen und im Innern sowie nach außen machtbewußten Staat gemeinsam. Michael Kißener, Geschäftsführer der Forschungsstelle, und Joachim Scholtyseck, Assistent von Lill, betonen in ihrer Einführung die Bedeutung des Buches als Nachschlagewerk zu wichtigen Repräsentanten der „NS-Elite“ in Baden und Württemberg. Darüber hinaus gilt: „Immer [...] wird der Versuch unternommen, den Datenbestand auch im Detail zu sichern und den Lebenslauf unter Berücksichtigung des zeitgeschichtlichen Kontextes und des jeweiligen Erfahrungshorizontes der Person zu betrachten. Dies schließt [...] die gerade im Falle von NS-Biographien notwendige Einordnung der Person in das Gefüge des totalitären Verbrechensstaates und die Bestimmung der individuellen Verantwortlichkeit nicht aus, es impliziert sie vielmehr.“

Die badische NS-Führungsriege etwa war zwischen 30 und 40 Jahre alt, in Baden

geboren, aus bürgerlichem Elternhaus, trat Mitte der 20er Jahre der NSDAP bei, wobei die Motive weder in Arbeitslosigkeit noch sozialer Deklassierung zu suchen sind, sondern vielmehr waren bodenlose Enttäuschung über den Kriegsausgang 1918 und der fanatische Haß auf den Friedensvertrag von Versailles entscheidende Beweggründe. Bei keiner der behandelten Personen kann, so die Autoren, nach 1945 eine „Einsicht in ihre Mitverantwortung in der zwölfjährigen Diktatur“ festgestellt werden. Hingegen hatten sie alle die Reichsdirektiven fleißig und akkurat umgesetzt. Das betrifft insbesondere das Euthanasieprogramm und die Diskriminierung und Vernichtung jüdischen Lebens. Lothar Belz hebt in seinem Forschungsüberblick hervor, daß die Erkenntnis regionaler Besonderheiten zur Überprüfung allgemeiner Erklärungsansätze beitrage. Insofern sei dies ein wesentlicher und zukunftssträchtiger Zweig der NS-Forschung. Dabei grenzt er ausdrücklich diese Art theoriegeleiteter Lokalstudien von einer Vielzahl regionaler Arbeiten ab, die „sich ohne erkenntnisleitende Fragestellung in einem Wust von Details“ verlieren oder „mangels einer kritischen Haltung gegenüber Zeitzeugenberichten fragwürdige Ergebnisse“ liefern.

Die Führer der Provinz bieten auf 850 Seiten exzellente Aufsätze. Der Abschluß eines jeden Beitrages bildet ein Kurzkomentar zur oft dürftigen Quellenlage. Wer wissen möchte, wie und mit welchen Verantwortlichen das NS-System in Baden und Württemberg reibungslos funktionierte, wer sich zudem für die verschiedenen, sich oft genug widersprechenden Motive der aktiven Mitarbeit in der NSDAP interessiert, dem steht nun eine erstklassige wissenschaftliche Publikation zur Verfügung.

Wolfgang Reinbold

Kurt Klein, Burgen, Schlösser und Ruinen: Zeugen der Vergangenheit im Ortenaukreis. Offenburg, Reiff, Schwarzwaldverlag 1997. ISBN 3-922663-8 spiralgeb. – 14,80 DM

Es hat bestimmt noch Platz im Rucksack neben dem Wanderführer, Kurt Kleins Büchlein „Burgen, Schlösser und Ruinen“ mit dem Untertitel „Zeugen der Vergangenheit im Ortenaukreis“. Und da gehört es auch hin, werden wir doch bei Fahrten oder Wanderungen von markanten Punkten, zu denen Burgen, Schlösser und Ruinen vor allem zählen, magisch angezogen. Oder noch besser: Man bezieht das romantische Ziel in die Vorbereitung ein, weil Entdeckerfreude nun einmal erst dann vollkommen wird, wenn ein Minimum an Wissen vorhanden ist.

Bislang haben sich vor allem Historiker und die Verfasser von Ortschroniken mit den steinernen Zeugen der Vergangenheit befaßt, fleißig, gewissenhaft und umfassend. Zu umfassend oft für den Ausflügler oder Wanderfreund. Kurt Klein nun hat in seinem 18. (Achtzehnten!) Buch das rechte Maß, das aussagekräftige Wort und Bild gefunden, um eine Ortenau-Anthologie gewissermaßen „von Burges Zinne aus“ zu schaffen, die unsere Region als historische Landschaft mit ganz eigenem Charakter ausweist.

Der Heimatpreisträger des Ortenaukreises wollte sich, so seine eigenen Worte, mit dieser Veröffentlichung des Preises würdig erweisen. Das war, nebenbei gesagt, nicht vonnöten. Kurt Klein hat den Nachweis für Heimatkenntnis und -liebe längst in vielfältiger Weise erbracht. Aber er hat auch hier wieder einmal gezeigt, wie vorzüglich er es versteht, seinen Mitmenschen die Schönheiten der Heimat auf seine unverwechselbare Weise nahezubringen. Natürlich konnte sich der Verfasser auf frühere Veröffentlichungen, nicht zuletzt auf die Burgenbände des Historischen Vereins für Mittelbaden, stützen. Aber wer, wie er, die Heimatlandschaft so intensiv „erfährt“ und erwandert, weiß nicht

nur darüber zu schreiben, was „war“, sondern auch über das „Ist“. Man kann sich ihm also unbesehen anvertrauen, wenn ein Burgberg krönender Abschluß oder Höhepunkt einer Fahrt oder Wanderung sein soll.

Wer „seine Burg“ in der alphabetischen Abfolge nicht gleich finden sollte, kann sich der übersichtlichen Bildkarte auf der vorletzten Doppelseite des Bändchens bedienen. Alles in allem: 100 Schlösser, Burgen und Ruinen auf 130 Buchseiten sind ein kleiner Schatz, der bereits gehoben ist und dessen Gehalt an Information, Entdeckerfreude und romantisch-nostalgischer Rückbesinnung dem aufgeschlossenen Leser und Betrachter einmal mehr die Heimat nahebringen kann.

Erich Hermann

Georg Schmidt-Abels, Geheimnisvolle Plätze in der Ortenau. 192 Seiten, gebunden, mit 77 farbigen Fotografien des Autors. Waldkircher Verlag, Waldkirch 1997, DM 29,80.

Auch dieses Bändchen ist ein Wanderburch, Taschenformat und einfache, aber präzise Wegangaben sprechen dafür. Die Auswahl der „Plätze“, bekannte und beliebte Ausflugsziele in der Vorbergzone und im Schwarzwald, vom Kloster Wittichen bis zum Turenne-Denkmal in Sasbach, vom Teufelstein bei St. Roman bis zum Karlsruher Grat – die Ebene, das Hanauerland bleiben weitgehend unentdeckt – offenbart die Zielgruppe. Vorzüglich eignet sich das handliche, klar gegliederte Werkchen zur Vorbereitung einer Wanderung, zu vielfältig erweisen sich die Informationen, zu einnehmend wirkt die Sprache, als daß sich dem Eiligen die Reize der Darstellung erschließen könnten. Kaum ein Interessensgebiet läßt die Beschreibung aus. Bewuchs und Bäche, Wälle und Wege, Burgen und Kapellen, Kelten und Römer, Alemannen und – darauf sei besonders verwiesen – Menschen der mythischen Vorzeit. Natürlich immer

wieder Sagen, als Beispiele der Volkskunst, als unterhaltsame Geschichten, aber auch als Hilfen, in die „Geheimnisse“ einzudringen. In dem Kapitel „Vom Schloß Staufenberg ... zum St. Wendel“ (im Renchtal) erzählt der Verfasser von mindestens 17 „außergewöhnlichen Ereignissen“, sehr spannend, wie er dazwischen allgemeinverständlich, aber wissenschaftlich korrekt, die notwendigen Sachklärungen gibt. Fairerweise, auch das sei hervorgehoben, flicht er elegant die Namen seiner vielen Gewährsleute in den Text ein und bietet so über die eigentliche Intention hinaus zusammen mit dem umfangreichen Literaturverzeichnis eine Bestandaufnahme literarischer Rezeption Ortenauer Kulturgutes an. Allerdings bleibt Schmidt-Abels nicht bei der Wiedergabe bereits gefundener Erkenntnisse stehen, in eigenen Recherchen versucht er noch unerklärte Dinge zu enträtseln.

Wen das Bändchen auch mit seinen vielen interpretierenden Farbaufnahmen nicht zu den vorgestellten Schönheiten zu locken vermag, der wird auch als Stubenhocker seine Freude daran haben.

Karl Maier

Ludwig Lauppe, Burg, Stadt und Gericht Lichtenau. Eine heimatgeschichtliche Rückschau. Herausgegeben von Lisbeth Lauppe, Dr.-Ing. Wilhelm Lauppe und Ludwig Uibel. 2. Auflage, erweitert mit einem Anhang, der 12 heimatgeschichtliche Beiträge von Ludwig Uibel enthält. Bühl 1998.

Die angezeigte Geschichte von Lichtenau wurde von drei seiner Verwandten der heutigen Generation neu herausgegeben. Als das Werk 1984 zum ersten Mal erschien, hat es Carl Helmut Steckner in unserem Jahresband 65 besprochen und das Buch in seiner wissenschaftlichen Bedeutung neben die „Geschichte des badischen Hanauerlandes“ des berühmten Johannes

Beinert gestellt. Steckner hebt als besonderen Vorzug die reichhaltige Wiedergabe von Quellen verschiedenster Art hervor.

Die zweite Auflage bringt einen am ursprünglichen Manuskript Lauppes überprüften Text, der auch durch ein Sachregister für den Leser leichter erschließbar gemacht wurde.

Ludwig Uibel erweitert den Umfang der 1. Auflage durch eine Reihe seiner vorzüglichen Aufsätze, die er bereits in unseren Jahrbänden veröffentlicht hat. Damit wird naturgemäß der kontinuierliche Bericht des Geschehens aufgegeben; an seine Stelle treten isolierte Einzelbeiträge, die sich intensiv bestimmten Themen widmen (Vornamen, Pflanzennamen, Rheinkorrektur, Rheingrenzvertrag, Kleindenkmäler, Fünfheimburgerwald, Hungerkrisen, Auswanderer, Verwaltungsprobleme u.a.).

Da sich auch der zweite Teil eng an Quellen hält, bietet der Band inhaltlich und methodisch eine breite Grundlage zur Erforschung nicht nur Lichtenaus und des Hanauerlandes.

Karl Maier

Hans-Martin Pillin, Achern – Eine Stadt und ihre Geschichte, Band I: Die Geschichte Acherns und Oberacherns von den Anfängen bis zum Scheitern der Badischen Revolution im Jahre 1849. Acheron Verlag, Wolfgang Winter, 77855 Achern.

„Der Ortsname ‚Achern‘ in der ältesten überlieferten Schreibweise ‚Acchara‘ aus dem 11./12. Jahrhundert ist althochdeutschen Ursprungs und setzt sich aus dem Grundwort ‚ach‘ und dem Suffix ‚ara‘ zusammen. Die indogermanische Wurzel, die im lateinischen Wort ‚aqua‘ enthalten ist, wurde in der althochdeutschen Sprache zu ‚aha‘ und bedeutet soviel wie, Wasser, Fluß. Im Suffix steckt wohl die indogermanische Wurzel ‚ro‘ (griech.: rheo) und bedeutet ‚fließen‘. Folglich

dürfte Achern heißen: „Ort an einem fließenden Wasser bzw. an einem Fluß.“

Dergestalt umreißt der Historiker Dr. Hans-Martin Pillin in seinem neuesten Geschichtswerk „Achern – Eine Stadt und ihre Geschichte“, Band I, die Herkunft und Bedeutung des Namens der Stadt Achern in der nördlichen Ortenau. Etwas mehr als zwei Jahre hat Dr. Hans-Martin Pillin an diesem Geschichtswerk gearbeitet, hat in Archiven gesucht, Quellen auf ihre Glaubhaftigkeit und Verwertbarkeit hin überprüft und bestehende wissenschaftliche Arbeiten zur Vervollständigung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse miteinbezogen.

Es ist dabei ein lebendiges Geschichtswerk entstanden, das von den archäologischen Funden in Achern und Oberachern, vom Frühmittelalter über das Mittelalter bis hin zur Neuzeit in die Zeit der Revolution von 1848/49 reicht, in der sich in Achern idealtypisch die revolutionären Ereignisse in Deutschland in Form von öffentlichen Diskussionen und spezifischen Reaktionen nachvollziehen lassen.

So widmet sich eines der ersten Kapitel denn auch der Spurensuche im Mittelalter, detailliert und fundiert werden alle Quellen zusammengetragen, die das Bild der späteren Stadt Achern abrunden und einen Einblick in die feudalen Strukturen des Mittelalters, in wechselnde Besitzverhältnisse, in das rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Gemeinde gestatten. Die Acherner Besitzungen verschiedener Klöster, Achern als Teil der Sasbacher beziehungsweise der Großweierer Mark, Organisationsformen bäuerlicher Wirtschaft und Bodennutzung im mittelalterlichen Achern sind Themen. Mit Achern beziehungsweise Niederachern und Oberachern sind dabei immer die beiden Schauplätze der heutigen Stadt Achern im Blick. Reformation und Absolutismus, die Zeit der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts und der Restauration im 19. Jahrhundert bilden die Schwerpunkte, bevor die Revolu-

tionsjahre 1948/49 in der großherzoglich-badischen Amtsstadt Achern und in der Gemeinde Oberachern Höhepunkt und Abschluß des ersten Bandes der Acherner Stadtgeschichte bilden.

Was an Pillins Geschichte der Stadt Achern – wie übrigens auch an seinen anderen Werken zur Orts- und Regionalgeschichte, beispielsweise zu Renchen oder Oberkirch – auffällt. Es ist keine Kirchtumsgeschichte, sie verliert sich nicht in Historien oder gar Histörchen, sondern sie läßt immer wieder den Blick auf das Ganze der Geschichte zu. Wenn auch die detaillierte Geschichte über die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse im Acherner Raum auf den ersten Blick etwas ausführlich erscheint, so wird demjenigen, der sie mitverfolgt, sehr bald klar, daß er sich mitten in deutscher Reichsgeschichte befindet, und so wie sich Feudalverhältnisse im kleinen Achern und Oberachern abgepielt haben, spiegeln sie die Verhältnisse in der Reichslandvogtei Ortenau wider und lassen Rückschlüsse auf die Feudalherrschaft des Hochadels im Reich zu. Nimmt man an anderer Stelle das Aufbegehren der Acherner gegen den verhaßten Acherner Herrschaftsvogt Fabert in Form eines Beschwerdekataloges an die Adresse Kaiser Josef II. in Wien im Jahre 1786, so läßt sich, sogar ohne Problem der Bogen zur Literatur zum ebenso verhaßten habsburgischen Landvogt Geßler in Schillers „Wilhelm Tell“ schlagen, und es wird deutlich, daß es auch in Achern einmal hieß: „Als Achern noch bei Östreich war ...“

Es ist ein Verdienst der Pillinschen Stadtgeschichte Acherns, daß Brücken von Epoche zu Epoche geschlagen werden, und es sei angemerkt, daß der Historiker Dr. Hans-Martin Pillin sich keinesfalls nur der Herrschaftsgeschichte widmet. Immer auch findet die Sozialgeschichte gleichermaßen Raum, werden Nöte der einfachen Bevölkerung in wirtschaftlichen Notzeiten, in Kriegszeiten und in Zeiten des Umbruchs lebensnah vermittelt.

Verdienst ist auch, daß die Geschichte der Stadt Achern durch den Stil ihres Autors zum interessanten Lesestoff wird und nicht einfach nur trockene historische Materie ist, obwohl sie wissenschaftlichen Ansprüchen unbedingt gerecht wird. Der lebendige Schreibstil wird dadurch unterstützt, daß der Gestaltung des Buches besondere Aufmerksamkeit gewidmet ist. Dokumentarisches Material und eine ausgesuchte, sachgerechte Bebilderung wirken dem Eindruck von Textwüsten entgegen und veranschaulichen die geschichtlichen Ausführungen.

Berthold Gallinat

Hartmut Riehl, Burgen und Schlösser im Kraichgau, Verlag regional-kultur 1997, Ubstadt-Weiher, 120 Seiten, ISBN 3-929366-51-7.

In steigendem Maße finden die Burgen und Schlösser unserer Heimat auch bei den Menschen unserer Tage Interesse und Aufmerksamkeit. Dieser Tatsache kommt Hartmut Riehl mit seiner ansprechenden Veröffentlichung über die „Burgen und Schlösser im Kraichgau“ entgegen. Schon das Inhaltsverzeichnis belegt, daß die Lande zwischen der Rheinebene und dem Neckar, dem Odenwald und den Ausläufern des nördlichen Schwarzwaldes mit diesen Bauwerken übersät sind. Gleichzeitig dokumentiert die Aufzählung die Vielzahl der kleinen Herrschaftsgebiete. Während zahlreiche Geschlechter in der Bedeutungslosigkeit versunken sind, erzählen ihre Adelssitze noch von der geschichtsträchtigen Landschaft des Kraichgaus.

Der Autor unterteilt seine Darstellung in vier Regionen, der er je eine Ortsskizze zur Lokalisierung der einzelnen Burgen und Schlösser beifügt. Nach einer historischen Grundlegung werden die einzelnen Objekte vorgestellt. Dabei bestechen die kurzen, prägnanten Zusammenfassungen, die dem Leser die wichtigsten Daten und Hinweise vermitteln, aber auch, wenn an-

gezeigt, kunstgeschichtliche Anmerkungen anbieten. Verschiedentlich weitet die Liebe zum Detail die Beschreibungen. Ein ausgesuchtes Bildmaterial und Planskizzen, teils farbig, teils schwarzweiß, historisch oder aktuell – ergänzen vortrefflich das geschriebene Wort. Ebenso spiegeln sie die Schönheit der Hügellandschaft der „Badischen Toscana“ wider und nähren den Wunsch, die Gutshöfe, schloßartigen Herrenhäuser, die Burgen und Schlösser vor Ort kennenzulernen. Manche Bilder erläutern auch die Technik und Kunst des wehrhaften Burgenbaus.

Wer sich tiefer mit den angeführten Bauten beschäftigen möchte, dem steht im beigefügten Literaturverzeichnis genügend Material zur Verfügung. Vermerkt sei auch, daß das Buch zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung anregen kann, sei es durch das Lesen, Aufsuchen zu Fuß oder mit dem Auto, dem Besichtigen und Informieren in der Natur als Zeichen der Heimatliebe. Auch in dieser Hinsicht zeichnet sich die Herausgabe als ein bemerkenswerter Beitrag zur Kultur und Geschichte des Kraichgaus dar. Dem Verfasser ist ein guter Wurf gelungen!

Kurt Klein

Werner Scheurer, Pfarrkirche St. Afra Mühlenbach, Kunstverlag Josef Fink, Lindenberg 1997, 33 Seiten, DM 5,-

Der neueste Kirchenführer von Werner Scheurer stellt wieder eine profunde wissenschaftliche Leistung dar und weist seinen Verfasser als einen der besten Kenner der Kinzigtäler Kirchengeschichte aus. Mit vielen Irrtümern, mit denen bisher die Geschichtsschreibung über die Mühlenbacher Kirche und Pfarrei behaftet war, räumt Scheurer auf. Daß Mühlenbach erst 1650 eine selbständige Pfarrei geworden sei, konnte man in der bisherigen Literatur lesen. Aus den ältesten Kirchenrechnungen fand Scheurer jedoch heraus, daß es bereits 1586 (wahrscheinlich aber auch

schon früher) eine selbständige Pfarrei Mühlenbach mit dem Pfarrer Zacharias Daub gab. Bisher stand in der Literatur auch, daß die Mühlenbacher Kirche 1741 abgebrannt sei. In Wirklichkeit, das kann Scheurer nachweisen, wurde sie abgerissen, weil sie zu klein war. Die Pläne für den Neubau der Barockkirche in Mühlenbach 1741/43 wurden vom Vorarlberger Barockbaumeister Johann Jakob Häring gefertigt. Auch dies ist eine Entdeckung Scheurers, die bisher nicht bekannt war.

Der neue Mühlenbacher Kirchenführer zeichnet nicht nur die Geschichte des Gotteshauses in Mühlenbach nach, sondern gibt auch Aufschluß über die Geschichte des Dorfes, das 1280 erstmals als „Milinbach“ urkundlich erwähnt wird. Wir erfahren Einzelheiten über den römischen Altarstein der Göttin Diana Abnoba, der 1778 nach einem großen Hochwasser auf dem Grundstück des Mühlenbacher Pfarrhofes gefunden wurde. Die Legende der Kirchenpatronin St. Afra wird erklärt, die verschiedenen Baumaßnahmen von 1512 bis 1743 werden detailliert geschildert. Eingehend wird die Kirchenrenovation durch Pfarrer Severin Beck im Jahre 1891 beschrieben. Das heutige Erscheinungsbild der Mühlenbacher Kirche wird durch die Kirchenerweiterung 1959–1966 geprägt. Interessante Details erfährt man über die zehn Apostelbilder des Haslacher Malers Bernhard Melchior Eisenmann (1717–1772), die seit 1983 wieder in der Kirche hängen. Auch das Hochaltarblatt stammt vom selben Künstler. Über die Geschichte der beiden auf der Mühlenbacher Gemarkung befindlichen Kapellen, jener auf dem Flachenberg sowie jener im Windenbach, wird man ebenfalls informiert.

Mit dem Format weicht man von dem bislang bei Kirchenführern üblichen ab und bietet ein sehr attraktives Büchlein im Taschenbuchformat, das vor allem auch durch seine zahlreichen herrlichen Farbaufnahmen besticht.

Manfred Hildenbrand

Rudolf Schieffer, Die Karolinger, Stuttgart–Berlin–Köln ²1996 (Urban-Taschenbücher, Bd. 411), Verlag W. Kohlhammer, 268 Seiten.

Die Entwicklung des *regnum Francorum* zeigt sich aufs engste verknüpft mit der Geschichte ihres zweiten Herrscherhauses, der karolingischen Familie, der nachgesagt wird, sie habe „Europa gemacht“ (Pierre Riché). Mit der Erhebung der frühesten bekannten Vorfahren Karls des Großen über die gesamte fränkische Führungsschicht im 7. Jahrhundert beginnt die Geschichte der karolingischen Herrschaftsdynastie. Karl Martell und vor allem Pippin der Jüngere verschafften dieser Vormacht im 8. Jahrhundert die Geltung, die 751 zur endgültigen Verdrängung der bisherigen Königsdynastie führte und 800 in der Erneuerung des westlichen Kaisertums durch Karl den Großen gipfelte. Den Bestand dieses Großreiches gegen äußere und innere Bedrohung zu sichern, zeichnet die Bemühungen des 9. und 10. Jahrhunderts aus. Die Geschichte und Geschehnisse dieser Familie aufzuzeigen, ist Ziel des vorgestellten Taschenbuches. Beginnend mit dem „Vorspiel im 7. Jahrhundert“ endet das Buch mit dem Kapitel über „Die letzten Karolinger“ im 10. Jahrhundert. Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens von vier Jahrhunderten widmet sich Schieffer in zehn weiteren Kapiteln vor allem den jeweiligen Generationen der Karolingerfamilie. Durch dieses genealogische Ordnungsprinzip wird die Bedeutung, die der männlichen dynastischen Erbfolge für die Erhaltung der Macht zukam, deutlich aufgezeigt. Der Machterhalt war wesentlich abhängig von der Stärke bzw. Schwäche, die der jeweilige Personenbestand des Herrschaftshauses in sich barg. Krisen gab es jeweils dann, wenn unausgetragene Divergenzen in der Erbfolge vorherrschten. So wird deutlich, wie sehr im karolingischen Zeitalter die persönlichen Bindungen und noch nicht abstrakte Institutionen die politische Ordnung bestimmten. Darüber hinaus ermög-

licht das genealogische Ordnungsprinzip auch eine Gesamteinsicht in die Geschichte der karolingischen Herrschaft sowohl im Westfränkischen als auch im Ostfränkischen Reich sowie in Lothringen.

Das in zweiter Auflage im darstellenden Text unverändert – in einem Nachtrag wurden neuere wissenschaftliche Darstellungen ergänzt – vorliegende Taschenbuch zeichnet sich durch unpräzise und verständliche Sprache aus. Die solide und systematisch aufbereiteten Informationen zur Ereignis- und Personengeschichte ermöglichen einen Einblick in die Problematik der Herrschaftsgeschichte im *regnum Francorum* vom 7. bis zum 10. Jahrhundert, wobei vor allem die verfassungsgeschichtliche Tragweite des dynastischen Prinzips zu Tage tritt. Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte bleiben weitgehend unberücksichtigt. Die knappe, aber durchwegs instruktive Darstellung, wird vervollständigt durch eine umfangreiche Auswahl der wichtigsten Quellen sowie älterer und neuerer Sekundärliteratur zum Thema. So ist das Buch, wie es die Konzeption der Urban-Taschenbuchreihe erwarten läßt, vor allem für geschichtlich interessierte Laien und Studierende geeignet, ermöglicht aber auch im wissenschaftlichen Diskurs interessante Einblicke in die Bedeutung der Personenverbände im früheren Mittelalter.

Dr. Stefan Schipperges

Wolfgang Schmierer/Bernhard Theil, Übersicht über die Bestände des Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Kabinett, Geheimer Rat, Ministerien 1806–1945 (E-Bestände). Stuttgart W. Kohlhammer 1997, 170 Seiten = Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 33 =

Die gebotene Beständeübersicht aus dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart will den Nutzern eine erste Orientierung über vorhandene Quellen und die Fundmittel dazu vermitteln.

Die vorliegende Übersicht ist eine Neubearbeitung der im Jahre 1972 bereits erschienenen Ausgabe. Die Bestände wurden in der Zwischenzeit nochmals überarbeitet und mit neuen Zugängen bereichert. Künftige Veränderungen wird es bei diesen Beständen nicht mehr in großem Umfang geben, so daß eine Herausgabe dieser Beständeübersicht zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll und zu rechtfertigen ist.

Sie umfaßt und erschließt Akten des Königlichen Kabinetts (1806–1918), des Geheimen Rats (1816–1911), des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten (1806–1920), des Staatsministeriums (1876–1945), des Innenministeriums (1806–1945), des Kultusministeriums (1806–1945) und des Finanzministeriums (1806–1945). Es folgen die Bestände des Kriegsministeriums (1806–1871), sowie die des Justizministeriums (1806–1934), des Arbeitsministeriums (1918–1926), des Ernährungsministeriums (1918–1926) und des Wirtschaftsministeriums (1926–1945). Ein kombiniertes Sach-, Personen- und Ortsregister ist für die erste Suche hilfreich.

Dr. Dieter Kaufß

Oswald Schoch, Von verschwundenen Waldgewerben im Nordschwarzwald. Beispiele aus dem Oberen Enztal. Neuenbürg (1994), 163 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Leinen.

Überall in den Mittelgebirgen prägten wie auch im Enztal des nördlichen Schwarzwaldes die Waldgewerbe das Leben der Bewohner. Die verschwundenen Waldgewerbe interessieren dabei heute ganz besonders, haben sie doch eine Vielzahl von Objekten hinterlassen, die sich uns nur schwer erschließen.

Wohl kaum ein Verfasser ist für die verschwundenen Waldgewerbe so kundig und zu schreiben prädestiniert wie O. Schoch. Ehemals Forstdirektor in Enzklösterle, erweist er sich nicht nur als ausgewiesener Forstwirtschaftler, sondern auch

als exquisierter Kenner der Waldgewerbe in Theorie und Praxis. Zudem war er ein leidenschaftlicher Sammler und Bewahrer auf diesem Gebiet. Schließlich erwies er sich auch als behutsamer und innovativer Museumsmann in Sachen alter Waldgewerbe. So wird jeder interessierte Leser reichlich profitieren, wenn er sich von O. Schoch über die Flößerei, das Wiedendrehen, das Holzriesen, die Köhlerei, die Harzerei, das Kienrußbrennen, Teerschwelen und Pottaschesieden sowie über die Salpetergewinnung informieren läßt. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen hat er es nun leicht, sich vor Ort um diese verschwundenen Waldgewerbe zu bemühen und diese sachkundig zu präsentieren und zu vermitteln.

Dr. Dieter Kauß

Martina Schröder, Freilichtmuseen in Baden-Württemberg. Entstehung. Entwicklung. Wirkung. Tübingen. Tübinger Vereinigung für Volkskunde 1997, 363 Seiten, zahlreiche Abb. Paperback = Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen. Band 86 = ISBN 3-925340-98-X.

Die im Jahre 1995 in Tübingen angenommene Dissertationsschrift wurde eineinhalb Jahre später veröffentlicht. Sie basiert auf dem Stande von 1994 und wurde drei Jahre später in einer Zeitsituation veröffentlicht, in der alle in dieser Schrift artikulierten Fragen und Probleme der Freilichtmuseen noch drängender wurden. Gleichzeitig ist alles noch mehr im Fluß als im Jahre 1994.

Die Autorin beginnt mit der wissenschaftlichen Forderung an die Freilichtmuseen, Identität, d. h. kulturelle und territoriale Orientierung zu vermitteln. Als solche sind sie kulturhistorische Museen, die Zeugnisse der Vergangenheit als gesellschaftliche Identitätsangebote zeigen.

Die Realität in Südwestdeutschland erbrachte in der ersten Hälfte des 20. Jahr-

hunderts kein Freilichtmuseum. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in Baden-Württemberg Freilichtmuseen im gesellschaftlichen und kulturpolitischen Kontext. Heute werden diese als regionale Freilichtmuseen sehr stark als eine Aufgabe der Kulturpolitik gesehen und gefördert. Sie sollen regionale Kulturzentren sein.

Die regionalen Freilichtmuseen in Baden-Württemberg entwickelten sich dabei seit 1964 von Archiven ländlicher Baukultur aus der Denkmalpflege heraus zum Lernort für Alltagsgeschichte.

Die Standorte in Gutach, Kürnbach und Wolfegg werden dabei den Architekturmuseen zugeordnet, die von Wackershofen, Neuhausen, Gottersdorf und Beuren den kulturgeschichtlichen Forschungszentren. Dabei werden Erfolge und Defizite geschildert.

Ganzheitlichkeit und Belebung werden sodann als inhaltliches, didaktisches und pädagogisches Prinzip in Freilichtmuseen untersucht und in allen Einrichtungen abgefragt.

Schließlich steht als ein zusammenfassendes Ergebnis fest: Die baden-württembergischen Freilichtmuseen haben mit ihrer differenzierten und mehrdimensionalen Erforschung der ländlichen Kulturgeschichte erste Schritte für eine historische Standortbestimmung geleistet. Um eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe zu erreichen, müssen sie in Zukunft bei der Dokumentation des ländlichen Alltagslebens stärker als bisher sowohl das Eigene und Vertraute als auch das Fremde, das Bruchstückhafte, Unverständliche und nicht mehr völlig rekonstruierbare der Vergangenheit thematisieren ... Darüber hinaus müssen sie die Interregionalität der ländlichen Geschichte und den Zusammenhang mit den zeitgeschichtlichen Strukturen herausarbeiten. Identität muß in ihrer historischen Entwicklung sichtbar werden (S. 284).

Durch eine differenzierte, spannende wie unterhaltsame Darstellung von bekannten

und unbekanntem Aspekten der Vergangenheit können die regionalen Freilichtmuseen Baden-Württembergs eine wichtige Rolle für die kulturelle Entwicklung im ländlichen Raum spielen (S. 285).

Im Anschluß an diese Überlegungen bietet die Autorin Materialien zu den Freilichtmuseen (Träger, Personal, Hauslandschaft, Museumsdidaktik Verkauf, Veröffentlichungen und Besucherzahlen), ein detailliertes Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein erschließendes Sach-, Personen- und Ortsregister.

Anhand des letzteren wäre es nun interessant, etwa Aussagen über das Schwarzwälder Freilichtmuseum als Auslöser dieser Entwicklung zu machen und dieses meistbesuchte Freilichtmuseum in das angebotene Kulturwissenschafts-Konzept einzuordnen. Dieses aber erscheint, gemessen an der Entwicklung und an der Realität, als zu hoch angesiedelt. In neuester Zeit ist es auch anderen Gegebenheiten etwa Finanzierungsfragen, Freizeitgestaltungsproblematik stärker ausgesetzt als früher.

Dr. Dieter Kauf

Bruno Schwalbach, Erzbischof Conrad Gröber und die nationalsozialistische Diktatur. Karlsruhe: Badenia 1986, 288 Seiten, Broschur. ISBN 3-7617-0234-5, 48,- DM.

ders.; Erzbischof Conrad Gröber und die deutsche Katastrophe. Karlsruhe: Badenia 1994, 344 Seiten, Broschur. ISBN 3-7617-0308-2.

Der 50. Todestag von Erzbischof Conrad Gröber (1872–1948) im Jahre 1998 war für den Verlag Anlaß, zwei Bücher in den Vordergrund des Interesses zu rücken, die bereits 1986 und 1994 erschienen waren. Ihr Inhalt und ihre Aussage lauten: Wie kaum ein anderer deutscher Bischof hat Conrad Gröber die ganze Spannweite kirchlichen Verhaltens während des Dritten, Reiches verkörpert: 1933/34 ist er

dem nationalsozialistischen Regime weit entgegengekommen; aber seit 1935/36 trat er als unbeugsamer und furchtloser Gegner des Dritten Reiches, besonders der nationalsozialistischen Weltanschauung, auf. In der Fuldaer Bischofskonferenz stand er von da an im Mittelpunkt jener Bischöfe, die einen harten Kurs gegenüber dem nationalsozialistischen Regime vertraten. Ohne Schonung der eigenen Person verteidigte er bei jeder sich bietenden Gelegenheit den katholischen Glauben und die Rechte der Kirche.

Mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur schlug die Stunde der Kirchen, die nahezu aus dem öffentlichen Leben verdrängt und auf den Raum des Gotteshauses verwiesen waren. Die kirchlichen Repräsentanten mußten Öffentlichkeitsaufgaben in bisher nicht gekannter Weise übernehmen. Erzbischof Gröber blieben nur knapp drei Jahre bis zu seinem Tod, um an der Beseitigung des vom Nationalsozialismus angerichteten geistigen, moralischen und materiellen Schadens mitzuwirken. Rastlos war er tätig.

In diesen beiden Büchern vertraut der Verfasser auf das kritische Urteil der Leserinnen und Leser, indem er diese mit zahlreichen Quellen – besonders im zweiten Band – konfrontiert, an die sie sonst nur auf dem Weg über wissenschaftliche Bibliotheken oder Archive gelangen.

Andererseits läßt sich bei dem Verfasser eine gewisse apologetische Geschichtsschreibung nicht ganz verleugnen. „Aufgabe dieser Arbeit war es, einer in so unterschiedlicher historischer Beleuchtung stehender Gestalt wie derjenigen Conrad Gröbers ... die verdiente gerechte Würdigung zuteil werden zu lassen“ (1986, S. 181). „Conrad Gröber wollte nie ein politischer Bischof sein. Vielmehr war sein Ideal das des schlichten Volksbischofs. In erster Linie war er Seelsorger. Seelsorge war für ihn die ‚Kunst der Künste‘. Darin lag seine Stärke“ (1994, S. 105).

Dr. Dieter Kauf

Hartmut Stüwe, Kehl im Dritten Reich. – Stadtgeschichte 1933 bis 1945. Stadt Kehl am Rhein 1997.

Die Kehler Stadtgeschichte 1933 bis 1945 von Hartmut Stüwe, die Dokumentation des Stadtarchivs Kehl zu der Ausstellung „Kehl im Dritten Reich“ im Hanauer Museum 1995/96, ist nun 1997 erschienen. Und das, obwohl es, so Hartmut Stüwe in seinem Vorwort, ein gravierendes Quellenproblem gibt: Kehl hat während des Zweiten Weltkrieges in „besonderem Ausmaß“ wichtige Akten und Dokumente verloren. Durch diesen Umstand kommt den Zeitzeugen – Dieter Fessler, Walter Fuchs, Oskar Gebert, Klara Klotter, Ilse Noel, Helmut Schneider, Hans Sommer, Günther Zeeb und Erich Zürcher – und den privaten Leihgebern eine große Bedeutung für die Überlieferung zu. Ein von der Gestapo bei der Durchsuchung der Wohnung des Lehrers Lazarus Mannheimer beschlagnahmter Brief etwa ist bis heute das einzige bekannte Zeugnis der Reichskristallnacht in Kehl.

„Kehl im Dritten Reich“ besticht durch die vielen Fotoaufnahmen, die – mehr als Texte dies leisten könnten – so etwas wie eine Atmosphäre von der Machtergreifung 1933 bis zur französischen Besatzung 1945 vermitteln. Insbesondere Gruppenaufnahmen von Klassenausflügen, Sportmannschaften oder Teilen von U-Boot-Mannschaften beim Sonnen an Deck suggerieren eine friedliche Normalität, die jedoch von den martialischen Bildern der Aufmärsche und Hakenkreuzfahnen schnell in den alles beherrschenden militaristischen Kontext eingeordnet werden können. Was diese Fotos auch zeigen: Ein großer Teil des Lebens lief äußerst reglementiert in der Gruppe ab, Individualität war unerwünscht.

Die Texte – sowohl die Begleittexte als auch die Aussagen der Zeitzeugen – bestechen durch ihre prägnante, direkte Sprache, die die einzelnen Aspekte der Machtergreifung und Herrschaft der Nationalsozialisten in Kehl auf den Punkt zu

bringen vermag. Besonders erwähnenswert erscheinen mir drei Kapitel. Da ist zum einen die Schilderung des Werdegangs von Emil Gärtner, dem selbsternannten „Löwen vom Hanauerland“. Dieses treue NSDAP-Mitglied von vor 1930 brachte es als Propagandaredner und Kreisrat bis zum Leiter des Kreisschulamtes der Haupt-, Mittel- und Volksschulen des Kreises Kolmar. Der miserable Pädagoge, notorische Erpresser und „Verführer“ von Schulleitersgattinnen war zuallererst ein Schlägertyp. Seinen Parteifreunden galt er jedoch als „rechter Kerl“ und „guter Kamerad“. Solche Leute handelten auch ohne direkte Befehle von oben. Glücklicherweise kam er nach 1945 im Schuldienst nicht mehr unter.

Da ist zum anderen der Fall des Schuldirektors Friedrich Grundel, der nach 1933 zunächst versuchte, den Unverschämtheiten führender örtlicher Parteimitglieder öffentlich Paroli zu bieten. Entgegen einer weitverbreiteten Legende riskierte er nicht gleich seine Freiheit, sondern allenfalls einen Karriereknick. Er wurde nämlich zum Lehrer in Pforzheim, dann Freiburg ‚degradiert‘. Noch 1945 rehabilitiert, erhielt er in demselben Jahr die Ernennung zum Direktor des Freiburger Rotteckgymnasiums.

Schließlich zeigen die abscheulichen Maßnahmen, die am 10. November 1938 bei der Judenverfolgung, also noch Jahre vor dem Holocaust, in Kehl ergriffen wurden, wie unmenschlich hier gegen die jüdischen Mitbürger vorgegangen wurde. Diese Menschen wurden nicht einfach nur völlig grundlos verhaftet und beraubt – das alleine wäre schon ein Skandal –, sondern sie wurden auch massiv mißhandelt und gedemütigt. SS-Führer Heinrich Himmler hatte der Polizei im Vorfeld der Reichskristallnacht den Auftrag erteilt, die Aktionen der Gestapo, Partei und SA gegen die Juden und ihre Einrichtungen nicht zu stören. Die Art des durchdachten, flächendeckenden, systematischen Zugriffs auf unschuldige Menschen, stigma-

tisiert in diesem Fall alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, illustriert auch am Beispiel Kehl, wie historisch einzigartig und beispielloos brutal die NSDAP und Teile der Bevölkerung schon sehr früh die Juden schlechter als Tiere behandelten.

Es kann auch von Vorteil sein, wenn die Quellenlage eher dürftig ist. Da Vollständigkeit dadurch nicht möglich wird, gewinnt man möglicherweise eine ganz eigene Art der Übersichtlichkeit und Intensität. Hartmut Stüwe hat es jedenfalls geschafft, daß der Leser eine Vorstellung davon bekommt, was es bedeutet hat, in Kehl im Dritten Reich zu leben. Nicht zuletzt durch die Anordnung und kluge Kommentierung der spärlichen Dokumente.

Wolfgang Reinbold

Ludwig Vögely, Das Leben im Kraichgau in vergangener Zeit. Ubstadt-Weiher: Verlag Regionalkultur 1997, 191 Seiten, 90 Abbildungen, Leinen 29,80 DM.

Volksleben im Kraichgau vergangener Zeiten bedeutet für L. Vögely zunächst den gesamten Lebenslauf von der Wiege bis zur Bahre. Dazu gehören der Arbeitsalltag, die Sprichwörter und Bauernregeln, die Ortsneckereien und die Lieder. Tracht, Volksmedizin und der Bauerngarten werden dabei ebenso nicht außeracht gelassen wie etwa die Kinderspiele im Haus und im Freien.

Man spürt und liest sich in eine Welt, die man nicht anders charakterisieren kann als Heimat. Vögely erweist sich wieder einmal mehr als versierter Könnner und Liebhaber auf diesem Gebiet. Man muß seinen Spuren folgen, um die eigene Welt der Vergangenheit besser kennen zu lernen.

Dr. Dieter Kaufß

Wolfgang Willig, Spurensuche in Baden-Württemberg: Klöster, Stifte, Klausen. Ein kulturhistorischer Führer. Verlag Gebr. Metz, Wannweil 1997, 504 Seiten, 215 Farbabbildungen, 48,- DM. ISBN 3-86144-122-5.

Spektakuläres und Unscheinbares fördert der Verfasser auf seiner Suche nach Klosterbauten, Stiftskirchen, Frauenklausen und Ordensburgen in Baden-Württemberg zu Tage. Schlichte Klösterchen und versteckte Ruinen bergen oft überraschende geschichtliche Hintergründe. Ein jeweiliger Überblick wird geboten, illustriert mit informativen Farbfotos. Adressaten sind geschichtsinteressierte Laien sowie Kunstfreunde. Wichtig und informativ sind eingangs die Einführung in ordensgeschichtliche Begriffe sowie eine Übersicht zur Ordensgeschichte in Baden-Württemberg.

Für den Bereich der Ortenau konnte der Verf. auf den Band „Die Klöster der Ortenau“ aus dem Jahre 1978 zurückgreifen, den er voll auswertete. Darüber hinaus finden sich kaum nennenswerte Hinweise.

Dr. Dieter Kaufß

Während unser Band hergestellt wurde, erschien die literarhistorische Untersuchung von Walter Ernst Schäfer „Die satirischen Schriften Wolfhart Spangenberg“ im Verlag Niemeyer, Tübingen.

Historischer Verein für Mittelbaden/Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden (Hg.), Aquae 97, 100 Seiten mit Abbildungen.

„Erinnerungen an Friedrich Hecker“. Faksimile-Nachdruck der Ausgabe von 1882; 48 Seiten, Karl-Jochen-Gruch-Verlag, Köln.

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Kurt Abels, Grünmattenstraße 24, 79211 Denzlingen

Dr. Susanne Asche, Stadt Karlsruhe, Archive, Sammlungen,
76124 Karlsruhe

Dr. Josef Bayer, Nikolaus-Schrempf-Straße 30, 77749 Hohberg

Thomas Dees, Freiburger Straße 7, 77955 Ettenheim

Renate Demuth, Oberfeldstraße 7, 77866 Rheinau-Freistett

Landrat Günter Fehringer, Landratsamt Ortenaukreis, Postfach 1960,
77609 Offenburg

Walter Fuchs, Freiburger Straße 25, 77694 Kehl-Auenheim

Dr. Wolfgang M. Gall, Max-Immelmann-Straße 2, 77654 Offenburg

Heinz Großholz, Waldstraße 16, 77866 Rheinau-Memprechtshofen

Dr. Reiner Haehling von Lanzenauer, Hirschstraße 3, 76530 Baden-Baden

Manfred Hildenbrand, Georg-Neumaier-Straße 15,
77716 Hofstetten-Haslach

Heinz G. Huber, Erbstraße 19a, 77704 Oberkirch-Nußbach

Ruth Jansen-Degott, Haydenweg 6, 77791 Berghaupten

Anna Junk, Museum im Ritterhaus, Ritterstraße 10, 77652 Offenburg

Kurt Klein, Haselwanderstraße 11, 77756 Hausach i.K.

Karl-August Lehmann, Küblerweg 4, 77784 Oberharmersbach

Gerhard Lötsch, Am Bienenbuckel 19, 77855 Achern

Karl Maier, Jakobstraße 6, 77767 Appenweier

Rolf Meyer, Lindenstraße 5, 77855 Achern-Fautenbach

Günther Mohr, Nelkenstraße 24, 77815 Bühl

Norbert Möller, Hindenburgstraße 12, 79102 Freiburg

Sabrina Müller, Haus der Geschichte Baden-Württemberg,
Heilbronner Straße 129, 70191 Stuttgart

Dr. Hans-Martin Pillin, Albert-Köhler-Straße 22, 77883 Ottenhöfen

Dr. Wolfgang Reinbold, Stegermattstraße 8, 77652 Offenburg

Prof. Dr. Walter E. Schäfer, Horhaldergasse 17, 76534 Baden-Baden

Dr. Rainer Schimpf, Stadtarchiv, Ritterstraße 10, Postfach 24 50,
77614 Offenburg

Dr. Stefan Schipperges, Philosophenweg 2a, 77654 Offenburg

Liselotte Simon, Hanauerstraße 6, 77866 Rheinau-Diersheim

Alfons Stadler, Reichenbacher Straße 56, 78132 Hornberg

Carl Helmut Steckner, Honsellstraße 8, 77694 Kehl

Jürgen Stude, Evangelische Landeskirche in Baden, Postfach 22 69,
76010 Karlsruhe

Hartmut Stüwe, Stadtarchiv Kehl, Großherzog-Friedrich-Straße 19,
77694 Kehl

Ludwig Uibel, Dannemannstraße 6, 79117 Freiburg

Reiner Vogt, Sohlberg 1a, 77883 Ottenhöfen

Prof. Dr. Franz X. Vollmer, Gottfriedstraße 18, 79102 Freiburg

Dr. Johannes Werner, Steinstraße 21, 78477 Elchesheim

DER HISTORISCHE VEREIN FÜR MITTELBADEN e.V.

gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die
Zeitschrift

„Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur
Gegenwart, Siedlungs- und Ortsgeschichte, Kulturgeschichte, Familien-
forschung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Brauchtum, Le-
bensgeschichten bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Auf-
nahme finden.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle 77605 Offenburg,
Postfach 15 69, sowie die Obleute der Mitgliedergruppen jederzeit entge-
gen.

Nach der Wahl in der Mitgliederversammlung 1996 in Oppenau setzen
sich der Vorstand und Beirat des Vereins zusammen aus:

Dr. Dieter Kauß, Präsident, Hildastraße 89, 77654 Offenburg,
Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Kurt Klein, 1. stellvertr. Präsident,
Haselwanderstraße 11, 77756 Hausach i. K., Tel. 0 78 31 / 61 25

Manfred Hildenbrand, 2. stellvertr. Präsident,
Georg-Neumaier-Straße 15, 77716 Hofstetten-Haslach i. K.,
Tel. 0 78 32 / 28 67

Karl Maier, Redakteur der „Ortenau“,
Jakobstraße 6, 77767 Appenweier, Tel. 0 78 05 / 6 95

Theo Schaufler, Kassen- und Geschäftsführung,
Postfach 15 69, 77605 Offenburg, Tel. 07 81 / 2 41 68

Leiter der Fachgruppen:

Fachgruppe Archäologie:

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 77972 Mahlberg, Tel. 0 78 25 / 74 84

Fachgruppe Denkmalpflege:

Dr. Dieter Kauß, Hildastraße 89, 77654 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Fachgruppe für neuere und Zeitgeschichte:

Dr. Wolfgang Gall, Max-Immelmann-Straße 2, 77654 Offenburg,
Tel. 07 81 / 3 77 39

Fachgruppe Museen:

Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, 77855 Achern, Tel. 0 78 41 / 13 47

Fachgruppe Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Carl Helmut Steckner, Honsellstraße 8, 77694 Kehl, Tel. 0 78 51 / 39 94

Fachgruppe Grenzstein-Dokumentation:

Dr. Gernot Kreuz, Am Hungerberg 3, 77654 Offenburg-Zell-Weierbach,
Tel. 07 81 / 3 03 65

Fachgruppe Flurnamen und Mundart:

Dr. Ewald Hall, Ludwig-Teithmayer-Straße 20, 79232 March-Hugstetten,
Tel. 0 76 65 / 4 06 66

Fachgruppe Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte in der Ortenau:

Jürgen Stude, Hauptstr. 14, 77948 Friesenheim-Oberweier,
Tel. 0 78 21 / 6 78 20

Fachgruppe Bergwesen:

Helmut Decker, Hausacker 12, 77883 Ottenhöfen
Tel. 0 78 42 / 13 68

Beiräte:

Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstraße 24, 77656 Offenburg

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 77972 Mahlberg

Erwin Steurer, Metzgerstraße 1, 77933 Lahr

Ursula Schäfer, Sommerstraße 34, 76534 Baden-Baden-Steinbach

Rainer Fettig, Straßburger Straße 6, 77728 Oppenau

Gerhard Hoffmann, Oppelner Straße 8, 76437 Rastatt

Rudolf Zwahl, Ludwig-Trick-Straße 17, 77694 Kehl

Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, 77856 Achern

Mitgliedergruppen:

- 77855 Achern: Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, Tel. 0 78 41 / 13 47
- 77767 Appenweier: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 0 78 05 / 6 95
- 76530 Baden-Baden: Hannes Leis, Steinstr. 1, Tel. 0 72 21 / 2 42 93
- 77740 Bad Peterstal-Griesbach: Siegfried Spinner, Renchtalstr. 17,
Tel. 0 78 06 / 5 33
- 77781 Biberach i. K.: Wolfgang Westermann, Sonnenhalde 7,
Tel. 0 78 35 / 83 09
- 77815 Bühl/Baden: Egon Schempp, Meisenstr. 2, Tel. 0 72 23 / 2 13 05
- 77955 Ettenheim: Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14,
Tel. 0 78 22 / 58 00
- 77723 Gengenbach: Eugen Lang, Kastanienweg 1, Tel. 0 78 03 / 10 48
- 77716 Haslach i. K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten,
Georg-Neumaier-Str. 15, Tel. 0 78 32 / 28 67
- 77756 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 0 78 31 / 61 25
- 77749 Hohberg: Helmut Dorgathen, Große Ritti 12, Tel. 0 78 08 / 5 81
- 78132 Hornberg-Triberg: Wolfgang Neuss, Hohenweg 46, Hornberg,
Tel. 0 78 33 / 66 31
- 77694 Kehl-Hanauerland: Prof. Dr. Rolf Kruse, Korker-Wald-Str. 1,
Kehl-Kork, Tel. 0 78 51 / 16 27
- 77933 Lahr/Friesenheim: Ekkehard Klem, Jasminstr. 28,
77948 Friesenheim,
Tel. 0 78 21 / 6 22 02
- 77974 Meißenheim: Karl Schmid, Friederike-Brion-Weg 7,
Tel. 0 78 24 / 23 62
- 77743 Neuried: Frank Moser, Kirchstr. 13,
Tel. 0 78 07 / 35 37

- 77784 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Küblerweg 4,
Tel. 0 78 37 / 2 88
- 77704 Oberkirch: Horst Schneider, Stadtgartenstr. 7, Tel. 0 78 02 / 46 29
- 77654 Offenburg: Dr. Wolfgang M. Gall, Max-Immelmann-Straße 2,
Tel. 07 81 / 3 77 39
- 77728 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 0 78 04 / 20 24
- 76437 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 0 72 22 / 2 29 01
- 77866 Rheinau: Renate Demuth, Oberfeldstraße 7, Rheinau-Freistett,
Tel. 0 78 44 / 25 42
- 77836 Rheinmünster: Ernst Gutmann, Leiberstunger Str. 3,
77836 Rheinmünster-Stollhofen, Tel. 0 72 27 / 58 32
- 77871 Renchen: Erich Huber, August-Ganther-Str. 6, Tel. 0 78 43 / 77 37
- 77776 Schapbach: Johannes Furtwängler, Festhallenstr. 1,
77776 Bad Rippoldsau 2, Tel. 0 78 39 / 3 78
- 77761 Schiltach: Theo Becker, Hansjakobstr. 28, 77773 Schenkenzell
Tel. 0 78 36 / 24 42
- 77746 Schutterwald: Artur Hohn, Bahnhofstr. 4, Tel. 07 81 / 5 23 81
- 77960 Seelbach-Schuttertal: Gerhard Finkbeiner, Modoscher Str. 24,
77978 Schuttertal, Tel. 0 78 23 / 6 04
- 77790 Steinach: Peter Schwörer, Im Kirchgrün 17, Tel. 0 78 32 / 86 56
- 77709 Wolfach: Prof. Dr. Ing. Rolf Pfefferle, Kinzigstr. 5,
Tel. 0 78 34 / 4 77 94
- 76534 Yburg: Ursula Schäfer, Sommerstr. 34,
76534 Baden-Baden-Steinbach, Tel. 0 72 23 / 5 89 82
- 77736 Zell a. H.: Franz Breig, Steinenfeld 22, Tel. 0 78 35 / 16 03
- Überregionale Mitgliedergruppe (früher Hauptverein): Theo Schaufler,
Postfach 15 69, 77605 Offenburg, Tel. 07 81 / 2 41 68

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1. April jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrbücher sowie die Registerbände I (1910–1981) und II (1982–1990) nimmt die Geschäftsleitung (Postfach 15 69, 77605 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Damit unsere Jahresbände, aber auch andere für unsere Vereinsbibliothek wertvolle Literatur aus Nachlässen verstorbener Mitglieder nicht verlorengehen, bitten wir die betreuenden Erben, sich mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen. Wir könnten dann auch den zahlreichen Wünschen auf Lieferung früherer Jahrbücher besser nachkommen.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1988 beträgt der Jahresbeitrag derzeit:

- 30,- DM für natürliche Personen und Schulen
- 50,- DM für juristische Personen und Körperschaften

Spenden sind erwünscht und werden dankbar angenommen.

Der Historische Verein für Mittelbaden e.V. ist nach dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes Offenburg vom 7. April 1998 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO. dient.

Die Mitglieder der Mitgliedergruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedergruppe (die also keiner Mitgliedergruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. (Volksbank Offenburg: Nr. 6 295 509, BLZ 664 900 00, Sparkasse Offenburg/Ortenau: Nr. 00-361 618, BLZ 664 500 50 oder Konto Nr. 6057-756, Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75).